



Otto Dov Kulka / Eberhard Jäckel (Hrsg.)

# Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945

Droste

Die Juden in den geheimen  
NS-Stimmungsberichten 1933-1945

SCHRIFTEN DES BUNDESARCHIVS

62

---

Die Juden  
in den geheimen  
NS-Stimmungsberichten  
1933-1945

**Herausgegeben von**  
Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel

unter Mitarbeit von  
Anne Birkenhauer, Andrea Fiedermutz, Georgia Hauber,  
Louise Hecht, Stefan Kley, Silvia Noll, Noa Nussbaum  
und Dorthe Seifert

Droste Verlag Düsseldorf

## **Bibliografische Informationen Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN: 3-7700-1616-5

© 2004 Droste Verlag GmbH Düsseldorf

Sämtliche Rechte am Werk einschließlich aller seiner Teile, insbesondere für  
Vervielfältigungen, Übersetzungen, photomechanische Wiedergabe und die  
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, vorbehalten.  
Schutzumschlaggestaltung unter Verwendung eines Photos von der Verhaftung  
von Juden in Oldenburg nach dem Novemberpogrom 1938  
(Photoarchiv Yad Vashem, Jerusalem, Sign. 100737)

Printed in Germany – Herstellung: Druckzone GmbH & Co. KG, Cottbus

## Geleitwort

Die vorliegende Edition macht eine Vielzahl wichtiger Quellen zur Lage der jüdischen Bevölkerung in Deutschland in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft der Forschung und allen zeitgeschichtlich Interessierten zugänglich. Sie in seiner Schriftenreihe zu publizieren, steht dem Bundesarchiv gut an – stammt doch ein umfangreicher Teil der geheimen Berichte aus seinen Beständen.

Die Herausgeber dieser Quellensammlung, die inzwischen emeritierten Professoren Otto D. Kulka (The Hebrew University of Jerusalem) und Eberhard Jäckel (Universität Stuttgart) haben mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insgesamt 3744 Dokumente aus deutschen und ausländischen Archiven sowie publizierten Sammlungen ausgewählt und zusammengetragen: Berichte von Verwaltungsbehörden, NSDAP-Dienststellen, Polizei, SD und Gestapo. Die lange Bearbeitungszeit des bereits von meinen Amtsvorgängern nachdrücklich geförderten Projekts eröffnete die große Chance, Archivgut anzubeziehen, das vormals in den Archiven der DDR verwahrt wurde. Auch der Zugang zu den Sonderarchiven in Moskau konnte die Quellenbasis wesentlich verbreitern.

Als die Edition konzipiert wurde, war ebenfalls nicht vorstellbar, dass sie in einer repräsentativen Auswahl abgedruckter Dokumente erscheinen würde in einem Band, dem eine CD-ROM mit der vollständigen Edition und einem elektronischen Navigations- und Suchsystem beigegeben ist, das unter anderem die Volltextrecherche erlaubt. Das Bundesarchiv möchte damit in Fortsetzung der online-Bereitstellung seiner Erschließungsleistungen und der Präsentation der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung im Internet auch für diese Edition eine zeitgemäße Publikationsform anbieten.

Wie dem Titelblatt zu entnehmen ist, waren am Zustandekommen dieses großen Werkes viele beteiligt, denen mein aufrichtiger Dank gilt. Ich möchte aber auch auf die vielen Archivare aus dem Bundesarchiv hinweisen, deren Unterstützung, Rat und praktische Hilfe im Hintergrund zum selbstverständlichen Geschäft einer Dienstleistungseinrichtung für die Forschung gehört, in diesem besonderen Fall aber auch besondere Würdigung verdient. Ihnen, die ich in chronologischer Reihenfolge ihrer Beteiligung nenne, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken: Dr. Heinz Boberach, Prof. Dr. Hans Booms, Dr. Wolfram Werner, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, Dr. Siegfried Büttner, Dr. Matthias Rest, Dr. Ernst Ritter, Dr. Hans-Dieter Kreikamp, Dr. Thomas Trumpp, Dr. Klaus Oldenhage, Dr. Wilhelm Lenz, Dr. Achim R. Baumgarten und Dr. Tilman Koops. In diesen Dank schließe ich Frau Anita Wennholz ein, die das Manuskript für den Druck fertiggestellt hat.

Der Edition wünsche ich, dass sie der Forschung Impulse geben und allen Lesern neue Einsichten vermitteln wird.

Koblenz, im August 2003

Prof. Dr. Hartmut Weber  
Präsident des Bundesarchivs



## Vorwort der Herausgeber

Die Geschichte der Juden in Deutschland unter der NS-Herrschaft muß auf zweierlei Wege erschlossen werden: sowohl aus nationalsozialistischen als auch aus jüdischen Quellen. Grundlegende Quellen zu beiden Bereichen zu edieren, war das Ziel eines gemeinschaftlichen Projektes an den Universitäten Jerusalem und Stuttgart. Die hier vorliegende Edition enthält Berichte der NS-Überwachungsorgane über Aktivitäten und Organisationen der Juden, sowie über die Einstellung der nichtjüdischen Bevölkerung zu ihnen und zur Judenpolitik des Regimes. Als komplementäres Gegenstück sind die jüdischen Quellen über die Zentralorganisation der Juden, ihre Aktivitäten und ihr Selbstverständnis angesichts von Verfolgung und Vernichtung in einer parallel laufenden Edition<sup>1</sup> enthalten. Gerade wegen des unterschiedlichen Entstehungszusammenhanges der Dokumente ergänzen sich die beiden, zunächst völlig unabhängigen Teile des Editionsprojektes und ermöglichen so neue Erkenntnisse. Sie eröffnen in Verbindung mit der in der Geschichtsschreibung bereits eingehend erforschten NS-Ideologie und -Politik zur „Lösung der Judenfrage“ neue Horizonte für die Gesamtdarstellung dieses trotzdem noch immer unfaßlichen Kapitels der jüdischen Geschichte in Deutschland. Auch zur weiterführenden Erforschung der Lokal- und Regionalgeschichte der Juden im nationalsozialistischen Alltag bieten die vorliegenden Quellen reichhaltiges Material. Dabei soll das mit Erklärungen, Anmerkungsapparat und ausführlichen Hilfsmitteln versehene Buch über den Kreis der Fachhistoriker hinaus einem breiten Lesepublikum dienen. Aus der zugleich mit dem Buch erscheinenden CD-ROM-Gesamtausgabe von 3744 Dokumenten haben die Herausgeber für den vorliegenden Band 752 Dokumente zusammengestellt, die dem Leser ein aussagekräftiges Bild dieser Zeit bieten. Während das Gesamtkorpus den Forschern fast unbegrenzte Möglichkeiten für weitergehende Fragestellungen und Arbeiten eröffnet, kann der Leser des eingehender bearbeiteten Auswahlbandes die facettenreiche und zugleich verhängnisvolle Geschichtsentfaltung verfolgen.

Wie in der Forschung seit mehreren Jahren bekannt, verfaßten verschiedene Staats- und Parteistellen im Dritten Reich regelmäßig geheime Lage- und Stimmungsberichte. Diese sollten dem Regime ein möglichst zuverlässiges Bild darüber liefern, inwieweit es von der Bevölkerung unterstützt wurde und was diese von seiner „Judenpolitik“ hielt. Die Berichte enthalten darüber hinaus eine Bestandsaufnahme von Leben, Stimmung und Aktivitäten der jüdischen Bevölkerung, so, wie die Überwachungsorgane sie wahrnahmen. Abgefaßt wurden die Berichte auf lokaler, regionaler und auf Reichsebene; sie liegen heute in unterschiedlicher Vollständigkeit vor. Dabei sind die unteren Berichtsebenen wie Bürgermeister, Landräte, Gendarmerien etc. schwerer zugänglich und weniger erforscht. Die Berichte der höheren Ebenen – von den Regierungsbezirken aufwärts – konnten von den Herausgebern weitgehend komplett erfaßt werden.

Seit langem liegen verschiedene Editionen von NS-Lage- und Stimmungsberichten vor. Einige von ihnen enthalten vollständige Berichte, aber alle sind entwe-

---

<sup>1</sup> Kulka, Otto D. (Hrsg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. I, Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997; Bd. II (1939-1943) in Vorbereitung.



der regional, zeitlich oder auf eine bestimmte berichterstattende Stelle (wie Gestapo oder SD) begrenzt. Die vorliegende Quellenedition konzentriert sich erstmals auf das Thema „Juden“. In diesem Themenbereich wurden die Dokumente aller berichterstattenden Stellen aus dem Reichsgebiet in den Grenzen von 1937 für den gesamten Zeitraum 1933-1945 erfaßt. Hinzu kommen einige wenige Berichte aus Österreich (der damaligen „Ostmark“), dem Sudetenland und Elsaß-Lothringen, wenn sie auf das gesamte Reichsgebiet übertragbare Aussagen enthalten.

Für die Materialerfassung dienten die Bestände des Bundesarchivs als Ausgangsbasis. Außerdem recherchierten die Herausgeber und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Hauptstaats- und Staatsarchiven bzw. Generallandes-, Landeshaupt- und Landesarchiven Deutschlands, sowie in den Wojewodschaftsarchiven der ehemals deutschen Gebiete in Polen. So wurden in mehr als 30 Archiven größere Bestände gesichtet; von 15 weiteren Archiven konnten einzelne Dokumente brieflich bestellt werden. Schließlich wurden Anfragen an eine Reihe von Stadtarchiven gerichtet. Leider liegen jedoch selbst in einigen Archiven von Städten mit einstmals bedeutenden jüdischen Gemeinden nur wenige einschlägige Berichte vor.

Wichtige weitere Dokumente von den Judenreferaten des SD und der Gestapo, die das Material aus dem Bundesarchiv ergänzen, wurden Anfang der 90er Jahre im Moskauer Sonderarchiv (Osobyi Archiv Moskva) entdeckt. Einige Kopien davon wurden den Herausgebern freundlicherweise von Michael Wildt (aus den Beständen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg) zur Verfügung gestellt, die übrigen von der Moskauer Forscherin Elena Levina für uns recherchiert. Für die wissenschaftliche Bearbeitung der SD-Berichte sind zudem die vom Judenreferat im SD-Hauptamt verfaßten Anweisungen und kritischen Bemerkungen zur Berichterstattung der untergeordneten Ebenen von besonderer Bedeutung. Kopien dieser ebenfalls im Moskauer Sonderarchiv erhaltenen Dokumente überließ uns das Archiv von Yad Vashem. Darüber hinaus erhielten wir wertvolle Gestapo-Berichte über Juden im kommunistischen Widerstand vom Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris und regionale SD-Berichte aus den ersten Kriegsjahren vom Imperial War Museum in London. Die systematische Recherche in den Archiven wurde Anfang 1999 abgeschlossen.

Nur ein geringer Teil der Berichte handelt ausschließlich von Juden. Der Großteil behandelt jeweils mehrere Themen. Aus diesen Berichten wurden sämtliche Textteile wiedergegeben, die Aufschluß geben über die Juden selbst sowie über die Haltung der deutschen Bevölkerung zu antijüdischen Maßnahmen des Regimes und über das Wissen um die Massenvernichtung der Juden. In der CD-ROM-Ausgabe wurden all diese Textstücke grundsätzlich in voller Länge aufgenommen, ohne Rücksicht auf ihren Umfang oder ihren Wahrheitsgehalt. Die umfassende Bestandsaufnahme sollte durch keinerlei einschränkende Auswahlkriterien eingeengt werden.

Beim Vergleich der Berichte verschiedener Ebenen läßt sich häufig folgendes Phänomen feststellen: Die Berichte der untersten (lokalen) Ebene vermitteln die unmittelbarste Version der Ereignisse, bieten aber vielfach ein nur punktuelles Bild. Die dort geschilderten Vorfälle und Stimmungen wurden in die umfassenderen, eher abstrakten Berichte der höheren Ebenen oft nicht übernommen. Der besondere Wert der reichsweiten Berichte liegt vielmehr in der Darstellung des Gesamtbildes bei einschneidenden, das ganze Reich betreffenden Maßnahmen, etwa die Reaktionen der Bevölkerung auf die sogenannte Reichskristallnacht, die Kennzeichnung der Juden mit dem gelben Stern im Jahre 1941, oder die Rezeption der erneuten

öffentlichen „Prophezeiung“ Hitlers am 30. Januar 1942, in der eine unmißverständliche Erklärung zu der schon im Gange befindlichen „Endlösung“ gegeben wurde.<sup>2</sup> Hier unterstreichen die Berichte auf der Reichsebene stellenweise die unterschiedliche Haltung der Bevölkerung je nach regionaler, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit.

Obwohl alle diese Quellen als solche nicht unproblematisch bleiben, erlauben sie doch, die Umrisse der deutschen Gesellschaft und der in ihrer Mitte lebenden Juden in den Vorkriegsjahren zumindest in groben Zügen nachzuzeichnen: Unter der monolithisch wirkenden Oberfläche des totalitären Regimes tritt ein differenziertes Bild der Beziehungen zwischen den Juden und ihrer weitgehend heterogen gebliebenen, nichtjüdischen Umgebung zutage. Das innerjüdische Leben präsentiert sich unter den Bedingungen von Verfolgung und fortschreitender Ausgrenzung aus der deutschen Gesellschaft in erstaunlicher Vielfalt.

Während der Kriegsjahre jedoch liefern die Berichte ein eher eindimensionales Bild: Nicht zuletzt aufgrund der veränderten Richtlinien für die Berichterstattung beschreiben sie nun hauptsächlich die Reaktionen der Bevölkerung auf die Radikalisierung der Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden, bis hin zu Deportation und Vernichtung, und selbst diese Reaktionen finden sich nur mehr in beschränktem Ausmaß.

Zu den schwierigsten Problemen der Geschichtsschreibung zählt zweifellos die kritische Auswertung der Quellen aus der Zeit der Endlösung. So wurde etwa das scheinbare Schweigen der Quellen auf der obersten Berichtsebene angesichts der Judendeportationen und -vernichtung vielfach als Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden, als Verdrängung oder als Beweis für das Nichtwissen der Bevölkerung gedeutet. Dieses Schweigen wurde aber andererseits als durch die Ausnahmesituation des Krieges legitimer und unvermeidlicher Ausdruck der Politik des Krieges und der Eroberung insgesamt, oder auch als Zeichen eines weitgehenden Konsenses über die „Entfernung der Juden überhaupt“ ausgelegt, der jede Diskussion über dieses Thema überflüssig machte. Ebenso findet sich die sowohl in der Geschichtsforschung als auch im kollektiven Gedächtnis der Deutschen immer noch vertretene, apologetische Behauptung, daß unter dem totalitären, nationalsozialistischen Regime jegliche Äußerung zu diesem Thema lebensgefährlich gewesen sei. Aufgrund der hier erfolgten, systematischen Zusammenstellung der Quellen – vor allem der unteren Ebenen – zusammen mit anderen, bereits zugänglichen zeitgenössischen Dokumenten wird eine Neubewertung dieser sensiblen Fragen in der Historiographie möglich. Das Material erlaubt nun präzisere Fragestellungen und fundierte Antworten.

Der wissenschaftliche Apparat zu dieser Quellenedition fußt auf drei – eigens für dieses Projekt entwickelten – Hilfsmitteln: dem Historischen Glossar, der Zeittafel und einer Spezialbibliographie. Technische Hinweise zur Benutzung finden sich im Kapitel „Zu Textauswahl und Aufbau“.

Das Historische Glossar bietet in knapper, lexikalischer Form Hintergrundinformationen zu in den Dokumenten wiederkehrenden Personen, Organisationen und Begriffen, vorwiegend aus dem jüdischen Bereich. Es konzentriert sich auf die

---

<sup>2</sup> Vgl. 618 sowie 420 und Anm. 26.

für das Thema und seinen Zeitraum spezifischen Aspekte, welche in bereits bestehenden Nachschlagewerken häufig fehlen. Die Zeittafel enthält zusätzlich zur chronologischen Auflistung der Ereignisse kurze Darstellungen des historischen Kontexts, um die Bedeutung des Ereignisses für die weitere Entwicklung zu erklären. Auf der CD-ROM befindet sich darüber hinaus eine ebenfalls im Rahmen dieses Projekts von Silvia Noll zusammengestellte Bibliographie zur Lokal- und Regionalgeschichte der Juden in Deutschland unter dem Nationalsozialismus, die den wissenschaftlichen Apparat dieser Edition ergänzt.

Unser umfangreiches Projekt konnte nur mit der kontinuierlichen Unterstützung wissenschaftlicher Institutionen und Stiftungen in Israel, Deutschland und den Vereinigten Staaten durchgeführt werden. Den Anfang ermöglichte uns die Förderung der Israelischen Akademie der Wissenschaften und der Memorial Foundation for Jewish Culture. Die nachfolgende großzügige Unterstützung durch die German-Israeli Foundation for Scientific Research and Development (G.I.F.) war entscheidend für die Realisierung des Projekts in dem nun vorliegenden breiten Umfang. Ein finanzieller Beitrag der Thyssen-Stiftung ermöglichte zusätzliche Archivrecherchen. Im Laufe der Forschungsarbeiten an der Edition stellten sowohl die Hebräische Universität in Jerusalem als auch die Universität Stuttgart dem Projekt und seinen Mitarbeitern die notwendigen wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung. Darüber hinaus förderte das Institute for Jewish Studies der Hebräischen Universität maßgeblich die kostspielige Programmierung der digitalen Gesamtausgabe auf CD-ROM durch eine Zuwendung aus dem Charles Wolfson Research Fund. Unser besonderer Dank gilt den zahlreichen Archiven und Bibliotheken in Deutschland, Polen, Rußland, Frankreich, England und Israel. Ohne ihre freundliche Unterstützung wäre die Erfassung der relevanten Quellen nicht möglich gewesen. Die wichtigste Rolle spielte dabei das Bundesarchiv, dessen Bestände den Kern unserer Sammlung bilden. Dank seiner Initiative und der ständigen Unterstützung seiner Leitung wurde die Herausgabe des Werkes im Rahmen seiner Schriftenreihe ermöglicht. Großen Dank schulden wir Dr. Tilman Koops für seine sorgfältige und unermüdliche Betreuung des Projekts im Bundesarchiv.

Besondere Anerkennung gebührt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an beiden Universitäten, Anne Birkenhauer, Georgia Hauber, Louise Hecht, Stefan Kley, Silvia Noll und Dorte Seifert. Ohne ihre systematischen Recherchen in den zahlreichen Archiven, sowie die Hilfe bei der Bearbeitung der Texte und der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Apparates wäre unsere Quellenedition undenkbar. Andrea Fiedermutz beteiligte sich an der Bearbeitung und Druckvorbereitung sämtlicher Texte und wissenschaftlicher Hilfsmittel und übernahm das anspruchsvolle Korrekturlesen. In der letzten Arbeitsphase bei der Gestaltung des Auswahlbandes und der Programmierung der Gesamtausgabe auf CD-ROM leistete uns Noa Nussbaum äußerst wertvolle Hilfe. Ebenso waren uns die Ratschläge von Dan Benovici, Leiter des Universitätsverlages Magnes Press, Dan Benovici, an der Hebräischen Universität in Jerusalem sehr hilfreich.

Dem Programmierer der CD-ROM, Aryeh Segal, sind wir zu großem Dank verpflichtet für seine einfallreiche und geduldige Bearbeitung aller Texte und Hilfsmittel der in vielerlei Hinsicht komplizierten, anspruchsvollen Gesamtausgabe. Der Abschluss dieser Arbeit wäre ohne die engagierte Hilfe unserer Mitarbeiterinnen Alice Krück und Barbara Obele unvorstellbar gewesen.

Besonderen Dank schulden wir David Bankier und Avraham Palmon, die das

Werk durch ihre wissenschaftliche Mitarbeit in den ersten Stadien des Projekts gefördert haben, sowie Heinz Boberach, der die Idee der Gesamtausgabe entworfen und unterstützt hat.

Unsere Kollegen und ständigen Gesprächspartner Saul Friedländer, Israel Gutman, Ulrich Herbert, Ian Kershaw, Alf Lüdtke, Hans Mommsen, Wolfgang Schieder und Michael Wildt haben durch wertvolle Anregungen den wissenschaftlichen Charakter des ganzen Forschungsvorhabens mitgeprägt.

Otto Dov Kulka  
Hebräische Universität Jerusalem

Juni 2003

Eberhard Jäckel  
Universität Stuttgart



# Inhalt

Einleitung	15
Zu Textauswahl und Aufbau–Hinweise zur Benutzung	22
Kapitelverzeichnis des Dokumententeils	26
Liste der Dokumente	28
Dokumente	44
Abbildungen	548
Zeittafel	586
Historisches Glossar	652
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	785
Abkürzungsverzeichnis der Archive und Quellenpublikationen	789
Literaturverzeichnis	793
Bildnachweise	849
Namensindex	851
Ortsindex	859
Sachindex	870



# Einleitung

## I.

Wie aus den bisherigen Forschungen zur geheimen NS-Berichterstattung hervorgeht, glaubte das Regime nicht an das monolithische Bild von Staat und Gesellschaft, das von ihm selbst in den Massenmedien dargestellt und von der Welt meist entsprechend wahrgenommen wurde. Es entwickelte vielmehr eine eigene interne Berichterstattung, um verlässliche Informationen über die Stimmung der Bevölkerung sowie über die Aktivitäten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu erlangen. Die Berichte über die Meinungen der deutschen Bevölkerung zum nationalsozialistischen Regime und seiner Politik sollten ein möglichst authentisches Bild vermitteln, das unter anderem bei der Gestaltung der Judenpolitik herangezogen werden konnte.

Diese Art der internen Berichterstattung war keine Erfindung des nationalsozialistischen Regimes. Nach der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen hatten konservativ-autoritäre Regime in verschiedenen deutschen Staaten wie Preußen und Bayern ein System zur Überwachung ihrer Untertanen errichtet, welches sich in unterschiedlicher Form in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik erhalten hat. Unter dem NS-Regime wurden diese bestehenden Institutionen zusammen mit einer beträchtlichen Anzahl neuer unabhängiger Berichtssysteme zu einem totalitären Instrument ausgebaut, das in nahezu alle Lebensbereiche eindrang.

Die wichtigsten Berichte wurden vom Sicherheitsdienst der SS – dem SD –, von der Gestapo und den Regierungspräsidenten auf Lokal-, Kreis- und Regionalebene verfaßt und zum Teil schließlich auf Reichsebene zusammengestellt. Parallel dazu entstanden auch Berichte der NSDAP und ihrer zahlreichen Organisationen. Solche Berichte sind in verschiedenen Archiven erhalten, wurden jedoch lange Zeit von der Geschichtsforschung völlig übersehen. Erst zu einem relativ späten Zeitpunkt erkannten Historiker dieses Material als bedeutende und ergiebige Quelle für die Erforschung der Wechselbeziehungen zwischen Herrschaft und Gesellschaft im Dritten Reich; es bot zudem Einsichten in die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den Juden und zur antijüdischen Politik des Regimes, sowie Einblicke in Entwicklungen innerhalb der jüdischen Gesellschaft.

Einer der grundlegendsten Befunde dieses Quellenmaterials ist, daß auch nach der totalitären Gleichschaltung der heterogene Charakter der deutschen Gesellschaft und ihre politischen Ausrichtungen aus der vorangegangenen Epoche erhalten geblieben waren, was die uneinheitliche Haltung der Bevölkerung zur NS-Ideologie und -Politik begründet. So wird weiterhin über die Liberalen, die Linksbewegung, die Konservativen und selbstverständlich über die nationalsozialistisch orientierte Bevölkerung berichtet.

Besonders überwacht und kontrolliert wurden die „weltanschaulichen Gegner“ – Judentum, Marxismus, Liberalismus, „politische Kirchen“, „Rechtsbewegung“ bzw. „Rechtsopposition“. Nicht weniger wichtig sind in den Lage- und Stimmungsberichten die Bezugnahmen auf die jüdische Bevölkerung als solche, auf ihre internen Aktivitäten, ihre Selbstwahrnehmung, sowie auf Entwicklungen und Veränderungen innerhalb ihrer politisch-ideologischen Strömungen und religiösen Richtungen unter dem NS-Regime, die allesamt dazu dienten, den „Gegner“ besser einschätzen zu können.



Die berichterstattenden Institutionen erhielten laufend genaue Anweisungen zur Sammlung der Informationen und ihrer Weiterleitung an die übergeordneten Behörden. Einerseits waren sie angehalten, das von ihnen erhobene Bild nicht zu beschönigen. Die Anweisungen lauteten etwa: „Besonderer Wert ist auf ... eine ungeschminkte Unterrichtung“ zu legen; man sollte über die „Stimmung im Lande rückhaltlos“ berichten.<sup>1</sup> Andererseits fürchteten sich die Berichtersteller, denen die oft heikle Aufgabe der Sammlung und Zusammenfassung von Informationen übertragen war, dem Regime unangenehme Aspekte weiterzuleiten. So führte die allzu realistische Beschreibung der Zustände im Dritten Reich in den regulären Berichten der Gestapo und der Regierungspräsidenten während der ersten Jahre tatsächlich zu Beschwerden Görings über den „pessimistischen“ Inhalt, der die Stimmung unter der NS-Führung beeinträchtigen könnte, und schließlich zu seiner Anweisung, diese Berichterstattung im April 1936 einzustellen.<sup>2</sup> Die unabhängigen Berichte des SD, die bis zum Kriegsende abgefaßt wurden, waren aus demselben Grund immer wieder heftiger Kritik ausgesetzt. Viele Reichs- und Parteiführer, insbesondere Goebbels, versuchten, die Einstellung dieser Berichte zu erwirken.

Die Vielzahl der uns zur Verfügung stehenden Berichte, ihre verschiedenen Gattungen und die Kontinuität der Berichterstattung über den gesamten Zeitraum des Dritten Reiches ermöglichen diverse kritische Untersuchungen und Beurteilungen. Zum einen ist eine vergleichende Untersuchung von Berichten aus dem gesamten Reichsgebiet zu einem bestimmten Phänomen oder Ereignis möglich. Zum anderen kann die Herausbildung bestimmter Tendenzen während eines begrenzten Zeitraumes in verschiedenen Regionen anhand von Überwachungsberichten der unterschiedlichen Behörden verfolgt werden. Schließlich läßt sich durch einen Vergleich der Berichtsqualität das für die unterschiedlichen Berichtssysteme bezeichnende Maß an Zuverlässigkeit feststellen.

Nach der heutigen Quellenlage darf man die SD-Berichte trotz gewisser Selektivität auf der Reichsebene zu den wohl kritischsten und realistischsten rechnen, während die von der NSDAP verfaßten Berichte den Vorstellungen und Erwartungen des Regimes in hohem Maße entgegenkamen. Die Berichte der Regierungspräsidenten und der Gestapo enthalten die ergiebigsten Beschreibungen auf der mittleren Ebene der Regierungsbezirke, während die untergeordneten Lokalbehörden die detailliertesten Informationen auf ihrer Ebene lieferten. Dennoch spiegeln sich gewisse Aspekte des Lebens und der Verfolgung nicht in diesen Berichten wider, und selbst die zuverlässigsten Berichte können nur nach kritischer Prüfung ausgewertet werden.

Für wie zuverlässig man diese Quellen letztlich auch bewerten mag, eine Schlußfolgerung läßt sich mit Gewißheit bereits ziehen: Sie zeigen eben das Bild von der Stimmung der Bevölkerung, das dem Regime bei seinen Überlegungen und Entscheidungen zur Verfügung stand. Das Wissen um die Stimmung bei den Juden

---

<sup>1</sup> Staatsministerium des Innern, Berichterstattung in politischen Angelegenheiten, 17.7.1934, BayHStA Stk 106669.

<sup>2</sup> GstA Rep. 90 P/88, abgedruckt in: Otto D. Kulka, Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 595. Vgl. auch Faksimile in Abbildungen, Nr. 6 S. 553.

und vor allem um die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den Juden und zu den antijüdischen Maßnahmen des Regimes hat die Entscheidungen in der Judenpolitik mitbeeinflusst oder mitbeeinflussen können.

## II.

Systematische Studien zum Verhalten der deutschen Bevölkerung gegenüber den Juden, die sich auf die vertraulichen NS-Berichte stützen, erschienen seit Mitte der siebziger Jahre. Die erste umfassende Untersuchung der „öffentlichen Meinung“ zur „Judenfrage“ im nationalsozialistischen Deutschland erschien 1975 zunächst in Hebräisch mit einer ausführlichen englischen Zusammenfassung und einem deutschsprachigen Anhang ausgewählter Dokumente.<sup>3</sup> Der britische Historiker Ian Kershaw veröffentlichte 1979 und 1983 weitere systematische Studien zu diesem Thema.<sup>4</sup> 1983 promovierte David Bankier an der Hebräischen Universität in Jerusalem zum Thema „Die deutsche Gesellschaft und der nationalsozialistische Antisemitismus 1933-1938“. Seine Dissertation erschien in erweiterter Form auf Englisch und Deutsch in den frühen 1990er Jahren.<sup>5</sup> In Deutschland selbst wurde das Thema zunächst nur indirekt in Forschungsbeiträgen von Hans Mommsen, Ursula Büttner und Eberhard Jäckel behandelt.<sup>6</sup> Auch einige der im Folgenden erwähnten Editionen (Boberach, Mlynek und insbesondere Wildt) eröffneten in ihren Einleitungen wichtige Einsichten in die Bedeutung der Berichte über die Juden.

Ebenfalls in Deutschland erschienen mehrere systematische Editionen aus den geheimen, sowohl reichsweit wie regional verfaßten Lage- und Stimmungsberichten, die auch den jüdischen Aspekt einschließen. In seiner 17bändigen Ausgabe „Meldungen aus dem Reich“ druckte Heinz Boberach fast vollständig die auf Reichsebene zusammengestellten SD-Berichte aus den Kriegsjahren ab.<sup>7</sup> Infolge struktureller Veränderungen im September 1939 erschienen jedoch in diesen Berichten die bis dahin gesonderten Kapitel über die Juden nicht mehr, und das

---

<sup>3</sup> Otto D. Kulka, „Public Opinion“ in the Third Reich and the „Jewish Question“, in: *Zion. Quarterly for Research in Jewish History* XL (1975), S. 186-290, (hebr.; engl. Zusammenfassung S. XLII-XLIV; Dokumentation in Deutsch, S. 260-290). Eine gekürzte englische Version des Artikels erschien in: Michael Marrus (Hrsg.), *The Nazi Holocaust. Historical Articles on the Destruction of European Jews*, Bd. 5 (1989), S. 115-150. Eine erweiterte deutsche Fassung mit Schwerpunkt Nürnberger Gesetze erschien in *VfZ*, vgl. Anm. 2 oben.

<sup>4</sup> Ian Kershaw, *Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktion auf die Judenverfolgung*, in: Martin Broszat u.a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit II*, München 1979, S. 281-348; ders., *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich. Bavaria 1933-1945*, Oxford 1983, S. 224-277, 358-372.

<sup>5</sup> David Bankier, *The Germans and the Final Solution. Public Opinion under Nazism*, Oxford 1992; ders., *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung*, 1995.

<sup>6</sup> Hans Mommsen, *Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewußt?*, in: Walter Pehle, *Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt/M. 1988, S. 176-200; Eberhard Jäckel, *Hitler und die Deutschen*, in: ders., *Hitlers Weltanschauung*, Stuttgart 1981, S. 137-159; Ursula Büttner, *Die deutsche Bevölkerung und die Judenverfolgungen 1933-1945*, in: dies. (Hrsg.), *Die Deutschen und die Judenverfolgungen im Dritten Reich*, Hamburg 1992, S. 67-88.

<sup>7</sup> Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*, 17 Bde. und Register, Herrsching 1984 (Register 1985).

Thema wurde nur noch sporadisch erwähnt. Boberach erweiterte sein Editionswerk durch eine Microfiche-Ausgabe, in deren ersten Teil er nun auch reichsweite Berichte des SD-Hauptamts und der Berliner Gestapozentrale (Gestapa) aus den Vorkriegsjahren aufnahm.<sup>8</sup> Michael Wildt brachte in seiner Studie zur Judenpolitik des SD in der Vorkriegszeit die bisher umfangreichste Auswahl reichsweiter Berichte des Judenreferats des SD für 1935-1938 heraus.<sup>9</sup>

Martin Broszat und seine Mitarbeiter dagegen konzentrierten sich in ihrer seinerzeit bahnbrechenden „Bayern-Projekt“ auf verschiedenste lokale und regionale Berichte aus Bayern während der gesamten Zeit des Dritten Reiches. Diese Berichte beschreiben vielfältigste Aspekte des Alltagslebens unter dem Nationalsozialismus. Aus den Abschnitten über die Juden wählten die Herausgeber jedoch nur die Stellen über die Haltung der Bevölkerung zu den Juden aus, wobei die sehr aussagekräftigen Texte über interne Aspekte des jüdischen Alltagslebens ausgeklammert wurden.<sup>10</sup> Quelleneditionen einer anderen Art, wie die von Klaus Mlynek über die Gestapo Hannover, die von Thomas Klein über die Provinz Hessen-Nassau und über den Regierungsbezirk Kassel, beschränkten sich auf die Jahre 1933-1936 bzw. 1933-1937, druckten die Dokumente dafür aber mitsamt den Kapiteln über die Juden vollständig ab.<sup>11</sup>

Unser Projekt umfaßt reichsweite, wie auch regionale und lokale Berichte und verfolgt einen breiteren konzeptuellen Ansatz: Durch die Aufnahme der relevanten Abschnitte zu Juden in allen Arten von Berichten, von der untersten Lokalebene bis hin zur Reichsebene, konnten Informationen über das facettenreiche Leben und Handeln innerhalb der jüdischen Gesellschaft ebenso in die Edition aufgenommen

---

<sup>8</sup> Heinz Boberach (Hrsg.), *Regimekritik, Widerstand und Verfolgung in Deutschland und den besetzten Gebieten: Meldungen und Berichte aus dem Geheimen Staatspolizeiamt, dem SD-Hauptamt, der SS und dem Reichssicherheitshauptamt 1933-1944*, [Microfiche] Teil I: Reichsgebiet mit an- und eingliederten Gebieten; Teil II: Besetzte und angegliederte Gebiete (1939-1945), München 1999, Erschließungsband, München 2003.

<sup>9</sup> Michael Wildt (Hrsg.), *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation*, München 1995, Einleitung, S. 9-64.

<sup>10</sup> Zum Thema Juden vgl. die Dokumentation von Falk Wiesemann, *Judenverfolgung und nichtjüdische Bevölkerung*, in: Martin Broszat u.a., *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. I, München 1977, S. 427-486.

<sup>11</sup> Klaus Mlynek, *Gestapo Hannover meldet ... Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937*, Hildesheim 1986; Thomas Klein, *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936*, 2 Teilbde., Köln u. Wien 1986; ders., *Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte*, 2 Teile, Darmstadt und Marburg 1985. Von weiteren ähnlichen Editionen, in denen die Dokumente zum Teil nicht vollständig abgedruckt werden, seien hier nur einige genannt: Die erste Auswahl von Lageberichten von Bernhard Vollmer, *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo und Regierungsberichte 1934-1936*, Stuttgart 1957; später Robert Thévoz u.a., *Die Geheime Staatspolizei in den preussischen Ostprovinzen 1934-1936. Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten*, 2 Teile, Köln und Berlin 1974; Gerd Steinwascher, *Gestapo Osnabrück meldet... Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936*, Osnabrück 1995; Wolfgang Ribbe, *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin 1933 bis 1936*, Köln 1998.

werden wie die Informationen zur Einstellung der Juden gegenüber ihrem gesellschaftlichen Umfeld und der Politik des Regimes. Selbstverständlich enthalten die Texte auch die Berichterstattung über die Haltung der Bevölkerung zu den Juden und der Judenverfolgung.

Um an dieses Material heranzukommen, recherchierten wir, wie im Vorwort erwähnt, in Dutzenden von Archiven – angefangen vom Bundesarchiv in Koblenz bzw. Berlin bis hin zu Staats-, Landes- und Stadtarchiven. Eingesehen wurden auch die Archive in den ehemaligen deutschen Gebieten Polens. Kürzlich erfolgte ferner die Einsichtnahme in die deutschen Dokumente, die bei Kriegsende aufgefunden und in dem sogenannten Sonderarchiv (Osobyi-Archiv) in Moskau gelagert wurden. Die Suche nach verfügbaren Dokumenten erstreckte sich auf alle relevanten Texte zum Thema, ohne Rücksicht darauf, ob es sich lediglich um einen vollständigen Bericht, einen Abschnitt oder nur eine Zeile handelt. Obwohl die verschiedenen Berichtssysteme während der zwölfjährigen NS-Herrschaft ihre Form änderten und die meisten Arten der Berichte lediglich während begrenzter Zeiträume entstanden, wurden von der Machtergreifung bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches kontinuierlich Berichte mit Informationen zur „Judenfrage“ zusammengestellt.

Im ersten Jahr der NS-Herrschaft gab es keine zentralisierten, systematischen „Lage- und Stimmungsberichte“. Dennoch ist es möglich, einen stetigen Informationsfluß dieser Art auf Lokal- und Bezirksebene auszumachen. Im April und im Juni 1934 wurden erste reichsweite Berichte des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa) und des SD-Hauptamtes verfaßt, die zu diesem Zeitpunkt jedoch wahrscheinlich nicht fortgesetzt wurden.<sup>12</sup> Für die Zeit zwischen Juli 1934 und März 1936 sind die systematischen Berichte der Gestapo-Stellen und der Regierungspräsidenten, die monatlich aus jedem Bezirk im Gestapa in Berlin bzw. im Ministerium des Innern eingingen, die wichtigsten Quellen. Als dieses Verfahren 1936 von Göring eingestellt wurde, existierte bereits ein entwickeltes System von SD-Berichten. Diese Berichte bezogen ihre Informationen über alle Bereiche der deutschen und jüdischen Gesellschaft aus dem gesamten Reichsgebiet auf allen Ebenen und faßten sie zu einem – ihrem Verständnis nach – repräsentativen Bild zusammen.<sup>13</sup> Das Material aus dem Moskauer Sonderarchiv bescherte uns unter anderem kritische Einzelkommentare und zunehmend detailliertere Richtlinien des Judenreferats des SD-Hauptamts aus den Jahren 1936 bis 1939 zu den Berichten untergeordneter SD-Stellen. Die zentralen Anweisungen und Berichte stellen den konzeptionellen Rahmen dar, und beweisen eine große Vertrautheit mit der jüdischen Gesellschaft und deren verschiedenen religiösen und politischen Richtungen und Organisationen, sowie mit den Bereichen Wirtschaft, Auswanderungsvorbereitung und Kulturleben.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. Kap. II, Dok. 432, 433.

<sup>13</sup> Einsicht in die Bearbeitungspraxis bietet der Monatsbericht des SD-Hauptamts vom November 1938, der uns in zwei Versionen vorliegt, vgl. Dok. 4356. Zu der Art der Zusammenfassung von SD-Berichten auf Ortsebene für die reichsweiten SD-Berichte vgl. die in Anm. 15 angegebenen Dokumente.

<sup>14</sup> Vgl. Photokopien in Yad Vashem: YVA, 0,51. OSO/48. Adolf Eichmann kritisiert hier zum Beispiel den kurz zuvor im SD-Hauptamt eingegangenen Bericht des SD-Oberabschnitts West wie folgt: „OA. West schickte einen sehr dürtigen Bericht ein. Wenn hier Sätze gebracht werden, wie: 'Dr. Neuberger z.B. propagierte das Festhalten an den Talmud

Wie oben schon kurz angesprochen, enthält das Schema der SD-Berichte aus den Kriegsjahren, der sogenannten „Meldungen aus dem Reich“, keinen eigenen Abschnitt „Juden“ mehr. Sie sprechen dieses Thema tatsächlich nur selten, bei einschneidenden Ereignissen, an – etwa in Berichten über die Reaktionen der Bevölkerung auf die Kennzeichnung der Juden mit dem gelben Stern ab September 1941,<sup>15</sup> die bevorstehende endgültige Lösung der Judenfrage,<sup>16</sup> und die Massenvernichtung der Juden, die aber erst nach dem Bekanntwerden der Niederlage bei Stalingrad und der Entdeckung der Massengräber in Katyn 1943 indirekt zum allgemeinen Gesprächsthema wird.<sup>17</sup>

Die aus dieser Zeit erhaltenen Berichte der untergeordneten Stellen, vor allem der SD-Außenstellen aus Westfalen und Regierungspräsidenten aus Bayern, beschreiben auch den genauen Ablauf der systematischen Judendeportationen aus Städten und Dörfern seit deren Einsetzen im Herbst 1941 bis zur nahezu vollständigen „Entjudung Deutschlands“ im Sommer 1943.<sup>18</sup> Dieselben SD-Außenstellen

---

und an die Thora', so muss in solchen Fällen stets die jüdisch-politische Richtung solcher Juden mitangeführt werden.“ (18. August 1937) Gut zwei Monate später werden vom Judenreferat II 112 folgende Anweisungen zur Berichterstattung mit dem Zweck ihrer Weiterleitung an die politische Führung gegeben: „Um die Berichte zur Weiterleitung an höchste Staats- und Parteistellen geeignet zu machen, erscheint eine wesentlich klarere Linienführung im Berichtsschema erforderlich. Diese müsste etwa wie folgt aussehen: 1.) Politische Lage und Veränderungen, 2.) Wirtschaftliche Lage, Tarnungsbestrebungen usw., 3.) Kulturelles Leben im Judentum, 4.) Verhältnis zum Ausland, 5.) Antisemitismus. Nachrichten über Beziehungen des Judentums zu anderen Gegnern werden demnach zum Gegenstand von Einzelmeldungen gemacht.“

<sup>15</sup> Vgl. Kap. XI und die zusammenfassenden reichsweiten SD-Berichte vom 9.10.1941, Dok. ◀570▶, sowie vom 2.2.1942, Dok. ◀618▶, Abs. „Verwaltung und Recht. Die Auswirkung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941“. Zu den vorangegangenen Berichten der SD-Außenstellen auf Bezirks- und Ortsebene vgl. Dok. ◀566▶, ◀567▶, ◀568▶. Zusammenfassend zur Stellungnahme der Kirchenführung vgl. SD-Bericht vom 24.11.1941, Dok. ◀591▶.

<sup>16</sup> Vgl. ebenfalls ◀618▶, Abs. „Allgemeines“, sowie zusammenfassend am Ende des Dokuments: „Insbesondere hätte man überall die Feststellung machen können, daß in der Allgemeinheit eine radikale Lösung des Judenproblems mehr als jeder Kompromiß Verständnis findet... Bezeichnend sei es, daß vielfach in der Kennzeichnungsverordnung nicht etwa eine abschließende Maßnahme, sondern erst ein Auftakt zu weiteren einschneidenden Verordnungen mit dem Ziel einer endgültigen Bereinigung der Judenfrage erblickt wird.“

<sup>17</sup> Bei Katyn (nahe der russischen Stadt Smolensk) wurden im April 1943 Massengräber entdeckt, in denen die Leichen mehrerer tausend polnischer Offiziere lagen. Das Massaker war auf Anordnung Stalins von der sowjetischen Geheimpolizei im Frühjahr 1940 durchgeführt worden. Diese Entdeckung wurde von Goebbels zu einer breitangelegten Propagandakampagne gegen die Sowjetunion und die „Greuelthaten des jüdischen Bolschewismus“ benutzt. In diesem Zusammenhang beginnt in der deutschen Öffentlichkeit auch die erste intensive Erörterung der NS-Massenvernichtung von Juden. Vgl. Kap. XIII und den reichsweiten SD-Bericht vom 19.4.1943, Dok. ◀674▶ unter Abs. 3 dort, sowie Berichte auf Orts- und Regionalebene, wie z.B. Dok. ◀686▶, ◀687▶, ◀692▶.

<sup>18</sup> Vgl. die Berichte der westfälischen SD-Außenstellen von Dezember 1941 bis Juli 1942, Dok. ◀604▶, ◀605▶, ◀648▶, sowie die der bayerischen Regierungspräsidenten von November 1941 bis April 1943, Dok. ◀601▶, ◀664▶, ◀671▶.

berichten darüberhinaus über die überraschend große Informiertheit der deutschen Bevölkerung und ihre Reaktionen auf das Schicksal der deportierten Juden und den Massenmord in den von Deutschland besetzten Gebieten Osteuropas.<sup>19</sup> In den Berichten aus Bayern und, noch früher, aus Baden, wird hingegen auch über die Reaktionen der Juden und die zahlreichen Fälle, in denen Juden den Selbstmord der Deportation vorzogen, geschrieben. Sie geben somit seltene Einblicke in das „Alltagsleben“ und den „Alltags-Freitod“ der letzten in Deutschland verbliebenen Juden.<sup>20</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. die in den Anmerkungen 17 und 18 angegebenen Dokumente aus den Jahren 1941-1943: Dok. ◀604▶, ◀605▶, ◀664▶, ◀692▶, sowie ◀705▶ und ◀708▶.

<sup>20</sup> Zum „Alltagsleben“ der deutschen Juden in der Deportationszeit vgl. Dok. ◀579▶, ◀602▶, ◀607▶. Zum „Alltags-Freitod“ in den Kriegsjahren vgl. Dok. ◀534▶, ◀599▶, ◀671▶, ◀702▶.

## Zu Textauswahl und Aufbau

### Hinweise zur Benutzung

#### **Auswahlkriterien**

Bei der Zusammenstellung und Bearbeitung des vorliegenden Dokumentenbandes leitete uns der Gedanke, aus der unüberschaubaren Masse des auf CD-ROM erfaßten Quellenmaterials ein Geschichtsbild in Dokumenten herauszukristallisieren. Wir haben versucht, aus der in Umfang und Intensität in den einzelnen Zeitabschnitten höchst unterschiedlichen Berichterstattung ein abgewogenes Korpus zu schaffen. Dazu wurden aus der Gesamtausgabe auf CD-ROM die inhaltlich und für das jeweilige Kapitel charakteristischsten Dokumente oder Dokumententeile ausgewählt und weitmöglichst in sinnvollem Kontext zusammengestellt.

Konkret wurden folgende Auswahlkriterien angewandt:

a. Die ausgewählten Dokumente sollten die langfristigen Entwicklungsprozesse in der jüdischen Gesellschaft sowie Einstellungen der nichtjüdischen Bevölkerung nachzeichnen und darüber hinaus die einzelnen Entwicklungsphasen in der NS-Judenpolitik, ihre Rezeption und ihre Folgen widerspiegeln.

b. Andererseits haben die Herausgeber die Kapitel um jeweils dominierende Tendenzen oder einschneidende Ereignisse der antijüdischen Verfolgungspolitik gruppiert.

c. Ein weiteres Kriterium war die Gegenüberstellung der Berichte auf Lokal-, Regional- und Reichsebene und eine möglichst breite geographische Streuung.

d. Schließlich strebten die Herausgeber danach, die Einstellung zu den Juden und der NS-Judenpolitik in den verschiedenen Bevölkerungskreisen wiederzugeben. So betonen die ausgewählten Berichte die oft durchaus unterschiedliche Haltung von Stadt- und Dorfbevölkerung, von Parteimitgliedern und -aktivisten, von liberalem Bürgertum, Arbeiterschaft, und nicht zuletzt die ambivalente Einstellung der Kirchen und „konfessionell gebundenen Bevölkerungskreise“.

Erwartungsgemäß finden sich viele Berichte über antijüdische Gewalttätigkeiten, seltener illegale Flugblätter und politische Witze und mehrfach auch Kritik oder sogar eine offene Verurteilung der Judenverfolgung und -vernichtung.

#### **Aufbau des Dokumententeils**

Während die Dokumente der Gesamtausgabe auf CD-ROM streng chronologisch nach Monaten und in fünf Gruppen von berichterstattenden Stellen angeordnet sind, wählten wir für das Buch eine völlig andere Gliederung: Grundsätzlich wird die chronologische Abfolge zwar eingehalten, doch sind die einzelnen Kapitel nach thematischen Kriterien und gleichzeitig nach Gesichtspunkten, die auf der Eigenart der Quellen beruhen, gegliedert:

Unsere Periodisierung spiegelt zum einen den historischen Ablauf der Geschichte der Juden in der NS-Zeit mit ihren allgemein politischen und innerjüdischen Entwicklungen wider, berücksichtigt zum andern aber auch den Wandel in den verschiedenen Berichterstattungssystemen. (Dies kommt am deutlichsten in den Überschriften der Kapitel II, III und X zum Ausdruck.)

Die in 14 Kapiteln zusammengestellten Dokumente konnten mit einem umfangreicheren Anmerkungsapparat als in der Gesamtausgabe versehen werden. Dabei wurde grundsätzlich jedes Dokument als selbständige Einheit behandelt und

mit eigenen Anmerkungen und Verweisen versehen, auch wenn diese in den unmittelbar vorangehenden Dokumenten bereits erscheinen.

### **Nummerierung und Zitierform der Dokumente**

Die in diesem Buch aufgenommenen Dokumente wurden fortlaufend nummeriert; ihre Nummerierung weicht deshalb von der in der Gesamtausgabe ab und ist anders markiert.

Bei Querverweisen auf andere Dokumente dieser Edition ist deshalb immer zu beachten, ob sie sich auf die Nummerierung des Auswahlbandes (**¶Nr.¶**) oder auf die der CD-ROM (<Nr.>) beziehen.

Am Ende jedes Dokuments des Buches erscheint in spitzen Klammern und fettgedruckt die Nummer, unter der es auf CD-ROM erscheint (<Nr.>). Dort kann das Dokument ungekürzt eingesehen werden. Beim Zitieren aus den Dokumenten der Buchausgabe und der CD-ROM oder bei Verweisen auf dieselben sollte jeweils vor der entsprechenden Dokumenten-Nummer die Bezeichnung „Buch“ und Seitenangaben bzw. „CD-ROM“ wie folgt hinzugefügt werden:

Kulka/Jäckel, Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, Buch, Nr. 33, S. XXX.

Kulka/Jäckel, Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, CD-ROM, <139>.

### **Dokumentenköpfe**

Der Dokumentenkopf wurde gegenüber der Gesamtausgabe vereinfacht.

Unter der laufenden Dokumentennummer des Auswahlbandes ist die berichtserstattende Stelle vermerkt. Bei der Art des Berichtes wird, anders als auf CD-ROM, nicht mehr zwischen seiner Eigenbezeichnung (z.B. „Stimmungsbericht“, „Aus-schreitungen gegen Juden“) und unserer einheitlich stilisierten Bezeichnung (z.B. Bericht für September 1935, Bericht) unterschieden; es wurde vielmehr die im jeweiligen Kontext aussagekräftigere Variante gewählt. In der letzten Zeile des Dokumentenkopfes erscheinen links Verfassungsort und Datum und rechts die Archivsignatur. So erscheint im Auswahlband zum Beispiel der Monatsbericht der SD-Außenstelle Detmold für Juli 1942 folgendermaßen:

**¶648¶**

**SD Außenstelle Detmold  
Abtransport der Juden**

**Detmold, 31.7.1942**

**StA Det, M 18 Nr. 11**

Im Unterschied dazu steht in der Gesamtausgabe auf CD-ROM:

<3508>

**SD Außenstelle Detmold  
Bericht  
(„Abtransport der Juden“)**

**Detmold, 31.7.1942**

**StA Det, M 18 Nr. 11**

Wenn ein Dokument in einer Edition bereits vollständig veröffentlicht wurde – gemeint sind jene umfassenden Berichte, in deren einzelne Unterkapitel verschiedene Informationen zum Thema Juden einfließen – wird nicht aus dem Archiv, sondern aus der leichter zugänglichen, gedruckten Quelle zitiert. In solchen Fällen



haben wir dennoch auch das Originaldokument zu Rate gezogen, und wenn der gedruckte Text korrigiert und Fehler erläutert werden mußten, haben wir dies in einer Anmerkung getan (vgl. ◀414▶, Anm. 217).

### Zitierform der Textstellen

Um den breiteren Kontext der abgedruckten Passagen zum Thema Juden zu veranschaulichen, wurden prinzipiell auch die Kapitelüberschriften übernommen, in denen der abgedruckte Textteil stand; etwa in folgender Weise (◀101▶):

#### *Wirtschafts- und Agrarpolitik*

[...]

#### *Industrie*

[...]

Aus Bocholt wird noch folgendes berichtet:

„Das Verbot über das Hissen der Reichsflagge durch Juden hat unter den Gefolgschaften der hiesigen jüdischen Textilbetriebe starken Unwillen hervorgerufen. Die Gefolgschaften, die bis zu 99% \*arischer Abstammung sind, können es nicht verstehen, daß diese Betriebe die Reichsflagge nicht hissen dürfen. [...]“

Alle Auslassungen der Herausgeber sind durch [...] gekennzeichnet.

Alle Hervorhebungen in den Originalen sind kursiv umgesetzt.

Offensichtliche Schreibfehler in den Berichten wurden von uns stillschweigend korrigiert oder, falls sie stilistisch oder anderweitig einen Aussagewert haben, durch [sic] gekennzeichnet.

Personenbezogene Angaben wurden anonymisiert, wenn der Schutz der Privatsphäre dies erforderlich machte. Prinzipiell gingen wir dabei von dem Grundsatz aus, daß die Identität der Opfer mehr Schutz verdient als jene der Täter. Wurden in einem Bericht mehrere Personen erwähnt, deren Identität nach den angeführten Kriterien zu anonymisieren war, so geschah dies durch die Bezeichnung [N.N.a], [N.N.b], [N.N.c], etc.

Nicht aufgenommen wurden in der Regel Namen und Unterschrift der Verfasser, Paraphen, Marginalien und dergleichen. Anlagen fanden nur dann Aufnahme, wenn sie zum Verständnis des Kontexts oder zur Illustration einer Situation unerläßlich schienen. Die vom Berichterstatter häufig vorgenommene Nummerierung von Kapiteln und Unterkapiteln innerhalb der Originale wurde in der Regel nicht übernommen.

### Zum wissenschaftlichen Apparat

Das einem Begriff oder Namen vorangestellte Zeichen \* verweist auf das *Historische Glossar*, welches Informationen zu Begriffen und Organisationen, sowie Kurzbiographien vorwiegend aus dem jüdischen Bereich bietet. Der Verweis \* erscheint grundsätzlich jeweils bei der ersten Erwähnung des Begriffes in einem Dokument und wird nur in besonders langen Dokumenten nochmals wiederholt. Markiert wurden auch grammatikalische Varianten im Glossar vorhandener Begriffe sowie deren Komposita (also z.B. zu Auswanderung: \*Auswanderungen, \*Auswanderungsbestrebungen, etc.).

In den Dokumenten und im Glossar finden sich darüber hinaus Hinweise auf die *Zeittafel*.

In den bibliographischen Angaben wurden Kurztitel verwendet; die vollständigen Angaben finden sich im *Literaturverzeichnis*.

Alle Dokumente sind in der *Dokumentenliste* entsprechend ihrer Anordnung im vorliegenden Band aufgeführt. Am Ende des Buches findet sich ferner ein *Abkürzungsverzeichnis der Archive und Quellenpublikationen*, in dem die nur in Kurzform angegebenen Archivnamen bzw. Quelleneditionen vollständig aufgeführt sind. Abkürzungen von Organisationen u.ä. (z.B. NSKK = Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps, WIZO = Women's International Zionist Organisation, FJGV = Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1932-1933) können im *Allgemeinen Abkürzungsverzeichnis* nachgeschlagen werden, die wichtigeren erscheinen zudem auch im *Historischen Glossar*.

Die umfangreiche, von Silvia Noll zusammengestellte *Bibliographie zur Orts- und Regionalgeschichte der Juden in Deutschland unter dem Nationalsozialismus*, auf deren Einträge im Anmerkungsapparat nicht eigens verwiesen wird, kann bei Bedarf auf der CD-ROM eingesehen werden. In der Vorbemerkung der Verfasserin finden sich alle Informationen zum Aufbau und zur Verwendung dieses aufschlußreichen Hilfsmittels.

# Kapitelverzeichnis des Dokumententeils

## DIE VORKRIEGSZEIT (1933-1939)

I	<b>Die Anfänge der NS-Ära</b> – Die Entfesselung der Gewalt, der Judenboykott und erste Berichte über das jüdische Vereinsleben (März 1933 – April 1934)	45
II	<b>„Aufbau im Untergang“</b> – Das deutsche Judentum im Spiegel der ersten reichsweiten Gestapo- und SD-Berichte angesichts der wachsenden Ausgrenzung (April – Juni 1934)	68
III	<b>Anfänge der systematischen Monatsberichterstattung der Gestapo und der Regierungspräsidenten</b> – Alltag der antijüdischen Einzelaktionen und weiterer Ausbau des jüdischen Gemeinwesens (Juli 1934 – März 1935)	82
IV	<b>„Die neue antisemitische Welle“ und die Nürnberger Gesetze</b> (April – Dezember 1935)	129
V	<b>Das Jahr der Olympischen Spiele</b> – Atempause für die Juden in Deutschland? (Januar – Dezember 1936)	183
VI	<b>„Große Befriedung der Judenfrage“ und die Anfänge einer neuen Radikalisierung</b> (Januar – Dezember 1937)	214
VII	<b>Das Jahr 1938 bis zum Abflauen der Sudetenkrise und die Folgen des Münchner Abkommens</b> (Januar – Oktober 1938)	258
VIII	<b>Die Reichskristallnacht und das Jahr 1938 im Rückblick</b> (November – Dezember 1938)	304
IX	<b>Die neue Lage der Juden im Dritten Reich bis zum Kriegsausbruch</b> (Januar – August 1939)	379

## DIE KRIEGSJAHRE (1939-1945)

X	<b>Anfang des neuen Berichterstattungssystems des SD</b> – Die ersten Kriegsjahre und die ersten improvisierten Deportationen (September 1939 – August 1941)	406
XI	<b>Die Kennzeichnung der Juden und die erste Welle der systematischen Deportationen „nach Osten“</b> (September 1941 – Februar 1942)	456
XII	<b>„Entjudung Deutschlands“</b> – Deportationen und Selbstmorde (März 1942 – März 1943)	488

<b>XIII</b>	<b>Stalingrad und Katyn</b> – Die Reaktionen auf die Massenvernichtung der Juden „im Osten“ (April – Juni 1943)	515
<b>XIV</b>	<b>Das „entjudete“ Dritte Reich</b> (Juli 1943 – März 1945)	527

# Liste der Dokumente

## Kapitel I (März 1933–April 1934)

- ◄1▶ Preußische Politische Polizei Berlin, 11.3.1933
- ◄2▶ Bürgermeister Gollnow Gollnow, 14.3.1933
- ◄3▶ Der Höhere Polizeiführer im Westen/  
Sonderkommissar des Ministers des Innern Recklinghausen,  
29.3.1933
- ◄4▶ Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz Regensburg, 30.3.1933
- ◄5▶ Stadtrat Bad Kissingen Bad Kissingen, 31.3.1933
- ◄6▶ Der Höhere Polizeiführer im Westen/  
Sonderkommissar des Ministers des Innern Recklinghausen,  
1.4.1933
- ◄7▶ Bezirksamt Bad Neustadt a/S. Bad Neustadt, 2.4.1933
- ◄8▶ Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz Regensburg, 5.4.1933
- ◄9▶ Regierungspräsident Unterfranken Würzburg, 6.4.1933
- ◄10▶ Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Ansbach, 7.4.1933
- ◄11▶ [Empfänger: Gaunachrichtendienst Hannover] Hannover, 24.5.1933
- ◄12▶ Bezirksamt Neustadt/Aisch Neustadt/Aisch, 15.7.1933
- ◄13▶ Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Ansbach, 19.7.1933
- ◄14▶ Stapostelle Regierungsbezirk Kassel Kassel, 28.7.1933
- ◄15▶ Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Ansbach, 8.8.1933
- ◄16▶ Stapostelle Regierungsbezirk Hannover Hannover, 18.8.1933
- ◄17▶ Stapostelle Regierungsbezirk Kassel Kassel, 29.8.1933
- ◄18▶ Regierungspräsident Unterfranken und  
Aschaffenburg Würzburg, 6.9.1933
- ◄19▶ Regierungspräsident Unterfranken und  
Aschaffenburg Würzburg, 19.10.1933
- ◄20▶ Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Ansbach, 20.9.1933
- ◄21▶ Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Ansbach, 6.10.1933
- ◄22▶ Regierungspräsident Unterfranken und  
Aschaffenburg Würzburg, 7.10.1933
- ◄23▶ Stapostelle Regierungsbezirk Kassel Kassel, 9.11.1933
- ◄24▶ Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nürnberg, 4.12.1933
- ◄25▶ Innenministerium Württemberg o.O., 30.11.1933
- ◄26▶ Gestapa Berlin Berlin, 10.1.1934
- ◄27▶ Gestapa Berlin Berlin, 31.1.1934
- ◄28▶ Regierungspräsident Unterfranken und  
Aschaffenburg Würzburg, 20.3.1934
- ◄29▶ Stapostelle Regierungsbezirk Hannover Hannover, 6.4.1934
- ◄30▶ Zentralbüro des Politischen Polizei-Kommandeurs München, 14.4.1934
- ◄31▶ Gestapa Berlin Berlin, 28.4.1934

## Kapitel II (April 1934–Juni 1934)

- ◄32▶ Gestapa Berlin Berlin, April 1934
- ◄33▶ SD Hauptamt Berlin, Mai/Juni 1934
- ◄34▶ Gestapa Berlin Berlin, 17.6.1934

## Kapitel III (Juli 1934–März 1935)

- ◄35▶ [Württembergisches Politisches Landespolizeiamt] [Stuttgart], 10.8.1934
- ◄36▶ Stapostelle Regierungsbezirk Aachen Aachen, 6.8.1934
- ◄37▶ Gendarmerie Geiselbach Geiselbach, 26.7.1934
- ◄38▶ Regierungspräsident Pfalz Speyer, 8.9.1934
- ◄39▶ Regierungspräsident Schwaben und Neuburg Augsburg, 6.9.1934
- ◄40▶ Stapostelle Landesbezirk Berlin Berlin, 4.10.1934

441	Stapostelle Regierungsbezirk Kassel	Kassel, 5.10.1934
442	Stapostelle Regierungsbezirk Köln	Köln, 1.10.1934
443	Stapostelle Regierungsbezirk Minden	Bielefeld, 4.10.1934
444	Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, 5.11.1934
445	Stapostelle Regierungsbezirk Kassel	Kassel, 5.11.1934
446	Stapostelle Regierungsbezirk Koblenz	Koblenz, o.D. 1934
447	Gendarmerie Bad Neustadt	Bad Neustadt, 24.10.1934
448	Gestapa Berlin, II 1 B 2	Berlin, November 1934
449	Stapostelle Regierungsbezirk Kassel	Kassel, 5.12.1934
450	Polizeidirektion München	München, 6.12.1934
451	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 8.12.1934
452	Innenminister Braunschweig	Braunschweig, 14.12.1934
453	Bezirksamt Alzenau i.Ufr.	Alzenau, 27.11.1934
454	Polizeipräsident Berlin	Berlin, 18.1.1935
455	Polizeipräsident Dresden	Dresden, 6.12.1934
456	Polizeipräsident Dresden	Dresden, 13.12.1934
457	Polizeipräsident Dresden	Dresden, 20.12.1934
458	Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf	Düsseldorf, 3.12.1934
459	Stapostelle Regierungsbezirk Hannover	Hannover, 7.1.1935
460	Stapostelle Regierungsbezirk Kassel	Kassel, 5.1.1935
461	Stapostelle Regierungsbezirk Lüneburg	Harburg-Wilhelmsburg, 20.12.1934
462	Stapostelle Regierungsbezirk Lüneburg	Harburg-Wilhelmsburg, 28.12.1934
463	Mecklenburgische Politische Polizei	Schwerin, 5.1.1935
464	Stapostelle Regierungsbezirk Minden	Bielefeld, 4.1.1935
465	Polizeidirektion München	München, 6.1.1935
466	Staatsminister Land Hessen	Darmstadt, 11.1.1935
467	Regierungspräsident Kassel	Kassel, 2.1.1935
468	Regierungspräsident Minden	Minden, 10.1.1935
469	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 9.1.1935
470	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 9.1.1935
471	Regierungspräsident Stettin	Stettin, 8.1.1935
472	Regierungspräsident Wiesbaden	Wiesbaden, 27.12.1934
473	Gendarmerie Bad Neustadt/Saale	Bad Neustadt/Saale, 21.12.1934
474	Landrat Eschwege	Eschwege, 20.12.1934
475	Feldjägerbereitschaft 1/V Frankfurt/M.	Frankfurt/M., 25.12.1934
476	Oberbürgermeister Fulda	Fulda, 27.12.1934
477	Landrat Hanau	Hanau, 25.12.1934
478	NSDAP-Kreisamt für Kommunalpolitik Kempten	Kempten, 3.1.1935
479	SA-Brigade 250 Offenbach/Main	Offenbach/Main, 9.1.1935
480	Landrat Rotenburg	Rotenburg, 22.12.1934
481	Landrat Schmalkalden	Schmalkalden, 23.12.1934
482	Landrat Wolfhagen	Wolfhagen, 27.12.1934
483	Landrat Ziegenhain	Ziegenhain, 22.12.1934
484	SA-Standarte 22 Zweibrücken (Rheinpfalz)	Zweibrücken, o.D.
485	Gestapa Berlin	Berlin, 19.2.1935
486	Stapostelle Regierungsbezirk Köln	Köln, 4.2.1935
487	Polizeidirektion Nürnberg-Fürth	Nürnberg, 2.2.1935

◄88▶	Regierungspräsident Koblenz	Koblenz, 3.2.1935
◄89▶	Senat Lübeck, Innere Verwaltung	Lübeck, 9.1.1935
◄90▶	Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg	Würzburg, 8.2.1935
◄91▶	Gendarmerie Schöllkrippen	Schöllkrippen, 23.1.1935
◄92▶	Gestapa Land Baden	Karlsruhe, o.D.
◄93▶	Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, o.D.
◄94▶	Stapostelle Regierungsbezirk Hannover	Hannover, 4.3.1935
◄95▶	Stapostelle Regierungsbezirk Köln	Köln, 4.3.1935
◄96▶	Stapostelle Regierungsbezirk Minden	Bielefeld, 4.3.1935
◄97▶	Landrat Fritzlar-Homburg	Fritzlar, 19.2.1935
◄98▶	Polizeidirektion Augsburg	Augsburg, 1.4.1935
◄99▶	Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, o.D.
◄100▶	Stapostelle Regierungsbezirk Erfurt	Erfurt, 4.4.1935
◄101▶	Stapostelle Regierungsbezirk Münster	Recklinghausen, 4.4.1935
◄102▶	Stapostelle Regierungsbezirk Wiesbaden	Frankfurt/M., 5.4.1935
◄103▶	Regierungspräsident Osnabrück	Osnabrück, 2.4.1935
◄104▶	Regierungspräsident Oppeln	Oppeln, 2.4.1935
◄105▶	Bürgermeister Anröchte	Anröchte, 19.3.1935
◄106▶	Gendarmerie Wehrda	Neukirchen, 23.3.1935

#### Kapitel IV (April–Dezember 1935)

◄107▶	Stapostelle Regierungsbezirk Aachen	Aachen, 8.5.1935
◄108▶	Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf	Düsseldorf, 5.5.1935
◄109▶	Stapostelle Regierungsbezirk Breslau	Breslau, 5.5.1935
◄110▶	Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, o.D.
◄111▶	Stapostelle Regierungsbezirk Frankfurt/O.	Frankfurt/O., 4.5.1935
◄112▶	Stapostelle Regierungsbezirk Köln	Köln, 4.5.1935
◄113▶	Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg	Königsberg, o.D.
◄114▶	Stapostelle Regierungsbezirk Minden	Bielefeld, 4.5.1935
◄115▶	Regierungspräsident Stettin	Stettin, 10.5.1935
◄116▶	Regierungspräsident Wiesbaden	Wiesbaden, 30.4.1935
◄117▶	Gendarmerie Unsleben	Unsleben, 14.4.1935
◄118▶	Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, 13.6.1935
◄119▶	Stapostelle Regierungsbezirk Kassel	Kassel, 5.6.1935
◄120▶	Stapostelle für den Regierungsbezirk Koblenz	Koblenz, o.D.
◄121▶	Polizeidirektion München	München, 27.5.1935
◄122▶	Stapostelle Regierungsbezirk Münster	Recklinghausen, 6.6.1935
◄123▶	Oberpräsident Provinz Schlesien	Breslau, 6.6.1935
◄124▶	Regierungspräsident Trier	Trier, 6.6.1935
◄125▶	Landrat Düren	Düren, 27.5.1935
◄126▶	Kreisleitung Eichstätt	Eichstätt, o.D.
◄127▶	Oberbürgermeister Hameln	Hameln, 20.5.1935
◄128▶	Gendarmerie Osnabrück	Osnabrück, 25.5.1935
◄129▶	Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, o.D.
◄130▶	Bayerische Politische Polizei	München, 21.6.1935
◄131▶	Stapostelle Regierungsbezirk Breslau	Breslau, 5.7.1935
◄132▶	Stapostelle Regierungsbezirk Hannover	Hannover, 4.7.1935
◄133▶	Stapostelle Regierungsbezirk Köln	Köln, 7.7.1935
◄134▶	Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg	Königsberg, o.D.
◄135▶	Stapostelle Regierungsbezirk Sigmaringen	Sigmaringen, 12.7.1935
◄136▶	Regierungspräsident Wiesbaden	Wiesbaden, 1.7.1935
◄137▶	Landrat Hanau	Hanau, 25.6.1935

◄138► Landrat Hünfeld	Hünfeld, 24.6.1935
◄139► Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, o.D.
◄140► Stapostelle Regierungsbezirk Aurich	Wilhelmshaven, o. D.
◄141► Stapostelle Regierungsbezirk Breslau	Breslau, 3.8.1935
◄142► Stapostelle Regierungsbezirk Frankfurt/O.	Frankfurt/O., 5.8.1935
◄143► Stapostelle Regierungsbezirk Hannover	Hannover, 3.8.1935
◄144► Stapostelle Regierungsbezirk Wiesbaden	Frankfurt/M., 5.8.1935
◄145► NSDAP-Gauamt für Kommunalpolitik Gauleitung Schwaben	Augsburg, 10.8.1935
◄146► Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, o.D.
◄147► Stapostelle Regierungsbezirk Aachen	Aachen, 5.9.1935
◄148► Stapostelle Regierungsbezirk Köln	Köln, 3.9.1935
◄149► Stapostelle Regierungsbezirk Lüneburg	Harburg-Wilhelmsburg, o.D.
◄150► Stapostelle Regierungsbezirk Minden	Bielefeld, 4.9.1935
◄151► Stapostelle Regierungsbezirk Osnabrück	Osnabrück, 4.9.1935
◄152► Regierungspräsident Kassel	Kassel, 2.9.1935
◄153► Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 9.9.1935
◄154► Regierungspräsident Wiesbaden	Frankfurt/M. 30.8.1935
◄155► Gendarmerie Fischach	Fischach, 6.8.1935
◄156► Landrat Gelnhausen	Gelnhausen, 31.7.1935
◄157► Landrat Halle/Westf.	Halle/Westf., 28.8.1935
◄158► Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, o.D.1935
◄159► Stapostelle Regierungsbezirk Arnberg	Dortmund, o.D.
◄160► Stapostelle Regierungsbezirk Köln	Köln, 18.10.1935
◄161► Stapostelle Regierungsbezirk Magdeburg	Magdeburg, 5.10.1935
◄162► Stapostelle Regierungsbezirk Minden	Bielefeld, 3.10.1935
◄163► Stapostelle Regierungsbezirk Trier	Trier, 5.10.1935
◄164► Regierungspräsident Oppeln	Oppeln, o.D.
◄165► Reichsleitung der NSDAP, Hauptamt für Kommunalpolitik	München, 25.10.1935
◄166► Bezirksamt Bad Kissingen	Bad Kissingen, 27.9.1935
◄167► Regierungsbezirk Minden, Land Lippe und Kreis Hameln-Pyrmont	o.O., o.D.
◄168► Bayerische Politische Polizei	München, 1.11.1935
◄169► Stapostelle Regierungsbezirk Arnberg	Dortmund, o.D.
◄170► Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin	Berlin, o.D.
◄171► Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf	Düsseldorf, 6.11.1935
◄172► Stapostelle Regierungsbezirk Hannover	Hannover, 4.11.1935
◄173► Stapostelle Regierungsbezirk Koblenz	Koblenz, 5.11.1935
◄174► Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg	Königsberg, o.D.
◄175► Stapostelle Regierungsbezirk Merseburg	Halle/Sachsen, 5.11.1935
◄176► Kripo Amberg	Amberg, 16.10.1935
◄177► Bürgermeister Lippstadt	Lippstadt, 21.10.1935
◄178► Landrat Melsungen	Melsungen, 24.10.1935
◄179► Landrat Rotenburg	Rotenburg, 24.10.1935
◄180► Bayerische Politische Polizei	München, 1.12.1935
◄181► Regierungspräsident Aachen	Aachen, 14.12.1935
◄182► Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg	Königsberg, o.D.
◄183► Stapostelle Regierungsbezirk Magdeburg	Magdeburg, 5.12.1935
◄184► Regierungspräsident Koblenz	Koblenz, 5.12.1935
◄185► Bürgermeister Lippstadt	Lippstadt, 19.11.1935



- ◀186▶ Regierungsbezirk Minden, Land Lippe und Kreis Hameln-Pyrmont . o.O., o.D
- ◀187▶ Stapostelle Regierungsbezirk Breslau Breslau, 2.1.1936
- ◀188▶ Stapostelle Regierungsbezirk Erfurt Erfurt, 6.1.1936
- ◀189▶ Stapostelle Regierungsbezirk Hannover Hannover, 6.1.1936
- ◀190▶ Stapostelle Regierungsbezirk Köln Köln, 4.1.1936
- ◀191▶ Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg Königsberg, o.D.
- ◀192▶ Stapostelle Regierungsbezirk Wiesbaden Frankfurt/M, 4.1.1936
- ◀193▶ Württembergisches Politisches Landespolizeiamt Stuttgart, o.D.
- ◀194▶ Kreishauptmann Dresden Dresden, 9.1.1936

#### **Kapitel V (Januar–Dezember 1936)**

- ◀195▶ SD-Hauptamt J I/6 Berlin, o.D.
- ◀196▶ Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin Berlin, o.D.
- ◀197▶ Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf Düsseldorf, 18.2.1936
- ◀198▶ [Berichte aus dem Regierungsbezirk Minden, Land Lippe und Kreis Hameln-Pyrmont] o.O., o.D.
- ◀199▶ SD-Hauptamt II 121 Berlin, o.D.
- ◀200▶ Stapostelle Regierungsbezirk Aachen Aachen, 5.3.1936
- ◀201▶ Stapostelle Regierungsbezirk Arnberg Dortmund, o.D. 1936
- ◀202▶ Stapostelle Regierungsbezirk Aurich Wilhelmshaven, 21.2.1936
- ◀203▶ Gestapa Land Baden Karlsruhe, o.D.
- ◀204▶ Bayerische Politische Polizei I 1A München, 1.3.1936
- ◀205▶ Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin Berlin, 6.3.1936
- ◀206▶ Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf Düsseldorf, 12.3.1936
- ◀207▶ Stapostelle Regierungsbezirk Köln Köln, 4.3.1936
- ◀208▶ Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg Königsberg, 6.3.1936
- ◀209▶ Regierungspräsident Kassel Kassel, 4.3.1936
- ◀210▶ Landrat Bad Kreuznach Bad Kreuznach, 27.2.1936
- ◀211▶ Gendarmerie Butzbach Butzbach, 18.2.1936
- ◀212▶ Landrat Schwabach Schwabach, 2.3.1936
- ◀213▶ Gendarmerie Thannhausen Thannhausen, 26.2.1936
- ◀214▶ Bayerische Politische Polizei München, 1.4.1936
- ◀215▶ Stapostelle Regierungsbezirk Köln Köln, 12.3.1936
- ◀216▶ Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg Königsberg, o.D.
- ◀217▶ Gendarmerie Gunzenhausen Gunzenhausen, 31.3.1936
- ◀218▶ Landrat Mayen Mayen, 28.3.1936
- ◀219▶ SD-Hauptamt, II 112 Berlin, 25.6.1936
- ◀220▶ Bayerische Politische Polizei I 1 A München, 1.7.1936
- ◀221▶ Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz Regensburg, 7.7.1936
- ◀222▶ Regierungspräsident Pfalz Speyer, 8.7.1936
- ◀223▶ Regierungspräsident Schwaben und Neuburg Augsburg, 6.7.1936
- ◀224▶ Bürgermeister Oppershofen Oppershofen, 26.6.1936
- ◀225▶ Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Ansbach, 6.8.1936
- ◀226▶ Bayerische Politische Polizei I 1 A München, 1.9.1936
- ◀227▶ Bürgermeister Friedberg Friedberg, 19.8.1936
- ◀228▶ Bezirksamt Hipoltstein Hipoltstein, 20.8.1936
- ◀229▶ Gendarmerie Waischenfeld Waischenfeld, 31.8.1936
- ◀230▶ SD-Hauptamt II 112 Berlin, 13.9.1936
- ◀231▶ Bayerische Politische Polizei I 1 A München, 1.10.1936
- ◀232▶ NSDAP Reichsleitung, Hauptamt f. Kommunalpolitik München, 10.10.1936

◄233▶	Bezirksamt Bad Brückenau	Bad Brückenau, 9.10.1936
◄234▶	Bürgermeister Butzbach	Butzbach, 17.9.1936
◄235▶	Bürgermeister Gefell	Gefell, 19.9.1936
◄236▶	Stapoleitstelle München I 1 A	München, 1.11.1936
◄237▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 20.11.1936
◄238▶	Polizeipräsidium München	München, 10.12.1936
◄239▶	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 8.12.1936
◄240▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.12.1936
◄241▶	Bezirksamt Aichach	Aichach, 2.12.1936
◄242▶	NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaleitung	Bremen, 13.11.1936
◄243▶	Bürgermeister Oppershofen	Oppershofen, 19.11.1936
◄244▶	Gendarmerie Unsleben	Unsleben, 28.11.1936
◄245▶	Stapoleitstelle München	München, 1.1.1937
◄246▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.1.1937
◄247▶	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 7.1.1937
◄248▶	Gendarmeriebezirk Ebermannstadt	Ebermannstadt, 5.12.1936
◄249▶	Oberstaatsanwalt Mannheim	Mannheim, 21.1.1937
◄250▶	NSDAP Ortsgruppe Münster-Rathaus	Münster, 24.12.1936
◄251▶	Gendarmerie Oberammergeau	Oberammergeau, 30.12.1936

#### Kapitel VI (Januar–Dezember 1937)

◄252▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, Januar 1937
◄253▶	Gendarmerie Unsleben	Unsleben, 28.4.1937
◄254▶	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 5.2.1937
◄255▶	Polizeiamt Bad Nauheim	Bad Nauheim, 30.1.1937
◄256▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 17.2.1937
◄257▶	Gestapa Berlin	Berlin, o.D.
◄258▶	NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaleitung	Bremen, 19.3.1937
◄259▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 18.3.1937
◄260▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 8.4.1937
◄261▶	SD-Hauptamt II 112 1	Berlin, o.D.
◄262▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 6.4.1937
◄263▶	NSDAP (unbekannte) Ortsgruppe in Münster	Münster, 4.4.1937
◄264▶	SD-Hauptamt	Berlin, 19.4.1937
◄265▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 4.5.1937
◄266▶	Stapoleitstelle München II 2	München, 1.5.1937
◄267▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 5.5.1937
◄268▶	Bürgermeister Amt Altenrüthen	Rüthen, 22.5.1937
◄269▶	Gendarmerie Heiligenstadt	Heiligenstadt, 13.6.1937
◄270▶	NSDAP Kreisleitung Münster-Stadt	Münster, 28.5.1937
◄271▶	Bürgermeister Wohnbach	Wohnbach, 20.5.1937
◄272▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 16.6.1937
◄273▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 17.6.1937
◄274▶	Gendarmerie Steinach	Steinach, 23.6.1937
◄275▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 16.7.1937
◄276▶	Stapoleitstelle München II 2 A	München, 1.8.1937
◄277▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 17.8.1937
◄278▶	Bürgermeister Bad Nauheim	Bad Nauheim, 27.8.1937
◄279▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 17.9.1937
◄280▶	Stapoleitstelle München II 2 A	München, 1.10.1937
◄281▶	Polizeidirektion Augsburg	Augsburg, 4.11.1937

◀282▶	Stapoleitstelle München II 2 A	München, 1.11.1937
◀283▶	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 7.11.1937
◀284▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.11.1937
◀285▶	Bezirksamt Alzenau	Alzenau, 30.10.1937
◀286▶	Gendarmerie Arnschwang	Arnschwang, 26.10.1937
◀287▶	Bürgermeister Haigerloch	Haigerloch, 29.10.1937
◀288▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 12.11.1937
◀289▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 18.11.1937
◀290▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 18.11.1937
◀291▶	Gendarmerie Cham	Cham, 28.11.1937
◀292▶	Landrat Gelnhausen	Gelnhausen, 30.11.1937
◀293▶	SD-Oberabschnitt Nord II 112	Stettin, o.D.
◀294▶	SD-Oberabschnitt Nord-West II 112	Hamburg, 14.1.1938
◀295▶	SD-Oberabschnitt Ost II 112	Berlin, 8.1.1938
◀296▶	SD-Oberabschnitt Süd [II 112]	München, o.D.
◀297▶	SD-Oberabschnitt Süd-Ost II 112	Breslau, 14.1.1938
◀298▶	SD-Oberabschnitt Süd-West II 112	Stuttgart, o.D.
◀299▶	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 8.1.1938
◀300▶	Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg	Würzburg, 10.1.1938
◀301▶	NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaamt	Bremen, 7.1.1938

#### Kapitel VII (Januar–Oktober 1938)

◀302▶	SD-Hauptamt I 1	Berlin, o.D.
◀303▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.2.1938
◀304▶	Bürgermeister Amt Anröchte	Anröchte, 25.1.1938
◀305▶	Gendarmerie Aufseß	Aufseß, 26.1.1938
◀306▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 4.3.1938
◀307▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 9.3.1938
◀308▶	NSDAP Reichsleitung, Hauptamt f. Kommunalpolitik	München, 15.4.1938
◀309▶	Gendarmerie Garmisch-Partenkirchen	Garmisch-Partenkirchen, 2.3.1938
◀310▶	Gendarmerie Geiselbach	Geiselbach, 25.2.1938
◀311▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, o.D.
◀312▶	Generalstaatsanwalt Karlsruhe	Karlsruhe, 7.4.1938
◀313▶	Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg	Würzburg, 9.4.1938
◀314▶	HJ Baden	Karlsruhe, 22.3.1938
◀315▶	Gendarmerie Bezirk Ebermannstadt	Ebermannstadt, 29.3.1938
◀316▶	Gestapa II A 2	Berlin, 4.5.1938
◀317▶	Regierungspräsident Oberbayern	München, 9.5.1938
◀318▶	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 10.5.1938
◀319▶	NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaamt	Bremen, 6.5.1938
◀320▶	Gendarmerie Hösbach	Hösbach, 19.4.1938
◀321▶	NSDAP Kreisleitung Königshofen-Hofheim	Königshofen, 2.5.1938
◀322▶	Bürgermeister Neuweiler	Neuweiler, 22.4.1938
◀323▶	Bürgermeister Unterreichenbach	Unterreichenbach, 21.4.1938
◀324▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, o.D.
◀325▶	SD Außenstelle Hanau II 112	Hanau, 15.5.1938
◀326▶	SD Außenstelle Hanau II 112	Hanau, 23.5.1938
◀327▶	SD Außenstelle Hanau II 112	Hanau, 27.5.1938

- |      |  |                            |
|------|--|----------------------------|
| 4328 | Regierungspräsident Mainfranken                | Würzburg, 7.6.1938         |
| 4329 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 8.6.1938          |
| 4330 | NSDAP Kreisleitung Königshofen-Hofheim         | Königshofen, 30.5.1938     |
| 4331 | SD-Hauptamt II 112                             | Berlin, 20.6.1938          |
| 4332 | SD-Hauptamt II 112                             | Berlin, 1.7.1938           |
| 4333 | SD Außenstelle Kochem II 112                   | Kochem, 26.6.1938          |
| 4334 | Gestapa II A 2                                 | Berlin, 27.6.1938          |
| 4335 | Stapoleitstelle Frankfurt/M. II                | o.O., 18.6.1938            |
| 4336 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 7.7.1938          |
| 4337 | Gendarmerie Freudenberg                        | Freudenberg, 23.6.1938     |
| 4338 | Gendarmerie Oberammergau                       | Oberammergau,<br>29.6.1938 |
| 4339 | Gendarmerie Thannhausen                        | Thannhausen, 29.6.1938     |
| 4340 | SD-Hauptamt II 112                             | Berlin, 22.9.1938          |
| 4341 | SD-Hauptamt II 112                             | Berlin, o.D.               |
| 4342 | SD-Hauptamt II 1                               | Berlin, 5.8.1938           |
| 4343 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 7.9.1938          |
| 4344 | Regierungspräsident Pfalz                      | Speyer, 12.9.1938          |
| 4345 | Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz | Regensburg, 8.8.1938       |
| 4346 | SD-Hauptamt II 112                             | Berlin, 8.9.1938           |
| 4347 | SD-Hauptamt II 112                             | Berlin, 8.10.1938          |
| 4348 | SD Unterabschnitt Wiesbaden, V-Mann (74301)    | o.O., 30.9.1938            |
| 4349 | Generalstaatsanwalt Karlsruhe                  | Karlsruhe, 30.10.1938      |
| 4350 | Regierungspräsident Mainfranken                | Würzburg, 10.10.1938       |
| 4351 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 7.10.1938         |
| 4352 | Oberstaatsanwalt Waldshut                      | Waldshut, 30.9.1938        |
| 4353 | SD-Hauptamt II 112                             | Berlin, o.D.               |
| 4354 | SD-Hauptamt II 1                               | Berlin, 1.11.1938          |
| 4355 | Regierungspräsident Pfalz                      | Speyer, 9.11.1938          |

#### Kapitel VIII (November–Dezember 1938)

- |      |  |                          |
|------|--|--------------------------|
| 4356 | SD-Hauptamt II 112                             | Berlin, 7.12.1938        |
| 4357 | Stapostelle Bielefeld II B 2                   | Bielefeld, 14.11.1938    |
| 4358 | Oberbürgermeister Bielefeld                    | Bielefeld, 22.11.1938    |
| 4359 | Landrat Halle/Westf.                           | Halle/Westf. 18.11.1938  |
| 4360 | Landrat Höxter                                 | Höxter, 18.11.1938       |
| 4361 | Stadt Minden                                   | Minden, 18.11.1938       |
| 4362 | Bürgermeister Atteln                           | Atteln, 17.11.1938       |
| 4363 | Bürgermeister Amt Neuhaus                      | Neuhaus, 17.11.1938      |
| 4364 | vermutlich SD Außenstelle Hofgeismar           | Hofgeismar, 17.11.1938   |
| 4365 | Landrat Paderborn                              | Paderborn, 23.11.1938    |
| 4366 | Landrat Bielefeld                              | Bielefeld, 18.11.1938    |
| 4367 | Bürgermeister Lemgo                            | Lemgo, 17.11.1938        |
| 4368 | Bürgermeister Amt Borgentreich                 | Borgentreich, 17.11.1938 |
| 4369 | Stapostelle Bielefeld II B 2                   | Bielefeld, 26.11.1938    |
| 4370 | Gestapa II A 4                                 | Berlin, 8.12.1938        |
| 4371 | SD Außenstelle Kochem                          | Kochem, 25.11.1938       |
| 4372 | Stapostelle Aachen II A 4                      | Aachen, 30.11.1938       |
| 4373 | Stapostelle Magdeburg                          | Magdeburg, 30.11.1938    |
| 4374 | Stapostelle Regierungsbezirk Merseburg         | Halle, 29.11.1938        |
| 4375 | Stapoleitstelle München                        | München, o.D.            |
| 4376 | Regierungspräsident Minden                     | Minden, 5.12.1938        |
| 4377 | Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz | Regensburg, 8.12.1938    |
| 4378 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 8.12.1938       |

◀379▶	NSDAP Reichsleitung, Hauptamt f. Kommunalpolitik	München, 15.1.1939
◀380▶	NSDAP Hauptschulungsamt	Berlin, 18.1.1939
◀381▶	Gendarmerie Adlkofen	Adlkofen, 22.11.1938
◀382▶	Gendarmerie Amberg	Amberg, 24.11.1938
◀383▶	NSDAP Frauenschaftsleitung Gau Baden	o.O., November 1938
◀384▶	Kriminalpolizei Bad Kissingen	Bad Kissingen, 11.11.1938
◀385▶	Bürgermeister Bad Lippspringe	Bad Lippspringe, 17.11.1938
◀386▶	NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaamt	Bremen, 12.12.1938
◀387▶	Bezirksamt Ebermannstadt	Ebermannstadt, 2.12.1938
◀388▶	Kreisleitung Eichstätt	Eichstätt, 30.11.1938
◀389▶	Gendarmerie Furth i.W.	Furth i.W., 27.11.1938
◀390▶	Bezirksamt Garmisch-Partenkirchen	Garmisch-Partenkirchen, 10.11.1938
◀391▶	Schutzpolizei Grünstadt	Grünstadt, 19.11.1938
◀392▶	Kreisschulrat Hechingen	Hechingen, 13.11.1938
◀393▶	NSDAP Kreisschulungsamt Lahr	Lahr, 2.12.1938
◀394▶	Oberstaatsanwalt Mosbach	Mosbach, 24.11.1938
◀395▶	Gendarmerie Muggendorf	Muggendorf, 26.11.1938
◀396▶	NSLB Weilheim	Weilheim, 19.11.1938
◀397▶	SD-Außenstelle Gotha	Gotha, o.D.
◀398▶	Landgerichtspräsident Trier	Trier, 22.12.1938
◀399▶	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 9.1.1939
◀400▶	Regierungspräsident Oberbayern	München, 9.1.1939
◀401▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.1.1939
◀402▶	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 7.1.1939
◀403▶	Regierungspräsident Schwaben und Neuburg	Augsburg, 7.1.1939
◀404▶	Landrat Berchtesgaden	Berchtesgaden, 5.1.1939
◀405▶	NSDAP Ortsgruppe Castrop-Rauxel	Castrop-Rauxel, 20.12.1938
◀406▶	Gendarmerie Maxdorf	Maxdorf, 27.12.1938
◀407▶	Gendarmerie Muggendorf	Muggendorf, 26.12.1938
◀408▶	SD-Oberabschnitt Ost II 112	Berlin, 13.1.1939
◀409▶	Stadtpräsident Reichshauptstadt Berlin	Berlin, 5.1.1939
◀410▶	SD-Oberabschnitt Süd II 112	München, o.D.
◀411▶	SD-Oberabschnitt West II 112	Düsseldorf, o.D.
◀412▶	SD Oberabschnitt Elbe II 112	Chemnitz, 18.1.1939
◀413▶	SD-Oberabschnitt Nord II 112	Stettin, 20.1.1939
◀414▶	SD-Hauptamt II 1	Berlin, o.D.
◀415▶	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 7.1.1939

#### Kapitel IX (Januar–August 1939)

◀416▶	SD-Hauptamt II 1	Berlin, o.D.
◀417▶	SD-Unterabschnitt Württemberg-Hohenzollern	Stuttgart, 1.4.1939
◀418▶	SD Außenstelle Kochem	Kochem, 24.1.1939
◀419▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.2.1939
◀420▶	NSDAP Kreisleitung Augsburg-Stadt	o.O., o.D.
◀421▶	Oberstaatsanwalt Mosbach	Mosbach, 24.1.1939
◀422▶	Gendarmerie Schmidmühlen	Schmidmühlen, 25.1.1939
◀423▶	Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf	Düsseldorf, 14.2.1939
◀424▶	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 7.3.1939
◀425▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.3.1939

4426	Grenzpolizeinebenstelle Geldern	Geldern, 28.2.1939
4427	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft	München, 27.3.1939
4428	Gendarmerie Aufseß	Aufseß, 26.3.1939
4429	Gendarmerie Ebermannstadt	Ebermannstadt, 27.3.1939
4430	NSDAP Zelle H (Herne)	Herne, 13.3.1939
4431	NSDAP Ortsgruppe Herne-Castrop-Rauxel	Herne, 23.3.1939
4432	Gendarmerie Hornhausen	Hornhausen, 17.3.1939
4433	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 6.5.1939
4434	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 25.5.1939
4435	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 9.6.1939
4436	Gendarmerie Maßbach	Maßbach, 24.5.1939
4437	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 9.6.1939
4438	Gestapa II A 4	Berlin, 31.7.1939
4439	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 15.6.1939
4440	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 8.7.1939
4441	SD-Hauptamt II 112	Berlin, 11.7.1939
4442	SD-Mann aus Bullay	Bullay, 5.6.1939
4443	SD-Unterabschnitt Württemberg-Hohenzollern	Stuttgart, 1.7.1939
4444	NSDAP-Ortsgruppe Ebersdorf	Ebersdorf, 15.6.1939
4445	Landrat Günzburg	Günzburg, o.D.
4446	NSDAP Kreisleitung Offenbach	Offenbach, o.D.
4447	Regierungspräsident Mainfranken	Würzburg, 11.8.1939
4448	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.8.1939
4449	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 10.8.1939
4450	Regierungspräsident Schwaben und Neuburg	Augsburg, 7.8.1939
4451	SD-Unterabschnitt Thüringen	Erfurt, 5.9.1939
4452	Gendarmerie Ichenhausen	Ichenhausen, 27.8.1939
4453	Gendarmerie Waischenfeld	Waischenfeld, 25.8.1939

#### Kapitel X (September 1939 – August 1941)

4454	SD-Abschnitt Leipzig	Leipzig, 12.9.1939
4455	SD-Abschnitt Leipzig	Leipzig, 15.9.1939
4456	SD-Abschnitt Leipzig	Leipzig, 21.9.1939
4457	SD-Abschnitt Leipzig	Leipzig, 25.9.1939
4458	SD-Außenstelle Worms	Worms, 14.9.1939
4459	Gestapa II A	Berlin, 14.9.1939
4460	Stapostelle Köln	Köln, 29.9.1939
4461	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 9.10.1939
4462	NSDAP Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen	Kitzingen, 4.9.1939
4463	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 6.10.1939
4464	Regierungspräsident Pfalz	Speyer, 10.10.1939
4465	NSDAP Kreisschulungsamt Lahr	Lahr, 3.10.1939
4466	NSDAP Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen	Kitzingen, 1.9.1939
4467	NSDAP Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen	Kitzingen, 11.9.1939
4468	Gendarmerie Sandberg	Sandberg, 28.9.1939
4469	Gendarmerie Unsleben	Unsleben, 28.9.1939
4470	V-Mann der SD im Raum Münster	o.O., 5.9.1939
4471	V-Mann des SD im Raum Münster	o.O., 6.9.1939
4472	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 23.10.1939
4473	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 25.10.1939
4474	SD-Abschnitt Leipzig	Leipzig, 13.10.1939
4475	SD-Abschnitt Leipzig	Leipzig, 22.10.1939
4476	SD-Abschnitt Leipzig	Leipzig, 25.10.1939
4477	Stapostelle Köln	Köln, 10.10.1939

4478	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.11.1939
4479	Regierungspräsident Schwaben und Neuburg	Augsburg, 8.11.1939
4480	SD Außenstelle Bad Kissingen	Bad Kissingen, 27.11.1939
4481	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.12.1939
4482	NSDAP Kreisleitung Würzburg	Würzburg, o.D.
4483	V-Mann des SD im Raum Münster	o.O., 3.11.1939
4484	[SD-Hauptamt] II 112	[Berlin], 13.11.1939
4485	Bericht auf Anfrage <3041>	Nordheim, 16.11.1939
4486	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 6.12.1939
4487	SD-Abschnitt Bielefeld	o.O., 20.12.1939
4488	Stapostelle Bielefeld	Bielefeld, 3.1.1940
4489	Auswanderungsberatungsstelle Köln	Köln, o.D.
4490	Stapostelle Bremen	Bremen, 8.2.1940
4491	Stapostelle Darmstadt	Darmstadt, 15.1.1940
4492	Regierungspräsident Mainfranken	Würzburg, 10.2.1940
4493	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 16.2.1940
4494	Stapostelle Bremen	Bremen, 6.3.1940
4495	Stapoleitstelle Stettin	Stettin, 16.2.1940
4496	SD Abschnitt Bielefeld	Bielefeld, 3.4.1940
4497	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.4.1940
4498	Regierungspräsident Schwaben	Augsburg, 9.4.1940
4499	Gendarmerie Ebermannstadt	Ebermannstadt, 29.3.1940
4500	NSDAP, Amt für Volksgesundheit, Gau München-Oberbayern	Wolfratshausen, 20.3.1940
4501	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 10.4.1940
4502	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 22.4.1940
4503	Stapostelle Bielefeld	Bielefeld, 29.4.1940
4504	Regierungspräsident Mainfranken	Würzburg, 10.5.1940
4505	NSDAP Kreis München, Rassenpolitisches Amt	München, 23.4.1940
4506	Gendarmerie Ober-Erlenbach	Ober-Erlenbach, 16.4.1940
4507	Bürgermeister Bad Nauheim	Bad Nauheim, 22.5.1940
4508	Bürgermeister Rodheim	Rodheim, 21.5.1940
4509	Bürgermeister Schwandorf	Schwandorf, 31.5.1940
4510	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 27.6.1940
4511	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.7.1940
4512	Bürgermeister Heldenbergen	Heldenbergen, 15.6.1940
4513	NS-Frauenschaft, Kreis München	München, 1.7.1940
4514	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.8.1940
4515	Bürgermeister Bad Nauheim	Bad Nauheim, 3.8.1940
4516	NSDAP Gau München-Oberbayern, Rassenpolitisches Amt	München, 15.8.1940
4517	Stadt Münster	Münster, 2.7.1940
4518	Gendarmerie Hammelburg	Hammelburg, 29.8.1940
4519	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 26.8.1940
4520	[SD Hauptaußen- oder Außenstelle Raum Bielefeld]	o.O., 1.9.1940
4521	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 6.10.1940
4522	Auswanderungsberatungsstelle Köln	Köln, o.D.
4523	SD Außenstelle Bielefeld	Bielefeld, 8.10.1940
4524	SD Außenstelle Bielefeld	Bielefeld, 15.10.1940
4525	Stapostelle Bielefeld	Bielefeld, 18.10.1940
4526	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 6.11.1940
4527	Bürgermeister Lindenfels	Lindenfels, 8.11.1940
4528	NSDAP Gau München-Oberbayern, Rassenpolitisches Amt	München, 14.10.1940

4529	[SD Hauptaußen- oder Außenstelle Raum Bielefeld]	o.O., 31.10.1940
4530	[SD Hauptaußen- oder Außenstelle Raum Bielefeld]	o.O., 30.11.1940
4531	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 28.11.1940
4532	Auswanderungsberatungsstelle Köln	Köln, o.D.
4533	Generalstaatsanwalt Karlsruhe	Karlsruhe, 6.1.1941
4534	Oberstaatsanwalt Mannheim	Mannheim, 10.12.1940
4535	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 20.1.1941
4536	SD Außenstelle Höxter	Höxter, 7.2.1941
4537	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 6.2.1941
4538	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 5.3.1941
4539	SD Außenstelle Kitzingen	Kitzingen, 28.3.1941
4540	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 6.3.1941
4541	NSDAP Kreisschulungsamt Lörrach	Lörrach, 25.3.1941
4542	Stadt Münster	Münster, 22.3.1941
4543	SD Außenstelle Königshofen	Königshofen, 28.4.1941
4544	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 6.5.1941
4545	Gendarmerie Oberthulba	Oberthulba, 30.4.1941
4546	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 12.6.1941
4547	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 16.6.1941
4548	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 26.6.1941
4549	Gendarmerie Aufseß	Aufseß, 26.6.1941
4550	Bürgermeister Herchen	Herchen, 25.6.1941
4551	Bürgermeister Ober-Erlenbach	Ober-Erlenbach, 30.6.1941
4552	Bürgermeister Siegburg	Siegburg, 4.6.1941
4553	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 10.7.1941
4554	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 17.7.1941
4555	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 24.7.1941
4556	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 31.7.1941
4557	OKW Wehrwirtschafts- und Rüstungsstab Ia	o.O., 21.7.1941
4558	NSDAP Kreisleitung Münster	Münster, 23.7.1941
4559	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 14.8.1941
4560	SD Hauptaußenstelle Bielefeld	Bielefeld, 5.8.1941
4561	SD-Außenstelle Bielefeld	Bielefeld, 25.8.1941
4562	SD-Außenstelle Minden	Minden, 28.8.1941
4563	OKW Wehrwirtschafts- und Rüstungsstab Ia	o.O., 11.8.1941
4564	Landrat Siegkreis	Siegburg, 6.8.1941
4565	NSDAP Kreisleitung [Raum Münster]	o.O., 21.8.1941

#### Kapitel XI (September 1941 – Februar 1942)

4566	SD Außenstelle Bielefeld	Bielefeld, 13.9.1941
4567	SD Außenstelle Höxter	Höxter, 25.9.1941
4568	SD Außenstelle Minden	Minden, 26.9.1941
4569	SD-Hauptaußenstelle Bielefeld	Bielefeld, 30.9.1941
4570	Stapostelle Würzburg	Würzburg, 29.9.1941
4571	Regierungspräsident Augsburg	Augsburg, 8.10.1941
4572	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.10.1941
4573	NSDAP Reichsleitung, Reichsfrauenführung	Berlin, o.D.
4574	NSDAP Kreisleitung Augsburg-Stadt	Augsburg, 10.10.1941
4575	Gendarmerie Bad Neustadt	Bad Neustadt, 28.9.1941
4576	Bürgermeister Forchheim	Forchheim, 30.9.1941
4577	Gendarmerie Oberthulba	Oberthulba, 23.9.1941
4578	NSDAP Ortsgruppenleiter Trier	Trier, 22.9.1941
4579	Gendarmerie Urspringen	Urspringen, 19.9.1941
4580	NSDAP Kreisleitung [Raum Münster]	o.O., 2.10.1941



◄581▶	RSHA, Amt IV (Gestapa)	Berlin, 24.11.1941
◄582▶	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 9.10.1941
◄583▶	SD Außenstelle Paderborn	Paderborn, 11.10.1941
◄584▶	Stapostelle Wilhelmshaven	Wilhelmshaven, 7.10.1941
◄585▶	Stapostelle Wilhelmshaven	Wilhelmshaven, 25.10.1941
◄586▶	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 8.11.1941
◄587▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 6.11.1941
◄588▶	Bürgermeister Butzbach	Butzbach, 16.10.1941
◄589▶	NSDAP Kreisleitung Lübeck	Lübeck, 10.11.1941
◄590▶	Stadt Münster	Münster, 2.10.1941
◄591▶	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 24.11.1941
◄592▶	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 27.11.1941
◄593▶	SD Hauptaußenstelle Bielefeld	Bielefeld, 4.11.1941
◄594▶	RSHA, Amt IV (Gestapa)	Berlin, 26.11.1941
◄595▶	Stapostelle Bremen	Bremen, 11.11.1941
◄596▶	Stapostelle Bremen	Bremen, 3.12.1941
◄597▶	Stapoleitstelle Magdeburg	Magdeburg, 11.11.1941
◄598▶	Stapostelle Regensburg	Regensburg, 4.11.1941
◄599▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.12.1941
◄600▶	Regierungspräsident Schwaben	Augsburg, 10.12.1941
◄601▶	Gendarmerie Forchheim	Forchheim, 27.11.1941
◄602▶	Gestapo [Essen] II B 4	Essen, 28.11.1941
◄603▶	SD Außenstelle Minden	Minden, 6.12.1941
◄604▶	SD Außenstelle Minden	Minden, 12.12.1941
◄605▶	SD-Hauptaußenstelle	Bielefeld Bielefeld, 16.12.1941
◄606▶	SD Außenstelle Minden	Minden, 19.12.1941
◄607▶	Stapostelle Regensburg	Regensburg, 22.1.1942
◄608▶	Stapostelle Magdeburg	Magdeburg, 12.12.1941
◄609▶	Oberlandesgerichtspräsident Nürnberg	Nürnberg, 5.1.1942
◄610▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 5.1.1942
◄611▶	Regierungspräsident Schwaben	Augsburg, 12.1.1941
◄612▶	NSDAP Kreisleiter Göttingen	Göttingen, 19.12.1941
◄613▶	Stadt Münster	Münster, 1.12.1941
◄614▶	Bürgermeister Vilbel	Vilbel, 30.12.1941
◄615▶	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 29.1.1942
◄616▶	SD-Außenstelle Höxter	Höxter, 19.1.1942
◄617▶	RSHA, Amt IV (Gestapa)	Berlin, 12.1.1942
◄618▶	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 2.2.1942
◄619▶	SD-Außenstelle Minden	Minden, 21.2.1942
◄620▶	Bürgermeister Ober-Erlenbach	Ober-Erlenbach, 26.2.1942

### Kapitel XII (März 1942–März 1943)

◄621▶	Auswanderungsberatungsstelle Köln	Köln, o.D.
◄622▶	SD Hauptaußenstelle Bielefeld III A 1	Bielefeld, 15.3.1942
◄623▶	RSHA, Amt IV (Gestapa)	Berlin, 18.3.1942
◄624▶	NSDAP Ortsgruppe Mainberg	Mainberg, o.D.
◄625▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.4.1942
◄626▶	Regierungspräsident Schwaben	Augsburg, 10.4.1942
◄627▶	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 10.4.1942
◄628▶	SD [Hauptaußenstelle Erfurt] (Beobachter)	Erfurt, 30.4.1942
◄629▶	RSHA, Amt IV (Gestapa)	Berlin, 13.4.1942
◄630▶	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 8.5.1942
◄631▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 5.5.1942
◄632▶	Regierungspräsident Schwaben	Augsburg, 9.5.1942

- |      |  |                               |
|------|--|-------------------------------|
| 4633 | Landrat Bad Neustadt/Saale                     | Bad Neustadt/Saale, 29.4.1942 |
| 4634 | Kriminalpolizei Forchheim                      | Forchheim, 23.4.1942          |
| 4635 | Schutzpolizei Neumarkt/Oberpfalz               | Neumarkt, 6.4.1942            |
| 4636 | NSDAP Ortsgruppe Schonungen                    | Schonungen, 24.4.1942         |
| 4637 | SD [Hauptaußenstelle Erfurt] III A 4           | [Erfurt], 8.5.1942            |
| 4638 | SD [Hauptaußenstelle Erfurt] III A 4           | [Erfurt], 20.5.1942           |
| 4639 | SD [Hauptaußenstelle Erfurt] III A 4           | [Erfurt], 27.5.1942           |
| 4640 | RSHA, Amt IV (Gestapa)                         | Berlin, 27.5.1942             |
| 4641 | Regierungspräsident Oberbayern                 | München, 9.6.1942             |
| 4642 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 6.6.1942             |
| 4643 | NSDAP Ortsgruppe Euerbach                      | Euerbach, 15.5.1942           |
| 4644 | RSHA, Amt III (SD)                             | Berlin, 22.6.1942             |
| 4645 | SD [Hauptaußenstelle Erfurt] III A 4           | [Erfurt], 17.6.1942           |
| 4646 | SD [Hauptaußenstelle Erfurt] III A 4           | [Erfurt], 24.6.1942           |
| 4647 | Regierungspräsident Schwaben                   | Augsburg, 9.7.1942            |
| 4648 | SD-Außenstelle Detmold                         | Detmold, 31.7.1942            |
| 4649 | Stapoleitstelle Münster                        | Münster, 16.7.1942            |
| 4650 | Stapostelle Wilhelmshaven                      | Wilhelmshaven, 29.7.1942      |
| 4651 | Regierungspräsident Schwaben                   | Augsburg, 11.8.1942           |
| 4652 | RSHA, Amt III (SD)                             | Berlin, 10.8.1942             |
| 4653 | SD Außenstelle Leipzig III A                   | Leipzig, 25.8.1942            |
| 4654 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 8.9.1942             |
| 4655 | Regierungspräsident Schwaben                   | Augsburg, 9.9.1942            |
| 4656 | RSHA, Amt IV (Gestapa)                         | Berlin, 11.9.1942             |
| 4657 | Stapostelle Aachen V-Mann                      | Aachen, 2.9.1942              |
| 4658 | Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz | Regensburg, 8.10.1942         |
| 4659 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 7.10.1942            |
| 4660 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 5.11.1942            |
| 4661 | Bürgermeister Bad Brückenau                    | Bad Brückenau, 1.10.1942      |
| 4662 | NSDAP Kreisleitung Augsburg-Stadt              | Augsburg, 11.12.1942          |
| 4663 | SD Außenstelle Minden                          | Minden, 11.12.1942            |
| 4664 | SD Außenstelle Schwabach                       | Schwabach, 23.12.1942         |
| 4665 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 8.1.1943             |
| 4666 | SD-Hauptamt                                    | Berlin, o.D.                  |
| 4667 | SD Hauptaußenstelle Bielefeld III B 3          | Bielefeld, 24.2.1943          |
| 4668 | SD Außenstelle Höxter III B                    | Höxter, 27.2.1943             |
| 4669 | SD Außenstelle Schwabach                       | Schwabach, 3.3.1943           |
| 4670 | Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken    | Ansbach, 7.4.1943             |
| 4671 | Regierungspräsident Schwaben                   | Augsburg, 10.4.1943           |

### Kapitel XIII (April–Juni 1943)

- |      |                                      |                          |
|------|--------------------------------------|--------------------------|
| 4672 | RSHA, Amt III (SD)                   | Berlin, 5.4.1943         |
| 4673 | NSDAP Ortsgruppe Nürnberg-Maxfeld    | Nürnberg, 9.4.1943       |
| 4674 | RSHA, Amt III (SD)                   | Berlin, 19.4.1943        |
| 4675 | SD Außenstelle Bad Brückenau III A 4 | Bad Brückenau, 16.4.1943 |
| 4676 | SD Außenstelle Bad Brückenau III A 4 | Bad Brückenau, 22.4.1943 |
| 4677 | SD Außenstelle Friedberg III A 4     | Friedberg, 23.4.1943     |
| 4678 | Regierungspräsident Schwaben         | Augsburg, 10.5.1943      |
| 4679 | NSDAP Kreisleitung Nürnberg          | Nürnberg, 15.4.1943      |
| 4680 | RSHA, Amt III (SD)                   | Berlin, 6.5.1943         |
| 4681 | RSHA, Amt III (SD)                   | Berlin, 13.5.1943        |
| 4682 | SD Außenstelle Bad Brückenau III A 4 | Bad Brückenau, 7.5.1943  |
| 4683 | SD Außenstelle Friedberg III A 4     | Friedberg, 14.5.1943     |
| 4684 | SD Abschnitt Halle/S. III C 4        | Halle/S., 22.5.1943      |

◄685▶	SD Abschnitt Linz III C 4	Linz, 14.5.1943
◄686▶	Regierungspräsident Schwaben	Augsburg, 10.6.1943
◄687▶	NSDAP Parteikanzlei II B 4	München, 8.5.1943
◄688▶	NSDAP Parteikanzlei II B 4	München, 29.5.1943
◄689▶	NSDAP Kreisleitung Nördlingen	Nördlingen, 10.5.1943
◄690▶	NSDAP Kreisleitung Bad Neustadt/Aisch	Neustadt/Aisch, 17.6.1943
◄691▶	NSDAP Kreisleitung Rothenburg/T.	Rothenburg/T., 21.6.1943
◄692▶	NSDAP Parteikanzlei II B 4	München, 12.6.1943
◄693▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.7.1943
◄694▶	Gendarmerie Sandberg	Sandberg, 28.6.1943

#### Kapitel XIV (Juli 1943–März 1945)

◄695▶	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 8.7.1943
◄696▶	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 26.7.1943
◄697▶	SD-Hauptaußenstelle Würzburg III A 4	Würzburg, 27.7.1943
◄698▶	Oberlandesgericht Bamberg	Bamberg, 2.8.1943
◄699▶	SD Außenstelle Würzburg	Würzburg, 3.8.1943
◄700▶	NSDAP Ortsgruppe Weigolshausen	Weigolshausen, 13.8.1943
◄701▶	SD Außenstelle Würzburg	Würzburg, 31.8.1943
◄702▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.9.1943
◄703▶	Gendarmerie Burglengenfeld	Burglengenfeld, 27.8.1943
◄704▶	NSDAP Kreisleitung Weißenburg/Bay.	Weißenburg, o.D.
◄705▶	SD Außenstelle Kitzingen	Kitzingen, 13.9.1943
◄706▶	SD Außenstelle Schweinfurt	Schweinfurt, 6.9.1943
◄707▶	SD Hauptaußenstelle Würzburg III A 4	Würzburg, 7.9.1943
◄708▶	SD Außenstelle Bad Neustadt	Bad Neustadt, 15.10.1943
◄709▶	NSDAP Kreisschulungsamt Rothenburg/T.	Rothenburg/T., 22.10.1943
◄710▶	NSDAP Kreisleitung Weißenburg	Weißenburg, 23.10.1943
◄711▶	SD Außenstelle Schweinfurt	Schweinfurt, 11.10.1943
◄712▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.11.1943
◄713▶	Regierungspräsident Schwaben	Augsburg, 10.11.1943
◄714▶	NSDAP Kreisschulungsleiter Weißenburg	Weißenburg, 25.10.1943
◄715▶	SD Außenstelle Minden	Minden, 5.11.1943
◄716▶	SD Hauptaußenstelle Würzburg III A 4	Würzburg, 9.[11].1943
◄717▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 7.12.1943
◄718▶	Stimmungs- und Gerüchterfassung	Frankfurt/M., 4.12.1943
◄719▶	RSHA, Amt IV (Gestapa)	Berlin, 17.12.1943
◄720▶	NSDAP Kreisleitung Erkelenz	Erkelenz, 29.12.1943
◄721▶	NSDAP Kreisleitung Eichstätt	Eichstätt, 27.12.1943
◄722▶	SD Abschnitt Koblenz	Koblenz, 24.1.1944
◄723▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.2.1944
◄724▶	SD Außenstelle Schweinfurt	Schweinfurt, o.D. 1944
◄725▶	SD Außenstelle Schweinfurt III A 4	Schweinfurt, o.D. 1944
◄726▶	NSDAP Kreisleitung Erkelenz	Erkelenz, 28.2.1944
◄727▶	SD Abschnitt Schwerin	Schwerin, 7.3.1944
◄728▶	SD Hauptaußenstelle Schwerin	Schwerin, 28.3.1944
◄729▶	Der Höhere SS- und Polizeiführer im Wehrkreis XIII	o.O., 15.3.1944
◄730▶	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.4.1944
◄731▶	Gendarmerie Burglengenfeld	Burglengenfeld, 22.3.1944
◄732▶	NSDAP Kreisschulungsamt Eichstätt	Eichstätt, 15.3.1944
◄733▶	SD Außenstelle [Bad Brückenau] III A 4	[Bad Brückenau], [?].4.1944
◄734▶	SD Außenstelle [Bad Brückenau] III A 4	[Bad Brückenau], [?].4.1944
◄735▶	SD Abschnitt Schwerin	Schwerin, 4.4.1944

4736	SD Abschnitt Schwerin	Schwerin, 4.4.1944
4737	RSHA, Amt III (SD)	Berlin, 25.5.1944
4738	SD Außenstelle Bad Brückenau	Bad Brückenau, 8.5.1944
4739	SD Außenstelle Würzburg III C 4	Würzburg, 8.5.1944
4740	SD Abschnitt Frankfurt/M.	Frankfurt/M. 6.6.1944
4741	NSDAP Kreisleitung Fränkische Alb	Lauf, 27.8.1944
4742	RSHA, Amt IV (Gestapa)	Berlin, 25.8.1944
4743	Feldpostprüfstelle AOK 7	o.O., o.D.
4744	Feldpostprüfstelle Heeresgruppe Nord	o.O., 5.10.1944
4745	NSDAP Kreisleitung Neustadt/Aisch	Neustadt/Aisch, 19.9.1944
4746	Stapostelle Köln	Köln, 9.11.1944
4747	Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken	Ansbach, 8.11.1944
4748	II/Wehrmachtspropagandastelle	Berlin, 29.11.1944
4749	SD [Außenstelle Stuttgart] III C 4	o.O., 6.11.1944
4750	II/Wehrmachtspropagandastelle	Berlin, 23.2.1945
4751	Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz	Regensburg, 10.3.1945
4752	II/Wehrmachtspropagandastelle	Berlin, 31.3.1945

## Dokumente

**I.**  
**Die Anfänge der NS-Ära**  
Die Entfesselung der Gewalt, der Judenboykott  
und erste Berichte über das jüdische Vereinsleben  
(März 1933 – April 1934)

◀1▶  
[Preußische Politische Polizei]<sup>1</sup>  
Bericht

**Berlin, 11.3.1933**

**YVA, 0.51/331**

*Vermerk:* (Telephonat aus Breslau um 1215 Uhr):

Der Polizeipräsident Breslau teilt mit:

In Breslau ist heute früh die Ruhe gestört worden durch die \*SA, welche in jüdische \*Warenhäuser und Geschäfte eingedrungen ist.<sup>2</sup> Es ist Schutzpolizei eingesetzt worden, die in aller Ruhe die SA abgedrängt hat. Zu Zwischenfällen ist es dabei nicht gekommen. Die Warenhäuser haben nunmehr „freiwillig“ bis Montag geschlossen. Ferner ist die SA in das Land- und Amtsgericht eingedrungen und hat jüdische \*Rechtsanwälte und Richter aus ihren Amtszimmern herausgeholt. Wiederum ist Schutzpolizei eingesetzt worden, die mit Energie, aber ohne Zwischenfälle die SA herausgedrängt hat. Die Festgenommenen sind, soweit übersehen werden kann, wieder frei. Jedenfalls ist ein Fall von Freiheitsberaubung nicht gemeldet. Die SA versucht nun, auch das Warenhaus Wertheim zu schließen, deshalb ist vorsorglich die Schutzpolizei dort eingesetzt. Die SA beruft sich auf die gestrige Essener Rede des Herrn Reichsministers \*Göring, wonach polizeilicher Schutz für Warenhäuser nicht zur Verfügung stehen soll.<sup>3</sup>

Der Polizeipräsident hat die SA-Führung auf die Kundgebung des Herrn Reichskanzlers<sup>4</sup> verwiesen und mit Nachdruck erklärt, daß keine weiteren Ruhestörungen zugelassen würden, vielmehr mit allem Nachdruck eingeschritten werden würde. Wenn es bisher auch nicht zur Gewaltanwendung zwischen SA und Schutzpolizei gekommen sei, so müsse man diesen Augenblick doch ins Auge fassen. Der

---

<sup>1</sup> Der Berichtersteller in Berlin ist aufgrund der im Yad Vashem Archiv unvollständig erhaltenen Fotokopie des Dokuments nicht eindeutig festzustellen. Es handelt sich jedoch offensichtlich um einen Bericht der Preußischen Politischen Polizei, die kurze Zeit später, am 26.4.1933, in das Geheime Staatspolizeiamt (\*Gestapa) umgewandelt wurde.

<sup>2</sup> Ein charakteristisches Beispiel für die „spontanen“ antijüdischen Ausschreitungen und Boykottmaßnahmen noch vor der offiziellen Erklärung des antijüdischen \*Boykotts vom 1. April 1933 durch die Reichsleitung der NSDAP. Vgl. dazu Zeittafel März 1933, \*Einzelaktionen, sowie Genschel, Verdrängung, S. 44ff. Über die Ereignisse in Breslau vgl. Schwarzbuch, S. 94-101; Bracher/Sauer/Schulz, Nationalsozialistische Machtergreifung II, S. 92f., III, S. 244-247; Adam, Judenpolitik, S. 47f.; Friedländer, Nazi Germany and the Jews, Bd. I, S. 18-20.

<sup>3</sup> In dieser Rede erklärte Göring u.a.: „Ich werde Polizei rücksichtslos einsetzen, wo man das deutsche Volk zu schädigen weiß, aber ich lehne es ab, daß die Polizei eine Schutztruppe jüdischer Warenhäuser ist.“ Vgl. Schwarzbuch, S. 287f.

<sup>4</sup> Zu dieser Kundgebung vom 10.3.1933 und ihren Auswirkungen, vgl. Bracher/Sauer/Schulz, Nationalsozialistische Machtergreifung III, S. 245; Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, S. 219.

Polizeipräsident fühle sich vor allem verantwortlich dafür, daß die Arbeitslosigkeit nicht vermehrt werde durch die Schließung der \*Warenhäuser und Geschäfte. Die Schwierigkeit liege darin, daß mit dem SA-Führer Heines<sup>5</sup> im Verhandlungswege nichts zu erreichen sei. Dieser berufe sich auf eine Unterredung zwischen dem Herrn Minister und ihm und sage, er müsse die nationale Welle vorwärts treiben.<sup>6</sup>

Außerdem sind heute sämtliche großen Autostraßen um Breslau herum von der SA abgesperrt worden. Die Breslau verlassenden Autos sind von der SA angehalten und durchsucht worden, anscheinend um zu verhindern, daß Juden Breslau verlassen. [...]

<1>



## Bürgermeister Gollnow Bericht

Gollnow, 14.3.1933

AP Stet, Reg. Stettin I/11976

*Urschriftlich* mit Anlagen<sup>7</sup> dem Herrn Regierungspräsidenten, Stettin, durch den Herrn Landrat, Naugard, unter Beifügung der hier entstandenen Vorgänge ergebnst zurückgereicht.

Der Beschwerdeführer ist Inhaber eines \*Kaufhauses, richtiger gesagt, eines Spezialgeschäftes für Herren- und Damenkonfektion. Er führt daneben allerdings auch Beiartikel wie Schuhwaren, Hüte usw.

Am 10. März ds. Js. und zwar im Laufe des Vormittags, etwa gegen 11 Uhr, erschienen vor dem Oppel'schen Geschäft 2 junge Männer, die je ein Schild mit der Aufschrift „Deutsche, kauft deutsche Ware“ und „Deutsche, kauft nur bei Deutschen“ trugen. Diese beiden Schildträger nahmen am und im Ladeneingang des \*Kaufhauses Oppel Aufstellung.<sup>8</sup> Der Vorgang wurde zunächst gar nicht bemerkt, bis Oppel in sehr aufgeregter Weise telefonisch meine Hilfe in Anspruch nahm. Ich schickte einen Angestellten des Polizeibüros, also einen Zivilisten hin und ließ den Schildträgern sagen, sie möchten das Privatgrundstück und den Ladeneingang räumen, könnten aber auf der Straße auf und ab gehen. Diesem Wunsche kamen die beiden Schilderträger auch nach. Im Zusammenhang damit entstand an den Ecken des Marktplatzes ein Menschenauflauf. Ein derartiger Menschenauflauf kann oft Formen annehmen, die für die Polizei unerquicklich werden können. Deshalb ordnete ich an, daß 2 Polizeibeamte an der Oppel'schen Marktecke, an der sich der Hauptverkehr abspielte, Aufstellung zu nehmen hätten. Gleich darauf oder gleichzeitig erschienen uniformierte \*SA Männer und nahmen in ziemlich geschlossener Form vor dem Ladeneingang Aufstellung und zwar derart, daß der Eingang vollkommen blockiert wurde. Mir sind Fälle bekannt, in denen das Betreten des Kauf-

<sup>5</sup> Edmund Heines wurde kurz danach zum Polizeipräsidenten von Breslau ernannt.

<sup>6</sup> Zum Kompetenzstreit zwischen dem damaligen nationalsozialistischen Polizeipräsidenten von Breslau, v. Alt-Stutterheim und dem SA-Obergruppenführer und Gauleiter Niederschlesiens, Heines, infolge der Breslauer Gewalttätigkeiten, vgl. Schwarzbuch, S. 96-98; Bracher/Sauer/Schulz, Nationalsozialistische Machtergreifung II, S. 92f.

<sup>7</sup> Die Beschwerde des \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., Landesverband Pommern-Grenzmark/Ortsgruppe Stettin, vom 9. März 1933 an den Regierungspräsidenten wurde hier nicht abgedruckt; sie befindet sich unter derselben Signatur.

<sup>8</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer und \*Einzelaktionen.

hauses behindert wurde. Ich gab Oppel bei einer weiteren tel. Unterhaltung die Anregung, das Geschäft für diesen Tag zu schließen, um dadurch eine Fortsetzung der Ereignisse zu verhindern bzw. den laufenden Dingen die Spitze abzuberechen. Er lehnte dies ab. Gleichzeitig schrieb ich der Ortsgruppe der NSDAP einen Brief, in dem ich zum Ausdruck brachte, die Aktion müßte liquidiert werden, da sonst die Ruhe und Ordnung evtl. gefährdet sind. Die NSDAP hat hierauf sofort geantwortet und teilte mit, daß die SA Männer nur erschienen sind, weil sie glaubten, die große Menschenmenge störe am Marktplatz Ruhe und Ordnung. Man brachte auch zum Ausdruck, daß eine Demonstration gegen die hiesige Polizei bzw. deren Anordnungen nicht in Frage komme, man im Gegenteil darauf Wert lege, mit dieser im besten Einvernehmen zu arbeiten. Schließlich wurde strikt ausgedrückt und auch durchgeführt, die SA sofort zurückzuziehen. Der ganze Vorgang hat etwa 2 Stunden gedauert. Um 1 Uhr mittags war die Aktion beendet. Es blieben nur noch die beiden Schildträger in den Straßen. Gegen diese einzuschreiten, lehnte ich ab.

In der darauffolgenden Nacht wurden die Schaufenster des Kaufhauses Oppel mit Farbe und Versen bestrichen. In der Gollnower Zeitung des nächsten Tages erschien eine Erklärung der NSDAP und auch eine Stellungnahme des Kaufhauses Oppel. Die anliegend mitüberreichten Vorgänge ergeben alles weitere.

Ich unterbreite die Bitte, die Angelegenheit nach dortiger Überprüfung der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Der oder die Täter sind nicht zu ermitteln. [...] <15>



**Der Höhere Polizeiführer im Westen/Sonderkommissar des Ministers des Innern  
Bericht für 27.3.-28.3.**

**Recklinghausen, 29.3.1933**

**HStA Dü, LRA Düren 132**

*Provinz Westfalen  
a) Meldungen:*

[...]

*Reg. Bez. Arnsberg:  
Polizeipräsidium Bochum*

[...]

In der Nacht zum 29. März 1933 wurden in Bochum und in Bochum Langendreer von unbek. Tätern 13 Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte zertrümmert.<sup>9</sup> [...]

*Polizeipräsidium Dortmund*

[...]

Am 28.3.1933, gegen 4.30 Uhr, wurden von unbek. Tätern auf das Geschäftslokal eines jüdischen Kaufmannes in Dortmund mehrere Schüsse abgegeben.

In den Nachmittagsstunden des 28.3.1933 wurden in Dortmund 100 Juden durch die \*S.A. in \*Schutzhaft genommen. Aus diesem Anlaß hatten sich etwa 2.000 Personen auf dem Steinplatz angesammelt. Der Platz mußte unter Anwendung der Polizeiknüppel dreimal geräumt werden. Verletzungen nicht bekannt.

Im Laufe der Nacht zum 29.3.1933 wurden auf dem Westerhellweg 4 Schaufensterscheiben von jüdischen Geschäften von unbek. Tätern eingeschlagen. [...]

*Polizeipräsidium Oberhausen*

---

<sup>9</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.



Am 28.3.1933 wurden durch die Aufstellung von SA Posten jüdische Geschäfte geschlossen.<sup>10</sup> 5 Juden, darunter der \*Rabbiner, wurden am Nachmittag unter Vorantragen von Schildern durch die Straßen geführt. Weitere 4 Juden, darunter der Amtsgerichtsrat Dr. Asch, wurden durch SA Leute in \*Schutzhaft genommen. [...]

In Mühlheim-Ruhr wurde der jüdische \*Rechtsanwalt Königsberger in Schutzhaft genommen. Ferner der Beigeordnete Hoosmann. <3>

◀4▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz**  
**Bericht für die zweite Hälfte März**

**Regensburg, 30.3.1933**

**Broszat, Bd. I, S. 432**

Am 15. ds. Mts. früh gegen 6 Uhr, erschienen in einem Kraftwagen mehrere Männer in dunkler Uniform vor der Wohnung des israelitischen Güterhändlers Otto Selz in Straubing. Selz wurde von ihnen in Nachtkleidern aus der Wohnung geholt und im Kraftwagen entführt. Etwa um 9.30 wurde Selz in einem Wald bei Weng, Bezirksamt Landshut, erschossen aufgefunden. Der Kraftwagen soll aus Richtung München-Landshut gekommen und auf der gleichen Strecke wieder zurückgefahren sein. Er war mit sechs Uniformierten besetzt und trug das Zeichen: II A.<sup>11</sup> Die Nummer konnte nicht festgestellt werden. Mehrere Landleute wollen bei einigen Insassen des Wagens die rote Armbinde mit dem Hakenkreuz bemerkt haben.<sup>12</sup> <5>

◀5▶

**Stadtrat Bad Kissingen**  
**Bericht für die zweite Hälfte März**

**Bad Kissingen, 31.3.1933**

**Broszat, Bd. I, S. 432**

Der hiesige Bezirks-\*Rabbiner Dr. \*Ephraim und der Vorstand der \*Kultusgemeinde Bad Kissingen Stadtrat N. Bretzfelder von hier wurden gelegentlich einer Vorsprache bei einem jüdischen \*Rechtsanwalt in Schweinfurt wegen der hier in Haft genommenen israelitischen Glaubensgenossen festgenommen. Rabbiner Dr. Ephraim wurde in \*Schutzhaft behalten, Kultusvorstand Bretzfelder wegen Krankheit wieder entlassen, ihm aber zur Auflage gemacht, den Stadtbezirk Bad Kissingen nicht zu verlassen und sich beim Polizeiamt täglich zweimal zu melden.

Eine im Anschluß an diese Schweinfurter Verhaftung vorgenommene Durchsuchung in der \*Synagoge sowie der Wohnung des Rabbiners, der hiesigen Kultusbeamten und der israelitischen Anstalten war ohne Erfolg. <11>

◀6▶

**Der Höhere Polizeiführer im Westen/Sonderkommissar des Ministers des Innern**  
**Bericht für 30.3.-1.4.**

**Recklinghausen, 1.4.1933**

**HStA Dü, LRA Düren 132**

*Rheinprovinz*  
*a) Meldungen:*

[...]

*Reg.Bez. Düsseldorf:*

<sup>10</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>11</sup> Stadtbezirk München.

<sup>12</sup> Zu örtlichen Terroraktionen gegen Juden nach der Machtergreifung vgl. \*Einzelaktionen.

[...]

*Polizeipräsidium Düsseldorf:*

Am 1.4.1933 gegen 4 Uhr wurden am \*Kaufhaus Tietz 4 Schaufensterscheiben zertrümmert. Täter unbekannt.<sup>13</sup> [...]

*Reg. Bez. Köln:*

*Polizeipräsidium Köln:*

[...]

Am 31.3.1933 60 jüdische Richter und Anwälte<sup>14</sup> am O.L.G. [Oberlandesgericht] für einige Stunden in \*Schutzhaft genommen. [...]

*Provinz Westfalen*

*a) Meldungen:*

*Reg. Bez. Münster:*

*Polizeipräsidium Bocholt:*

In der Nacht zum 1.4.1933 wurden die Wohnungseinrichtungen zweier Juden und 4 Schaufensterscheiben von jüd. Geschäften von unbek. Tätern zertrümmert.

[...]

*Reg. Bez. Arnsberg:*

*Polizeidirektion Hamm:*

[...]

Am 31.3.1933 wurde den jüd. \*Rechtsanwälten das Betreten des Oberlandesgerichtsgebäudes unmöglich gemacht.

In der Nacht zum 1.4.1933 wurden 7 Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte eingeschlagen. Täter nicht festgestellt, es besteht jedoch dringender Verdacht, daß die Zerstörung planmäßig durch Kommunisten erfolgt ist. <17>



### **Bezirksamt Bad Neustadt a/S.**

#### **Halbmonatsbericht**

**Bad Neustadt, 2.4.1933**

**StA Wü, LRA Bad Neustadt 21904**

#### *Öffentliche Ordnung und Sicherheit*

[...] Der \*Boykott jüdischer Geschäfte am gestrigen Tage verlief ohne jegliche Zwischenfälle. Sämtliche jüdischen Geschäfte hielten auf Anordnung des Sonderkommissars geschlossen.

Der jüdische prakt. \*Arzt S. Rat Dr. Guggenheimer ist seiner Stelle als Arzt des Kinderheilstätte Neustadt a/S. sowie auch der Stelle als Leichenschauer für Neustadt und die umliegenden Orte auf Anordnung des Sonderkommissars enthoben worden.<sup>15</sup> <12>

---

<sup>13</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>14</sup> Vgl. \*Rechtsanwälte/Juristen, jüdische.

<sup>15</sup> Hier handelt es sich um eine lokale Initiative, noch vor dem Erlaß des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 7. April 1933, vgl. Zeittafel, demzufolge auch die jüdischen \*Ärzte vom öffentlichen Dienst entlassen werden sollten. Die endgültige Entfernung der Juden aus dem Ärzteberuf, inkl. der Erlöschung ihrer Approbationen, erfolgte erst am 25.7.1938, vgl. Zeittafel.

◀8▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Halbmonatsbericht**

**Regensburg, 5.4.1933**

**BayHStA, StK 106 672**

*Handel, Industrie, Gewerbe, Arbeitsmarkt*

[...] Die \*Boykottbewegung gegen jüdische Geschäfte zeitigte im Regierungsbezirk keine besonderen Vorkommnisse. <6>

◀9▶

**Regierungspräsident Unterfranken  
Halbmonatsbericht**

**Würzburg, 6.4.1933**

**Kirchliche Lage, Bd. VI, S. 4**

[...] Die \*Boykottbewegung gegen die jüdischen Geschäftsleute ist nach den bisherigen Meldungen in mustergültiger Manneszucht durchgeführt worden. <8>

◀10▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Halbmonatsbericht**

**Ansbach, 7.4.1933**

**BayHStA, StK 106 670**

*Allgemeine politische Lage*

[...] Die Abwehraktion gegen die \**Greuelpropaganda*<sup>16</sup> führte nur in Dinkelsbühl zu Unzuträglichkeiten, die mit der \*Inschutzhafnahme der betreffenden Juden ihren Abschluß fanden. [...]

*Wirtschaftliche Verhältnisse*

[...] Über die Auswirkungen der jüdischen Greuelpropaganda im Ausland berichtet der Stadtrat Erlangen:

„Die Auswirkungen der jüdischen Greuelpropaganda im Ausland einerseits und die dagegen eingeleiteten Abwehrmaßnahmen<sup>17</sup> andererseits haben sich bei einzelnen hiesigen größeren Betrieben bereits unangenehm fühlbar gemacht. So wurde festgestellt, daß infolge der jüdischen Greuelpropaganda Zahlungen aus dem Ausland für die Metallwarenfabrik Klebes & Mussgüller zurückgehalten werden und daß die für die Kartonagen- und Lederwarenfabrik Ruter [?] & Co. sowie die Schreibwarenfabrik Zucker & Co. um diese Zeit üblichen Konjunkturaufträge vom Ausland ausbleiben.<sup>18</sup> Durch die in die Wege geleiteten Abwehrmaßnahmen wurden der hiesigen Baumwollindustrie erhebliche Aufträge aus dem Inland annulliert, wodurch angeblich eine 90%ige Absatzstockung eingetreten ist, die für längere Zeit untragbar wäre.“ <7>

<sup>16</sup> Vgl. Zeittafel, 1.-3. April 1933.

<sup>17</sup> Gemeint ist offensichtlich der antijüdische \*Boykott vor und am 1. April 1933.

<sup>18</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

◀11▶

[Empfänger: Gaunachrichtendienst Hannover]<sup>19</sup>

Bericht für Mai

Hannover, 24.5.1933

HStA Ha, Hann. 310 I C9

*Freimaurerlogen und Jugendverbände*

[...] Als Hauptlogen sind zu nennen: Die drei Weltkugeln, Loge zum schwarzen Bär, Loge zur Zeder, Loge Wilhelm zur Deutschen Treue; Zion Loge, Orient Loge. Für äußerst gefährlich und staatsfeindlich ist die Zion- und Orient Loge zu bezeichnen.<sup>20</sup> In diesen Logen hat sich das internationale, jüdische Großkapital zusammengefunden und unterstützt fördernd den Marxismus. Der Jude ist und bleibt Aufrührer und Zersetzer aller Ordnung und organischen Aufbaus. Darum ist er der geborene Kommunist und Bolschewist.<sup>21</sup> Auf Grund dieser Tatsachen müssen die Judenlogen mit größter Energie bekämpft werden, um Gründe der Auflösung herbeizuführen. <29>

◀12▶

Bezirksamt Neustadt/Aisch

Bericht

Neustadt/Aisch, 15.7.1933

BayHStA, StK 106 677

[...] Der Kampf gegen das Judentum in Deutschland wird in Franken und der Nähe von Nürnberg mit besonderer Lebhaftigkeit betrieben, ganz besonders energisch aber in den Bezirken Neustadt, Windsheim, Uffenheim in der Stadt Neustadt. Hier hat er, wie aus den wiederholten Eingaben des \*Zentralvereins für [sic] Staatsbürger jüdischen Glaubens an das Staatsministerium für Wirtschaft hervorgeht, zu solchen Formen und Erscheinungen geführt, daß das Ministerium für Wirtschaft, die Staatskanzlei und die Regierung von Oberfranken und Mittelfranken, Kammer des Innern in verschiedenen Entschließungen ihr Vollzugsorgan, das Bezirksamt, anweisen mußten, gegen die Auswüchse<sup>22</sup> vorzugehen. [...]

Viel Erfolg hatten diese Vorhalte nicht. Meistens beriefen sich die Parteidienststellen darauf, daß sie dem Gauführer \*Streicher in Nürnberg Gehorsam schuldig seien. [...]

Am Samstag, den 8. Juli 1933 hielt die Ortsgruppe Neustadt a.d. Saale des Volksbundes für das Deutschtum im Auslande im größten Saale in Neustadt eine von 1.000 Personen besuchte große öffentliche Versammlung ab, zur Aufklärung über die entsetzliche Lage unserer deutschen Volksgenossen im Sowjetreich. Den Vortrag hatte der stellvertretende Gaupropagandaleiter der NSDAP Leikham-Nürnberg übernommen. [...]

Der Redner fuhr fort: [...] In Neustadt sind noch verschiedene Beamte, die mit den Juden verkehren. Der Frankenführer Streicher verlangt, daß dies ein Ende nimmt. Es gibt immer noch Beamte, die glauben, die Bekämpfung der Juden nicht mitmachen zu brauchen oder die diese Bekämpfung sabotieren.

---

<sup>19</sup> Laut Findbuch handelt es sich beim Empfänger dieses handgeschriebenen Berichtes ohne Kopf und Ortsangabe um den Gaunachrichtendienst Hannover. Die berichterstattende Stelle ist daher zweifellos eine untergeordnete Stelle des NSDAP Nachrichtendienstes.

<sup>20</sup> Vgl. \*Freimaurer sowie \*Bne Brith.

<sup>21</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>22</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer und \*Einzelaktionen, sowie Zeittafel, 7. Juli 1933.

[...] Das deutsche Volk, das 14 Jahre gegen marxistisches und jüdisches Gift gekämpft hat,<sup>23</sup> hat ein Anrecht darauf, daß in den Amtsstuben die \*Judenfrage erkannt wird und deutlich gehandelt wird. Wir dulden daher nicht, daß in Neustadt noch entgegen gearbeitet wird. [...]

Wer sich nicht hinter die Regierung stellt und dafür arbeitet, hat die Folgen zu tragen. Die Revolution ist noch nicht beendet. [...]

An meinem Tisch und an verschiedenen anderen Tischen, wo urteilsfähige Leute saßen, wurde nicht geklatscht, trotzdem der allgemein gehaltene Schluß der Rede, Massensuggestion und ein gewisser Massenterror dazu anreizen zu klatschen.

Die Ausführungen waren eben doch zahlreichen Anhängern und Freunden der nationalen Bewegung zu stark.

In normalen Zeiten hätte wohl jeder junge Mann soviel Anstand gehabt, die Übernahme einer solchen Aufgabe abzulehnen. Im anderen Fall wäre er in normalen Zeiten nicht über die ersten Sätze seiner Ansprache hinausgekommen...

[...] Sofort nach Schluß der Rede ging ich zu dem Kreisleiter, Lehrer Bäselsöder in Neustadt a.d. Aisch und hielt ihm vor, daß er nach den Vorschriften über das Zusammenarbeiten zwischen Amtsleiter und stellvertretendem Gaupropaganda-leiter der NSDAP in der Lage gewesen wäre, diese ungeheuerliche Bloßstellung und Kränkung des Vollzugsorgans der Staatsministerien im Bezirk Neustadt zu verhindern.

[...] Der Kreisleiter sei ja darüber im Bilde, daß klare, unzweideutige Entschlie-ßungen des Wirtschaftsministeriums und der Regierung hier in Neustadt zu voll-ziehen gewesen seien. [...]

[...] Wenn nicht bald von oben herab energisch eingegriffen werden wird und die Neustädter Anpöbelungen gesüht werden, wird die Staatsautorität auch anderswo zum Schaden der nationalen Bewegung und gegen den Willen des Reichs-kanzlers weiter verhöhnt werden.<sup>24</sup> <37>

### ◀13▶

#### Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Halbmonatsbericht für Juli

Ansbach, 19.7.1933

BayHStA, StK 106 677

##### *Allgemeine Sicherheit*

In Heidenheim, BA Gunzenhausen, fanden Volksansammlungen statt, die die \*Inschutzhaftnahme von 7 Juden und \*Judenfreunden erzwangen. [...]

Am 13.7. wurden dort [in Neustadt a.d. Aisch] auf dem israelitischen Friedhof 4 Grabsteine umgeworfen, ohne daß die Täter ermittelt werden konnten.<sup>25</sup> [...] <33>

---

<sup>23</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>24</sup> In derselben Akte befinden sich noch weitere Berichte und Briefe zu diesem Vorgang, die nicht abgedruckt wurden.

<sup>25</sup> Vgl. \*Friedhofsschändung.

◀14▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Kassel  
Bericht für Juli**

**Kassel, 28.7.1933**

**Klein, Hessen-Nassau, S. 57, 60**

*Judentum*

Die Juden halten sich allgemein sehr stark zurück. Es ist nicht beobachtet worden, daß sie z.Zt. sich zusammenschließen und illegale Bestrebungen verfolgen. Nur ganz vereinzelt sind in letzter Zeit Juden wegen ihnen zur Last gelegter regierungsfeindlicher Äußerungen körperlichen Angriffen oder Mißhandlungen ausgesetzt gewesen.<sup>26</sup> [...]

<32>

◀15▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für die zweite Hälfte Juli**

**Ansbach, 8.8.1933**

**BayHStA, StK 106 677**

*Allgemeine politische Lage*

[...] Die für 19. ds. Mts. angeordnete Aktion gegen jüdische Organisationen<sup>27</sup> ist ohne besondere Vorkommnisse verlaufen; nur in Nürnberg wurde sie über den angeordneten Rahmen hinaus ausgedehnt.<sup>28</sup> Verschiedene Ämter berichten über Bestrebungen zur Ausschaltung der jüdischen \*Viehhändler beim Viehabsatz, insbesondere auf den Märkten. Auch die Benützung öffentlicher Badeanstalten durch Juden wurde da und dort eingeschränkt oder verboten.<sup>29</sup>

<34>

◀16▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Hannover  
Versammlung der jüdischen Misrachi-Landesorganisation**

**Hannover, 18.8.1933**

**HStA Ha, Hann. 80, Hann. II Nr. 798**

Bericht über den Verlauf der öffentlichen Versammlung der jüdischen „\*Zeire Misrachi“ für Deutschland, Gruppe Hannover<sup>30</sup>

Tagesordnung: „Unsere Einstellung zur jüdischen Wirklichkeit“<sup>31</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>27</sup> Gemeint ist die Durchsuchung der Geschäftsstellen und Heime aller jüdischen Organisationen in Bayern nach Schriftmaterial und ihre Schließung am 19.7.1933 (vgl. Walk, Sonderrecht, S. 39, Nr. 184).

<sup>28</sup> Am 20. Juli 1933 drangen \*SA-Gruppen in die Wohnungen von ca. 400 Juden in Nürnberg ein. Ca. 300 Juden, unter ihnen auch der bekannte Schriftsteller Lion Feuchtwanger, wurden festgenommen. Diese Aktion wurde von Gewalttaten und Mißhandlungen begleitet. Vgl. Ophir/Wiesemann, Die jüdischen Gemeinden in Bayern, S. 209.

<sup>29</sup> Vgl. \*Badeverbote in öffentlichen Schwimmbädern.

<sup>30</sup> Im Begleitbrief der Stapostelle Hannover zu folgendem Bericht heißt es: In der Anlage wird ein Bericht über die Versammlung der jüdischen Vereinigung \*Zeire Misrachi für Deutschland am 13.8.1933 zur gefl. Kenntnis übersandt. In der Versammlungsanmeldung wurde von der Vereinigung folgendes erwähnt: „Zionistische Versammlungen gelten nicht als politische Versammlungen im Sinne der Bestimmungen über die Anmeldepflicht und da der Personenkreis beschränkt ist, werden sie auch nicht als öffentlich im Sinne des Gesetzes angesehen. Die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums hat dieses führenden Männern unserer Bewegung gegenüber festgestellt.“

<sup>31</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

Für den angekündigten Redner Adler<sup>32</sup>–Berlin, sprach der \*Rabbiner Broch, Berlin. Das Thema wurde wegen Nichterscheinens des Referenten geändert und zwar sprach der als Ersatz erschienene Referent über das oben angegebene Thema.

Der Referent beschäftigte sich hauptsächlich mit der Ansiedlung der in Deutschland lebenden Juden in \*Palästina. Er schilderte die Siedlungsaussichten sehr günstig, betonte aber, daß Geldmittel zur freien Beförderung nach Palästina nur im beschränkten Maße zur Verfügung ständen und forderte hierfür Spenden der \*Gemeinde.

Weiter forderte er die versammelten Juden auf, sich frei und stolz zum Judentum zu bekennen, auch wenn es z.Zt. schwer sei. Man müsse es ablehnen, so betonte der Referent, daß manche Juden den Glauben erweckten, als sei der Messias in der Zeit des Liberalismusses [sic] schon gekommen. Diese Juden hätten anscheinend geglaubt, daß Freiheit, Macht und Geld schon das Erscheinen des Messias auf Erden ankündigten.

Nach dem Referat wurden aus der Versammlung heraus von den Teilnehmern Anfragen über die Siedlung in Palästina gestellt, die der Referent nur sehr vorsichtig und kurz beantwortete. Er betonte hierbei, daß der Palästina-Kommission ca. 50.000 Gesuche aus Deutschland vorlägen, daß aber nur Mittel für die Beförderung von 5.000 Juden etwa zur Verfügung ständen. Die nach Palästina beförderten Juden müßten hochqualifizierte Menschen sein, die der harten Siedlungsarbeit in Palästina in jeder Hinsicht gewachsen seien.

Der Redner streifte in keiner Hinsicht die heutigen staatspolitischen Verhältnisse und hielt sich im Rahmen der Gesetze.<sup>33</sup>

Zu Störungen ist es nicht gekommen. Das Referat wurde ausschließlich in deutscher Sprache gehalten. <38>

#### ◀17▶

### Stapostelle Regierungsbezirk Kassel Lagebericht für August

Kassel, 29.8.1933

Klein, Hessen-Nassau, S. 64, 66

[...] In Kassel wurden–wie ich bereits durch Funkbericht angezeigt habe–in den letzten Tagen wiederholt von der Bevölkerung unter Mitwirken der \*SS Juden in das Polizei-Präsidium eingeliefert, die mit deutschen Mädchen in intimen Beziehungen gestanden hatten.<sup>34</sup> Die fraglichen Juden wurden vor ihrer Einlieferung in öffentlichem Umzug durch die Straßen geführt, wobei es wiederholt zu spontanen antisemitischen Kundgebungen der erregten Volksmenge kam.<sup>35</sup> Die Juden wurden hier in \*Schutzhaft genommen und nach einigen Tagen wieder entlassen. <39>

---

<sup>32</sup> Vgl. Alexander \*Adler.

<sup>33</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>34</sup> Vgl. \*Rassenschande.

<sup>35</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

◀18▶

**Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg**  
**Bericht für die zweite Hälfte August**

Würzburg, 6.9.1933

BayHStA, StK 106 680

*Allgemeine politische Lage*

Am 28.8. wurden von 5-6 \*SS-Leuten aus Aschaffenburg 3 Juden aus Hörstein, BA Alzenau, gelegentlich der dortigen Kirchweih mittels Auto außerhalb der Ortschaft verbracht und in unerhörter Weise mit Gummiknüppeln mißhandelt. Dem einen Verletzten wurde der Unterkiefer zerschmettert, mehrere Zähne gelockert und das eine Auge blau geschlagen, sodaß er ein Bild des Jammers bot. Da die Annahme berechtigt ist, daß der Überfall von SS-Leuten aus Hörstein veranlaßt wurde, erfolgte, um einer Verdunkelungsgefahr zu begegnen, im Einvernehmen mit dem Kreisleiter die Verhaftung des Hörsteiner SS-Führers Vogt. Die Verhaftung mußte jedoch am 29.8. auf Anordnung der Bayer. politischen Polizei aufgehoben werden.

Am Sonntag, den 20.8.1933 abends gegen 21 Uhr wurden an der \*Synagoge in Miltenberg 12 Fensterscheiben des großen Synagogenfensters und 2 Fensterscheiben des jüdischen Schulsaaes in der Synagoge mit Steinen eingeworfen.<sup>36</sup> Die Täter konnten bis jetzt nicht namentlich ermittelt werden. [...]

Die Polizeidirektion Würzburg berichtet über einen von der NSBO geleiteten \*Boycott gegen eine jüdische Firma. Die Gauleitung der NSBO wurde aufgefordert, die Boykottmaßnahmen einzustellen. <41>

◀19▶

**Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg**  
**Bericht für die erste Hälfte Oktober**

Würzburg, 19.10.1933

BayHStA, StK 106 680

*Wirtschaftliche Verhältnisse*  
*Landwirtschaft*

[...] In abseits gelegenen Gemeinden des Bezirkes Kitzingen wird geklagt, daß der Viehabsatz infolge Ausbleibens der jüdischen \*Viehhändler nur schleppend vor sich geht, und daß die genossenschaftliche Viehverwertung bis jetzt die Lücke nicht habe ausfüllen können. <56>

◀20▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für die erste Hälfte September**

Ansbach, 20.9.1933

BayHStA, StK 106 677

*Allgemeine politische Lage*

[...] Die Stimmung gegen *die Juden* auf dem flachen Lande findet ihren Ausdruck in vielfachen Verboten von Ortspolizeibehörden gegen die Juden. Anschläge an den Ortseingängen „Juden unerwünscht“,<sup>37</sup> „Zutritt zum Viehmarkt für Juden verboten“,<sup>38</sup> Ausschluß von öffentlichen Bädern,<sup>39</sup> Anschläge von „Prangerlisten“

<sup>36</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>37</sup> Vgl. \*Schilder, antijüdische.

<sup>38</sup> Vgl. \*Viehhändler, jüdische.

<sup>39</sup> Vgl. \*Badeverbote in öffentlichen Schwimmbädern.



mit Namen von Personen, die bei Juden kaufen,<sup>40</sup> sind vielfach am Lande, aber auch in Städten (Coburg), zu finden. <49>

◀21▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für die zweite Hälfte September**

**Ansbach, 6.10.1933**

**BayHStA, StK 106 677**

Wegen *Judenhehen* machten verschiedene Standesämter Schwierigkeiten. In der Erkenntnis der völkischen Bedeutung der Judenmischehen<sup>41</sup> und im Einblick auf die Stimmung weiter Bevölkerungskreise lehnen manche Standesämter die Erlassung des Aufgebotes ab. Verschiedene Beschwerden hierüber sind dem Staatsministerium bereits zur grundsätzlichen Stellungnahme vorgelegt worden. In nicht wenigen Fällen handelt es sich um die Ehe von Juden, die im Felde standen und zum Teil hohe Tapferkeitsauszeichnungen erhalten haben. Meist sind Kinder schon vorhanden<sup>42</sup>; bei Versagung des Aufgebots (zu der nach dem Wortlaut des Personenstandsgesetzes ein gesetzlicher Grund nicht vorliegt) drohen der öffentlichen Fürsorge mitunter nicht unbedeutende Belastungen. Andererseits haben Kinder aus Judenmischehen ebenfalls schwere Nachteile für ihr Fortkommen zu erwarten. Eine vorläufige Regelung dieser Verhältnisse schon vor Erlaß des neuen Rassegesetzes erscheint angezeigt.<sup>43</sup> [...]

<50>

◀22▶

**Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg  
Bericht für die zweite Hälfte September**

**Würzburg, 7.10.1933**

**BayHStA, StK 106 680**

*Allgemeine politische Lage*

Bedauerlicherweise mußten in Würzburg wieder in mehreren Fällen Eigenmächtigkeiten von Angehörigen der \*SA und \*SS festgestellt werden. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die am 15. und 18.9. durch Angehörige der SA und SS bei 3 jüdischen Buchhandlungen vorgenommenen Durchsuchungen und Kontrollen des Bücherbestandes.<sup>44</sup> Zu Sachbeschädigungen ist es insofern gekommen, als in einem Falle eine Gittertüre herausgerissen, in einem anderen Falle illustrierte Zeitschriften abgerissen und weggenommen worden sind. Bei dem Vorfall am 18.9. konnten Weiterungen [sic] durch energisches Einschreiten der Polizei verhindert werden. Da die namentlich Festgestellten behaupteten, auf Weisung des Gauleiters der NSDAP Unterfranken<sup>45</sup> gehandelt zu haben, wurde diese Stelle unter Hinweis auf die bestehenden Verbote von Übergriffen und Eigenmächtigkeiten

---

<sup>40</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>41</sup> Vgl. \*Mischehen.

<sup>42</sup> Vgl. \*Mischlinge.

<sup>43</sup> Das Dokument zeigt ein Beispiel für den Druck, der hier von verschiedenen Bevölkerungskreisen und Parteiorganisationen ausgeübt wurde, um die Grundsätze der NS-Rassenlehre zu verwirklichen. Die Mischehen wurden endgültig am 15. September 1935 durch die \*Nürnberger Gesetze verboten, vgl. Zeittafel; ausführlicher: Gruchmann, „Blutschutzgesetz“ und Kulka, Nürnberger Rassengesetze.

<sup>44</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>45</sup> Vgl. \*Streicher.

ersucht, für strengste Einhaltung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen. Gleichzeitig wurde um Auskunft gebeten, wer den 14 Beteiligten den Auftrag zu dem ungesetzlichen Vorgehen gegen die jüdischen Buchhandlungen gegeben hat. Eine Antwort auf diese Anfrage ist bis heute nicht erteilt worden. <51>

◀23▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Kassel**

**Bericht über die Betätigung jüdischer Vereinigungen**

**Kassel, 9.11.1933**

**Klein, Hessen-Nassau, S. 74-76**

*Aktivitäten jüdischer Vereine besonders in Kassel, Eschwege und Hanau*

**I. Kassel**

Die in Kassel vorhandenen jüdischen Vereinigungen<sup>46</sup> beginnen allmählich wieder mit einer regeren Entfaltung und Betätigung, wie sich überhaupt die Judenschaft jetzt insbesondere infolge des wirtschaftlichen Schutzes, den die jüdischen Firmen genießen, sicherer fühlt und dementsprechend auftritt.

Die \*Zionistische Vereinigung, Ortsgruppe Kassel, umfaßt 72 Mitglieder. Sie wirbt durch Aufstellen von Sammelbüchsen bei Juden für den \*jüdischen Nationalfonds und fördert durch Vorträge den zionistischen Gedanken. Die Jugendgruppen der Zionisten \*"Habonim noar chaluzi" und „\*Hechaluz“ halten fortlaufend Schulungskurse über \*Palästinakunde und fördern ihre Mitglieder in der \*hebräischen Sprache. Auch finden sie sich zu Wanderfahrten zusammen.

Die Ortsgruppe Kassel des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten setzt sich aus etwa 195 Mitgliedern zusammen. Hier ist ein Anwachsen durch Ausschluß von Juden aus den Kriegervereinen zu verzeichnen. Auch die jüdischen Kriegshinterbliebenen und Kriegsverletzten sind zum größten Teil in den Reichsbund aufgenommen worden. Es besteht die Absicht, von jetzt ab monatlich eine Mitgliederversammlung abzuhalten.

Außerdem besteht hier der jüdische Turn- und \*Sportverein \*"Bar Kochba“, etwa 120 Mitglieder umfassend, dessen Tätigkeit sich in letzter Zeit auf Wanderfahrten beschränkt hat. Regelmäßige Turnabende sind vorgesehen. Der Verein betreibt in jüdischen Kreisen eine rege Propaganda, um neue Mitglieder zu werben.

Der \*Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zählt hier 200 Mitglieder. Er hat sich nach der nationalen Revolution noch nicht wieder merklich betätigt.

Ein Teil der jüdischen Jugend Kassels hat sich zu einem Ortsring der Jungenschaft „\*Schwarzes Fähnlein“ zusammengeschlossen. Der Ortsring hat z.Zt. etwa 20 Mitglieder. Zweck des Zusammenschlusses soll die Erziehung zum Gemeinschaftssinn sein. Es finden sonntägliche Wanderungen und Heimatnachtsmittage und Abende im Hause der jüdischen Gemeinde statt. Die Jungenschaft „Schwarze Fähnlein“ ist bei der \*Reichsjugendführung angemeldet.

Im übrigen handelt es sich bei den in Kassel noch vorhandenen jüdischen Vereinen um Wohltätigkeitsvereine<sup>47</sup>, die öffentlich nicht in Erscheinung treten und sich jetzt hauptsächlich der Unterstützung ihrer Glaubens- und Rassegenossen widmen.

---

<sup>46</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>47</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

Die Sinai-\*Loge zählt in Kassel z. Zt. 113 Mitglieder. Sie erstrebt die sittliche Fortentwicklung ihrer Mitglieder und der Jüdischen Gemeinschaft allgemein. Sie will in der Hauptsache wohltätigen und allgemeinnützigen Zwecken dienen. Eine Erörterung politischer und religiöser Fragen soll nach der Satzung und den von ihr verfolgten Zielen ausgeschlossen sein und konnte auch nicht festgestellt werden. Die Mitglieder der Sinai-Loge haben allwöchentlich eine Zusammenkunft, und zwar immer abwechselnd in der Wohnung eines Mitgliedes. [...]

Die Staatspolizeistelle<sup>48</sup> ist zur Zeit damit beschäftigt, eine erschöpfende Kartei aller jüdischen Vereinigungen und ihrer Mitglieder sowie sämtlicher politisch bekannt gewordener Juden aufzustellen, um die laufende Kontrolle zu erleichtern und zu verbessern.<sup>49</sup> <61>



**Polizeidirektion Nürnberg-Fürth  
Politische Nachrichten**

**Nürnberg, 4.12.1933**

**StA Nü, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth 357**

*„Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens“ (CV)*

Die interne Tätigkeit des \*CV hat in den letzten Wochen Formen angenommen, die es angezeigt erscheinen lassen, dem CV eine höhere Beachtung zu widmen.

War in der Zeit vor dem Reichsparteitag<sup>50</sup> unter der Nürnberger und Fürther Judenschaft eine sichtbar zunehmende Zurückhaltung festzustellen, die vielfach zu großer Nervosität und selbst zur Flucht aus Nürnberg gedieh, so kann nunmehr beobachtet werden, daß das Selbstbewußtsein der jüdischen Kreise im Vollgefühl der ihnen gewährleisteten Sicherheit in erstaunlichem Maße wieder gefestigt und zum Ausdruck gebracht wird.

Ein sehr wesentlicher Faktor für diese Rückgrat-Steifung der Judenschaft ist der „Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens“. Nach der hier bekannt gewordenen Korrespondenz einschlägiger jüdischer Führerkreise organisiert der CV den „Abwehrkampf gegen den Antisemitismus“ bereits wieder mit einer Initiative, wie sie vor der nationalen Erhebung seitens der Behörden, die dem Nationalsozialismus ablehnend oder feindlich gegenüberstanden, als willkommene Unterstützung begrüßt und gefördert wurde.

Eifrig werden von den Ortsgruppen des CV vermeintliche „Verstöße gegen die Staatsbürgerrechte Jüdischer Staatsbürger“ gesammelt zwecks Weiterleitung an die Berliner Zentrale. Besonderen Wert für die Vertretung jüdischer Interessen bei der Reichsregierung scheint der CV dem Material zuzumessen, das über Boykottmaßnahmen<sup>51</sup> gegen jüdische Geschäfte berichtet. Zur Zeit ist seitens des CV auch eine Feststellung derjenigen Zeitungen im Gange, die über jüdische Geschäfte Inseraten-sperre verhängt hatten oder noch aufrechterhalten.

Als bedeutsamen Erfolg seiner Arbeit bucht der CV die verschiedentlich amtlich ergangene Aufforderung, Ausschließung der Juden von Märkten usw. als un-

---

<sup>48</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>49</sup> Vgl. Zeittafel, 11. Juli 1933; vgl. auch \*Kommunismus und Juden; vgl. \*Überwachung.

<sup>50</sup> Seit 1927 fanden die Reichsparteitage der NSDAP Anfang September in Nürnberg statt und dauerten eine Woche.

<sup>51</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer.

gesetzlich zu unterlassen. Auch gegen die Anbringung von Tafeln an Ortschaften<sup>52</sup> („Juden haben keinen Zutritt“) und sonstige „Eingriffe in die Wirtschaft“ will der CV bei der Reichsregierung mit Belegmaterial vorstellig werden.

Die Anteilnahme aktiver und passiver Art am \*Winterhilfswerk durch die Juden wird vom CV zwecks Feststellung „gerechter Behandlung jüdischer Bürger“ zur Zeit ebenfalls einer genauen Kontrolle unterzogen.

In weiten Kreisen herrscht über dieses „Wiedererwachen der Juden“ starke Beunruhigung. Umgekehrt ist aus der jüdischen Korrespondenz eine große Zuversicht auf „baldige Rückkehr normaler Verhältnisse“ zu ersehen. <62>

◀25▶

**Innenministerium Württemberg**  
**Lagebericht**

o.O. 30.11.1933

PA, Ref. D, Pak. 86/4

*Zum gegenwärtigen Stand der Judenfrage*<sup>53</sup>  
*Allgemeines*

Die Erörterung der \*Judenfrage in der breiten Öffentlichkeit hat, abgesehen von einzelnen Stimmen bis jetzt unter dem Zeichen des ausgebrochenen Kampfes stattgefunden. Es ist darum verständlich und natürlich, daß die äußere Form der Auseinandersetzung sich in Form von Kampfrufen und Bewegungsparolen bewegt, die einfach und leicht faßbar sein mußten, um die Sammlung zu ermöglichen. Dieser Abschnitt des Kampfes ist nunmehr, darüber besteht kein Zweifel, zu Ungunsten des Gegners, des Judentums, ausgegangen. [...]

*Innenpolitische Rückwirkungen*

Die deutsche Judenfrage ist also, wenn auch nicht in aller Form, so doch tatsächlich von den ausländischen Regierungen als eine Frage der deutschen Innenpolitik anerkannt worden. In solchem Sinne ist nunmehr, von außen wie von innen her, die Forderung der deutschen Staatsführung durchgesetzt. Die Zeit des noch unentschiedenen Kampfes ist vorüber – es gibt keine Juden-„frage“ mehr im seitherigen Sinne, es gibt nur einen als Teil des Staatsprogrammes anerkannten Punkt, dem nunmehr verwaltungsmäßig eine Konsolidierung entgegenzuführen gilt. Die Endpunkte dieser Konsolidierung sind im Programm des Nationalsozialismus enthalten, lediglich die Wege und Mittel, um zu ihnen zu gelangen, stehen noch zur Wahl.

Die Befriedung des jüdischen Komplexes könnte in vier Richtungen versucht werden.

---

<sup>52</sup> Vgl. \*Schilder, antijüdische.

<sup>53</sup> Dieser, in Inhalt und Umfang (84 Seiten) für diese Zeit ungewöhnliche Bericht wurde im Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn gefunden. Entsprechend der Aufschrift auf dem Umschlag der Akte handelt es sich um einen der Lageberichte des Württembergischen Innenministeriums. Er wurde am 30.11.1933 abgeschlossen. Der Bericht bringt eine Übersicht über die inneren Verhältnisse im gesamten Reichsgebiet seit der Machtergreifung und behandelt die wichtigsten Gruppen der „Gegner“ des Regimes, unter besonderer Bezugnahme auf die Kirchen und die konservative Opposition. Etwa ein Viertel des Berichts ist dem „gegenwärtigen Stand der Judenfrage“ gewidmet und enthält eine allgemeine Übersicht und Vorschläge zu einer möglichen Lösung der Judenfrage in Deutschland. Aus der uns zur Verfügung stehenden Kopie des Berichts ist nicht feststellbar, für wen er bestimmt war; offensichtlich für das Reichsministerium des Innern.

Einfachste und primitivste Lösung wäre die physische Ausrottung – Progrome [sic]<sup>54</sup> –; sie hat als Mittel auszuschneiden, wie sie neben anderen Gründen übrigens nicht zum Ziele führen würde, wie historische Beispiele (Spanien, Rußland) beweisen.

Die zweite Lösung der – fortschreitenden – Assimilierung ist ausdrücklich als für Deutschland unmöglich erkannt worden, da im Vergleich zu den Judenschaften anderer – westeuropäischer – Nationen die deutsche quantitativ zu stark und qualitativ zu einflußreich – Überbesetzung wichtiger Berufsstände durch Juden usw. – geworden ist. [...]

Die dritte Möglichkeit der Verpflanzung der gesamten Judenschaft in andere Staaten, wie sie für andere völkische Minderheiten noch in neuester Zeit stattgefunden haben, – Türkei, Griechenland – ist in Anbetracht des zahlenmäßig hohen Standes der deutschen Judenschaft nicht ohne weiteres möglich und scheitert vor allem daran, daß – wie sich heute schon an dem Widerstand verschiedener Staaten gegen die Aufnahme der emigrierten Juden<sup>55</sup> zeigt – kaum ein Land gewillt wäre, eine derartige großzügige Hintansetzung der eigenen nationalen Interessen vorzunehmen. An dieser Tatsache, der hohen Zahl, wird auch in Wirklichkeit der Plan des \*Zionismus, der Repatriierung der Juden in die jüdische Heimstätte, sein Hauptthemmenis finden, da die Aufnahmefähigkeit \*Palästinas keinesfalls ausreicht. [...]

Die neue Judenpolitik in Deutschland hat dieser Bewegung [dem Zionismus], der der größte Teil der deutschen Juden seither ablehnend gegenüber gestanden hatte, natürlichen Auftrieb gegeben. Es ist bekannt geworden, daß die zionistische Aktivität sich in letzter Zeit besonders in Berlin zu entfalten vermochte. Eine Auslassung von ausländisch-jüdischer Seite stellt fest, daß „die zionistische Bewegung“ in Deutschland sich der weitesten Sympathie erfreut und ihre Aktivität sich von Tag zu Tag vergrößert. Im Büro der Bewegung, im sogenannten „\*Hechaluz“<sup>56</sup> in Berlin, ließen sich bis August d. J. über 16.000 Personen beraten, es wurden 3.500 Gesuche für „Vorbereitung“ auf die landwirtschaftlichen Arbeiten<sup>57</sup> eingereicht. Während der ersten Juliwoche allein sollen 14 Vorträge und Versammlungen stattgefunden haben, die von über 5.000 Personen besucht waren. Der Hechaluz in Berlin hat besondere neuhebräische<sup>58</sup> Kurse eingerichtet, die steigenden Zuspruch finden. [...]

#### *Autonomiethorie*

Die vierte Lösung ist die Zuweisung der deutschen Juden in eine besondere staatsbürgerliche Daseinsform, die der einer nationalen Minderheit<sup>59</sup> ähnlich ist; und in dieser Richtung dürfte sich die Vollendung der Judenpolitik Deutschlands bewegen.

---

<sup>54</sup> Soll heißen: Pogrome. Dieser Irrtum war bei Verwendung der ursprünglich slawischen Bezeichnung für antijüdische Gewaltausschreitungen in der deutschen Sprache ziemlich verbreitet. Vgl. „Hitlers erste politische Schrift“ vom 16. September 1919, in: Jäckel, Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, S. 89.

<sup>55</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>56</sup> Gemeint ist vermutlich das \*Palästinaamt, im Rahmen dessen auch die Hechaluzbewegung arbeitete.

<sup>57</sup> Vgl. \*Hachschara.

<sup>58</sup> Vgl. \*Hebräisch.

<sup>59</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz.

[...] Im Rahmen einer Gesamtreform des Reichs- und Staatsbürgerrechts, deren Vorarbeiten bereits stattgefunden haben und das voraussichtlich die Bezeichnung „Gesetz über das Reichsbürgerrecht“ tragen wird, soll nicht nur das Durcheinander der seitherigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsfragen beseitigt werden, sondern auch die Frage der staatsbürgerlichen Stellung der Juden mit geklärt werden. Nach dem, was über die Richtlinien dieses Gesetzes bis jetzt bekannt ist, soll in Zukunft das „Reichsbürgerrecht“, dessen Verleihung an besondere Vorbedingungen geknüpft wird, nur \*arischen Volksgenossen verliehen werden, während \*Nicht-Arier in die sogenannte „Reichsangehörigkeit“ einzuweisen wären.<sup>60</sup>

Diese Reichsangehörigkeit würde den deutschen Juden von dem Gebrauch gewisser politischer Staatsbürgerrechte ausschließen, wie sie der „Reichsbürger“ in vollem Umfang besitzen würde. Diese Stellung der deutschen Judenschaft, der „Reichsangehörigen nichtarischer Abstammung“ würde damit die staatsrechtliche Form der deutschen jüdischen Minderheit abgeben. Praktische Schwierigkeiten würden sich aber durch die Konkurrenz der Gesetzeskraft besitzenden völkerrechtlichen und zwischenstaatlichen Vereinbarungen bezüglich der Behandlung der innerhalb der deutschen Grenzen befindlichen nationalen Minderheiten, wie in Oberschlesien oder in Nord-Schleswig, ergeben. [...]

Diese rechtlichen Schwierigkeiten dürften jedoch geringer anzuschlagen sein, als die anderen Konsequenzen, die sich aus der Zusammenfügung der deutschen Juden zu einer völkischen Minderheit ergeben könnten. Es ist nämlich für Außenstehende erstaunlich, mit welcher verhältnismäßiger Wärme der Gedanke einer solchen jüdischen Autonomie, die die natürliche Folge der in eine besondere staatsrechtliche Form gebrachten Judenschaft sein würde, von jüdischer Seite selbst aufgenommen worden ist. Eine derartige zwangsweise Autonomie würde naturgemäß selbst eine Rettung der Judenschaft und des Judentums in religiöser und kulturellem und rassenmäßigem Sinne bewirken. „Die jüdische \*Emanzipation mußte scheitern, weil der deutsch-jüdische Damm in seinen jüdischen Positionen morsch wurde und der deutsche Stützpunkt allein den jüdischen Menschen nicht mehr zu tragen wußte... Aus den deutschen Positionen gedrängt, will heute das deutsche Judentum sich *im Bewußtsein seiner Wertigkeit zu jüdischem Inhalt bekennen...* die alte Emanzipation ist gescheitert, weil die Menschen ihr jüdisches Gleichgewicht verloren haben ...“ (\*CV-Zeitung). Innerhalb der deutschen Judenschaft ist eine sehr starke Bewegung im Gange im offenen Bekenntnis zu jüdischer Rasse und jüdischer Religion, die in Dissidententum und geistigem Liberalismus bzw. Libertinismus zersplitterten Kräfte wieder zu sammeln und so die auf der einen Seite in erstarrter \*Orthodoxie auf der anderen Seite in jüdisch-völkischer Desinteressiertheit Beiseitestehenden zu einer Reform des Judentums selbst zu vereinen. [...]

Das rassische Programm des Nationalsozialismus geht nun ausdrücklich darauf hinaus, die Trennung zwischen Juden- und Deutschtum so vollständig als möglich herzustellen. So lautet u.a. eine Forderung, daß von Juden geschriebene Bücher und Zeitungen auch in \*hebräischer Sprache zu erscheinen hätten. Die Ten-

---

<sup>60</sup> Der Ausschluß der Juden von der „Reichsbürgerschaft“ erfolgte erst mit den \*Nürnberger Gesetzen. Zu ähnlichen Vorschlägen aus den Kreisen der Staats- und Parteiverwaltung im Jahr 1933 vgl. Adam, Judenpolitik S. 82f.; ders., Overall Plan; sowie Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 2, S. 37ff.

denz zur jüdischen kulturellen Autonomie ist damit schon vorgezeichnet. Tatsächlich wird nun auch der Erlernung der hebräischen Sprache (Neu-Hebräisch, insbesondere für jüdische Kreise, die nach Palästina auszuwandern beabsichtigen) erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Besonders die junge jüdische Generation ist der Träger des rassistischen und kulturellen jüdischen Gedankens, durch den man sich eine Renaissance des Judentums erhofft. So wird in der Praxis, auf der einen Seite durch die besondere staatsbürgerliche Stellung der Juden, auf der anderen Seite aus der Hinausweisung der jüdischen Staatsmitglieder aus der kulturellen Mitarbeit und Kultursphäre automatisch die Judenschaft zu einem Körper eigener Art innerhalb des deutschen Volkes zusammengeschlossen; die weitere logische Folge müßte die Sanktionierung und Verankerung dieses Zustandes durch Gewährung eines öffentlichen Selbstverwaltungsrechts in aller Form sein. [...]

#### *Die Organisation des Judentums*

[...] Neben den religiösen israelitischen Organisationen, die im großen und ganzen in die zwei Richtungen der \*Orthodoxen Synagoge und der \*liberalen israelitischen Religionsgesellschaften zerfällt, hat das Judentum seither den „\*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.“ als seine organisatorische Hauptvertretung betrachtet. [...]

Die zionistische Richtung ist durch die Organisation des „\*Deutschen Zionistischen Verbandes“<sup>61</sup> vertreten, dessen Tätigkeit von fast dem gesamten Judentum größte Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. In den Propagandavorträgen des Verbandes, die über ganz Deutschland stattfinden, wurde die Aufnahmemöglichkeit von jüdischen Emigranten in Palästina sehr optimistisch geschildert. Er betrachtet es als seine gegenwärtige Hauptaufgabe, die Jugend für Palästina vorzubereiten, auch wenn ihre Übersiedlung erst in späteren Jahren erfolge. Die Mitwirkung der jüdischen Schule<sup>62</sup> sei hierzu nicht zu entbehren, ihr geistiger Inhalt habe in Verbindung mit \*Palästina zu stehen. Um die zionistische Lösung der Judenfrage vorzubereiten, und in die Wirklichkeit zu überführen, hat die zionistische Bewegung die Organisationen des „\*Hechaluz“ (Der Pionier) gegründet. Der „Hechaluz“ besteht in 19 Ländern darunter auch in Deutschland. Als vorbereitendes Programm bezeichnet er u.a. \*Umschichtung („\*Hachscharah“) zur körperlichen Arbeit, durch Eingliederung in die organisierte Arbeiterschaft, Übergang zur hebräischen Sprache. Jedes Mitglied muß einen landwirtschaftlichen handwerklichen Beruf ergreifen. [...]

#### *„Reichsvertretung der deutschen Juden“*

Eine Zusammenfassung und Spitzenvertretung der innerhalb der deutschen Judenschaft vorhandenen verschiedenen Richtungen vom CV, über den RJF (\*Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten) bis zum Zionismus stellt die „\*Reichsvertretung der deutschen Juden“ dar.

#### *„Reichsverband“*

Die praktisch unlösbaren Fragen sind die der Einordnung der *jüdischen* \*Assimilanten, die sich weigern, zur jüdischen Rasse und Kulturgemeinschaft zurückzukehren, und die der halbarischen<sup>63</sup> oder \*nichtarischen Staatsbürger. Durch die neue deutsche Gesetzgebung ist zwar eine Löschung der staatsbürgerlichen

---

<sup>61</sup> Gemeint ist vermutlich die \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

<sup>62</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>63</sup> Vgl. \*Mischlinge.

Schwierigkeiten nach der dritten Generation vorgesehen, jedoch ist damit die Frage der gegenwärtigen nicht rein \*arischen Generation nicht gelöst. Für diese Kreise ist der „Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nicht arischer und nicht rein arischer Abstammung“,<sup>64</sup> der sich kürzlich in einer Unterorganisation für Württemberg konstituierte, gegründet worden. Aus Zeitungsberichten ist zu entnehmen, daß von behördlicher Seite die Berechtigung einer solchen Organisation anerkannt sei und daß auch bezüglich der leitenden Persönlichkeiten keinerlei Bedenken irgend welcher Art zu erheben seien. Als Ziele des Verbandes werden u.a. genannt: Beibehaltung der Grundlage des positiven Christentums mit Hilfe der Christlichen Kirchen,<sup>65</sup> die Fürsorge für die heranwachsende Jugend. Die Mitglieder des Verbandes sollen ihre Kinder im Christentum erziehen, so daß der Verband hofft, die Kinder seiner Mitglieder der Gesamtorganisation der Deutschen Jugend anschließen zu können. Man glaubt, daß sich die Kirchen einer Mitwirkung an dieser Erziehungsarbeit nicht verschließen werden. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß der Verband keinerlei geschäftliche oder politische Zwecke verfolge. Die Mitgliedschaft sollen nur über 18 Jahre alte männliche oder weibliche Reichsangehörige christlicher Konfession nicht arischer oder nicht rein arischer Abstammung erwerben können.<sup>66</sup> <65>

◀26▶

### Gestapa Berlin

#### Mitteilungen Nr. 1 – Bericht für 1.11.1933-10.1.1934

Berlin, 10.1.1934

BArch, R 58/3217

[...]

#### *Juden*

Eine besondere staatsfeindliche Tätigkeit der Juden ist nicht festgestellt worden. Auffallend ist die Tendenz zum Zusammenschluß. So sind z.B. in Frankfurt a. M. 22 jüdische Vereine neu gegründet worden.<sup>67</sup> Als Ziel der Zusammenfassung wird die Pflege jüdischer Tradition und die wirtschaftliche und soziale \*Fürsorge an den ihres Unterhalts beraubten Juden in den Vordergrund gestellt. Die Staatspolizeistelle Frankfurt a. M. berichtet über die Einrichtung einer Judenkartei, die aus praktischen Gründen mit der Aufstellung einer Emigrantenliste verbunden ist. Erfahrungen liegen noch nicht vor. Eine zentrale Kartei wird beim Geheimen Staatspolizeiamt bereits geführt.<sup>68</sup> Gewisse Schwierigkeiten in der \*Überwachung

---

<sup>64</sup> Vgl. \*Reichsverband der nichtarischen Christen.

<sup>65</sup> Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>66</sup> Der verhältnismäßig große Raum, der in diesem Bericht dem Problem der \*Mischlinge, der \*Mischehen und der \*nichtarischen Christen eingeräumt wird, geht weit über ihren relativen Anteil an den von der antijüdischen Rassengesetzgebung Betroffenen hinaus. Dieses Mißverhältnis liegt einerseits in der Schwierigkeit der genauen Definition der „Nichtarier“ und andererseits darin, daß hier die arische Seite der Familien mitbetroffen war (vgl. \*Rassengesetzgebung und Religionszugehörigkeit). Dieses Problem wird besonders ausführlich bei der Vorbereitung der \*Nürnberger Gesetze und bei der \*Endlösung behandelt.

<sup>67</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>68</sup> Vgl. Zeittafel, 11. Juli 1933.



verursacht die Unkenntnis der \*hebräischen Sprache bei den Beamten der Geheimen Staatspolizei.

Die lebhafteste Versammlungs- und Vereinstätigkeit der Juden, die besonders in Frankfurt a. M. und Berlin hervortritt, wird sorgfältig beobachtet. [...] <72>

◀27▶

### Gestapa Berlin

#### Mitteilungen Nr. 2 – Sonderbericht über politische Fragen

Berlin, 31.1.1934

BArch, R 58/3030

#### *Wirtschaftspolitisches*

[...]

#### *Boykott jüdischer Geschäfte*

Beeinträchtigungen der \*Waren- und Kaufhäuser, \*Einheitspreisgeschäfte und sonstigen jüdischen Geschäfte sind hauptsächlich aus den Städten der westlichen Landesteile, aus den übrigen Landesteilen jedoch nur vereinzelt bekannt geworden. Sie sind erfolgt durch Behörden, Dienststellen der NSDAP, durch den Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, die NS-Hago, die Organisationen Gewerbetreibender und durch einzelne Parteimitglieder und Angehörige der \*SA, \*SS und sonstigen Organisationen der NSDAP. Die Beeinträchtigungen waren verschiedener Art, z.B. von Seiten der Behörden durch Verbote an Beamte und Angestellte, in jüdischen Geschäften zu kaufen und durch Ausschließung jüdischer Händler von städtischen Märkten<sup>69</sup>; von Seiten der Dienststellen der NSDAP durch die Anordnung, daß das Betreten der jüdischen Geschäfte für SA, SS und Angehörige der Partei verboten ist; von Seiten des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes und der NS-Hago durch Aufforderungen, jüdische Geschäfte zu meiden; von Seiten der Organisationen Gewerbetreibender durch Kundgebungen; von Seiten der einzelnen Parteimitglieder und Angehörigen der SA, SS usw. durch Behinderung der Käufer.

Infolge der Weisungen des Reichswirtschaftsministers und anderer höherer Stellen, in denen betont wird, daß zur Gesundung der Wirtschaft und zur Förderung des weiteren Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit eine Beruhigung der Wirtschaft notwendig und daher von allen nicht gesetzlichen Zwangsmaßnahmen Abstand zu nehmen sei,<sup>70</sup> haben die Beeinträchtigungen der Geschäfte seit einigen Monaten erheblich nachgelassen. [...] <73>

◀28▶

### Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg

#### Bericht für die erste Hälfte März

Würzburg, 20.3.1934

BayHStA, StK 106 680

#### *Allgemeine politische Lage*

[...] Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Gauleitung der NS-Hago in der Zeit vom 23.3.-7.4. in Unterfranken eine großzügige Propaganda für den gewerblichen Mittelstand durchzuführen. Die Aktion soll am 21.3. mit einer Massenversammlung eingeleitet werden. Später sollen Sprechchöre eingesetzt und Transparente verwendet werden; letztere werden jedoch nur rein deutschen, also nicht auch

---

<sup>69</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>70</sup> Vgl. Zeittafel, 7. Juli 1933.

„gleichgeschalteten“ Geschäften<sup>71</sup> zur Verfügung gestellt.<sup>72</sup> Der Kampf gilt selbstverständlich dem Juden, wenn aus bestimmten Gründen angeblich auch alles vermieden werden wird, was äußerlich darauf hinweisen könnte; außerdem soll gegen die \*Warenhäuser und sonstigen Großbetriebe Stellung genommen werden.

Daß damit das Gerücht vom „Judenboykott“<sup>73</sup> wieder neue Nahrung erhält, ist unschwer vorauszusehen. Es ist auch mit Bestimmtheit mit zahlreichen Vorstellungen zu rechnen, wobei die Beschwerdeführer das Vorgehen der NS-Hago als unzulässigen „Eingriff in die Wirtschaft“ bezeichnen werden. Da nicht bekannt war, ob es sich um eine örtliche oder im ganzen Reich zur Durchführung gelangende Maßnahme handele [sic], wurde mit der Gauamtsleitung der NS-Hago Fühlung genommen. Dort wurde erklärt, daß die Aktion im Willen des Führer läge, daß das Reichspropagandaministerium einverstanden sei und daß die zur Verwendung kommenden Transparente vorgeschrieben seien. Über den *Zeitpunkt* der Aktion ist man im Hinblick auf die z.Zt. mit Frankreich schwebenden Wirtschaftsverhandlungen allgemein einigermaßen erstaunt.<sup>74</sup> <104>

◀29▶

Stapostelle Regierungsbezirk Hannover  
Bericht für März

Hannover, 6.4.1934

HStA Ha, Hann. 80, Hann. II Nr. 798

[...] Festgestellt wurde, daß in dem hiesigen jüdischen Jugendheim (Leiter \*Rabbiner Dr. \*Schorsch) Kinder christlichen Glaubens semitischer Rasse Aufnahme finden.<sup>75</sup> Es handelt sich hier um jugendliche Personen, deren Eltern bzw. sie selbst aus deutschen Vereinen pp. als \*Nichtarier ausgeschlossen wurden. [...] <98>

◀30▶

Zentralbüro des Politischen Polizei-Kommandeurs<sup>76</sup>  
Bericht für Februar und März

München, 14.4.1934

BArch, R 58/3905

[...]

*Bremen*

Bremen ist in der Lage, sich fast als judenrein bezeichnen zu dürfen. Der für Bremen bedeutendste Baumwollmarkt wird ausschließlich von alteingesessenen, nichtjüdischen Bremer Kaufleuten beherrscht. [...]

---

<sup>71</sup> Hier sind vermutlich ehemals jüdische Geschäfte gemeint, die sich durch Hinzuziehung eines nichtjüdischen Partners äußerlich den NS-Bestimmungen anzupassen suchten. Zu dieser Verwendung des Begriffs „Gleichschaltung“, vgl. Brackmann/Birkenhauer, NS-Deutsch, S. 88. Vgl. auch \*Arisierung.

<sup>72</sup> Vgl. \*Schilder, antijüdische.

<sup>73</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>74</sup> Vgl. dazu Genschel, Verdrängung, Kap. 4.

<sup>75</sup> Vgl. \*Konvertiten.

<sup>76</sup> Hierbei handelt es sich um das Büro \*Himmlers, dessen Befugnisse sich schon damals über die Grenzen Bayerns hinaus erstreckten. Himmler übersiedelte wenig später als Chef der Preußischen \*Geheimen Staatspolizei nach Berlin (vgl. Zeittafel, 20. April 1934).

### Hamburg

Die jüdische Auswanderungspsychose kann hier als abgeschlossen betrachtet werden. Es mehren sich die Anzeichen, wonach die Juden beabsichtigen, wieder nach Deutschland zurückzukehren.<sup>77</sup> Hierauf deuten verschiedene Anträge aus jüdischen Kreisen. [...]

Nach vertraulichen Mitteilungen besteht in \*Palästina eine kommunistische Judenschule,<sup>78</sup> die im häufigen Wechsel von jungen Männern und Mädchen aus allen Ländern besickt wird. [...]

### Hessen

Die innerhalb der Judenschaft im Gange befindlichen Sammlungsbestrebungen und die Abwanderung nach dem Ausland machen hier weitere Fortschritte.<sup>79</sup> Mit Beginn des neuen Schuljahres werden in Hessen eine Reihe von jüdischen Privatschulen eingerichtet, um die jüdischen Kinder auch äußerlich von den deutschen Kindern zu trennen.<sup>80</sup>

In der zweiten Hälfte des Monats März kam es an verschiedenen Orten des Landes zu Ausschreitungen gegen die Juden.<sup>81</sup> Besondere Ereignisse haben sich jedoch nicht ereignet [...].

<96>

### ◀31▶

#### Gestapa Berlin Tagesmeldung

Berlin, 28.4.1934

BArch, R 58/3371

#### *Tätigkeit jüdischer Verbände*

\*Stapo Magdeburg meldet:

Die Versammlungstätigkeit jüdischer Verbände in Magdeburg-Stadt hat in den letzten Wochen sehr zugenommen.<sup>82</sup> Die Veranstaltungen sind, soweit festgestellt worden ist, durchwegs freiwillig angemeldet und von Beamten des Außendienstes des Polizeipräsidiums überwacht worden.<sup>83</sup> Polizeiliche Maßnahmen waren in keinem Falle erforderlich. Es handelte sich meist um Unterhaltungsabende ohne jede politische Tendenz. Anfänglich erfolgten manche Vorträge und Darbie-

<sup>77</sup> Vgl. \*Rückwanderung.

<sup>78</sup> Zu den Vorstellungen der NS-Ideologie bezüglich der Verbindungen zwischen Judentum und Kommunismus, vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>79</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>80</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>81</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>82</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>83</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

tungen in \*hebräischer oder „\*jiddischer“ Sprache. Wegen der dadurch bedingten Erschwerung oder Unmöglichkeit der Überwachung wurde die Genehmigung in der Folgezeit nur noch mit der Auflage erteilt, daß die Darbietungen in deutscher Sprache erfolgen.

<111>

**II.**  
**„Aufbau im Untergang“**  
Das deutsche Judentum im Spiegel der ersten reichsweiten  
Gestapo- und SD-Berichte  
angesichts der wachsenden Ausgrenzung  
(April – Juni 1934)

◀32▶  
**Gestapa Berlin**  
**Die Juden in Deutschland<sup>1</sup>**

**Berlin, April 1934<sup>2</sup>**

**OA Mos, 501/1/18**

*Allgemeines*

Das schon früher stark entwickelte jüdische \*Vereinsleben hat durch den umfassenden Ausschluß der Juden aus dem Dienst des Reiches und der öffentlich-rechtlichen Körperschaften,<sup>3</sup> sowie durch die Zurückdämmung ihres Einflusses im Wirtschafts- und Privatleben, einen starken Auftrieb erhalten. Bestehende Vereine nahmen an Mitgliedern ständig zu und neue Verbände, insbesondere solche inner-jüdisch-politischen wirtschaftlichen Charakters, wurden gegründet. Die Folge ist eine überaus rege Vereinstätigkeit, die die Organe der \*Geheimen Staatspolizei durch die notwendige \*Überwachung und Kontrolle stark in Anspruch nimmt.

Bewußt hat das Geheime Staatspolizeiamt bisher davon Abstand genommen, die zahlreichen sich oft aufs heftigste bekämpfenden Vereinigungen gleichzuschalten; denn die innere Uneinigkeit des Judentums ist der beste Bundesgenosse, um einen Einfluß der Juden auf innerpolitischem Gebiet zu verhindern. [...]

*Betätigung der Juden*

*a) In der Politik*

Wenn auch heute noch Juden in Ausnahmefällen ihre staatsfeindliche Gesinnung nach außen hin zum Ausdruck gebracht haben, so ist doch in letzter Zeit eine organisatorische Bestätigung des Judentums im staatsfeindlichen Sinne nicht mehr beobachtet worden. Die Zahl der Fälle, in denen Juden öffentlich ihre

---

<sup>1</sup> Das vorliegende Dokument ist der erste reichsweite systematische Bericht des Berliner \*Gestapa zum Thema Juden. Er zeichnet auf 18 Seiten ein umfassendes Bild der Stellung der Juden innerhalb der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft und beschreibt detailliert die Struktur und Gliederung der jüdischen Organisationen, wie sie sich nach dem ersten Jahr der NS-Herrschaft darstellt; er sollte eine breitangelegte Grundlage für die weitere Überwachung der Juden bilden. Etwa zur gleichen Zeit fertigte auch das \*SD-Hauptamt einen ähnlich konzipierten, ersten umfassenden Bericht an, in dem die Beurteilung und politischen Empfehlungen größeren Stellenwert haben; vgl. ◀33▶. Aus diesem Grund haben die Herausgeber im vorliegenden Bericht den großen Abschnitt über „Organisatorische Zusammenschlüsse der Juden“ mit den Unterpunkten „\*Zionismus“ und „\*Deutsch-Judentum (Assimilation)“ trotz gewisser Unterschiede in der Darstellung gegenüber dem SD-Bericht ausgelassen. Der vollständige Text befindet sich in seiner gesamten Länge in der CD-ROM-Gesamtausgabe, <110>.

<sup>2</sup> Datum als handschriftlicher Vermerk auf dem Dokument.

<sup>3</sup> Vgl. Zeittafel, 7. 4.1933.

staatsfeindliche Gesinnung zeigten, ist dank der Aufmerksamkeit und des scharfen Zugreifens der Geheimen Staatspolizei sehr zurückgegangen.<sup>4</sup>

Die rege Versammlungstätigkeit trug, soweit politische Fragen überhaupt erörtert wurden, einen neutralen Charakter. Irgendwelche Angriffe gegen die nationalsozialistische Bewegung und den neuen Staat sind nicht festgestellt worden. Wie aus fast sämtlichen größeren Versammlungen hervorgeht, bemüht sich das Judentum im neuen Staat als Gegner nicht sichtbar in Erscheinung zu treten. Insbesondere wird von den \*assimilatorischen Richtungen jede Gemeinschaft mit dem internationalen Judentum in Abrede gestellt.

Wenn auch eine offene Gegnerschaft des innerdeutschen Judentums zum neuen Staat nicht sichtbar ist, so darf dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Jude seiner inneren Einstellung nach stets ein Feind des nationalsozialistischen Staates sein wird. Seine liberalistisch-internationale Weltanschauung läßt sich mit der Gedankenwelt des Nationalsozialismus nicht in Einklang bringen. In geschickter verdeckter Form wird er immer wieder versuchen, Einfluß auf innerdeutsche Verhältnisse zu erlangen und Zwietracht in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft zu bringen.

*b) In der Wirtschaft*

Da die Verhältnisse in Deutschland die Weiterbetätigung der jüdischen Bevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht erschwert oder unterbunden haben, versucht sie die Tätigkeit in das Ausland zu verlegen. Die von der NSDAP geforderte Zurückhaltung des Publikums gegenüber den jüdischen Geschäften<sup>5</sup> hat besonders in den ländlichen Bezirken viele jüdische Geschäftsinhaber zur Aufgabe ihres Unternehmens gezwungen. Dieser Umstand und die Bestrebung des \*Zionismus haben zur Folge, daß sich weite Kreise der jüdischen Bevölkerung einem Handwerksberuf zuwenden.<sup>6</sup>

Der Geschäftsrückgang in den jüdischen \*Warenhäusern der Großstädte, der bis zum Ende des Jahres 1933 anhielt, ist durch erneuten Zustrom von Käufern jetzt nahezu wieder ausgeglichen. In der Hauptsache sind es Erwerbslose, der verarmte Mittelstand und die Landbevölkerung, die ihren Bedarf hier decken. Es konnten aber auch bedauerlicherweise Beamte und sogar Angehörige der \*SA, der \*SS und der PO als Kunden der Warenhäuser festgestellt werden. Dieser erneute Zustrom zu den Warenhäusern und \*Einheitspreisgeschäften ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß dort bestimmte Artikel billiger abgegeben werden, als in den \*arischen Geschäften. [...]

Die Anordnungen des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums über die Gleichstellung von Ariern und \*Nichtariern in der Wirtschaft<sup>7</sup> haben in der Judenschaft die Auffassung hervorgerufen, daß für sie nunmehr jede Gefahr im Wirtschaftsleben überwunden sei. Es besteht bei ihnen sogar die Hoffnung, auf Grund dieser Anordnungen ihren wirtschaftlichen Einfluß zurückzugewinnen zu können. Hierdurch kommen große Teile der Bevölkerung, die an eine restlose Befreiung von den Juden glaubten, zu der Annahme, daß der Jude

---

<sup>4</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen sowie \*Kommunismus und Juden.

<sup>5</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer.

<sup>6</sup> Vgl. \*Umschichtung.

<sup>7</sup> Vgl. Zeittafel, 16. Dezember 1933 sowie 17. Januar 1934.

entgegen dem Programm der NSDAP, auf immer im deutschen Wirtschaftsleben verankert bleibe. Aus diesem Grunde ist besonders ein Teil der Arbeiterschaft beunruhigt, da er es nicht verstehen kann, daß Juden weiterhin Wirtschaftsführer sein sollen. Auch sonst hat der Erlaß des Reichsministers d.I. über die Nichtanwendung der \*Ariergesetzgebung auf die freie Wirtschaft den jüdischen Organisationen, insbesondere der Assimilanten reges Propagandamaterial in die Hand gegeben, deren Wirkungen sich in einem unliebsamen Hervortreten jüdischer Elemente, insbesondere in einer verstärkten \*Rückwanderung jüdischer Emigranten, zeigen.

Durch die \*Berufsumschichtung der Juden mehren sich in letzter Zeit die Fälle, in denen berufsfremde jugendliche Juden auf dem Lande zu Landwirten und Handwerkern umgeschult werden.<sup>8</sup> Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. sind z.Zt. in 9 Gemeinden allein 163 und im Kreise Simmern bis jetzt 5 Juden in landwirtschaftlichen Betrieben in der Umschulung begriffen. Ähnliche Vorhaben werden auch aus den Bezirken der Staatspolizeistellen Aurich, Königsberg und Allenstein gemeldet. [...]

c) Aufkulturellem Gebiet

Bis vor kurzem bestanden in Preußen eine große Zahl jüdischer Kulturbünde, die von den Behörden nur schwer zu überwachen waren. Im Einvernehmen mit dem Staatskommissar für das preußische Theaterwesen<sup>9</sup> hat das Geheime Staatspolizeiamt die jüdischen Kulturbestrebungen dahin vereinheitlicht, daß als maßgebende Organisation auf diesem Gebiet der „\*Kulturbund deutscher Juden“ mit seinen Ortsgruppen anzusehen ist.<sup>10</sup> Der Kulturbund ist verpflichtet, bei der Gründung neuer Ortsgruppen gewisse Auflagen zu beachten und hat seine gesamten Veranstaltungen dem Preußischen Theaterausschuß zur Genehmigung vorzulegen. Damit ist es ermöglicht worden, die gesamten jüdischen Kulturbewegungen von zuständiger Stelle zu beobachten und zu überwachen.

An deutschen Theatern werden jüdische Künstler kaum mehr beschäftigt.<sup>11</sup>

Als Folge des immer stärker werdenden kulturellen Zusammenschlusses sind Juden bei allgemeinen Veranstaltungen in Konzerten und Theatern kaum noch zu sehen. In der Öffentlichkeit verkehren sie im allgemeinen nur noch in den Gaststätten jüdischer Unternehmer.

In Berlin kam es anläßlich der Uraufführung des englischen Films: „Katharina die Große“, in dem die jüdische Filmschauspielerin Elisabeth *Bergner* mitwirkt, am 8.3.34 zu Störungen durch Angehörige der NSDAP.<sup>12</sup> Dieser Vorfall hat der jüdischen Hetzpresse des Auslandes neuen Anlaß zu gehässigen Auslassungen über das neue Deutschland gegeben; aber auch die ernst zu nehmende ausländische Tagespresse hat im Anschluß an diesen Zwischenfall den Boykott deutscher Filme angedroht.<sup>13</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. \*Hachschara.

<sup>9</sup> Vgl. \*Hinkel, Hans.

<sup>10</sup> Das hier beschriebene Phänomen der Vereinigung bezieht sich allerdings nur auf Preußen, da der Kompetenzbereich des Gestapa erst nach dem 2.5.1934 (vgl. Zeittafel) auf das gesamte Reichsgebiet erweitert wurde. Ein endgültiger, reichsweiter Zusammenschluß unter dem Namen „Reichsverband jüdischer Kulturbünde“ fand erst am 27./28.4.1935 (vgl. Zeittafel) statt.

<sup>11</sup> Vgl. Zeittafel 5.3.1934.

<sup>12</sup> Vgl. Einzelaktionen.

<sup>13</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

d) *Im Sport*

Wie alle anderen Zweige jüdischen Gemeinschaftslebens, hat auch der Sport einen gewaltigen Auftrieb erhalten.<sup>14</sup> Besonders rührig sind hier die Jugendgruppen des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. In einzelnen Fällen wurde beobachtet, daß die Juden sogar Wehr- und Geländesport betrieben. Da diese Betätigung mit den Staatsinteressen unvereinbar ist, hat das Geheime Staatspolizeiamt Vorsorge getroffen, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft unterbunden werden.

Von verschiedenen Jugendbünden und Wandergruppen ist ferner der Versuch gemacht worden, ihre Angehörigen in einheitlicher Kleidung, vereinzelt sogar in braunen Uniformen, auftreten zu lassen. Derartige Versuche haben naturgemäß bei SA- und SS-Angehörigen große Erregung ausgelöst. Zur Vermeidung von Zusammenstößen hat das Geheime Staatspolizeiamt bei dem Reichsjugendführer eine allgemeine Regelung dieser Frage angeregt. Bestimmte Anordnungen sind in nächster Zeit zu erwarten.<sup>15</sup>

*\*Auswanderung*

Die seit der Machtübernahme gegen das Judentum in wirtschaftlicher Hinsicht getroffenen Maßnahmen brachten in der Hauptsache Abwanderungsbestrebungen der Juden mit sich. Insbesondere setzte ein Zustrom der Juden vom flachen Lande und aus den Kleinstädten nach den Großstädten ein, wobei mitbestimmend war, daß der Jude in der Großstadt untertauchen zu können glaubte.<sup>16</sup> In weit größerem Maße wanderten die Juden jedoch ins Ausland ab.

Der Hauptstrom dieser jüdischen Emigranten ergoß sich im vergangenen Jahre nach \*Palästina. Nach bisherigen Meldungen sind seit dem Beginn der Emigration bis Anfang März 1934 rund 13.000 Juden nach Palästina ausgewandert. Da jedoch die englische \*Mandatsregierung nicht beabsichtigt, das Einwanderungskontingent zu erhöhen, ist der Zustrom der Juden nach Palästina zur Zeit gehemmt.

Auch die europäischen Auswanderungsländer sind in ihrer Aufnahmefähigkeit beschränkt. Da die Wirtschaftsverhältnisse dieser Länder den Juden keine Existenzmöglichkeiten bieten, mehren sich die Klagen der Emigranten über ihre schlechte Lage und veranlassen Auswanderungslustige, die Auswanderung hinauszuschieben oder ganz aufzugeben. Die Folge hiervon ist nicht nur ein starkes Nachlassen der Emigration, sondern die gerade in letzter Zeit beobachtete \*Rückwanderung der Emigranten nach Deutschland. [...]

*Die Boykotttheze<sup>17</sup>*

[...] Außer der Überwachung und Kontrolle der Juden in Deutschland und der Verhinderung ungesetzlicher Eingriffe gegen die Juden<sup>18</sup> wird es vordringliche Aufgabe der Geheimen Staatspolizei sein, die Boykott-Bewegung und Propaganda im Ausland zu verfolgen, um ihr im Einvernehmen mit den zuständigen Reichsministerien durch weitgehendste Aufklärung entgegenzutreten. <110>

<sup>14</sup> Vgl. \*Sportvereine, jüdische sowie \*Jugendorganisationen, jüdische.

<sup>15</sup> Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische. Zum bereits früher erfolgten Verbot des Tragens von Uniformen in den jüdischen Jugendorganisationen vgl. Zeittafel 7.3.1934.

<sup>16</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>17</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>18</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.



Berlin, Mai/Juni 1934  
[...]

BArch, R 58/229

*Die Judenfrage*<sup>19</sup>  
*Allgemeines*

Die einzelnen Juden legen sich in ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Betätigung eine für ihre Rasse ungewöhnliche Zurückhaltung auf. *Politisch* betätigen sie sich nur noch in ihren eigenen Belangen.

In ihrer *wirtschaftlichen* Betätigung sind sie durch das Ablaufen des \*Boykotts der jüdischen Geschäfte freier geworden. Der Geschäftsrückgang in den \*Warenhäusern, der bis Ende 1933 anhielt, ist durch Besserung des Umsatzes fast aufgeholt. Käufer sind hauptsächlich die Erwerbslosen, der verarmte Mittelstand und die Landbevölkerung. Bedauerlicherweise werden aber auch wieder Beamte und sogar Angehörige der Partei oder ihrer Nebenorganisationen festgestellt. Fast ungebrochen ist der Einfluß der Juden im \*Viehhandel.

Die Anordnungen des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums über die Gleichstellung von \*Ariern und \*Nichtariern in der Wirtschaft haben neue Hoffnungen in der Judenschaft hervorgerufen.<sup>20</sup> [...]

Unter dem Druck der deutschgewordenen Umwelt haben die Juden ihr eigenes Vereinswesen stark entwickelt und sich fast ausschließlich auf dieses zurückgezogen.<sup>21</sup>

*Das jüdische Organisationswesen*<sup>22</sup>

Die allgemeinen Organisationen der Juden lassen sich in drei Hauptgruppen einteilen, die \*Zionisten, die Mittelgruppe<sup>23</sup> und die Nationaldeutschen.<sup>24</sup>

*Die Zionisten*

Uns erscheint am klarsten die Stellung der Zionisten, die nicht nur der Religion nach Juden sein wollen, sondern sich auch zu ihrer jüdischen Eigenart bekennen und zu einem eigenen völkischen Staat kommen wollen.

Ihre Parolen: Studiert jüdische Geschichte, treibt verstärkte Bibelstudien, pflegt jüdisches Brauchtum, lernt wieder \*Hebräisch und: Wandert aus nach \*Erez Israel, der gelobten Heimat. [...]

<sup>19</sup> Bei diesem Dokument handelt es sich um den ersten umfassenden systematischen Lagebericht des SD-Hauptamts. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Informantennetz des SD noch in der Anfangsphase, und viele Informationen stammten aus zweiter Hand; u.a. wurden sie aus der jüdischen \*Presse und anderen jüdischen Publikationen entnommen. Ähnlich dem vorangegangenen Bericht des \*Gestapa war auch der vorliegende Bericht dazu konzipiert, ein selbständiges reichsweites \*Überwachungssystem des Regimes aufzubauen.

<sup>20</sup> Vgl. Genschel, Verdrängung, S. 66f.

<sup>21</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>22</sup> Die ausführliche und zuverlässige Beschreibung der jüdischen Organisationen deckt sich weitgehend mit jener aus dem ersten umfassenden reichsweiten Bericht des \*Gestapa vom April 1934, vgl. ◀32▶. Dies ist besonders bemerkenswert, da ja Gestapo und SD über zwei voneinander unabhängige Berichterstattungssysteme verfügten.

<sup>23</sup> Vgl. \*Assimilanten.

<sup>24</sup> Vgl. \*Deutschjuden/Deutschjudentum.

### *Die Mittelgruppe*

Hierher gehören der \*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten e.V.

Diese Richtung braucht in ihren Veröffentlichungen und bei den Neugründungen von Neben- und Hilfsorganisationen gern das Wort „deutsch-jüdisch“ (wobei die beiden Wortstämme gleichwertig sein sollen!) In vielen Aufsätzen versuchen sie dieses Zweiseelentum zu erklären, wobei sie natürlich um den Begriff Rasse gern herumgehen, und von der Religion auf der einen Seite, von der mit dem Volk gemeinsamen Sprache Geschichte usw., kurz, der Kulturgemeinschaft auf der anderen Seite sprechen. Die bisher kürzeste Formulierung: Wir sind bestimmt durch *Glaube* und *Heimat*.

### *Die Nationaldeutschen*

Der \*Verband nationaldeutscher Juden e.V. ist noch „deutscher“ als der \*CV und betont das in seinem Programm und in allen möglichen Äußerlichkeiten. [...] Sie haben einen „Führer“, der als „Verbandsführer“ unterschreibt.<sup>25</sup> Sie haben auch das Führerprinzip: [...]

### *Gesamtorganisationen*

Durch diese Zersplitterung des jüdischen Organisationswesens darf man sich nicht täuschen lassen, weil neben diesen drei Säulen verschiedene Möglichkeiten zu einer einheitlichen Willensbildung vorhanden sind.

Als erstes ist hier die gemeinsame *Religion* zu nennen, die den Juden durch Jahrhunderte hindurch ihre völkische Existenz erhalten und gesichert hat.

Im Herbst vorigen Jahres haben sich die Juden durch die Gründung der „\*Reichsvertretung der deutschen Juden“ ein weiteres Instrument zur Wahrung ihrer gemeinsamen Belange geschaffen.

Allerdings ist das von der Mittelgruppe schon lange angestrebte Einigungswerk noch nicht ganz geglückt. Vorbehaltlos wird dieser Dachverband nämlich nur von ihr selbst anerkannt, während die Zionisten die Tätigkeit der Reichsvertretung abwarten und die Nationaldeutschen zunächst ablehnend gegenüberstehen.<sup>26</sup>

Trotz dieser Ablehnung sind sie aber offensichtlich bemüht, etwas Tuchfühlung zu halten für den Fall, daß die Reichsvertretung von der Regierung oder der Bewegung einmal als solche anerkannt werden könnte. Außerdem ist zu beachten, daß die Zionisten und die CV-Gruppe zwangsläufig einander näher kommen, weil die ersteren jetzt ihr Augenmerk nicht mehr auf \*Palästina allein richten können, sondern auch der Situation in Deutschland Aufmerksamkeit schenken müssen, während der CV den Auswanderungsgedanken – vor allem unter dem Druck seiner Jugend – nicht mehr unbedingt ablehnen kann. [...]

Ob und wann die restlose Einigung des deutschen Judentums erfolgt, ist in erster Linie abhängig vom Verhalten der deutschen Gegenseite.

Eine Förderung der in diese Richtung drängenden Entwicklung bringt aber bei dem augenblicklichen Stand des Problems eine sehr große und noch nicht genü-

---

<sup>25</sup> Es handelt sich wohl um den Begründer des Vereins, Max \*Naumann.

<sup>26</sup> Der Reichsvertretung gegenüber ablehnend stand auch die \*Austrittsorthodoxie, der sie sich erst im Juni 1938 anschloß. Es verband sie aber von Beginn an mit jener gemeinsame Interessengebiete, wie etwa Verhandlungen mit Behörden über die Finanzierung des \*Schulwesens.

gend erkannte Gefahr mit sich. Es kann nämlich sein, daß es uns nicht gelingt, unsere Juden zur \*Auswanderung zu bringen, weil die ganze bisherige Entwicklung sozusagen erstickt wird. Unsere Nachbarländer werden sich mit der Zeit weigern, nach den ersten 50.000 Juden noch die übrigen 550.000 aufzunehmen (von den \*Mischlingen ganz zu schweigen!). Die bisherigen Siedlungsversuche der Juden sind unzureichend, wie weiter unten gezeigt werden wird. Dann werden wir sie nicht mehr als vorübergehende unwillkommene Gäste in Deutschland behandeln können, sondern werden den augenblicklichen Zwischenstand legalisieren müssen. Wir werden die Juden vielleicht sogar als Minderheit<sup>27</sup> anerkennen müssen und sie ewig auf dem Halse haben. Diese Gefahr rückt um so näher, je mehr sich die Juden in Deutschland als Minderheit fühlen. Wir leisten diesem Denken selbst Vorschub, wenn wir die Juden um der leichteren Verhandlungstechnik und der besseren \*Überwachung willen als Gesamtheit anerkennen und mit ihren Reichsvertretungen, Reichsausschüssen usw. verhandeln, statt mit ihren einzelnen Gruppen.<sup>28</sup> [...]

#### *Die jüdische Presse*

Ebenso wie die jüdischen Organisationen hat auch die jüdische \*Presse eine fast ungeahnte Entwicklung erfahren. Sowohl die Vereinszeitungen als auch die örtlichen Gemeindeblätter haben ihre Leserzahl vervielfacht, ihren Inhalt ausgestaltet, ihren Umfang vergrößert.

Als einziges Beispiel sei die Entwicklung der \*CV-Zeitung angeführt. Vor einem Jahre noch war sie ein kleines Nachrichtenblatt im Kleinformat. Im Herbst ging sie zum normalen Zeitungsformat über. Sie hat den politischen Teil ausgebaut und sich nacheinander einen Rechts- und Wirtschaftsteil angegliedert, dann eine Seite der Jugend, eine Kinderbeilage, ein Blatt der deutschen Jüdin und einen umfangreichen Anzeigenteil.

Den Platz auf der Titelseite haben meist Aufsätze über die geistige Situation der Juden, über die Auseinandersetzungen mit den anderen Gruppen, über die gesamtjüdischen Aufgaben usw. Der politische Teil scheint etwas dünn, trotzdem aber enthält er alles, was für den Juden wichtig ist. Die Zeitung bringt schnellstens alle neuen Verordnungen und Gerichtsentscheidungen im Wortlaut, häufig mit Ausführungen über ihre Bedeutung und Tragweite. Sie bringt alle einschlägigen Stellen aus Ministerreden usw., meist wörtlich, ohne auffällige Schlagzeile, aber doch an hervorgehobener Stelle. Daß sich die Schriftleitung hierzu meist der eigenen Stellungnahme enthält, ist nicht verwunderlich, die Juden wissen ja ohnedies, wie die Sache gemeint ist. Ebenso versteht es jeder Leser ohne Kommentar, warum seine Zeitung verhältnismäßig viel Nachrichten über die Auseinandersetzungen in und mit den christlichen Kirchen, Predigtauszüge usw., bringt. Spielen doch diese Dinge auch in seinen Unterhaltungen eine große Rolle. Hier ist vielleicht die einzige Stelle, wo die sonst so vorsichtigen Judenzeitungen etwas aus ihrer Zurückhaltung herausgegangen sind, die sie den ganzen Winter hindurch bewahrt haben.

---

<sup>27</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz.

<sup>28</sup> Über die Einstellung der verschiedenen Staats- und Parteistellen zur Reichsvertretung (von der Machtergreifung bis zur Gründung der \*Reichsvereinigung im Februar 1939), vgl. Kulka, Deutsches Judentum, I. Zur Einstellung des SD (bis 1938) vgl. Wildt, Judenpolitik des SD.

Über die Zwischenfälle in Pommern, der Grenzmark, im Rheinland und in Franken im Februar bis März<sup>29</sup> haben sie vorsichtigerweise gar nichts gebracht. (Bis auf den Zwischenfall in Gunzenhausen waren diese verhältnismäßig harmlos; eingeschlagene Fensterscheiben von Wohnungen, \*Synagogen usw.) Dafür aber sind diese von den jüdischen ausländischen Zeitungen ausgeschlachtet worden und sind von diesen aus natürlich auch in die übrige Presse gekommen und haben der \*Greuel- und Boykottpropaganda im Ausland einen nicht unbedeutenden Auftrieb gegeben.<sup>30</sup> Hier arbeitet die jüdische wie die katholische Presse. Alles, was sie im Inland nicht schreiben dürfen, bringen sie in ihren Auslandszeitungen.

Als Beispiel sei die „Wiener Neue Welt“<sup>31</sup> angeführt. Diese schreibt am 5.4.34 über den Zwischenfall in Gunzenhausen in Franken:

*Das Pogrom im Gunzenhausen*

... Das Signal zum Pogrom wurde in einer wüsten Wirtshausszene gegeben. Ein jüdischer Gast, der das Wirtshaus betrat, wurde von den christlichen Gästen schwer verprügelt und auf die Straße geworfen. Die Wirtshaussgäste, verstärkt durch Nationalsozialisten, die an dem seit mehreren Tagen einhergehenden Judenboykottrummel<sup>32</sup> beteiligt waren, gingen nun zum allgemeinen Angriff auf die von Juden bewohnten Häuser über.

Die Insassen, auch Frauen, wurden brutal aus ihren Wohnungen geschleppt, auf die Straße geworfen und unbarmherzig mißhandelt. Man zweifelt daran, ob der 20-jährige Jude Rosenfeld, der, nachdem er furchtbare Quälereien hat erleben müssen, an einem Gartenzaun erhängt aufgefunden wurde, \*Selbstmord begangen hat, wie die offizielle Version lautet. Rosenfeld hatte gewiß nicht mehr die Kraft zum Selbstmord. Man nimmt vielmehr an, daß er von seinen Peinigern aufgehängt worden ist. Bei dem Mann, der mit 4 Herzstichen tot auf der Straße aufgefunden wurde, handelt es sich um den 60-jährigen Gunzenhausener jüdischen Bürger Rosenau. Obwohl seitens der Behörden strengste Untersuchung der Mordfälle zugesichert wurde, hat man die beiden Todesopfer am Dienstag, den 27. März, auf Anordnung der Behörden beerdigt, ohne daß vorher eine gerichtliche Obduktion der Leichen stattgefunden hätte. Die verletzten Gunzenhausener jüdischen Bürger werden ärztlich behandelt. Alle jüdischen Einwohner, soweit sie nicht geflüchtet sind, leben in unendlicher Panik...<sup>33</sup>

---

<sup>29</sup> Vgl. \*Einzelaktionen. Zu sogenannten Zwischenfällen an anderen Orten in diesem Zeitraum (z.B. Hessen), vgl. <113>.

<sup>30</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>31</sup> Gemeint ist „Die Neue Welt“, Wien, Organ der Jüdischen Volkspartei in Österreich, die eine ähnliche politische Ausrichtung hatte wie die \*Staatszionistische Organisation in Deutschland; vgl. Dieter Mühl, „Immer waren Wahlen“. Robert Stricker (1879-1944). Ein Beitrag zur jüdischen Politik in Österreich, in: Aschkenas 11 (2001), S. 121-159.

<sup>32</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>33</sup> Die Tatsache, daß dieser Bericht wortgetreu und kommentarlos aus der Wiener Zeitung „Die Neue Welt“ übernommen wurde, zeigt, daß der SD zu dieser Zeit noch über kein eigenes Nachrichtensystem auf Ortsebene verfügte. Zum Pogrom in Gunzenhausen vgl. auch spätere Berichte wie des Regierungspräsidenten für Ober- und Mittelfranken, <115>. Im anschließenden Gerichtsverfahren wurden die 19 Angeklagten zu Freiheitsstrafen von 3 bis 10 Monaten verurteilt. „Die Hauptverhandlung hat zu der jeden Zweifel ausschließenden Feststellung geführt, dass die Ursache der an diesem Abend vorgekommenen

### *Das kulturelle und gesellschaftliche Leben*

Der im Herbst mit Genehmigung des Reichsinnenministeriums gegründete \**Kulturbund der deutschen Juden* hat sich in der Berichtszeit noch weiter entwickelt. Er und seine landschaftlichen Unterorganisationen sind mit einer großen Anzahl von Konzerten, Vortragsabenden und Theateraufführungen hervorgetreten.

Neuerdings ist ihm die \**Jüdische Buchvereinigung* gefolgt, die bereits ihren ersten Jahresband: Georg Hermann, „Eine Zeit stirbt“, herausgebracht hat.

Die *Geselligkeit* pflegen die Juden fast ausschließlich in ihren Wohnungen oder aber in geschlossenen Gesellschaften. Das jüdische \**Schulwesen* wurde bisher nur von den Zionisten gefördert und beschickt. Nunmehr ist auch die Mittelgruppe dazu übergegangen, ihre Kinder in rein jüdische Schulen zu schicken. Nur die Nationaldeutschen lehnen sie noch wie alles „Ghetto in jeder Form“ ab. Demzufolge sind Ostern einige neue Schulen gegründet worden, die bestehenden haben ihre Schüler- und Klassenzahlen erhöht. Abschließende Zahlen liegen hier noch nicht vor.

### *Berufsumschichtung und Auswanderung*

#### *Berufsumschichtung*

Das Problem der \*Berufsumschichtung der Juden ist bis 1932 fast ausschließlich akademisch erörtert worden. Nur geringe Teile der zionistischen Jugend haben sich an Lösungsversuche gewagt. Seit der Umwälzung ist aber für die Juden die „Berufsnormalisierung“, wie sie es nennen, kein theoretisches Problem mehr, sondern eine drängende Aufgabe der Gegenwart. Man muß feststellen, daß sie sich der Lösung dieser Aufgabe mit großer Energie und beträchtlichem finanziellen Aufwand zugewandt haben. Der \**Zentralausschuß der Deutschen Juden für Hilfe und Aufbau* hat für das erste Halbjahr 1934 einen Etat von 900.000 RM! Dazu kommen noch die Aufwendungen der Zionisten und die Gelder, die direkt für die \*Auswanderung aufgewandt worden sind.

In der CV-Zeitung vom 29.3.34 gibt der Zentralausschuß bekannt, daß sich zur Zeit 6.069 Juden in der Berufsumschichtung befinden. Von diesen wollen 3.331 in handwerkliche Berufe und 2.738 in die Landwirtschaft (von den letzteren sind 900 zur Ausbildung im Ausland, der Rest lernt in Deutschland in Kollektivwerkstätten oder aber in Volontärstellen). [...] Gegen eine solche Umschulung ist nichts einzuwenden, wenn sie in geschlossenen Gruppen und im Hinblick auf eine spätere Auswanderung geschieht. Sie muß verhindert werden, wenn sie einzeln in deutschen Dörfern erfolgt und eine Ansiedlung in Deutschland vorbereiten soll.<sup>34</sup> [...]

#### *Die Zahl und Lage der Emigranten*

[...] Die Auswanderung der Juden ist nun durchaus nicht gleichmäßig, sie war stärker in den landwirtschaftlichen Bezirken, schwächer in den Großstädten. Dazu

---

beiden Todesfälle Selbstmord gewesen ist.“, vgl. <148>; zu weiteren Ausschreitungen in Gunzenhausen vgl. <206>.

<sup>34</sup> Obwohl die Umschulung von Juden zur Landwirtschaft (\*Hachschara) in der Regel von den Behörden gefördert wurde, schildern zahlreiche Berichte auch ihre Bedenken, „daß das unvermeidliche geschlossene Auftreten zahlreicher Judenjungen die Bevölkerung aufs äußerste reizen müßte, sodaß eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe wahrscheinlich wäre“, vgl. <77>. An verschiedenen Orten führte der Widerstand der ortsansässigen Bevölkerung gegen diese Initiativen in der Tat zu Verbot oder Schließung der jüdischen Ausbildungsstätten auf dem Lande. Andererseits gab es jedoch auch Stimmen in der Bevölkerung, die die landwirtschaftliche Ausbildung der Juden mit Nachdruck befürworteten, vgl. <282>.

kommt eine innerdeutsche Wanderung vom Lande in die Stadt.<sup>35</sup> Abschließende Zahlen liegen hier nicht vor. Es seien aber drei bezeichnende Beispiele über die Abnahme der Mitgliederzahlen der jüdischen Religionsgemeinden gegeben.

1932 1933 Abwand. % Landgemeinde Mecklenburg 1.225 etwa 670 etwa 555  
45 Israelitische Gemeinde Chemnitz 2.796 2.215 581 21 Israelitische Gemeinde  
Frankfurt/M. 29.385 27.690 1.695 6 [...]

*Greuelpropaganda und Boykottbewegung*

Leider sind die Juden noch nicht im Orient, und viele von ihnen haben die Hoffnung auf einen Umschwung in Deutschland noch nicht aufgegeben. Sie glauben eine mächtige Waffe gegen das Dritte Reich in der Hand zu haben – und haben sie tatsächlich – den wirtschaftlichen Boykott.<sup>36</sup>

Dem Boykottgedanken ist heute infolgedessen auch die jüdische \*Greuelpropaganda dienstbar. In manchen Ländern ist die laute Hetze wohl etwas abgeflaut, in anderen, vor allem in Nordamerika, geht sie aber unvermindert weiter. Dafür aber ist der „stille Boykott“ sehr wirksam geworden und bedient sich zu seiner Ausbreitung neuer, aber sehr wirkungsvoller, geräuschloserer Methoden. [...]

*Katholische Bewegung<sup>37</sup>*

[...]

*Eintreten für das Judentum*

Der nationalsozialistische Staat hat durch seine Gesetzgebung den Kampf gegen den übermäßigen Einfluß des Judentums im gesamten Kultur- und Wirtschaftsleben Deutschlands aufgenommen. Gegen diese Maßnahme wird von katholischer Seite zwar nicht offen Stellung genommen, aber aus zahlreichen Äußerungen geht deutlich die Sympathie für das Judentum hervor.

Besonders bemerkenswert war in dieser Beziehung die Wirkung der Adventspredigten des Kardinals \*Faulhaber über das Judentum.<sup>38</sup> Obwohl Faulhaber in seinen Predigten betont, daß es sich für ihn „nur um das vorchristliche Judentum“ handle, mußte doch die Themenstellung im gegenwärtigen Augenblick als eine Verteidigung des jüdischen Einflusses (Altes Testament!) erscheinen; schließlich hat sich ja doch die rassische Anlage des jüdischen Volkes in christlicher Zeit nicht verändert.

Selbst wenn der Kardinal dies nicht beabsichtigt hätte, hätte er doch die Wirkung voraussehen müssen. In der jüdischen und Auslandspresse werden Faulhabers Ausführungen als Verteidigung des Judentums aufgefaßt. Der „Pester Lloyd“ vom 29.1.34 berichtet, daß sich Faulhaber „gegen die Judenverfolgung“ wandte.

Die „\*CV-Zeitung für das Judentum“ (Januar 1934) bringt einen Aufsatz „Neue Begeisterung für unsere Heilige Schrift. Zu den Adventspredigten des

---

<sup>35</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>36</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>37</sup> Die folgenden Abschnitte über die katholische und evangelische Bewegung stehen im Original (und dementsprechend in der CD-ROM-Gesamtausgabe, <139>) vor dem Kapitel „Die Judenfrage“. Vgl. auch \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>38</sup> Vgl. Faulhaber, Judentum-Christentum-Germanentum; dort sind die Adventspredigten in St. Michael zu München vom 3.12., 10.12., 17.12., 24.12. und die Neujahrspredigt vom 31.12.1933 nachzulesen.

Kardinals von Faulhaber“ von Rabbiner Dr. \*Baerwald, München. Zu der Äußerung des Kardinals, daß der Sturm gegen die Judenbücher, „ein heiliges Feuer neuer Begeisterung für die heiligen Bücher entzünden“ werde, wird bemerkt: „Wir können diese Worte nur mit Dankbarkeit und Befriedigung erwähnen“; und weiter: „Wir haben den demütigen Stolz, daß der Welt durch uns die Offenbarung geschenkt ward.“<sup>39</sup>

In einem Bericht der CV-Zeitung vom 29.3.34 über einen Vortrag von Dr. H. Frankenstein heißt es u.a.: „Erzbischof Faulhaber hat in seinen Adventspredigten einen Trennungsstrich zwischen den biblischen und heutigen Juden gezogen. Das Judentum hat aber immer... an den Ewigkeitswerten festgehalten, die dem alten Volke Israel verkündet worden sind und vor denen sich auch das Christentum verneigt.“

Auch sonst wird mehrfach von Äußerungen katholischer Geistlicher gegen den Antisemitismus berichtet. In einzelnen Diözesen wurde gleichzeitig mit Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ das „Handbuch der \*Judenfrage“ von Theodor Fritsch<sup>40</sup> als für Katholiken verbotene Lektüre bezeichnet. [...]

*Evangelische Bewegung*

[...]

*Die kirchliche Opposition (\*Pfarrernotbund usw.)*

In Opposition zu den \*Deutschen Christen und den von ihnen besetzten Kirchenregierungen entstand der „Pfarrernotbund“, ein streng gegliederter ordensmäßiger Bund mit starker freiwilliger Bindung.<sup>41</sup> [...]

Positiv erstrebt der Notbund eine innere Erneuerung der Kirche. Im Abwehrkampf wendet er sich vor allem gegen folgende Grundsätze der Deutschen Christen:

1. Gegen das Rassen- und Nationalprinzip. Es wird der Grundsatz vertreten: „Es kann wohl deutsche Nationalsozialisten geben, aber kein nationalsozialistisches Christentum.“ Statt Nationalkirche wird Bekenntniskirche gefordert. Einführung weltlicher Prinzipien (Gleichschaltung zur Politik) wird entschieden abgelehnt. Der \*Arierparagraph wird als schriftwidrig bekämpft (theologische Gutachten von Marburg und Erlangen) und ist von der Reichskirche auch wieder aufgegeben.<sup>42</sup> Rasse und Blut als Grundlage der Religion im Sinne Rosenbergs wird als heidnisch abgelehnt. [...]

<139>

---

<sup>39</sup> Zum großen Widerhall, den die Faulhaberpredigten bei den Juden in Deutschland fanden und zur Festnahme jener, die sie illegal weiterverbreiteten, vgl. Lagebericht der Gestapo Berlin für Februar 1935, 493.

<sup>40</sup> Das Handbuch Fritschs (1855-1933), 1886 als Antisemiten-Katechismus erstmals erschienen, erreichte schon 1907 die 26., 1944 die 49. Auflage mit dem Untertitel: Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes.

<sup>41</sup> Zum Pfarrernotbund, der mit dem Gründungsauftrag Martin Niemöllers vom 21.9.1933 ins Leben getreten war (Beckmann, Kirchliches Jahrbuch, S. 25), vgl. Niemöller, Evangelische Kirche, S. 112; nach der dort wiedergegebenen Statistik gehörten ihm im Sommer 1934 nur noch 5.256 Pfarrer an, nachdem 1.800 bayerische, hannoversche und württembergische Mitglieder Anfang 1934 ausgetreten waren.

<sup>42</sup> Die erwähnten Gutachten waren im September 1933 vorgelegt worden, vgl. Hermelink, Kirche im Kampf, S. 51ff.; weitere Literaturangaben bei Niemöller, Evangelische Kirche, S. 381.

**Gestapa Berlin**  
**Lagebericht über die Gesamtjudenbewegung**  
**im Welt- und deutschem Maßstabe<sup>43</sup>**

Berlin, 17.6.1934

OA Mos, 501/1/18

*Statistik*

Vor dem Kriege waren in Deutschland etwa 550.000 Juden in Deutschland ansässig, von denen nach 1870 etwa 30% aus dem Osten nach Deutschland zugewandert waren. Ein großer Teil dieser \*Ostjuden blieb in den östlichen Provinzen des Reiches sitzen und strömte nach Ende des Weltkrieges nach Westdeutschland. Bereits während des Krieges zeigte sich eine allerdings statistisch nicht erfaßbare Ostjudenzuwanderung. Sofort nach dem Kriege strömten die Juden aus allen Ostländern nach Deutschland; den Hauptstrom brachte die Inflationszeit. In der Deflationszeit und mit dem Beginn der inflationistischen Erscheinungen in den Westländern setzte wiederum eine Auswanderungsbewegung dieser Ostjuden nach Belgien, Frankreich usw. ein. Als weitere Erscheinung ergab sich eine starke \*Binnenwanderung aus der Provinz nach den Großstädten, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Bei der riesigen Zahl der nach Deutschland gekommenen Ostjuden, den späteren Einbürgerungen, Verheiratungen und \*Mischehen ist eine zuverlässige statistische Bewegung der Zugewanderten – Ostjuden – nicht möglich. Ihre Zahl wird auf etwa 100.000 geschätzt.

Bei der Ernennung des Führers zum Reichskanzler, aber auch schon einige Zeit vorher waren die ersten Anzeichen für eine Judenemigration – die Juden sagen selbst scherzhaft Semigranten – zu verzeichnen. Man nimmt an, daß bisher insgesamt aus Deutschland 100.000 Juden ausgewandert sind, weitere 100.000 dürften aus der Kleinstadt nach den Großstädten innerhalb des Reiches verzogen sein, so daß auch hier eine genaue Statistik nicht möglich ist. Die Spitzenorganisation der Juden<sup>44</sup> beobachtet seit längerer Zeit mit großer Besorgnis diese Binnenwanderung, die eine große Erschwerung für die berufsmäßige \*Umschichtung ist.

*Verhalten der Juden nach dem Umsturz vom sozialen Standpunkt*

Die nationale Erhebung hat die sozialen Positionen des Judentums schwer getroffen, da selbst solche Maßnahmen der Regierung, deren Tendenz gar nicht gegen

---

<sup>43</sup> Der vorliegende, sehr umfangreiche reichsweite Lagebericht des Berliner Gestapa ist ähnlich konzipiert wie die beiden vorangegangenen Berichte des Gestapa und des SD und dient ebenfalls als Grundlage für die Überwachungstätigkeit. Der Berichtstatter ist zweifellos bestens über die Organisationen des Judentums in Deutschland und in der Welt informiert. Er stützt sich dabei nach eigenen Angaben vor allem auf die Auswertung grundlegender jüdischer Nachschlagewerke, wie „1. Führer durch die jüdischen Gemeinden und Organisationen, 2. das jüdische Jahrbuch und 3. das jüdische Adreßbuch von Groß Berlin [...], woselbst in diesen sehr dicken Büchern noch nicht einmal sämtliche Vereine verzeichnet sind. Beim Gestapa bestehen allein 456 verschiedene Aktenvorgänge über in Berlin bestehende Vereine und Institutionen.“ (Vgl. den letzten Absatz des vorliegenden Dokuments.) Die Herausgeber bringen hier nur die ersten vier Abschnitte, in denen die allgemeinen demographischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen seit der Kaiserzeit und die Auswirkungen seit der Machtergreifung dargestellt werden. Die hier nicht wiedergegebenen Teile behandeln: „Das Judentum und seine Organisationen. Richtungen und Organisationen im Weltmaßstabe“ und „Richtungen und Organisationen des Judentums in Deutschland“.

<sup>44</sup> Vgl. \*Reichsvertretung der deutschen Juden.



die Juden gerichtet sind, die Wirtschaftsstellung der Juden auf das Schwerste berührten. So z.B. die Organisationen des Nährstandes, die den zu 70% jüdischen Getreide- und Eierhandel stilllegten, da der Jude bekanntlich in allen diesen Zwischenhandelsberufen prominent vertreten war. Die gesetzlichen Maßnahmen der Regierung gegen die Juden haben diese gar nicht so schwer betroffen, als gerade die sich aus der anderen Gesetzgebung ergebende Verengung des wirtschaftlichen Lebensraumes. Die \*Auswanderungserscheinung war daher nicht bloß bei dem Akademikertum, sondern auch bei den übrigen jüdischen Mittelständen zu verzeichnen. Die Juden im Auslande bildeten für die Emigranten Hilfskomitees, die trotz vielfacher internationaler Konferenzen nie erfolgreich arbeiteten und fast alle bereits wieder liquidiert sind. Aus diesem Gesichtspunkte heraus kann z.B. von der Zahl der gesamt auswandernden [sic] Juden, die nicht nach \*Palästina gingen, ein weiteres Drittel als Durchgangswanderer nach Palästina bezeichnet werden.

Das von weitsichtigen Juden seit vielen Jahren stark diskutierte Problem der ungünstigen sozialen Schichtung der Juden in Deutschland wurde nach dem April 1933 bis heute deren Hauptthema. Man wollte die Juden, und zwar Erwachsene wie Jugendliche, zu Handwerkern und Landwirten umschichten. Es ergab sich jedoch, daß die finanziellen Aufwendungen und die persönlichen Eignungen des Einzelnen hier hinderlich wurden. Man kann daher feststellen, daß der Jude in Deutschland nach wie vor hauptsächlich im Handel sein Broterwerb sucht. Die übrigen Fragen der Umschichtung und Auswanderung werden bei den politischen Betrachtungen behandelt.

#### *Politisches Verhalten der Juden nach dem Umsturz*

##### *staatspolitisch:*

Der Jude hat in Deutschland weder offen noch versteckt versucht, die staatspolitischen Veränderungen zu beeinflussen. Man konnte allgemein feststellen, daß jeder Jude sich auf die Erhaltung seiner eigenen Existenz beschränkte und im übrigen, soweit er finanziell dazu im Stande war, sich auf die Unterstützung der Wohlfahrtseinrichtung<sup>45</sup> beschränkte.

Die führenden Instanzen des Judentums waren krampfhaft bemüht, ihre Glaubensgenossen so zu beeinflussen, daß jeder Rückschlag auf die inländischen Juden vermieden wurde. Das Judentum im Ausland wurde bestürmt, jeden Boykott oder sonstige Aktion einzustellen.<sup>46</sup> Demgegenüber erklärten die ausländischen Juden, daß es sich bei den Vorfällen in Deutschland um eine Frage des Gesamtjudentums handle. Die Juden im Ausland könnten auf die Juden in Deutschland keine Rücksicht nehmen. Das ausländische Judentum verteidige seine eigenen Positionen. Die Mächte des Auslandes müßten sehen, daß kein Land der Welt den Antisemitismus zum Staatsprinzip erheben dürfe, ohne selbst dabei Schaden zu erleiden. Der revisionistische Führer \*Jabotinsky hat in einer Rede erklärt, daß er den Boykottkampf gegen Deutschland selbst dann nicht abbrechen werde, wenn alle Juden in Deutschland darüber zu Grunde gingen.

##### *wirtschaftspolitisch und innerjüdisch:*

Die wirtschaftspolitische Tätigkeit der Juden in Deutschland blieb auf Wohlfahrts- und Umschichtungswesen beschränkt. Außerdem unterstützte man die

---

<sup>45</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

<sup>46</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

Auswanderungsbestrebungen solcher Juden, die aus wirtschaftlichen Gründen ins Ausland wollten. Die Auswanderer nach Palästina wurden hauptsächlich von den \*Zionisten mit ihren Institutionen gefördert. Die Auswanderung nach anderen Ländern unterstützte der „Hilfsverein der deutschen Juden“. Auf die Tätigkeit dieser Organisationen wird im Zusammenhang mit deren Behandlung eingegangen. [...]

<140>

**III.**  
**Anfänge der systematischen Monatsberichterstattung  
der Gestapo und der Regierungspräsidenten**  
Alltag der antijüdischen „Einzelaktionen“ und  
weiterer Ausbau des jüdischen Gemeinwesens  
(Juli 1934 – März 1935)

◀35▶

[Württembergisches Politisches Landespolizeiamt]  
Bericht für Juli

[Stuttgart], 10.8.1934

BArch, R 58/3968

*Juden und Freimaurer*

Die Lage der württembergischen Juden kann insofern als eindeutig bezeichnet werden, als die Juden einerseits und die deutsche Bevölkerung sich voneinander möglichst fernhalten. Zwischenfälle mit unliebsamen Weiterungen sind seltene Ausnahmen.

Ende Juni wurde ein Einbruch in die \*Synagoge in Schwäb[isch] Gmünd verübt, bei dem die Einrichtung des Hauses teilweise beschädigt wurde. Ende Juli mußte in Stuttgart ein Jude verhaftet werden, weil er in unverschämter Weise sich öffentlich über eine Parteidienststelle ausgelassen hatte.

Eine Planmäßigkeit von irgendeiner Seite lag den Vorfällen nicht zu Grunde.

Bei aller äußerlichen Zurückhaltung der Juden sind jedoch in Württemberg seit einiger Zeit Bestrebungen auf vielen Einzelgebieten zu beobachten, die im größeren Zusammenhang gesehen auf eine gesteigerte Aktivität schließen lassen. Es zeigen sich überall deutliche Versuche, die Möglichkeiten, die innerhalb der durch die \*Rassengesetzgebung und die politischen Verhältnisse gezogenen Grenzen geblieben sind, *stärker auszunützen*. In der Leitung des Ausschusses der \*Reichsvertretung der deutschen Juden, der Spitzenorganisationen sämtlicher jüdischer Verbände und Richtungen nimmt der frühere württembergische Ministerialrat Dr. Hirsch<sup>1</sup> eine führende Stellung ein. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die württembergischen Juden aus dieser günstigen Verbindung zur Zentralführung der deutschen Juden manchen Nutzen ziehen wollen.

Der Ausbau der *jüdischen Autonomie in kultureller Hinsicht* wird im Augenblick in Württemberg mit besonderem Eifer betrieben. In Herrlingen bei Ulm wird ein jüdisches *Landschulheim* unterhalten. Im Mai dieses Jahres wurde dort eine gesamtdeutsche jüdische Konferenz abgehalten, in der Reformbestrebungen des jüdischen Bildungsprogramms<sup>2</sup> durchberaten wurden. An dieser Tagung nahmen namhafte kulturelle Führer des deutschen Judentums teil, so u.a. Martin \*Buber, Professor Ernst \*Kantorowicz, Georg \*Lubinsky, Dr. Ernst \*Simon. Auf unmittelbare

---

<sup>1</sup> Vgl. \*Hirsch, Otto. Über seine Tätigkeit als geschäftsführender Vorsitzender und zentrale Persönlichkeit der Reichsvertretung seit September 1933 vgl. Kulka, Deutsches Judentum I; sowie Kulka, Reichsvereinigung.

<sup>2</sup> Vgl. \*Erwachsenenbildung und \*Schulwesen, jüdisches.

politische Fragen wurde nach den hier vorliegenden Nachrichten während der Tagung nicht eingegangen.<sup>3</sup>

Das *\*jüdische Lehrhaus* in Stuttgart, das im Jahre 1925 unter hervorragender Mitarbeit von Ministerialrat a.D. Dr. Otto Hirsch gegründet worden ist, hat in den letzten Wochen eine Anzahl von kulturellen Veranstaltungen, Vorträgen, Kunstausstellungen, Konzerten, usw. abgehalten und seine Wirkungsmöglichkeiten durch Einrichtung eines *Heimes des \*Jüdischen Lehrhauses* verbreitert.

Der mit Nachdruck betriebene Ausbau der jüdischen Organisation tritt weiterhin durch die Eröffnung eines „*Jüdischen Lehrlingsheimes*“ in Stuttgart in Erscheinung.

Nach einem Erlaß des Württ[embergischen] Kulturministeriums wird in Württemberg an den höheren Schulen israelitischer Religionsunterricht nicht mehr erteilt. Der Israelitischen Religionsgemeinschaft wird es überlassen, privat israelitischen Religionsunterricht einzurichten. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln werden jedoch dazu nicht geleistet. Die Juden haben diese Maßnahme durch den Entschluß beantwortet, eine *5klassige jüdische Schule* in Stuttgart zu errichten. Der Schuletat wird mit 10.000 Mark jährlich vorangeschlagen [sic]. Der Neubau eines Schulgebäudes soll vorgeschlagen sein.<sup>4</sup>

Die Bestrebungen des *\*Hechaluz* werden auch von den württembergischen Juden stark gefördert. So ist u.a. festgestellt worden, daß zionistische<sup>5</sup> *\*Auswanderungsanwärter* in bäuerlichen Landwirtschaftsbetrieben in Württemberg untergebracht worden sind. [...]

<191>

◀36▶

Stapostelle Regierungsbezirk Aachen  
Bericht für Juli

Aachen, 6.8.1934

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,1

[...]

*Juden und Freimaurer*

Besonders hervorgetreten sind die Juden in dem Berichtsmonat im hiesigen Bezirk außer im Kreise Schleiden nicht. Sie leben durchweg unter sich und betätigen sich vornehmlich in ihren Vereinen,<sup>6</sup> teilweise sehr rege in den jüdischen Sportorganisationen.<sup>7</sup> Im Kreise Schleiden spielt das Judentum schon rein zahlenmäßig eine besondere Rolle. Es gibt dort Orte mit einem jüdischen Bevölkerungsanteil bis zu 10%.<sup>8</sup> Nach dem Bericht des Landrats war insbesondere nach dem

<sup>3</sup> Ein ausführlicher Bericht über die Tagung in Herrlingen findet sich bei Simon, Aufbau im Untergang, S. 42-55; sowie Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 45.

<sup>4</sup> Vgl. *\*Schulwesen, jüdisches*.

<sup>5</sup> Vgl. *\*Zionismus*.

<sup>6</sup> Vgl. *\*Vereinsleben, jüdisches*.

<sup>7</sup> Vgl. *\*Sportvereine, jüdische*.

<sup>8</sup> Dieser für Deutschland im 20. Jahrhundert ungewöhnlich hohe Prozentsatz charakterisiert bestimmte ländliche Gegenden, in denen Juden ihre traditionellen Gewerbe, wie den *\*Viehhandel*, ausübten. Dort machten sie in manchen Fällen bis zur Hälfte der Dorfbevölkerung aus (vgl. <174>). Dagegen betrug der Anteil der Juden an der deutschen Gesamtbevölkerung 1933 0,76% und sank danach in Folge der *\*Auswanderung*. Vgl. dazu: Bennathan, Demographische und wirtschaftliche Struktur; Jeggle, Judendörfer.

30.6.34<sup>9</sup> wieder über ein frecheres Auftreten einzelner Juden zu klagen. Es besteht auch der dringende Verdacht, daß das Schleidener Judentum mit dem Auslande Verbindung unterhält. [...] [Der \*Zentralverband deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ist] wiederholt mit Beschwerden bei mir<sup>10</sup> vorstellig geworden, daß im Kreise Schleiden insbesondere von Seiten der PO die Bevölkerung entgegen gesetzlichen Anordnungen vom Einkauf bei Juden durch Druck abgehalten<sup>11</sup> und dort auch gegen das anständige Judentum gehetzt werde. Soweit durch die hiesige Stelle eine Ermittlung möglich war, haben sich Anhaltspunkte für gesetzwidrige Handlungen nicht ergeben.

Erwähnt habe ich bereits, daß im Kreise Schleiden für den \*Viehhandel noch keine \*arischen Absatzorganisationen bestehen. [...] <164>

◀37▶

**Gendarmerie Geiselbach  
Bericht für Juli**

Geiselbach, 26.7.1934

StA Wü, LRA Alzenau Alz 339

*Politik*

[...] Anfangs Juli wurde mir vertraulich mitgeteilt, daß etliche Tage vorher der jüdische Händler Louis *Strauss* (genannt Borg) von Schöllkrippen in der Ortschaft Oberwestern durch zwei \*SA-Männer von dort in seiner geschäftlichen Tätigkeit öffentlich behindert worden sei. Der Mann sei auf der Straße verfolgt und die Leute gewarnt worden, mit ihm Geschäfte zu machen.<sup>12</sup> Der Handelsmann sei dabei von den SA-Männern nach seinen Gewerbelegitimationspapieren gefragt worden und habe auch nicht gerade schöne Redensarten hinnehmen müssen.

Die Feststellungen in Oberwestern bestätigen die Richtigkeit dieser Mitteilung. [...] <224>

◀38▶

**Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für August**

Speyer, 8.9.1934

BayHStA, StK 106 693

*Juden und Freimaurer*

Die Abwanderung der Juden in das Ausland<sup>13</sup> hat nachgelassen. Das Auftreten in der Öffentlichkeit wird in letzter Zeit wieder sicherer. Man hört, daß sich die

<sup>9</sup> Vgl. \*Röhm-Revolve.

<sup>10</sup> Unterzeichnender des Gestapo-Lageberichtes ist Regierungsrat Dr. jur. Johannes Nockemann; vor 1933 Dezernt der Regierung Aachen, ab 10.5.1933 vorläufiger Leiter der Aachener \*Staatspolizeistelle und ab 1.3.1935 deren Leiter; vgl. Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat, S. 14f. Die ungewöhnliche Tatsache, daß sich hier der Centralverein direkt an die \*Gestapo wendet, und nicht wie üblich an die Polizei oder ein Gericht, läßt sich vielleicht mit der von Vollmer beobachteten „bemerkenswerten Objektivität“ Nockemanns sowie seiner amtlichen Stellung vor der Machtergreifung erklären. Vollmer bemerkt darüber hinaus seine realistische Einschätzung der Stimmung einer überwiegend nicht nationalsozialistisch eingestellten Bevölkerung.

<sup>11</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>12</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>13</sup> Vgl. \*Auswanderung.

wirtschaftliche Lage der jüdischen Geschäfte fast überall gebessert habe. \*Boycottmaßnahmen wurden nicht mehr bemerkt. <272>

◀39▶

**Regierungspräsident Schwaben und Neuburg  
Bericht für August<sup>14</sup>**

Augsburg, 6.9.1934

BArch, R 58/3628

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...] Am 19. August 1934 wurde bei der katholischen Stadtpfarrkirche in Donauwörth von zwei Jungmännern der Christkönigsgesellschaft vom Weißen Kreuz in Meitingen die anliegende Nr. 57/34 des Christkönigsboten verteilt. In der Fürbitteliteanei auf Seite 4 a.a.O. werden Gottes Barmherzigkeit empfohlen u.a. alle Juden, Freimaurer, Kommunisten, Anarchisten, Revolutionäre, Volksfremde und Andersrassigen. Hierwegen nahm ein erheblicher Teil der Bevölkerung an der Verteilung Ärgernis, so daß die Verteiler auf Veranlassung des Kreisleiters zu ihrem eigenen Schutz vorübergehend in Polizeihaft genommen werden mußten. Das Bezirksamt Donauwörth verbot ferner auf Grund des Art. 102 AG. StPO. bis auf weiteres die öffentliche Verteilung von Zeitschriften und Drucksachen der Christkönigsgesellschaft, insbesondere vor den Kircheneingängen.<sup>15</sup>

*Juden, Freimaurer<sup>16</sup>*

---

<278>

◀40▶

**Stapostelle Landesbezirk Berlin  
Bericht für September**

Berlin, 4.10. 1934<sup>17</sup>

GSa, I. HA Rep. 90P, Bd. 2,2

*Juden und Freimaurer*

*Juden*

Die \*Auswanderung von Juden nach \*Palästina dauert an. Im Berichtsmonat haben insgesamt 189 Personen die Ausreise angetreten. Ihre Abfahrt vollzog sich ohne Zwischenfälle.

Die Rückkehr von Emigranten<sup>18</sup> hat im Berichtsmonat weiter zugenommen. Auffallend war dabei die große Zahl von Rückwanderern polnischer Staatsangehörigkeit. Die Gründe für die Rückkehr sind nach wie vor die gleichen, nämlich die Unmöglichkeit, im Auslande den Lebensunterhalt zu verdienen und die Tatsache, daß, allen Greuelmeldungen zuwider, die Emigranten in Deutschland es besser haben als im Ausland.

<sup>14</sup> Dieser Lagebericht an den Reichsminister des Innern ist offensichtlich eine andere Version des „Monatsberichtes“ für August an das Bayrische Staatsministerium vom selben Datum.

<sup>15</sup> Vgl. Kirchen und NS-Judenpolitik; über die Christkönigsgesellschaft und den Christkönigsboten in diesem Zusammenhang siehe Witetschek, Kirchliche Lage, Bd. 3, S. 33.

<sup>16</sup> Das Berichterstattungsschema (vgl. Einleitung) verpflichtete die Berichterstatter zu dieser Zeit explizit, auch zum Punkt Juden zu berichten. Der Berichterstatter des vorliegenden Berichtes hatte dazu nichts zu melden.

<sup>17</sup> Dokument ohne Datum; Datum handschriftlich vermerkt.

<sup>18</sup> Vgl. \*Rückwanderung sowie \*Rückauswanderung.

Von jüdischen Organisationen wurden im September insgesamt 793 Versammlungen abgehalten, von denen 43 beobachtet wurden.<sup>19</sup> Zu Beanstandungen lag in keinem Falle Anlaß vor.

Der Verein „Freundesbund Einigkeit“, dessen Mitglieder zu 90% aus Juden bestanden und der eine illegale Fortsetzung der verbotenen Hamburger \*Freimaurer-Großloge darstellte, wurde am 6.9.1934 aufgelöst. Das Vermögen des Vereins wurde beschlagnahmt. <302>

◀41▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Kassel  
Bericht für September**

**Kassel, 5.10.1934**

**Klein, Hessen-Nassau, S. 167f.**

*Juden und Freimaurer*

[...] In den jüdischen Gottesdiensten anlässlich des jüdischen \*Neujahrstages ist überall auf das neue Selbstbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden hingewiesen worden. Das Gottesgericht, das über die Judenschaft gegangen sei, habe ihr Kraft und Lebenswürde zurückgegeben.

Das jüdische \*Vereinsleben ist rege. Bemerkenswerte Veränderungen haben nicht stattgefunden. Aus dem „\*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ sind die sogenannten „\*Altsoldaten“ und „Förderer“ ausgeschieden. Die Ortsgruppen der jüdischen Jugendvereinigung „\*Schwarzes Fähnlein“ nennen sich jetzt „Ortsgruppen der deutsch-jüdischen Jugend“<sup>20</sup>.

Der Erlaß des Stellvertreters des Führers über den Verkehr von Parteigenossen mit Juden und die Vertretung von Juden durch Parteigenossen<sup>21</sup> war dringend notwendig und hat in der nationalsozialistischen Bevölkerung Genugtuung hervorgerufen.

In den Landgemeinden ist die Propaganda gegen das Judentum wieder lebhafter geworden. In einigen Orten wurden wieder \*Schilder mit der Aufschrift „Juden sind hier unerwünscht“ und „Juden haben keinen Zutritt“ an Ortseingängen und Häusern aufgestellt.

In manchen Ortschaften ist der Haß gegen die Juden besonders gewachsen, weil ihr Auftreten infolgedessen auch die nötige Zurückhaltung vermissen ließ. Es sind infolgedessen auch Übergriffe vorgekommen.<sup>22</sup> [...] <312>

◀42▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Köln  
Bericht für September**

**Köln, 1.10.1934**

**GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,8**

*Juden und Freimaurer*

[...] Die jüdischen Geschäfte klagen stark über die Auswirkungen des \*Boykotts. Die kleinen Filialen der großen \*Kaufhäuser arbeiten fast durchweg unrentabel und werden nur von den großen Geschäften unterstützt und erhalten.

---

<sup>19</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>20</sup> Vgl. \*Bund deutsch-jüdischer Jugend.

<sup>21</sup> Vgl. Zeittafel, 16. August 1934.

<sup>22</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

Es besteht die Möglichkeit, daß die in den kleineren Städten befindlichen Filialen, vor allem vom Kaufhaus \*Tietz (jetzt Kaufhof A.G.) in absehbarer Zeit aufgegeben werden. In den kleinen Städten ist der Boykott *gegen* jüdische Geschäfte wirkungsvoller als in der Großstadt, weil es besser überprüfbar ist, wer in einem Judengeschäft seine Einkäufe tätigt. [...] <314>

◀43▶

Stapostelle Regierungsbezirk Minden  
Bericht für September

Bielefeld, 4.10.1934

BArch, R 58/3709

*Juden und Freimaurer*

Im öffentlichen und politischen Leben halten sich die Juden weiter zurück.

Der Zusammenschluß in ihren eigenen Reihen aber wird immer fester. Besonderer Wert wird auf die Erfassung der Jugend gelegt.<sup>23</sup> Durch Bildung kleinerer Gruppen in den jüdischen Vereinen versucht man, alle Altersstufen zu erfassen und in der jüdischen Weltanschauung zu schulen. Die Beobachtung wird dadurch erschwert.<sup>24</sup> Die Vereins- und Versammlungstätigkeit im „Jüdischen Jugendverein“,<sup>25</sup> im „Jüdischen Pfadfinderbund“ und im „\*Bund deutsch-jüdischer Jugend“ hat sich sehr rege entwickelt. Die Tätigkeit im „Werkkreis“<sup>26</sup>, in dem sich die Vorsitzenden der einzelnen Vereine und Gruppen und ihre Vertreter zu Arbeitsgemeinschaften zusammenfinden, verdient besondere Beachtung.

Der \*Staatsjugendtag wird von \*Rabbinern und Lehrern der jüdischen \*Gemeinde für die Jugendarbeit ausgenutzt. Sonnabends wird ein besonderer Gottesdienst für die Jugend abgehalten, anschließend erhalten die Schüler Religionsunterricht sowie Unterricht in der \*hebräischen Sprache und der jüdischen Geschichte. [...] <320>

◀44▶

Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin  
Bericht für Oktober

Berlin, 5.11.1934

GSaA, I. HA Rep. 90P, Bd. 2,2

*Allgemeines*

[...] In den ärmeren Schichten der Bevölkerung wird die Wiedereröffnung des \*Winterhilfswerks lebhaft begrüßt. [...] Es sollte aber verhindert werden, daß *Juden* zum Sammeln für das WHW offiziell herangezogen und ihnen zu diesem Zweck Ausweise ausgestellt werden, wie das in einem Fall festgestellt worden ist, oder bei *Juden* gesammelt wird. Es könnte hieraus der nationalsozialistischen Bewegung ungeheurer Schaden erwachsen. Die deutschen Volksgenossen können das nicht verstehen und sehen darin eine Abschwächung in der Trennung zwischen *Juden* und Deutschen. Sie erblicken mit Recht in dem WHW einen Ausdruck der von der NSDAP verkündeten Schicksalsgemeinschaft der *deutschen* Menschen, in der *Juden* nichts zu suchen haben. Den *Juden* aber könnte dies Anlaß sein, noch mehr als

---

<sup>23</sup> Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.

<sup>24</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>25</sup> Gemeint ist vermutlich der \*Jüdische Jugendbund.

<sup>26</sup> Gemeint sind vermutlich die \*Werkleute.



bisher ihre in der ersten Zeit nach der nationalsozialistischen Erhebung beobachtete Zurückhaltung aufzugeben und noch anmaßender den *deutschen* Volksgenossen gegenüberzutreten, als dies in letzter Zeit beobachtet worden ist.<sup>27</sup> [...]

*Juden und Freimaurer*  
*Juden*

Die \*Auswanderung von Juden nach \*Palästina hat im Berichtsmonat erheblich zugenommen. Während im September 1934 insgesamt 189 Personen auswanderten, ist im Oktober ihre Zahl bis zum 25. d. Mts. auf 330 gestiegen. Ihre Ausreise erfolgte in 3 Zügen von je 100, 150 und 80 Personen. Die Abfahrten, zu denen jedesmal mehrere hundert Rassegenossen erschienen waren, erfolgten ohne irgendwelche Zwischenfälle.

Die Rückkehr von Emigranten<sup>28</sup> hat im Berichtsmonat weiter zugenommen und zwar gegenüber dem Vormonat um etwa 20%. Insbesondere ist eine größere Anzahl nach Holland, Frankreich und Belgien geflüchteter Personen zurückgekehrt. Als Grund wird angegeben, daß eine Arbeitsmöglichkeit in den genannten Staaten nicht zu erlangen war. In den meisten Fällen handelt es sich bei diesen Emigranten um Personen, die ohne triftige Veranlassung aus Deutschland geflüchtet waren. [...]

*Tarnung jüdischer Firmen*

Eine sehr bedenkliche Erscheinung besonders in der Berliner Wirtschaft ist die Tarnung von jüdischen Geschäften und Firmen durch neuere oder ältere Parteigenossen.<sup>29</sup> Dies geschieht auf folgende Weise:

Der Firmeninhaber verwandelt die Einzelfirma oder die offene Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder G.m.b.H. Auf diese Weise tritt der jüdische Firmeninhaber vollkommen in den Hintergrund, hält das Kapital in der Hand und setzt mit dieser Macht einen \*arischen Direktor ein. Jener wendet sich an alle möglichen Staats-, Kommunal-, Partei- oder andere behördliche Stellen und versucht unter Berufung auf seine jüngere oder ältere Parteimitgliedschaft, Aufträge hereinzubekommen. In den meisten Fällen glückt es ihm sogar. Entstehen dann irgendwelche Schwierigkeiten, so wendet sich der arische Direktor unter Berufung auf die Tatsache, daß es sich um eine rein arische Firma handle (in wessen Händen das Aktienpaket sei, will er nicht wissen; nach seiner Information wechsle es an der Börse oder im Handel häufig den Besitzer) schutzsuchend an Parteidienststellen, die ihm dann auch meistens gutgläubig Hilfe gewähren.

Gerade in solchen Fällen haben sich die erschwerten \*Schutzhaftbestimmungen als hindernd ausgewirkt. In komplizierten Wirtschaftssachen ist es außerordentlich schwer, eine Rechtsgrundlage für die Inhaftierung der eigentlichen Drahtzieher, die sich stets gewandt im Hintergrunde halten, zu finden. [...]

*Bevorzugung jüdischer Angestellter*

Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß die \*nicht-arischen Geschäfte im wesentlichen auch nicht-arische Angestellte und Arbeiter einstellen. Nach Auskunft

---

<sup>27</sup> Trotz der mehrfach gestellten Forderung zum Ausschluß der Juden aus dem \*Winterhilfswerk des deutschen Volkes erfolgte derselbe erst nach der Verkündung der \*Nürnberger Gesetze, am 15.10.1935. Siehe auch \*Winterhilfe, jüdische und Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 55.

<sup>28</sup> Vgl. \*Rückwanderung.

<sup>29</sup> Vgl. \*Arisierung und jüdischer Kampf um wirtschaftliche Weiterexistenz.

des Gauleiters NSBO ist es sogar so weit gekommen, daß in 2 Fällen die arische Belegschaft 5% und die jüdische 95% betrug. Die jüdischen Wochenschriften (z.B. „\*Jüdische Rundschau“ usw.) weisen in aller Öffentlichkeit darauf hin, daß jüdische Angestellte bei Bewerbungen in jüdischen Geschäften besonders bevorzugt werden müßten.<sup>30</sup>

#### *Antiarische Reklame*

Erwähnenswert ist die von einigen jüdischen Geschäften betriebene Reklame, die in folgender Weise aufgezogen wird:

Rundschreiben tragen groß den Stern von Bethlehem<sup>31</sup> und darunter die Unterschrift „Jüdische Geschäfte“. Sie wenden sich zirkulärmäßig speziell an die jüdische Kundschaft mit der Aufforderung, nur in jüdischen Geschäften zu kaufen. <379>

◀45▶

### **Stapostelle Regierungsbezirk Kassel**

#### **Bericht für Oktober**

**Kassel, 5.11.1934**

**Klein, Hessen-Nassau, S. 182f.**

#### *Juden und Freimaurer*

Die Propaganda der Partei in der \*Judenfrage ist wieder lebhafter geworden. An zahlreichen Ortseingängen und Gasthäusern sind Aufschriften zu sehen: „Juden haben keinen Zutritt!“, „Juden sind hier unerwünscht!“ Auch sind wieder in größerem Umfang Fensterscheiben bei Juden eingeworfen worden.<sup>32</sup> Ich habe darüber jeweils mit Tagesmeldung Bericht erstattet. Gegen die an Ortseingängen aufgestellten Schilder ist die Staatspolizeistelle bisher stets eingeschritten, um der Auslandspropaganda kein Material zu liefern. Nur an Privathäusern wurden die Schilder, die den Juden den Zutritt untersagen, geduldet. Neuerdings sind Schilder an Dorfstraßen und Ortseingängen auf Veranlassung von Parteidienststellen in so großer Zahl aufgestellt worden, daß nunmehr unter Berücksichtigung der Verhältnisse in anderen Teilen des Reiches nicht mehr eingeschritten worden ist. Die Staatsautorität muß Schaden erleiden, wenn hier etwas verboten wird, was in Nachbarbezirken erlaubt und geduldet ist. Gelegentlich des Parteitages konnte beobachtet werden, daß es in Franken kein Dorf gibt, in dem nicht mehrere solcher Schilder als Dauereinrichtung aufgestellt worden sind. Dies ist durch die Parteitagssteilnehmer überall bekannt geworden. Eine klare und eindeutige Stellungnahme der zuständigen Zentralbehörden zu dieser Frage erscheint erforderlich.<sup>33</sup> [...]

Die unterschiedliche Behandlung der Judenfrage in verschiedenen Bezirken des Reiches, z.B. auch hinsichtlich des öffentlichen Auftretens der Jugendverbände,<sup>34</sup> ist den Juden wohl bekannt, und sie scheinen darin eine Schwäche des Staates zu erblicken. Weiter behaupten die Juden von Gastwirten, die Schilder „Juden haben keinen Zutritt“ am Lokal angebracht haben, zu wissen, daß die Gast-

<sup>30</sup> Zu der hier beschriebenen jüdischen Beschäftigungspolitik und dem Kampf der Juden in Deutschland um wirtschaftliche Weiterexistenz vgl. \*Boycott, antijüdischer.

<sup>31</sup> Gemeint ist offensichtlich der sechseckige jüdische Davidsstern und nicht der christliche Bethlehemstern.

<sup>32</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>33</sup> Vgl. \*Schilder, antijüdische.

<sup>34</sup> Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.

wirte die Schilder auf Veranlassung von Parteidienststellen gegen ihren Willen hätten anbringen müssen. [...] <398>

◀46▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Koblenz  
Bericht für Oktober**

**Koblenz, o.D. 1934**

**GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,7**

*Juden und Freimaurer*

Die Juden halten sich nach wie vor nach außen hin stark zurück. Die abgehaltenen internen Versammlungen<sup>35</sup> geben zu Beanstandungen keinen Anlaß.

Infolge der durch die Organe der nationalsozialistischen Bewegung betriebenen regen Aufklärungsarbeit hält sich die städtische Bevölkerung in weitgehendem Maße von jedem Verkehr mit dem Juden fern. Die Landbevölkerung dagegen zeigt für die \*Judenfrage weniger Verständnis und stehen [sic] mit den jüdischen Händlern nach wie vor in regem Geschäftsverkehr. Dies gilt teilweise selbst für Parteiangehörige. Vor allem wird der \*Viehhandel noch immer ausschlaggebend von dem Juden beherrscht. Eine fühlbare Konkurrenz von \*arischen Viehhändlern ist kaum festzustellen. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Getreidehandel. <399>

◀47▶

**Gendarmerie Bad Neustadt  
Bericht für Oktober**

**Bad Neustadt, 24.10.1934**

**StA Wü, LRA Bad Neustadt 21906**

[...] Der kath. Pfarrer, Geistlicher Rat Friedrich in Neustadt a. Saale, hat in seiner Predigt am Sonntag den 14.10.34 von der Lieblosig- und Uneinigkeit, vom Haß der Menschen und auch davon gesprochen, wie gegenwärtig gegen die Juden vorgegangen wird.<sup>36</sup> Er hat dabei ausgeführt, daß von der Jugend ein Lied gesungen wird, das den Satz „Wenn Judenblut am [sic] Messer spritzt“ enthält.<sup>37</sup> Geistlicher Rat Friedrich vertrat die Ansicht, daß auf diese Weise der Haß gegen die Juden in die Herzen der Jugend gepflanzt wird.

[...] Der Stadtrat Neustadt a. Saale hat auf Grund dieses Vorkommnisses den Geistlichen Rat Friedrich des Ehrenbürgerrechtes, das dem Genannten vom Stadtrat Neustadt a. Saale im Jahre 1929 verliehen wurde, für verlustig erklärt. [...] <431>

◀48▶

**Gestapa Berlin, II 1 B 2  
Bericht**

**Berlin, November 1934<sup>38</sup>**

**OA Mos, 501/1/18**

*Gegenwärtiger Stand der Judenfrage*

[...] Als Spitze der jüd. Verbände hat sich im Jahre 1933 die \*Reichsvertretung der Deutschen Juden gebildet, der mit unwesentlichen Ausnahmen die Organisati-

<sup>35</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>36</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>37</sup> Gemeint ist das „Lied vom Sturmsoldaten“, welches aus der sogenannten Kampfzeit der NSDAP vor der Machtergreifung stammt, und in \*SS-, \*SA- und \*HJ-Kreisen sehr populär war.

<sup>38</sup> In der zur Verfügung stehenden Kopie ist die Tagesangabe unleserlich.

onen aller Richtungen angehören. Im Kampf um die Vorherrschaft in der Reichsvertretung verschärften sich die Gegensätze zwischen den \*Zionisten und den \*Deutschjuden. Von Seiten der \*Staatspolizei wurden die Bestrebungen der Zionisten gefördert. Es gelang, die Reichsvertretung stark mit nicht marxistisch beeinflussten Zionisten zu durchsetzen, so daß diese jetzt entscheidenden Einfluß in der Reichsvertretung haben.

Das Bestreben der Staatspolizei ist dahin gerichtet, den Zionismus weitgehendst zu fördern und seine Auswanderungsbestrebungen zu unterstützen. Die Deutschen (\*Assimilanten) werden in ihrer Betätigung so viel wie möglich behindert, um sie zu veranlassen, in das Lager der Zionisten hinüberzuwechseln. So ist dem \*Zentralverein deutscher Juden mit Erlaß vom 1.6.1934 die Anmeldepflicht für Hausversammlungen seiner Mitglieder in Privaträumen auferlegt worden<sup>39</sup> und dem \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten mit Erlaß vom 25. Juni 1934 eine Umstellung seiner Ortsgruppen mit der Auflage aufgegeben worden, daß Nichtfrontkämpfer und solche Mitglieder, die nicht oder nur in der Vorkriegszeit Soldaten waren, aus seinen Reihen zu entlassen sind.<sup>40</sup> [...]

An die Stelle der unvorbereiteten und überstürzten Emigration des Jahres 1933 ist jetzt eine geregelte \*Auswanderung getreten, als deren Ziel nur \*Palästina in Frage kommt.<sup>41</sup> Abwanderungen nach anderen Ländern zählen kaum und kommen nur noch selten vor. Die Auswanderung nach Palästina wird durch die von der Mandatsregierung getroffenen einschränkenden Maßnahmen so stark gehemmt, daß der Abstrom der Juden nicht mehr in dem gewünschten Ausmaße stattfindet. [...]

Nachdem den Juden die Anordnung der Reichsregierung bekannt geworden ist, nach der die \*Ariergesetzgebung auf die Wirtschaft keine Anwendung finden soll, sind sie äußerst bemüht, ihre verlorengegangene Stellung in der Wirtschaft zurückzuerobern. In der von ihnen seit [jeher] beherrschten Textil- und Konfektionsbranche haben sie bei der gegenwärtigen guten Konjunktur erhebliche Gewinne zu verzeichnen.

Bedauerlich ist es, daß sogar Reichs- und Staatsstellen glauben, ohne Mitwirkung der Juden nicht auskommen zu können. [...]

Auch kommunale Körperschaften haben es leider unterlassen, jüdischen Organisationen gegenüber die gebotene Zurückhaltung zu üben. So hat die Stadt *Köln* bereits seit April 1934 den jüdischen \*Sportorganisationen städtische Turnhallen und Turnplätze zur Verfügung gestellt. Der Gemeindegemeinderat hat erst kürzlich an die westlichen Gemeinden eine Umfrage gerichtet, in welcher Weise und inwieweit gemeindliche Einrichtungen jüdischen Organisationen zur Verfügung gestellt werden können.

Weite Kreise der Bevölkerung stehen diesen Anordnungen staatlicher und gemeindlicher Körperschaften verständnislos gegenüber und werden bei Bekanntwerden derartiger Anordnungen in ihrem Glauben an die Idee des Nationalsozialismus irre gemacht. Das \*Geheime Staatspolizeiamt hat daher diese Fälle den maßgebenden Stellen des Reiches und der Bewegung zur Kenntnis gebracht und um Abstellung dieser Mängel gebeten.

---

<sup>39</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>40</sup> Vgl. \*Altsoldaten.

<sup>41</sup> Vgl. \*Alija.

Die recht rege gewordene Tätigkeit der jüdischen Jugendverbände<sup>42</sup> habe ich durch meine Arbeitsrichtlinie 5 vom 2.8.1934 soweit wie möglich zurückgedämmt. Meine Absicht, sie ganz auszuschalten, wurde durch die vom Reichssportführer gemachten Zugeständnisse der freien sportlichen Betätigung und Teilnahme an der \*Olympiade 1936 durchkreuzt. Die Juden machen von diesen Zugeständnissen weitgehenden Gebrauch. So beschicken sie den Olympia-Nachwuchs-Kursus in Leipzig mit jüd. Schwimmern und lassen die jüd. Mehrkämpferin Grete *Bergmann* aus Schwaben (Sportgruppe des RjF) für die Olympiade 1936 in London vorbereiten. [...]

Das offen zur Schau getragene Selbstbewußtsein und die zielbewußte Tätigkeit der Juden sind dazu angetan, Mißstimmung in der Bevölkerung hervorzurufen. In allen Teilen des Reichs äußert sich diese Mißstimmung in Ausschreitungen,<sup>43</sup> bei denen die Polizei in die unangenehme Lage versetzt ist, Juden und deren Eigentum gegen die empörte Bevölkerung in Schutz zu nehmen. [...]

Sämtliche jüdischen Organisationen sind unter Angabe ihrer Vorstandsmitglieder, ihrer Satzungen und ihres Vermögens im Geheimen Staatspolizeiamt erfaßt, sodaß ihre laufende \*Überwachung und Kontrolle gewährleistet ist. <447>

◀49▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Kassel  
Bericht für November**

**Kassel, 5.12.1934**

**Klein, Hessen-Nassau, S. 190f.**

SA, SS

Verschiedentlich wurde von nachgeordneten Behörden berichtet, daß infolge des Singens antisemitischer Kampflieder („Stellt die Juden, stellt die Bonzen an die Wand“ – „Wenns Judenblut vom Messer spritzt“...) durch Formationen der \*SA und \*SS Störungen des Wirtschaftslebens eingetreten oder zu befürchten seien, zumal, wenn diese Lieder demonstrativ vor gewissen Firmen gesungen würden. Besondere Klagen wurden darüber laut aus Hanau, wo es der Industrie darauf ankommt, möglichst viel ausländische Aufträge hereinzubekommen.<sup>44</sup> Ich habe mich mit den zuständigen Dienststellen deswegen in Verbindung gesetzt, die ihrerseits das Notwendige veranlaßt haben. Die SA-Gruppe Hessen hat inzwischen das Singen einiger Lieder bzw. Strophen grundsätzlich verboten. [...] <462>

◀50▶

**Polizeidirektion München  
Bericht für November**

**München, 6.12.1934**

**BayHStA, StK 106 697**

*Allgemeine Übersicht über die innenpolitische Entwicklung*

[...]

*Judenbewegung*

[...] In letzter Zeit häufen sich die Berichte über erhöhte *Sammeltätigkeit* innerhalb der einzelnen jüdischen \*Gemeinden.<sup>45</sup> Dies ist auf ein Rundschreiben der im

<sup>42</sup> Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.

<sup>43</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>44</sup> Zu den Anweisungen \*Schachts, die Juden nicht gewaltsam aus der Wirtschaft auszuschalten, vgl. Genschel, S. 105ff.

<sup>45</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

Auftrage des „Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau“ arbeitenden „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ zurückzuführen, das an die Landes- und Provinzialverbände für jüdische Wohlfahrtspflege an die öffentliche Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege und an die jüdischen Gemeinden herausgegeben wurde.

Die Sammlungen sollen, vermutlich um den gesetzlichen Schwierigkeiten zu entgehen, durch Ausgabe von Beitragsmarken durchgeführt werden. Die Vorgänge werden zur Zeit von der Bayerischen Politischen Polizei geprüft. <464>

◀51▶

**Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für November**

Speyer, 8.12.1934

BayHStA, StK 106 693

*Juden, Freimaurer*

Die Polizeidirektion Ludwigshafen a/Rhein berichtet, daß in letzter Zeit viele Juden wegen unsozialen Verhaltens angezeigt worden seien. Die Anzeigen haben sich zum größten Teil als haltlos erwiesen. Die Beweggründe der Anzeiger waren nicht immer zu billigen. In einem Falle hat sich herausgestellt, daß ein christlicher Kaufmann nur deshalb fortgesetzt gegen einen jüdischen Kaufmann hetzte, weil er dessen Geschäft in seinen Besitz bringen wollte.<sup>46</sup>

Die jüdischen Pfadfinder<sup>47</sup> in Ludwigshafen a/Rhein wurden wieder zur Betätigung zugelassen. Sie veranstalteten bisher einen Elternabend, bei dem im allgemeinen über die Ziele der jüdischen Pfadfinder und über Schulfragen<sup>48</sup> gesprochen wurde.

Die Ortsgruppe Speyer der jüdischen Jugendorganisation<sup>49</sup> hielt mit Erlaubnis des Staatspolizeiamtes<sup>50</sup> einen Vortragsabend ab. Die Veranstaltung fand, da ein anderes Lokal nicht zur Verfügung gestellt wurde, im katholischen Vereinshaus statt. <477>

◀52▶

**Innenminister Braunschweig  
Bericht**

Braunschweig, 14.12.1934

BArch, R 1501/127079/39

[...] Am 7. November ds. Js. behandelte der Gauleiter Julius \*Streicher, Nürnberg, in der Stadt Braunschweig in 3 Massenversammlungen unter großem Beifall der Teilnehmer die \*Judenfrage. Durch die Ausführungen des Gauleiters Streicher ist die in weiten Kreisen der hiesigen Bevölkerung an und für sich vorhandene judengegnerische Stimmung erheblich gestiegen. [...] Die judengegnerische Stimmung der Bevölkerung richtete sich besonders stark gegen das hiesige jüdische

<sup>46</sup> Zu Denunziationen von Juden durch die deutsche Bevölkerung im Dritten Reich vgl. Gellately, *The Gestapo and German Society. Political Denunciation.*

<sup>47</sup> Vgl. \*Jüdischer Pfadfinderbund.

<sup>48</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>49</sup> Möglicherweise ist hier der \*Bund deutsch-jüdischer Jugend gemeint.

<sup>50</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

\*Warenhaus Adolf Frank,<sup>51</sup> Schuhstraße, das bei [der] Dekorierung der Schaufenster christliche Symbole für seine Weihnachtsauslagen verwandte [sic]. Hier, im Brennpunkt des gesamten braunschweigischen Geschäftsverkehrs, sammelte sich immer wieder empörtes Publikum an. Die judengegnerische Stimmung wurde noch dadurch vergrößert, daß selbst Nationalsozialisten in Uniform und auch andere Uniformträger mit Hoheitsabzeichen das Geschäft zu Einkäufen aufsuchten. [...]

Es ist selbstverständlich, daß die Anordnungen der Reichsregierung von den Behörden in Braunschweig durchgeführt werden. Es kann aber nicht im Willen der Reichsregierung liegen, daß die Durchführung in einer Form geschieht, bei der ein uniformiertes Polizeiaufgebot mit Gewalt gegen eine erzürnte deutsche Volksmenge vorgeht, die sich hinsichtlich ihrer Stellungnahme auf die Grundsätze der NSDAP berufen kann.<sup>52</sup> [...]

Zu dem Zwecke ist alles Erforderliche von hier aus geschehen, insbesondere hat die Polizei ihre heikle Aufgabe mit Nachdruck, aber auch mit dem gebotenen Verständnis für die schwierige Lage gelöst, mit dem Erfolge, daß ohne Gewaltanwendung und ohne unangenehmes Aufsehen die Stimmung in ganz kurzer Zeit beruhigt werden konnte, ohne den Glauben des Volkes an den nationalsozialistischen Staat zu erschüttern.<sup>53</sup> [...]

<469>

◀53▶

**Bezirksamt Alzenau i. Ufr.  
Bericht für November**

**Alzenau, 27.11.1934**

**StA Wü, LRA Alzenau Alz 339**

Während die politische Lage im Amtsbezirk im Berichtsabschnitt im allgemeinen ohne Störung blieb, kam es Ende Oktober in Schöllkrippen zwischen Juden und \*SA Leuten zu ernstlicheren Mißhelligkeiten. In der Nacht vom 28. auf 29.10.34 wurde in die \*Synagoge von Schöllkrippen eingebrochen. Die Täter entwendeten dort mehrere \*Thora-Rollen im Wert von über 1.500 RM und drei silberne Schriftdeuter. Die Gegenstände wurden anderen Tages im benachbarten Bachbett und auf der anstoßenden Wiese, zerstreut und größtenteils unbrauchbar, wieder aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen 2 SA-Leute aus Schöllkrippen, die am 30.10.34 von der dortigen Gendarmerie weg[en] Verdunkelungsgefahr festgenommen und am 31.10.34 in das Amtsgerichtsgefängnis Alzenau eingeliefert

---

<sup>51</sup> In derselben Akte befindet sich ein ausführlicher Briefwechsel zwischen verschiedenen Stellen über die Beschwerde arischer Arbeiter, die in einem jüdischen Warenhaus beschäftigt sind und sich gegen den antijüdischen \*Boycott wehren und um ihre Arbeitsplätze bangen; ebenso wird auch auf eine Beschwerde des Warenhausinhabers Adolf Frank selbst Bezug genommen. Diese Dokumente werden in der CD-ROM-Gesamtausgabe nicht abgedruckt.

<sup>52</sup> Zum ständigen Dilemma der Polizei und anderer Staatsstellen, welche – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – im allgemeinen mit den antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes einverstanden waren, gleichzeitig aber die Ordnung aufrecht zu erhalten hatten, vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>53</sup> In einem Brief des braunschweigischen Innenministers vom 19.12.1934 an den Reichs- und Preußischen Ministern des Innern heißt es abschließend: „Die Angelegenheit [im Zusammenhang mit dem jüdischen Warenhaus Adolf Frank] ist jetzt erledigt. Gegen jeden Versuch, das Weihnachtsgeschäft der jüdischen Geschäfte zu stören, wird mit allem Nachdruck eingeschritten.“

wurden.<sup>54</sup> Ihre Entlassung erfolgte noch am gleichen Tage nach richterlicher Vernehmung. Ob sie wirklich die Täter sind, dürfte erst das Fingerabdruckverfahren zweifelsfrei ergeben.

Das pflichtgemäße Einschreiten der Gendarmerie wurde bedauerlicherweise von dem SA Sturmführer [N.N.] (Schöllkrippen) zu einer Hetze gegen die Gendarmerie benutzt; diese wurde der Judenfreundschaft<sup>55</sup> bezichtigt und bei einer Tanzmusik in Sommerkahl von dem betrunkenen [N.N.] überdies noch öffentlich verhöhnt, indem er eine „Extratour für die zwei Schwerverbrecher“ einlegen ließ. [...]

Nicht unerwähnt kann bleiben, daß in sehr beachtlichen SA Kreisen davon gesprochen wird, man müsse nach der \*Saarabstimmung gegen die Juden allgemein aufs schärfste vorgehen. In diesem Zusammenhang wurden ziemlich unverhüllte Drohungen mit Umbringen gebracht. Diese Äußerungen sind m.E. nicht ganz leicht zu nehmen, da unbedachte Handlungen auf diesem Gebiet die schwersten wirtschafts- und außenpolitischen Folgen nach sich ziehen könnten. <484>

◀54▶

**Polizeipräsident Berlin**  
**Bericht für November und Dezember 1934**

**Berlin, 18.1.1935**

**BArch, R 58/3657**

[...]

*Juden, Emigranten und Freimaurer*  
*Juden*

[...] Die Ziffer der Judenversammlungen, die im Oktober 1.128 betrug, ist im November auf 1.185 und im Dezember sogar auf 1.972 angestiegen. Man kann geradezu von einer Versammlungswelle s[prechen].<sup>56</sup>

Neugründungen jüdischer Vereine sind nicht erfolgt. Dagegen hat sich der jüdische Jugendbund „\*Schwarzes Fähnlein“ auf Anregung des \*Reichsjugendführers selbst aufgelöst. Er war [sic] im Jahre 1932 gegründet, nach dem Muster der Hitlerjugend aufgezogen und in Gauen über ganz Deutschland verbreitet. Das „Schwarze Fähnlein“ wollte eine unpolitische Jugendorganisation sein und die Mitglieder im Sinne der deutschen Jugendbewegung erziehen.

Das seit einiger Zeit schon beobachtete herausfordernde Verhalten der Juden wird immer deutlicher erkennbar. In Wort und Tat bringen sie ihre staatsgegnerische Haltung offen oder versteckt zum Ausdruck. Es sind mehrfach Klagen darüber laut geworden, daß sie sich deutschen Mädchen gegenüber hemmungslos aufgedrängt hätten,<sup>57</sup> und daß sie nationalsozialistische Einrichtungen und Führer in der gehässigsten Weise kritisiert und sogar verunglimpft hätten. Außerdem mehrten sich auch die Fälle, in denen jüdische Hausbesitzer oder -verwalter gegenüber den Mietern in rücksichtsloser Weise vorgehen.

[...] Es darf als sicher angesehen werden, daß größte Kreise der Bevölkerung gegenüber diesem herausforderndem Verhalten der Juden die Zurückhaltung der maßgebenden Stellen nicht verstehen.

---

<sup>54</sup> Vgl. \*Einzelaktionen; vgl. dazu auch den Bericht des Regierungspräsidenten Unterfranken vom 6.12.1934, <479>.

<sup>55</sup> Vgl. \*Judenknecht.

<sup>56</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>57</sup> Vgl. \*Rassenschande.



Einer einheitlichen Regelung bedarf auch die Frage des Zeigens von Hakenkreuzfahnen durch Juden und jüdische Geschäfte. Es ist vorgekommen, daß jüdische Geschäfte nicht nur an nationalen Feiertagen, sondern auch aus rein geschäftlichen Gründen die Hakenkreuzfahne gezeigt haben und dadurch die Empörung der Bevölkerung hervorgerufen haben. Es kam zu Ansammlungen vor den betreffenden Geschäften und erheblichen Störungen, die gewöhnlich so lange andauerten, bis die Fahne entweder gewaltsam oder vom Inhaber freiwillig entfernt wurde.<sup>58</sup>

#### *Emigranten*

Die Rückkehr von Emigranten nach Deutschland hält unvermindert an. Die meisten \*Rückwanderer kommen aus \*Palästina, Frankreich, Holland und der Schweiz. Wie sehr sich das Ausland gegen die Emigranten sperrt, ergibt sich aus dem Umstand, daß selbst solche Personen zurückkehren, die von Steuerbehörden oder Gerichten gesucht werden. Meistens waren die Auswanderer völlig mittellos und nicht einmal in der Lage, die Kosten der Rückkehr selbst aufzubringen.<sup>59</sup> Bemerkenswert ist, daß neuerdings auch eine Rückkehr aus Rußland spürbar wird. Dabei handelt es sich insbesondere um gelernte Arbeiter, die zum Teil schon vor einigen Jahren von der russischen Handelsvertretung für Dienste in Rußland geworben wurden, die sich aber dort nicht mehr halten können, da nach ihrer Darstellung das Bestreben der russischen Behörden dahin geht, alle ausländischen Arbeiter aus Fabriken, die mit der Kriegsrüstung in Zusammenhang stehen, zu entfernen.

<495>

◀55▶

#### **Polizeipräsident Dresden Bericht für 29.11.-5.12.1934**

**Dresden, 6.12.1934**

**StA Nü, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth 429**

#### *Juden*

1.) Der Jüdische „Turn- und \*Sportverein \*Bar-Kochba Dresden“ im deutschen \*Makkabikreis hielt am 2.12.1934 in den Trianonsälen, Trabantengasse, ein Makkabifest ab, das von etwa 1.000 Personen besucht war und ohne Zwischenfall verlief. Zu Beanstandungen lag ein Anlaß nicht vor. Im übrigen darf auf den bereits überreichten ausführlichen Bericht Bezug genommen werden.

2.) Auf vertrauliche Weise konnte ein Stück der „Volks-Telegraphen-Agentur“ Nr. 272, 2. Jahrgang vom 30.11.1934 erlangt werden. Es handelt sich hierbei um eine hektographisch vervielfältigte Maschinenschrift, die in Prag XII erscheint und sich ausschließlich mit jüdischen Belangen befaßt. Dort heißt es u.a. wie folgt: [...]<sup>60</sup>

d) *Die Nazis erwarten, daß die Regierungen den Boykott<sup>61</sup> eindämmen.* Berlin, 29. November (Z.T.A.) Die nationalsozialistische Presse bezeichnet die Londoner Unparteiische Boykott-Konferenz als „Jüdische Arbeit“, äußert aber doch die Besorgnis über die möglichen Auswirkungen der Londoner Beschlüsse. In offenbar inspi-

---

<sup>58</sup> Vgl. \*Flaggengesetzgebung.

<sup>59</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>60</sup> Es folgen ausführliche Auszüge aus dem Bulletin, die über jüdische antifaschistische Tätigkeit in verschiedenen Ländern Europas berichten, u.a. über eine internationale Konferenz in London zur Koordination der Boykottbewegung gegen das Dritte Reich. Diese werden hier nicht abgedruckt.

<sup>61</sup> Vgl. \*Boykottbewegungen gegen das Dritte Reich.

rierten Ausführungen machen mehrere Berliner und Provinz-Zeitungen die folgende Feststellung: „Letzten Endes läuft die jüdische Boykotttsetze auf eine Schädigung der Staaten hinaus, die diesem Boykott-Treiben untätig zusehen. In dem gleichen Maße, wie Deutschland auf dem Auslandsmarkt als Verkäufer seiner Waren ausfällt, kommt es natürlich auch als Käufer nicht in Frage. Bei der allgemeinen Wirtschaftskrise wird es sich aber kaum ein Land leisten können, auf die Kundschaft eines 60-Millionenvolkes ohne weiteres zu verzichten. Die gesunde Einsicht in die tatsächlichen Zusammenhänge und wirtschaftlichen Notwendigkeiten dürfte daher allmählich vollends die Oberhand gewinnen.“ [...]

*Statistik*

Über die in der Berichtszeit bei der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Dresden erstatteten Anzeigen und die sonst zur Bearbeitung gelangten Fälle von Vergehen Parteiangehöriger:

Gerüchte: Mißhandlungen in Hohenstein. Ein Jude habe ein Brötchen essen müssen, das mit Schuhcreme, Zahnpasta u. Rizinusöl geschmiert gewesen sei. Ein älterer Mann sei, nachdem ihm die Haare krantzförmig geschoren worden seien, über die Bretter gejagt worden. <497>

◀56▶

**Polizeipräsident Dresden**  
**Bericht für 6.-12.12.1934**

**Dresden, 13.12.1934**

**StA Nü, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth 429**

*Juden*

Während der Berichtswoche war die jüdische Vereinstätigkeit besonders lebhaft.<sup>62</sup> Folgende Veranstaltungen haben stattgefunden:

a) Am 4.12.1934 veranstaltete der Israelitische Kinderhort Dresden anlässlich der \*Chanukkah-Feier in den Räumen der Fraternitasloge<sup>63</sup> eine Kinderaufführung, an der sich etwa 60 Kinder und 100 Erwachsene beteiligten.

b) Am 5.12.1934 veranstaltete die jüdische \*Künstlerhilfe Dresden ihren 5. Kunstabend zu Gunsten abgebauter jüdischer Künstler im großen Saale der Kaufmannschaft, an der sich 450 Personen beteiligten. Die Leitung hatte Dr. *Saalheimer*. Der Schauspieler *Otto Bernstein*, am 13.11.1887 in Posen geboren, in Dresden, Friedrich-August-Platz 9 wohnhaft, las aus der dramatischen Dichtung „Jeremias“ vor.

c) Am 6.12.1934 hielt der \*Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. im Harmoniesaal, Landhausstr. 11, mit ca. 300 Personen unter der Leitung seines Vorsitzenden *Rudolf Apt*, in Dresden, Gabelsbergerstr. 22 wohnhaft, eine Mitgliederversammlung ab. Ein Dr. *Alfred Hirschberg* aus Berlin sprach über das Thema „Idee und Arbeit im deutschen Judentum“.

d) Am 8.12.1934 hielt der Schwesternbund der Fraternitasloge<sup>64</sup> zu Dresden in den Logenräumen Moritzstraße 1 b mit etwa 130 Personen beiderlei Geschlechts im Rahmen der Chanukkah-Feier einen Gesellschaftsabend ab. Bei dieser Gelegenheit hielt der \*Rabbiner Dr. *Wolf* eine kurze religiöse Ansprache.

<sup>62</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>63</sup> Vgl. \*Bne Brith.

<sup>64</sup> Vgl. \*Schwesternverband der \*Bne Brith-Logen.

e) Am 9.12.1934 sprach anlässlich eines Vortragsabends der Zionistischen Ortsgruppe<sup>65</sup> Dresden im Harmoniesaal, Landhausstr. 11 ein Dr. Michael *Traub*, in Berlin, Meinekestr. 10 wohnhaft,<sup>66</sup> vor ca. 300 Personen über das Thema „Asyl oder nationale Heimstätte“. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bekannt, daß der bisherige Vorsitzende der Zionistischen Ortsgruppe in Dresden, der Ingenieur Joseph *Tschernoff*, in Dresden, Beilstr. 23 wohnhaft, nunmehr in wenigen Tagen nach \*Palästina verzieht. Seine Geschäfte als Vorsitzender [über]nimmt bis etwa zum Frühjahr 1935, zu welchem Zeitpunkt vermutlich ein neuer Vorsitzender eingesetzt wird, hilfsweise der Kaufmann Hermann \**Schocken* in Dresden, Paradiesstr. 4 wohnhaft.

Bei allen diesen Veranstaltungen lag ein Anlaß zu Beanstandungen nicht vor.  
<498>

◀57▶

**Polizeipräsident Dresden**  
**Bericht für 13.-19.12.1934**

Dresden, 20.12.1934

StA Nü, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth 429

*Juden*

1.) In dem Bestreben, in konzentrierter Form Mitgliedern der israelitischen Religionsgemeinde<sup>67</sup> durch Sach- und Geldspenden Wohltaten zu erweisen, hat sich 1931 eine „*Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Frauenorganisationen Dresdens*“ gegründet. Diese Organisation besteht unter der Leitung der Kaufmannsehefrau Elli Lesser geb. Brühl, am 10.5.1890 in Berlin geboren, in Dresden, Hübnerstr. 18 wohnhaft, heute noch. Ihr gehören folgende Organisationen an:

- a) Der Israel. Frauen-Verein e.V. (gegr. 1791),<sup>68</sup>
- b) der Frauenverein \*Agudas Noschim e.V. (gegr. 1916),
- c) der Frauenverein \*Achduth (gegr. 1926),
- d) der \*Schwesternbund der Fraternitasloge (gegr. 1902),
- e) Verein jüdischer Frauen f. Palästinaarbeit (gegr. 1925),<sup>69</sup>
- f) die Frauenarbeitsgemeinschaft des \*Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (gegr. 1926).

2.) Im Oktober 1934 hat sich unter der Leitung des \*orthodoxen Juden und Kantors Nachmann *Moses Daches*, am 11.3.98 in Brody in Polen geboren, in Dresden, Johann-Georgen-Allee 15 wohnhaft, polnischer Staatsangehöriger, der „Jüdische Männerchor“ gegründet. Ihm gehören 14 Personen an, die sich die Aufgabe gestellt haben, zum Zwecke der Mitwirkung bei jüdischen Feiern pp. den Gesang zu pflegen. Die Übungsstunden finden vorläufig Sonnabends und Sonntags jeder Woche von 18 bis 20 Uhr Kaulbachstr. 6, I. statt. In dem Männerchor wirken außerdem noch etwa 15 Knaben mit.  
<500>

---

<sup>65</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

<sup>66</sup> Meinekestr. 10 in Berlin war Sitz der Landesleitung der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

<sup>67</sup> Vgl. \*Synagogengemeinde.

<sup>68</sup> Vgl. \*Israelitischer Frauenverein.

<sup>69</sup> Vgl. \*Jüdischer Frauenbund (-verein) für Palästinaarbeit.

◀58▶

Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf  
Tagesbericht

Düsseldorf, 3.12.1934

HStA Dü, Reg. Düsseldorf 30655 b

*Besonderes*

[...] 2.) In M. Gladbach wurde in der Nacht zum 1.12.34 ein Bürgersteig mit roter Farbe wie folgt beschriftet: „Staatsbeamter Meyer kauft bei Juden!“ Die Täter sind unbekannt. Nachforschungen sind eingeleitet.

3.) Die Sportgruppe des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten in M. Gladbach feierte am 2.12.34 im Saale Oberstadt ihr einjähriges Bestehen. Der Nachmittag war ausgefüllt mit Vorführungen durch die Jugend, musikalischen Darbietungen usw. Die Feier endete mit einer Tanzlustbarkeit. Anwesend waren etwa 500 Personen, darunter Gäste aus Düsseldorf, Köln und Krefeld. Die Versammlung wurde überwacht.<sup>70</sup> Beanstandungen waren nicht zu erheben. <502>

◀59▶

Stapostelle Regierungsbezirk Hannover  
Bericht für Dezember 1934

Hannover, 7.1.1935

Mlynek, S. 289

*Juden*

Im Monat Dezember sind zahlreiche Ausschreitungen<sup>71</sup> gegen jüdische Geschäftsinhaber und \*Warenhäuser zu verzeichnen. So wurde am 23.12.34 in der Stadt Hannover in mehreren Warenhäusern und jüdischen Geschäften von bisher unbekanntem Tätern Tränengasbomben zur Vergasung gebracht.<sup>72</sup>

Auf dem Lande wurden einem jüdischen Schlachter<sup>73</sup> zum zweiten Male die Schaufensterscheiben seines Ladens eingeworfen. Der ermittelte Täter gab zu, schon früher die Fensterscheiben bei weiteren jüdischen Geschäftsleuten und auch in der \*Synagoge eingeworfen zu haben. In der Nacht vom 21. zum 22.12.34 wurden die Auslagen jüdischer Geschäfte in Osterode a.H. durch eingebohrte Öffnungen in den Schaufenstern mit Karbolineum und Schwefelsäure bespritzt.

Von verschiedenen Seiten ist außerdem über die \*Boykottierung jüdischer Geschäfte berichtet worden; man versuchte, durch Postierung vor den Geschäften die Bevölkerung von dem Kauf abzuhalten. <503>

---

<sup>70</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>71</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>72</sup> Mlynek bemerkt, daß hierzu ein Sonderbericht der Gestapo Hannover vom 24.12.1934 und ein Lagebericht des Oberbürgermeisters von Hannover vom 25.1.1935 existieren (Vgl. S. 289, Anm. 7 ebda.). Diese liegen den Herausgebern nicht vor.

<sup>73</sup> Vgl. \*Schächten.

Stapostelle Regierungsbezirk Kassel  
 Bericht für Dezember 1934

Kassel, 5.1.1935

Klein, Hessen-Nassau, S. 204f., 210f.

*Staat und Bewegung*

*Allgemeines*

[...] Ernstliche Reibungen zwischen staatlichen und Partei-Dienststellen sind im Laufe der Berichtszeit nicht bekannt geworden.

Gegen den Kreisbauernführer in Hünfeld wurde ein Strafverfahren wegen unbefugten Einschreitens und Erpressungsversuchs gegenüber einem Juden eingeleitet (vgl. Tagesbericht vom 8.12.34–Ziffer II/1).<sup>74</sup> [...]

*Juden und Freimaurer*

Das jüdische \*Vereinsleben ist unvermindert lebhaft.

Geschäftlich versucht der Jude seine frühere Stellung mehr und mehr zurückzugewinnen. Im \*Viehhandel spielt er immer noch eine führende Rolle. Andererseits gibt es in den kleinen Städten und auf dem Lande eine immer mehr zunehmende Zahl von Juden, die der Armenpflege zur Last fallen.<sup>75</sup>

In der Berichtszeit kam es verschiedentlich zu Kundgebungen gegen Juden, wobei mehrfach Fensterscheiben in \*Synagogen, Geschäften und Wohnungen eingeworfen wurden.<sup>76</sup>

In der \*Judenfrage macht sich in letzter Zeit wieder stärker der Unterschied zwischen der staatlichen und parteipolitischen Behandlung des Antisemitismus bemerkbar. Obwohl die Staatspolizeistelle ihren Standpunkt zur Frage der Aufstellung von Tafeln mit antisemitischen Aufschriften klar zum Ausdruck gebracht hat (vgl. Lagebericht vom 5.12.34-III/F-),<sup>77</sup> wird von den Parteidienststellen das Aufstellen derartiger \*Schilder auf öffentlichen Straßen und Plätzen nach wie vor eifrig betrieben. Dabei werden diejenigen Gemeinden und Landkreise, in denen derartige Schilder häufiger zu finden sind, als nachahmenswerte Beispiele hingestellt. Den Behörden, die, höherer Weisung entsprechend, gegen eine solche Handhabung des Antisemitismus auftreten, wird dann vielfach Judenfreundlichkeit und nichtnationalsozialistische Gesinnung vorgeworfen. Die Staatspolizeistelle hat alle nachgeordneten Behörden nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Durchführung über die Judenschilder genau durchzuführen ist; gegebenenfalls muß die Durchführung mit Zwangsmitteln und Disziplinarmaßnahmen erzwungen werden. Den Landräten und Ortspolizeiverwaltern ist ihre Aufgabe erleichtert, indem sie sich auf Anordnungen der Staatspolizeistelle berufen können. Trotzdem aber müssen sie als unterste Exponenten der Staatsgewalt aus solchen Anlässen manchen unbegründeten Vorwurf und Angriff über sich ergehen lassen.

Auch die Durchführung der wiederholten scharfen Erlasse des Reichswirtschaftsministeriums<sup>78</sup> betr. \*Boycott jüdischer Geschäfte stößt immer wieder auf Schwierigkeiten. Die Ortspolizeibehörden greifen vielfach aus Angst vor der Partei

<sup>74</sup> Liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>75</sup> Vgl. Elkin, Continuity in Social Work.

<sup>76</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>77</sup> Vgl. ▶49▶.

<sup>78</sup> Vgl. Zeittafel, 26. Dezember 1934.

gegen Übergriffe, wie sie besonders vor Weihnachten vorgekommen sind, nicht genügend durch. <504>

◀61▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Lüneburg  
Tagesbericht**

**Harburg-Wilhelmsburg, 20.12.1934**

**BArch, R 58/757**

In letzter Nacht wurden von unbekanntem Tätern die Fenster der \*Synagoge in Harburg-Wilhelmsburg eingeworfen.<sup>79</sup> Von jüdischer Seite wurde nunmehr das Ansehen gestellt, in hiesiger Stadt die Zeitschrift „Der \*Stürmer“ aus den Schaukästen usw. entfernen zu lassen, da angeblich ein Artikel im Stürmer „Juden schänden dreijährige Kinder“ Anlaß zum Fenstereinwurf gewesen sein soll. Das erwähnte Verlangen jüdischer Kreise, dem nicht entsprochen worden ist, beweist aber, daß die Juden allmählich beginnen, wieder bewußter aufzutreten.

Zu Störungen ist es nicht gekommen. Die Bevölkerung hat von dem Einwurf der Fenster so gut wie keine Notiz genommen. <506>

◀62▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Lüneburg  
Tagesbericht**

**Harburg-Wilhelmsburg, 28.12.1934**

**BArch, R 58/757**

In den Abendstunden des 22. Dezember wurden in Lüneburg an den Schaufenstern mehrerer Geschäftsleute kleine runde Handzettel mit der Aufschrift „Wer bei Juden kauft, ist ein Volksverräter“ wahllos angeklebt.<sup>80</sup> Auf dem Zettel befindet sich neben der Beschriftung eine Judenfratze. Besonders sind die Schaufenster eines Kleinpreisladens<sup>81</sup> beklebt worden. Auch Schaufenster nichtjüdischer Geschäfte sind nicht verschont geblieben. Nach Entfernung der Zettel sind neue nicht angeklebt worden. Die Ermittlungen nach den Anklebern sind bislang ohne Erfolg geblieben. <507>

◀63▶

**Mecklenburgische Politische Polizei  
Bericht für 16.-30.12.1934**

**Schwerin, 5.1.1935**

**BArch, R 58/3959**

*Juden*

In der Nacht vom 20./21.12.34 wurde bei einigen Judengeschäften in Schwerin Fenster mit Plakaten folgenden Inhalts beklebt: „Wer beim Juden kauft, ist ein Verräter.“<sup>82</sup>

An den Tagen vor Weihnachten versuchten einige Personen, die jüdischen Geschäfte dadurch zu blockieren, daß sie sich vor den Geschäften aufstellten und die Käufer am Betreten der Geschäfte zu hindern versuchten. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen. <508>

---

<sup>79</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>80</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer sowie \*Schilder, antijüdische.

<sup>81</sup> Vgl. \*Ehape.

<sup>82</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer sowie \*Schilder, antijüdische.

Stapostelle Regierungsbezirk Minden  
Bericht für Dezember 1934

Bielefeld, 4.1.1935

BArch, R 58/3709

*Allgemeines*

[...] Im übrigen stehen nach wie vor der Kommunismus, der evangelische Kirchenstreit und das Judenproblem im Vordergrund des innerpolitischen Interesses.<sup>83</sup> [...]

*Juden*

Im hiesigen Bezirk hat sich im Berichtsmonat eine verstärkte antisemitische Welle geltend gemacht. An verschiedenen Orten des Bezirks kam es zu unliebsamen antisemitischen Ausschreitungen,<sup>84</sup> die geeignet waren, das Weihnachtsgeschäft erheblich zu stören und ungewollt eine Propaganda für das Judentum zu machen. So kam es in Bielefeld am 8. Dezember 1934 zu einer Störung eines jüdischen Lichtfestes,<sup>85</sup> das von dem Werkkreis des jüdischen Jugendbundes<sup>86</sup> im katholischen Vereinshaus in Bielefeld veranstaltet worden war. Über diese Vorgänge ist bereits durch Tagesmeldung und eingehenden Bericht nach dort berichtet worden.<sup>87</sup>

In Herford und Vlotho sind von Angehörigen der Nationalsozialistischen Bewegung vor jüdischen Geschäften Zettel verteilt worden, in denen aufgefordert wird, nicht in jüdischen Geschäften zu kaufen.<sup>88</sup> In Herford wurden zudem in der Nacht zum 23.12. von unbekannt gebliebenen Tätern in 2 jüdischen Geschäften die Fensterscheiben eingeworfen, nachdem kurz vorher die Scheiben zweier Feuermelder eingeschlagen und dadurch die Feuerwehr alarmiert worden war.

In das \*Einheitspreisgeschäft der „Epa“ in Bielefeld sind von 3 ungekannt gebliebenen Tätern Stinkbomben in den Verkaufsraum geworfen worden. Auch in ein jüdisches \*Kaufhaus in Gütersloh sind Stinkbomben, dazu eine Tränengasbombe, sowie 1 Rauchbombe geworfen worden. Die Ermittlungen hierüber sind noch im Gange.

Auf Grund des Vorfalles im kath. Vereinshaus in Bielefeld sind eine Anzahl von \*SA-Führern, SA-Männern und Parteigenossen, die an dem Zusammenstoß beteiligt waren, bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit ohne das Recht zum Tragen der Uniform beurlaubt worden.

Die Gauleitung in Münster, sowie der Führer der SA-Gruppe, Gruppenführer Schramme in Dortmund, haben anlässlich dieser Vorfälle erneut scharfe Befehle an die ihnen unterstellten Gliederungen erlassen, in denen jede Einzelaktion verboten und mit Ausschluß aus der Partei bzw. SA bedroht wird. [...] <509>

<sup>83</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden und \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>84</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>85</sup> Vgl. \*Chanukka.

<sup>86</sup> Vgl. \*Werkleute.

<sup>87</sup> Liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>88</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

Polizeidirektion München  
Bericht für Dezember 1934

München, 6.1.1935

BayHStA, StK 106 685

*Ausländer*

[...] Ausweisungen von jüdischen Wirtschaftsschädlingen, die im Jahre 1933 und auch in der ersten Hälfte des Jahres 1934 in größerer Zahl durchgeführt werden mußten, sind nur noch ganz selten. Dagegen mehren sich die Gesuche um Wiedereinreiseerlaubnis;<sup>89</sup> diese werden nicht selten sogar an den Führer und Reichskanzler persönlich gerichtet. [...]

*Sonstiges*

In den Luitpold-Lichtspielen entstand am Samstag, den 16.12.34 während der Abendvorstellung ein Tumult, da die Zuschauer den Film „Ein Mädel aus Wien“ mit Nachdruck wegen seiner jeder völkischen Auffassung baren Einstellung ablehnten. Die Spielhandlung dieses Werkes zeigte nicht, was sich das Publikum von ihr erwartete, sondern verherrlichte lediglich die Machenschaften eines Juden, der mit der Macht seines Geldbeutels ein armes deutsches Mädchen zu gewinnen versuchte und sich als ihr Mäzen aufspielte. Bei einzelnen Szenen gab das Publikum offen seiner Entrüstung Ausdruck. Es wurden Rufe laut wie „Deutsche! Heraus aus dem Judenfilm!“ „Zeigt deutsche Filme!“ „München ist Kunststadt und will keinen Kitsch sehen!“

Die Leitung des Lichtspieltheaters setzte sogleich den Film ab und entschädigte die Besucher. Nach einer Erklärung der Theaterleitung mußte der Film (Mädel aus Wien) „blind gebucht“ werden, d.h. er konnte vor der Abnahme nicht besichtigt werden. Zu solchen Entscheidungen sind die Theaterbesitzer angeblich gezwungen, da die Verleiher ohne weiteres in der Lage sind, auf die Theaterbesitzer in dieser Richtung Druck auszuüben.

<510>

Staatsminister Land Hessen

Berichterstattung in politischen Angelegenheiten

Darmstadt, 11.1.1935

StA Da, G 5 Nr. 103

Mit dieser Erscheinung, daß es dem Handwerk und dem kleinen Kaufmann heute noch nicht besonders gut geht, steht wohl auch in Zusammenhang der in einzelnen Gegenden des Landes wieder stark auflebende \*Boycott gegen jüdische Geschäfte, insbesondere gegen \*Warenhäuser und \*Einheitspreisgeschäfte. Dieser Boycott, der häufig mit recht falschen Mitteln geführt wurde, ist sicherlich zu einem erheblichen Teil der NS-Hago zu verdanken. Immerhin hatten diese wilden Boycottmaßnahmen doch nur einen vorübergehenden Charakter.

Von den Juden wird im allgemeinen berichtet, daß sie wesentlich selbstbewußter auftreten wie früher. Juden, die irgendwie glauben, wirtschaftlich geschädigt zu sein, berichten unmittelbar nach Berlin an das Reichswirtschaftsministerium.<sup>90</sup> Jedenfalls ist der Jude zurzeit im Bezug auf seine Zukunft in Deutschland leider wieder recht optimistisch.

<512>

<sup>89</sup> Vgl. \*Rückwanderung.

<sup>90</sup> Vgl. \*Schacht, Hjalmar.



**Regierungspräsident Kassel**  
**Bericht für November und Dezember 1934**

Kassel, 2.1.1935

Klein, Kassel, S. 302f., 305

*Allgemeine Übersicht*

[...] Eine andere Gefahr ist die Gerüchtemacherei. [...] Vor ungefähr 3 Wochen kursierte im Kreise Schmalkalden das Gerücht über ein Attentat auf Adolf Hitler, sein Kraftwagenfahrer sei tot, er selbst habe einen Schuß durch die Hand erhalten. [...] Gegenwärtig laufen dort Gerüchte über einen im Januar nach der \*Saarabstimmung ausbrechenden Aufstand. Die Juden zögen vermehrt ihre Kapitalien aus deutschen Unternehmungen heraus und brächten sie ins Ausland, das sei das sicherste Zeichen. [...]

*Staatsfeindliche Bestrebungen*

[...] Der Stahlhelm scheint sich neuerdings mehr zu rühren. So stellt der Landrat des Kreises Gelnhausen fest, daß sich innerhalb des Stahlhelms in seinem Kreise eine verstärkte Bewegung bemerkbar macht. [...] In einem Orte ist eine Ortsgruppe errichtet, deren Mitglieder größtenteils Jugendliche sind und deren Führer als \*Judenfreund und Gegner der NSDAP bekannt ist.<sup>91</sup> [...]

*Juden und Freimaurer*

Die \*Freimaurerei tritt nicht in Erscheinung. Der Jude ist wieder auf dem Vormarsch. Ich habe bereits früher berichtet, daß der jüdische Händler auf dem Lande seine alte Stellung wieder errungen hat.<sup>92</sup> Auch in den Städten steigt der Umsatz jüdischer Geschäfte. Die Juden selbst sind durchaus dreist. Als Sprecher tritt neuerdings in verstärktem Maße der \*Zentralverein auf, der eifrig jeden Zwischenfall sammelt. Die hierzu ergangenen Erlasse werden von den Amtsstellen durchgeführt. Auf der anderen Seite wird der Kampf seitens der Partei in verschärftem Maße durchgeführt. In einzelnen Kreisen sind an den Dorfeingängen \*Tafeln angebracht, die den Zutritt von Juden als unerwünscht bezeichnen. Ich habe mich hierzu auf den Standpunkt gestellt, daß ich gegen derartige Schriften auf Privatgrundstücken zweckmäßig nichts veranlasse. Das Judentum selbst ist geneigt, jeglichen Nachteil als unerlaubten \*Boycott zu betrachten. In ihren Augen ist bereits die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahr des Judentums ein unerlaubter Eingriff in die Wirtschaft. Im übrigen sind jüdische Beschwerdeführer, wenn sie persönlich vorstellig werden, fast regelmäßig mit einer Abschrift des bekannten Erlasses des Herrn Reichswirtschaftsministers bewaffnet.<sup>93</sup> Die Behörden andererseits müssen darauf bedacht sein, bei der Bevölkerung nicht in den Ruf zu kommen, Hüter und Schützer des Judentums zu sein.

&lt;513&gt;

<sup>91</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Juden und dem Stahlhelm im Dritten Reich, vgl. \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.

<sup>92</sup> Vgl. \*Viehhändler, jüdische.

<sup>93</sup> Vgl. Zeittafel, 26. Dezember 1934 und die dort erwähnte Intervention \*Schachts am 12. Dezember 1934.

**Regierungspräsident Minden**  
**Bericht für November und Dezember 1934**

Minden, 10.1.1935

BArch, R 18/1566

*Juden und Freimaurer*

Wie beobachtet worden ist, macht sich ein engerer Zusammenschluß der Juden durch sogenannte Kulturabende bemerkbar. An verschiedenen Orten haben derartige Veranstaltungen in Form von Lieder- und Arienabenden des „\*Kulturbundes deutscher Juden Ost-Westfalens“ stattgefunden. Die Veranstaltungen, die zum größten Teil in jüdischen \*Gemeindehäusern abgehalten werden, sind verhältnismäßig gut besucht.<sup>94</sup> [...]

Am 9. November kam es in einem Ort im Kreise Halle i.W. zu einem Zwischenfall. Beim Rückmarsch von der Kriegerehrung wurden 2 abgebrannte Pechfackeln in den Garten eines Juden geworfen. Die Tochter des Besitzers ergriff die beiden Fackeln und warf sie zwischen die Teilnehmer des Festzuges. Die Täterin wurde festgenommen und ist nach fünftägiger \*Schutzhaft entlassen worden. [...]

Der Staatspolizeistelle in Bielefeld hat eine Mitteilung des Verlages der „\*Stürmer“ an einen Vertreter der Zeitung vorgelegen, wonach der „Stürmer“ vor Weihnachten insbesondere vor jüdischen Geschäften angeboten werden sollte. Hierdurch ist es in Gütersloh zu unliebsamen Zwischenfällen gekommen. Das Weihnachtsgeschäft dieser jüdischen Geschäfte ist durch die Vorfälle tatsächlich ernstlich nicht gestört worden, im Gegenteil besteht an manchen Orten die Auffassung, daß derartige Zwischenfälle für manche Teile der Bevölkerung der Anreiz sind, nun erst recht ihre Käufe in jüdischen Geschäften zu tätigen, so daß der Zweck der Aktion ins Gegenteil verkehrt wird. <514>

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für Dezember 1934**

Ansbach, 9.1.1935

BayHStA, StK 106 677

*Allgemeine politische Lage*

[...] An der Einstellung der katholischen Kirche hat sich nichts geändert. Der Erzbischof Dr. Hauck von Bamberg hat sich in seiner Jahresabschlusspredigt mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Bildung einer Nationalkirche gewandt. Er führte hierzu u.a. aus: „Man versucht Christus umzufälschen, ihn zum \*arischen Helden zu machen, dessen Lehre durch den jüdischen \*Rabbiner Paulus gefälscht und verdorben ist.“<sup>95</sup> [...] Leider ist hie und da in unserer Vaterlande der Gedanke an eine Nationalkirche aufgetaucht; man spricht dabei von einer inneren Vereinheitlichung des deutschen Volkes. Diese Idee einer Nationalkirche steht in grellem brennenden Widerspruch zu dem Wesen der katholischen Kirche. Wir ehren die staatliche Gewalt und Autorität, wenn auch gar manche Anhänger der Nationalkirche anheben, für ihre Sache einzutreten; der oberste Führer des Neuen Deutschlands handelt anders. Er sprach das Wort in feierlicher Stunde, daß er die beiden christlichen Konfessionen als Säulen des Staates betrachte, von ihnen die Mitarbeit

<sup>94</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>95</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes verlange. In gleicher Weise rühmen wir die Bekenntnistreue unserer evang. Mitbrüder für Christus und begrüßen ihren Kampf gegen das neue Heidentum“.

<516>

◀70▶

**Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für Dezember 1934**

**Speyer, 9.1.1935**

**BayHStA, StK 106 675**

*Handel, Industrie und Gewerbe*

Das Weihnachtsgeschäft hat sich zur Zufriedenheit der Kaufleute und Gewerbetreibenden abgewickelt.

Man hört, daß die Einnahmen besser gewesen seien als im Vorjahre. Bemerkenswert ist, daß gerade die jüdischen Geschäfte starken Zulauf hatten. Um diesem Zulauf keinen weiteren Auftrieb zu geben, stellte die NSDAP-Kreisleitung Kaiserslautern an mehreren Tagen in der Nähe der größeren Geschäfte Vertrauensleute auf, die alle Parteigenossen, soweit diese durch das Parteiabzeichen oder sonstwie erkennbar waren, darauf hinwiesen, daß ein Nationalsozialist in einem jüdischen Geschäft nichts einkaufen solle.<sup>96</sup>

<517>

◀71▶

**Regierungspräsident Stettin  
Bericht für November und Dezember 1934**

**Stettin, 8.1.1935**

**BArch, R 58/3966**

*Juden und Freimaurer*

Eine staatsfeindliche Betätigung der Juden und \*Freimaurer war im Berichtsmonat nicht festzustellen.

Die Versammlungstätigkeit der Juden hat indessen nicht nachgelassen.<sup>97</sup> Die Staatspolizeistelle Stettin bringt hierzu folgende Ausführungen:

„Am 13.12.34 fand in Stettin eine Versammlung des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe Stettin, statt. Rechtsanwalt Dr. Appelbaum in Stettin hielt eine Gedächtnisansprache für die im Weltkampfe gefallenen 12.000 jüdischen \*Frontsoldaten, in der er besonders den Frontgeist und die gute Kameradschaft mit den deutschen Kameraden hervorhob.

Am 14.12.34 tagte eine Versammlung der nichtarischen Rechtsanwälte<sup>98</sup> in Stettin, an der sich 13 Rechtsanwälte beteiligten. Rechtsanwalt Dr. Appelbaum hielt einen Vortrag über „Das Recht der landw. Entschuldung“ und über das „Erbhofrecht“.

Politische Fragen wurden in beiden Versammlungen nicht erörtert.“

Über Boykottmaßnahmen<sup>99</sup> jüdischen Geschäften gegenüber berichtet die Staatspolizeistelle dem Geheimen Staatspolizeiamt folgendes:

In letzter Zeit sind hier wiederholt Beschwerden des \*Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens eingegangen, worin zum Ausdruck gebracht wurde, daß von Angehörigen der NSDAP jüdische Geschäfte boykottiert werden.

---

<sup>96</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>97</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>98</sup> Vgl. \*Rechtsanwälte/Juristen, jüdische.

<sup>99</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer, sowie \*Schilder, antijüdische.

So sollen z.B. in verschiedenen Städten des Bezirks Posten vor jüdischen Geschäften aufgestellt worden sein, die die Kunden an dem Betreten der jüdischen \*Warenhäuser hinderten, die eingekauften Waren kontrollierten, und die Namen der Käufer feststellten.

Um die Maßnahmen wirkungsvoll abzustellen, habe ich der Gauleitung, der \*SA-Gruppe Pommern, der NS-Hago und dem \*SS-Abschnitt XIII in Stettin unter Beifügung je einer Abschrift des Erlasses vom 24.11.33–II E 1 230/10/1–gebeten, die Parteigenossen darauf hinzuweisen, daß ihr Verhalten schädigend wirke, da es den Juden Anlaß gäbe, dem Auslande zu berichten, daß in Deutschland tatsächlich eine Boykottbewegung gegen die Juden stattfände.<sup>100</sup> <520>

◀72▶

### Regierungspräsident Wiesbaden

#### Politischer Lagebericht, NSDAP und ihre Gliederungen

Wiesbaden, 27.12.1934

BArch, R 58/3987

#### *Judenboykott*

[...] An zahlreichen jüdischen Geschäften wurden häufig in den Nachtstunden Aufschriften, die sich gegen den Einkauf bei Juden richten, angebracht, z.B. „Ein Deutscher kauft nicht beim Juden“. Auf Straßen und Bürgersteigen wurden Inschriften „kauft nicht bei Juden“ in meterhoher Balkenschrift angebracht.<sup>101</sup>

In einem anderen Falle wurden Posten an und in die Eingänge zu einem jüdischen \*Kaufhaus aufgestellt, die das Publikum am Betreten des Kaufhauses hinderten. Auch wurde das Fotografieren dieser Leute vorgetäuscht, um so einen Druck auf das kaufende Publikum auszuüben. Man schritt weiter zur Bildung von Sprechchören, die zum Nichteinkauf in jüdischen Geschäften aufforderten. Am 23. Dezember wurden in Frankfurt am Main vor gewissen Geschäften Sperrketten gebildet. In Verfolg [sic] des Eingreifens des Feldjägers kam es zu Zusammenstößen mit [der] \*SS, wobei die Feldjäger von der blanken Waffe Gebrauch machten. (Sonderbericht ist erstattet.<sup>102</sup>)

In den letzten Tagen wurde beobachtet, daß sich teilweise auch Angehörige der \*SA und \*HJ in Uniform an dem Boykott beteiligen.

Die parteiamtliche Presse enthielt Aufrufe im Inseratenteil:

„Bist Du wirklich Christ? Dann lege unter den Weihnachtsbaum nur Geschenke aus christlichen Geschäften. Siehe die judenfreien Anzeigen des Frankfurter Volksblattes.“

Als Antwort auf den Boykott deutscher Waren im Ausland<sup>103</sup> hat Otto Fischer, Frankfurt am Main-Rödelheim, Dreispitzstraße 6 im Verlag des „Frankfurter Volksblattes“ ein Buch unter dem Titel „Eine Antwort auf die \*Greuel- und Boykottheit der Juden im Ausland“ herausgegeben, das die jüdischen Geschäfte, darunter auch, wie das Volksblatt mitteilt, irrtümlicherweise leider einige arische Firmen namentlich und branchenmäßig alphabetisch geordnet enthält. Die Heraus-

<sup>100</sup> Vgl. \*Greuelpropaganda, jüdische.

<sup>101</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>102</sup> Vgl. <523>.

<sup>103</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

gabe dieses Buches ist Gegenstand längerer Zeitungsausführungen gewesen, z.B. Frankfurter Zeitung vom 13. Dezember 1934 „Rassenunterschiede und Wirtschaft“.

Auf Grund von Beschwerden, die durch den Boykott hervorgerufen wurden, bin ich vom Herrn Reichswirtschaftsminister durch Erlaß vom 10. Dezember 1934<sup>104</sup> –IV 9217/34– zum Eingreifen aufgefordert worden gegen Maßnahmen, die nach den Erlaßausführungen als unzulässige Boykottmaßnahmen anzusehen sind.

Die Durchführung dieser Anordnungen bringt die Provinzialinstanz in die unangenehme Lage, sich möglicherweise in einen gewissen Gegensatz zur Bewegung zu setzen. Anlässlich eines Einzelfalles (Vermietung staatlicher Verkaufsläden an Juden in Bad Ems) habe ich bereits in meinem Bericht vom 25. Juni 1934 III 2 P I 7 an den Herrn Preußischen Finanzminister<sup>105</sup> zum Ausdruck gebracht, daß die Behandlung der \*Judenfrage an dem Widerspruch der Judenpolitik der Ministerien und der Bewegung kranke. Wenngleich der Gauleiter mit mir darin übereinstimmt, daß Boykottmaßnahmen *grundsätzlich* unzulässig sind, so kommt die Verwaltungsbehörde doch sofort in Schwierigkeiten, wenn zu entscheiden ist, *welche* Maßnahmen unzulässige Boykottmaßnahmen sind. Die bekannten \*Schilder „Deutsches Geschäft“, die infolge ihrer parteiamtlichen Ausgabe und allgemeinen Verbreitung zweifellos eine boykottähnliche Wirkung erzeugen, hält der Herr Gauleiter für zulässig, weil man es niemandem verwehren kann, sich als deutsches Geschäft zu bezeichnen. Ich kann mich dieser Auffassung nicht ohne weiteres verschließen und habe gegen diese Schilder nichts unternommen. Eine Klarstellung der Frage ist jedoch dringend erwünscht. Sollte sie in dem Sinne erfolgen, daß die Schilder unzulässig sind, bitte ich zu beachten, daß die Verwaltung in eine außerordentlich schwierige Lage kommt, wenn sie durch Polizeiorgane die parteiamtlich gestellten Schilder entfernen soll. Die Regelung kann deshalb nur über die Partei erfolgen.

Wenn im übrigen gewisse Maßnahmen als im allgemeinwirtschaftlichen Interesse unterbleiben sollen, so bitte ich zu beachten, das dies durch die Polizeiinstanzen nur in beschränktem Umfange bewirkt werden kann. Das Postenstehen oder die Beschriftungen des Straßenpflasters kann wohl unterbunden werden. Was darüber hinausgeht und die Organe und Presse der Bewegung angeht, ist dem Einfluß der Verwaltung entzogen. Hier zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele die Organe der Verwaltung einzusetzen, ist nicht angängig. Die Regelung des gesamten Fragenkomplexes muß bereits in der Zentralinstanz erfolgen. Die Klärung des Gegensatzes zwischen den Grundsätzen der Bewegung im Kampf gegen die Juden und der Forderung des Wirtschaftsministeriums nach ihrer Duldung im Wirtschaftsleben kann nicht der Provinzialinstanz überlassen bleiben. <522>

---

<sup>104</sup> Dieser Erlaß konnte von uns nicht nachgeprüft werden. Vgl. hierzu aber auch Zeittafel, 26. Dezember 1934 und den dort erwähnten Verweis von \*Schacht auf den Erlaß des Reichsministeriums des Innern vom 17. Januar 1934.

<sup>105</sup> Liegt den Herausgebern nicht vor.

◀73▶

**Gendarmerie Bad Neustadt/Saale**  
**Bericht für 18./19.12.1934**

**Bad Neustadt/Saale, 21.12.1934**

**StA Wü, LRA Bad Neustadt 21906**

Der verh. Friseur Leonhard Voll von Bad Neustadt a.S., Zwiebelgasse 15, machte zwecks Anzeigeerstattung diesseits folgende Mitteilung:

„In der Nacht vom 18./19.12.34 wurde von unbekanntem Tätern auf mein Schaufenster mit weißer Ölfarbe folgendes geschrieben: „Hier wird eine Judenhure beschäftigt.“ Die Schrift war sehr groß u. konnte von den Straßenpassanten augenfällig gelesen werden. Bei mir ist kein Judenmädchen beschäftigt u. hat von meinem weiblichen Dienstpersonal keine etwas mit einem Juden zu tun. Die Ölfarbenschrift konnte ich nur mühsam mit Terpentinöl von meinem Schaufenster wieder entfernen. Verdacht kann ich gegen niemanden aussprechen.“<sup>106</sup>

Bemerkt wird noch, daß in gleicher Nacht auch an den jüdischen \*Kaufhäusern Klein u. Sichel dahier, die Schaufenster mit weißer Ölfarbe beschriftet wurden. Auch an dem Anwesen des jüdischen \*Viehhändlers Sally Dannenbaum dahier war mit weißer Ölfarbe angeschrieben: „Sau Jud, Mädchenschänder.“<sup>107</sup>

Die Erhebungen nach den Tätern sind bis jetzt ohne Erfolg. Im Falle der Ermittlung wird Nachtragsanzeige erstattet. <525>

◀74▶

**Landrat Eschwege**  
**Bericht für November und Dezember 1934**

**Eschwege, 20.12.1934**

**Klein, Kassel, S. 245**

Zu den Gewohnheiten, von denen der Bauer nur schwer abzubringen ist, gehört der Handel mit Juden. Als dies kürzlich bei einem für ein gemeindliches Ehrenamt Vorgesehenen festgestellt und der Gemeindeleiter zu einem anderen Vorschlage aufgefordert wurde, berichtete er, er könne keinen geeigneten Ersatz vorschlagen, da in seiner Gemeinde alle ihr Vieh an jüdische Händler verkauft hätten.<sup>108</sup> Ähnliches, wenn auch nicht so kraß, kommt in anderen Gemeinden vor. Daß die Judenschaft ihre Stellung als gestärkt ansieht, ergibt sich aus einer Reihe von Beschwerden aus ihren Reihen. <526>

◀75▶

**Feldjägersbereitschaft 1/V Frankfurt/M.**  
**Bericht für 23.12.1934**

**Frankfurt/M. 25.12.1934**

**BArch, R 1501/127079/29**

Am Sonntag, den 23.12.34, fanden in Frankfurt a. Main erhebliche Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte statt.<sup>109</sup>

Der \*Boycott wurde anscheinend von der NS-Hago unter Zuhilfenahme von Angehörigen nationaler Verbände, insbesondere der \*SS durchgeführt.

---

<sup>106</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>107</sup> Vgl. \*Rassenschande.

<sup>108</sup> Vgl. \*Viehhandel, jüdischer.

<sup>109</sup> Vgl. \*Einzelaktionen und <521>, <522>, <523>.

Da sich bei [sic] den Menschenansammlungen, die hauptsächlich auf der Zeile vor den Geschäften *Ehrenfeld* und *Kaufhof* AG<sup>110</sup> und an der Hauptsache [sic] vor dem Geschäfte *Salberg* zu stattfanden, auch \*SA und SS Männer in Uniform befanden, wurden von der diesseitigen Bereitschaft Streifen mit der Weisung eingesetzt, die Uniformierten von diesen Ausschreitungen fernzuhalten; um 16.40 Uhr wurde die in der Gutleutkaserne liegende F[eld][äger]-Wache nach der Zeil gerufen, wo Passanten versuchten, das Geschäft von Ehrenfeld zu stürmen und die Schaufenster zu zertrümmern. Da die Menschenmenge sowohl aus Zivilisten als auch aus Uniformierten bestand, rückte die FJ-Wache, bestehend aus O[ber]F[eld][äger] *Becker*, FJ *Rüttinger* und *Weil* zusammen mit 2 Beamten des Schutzpolizei-Überfallkommandos aus. Beim Verlassen des Überfallwagens wurden die FJ und die Polizeibeamten von den Demonstranten mit lauten Schmährufen empfangen. Dem einen Polizeibeamten wurden die Achselklappen und der Schulterriemen heruntergerissen. Da bei diesem Vorfall nur Zivilisten beteiligt waren, wurden die ersten fünf Personen, die sich besonders hervorgetan hatten, auf den Überfallwagen gebracht, um zwecks Feststellung der Personalien zum nächsten Polizeirevier gefahren zu werden. Als sich der Wagen in Bewegung setzte, versuchten Zivilpersonen, die Festgenommenen zu befreien, indem sie sich auf die Trittbretter des Wagens schlangen. Die FJ und die Polizeibeamten versuchten, die letztgenannten Zivilpersonen vom Wagen wegzustoßen, was jedoch infolge der großen Übermacht nicht gelang. Die Menge ging vielmehr zum Angriff über. FJ *Rüttinger* und OFJ *Becker* wurden von mehreren Personen am Schulterriemen und am Ringkragen gefaßt, um so aus dem Wagen gezogen zu werden. Die genannten Feldjäger sahen keine andere Möglichkeit der Rettung, als die, durch Ziehen des Hirschfängers sich der Angreifer zu erwehren. Zusammen mit den Polizeibeamten, welche ebenfalls blank gezogen hatten, gelang es dann dem FJ-Überfallkommando, den Wagen frei zu bekommen und weiter zu fahren. Da sich die festgenommenen Zivilpersonen während der Fahrt als Angehörige der SS zu erkennen gaben, wurden sie in die FJ-Unterkunft verbracht und bis zum Ladenschluß inhaftiert. Eine Feststellung der Personalien derjenigen Personen, welche gegen die Feldjäger tötlich vorgegangen sind, war nur in einem Falle möglich. Die FJ *Schäfer* und *Glässer* kamen in dem Augenblick vor das Geschäft Ehrenfeld, in dem das Überfallkommando abfahren wollte. Der FJ Schäfer konnte gerade noch die Person, welche den OFJ Becker tötlich angegriffen hatte, stellen. Da der Überfallwagen mittlerweile weggefahren war, wollten die FJ Schäfer und Glässer die betreffende Person zu Fuß nach der FJ Unterkunft bringen. An der Konstablerwache, etwa 300 m von dem vorherigen Tatort entfernt, versuchte eine größere Menschenmenge, den Festgenommenen zu befreien. Der FJ Schäfer konnte sich der Angriffe dieser großen Übermacht nur dadurch erwehren, daß er ebenfalls blank zog. Schäfer übergab den Festgenommenen einer inzwischen mit dem Dienstkraftrad herbeigeeilten FJ Streife, die ihn zur FJ Unterkunft brachte. Die FJ Schäfer und Glässer setzten darauf ihren Streifengang fort. Kurze Zeit später erschienen auf Kraftwagen und Motorrädern etwa 30-40 Angehörige der SS-Standarte M 11, größtenteils mit umgeschnallter Pistole. Diese SS-Männer nahmen sofort gegen die beiden FJ eine drohende Haltung ein, wobei ein SS-Mann, der der diesseitigen Bereitschaft bereits aktenmäßig bekannt ist, hinter dem Rücken der FJ seinen Dolch zog und nur durch das Dazwischentreten eines besonnenen Kameraden

---

<sup>110</sup> Vgl. \*Warenhäuser, jüdische.

von einem tätlichen Angriff zurückgehalten wurde. Die beiden FJ, die dieser großen Übermacht fast wehrlos gegenüberstanden, wurden durch die inzwischen zurückgekehrte Kraftfahrstreife befreit. Gegen 19 Uhr erschienen, ebenfalls mit Pistolen ausgerüstet, etwa 30-40 SS-Männer in Uniform auf dem 4. Polizeirevier in der Ziegelgasse und verlangten die Personalien des Führers des Überfallkommandos, des OFJ Becker. Als sie von den Beamten des 4. Polizeireviers abgewiesen wurden, entfernten sich die SS-Männer unter Drohungen gegen die FJ.

Daß die Vorgänge von der FJ-Bereitschaft 1/V keineswegs übertrieben dargestellt werden, geht schon daraus hervor, daß einem Angestellten der Kaufhof AG von einem Demonstranten die Schädeldecke eingeschlagen wurde, und daß es an diesem Tage eine ganze Reihe von Verletzten gab.

Unverständlich ist der diesseitigen Bereitschaft die Einstellung der Gauleitung. Der Adjutant des Gauleiters Sprenger, Pg. *Stöhr*, versuchte fernmündlich, der FJ-Bereitschaft 1/V wegen ihres Vorgehens Vorhaltungen zu machen.

VSTL [Vernehmungsstellenleiter] *Jäger* wies diese Versuche der Gauleitung zurück.

Am Montag, den 24.12.34 kam es abermals an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenrottungen, die aber ruhig verliefen.

Es hat den Anschein, als ob bei dieser Aktion lediglich die SS eingesetzt worden ist, da Angehörige der SA nicht als Beteiligte festgestellt werden konnten. Nach Aussagen von FJ haben SA-Männer sich sogar zur Hilfeleistung erboten.

Da die FJ-Bereitschaft 1/V ein derartiges Verhalten der SS in keiner Weise ruhig hinnehmen kann und will, wird um Stellungnahme des Kommandos zu diesen Vorgängen gebeten. Die diesseitige Bereitschaft wird gegen die festgestellten Schuldigen Anzeige erstatten. <528>

◀76▶

**Oberbürgermeister Fulda**

**Bericht für November und Dezember 1934**

**Fulda, 27.12.1934**

**Klein, Kassel, S. 251**

In den letzten Wochen macht sich erneut ein scharfer Druck gegen die Juden bemerkbar, welcher sich in Anrempelungen von Juden und Zertrümmern von Fensterscheiben an der Israelitischen Elementarschule,<sup>111</sup> \*Synagoge und an verschiedenen Privathäusern äußerte.<sup>112</sup> Die Täter sind unter den jugendlichen Angehörigen der nationalen Verbände zu suchen. Die Staatspolizeistelle in Kassel wurde in jedem Falle verständigt.

Es sind hier 231 Ausländer wohnhaft, die sich größtenteils aus polnischen Staatsangehörigen, insbesondere Juden,<sup>113</sup> zusammensetzen. <529>

◀77▶

**Landrat Hanau**

**Bericht für November und Dezember 1934**

**Hanau, 25.12.1934**

**Klein, Kassel, S. 260**

*[Juden, Freimaurer]*

---

<sup>111</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>112</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>113</sup> Vgl. \*Ostjuden.



Die örtlichen jüdischen Organisationen sind in letzter Zeit sehr rege.<sup>114</sup> Am 18. November 1934 trat erstmals in Erscheinung das Jüdisch-Religiöse<sup>115</sup> Kulturwerk für Hessen und Hessen-Nassau, welches seinen Sitz in Frankfurt a.M. hat. Im hiesigen Gemeindehaus fand eine Versammlung statt, in welcher an Stelle des erkrankten \*Rabbiners Dr. Horowitz<sup>116</sup> aus Frankfurt a.M., welcher über das Thema „Demut und Stolz“ sprechen sollte, ein Dr. Henry Philipp, ebenfalls aus Frankfurt a.M., über das Thema „Die Gestalt des Propheten Jeremias“ sprach.

Die beiden hier vorhandenen \*Warenhäuser Tietz und Wronker, jetzt Kaufhof und Hansa, waren am vergangenen Sonntag von kaufendem Publikum überfüllt, so daß zeitweise geschlossen werden mußte. Während des vorjährigen Weihnachtsverkaufs wurden derartige Wahrnehmungen nicht gemacht. <531>

◀78▶

### NSDAP-Kreisamt für Kommunalpolitik Kempten Stimmungsbericht

Kempten, 3.1.1935

BArch, NS 25/351

Der geschiedene katholische Kaufmann Otto *Schreiner* in Kempten hat die Eheschließung mit der geschiedenen Jüdin Grete *Pollak*, geborenen Politzer, beantragt. Der Standesbeamte hat die Vornahme der Trauung abgelehnt, weil nach dem Scheidungsurteil der *Pollak* nicht einwandfrei feststand, ob nicht ein Ehehindernis nach § 1312 BGB. besteht. Die Ehe der *Pollak* war wegen Ehebruchs mit einem Wilhelm Eichhorn geschieden, jedoch war in den Scheidungsgründen auch festgestellt, daß sie mit ihrem nunmehrigen Ehemann *Schreiner* Ehebruch getrieben hatte. Die Regierung von Schwaben und Neuburg, die um Entscheid angegangen wurde, hat den Standesbeamten an den Präsidenten des Landgerichts gemäß § 2 der VO. v. 31.5.1934 (RGBl. I. S. 472) verwiesen. Das Amtsgericht hat den Standesbeamten gemäß § 11 Abs. II des Personenstandsgesetzes angewiesen, die Trauung zu vollziehen.

Diese Ehe ist wohl nach dem Gesetz zulässig, sie hätte aber nach nationalsozialistischen Grundsätzen verhindert werden sollen.<sup>117</sup> Die *Pollak* ist eine Jüdin österreichischer Nationalität, die durch diese Eheschließung die deutsche Reichsangehörigkeit erworben hat. Ihre Nachkömmlinge sind fremdrassige \*Mischlinge. Die Zulassung einer solchen Ehe hätte auf Grund der Urteilsbegründung verhindert werden können. Der *Pollak* wurde von der österreichischen Behörde sowohl Dispens von dem Hindernis der Religionsverschiedenheit als auch von dem der Teilnahme an der Trennungsursache der früheren Ehe erteilt. In Österreich selbst wäre ihr zu einer neuen Eheschließung wohl nie Dispens erteilt worden. Dagegen wird es im nationalsozialistischen Deutschen Reiche einer \*Ostjüdin möglich gemacht, die Ehe mit einem Deutschen einzugehen und eine Anzahl Bastarde in die Welt zu setzen. Ich bitte um Bericht nach oben. <535>

---

<sup>114</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>115</sup> Vgl. \*Orthodoxie.

<sup>116</sup> Gemeint ist wohl Jacob \*Horovitz.

<sup>117</sup> Vgl. \*Rassenschande sowie \*Mischehen.

◀79▶

**SA-Brigade 250 Offenbach/Main**  
**IV. Vierteljahresbericht 1934**

**Offenbach/Main, 9.1.1935**

**BArch, NS 23/265**

*Verhältnis zu anderen Gliederungen*

[...]

*Zu staatlichen Behörden*

Das Verhältnis zu staatlichen Behörden kann allgemein als ein prächtiges verzeichnet werden. Besonders bei den Gerichten haben sich die Verhältnisse im Sinne des 3. Reiches wesentlich gebessert, nachdem die jüdischen Richter und \*Rechtsanwälte zum größten Teil verschwunden sind. Es ist aber immerhin noch untragbar, daß überhaupt noch jüdische Richter an deutschen Gerichten sind. <541>

◀80▶

**Landrat Rotenburg**

**Bericht für November und Dezember 1934**

**Rotenburg, 22.12.1934**

**Klein, Kassel, S. 274**

*Wirtschafts- und Agrarpolitik*

[...] Angstkäufe und Preissteigerungen sind in den letzten Wochen nicht mehr beobachtet worden. Zur Zeit schweben Ermittlungen bei einem Juden in Bebra, der ein Manufakturwarengeschäft unterhält, ob er sich über seinen voraussichtlichen Bedarf hinaus mit Textilwaren eingedeckt hat. Bemerkenswert ist dabei, daß der Jude behauptet, daß nach dem Zurückgehen seines Geschäftes im Jahre 1933 dieses jetzt wieder einen bedeutenden Aufschwung genommen habe, so daß die Einkäufe seinen Geschäftsbedürfnissen entsprechen. Der jüdische Kaufmann wagt heute wieder, in einer amtlichen Vernehmung zu erklären, daß es sich bei seinem Geschäft um ein altes, gut geführtes Geschäft handle. Das klingt fast wie ein Triumph, denn der Jude sagt indirekt damit, daß an seiner Kundschaft die nationalsozialistische, bewußt völkische Erziehung wirkungslos vorübergegangen ist, so daß er seinen Warenbestand wieder erhöhen kann. Die Tatsache, daß wieder mehr bei Juden gekauft wird, habe ich wiederholt in politischen Lageberichten unterstrichen. [...] <542>

◀81▶

**Landrat Schmalkalden**

**Bericht für November und Dezember 1934**

**Schmalkalden, 23.12.1934**

**Klein, Kassel, S. 281f., 289**

*Allgemeine Übersicht über die innerpolitische Entwicklung*

[...] Gegenwärtig gehen Gerüchte über einen angeblich im Januar nach der \*Saarabstimmung ausbrechenden Aufstand. Die Juden zögen vermehrt ihre Kapitalien aus deutschen Unternehmungen und brächten sie ins Ausland, das sei das sicherste Zeichen. Der Aufstand werde durch Reichswehr und Reaktion erfolgen. Die neue Regierung würde von Hugenberg geführt werden.<sup>118</sup> [...]

---

<sup>118</sup> Zur Einstellung der „konservativen Opposition“ den Juden gegenüber vgl. Dipper, Der deutsche Widerstand und die Juden; Rosen, National-Conservative Opposition.

Große Teile der Arbeiterbevölkerung, aber auch andere Volkskreise, kaufen nach wie vor auch bei Juden. [...] <sup>119</sup> <544>

◀82▶

**Landrat Wolfhagen**

**Bericht für November und Dezember 1934**

**Wolfhagen, 27.12.1934**

**Klein, Kassel, S. 294**

*Judenfrage*

In der \*Judenfrage macht sich in letzter Zeit wieder schärfer die Differenz zwischen der staatlichen und der parteipolitischen Behandlung der antisemitischen Bewegung bemerkbar. Hierfür nur zwei Beispiele. Während die Staatspolizeistelle in Kassel unter dem 27.11.1934–80–<sup>120</sup> ihren Standpunkt zur Frage der Aufstellung von Tafeln mit antisemitischen Aufschriften klar zum Ausdruck gebracht hat,<sup>121</sup> wird von Seiten der Partei das Aufstellen derartiger Tafeln auch auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen gerade in letzter Zeit aufs eifrigste propagiert. Es werden sogar gerade diejenigen Landkreise, in denen derartige \*Schilder häufiger zu finden sind als im Kreise Wolfhagen, als nachahmenswerte Beispiele hingestellt. Den Staatsbehörden, die einer derartigen Handhabung des Antisemitismus entgegengetreten, wird u.U. in Verkennung der Tatsachen dann sogar Judenfreundlichkeit vorgeworfen. Die andere Differenz zwischen Staat und Partei besteht in der Frage des \*Boykotts nichtarischer Geschäfte. Während mit dortiger Verfügung vom 22. ds. Mts.–A VII H I 102–<sup>122</sup> nochmals ein scharfer Erlaß des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 10.12.1934<sup>123</sup> übersandt worden ist, der Boykottmaßnahmen, insbesondere Ausschreitungen gegen nichtarische Geschäfte, aufs strengste untersagt, wird von der Partei und von der \*SA nicht nur der Boykott jüdischer Geschäfte nach wie vor gefordert, sondern auch zu allerhand grobem Unfug wie Einwerfen der Fensterscheiben, Beschmieren der Haustüren und Fenster mit Inschriften, Farbe und der gleichen aufgefordert.<sup>124</sup> Gerade in den letzten Tagen sind mir mehrere derartige Fälle aus den Städten Volksmarsen und Zierenberg bekannt geworden. Die Ortspolizeibehörden greifen im allgemeinen gegen derartige Ausschreitungen aus Angst vor der Partei oder der SA nicht genügend durch. Ich werde die dortige Verfügung vom 22. d. Mts. zum Anlaß nehmen, erneut derartige Maßnahmen als das Ansehen der Partei und des Staates in gleicher Weise schädigend strengstens zu untersagen. Es darf aber dann auch erwartet werden, daß die Staatsbehörden bei der Durchführung derartiger Erlasse wie des erwähnten Erlasses des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 10.12.1934 bei einem etwaigen Konflikt mit unteren Instanzen der Partei oder SA gestützt und in Schutz genommen werden.

<546>

---

<sup>119</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>120</sup> Liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>121</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>122</sup> Liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>123</sup> Vgl. Anm. 104.

<sup>124</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

◀83▶

**Landrat Ziegenhain**

**Bericht für November und Dezember 1934**

Ziegenhain, 22.12.1934

Klein, Kassel, S. 295

*[Juden und Freimaurer]*

Es wurde festgestellt, daß eine am 3.4.34 nach New York ausgewanderte ledige Jüdin wieder nach Frielendorf zurückgekehrt ist, und gibt diese an, daß sie vorläufig 3 Monate in Frielendorf Aufenthalt nehmen wolle.

Ferner wird erzählt, daß noch mehrere Juden, die ausgewandert sind, wieder zurück nach Deutschland ziehen wollen.<sup>125</sup>

Streitigkeiten und Schlägereien mit Juden sind in der letzten Zeit nicht beobachtet und nicht gemeldet worden. Der Handelsjude und auch der mit einem Wandergewerbeschein auf den Dörfern umherziehende Jude erobert sich seine Stellung von Tag zu Tag mehr zurück. <547>

◀84▶

**SA-Standarte 22 Zweibrücken (Rheinpfalz)**

**IV. Vierteljahresbericht 1934**

Zweibrücken, o.D.

BArch, NS 23/265

*Allgemeines*

[...] Allgemein wird angenommen, daß nach der Rückgliederung des Saargebietes<sup>126</sup> der Kurs gegen Juden, den politischen Katholizismus<sup>127</sup> und vor allem gegen die Herren der Wirtschaft schärfer wird. <548>

◀85▶

**Gestapa Berlin**

**Bericht für Dezember 1934 und Januar 1935**

Berlin, 19.2.1935

OA Mos, 501/1/18

*Juden*

Die Arbeit der Juden in den Organisationen, die während der Weihnachtszeit durch ihre Geschäftstätigkeit unterbrochen war, hat erneut in verstärktem Maße eingesetzt.<sup>128</sup>

Der Ausgang der \*Saarabstimmung ist nicht ohne Einfluß auf die verschiedenen Richtungen innerhalb der Judenheit geblieben.

So sieht der zionistisch<sup>129</sup> eingestellte Teil der Juden in dem überraschenden Ergebnis der Abstimmung einen Ansporn, seine auf Abwanderung nach \*Palästina gerichtete Propaganda zu verstärken.

Die bei den \*Deutschjuden durch das Abstimmungsverhalten hervorgerufene Bestürzung ist bald wieder einem starken Optimismus gewichen. Neben dem \*Centralverein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens ist es besonders der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der für das Festhalten am Deutschtum und das Verbleiben in Deutschland wirbt. [...]

<sup>125</sup> Vgl. \*Rückwanderung.

<sup>126</sup> Vgl. \*Saarabstimmung.

<sup>127</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>128</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>129</sup> Vgl. \*Zionismus.

Um diese Organisation in ihrer Betätigung so weit wie möglich zu behindern und in die zionistische Richtung zu drängen, habe ich durch Erlaß an alle \*Staatspolizeistellen angeordnet, daß alle jüd. Versammlungen, in denen für das Festhalten am Deutschtum und das Verbleiben in Deutschland gesprochen werden soll, bis auf weiteres zu verbieten sind.

Neugründung jüdischer Organisationen sind in der Berichtszeit nicht erfolgt. Eine jüdische Jugendgruppe „\*Schwarzes Fähnlein“, die nach dem Muster der \*HJ gebildet war und eine unpolitische Jugendorganisation darstellen sollte, hat sich nach Anregung des Reichsjugendführers<sup>130</sup> selbst aufgelöst. [...]

Eingegangene Klagen lassen erkennen, daß die Juden die bisher gezeigte Zurückhaltung aufzugeben scheinen. Das überraschend gute Weihnachtsgeschäft hat zur Hebung ihres Selbstbewußtseins wesentlich beigetragen. In vielen Fällen ist auch das unverantwortliche Verhalten von Parteigenossen, die ihre nat. soz. Ehre und ihren deutschen Namen als Aushängeschild für jüd. Unternehmen hergeben, schuld daran. [...]

Ich habe den Stellvertreter des Führers<sup>131</sup> gebeten, in einem Erlaß an die Parteiorganisationen den Verkehr mit Juden erneut zu untersagen und den Einkauf in jüd. Geschäften und \*Warenhäusern durch Angehörige der Organisationen zu unterbinden.

In vielen Teilen Deutschlands liegt der \*Viehhandel noch fast ausschließlich in den Händen jüd. Viehhändler, die wieder mit großer Dreistigkeit und Aufdringlichkeit auftreten. Der arische Viehhandel kann mit ihnen nicht konkurrieren, weil er nicht kapitalkräftig ist.

Die Erlaubnis zur Einfuhr von Pferden aus Belgien ist behördlicherseits fast ausschließlich an Juden erteilt, was sogar in den ausländischen Nachbarbezirken erhebliches Aufsehen erzeugt haben soll.

Die von dem Herrn Reichssportführer zugestandene uneingeschränkte sportliche Betätigung hat der jüd. Sportbewegung besonderen Auftrieb gegeben.<sup>132</sup> Die dafür maßgebend gewesenen Gründe werden von der Bevölkerung nicht erkannt und geben zu Mißdeutungen Anlaß, zumal die jüdischen Sportverbände auch gemeindliche Einrichtungen (Sportplätze, Turnhallen, Schwimmbäder<sup>133</sup>) benutzen dürfen. [...]

Aus Anlaß der Feier des Saarsieges hatten viele jüd. Geschäfte und Wohnungen von Juden die Hakenkreuzflagge gehißt und dadurch Unruhe in die Bevölkerung getragen. Da nach den nat. soz. Grundsätzen Juden nicht zur deutschen Volksgemeinschaft zählen, halte ich das Zeigen der Hakenkreuzflagge durch sie für unangebracht. Auch kann ihnen die Beflaggung mit der schwarz-weiß-roten Flagge nicht zugestanden werden. Die mir unterstellten Staatspolizeistellen habe ich angewiesen, diese Grundsätze in geeigneter Form durchzusetzen.<sup>134</sup>

Unter den im Saargebiet wohnhaft gewesenen Juden hat das Ergebnis der Saarabstimmung große Bestürzung hervorgerufen. Etwa 1/3 von ihnen, darunter

---

<sup>130</sup> Es ist klar, daß diese „Anregung“ nur eine Anordnung zur Auflösung bedeuten konnte.

<sup>131</sup> Die entsprechende Anordnung von \*Heß kam am 11. April 1935, vgl. Zeittafel.

<sup>132</sup> Vgl. \*Sportvereine, jüdische.

<sup>133</sup> Vgl. \*Badeverbote in öffentlichen Schwimmbädern.

<sup>134</sup> Vgl. \*Flaggengesetzgebung.

50% der zahlungskräftigsten, sollen bereits ins Ausland abgereist sein und auch die Zurückgebliebenen fühlen sich dort nicht besonders sicher. Die Unruhe ist deshalb besonders groß, weil die beiden Großorganisationen, die die Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande als die Grundlage ihrer Tätigkeit bezeichnen, der \*Centralverein jüd. Glaubens und der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, sich im Abstimmungsgebiet unverhüllt für den Status quo eingesetzt hatten. Die Führer dieser Organisationen sind deshalb unmittelbar nach der Abstimmung unter Vorzeigung französischer Pässe nach Frankreich oder Luxemburg gezogen. [...]

In letzter Zeit ist die Beobachtung gemacht worden, daß jüd. Künstler beim Auftreten vor der Öffentlichkeit<sup>135</sup> versuchen, sich in verstärkter Form mit Maßnahmen der Regierung und mit der politischen Lage in Deutschland zu beschäftigen und vor dem meist aus \*Nichtariern bestehenden Publikum durch Mimik und Tonfall absichtlich zersetzende Kritik zu üben. Auch sind Provokationen der staatlichen Behörden dadurch hervorgerufen worden, daß das Einschreiten der Polizei beim unerwünschten Zusammenwirken von arischen und nichtarischen Künstlern zum Gegenstand von Ovationen für die nichtarischen Künstler gemacht wurde.

Ich habe die Staatspolizeistellen angewiesen, darüber zu wachen,<sup>136</sup> daß nichtarische Künstler sich bei ihrem Auftreten jeglicher Anspielung auf innerdeutsche Angelegenheiten enthalten und in Fällen der Zuwiderhandlung aus dem Gesichtspunkt heraus, daß die Einmischung von Nichtariern in deutsche Angelegenheiten keineswegs geduldet wird, die \*Schutzhaft anzuordnen. Wo bei gemeinsamem Auftreten arischer und nichtarischer Künstler Provokationen zu befürchten sind, ist das Auftreten der Künstler sofort zu untersagen. [...]

<551>

◀86▶

Stapostelle Regierungsbezirk Köln  
Bericht für Januar 1935

Köln, 4.2.1935

BArch, R 58/3863

*Juden und Freimaurer*

[...] Die jüdische Sportgemeinschaft, der seitens der Reichssportführung mehr Rechte als bisher eingeräumt worden sind, ist sehr reger. Die jüdischen \*Sportvereine können auch die Sporthallen der Stadt Köln wieder benutzen, um für die Olympischen Spiele<sup>137</sup> im Jahre 1936 zu trainieren. Gerade die jüdische Sportgemeinde fühlt sich stärker als alle anderen jüdischen Organisationen, da sie durch ihre ausländischen Sportfreunde gestützt wird. Daß die Juden im allgemeinen, wenn auch weniger im Gesellschaftsleben, wieder sich hervorwagen, beweisen die jüdischen Zeitungen,<sup>138</sup> die sehr oft Leitartikel enthalten, die zu beanstanden sind. Der Redakteur des jüdischen Gemeindeblattes in Köln wurde in scharfer Form verwahrt und ermahnt, sich in Zukunft einer gemäßigeren Sprache zu bedienen. Der von der Bewegung getragene \*Boycott gegen die jüdischen Geschäfte hat auch in letzter Zeit keine allzu große Wirkung gehabt. Fragt man den Arbeiter, warum er nicht den kleinen christlichen Gewerbetreibenden unterstütze, so hört man, daß er

<sup>135</sup> Vgl. \*Kulturbund, jüdischer.

<sup>136</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>137</sup> Vgl. \*Olympiade Berlin und Rassenpolitik.

<sup>138</sup> Vgl. \*Presse, jüdische.

dort hingeh, wo er am billigsten kaufen könne. Man müsse ihm ein besseres Einkommen geben, dann könne er auch in christlichen Geschäften kaufen. [...] <562>

◀87▶

### Polizeidirektion Nürnberg-Fürth

#### Bericht

Nürnberg, 2.2.1935

CDJC, CCCLXXXI-9

In der Anlage gestatte ich mir die Zusammenstellung der jüdischen Elemente vorzulegen, die nach dem hier angefallenen Material in Nürnberg-Fürth in der kommunistischen bzw. marxistischen Bewegung eine bemerkenswerte Rolle gespielt haben.<sup>139</sup> [...]

*Benario* Rudolf, led. Volkswirt, geb. 2.9.08 Frankfurt/Main, zuletzt wohnhaft Fürth, Moststr. 35/II, Jude, war früher langjähriger Führer der Jungsozialisten und hat während seiner Zugehörigkeit zur Universität Erlangen einen soz. Studentenbund mit der Bezeichnung „Republikanischer Studentenbund, Hochschulgruppe Nürnberg-Erlangen“ gegründet, den er selbst leitete.

Er war später Veranlasser, daß eine Reihe radikaler Jungsozialisten zur KPD übertrat und spielte als Angehöriger der jüdischen kommunistischen Intellektuellengruppe in Nürnberg eine sehr maßgebende Rolle bei der KPD-Bezirksleitung Nordbayern.

Am 6.4.33 wurde er in \*Schutzhaft genommen und in das \*Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Am 13.4.33 wurde er bei einem Fluchtversuch erschossen. <570>

◀88▶

### Regierungspräsident Koblenz

#### Bericht für Dezember 1934 und Januar 1935

Koblenz, 3.2.1935

BArch, R 58/3856

#### *Juden und Freimaurer*

[...] Der stille \*Boycott gegen die jüdischen Geschäfte durch die örtlichen Partei-Organen erhält in den geschlossenen Mitgliederversammlungen der NSDAP und ihren Neben- und Untergliederungen fortgesetzt dadurch neuen Auftrieb, daß die Pg. angehalten werden, jüdische Geschäfte zu meiden. [...]

An verschiedenen Stellen des Bezirks kam es im Laufe des Berichtsmonats zu Ausschreitungen.<sup>140</sup> In mehreren Fällen wurden jüdischen Geschäftsleuten die Fensterscheiben eingeworfen. In Oberbieber (Kreis Neuwied) wurde einem jüdischen \*Viehhändler der Viehwagen in einen vorbeifließenden Bach geworfen. Bedauerlicherweise sind durch diese Vorgänge, ebenso auch bei der Abstellung der oben erwähnten Beschwerden, in einigen Fällen zwischen der PO und den Polizeibehörden bedauerliche Gegensätze entstanden, die vermieden würden, wenn in der \*Judenfrage von der Bewegung und den Staatsbehörden einheitlich vorgegangen würde.

Trotz der zahlreichen von der Partei ergangenen Hinweise, nicht bei Juden zu kaufen, haben alle jüdischen Geschäfte in der letzten Zeit wieder einen verstärkten

---

<sup>139</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>140</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

Zulauf. Aus fast allen Teilen des Bezirks wird übereinstimmend berichtet, daß die Juden im Stillen planmäßig und mit sichtlichem Erfolg bemüht sind, die ihnen verloren gegangenen Wirtschaftsgebiete wieder zurückzuerobern. Insbesondere die Landbevölkerung zeigt für den Boykott des Judentums nach wie vor wenig Verständnis. [...]

<585>

◀89▶

**Senat Lübeck, Innere Verwaltung  
Bericht für 10.11.1934-9.1.1935**

Lübeck, 9.1.1935

BArch, R 58/3893

Die Juden und ihre Organisationen haben in ihrer aktiven Betätigung nicht nachgelassen.<sup>141</sup> Kultur- und sonstige Arbeitstagen lösen einander ab. Zweck und Zielsetzung ist die Erfassung auch des letzten Juden und insbesondere der jüngeren Generation. Um die Außenstehenden ebenfalls unter einen Hut zu bringen, ist beabsichtigt, eine neue Vereinigung zu gründen, worüber aber noch kein Antrag vorliegt.

<586>

◀90▶

**Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg  
Politische und wirtschaftliche Lage**

Würzburg, 8.2.1935

BayHStA, StK 106680

*Allgemeine politische Lage*

[...] In Würzburg und Schweinfurt ist ein Zusammenschließen der Juden in kleinen Zirkeln, wie Frontkämpferbund,<sup>142</sup> Turn- und \*Sportvereine und Klubs, wahrzunehmen.<sup>143</sup> Die \*Überwachung dieser Klubs, die nur aus Juden bestehen, ist dadurch erschwert, daß unter der Judenschaft selbst Vertrauensleute nicht gewonnen werden können. Es kommen immer wieder nicht zu billigende Ausschreitungen gegen Juden vor.<sup>144</sup> Es wurden von der Straße aus gegen die Wohnung des Kurhausbesitzers Nathan Bretzfelder in Bad Kissingen 2 Schüsse abgegeben.<sup>145</sup> Die Schüsse gingen durch die Doppelfenster und den Rolladen und durchschlugen ein Bild auf der gegenüberliegenden Wand. [...]

<594>

◀91▶

**Gendarmerie Schöllkrippen  
Bericht für Januar 1935**

Schöllkrippen, 23.1.1935

StA Wü, LRA Alzenau 339

*[Politische Lage]*

Die allgemeine politische Lage ist ruhig. Die Besorgnis der Bevölkerung, daß es anläßlich der \*Saarabstimmung zu Unruhen kommen werde, ist verschwunden. Die in den einzelnen Ortschaften des Bezirks (Schöllkrippen, Kahl, Laudenschbach, Blankenbach, Krombach u. Eichenberg) anläßlich der Saarabstimmung durchgeführten Umzüge erfreuten sich einer regen Beteiligung aller Schichten der Bevölke-

<sup>141</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>142</sup> Vgl. \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.

<sup>143</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>144</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>145</sup> Vgl. \*Kurorte und Bäder.



rung. Sie sind ohne jeglichen Zwischenfälle verlaufen. Fast sämtliche Juden in Schöllkrippen hatten in der Reichsfarbe schwarz-weiß-rot u. in der Landesfarbe weiß-blau aufgrund des günstigen Abstimmungsergebnisses geflaggt.<sup>146</sup> Hieran hat niemand Anstoß genommen. [...]

<607>

◀92▶

### Gestapa Land Baden

Bericht für Januar und Februar 1935

Karlsruhe, o.D.

BArch, R 58/3035 c

#### *Besonderes*

[...] Wie in den vergangenen Monaten gelangte eine große Anzahl von Personen zur Anzeige,<sup>147</sup> die hetzerische und verleumderische Behauptungen über Partei und Staat aufgestellt haben. Z.T. gelangten diese zur Bestrafung vor das Sondergericht oder die Bezirksämter, z.T. wurde \*Schutzhaftbefehl erlassen, so insbesondere gegen den jüdischen Reisenden Heinrich *Hofsäss* aus Karlsruhe, der sich für berufen hielt, die Hetzpropaganda des Straßburger Senders bei Ausübung seines Gewerbes weiterzuverbreiten. [...]

<614>

◀93▶

### Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin

Bericht für Februar 1935

Berlin, o.D.

BArch, R 58/3035 a

#### *Judenbewegung*

In Judenkreisen ist eine äußerst rege Tätigkeit bemerkbar. So wurde in Berlin eine offenbar gefälschte Rede des Kardinals Faulhaber vervielfältigt und verbreitet.<sup>148</sup> Die angestellten Ermittlungen führten zur Festnahme folgender Personen:

- 1.) Dodeles Ethel, 24.12.02 Budapest geboren,
- 2.) Hohenstein, Rosa geb. Maschkowski, 8.3.81 Sirakowitz geboren,
- 3.) Franke, Julius, 22.6.1877 Kassel geboren,
- 4.) Maschkowski, Willi, 26.6.1890 Sirakowitz/Polen geboren,
- 5.) Hochdorf, Saul, 19.12.1871 Lemberg geboren,
- 6.) Türkischer, Markus, 18.6.1870 Brzezany/Polen geboren.

Als Hersteller der Abschrift der Faulhaber-Rede wurde der zu 6.) genannte Türkischer festgestellt.

T. hatte die Abschrift an den zu 5.) genannten Hochdorf abgegeben, der sie wiederum verfälschte und an die übrigen weitergab, die sie zum Teil wieder vervielfältigten und verbreiteten. Die angebliche Rede dürfte das besondere Interesse der Juden erregt haben, da auch in anderen Teilen Deutschlands die Verbreitung der Rede stattgefunden hat.

Gegen sämtliche Personen ist Schutzhaft verhängt und Haftbefehl erlassen worden. Ein Teil befindet sich im \*Konzentrationslager.

---

<sup>146</sup> Vgl. \*Flaggengesetzgebung.

<sup>147</sup> Zu Anzeigen und Denunziationen vgl. Gellately, *The Gestapo and German Society. Political Denunciation.*

<sup>148</sup> Möglicherweise wurden hier Texte aus den berühmten Advents- und Neujahrspredigten zum Thema „Judentum, Christentum, Germanentum“ verwendet. Vgl. \* Faulhaber.

Wie sicher sich im übrigen die Juden in Deutschland wieder fühlen, geht nicht nur aus der steigenden \*Rückwanderung der ins Ausland geflüchteten Juden hervor, sondern auch insbesondere aus ihrem Verhalten, das täglich anmaßender wird. Sie können und wollen nicht begreifen, daß sie im 3. Reich nur Fremdlinge sind. Ihre Einstellung geht darauf aus, sich langsam wieder in die Volksgemeinschaft einzuschmuggeln. Nichts ist hierfür bezeichnender als folgender Vorgang:

Bei dem Rechtsanwalt Dr. Stern,<sup>149</sup> Charlottenburg, Uhlandstr. 194a wohnhaft, wurden bei seiner Festnahme Schriftstücke gefunden, die sich mit der internen \*Judenfrage beschäftigten. So wurde eine Begründung zum „Entwurf eines Gesetzes über die rechtliche Stellung der Juden in Deutschland“<sup>150</sup> vorgefunden. In dieser wird u.a. gesagt, daß die bestehende Gesetzgebung zwar die Möglichkeit gebe, die Juden aus gewissen Bereichen des öffentlichen Lebens auszugliedern, daß aber keinerlei Bestimmungen darüber vorhanden seien, in wieweit die Juden in das Gefüge des neuen Staatslebens eingegliedert werden sollen. Es müsse also eine positive Gesetzgebung hierüber geschaffen werden. Diese müsse so gestaltet sein, daß sie die jüdische Bevölkerung Deutschlands zwar als andersartige, keinesfalls jedoch als minderwertige Gruppe erkennen ließe. Der Diffamierung der Juden in der Öffentlichkeit und der Wirtschaft müsse unzweideutig von Staats und von Rechts wegen ein Ende bereitet werden. Der Gesetzentwurf bekenne sich daher zu dem Grundsatz der Anerkennung des jüdischen Volkes. [...]

Es mehren sich ferner die Fälle, in denen jüdische Geschäftsführer ihr deutsches Personal geschlechtlich mißbrauchen,<sup>151</sup> Vorgänge, die den Abscheu der Volksgenossen aufs heftigste erregen und immer wieder Anlaß zu empörten Anzeigen geben. Es ist dem mehr und mehr rassistisch denkenden Volke schlechthin unverständlich, daß diesem Treiben von Staatswegen nicht mit drakonischen Maßnahmen Einhalt geboten wird.

Der auf allen Gebieten gesteigerten Tätigkeit der Juden entspricht auch die zunehmende Zahl ihrer Versammlungen, bei denen es ihnen weniger um die Vorträge zu tun ist, wie die darauffolgenden Diskussionen ergaben, als um das straffe Zusammenfassen ihrer Glaubensgenossen.

Im Berichtsmonat haben 3.001 Versammlungen gegenüber 2.500 im Monat Januar stattgefunden, von denen 72 beobachtet wurden.<sup>152</sup> Es ergibt sich demnach ein Tagesdurchschnitt von 100 Versammlungen. [...]

<615>

◀94▶

Stapostelle Regierungsbezirk Hannover  
Bericht für Februar 1935

Hannover, 4.3.1935

BArch, R 58/3035 b

*Juden*

Kennzeichnend für die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber den Juden sind auch in diesem Monat eine Reihe von \*Einzelaktionen gegen jüdische Geschäftsinhaber und \*Warenhäuser. [...]

---

<sup>149</sup> Gemeint ist Heinrich \*Stern.

<sup>150</sup> Der Entwurf stammt aber wohl nicht von Stern, der Mitglied des \*CV war, sondern eher aus den Kreisen der \*Jüdischen Volkspartei; vgl. Kulka, Deutsches Judentum, Nr. 61.

<sup>151</sup> Vgl. \*Rassenschande.

<sup>152</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches, sowie \*Überwachung jüdischer Organisationen.

Die jüdischen Verbände und Vereine entfalten eine immer reger werdende Versammlungstätigkeit,<sup>153</sup> die besonders bei den Jugendverbänden innerhalb der „\*Zionistischen Vereinigung“ und dem „\*Centralverein“ festzustellen ist. So haben im Monat Februar die „Zionistische Vereinigung“ –Ortsgruppe Hannover–6, der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 3, der „\*Israelitische Frauenverein“ 3, der jüdische \*Kulturbund 3, der \*Bund deutsch-jüdischer Jugend 31, die „\*Werkleute“ 27 und die Jugendgruppe \*Agudas Jisroel 1 Versammlungen bzw. Veranstaltungen abgehalten. Die rege Versammlungstätigkeit der Juden und das immer dreister werdende Auftreten werden in der breiten Öffentlichkeit scharf kritisiert.

Die Gegensätze der jüdischen Verbände halten in unverminderter Schärfe an. Besonders scharf treten die Gegensätze zwischen der Zionistischen Vereinigung und dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hervor. [...] Die Auseinandersetzungen zwischen den Zionisten und dem RjF haben dazu geführt, daß die Zionistische Vereinigung ihren Mitgliedern, die gleichzeitig dem RjF angehören, die Zugehörigkeit zum RjF untersagt hat, worauf auch die Mitglieder aus dem RjF ausgetreten sind. [...]

Weiter sind innerhalb der Stadt Hannover in dem letzten Vierteljahr etwa 57 Juden nach \*Palästina ausgewandert. Unter diesen ausgewanderten Juden befinden sich etwa 90% ehemalige nach Deutschland eingewanderte \*Ostjuden. Bemerkenswert ist, daß der jüdische \*Kulturbund in letzter Zeit des öfteren mit musikalischen und geselligen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit tritt, um hierdurch den jüdischen arbeitslosen Künstlern Beschäftigung zu geben. Das Hauptziel dürfte aber die enge Zusammenfassung aller jüdischen Kreise sein.

Bemerkt sei, daß bei der Fülle der jüdischen Veranstaltungen eine ordnungsgemäße \*Überwachung der Versammlungen und Veranstaltungen nicht gewährleistet ist. [...]

<624>

◀95▶

Stapostelle Regierungsbezirk Köln  
Bericht für Februar 1935

Köln, 4.3.1935

BArch, R 58/3035 b

*Juden und Freimaurer*

[...] In allen Kreisen des Regierungsbezirks macht sich infolge der lebhaften Propaganda gegen das Judentum eine starke Aktivität auch der hinter der Regierung stehenden Bevölkerung gegen Juden bemerkbar.<sup>154</sup> In Köln sind mehrfach jüdischen Familien die Fensterscheiben eingeworfen worden. Auch wurden Juden in öffentlichen Lokalen verschiedentlich angegriffen, so daß es zu Auseinandersetzungen kam. Auch auf dem Lande ist es mehrfach zu Sachbeschädigungen jüdischen Eigentums gekommen. Vor wenigen Tagen haben einige Jugendliche in Honnef die \*Synagoge erbrochen [sic], den Kirchenraum verunreinigt und kirchliche Gegenstände beschädigt. [...]

<628>

---

<sup>153</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>154</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

**Stapostelle Regierungsbezirk Minden  
Bericht für Februar 1935**

**Bielefeld, 4.3.1935**

**BArch, R 58/3035 a**

*Juden*

Die Versammlungstätigkeit der Juden ist nach wie vor rege.<sup>155</sup> Noch nie ist das Eigenleben der Juden so stark gewesen, wie zur Zeit. Kultur-, Kameradschafts- und Turnabende finden so häufig statt, daß die notwendige \*Überwachung, bzw. Beobachtung der Veranstaltung immer schwieriger wird. Durch diese Versammlungen gibt man den Juden eine innere Kraft zum Ausharren in dieser Zeit. Indem man ihnen geschichtliche Tatsachen der Vergangenheit vor Augen führt, stärkt man ihnen den Rückhalt. So fordert man die Juden immer wieder auf, wirklich Jude zu sein in der ganzen Haltung. Das Judentum stehe über Blut, Boden und Nation, so sagte kürzlich ein jüdischer Redner in einer Veranstaltung. Unter den Juden wird z.Zt. sehr starke Kritik an dem Gauleiter \*Streicher geübt und zum Ausdruck gebracht, daß sein Verhalten nicht anständig sei.<sup>156</sup> Auch ärgert man sich immer wieder über das Kampflied: „Hängt die Juden, stellt die Bonzen an die Wand.“ Die hiesigen \*Jugendorganisationen sind über das hier bestehende Betätigungsverbot (vergl. Tagesbericht vom 15.12.1934)<sup>157</sup> sehr unzufrieden, weil sie darin eine einseitige Härte erblicken.<sup>158</sup> Staatsfeindliche Bestrebungen konnten den jüdischen Vereinen bisher nicht nachgewiesen werden. Am 3. Februar veranstaltete der \*Kulturbund Deutscher Juden in der \*Synagoge in Bielefeld einen Rezitationsabend mit Frau Edith \*Herrnstadt-Oettingen, Berlin, an dem etwa 250 Personen teilnahmen. Frau H. brachte verschiedene Werke zu Gehör. Der Zweck der Veranstaltung war, jüdische Kultur den Juden vertrauter zu machen und zum anderen, den Zusammenhalt des jüdischen Volkes zu fördern. Durch die Vermittlung der jüdischen Dichtung, die meist auf Verfolgung und Unterdrückung abgestimmt ist, wird erstrebt, das jüdische Volk in der gegenwärtigen Lage aufzurichten und wegweisend für die heutige Zeit zu sein. [...]

<635>

**Landrat Fritzlar-Homberg  
Bericht für Januar und Februar 1935**

**Fritzlar, 19.2.1935**

**Klein, Kassel, S. 315f.**

*Juden, Freimaurer*

Unzuträglichkeiten für die Polizei ergaben sich immer wieder in der \*Judenfrage. Die Parteiinstanzen fühlen sich mit Recht verpflichtet, gegen den Verkehr mit Juden oder gar deren Unterstützung durch deutsche Volksgenossen einzuschreiten. Die örtlichen Instanzen tun dies aber manchmal in einer Form, welche den von der Reichs- und Staatsregierung für die Polizeibehörden erlassenen Bestimmungen zuwiderläuft. Daraus ergeben sich für die Gendarmerie- und kommu-

<sup>155</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>156</sup> Vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 58 vom 31.1.1935: „Die Ehre der deutschen Juden“ – Eine Erklärung der \*Reichsvertretung gegen Julius Streicher.

<sup>157</sup> Liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>158</sup> Vgl. Zeittafel, 10. Februar 1935 sowie in diesem Zusammenhang 26. Februar 1935 (Erlaß der \*Gestapa Karlsruhe).

nalen Polizeibeamten häufig Situationen, die für sie peinlich sind, weil sie, wenn sie für den angeordneten Schutz der Juden eintreten müssen, gegen ihren Willen in den Ruf kommen, \*Judenfreunde zu sein. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, als mir die Staatspolizeistelle seinerzeit bei den Unruhen in Gudensberg Kriminalbeamte zur Verfügung stellte. Auf die Dauer und bei jedem kleinen Fall wird das natürlich nicht möglich sein. Es wäre deshalb zu wünschen, daß vielleicht zwischen Reichsregierung und Partei grundsätzliche Vereinbarungen über die Behandlung der Judenfrage getroffen würden, die dann auch bis zum Ortsgruppenleiter und Blockwart herunter eingehalten werden müßten. [...]

<673>

◀98▶

**Polizeidirektion Augsburg  
Bericht für Februar und März 1935**

**Augsburg, 1.4.1935**

**BayHStA, StK 106697**

*Juden und Freimaurer*

[...] Die israelitische \*Kultusgemeinde Augsburg hielt bisher alle 4-6 Wochen Verwaltungs- und Ausschußsitzungen in der \*Synagoge ab, die stets von etwa 20 Personen besucht waren. Eine polizeiliche Genehmigung hierzu wurde bisher in keinem Falle eingeholt.<sup>159</sup> Die Polizeidirektion hat nun, nachdem sie von der Abhaltung dieser Sitzungen durch eine überraschende Kontrolle Kenntnis erhielt, gegen den Einberufer dieser Sitzungen, den jüd. \*Rechtsanwalt Dr. Eugen Strauß, geb. 24.6.79 in Ulm/D. wohnt hier Alexanderstr. 17, Strafanzeige wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat v. 28.2.33<sup>160</sup> erstattet.

<692>

◀99▶

**Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin  
Bericht für März 1935**

**Berlin, o.D.**

**BArch, R 58/3037 a**

*Emigranten und Juden*

[...]

*Judenbewegung*

Die Juden haben ihre alte Sicherheit wiedergefunden, was sich in ihrem Verhalten deutlich zeigt. [...]

Eheschließungen zwischen \*Ariern und \*Nichtariern nahmen auch im Berichtsmonat ihren Fortgang. Das Volk erwartet dringend eine baldige gesetzliche Regelung dieser Frage zur Verhinderung weiterer \*Rassenschändungen. [...]

Wie die Juden um ihr Verbleiben in Deutschland bemüht sind, läßt der Bericht über eine am 27.3.35 in der Rosenstraße 2/4 stattgefundene Versammlung des Kuratoriums der Deutschen Juden<sup>161</sup> erkennen. Der Leiter dieser Versammlung, Dr. \*Jacobson, führte aus, daß auf Grund des \*Arierparagraphen sich das jüdische Archiv genötigt sehe, seinerseits ebenfalls die jüdische Rasse und Familiengeschichte vollständig in einem Archiv niederzulegen. Auf Grund eines von ihm vorgelesenen Berichts

---

<sup>159</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>160</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>161</sup> Gemeint ist das \*Gesamtarchiv der deutschen Juden.

brachte er den Anwesenden zur Kenntnis, daß bereits Anweisung an die Reichs- und Landesleitung der Juden<sup>162</sup> ergangen sei, das Archiv in jeder Weise zu unterstützen. Eine große Anzahl der Landesleitungen<sup>163</sup> sei dieser Bitte bereits nachgekommen und habe sehr brauchbares Material eingesandt. Zu dem Gesamteindruck der abgehaltenen Versammlung muß folgendes gesagt werden: Das Kuratorium bzw. der Archiv-Leiter machen die größten Anstrengungen, um aus den jeweiligen Gemeindebüchern und Standesämtern die Unterlagen zu erlangen, aus denen die Einwanderung der ersten Juden nach Deutschland ersichtlich ist. Besonderen Wert wird auch auf die Inschriften von Grabsteinen gelegt, um auch hierdurch dem Archiv das Material zuzuführen, welches es für die Einwanderung der Juden nach Deutschland benötigt. [...]

Zu der Behandlung der \*Judenfrage ist zusammenfassend zu sagen:

Es scheint dringend geboten, bei der den Juden gegenüber einzuschlagenden Politik mehr als bisher den Standpunkt der Partei zu beachten, damit Staat und Bewegung hierbei nicht in einen Zwiespalt geraten, der das Vertrauen des Volkes beiden gegenüber allmählich erschüttern müßte. [...] <694>

#### ◀100▶

##### Stapostelle Regierungsbezirk Erfurt Bericht für März 1935

Erfurt, 4.4.1935

BArch, R 58/3037 b

##### *Konfessionelle Bewegungen Katholische Aktion*

[...] Wöchentlich finden für die katholischen Jugendlichen mehrere Heimabende statt, in denen in versteckter Form immer wieder versucht wird, die Jugend in ein gegensätzliches Denken zur Rassenlehre des Staates zu bringen.<sup>164</sup> Die Geistlichkeit hat die Gefahr klar erkannt, daß mit dem immer mehr in den Vordergrund tretenden Rassedanken und Blutsgefühl die katholische Lehre stark gefährdet wird. Sie versucht daher mit allen Mitteln und unter Androhung aller biblischen Strafen das vernunftmäßige Denken ihrer Zöglinge über Blut und Rasse von der religiösen Seite aus zu unterbinden. [...]

In letzter Zeit ging die katholische Geistlichkeit dazu über, in den Kirchen u.a. auch Rassefragen zu behandeln. Geistliche Wanderredner des Jesuitenordens zogen von Ort zu Ort und hielten in den Kirchen Vorträge der vorgenannten Art. [...] <698>

#### ◀101▶

##### Stapostelle Regierungsbezirk Münster Bericht für März 1935

Recklinghausen, 4.4.1935

BArch, R 58/3037 c

##### *Kirchenpolitik Evangelische Kirche*

[...] Die Bekenntnissynode<sup>165</sup> in Westfalen hat die Kirchengewalt fast ausschließlich in ihrer Hand. Die Mitglieder der \*Deutschen Christen in den Presbyte-

---

<sup>162</sup> Gemeint sind die \*Reichsvertretung der deutschen Juden und die Leitung des Preußischen \*Landesverbandes jüdischer Gemeinden.

<sup>163</sup> Gemeint sind die Leitungen der \*Landesverbände jüdischer Gemeinden.

<sup>164</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>165</sup> Vgl. Bekennende Kirche.

rien werden nunmehr aufgefordert, sich zur \*Bekennnisfront zu bekennen und den \*Arierparagraphen fallen zu lassen. Im Falle der Weigerung werden sie einfach ihrer Ämter enthoben. [...]

*Wirtschafts- und Agrarpolitik*

[...]

*Industrie*

[...] Aus Bocholt wird noch folgendes berichtet:

„Das Verbot über das Hissen der Reichsflagge durch Juden<sup>166</sup> hat unter den Gefolgschaften der hiesigen jüdischen Textilbetriebe starken Unwillen hervorgerufen. Die Gefolgschaften, die bis zu 99% \*arischer Abstammung sind, können es nicht verstehen, daß diese Betriebe die Reichsflagge nicht hissen dürfen. Wenn das Verbot am 1. März dieses Jahres aufrecht erhalten worden wäre, hätten sich die Gefolgschaften der jüdischen Betriebe geweigert, an dem Saarbefreiungsumzug teilzunehmen.<sup>167</sup> Die Gefolgschaften hoffen immer noch, daß dieses Verbot rückgängig gemacht wird.“ [...]

<711>

◀102▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Wiesbaden  
Allgemeine Übersicht**

**Frankfurt/M., 5.4.1935**

**BArch, R 58/3037 b**

*Juden und Freimaurer  
Juden*

In der \*Judenfrage ist eine zunehmende Dreistigkeit in der jüdischen \*Presse zu beobachten, die sich vornehmlich in der (manchmal recht viel Frechheit erkennen lassenden) Kommentierung von behördlichen Erlassen und von Ausführungen führender Personen der Partei zeigt.

Die im Vormonat berichtete Anordnung, daß bei jüdischen Versammlungen<sup>168</sup> in jedem Falle der zum Vortrag kommende Stoff im Wortlaut in zweifacher Ausfertigung einzureichen ist,<sup>169</sup> hat zwar eine leichte Eindämmung der Versammlungswelle als Folge zu verzeichnen, doch scheuen die Juden auch diese Mühe nicht, ihre gesteigerte Vereinstätigkeit fortzusetzen. \*Überwachung der jüdischen Veranstaltungen wird nach wie vor durchgeführt.

Entsprechend den Anordnungen, daß den sportlichen Veranstaltungen (in Hinblick auf die \*Olympiade) weitgehendst Entgegenkommen gewährt werden soll, wurde eine am 10.3.1935 im Frankfurter Stadion stattgefundene Sportveranstaltung des jüdischen Sportverbandes „\*Bar Kochba“ nicht verboten.<sup>170</sup> Sie verlief ohne Zwischenfälle.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Judenschaft versucht, die wirtschaftliche Verarmung und die Abdrängung von den \*arischen und staatlichen Bildungsstätten wie überhaupt von kultureller Beteiligung außerhalb ihres Kreises durch eine geistige und seelische Erstarkung ihrer jüdischen Weltanschauung wett zu machen.

---

<sup>166</sup> Vgl. Zeittafel, 12. Februar 1935 sowie \*Flaggengesetzgebung.

<sup>167</sup> Vgl. \*Saarabstimmung.

<sup>168</sup> Vgl. \*Vereinstätigkeit, jüdische.

<sup>169</sup> Vgl. Zeittafel, Februar 1935.

<sup>170</sup> Vgl. \*Sportvereine, jüdische.

Dies läßt sowohl die Schülerzahl der jüdischen mittleren und höheren Schulen<sup>171</sup> wie auch die Veranstaltungen von Vortragszyklen und dergleichen<sup>172</sup> erkennen.

Aus den Landkreisen wird berichtet, daß der jüdische \*Viehhändler nach wie vor mit den Bauern seine Geschäfte macht. Teilweise ist der Einfluß der jüdischen Händler bei den Bauern in starkem Anwachsen. Die Juden zahlen Viehpreise, die über dem regulären Satz liegen. Im Zusammenhang damit erscheint es nicht allzu auffallend, daß die Juden auf dem Lande auch wieder in verstärktem Maße an Tanzlustbarkeiten und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen <721>

◀103▶

**Regierungspräsident Osnabrück**  
**Bericht für Februar und März 1935**  
(„Lagebericht“)

Osnabrück, 2.4.1935

BArch, R 58/3930

*Opposition (Schwarze Front), Tannenbergbund usw.*

[...] Der \*Ludendorff-Verlag veranstaltete am 18. März 1935 in einem Lokale der Stadt Osnabrück einen von etwa 300 Personen besuchten Vortragsabend, an dem Rudolf Schmidt, Hannover, über das Thema „Rom-Juda und die deutsche Gotterkenntnis“ sprach. Seine Ausführungen richteten sich gegen den seelischen jüdischen Imperialismus und seine angebliche Unterstützung durch die christliche Religion, insbesondere durch die katholische Kirche.<sup>173</sup> [...]

*Juden, Freimaurer*

Die rege Vereins- und Vortragstätigkeit der Juden wurde fortgesetzt.<sup>174</sup> So fand in Osnabrück ein Lichtbildervortrag der hiesigen Ortsgruppe des Kulturbundes deutscher Jugend<sup>175</sup> statt. Es sprach Meyer-Michael, Rheda, über Rembrandts jüdische Gestalten. In einer anderen Veranstaltung der jüdischen Gemeinde in Osnabrück rezitierte der ehemalige Schauspieler am Deutschen Theater in Berlin Meinhard Maur Dichtungen von Goethe, Herder, Heine und Nietzsche. Ferner las er verschiedene Kapitel aus der Bibel in altjüdischer Fassung vor. Den Schluß des Vortrages bildeten Rezitationen verschiedener Dichter und Philosophen, die die Vaterlandsliebe der Juden dartun sollten. [...] <734>

◀104▶

**Regierungspräsident Oppeln**  
**Bericht für Februar und März 1935**

Oppeln, 2.4.1935

BArch, R 58/3926

*Juden und Freimaurer*

Während die \*Freimaurer-Bewegung ohne jede Bedeutung ist, sind die Juden nach wie vor in ihrer Vereinstätigkeit außerordentlich rege,<sup>176</sup> ohne daß sie jedoch

---

<sup>171</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>172</sup> Vgl. \*Kulturbund, jüdischer sowie \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung.

<sup>173</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>174</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>175</sup> Richtig: \*Kulturbund deutscher Juden.

<sup>176</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.



Anlaß zum staatlichen Einschreiten gegeben hätten. Sie halten sich geschickt im Rahmen der ihnen durch das Genfer Abkommen<sup>177</sup> gezogenen Grenze.

Die Minderheitsbeschwerdefälle<sup>178</sup> haben sich nicht übernormal vermehrt.

<735>

◀105▶

**Bürgermeister Anträge  
Politischer Lagebericht**

Anträge, 19.3.1935

StA Ms, Polit. Polizei III. Reich, 348

*Judentum*

[...] Ein junger Friseur, der im Barbiergeschäft Münstermann als Leiter tätig ist, steht wegen des dort herrschenden regen Verkehrs der ansässigen Juden und deren zuvorkommenden Bedienung stark im Geruche der Judenfreundlichkeit.<sup>179</sup> Eines Morgens war ihm das Firmenschild nebst Messingteller vor dem Geschäft entfernt und einem unfern wohnenden Juden vor dem Hause angebracht worden. Handelt es sich hier wie bei vielen anderen kleinen Begebenheiten nur um einen Schabernack, so ist die Wirkung drastisch und gut und es bleibt bei dem einfachen Manne besser haften, wie mancher tiefgründige Vortrag über Deutsche und Gastvolk. <742>

◀106▶

**Gendarmerie Wehrda  
Bericht für 22.3.1935**

Neukirchen, 23.3.1935

HStA Wi, Abt. 483 Nr. 6752

Am 22. März 1935, um 19.20 Uhr, erhielten wir in der Wohnung die telefonische Nachricht, daß dortselbst [sic] ein Überfall auf die \*Synagoge stattgefunden habe. Gend. Hauptwachtm. Wolf und ich begaben uns sofort nach Rhina, wo wir feststellten: als gegen 18.45 Uhr, nach Beendigung des jüdischen Gottesdienstes, die ersten Personen die Synagoge durch die Haupttür, welche an der Straße liegt, verließen, drangen plötzlich etwa 15 bis 20 Personen, die, verkleidet und schwarz maskiert, mit Gummiknüppeln ausgerüstet waren, in die Synagoge und schlugen blindlings auf die männlichen Juden ein.<sup>180</sup> Hierbei wurden folgende Personen: Nathan Nußbaum, Jakob Katzenstein, Sally Klebe, Isaak Katzenstein, Moses Blumenthal, Samuel Buxbaum, Hermann Wetterhahn, Jakob Klebe, Issak Oppenheim, Moses Bacharach u. Siegfried Oppenheim, zum Teil leicht und schwer verletzt. [...] <753>

---

<sup>177</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz, Oberschlesien.

<sup>178</sup> Vgl. \*Bernheim-Petition.

<sup>179</sup> Vgl. \*Judenknecht.

<sup>180</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

**IV.**  
**„Die neue antisemitische Welle“**  
**und die Nürnberger Gesetze**  
(April – Dezember 1935)

◀107▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Aachen**  
**Bericht für April 1935**

**Aachen, 8.5.1935**

**GSStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,2**

*Allgemeines*

[...] Im Berichtsmonat konnte man weiterhin beobachten, daß sich auch im hiesigen Gesamtbezirk eine starke judenfeindliche Stimmung bemerkbar machte, die sich vor allem durch Beschmieren der jüdischen Geschäfte mit Karikaturen und Aufschriften äußerte.<sup>1</sup> [...] <757>

◀108▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf**  
**Gesamtübersicht über die politische Lage**

**Düsseldorf, 5.5.1935**

**GSStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,5**

*Juden und Freimaurer*  
*Juden*

[...] Die Angriffe, denen die Juden in der Berichtszeit durch ausgehängte \*Plakate, Beschriftungen einzelner Geschäfte usw. ausgesetzt waren, haben sie anscheinend in ihrer bisherigen Rührigkeit merklich beeinträchtigt. Man hat den Eindruck, als ob sie z.Zt. alles vermeiden wollen, was weiterhin die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sie lenken würde. Die \*Boycott-Maßnahmen gegen die Juden haben allenthalben wieder zugenommen, so z.B. wurden in den letzten Wochen in Oberhausen wiederholt von unbekanntem Tätern auf Bürgersteigen jüdischer Geschäfte antijüdische Parolen geschrieben und geklebt. [...] <764>

◀109▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Breslau**  
**Übersicht für die Staatspolizeistellen Breslau, Liegnitz und Oppeln<sup>2</sup>**

**Breslau, 5.5.1935**

**GSStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 11,2**

*Juden und Freimaurer*

[...] In Breslau setzte die „NS-Schlesische Tageszeitung“ in den Monaten März und April 1935 ihre Artikelreihe unter dem Motto: „An den Pranger“ fort. Namen und Adressen \*arischer Frauen und Mädchen, welche mit Juden intimen Verkehr pflegen, wurden hier aufgeführt.<sup>3</sup> Uniformierte \*SA-Männer trugen Plakate durch die Stadt, welche die Namen der Frauen und Juden veröffentlichten. An der Stauensäule am Ring sind die Personalien außerdem angeschlagen worden und wurden von SA-Leuten bewacht. Im Großen und Ganzen sind diese Maßnahmen von arischer Bevölkerung begrüßt worden. Es darf gesagt werden, daß die Bevölkerung

---

<sup>1</sup> Vgl. \*Einzelaktionen sowie \*Schilder, antijüdische.

<sup>2</sup> Der Bericht befaßt sich mit den beiden Provinzen Nieder- und Oberschlesien.

<sup>3</sup> Vgl. \*Rassenschande.

rassisch mehr sehen lernt und die Abneigung gegen das Judentum zunimmt, unterstützt dadurch, daß der „\*Stürmer“ von den einzelnen NSDAP-Ortsgruppen in den Stadtteilen öffentlich angeschlagen wird. [...] <763>

◀110▶

**Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin**  
**Bericht für April 1935**

Berlin, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 1

*Emigranten und Juden*  
*Judenbewegung*

[...] a) Der Jude Sally *Hollaender* Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 26 wohnhaft, hat unter dem 19.4.1935 an das 156. Pol. Revier folgenden Brief eingesandt:

„Angesichts der täglichen Schändungen der Ehre des jüdischen Namens in der deutschen Öffentlichkeit ziehe ich meinen Antrag auf Verleihung des Kriegsehrenkreuzes hiermit zurück und bitte um gelegentliche Rücksendung meines dort eingereichten Kriegsstammrollenausuges in beiliegendem Freiumschatz.“

Hochachtungsvoll, ergebenst

gez. Sally H.

Garde Ufffz. des alten Friedens-u.Ufff.

des Frontheeres 1914–18.“

Hollaender wurde in \*Schutzhaft genommen.

[...] Im Laufe der Zeit haben sich in Bezug auf die Judenversammlungen Schwierigkeiten ergeben, die einer Regelung bedürfen.<sup>4</sup> Ein großer Teil der Versammlungen findet in Privatwohnungen statt. Beamte, die solche Zusammenkünfte dienstlich beobachten, verlassen nach Schluß der Versammlung die Wohnung, während die Teilnehmer dort verbleiben, um in anderen Räumen angeblich noch Tee einzunehmen. Es besteht hier der Verdacht, daß diese anschließenden Teeabende illegalen Zwecken dienen. Beim Verlassen der Wohnung ist oft das Haus verschlossen, so daß der Beamte die Juden noch bitten muß, ihn aus dem Hause zu lassen. Dem Ansehen der Staatspolizei sind derartige Vorgänge nicht dienlich, auch läßt sich eine genügende Überwachung derartiger Versammlungen nicht durchführen. Es ist deshalb vorgesehen, die Versammlungen in Privatwohnungen allgemein einzuschränken. [...] <761>

◀111▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Frankfurt/O.**  
**Tagesbericht**

Frankfurt/O., 4.5.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 2,3

*Juden*

Die Vereins- und Versammlungstätigkeit hat im Berichtsmonat nachgelassen.<sup>5</sup> In einer vom Vorstand der \*Synagogengemeinde in Küstrin am 20. März 1935 einberufenen Versammlung hat der frühere Frankfurter \*Rechtsanwalt Dr. Landau, jetzt jüdischer Wanderredner und Inhaber einer Rechtskanzlei in Frankfurt/Oder, ausgeführt, der wöchentliche Ruhetag sei vor 3.000 Jahren von den Juden einge-

<sup>4</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen und Versammlungen.

<sup>5</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

führt und von anderen Völkern nachgeahmt worden. In Deutschland gebe es einen Ruhetag erst seit Einführung der Reichsgewerbeordnung. Alle großen Männer des Morgen- und Abendlandes hätten aus der jüdischen Religion geschöpft. Der Jude, der dem großen Römerreiche Widerstand geleistet habe, sei auch in verschiedenen Kriegen ein tapferer Soldat gewesen. Andere große Völker, wie Ägypter, Babylonier, Griechen und Römer seien zu Grunde gegangen, ihre Kultur sei vergangen, nur das jüdische Volk sei nicht untergegangen und werde niemals untergehen. Es habe große Revolutionen überlebt und würde auch diese Revolution überleben, die Juden könnten stolz erhobenen Hauptes einhergehen, weil sie eine große Vergangenheit hätten. Sie sollten zusammenhalten und zusammenstehen im Geiste ihrer alten jüdischen Religion, die immer befruchtend auf andere Völker gewirkt habe.

Dem vorgenannten Juden wird in Zukunft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen, zumal seine Ausführungen geeignet sind, dem internationalen Judentum, das sich heute noch in Deutschland aufhält, erheblich den Rücken zu stärken. [...]

<766>

◀112▶

Stapostelle Regierungsbezirk Köln  
Bericht für April 1935

Köln, 4.5.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,8

*Juden*

Im verflossenen Monat hat im Bezirk Köln eine verschärfte antijüdische Propagandawelle<sup>6</sup> eingesetzt, die zahlreiche \*Einzelaktionen mit sich gebracht hat. In zwei Wochen sind Fensterscheiben im Werte von etwa 20.000 RM. eingeschlagen bzw. eingeworfen worden. Wiederholt sind während der Nachtstunden jüdische Geschäftshäuser bzw. Schaufenster mit Ölfarbe und Mennig beschmiert worden. [...]

Dem allgemeinen gesellschaftlichen Leben halten sich die Juden fern. Sie sind dazu übergegangen, in ihren eigenen Heimen Gesellschaftsabende abzuhalten und Hausmusik zu pflegen.<sup>7</sup> Öffentliche Veranstaltungen finden nicht mehr wie bisher in den verschiedensten hiesigen Lokalen, sondern ausnahmslos in der Rheinlandloge<sup>8</sup> statt. Man beabsichtigt, die Bühne der Rheinlandloge zu vergrößern und den Saal so umzubauen, daß die Platzfrage besser als bisher geregelt wird. Der jüdische \*Kulturbund hat seine Konzerte von der Bürgergesellschaft in die \*Synagoge verlegt, um keinen Angriffen ausgesetzt zu sein. [...]

<770>

◀113▶

Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg  
Bericht für April 1935<sup>9</sup>

Königsberg, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 6,2

*Juden und Freimaurer*

[...] Die jüdische \*Gemeinde Königsberg hat, nachdem sie auf ihren Antrag

<sup>6</sup> Vgl. Zeittafel, Februar 1935.

<sup>7</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>8</sup> Vgl. \*Bne Brith.

<sup>9</sup> Der Bericht befaßt sich mit der gesamten Provinz Ostpreußen, also auch mit den Regierungsbezirken Allenstein, Gumbinnen und Marienwerder.

von der Regierung die Konzession für eine 8klassige Volksschule erhalten hat, mit Beginn des Schuljahres 1935 eine eigene Volksschule eröffnet.<sup>10</sup> Die Schule ist in der hiesigen neuen \*Synagoge untergebracht. Es nehmen zur Zeit etwa 80 Kinder an dem Unterricht teil. Leiter der Schule sind der Lehrer Franz \*Kälter und der Lehrer Neon<sup>11</sup> \*Nussbaum. Offizieller Träger der neugegründeten jüdischen Schule ist die hiesige jüdische Gemeinde; finanziert wird sie von der \*Reichsvertretung in Berlin und von einem in Gründung begriffenen Königsberger jüdischen Schulverein. [...]

*Antisemitische Kundgebungen*

[...] Von jüdischer Seite ist Beschwerde über ein \*Plakat geführt worden, welches in Christburg, Kreis Stuhm, in den beiden Aushängekästen der NSDAP angebracht war. Die Plakate hatten folgenden Inhalt:

„Es nähert sich die Zeit des jüdischen Passahfestes<sup>12</sup>, an dem eine jüdische Sekte zu ihren abergläubischen Gebräuchen Christenblut braucht.<sup>13</sup> In der litauischen Stadt Tauroggen ist vor einigen Tagen ein Mädchen abgeschlachtet worden. Daß diese Sekte auch in Deutschland besteht, haben die Fälle in Konitz und Marienburg (im Jahre 1917) gezeigt. Gefährdet sind besonders Kinder und Jugendliche, die hiermit gewarnt werden.“<sup>14</sup>

Das Plakat ist vom Ortsgruppenleiter der NSDAP in Christburg unterzeichnet. Eine Entfernung des Plakats hat nicht stattgefunden, weil hierdurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht gestört worden ist und eine Störung auch nicht zu befürchten war. Nach einem Bericht der Ortspolizeibehörde in Wormditt wurde in der Nacht vom 13. zum 14.4.35 die Synagoge, die Häuser und Schaufenster von jüdischen Geschäftsleuten mit großen Inschriften antisemitischen Inhalts versehen.<sup>15</sup> Die Täter sind unbekannt.

Am 11. April sind in Allenstein Schaufenster jüdischer Inhaber durch Steinwürfe zertrümmert worden. In Johannsburg wurde die etwa in 3 mtr. Höhe auf Segeltuch angebrachte Firmenbezeichnung jüdischer Geschäfte heruntergerissen und die Schaufenster zertrümmert.

Die Äußerungen des kath. Geistlichen Dobberstein hatten die Bevölkerung in eine derartige Erregung versetzt,<sup>16</sup> daß es am 11.4.1935 zu spontanen Protestkundgebungen kam. Einzelne Gruppen von Volksgenossen bewegten sich durch die Straßen und stießen Rufe aus, wie:

„Nieder mit Dobberstein, diesem Jesuiten, diesem Landesverräter, nieder mit der \*Freimaurerei, Juda verrecke.“ Bei dieser Demonstration sind in fast allen jüdischen Geschäften Schaufenster eingeschlagen worden. Die Ermittlungen nach den Tätern sind eingeleitet.

---

<sup>10</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>11</sup> Richtig: Leo.

<sup>12</sup> Vgl. \*Pessach.

<sup>13</sup> Vgl. \*Schändung religiöser Symbole der Juden.

<sup>14</sup> Vgl. \*Ritualmord. Zur Ritualmordbeschuldigung in Tauroggen, vgl. Der Gelbe Fleck, S. 46f. Von Konitz ist eine Ritualmordbeschuldigung im Jahre 1900 (und nicht 1917) bekannt, vgl. EJ, EJE, UJE. Die Beschuldigung von Marienburg ist nicht bekannt.

<sup>15</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>16</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

Die \*SA in Schillehnen, Kreis Pillkallen, hat durch Anbringen von \*Tafeln an verschiedenen Stellen des Ortes unter Aushängung des Kampfblattes „Der \*Stürmer“ die deutsche Bevölkerung aufgefordert, nicht bei den Juden zu kaufen.<sup>17</sup>

In der gleichen Weise hat die NS-Hago in Malwischken, Kreis Pillkallen, durch ihren Ortsgruppenleiter in der Dorfstraße eine Anschlagtafel mit der Aufschrift: „Wer bei Juden kauft, ist ein Volksverräter“, „die Juden sind unser Unglück“ angebracht und darunter das Kampfblatt „Der Stürmer“ zum Aushang gebracht.

An den Hauptstellen der Stadt Treuburg sind Tafeln angebracht worden, die folgende Aufschrift trugen: „Der Aufenthalt von Juden und Freimaurern in dem Bezirk ist unerwünscht! Treuburg, im September 1934. Der Bürgermeister.“ Es handelt sich hierbei um Tafeln, die bereits im September 1934 für einige Stunden angebracht waren und dann auf höhere Weisung entfernt werden mußten. <771>

#### ◀114▶

### Stapostelle Regierungsbezirk Minden Bericht für April 1935

Bielefeld, 4.5.1935

BArch, R 58/3709

#### Juden

[...] Der Zusammenhalt zwischen den Juden ist in der letzten Zeit immer stärker geworden. Man verstärkt den Zusammenhalt vor allem durch besondere Pflege der Kulthandlungen, um so wieder mehr zum jüdischen Volkstum zurückzugelangen. Bemerkenswert ist im Rahmen dieser Bestrebungen, daß von der hiesigen jüdischen \*Gemeinde ein besonderes Passahmahl<sup>18</sup>, das bekanntlich sonst in den Familien gefeiert wird, für die Juden veranstaltet wurde, die keine familiären Bindungen haben, bzw. im Elternhause aus besonderen Gründen keine Möglichkeit zum Einnehmen dieses Mahles haben. [...] <777>

#### ◀115▶

### Regierungspräsident Stettin Bericht für März und April 1935

Stettin, 10.5.1935

BArch, R 58/3966

#### Juden

[...] Wie bereits im letzten Lagebericht<sup>19</sup> mitgeteilt wurde, besteht seit längerer Zeit eine energische Propagandaaktion der NSDAP gegen die jüdische Gefahr. Sie hat wohl zu wiederholten öffentlichen Demonstrationen der Bevölkerung geführt. Immer häufiger kamen in der Berichtszeit Nachrichten darüber, daß Schaufenster jüdischer Geschäfte und Häuser und Bürgersteige beklebt und bemalt, manchmal sogar Schaufenster eingeworfen wurden.<sup>20</sup> Erst in neuester Zeit wurden 28 Fenster einer \*Synagoge in Pyritz zertrümmert. Um Gewalttätigkeiten gegen Juden selbst zu vermeiden, hat sich der Polizeipräsident in Stettin mit der Kreisleitung der NSDAP mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die unvermeidlichen Rechtsfolgen in Verbindung gesetzt. [...] <812>

---

<sup>17</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer.

<sup>18</sup> Vgl. \*Pessach.

<sup>19</sup> Vgl. <660>.

<sup>20</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

◀116▶

**Regierungspräsident Wiesbaden  
Politischer Lagebericht**

Wiesbaden, 30.4.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 4,3

*Juden, Freimaurer*

Die Judenschaft versucht, die wirtschaftliche Verarmung und die Abtrennung von den \*arischen und staatlichen Bildungsstätten wie überhaupt von kultureller Beteiligung außerhalb ihres Kreises durch eine geistige und seelische Erstärkung ihrer jüdischen Weltanschauung wettzumachen. Dies lassen sowohl die wachsende Schülerzahl der jüdischen mittleren und höheren Schulen,<sup>21</sup> wie auch die zahlreichen Veranstaltungen, Vorträge und dergl. erkennen.<sup>22</sup>

Der Einfluß der jüdischen Händler bei den Landwirten und Bauern ist im starken Wachsen. Vielfach macht sich auf dem platten Lande der restlose Ankauf des verfügbaren Schlachtviehes durch Juden, welche über den regulären Satz liegende Preise bieten, bemerkbar. Der jüdische Anteil im \*Viehhandel auf dem Lande wird teilweise bis zu 80% geschätzt. Die Abwehrmaßnahmen gegen den wirtschaftlichen Einfluß des Judentums haben sich im Berichtsabschnitt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten gehalten. [...]

<814>

◀117▶

**Gendarmerie Unsleben  
Bericht für 13./14. April 1935**

Unsleben, 14.4.1935

StA Wü, LRA Bad Neustadt 21907

In der Nacht vom 13./14. April 1935 wurde ein Fenster der \*Synagoge in Eichenhausen mittels Wurf von Steinen beschädigt.<sup>23</sup> In der Synagoge wurden 2 faustgroße Steine vorgefunden. Das Fenster besteht aus 6 abgeteilten Scheiben, wovon 4 vollständig zertrümmert wurden. Jede Scheibe ist 35 x 50 cm groß. Der verursachte Schaden beträgt etwa 4 RM. Wer die Tat verübte, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden, es wird aber ein politischer Hintergrund vermutet. [...]

Des weiteren wurde bei dem I. Bürgermeister Gottfried Steinmüller in Eichenhausen in der fraglichen Nacht an dessen Hoftor das Wort: „Jüdling“ mit der bezeichneten Schmiere angemalt.

Bei dem II. Bürgermeister und Schweinehändler Josef Behrmann von Eichenhausen wurden an das Hoftor die Worte: „\*Judenknecht und Volksverräter“ angeschrieben.

Bei dem Landwirt Otto Schmitt von Eichenhausen war an dem Scheunentor, welches der Ortsstraße zugekehrt ist, das Wort: „Judas“ angemalt.

Bei dem led. Landwirt Eustach Moritz von Eichenhausen war das Wort: „Judenknecht“ angeschrieben, und ebenfalls bei dem Landwirt und Ortsbauernführer Alois Stahl von Eichenhausen das Wort: „Judenknecht“.

Desgleichen war das Tor des Landwirtes Rudolph Ullrich von Eichenhausen mit den Worten: „Judenknecht u. Volksverräter“ beschrieben.

---

<sup>21</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>22</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>23</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

Die Schmiere und Schrift bei den 6 letztgenannten Personen ist die gleiche wie bei den bezeichneten Judenfamilien. Auch hier dürfte es sich um die gleichen Täter handeln.

In der Ortschaft Eichenhausen herrscht eine starke Empörung darüber, daß man die Hof- und Scheunentore der nichtjüdischen Familien mit Judenknechte und Volksverräter beschmierte.

Bemerkt werden muß, daß gerade die 6 Familien ehrliche und anständige Menschen sind und als staatserhaltend [sic] bezeichnet werden.

Steinmüller, Behrmann, Ullrich und Stahl sind Mitglieder der NSDAP. [...]

<834>

◀118▶

**Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin  
Allgemeine Übersicht**

Berlin, 13.6.1935

BArch, R 58/3038 a

*Judenbewegung*

Das herausfordernde Verhalten der Juden hat im Berichtsmonat eine weitere Steigerung erfahren und in verschiedenen Fällen zu einer Selbsthilfe der Bevölkerung geführt.<sup>24</sup> Es macht sich allgemein eine starke antisemitische Welle bemerkbar,<sup>25</sup> zu Schwierigkeiten ist es verschiedentlich gekommen, wenn seitens der Schutzpolizei eingeschritten wurde. Derartige Vorkommnisse sind geeignet, das Vertrauen zu den Organen des Staates zu erschüttern. Die uniformierte Polizei wird daher der Auffassung der Bevölkerung in weitgehendem Maße Rechnung tragen müssen. [...]

Die Judenvereinigung „\*Hechaluz“ veranstaltet regelmäßig Schulungsabende zwecks Vorbereitung der in Deutschland wohnenden Glaubensgenossen für die Niederlassung in \*Palästina.<sup>26</sup> Die Schulung soll in der Erteilung \*hebräischer Sprachunterrichts und Vorträgen über Palästina bestehen.

Gelegentlich der Kontrolle<sup>27</sup> eines solchen Schulungsabends wurde festgestellt, daß von den 8 zur Anmeldung gelangten Vorträgen über bestimmte Themen fast keiner, wie angemeldet, gehalten wurde. An deren Stelle wurden in 4 Fällen über die geographische Lage Palästinas gesprochen. Ferner stimmten in mehreren Fällen die Angaben über den Namen der Vortragenden mit der hier eingereichten Anmeldung nicht überein. Sie waren aber anwesend. [...]

Nach diesseitigem Dafürhalten besteht eine stille Vereinbarung, wonach beim Erscheinen der Polizei von dem augenblicklich behandelten Gesprächsstoff auf einen anderen, vorher bestimmten, übergegangen wird. Über diesen Vorgang ist bereits berichtet worden. [...]

Am 27. Mai 1935 hielt der „\*Verband nationaldeutscher Juden e.V.“ im Schaubertsaal, Berlin W 57, eine Versammlung ab, die von Dr. \*Naumann geleitet wurde, und an der schätzungsweise 400 Personen teilnahmen.

Zunächst verlas ein Herr *Rosenow* einige Abschnitte einer Schrift des Dr. *Naumann* aus dem Jahre 1922. Sie behandelten die damals übliche Verhöhnung des

---

<sup>24</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>25</sup> Vgl. Zeittafel, Februar 1935.

<sup>26</sup> Vgl. \*Alija.

<sup>27</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.



Militärs, insbesondere des Offizierskorps durch jüdische Geschäftemacher. Er bemerkte, daß der obige Verband derartige Machenschaften entschieden ablehne.

Darauf ergriff Dr. Naumann das Wort zu dem Thema „Der Weg ins Freie“ und entwickelte in längeren Ausführungen den Begriff der inneren und äußeren Freiheit. Besonders betonte er, daß sich die Mitglieder als echte Deutsche fühlten, den Umbruch in Deutschland durch den Führer begrüßt hätten und ihn auch immer gutheißen würden. Über das neue Wehrgesetz vom 16. März 1935<sup>28</sup> führte er aus, daß die nationalen Juden seine Einführung sehr begrüßten, weil es Deutschland die äußere Freiheit wiedergebracht habe, aber bedauerten, daß sie vom Tragen der Waffe für das Vaterland ausgeschlossen seien.<sup>29</sup> Weiter führte er aus, daß der nationalsozialistische Umbruch noch nicht beendet sei; er hoffe, daß die Reinigung der Bewegung von den ihr noch anhaftenden Schlacken weiter fortschreiten möge, damit sich hieraus ein Wein ergebe, an dem sich alle Deutschen laben könnten.

Die Rede wurde wiederholt durch Zwischenrufe der \*Zionisten unterbrochen, die aber durch den Redner zurechtgewiesen wurden. [...]

Sodann wurde das Deutschlandlied gesungen. Hierbei kam es im hinteren Teil des Saales zu einer kleineren Störung, die sofort behoben wurde, und deren Ursache nicht erkennbar war.

Über diese Versammlung ist an das \*Gestapa berichtet worden. [...]

Im Monat Mai haben 2.950 jüdische Versammlungen stattgefunden, von denen 76 beobachtet wurden.<sup>30</sup> [...] <841>

#### ◀119▶

##### Stapostelle Regierungsbezirk Kassel Bericht für Mai 1935

Kassel, 5.6.1935

Klein, Kassel, S. 272

##### *Juden und Freimaurer*

Während der Berichtszeit kam es infolge herausfordernden Auftretens von Juden vielfach zu antisemitischen Kundgebungen, z.T. mit Einwerfen von Fensterscheiben.<sup>31</sup> Dabei offenbarte sich in zwei Fällen die jüdische Gerissenheit darin, daß jüdische Geschäftsinhaber sich von ihrer Versicherungsgesellschaft ein Plakat beschafften, das etwa folgende Aufschrift enthielt: „Diese Scheibe ist bei der \*arischen Versicherung ... versichert. Deutsche, schützt Deutsches Volksvermögen!“ [...] <851>

#### ◀120▶

##### Stapostelle für den Regierungsbezirk Koblenz Bericht für Mai 1935

Koblenz, o.D.

BArch, R 58/3480

##### *Juden und Freimaurer*

[...] Für die Einstellung eines Teiles der \*arischen Volksgenossen gegenüber den Juden spricht auch folgender Vorfall. Anfang Mai wurde in Merxheim, Kreis Kreuznach, die Ehefrau eines Juden beerdigt. Die Annahme, die Bevölkerung würde sich bei der Beerdigung gebührend zurückhalten, erwies sich als unzutreffend.

<sup>28</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>29</sup> Vgl. Zeittafel, 21. Mai 1935.

<sup>30</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches sowie \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>31</sup> Vgl. \*Einzelaktionen sowie Zeittafel, Februar 1935.

Es nahm im Gegenteil eine große Anzahl von arischen Vg. am Leichenzuge teil, darunter leider auch eine Anzahl Mitglieder der NS-Frauenschaft. Auffallend stark beteiligte sich die katholische Bevölkerung. Es liegt auf der Hand, daß das Auftreten und Benehmen der Juden durch eine solche Einstellung der arischen Bevölkerung zunehmend freier und dreister werden muß.

Die in den anderen Orten des Bezirks stattgefundenen Judenboykottmaßnahmen bestanden hauptsächlich im Ankleben von Handzetteln, die zum \*Judenboykott aufforderten, an den Häusern. Diese Maßnahmen wurden nicht nur an Häusern, die von Juden bewohnt sind, durchgeführt, sondern auch an solchen, bei denen vermutet wurde, daß die Bewohner noch bei Juden kaufen. [...]

Bei einem Teil der Juden macht sich eine Neigung dahin bemerkbar, vom flachen Lande entweder in die Großstädte oder in das Ausland abzuwandern.<sup>32</sup> So ist aus diesem Grunde in Simmern ein jüdisches Anwesen bereits verkauft, während mehrere andere zum Verkauf stehen. <852>

### ◀121▶

#### Polizeidirektion München Tagesbericht für den 25./26.5.1935<sup>33</sup>

München, 27.5.1935

BayHStA, StK 106411

#### III. Besonderes *Antisemitische Boykottbewegung*

Am Samstag, den 25.5.35 nachmittags sammelten sich im Rosenthal in der Nähe des \*Kaufhauses Epa in größerer Menge Menschen an. Es handelte sich um eine Kundgebung gegen jüdische Kaufhäuser (Epa, Uhlfelder). Die Menge verlangte die Schließung dieser Geschäfte. Die Arbeitsfront wandte sich um diese Zeit ebenfalls an die Polizeidirektion, um einen Schutz der \*arischen Angestellten zu erreichen. Kurz nach diesen Meldungen kamen Anrufe von so ziemlich allen jüdischen Geschäften in München, worin um Schutz für das Geschäft vor Demonstranten gebeten wurde. Es war daher anzunehmen, daß es sich um ein planmäßiges Vorgehen gegen jüdische Geschäfte handelt.<sup>34</sup>

Die Täter drangen jeweils in die Geschäfte ein, wiesen die Kunden aus den Räumen und zwangen die Verantwortlichen, den Betrieb zu schließen. In einzelnen Fällen wurden auch arische Angestellte in den Geschäften mißhandelt. Soviel bald festgestellt werden konnte, handelte es sich bei den Demonstranten nicht allein um Angehörige der Partei und der \*SS, sondern es stand sehr bald fest, daß sich unter diese auch Elemente zweifelhafter Art gemengt hatten. Diese hatten zweifellos die Absicht, die Erregung zu steigern und die Menge zu Unsinnigkeiten gegenüber der Polizei aufzuhetzen. Ein Mann *Walder* Johann, geb. 28.2.02 zu München, wurde angetroffen, als er eine braune Hose trug und im übrigen bürgerliche Kleidung hatte. Es wird vermutet, daß er einer dieser getarnten Hetzer ist.

---

<sup>32</sup> Vgl. \*Binnenwanderung und \*Auswanderung.

<sup>33</sup> Auf die antijüdische Bewegung in München, die Ende März 1935 begann und in den Vorgängen vom 25.5.1935 kulminierte, beziehen sich außer diesem Bericht auch <862>, <864>, <881>, <922> und <923>.

<sup>34</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

Durch erhöhte Rudentätigkeit der Schutzpolizei im Verein mit dem Streifen-  
dienst, der \*SA und SS, sowie der PO konnte die Ruhe bald wieder hergestellt wer-  
den. [...] <863>

◀122▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Münster**  
**Bericht für Mai 1935**

**Recklinghausen, 6.6.1935**

**BArch, R 58/3038 d**

*Juden und Freimaurer*

[...] Wie in den meisten Orten des Reiches, so ist auch im hiesigen Bezirk in den  
letzten Wochen das Judenproblem wiederum in den Brennpunkt des allgemeinen  
Interesses getreten. Überall machte sich eine verstärkte Propaganda gegen das Ju-  
dentum, ganz besonders aber gegen die jüdischen Geschäftsleute, bemerkbar.<sup>35</sup> Die-  
se gegen das jüdische Element gerichtete Propaganda fand ihren Ausdruck in der  
Aufstellung von \*Stürmerkästen, in Aufforderungen zum \*Boycott jüdischer Läden  
und vereinzelt auch in Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte.<sup>36</sup> [...]

Während die katholische Bevölkerung kein rechtes Verständnis dafür hat, daß  
in letzter Zeit die \*Judenfrage wieder so stark in den Vordergrund gestellt wird und  
aus ihrer religiösen Einstellung heraus auch die Art des Kampfes gegen die Juden  
nicht billigt,<sup>37</sup> ist in weiten Kreisen der Bewegung, insbesondere auch der \*SA, die  
Ansicht vorherrschend, daß jetzt die Zeit gekommen sei, die Judenfrage restlos zu  
lösen. Man will – wie man sich ausdrückt – das Judenproblem von unten aus auf-  
rollen und in Angriff nehmen und glaubt, daß die Regierung dann folgen muß. Un-  
ter diesen Umständen haben naturgemäß die Behörden einen sehr schweren Stand,  
da insbesondere dem vom Reichswirtschaftsministerium vertretenen Standpunkt  
der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Juden<sup>38</sup> in der Parteigenossenschaft  
nicht das geringste Verständnis entgegengebracht wird. [...] <865>

◀123▶

**Oberpräsident Provinz Schlesien**  
**Bericht für April und Mai 1935**

**Breslau, 6.6.1935**

**GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 11,1**

*Juden und Freimaurer*

Der Regierungspräsident in Breslau hat bereits auf eine sonntägliche Neue-  
rung im Breslauer Straßenbild hingewiesen, die darin besteht, daß \*SA-Leute unter  
Vorausmarsch eines Trompetenbläusers Plakate durch die Straßen tragen, auf denen  
die Namen derjenigen christlichen Frauen verzeichnet sind, die mit jüdischen Män-  
nern in Beziehungen stehen.<sup>39</sup> Die in Frage kommenden Namen werden an der vor  
dem Breslauer Rathaus befindlichen Staupsäule zur allgemeinen Kenntnis ge-  
bracht, nachdem der Demonstrationszug vorher die Wohnungen der in Frage kom-  
menden Frauen passiert hat. Die Bevölkerung verhält sich dazu, wie bereits der  
Regierungspräsident berichtet hat, teils zustimmend, teils ablehnend. Aus mir zur

---

<sup>35</sup> Vgl. Zeittafel, Februar 1935.

<sup>36</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>37</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>38</sup> Vgl. \*Schacht, Hjalmar.

<sup>39</sup> Vgl. \*Einzelaktionen und \*Rassenschande.

Kenntnis gelangten Berichten geht hervor, daß diese Demonstration nicht ohne Einfluß ist auf den jüdischen Boykott im Ausland<sup>40</sup> und daß seitens jüdischer Kreise versucht wird, diese Veranstaltungen im Bilde festzuhalten. Ich nehme an, daß das in der Absicht geschieht, durch Verwendung solcher Bilder im Ausland gegen Deutschland Stellung zu nehmen. [...] <907>

◀124▶

**Regierungspräsident Trier  
Bericht für April und Mai 1935**

**Trier, 6.6.1935**

**LHA Ko, 442/15625**

*Juden*

[...] Die antisemitische Propaganda war auch in den Berichtsmonaten sehr rege. Sie äußert sich u.a. namentlich in der Anbringung von Transparenten in den Ortschaften, die zum \*Boykott jüdischer Geschäfte auffordern oder besagen, daß Juden im Ort unerwünscht seien, Juden den Ort auf eigene Gefahr betreten usw.<sup>41</sup> Leider ist es auch des öfteren zu unerwünschten Auswüchsen gekommen, wie Steinwürfe in die Fenster jüdischer Häuser und auf \*Synagogen, Bedrohungen gegenüber Juden, Beschmieren von Fenstern und Türen mit Menschenkot; auch Tätlichkeiten gegen Juden haben sich ereignet.<sup>42</sup> So wurde im Kreis Berncastel ein \*Viehhändler im Walde überfallen und verprügelt. Die polizeilichen Nachforschungen blieben erfolglos. Für unerwünscht halte ich auch die Art und Weise, in der sich Kinder an der antisemitischen Propaganda beteiligten.

Die große Masse der Bevölkerung steht im allgemeinen dieser Art antisemitischer Propaganda ziemlich verständnislos gegenüber und läßt sich vom Kauf in jüdischen Geschäften, besonders sofern billige und gute Waren geführt werden, nur wenig abhalten. [...]

In der Stadt Trier ist von der Kreisleitung ein Flugblatt herausgebracht worden mit einer Anordnung des stellv. Gauleiters der NSDAP, durch die die Parteigenossen und Angehörigen der Gliederungen nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß ihnen der Verkehr mit Juden sowohl privater als auch geschäftlicher Art nach wie vor strengstens verboten sei und den unnachsichtigen Ausschluß aus der Partei zur Folge habe.<sup>43</sup> [...] <911>

◀125▶

**Landrat Düren  
Bericht für Mai 1935**

**Düren, 27.5.1935**

**HStA Dü, RAP 1039**

*Allgemeine Übersicht über die innerpolitische Entwicklung im Berichtsmonat*

[...] In und außerhalb Dürens wird erzählt, in Euskirchen habe ein Mitglied der \*SA mit Absicht ein anderes erschossen. Darauf habe sich das Gerücht in Euskirchen verbreitet, ein Jude sei der Täter, und es sei zu Mißhandlungen und Verfolgungen von Juden in Euskirchen gekommen.<sup>44</sup> <915>

---

<sup>40</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>41</sup> Vgl. \*Schilder, antijüdische.

<sup>42</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>43</sup> Vgl. Zeittafel, 16. August 1934.

<sup>44</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

◀126▶

**Kreisleitung Eichstätt  
Bericht für Mai 1935**

Eichstätt, o.D.

StA Nü, Mischbestand NSDAP

**Kreisleitung Eichstätt Nr.7**

Die \*Judenfrage wurde in unserem Kreis vorbildlich vom Kreisleiter behandelt, die [sic] fast jede Ortschaft erfaßte und die, soweit ersichtlich, den gewünschten Erfolg zeitigt. Leider kann man hier noch nicht sagen, daß *alle* Volksgenossen die Judenfrage erkannt haben. Das liegt aber wohl daran, daß die Kirche hemmend wirkt und auf leisen Sohlen Opposition treibt.<sup>45</sup>

<916>

◀127▶

**Oberbürgermeister Hameln**

**Berichterstattung in politischen Angelegenheiten**

Hameln, 20.5.1935

HStA Ha, Hann. 80, Hann. II Nr. 799

[...] Am 11. Mai 1935 fand ein Kameradschaftsabend des \*Reichsbundes der jüdischen Frontsoldaten statt, an dem 10 Mitglieder teilnahmen. Neben organisatorischen Fragen wurde den Mitgliedern Kenntnis gegeben, daß die jüdische Neusiedlung Groß-Gaglow von den Juden geräumt werden müsse, da eine Besiedlung mit \*Ariern erfolgen solle.<sup>46</sup> Ferner wurde bekannt gegeben, daß von der Reichsregierung der Eingang der von dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten gemachten Eingabe, die Allgemeine Wehrpflicht auf die Juden auszudehnen,<sup>47</sup> bestätigt worden sei. Die endgültige Stellungnahme habe sich der Führer und Reichskanzler persönlich vorbehalten. Zu den beiden Punkten wurden irgendwelche Erläuterungen nicht gegeben, auch erfolgte keine Stellungnahme.

<918>

◀128▶

**Gendarmerie Osnabrück**

**Sonderbericht**

Osnabrück, 25.5.1935

Steinwascher, S. 472

Wesentliche Ereignisse in der innerpolitischen Entwicklung haben sich nicht zugetragen.

Seit dem Geburtstage des Führers ist eine rege Tätigkeit des \*Tannenbergbundes zu beobachten. Kreis Wittlage meldet z.B.: „Der Tannenbergbund macht seit dem Geburtstage des Führers außerordentlich Reklame. In allen Versammlungen wird Vernichtung des Judentums gepredigt, aber zuletzt auch außerordentlich scharf gegen die christliche Lehre vorgegangen. Es wird offen ausgesprochen, daß

---

<sup>45</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>46</sup> Das Gut Groß-Gaglow, das zur landwirtschaftlichen Ausbildung und „Produktivierung“ der Juden in Deutschland vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten im Jahre 1930 gegründet worden war, mußte infolge des Beschlusses des Reichs- und Preußischen Ministers für Ernährung vom April 1935 geräumt werden. Die jüdischen Siedler planten, nach Brasilien auszuwandern, wo sie mit Hilfe der \*ICA eine gärtnerische Siedlung nach dem Vorbild von Groß-Gaglow gründen wollten. Tatsächlich wanderte die Mehrzahl der Siedler kurz nach der Auflösung nach \*Palästina aus. Vgl. Kapitel Juden in <938>. Siehe auch Dunker, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, S. 92f. und Anm. 47, sowie \*Hachschara.

<sup>47</sup> Vgl. Zeittafel, 21. Mai 1935.

die christliche Religion verschwinden muß, um das Judentum zu vernichten. In der Bevölkerung hat sich deswegen eine gewisse Unruhe gezeigt.“<sup>48</sup> <924>

◀129▶

**Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin**  
**Bericht für Juni 1935**

Berlin, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 2,2

*Juden und Emigranten*  
*Judenbewegung*

[...] Deutsche Volksgenossen betrachten sie anscheinend in jeder Hinsicht als Freiwild. Es ist daher auch im vergangenen Monat zu einer großen Anzahl empörender Vorfälle gekommen, die allerdings insofern ihr Gutes haben, als der Bevölkerung sichtlich immer mehr die Augen geöffnet werden und die Judengegnerschaft ständig zunimmt. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn die Bevölkerung zuweilen ihrer Empörung Ausdruck gibt und zu Selbsthilfemaßnahmen schreitet.<sup>49</sup> [...]

Es werden immer noch Fälle bekannt, in denen sich \*Arierinnen den Juden hingeben und intimen Verkehr mit ihnen pflegen.<sup>50</sup>

Die Staatspolizeistelle bemüht sich durch eindringliche Vorhaltungen gegenüber dem jüdischen Partner und Aufklärung des arischen Teiles, derartige rassenschänderische Verhältnisse zu verhindern. Soweit die gesetzlichen Grundlagen ausreichen, wurden die betreffenden Juden in \*Schutzhaft genommen.

Hier wäre eine regere Aufklärung der Volksgenossen erforderlich, zumal bisher keine gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind, die grundsätzlich Eheschließungen zwischen Ariern und \*Nichtariern verbieten. [...]

Die Propagandatätigkeit des „\*Stürmer“ hat erheblich zugenommen und gute Erfolge zeitigt. <933>

◀130▶

**Bayerische Politische Polizei**  
**Bericht**

München, 21.6.1935

StA Mü, Gestapo 62

In letzter Zeit ist eine erhebliche Steigerung der Tätigkeit der sogen. deutsch-jüdischen Organisationen (\*Assimilanten) beobachtet worden. Veranlassung hierzu gab ihnen insbesondere die Wehrgesetzgebung,<sup>51</sup> bei der sie eine Gelegenheit erhofft hatten, sich wieder dem deutschen Volkstum zu nähern.

Die starke Versammlungstätigkeit der Juden kann in Zukunft in dem bisherigen Maße nicht geduldet werden.<sup>52</sup> Wo es die örtlichen Verhältnisse erforderlich

---

<sup>48</sup> Der hier abgedruckte Abschnitt deckt sich sinngemäß mit dem Bericht für Mai 1935 der Gendarmerie-Abteilungsbereich Wittlage vom 18.5.1935 (StA Os, Rep 430 Dez 201-204 acc 16C/65), der weder in der CD-ROM-Gesamtausgabe noch im vorliegenden Auswahlband abgedruckt wurde. Statt „Geburtstag des Führers“ heißt es dort jedoch „Geburtstag des Heerführers“.

<sup>49</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>50</sup> Vgl. \*Rassenschande.

<sup>51</sup> Vgl. Zeittafel, 21. Mai und 29. Mai 1935.

<sup>52</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

machen, wird anheim gestellt, Versammlungen jüdischer Organisationen auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933<sup>53</sup> zu verbieten. Auf die Entschließung der Bayerischen Politischen Polizei vom 20.2.35 B.Nr. 18186/35 I B 1 wird hingewiesen. In Frage kommen hierbei in erster Linie die Veranstaltungen der deutschjüdischen Organisationen.

Von einem allgemeinen Verbot sind auszunehmen:

1.) Versammlungen und Veranstaltungen der örtlichen Kultur-Organisationen, soweit sie dem Reichsverband der jüdischen \*Kulturbünde in Deutschland angeschlossen sind.

2.) Versammlungen der Mitglieder der Sportorganisationen<sup>54</sup> und sportliche Veranstaltungen, soweit eine besondere Einschränkung nicht befohlen ist oder wird.

3.) Versammlungen und Veranstaltungen der Zionistischen Organisationen.<sup>55</sup>

Sofern jedoch Veranstaltungen, insbesondere die vorstehend zu 1 und 2 genannten Verbände zur Tarnung benutzt werden und in ihnen offen oder versteckt Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland gemacht werden sollte, sind auch sie sofort aufzulösen und bis auf weiteres zu verbieten.<sup>56</sup> <931>

#### ◀131▶

##### Stapostelle Regierungsbezirk Breslau

##### Übersicht für die Staatspolizeistellen Breslau, Liegnitz und Oppeln

Breslau, 5.7.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 11,1

##### *Juden und Freimaurer*

Im Vordergrund stehen die Ereignisse der letzten Tage, als eine Anzahl artvergessener Frauenspersonen und *Juden* (etwa 20 Personen) in *Breslau* in \*Schutzhaft genommen wurden. Ihre Inschutzhaftnahme war erfolgt wegen \**Rassenschande* in Verbindung mit unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Damit ist endlich einmal gegen das schändliche Treiben artvergessener deutscher Frauenspersonen und ihrer jüdischen Liebhaber Front gemacht worden. [...]

<935>

#### ◀132▶

##### Stapostelle Regierungsbezirk Hannover

##### Bericht für Juni 1935

Hannover, 4.7.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 3,2

##### *Gegner des Staates und der Bewegung*

[...]

##### *[Juden]*

[...] Nach wie vor betreibt die „\*Zionistische Vereinigung“ eine starke Propaganda für die Erfassung aller nichtzionistischer Juden. Der Mitgliederbestand der hiesigen Zionisten ist in den letzten drei Monaten etwa um 40% gestiegen. Seit

<sup>53</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>54</sup> Vgl. \*Sportvereine, jüdische.

<sup>55</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland sowie \*Staatszionistische Organisation.

<sup>56</sup> Vgl. Zeittafel, 10. Februar 1935.

April 1933 sind aus der Stadt Hannover 183 Juden ausgewandert.<sup>57</sup> Unter diesen Auswanderern befinden sich allein 172 \*Ostjuden. Weitere 27 Personen stehen in der \*Umschichtung und haben bereits bei der englischen Regierung um ihre \*Zertifikate nachgesucht [sic]. Von diesen Personen sind wiederum 21 Ostjuden.

Mit Genehmigung des hiesigen Magistrats hat die \*Synagogengemeinde im Synagogen-Gemeindehaus in der Lützowstraße im Mai dieses Jahres eine jüdische Schule eingerichtet, die in fünf Klassen eingeteilt ist und von etwa 80 Schülern besucht ist. Der Ausbau der Schule soll noch im Laufe der nächsten Zeit erfolgen, da in Hannover etwa 600 Schüler vorhanden sind. Der derzeitige Schulunterricht wird von einem Studienassessor als Leiter und drei weiteren Lehrkräften erteilt.<sup>58</sup>

Von den weiteren jüdischen Vereinen und Verbänden ist besonderes nicht zu berichten.<sup>59</sup> [...] <939>

◀133▶

Stapostelle Regierungsbezirk Köln  
Bericht für Juni 1935

Köln, 7.7.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,9

Juden und Freimaurer  
Juden

Die *erneute antijüdische Propagandawelle*,<sup>60</sup> die im hiesigen Bezirk weitgehend die Form des Einzelboykotts<sup>61</sup> angenommen hatte, ist inzwischen wieder abgeklungen. Letztlich hat die Gauleitung auch die Entfernung der zahlreich über die Straßen gespannten \**Transparente* angeordnet.<sup>62</sup> Die Vorgänge der letzten beiden Monate haben gezeigt, daß in Zukunft unbedingt klare Anweisungen der zentralen behördlichen Stellen über das, *was im Rahmen der antijüdischen Propagandawelle erlaubt und was nicht erlaubt ist*, notwendig sind, da sonst der polizeiliche Exekutivbeamte, auf dem letzten Endes die ganze Last der Verantwortung liegt, bei einem Eingreifen nicht den erforderlichen Rückhalt hat oder sich in der Nähe kritischer Situationen nicht mehr sehen läßt. In beiden Fällen leidet aber letzten Endes die *Staats-Autorität*. Dasselbe gilt, wenn im Lande der Eindruck erweckt wird, daß *bei den verschiedenen Zentralinstanzen hinsichtlich antijüdischer Propaganda keine einheitliche Auffassung herrscht* und z.B. das Wirtschaftsministerium vielfach eine andere Haltung einnimmt als andere maßgebliche Stellen.<sup>63</sup> [...]

Auffällig ist, daß einige in die Berichtszeit fallende *Beerdigungen jüdischer Mitbürger* in kleineren Städten eine überaus *große Beteiligung* auch der *nichtjüdischen Bevölkerung* aufwiesen, so daß schon von einem *Wachsen des Philo-Semitismus* gesprochen wird. Die jüdische *Vereinstätigkeit* war auch im vergangenen Monat durchaus rege.<sup>64</sup> <942>

---

<sup>57</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>58</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>59</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>60</sup> Vgl. Zeittafel, Februar 1935.

<sup>61</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>62</sup> Vgl. Zeittafel, 21. Juni 1935.

<sup>63</sup> Vgl. \*Schacht, Hjalmar. Zu der uneinheitlichen Einstellung anderer Staats- und Polizeistellen vgl. auch <941>.

<sup>64</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.



Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg  
Bericht für Juni 1935

Königsberg, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 6,3

*Allgemeines*

[...] Zu judenfeindlichen Kundgebungen größeren Umfanges ist es nicht gekommen. Allmählich wächst jedoch auch hier eine judenfeindliche Stimmung heran, vor allen Dingen, da sich auch in Ostpreußen<sup>65</sup> die Fälle mehren, in denen Juden \*arische Mädchen mißbrauchen.<sup>66</sup>

*Juden und Freimaurer*

[...] Es mehren sich auch in Ostpreußen die Fälle, wo Juden arische Mädchen geschlechtlich mißbrauchen, wobei allerdings gesagt werden muß, daß die Mädchen sich bedenkenlos dazu hergeben. [...]

Am 10.6.35 ist in Johannsburg die Gründung des „\*Frauen-Chewra-Kawische, [sic] israelitischer Verein für Krankenpflege und Beerdigung der Kreissynagogengemeinde Johannsburg“<sup>67</sup> bekannt geworden. Der Zweck dieses Vereins ist

- 1.) unbemittelte Ortskranke jüdischer Religion unentgeltlich zu pflegen,
- 2.) das rituelle Waschen, Ankleiden und Geleiten der Verstorbenen als Liebesdienste. [...]

Die Maßnahmen der Reichsregierung gegen Volksschädlinge und die damit verbundene \*Judenfrage werden in der Bevölkerung mit wenig Verständnis aufgenommen. Es kann nach wie vor die Beobachtung gemacht werden, daß auch weiterhin in jüdischen Geschäften gekauft wird. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß nicht nur die Land- und ärmere Bevölkerung, sondern auch ein großer Teil der Beamtenschaft ihre Einkäufe in diesen Geschäften tätigen, ganz gleich, ob sie den nationalsozialistischen Organisationen angehören oder nicht.<sup>68</sup> [...] <943>

Stapostelle Regierungsbezirk Sigmaringen  
Bericht für Juni 1935

Sigmaringen, 12.7.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 5

*Juden und Freimaurer*

Eine jüdische Versammlung fand in Hechingen am 26.6.1935 in der \*Synagoge statt, die nicht zu beanstanden war.<sup>69</sup> Die \*HJ störte die Versammlung von außen in erheblicher Weise durch Fanfaren und Sprechchöre, ohne daß ein besonderer Anlaß dazu gegenwärtig oder von früher her gegeben war. Bei größeren Teilen der Bevölkerung Hechingens hat diese Aktion<sup>70</sup> Mißfallen erregt, insbesondere bei den Arbeitern, die in den jüdischen Betrieben—d.i. fast die ganze Industrie in Hechingen—beschäftigt sind und den Verlust ihrer Arbeitsstelle im Falle einer Schließung der Betriebe fürchten. Die Arbeiter haben mit dem Austritt aus der Deutschen

<sup>65</sup> Der Bericht befaßt sich mit der gesamten Provinz Ostpreußen, also auch mit den Regierungsbezirken Allenstein, Gumbinnen und Marienwerder.

<sup>66</sup> Vgl. \*Rassenschande.

<sup>67</sup> Vgl. \*Chewra Kaddischa.

<sup>68</sup> Vgl. Zeittafel, 11. April 1935.

<sup>69</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>70</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

Arbeitsfront gedroht, falls ihren Arbeitgebern nicht Genugtuung geleistet wird. Das ist natürlich unmöglich. Es wird den Arbeitern nunmehr die mündliche Erklärung durch den Leiter der Deutschen Arbeitsfront gegeben, daß derartige Vorfälle in Zukunft unterbunden würden. <957>

◀136▶

Regierungspräsident Wiesbaden  
Bericht für Mai und Juni 1935  
(„Politischer Lagebericht“)

Wiesbaden, 1.7.1935

BArch, R 58/3987

Juden

[...] Besondere Schwierigkeiten bereitet z.B. die Frage der „*nichtarischen*“ *Lehrer*, die auf Grund der Ausnahmebestimmungen des Berufsbeamtengesetzes als *\*Frontkämpfer* u.a. im Dienst geblieben sind.<sup>71</sup> Die nationalsozialistischen Eltern weigern sich, ihre Kinder in die von diesen Lehrern geführten Klassen zu schicken. Andererseits ist die Schulbehörde an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden und müßte „von Rechts wegen“ die jüdischen Lehrer schützen und gegen die nationalsozialistischen Eltern mit Strafen vorgehen. So unhaltbar diese Lage ist, so wenig befriedigend sind die bisher erörterten Lösungsversuche, wie die Bildung jüdischer Klassen oder jüdischer Schulen, die von der Gemeinde zu erhalten wären. Eine Lösung könnte darin gefunden werden, wenn der Staat die jüdischen Lehrer auf gesetzlichem Wege an die anerkannten jüdischen Privatschulen versetzte.<sup>72</sup> [...]

Das starke Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit wird besonders störend empfunden. Dies zeigte sich besonders in dem im Frankfurter Vorort gelegenen „Brentano Bad“, das von zahlreichen Juden besucht wird. Dort fanden sich 150 Jugendliche, vermutlich Hitlerjugendangehörige<sup>73</sup> [als] Badebesucher ein und forderten in Sprechchören die Juden auf, das Bad zu verlassen, außerdem hatten sie kleine Holzschilder angefertigt, auf denen stand: „Jude raus“, „Jude pack deine Koffer“ und „Hebräer heraus“ usw. Diese Holzstückchen schwammen im Wasser<sup>74</sup> Das von der Badeverwaltung herbeigerufene Überfallkommando sorgte gemeinsam mit den Beamten des zuständigen Polizei-Reviers für Ordnung.

In verschiedenen kleineren Gemeinden des hiesigen Regierungsbezirks befinden sich jetzt *\*Schilder* in den Straßen mit den Aufschriften „Juden sind unerwünscht“ usw. Da der Herr Reichsminister des Innern vor kurzem anordnete,<sup>75</sup> daß solche Schilder nur dann polizeilich zu entfernen seien, wenn sie an Wegweisern und Richtungsschildern angebracht seien, habe ich gegen die Anbringung dieser Schilder nichts unternommen. [...]

<972>

---

<sup>71</sup> Vgl. Zeittafel, 7. April 1933 (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums) und die 3. Durchführungsverordnung vom 6. Mai 1933, vgl. Zeittafel.

<sup>72</sup> Vgl. *\*Schulwesen*, jüdisches.

<sup>73</sup> Vgl. *\*Hitlerjugend*.

<sup>74</sup> Vgl. *\*Badeverbot* in öffentlichen Bädern.

<sup>75</sup> Vgl. Zeittafel, 21. Juni 1935.

◀137▶

**Landrat Hanau**  
**Bericht für Mai und Juni 1935**

Hanau, 25.6.1935

Klein, Kassel, S. 425

*Juden, Freimaurer*

Die jüdischen Vereine entfalten in den letzten Wochen und Monaten eine gesteigerte Tätigkeit.<sup>76</sup> Die sogenannten deutsch-jüdischen Organisationen (\*Assimilanten) glauben in Anbetracht der Rührigkeit der zionistischen Organisationen<sup>77</sup>, die sich bekanntlich mit der \*Umschulung zwecks \*Auswanderung nach \*Palästina befassen, nicht untätig bleiben zu können. Die Versammlungen pp. der \*deutsch-jüdischen Vereine werden nicht mehr gestattet.<sup>78</sup> [...]

Die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit kann nicht verstehen, dass man heute noch den Juden die Möglichkeit lässt, sich vereinsmäßig zu betätigen. [...] <984>

◀138▶

**Landrat Hünfeld**  
**Bericht für Mai und Juni 1935**

Hünfeld, 24.6.1935

Klein, Kassel, S. 431

Die Terrorakte gegen Juden und jüdisches Eigentum gehen unvermindert weiter, da die Täter sich vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt glauben.<sup>79</sup> <985>

◀139▶

**Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin**  
**Bericht für Juli 1935**

Berlin, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 2,1

*Allgemeines*

[...] Allgemeines Interesse finden die Nachrichten über die Bekämpfung der Juden, über den Kirchenstreit, insbesondere den Kampf mit dem politischen Katholizismus und über die Auflösung des Stahlhelms. Zu diesen Fragen wird je nach der politischen Einstellung verschiedene Stellung genommen. [...]

*Kommunismus*

*Verbreitung von Hetzschriften*

[...] Die Zellenzeitung „Die Wahrheit“, Organ der KPD Pankow, Juni 1935, meint in dem Artikel „Judenpogrom in Pankow“, der Antisemitismus sei für die Nazis nur ein Mittel, um von den immer größer werdenden Schwierigkeiten abzulenken.<sup>80</sup> [...]

*Juden und Emigranten*

*Judenbewegung*

Seit Monaten konnte im Bereich der Staatspolizeistelle<sup>81</sup> in Berlin ein ständiges Ansteigen der antisemitischen Welle beobachtet werden.<sup>82</sup> [...] Zunächst fanden An-

---

<sup>76</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>77</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland und \*Staatszionistische Organisation.

<sup>78</sup> Vgl. Zeittafel, 10. Februar 1935.

<sup>79</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>80</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden sowie \*Einzelaktionen.

<sup>81</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>82</sup> Vgl. Zeittafel, Februar 1935.

fang Juni in Spandau und Pankow einige Ansammlungen bei jüdischen Geschäften statt. Diese Kundgebungen wurden seinerzeit dadurch unterdrückt, daß die Juden der demonstrierenden Bevölkerung sichtbar vorübergehend in \*Schutzhaft genommen wurden. Bald jedoch nahmen die Demonstrationen einen größeren Umfang an und begannen sich in Sonderheit [sic] gegen die in jüdischen Händen befindlichen Eisdielen zu richten. [...]

Die Vorfälle spielten sich in der Regel derart ab, daß sich in den Abendstunden junge Menschen in größerer Anzahl vor den Eiskonditoreien einfanden und durch Zurufe deren Schließung forderten. Gäste und arisches Personal wurden verschiedentlich bedroht und auch tatsächlich angegriffen, den Käufern wurde beim Verlassen der Geschäfte die Ware aus der Hand geschlagen. Ferner versuchte man durch Sprechchöre, wie „Kauft nicht bei Juden“<sup>83</sup> das Publikum von dem Besuch der Eisdielen fernzuhalten. In zahlreichen Fällen wurden die Inhaber aufgefordert, das Geschäft sofort zu schließen, da sonst die Räumung oder Demolierung des Lokals erfolgen werde. Nach der Schließung wurden die Geschäfte mit Boykottzetteln und „\*Stürmer“-Blättern beklebt. In der Nacht wurde diese Tätigkeit fortgesetzt. Außer den Eisdielen wurden auch andere jüdische Geschäfte mit Boykottzetteln und Plakaten beklebt und mit Farbe beschmiert; desgleichen wurden die Bürgersteige mit judenfeindlichen Inschriften bemalt. Häufig benutzte man zum Bekleben der Scheiben Wasserglas, das durch seine ätzende Wirkung die Schaufensterscheiben undurchsichtig und daher unbrauchbar machte. In zahlreichen Fällen wurden auch die Schaufensterscheiben in der Nacht eingeworfen. Die Vorgänge auf dem Kurfürstendamm<sup>84</sup> anlässlich der Aufführung des schwedischen Films „Pettersson und Bendel“ gaben diesen Ausschreitungen neuen Aufschwung. Auch ein Fall von Plünderung ist bekannt geworden. In diesem Falle wurden Werte im Betrage von etwa 150 RM entwendet. Während die Kundgebungen zunächst vorwiegend von Angehörigen der \*Hitler-Jugend ausgingen, konnte bald festgestellt werden, daß sich die angesammelten Menschenmengen immer mehr aus Erwachsenen zusammensetzten, unter denen sich vielfach Nichtparteiangehörige und staatsfeindliche Elemente befanden, die die Unruhen zu ihren Zwecken ausnutzen wollten. Die Demonstranten trugen dabei durchwegs bürgerliche Kleidung ohne irgendwelche Abzeichen. Von Seiten der Schutzpolizei wurde der Eindruck gewonnen, daß ein Teil der Kundgebungen, den Anordnungen der Gauleitung entgegen, von unteren Dienststellen bzw. Einzelpersonen der Partei oder ihrer Gliederung planmäßig durchgeführt wurde. Hierüber schweben noch die Ermittlungen.

Sofort nach dem Bekanntwerden der ersten Ausschreitungen wurden von der Staatspolizeistelle umfassende Maßnahmen getroffen, um weitere Vorfälle zu verhüten.<sup>85</sup>[...]

Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen muß erwähnt werden, daß sich die Polizei, die in diesen Fällen zum Einschreiten gezwungen war, in einer äußerst schwierigen Lage befand, da ihr Vorgehen vom größten Teil der Bevölkerung nicht verstanden wurde. Die Beamten wurden von den Demonstranten und dem übrigen Publikum mit Zurufen, wie „\*Judenknechte“ empfangen. Äußerungen, die von Festgenommenen gelegentlich gemacht wurden, ließen erkennen, daß seitens der

---

<sup>83</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>84</sup> Vgl. Zeittafel, 22.-28. Juli 1935.

<sup>85</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

Parteidienststellen das Einschreiten der Beamten genau beobachtet und registriert wurde. Die Straßendienstbeamten, denen dies Verfahren allgemein bekannt ist, werden dadurch in der Ausübung ihres Dienstes unsicher, da sie schwere berufliche Schädigungen, die ihnen ebenfalls wiederholt von Seiten der Demonstranten angedroht worden sind, befürchten. Bei dieser Sachlage wurde daher nach den ersten Zusammenstößen veranlaßt, daß sich Amtswalter der NSDAP und \*SA-Männer in Uniform an den Säuberungsaktionen der Schutzpolizei beteiligten. Diese Maßnahme erleichterte wesentlich die Arbeit der Schutzpolizei.

Trotz der Aufklärung der NS-Presse hat die rasseschänderische Tätigkeit der Juden einen Umfang angenommen, der Veranlassung gegeben hat, dieser Tätigkeit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Allein im Berichtsmonat wurden 72 Personen wegen \*Rassenschande festgenommen. [...]

In einigen Fällen wurde von der Bevölkerung dazu übergegangen [sic], die jüdischen Rassenschänder sowie ihre arischen Freundinnen durch Plakate der Öffentlichkeit preiszugeben. [...]

Das Publikum ist durch die Aufklärung der NS-Presse jetzt bedeutend hellhöriger geworden und wirft ein wachsames Auge auf Juden, die mit blonden deutschen Mädels verkehren. Es gehen täglich zahlreiche Anzeigen aus dem Publikum über derartige Vorfälle ein. [...]

Die Versammlungstätigkeit der Juden<sup>86</sup> war auf Veranlassung der Staatspolizei für den Monat Juli auf das kleinstmögliche Maß beschränkt worden. Es haben daher nur 125 Versammlungen stattgefunden. Es ist beabsichtigt, die Versammlungstätigkeit der jüdischen Vereine erheblich zu beschränken, da die Beamten der Staatspolizei zur Überwachung auch nur eines Teiles der jüdischen Versammlungen nicht ausreichen.<sup>87</sup> [...]

<1004>

◀140▶

Stapostelle Regierungsbezirk Aurich

Bericht für Juli 1935

Wilhelmshaven, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 3,8

*Juden und Freimaurer*

Über die judenfeindlichen Demonstrationen in Norden<sup>88</sup> beziehe ich mich auf meine Berichte B.Nr. 1485/35 vom 27. und 30. Juli ds. Js.

Auch in Wilhelmshaven hat sich der \*Boycott gegen jüdische Personen und Geschäfte in der letzten Woche außerordentlich verschärft und es ist verschiedentlich zu Ausschreitungen gekommen.

Vor dem Hause des jüdischen Großkaufmanns [N.N.a], [...], waren vor dem Eingang auf dem Bürgersteig in der Nacht vom 20. zum 21.7.1935 mit weißer Farbe folgende Zeilen niedergeschrieben worden: „Eingang zum Institut für \*Rassenschande, Behandlung diskret; eigenes Rezept, langjährige Praxis.“ Veranlassung zu diesen Zeilen hat das langjährige Verhältnis des [N.N.a] mit der Tochter des Geheimrates a.D. [N.N.b] gegeben, welche einige Häuser von [N.N.a] entfernt in dem Hause [...]

<sup>86</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>87</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen. Es ist zu bemerken, daß die Zahl der jüdischen Versammlungen in Berlin in den Vormonaten April, Mai und Juni die Höhe von 2.483, 2.950 und 2.281 erreichten.

<sup>88</sup> Vgl. \*Einzelaktionen und Zeittafel, Juli-August 1935.

wohnt. Vor ihrem Hause waren auf dem Bürgersteig die Worte geschrieben worden: „Hier wohnt die Juden-Hure.“ [N.N.a] und die [N.N.b] haben anlässlich dieser Ausschreitungen die Flucht ergriffen. Ihr Aufenthalt ist z.Zt. unbekannt. Einige Tage später, in der Nacht vom 26. zum 27.7.1935 waren an das Haus des [N.N.a] ein \*Transparent angebracht mit der Aufschrift: „Ein verreckter Hund, ein krepierendes Schwein und ein Jud'- all' überein.“ Das Transparent wurde auf polizeiliche Anordnung entfernt.

Am 27.7.1935 fand eine Polizeistreife gegen 5 Uhr morgens an der Tür der \*Synagoge auf einem Brett festgenagelt einen Schweinskopf. An dem Griff einer Seitentür war ein Schweineschwanz und an dem Griff einer anderen Seitentür das Geschlechtsteil eines weiblichen Schweines befestigt. Die Entfernung der Gegenstände wurde sofort veranlaßt; die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Am 28.7.1935 wurde von einer Privatperson mitgeteilt, daß vor dem Geschäftslokal der Ortsgruppe „Süd“ der NSDAP eine lebensgroße Puppe aufgehängt worden sei mit der Aufschrift: „So müssen alle Juden enden, die unsere Frauen schänden.“ Auf polizeiliche Anordnung wurde die Puppe beseitigt. [...] <1000>

#### ◀141▶

##### Stapostelle Regierungsbezirk Breslau

##### Übersicht für die Staatspolizeistellen Breslaus, Liegnitz und Oppeln<sup>89</sup>

Breslau, 3.8.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 11,1

##### *Juden und Freimaurer*

[...] Nachdem der Öffentlichkeit endlich einmal die \**Rassenschändung* der *Juden* an \**arischen* Frauen im scharfen Licht vor Augen geführt wurde, ist die Erbitterung gegen diese Verbrecher ins Grenzenlose gestiegen. Eine Beruhigung trat erst ein, als insgesamt 20 *Juden* und 20 arische „Frauenspersonen“ in Schutzhaft genommen wurden. Mit *großem* Beifall hat weiterhin die Öffentlichkeit den Abtransport dieser Rassenschänder in das \*Konzentrationslager aufgenommen. So hatten sich am 30. Juli 35 Tausende von Volksgenossen auf den Straßen angesammelt, die den Abtransport der Rassenschänder zu sehen wünschten. [...] <1007>

#### ◀142▶

##### Stapostelle Regierungsbezirk Frankfurt/O.

##### Tagesbericht

Frankfurt/O., 5.8.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 4,2

##### *Juden und Freimaurer*

##### *Juden*

[...] Ein Zwischenfall hat sich in der Stadt Arnswalde ereignet. Dort ist Anfang dieses Monats von der Ortsgruppenleitung der NSDAP ein Aushang mit Namen von 3 Beamten, die angeblich bei *Juden* gekauft haben, (u.a. ein Reichsbankrat) angebracht worden. Daraufhin hat der Reichsbankpräsident<sup>90</sup> verlangt, den Aushang zu entfernen und statt dessen eine Erklärung anzubringen, mit der der Vorwurf des Volksverrats gegen den betr. Reichsbankrat als unbegründet bezeichnet wird. Da dieser Forderung nicht voll genügt worden ist, hat der Reichsbankpräsi-

<sup>89</sup> Der Bericht befaßt sich mit den beiden Provinzen Nieder- und Oberschlesien.

<sup>90</sup> Vgl. \*Schacht, Hjalmar.

dent die Nebenstelle mit dem 15. Juli geschlossen.<sup>91</sup> Hierüber herrscht in der Stadt allgemeine Bestürzung. Besonders in den Kreisen der Wirtschaft bemängelt man das Vorgehen des Ortsgruppenleiters. [...]

Bemerkenswert ist, daß, wie übereinstimmend von allen Kreis- und Ortspolizeibehörden berichtet wird, hauptsächlich die Landbevölkerung nach wie vor bei Juden einkauft.

Versammlungen jüdischer Organisationen haben nur in geringem Umfange stattgefunden.<sup>92</sup> [...]

<1010>

◀143▶

Stapostelle Regierungsbezirk Hannover

Bericht für Juli 1935

Hannover, 3.8.1935

GSStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 3,2

*Gegner des Staates und der Bewegung*

[...]

*Juden*

Die in der Judenbewegung schon seit längerer Zeit bestehende Uneinigkeit zwischen den \*Zionisten und den \*deutsch-jüdischen Juden verschärft sich weiter. Die Gegnerschaft, die anscheinend unüberbrückbar ist, besteht hauptsächlich zwischen den Zionisten<sup>93</sup> und dem „\*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“, weil der Reichsbund seine Vormachtstellung im deutschen Judentum durch den stärker werdenden Einfluß der Zionisten schwinden sieht. Gegnerschaft besteht ebenfalls zwischen den Zionisten und der „Aguda Isroel<sup>94</sup>“. Seit einigen Monaten versucht die Aguda von sich aus Einwanderungsgruppen nach \*Palästina neben der zionistischen Organisation zu bilden, auch in Palästina eine Sondergruppe orthodoxer Lebenshaltung zu organisieren. Die Gegnerschaft zum Zionismus liegt darin begründet, daß die „Aguda Isroel“ glaubt, allein die göttliche Hilfe sei imstande, Palästina wieder aufzubauen. Die Angehörigen der Aguda sind thoratreu.<sup>95</sup> Sie haben in Deutschland nur einen kleinen Anhängerkreis. So zählt die Ortsgruppe Hannover etwa 70 Mitglieder. [...]

Die von den jüdischen Organisationen in den letzten Monaten gesteigerte Versammlungstätigkeit<sup>96</sup> brachte das Judentum in eine gefestigtere Abwehrstellung zu Staat und Partei. Die Folge ist eine allgemeine aggressivere Haltung und Neigung zu verstärktem Widerstand gegen behördliche oder parteiamtliche Maßnahmen. [...]

<1012>

---

<sup>91</sup> Vgl. Genschel, Verdrängung, S. 106.

<sup>92</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>93</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

<sup>94</sup> Vgl. \*Agudas Jisroel.

<sup>95</sup> Vgl. \*Tora.

<sup>96</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

◀144▶

Stapostelle Regierungsbezirk Wiesbaden  
Beitrag zum Lagebericht

Frankfurt/M., 5.8.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 4,2

*Juden und Freimaurer*  
*Judentum*

[...] Die Agitation gegen die Juden war im letzten Monat sehr lebhaft. Leider kam es dabei zu Ausschreitungen<sup>97</sup> radaulustiger Elemente, die glaubten, durch Sachbeschädigungen gegen die Juden vorgehen zu müssen. So wurden auf einem Judenfriedhof, der versteckt im Walde in der Gemarkung Bornich liegt, nach und nach 25 Grabsteine umgeworfen und sogar die eisernen Gitter mit Gewalt zertrümmert.<sup>98</sup> Daß hierbei Angehörige der NSDAP als Täter in Frage kommen könnten, wurde von dem beteiligten Kultusvorsteher selbst in Abrede gestellt. [...]

In Diez fällt es auf, daß die Zöglinge des israelitischen Kinderheims zum großen Teil in einheitlicher Kleidung gehen. Die Kleidung besteht aus brauner Manchesterhose, grünem Leinenkittel mit Gürtel und schwarzer Baskenmütze. Dazu tragen die Jungen Kniestrümpfe. Da die Schulpflichtigen des Kinderheims die öffentliche Volksschule in Diez besuchen und bei ihrer immerhin beachtenswerten Anzahl eine gewisse Störung des Unterrichts bedeuten, sollen die jüdischen Kinder ausgeschult und einer eigenen, zu diesem Zwecke einzurichtenden jüdischen Schule zugewiesen werden.<sup>99</sup>

<1035>

◀145▶

NSDAP-Gauamt für Kommunalpolitik Gauleitung Schwaben  
Tätigkeitsbericht

Augsburg, 10.8.1935

BArch, NS 25/351

Meine Anordnung vom 20. Juli 1935, betr. \*Badeverbot für Juden in städtischen Bädern, die in der gesamten deutschen Presse freudigen Widerhall fand, hat nunmehr auch in vielen anderen Gemeinden Schule gemacht, so z.B. in Bad Wörishofen, wo nach einer Bek[anntmachung] des Bürgermeisters Kurkarten für Juden künftig nicht mehr ausgestellt werden.

<1077>

◀146▶

Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin  
Bericht für August 1935

Berlin, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 2,1

*Juden und Emigranten*  
*Judenbewegung*

In der antisemitischen Bewegung ist im Vergleich zum Vormonat keine grundlegende Änderung eingetreten, jedoch haben die \*Einzelaktionen gegen Juden und jüdische Geschäfte fast ganz aufgehört, insbesondere ist gegen Monatsende eine weitgehende Beruhigung in dieser Hinsicht eingetreten. Da jedoch das staats- und volksfeindliche Verhalten der Juden trotz der vergangenen Unruhen<sup>100</sup>

<sup>97</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>98</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

<sup>99</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>100</sup> Vgl. Zeittafel, Juli-August 1935.



keineswegs nachgelassen hat, ist eine Gewähr für den Fortbestand des augenblicklichen Zustandes nicht gegeben. In der Bevölkerung und in der Partei wird überall eine gerade Linie in der Judenpolitik vermißt. Wie schon im letzten Lagebericht ausgeführt wurde, fällt allgemein das Nebeneinanderarbeiten von Staat und Partei in der Judenfrage auf. [...]

Mit polizeilichen Mitteln allein wird eine Wiederholung der judenfeindlichen Demonstrationen jedenfalls nicht verhindert werden können.

Die Tätigkeit der Staatspolizeistelle<sup>101</sup> hat durch die immer zahlreicher eingehenden Anzeigen wegen \*Rasseschändung eine weitere Steigerung erfahren. Im Berichtsmonat wurde bei insgesamt 208 Personen ein rasseschänderisches Verhalten festgestellt. [...]

Im Berichtsmonat haben 2.213 jüdische Versammlungen stattgefunden, von denen nur 22 beobachtet werden konnten.<sup>102</sup> [...] <1089>

#### ◀147▶

### Stapostelle Regierungsbezirk Aachen Bericht für August 1935

Aachen, 5.9.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,3

#### *Allgemeines*

[...] Die Behandlung der \*Judenfrage hat in meinem Bezirk ebenfalls den größten Unwillen hervorgerufen, da bei ihrer Mentalität die katholische Bevölkerung zunächst den Juden als Menschen wertet und erst in zweiter Linie daran denkt, die Angelegenheit vom rassepolitischen Standpunkt aus zu beurteilen. Selbst im Widerstreit zu bevölkerungspolitischen Grundsätzen und Forderungen der Bewegung befunden, wie es z.B. in der Frage der Sterilisation<sup>103</sup> der Fall ist, ist die katholische Bevölkerung Juden allgemein gegenüber weitgehendst duldsam und lehnt, soweit es sich um den einzelnen Juden handelt, jegliche Maßnahme entschieden ab.<sup>104</sup> Es ist daher sehr zu begrüßen, daß in Zukunft gegen Juden nicht mehr durch \*Einzelaktionen vorgegangen werden soll, zumal diese im hiesigen Grenzbezirk ohnehin schon die nachteiligsten Folgen auf das nahe Ausland gezeitigt haben. Auch der Schreibweise des „\*Stürmer“ wird wenig Verständnis entgegengebracht. [...] <1086>

#### ◀148▶

### Stapostelle Regierungsbezirk Köln Bericht für August 1935

Köln, 3.9.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 9,9

#### *Allgemeine Stimmung*

[...] Die Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. \*Schacht, die dieser in Königberg bei Eröffnung der dortigen Messe gehalten hat,<sup>105</sup> wird in Kaufmanns- und

---

<sup>101</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>102</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>103</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Juli 1933.

<sup>104</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>105</sup> Schacht äußerte sich in dieser Rede am 18.8.1935 zu den antijüdischen Ausschreitungen im Juli/August 1935 (vgl. Zeittafel). Die vollständige Wiedergabe der Rede wurde vom

Bürgerkreisen lebhaft diskutiert. Man bemängelt, daß die Rede nur auszugsweise und nicht in ihrem vollen Wortlaut in den Tageszeitungen veröffentlicht worden ist. Da die Rede in ihrem Wortlaut durch die Reichsbank verbreitet wird, findet sie nunmehr den Weg in die breite Öffentlichkeit. Es werden bereits Stimmen laut, die wissen wollen, daß der Redner mit denjenigen Kräften Abrechnung gehalten hat, die sich Eingriffe in die Wirtschaft in unverantwortlicher Weise erlaubt und somit dieser Schaden zugefügt hätten. Auch die \*Judenfrage soll in der Rede angeschnitten und in einer Weise erörtert worden sein, die mit der Einstellung der Bewegung über die Judenfrage und das Vorgehen gegen die Juden nicht in Einklang zu bringen sei. In Wirtschaftskreisen spricht man mit einer Genugtuung davon, daß der Reichsbankpräsident mit aller Offenheit das Eingreifen von Personen, die von der Wirtschaftsstruktur nichts verstehen, zurückgewiesen hat. Man hört vielfach Stimmen, die besagen, daß der Reichsbankpräsident mit seiner Ansicht über das Problem der Wirtschaft und die Judenfrage einen glänzenden Sieg über die Bewegung davon getragen habe. [...]

#### *Juden*

Die Stimmung unter der Judenschaft ist sehr gedrückt. Man glaubt, daß die Sache der Juden viel schlimmer stände, wenn nicht der moralische Druck der Weltöffentlichkeit von außen wirkte.<sup>106</sup> Man rechnet in der Judenschaft mit einer Besserung ihres Loses im Hinblick auf die Rede, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht in Königsberg gehalten hat. Der Jude hat sich aus dem Gesellschaftsleben vollkommen zurückgezogen und führt sein Eigenleben entweder in der Familie oder in dem für ihn bestimmten Lokal.

Die Boykottmaßnahmen<sup>107</sup> gegen jüdische Geschäfte sind fast gänzlich eingestellt. Nur in zwei Fällen versuchte man, Käufer beim Betreten jüdischer Geschäfte abzuhalten. In einem weiteren Falle warf man Fensterscheiben einer jüdischen Wohnung ein.<sup>108</sup> 5 Juden wurden im Berichtsmonat wegen \*Rassenschändung in \*Schutzhaft genommen. <1099>

#### ◀149▶

### Stapostelle Regierungsbezirk Lüneburg

Bericht für August 1935

Harburg-Wilhelmsburg, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 3,3

#### *Juden und Freimaurer*

[...] An sich haben sich die Juden im allgemeinen ruhig verhalten, jedoch sind in letzter Zeit in der Stadt Celle mehrere Fälle bekannt geworden, in denen sich Juden haben taufen lassen und der evangelischen Kirche beigetreten sind. Bei den evangelischen Gemeinemitgliedern versuchen diese Leute den Glauben zu erwecken, daß sie von der evangelischen Religion vollkommen überzeugt seien. Selbstverständlich ist aber die Taufe nur in der Absicht erfolgt, ihre jüdische Abstammung zu tarnen.<sup>109</sup>

---

Propagandaministerium verboten. Vgl. dazu Adam, Judenpolitik, S. 123 und Genschel, Verdrängung, S. 112. Die Rede ist abgedruckt in: IMT, Bd. XII, S. 638ff.

<sup>106</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>107</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>108</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>109</sup> Vgl. dazu <1027> sowie \*Konvertiten.

Der Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 20.8.35<sup>110</sup> betr. Verhinderung von Ausschreitungen, durch den der Führer und Reichskanzler angeordnet hat, daß \*Einzelaktionen gegen Juden von Mitgliedern der NSDAP und ihren Gliederungen und der angeschlossenen Verbände unbedingt zu unterbleiben haben, wurden von den Behörden dankbarst begrüßt. [...] <1102>

◀150▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Minden  
Bericht für August 1935**

**Bielefeld, 4.9.1935**

**BArch, R 58/3709**

*Evangelische Kirche*

[...] Von weiteren Kreisen der \*Bekenntnisfront wird auch erwartet, daß auf der Königsberger Synode offiziell Stellung zur \*Judenfrage genommen wird. Hierbei sei bemerkt, daß führende Männer der Bekenntnisfront nach vorliegenden Äußerungen die Stellung des Staates zur Judenfrage grundsätzlich bejahen, aber die Tendenz des „\*Stürmer“ aus sittlich moralischen Grundsätzen ablehnen. [...]

*Juden*

Der Kampf gegen das Judentum hat in der Berichtszeit im hiesigen Bereich erheblich zugenommen, nachdem dieser Kampf in der nationalsozialistischen Presse und in den Nachbarbezirken stark vorwärts getrieben worden war. [...] Zuerst begnügte man sich damit, in einzelnen Orten des Bezirks, z.B. in Minden, die Schaufensterscheiben jüdischer und z.T. auch \*arischer Geschäftsleute mit Plakate judenfeindlichen Inhalts zu bekleben. In der zweiten Hälfte des August ist es dann zu gröberen Ausschreitungen in Lübbecke, wie in Bösingfeld und Lage im Lande Lippe-Detmold gekommen. In Lübbecke wurden die Schaufenster mehrerer jüdischer Geschäfte mit Steinen eingeworfen. In Bösingfeld i/L. wurde ein dort wohnender jüdischer \*Arzt durch fingierten Telefonanruf spät abends zu einem angeblich Unfallverletzten gerufen und dann sein Auto an einer Kurve aus dem Hintergrunde mit Steinen beworfen. In Lage (Lippe) wurden schließlich auf dem jüdischen Friedhof nachts mehrere Grabsteine umgeworfen<sup>111</sup> und in der \*Synagoge mehrere Beschädigungen vorgenommen. Die Täter sind in allen drei Fällen ermittelt und vorläufig in \*Schutzhaft genommen worden. Auf meine Tagesmeldung vom 19.8.35 I 1431 nehme ich Bezug.<sup>112</sup>

Schließlich wurden in der Berichtszeit mehrere Personen wegen \*Rassenschande festgenommen und vorläufig in Schutzhaft genommen. Der größte Teil von ihnen ist inzwischen entlassen worden. Dabei sei bemerkt, daß auf Grund der vielen Presseveröffentlichungen über Festnahme wegen Rassenschande größere Teile der Bevölkerung von einer gewissen Rassenschandepsychose erfaßt wurden, sodaß man überall Rassenschande witterte und teilweise ein staatspolitisches Vorgehen wegen Rassenschande forderte auf Grund von Vorgängen, die z.T. viele Jahre zurücklagen. Man konnte es in diesen Bevölkerungskreisen auch nicht verstehen, daß alle von ihnen wegen Rassenschande benannten Personen nicht sofort

---

<sup>110</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>111</sup> Vgl. \*Friedhofschändungen.

<sup>112</sup> Steht den Herausgebern nicht zur Verfügung.

auf lange Zeit in ein \*Konzentrationslager gebracht wurden. Allmählich ist jetzt auch hierin eine gewisse Beruhigung eingetreten.

Um Ausschreitungen in der Zukunft unter allen Umständen zu verhindern, haben Partei und \*SA nochmals, wie schon früher geschehen, in besonderen Verfügungen jede \*Einzelaktion strengstens verboten. <1106>

◀151▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Osnabrück**  
**Bericht für August 1935**

Osnabrück, 4.9.1935

GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 3,9

*Juden und Freimaurer*

Die Juden haben im Berichtsmonat keinerlei Versammlungstätigkeit entfaltet. Selbst die religiösen Veranstaltungen in der \*Synagoge sind unterblieben. Offenbar hegt man die – allerdings gänzlich unbegründete – Befürchtung, daß es bei Zusammenkünften zu irgendwelchen Ausschreitungen gegen sie kommen könnte. Die Angstpsychose ist so stark, daß während einer Kundgebung der NSDAP auf dem Ledenhof in Osnabrück ein Teil der Juden die Stadt fluchtartig verließ und erst am nächsten Tage zurückkehrte. [...]

Den Höhepunkt des Abwehrkampfes bildete die gewaltige Massenkundgebung der NSDAP in Osnabrück auf dem Ledenhof am 20. August 1935, der mehr als 25.000 Personen beiwohnten. [...] <1109>

◀152▶

**Regierungspräsident Kassel**  
**Bericht für Juli und August 1935**

Kassel, 2.9.1935

Klein, Kassel, S. 518ff.

*Allgemeine Lage*

Die Stimmung der Bevölkerung hat sich in den letzten Wochen der Berichtszeit in nicht zu verkennender Weise verschlechtert. An Stelle der früheren geschlossenen Stimmung, der gegenüber die Nörgelei und Miesmacherei Einzelner kaum in Erscheinung trat, ist eine allgemeine politische Müdigkeit und eine starke Neigung zur Kritik wahrnehmbar. [...]

Geht man weiter den Gründen der Verstimmung nach, so ist vielfach eine Mißbilligung örtlicher Vorkommnisse und auch der üblich gewordenen Anprangerungen in den \*Stürmerkästen, die nunmehr in fast allen Orten zum Aushang gekommen sind, anzutreffen. Hierbei scheint es gelegentlich zu Mißgriffen gekommen zu sein. Die Gefahr, daß Anprangerungen ohne ausreichende Klarstellung des Sachverhalts erfolgen oder die Stürmerkästen sogar zum Austrag persönlicher Dorffeindschaften benutzt werden, ist ohne Aufsicht einer übergeordneten Stelle, etwa des Kreisleiters, nicht von der Hand zu weisen. Die gegen Beamte gerichteten Angriffe und der gegen sie erhobene Vorwurf des „Volksverrätters“, dessen ungeheure Schwere man sich vielfach nicht ausreichend bewußt zu sein scheint, bedeuten für den Staat eine nicht zu verkennende Schwächung seiner Autorität. Desgleichen ist die Anprangerung von Marburger Professoren<sup>113</sup> geeignet, bei Ausländern,

---

<sup>113</sup> Damit sind wohl die Professoren der evangelisch-theologischen Fakultät gemeint, die ein Gutachten gegen die Diskriminierung getaufter Juden (vgl. \*Konvertiten) innerhalb der

die daran natürlich nicht achtlos vorübergehen, ein schiefes Bild von Deutschland hervorzurufen. [...] <1124>

◀153▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für August 1935**

**Ansbach, 9.9.1935**

**BayHStA, StK 106677**

*Allgemeine Lage*

[...] Im evangelischen Kirchenstreit herrschte äußerlich Ruhe. Die Spannungen bestehen jedoch nach wie vor fort. In Bayreuth z.B. wurden in mehreren Fällen Testamente widerrufen, da sich die zu Erben eingesetzten Familienglieder zu den \*Deutschen Christen bekannten. Daß manche Bekenntnispfarrer glauben, gerade jetzt, wo die Aufklärung über den Juden weit über Franken hinaus im besten Schwunge ist, die frühere oder zukünftige „Sendung“ des jüdischen Volkes nach Worten der Bibel hervorheben und behandeln zu müssen, ist geradezu ein Frevel an Volk und Bewegung, und wird nicht nur von Gegnern der \*Bekenntnisfront als Herausforderung angesehen. [...] <1127>

◀154▶

**Regierungspräsident Wiesbaden  
Bericht für August 1935**

**Frankfurt/M. 30.8.1935**

**Klein, Hessen-Nassau, S. 901**

*Juden und Freimaurer*

[...] Auf dem Judenfriedhof in Bornich (Kreis St. Goarshausen) sind von unbekanntem Tätern etwa 25 Grabsteine umgeworfen worden.<sup>114</sup> In der Synagoge in Kröffelbach wurde ein Einbruch verübt. Vor dem Genesungsheim in Oberstedten bei Bad Homburg hatte sich Mitte Juli eine Ansammlung gebildet, und es wurden mehrere Steine in die Fenster des Genesungsheimes geworfen. Wenige Tage später sind auf das Genesungsheim verschiedene scharfe Schüsse abgegeben worden. In Diez a.d. Lahn rottete sich die Menge vor einem jüdischen Waisenhaus zusammen und versuchte mit Leitern in das Gebäude einzudringen. Sie erreichte, daß die Polizeibehörde sich der Insassen – etwa 50 Personen, meistens Kinder – annahm und sie nach Frankfurt am Main abschoß. Besonders heftig hat sich die Volkswut in Gladenbach ausgelassen, wo in 3 Häusern, die von Juden bewohnt waren, Verwüstungen angerichtet wurden, indem man in die Häuser eindrang und dort die Wasserleitungen aufdrehte bzw. abriß, so daß die Anwesen vom Wasser völlig vernichtet wurden.<sup>115</sup> [...] <1140>

---

evangelischen Kirche verfaßten. Darin wird jedoch die Entrechtung und Verfolgung ungetaufter Juden nicht erwähnt. Vgl. auch Gutteridge, *Open Thy Mouth*, S. 126.

<sup>114</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

<sup>115</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

◀155▶

**Gendarmerie Fischach**

**Bericht für 4.8.1935**

**Fischach, 6.8.1935**

**BArch, R 1501/127079/35/1**

Am Sonntag, den 4.8.35 mittags gegen 12 h erschien der \*SA-Sturm 40/3 aus Augsburg mit Lastkraftwagen in Fischach.

Auf dem Platze in der Mitte des Ortes wurden die Fahrzeuge hinterstellt und dann gingen die SA-Männer in kleinen Trupps durch den ganzen Ort.

Sie hatten Gefäße mit Klebemitteln bei sich und hängten an der Mehrzahl der von Juden bewohnten Gebäuden Zettel auf, die für eine No. des \*Stürmer warben und für die No., in der der Prozeß gegen den Juden [N.N.] aus Magdeburg wegen Schändung deutscher Mädchen behandelt ist.<sup>116</sup>

In den meisten Fällen geschah dies ohne eine Schädigung des Besitzes der Juden.

In einigen Fällen aber wurden an die Haustüren oder die Türen von Garagen Zettel von riesigem Ausmaße mit dem gleichen Inhalt angehängt. Dabei wurden die Türen sehr beschmutzt.

Das gleiche geschah auch an der Türe der \*Synagoge, die mit einer Mehrzahl der kleinen Zettel beklebt worden ist und zwar fast vollständig. Der verh. Kaufmann Jude Hugo Deller riß einige der Zettel von der Synagogentüre ab, was den SA-Leuten verraten wurde. Deller ist Mitglied der Synagogenverwaltung.

Hierauf wurde er von dem Obersturmführer Gallien und dem Oberscharführer Neumair in seiner Wohnung abgeholt und auf den Hauptplatz verbracht. Dort mußte er das große Plakat halten und vorzeigen, wobei er mit SA-Leuten fotografiert wurde.

Später soll er auch mißhandelt und dann wieder entlassen worden sein. In seiner Wohnung wurde er dann aufgefordert, über den Vorfall strengstes Stillschweigen zu bewahren, da er sonst nach Dachau käme.<sup>117</sup> [...]

In der Bevölkerung wurde besonders unangenehm empfunden, daß auch an der Kirchenmauer der kath. Kirche dieses riesige Plakat angebracht worden ist.

Deller hat bisher Anzeige nicht erstattet. [...]

Besonders in der Umgebung von Fischach wird das Vorkommnis nicht als Ehre für die SA bezeichnet und abfällig über das Vorgehen derselben gesprochen. [...]

Die Juden sind nach diesem Vorkommnis sehr verängstigt. <1159>

◀156▶

**Landrat Gelnhausen**

**Bericht für Juli und August 1935**

**Gelnhausen, 31.7.1935**

**Klein, Kassel, S. 474f.**

*Evangelische Bewegung*

[...] Pfarrer Finke von Aufenau konnte heute in \*Schutzhaft genommen werden, weil derselbe in der Kirche für die bedrängten Juden beten ließ.<sup>118</sup> [...] **1166>**

---

<sup>116</sup> Vgl. \*Rassenschande und Schilderung dieses „Prozesses“ in <946>.

<sup>117</sup> Vgl. \*Konzentrationslager.

<sup>118</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

◀157▶

**Landrat Halle/Westf.  
Bericht für August 1935**

Halle/Westf., 28.8.1935

StA Det, M1 IP Nr. 632

*Allgemeine Übersicht über die innenpolitische Entwicklung im Berichtsmonat*

Der Monat stand im Zeichen des Kampfes der Partei gegen das Judentum.<sup>119</sup> Dieser Kampf ist ein Beweis dafür, daß die Mitglieder der Bewegung, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen Verbände immer dringender die schnellere Lösung der \*Judenfrage erwarten. Ob die Maßnahmen innen- und außenpolitisch richtig sind, mag in manchen Fällen dahingestellt bleiben. [...] <1168>

◀158▶

**Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin  
Bericht für September 1935**

Berlin, o.D.1935

BArch, R 58/3039 c

*Allgemeines*

[...] Die vom Reichstag auf dem Parteitag der Freiheit verabschiedeten neuen Gesetze, und zwar das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre,<sup>120</sup> haben nach Jahren des Kampfes zwischen Deutschtum und *Judentum* endlich klare Verhältnisse geschaffen: Das Judentum wird zur nationalen Minderheit gestempelt und erhält bei staatlichem Schutz die Möglichkeit, ein eigenes Kulturleben und ein eigenes völkisches Leben zu entfalten. Jede Einmischung in die völkischen Belange der deutschen Nation ist für alle Zukunft unmöglich und verboten.

Die Gesetze haben überall große Befriedigung und Begeisterung im Volke ausgelöst. [...]

Es bleibt abzuwarten, ob die Juden aus der Erkenntnis ihrer Lage auch praktisch die notwendigen Folgerungen ziehen und die gebotenen Zurückhaltung nunmehr beobachten [sic] werden.

*Kommunismus*

[...]

*Verbreitung von Hetzschriften*

[...] Durch Verbreitung von Streu- und Klebezetteln wird versucht, auf die Bevölkerung einzuwirken. Von den in größerer Zahl erscheinenden Hetzzetteln seien einige hier aufgeführt:

„Wir hassen keine Rasse – aber wir hassen die Kapitalistenklasse.“

„Ob Jude oder Christ – des Arbeiters Feind heißt Kapitalist.“

[...] So schreibt das Flugblatt „Anti-Stürmer“, Kampfblatt gegen Antisemitismus und Rassenhaß, nach einer Kritik „zu \*Streichers Sportpalastrede“ einen Aufruf „An die werktätige Bevölkerung“, in dem es u. a. heißt:

„Der Antisemitismus als Ablenkungsmanöver ist nicht etwa eine Erfindung des Nationalsozialismus, sondern ein alterprobtes Mittel aller auf Ausbeutung beruhenden Wirtschaftsformen. Die besten Beispiele aus jüngerer Zeit, welche wohl auch den Führern des dritten Reiches als Vorbild gedient haben mögen, sind die

---

<sup>119</sup> Vgl. Zeittafel, Juli-August 1935.

<sup>120</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

häufigen Pogrome im zaristischen Vorkriegsrußland. Diese hatten die Aufgabe, die unzufriedenen Bauernmassen davon abzulenken, ihre wahren Unterdrücker zu erkennen und dienten als Ventil, durch das die allgemeine Unzufriedenheit und Empörung einen Abflußkanal finden sollte. Nach demselben Muster verfährt die Hitler-Regierung in Deutschland...

Verwandelt alle antisemit. Kundgebungen in antifasch. Demonstrationen. Fragt die Kundgeber und die neugierig Umherstehenden, ob durch Schließung eines jüdischen Geschäfts die Lebensmittel billiger werden, oder durch die Überfälle auf Juden die Löhne steigen.

Bleibt nicht auf halbem Wege stehen. Verbindet Euren Kampf gegen den Antisemitismus mit dem gegen den Faschismus überhaupt.

[...] Wer sehenden Auges eine solche Entwicklung duldet, macht sich mitschuldig und mitverantwortlich für alle kommenden Greuel.“<sup>121</sup> [...]

*Juden und Emigranten*  
*Judenbewegung*

Die Anzeigen wegen \*Rassenschande und wegen staatsfeindlichen Verhaltens von Juden haben sich im Vergleich zum Vormonat nicht vermindert. [...]

Folgende beachtenswerte Fälle von Rassenschande sind u.a. im Berichtsmonat bearbeitet worden: [...]

8. Der Jude [N.N.n], geboren am 29.11.1877 zu Berlin, und die \*Arierin [N.N.o], geboren am 17.3.97 zu Insterburg, waren geständig, seit etwa 10 Jahren Rassenschande getrieben zu haben. Der letzte Verkehr soll vor dem 15.9.35 stattgefunden haben. Da das Gegenteil nicht zu beweisen war, konnte eine Vorführung des [N.N.n] vor Gericht nicht erfolgen.

9. Der Jude [N.N.p], geboren am 30.7.99 zu Neumarkt/Schles. und die Arierin, geschiedene Ehefrau [N.N.q], geborene [...], geboren am 23.2.09 zu Kiel, wurden wegen Rassenschande angezeigt. Beide waren geständig und gaben zu, sich seit 1931 zu kennen und seit dieser Zeit geschlechtlich verkehrt zu haben. Da dieses rassenschänderische Verhalten auch noch nach dem 15.9.35 andauerte, wurde [N.N.p] festgenommen und dem Haftrichter zugeführt, der [...] <sup>122</sup> Haftbefehl erließ. <1209>

◀159▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Arnberg**  
**Bericht für September 1935**

**Dortmund, o.D.**

**BArch, R 58/3039 a**

*Juden und Freimaurer*

[...] Die in Nürnberg auf dem Reichsparteitag beschlossenen Gesetze „Gesetz zum Schutz des deutschen Volkes und der deutschen Ehre“ sowie das „Reichsbürgergesetz“<sup>123</sup> haben unter den Juden eine gedrückte Stimmung hervorgerufen, da sie sich durch diese Maßnahmen tatsächlich aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen sehen, andererseits hoffen sie, daß sie sich in den ihnen nunmehr gesteckten Grenzen frei entfalten können und in Zukunft von \*Einzelaktionen verschont bleiben. Die \*Zionisten erhoffen als Auswirkung der Judengesetze eine größere Ab-

---

<sup>121</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>122</sup> Unleserliches Wort.

<sup>123</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.



wanderung nach \*Palästina.<sup>124</sup> Die zionistische Bewegung<sup>125</sup> vertritt den Standpunkt, daß die Tat des deutschen Reichskanzlers von weittragender staatspolitischer Bedeutung sei, indem sie die Juden innerhalb der Reichsgrenze als eine völkische Minderheit<sup>126</sup> für immer und ewig bezeichne.

Der Erlaß der Gesetze, die eine Forderung des nationalsozialistischen Programms erfüllen und dem gesunden Empfinden des deutschen Volkes Rechnung tragen, hat bei fast allen Volksgenossen vollste Anerkennung gefunden. Jedoch findet die gesetzliche Regelung, die das Zeigen jüdischer Farben ausdrücklich unter staatlichen Schutz stellt,<sup>127</sup> innerhalb der Bevölkerung wenig Verständnis. Man erblickt in dieser Regelung eine zu weitgehende Konzession gegenüber dem Judentum. Das Zeigen jüdischer Farben wirkt zweifellos herausfordernd und wird in der Praxis auch in manchen Fällen zu unabwendbaren Ausschreitungen führen.<sup>128</sup> [...] <1203>

◀160▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Köln  
Bericht für September 1935**

Köln, 18.10.1935

BArch, R 58/3039 c

*Juden*

Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre hat bei den Juden eine gewaltige Ernüchterung hervorgerufen. Selbst die bisher stets optimistischen Zionisten<sup>129</sup> bringen diesem Gesetz wenig Verständnis entgegen. Die jüdischen Frontsoldaten<sup>130</sup> fühlen sich besonders durch dieses Gesetz stark betroffen, da sie sich in erster Linie als Deutsche und dann erst als Juden fühlen. Daß man für sie das Ghetto schaffen würde, haben sie nicht erwartet. Stark interessiert sind die Juden an den Ausführungsbestimmungen,<sup>131</sup> deren Bekanntgabe sie mit Spannung erwarten, durch die sie Erleichterung erhoffen. Es zeigt sich sehr deutlich, daß der größte Feind des Juden der Jude selbst ist. Man scheut sich auch nicht, dieses einzeln zuzugeben. So sagt ein Jude auf die Frage, warum er denn nicht nach \*Palästina ginge, sehr lakonisch: „Nach Palästina gehe ich nicht, denn da sind mir zu viele Juden.“

Im Berichtsmonat gingen 26 Anzeigen wegen \*rasseschänderischen Verhaltens ein. Auf Grund des neuen Gesetzes wurden 2 Juden festgenommen und dem Amtsgericht zwecks Erlaß eines Haftbefehls zugeführt. In \*Schutzhaft genommen wurden vor Inkrafttreten des Gesetzes 3 Juden und 3 Christen. Daß sich einzelne Juden noch bewußt gegen das neue Gesetz auflehnen, bestätigt die Tatsache, daß einige Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes noch Juden mit \*arischen Mädchen verkehrten und u.a. auch einen gemeinschaftlichen Haushalt führten. [...] <1217>

---

124 Vgl. \*Auswanderung sowie \*Alija.

125 Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

126 Vgl. \*Minderheitenschutz.

127 Vgl. \*Flaggengesetzgebung.

128 Vgl. \*Einzelaktionen.

129 Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

130 Vgl. \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.

131 Zu den späteren Ausführungsbestimmungen vgl. Zeittafel, 14. November 1935 und 21. Dezember 1935.

◀161▶

Stapostelle Regierungsbezirk Magdeburg  
Bericht für September 1935

Magdeburg, 5.10.1935

BArch, R 58/3039 c

*Allgemeines*

[...] Die Judengesetze sind dagegen Gegenstand eifriger Diskussionen gewesen. Bürgerliche Kreise, die sonst nicht als judenfreundlich gelten können, beginnen vielfach mit den Juden Mitleid zu üben und erklären, daß das Tempo der Judengesetzgebung viel zu schnell sei und daher menschlich außerordentliche Härten schaffe. Die Arbeiterkreise zeigen an der jüdischen Ehegesetzgebung kein Interesse, da die Arbeiterschaft kaum jemals Mischehen eingegangen ist; sie wenden sich aber dagegen, daß sie um deswillen als Volksverräter gebrandmarkt werden, weil sie beim Juden kaufen. Solange sie bei diesen alles billiger bekämen als in einem \*arischen Geschäft, könnte ihnen bei diesen niedrigen Löhnen nicht zugemutet werden, Opfer zu bringen, die sie nicht tragen könnten. In ausgesprochen staatsfeindlichen Kreisen, sowohl rechts wie links, hat man die Judengesetze sogar mit der Begründung begrüßt, daß, je schlimmere Gesetze man erlasse, desto eher dem Volke die Augen darüber geöffnet werden, wohin der Nationalsozialismus steuere. Hinsichtlich des Reichsbürgerrechtes wird zudem erklärt, daß nach der Fassung des Gesetzes die Regierung es vollkommen in der Hand habe, jedem das Reichsbürgerrecht zu verweigern, der ihr nicht passe. Alles in allem kann also gesagt werden, daß die neuen Gesetze außerhalb der rein nationalsozialistischen Bevölkerung zum Teil mit Gleichgültigkeit, zum Teil mit sehr wenig Verständnis aufgenommen worden sind. [...]

*Juden und Freimaurer*

Die antisemitische Welle war im Berichtsmonat bereits im Abflauen begriffen.<sup>132</sup> Die Propaganda-Umzüge der \*SA sind nicht mehr bemerkt worden. Man ist allgemein der Ansicht, daß von der Regierung die Judenfrage konsequent ohne Zugeständnisse durchgeführt werden wird. [...]

<1222>

◀162▶

Stapostelle Regierungsbezirk Minden  
Bericht für September 1935

Bielefeld, 3.10.1935

BArch, R 58/3039 a

*Allgemeines*

[...] Begrüßt wurde insbesondere das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.<sup>133</sup> [...] Die nach dem gegebenen Gesetz erteilte Zubilligung, daß Juden \*arische Hausangestellte über 45 Jahre halten dürfen, hat nach den hier gemachten Feststellungen verschiedenartige Auffassung gefunden. Allgemein ist man der Auffassung, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, dieses Verbot auf das ganze weibliche Geschlecht zum Schutz der deutschen Frau überhaupt auszusprechen. Durch die jetzige Regelung habe man eine unnötige Klassifizierung geschaffen. Wie so oft wurden auch zu diesem Gesetzesparagrafen „böswillige“ Kommentare gegeben. Beispielsweise werden hier in Bielefeld am Biertisch Erzählungen dahin gemacht, „daß das Marienstift (Altersheim für Frauen) demnächst aufgelöst

---

<sup>132</sup> Vgl. Zeittafel, Juli-August 1935.

<sup>133</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

wird und die hier untergebrachten Frauen als Hausangestellte bei den Juden Stellung finden“. [...]

*Juden und Freimaurer*

Bis Anfang des Monats machte sich die antisemitische Welle<sup>134</sup> im \*Stapobezirk noch recht bemerkbar. [...] In Minden wurde durch das Fenster der \*Synagoge während des Gottesdienstes ein Stück Ziegelstein geworfen. Der Stein fiel vor der Orgel nieder, nachdem durch denselben vorher mehrere Scheiben zertrümmert wurden. In allen diesen Fällen konnten die Täter nicht ermittelt werden. Geplant waren weitere \*Einzelaktionen vor Erlass der \*Nürnberger Gesetze u.a. gegen den jüdischen [...] [N.N.a], [...] in Bielefeld. Es ist bekannt, daß [N.N.a] den Ruf als „Liebhaber deutscher blonder Mädchen“ genießt.<sup>135</sup> Beabsichtigt war aus diesem Grunde, daß [N.N.a] an den Pranger gestellt und dieserhalb mit einem Schild um den Hals durch die Stadt geführt werden sollte. Eine Anzahl von Volksgenossen hatte sich bereits zur Durchführung dieses Planes zusammengeschlossen. In ähnlichem Sinne war geplant, den Juden [N.N.b], wohnhaft in Bielefeld, [...], an den Pranger zu bringen, da [N.N.b] es pflegte, in den Morgenstunden in seinem Garten, der von der Nachbarschaft recht sichtbar lag, Nacktkultur zu treiben. Durch das inzwischen herausgegebene Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre und der vom Führer gegebenen Richtlinien, daß Einzelaktionen zur Bekämpfung des Judentums aus außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen zu unterbleiben haben,<sup>136</sup> wurden die vorgesehenen Einzelaktionen nicht durchgeführt. [...] <1225>

◀163▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Trier  
Bericht für September 1935**

Trier, 5.10.1935

BArch, R 58/3039 c

*Gegner des Staates und der Bewegung*

[...]

*Juden*

Die bisher beobachtete Zurückhaltung der Juden hat im Berichtsmonat angehalten. [...]

Die Ausschreitungen gegen einzelne Juden bzw. jüdisches Eigentum haben trotz der wiederholt ergangenen strengen Anweisungen nicht nachgelassen. <sup>137</sup> [...] <1237>

◀164▶

**Regierungspräsident Oppeln  
Bericht für August und September 1935**

Oppeln, o.D.

BArch, R 58/3926

*Allgemeine Übersicht  
Allgemeine Stimmung*

[...] Mit Genugtuung wurden die im Reichstag in Nürnberg beschlossenen Gesetze begrüßt.<sup>138</sup> [...] Auch die Bestimmungen zum Schutze des deutschen Blutes

<sup>134</sup> Vgl. Zeittafel, Juli-August 1935.

<sup>135</sup> Vgl. \*Rassenschande.

<sup>136</sup> Vgl. Zeittafel, 20. August 1935.

<sup>137</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>138</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

haben bei allen deutsch gesonnenen Staatsbürgern Zustimmung gefunden, umso mehr, als der Schutz der jüdischen Minderheit durch das Genfer Abkommen im ehemaligen Abstimmungsgebiet den jüdischen Charakter besonders deutlich hervortreten läßt. Daß die Judengesetze im oberschlesischen Abstimmungsgebiet auf die jüdische Minderheit zunächst nicht werden angewandt werden können,<sup>139</sup> dürfte von allen nationalsozialistisch gesonnenen Volksgenossen als untragbarer Zustand empfunden werden. [...]

<1254>

◀165▶

**Reichsleitung der NSDAP, Hauptamt für Kommunalpolitik**  
**Vertrauliche Berichtsauszüge**

München, 25.10.1935

BArch, NS 25/85

*Gauamt für Kommunalpolitik Groß-Berlin*

[...] Unter der Berliner Bevölkerung wird der Wunsch immer lauter, daß die deutschen Geschäfte besonders kenntlich gemacht werden müßten und daß an jüdischen Geschäften der \*Davidstern anzubringen wäre, damit es nicht weiter vor kommt, daß Deutsche aus reiner Unkenntnis in jüdische Geschäfte geraten.<sup>140</sup> Die Judengesetze<sup>141</sup> und die Ernennung der Hakenkreuzfahne als alleinige Reichsflagge lösten bei den Partei- und Volksgenossen größte Begeisterung aus. Die Rassegesetze haben auch in der Kommunalpolitik anregend gewirkt. So geht jetzt der Bezirksbürgermeister des Verwaltungsbezirks Pankow daran, eine amtliche Judenkartei aufzustellen. Grundlagen sind die polizeilichen Anmeldungen und die Personenstands aufnahmen.

<1259>

◀166▶

**Bezirksamt Bad Kissingen**  
**Bericht für September 1935**

Bad Kissingen, 27.9.1935

StA Wü, LRA Bad Kissingen 1153

*Politische Lage*

[...] Die in Nürnberg erlassenen Gesetze<sup>142</sup> gegen die Juden werden im allgemeinen von der Bevölkerung begrüßt; doch fehlt es auch weiterhin nicht an Personen, die glauben, die Juden in Schutz nehmen zu müssen. Besonders in der Gemeinde Steinach scheint sich die Bevölkerung in zwei Lager gespalten zu haben: Judengegner und \*Judenfreunde. Zu irgendwelchen \*Einzelaktionen gegen Juden ist es im Berichtsmonat, sowohl im Bezirk wie in der Stadt Bad Kissingen, nicht gekommen. Der große Judenstrom nach Bad Kissingen hat aufgehört.<sup>143</sup>

<1265>

---

139 Vgl. \*Minderheitenschutz und Weissmann, Die Durchsetzung der jüdischen Minderheitsrechte in Oberschlesien.

140 Vgl. \*Kennzeichnung der Juden und ihres Besitzes.

141 Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

142 Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

143 Vgl. \*Kurorte und Bäder.

Regierungsbezirk Minden, Land Lippe und Kreis Hameln-Pyrmont<sup>144</sup>  
 Bericht für September 1935

o.O., o.D.

StA Det, M1 IP Nr. 632 Bd. I

*Witze, Satire, Anekdoten, Lieder*

Nur wenige Witze sind im Berichtsmonat zu verzeichnen. Sie befaßten sich hauptsächlich mit der \*Judenfrage.

In einer Stadt ist ein Löwe ausgebrochen. Alles rennt weg, wie er auf der Straße erscheint. Nur ein krummer Jude geht auf den Löwen zu, faßt ihn in die Mähne und führt ihn zu seinem Käfig. Am nächsten Morgen erscheint in der Zeitung „Judenfrechheit. – Ein Judenlummel erdreistete sich, auf der Straße einen armen wehrlosen Löwen dermaßen an der Mähne zu ziehen, daß der Löwe ihm folgen mußte. Es wird höchste Zeit, daß den Unverschämtheiten des Judenpacks endlich einmal eine Grenze gesetzt wird.“ [...]

*Juden und Judenbekämpfung*

Zwar flaute im Anfang September die Aktion gegen die Juden merklich ab, gedämpft durch scharfe Befehle der Gauleitung und der \*SA, sowie durch die Auslassungen verschiedener führender Parteigenossen in den Zeitungen. Es kam aber immer noch eine ganze Reihe von Fällen vor, in denen Aktionen gegen die Juden durchgeführt wurden, bis die Erklärungen Adolf Hitlers auf dem Reichsparteitag in Nürnberg<sup>145</sup> und das Judengesetz<sup>146</sup> hier allen Partei- und Volksgenossen endlich klar machte, daß die Zeit der \*Einzelaktionen gegen die Juden vorbei ist. [...]

In der Bevölkerung wird dieses Judengesetz als eine sehr geschickte Lösung durch Adolf Hitler empfunden und begutachtet. Das Verlangen nach einer Klärung in der \*Judenfrage war ungeheuer groß, besonders, da in wirtschaftlicher Hinsicht noch immer vielerlei Bindungen mit jüdischen Geschäften und Unternehmungen bestehen, die wegen der Beschäftigung der Angestellten nicht so ohne weiteres gelöst werden konnten und mancherlei Gewissenskonflikte heraufbeschworen. [...] <1311>

Bayerische Politische Polizei  
 Bericht für Oktober 1935

München, 1.11.1935

StA Nü, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth 431

*Juden*

Es machen sich Anzeichen bemerkbar, daß der \*Zionismus durch die \*Nürnberger Judengesetzgebung einen verstärkten Auftrieb erhält. So meldet die Polizeidirektion Augsburg, daß dort anfangs Oktober durch Förderung des Zionistenbundes<sup>147</sup> eine Umschulungsstätte für jüdische Auswanderer errichtet wurde.<sup>148</sup> An den Umschulungskursen auf Landwirtschaft und Hausarbeit können

<sup>144</sup> Die berichterstattende Stelle ist im vorliegenden Dokument nicht angegeben und konnte auch durch Anfrage beim Staatsarchiv Detmold nicht eindeutig festgestellt werden. Dieses und andere Dokumente der gleichen Provenienz sind dort nur in Durchschlägen ohne gedruckten Dokumentenkopf erhalten.

<sup>145</sup> Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1933-1945, S. 539.

<sup>146</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

<sup>147</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

<sup>148</sup> Vgl. \*Hachschara.

Juden und Jüdinnen bis zu 35 Jahren teilnehmen. In Bamberg fand ein zionistischer Vortrag statt über „Boden der Väter, Boden der Zukunft“. Auch dort hat der „Ortsring der jüd. Jugendverbände“<sup>149</sup> ein Umschichtungsheim<sup>150</sup> errichtet, das zur Vorbereitung der Auswanderer nach \*Palästina dient. [...]

Dem „Jüdischen \*Kulturbund in Bayern“, der bisher einen Verband juristischer Personen darstellte, wurde entsprechend den Weisungen des Politischen Polizeikommandeurs der Länder<sup>151</sup> die Konstituierung als Verein mit Einzelmitgliedern und die Mitgliederwerbung genehmigt; damit ist den Juden die Möglichkeit gegeben, sich auch kulturell von dem deutschen Wirtsvolk völlig zu trennen. [...]

Zu Anfang des Berichtsmonats wurde noch eine Anzahl von \*Rasseschändern samt den beteiligten artvergessenen Frauenspersonen in \*Schutzhaft genommen. Nunmehr erfolgt bei Festnahmen dieser Art sofortige Überstellung an den Richter. [...]

<1316>

◀169▶

Stapostelle Regierungsbezirk Arnberg  
Bericht für Oktober 1935

Dortmund, o.D.

BArch, R 58/3040 a

*Kommunistische Bewegung*

[...] Bemerkenswert ist eine von Kommunisten in Bochum verbreitete Flugschrift, die sich an die katholische Jugend und die Verbände der protestantischen Bekenntniskirche<sup>152</sup> richtet. Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:

„Durch die verschiedene Weltanschauung sind wir jungen Kommunisten von der Jugend der katholischen Kirche und der protestantischen Anti-Nazi-Kirche getrennt. In einem Punkt müssen wir aber in einer Front stehen. Der Terror des Nazismus verlangt von uns die Einheitsfront im Widerstand gegen den gemeinsamen Feind Hitler! Schafft nach vorsichtiger Fühlungsnahme von Einzellern zu Einzellern gemeinsame getarnte Selbstschutzorganisationen zum Schutz der politisch oder religiös antifaschistischen Bevölkerung! Organisiert planmäßig den Kampf für Gewissensfreiheit! Erhebt die Forderung: Heraus mit den politischen Gefangenen! Heraus mit den eingekerkerten Pfarrern, Ordensschwestern und den Pastören [sic] der Bekenntniskirche aus Zuchthäusern, Gefängnissen und \*Konzentrationslagern [sic]! Beunruhigt durch religiöse Propaganda die Massen gegen die Unterdrückung! Erzwingt Toleranz für die Juden, die Menschenantlitz tragen wie wir alle! Demonstriert gegen die Provokation der Polizei und \*SA! Laßt den Nazistaat nicht zur Ruhe kommen! Bereitet die Stunde der Rache vor! Schafft die antifaschistische Solidarität!

KPD inter. komm. Jugendbund“<sup>153</sup>

[...]

*Juden und Freimaurer*

Der in den vergangenen Monaten gegen die jüdischen Geschäfte durchgeführte \*Boycott zeigt weiterhin nachhaltige Wirkung. Die Umsätze sind in einer

---

149 Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.

150 Vgl. \*Umschichtung.

151 Heinrich \*Himmeler, vgl. Zeittafel, November 1933–Januar 1934.

152 Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

153 Vgl. \*Kommunismus und Juden.

Weise gesunken, daß auf die Dauer eine Verminderung des Geschäftspersonals vorgenommen werden muß.[...]

Größte Besorgnis besteht unter den Juden, weil sie annehmen, daß sie in diesem Winter nicht mehr von dem \*Winterhilfswerk des deutschen Volkes betreut werden. Zur Unterstützung ärmerer Rassegenossen wollen die jüdischen Gemeinschaften daher ein Winterhilfswerk nach dem Muster der NS-Volkswohlfahrt aufbauen. Ob und inwieweit diese Unterstützungsaktion gelingt, ist den Juden jedoch selbst zweifelhaft.<sup>154</sup>

Sowohl bei den \*Assimilanten als auch bei den \*Zionisten<sup>155</sup> macht sich in letzter Zeit eine erhöhte Versammlungstätigkeit bemerkbar. Die assimilatorische Richtung scheint sich jedoch damit abgefunden zu haben, daß sie ihre ehemaligen Ziele und Pläne heute nicht mehr verwirklichen kann. Insbesondere sind die jüngeren Anhänger zu der Erkenntnis gelangt, daß ein Verbleiben in Deutschland für ihr Fortkommen nachteilig und zwecklos ist. Sie versuchen daher, sich der \*Zionistischen Vereinigung anzuschließen, wodurch deren Jugendgruppen<sup>156</sup> einen starken Zuwachs zu verzeichnen haben.

Im Berichtsmonat fanden unter starker Anteilnahme des religiösen Judentums die üblichen Bitt- und Freudenfeste statt, die ohne jegliche Störung verliefen.<sup>157</sup> <1313>

◀170▶

Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin  
Bericht für Oktober 1935

Berlin, o.D.

BArch, R 58/3040 a

*Kommunismus*

[...] Ferner konnte ein Jude Kurt *Arnheim*, 10.9.97 Berlin geboren, gefaßt werden. A. ist ein langgesuchter Verbreiter illegaler Zersetzungsschriften. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich hier tatsächlich um einen Einzelgänger handelt, der seit 1933, wie in 19 Fällen festgestellt wurde, laufend die immer wieder aufgetauchten Zersetzungsschriften gegen Reichswehr und Schutzpolizei verbreitet.<sup>158</sup>

Eine Schreibmaschine, auf der er die Schriften hergestellt hat, wurde beschlagnahmt.

Arnheim ist geständig und überführt. Er ist bereits dem Vernehmungsrichter vorgeführt, der gegen ihn Haftbefehl erlassen hat. [...]

*Katholische Bewegung*

Auch im Berichtsmonat wurde der politische Katholizismus scharf überwacht.

1. Am 2. Oktober 1935 fand eine Versammlung des katholischen Männervereins St. Matthias statt. [...] Der Schriftführer brachte eine Diskussion in Gang, die offensichtlich bezweckte, die Bestrebungen des *Staates* in der \*Judenfrage umzukehren.<sup>159</sup> [...] Der Kaplan führte dann weiter aus, daß die Judenfrage so, wie sie jetzt behandelt werde, für die Katholiken nicht diskutabel sei. Jeder Katholik habe jedem

---

<sup>154</sup> Zur Entstehung, Gründung und Tätigkeit eines eigenen jüdischen Winterhilfswerks vgl. \*Winterhilfe, jüdische.

<sup>155</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

<sup>156</sup> Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.

<sup>157</sup> Vgl. \*Sukkot und \*Simchat Tora.

<sup>158</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>159</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

Katholiken zu helfen, die Rasse spiele dabei keine Rolle. Statthaft sei aber selbstverständlich nicht, daß die Juden, wie bis vor kurzer Zeit, entgegen ihrem Bevölkerungsanteil alles beherrschten. Die Judenfrage müßte mit erlaubten Mitteln geregelt werden und dürfte nicht in eine Judenverfolgung ausarten. Den Juden ginge es tatsächlich schlecht, sie seien ein getretenes, verfolgtes Volk und wären doch einst das auserwählte gewesen. Nur weil sie Christus ans Kreuz geschlagen hätten, sei sein Blut über sie und ihre Kinder gekommen.<sup>160</sup> [...]

*Evangelische Kirche  
Positiver Parochialverein*

Der Positive Parochialverein veranstaltete am 14.10.1935 im Gemeindesaal der evangelischen Apostel-Paulus-Gemeinde, Berlin-Schöneberg, eine von etwa 110 Personen besuchte Versammlung, in der Pfarrer i.R. Lic. *Knieschke* über den \*Talmud sprach und dabei z.B. den \*Rabbi Ben Akiba<sup>161</sup> förmlich als Helden feierte. Er sagte: „Wenn auch die Zeitungen, ein gewisses Blatt ganz besonders, heute soviel gegen die Juden schreiben, so muß ich doch sagen, daß wir die Juden von damals nicht durch die Brille von heute betrachten dürfen. Es hat wirklich Helden unter diesem Volk gegeben. Während des Krieges<sup>162</sup> sind die Juden auch nicht nur lauter Schieber usw. gewesen. Es hat Juden gegeben, die vorn im Schützengraben gestanden haben.<sup>163</sup> [...] Sie sehen, Sie brauchen nicht zu hassen, sondern Sie müssen lieben *alle* Menschen, auch wenn es sich um Juden handelt.“<sup>164</sup> <1317>

◀171▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf  
Bericht für Oktober 1935**

Düsseldorf, 6.11.1935

BArch, R 58/3040 a

*Juden und Freimaurer  
Juden*

[...] Am 22. Oktober fand in den Räumen des Elberfelder Frauenklubs, Wuppertal-Elberfeld, eine Versammlung des \*jüdischen Frauenbundes statt, die von etwa 100 jüdischen Frauen und Mädchen besucht war. Die stellvertretende Vorsitzende, Frau \*Samuel, erteilte das Wort Frau Conny Katzenstein zum Thema: „Wie ist dem Mangel an Hausangestellten zu begegnen?“ Frau Katzenstein berichtete, daß die jüdischen Gemeinden Haushaltungskurse, Nähkurse, Waschkurse usw. eingerichtet hätten, um in denselben jüdischen Frauen zur Hausarbeit heranzubil-

---

<sup>160</sup> Das vorhergehende Kapitel entspricht sinngemäß dem Kapitel *Katholische Kirche* im Bericht für September und Oktober des Polizeipräsidenten Berlin, <1318>.

<sup>161</sup> Soll heißen *Rabbi Akiba ben Joseph*. Eine der zentrale Figuren der ersten Generation des talmudischen Judentums (Tanaiten); ebenso der geistige Führer des Bar Kochba-Aufstandes gegen Rom (132-135), bei dessen Niederschlagung er den Märtyrertod fand.

<sup>162</sup> Gemeint ist der 1. Weltkrieg.

<sup>163</sup> Diese Ausführungen beziehen sich auf die im Jahre 1916 durchgeführte „Judenanzählung“ über den Prozentsatz der Juden unter den Frontsoldaten, welche aufgrund des ständig auftauchenden Vorwurfs „jüdischen Drückebergertums“ angeordnet worden war. Zu jüdischen Reaktionen auf diesen Vorwurf vgl. \*Frontkämpfer, jüdische.

<sup>164</sup> Das vorhergehende Kapitel entspricht sinngemäß dem Kapitel *Deutsche Glaubensbewegung und andere weltanschauliche Bewegungen* im Bericht für September und Oktober des Polizeipräsidenten Berlin, <1318>.



den. Hiermit sei es aber noch nicht getan. Vielmehr müßten die jüdischen Töchter zu Hausangestellten herangebildet werden, zumal viele aus ihren bisherigen Stellungen in Geschäften ausscheiden würden.<sup>165</sup> Die jüdischen Familien sollten sich bereit finden, jüdische junge Mädchen aufzunehmen, zumal zur Abwanderung nach Palästina die Erlernung des Haushalts Grundbedingung sei. Die Rednerin führte dann weiter aus, daß bei den einzelnen jüdischen \*Gemeinden Stellennachweise<sup>166</sup> eingerichtet wären bzw. eingerichtet würden und forderte die Anwesenden auf, die anliegenden Formulare auszufüllen und der Gemeinde einzureichen. [...]

Für die \*Synagogengemeinde Essen und die ihr angeschlossenen Vereine liegt eine Voranmeldung vor,<sup>167</sup> nach der im kommenden Winter wöchentlich drei bis vier interne Veranstaltungen geplant sind. Hiernach sollen an jedem Montag abends von 8-10 Uhr Kurse in \*Hebräisch und Englisch zur Vorbereitung für Palästina abgehalten werden. Weiter finden 14tägig an jedem Donnerstagabend Arbeitsgemeinschaften von jeweils denselben Rednern wie Assessor Georg \*Guthmann, Frankfurt a.M., über „Palästina, Wirtschaft und Gesellschaft“, von Dr. Moritz Schweizer, Essen, über „Probleme der Auswanderung“ und von \*Rabbiner Dr. \*Hahn, Essen, über „Franz Rosenzweigs Weg zum Judentum“ statt. Diese Kurse und Vorträge haben durchweg einen religiös belehrenden Charakter<sup>168</sup> und wollen die geistigen Grundlagen für den Aufbau Palästinas vorbereiten. Für die zionistische Ortsgruppe Essen \*Verband jüdischer Frauen für Palästina-Arbeit wird für jeden Donnerstag ein Abend über Fragen der Palästina-Wanderung<sup>169</sup> und jeden Montag ein Vortragsabend über Probleme des \*Zionismus angekündigt. Die religiös-caritative Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Frauen<sup>170</sup> Essens hält wöchentlich einen Bibelkurs, in jedem Monat einen Vortrag über Erziehungs- und hauswirtschaftliche Fragen, die Glückauf-Vereinigung, unter Leitung des Predigers A. Katzenstein Essen-Steele,<sup>171</sup> an jedem 1. und 3. Mittwochabend des Monats eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Thema „Wege zum Judentum“ und der Ortsring der jüdischen Jugend<sup>172</sup> Essens außerdem die üblichen Sport- und Heimabende ab. [...]

<1320>

◀172▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Hannover  
Bericht für Oktober 1935**

Hannover, 4.11.1935

Mlynek, S. 433, 436f.

*Juden*

Die jüdischen Verbände und Vereine entfalten eine immer reger werdende Versammlungstätigkeit.<sup>173</sup> Die \*Nürnberger Gesetze führten in den letzten Wochen zu

---

<sup>165</sup> Vgl. \*Umschichtung.

<sup>166</sup> Vgl. \*Arbeitsnachweise, jüdische.

<sup>167</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>168</sup> Vgl. \*Erwachsenenbildung, jüdische.

<sup>169</sup> Vgl. \*Alija.

<sup>170</sup> Vgl. \*Israelitischer Frauenverein.

<sup>171</sup> Es handelt sich offensichtlich um den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Essen Willy \*Katzenstein.

<sup>172</sup> Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.

<sup>173</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

starken Auseinandersetzungen zwischen den \*Zionisten einerseits und den \*Assimilanten andererseits. [...]

Die jüdischen \*Sportvereine treiben regen Sport. Es werden auch auswärtige größere jüdische Sportvereine zur Austragung von Fußball-, Handball-, und Leichtathletikkämpfen eingeladen. Der neu aufgezugene „Jüdische \*Kulturbund“ in Hannover, der dem Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland angeschlossen ist, hat sich nach den Richtlinien des Beauftragten des Herrn Reichspropagandaministers Dr. \*Goebbels neu organisiert.<sup>174</sup> Der Verband hat z.Zt. eine Mitgliederzahl von 526 Personen. Der Vorstand des Kulturbundes setzt sich zum größten Teil aus assimilatorisch eingestellten Juden<sup>175</sup> zusammen.

Die Nürnberger Gesetze und die Forderung der Zionisten um die Vormachtstellung im deutschen Judentum bestimmen im Augenblick die Atmosphäre innerhalb der Gruppen des deutschen Judentums.

*Die Bewegung und ihre Organisationen*

Die Zusammenarbeit zwischen Staat, Partei und deren Gliederungen ist vorbildlich.

Über die \*Hitlerjugend wird nach wie vor Klage geführt. So ist u.a. festgestellt, daß in Springe am 2., 9. und 10. Oktober d.Js. 7 Angehörige des Jungvolks nach Beendigung ihres Dienstabends etwa 90 Fensterscheiben an den Getreideschuppen von 2 jüdischen Getreidehändlern in Springe eingeworfen haben. Dadurch, daß die Glassplitter in etwa 60-80 Ztr. Weizen gefallen sind, ist die Verwendung dieses Getreides in Frage gestellt. Als Anführer dieser \*Einzelaktion ist der 13jährige Sohn des hiesigen Ortsgruppenleiters der Deutschen Arbeitsfront ermittelt worden. Dieses Vorkommnis hat in weiten Kreisen der Bevölkerung Empörung hervorgerufen. [...] <1323>

◀173▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Koblenz  
Bericht für Oktober 1935**

**Koblenz, 5.11.1935**

**BArch, R 58/3040 b**

*Juden und Freimaurer  
Juden*

Die gesetzliche Regelung der \*Judenfrage<sup>176</sup> wirkt sich mit der Zeit dahin aus, daß immer mehr jüdische Familien auswandern.<sup>177</sup> Die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben macht weiter Fortschritte.<sup>178</sup> Insbesondere ist der jüdische Einfluß auf den \*Viehhandel fast vollständig in Wegfall gekommen. Auch im Einzelhandel haben die Juden weiter an Boden verloren. Die Aufgabe jüdischer Geschäfte vollzieht sich in beschleunigtem Tempo. Landwirtschaftliche und bebaute Grundstücke sind in letzter Zeit mehrfach zum Verkauf angeboten worden.

[...] Die Juden glauben nunmehr nach Bekanntgabe der Judengesetze nicht mehr an die Möglichkeit eines weiteren Verbleibens in Deutschland und rechnen damit, daß in etwa 10 Jahren der letzte Jude Deutschland verlassen hat. Da die Aus-

<sup>174</sup> Zu der sich über mehrere Monate hinziehenden organisatorischen Umgestaltung des Kulturbundes, vgl. Dahm, Kulturelles und geistiges Leben, S. 105-111.

<sup>175</sup> Vgl. \*Assimilanten.

<sup>176</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

<sup>177</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>178</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer und \*Arisierung.

führungsbestimmungen zu den Judengesetzen bisher noch nicht veröffentlicht worden sind, befinden sich die Juden in einer gewissen Nervosität.<sup>179</sup>

Sie erklären, daß sie durch die bisherige Behandlung und Beschimpfung seelisch derart zermürbt seien, daß sie eine weitere schlechte Behandlung nicht ertragen könnten. Sie würden dankbar sein, wenn ihnen die Ungewißheit genommen würde, und ihnen gesagt würde, daß sie in einem halben Jahre Deutschland zu verlassen hätten. [...]

<1327>

◀174▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg**  
**Bericht für Oktober 1935<sup>180</sup>**

**Königsberg, o.D.**

**BArch, R 58/3040 c**

*Juden und Freimaurer*

[...] In der Stadt Allenstein mit überwiegend katholischer Bevölkerung mußte die Wahrnehmung gemacht werden, daß nach wie vor viel in jüdischen Geschäften gekauft wird. Nicht selten ist beobachtet worden, daß sogar Beamte ihren Bedarf dort eindecken und so die Maßnahmen der Parteidienststellen und der Regierung unbeachtet lassen.<sup>181</sup> Auch die Landbevölkerung ist viel in jüdischen Geschäften zu finden und behauptet, hier billiger und günstiger kaufen zu können. Hinzu kommt noch, daß ein Teil der katholischen Bevölkerung judenfreundlich eingestellt ist und wenig Verständnis für die Rassegesetzgebung<sup>182</sup> zeigt. Es wird sogar das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, und zwar §3,<sup>183</sup> als Härte empfunden, weil behauptet wird, daß die Hausangestellten bei den Juden weit besser bezahlt und behandelt werden, als es in christlichen Familien der Fall sei.

In Allenstein selbst sind deshalb sichtbare Erfolge der antisemitischen Bestrebungen und ein größeres Absinken der jüdischen Bevölkerungsziffer nicht wahrzunehmen. Dagegen zeigen die Städte des Bezirks ein ganz anderes Bild. Überall wird von der Abwanderung der jüdischen Bevölkerung berichtet,<sup>184</sup> mit der auch weiterhin gerechnet wird. [...]

<1329>

◀175▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Merseburg**  
**Bericht für Oktober 1935**

**Halle/Sachsen, 5.11.1935**

**BArch, R 58/3040 b**

*Juden*

Mit welchem Interesse das Judenproblem von der Bevölkerung aufgegriffen wird, ist durch die zahlreichen Anzeigen gegen solche Personen, die die Juden in

---

<sup>179</sup> Zu den späteren Ausführungsbestimmungen vgl. Zeittafel, 14. November und 21. Dezember 1935.

<sup>180</sup> Der Bericht befaßt sich mit der gesamten Provinz Ostpreußen, also auch mit den Regierungsbezirken Allenstein, Gumbinnen und Marienwerder.

<sup>181</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer, sowie die Anordnung des Stellvertreters des Führers Heß vom 11. April 1935 (vgl. Zeittafel).

<sup>182</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

<sup>183</sup> Dieser Paragraph verbot Juden die Beschäftigung von weiblichen \*arischen Hausangestellten unter 45 Jahren.

<sup>184</sup> Vgl. \*Auswanderung sowie \*Binnenwanderung.

irgendeiner Form verteidigen und unterstützen, gekennzeichnet. Bald sind es Anzeigen, die sich gegen die Juden selbst richten, bald sind es Nachrichten über das \*arische Käuferpublikum jüdischer Geschäftsleute, wobei immer wieder die hohe Zahl von Beamten aller Behörden auffällt. Bald sind es Anzeigen, die in einem politischen Gespräch ihre Ursache haben, bei dem die Rassegesetzgebung<sup>185</sup> der Regierung kritisiert wurde.<sup>186</sup> Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die antisemitische Welle<sup>187</sup> in der hiesigen Gegend immer noch im Steigen begriffen ist. Ganz besonders klar tritt hierbei die Wirkung der Presse in Erscheinung. Ein hoher Prozentsatz der Anzeigen ist ganz im Stile des \*Stürmers geschrieben. Andere Anzeigen enthalten wieder die Bemerkung: vor allen Dingen muß die Sache in den Stürmer.

Die \*Nürnberger Gesetze beginnen ihre ersten Auswirkungen zu zeigen. In nicht wenigen Fällen haben die Juden bereits ihre Liebesverhältnisse mit Ariern gelöst. Es muß hierbei allerdings betont werden, daß die Initiative meist bei den Juden liegt, da diese die Strafbestimmungen fürchten, während leider die \*arischen Partner dieser Liebesverhältnisse vielfach jedes Rassegefühl verloren haben. [...] <1334>

#### ◀176▶

### Kripo Amberg Bericht für den 15.10.1935

Amberg, 16.10.1935

BayHStA, StK 106672

Die israelitische \*Kultusgemeinde Amberg hatte für 15.10. die Erlaubnis des Stadtkommissärs zur Abhaltung einer Versammlung in der \*Synagoge, in welcher Bürgermeister a.D. Dr. Weiler<sup>188</sup> zu dem Thema „Gemeindeangelegenheiten und Auswanderungsfragen“ sprechen sollte.<sup>189</sup> Für die Versammlung war polizeiliche \*Überwachung angeordnet, die von Ob.Wachtm. Dorfner und Unterfertigtem durchgeführt wurde. Die Versammlung hat programmgemäß auch stattgefunden. Anwesend waren 42 Personen einschließlich einiger anwesender Schüler. Der Auftrag für die Überwachungsbeamten lautete dahingehend, die Versammlung sofort aufzulösen, falls für ein Verbleiben der Juden in Deutschland Propaganda gemacht werden sollte.<sup>190</sup> [...]

Die Ausführungen des Referenten waren nicht zu beanstanden. Über ein Verbleiben der Juden in Deutschland wurde vom Redner kein Wort gesprochen. Bereits eingangs seiner Ausführungen brachte er vor, daß es verboten sei, für ein weiteres Verbleiben der Juden in Deutschland Propaganda zu machen. In der Aussprache fragte der Schuster Jakobowitsch an, ob er auch noch nach Palästina auswandern könne. Vom Referenten wurde diese Anfrage verneint, da für die Auswanderung nur Leute bis höchstens 35, in Ausnahmefällen 37 Jahren in Frage

---

185 Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

186 Zum Thema Anzeigen aus den Reihen der deutschen Bevölkerung vgl. Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik; Gellately, The Gestapo and German Society. Political Denunciation.

187 Vgl. dazu Zeittafel, Februar 1935.

188 Vermutlich handelt es sich dabei um Otto \*Weiler.

189 Vgl. <1356>.

190 Auf Anordnung der \*Gestapo wurden alle jüdischen Veranstaltungen, in denen für das Verbleiben in Deutschland geworben wurde, verboten. Vgl. Zeittafel, 10. Februar 1935; sowie \*Assimilanten.

kommen. Dagegen könne sein 30jähriger Sohn auswandern und ihn (Anfrager) als seinen nächsten Angehörigen später nachkommen lassen. [...] <1370>

◀177▶

**Bürgermeister Lippstadt**  
**Bericht für Oktober 1935**

Lippstadt, 21.10.1935

StA Ms, Polit. Polizei III. Reich, 351

*Juden und Freimaurer*

In letzter Zeit hatte sich die jüdische Bevölkerung als Verkehrslokal die Wirtschaft Kampfpeter – jetzt Wirt Michels – Hospitalstrasse ausgesucht und kam dort regelmäßig zusammen. Da derartige Zusammenkünfte schwer kontrollierbar sind, habe ich dem Wirt Michels aufgegeben, sich dem von den anderen Wirten ausgesprochenen Lokalbesuchsverbot für Juden anzuschließen. Michels ist der Aufforderung nachgekommen. [...] <1391>

◀178▶

**Landrat Melsungen**  
**Bericht für September und Oktober 1935**

Melsungen, 24.10.1935

Klein, Kassel, S. 569f.

*[Juden und Freimaurer]*

Die \*Judenfrage ist durch die neuesten Gesetze und Verordnungen<sup>191</sup> in weitem Umfange geklärt. Die Herstellung gesicherter Rechtsverhältnisse hängt nunmehr von der praktischen Durchführung ab. Wenn nun auch Gesetzesübertretungen jetzt strenger verfolgt und geahndet werden, so müßten doch die Gerichte berücksichtigen, daß der einfache Mann, dessen Leidenschaften durch den „\*Stürmer“ und andere Organe revolutionär aufgepeitscht sind und der bisher glaubte, durch Judenverfolgung aus der erregten Volksseele heraus der Reichsgesetzgebung erwünschte Vorarbeit zu leisten, daß dieser einfache Mann nun nicht plötzlich strenger bestraft werden darf, als zur Aufrichtung der Staatsautorität unbedingt notwendig erscheint. Vor allem wird nach einer Zeit revolutionären Geschehens mit der Anwendung des Strafbegriffs „Landfriedensbruch“ vorsichtig und verständnisvoll umgegangen werden müssen. Ausschreitungen gegen Juden<sup>192</sup> und sonstige Zusammenrottungen zu Gesetzwidrigkeiten, wie sie auch im Kreise Melsungen noch in letzter Zeit mehrfach vorgekommen sind, werden aufhören, wenn alle verantwortlichen Stellen einheitlich im Sinne der erlassenen Gesetze und Vorschriften aufklären und handeln. Ich glaube, daß aufgrund solcher einheitlicher Zusammenarbeit vor allem mit dem Kreisleiter hier im Kreis die vorgekommenen, dorthin gemeldeten Gesetzwidrigkeiten künftig vermieden werden. <1396>

---

<sup>191</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

<sup>192</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

◀179▶

**Landrat Rotenburg  
Bericht für September und Oktober 1935**

**Rotenburg, 24.10.1935**

**Klein, Kassel, S. 574**

*Juden und Freimaurer*

Durch das vom Nürnberger Reichstag verabschiedete Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes<sup>193</sup> ist die Stellung der Juden innerhalb des deutschen Volkskörpers von Reichs wegen festgelegt worden. Alle in letzter Zeit vorgekommenen Überheblichkeiten der Juden haben fortan stark nachgelassen. Wenn in einzelnen Fällen immer noch eine „rein menschliche“ Einstellung zum Juden feststellbar ist, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß es bald damit ein Ende hat. [...] <1400>

◀180▶

**Bayerische Politische Polizei  
Bericht für November 1935**

**München, 1.12.1935**

**StA Nü, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth 431**

[...]

*Wirtschaft*

Soviel aus den im Berichtszeitraum eingegangenen Mitteilung über die Lage in der Industrie zu ersehen ist, hat sich der Beschäftigungsstand auf etwa gleicher Höhe gehalten. In manchen Industriegruppen macht sich ein spürbarer Rückgang der Auslandsaufträge bemerkbar, der sich dann jeweils unschwer als Folge des Judenboykotts<sup>194</sup> erkennen läßt. Wenn bisher keine größeren Entlassungen erfolgten, so liegt dies daran, daß bei den Firmen noch ein Auftragsbestand vorhanden ist oder teilweise auf Lager gearbeitet wird. [...]

Die \*Nürnberger Gesetze haben der Auswanderungsbewegung der Juden<sup>195</sup> neuen Auftrieb gegeben. Eine Folge davon ist, daß die Juden sich mehr und mehr aus der Volkswirtschaft zurückziehen. Am auffallendsten ist das, wenn, wie im Berichtszeitraum gemeldet wurde, große jüdische \*Kaufhäuser in die Hände von ortsansässigen \*Ariern übergehen.<sup>196</sup> Umschichtungsheime<sup>197</sup> werden zu klein und müssen weitere Räume beziehen. [...] <1417>

◀181▶

**Regierungspräsident Aachen  
Bericht für Oktober und November 1935**

**Aachen, 14.12.1935**

**YVA 0.51/331**

*Juden*

Auch in der Berichtszeit ist leider wiederholt Eigentum von Juden in ländlichen Bezirken beschädigt worden, während derartige Vorkommnisse in größeren Städten, in denen eine bessere Überwachungsmöglichkeit durch Polizeibeamte gegeben ist, sich kaum zeigten.<sup>198</sup> Ich habe nochmals die Polizeibehörden meines

---

<sup>193</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

<sup>194</sup> Vgl. \* Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>195</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>196</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>197</sup> Vgl. \*Umschichtung.

<sup>198</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

Bezirks angewiesen, die entsprechenden Ermittlungen mit Nachdruck so anzustellen, daß die Bevölkerung unter keinen Umständen den Eindruck gewinnt, als wenn derartige Vorfälle nur oberflächlich untersucht würden. Irgendwelche Rücksicht auf die Täter sei nicht mehr angebracht, nachdem wiederholt seitens der Partei wie auch durch die staatlichen Dienststellen darauf hingewiesen worden ist, daß derartige Handlungen dem Interesse der Bewegung und der Autorität des Staates insbesondere in einem Grenzbezirk höchst abträglich seien.

Die Ausführungsverordnungen<sup>199</sup> zu den \*Nürnberger Gesetzen sind in der Bevölkerung gut aufgenommen und zum großen Teil wegen ihrer grundlegenden Klarheit und Logik mit Genugtuung begrüßt worden. <1443>

◀182▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg  
Bericht für November 1935**

**Königsberg, o.D.**

**GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 6,3**

*Juden und Freimaurer*

Im Monat November entwickelten die jüdischen Organisationen und Verbände eine lebhaftige Tätigkeit. Es fanden täglich Schulungsabende aller Art, englische und \*hebräische Sprachkurse, sportliche Veranstaltungen, gesellige Beisammensein, Elternabende, Veranstaltungen des jüdischen \*Kulturbundes statt, so daß das einzige den jüdischen Organisationen für ihre Veranstaltungen zur Verfügung stehende eigene Gemeindehaus<sup>200</sup> tagsüber bis in die späten Abendstunden in Anspruch genommen war. Die Veranstaltungen konnten infolge ihrer großen Zahl nur stichprobenweise überwacht werden.<sup>201</sup> Sämtliche führenden Persönlichkeiten der Juden warnten ihre Rassegenossen vor einem übereilten Verkauf ihrer Unternehmungen, Grundstücke pp., wobei sie zum Ausdruck brachten, daß nach den \*Nürnberger Gesetzen auch eine gesetzliche Regelung in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgen müsse.

Die jüdischen Organisationen, die sich früher stark bekämpft hatten, bringen ihre Meinungsverschiedenheiten über weltanschauliche Fragen nunmehr in sachlicher Form zum Ausdruck und tun alles, um nach außen hin den Anschein einer Geschlossenheit zu erwecken. [...] <1427>

◀183▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Magdeburg  
Bericht für November 1935**

**Magdeburg, 5.12.1935**

**GStA, I. HA Rep. 90P, Bd. 10,3**

*Juden und Freimaurer*

Die Ausführungsbestimmungen<sup>202</sup> zu den \*Nürnberger Gesetzen sind überall mit Befriedigung hingenommen worden. Die Bevölkerung empfindet die Regelung der Verhältnisse der Juden als befreiende Tat, die nunmehr absolute Klar[heit] bringen und gleichwohl bei aller Festigkeit in der Wahrung der rassenmäßigen

---

<sup>199</sup> Vgl. Zeittafel, 14. November 1935.

<sup>200</sup> Vgl. \*Synagogengemeinde.

<sup>201</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>202</sup> Vgl. Zeittafel, 14. November 1935.

Interessen des deutschen Volkes sich frei von einer haßerfüllten Verfolgung der Juden<sup>203</sup> halte. Wünschenswert wäre darüberhinaus, daß auch baldmöglichst die Frage der wirtschaftlichen Betätigung der Juden geregelt werden würde. Gegen bekannte, früher jüdische Geschäfte, die nunmehr angeblich in nichtjüdischer Hand sind, wird der Verdacht ausgesprochen, daß die geschäftlichen Abmachungen über den Verkauf pp. nicht ernst zu nehmen seien, der jüdische Einfluß vielmehr nach wie vor vorhanden sei. Um der Bevölkerung eindeutig zu zeigen, welches jüdische Geschäfte sind, müßten diese auch gehalten werden, ihre Geschäfte als jüdische so zu kennzeichnen,<sup>204</sup> daß beim Käufer unmöglich ein Irrtum entstehen kann. Zur Zeit herrscht nach dieser Richtung in der Bevölkerung eine unverkennbare Unsicherheit, die sich oft gerade sehr nachteilig für \*arische Geschäftsinhaber auswirkt. [...] <1430>

◀184▶

**Regierungspräsident Koblenz**  
**Bericht für November 1935**

Koblenz, 5.12.1935

BArch, R 58/3856

*Juden und Freimaurer*  
*Juden*

Die gesetzliche Regelung der \*Judenfrage<sup>205</sup> wirkt sich mehr und mehr dahin aus, daß sich die Juden sehr zurückhalten und daß immer mehr jüdische Familien auswandern.<sup>206</sup> Ferner hat es den Anschein, daß die Judenfrage für die ländlichen Bezirke in absehbarer Zeit dadurch ihre Lösung findet, daß die Juden in ihrer Gesamtheit vom flachen Lande in die größeren Städte abwandern werden.<sup>207</sup> So ist im Kreise Simmern, der besonders mit jüdischen Viehhändlern stark durchsetzt war, die Zahl der Juden seit der Machtergreifung um fast 50% zurückgegangen.

[...] Die Juden glauben nach Bekanntgabe der Judengesetze nicht mehr an die Möglichkeit eines weiteren Verbleibens in Deutschland und rechnen damit, daß in etwa 10 Jahren der letzte Jude Deutschland verlassen habe. [...] <1448>

◀185▶

**Bürgermeister Lippstadt**  
**Lagebericht**

Lippstadt, 19.11.1935

StA Ms, Polit. Polizei III. Reich 351

*Juden und Freimaurer*

Versammlungen irgendwelcher Art sind durch die Juden im Berichtsmonate nicht veranstaltet worden.

Entsprechend dem \*Winterhilfswerk der NSDAP hat die jüdische Bevölkerung ein Winterhilfswerk der Juden organisiert.<sup>208</sup> Sie führen monatlich einen Eintopfsonntag und monatlich eine Geldsammlung durch. Von dem Erlös der Sammlung müssen 30% dem „Sozialen Ausschuß für jüdische \*Wohlfahrtspflege in Westfalen“ in Bielefeld abgeführt werden, während der Rest an bedürftige Juden im Orte zur

---

203 Vgl. \*Einzelaktionen.

204 Vgl. \*Kennzeichnung der Juden und ihres Besitzes.

205 Vgl. \*Nürnberger Gesetze und Zeittafel, 15.9.1935.

206 Vgl. \*Auswanderung.

207 Vgl. \*Binnenwanderung.

208 Vgl. \*Winterhilfe, jüdische.



Verteilung kommt. Der letzte Eintopfsonntag und die letzte Geldsammlung kam am 27.10.1935 zur Durchführung. Der Erlös betrug 152,25 RM. Der nächste Eintopfsonntag ist am 24.11. geplant. Nach Mitteilung der hiesigen NSV ist die Sammlung den Juden gestattet und habe ich daher davon abgesehen, gegen die Sammlung einzuschreiten.

In der Nacht vom 16. zum 17. November ist es zu geringen Einschreitungen [sic] gegen jüdische Geschäfte gekommen.<sup>209</sup> Es sind an 4 jüdischen Geschäften die Scheiben mit roter Farbe beschmiert worden. Es war [sic] die Worte „Juden“ und „Kauft nicht bei Juden“<sup>210</sup> angebracht. Die Schmierschriften sind noch vor Beginn der Dämmerung auf Veranlassung der Polizei entfernt [worden]. Nach den Tätern wird noch gefahndet. Auf den in dieser Angelegenheit erstatteten Sonderbericht nehme ich Bezug. [...]

<1485>

◀186▶

Regierungsbezirk Minden, Land Lippe und Kreis Hameln-Pyrmont<sup>211</sup>

Bericht für die Zeit vom 8.11.-7.12.1935

o.O., o.D.

StA Det, M 1 I P Nr. 633, Bd. II

*Juden*

Der Monat November hat in der Judenfrage eine Klärung gebracht durch das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutze des Blutes und die Ausführungsbestimmungen durch Verordnung vom 14. November 1935.<sup>212</sup> Damit ist in der Judenfrage in einem Punkte Klarheit geschaffen, die bisher sehr vermißt wurde, nämlich: wer ist Jude, welches ist die Stellung des Juden und die Stellung des \*Mischlings? Durch das Verbot der Eheschließungen zwischen Juden bezw. Mischlingen [und Ariern<sup>213</sup>] ist nun endlich Klarheit geschaffen. Trotz der strengen Strafen, die dem Juden bei \*Rassenschändung drohen, kommen solche noch immer vor. Am Sonnabend, dem 30. November, wurde in Halle i.W. der jüdische Händler [N.N.a] aus Halle und eine Frau aus Gartnisch b. Halle i.W. (\*arischer Abstammung) verhaftet, da der dringende Verdacht besteht, daß die beiden sich gegen die neuen Gesetze zum Schutze der Reinerhaltung des Blutes vergangen haben.

Im allgemeinen hat das Interesse an der Judenfrage nachgelassen. Es liegt nun nach der gesetzlichen Regelung keinerlei Sensation mehr darin. [...]

Mittlerweile ist auch das kulturelle Leben der Juden aufgeblüht. Am meisten in Bielefeld, der größten Stadt des Bezirkes, aber auch in Paderborn und Warburg. Weniger in den anderen Teilen. In Bielefeld ist neuerdings der Plan eines eigenen Heimes mit Cafe und dergl. aufgetaucht. Ob die Möglichkeit einer Verwirklichung besteht, ist nicht erkennbar. Über das kulturelle Leben der Juden an sich gelangt wenig an die Öffentlichkeit. Ein Vortrag in Bielefeld gab vor kurzem einen Überblick über die Arbeit des Pg. Hans \*Hinkel, Geschäftsführer der Reichskulturkam-

<sup>209</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>210</sup> Vgl. \*Boykott antijüdischer.

<sup>211</sup> Die berichterstattende Stelle ist im vorliegenden Dokument nicht angegeben und konnte auch durch Anfrage beim Staatsarchiv Detmold nicht eindeutig festgestellt werden. Dieses und andere Dokumente der gleichen Provenienz sind dort nur in Durchschlägen ohne gedruckten Dokumentenkopf erhalten.

<sup>212</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze und Zeittafel.

<sup>213</sup> Vgl. \*Mischehen.

mer, dem die \*Überwachung der künstlerischen, kulturellen Tätigkeiten der Juden in Deutschland übertragen ist. „Nach 2 1/2 Jahren könne jetzt festgestellt werden, daß das Judentum aus dem kulturellen und künstlerischen Leben Deutschlands ausgeschaltet sei. Andererseits würden dem Judentum bei der Pflege seines jüdischen Volkstums und seiner Kunst vom nationalsozialistischen Staate keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt. Es sei selbstverständlich, daß jede Veranstaltung vorher genehmigt werden müsse. Welche unendliche Arbeit diese Überwachung erfordere, ergebe sich daraus, daß alles, was zur Aufführung oder zum Vortrag gelangen solle, vorher gelesen und zensiert werden müsse und daß dazu beispielsweise auch Speziallektoren für \*Hebräisch und Jüdisch<sup>214</sup> notwendig seien. [...]“

Von dem \*Verband „Nationaldeutscher Juden“, der vor kurzem aufgelöst wurde, bestanden in Bielefeld und Paderborn kleine Ortsgruppen, die zusammen etwa 50-70 Mann enthalten mochten. Sie sind kaum hervorgetreten und haben sich wahrscheinlich schon vorher aufgelöst. [...] <1496>

◀187▶

Stapostelle Regierungsbezirk Breslau

Übersicht der Staatspolizeistellen Breslau, Oppeln und Liegnitz

Breslau, 2.1.1936

GSa, I. HA Rep. 90 P, Bd. 11,2

*Juden*

[...] Es wurde die Beobachtung gemacht, daß in sog. Kabaretts und Varietés Juden als Ansager und Humoristen auftreten. Bei dieser Gelegenheit werden dem Publikum politische Witze in offener und umkleideter Form vorgesetzt, die geeignet sind, Maßnahmen der Regierung der nationalen Erhebung, den Führer und Einrichtungen des Staates verächtlich zu machen und herabzuwürdigen. Eine Überwachung dieser Vergnügungsstätten, die hier in Breslau bereits durchgeführt wird, erscheint dringend erforderlich. Vier jüdische Sittendirnen, die einzigen in Breslau, wurden mit Genehmigung des \*Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin dem \*Konzentrationslager Moringen zugeführt. Es ist keinesfalls erträglich, daß diese mit \*arischen männlichen Personen Geschlechtsverkehr gegen Entgelt ausüben. [...]

*NSDAP und ihre Gliederungen*

[...] Neue Unruhe und Unstimmigkeiten in den Reihen der Parteigenossen trägt die Tatsache, daß in den letzten Tagen das Amtsgericht Hamburg dahingehend entschieden hat, daß in bestimmten Fällen in beschränktem Umfange \*Einzelsaktionen gegen Juden zu billigen sind. Dieser Gerichtsentscheid ist mit den allgemein ergangenen Richtlinien kaum in Einklang zu bringen. Es steht zu erwarten, daß die Auslandspresse diesen Gerichtsentscheid aufgreifen wird und ihn zur Propaganda gegen Deutschland benutzt.<sup>215</sup> Offensichtlich wird dieses Urteil dazu führen, daß in vielen Fällen wiederum Aktionen gegen Juden durchgeführt werden. Es muß aus diesem Grunde gefordert werden, daß über Einzelmaßnahmen nochmals eine einheitliche und generelle Regelung getroffen wird. Dies dürfte vornehmlich im staatlichen Interesse liegen. In diesem Zusammenhang wird nochmals in Vorschlag gebracht, jüdische Geschäfte und Unternehmen in irgendeiner Form zu

<sup>214</sup> Vgl. \*Jiddisch.

<sup>215</sup> Vgl. \*Greuelpropaganda.

kennzeichnen.<sup>216</sup> Durchaus zweckentsprechend dürfte es sein, wenn das jüdische Geschäft an sichtbarer Stelle die Anschriften in deutscher Sprache, aber auch in \*hebräischer Sprache anzubringen hat. Die kulturelle Sonderstellung der Juden wird hierdurch klar zum Ausdruck gebracht. <1504>

◀188▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Erfurt  
Bericht für Dezember 1935**

**Erfurt, 6.1.1936**

**GSa, I. HA Rep. 90 P, Bd. 10,1**

*Allgemeines*

[...] Von besonderer Bedeutung und Wirkung war die Übernahme des ehemaligen jüdischen Simson-Werkes, Suhl, der größten Waffenfabrik Deutschlands als nationalsozialistische Stiftung in den Besitz der deutschen Volksgemeinschaft durch den Beauftragten des Führers, den Reichsstatthalter Sauckel.<sup>217</sup> In seiner Ansprache führte Sauckel u.a. aus, daß aus einem jüdisch-kapitalistischen Unternehmen mit allen daraus folgenden zerstörenden und zersetzenden Erscheinungen, aus einem Ausbeuterunternehmen krassester Form, aus einem Werkzeug profitgieriger internationaler Waffenindustrieller, wie sie in der ganzen Welt ihre verderblichen Beispiele haben, die wahre und erste Waffenschmiede geworden sei, die dem gesamten deutschen Volke allein dienstbar sei. Mit der von jubelnder Begeisterung aufgenommenen Feststellung, daß jüdisch-marxistischer Geist aus den Mauern des Werkes für immer verbannt und durch nationalsozialistischen Gemeinschaftswillen ersetzt worden sei, verband er die Forderung, nun erst recht Pflicht und Leistung und unbedingte Kameradschaft allem voranzustellen.

Die Firma führt von jetzt ab den Namen „Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke (B.S.W.)“. [...] <1506>

◀189▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Hannover  
Bericht für Dezember 1935**

**Hannover, 6.1.1936**

**GSa, I. HA Rep. 90 P, Bd. 3,2**

*Gegner des Staates und der Bewegung*

[...]

*Juden*

Die Abwanderung der Juden aus dem \*Stapobezirk hält unvermindert an.<sup>218</sup> Hierdurch geraten jüdische \*Gemeinden häufig in finanzielle Schwierigkeiten, da vielfach gerade begüterte Juden zuerst fortgezogen sind. Die jüdische Gemeinde Hameln ist z.B. nicht mehr in der Lage, sich einen eigenen Lehrer zu halten. Dem bisherigen Lehrer ist zum 1.4.1936 gekündigt worden.

Das jüdische \*Winterhilfswerk hat gute Fortschritte zu verzeichnen. Von etwa 1200 Personen der jüdischen Gemeinde Hannover haben sich ca. 750 bis jetzt an der Zahlung für die jüdische Winterhilfe beteiligt. Laufend werden etwa 350 Familien mit rund 800 Seelen unterstützt. Weiterhin ist eine Regelung dahingehend getroffen

---

<sup>216</sup> Vgl. \*Kennzeichnung der Juden und ihres Besitzes.

<sup>217</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>218</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.

worden, daß nur diejenigen Personen das jüdische Winterhilfswerk in Anspruch nehmen können, die von 2 jüdischen Eltern abstammen. Auch Juden christlicher Konfessionen<sup>219</sup> werden vom jüdischen WHW betreut. Die Arbeit wird zum großen Teil ehrenamtlich ausgeübt und zwar insbesondere von Frauen und Jugendlichen, die sich der Winterhilfe zur Verfügung gestellt haben. Eine öffentliche Werbung für das WHW ist bisher nicht erfolgt und auch nicht beabsichtigt. [...] <1508>

#### ◀190▶

### Stapostelle Regierungsbezirk Köln Bericht für Dezember 1935

Köln, 4.1.1936

GSStA, I. HA Rep. 90 P, Bd. 9,9

Die Altkatholische Kirchengemeinde Köln, die ihre Veranstaltungen bisher nur in der Kirche abhielt, trat in der Zeit vom 10. bis 13.12.1935 durch das Abhalten von drei Vortragsabenden in verschiedenen Stadtteilen hervor. Als Leiter des Oberbezirks „Rhein“ der „Kathol.-Nationalkirchlichen Bewegung“ sprach Pfarrer Kommel über: „Der politische Katholizismus und das Dritte Reich“.<sup>220</sup> Die Veranstaltungen waren u.a. von Pg. und \*SA-Angehörigen jeweils gut besucht. Der geschlossene Charakter blieb gewahrt. Die Einladungen waren auf Mitglieder und Gäste beschränkt. Eine Aussprache fand nach den Vorträgen nicht statt. Die Ausführungen von Pfarrer Dommel ließen die positive Einstellung zum Nationalsozialismus erkennen. Der Redner befaßte sich in der Hauptsache mit der für völkisches Denken verderblichen Gewalt des römischen Papstes und deren Auswirkung auf das Handeln und das Gewissen der deutschen römisch-katholischen Geistlichkeit. Unter dieser Zwangslage sei auch die ausländische Hetzpropaganda<sup>221</sup> gegen das Dritte Reich entstanden und der politische Katholizismus zu verstehen, der in außerdeutschen Ländern heute mehr denn je blühe, in Deutschland auch und trotz aller Versicherungen höchster klerikaler Stellen noch lange nicht verschwunden sei, sondern sich hier nur in getarnter Form zeige. Pfarrer Dommel zitierte zum Beweise hierfür eine Anzahl Berichte ausländischer Zeitungen der jüngsten Zeit, die die ablehnende Einstellung des römischen Klerus zum neuen Deutschland offen dokumentieren. Im gleichen Geiste müsse auch die Einstellung der deutschen Romhörer gewertet werden. Zusammenfassend erwähnte Pfarrer Dommel 4 Punkte, die das gemeinsame Arbeiten des Katholizismus mit dem Nationalsozialismus in Frage stellen würde, weil hierin nach einem Ausdruck des Papstes Pius XI. dieser die totalen Machtansprüche des Dritten Reiches niemals anerkennen würde.

Es seien die folgenden Punkte:

- a) Frage der Sterilisation
- b) Gemeinschaftsschule
- c) Jugendfrage und
- d) \*Judenfrage.

In allen diesen Punkten gehe die „Kath.-Nationalkirchliche Bewegung“ mit dem Nationalsozialismus einig, da sie auf christlicher, jedoch romfreier Grundlage, unter Voranstellung des deutsch-völkischen Gedankens stehe. Katholisch und deutsch den-

---

<sup>219</sup> Vgl. \*Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit.

<sup>220</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>221</sup> Vgl. \*Greuelpropaganda.

ken kann nur der romfreie Christ. Mit einem „Sieg Heil“ auf den Führer schloß Pfar-  
rer Dommel die Veranstaltung. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.  
In staatspolitischer Hinsicht waren Beanstandungen nicht zu erheben. [...] <1514>

◀191▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg**  
**Bericht für Dezember 1935**

Königsberg, o.D.

GStA, I. HA Rep. 90 P, Bd. 6,3

*Juden und Freimaurer*

[...] Am 23.12.35 wurde der jüdische Kaufmann Hermann Motulski aus Fisch-  
hausen in \*Schutzhaft genommen, weil er in dem dringenden Verdacht stand, fin-  
gierte Schreiben der Kreisleitung Samland der NSDAP verfaßt und an die Orts-  
gruppe in Fischhausen zur Absendung gebracht zu haben. Das Schreiben hatte fol-  
genden Inhalt: „Laut Anordnung des Ministeriums für Volksaufklärung und Pro-  
paganda Berlin, sind mit sofortiger Wirkung die \*Stürmer-Zeitungen aus den \*Stür-  
mer-Kästen zu entfernen und dafür die Preußische Zeitung in denselben an-  
zubringen. Gleichzeitig sind auch die Aufschriften auf den Holzwänden der Kästen  
durch Überstreichen wegzubringen. Heil Hitler! Die Kreisleitung.“ Nachdem Mot-  
ulski längere Zeit jede Tat leugnete, legte er später ein umfassendes Geständnis ab.  
Er wurde dem Amtsgericht zugeführt, das gegen ihn Haftbefehl erlassen hat. [...]

Nach einer Mitteilung aus Johannisburg sind in der Zeit vom 25.11. bis 7.12.35  
an der \*Synagoge in Johannisburg wiederholt Fensterscheiben zertrümmert wor-  
den.<sup>222</sup> Der Schaden beträgt 22,50 RM. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt wer-  
den. [...] <1515>

◀192▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Wiesbaden**  
**Bericht für Dezember 1935**

Frankfurt/M, 4.1.1936

GStA, I. HA Rep. 90 P, Bd. 4,2

*Juden und Freimaurer*

*Judentum*

[...] Die klare und eindeutige \*Nürnberger Gesetzgebung in der \*Judenfrage  
hat alle sich zum \*Zionismus bekennenden jüdischen Organisationen und Gruppen  
zu erhöhten Aktivitäten angeregt.<sup>223</sup> Die nunmehr entfaltete starke Tätigkeit macht  
sich insbesondere in zahlreichen Zusammenkünften der Juden bemerkbar. Haupt-  
ziel dieser Versammlungen ist angeblich die Vorbereitung auf die \*Auswanderung  
und das Bekanntmachen mit den Verhältnissen in \*Palästina. Die \*orthodoxen jü-  
dischen Verbände stellen die „augenblickliche Demütigung“ als Heimsuchung Got-  
tes an seinem „auserwählten Volke“ dar und fordern zur Rückkehr zur \*Thora, zum  
biblischen Glauben auf. In diesem Sinne bewegten sich alle Ansprachen, die anläß-  
lich der Delegiertenversammlung der „\*Agudas Jsroel“ in der Zeit vom 27. bis 30. De-  
zember gehalten wurden. Auffallend ist, daß auch der Bund jüdischer Frontsoldaten<sup>224</sup>  
sich mit der \*Auswanderung und sonstigen Angelegenheiten befaßt.

<sup>222</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>223</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>224</sup> Vgl. \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.

Der im Vormonatsberichte erwähnte Zuzug von Juden aus ländlichen Bezirken und aus den Kleinstädten nach der Großstadt macht sich weiterhin, jedoch in geringerem Ausmaße, bemerkbar.<sup>225</sup> In gleicher Weise hält die Auswanderung der Juden noch an.

Nach den in letzter Zeit gemachten Erfahrungen treiben noch viele Landwirte mit Juden \*Viehhandel. Dies hat zur Folge, daß die Metzger bei einem Landwirt kaum noch Vieh zum Schlachten kaufen können, sondern gezwungen sind, ebenfalls mit den Juden in Verbindung zu treten.

Wegen dringenden Verdachts der \*Rasseschändung und wegen erwiesener Rasseschändung erfolgten einige Vorführungen der Beschuldigten vor den Richter, der jeweils Haftbefehl erließ. [...]

*Freimaurer*

Da außer den jüdischen U.O.B.B.-Logen<sup>226</sup> andere Logen nicht mehr bestehen, ist Besonderes nicht zu berichten. [...]

<1532>

◀193▶

**Württembergisches Politisches Landespolizeiamt  
Bericht für Dezember 1935**

**Stuttgart, o.D.**

**BArch, R 58/3968**

*Verschiedenes  
Juden*

Nach den hiesigen Beobachtungen hatte im letzten halben Jahr ein erhöhter Zuzug von auswärtigen Juden nach Stuttgart eingesetzt.<sup>227</sup> Durch geeignete Maßnahmen ist Vorsorge getroffen worden, daß eine weitere Erhöhung des jüdischen Bevölkerungsanteils vermieden wird.

Am 11. Dezember 1935 fand in Stuttgart (Gustav-Siegle-Haus) die 2. Veranstaltung der Stuttgarter Jüdischen Kunstgemeinschaft statt. Der jüdische \*Kulturbund Rhein-Ruhr gab ein Theatergastspiel „Komödie der Irrungen“, Lustspiel von Shakespeare, in der Neufassung von Hans Rothe. Das Stück ist unter dem Aktenzeichen I K 188/13164 vom 28. Oktober 1935 von Herrn Staatskommissar \*Hinkel genehmigt.<sup>228</sup> Es wurde bereits in Aachen, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Krefeld, Recklingshausen [sic], Wuppertal, Frankfurt und Karlsruhe aufgeführt.

Der Saal war überfüllt; es waren schätzungsweise 5-600 Juden beiderlei Geschlechts anwesend.

Der Schlußsatz des Dromio aus Ephesus in der 8. Szene:

„Wenn uns der Himmel eine Prüfung schickt, ist's unseres Amtes nicht sie zu verstehen. Wer sich genau kennt hat noch nie erklärt, daß wir unschuldig ins Gefängnis gehen, weil Sünde tief in jedem von uns schwärt. Wir fügen uns, und wenn ihr uns auch knufft: äußere Unbill ist noch stets verpufft!“

wurde von dem Darsteller mit bewußter Betonung in Wort und Gebärde vortragen. Die Anwesenden waren sich sofort darüber klar, daß damit die gegenwärtige Lage der Juden in Deutschland gezeichnet werden sollte. Nachdem es im

---

<sup>225</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>226</sup> Vgl. \*Bne Brith.

<sup>227</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>228</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

Saale bei diesem Vortrag des Dromio aus Ephesus vollständig ruhig war, erntete der Darsteller nach diesem Vortrag überaus starken Beifall.

Von \*zionistischer Seite wird in den letzten Monaten eine erhöhte Propaganda für Geldsammlungen zum Erwerb von Siedlungsboden in \*Palästina für deutsch-jüdische jugendliche Auswanderer getrieben.<sup>229</sup> Die Sammlungsaktion wird offenbar im Rahmen des (K.K.L.) Fonds Keren Kajemeth Lejisrael<sup>230</sup> durchgeführt. [...] <1533>

◀194▶

**Kreishauptmann Dresden**  
**Bericht für November und Dezember**

*Dresden, 9.1.1936*

BArch, R 58/3750

*Juden*

[...] Das jüdische Vereins- und Versammlungswesen war in Dresden, wo allein die jüdische Bevölkerung zahlenmäßig hervortritt, während des Berichtsmonats lebhaft.<sup>231</sup> Eine besondere Note wurde in das jüdische Gemeinschaftsleben durch das rein jüdische „Chanukk-Fest“<sup>232</sup> getragen, das alljährlich um diese Zeit gefeiert wird. Im Zuge dieses Festes wurde eine Reihe von Gottesdiensten, aber auch andere Veranstaltungen abgehalten. In diesem Zusammenhange soll nur erwähnt werden der „Bunte Abend zu \*Chanukka“, der am 28. Dezember 1935 im Synagogensaale für die Betreuten der jüdischen \*Winterhilfe abgehalten wurde und von 250 Personen besucht war. [...] <1558>

---

<sup>229</sup> Vgl. \*Auswanderung, sowie \*Alijat Hanoar.

<sup>230</sup> Gemeint ist \*Keren Kajemeth Lejisrael.

<sup>231</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>232</sup> Vgl. \*Chanukka.

V.  
**Das Jahr der Olympischen Spiele.**  
Atempause für die Juden in Deutschland?  
(Januar – Dezember 1936)

◀195▶  
**SD-Hauptamt J I/6**  
**Lagebericht**

Berlin, o.D.<sup>1</sup>

OA Mos, 500/3/316

Mit dem Tage der nationalen Erhebung trat eine Wende in der geschichtlichen Entwicklung des Judentums in Deutschland und damit auch in der übrigen Welt ein.

Die \*Assimilation konnte in Deutschland ihr Treiben in der Form, wie sie es bis 1933 getan hatte, nicht mehr fortsetzen. Die kompromißlose Haltung der nationalsozialistischen Bewegung dem Judentum gegenüber war ihr aus den Jahren vor 1933 bekannt, sodaß es für sie selbstverständlich war, nunmehr einen neuen, der Situation angepaßten Kurs einzuschlagen. Es geschah dies in der Betonung der national-deutschen staatsbejahenden Einstellung der überzeugten \*Assimilanten.

Wesentlich anders jedoch verlief die Entwicklung des \*Zionismus. Die Anhänger dieser jüdisch-politischen Richtung konnte man vor 1933 wohl als überzeugte Nationalisten im Sinne des Judentums ansehen. Mit dem 30. Januar 1933 jedoch hatten die zionistischen Organisationen einen starken Zuzug von assimilatorischer Seite. Juden, denen in Deutschland eine Lebensmöglichkeit fortan nicht mehr gegeben war, bekannten sich auf einmal zum Zionismus und hofften, unter Betonung ihrer Zugehörigkeit zum Judentum, sich in \*Palästina einen neuen Erwerb schaffen zu können oder durch ihre Zugehörigkeit zu dieser vom neuen Staat weniger bekämpften Gruppe des Judentums ihre Position bei einem weiteren Verbleiben in Deutschland zu bessern. Diese Entwicklung gipfelte darin, daß nach Feststellungen des Luzerner \*Zionistenkongresses im August 1935<sup>2</sup> sich in Deutschland durch den Schekelkauf<sup>3</sup> (zionistische Steuer, die zur Delegiertenwahl berechtigt) 102.000 Juden zum Zionismus bekannten. Wenn berücksichtigt wird, daß zu diesen Schekelzahlern, also eingeschriebenen Mitgliedern, die Nichtwahlberechtigten (Kinder unter 20 Jahren) hinzu zu rechnen sind, so kommt man unter weiterer Berücksichtigung der gesamten jüdischen Jugend, die zu 75-80% zionistisch eingestellt ist, zu einem zionistischen Anteil von etwa 60% an der jüdischen Gesamtbevölkerung in Deutschland,<sup>4</sup> während in den rein assimilatorischen Organisationen nur etwa 20-

---

<sup>1</sup> Dieser Bericht wurde offensichtlich in der ersten Hälfte Januar 1936 verfaßt, da er die im Dezember „vorigen Jahres“, d.h. 1935 erfolgte Auflösung des \*Verbandes nationaldeutscher Juden durch das \*Gestapa erwähnt, die Abteilung J I/6 im \*SD-Hauptamt aber andererseits durch den Befehl \*Heydrichs vom 15.1.1936 in II 112 umgewandelt wurde.

<sup>2</sup> Vgl. \*Zionistenkongresse. An diesem Kongreß nahm auch eine Delegation aus Deutschland teil. Vgl. den Bericht des Gestapa Berlin vom 27.9.1935, <1201>.

<sup>3</sup> Vgl. \*Schekel.

<sup>4</sup> Obwohl die Zionisten seit der nationalsozialistischen Machtergreifung tatsächlich einen starken Zulauf zu verzeichnen hatten, scheint der hier angegebene Prozentsatz zu hoch. Nach langwierigen Verhandlungen über die zionistische Repräsentation in den führenden Gremien der \*Reichsvertretung erreichten die Zionisten im August 1936 einen Anteil von 50% gegenüber allen nichtzionistischen Gruppen (Fifty-Fifty-Prinzip). Der



25% vertreten sind. Die übrigen 15-20% sind jüdisch-neutral, meist streng \*orthodox, bald nach dieser und bald nach jener Seite neigend.

Einer besonderen Beachtung bedürfen die Hauptvertreter der beiden jüdisch-politischen Richtungen, der Assimilanten und der Zionisten:

Der extremste assimilatorische Verband, der „Verband nationaldeutscher Juden“ (Naumann-Gruppe) ist im Dezember des vorigen Jahres durch Verordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes<sup>5</sup> aufgelöst worden. Dieser Verband, der aus seiner Zugehörigkeit zum Judentum als Religion nie einen Hehl machte, sondern das im Gegenteil immer mit besonderem Stolz betonte, hatte es verstanden, sich bei Staatsstellen gerade unter Vorschubung seiner nationaldeutschen Einstellung einen gewissen Einfluß zu verschaffen. Es ist hier ein vertrauliches Rundschreiben des Vorsitzenden dieses Verbandes, \*Rechtsanwalt Dr. \*Naumann, an seine Mitglieder vom 4. Juni 1935 erfaßt, in welchem es jedem Mitglied des Jahrgangs 1914 und 1915 zur Pflicht gemacht wurde, sich bei seinem zuständigen Wehrbezirkskommando freiwillig zu stellen. Die Mitgliedschaft zum „Verband nationaldeutscher Juden“ sollte besonders betont werden und gegebenenfalls persönlich mit dem zuständigen Wehrbezirksoffizier bzw. Feldwebel Rücksprache genommen werden.<sup>6</sup> Bezeichnend für die Einstellung dieser Juden ist der gegenseitige Gruß durch Erheben des rechten Armes. Das Verbot dieses Verbandes, der es nur darauf abgesehen hatte, als gleichwertiger Bestandteil des deutschen Volkes erhalten zu bleiben, ist durchaus gerechtfertigt.

Der „CV. \*Central-Verein der Juden in Deutschland“ ist in letzter Zeit nicht besonders in Erscheinung getreten. Er hat durch das Erstarken der zionistischen Organisationen einen erheblichen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Anders ist jedoch die augenblickliche Situation des „RjF \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“. Seine Leitung und entsprechend seine Mitglieder fühlen sich noch heute in Deutschland sehr wohl als „\*nichtarische \*Frontkämpfer“. Der RjF betätigt sich auf allen Gebieten des jüdischen Lebens. Ihm untersteht der „B.d.j.J. \*Bund deutsch-jüdischer Jugend“ und der Sportbund „\*Schild“, außerdem werden von ihm eine ganze Reihe anderer kleinerer jüdischer \*Sportvereine, meist mit absolut deutscher Bezeichnung (im Gegensatz zu den häufig \*hebräischen Namen der zionistischen Organisationen) unterstützt. Als wichtigster wäre die „Sportgemeinschaft 1933 e.V.“ in Berlin zu nennen und ebenso eine Anzahl von Ruder- und Tennisklubs. Von Seiten des RjF wird ganz offen jede politische \*Auswanderung, insbesondere die nach Palästina, boykottiert. Als ausreichende Kennzeichnung darf wohl ein Ausspruch eines jüdischen Redners anläßlich einer Mitgliederversammlung, mit welchem er seine Ausführungen beendete, gelten: „Wir werden das „Schiff“, das Deutschland heißt, nicht eher verlassen, bis Frauen und Kinder in Sicherheit gebracht.“ Ein anderer Redner des RjF sagte einmal: „Wenn wir ausharren, werden wir sein einst Bürger derer, die da kommen werden“ [sic].

---

Anteil in der Bevölkerung dürfte nicht höher gewesen sein. Vgl. Kulka, Deutsches Judentum, Nr. 86.

<sup>5</sup> Vgl. \*Gestapa.

<sup>6</sup> Nach der Verordnung vom 25.7.1935 (vgl. Zeittafel, 21. Mai 1935) wurden alle \*Nichtarier vom aktiven Wehrdienst ausgeschlossen. Die Bemühungen des Verbandes nationaldeutscher Juden sowie des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten waren damit gescheitert.

Unterschiedlich anders ist jedoch die augenblickliche Lage in den zionistischen Organisationen. Innerhalb der zionistischen Richtung ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen den allgemeinen Zionisten<sup>7</sup> und den Staatszionisten<sup>8</sup>. Während die in Deutschland überwiegenden allgemeinen Zionisten der interterritorialen „Zionistischen Organisation“ angeschlossen sind, die alljährlich ihren Zionistenkongreß abhält, gehören die Staatszionisten, die in Deutschland zahlenmäßig verschwindend klein sind, der „Neuen Zionistischen Organisation (\*Revisionisten)“ an, die als solche als eine der übelsten Boykottthetzer gegen das neue Deutschland anzusehen ist.<sup>9</sup> Die allgemeinen Zionisten sind in Deutschland vertreten durch die „Zvfd-\*Zionistische Vereinigung für Deutschland“ und die ihr angeschlossenen Sport- und Jugendverbände, von denen neben kleineren als bedeutendste der „\*Hechaluz“ und der „\*Makkabi Sportkreis“ zu nennen sind. Während die allgemeinen Zionisten schon einen tatsächlichen Erfolg zu verzeichnen haben (es sind seit 1933 nach Palästina etwa 30.000 deutsche Juden ausgewandert) und auch hier in Deutschland die Juden auf den palästinensischen Staat vorzubereiten versuchen,<sup>10</sup> sind die Staatszionisten, in Deutschland unter Führung des Juden \*Kareski, als eine der gefährlichsten Gruppen des Judentums anzusprechen. Obgleich sie gegenüber den allgemeinen Zionisten, mit denen sie „auf Kriegsfuß“ stehen, zahlenmäßig außerordentlich gering sind, erheben sie dennoch ihr dreistes Haupt und bezeichnen sich als die wahren Vertreter des Judentums. Ihren Rückhalt finden sie dabei immer wieder in der „N.Z.O.–Neuen Zionistischen Organisation (Revisionisten)“, die gerade erst auf ihrem Wiener Kongreß, im September 1935, bei welchem Kareski angeblich nur als „Beobachter“ anwesend war, eine scharfe Resolution gegen Deutschland mit der Aufforderung zu einem verschärften Boykott gefaßt hat. Wenn zu dem Gesagten noch in Betracht gezogen wird, daß Kareski, der es versucht hatte, sich beim Gestapa in ein vorteilhaftes Licht zu rücken, im Ausland bereits als Gestapaspitzel und Spion unwidersprochen verschrien wird (in Prag, Paris und London), so sind Bedenken gegen die Einsetzung dieses Kareski als Präsident des „\*Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde“ angebracht, da es sich bei ihm und seinen Anhängern um ganz besonders gerissene politische Hochstapler handeln dürfte. Aus demselben Grunde wäre eine Übertragung der Führung der „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ an den machtgierigen Kareski, die dieser bestimmt nur für seine persönlichen Zwecke und für die der durch ihn vertretenen jüdisch-politischen Richtung ausnützen würde, bedenklich<sup>11</sup>. Die Staatszionisten sind bis heute noch nicht in der „Reichsvertretung der Juden“ vertreten. Die Arbeit der übrigen Reichsorganisationen, des „\*Reichsausschuß der jüdischen Sportverbände“, und des „\*Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände“ beschränkte sich mehr oder weniger auf die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben als jüdische Spitzenorganisationen.

---

<sup>7</sup> Hier ist nicht die politische Partei der \*Allgemeinen Zionisten gemeint, sondern alle in der Zionistischen Weltorganisation vertretenen Strömungen.

<sup>8</sup> Vgl. \*Staatszionistische Organisation.

<sup>9</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>10</sup> Vgl. \*Hachschara.

<sup>11</sup> Zu dem mißlungenen Versuch der \*Gestapo, die demokratisch-pluralistische Struktur der Reichsvertretung in eine zentralistisch-autoritäre Organisation umzuwandeln, vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 103 A.

Außerordentlich aktiv betätigt sich in letzter Zeit der „\*Hilfsverein der Juden in Deutschland“, der die Auswanderung der Juden in andere Länder außer Palästina propagiert und Verbindungen zu fast allen Staaten besonders Südamerikas und Südafrikas unterhält. Unter der Hilfsorganisation innerhalb der Juden in Deutschland dürfen drei weitere Organisationen nicht außer Acht gelassen werden. Es sind dieses das „American \*Joint Distribution Committee“, die „American Joint Reconstruction Foundation“<sup>12</sup> und der „\*Ort“ (Abk. für Obschtschestwo rasprostraneni-ja truda). Jede dieser drei Organisationen ist in Deutschland vertreten und gibt sich nach außen stets als ausgesprochene Hilfsorganisation für deutsche Juden aus. Das „American Joint Distribution Committee“ hat seinen Hauptsitz in New York. Ehrenpräsident ist der bekannte Deutschenhetzer Felix M. \*Warburg; die „American Joint Reconstruction Foundation“, eine Parallelgründung des Committees, hat ihren Hauptsitz in London. Die Führung beider Organisationen in Deutschland lag bis 1933 in der Hand des Kommunistenführers Dr. Bernhard \*Kahn, der inzwischen nach Paris emigriert ist. Beide Organisationen unterhielten engste Verbindungen zum derzeitigen Kommissar für deutsche Flüchtlinge James Macdonald<sup>13</sup> und nahmen beide an der Flüchtlingskonferenz 1934 in London teil. Der „Ort“<sup>14</sup> hat Verbindungen besonders zu ostjüdischen Kreisen<sup>15</sup> und bezeichnet sich ebenfalls als reine Hilfsorganisation. Überdies hat er jedoch Verbindungen besonders nach Belgien. Als Teilnehmer an der Londoner Konferenz steht auch der „Ort“ ebenso wie beide letztgenannte Organisationen im Verdacht deutsch-feindlicher Betätigung. Ein baldiges Verbot dieser drei Verbände in Deutschland wäre daher sehr wünschenswert. Überhaupt liegt der Verdacht nahe, daß die Juden durch Verlagerung ihrer politischen Wühlarbeit in die sogenannten Hilfs- und Unterstützungsorganisationen, die ihre Verbindungen mit ausländischen Gruppen jederzeit harmlos erklären können, tarnen wollen.

Deshalb soll in der nächsten Zeit von hier aus gerade diesen Organisationen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.<sup>16</sup> <1591>

◀196▶

**Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin**  
**Bericht für Januar 1936**

Berlin, o.D.

BArch, R 58/3043 a

*Allgemeiner Teil*

[...] In den Kreisen der alten Parteigenossen, aber auch in weitesten Kreisen der Volksgenossen, ist man über die milde Behandlung befremdet, die die *Juden* in Berlin erfahren. Es ist ihnen trotz der erfreulichen und vorübergehend auch wirksa-

<sup>12</sup> Im Winter 1921 innerhalb des Joint organisierte Abteilung zur Wiederaufbauarbeit (Reconstruction Department), die sich in Zusammenarbeit mit der \*Jewish Colonization Association der Produktivierung (vgl. \*Umschichtung) und \*Auswanderung der Juden widmete.

<sup>13</sup> Vorsitzender des 1933 vom Völkerbund gegründeten Ausschusses für jüdische und andere Flüchtlinge aus Deutschland. Macdonald legte sein Amt 1935 aus Protest gegen das Versagen des Ausschusses nieder.

<sup>14</sup> Vgl. \*Ort-Gesellschaft zur Förderung der Arbeit.

<sup>15</sup> Vgl. \*Ostjuden.

<sup>16</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

men Abkühlung im Juli des vergangenen Jahres<sup>17</sup> bereits wieder möglich, sich auf den Straßen und in den Lokalen breit zu machen, ohne Mißhelligkeiten ausgesetzt zu sein. Verschiedentlich wurde auch beobachtet, daß sich die Juden in Begleitung \*arischer Frauen befinden und auch bei näherer Beobachtung aus ihrem intimen Verhältnis keinen Hehl machen. Sie bedienen sich auch mitunter des Deutschen Grußes und lassen sich in gleicher Weise von ihren Rassegenossen grüßen. Ihr ganzes Verhalten wissen sie geschickt so einzurichten, daß es ein Eingreifen gegen sie erschwert.

[...] In etwa [sic] hat auch die Durchführung des *Blutschutzgesetzes*<sup>18</sup> insofern die Stimmung belastet, als die Zahl der entlassenen Hausgehilfinnen in Berlin immerhin nicht unbedeutend ist, und aus den meisten der 3.700 Ausnahmeanträgen zu ersehen ist, daß Sinn und Zweck dieser gesetzlichen Anordnung den einzelnen Betroffenen nicht klar geworden ist. Es ist allerdings auch noch nicht gelungen, die entlassenen Hausgehilfinnen restlos dem Arbeitsprozeß wieder zuzuführen. [...]

Auf dem Gebiete der *\*Judenfrage* ist im Berichtsmonat im Vergleich zu den Vormonaten keine Veränderung der Lage zu verzeichnen; die \*Nürnberger Gesetze haben keinesfalls abschreckend auf die Judenschaft in Deutschland gewirkt. Als schlüssigen Beweis hierfür mag die Zunahme der Eingänge bei dem Judendezernat seit der Verkündung der Nürnberger Gesetze gelten. Es wurden bearbeitet in der Zeit *vom 1. bis 31. Oktober 1935* = 384 Neueingänge, davon entfallen 311 auf \*Rassenschande und 31 auf staatsfeindliche Einstellung, *vom 1. bis 30. November* = 492 Neueingänge, davon entfallen 414 auf Rassenschande und 39 auf staatsfeindliche Einstellung, *vom 1. bis 31. Dezember 1935* = 573 Neueingänge, davon entfallen auf Rassenschande 50[unlesbare Ziffer; Zahl liegt zwischen 500 und 509] und 45 auf staatsfeindliche Einstellung, *vom 1. bis 31. Januar 1936* = 741 Neueingänge, davon entfallen auf Rassenschande 653 und auf staatsfeindliche Einstellung 65. Es ergibt sich also seit dem 1.10.1935 eine Erhöhung der Eingänge von Anzeigen wegen Rassenschande und staatsfeindlicher Einstellung von etwa 50%.

Die Festnahmen von Personen wegen Rassenschande und staatsfeindlicher Einstellung betragen im Oktober 1935 = 42, im November 1935 = 57, im Dezember 1935 = 36 und im Januar 1936 = 73. Insgesamt wurde in 61 Fällen Haftbefehl wegen Rassenschande erlassen. [...]

<1596>

◀197▶

Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf  
Bericht für Januar 1936

Düsseldorf, 18.2.1936

BArch, R 58/3043 a

*Juden und Freimaurer*  
*Juden*

Mit Beginn des neuen Jahres haben die Juden ihre bisherige Versammlungstätigkeit fortgesetzt.<sup>19</sup> Von der ihnen im Rahmen der Gesetze gewährten Freiheit wird in beträchtlichem Umfange Gebrauch gemacht. Nicht nur in wirtschaftlicher,

<sup>17</sup> Vgl. Zeittafel, 22.-28. Juli 1935.

<sup>18</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze und Zeittafel, 15. September 1935.

<sup>19</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

sondern auch in kultureller Beziehung<sup>20</sup> und in der Jugendbewegung<sup>21</sup> merkt man eine Lebendigkeit, die auf eine engere Zusammenarbeit aller jüdischen Gemeinschaften schließen läßt und sich zum Nachteil assimilatorischer Bestrebungen auswirkt.<sup>22</sup> [...]

<1598>

◀198▶

**„Politische Berichte aus dem Regierungsbezirk Minden, Land Lippe  
und Kreis Hameln-Pyrmont“<sup>23</sup>**

**Bericht für die Zeit vom 7.1.-7.2.1936**

O.O., o.D.

StA De, M 1 I P Nr. 633 Bd. II

*Allgemeines*

[...] In der \*Judenfrage war es still. Zur Zeit gehen jüdische Geschäfte in \*arische Hände über.<sup>24</sup> [...]

*Juden*

Um die Judenfrage ist es still geworden. Zwar läßt die Aufklärungsarbeit nicht nach und zeitigt die Wirkung, daß die Stellung des Juden im Volke und im Wirtschaftsleben immer mehr erschüttert wird. Doch tritt der Jude selbst nur in geringem Maße in Erscheinung und bemüht sich offensichtlich, so wenig wie möglich sichtbar zu werden. Eine Anzahl jüdischer Geschäfte sind wieder in arische Hände übergegangen. [...] Auch ist eine besondere Propaganda gegen die Juden im Berichtsmonat nicht zu verzeichnen gewesen. Die Hauptpropaganda wird ausgeübt vom „Stürmer“, der wohl überall ausliegt und inhaltlich in den „Stürmer-Kästen“ überall zur Verfügung steht. Die Hochflut der judenfeindlichen Zeitungen, wie der „\*Judenkenner“ u.a. ist abgeebbt. Man sieht diese Zeitungen weniger an den Zeitungsständen und sie werden auch nach Auskunft der Zeitungsverkäufer weniger verkauft als vor einigen Monaten. [...]

<1672>

◀199▶

**SD-Hauptamt [II 121]**

**Monatsbericht für Februar 1936 über Linksbewegung**

Berlin, o.D. 1936

BArch, R 58/3082

*Kommunismus*

[...]

*Erfasste Organisationen*

Die illegale Organisation der KPD wurde im Februar wiederum durch zahlreiche staatspolizeiliche Zugriffe geschwächt:

In Berlin konnten zwei Personen festgenommen werden, die vom ZK der KPD in Prag zum Zwecke des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei ins Reich entsandt worden waren. Ihre Betätigung sollte sich, da die alte Organisationsform

<sup>20</sup> Vgl. \*Kulturbund deutscher Juden.

<sup>21</sup> Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.

<sup>22</sup> Vgl. \*Assimilanten.

<sup>23</sup> Die berichterstattende Stelle ist im vorliegenden Dokument nicht angegeben und konnte auch durch Anfrage beim Staatsarchiv Detmold nicht eindeutig festgestellt werden. Dieses und andere Dokumente der gleichen Provenienz sind dort nur in Durchschlägen ohne gedruckten Dokumentenkopf erhalten.

<sup>24</sup> Vgl. \*Arisierung.

überholt ist, mit der Schaffung neuer Methoden zur Aufrechterhaltung der KPD be-  
fassen. Die beiden Festgenommenen, unter denen sich ein Jude befindet, dürften  
z.Zt. die *höchsten kommunistischen Funktionäre in Deutschland* gewesen sein.<sup>25</sup> Sie wa-  
ren früher Redakteure in führenden kommunistischen Zeitungen gewesen und be-  
saßen gefälschte Reisepässe. Der Jude bezog ein Monatsgehalt von 400 RM, wäh-  
rend dem anderen neben seinem monatlichen Gehalt zur Erledigung seiner Aufga-  
ben im Monat 1.000 RM zur Verfügung stand.

Ferner wurden in *Berlin* Aktionen gegen mehrere *Unterbezirke* durchgeführt  
und dabei einige Stadtteile der KPD restlos aufgerollt. [...]

Einer der verhafteten Stadtteileiter war *Jude*. Er hatte hinter dem Grabstein sei-  
nes Großvaters auf dem jüdischen Friedhof in 2 Glasröhrchen Fotokopien einer von  
ihm selbst hergestellten Stadtteilzeitung vergraben, um damit für den Fall, daß ei-  
nes Tages der Kommunismus in Deutschland zur Macht gelangen sollte, zu be-  
weisen, daß er auch unter der nationalsozialistischen Regierung für den Kommun-  
ismus gekämpft habe.<sup>26</sup> <1673>

◀200▶

Stapostelle Regierungsbezirk Aachen  
Bericht für Februar 1936

Aachen, 5.3.1936

BArch, R 58/3044 a

*Allgemeines*

[...] \*Einzelaktionen gegen Juden von besonderer Bedeutung haben sich im Be-  
richtsmonat nicht ereignet.

*Stand und Tätigkeit staatsfeindlicher Bestrebungen*

*Marxismus und Kommunismus, SAP*

*Kommunistische Bewegung*

[...]

*Stand der KPD in organisatorischer Hinsicht*

[...] Festgenommen wurde der Bergmann Erich Fluths aus Aachen. Er hatte in  
der Öffentlichkeit erklärt, Adolf Hitler sei jüdischer Abstammung und habe einen  
falschen Namen angenommen, um seine jüdische Abstammung zu verheimlichen.  
[...]

*Juden*

Nach dem Anschlag, dem der Landesgruppenleiter der NSDAP \*Gustloff zum  
Opfer fiel, haben sich die Juden im hiesigen Bezirk im allgemeinen ruhig verhalten.  
Nur in einem Falle mußte gegen den Juden Siegfried Schelasnitzki, geb. am 13.10.02  
zu Prostken, eine \*Schutzhaft von 7 Tagen verhängt werden. Schelasnitzki war zur  
Anzeige gebracht worden, weil er während eines Gesprächs mit seinem Arbeitge-  
ber, der gleichfalls Jude ist, anerkennende Worte über den Mord in Davos gefun-  
den haben soll. Der Nachweis hierfür ließ sich jedoch nicht einwandfrei führen, so-  
daß die Entlassung erfolgen mußte. Dies nutzte der Jude Schelasnitzki dazu aus  
und versuchte durch den Aushang einer anonymen Postkarte, die er wahrschein-  
lich auch selbst geschrieben hat, Unruhe in die Belegschaft zu bringen und sie  
gegenseitig aufzuhetzen.

<sup>25</sup> Vgl. \*Kommunismus.

<sup>26</sup> Vgl. ◀199▶, Kapitel \*Kommunismus.

Die geplanten jüdischen Versammlungen wurden aufgrund der Verordnung des Reichspropagandaministers vom 6.2.1936<sup>27</sup> verboten.

An \*Einzelaktionen sind im Berichtsmonat nachstehende Fälle zu verzeichnen.

Auf dem jüdischen Friedhof in Mechernich wurden am 11.2.36 etwa 16 Grabsteine gewaltsam umgestoßen. Die näheren Feststellungen ergaben, daß die Tat bereits 14 Tage zurücklag. Die anfänglich aufgetauchte Vermutung, daß die Tat als Folge einer politischen Kundgebung anzusehen sei, hat sich durch die nunmehr erfolgte Feststellung der Täter als hinfällig erwiesen. Bei den Tätern handelt es sich um mehrere noch schulpflichtige Knaben im Alter von 10-11 Jahren. Hieraus ergibt sich, daß die Tat keinerlei politischen Charakter trägt, sondern lediglich einen groben Unfug darstellt.

Eine weitere \*Friedhofsschändung hat sich in Gemünd, Kr. Schleiden, zuge- tragen. Dort wurden auf dem jüdischen Friedhof 3 Grabsteine beschädigt. Auch in diesem Falle muß die Tat bereits einige Wochen vor ihrer Entdeckung ausgeführt worden sein. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

An den Karnevalstagen hielten die Juden in dem Grenzort Vaals (Niederlande) im Hotel „Bellevue“, dessen Besitzer ebenfalls Jude ist, Kostümfeste ab.<sup>28</sup> An diesen Tagen wurde eine verschärfte Grenzkontrolle durchgeführt. Irgendwelche Verstöße gegen die Paß- und Devisenbestimmungen durch Juden wurden nicht festgestellt. Auffallend war, daß die meisten Juden beim Grenzübertritt nur ganz geringe Barmittel bei sich führten.

Wegen \*Rassenschande wurde der Jude [N.N.a], geb. am 12.2.1910 in Budapest, Staatsangehörigkeit Pole, hier [...] wohnhaft, festgenommen. [N.N.a] unterhielt seit mehreren Jahren mit der Verkäuferin [N.N.b], geb. am 26.12.1910 in Aachen, intimen Verkehr und hatte diesen auch noch nach dem Inkrafttreten der \*Nürnberger Gesetze fortgesetzt. Der Richter erließ Haftbefehl.

In Eicks, Bezirk Schleiden, wurde am Eingang des Ortes ein \*Schild folgenden Inhalts angebracht: „Jude kehre um, verseuche diesen Ort nicht!“ Das Schild wurde auf meine Veranlassung entfernt. <1674>

## ◀201▶

### Stapostelle Regierungsbezirk Arnsberg Bericht für Februar 1936

Dortmund, o.D.

BArch, R 58/3044 a

#### Juden

In der Berichtszeit ist eine Zunahme der Betätigung der \*zionistischen Vereinigungen zu verzeichnen. Man versucht, die \*Auswanderung durch \*Umschulung und Lehrkurse in \*hebräischer Sprache zu fördern. Der Reichsverband jüdischer Frontsoldaten ist bestrebt, ebenfalls eine Auswandererorganisation zu gründen. Die Sportgruppe des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten<sup>29</sup> tritt zur Zeit infolge der Zulassung zur \*Olympiade in stärkere Tätigkeit. Dagegen ist die Tätigkeit der \*Assimilanten nach wie vor auf ein Mindestmaß beschränkt.

<sup>27</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>28</sup> Möglicherweise Vorfeiern zum \*Purimfest, das drei Tage nach Abfassung des Berichtes begann.

<sup>29</sup> Vgl. \*Schild.

Die Geschäftslage der Juden hat sich im Bereich der hiesigen Stapostelle<sup>30</sup> nicht zu Ungunsten der Juden geändert. Vielmehr werden die jüdischen Geschäfte sehr stark von Käufern besucht. Im \*Viehhandel beherrscht der Jude an zahlreichen Stellen das Feld. Es kommt sogar vor, daß Ortsbauernführer und Bauern, die öffentliche Ämter bekleiden, Vieh an Juden verkaufen. In Kamen mußte die Metzgerei des Juden [N.N.a] wegen Unsauberkeit und Gefährdung der Gesundheit polizeilich geschlossen werden. In Unna wurde der Jude Dr. Mond vorläufig festgenommen, da dieser unter Umgehung des Gesetzes vom 15.9.1935<sup>31</sup> eine \*arische Hausangestellte beschäftigt hatte. In Dortmund wurde der Jude [N.N.b] durch Urteil der Großen Strafkammer wegen Sittlichkeitsverbrechen zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. <1676>

◀202▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Aurich  
Tagesmeldung**

**Wilhelmshaven, 21.2.1936**

**StA Au, Rep. 16/1 Nr. 971**

Der jüdische Feinmechanikerlehrling [N.N.a], geboren am [...] zu Berlin, hat am 12.6.1935 in Norderney der [N.N.b] aus Esens, die in \*BDM-Kleidung in Norderney spazierenging, plötzlich den Weg vertreten und ohne jeglichen äußeren Anlaß auf sie eingeschlagen. Die [N.N.b] stürzte dabei zu Boden und verletzte sich am Knie und an der Hand.

Zwischen dem Vater der [N.N.b] und dem Vater des [N.N.a] bestand schon seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis, das auf Konkurrenzneid – beide sind Fotografen – zurückzuführen ist.

[N.N.a] ist inzwischen vom Amtsgericht in Norden wegen vorsätzlicher Körperverletzung in Tateinheit mit öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 80 RM, im Nichteintreibbarkeitsfalle zu einer Gefängnisstrafe von 1 Tag für je 5 RM und die Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Verletzten [N.N.b] ist die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten des Angeklagten in dem auf Norderney erscheinenden Badeanzeiger und in der „Ostfriesischen Tageszeitung“ öffentlich bekannt zu machen. Dies ist geschehen. Der Vorfall ist in Nr. 43 des „Stürmers“ vom Oktober 1935 unter der Überschrift „Jude schlägt BDM-Mädchen nieder“ wiedergegeben. <1677>

◀203▶

**Gestapa Land Baden  
Bericht für Februar 1936**

**Karlsruhe, o.D.**

**BArch, R 1501/127079/44**

*Juden*

Die Auswanderungsbestrebungen der Juden halten an.<sup>32</sup>

Auffallend ist ihre erhöhte Vereins- und Versammlungstätigkeit,<sup>33</sup> man ist offenbar bestrebt, den engen Zusammenschluß aller Juden zu fördern, um auch nach außen hin als geschlossenes Ganzes zu wirken.

<sup>30</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>31</sup> Vgl. \*Zeittafel.

<sup>32</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>33</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.



Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird immer wieder auf den Mißstand hingewiesen, daß der \*Viehhandel noch ausschließlich in jüdischen Händen liegt. <1679>

◀204▶

**Bayerische Politische Polizei I 1 A**  
**Bericht für Februar 1936**

München, 1.3.1936

BayHStA, StK 106687

[...]

*Juden*

Der Mord des Juden \*Frankfurter an dem nationalsozialistischen Landesleiter \*Gustloff in Davos hat zu Ausschreitungen gegen Juden<sup>34</sup> nicht geführt. Es konnte allenthalben beobachtet werden, daß sich die Juden, sichtlich unter dem Eindruck des Verbrechens, größerer Zurückhaltung befleißigten. Dazu kommt, daß durch das Verbot sämtlicher Veranstaltungen des jüdischen \*Kulturbundes etwaigen Zwischenfällen von vornherein schon wirksam vorgebeugt wurde.<sup>35</sup>

Auch der erhöhte Zustrom von Juden gelegentlich der \*Olympischen Winterspiele führten Dank der besonnenen Haltung der deutschen Bevölkerung zu keinerlei Zwischenfällen. [...] <1680>

◀205▶

**Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin**  
**Bericht für Februar 1936**

Berlin, 6.3.1936

BArch, R 58/3044 a

*Juden*

Innerhalb der *Judenschaft* ist eine Neigung zum festeren Zusammenschluß zur Abwehr der staatlichen Maßnahmen festzustellen. So wurde ein rot eingebundenes Büchlein beschlagnahmt, dessen Herausgeber der \*Reichsverband des jüdischen Mittelstandes, Berlin W., Nachodstraße 8 ist. In diesem Buch sind ausschließlich die Anschriften jüdischer Handwerker und Geschäfte innerhalb Berlins verzeichnet. Das Buch hat den Zweck, innerhalb der Judenschaft darauf hinzuwirken, die Einkäufe nur in jüdischen Geschäften zu besorgen und nur jüdische Handwerker mit Arbeiten zu betrauen.<sup>36</sup> [...]

Wie schon in den Lageberichten der Vormonate ausgeführt wurde, haben die Maßnahmen gegen die Juden nicht zu dem erwarteten Erfolg geführt. Ein wirksames Zurückdrängen dürfte nur durch wirtschaftliche Maßnahmen möglich sein. Schon eine in diesem Sinne gehaltene Ankündigung des Reichsinnenministers<sup>37</sup> hat in den Kreisen der Judenschaft erhebliche Beunruhigung hervorgehoben [sic]. Im Volke ist man allgemein der Überzeugung, daß lediglich mit Rücksicht auf die

<sup>34</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>35</sup> Vgl. Zeittafel, 5. Februar 1936.

<sup>36</sup> Zum Kampf der Juden um ihre wirtschaftliche Weiterexistenz in NS-Deutschland vgl. \*Boykott, antijüdischer; Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943.

<sup>37</sup> Reichsinnenminister \*Frick kündigte am 12.10.1935 in Saarbrücken gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Juden an. Vgl. Genschel, Verdrängung, S. 117.

\*Olympiade von einschneidenden Maßnahmen bisher abgesehen worden ist. Die Erwartung künftigen Vorgehens läßt vorerst eine Pogromstimmung, wie sie im ersten Halbjahr 1935<sup>38</sup> beobachtet werden konnte, nicht aufkommen.

Die Flucht begüterter Juden, die ihre Wirtschaftsbetriebe im Stich ließen, war auch jetzt wieder mehrfach festzustellen. [...]

*Staatsfeindliches Verhalten*

[...] In der Berichtszeit fanden 1.360 jüdische Veranstaltungen statt. Von diesen wurden 140 beobachtet.<sup>39</sup> Am Tage der Beerdigung des Pg. *Gustloff* am 8.2.1936 wurden sämtliche jüdischen Veranstaltungen verboten. Unter das Verbot der Veranstaltungen des Jüdischen \*Kulturbundes sind bisher etwa 100 Veranstaltungen gefallen.<sup>40</sup> Trotz des Verbotes wurden hier 20 Anmeldungen von Veranstaltungen des Kulturbundes eingereicht. Am 2. und 3. Februar 1936 hielt die \*Zionistische Vereinigung Deutschlands im Bachsaal Lützowstr. 76, ihren 25. Delegiertentag ab. Am 9., 11. und 12. Februar fand die erste Reichskonferenz des Verbandes polnischer Juden im Hause Joachimsthalerstr. 13 statt. Die Konferenz hatte den Zweck, eine Reichsdachorganisation der polnischen Juden in Deutschland zu gründen.<sup>41</sup> Beide Tagungen wurden während ihres ganzen Verlaufs ständig überwacht.<sup>42</sup> Beanstandungen ergaben sich nicht. [...] <1681>

◀206▶

Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf  
Bericht für Februar 1936

Düsseldorf, 12.3.1936

BArch, R 58/3044 a

*Juden und Freimaurer*  
*Juden*

[...] In einer Veranstaltung des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe Wesel, sprach ein Dr. \*Salomon, Köln, von der Leitung des \*Landesverbandes Westdeutschland im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten [...] In längeren Ausführungen nahm dann Dr. Salomon zu dem Auswanderungsproblem Stellung. Unter Hinweis auf die jüdische Geschichte legte er dar, daß jeder einzelne Jude die jüdische Geschichte als ein Stück seiner selbst empfinden müsse, um innerlich wieder Wurzel fassen zu können. Wenn der Jude auch Gast im deutschen Volke sei, so gäbe es doch etwas auf der Welt, das ihm keiner nehmen könne, nämlich die jüdische Eigenart. Wohin auch der Jude verschlagen werde, stets werde er wieder Boden unter die Füße bekommen. Zu begrüßen seien daher die Bestrebungen, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und dem Zionismus<sup>43</sup> herzustellen. [...] <1683>

<sup>38</sup> Vgl. Zeittafel, Februar 1935.

<sup>39</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>40</sup> Vgl. Zeittafel, 5. Februar 1936.

<sup>41</sup> Vgl. \*Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland.

<sup>42</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen und Versammlungen.

<sup>43</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

◀207▶

Stapostelle Regierungsbezirk Köln  
Bericht für Februar 1936

Köln, 4.3.1936

BArch, R 58/3044 c

*Allgemeine Lage*

*Allgemeine Stimmung in der Bevölkerung*

[...] Daß es noch Kreaturen gibt, die in ihrem maßlosen Haß gegen die Bewegung den Fall \*Gustloff zu Ausfällen benutzen, geht aus dem nachstehenden Inhalt einer bei der Post beschlagnahmten Postkarte hervor:

„Herrn Robert Wagner, Karlsruhe, Schloßplatz.

Herr Statthalter. Über Ihre Behauptung, das ganze deutsche Volk trauere um Gustloff, kann man nur lachen. Wer die gleichgeschaltete deutsche Presse liest, kann allerdings zu dieser Ansicht kommen, wenn er keine Ahnung von der gerissenen Propaganda der Nazi hat. Aber solchen Dummkopf gibt es nicht. Wenn man schon über Meuchelmord klagt, dann soll man zuerst an die 98.823 Personen denken, die seit dem 30. Januar 1933 „auf der Flucht“ erschossen worden sind und an die 1.265 Ermordeten vom 30.6.1934. (In dieser Zahl sind 7 ermordete warme Brüder, E. \*Röhm u.a., nicht enthalten.<sup>44</sup>). [...] <1695>

◀208▶

Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg  
Bericht für Februar 1936<sup>45</sup>

Königsberg, 6.3.1936

BArch, R 58/3044 c

*Evangelische Glaubensbewegung*

*Evangelischer Kirchenstreit*

[...] Gegen den in Heilsberg amtierenden Lehrvikar Rugullis mußte ein Ermittlungsverfahren wegen staatsfeindlicher Äußerungen eingeleitet werden, weil er in einer Predigt öffentlich die Juden in Schutz nahm und auch sonst Maßnahmen der Reichsregierung abfällig kritisierte.<sup>46</sup>[...] <1696>

◀209▶

Regierungspräsident Kassel  
Bericht für Januar und Februar

Kassel, 4.3.1936

Klein, Kassel, S. 772f.

*Juden und Freimaurer*

Leider haben die \*Einzelaktionen gegen die Juden auch in der Berichtszeit noch nicht ganz aufgehört. Die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber den Juden beruht in Kurhessen auf einer jahrhundertlangen wirtschaftlichen Bedrückung durch das Judentum. Es ist daher nicht immer leicht, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die nationalsozialistische Regierung, der sämtliche Mittel zur Lösung der \*Judenfrage zur Verfügung stehen, in der Lage und gewillt ist, im rechten Zeitpunkt die erforderlichen Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen, aber auch deren Ausmaß allein zu bestimmen. Bis in die letzte Zeit war in der

<sup>44</sup> Vgl. \*Homosexualität.

<sup>45</sup> Der Bericht bezieht sich auf die gesamte Provinz Ostpreußen, also auch auf die Regierungsbezirke Allenstein, Elbing und Gumbinnen.

<sup>46</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

Bevölkerung sogar die Meinung verbreitet, daß der Führer zwar aus außenpolitischen Erwägungen nach außen hin Einzelaktionen gegen das Judentum verbieten müsse, aber in Wahrheit durchaus damit einverstanden sei, daß jeder einzelne den Kampf gegen das Judentum in schärfster Form auf eigene Faust fortsetze.

Durch die Anordnungen der oberen Parteistellen und ihrer Gliederungen, nach denen ausdrücklich jede Einzelaktion von Partei wegen untersagt ist<sup>47</sup> und für den Fall des Verstoßes gegen diese Anordnungen Strafen angedroht werden, setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, daß auch die maßgebenden Parteistellen die Sondermaßnahmen von Einzelpersonen und Personengruppen gegen die Juden unter keinen Umständen dulden. Da auch die Polizeibehörden immer wieder angewiesen worden sind, im Einvernehmen mit den zuständigen Parteistellen sämtliche geeigneten Maßnahmen zur Verhinderung von Einzelaktionen zu ergreifen, besteht die Erwartung, daß diese künftig im weitesten Maße unterbunden werden können. [...]

<1719>

◀210▶

**Landrat Bad Kreuznach  
Bericht für Februar 1936**

**Bad Kreuznach, 27.2.1936**

**LHA Ko, Best. 441/35465**

*Wirtschafts- und Agrarpolitik*

[...] Im Wein- und \*Viehhandel sind die Juden nach wie vor beherrschend. Jedoch machen sich gewisse Anzeichen dafür bemerkbar, daß auch hier ein allmählicher Wandel eintritt. Es wird beobachtet, daß die jüdischen Geschäfte sehr viel von der katholischen Bevölkerung besucht werden. [...]

<1735>

◀211▶

**Gendarmerie Butzbach  
Bericht für Januar und Februar 1936**

**Butzbach, 18.2.1936**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 192**

Die Juden sind fast vollständig im Handel ausgeschaltet, und die meisten ziehen es vor, allmählig [sic] in das Ausland zu verschwinden.<sup>48</sup>

<1738>

◀212▶

**Landrat Schwabach  
Bericht für Februar 1936**

**Schwabach, 2.3.1936**

**StA Nü, BA Schwabach Nr. 8444**

*Juden, Freimaurer*

Die Juden des Bezirks leben vollkommen zurückgezogen. In der Öffentlichkeit sind solche nur noch selten zu sehen. Im Geschäftsleben sind sie nicht mehr zu beobachten. Im Amtsbezirke befinden sich noch 28 Juden, einschließlich Frauen und Kinder.

<1770>

---

<sup>47</sup> Vgl. Zeittafel, Juli-August 1935.

<sup>48</sup> Vgl. \*Auswanderung.

◀213▶

Gendarmerie Thannhausen

Bericht für Februar 1936

Thannhausen, 26.2.1936

StA Abg, BA Krumbach Abg. 1986/360

*Juden, Freimaurer*

Die \*Tafeln mit der Aufschrift „Juden sind hier unerwünscht“ sind entfernt.

<1774>

◀214▶

Bayerische Politische Polizei

Bericht für März 1936

München, 1.4.1936

BayHStA, StK 106687

*Juden*

Mit Aufhebung des Verbotes der Veranstaltungen des jüdischen \*Kulturbundes<sup>49</sup> anlässlich der Ermordung des Landesleiters der NSDAP Schweiz \*Gustloff setzte ab 16. März 1936 wiederum eine höhere Versammlungstätigkeit der Juden auf kulturellem Gebiet ein.<sup>50</sup> Eine politische Aktivität der Juden wurde nicht festgestellt, weshalb es auch, soweit nach den bisherigen Meldungen übersehen werden kann, zu einer Nichtgenehmigung einer politischen Versammlung der Juden im Sinne des Verbotserlasses, den der Politische Polizeikommandeur der Länder<sup>51</sup> im Hinblick auf die Reichstagswahl<sup>52</sup> verfügt hatte, nicht kam. [...]

<1778>

◀215▶

Stapostelle Regierungsbezirk Köln

Tagesbericht

Köln, 12.3.1936

BArch, R 58/3870

*Freimaurer, Juden, Emigranten, Ausbürgerungen*

1) Die Ortsgruppe Köln des \*Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten hatte am Samstag, dem 7.3.1936 um 17.45 Uhr ihre Mitglieder und Angehörigen der gefallenen Juden zu einer Heldengedenkfeier in der \*Synagoge in Köln aufgerufen. Zu der Feier waren etwa 1.200 Juden erschienen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Albert *Süskind* schilderte zuerst die Tapferkeit und den Opfermut der jüdischen Gefallenen. Weiter führte er aus, daß 12.000 Juden auf fremder Erde gefallen und mit ihren Kameraden, mit denen sie Schulter an Schulter in bester Kameradschaft gekämpft hätten, auf den Heldenfriedhöfen in den Kriegsgebieten beerdigt worden seien. Alle im Weltkriege gefallenen deutschen Soldaten hätten Blut und Leben für das deutsche Vaterland geopfert und sei es Pflicht aller heute noch Lebenden, der Gefallenen in tiefer Ehrfurcht zu gedenken.

Nach dem Choral „O Gott“, der von der jüdischen Chorgemeinde vorgetragen wurde, sprach der \*Rabbiner Dr. \*Kober Worte des Gedenkens für die gefallenen Juden. Er bezeichnete die Gefallenen als ein Vorbild für Opfermut und Treue für ihr Vaterland. Sie hätten, wie ihre christlichen Kameraden, für Deutschlands Größe gekämpft und ihr Bestes, ihr Leben, dafür hingegeben. Kober gedachte dann aller Ge-

<sup>49</sup> Vgl. Zeittafel, 5. Februar 1936.

<sup>50</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>51</sup> Heinrich \*Himmler.

<sup>52</sup> Vgl. Zeittafel, 29. März 1936.

fallenen Deutschlands in einem gemeinsamen Gebet. Mit dem Orgelvortrag vom guten Kameraden schloß die Feier.

2) Am Sonntag, dem 8.3.1936, gegen 11.00 Uhr, legte auf dem jüdischen Friedhof in Köln Bickendorf die Ortsgruppe jüdischer Frontsoldaten an dem dort befindlichen Denkmal einen Kranz nieder. An der Kranzniederlegung nahmen etwa 800 Personen teil. In staatspolizeilicher Hinsicht gaben beide Veranstaltungen zu Beanstandungen keinen Anlaß.

Die Kölner \*Zionistische Vereinigung hielt am 9.3.1936 in der \*Synagoge in Köln einen Vortragsabend ab, an dem der Rabbiner Dr. \*Prinz aus Berlin über das Thema: „Unser Kampf um Volk und Land“ sprach. An dem Vortrag nahmen etwa 1.200 Personen teil.

Dr. Prinz, der sich als Rabbiner von der Berliner Gemeinde zurückgezogen hat und nur noch aufklärend für die „Zionistische Vereinigung“ tätig ist, umriß in seinen Ausführungen zuerst das Auftreten des Antisemitismus in den europäischen Ländern. Polen, das Land, das bis heute noch 3 1/2 Millionen Juden beherberge, habe jetzt auch das Schächtverbot<sup>53</sup> als Gesetz angenommen. Es sei damit zu rechnen, daß eine judenfeindliche Einstellung sich auch in den übrigen Ländern der Erde bemerkbar mache. So wisse der Jude, der in Ungarn, in England, in Rumänien, in Bulgarien, in der Tschechoslowakei oder in Amerika wohne, heute noch nicht, ob nicht morgen schon eine Welle von Haß auch in seinem Lande gegen die dort wohnenden Juden einsetze. Dr. Prinz bezeichnete die Lage der Juden in diesen Ländern gegenwärtig als sehr unsicher, während die Lage der Juden in \*Palästina als stabil anzusehen sei. Der Redner ermahnte dann die Juden zur Einigkeit mit dem Hinweis, nun endlich von der irrigen Ansicht abzuweichen, in anderen Ländern Zuflucht suchen zu müssen. Lediglich Palästina sei für die Zukunft der sichere Hort für die Juden. Er wünsche, daß alle Länder ihre Tore den Juden zur Einwanderung recht weit öffnen möchten, aber er mache gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Einwanderer einer neuen unsicheren Zukunft entgegengingen. Als warnendes Beispiel stellte der Redner dann den Juden \*Rathenau hin, der sich von dem jüdischen Leben ganz abgewandt und nur immer bei dem deutschen Adel Verkehr gesucht habe. Dieser Weg sei aber falsch und verderblich. Wenn Rathenau heute die Juden über seine Eindrücke aufklären könnte, so würde er offen sagen müssen, „Ich wurde in diesen Kreisen immer als Jude und mit gewissem Abstand behandelt“. Die Wendung in der Umwandlung der europäischen Bevölkerung ist, so führte Prinz weiter aus, total. Eine Milderung für das jüdische Schicksal ist nicht zu erwarten. Der Jude müsse sich umformen und bestrebt sein, das über ihn eingebrochene Leid zu meistern. Dieses sei nur in der Rückkehr zur reinjüdischen Religion und in Palästina möglich.

Prinz schloß seine Ausführungen mit der Mahnung: „Juden seid einig und baut euch euer eigenes Land. Erst dann könnt ihr sagen, daß ihr eine Heimat auf der Erde habt.“

Der Vortrag war in staatspolizeilicher Hinsicht nicht zu beanstanden. <1780>

---

<sup>53</sup> Vgl. \*Schächten.

◀216▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Königsberg  
Bericht für März 1936**

**Königsberg, o.D.**

**BArch, R 58/3565**

*Juden und Freimaurer*

*Juden*

[...] Es ist festgestellt worden, daß Reisevertreter aller Art, zum Teil im Dienst jüdischer Firmen, geradezu unerschöpflich im Verbreiten und Erfinden von Witzten sind. Volksgenossen, sogar Parteigenossen, besorgen in ihrer Einfalt die Geschäfte dieser getarnten staatsfeindlichen Propaganda, indem sie durch Weitererzählen für Erschütterung des Vertrauens der Bevölkerung sorgen. Ich habe die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Zustände getroffen. [...] <1782>

◀217▶

**Gendarmerie Gunzenhausen  
Bericht für März 1936**

**Gunzenhausen, 31.3.1936**

**BayHStA, StK 106412**

Am 28.9.1935 verstarb der in Altenmuhur wohnhafte 72 Jahre alte Jude (Handelsmann) Julius *Weinmann*. Anlässlich dieses Todesfalles begaben sich die Angehörigen zu den beiden in Altenmuhur seßhaften Schreibern zwecks Anfertigung eines Sarges. Der eine der beiden Schreiner hat als Parteigenosse die Lieferung des Sarges abgelehnt. Auch der andere Schreiner als Nichtangehöriger der NSDAP hat sich beim Bürgermeister über die Anfertigung eines Sarges erkundigt. Von der Ortspolizeibehörde wurde ihnen freigestellt, das in Frage stehende Geschäft mit den Juden zu machen. Auch der Fuhrwerksbesitzer, der jeweils den Totenwagen in Altenmuhur fährt, hat sich an die Ortspolizeibehörde gewandt. Ihm wurde nahegelegt, den Toten gegen gute Bezahlung zu fahren. Der Fahrer lehnte aus eigener Überzeugung ab. Der Sarg wurde schließlich bei einem in Altenmuhur wohnhaften Wagner angefertigt und der Tote mit einem Leichenauto aus Nürnberg nach Gunzenhausen befördert. In früherer Zeit war es wohl in Altenmuhur der Fall, daß eine stattliche Anzahl von \*arischen Trauergästen einer jüdischen Beerdigung beiwohnten. Seit der Machtübernahme hat sich diese Tatsache jedoch grundlegend geändert. Es ist heute im Altenmuhur undenkbar, daß einem Juden von Deutschen das letzte Geleite gegeben wird. [...] <1811>

◀218▶

**Landrat Mayen  
Bericht für März 1936**

**Mayen, 28.3.1936**

**LHA Ko, Best. 441/28266**

*Juden und Freimaurer*

Die Juden haben immer noch einen viel zu großen Einfluß auf die Bevölkerung, der sich wirtschaftlich und ideell auswirkt. Die Schuld daran liegt an der Bevölkerung selbst, von der ein Teil für die andauernden Aufklärungen über die \*Judenfrage fast unempfänglich zu sein scheint. So werden immer noch weiter Geschäfte mit Juden gemacht und da, wo der Jude Geschäfte machen kann, versteht er es auch, seinen Einfluß in politischer Hinsicht geltend zu machen. Die betreffenden Leute sind von früher her noch so an den einzelnen Juden gewöhnt und sehen nicht, daß im Verfolg der großen Weltpolitik es nur der Jude ist, der mit seiner

internationalen Idee und seinem Gelde die Welt in Unordnung bringt. Die Aufklärung über das wahre Gesicht des Judentums muß daher fort und fort in die Bevölkerung hereingetragen und die Bevölkerung zu tieferem Denken erzogen werden. [...]

Im übrigen hält die Abwanderung der Juden an.<sup>54</sup>

Die Reiseziele sind meist Amerika und \*Palästina.

<1820>

◀219▶

SD-Hauptamt, II 112

Bericht für April und Mai 1936

Berlin, 25.6.1936

BArch, R 58/991

Die innerpolitische Lage der Judenheit im Reich hat eine wesentliche Änderung während der Berichtszeit kaum erfahren. Lediglich die Ereignisse in \*Palästina haben eine leichte Unruhe in beiden Lagern hervorgerufen, die von den \*Assimilanten allgemein als antipalästinensische Propaganda tatkräftig ausgenutzt wird. Die \*Zionisten hingegen versuchen, durch führende Anhänger mit einer wesentlich erhöhten Werbung für die Palästinaauswanderung<sup>55</sup> an die jüdische Öffentlichkeit zu treten, die unter dem Motto „Nun erst recht“ die damaligen Unruhen in „\*Erez Israel“<sup>56</sup> zu bagatellisieren versuchte.

Obwohl diese Agitation im allgemeinen ihr gesetztes Ziel nicht verfehlt, werden aus einigen Teilen der Reiches Rückwanderungsbestrebungen<sup>57</sup> und teilweise Einschränkungen der Palästinaauswanderung gemeldet.

*Referat II 112 1 (Assimilanten)*

*Politische Vereinigungen*

Der „\*Centralverein der Juden in Deutschland“ führt seit langer Zeit größtenteils nur noch ein Scheindasein. Mitgliederversammlungen werden im allgemeinen nicht mehr gemeldet. Nur in München wird neuerdings versucht, sich wieder etwas bemerkbar zu machen. Es wurden dort in letzter Zeit auffallend häufig in Straßenbahnen Bücherverzeichnisse und Reklameschriften des CV gefunden. Die Münchener Ortsgruppe versucht in letzter Zeit, ihren Mitgliedern Freifahrten nach Palästina zu ermöglichen, damit sich diese von der Unmöglichkeit der zionistischen Idee durch Tatsachen überzeugen sollen.

Wesentlich anders arbeitet der „\*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“. [...]

Sein Hauptbetätigungsfeld findet der RjF z.Zt. in der Propagierung und Vorbereitung der \*Auswanderung in außerpalästinensische Länder, vorwiegend nach Übersee. Er unterhält dabei neuerdings enge Beziehungen zur „JCA – \*Jewish Colonisation Association“ und erhofft sich von ihr wirksame Durchführung seiner Pläne. In letzter Zeit besteht ebenso ein gutes Einvernehmen der Bundesführung mit der englisch-jüdischen Frontkämpferlegion. Man beabsichtigt dadurch Möglichkeiten für eine Auswanderung nach englischen Kolonien zu bekommen. Zur Vorbereitung der Auswanderung beabsichtigt die „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ in Groß-Bressen bei Breslau ein Lehrgut einzurichten, das vorwiegend von RjF-Anhängern benutzt werden soll. [...]

---

<sup>54</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>55</sup> Vgl. \*Alija.

<sup>56</sup> Vgl. Zeittafel, April 1936.

<sup>57</sup> Vgl. \*Rückwanderung.



### Referat II 112 3 (Zionisten)

Die letzten Ereignisse in Palästina sind nicht achtlos an der zionistisch eingestellten Judenheit vorbeigegangen. Es wurde schon eingangs erwähnt, daß der Großteil der Zionisten in Deutschland mit aller Energie und Verbissenheit versucht, auf jeden Fall das Große Ziel „\*Erez Israel“ auch weiterhin im Auge zu behalten und auch weiterhin für eine möglichst starke Abwanderung Sorge zu tragen.

Die Mandatsmacht England<sup>58</sup> hat die jüdische Einwanderungsquote für Palästina erhöht, sodaß auch dem \*Palästinaamt der \*Jewish Agency in Zukunft mehr \*Zertifikate für deutsche Zionisten zur Verfügung gestellt werden dürften.

Es entstehen, vom Standpunkt des Gegners gesehen, im Gesamtzionismus in Deutschland ungewollt und unbewußt 3 Lager: Das kleinste, das sich voller Angst, seinen Anhängern könnte es im Falle einer Auswanderung genau so ergehen wie Hunderten von „Chawerim<sup>59</sup>“ in jenen Wochen versucht, zurückzuziehen und die Auswanderung einzuschränken; das zweite und größte, das bedenkenlos einfach die blutigen Unruhen zu bagatellisieren versucht, sie vielleicht zugibt, die eigentlichen Hintergründe aber nicht wahr haben will; das dritte, dessen Anhänger mit ausgeprägtem Fanatismus immer wieder agitieren und für eine Verteidigung Palästinas, erforderlichenfalls mit Waffengewalt, eintreten. [...]

#### Verhältnis zur \*Olympiade

Mit gewissem Stolz wird von jüdischen Sportlern, die dem RjF nahestehen,<sup>60</sup> immer wieder hervorgehoben, daß es gelungen sei, das reinrassische FrI. Bergmann in die Olympiakernmannschaft für Hochspringen zu bringen. [...]

<1860>

### ◀220▶

#### Bayerische Politische Polizei I 1 A

#### Bericht für Juni 1936

München, 1.7.1936

BayHStA, StK 106687

#### Juden

[...] Auf vertraulichem Wege wurde ein Sitzungsprotokoll vom 7.6.36 über eine Sitzung der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses der jüdischen Vereinigung „\*Agudas Jisroel“ in Deutschland erfaßt. Bei dieser Vereinigung handelt es sich vorwiegend um eine von \*Ostjuden getragene Organisation der strengsten \*Orthodoxie, die sich aus religiösen Gründen von allen nicht orthodoxen Gruppen fernhält. Sie ist daher auch nicht Mitglied der zionistischen Weltorganisation, ihr Zionismus ist nicht völkisch, sondern religiös bedingt. Das Ziel der Aguda Jisroel geht dahin, \*Palästina wieder zum religiösen Mittelpunkt für die Judenheit zu schaffen. Die Aguda Jisroel hat auch eine eigene Weltorganisation mit einem eigenen Palästinaaufbaufonds<sup>61</sup> und einem besonderen Umschulungsbund ins Leben gerufen. Wie aus dem erfaßten Protokoll hervorgeht, steht der Agudas Jisroel in Deutschland in engster Fühlungsnahe mit der Londoner Exekutive und anderen ausländischen jüdischen Organisationen. In der Sitzung gelangte auch ein Brief aus Jerusalem zur Verlesung, in welchem aufgefordert wird, eine selbständige Hilfsak-

<sup>58</sup> Vgl. \*Britisches Mandat in Palästina.

<sup>59</sup> Hebr.: Genossen, Freunde.

<sup>60</sup> Vgl. \*Der Schild.

<sup>61</sup> Vgl. \*Keren Hajischuw.

tion für die Opfer der arabischen Unruhen in Palästina<sup>62</sup> durchzuführen. Es wurde der Beschluß gefaßt, keinesfalls in Deutschland lediglich Protestversammlungen vorzunehmen, sondern höchstens Versammlungen, in denen positiv für die jüdische Bevölkerung gesprochen werde, aber ohne Schärfe gegen die Araber, mit dem Endzweck, eine geldliche Sammlung durchzuführen. <1894>

◀221▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz**  
**Bericht für Juni 1936**

**Regensburg, 7.7.1936**

**BayHStA, StK 106672**

[...] In der Stadt Weiden entstanden dadurch Schwierigkeiten, daß ein getaufter Jude<sup>63</sup> auf dem gemeindlichen Friedhof beerdigt wurde. Da die israelitische \*Kultusgemeinde sich weigerte, getaufte Juden zu beerdigen, wurde ein stadteigenes Grundstück dem Friedhof zugeschlagen. Auf diesen Teil des Friedhofs sollen nunmehr die nichtarischen Personen, die nach dem Gesetz als Juden gelten,<sup>64</sup> beerdigt werden. Die Anlage wurde von der Regierung genehmigt. [...] <1898>

◀222▶

**Regierungspräsident Pfalz**  
**Bericht für Juni**

**Speyer, 8.7.1936**

**BayHStA, StK 106675**

*Innerpolitische Lage und öffentliche Sicherheit*  
*Juden*

[...] In Waldmohr erregte es im Berichtsmonat erhebliches Aufsehen, daß an der Beerdigung des Juden Salomon Levy auch einige \*arische Personen teilnahmen, darunter die Zeitungsverlegerin und Vorsitzende des katholischen Frauenbundes Babette Seitz. Der Vorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes, Ortsgruppe Waldmohr, Apotheker Schwerdt, der sich an sämtlichen Waldmohrer Beerdigungen beteiligt, hat im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit seinen Vorsitz im Deutschen Roten Kreuz niedergelegt.

Geschäftsübernahmen jüdischer Unternehmungen durch arische Firmen waren im Berichtsmonat nur noch wenige zu verzeichnen.<sup>65</sup> [...] <1899>

◀223▶

**Regierungspräsident Schwaben und Neuburg**  
**Bericht für Juni 1936**

**Augsburg, 6.7.1936**

**BayHStA, StK 106682**

*Juden*

[...] Das Umschulungslager in Fischach, Bezirksamt Augsburg, verfolgt den Zweck, auswanderungslustige Juden in der Landwirtschaft auszubilden. Bedauerlicherweise bemühen sich auch Bauern und Landwirte darum, aus diesem Lager Arbeitskräfte zu erhalten. Die BPP ist verständigt.

---

<sup>62</sup> Vgl. Zeittafel, April 1936.

<sup>63</sup> Vgl. \*Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit.

<sup>64</sup> Vgl. \*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden.

<sup>65</sup> Vgl. \*Arisierung.

In gleicher Richtung liegt der Zuzug von 6 männlichen Juden nach den Gemeinden Kadeltshofen und Berg (Bezirksamt Neu-Ulm); sie verrichten bei dortigen Landwirten landwirtschaftliche Arbeiten, angeblich, um für eine \*Auswanderung nach \*Palästina den landwirtschaftlichen Beruf zu erlernen.<sup>66</sup> Weiterer Zuzug von Juden ist zu erwarten. Die Vermittlung soll durch einen in Schwaighofen – Stadtbezirk Neu-Ulm – als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigten Juden Weinstein für die \*Hechaluz, eine jüdische Organisation zur Vorbereitung der in Deutschland lebenden Juden für die Auswanderung nach Palästina, erfolgen. <1900>

◀224▶

**Bürgermeister Oppershofen**  
**Bericht für Juni 1936**

**Oppershofen, 26.6.1936**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 196**

*Judenfrage*

Dieses Problem liegt hier noch immer sehr im Argen. Die zahlreichen \*Judenfreunde wollen sich trotz \*Stürmerkasten und sonstiger Aufklärung eines Besseren nicht belehren lassen. Sie haben die verbohrtete Ansicht, daß es ohne die jüdischen Ausbeuter beim \*Viehhandel nicht ginge. Von vielen Zeitgenossen werden sie sogar noch halbwegs als Hausfreunde gehegt und gepflegt. *So haben die Handelsjuden z.B. in der Wirtschaft „Zum Goldenen Stern“, Besitzer: Franz August Jung, ehemals Beigeordneter und frommer Zentrumsmitglied, eine regelrechte Niederlage. Tagtäglich verkehren die Krummnasen dort, woraus erwiesen ist, daß sie sich dort sehr wohl fühlen. – Ein anderes: Der heutige Vorsitzende der hiesigen Spar- & Darlehenskasse (Viehverwertungsgenossenschaft) Adam Rayer II. verkaufte dem Vernehmen nach (Mitteilung des Ortsbauernführers) einem Nieder-Weideler Juden 2 Stück Rindvieh und bringt sie (man höre und staune) eigenhändig dem Juden in seinen Stall!!! Wenn das der Vorsitzende einer deutschen Genossenschaft im dritten Reich noch fertig bringt, was sollen sich dann die anderen Genossen an dieser Handlung für ein Beispiel nehmen. Ein solcher Mann dürfte unter keinen Umständen länger Vorsitzender einer Genossenschaft sein. Dies sind nur zwei kleine Ausschnitte, die beweisen, daß es auf dem Gebiet der \*Judenfrage hier noch ungeheurer Aufklärungsarbeit bedarf, die sich jedoch äußerst schwierig gestaltet, da, wie eingangs schon erwähnt, vielfach Verstocktheit und gewollte Böswilligkeit schon von Anfang an jeden Erfolg illusorisch macht. Diese Menschen (meistens ehemalige Zentrumskreise) sind bewußte Saboteure am Werke des Führers.* <1908>

◀225▶

**Regierungspräsident Ober-und Mittelfranken**  
**Bericht für Juli 1936**

**Ansbach, 6.8.1936**

**BayHStA, StK 106677**

*Evangelische Kirche*

[...] Dekan Kübler in Heidenheim, BA Gunzenhausen, äußerte in einer Predigt, es sei besser, wenn die Herren in ihren Versammlungen die Juden und Pfarrer in Ruhe ließen. Kübler tritt ständig in seinen Predigten sehr warm für die Juden ein

---

<sup>66</sup> Vgl. \*Hachschara.

und greift den Nationalsozialismus wegen seiner Stellung gegen die Juden teils offen, teils versteckt an.<sup>67</sup>

Beim Missionsfest in Gunzenhausen ließ sich ein auswärtiger Geistlicher dahin aus, daß die evangelische Mission auch Juden erfassen und versuchen müsse, sie zum Christentum zu bekehren.<sup>68</sup> Deshalb dürfe man die Juden auch nicht so stark hassen. [...]

<1914>

◀226▶

**Bayerische Politische Polizei I 1 A**

**Bericht für August 1936**

**München, 1.9.1936**

**BayHStA, StK 106688**

*Spanische Flüchtlinge*

Wie im Vormonat, so sind auch im Monat August 20 Transporte mit ca. 5.000 deutschen Flüchtlingen aus Spanien<sup>69</sup> in München eingetroffen, die in politischer Hinsicht durchkontrolliert wurden. Darunter befinden sich ca. 150 Juden, die einer eingehenden Prüfung unterzogen wurden. Soweit es sich um Emigranten handelte, wurden diese veranlaßt, Deutschland umgehend wieder zu verlassen.<sup>70</sup> Bei den übrigen Juden wurden die zuständige Polizeibehörde ihres Reisezieles entsprechend in Kenntnis gesetzt. [...]

*Grenzpolizei*

[...] Bei der Außenstelle der Bayer. Polit. Polizei Salzburg haben 650 Juden zwecks Auswanderung nach \*Palästina die Grenze passiert.

<1932>

◀227▶

**Bürgermeister Friedberg**

**Bericht über politische Angelegenheiten**

**Friedberg, 19.8.1936**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 198**

Der verflossene Berichtsmonat stand vollkommen im Zeichen der Berliner \*Olympiade.

Es ist deshalb natürlich, daß unter den gewaltigen Eindrücken dieser größten Sportveranstaltung der Welt und aller Zeiten, die übrigen Tagesgeschehnisse verhältnismäßig nur sehr geringe Beachtung fanden.

Eine Ausnahme machen hiervon jedoch die Geschehnisse in Spanien.<sup>71</sup> Der Verlauf des Kampfes des spanischen Volkes gegen die jüdisch-marxistischen-Sowjet-Mörderbanden findet in allen Kreisen der Bevölkerung allergrößte Beachtung. [...]

Ob es, wie verlautbart wird, zutrifft, daß seitens jüdischer Getreidehändler höhere Preise wie festgesetzt für Gerste und Roggen der diesjährigen Ernte bezahlt wurden, war von hier aus nicht festzustellen.

<1938>

---

<sup>67</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>68</sup> Vgl. \*Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit.

<sup>69</sup> Hier handelt es sich um Flüchtlinge des im Juli 1936 ausgebrochenen Bürgerkrieges. Vgl. auch \*Rückwanderung.

<sup>70</sup> Vgl. Zeittafel, 15. Januar 1934.

<sup>71</sup> Vgl. ▶226▶.

◀228▶

**Bezirksamt Hilpoltstein  
Polizeihaftbefehl**

**Hilpoltstein, 20.8.1936**

**StA Nü, Reg. v. Mfr. K.d.J. Abg. 1978 Nr. 1463**

Der Bauer Josef *Bengl*, geb. 11.8.1891 in Aberzhausen, AG Hilpoltstein, wohnhaft zu Untermässing, Hs. Nr. 16 wird bis auf weiteres in Polizeihaft genommen.

Wegen seines asozialen Verhaltens (Nichtbeteiligung am Winterhilfswerk<sup>72</sup>) und des Handels mit Juden ist ein Teil der Bevölkerung gegen ihn aufgebracht, so daß seine persönliche Sicherheit in Gefahr war. *Bengl* ist daher zu seinem Schutze in Polizeigewahrsam genommen worden.<sup>73</sup> <1939>

◀229▶

**Gendarmerie Waischenfeld  
Lagebericht**

**Waischenfeld, 31.8.1936**

**StA Ba, K 8 Nr. 9204**

*[Allgemeine Übersicht über die innerpolitische Entwicklung im Berichtsmonat]*

[...] Das gespannte Verhältnis zwischen den Angehörigen des hiesigen \*SS-Hilfswerklagers und der Bevölkerung besteht weiter. In letzter Zeit hat die Bevölkerung hauptsächlich deshalb Anstoß genommen, weil die SS-Leute bei ihren Ein- und Ausmärschen anschließend an das Lied vom \*SA-Mann den Vers singen: „SS Kameraden hängt die Juden, hängt die Pfaffen an die Wand.“ [...] Die Leute glauben, daß es um die Religion gehe, weil in diesem Vers die „Pfaffen“ erwähnt werden. <1944>

◀230▶

**SD-Hauptamt II 112**

**Die augenblickliche Lage des Judentums in Deutschland**

**Berlin, 13.9.1936**

**BArch, R 58/956**

[...] Die Erfahrung hat gelehrt, daß die \*Nürnberger Gesetze bisher noch nicht immer ihre beabsichtigte, abschreckende Wirkung erzielt haben. Es ist fortan zwar verboten, daß Ehen zwischen \*arischen und jüdischen Partnern geschlossen werden; Übertretungen des Rassenschandeparagraphen<sup>74</sup> sind jedoch nach wie vor immer wieder festzustellen. In den letzten Monaten hat sich die Zahl dieser Fälle sogar ziemlich gesteigert.

Bei ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus bedienen sich die Juden nicht nur ihrer eigenen Institutionen, sondern arbeiten mit anderen Gegnergruppen eng zusammen. So konnten in letzter Zeit gute jüdische Beziehungen zu Kreisen des katholischen Klerus festgestellt werden.<sup>75</sup> Bei dem Versuch der Zusammenfassung aller nichtarischen Christen in der Gründung des „Paulusbundes“<sup>76</sup> ist diese Gefahr vergrößert worden. Ebenso werden auch heute noch Juden als Träger des illegalen Kampfes der KPD ermittelt.<sup>77</sup> <1945>

<sup>72</sup> Vgl. \*Winterhilfswerk des deutschen Volkes.

<sup>73</sup> Vgl. \*Schutzhaft, sowie <1940>.

<sup>74</sup> Vgl. \*Rassenschande.

<sup>75</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>76</sup> Vgl. \*Reichsverband nichtarischer Christen.

<sup>77</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

◀231▶

**Bayerische Politische Polizei I A 1  
Bericht für September 1936**

**München, 1.10.1936**

**BayHStA, StK 106688**

*Allgemeines*

Der Berichtsabschnitt stand vollständig im Zeichen des Reichsparteitages 1936, der für die künftige Arbeit von Volk und Staat richtungsgebend sein wird. Die Proklamation des Führers zu Beginn des Parteitages und seine mehrfachen Kundgebungen haben bei allen Bevölkerungsschichten Beachtung und Zustimmung gefunden. Vor allem hat die eindringliche Aufzeigung der jüdisch-bolschewistischen Weltgefahr ihre Wirkung nicht verfehlt und das Vertrauen der Bevölkerung zur nationalsozialistischen Staatsführung gestärkt. [...]

*Politischer Katholizismus*

[...] In einer Monatsversammlung des kath. Arbeitervereins Augsburg Pfersee am 13.9.36 kam Stadtpfarrer Monsignore Balleis Peter, geb. 29.4.80 in Hausen in seinem Vortrag „Kirchengeschichtlicher Gang durch Spanien“ u.a. auch auf die Juden zu sprechen und bezeichnete diese als Schädlinge des Volkes und Urheber aller Revolutionen, soweit sie die Weltgeschichte kerne.<sup>78</sup> Er führte weiter aus, daß gerade in Spanien sich die Juden in Massen katholisch taufen ließen, aber ihre jüdischen Eigenschaften dadurch nicht änderten.<sup>79</sup> Der Jude bleibe eben Jude, selbst wenn er eine andere Religion annehme. Hinsichtlich der sozialen Verhältnisse der früheren Zeit in Spanien führte er aus, daß sich der Besitz in den Händen des Adels einerseits und in jenen der Klöster andererseits befand. Diese ungünstigen sozialen Zustände hätten bei dem unteren Volk Unzufriedenheit hervorgerufen, obwohl die Kirche immer wieder auf die dadurch entstehende Gefahr hingewiesen habe, habe es damals die Regierung versäumt, gerechte Gesetze zu schaffen und den Erfolg habe wiederum Juda gehabt. [...] Zum Schlusse erwähnte Balleis, daß Deutschland fertig gemacht habe mit Juden, Bolschewismus, Kommunismus und Gottlosigkeit und wie recht die Regierung gehandelt habe, zeigen heute die Vorgänge in Spanien.<sup>80</sup> Die Ausführungen des Stadtpfarrers Balleis wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. [...]

<1949>

◀232▶

**NSDAP Reichsleitung, Hauptamt für Kommunalpolitik  
Stimmungsbericht**

**München, 10.10.1936**

**BArch, NS 25/85**

*Gauamt für Kommunalpolitik Hessen-Nassau*

In Auswirkung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre<sup>81</sup> und der dazu ergangenen Verordnungen<sup>82</sup> haben sich in der Praxis folgende Mißstände ergeben: Nach den §§ 3 und 4 der ersten Ausführungsverordnung

<sup>78</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>79</sup> Zur aktuellen Bedeutung der hier dargestellten historischen Vorgänge für das Dritte Reich vgl. \*Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit, sowie \*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden.

<sup>80</sup> Gemeint ist der Spanische Bürgerkrieg, der seit Juli 1936 andauerte, vgl. ◀226▶.

<sup>81</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze und Zeittafel, 15. September 1935.

<sup>82</sup> Vgl. Zeittafel, 14. November und 21. Dezember 1935.

zu dem genannten Gesetz ist eine Eheschließung zwischen einem jüdischen \*Mischling<sup>83</sup> mit zwei volljüdischen Großeltern und einem Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes oder mit einem jüdischen Mischling mit einem vollen jüdischen Großelternanteil ohne Genehmigung des Reichsministers des Innern oder der sonst beauftragten Stellen verboten, ebenso eine Ehe zwischen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternanteil haben. Da nach der Verordnung vom 26. September 1935 bei dem Aufgebot außer den Geburtsurkunden der Brauteltern nur die Heiratsurkunde deren Eltern vorgelegt werden muß, ist es sehr leicht möglich, daß eine nach den oben erwähnten Bestimmungen nicht zulässige Ehe geschlossen wird, ohne daß den Standesbeamten ein Verschulden trifft. Haben sich die Eltern z.B. vor ihrer Eheschließung evangelisch taufen lassen,<sup>84</sup> so erscheint in der Heiratsurkunde nur die zur Zeit der Heirat zutreffende Religionsangabe, während tatsächlich – solche Fälle sind in der Praxis vorgekommen – die Geburtsurkunden der Eltern ergeben, daß sie getaufte Juden sind. Handelt es sich bei den Eltern um Namen, die zudem noch durchaus \*arischen Klang haben, so würde mithin der Standesbeamte, obwohl der sich an die bestehenden Bestimmungen hält, eine Ehe schließen, die verboten ist. Mit Rücksicht auf diese ungeheuren Auswirkungen scheint es erforderlich, Bestimmungen dahingehend zu erlassen, daß außer den Geburtsurkunden der Brautleute und den Heiratsurkunden ihrer Eltern zum mindesten noch die Geburtsurkunden der beidseitigen Eltern dem Standesbeamten vor der Eheschließung vorgelegt werden müssen. [...]

<1958>

◀233▶

**Bezirksamt Bad Brückenau**

**Überwachung der Juden in Bad Brückenau**

**Bad Brückenau, 9.10.1936**

**StA Wü, LRA Bad Brückenau 3261**

Im Vollzug der Anordnung der BPP vom 27.4.36 Nr. 37896 III B und der E. vom 25.8.36 Nr. 38591 II 1 B wird der Bericht der Gend.-Station Bad Brückenau vom Monat September 1936 in Vorlage gebracht. Damit dürfte für dieses Jahr der Besuch von Juden in Bad Brückenau beendet sein.<sup>85</sup>

Ergänzend zu den bisherigen zahlreichen Berichten wird bemerkt, daß der Zustrom von Juden nach Bad Brückenau ein sehr starker war.

Wie bereits mehrfach berichtet wurde, hat insbesondere die Tatsache, daß in beiden jüdischen Hotels nichtjüdisches Personal beschäftigt war, bei der ortsansässigen Bevölkerung und bei einer großen Anzahl von Kurgästen des Staatsbades starke Bedenken, teilweise sogar eine gewisse Erregung hervorgerufen. Ein Einschreiten gegen die Beschäftigung \*arischer weiblicher Hausangestellten ist, wie mit E.v. 25.8.36 mitgeteilt wurde, bedauerlicherweise nicht möglich. Feststellungen, daß in den jüdischen Hotels \*Rassenschande getrieben worden sei, konnten trotz scharfer Überwachung nicht getroffen werden. Die Überwachung dieser Arbeitskräfte ist für die Polizei unter den derzeitigen Zuständen auch äußerst schwer, man kann fast sagen, unmöglich.

---

<sup>83</sup> Vgl. auch \*Mischehen.

<sup>84</sup> Vgl. \*Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit.

<sup>85</sup> Vgl. \*Kurorte und Bäder.

[...] Die Annahme, daß in der heutigen Zeit keine arischen Mädchen sich für die Arbeit in jüdischen Hotels zur Verfügung stellen, hat sich als falsch erwiesen. Wegen der hiesigen jüdischen Hotels beabsichtige ich, für das kommende Jahr an das zuständige Arbeitsamt heranzutreten, damit von dort keine arischen Hausangestellten mehr überwiesen werden. Denn gerade die schon erwähnte Tatsache, daß in der heutigen Zeit ausgesprochener Hausangestelltenknappheit diese Mädchen keinen anderen Platz finden, hat in der Öffentlichkeit berechtigte Erregung hervorgerufen. Außerdem beabsichtige ich für die beiden jüdischen Hotels nach § 11 des Gaststättengesetzes die Auflage zu erteilen, daß diese Betriebe keine arischen weiblichen Angestellten beschäftigen dürfen. Die Erteilung dieser Auflage ist dem Bezirksamt als Konzessionsbehörde m.E. jederzeit möglich. <1960>

◀234▶

**Bürgermeister Butzbach**

**Berichterstattung in politischen Angelegenheiten**

Butzbach, 17.9.1936

StA Da, G 15 Friedberg Q 199

In obiger Angelegenheit<sup>86</sup> berichte ich, daß in letzter Zeit an hiesigen Geschäften, die das Schild „Juden unerwünscht“<sup>87</sup> tragen, die Silbe „un“ wiederholt mit roter Farbe überstrichen war. Ob die angestellten Ermittlungen zu einem positiven Ergebnis führen, ist allerdings nicht vorauszusehen. [...] <1961>

◀235▶

**Bürgermeister Gefell**

**Lagebericht, Wirtschafts- und sozialpolitische Angelegenheiten**

Gefell, 19.9.1936

StA Go, LRA Ranis Nr. 39

*Judentum und Freimaurerei*

Judenbewegung: Nur ein jüdischer \*Mischling namens Leopold Gutmann ist in Gefell vorhanden. Dieser ist nicht staatsfeindlich. [...] <1966>

◀236▶

**Stapoleitstelle München I 1 A**

**Bericht für Oktober 1936**

München 1.11.1936

BayHStA, StK 106688

*Juden*

[...] In der \*Synagoge zu Kleinwallstadt kam es zu einer Gottesdienststörung, die von jungen Leuten im Anschluß an eine durchzechte Nacht verübt wurde.<sup>88</sup> Die Störer begaben sich in die Synagoge und machten sich durch laute Zurufe über Vorgänge des Gottesdienstes lustig. Nachdem sie sich entfernt hatten, kamen sie mehrmals wieder in die Synagoge zurück, um von neuem die Störungen fortzusetzen. Sie verhinderten durch lautes verächtliches Reden den Gottesdienst, sodaß die zum Beten erschienenen Juden sich entfernten.

Nach einem Artikel im Mitteilungsblatt der Israelitischen \*Kultusgemeinde Pirmasens, in dem zur jüdischen \*Winterhilfe 1936/37 aufgerufen wurde, ist mit-

---

<sup>86</sup> Gemeint ist die „Berichterstattung in politischen Angelegenheiten“.

<sup>87</sup> Vgl. \*Schilder, antijüdische.

<sup>88</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.



geteilt, daß über 83.000 Juden von der jüdischen Winterhilfe in den Großgemeinden und kleinsten Ortschaften betreut wurden. Bemerkenswert ist hierbei die Feststellung, daß die jüdische Winterhilfe nicht nur als Mittel zur Linderung der Wirtschaftsnot, sondern als der Beweis der Einheit des Judentums Deutschlands empfunden wurde. Eine Gemeinschaft, die nicht von der Verbundenheit aller ihrer Mitglieder getragen werde, sei verloren. Die Juden wissen, daß die Förderung der jüdischen Winterhilfe auch in diesem Jahre von allen Juden in Deutschland gehört werde.

*Statistik*

[...]

*Paß- und Fremdenpolizei*

[...] Über das Grenzkommissariat Salzburg sind im Monat September ungefähr 700 Juden nach \*Palästina ausgewandert.<sup>89</sup> [...] <1976>

◀237▶

**SD-Hauptamt II 112**

**Vorschlag für die Rücksprache von C<sup>90</sup> beim Reichsinnenminister**

**Berlin, 20.11.1936**

**BArch, R 58/979**

*Eingriff in das jüdische Vereinswesen*

Die Erfahrung der letzten Zeit hat gelehrt, daß sich insbesondere die \*assimilatorischen Verbände und ihre Vertreter weiterhin in sehr starkem Maße für ein Verbleiben der Juden in Deutschland einsetzen. Dazu kommt, daß dieselben Organisationen fast durchwegs durch ihre politische Vergangenheit vor 1933 (Zusammenarbeit und Finanzierung der SPD, des Reichsbanners und der „Eisernen Front“, teilweise auch der KPD<sup>91</sup>) stark belastet sind. Ein Eingriff in das Vereinswesen<sup>92</sup> der assimilatorischen Verbände erscheint daher sehr zweckmäßig. Es wird vorgeschlagen, den „Jüdischen Centralverein e. V.“ (früher „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“) unter besonderer Berücksichtigung des Umstandes, daß derselbe im letzten Jahr fast keinerlei Veranstaltungen mehr abhielt und damit keine Existenzberechtigung mehr hat, zu verbieten und aufzulösen. Den ehemaligen Mitgliedern wäre jegliche Betätigung für den aufgelösten Verband oder eine Nachfolgeorganisation zu untersagen. Der „\*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ wäre aus den gleichen erstgenannten Gründen ebenfalls aufzulösen. Die Betreuung der jüdischen Kriegsofopfer wäre in diesem Falle einer jüdischen Wohlfahrtsorganisation, evtl. dem „\*Zentralausschuß der Juden für Hilfe und Aufbau“ zu übertragen.<sup>93</sup> [...] <1995>

---

<sup>89</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Alija.

<sup>90</sup> Reinhard \*Heydrich, Abkürzung für „Chef“.

<sup>91</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>92</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>93</sup> Tatsächlich blieben sowohl der Centralverein wie auch der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten bis zu ihrer Auflösung nach der \*Kristallnacht und ihrer Eingliederung in die Reichsvereinigungen selbständige Organisationen.

◀238▶

**Polizeipräsidium München  
Bericht für November 1936**

**München, 10.12.1936**

**BayHStA, StK 106685**

*Juden*

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß seit langer Zeit wieder der Zuzug von Juden nach München die Abwanderung überschritt.<sup>94</sup> Es kamen im November dieses Jahres 39 Juden nach München, während sich die Abwanderung auf 31 Personen belief. <1998>

◀239▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für November 1936**

**Regensburg, 8.12.1936**

**BayHStA, StK 106672**

*Besondere bemerkenswerte Vorkommnisse*

Am 12. November wurde die Staatspolizeistelle<sup>95</sup> Regensburg davon verständigt, daß sich im Schlachtviehhof Regensburg bei den \*arischen Händlern eine starke Erregung gegen die jüdischen \*Viehhändler bemerkbar mache und daß mit Ausschreitungen zu rechnen sei.<sup>96</sup> Für Mittwoch, den 11. und Donnerstag, den 12. November hatte der Viehwirtschaftsverband Bayern die Mitglieder der Schlachtvieh-Qualifizierungsausschüsse zu theoretischer und praktischer Schulung geladen. Die Mitglieder, etwa 150, trafen sich am Vormittag des 12.11. im Schlachtviehhof. Von der Erregung gegen die Juden hatte der Leiter der Regensburger Marktverwaltung, der Marktbeauftragte und Kreisbauernführer Wolferteder, nicht die Staatspolizeistelle, sondern den \*SD verständigt. Als die Beamten der Staatspolizeistelle im Schlachtviehhof eintrafen, hatten sich die Juden bereits in das Direktionsgebäude zurückgezogen; vor diesem standen etwa 150 Personen, man hörte Rufe: „Schlagt sie tot! Hängt sie auf! Gebt sie uns, wir bringen sie nach Nürnberg.“ Die jüdischen Händler mußten als gefährdet angesehen und zum Schutz ihrer Person in \*Schutzhaft genommen werde. [...] <2000>

◀240▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für November 1936**

**Ansbach, 7.12.1936**

**BayHStA, StK 106677**

*SPD KPD*

[...] In der Nacht vom 13. auf 14. November wurde in Neuhof an der Zenn (BA Neustadt a.d.Aisch) ein Versammlungsplakat der NSDAP durch die Aufschrift beschnitten: „Rotfront lebe hoch–Nieder mit Hitler und Genossen–Deutschland erwache–Juda lebe und Zion!“<sup>97</sup> [...]

---

<sup>94</sup> Vgl. \*Binnenwanderung und \*Auswanderung.

<sup>95</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>96</sup> Vgl. \*Einzelaktionen, sowie <1999> und <2020>.

<sup>97</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

## Juden

[...]

3) In Hof wurde festgestellt, daß seit Mai der Umsatz des jüdischen \*Kaufhauses Ury ständig zugenommen hat.

4) Auch in Bamberg wurde nun für die Judenkinder eine eigene Schule in einem Nebenraum der \*Synagoge errichtet, sodaß keine Volksschule mehr von jüdischen Kindern besucht wird.<sup>98</sup>

5) Es wird die Wahrnehmung gemacht, daß die Juden jetzt lieber nach Amerika als nach \*Palästina auswandern.<sup>99</sup> [...] <2001>

### ◀241▶

#### Bezirksamt Aichach

#### Bericht für November 1936

Aichach, 2.12.1936

StA Mü, LRA 99 497 (Bayern I)

#### Allgemeine politische Lage

[...] Gegen Pfarrer Maximilian Mayr in Schiltberg wurde unterm 10. November seitens der Gendarmerie Anzeige erstattet, weil derselbe den Bürgermeister Asam von Schiltberg gelegentlich des Hauptgottesdienstes in der Kirche aufforderte, den im „\*Stürmer“-Kasten ausgehängten „\*Stürmer“ zu entfernen. Das Titelblatt des „Stürmers“ war mit einem Juden versehen; dieser Jude hielt ein Buch mit der Aufschrift: „Das alte Testament“ in der Hand. Diese Anzeige wurde der \*Geheimen Staatspolizei München zugeleitet, von welcher Stelle die Sache noch nicht anher zurückgelangte. <2004>

### ◀242▶

#### NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaleitung Stimmungsbericht

Bremen, 13.11.1936

StA Br, 2-N.7. Nr. 162

Wie ich heute morgen feststellen mußte, waren im Hansabad 3 Juden, und zwar 1 Jude und 2 Jüdinnen.

Es ist mir unverständlich, daß Juden dort zugelassen sind. Der Wärter sagte, es bestände dort im Hansabad kein Judenverbot.

Es wird aber höchste Zeit, daß ein solches Verbot dort in Kraft tritt, da auch in anderen Städten derartige Verbote für Juden bestehen.<sup>100</sup> Vielleicht läßt sich dieses auch in Bremen durchführen. <2009>

### ◀243▶

#### Bürgermeister Oppershofen Die politische Lage

Oppershofen, 19.11.1936

StA Da, G 15 Friedberg Q 201

#### Presse und Judenfrage

[...] Die Beziehungen, welche hiesige Bauern und Landwirte mit Handelsjuden haben, haben im letzten Vierteljahr kaum eine Einbuße erlitten, im Gegenteil be-

<sup>98</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>99</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>100</sup> Vgl. \*Badeverbote in öffentlichen Schwimmbädern.

wegt sich der \*Viehjude heute frecher als je. Auch die berüchtigten Konfektionsjuden haben hier immer noch eine feste Stammkundschaft. Den Menschen in unserer Gemeinde, die immer noch mit den Juden Geschäfte machen, fehlt trotz aller Aufklärung jegliches Verständnis für die Wichtigkeit der Lösung dieser Frage, sowohl als Grundlage für Sein oder Nichtsein unseres Volkes, als auch im Interesse einer sauberen, schmarotzer- und ausbeuterfreien Volkswirtschaft. <2018>

◀244▶

**Gendarmerie Unsleben  
Politischer Monatsbericht**

**Unsleben, 28.11.1936**

**StA Wü, LRA Bad Neustadt 21907**

Die politische Lage im diesseitigen Dienstbezirk könnte als gut bezeichnet werden, wenn nicht einzelne Elemente vorhanden wären, die stets bestrebt sind, die Volksgemeinschaft zu zerreißen.

Lehrer Weinig in Heustreu hat seine Kinder angelernt, mit dem Finger auf jeden Volksgenossen zu deuten, der der NSV nicht beigetreten ist. Ferner hat er seine Schulkinder angewiesen, auf jedes Judenfuhrwerk mit Steinen zu werfen, das durch die Ortschaft Heustreu fährt. Der 67 Jahre alte jüdische Handelsmann Emanuel Mittel von Unsleben hat mir erklärt, er sei nicht alleine nur von Schulkindern, sondern auch vom Lehrer in Gegenwart der Schulkinder mit Steinen beworfen worden.<sup>101</sup>

<2024>

◀245▶

**Stapoleitstelle München  
Bericht für Dezember 1936**

**München, 1.1.1937**

**BayHStA, StK 106688**

*Juden*

Am 23.12.1936 kam es in Cham zu Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte.<sup>102</sup> In Cham fand der herkömmliche Weihnachtsmarkt statt, der von der Landbevölkerung sehr stark besucht war. Die Landbevölkerung kaufte sehr viel in jüdischen Geschäften. Bereits in den Vormittagsstunden wurden Personen, die im jüdischen Schuhgeschäft Eisfeld kauften, fotografiert. In den Nachmittagsstunden gegen 14 Uhr rottete sich vor dem Geschäft alsbald eine große Menschenmenge zusammen, die sich zum Teil feindselig gegen das jüdische Geschäft verhielt, zum Teil teilnahmslos dastand. Vereinzelt wurde auch zu Gunsten der Juden Stellung genommen. Personen, die in diesem Geschäft kaufen wollten, wurden aufgefordert, das Geschäft nicht zu betreten,<sup>103</sup> teilweise wurde diese Aufforderung befolgt, ein großer Teil betrat aber trotzdem das Geschäft. Die Menge erging sich in Rufen wie „Juda verrecke“, „Kauft nicht bei Juden“ usw. Schließlich hat der Jude Eisfeld freiwillig das Geschäft geschlossen. Anschließend daran bildete sich ein ungeordneter Zug, der durch die Straßen von Cham zog und Sprechchöre wie „Kauft nicht bei Juden“, „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter“ verlauten ließ. Bei allen jüdischen Geschäften wurde Halt gemacht und die Schließung der Geschäfte verlangt.

---

<sup>101</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>102</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>103</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer.

Beim jüdischen Geschäft Fleischmann zogen junge Leute die Rolläden herunter. Die Folge dieser Demonstration war, daß sich jeweils bei den jüdischen Geschäften eine unübersehbare Menschenmenge sammelte. Die Urheber dieser Aktion konnten bis jetzt nicht festgestellt werden. Nach dem Zuge durch die Straßen, der etwa um 14.45 Uhr beendet war, herrschte wieder vollkommene Ruhe. Der Geschäftsverkehr, der anfänglich unter den Vorkommnissen litt, kam wieder in normale Bahnen. Die jüdischen Geschäfte aber blieben weiterhin geschlossen.<sup>104</sup> [...] <2027>

◀246▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Dezember 1936**

Ansbach, 7.1.1937

BayHStA, StK 106677

*Juden*

1) Durch Übernahme in eigene jüdische Schulen sind nunmehr judenrein die Volksschulen in Nürnberg, Fürth, Coburg, Gunzenhausen, Treuchtlingen. Jüdische Volksschul-Sonderklassen wurden gebildet in Bamberg und (unter Einbeziehung umliegender Landorte) in Dinkelsbühl.

Damit sind insgesamt 700 Judenkinde „unter sich“ und nicht mehr in den allgemeinen Volksschulen.<sup>105</sup>

Rund 200 Judenkinde – auf die verschiedensten Volksschulen des ganzen Regierungsbezirks verstreut – besuchen noch öffentliche Volksschulen neben \*arischen Kindern. [...] <2031>

◀247▶

**Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für Dezember 1936**

Speyer, 7.1.1937

BayHStA, StK 106675

*Juden*

[...] In Speyer konnte während der Vorweihnachtszeit ein verhältnismäßig sehr starker Besuch der jüdischen Geschäfte bemerkt werden. Die Gegenwirkung hielt sich in maßvollen Grenzen, trotzdem sah sich der Geschäftsführer *Blühm* des jüdischen Schuhhauses Klein veranlaßt, sich an den Reichswirtschaftsminister zu wenden, der telegraphisch um Abstellung etwaiger \*Einzelaktionen ersuchte. <2032>

◀248▶

**Gendarmeriebezirk Ebermannstadt  
Handel und Verkehr mit Juden**

Ebermannstadt, 5.12.1936

StA Ba, K 8 Nr. 9204

In den letzten Monaten wird von verschiedenen Seiten in zunehmender Weise darüber geklagt, daß der Handel, insbesondere der \*Viehhandel mit Juden, anscheinend nicht auszurotten sei, ja, im Gegenteil wieder zunehme. [...] <2038>

---

<sup>104</sup> Vgl. <2077>.

<sup>105</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

◀249▶

Oberstaatsanwalt Mannheim  
Bericht für November und Dezember 1936

Mannheim, 21.1.1937

GLA Ka, 309/1207

*Allgemeine Kriminalität*

[...] Über den nicht wünschenswerten Zustand, daß hier in der Gute-  
mannstraße ein Dirnenhaus mit durchweg \*arischen Mädchen von einer jüdischen  
Dirnenvermieterin betrieben wird und die Meinung entstehen konnte, als ob hier  
eigens ein Bordell für jüdische Besucher geduldet werde, habe ich bereits am  
23.12.36 im Verfahren – 4 KLs 53/36 – gegen [N.N.] wegen \*Rassenschande Sonder-  
bericht<sup>106</sup> erstattet. <2050>

◀250▶

NSDAP Ortsgruppe Münster-Rathaus  
Tätigkeits- und Stimmungsbericht

Münster, 24.12.1936

BA Ms, Fremde Provenienzen A 1

*Judentum*

Jetzt in der Weihnachtszeit scheint von vielen Volksgenossen vergessen zu  
sein, daß es noch jüdische Geschäfte gibt. Wer das Hereinströmen z.B. in das \*Kauf-  
haus Hertz in den letzten Tagen gesehen hat, dem steigt die Zornesröte ins Gesicht.  
Es hat den Anschein, als ob unsere ganze Propaganda in der \*Judenfrage nicht ge-  
hört worden ist. Hier muß m.E. wieder mit aller Schärfe zum Angriff übergegan-  
gen werden. Man soll die Volksgenossen, die diese Geschäfte trotz aller Aufklärung  
und Propaganda immer wieder besuchen, ruhig an den Pranger stellen.<sup>107</sup>

Bei den \*Einheitspreisgeschäften ergab sich das gleiche Bild. <2052>

◀251▶

Gendarmerie Oberammergau  
Politischer Dienstbericht

Oberammergau, 30.12.1936

StA Mü, LRA 61615

*Kirchenpolitik*

Kaplan Kurt Eberlein von Oberammergau, geb. am 9.8.08 zu München, hielt am  
27.12.36 in der Pfarrkirche in Oberammergau eine Predigt, in der er wieder sehr aus-  
fällig war. [...] Eberlein sprach über den Kampf der Religion in der Welt und in  
Deutschland und übte Kritik an der Einschränkung der katholischen Pressefreiheit.  
Hierzu schrie er mit seinem lautesten Organ an die [sic] Kirchenbesucher: „Die Hir-  
tenbriefe sind der strengsten Zensur unterworfen und Christus darf man in der an-  
deren Presse als krummnasigen und blattfüßigen [sic] Juden bezeichnen“.<sup>108</sup> <2055>

<sup>106</sup> Der Bericht liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>107</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer, sowie \*Einzelaktionen.

<sup>108</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

**VI.**  
**„Große Befriedung der Judenfrage“**  
**und die Anfänge einer neuen Radikalisierung**  
(Januar – Dezember 1937)

◀252▶

**SD-Hauptamt II 112**  
**Zum Judenproblem<sup>1</sup>**

**Berlin, Januar 1937**

**BArch, R 58/956**

Die Juden in der ganzen Welt stellen eine Nation dar, die nicht land- oder volks-, sondern geldgebunden ist. Sie sind und müssen daher ein ewiger Feind des Nationalsozialismus sein. Alle Einwände und Verständigungsvorschläge, die zu erwarten sind, müssen aus der Erkenntnis, daß der Jude einer der gefährlichsten Feinde ist – weil er nie ganz greifbar sein wird – als nicht stichhaltig schon im voraus zurückgewiesen werden.

Leitgedanke bei den nachstehenden Ausführungen ist die „Entjudung Deutschlands“. Eine solche kann nur erfolgen, wenn den Juden in Deutschland die Lebensbasis, d.h. die wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit, genommen wird.

Die Förderung der \*Auswanderung nach Gebieten, wo die Juden dem Reich nicht schaden können, ist, soweit es sich um die jüngere Generation handelt, eine zwingende Notwendigkeit.

Dem Einwand, daß durch eine konzentrierte Auswanderung von Juden dem Weltjudentum Vorschub geleistet wird, weil dadurch eine neue Machtentfaltungsmöglichkeit für Juden gegeben wird, muß entgeggehalten werden, daß das Problem in erster Linie zu Deutschlands Gunsten gelöst werden muß. Eine derartige Lösung kann nur die Auswanderung nach solchen Gebieten sein, die auf keiner hohen Kulturstufe stehen – um dadurch zu verhindern, daß Juden neuen Reichtum anhäufen – in denen der Jude zumindest auf Jahrzehnte festgehalten wird und wo er nur unter entbehrungsreicher Arbeit sich erhalten kann.<sup>2</sup>

Auszugehen ist von der Tatsache, daß die bisherigen Maßnahmen zur Förderung der Auswanderung von Juden aus Deutschland, die durch die Zurückdrängung von Juden aus Teilen des öffentlichen Lebens – nicht aus der Wirtschaft – und aus „jüdisch-ideellen Gründen“ (\*Zionismus) nicht ausreichend waren – oder zumindest zur Zeit nicht mehr ausreichen.

Dagegen hat sich – besonders in den letzten Monaten – eine starke „Auswanderungsmüdigkeit“ bemerkbar gemacht, die begründet ist durch die „große Befriedung der \*Judenfrage“ (Äußerung zahlreicher Juden) in Deutschland; die damit verbundene

---

<sup>1</sup> Memorandum des Judenreferats des \*SD für \*Heydrich. Vgl. Kulka, The „Jewish Question“, Bd. II, Dokumente, S. XIII und Nr. 18, S. 185-275; ders., „Public Opinion“, in: Zion, S. 231f. und im Dokumentenanhang S. 272-275; Wildt, Judenpolitik des SD, S. 32ff. und Dok. 9, S. 95-105. Dieses wichtige Dokument wurde in unsere Quellenausgabe aufgenommen, da sich seine Empfehlungen zur Radikalisierung der Judenpolitik auf die Auswertung der vorangegangenen SD-Berichte über die Stimmung und Tätigkeit der Juden und die Haltung der Bevölkerung ihnen gegenüber stützen.

<sup>2</sup> Zu dieser Zeit galt als ein solches Land auch das unterwickelte Palästina. Als „ideale“ Lösung in diesem Sinne befand der SD 1940 den Plan, alle Juden der von Deutschland besetzten Länder Europas nach \*Madagaskar zu deportieren.

völlige Freiheit für Juden, sich im deutschen wirtschaftlichen Leben gewinnbringend zu betätigen; die Schwierigkeit der Auswanderung–nach Palästina<sup>3</sup> durch die Unruhen von 1936<sup>4</sup>, nach anderen Ländern durch scharfe Einwanderungsbestimmungen; den großen Kapitalverlust bei der Auswanderung (\*Reichsfluchtsteuer, Sperrmarkkurs, \*Haavara-Abgabe bei Palästina-Auswanderung usw.)

Diesem Rückgang in der Auswanderung–die die einzige Möglichkeit einer „Entjudung“ Deutschlands darstellt–kann nur erfolgreich begegnet werden, wenn

1. eine weitgehende Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft erfolgt,
2. wenn der politische und gesetzliche Druck wesentlich verstärkt wird, und
3. die technischen Möglichkeiten der Auswanderung erweitert werden.

#### *Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft*

In einer Reihe von Wirtschaftszweigen hat das Judentum in Deutschland früher–und auch während der letzten vier Jahre–ein ertragreiches Arbeitsfeld gefunden. Aufgabe ist es, diese Erwerbsgebiete zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu treffen.

#### *Getarnte Betriebe*

Die getarnte und unwahre „\*Arisierung“ jüdischer Betriebe–es handelt sich hierbei fast immer um besonders ertragreiche–ist eine Form, die bereits kurz vor der Machtübernahme von „weitsichtigen“ Juden gern angewandt wurde und im Jahre 1933 ihren Höhepunkt erreichte. Hier ist ein grundlegender Unterschied zwischen Betrieben in den Großstädten, wo fast keine „Behelligung“ eintrat–da eine solche technisch wegen der Unzahl von Unternehmen kaum möglich war–und solchen in der Provinz, wo die Tarnung meist nur von vorübergehender Dauer war. Eine großzügige Aktion in Zusammenarbeit mit Finanzämtern, Handelsgerichten, Wirtschaftskammern usw. wird hier Klarheit bringen und zum Erfolg führen, wenn ein Wirtschaftsgesetz erlassen wird, das jede Art der Tarnung und „stillen Beteiligung“ von Juden an \*arischen Geschäften unter strenge Strafe (Geldstrafen und Konfiskation) stellt.–Gerade im getarnten Betrieb findet der Jude ein sicheres Einkommen, was ihn von der Auswanderung abhält.<sup>5</sup>

*Planmäßigkeitstausch* von jüdischem Besitz in Deutschland gegen solchen im Ausland, wobei der Neuerwerber meist ausländischer Jude ist, muß gesetzlich verboten und unterbunden werden.<sup>6</sup> *Erfassung der Juden in der Wirtschaft. Es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß seitens der Fachgruppen usw. sämtliche Juden in der Wirtschaft kartei- und listenmäßig erfaßt werden, um bei der späteren Ausschaltung<sup>7</sup> eine ständige Kontrolle zu haben. Eine weiterfolgende Zusammenfassung und ständige Ergänzung in einer Zentralkartei erscheint unerlässlich. [...]*

#### *Als Gegenmaßnahmen empfiehlt sich*

*Allgemeiner Konzessionszwang* für alle Geschäftsbetriebe, die sich in jüdischen Händen befinden–besonders auch für solche, die bisher keinerlei Konzessionspflicht unterlagen. Handhabe hierzu dürften die \*Nürnberger Gesetze bieten, worin Juden die deutschen Bürgerrechte aberkannt sind. Unter Anwendung einer verschärften Ausländergesetzgebung, die eine allgemeine Konzessionspflicht vorsieht, läßt sich diese ausschließlich gegen Juden anwenden, wobei hierdurch die Mög-

<sup>3</sup> Vgl. \*Alija.

<sup>4</sup> Vgl. Zeittafel, April 1936 sowie \*Britisches Mandat in Palästina.

<sup>5</sup> Zur Anwendung dieser Empfehlung vgl. Zeittafel, 4. Januar 1938 und 22. April 1938.

<sup>6</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>7</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938.



lichkeit gegeben ist, durch gesteigertes oder abgeschwächtes Entziehen (bezw. Erneuerung) von Konzessionen Juden aus der Wirtschaft und damit auch aus Deutschland zu verdrängen.

*Kennzeichnung aller Geschäfte*<sup>8</sup> entweder im positiven Sinne bei \*arischen Unternehmen oder im negativen bei jüdischen.

*Verstärkung des politischen Drucks*

Wenn der wirtschaftliche Druck den Juden den Auswanderungsgedanken aus materiellen Gründen näher bringen soll, so wird der polizeiliche Druck in erhöhtem Maße diese Bewegung fördern. Die Betrachtung der verschiedenen Epochen der Judenbehandlung während der letzten vier Jahre ermöglicht eine weitgehende Übersicht über die Maßnahmen, die dem zu erreichenden Ziele am zuträglichsten sind. Das Jahr 1937 wird deswegen von entscheidender Bedeutung sein, weil am 15. Mai bezw. 15. Juli 1937 der \*Minderheitenschutz im ehemaligen Abstimmungsgebiet Oberschlesien aufhört.<sup>9</sup> Eine Verschärfung der Judenfrage zum jetzigen Zeitpunkt wird verhindern, daß sich die Juden aus Oberschlesien ins deutsche Leben einschleichen.

*Aufklärung*

Obleich Angriffe, wie vom „\*Stürmer“ aufgebaut, nur noch selten auf Verständnis treffen, da die Art der Bekämpfung von der aufgeklärten Bevölkerung als zu primitiv und unschön abgelehnt wird, so würde sich doch durch eine mehr auf „Aufklärung und Sachlichkeit“ abgestellte Propaganda Nützliches erreichen lassen.<sup>10</sup> Publizistisch wäre für die Beeinflussung des Volkes an eine weitgehende Verwendung von Statistiken zu denken. Das Volk muß erkennen, daß der Jude nie volksgebunden sein kann, daß er stets der internationale „Unruhestifter“ ist und bleibt und somit ein Feind Deutschlands in der ganzen Welt ist. Eine weitgehende jüdenfeindliche Volksstimmung muß erzeugt werden, um die Basis für den anhaltenden Angriff und das wirksame Zurückdrängen zu bilden. Ratsam erscheint ebenso eine allgemeine Aufklärungsarbeit durch die Parteioorganisation, deren

---

<sup>8</sup> Vgl. \*Kennzeichnung der Juden und ihres Besitzes.

<sup>9</sup> Vgl. Zeittafel, 30. Juni 1937, sowie \*Bernheimpetition.

<sup>10</sup> Zu den Beziehungen des Judenreferats des SD zu \*Streicher und seiner antisemitischen Zeitschrift „Der Stürmer“ vgl. Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf, S. 346ff., 357f. sowie Dokument 8 bei Wildt, Judenpolitik des SD, S. 95, in welchem die ideologisch und „sachlich“ konzipierte „Definierung des Begriffes 'Judentum als Gegner...' vom Standpunkt des Nationalsozialismus“ dargelegt wird: „Der Jude ist schon als Mensch, bewiesen durch den Unterschied seiner Rasse und damit seines Volkstums, 100-prozentiger Gegner des Nationalsozialismus. Dort, wo er versucht, seine Arbeit, seine Wirkung und seine Weltanschauung auf die nichtjüdische Welt zu übertragen, läuft er aus in gegnerische Weltanschauungen, wie wir sie im Liberalismus, insbesondere in der Freimaurerei, im Marxismus und nicht zuletzt auch im Christentum wiederfinden. Diese Anschauungen entsprechen also im weiteren Begriff der jüdischen Mentalität. Zu dieser Erkenntnis ist eine sachliche Beurteilung Voraussetzung. Es mußte also in der Bekämpfung des Judentums zwangsläufig abgerückt werden von unsachlichen und abwegigen, oftmals geradezu phantastischen Ansichten bekannter sogenannter Antisemiten.“ In dem im Bundesarchiv unter R 58/991 erhaltenen Text des Dokuments wurden die Worte „und abwegigen“ handschriftlich ausgestrichen, offensichtlich aus Sorge darüber, daß die hier gemeinte, antisemitische Ausrichtung Julius Streichers durch das Wort „abwegig“ als Abweichung von der durch den SD definierten und geförderten Parteilinie ausgelegt werden könnte.

Ortsgruppenleiter, Block- und Zellenwarte die Einwohner ihres Bezirkes persönlich aufklären können.

#### *Einschüchterung*

Das wirksamste Mittel, um den Juden das Sicherheitsgefühl zu nehmen, ist der Volkszorn, der sich in Ausschreitungen ergeht.<sup>11</sup> Trotzdem diese Methode illegal ist, hat sie, wie der „Kurfürstendamm-Krawall“<sup>12</sup> zeigte, langanhaltend gewirkt, so stark, daß selbst Juden in \*Palästina es nicht mehr wagten, nach Deutschland zu fahren. Psychologisch ist dieses umso verständlicher, als der Jude durch \*Pogrome der letzten Jahrhunderte viel gelernt hat und nichts so fürchtet als eine feindliche Stimmung, die sich jederzeit spontan gegen ihn wenden kann.<sup>13</sup>

#### *Einschränkung der Freizügigkeit*

Eine Ausstellung von Reisepässen sollte nur dann erfolgen, wenn feststeht, daß der Jude auswandert. Hierdurch wird vermieden, daß Juden – wie bisher – ins Ausland fahren, den geringen Devisenanfall verbrauchen, der sonst deutschen Volksgenossen zugute käme, im Auslande \*Greuel verbreiten und neue Lügen- nachrichten aus dem Ausland mitbringen.

#### *Informationsdienst mit Hilfe des Auswärtigen Amtes*

Prinzipiell wäre eine nur intern bekannte Kennzeichnung von Reisepässen anzustreben, auf Grund deren es den zuständigen Stellen sofort ersichtlich ist, ob der Paßinhaber Jude ist. (Es wird ausdrücklich betont, daß eine derartige Kenntlichmachung nur intern erfolgen darf, um zu vermeiden, daß ausländische Konsulate dem Besitzer eines solchen Passes das Visum verweigern.)<sup>14</sup> [...]

---

<sup>11</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>12</sup> Vgl. Zeittafel, Juli 1935.

<sup>13</sup> Diese Empfehlung, sich pogromartiger Stimmung zu bedienen, bedeutete eine Wende in der bis dahin ablehnenden Haltung des SD gegenüber spontaner, meist von der \*SA und anderen Parteiorganisationen initiiertem Gewalttätigkeit. Tatsächlich widersprach sie aber nicht dem konsequent rationalen Denken des SD, da „der Volkszorn, der sich in Ausschreitungen ergeht“, zu dieser Zeit als wirksames Mittel zur „Entjudung Deutschlands“ angesehen wurde. Daß derartige Nachrichten aus dem SD-Hauptamt durch den jüdischen Geheimdienst abgefangen und an die jüdische Führung in Deutschland weitergeleitet wurden, läßt sich dem Bericht von \*Georg Landauer von der \*Jewish Agency aus Jerusalem an \*Martin M. Rosenblueth (\*Council for German Jewry, London) vom 8.2.1938 entnehmen, in dem er unter anderem berichtet: „Aus einer sehr vertraulichen privaten Quelle, die allerdings bis in die obere Leitung der \*SS zurückführt, habe ich gehört, daß eine große Stimmung besteht, in der nächsten Zeit in Deutschland einen großzügigen und wirkungsvollen und echten Pogrom zu unternehmen. Die Tatsache, daß eine solche Nachricht aus einer solchen Quelle stammt, sollten unsere Freunde in Deutschland wissen. Leider sind mir weitere Einzelheiten nicht bekannt. Ich behaupte auch nicht, daß die Nachricht richtig ist. Ich weise jedoch auf die Qualität der Quelle hin.“ Vgl. Kulka, „Public Opinion“, dokumentarischer Anhang, S. 275. Über die Entfesselung „pogromartiger Stimmung“ in den nachfolgenden Monaten vgl. den SD-Bericht für Oktober 1938, 4353 sowie die „Jahresübersicht der Zentralabteilung II 1“ vom 1. November 1938, 4354.

<sup>14</sup> Zu einer nicht nur internen, sondern für jeden klar sichtbaren Kennzeichnung der Reisepässe von Juden, die wohl nicht dem Sinn dieses Memorandums entsprach, kam es erst im Oktober 1938, und zwar auf Drängen der Schweizer Behörden. Vgl. Zeittafel, 5. Oktober 1938.

### *Jüdische Wohltätigkeits-Unternehmen*

Obgleich z.B. der „\*Hilfsverein“ eine größere Anzahl von Auswanderern herausgebracht hat und weitere Auswanderungen – auch in Zusammenarbeit mit den ausländischen Schwesterunternehmen – ermöglicht, müßte über denselben wie auch über alle anderen jüdischen Hilfsorganisationen in Deutschland ein zentrales Überwachungsamt gesetzt werden, das die Unterstützungen, die im Lande ausbezahlt werden, überprüft und generell die Tätigkeit aufs schärfste überwacht. Es wird hierbei im besonderen an die Sammlung „Mifal Bizaron“<sup>15</sup> erinnert, die in Deutschland im Rahmen des „\*K.[eren] H.[ajessod]“ stattfand, trotzdem diese Sammlung mit der direkten Arbeit des K.H. nichts gemeinsam hatte – beachtlich war dabei die Tatsache, daß nur in Deutschland diese Sammlung getarnt stattfand.

#### *Förderung der Auswanderung*

In den vorstehenden Abschnitten werden Maßnahmen behandelt, die eine weitgehende Verdrängung von Juden zum Ziel haben, um den eigentlichen Zweck:

*Die verstärkte und gesicherte Auswanderung zu fördern.* So dringend an sich die Auswanderung von Juden aus dem Reichsgebiet ist, so darf hierbei eine absolute Zielstrebigkeit nicht übersehen werden. Insbesondere muß darauf geachtet werden, daß die jüdische Auswanderung *konzentriert*, d.h. nur nach gewissen Ländern erfolgt, um dadurch zu vermeiden, daß wir uns in einer Anzahl von Ländern ein feindliches Gremium schaffen, das die Bevölkerung der betreffenden Länder ständig gegen Deutschland aufhetzt. Bei der Anstrengung der Auswanderung muß also von drei maßgebenden Gesichtspunkten ausgegangen werden, nämlich

- a. für welche Länder kommt eine Massenauswanderung technisch in Frage;
- b. welche Länder würden eine größere Anzahl von Juden aufnehmen, ohne daß von dort eine Weiterwanderung zu befürchten ist;
- c. wie wird die Auswanderung technisch gefördert.

[...] <sup>16</sup>

#### *Zu c.*

[...] Eine Auswanderungs-Aufsichtsbehörde ist eine zwingende Notwendigkeit. Hier müßte eine weitgehende Konzentration vorgenommen werden. Obgleich es wünschenswert erscheint, Juden in Deutschland Auslandspässe zu verweigern, um damit die Freizügigkeit zu verringern und zu vermeiden, daß Juden aus Deutschland im Auslande „neue Hetze“ verbreiten, wie dies in der Vergangenheit stets der Fall war, empfähle [sic] sich – wenn der Auswanderungswille einwandfrei nachgewiesen wird – eine weitgehende Unterstützung in der Ausstellung von Pässen (wobei es ratsam erscheint, die Gültigkeit auf gewisse Länder zu beschränken und die Paßgültigkeit durch Rückdatierung zu verkürzen – eine Ausstellung auf eine kürzere Frist würde bei den ausländischen Behörden auf Verdacht stoßen – die Beschränkung auf gewisse Länder

---

<sup>15</sup> Diese öffentlich in Palästina als auch in der Diaspora durchgeführte, breit angelegte Sammlung setzte sich zum Ziel, die Selbstverteidigung der Juden während des seit April 1936 andauernden arabischen Aufstands in Palästina, der viele jüdische Opfer forderte, aufzubauen und zu festigen. Vgl. Zeittafel, April 1936, sowie \*Britisches Mandat in Palästina und \*Alija.

<sup>16</sup> Es folgen ausführliche Beschreibungen verschiedener Auswanderungsländer in aller Welt und Empfehlungen, wie die Auswanderung technisch zu fördern sei. In dem vorliegenden Auswahlband werden nur einige Auszüge wiedergegeben; der vollständige Text findet sich in der CD-ROM-Gesamtausgabe in <2063>.

ist z.B. bei britischen Pässen üblich, würde daher kaum auffallen), der Erteilung von politischen Leumundszeugnissen und Unbedenklichkeits-Bescheinigungen der Finanzämter. Auch für die Überprüfung auf diesem Gebiet und den direkten Verkehr mit den Behörden wäre eine *Zentralstelle* kaum erlässlich.<sup>17</sup> Aufgabe der neu zu schaffenden Stelle wäre es, die gesamten technischen innerdeutschen Arbeiten für die Auswanderung zu leisten, die Gebiete und Märkte genau zu überprüfen, in die Juden abgeschoben werden bzw. wohin der jüdische Auswanderungsstrom geleitet werden soll. Die Verhandlungen im wirtschaftlichen als auch personenmäßigen Sinne mit den diplomatischen Vertretungen der für die Auswanderung freigegebenen Länder zu führen, neue Transferwege für jüdische Kapitalauswanderer zu finden – wobei eine strikte Kapitalhöchstgrenze eingehalten werden muß, was bei der bisherigen Handhabung durch jüdische Auswanderungsorganisationen nicht der Fall war – und vor allem die Lösung des Gesamtproblems im nationalsozialistischen Sinne durchzuführen.

[Anhang I]<sup>18</sup>

Von grundlegender Wichtigkeit ist die Beobachtung, daß trotz einer Verringerung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland um fast 20% (soweit es sich um Rasse-Religionsjuden handelt), das jüdische Kapital – und damit der jüdische Einfluß in Deutschland generell und in der deutschen Wirtschaft speziell – sich nur um 2% verringert hat. Wenn man von der Tatsache ausgeht, daß es trotz aller Beschränkungen nur möglich war, 2% des Kapitals – der jüdischen Macht zu verdrängen, muß man zwangsläufig zu der Folgerung kommen, daß der Einfluß – und Kapital bedeutet noch immer, mindest in wirtschaftlicher Hinsicht, Einfluß – trotz einer Verringerung der Bevölkerung der gleiche geblieben ist. Gerade die personenmäßige Verringerung täuscht über den wirklichen Stand hinweg, und man wird nur zu geneigt sein, im allgemeinen anzunehmen, daß sich der jüdische Einfluß proportional ebenso verkleinerte. Daß dieses nicht der Fall ist, geht klar hervor. Gleichzeitig läßt dieses erkennen, daß der Jude sich noch immer nicht damit abgefunden hat, daß ihm Deutschland für alle Zeiten verschlossen ist und bleiben wird. Gerade eine Vernachlässigung der scharfen Beobachtung des Verbleibs jüdischen Goldes (mit dem der Jude regiert) bedeutet eine Gefährdung für den stabilen und gesicherten Bestand der Innenwirtschaft. Aufgabe ist es, die Arbeitsmethode der jüdischen Geldpolitik zu erkennen. Hierin wird eine umfassende Kenntnis erst dann möglich sein, wenn der jüdische Einfluß, wie im Bericht vorgeschlagen, restlos erkannt und erfaßt ist.<sup>19</sup> [...]

<2063>

---

<sup>17</sup> Eine solche Zentralstelle unter der Leitung von \*Eichmann wurde im August 1938 zunächst in Wien eingerichtet; vgl. \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung, 2.

<sup>18</sup> Die Seitennumerierung des Dokuments endet mit S. 15. Die nachfolgenden Teile mit der Bezeichnung I bzw. II ergänzen offensichtlich das Dokument. Hier wird nur ein Auszug des Anhang I wiedergegeben. Im Abdruck bei Wildt, Judenpolitik des SD, S. 95-105, wird diese Teilung des im Bundesarchiv erhaltenen Dokuments nicht berücksichtigt.

<sup>19</sup> In diesem Zusammenhang ist die abschließende Feststellung und die daraus folgende Empfehlung des im Vormonat verfaßten Vermerks des Judenreferats II 112 an die Hauptabteilung II 1 aufschlußreich: „Das Judentum ist keineswegs nur ein innerpolitischer Gegner; der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt im Ausland. Deswegen würden zweckmäßig alle Fragen, die 'Juden im Ausland', soweit sie nur sekundär das 'Ausland' betreffen, von der Abteilung II 112 behandelt werden.“ Vgl. „Aufbau der Arbeit der Abteilung II 112 im Jahr 1937“ vom 18.12.1936, BArch, R 58/991.

◀253▶

**Stapoleitstelle München  
Bericht für Januar 1937**

**München, 1.2.1937**

**BayHStA, StK 106689**

*Katholische Presse*

[...] Mit besonderem Nachdruck und hauptsächlich in Kirchen wird seit einiger Zeit die Druckschrift „Katechismuswahrheiten“ verbreitet. Die Schrift richtet sich gegen die nationalsozialistische Weltanschauung und behandelt Fragen über das Judentum in einer judenhörigen und artfremden Weise.<sup>20</sup> Im Bereich des Bistums Würzburg wurde sie sogar im Religionsunterricht verwendet und an Schulkinder verkauft. Auf Anregung der Staatspolizeistelle München wurde durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Verbreitung der Schrift in Schulen und ihre Verwendung als Lehrmittel untersagt. [...]

Weiter wurde die Nummer 3 des „Passauer Bistumsblattes“ vom 17.1.37 sichergestellt. Das Blatt bringt auf Seite 4 unter der Überschrift „Was sagt die Kirche dazu?“ eine Abhandlung, die als Ehrenrettung des Alten Testaments und zugleich als Antwort auf eine aufklärende der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprechenden Veröffentlichung Dr. v. Leers „Was sagt der Staatsanwalt?“, veröffentlicht in der „Donauzeitung“ und „Ostmark“, gelten soll. Das Blatt versteigt sich u.a. zu folgender Bemerkung:

„...Umgekehrt kann daher die Kirche den wohlgemeinten Rat, das Alte Testament fallen zu lassen, oder – wie jemand von der Gegenseite drastisch schrieb ‘endlich einmal von allem jüdischen Dreck und Speck’ die Bibel zu säubern, nie annehmen.“ [...]

<2065>

◀254▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für Januar 1937**

**Regensburg, 5.2.1937**

**BayHStA, StK 105572**

*Besondere bemerkenswerte Vorkommnisse*

[...] Aus manchen Bezirken wird über örtliche judenfeindliche Vorkommnisse berichtet.<sup>21</sup> In Zwiesel und Bodenmais mußten sich die Wirte verpflichten, an Juden keine Speisen und Getränke zu verabreichen und sie nicht zu beherbergen. Der Bürgermeister der Gemeinde Bodenmais hat am 8.1.37 eine Bekanntmachung erlassen, in der es u.a. heißt:

„Ich verbiete hiemit ausdrücklich die Beherbergung von Juden in Bodenmais.

Die \*Nürnberger Gesetze und die Auslegungen des Führers am Parteitag 1936 dürften auch den letzten Volksgenossen belehrt haben, wie wichtig die Behandlung der \*Judenfrage ist. Juden und Bolschewismus sind zwei unzertrennliche Begriffe, und deshalb will ich in meinem Ort keinen Juden mehr sehen.

Diese Warnung gilt jedem Quartiergeber, ob es sich um Gastwirte oder Privatleute handelt...“

<2068>

---

<sup>20</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>21</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

◀255▶

**Polizeiamt Bad Nauheim  
Bericht für Januar 1937**

**Bad Nauheim, 30.1.1937**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 203**

Bei den Juden hat sich sonst nicht Besonderes ergeben. Am 11. Januar 1937 wurde in dem früheren Israelitischen Kinderheim eine jüdische Schule eröffnet, die behördlich genehmigt sein soll.<sup>22</sup>

<2073>

◀256▶

**SD-Hauptamt II 112  
Bericht**

**Berlin, 17.2.1937**

**OA Mos, 500/3/316**

*Die Lage in sachlicher Hinsicht*

Die Zahl der vom Zeitpunkt der Machtübernahme bis Ende 1936 ausgewanderten Juden beträgt nach ziemlich genauen Schätzungen ca. 105.000.<sup>23</sup> Berücksichtigt man die natürliche Abnahme der Judenziffer in Deutschland, die jährlich etwa 4.500 beträgt (auf 5 Todesfälle kommt z.Zt. in Deutschland nur eine Geburt), so kommt man auf eine weitere Verminderung von 18.000; das sind insgesamt etwa 125.000. Diese sind von dem Stand der Volkszählung 1933 (515.000 Konfessionsjuden) abzusetzen. Es ergibt sich danach die Zahl der noch heute in Deutschland lebenden Konfessionsjuden<sup>24</sup> mit ca. 390.000.

*Die Lage in regionaler Hinsicht*

Eine genauere gebietsmäßige Berichterstattung kann hier kaum erfolgen, da nur von 3 Oberabschnitten Berichte vorliegen.

Danach macht sich im Gebiet des OA-Nordost eine deutliche Abwanderung der Juden aus kleineren Städten in größere jüdische \*Gemeinden und weiter in Großstädte des Reiches bemerkbar.<sup>25</sup> Insbesondere ist ein starker Zuzug in das Gebiet der Freien Stadt \*Danzig zu verzeichnen. Eine ähnliche Wanderung wird aus Saarbrücken gemeldet, die diese Stadt zum allmählichen Sammelpunkt der Juden des \*Saarlandes werden läßt. Auch im Gebiete des OA-West wird ein starker jüdischer Zuzug vom flachen Lande in die rheinischen Großstädte gemeldet. Die Auswanderung ist in sämtlichen Gebieten des Reiches mit wenigen Ausnahmen allgemein gleichmäßig.

Aus dem Gebiet des OA-Südwest liegen insofern interessante Meldungen vor, als z.B. in Württemberg sowohl die Auswanderung als auch die Aufgabe von Geschäften nachgelassen hat.

Der Vermögensstand der Juden hat sich allgemein vermindert, besonders der der Großstadtjuden, während die wenigen noch in ländlichen Gebieten „alteingesessenen“ Juden nach wie vor ihr Vermögen halten, bzw. steigern konnten.

*Beziehungen zu anderen Gegnern*

[...]

---

<sup>22</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>23</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>24</sup> Die Zahl der in Deutschland seit 1933 als Juden Diskriminierten umfaßte neben den vom NS-Regime definierten auch \*Konvertiten und \*Geltungsjuden.

<sup>25</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

### *Kirche.*

Durch die tolerante Haltung der politisierenden Kirchen und ihre passive Einstellung dem Judentum gegenüber bestehen durchaus gute jüdische Beziehungen zu ihnen.<sup>26</sup> In Danzig fallen bei Gottesdiensten unter den Anhängern der \*Bekenntniskirche getaufte Juden<sup>27</sup> in größerer Zahl auf. Aus dem Westen des Reiches wird gemeldet, daß dort katholische Gemeinden ihre Gemeindesäle zionistischen Organisationen für ihre Versammlungen zur Verfügung stellen. (Düsseldorf).

### *Linksbewegung.*

Über die jüdischen Beziehungen zu illegalen Gruppen liegen zwei sehr interessante Meldungen vor. Die Verhaftungen im Bereich des OA-West haben bewiesen, daß fast ausschließlich Juden als Führer und Organisatoren marxistischer Splittergruppen tätig sind.<sup>28</sup> Es bestanden sogar direkte Verbindungen mit einem Aktionskomitee in Paris.

In Danzig werden sämtliche straffälligen Angehörigen der illegalen kommunistischen Partei von jüdischen \*Rechtsanwälten verteidigt. In der gleichen Stadt hat sich ebenfalls ein Jude als Schulungsleiter einer illegalen Trotzkistengruppe betätigt. [...]

### *Verhältnis zu den einzelnen Lebensgebieten*

#### *Kulturelles Leben.*

Durch die \*Arier-Gesetzgebung ist eine jüdische Betätigung in der deutschen Kultur für alle Zeiten untersagt. Die jüdische kulturelle Betätigung erfolgt ausschließlich im Rahmen des vom Reichskommissar Hinckel<sup>29</sup> überwachten „\*Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde“.

#### *Wirtschaftsleben.*

Der jüdische Anteil an der deutschen Wirtschaft ist nach wie vor ein verhältnismäßig hoher. Besonders stark ist die Beteiligung an dem \*Viehhandel in den ländlichen Gegenden des Reiches (Hessen-Nassau, Ostpreußen und Ostfriesland). Es wird zu erwarten sein, wie sich die Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die „Zulassung“ bei sämtlichen Viehhandelsbetrieben des Reiches auswirken wird. Nähere Angaben über den Einfluß der Juden in der Wirtschaft liegen nicht vor, da diese Frage federführend von II 23<sup>30</sup> bearbeitet wird. [...] <2093>

◀257▶

### **Gestapa Berlin**

**Bericht für den 1.10.1936-28.2.1937**

**Berlin, o.D.**

**GStA, I. HA Rep. 90 P, Bd. 1**

#### *Juden*

#### *Versammlungstätigkeit*

Die Anfang des Jahres stattgefundenen Neuwahlen des Vorstandes der „Berliner Jüdischen \*Gemeinde“ hatten eine rege Versammlungstätigkeit der jüdischen

<sup>26</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>27</sup> Vgl. \*Konvertiten.

<sup>28</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>29</sup> Richtig: Hinkel, Hans.

<sup>30</sup> II bezeichnete zu dieser Zeit die Zentralabteilung „Weltanschauliche Auswertung im SD-Hauptamt“, 23 den Unterbereich „Materielles Leben“; vgl. Wildt, SD-Judenpolitik, S. 75ff.

Organisationen zur Folge.<sup>31</sup> Um die *zionistisch* eingestellten Verbände<sup>32</sup> in ihrer Propaganda zu unterstützen, wurde ihnen in einigen Fällen in Abweichung von dem für Sonn- und Feiertage bestehenden Versammlungsverbot gestattet, auch an diesen Tagen Versammlungen einzuberufen.

Nach der Neuwahl setzt sich der Vorstand aus 3 Liberalen,<sup>33</sup> 3 \*Zionisten und 1 Konservativen<sup>34</sup> zusammen. Von einer zahlenmäßigen Verstärkung der zionistischen Vertreter im Vorstand auf Kosten der Liberalen bzw. Konservativen durch staatspolizeiliche Maßnahmen ist abgesehen worden, da die Liberalen, deren Anhänger in der Gemeinde sich auf etwa 55.000 Juden belaufen, für diesen Fall ihren Austritt aus der jüdischen Gemeinde erklärt haben würden.<sup>35</sup>

Während die Versammlungen der zionistischen Organisationen ohne Beanstandungen verliefen, mußte über zahlreiche Redner des „Jüdischen \*Centralvereins“ Redeverbot verhängt werden, weil sie in öffentlichen Versammlungen in einer mit der Zielsetzung der Reichsregierung unvereinbaren Weise die Versammlungsmitglieder zum Verbleiben in Deutschland aufgefordert hatten.<sup>36</sup>

Darüber hinaus ist der jüdische Centralverein mit allen Mitteln bestrebt, das Judentum in Deutschland zu erhalten, indem er Kommissionen, wirtschaftliche Einrichtungen sowie Rechtsberatungsstellen gründet, die als Gegengewicht zur Deutschen Arbeitsfront angesehen werden müssen.<sup>37</sup> Neuerdings konnte festgestellt werden, daß der Centralverband Schlichtungsstellen eingerichtet hat, durch die er versuchen will, Streitigkeiten unter Juden vor Erhebung der Klage auf gutlichem Wege beizulegen. Wie aus einem Rundschreiben ersichtlich ist, beschränkt der Centralverein hierbei seine Tätigkeit nicht allein auf seine eigenen Mitglieder, sondern fordert darüberhinaus auch Juden anderer Verbände auf, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. Der Centralverein gibt damit klar zu erkennen, daß er auch auf zionistische Kreise Einfluß zu nehmen versucht und somit diesen Kreisen gegenüber nicht mehr als trennendes, sondern als bindendes Element angesehen werden muß. Bei dem \*Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ist daher der Antrag gestellt worden, den Jüdischen Centralverein aufzulösen.<sup>38</sup> Die bisher von dem Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern geäußerten

---

<sup>31</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>32</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland, sowie \*Staatszionistische Organisation.

<sup>33</sup> Vgl. \*Vereinigung für das religiös-liberale Judentum.

<sup>34</sup> Vgl. \*Konservativismus.

<sup>35</sup> Ein derartiger Schritt hätte auf dem Gesetz von 1876 basiert, welches auf Verlangen der \*orthodoxen Minderheit den Austritt aus der jüdischen Gemeinde und die Errichtung einer selbständigen Gemeinde ermöglichte; vgl. \*Austrittsgemeinde. Die paradoxe Tatsache, daß es innerhalb des totalitären NS-Staates noch demokratische Wahlen gab, war eine Folge der Tatsache, daß Juden als „Rassenfremde“ aus der deutschen „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen waren und als solche eine relative Freiheit genossen; vgl. Kulka, Deutsches Judentum, Bd. 1, S. 31; sowie \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>36</sup> Vgl. Zeittafel, 10. Februar 1935; sowie \*Überwachung.

<sup>37</sup> Man kann in der Errichtung dieser jüdischen Beratungsstelle, nachdem den Juden die Beratungsstelle der Deutschen Arbeitsfront nicht mehr zugänglich war, wohl eine parallele Erscheinung, wie sie auch in anderen Bereichen stattfand, sehen. Vgl. dazu die Errichtung des jüdischen \*Kulturbundes 1933 und der jüdischen \*Winterhilfe 1935.

<sup>38</sup> Der Centralverein wurde erst nach der \*Kristallnacht wie nahezu alle jüdischen Organisationen aufgelöst und in die \*Reichsvereinigung eingegliedert.



Bedenken, daß bei einer Auflösung des Centralvereins eine Verstärkung der jüdischen Opposition zu befürchten sei, dürfte nicht mehr zutreffen, da auch innerhalb des zionistisch eingestellten Judentums hinreichend Gegensätze vorhanden sind, die geeignet sind, die Aufmerksamkeit der Juden von anderen politischen Fragen abzulenken.<sup>39</sup>

Der „\*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ ist durch Erlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 9.10.1936 auf sein eigentliches Tätigkeitsgebiet, die Betreuung jüdischer Kriegsoffer, beschränkt worden. Eine andere Betätigung als die Betreuung jüdischer Kriegsoffer, insbesondere auf jüdisch-politischem Gebiet, ist dem Reichsbunde jüdischer Frontkämpfer nicht mehr gestattet.<sup>40</sup> Auch ist es ihm verboten worden, die Abkürzung „RjF“ weiter zu führen, da diese Abkürzung von der Reichsjugendführung geführt wird und daher Anlaß zu Verwechslungen geben kann.

Diese Maßnahme ist im übrigen auf alle Bezeichnungen der Partei und NS-Gliederungen erstreckt und somit allen jüdischen Organisationen verboten worden, ihre Organisationen in gleicher oder ähnlicher Weise zu bezeichnen.

Zur restlosen Durchführung der sich aus den \*Nürnberger Gesetzen ergebenden grundsätzlichen Behandlung von Juden und \*Mischlingen beabsichtigt der Sonderbeauftragte des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda für die geistige \*Überwachung des Judentums einer Anregung des Geheimen Staatspolizeiamtes entsprechend, alle Volljuden und alle mehr als 50%igen \*Mischlinge aus dem „\*Paulusbund“ (Vereinigung der nichtarischen Christen) auszuschießen. Den davon Betroffenen soll anheim gestellt werden, sich dem jüdischen \*Kulturbund anzuschließen, der zur Aufnahme dieser Juden und Mischlinge verpflichtet wird.

#### *Auswanderung*

Durch Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Juden und insbesondere im Hinblick auf die geringe Erwerbsmöglichkeit der jüdischen Jugendlichen in Deutschland ist die Zahl der Auswanderungswilligen<sup>41</sup> *ständig im Wachsen* begriffen. [...]

Um die Auswanderungsmöglichkeit nach Südafrika noch vor Inkrafttreten der neuen Einwanderungsbestimmungen, die eine Einwanderungsbeschränkung vorsehen, voll auszunutzen, hat der „\*Hilfsverein der Juden in Deutschland“ mit finanzieller Unterstützung der „Berliner Jüdischen Gemeinde“ den „Dampfer Stuttgart“ des Norddeutschen Lloyd gemietet und weitere etwa 550 Juden noch vor dem Stichtage in Kapstadt landen können. Wie aus den Pressemeldungen ausländischer Zeitungen ersichtlich ist, wird der weitere Zuzug von Juden auch von anderen Staaten in zunehmenden Maße als unerwünscht bezeichnet und Maßnahmen empfohlen, durch die der Einwanderung wirksam vorgebeugt werden kann. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Begründung der portugiesische Regierung „daß die für das nationalsozialistische Deutschland lästigen Juden für Portugal ebenso unerwünscht seien“.

#### *Umschichtung und Umschulung*

[...] Im Interesse der Auswanderung und einer einheitlichen Regelung der damit zusammenhängenden Fragen beabsichtigt der Reichsnährstand unter Aufgabe

---

<sup>39</sup> Vgl. \*Zionisten-Revisionisten; sowie Georg \*Kareski.

<sup>40</sup> Vgl. Zeittafel, 9. Oktober 1936.

<sup>41</sup> Vgl. \*Auswanderung.

seiner bisherigen Bedenken, der „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ Gelegenheit zu geben, junge auswanderungswillige Juden in der Landwirtschaft auszubilden.<sup>42</sup> Die Ausbildung soll entsprechend der bisherigen Praxis sowohl in jüdischen Betrieben als auch in einer beschränkten Anzahl anderer Betriebe erfolgen, vorausgesetzt, daß deutschblütige Angestellte hierdurch nicht von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden. Nach Genehmigung dieses Vorschlages durch den Reichsbauernführer ist zu erwarten, daß jährlich mindestens rund 3.200 *jugendliche* Juden nach \*Palästina auswandern werden. <2095>

◀258▶

NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaleitung  
Stimmungsbericht

Bremen, 19.3.1937

StA Br, 3-N.7. Nr. 162

*Betr. Judenfrage in der Schule*

Es wäre wünschenswert, wenn endlich Ernst gemacht würde mit der schon für vergangene Ostern von Minister Rust angekündigten Trennung \*arischer und nichtarischer Schüler voneinander.<sup>43</sup>

Abgesehen davon, daß jede Schulklasse eine Gemeinschaft bilden soll und wir die Juden in der Gemeinschaft nicht wünschen und die Lehrer nicht in der Lage sind, diese aus derselben auszuschließen, ist es gerade für die nationalsozialistische Erziehung der Kinder notwendig, immer wieder im Unterricht die Grundsätze unserer Weltanschauung klarzulegen, sei es auch nur durch einen ganz kurzen Hinweis. Gerade in solchen „3 Worten“, die sich oft und oft wiederholen, die die \*Judenfrage oder allgemeine Rassenfrage immer wieder von anderer Seite beleuchten (an immer anderen Stellen von Zeit und Raum), liegt eine tiefere Kraft als in gelegentlichen ausführlichen Vorträgen, wenn auch letztere natürlich notwendig sind. Indes die dort gewonnenen Erkenntnisse müssen in den Unterricht (der Geschichte, Erdkunde, Deutschkunde usw.) eingebaut werden. Das ist das Allerwichtigste! Sonst schweben die ganzen Sachen in der Luft. Dazu braucht man meist nur an passender Stelle einen kurzen Hinweis geben. Zu solchen Hinweisen kann man aber nicht jedesmal die in der Klasse befindlichen Juden hinaus-schicken – der NSLB schreibt mit Recht: in *jede* Stunde gehört irgendein Hinweis auf unsere Weltanschauung – Ergebnis: Entweder die Judenlauferei geht jede Stunde, was fortgesetzt stört – oder: viele Lehrer werden diese Hinweise ganz unterlassen. Es wirkt auf arische Lehrer und Schüler sehr peinlich und abstoßend, wenn man die Judenfrage in Gegenwart von Juden streift. Damit fällt aber ein gut Teil unserer weltanschaulichen Erziehung und gerade in solchen Klassen, wo sie am nötigsten ist und wo die Kinder die Judenfrage praktisch nur durch die im Kindesalter meist noch harmlosen kleinen Juden kennen lernen und oft durch diese unbewußt philosemitisch beeinflusst sind.<sup>44</sup> (Übrigens auch durch den Religionsunterricht.<sup>45</sup>) Also, Abhilfe tut not! Diese Frage ist vordringlich! <2108>

---

<sup>42</sup> Vgl. \*Umschichtung und \*Hachschara.

<sup>43</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>44</sup> Als Ausweg aus der Situation, unter der die jüdischen Schüler litten und einige deutsche Lehrer in Verlegenheit kamen, wurde der Ausbau der jüdischen Schulen im Dritten Reich angesehen. Der völlige Ausschluß der Juden aus dem deutschen Schulwesen erfolgte jedoch erst nach der \*Kristallnacht, am 15. November 1938, vgl. Zeittafel; sowie \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>45</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

◀259▶

**SD-Hauptamt II 112**  
**Bericht für 1.3.-15.3.1937**

**Berlin, 18.3.1937**

**OA Mos, 500/3/316**

*Die Lage in sachlicher Hinsicht*

Wesentliche Änderungen haben sich in der Berichtszeit kaum ergeben.

Zu erwähnen ist die in jüdischen Kreisen fast allerorts auftretende Besorgnis um die berufliche Unterbringung der jüdischen Jugend, die am 1.4.1937 die Schule verläßt (etwa 5-6.000).<sup>46</sup> Um die Lösung dieser Frage zunächst hinauszuschieben, wird teilweise angeregt, die Schulzeit um 1 Jahr zu verlängern. Die Klärung dieser Angelegenheit scheint auf Grund der Meinungsverschiedenheiten in den Leitungen der einzelnen jüdischen \*Gemeinden und den Jugendverbänden<sup>47</sup> zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen den \*assimilatorischen und \*zionistischen Kreisen zu führen.<sup>48</sup> [...]

*Gegnerarbeit anderer Gruppen (Antisemitismus)*

Aus allen Teilen des Reiches wird übereinstimmend berichtet, daß die Aufklärungsarbeit über die \*Judenfrage durch Vorträge und Versammlungen allgemein nachgelassen hat.

Interessant ist, daß die bayrische Unterrichtsverwaltung für ihren Bereich angeordnet hat, daß vom Schuljahr 1937/38 ab der Unterricht im Hebräischen an höheren Lehranstalten auch als Wahlfach in Fortfall kommt. <2117>

◀260▶

**SD-Hauptamt II 112**  
**Bericht für 1.1.-31.3.1937**

**Berlin, 8.4.1937**

**OA Mos, 500/3/316**

*Die Lage in sachlicher Hinsicht*

In der Berichtszeit konnte die Beobachtung gemacht werden, daß die Juden in Deutschland beginnen, sich mit ihrer Lage abzufinden. Die \*zionistische Propaganda, die bislang das jüdisch-politische Leben beherrschte, beginnt in ihrer Wirkung nachzulassen. Die Gründe dafür liegen zunächst in der ungeklärten Lage in \*Palästina. Die Terrorakte arabischer Nationalisten haben den Juden die \*Auswanderung nach Palästina etwas verleitet [sic]. Für Ende April wird der Spruch der königlichen Kommission, die die Streitigkeiten zwischen Juden und Arabern in Palästina untersucht, erwartet.<sup>49</sup> Man hofft, daß dieser Spruch der königlichen

---

<sup>46</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>47</sup> Vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.

<sup>48</sup> Im nachfolgenden Text des Dokuments wird nicht auf die Gründe für diese Meinungsverschiedenheiten eingegangen. Die Beweggründe der Zionisten gegen eine Verlängerung der Schulzeit lagen darin, daß sie, im Unterschied zu den Assimilanten, die abgehende Schuljugend praktisch auf die \*Alija durch Berufsausbildung, vor allem landwirtschaftliche \*Hachschara, vorbereiten wollten.

<sup>49</sup> Zur Königlichen Kommission unter Vorsitz von Lord Peel vgl. \*Britisches Mandat in Palästina, sowie ▶275▶.

Kommission normale Verhältnisse in Palästina schaffen wird. An Stelle der Propagierung der Palästinaauswanderung macht sich eine verstärkte Werbung für eine Auswanderung der Juden nach nichtpalästinensischen Ländern bemerkbar. Die soziale Lage der Juden in Deutschland ist zudem noch derart günstig, daß die meisten das Verbleiben in Deutschland einer Auswanderung vorziehen. Aufgrund dieser Tatsache macht sich neuerdings eine verstärkte Tätigkeit \*assimilatorischer Kreise bemerkbar, an deren Spitze der „Jüdische \*Centralverein“ und der „\*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ stehen.

Die Tätigkeit der jüdischen \*Kulturbünde, die sich besonders in den Großstädten bemerkbar macht, führt die Juden langsam in ein geistiges Ghetto, das ihm als Lebensform seit Jahrtausenden durchaus vertraut ist.

Die Hetze des New Yorker Bürgermeister und Juden La Guardia<sup>50</sup> hat in der Jüdischen Gemeinschaft Deutschlands Beunruhigung hervorgerufen, da man Vergeltungsmaßnahmen des Staates gegen die Juden in Deutschland befürchtet.

#### *Die Lage in regionaler Hinsicht*

Die Tendenz der Abwanderung der Juden in Großstädte hält auch in der Berichtszeit an. Eine Ausnahme davon machen nur Gegenden mit vorwiegend katholischer Bevölkerung. So wird aus Bayern und aus dem katholischen Ermsland berichtet, daß die Juden aus den Städten auf das flache Land ziehen, da sie von der gegen den Nationalsozialismus eingestellten Landbevölkerung weitgehendst unterstützt werden.<sup>51</sup>

Nürnberg, der Erscheinungsort des „\*Stürmers“, entwickelt sich allmählich zu einem Mittelpunkt jüdischen Lebens. Der \*orthodoxe „Gruppenverband der \*Agudas Isroel für Deutschland“ hat in der Berichtszeit seinen Sitz von Frankfurt a.M. nach Nürnberg verlegt.

#### *Programmatische Veränderungen*

#### *Organisatorische Veränderungen*

Am 30.12.1935 wurde die rein assimilatorische jüdische Jugendorganisation „Der \*Ring-Bund jüdischer Jugend“ durch Verfügung des Geheimen Staatspolizeiamtes für das gesamte Reichsgebiet aufgelöst und verboten.

Im Februar 1937 hat sich die „Salo Adler-Loge“ des UOBB<sup>52</sup> in Schneidemühl selbst aufgelöst.

Durch Verfügung vom 15.3.1937 hat der Reichskulturwalter \*Hinkel mit Zustimmung des \*Gestapa und des Reichsministeriums des Innern alle christlich getauften Voll- und Dreivierteljuden<sup>53</sup> aus dem „\*Paulusbund“ – Vereinigung nichtarischer Christen ausgegliedert. Ihnen ist anheimgestellt worden, Mitglieder des jüdi-

---

<sup>50</sup> Fiorello Henry La Guardia (1882-1947) war der Sohn einer jüdischen Mutter und eines italienischen Vaters und wurde protestantisch erzogen; er wurde in drei aufeinanderfolgenden Kadenzen (1933, 1937, 1941) zum Bürgermeister von New York gewählt. Am 3. März 1937 griff er in einer scharfen Rede gegen Nazideutschland die antisemitische Politik Hitlers an. Dort nannte er Hitler einen Fanatiker, der den Weltfrieden bedrohe und einen Platz in der „Horrorkammer der Welt“ verdient habe. Die deutsche Botschaft in Washington protestierte, worauf sich das amerikanische Auswärtige Amt offiziell entschuldigte.

<sup>51</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>52</sup> Vgl. \*Bne Brith.

<sup>53</sup> Vgl. \*Konvertiten.

schen Kulturbundes zu werden. Somit können nur jüdische \*Mischlinge, die im Sinne des Reichsbürgergesetzes Reichsbürger sind,<sup>54</sup> im Paulusbund verbleiben.

#### *Kampfmethoden Propaganda*

Durch das sechswöchentliche Versammlungsverbot der jüdischen Organisationen,<sup>55</sup> das am 31.1.37 ablief, waren die jüdisch-politischen Verbände in ihrer Propaganda stark gehindert. Nach Ablauf des Verbotes setzte die jüdische Versammlungstätigkeit schlagartig wieder ein.<sup>56</sup>

Die Werbung für die Jüdische \*Winterhilfe wurde von allen jüdischen Organisationen mit Energie betrieben.

Für den im August ds. Jrs. in Basel stattfindenden XX. \*Zionistenkongreß beginnt die vorbereitende Propaganda in der zionistischen Presse.

#### *Finanzierung*

Die zionistische Organisation verstärkt ihre Sammlung für die palästinensischen Aufbaufonds durch Aufstellung von Heimsparbüchern. Der Leiter des zionistischen Fonds „\*Keren Hajessod“, Dr. Michael Traub, ist durch seine Vortragsreisen bemüht, bei den vermögenden Juden Geldspenden für Palästina zu erhalten.

Das Ergebnis der Jüdischen \*Winterhilfe ist für die Juden außerordentlich befriedigend. Die Abschlußberichte stehen noch aus. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß Sach- und Geldspenden in einer solchen Höhe eingingen, daß jüdische Erwerbslose durch die Jüdische Winterhilfe mehr erhielten, als sie in Palästina durch ihrer Hände Arbeit verdient hätten. [...]

#### *Wirtschaftsleben*

Der Einfluß der Juden im Wirtschaftsleben ist nach wie vor außerordentlich groß. Die jüdischen Firmen spüren nur in einzelnen Fällen die Auswirkung der antisemitischen Propaganda der NSDAP. Demgegenüber konnte festgestellt werden, daß jüd. Großfirmen ihre Umsätze gegenüber 1933 verdoppeln konnten. In einzelnen Wirtschaftszweigen wie \*Vieh- und Lederhandel sind die Juden nach wie vor führend. Die bisherigen Maßnahmen des Reichsnährstandes zur Ausschaltung der Juden aus dem Viehhandel haben noch zu keinem endgültigen Erfolg geführt. Die arischen Viehhändler verfügen nicht über das notwendige Kapital, um den Juden Konkurrenz machen zu können. Es kann jedoch erwartet werden, daß der Ausbau der Viehverwertungsgenossenschaften des Reichsnährstandes diesen Mißstand beseitigen wird.

Besonders bedenklich ist die Tätigkeit der jüd. Firmen für die deutsche Ausrüstung und den Ausbau der Landesverteidigung. So baut beispielsweise z.Zt. eine jüd. Tiefbaufirma aus Kassel geheime Befestigungsanlagen am Rhein, ein Marinedock und eine Schleuse in Wilhelmshaven und Kasernen in Idar-Oberstein.

#### *Verhältnis zum Ausland*

Der Reiseverkehr der Juden ins Ausland, besonders nach Belgien, Holland und der Tschechoslowakei, nimmt zu. Begründet werden diese Reisen als Geschäfts- und Informationsreisen.

---

<sup>54</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze und Zeittafel, 14.11.1935.

<sup>55</sup> Vgl. Zeittafel, 21. Dezember 1936.

<sup>56</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

*Sonstiges*

*Gegnerarbeit anderer Gruppen (Antisemitismus)*

Die antisemitische Propaganda ist z.Zt. fast ganz eingeschlafen. Lediglich nach der Hetzrede des New Yorker Bürgermeisters La Guardia erschienen in der NS Presse längere antijüdische Artikel.<sup>57</sup>

Schuld an diesem Stillstand hat besonders die ungenügende Ausbildung der Parteidner. So hatte z.B. in \*Danzig eine großangelegte antijüdische Propagandaaktion der Partei keinen Erfolg, weil die Redner völlig unsachlich und unvorbereitet zu ihren Vorträgen erschienen. <2118>

◀261▶

**SD-Hauptamt II 112 1**  
**Bericht für 1.3-15.3.1937**

**Berlin, o.D**

**BArch, R 58/991**

[...]

*Organisatorische Veränderungen*

Die vom Landrat in Aurich angeordnete vorläufige Auflösung der dortigen Sportgruppe des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten<sup>58</sup> wurde durch die Staatspolizeistelle Wilhelmshaven aufgehoben. Das beschlagnahmte Material wurde zurückgegeben.

*Propaganda*

Aus Pirmasens/Pfalz wird gemeldet, daß dort neuerdings zu den regelmäßigen Kameradschaftsabenden des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten auch die Ehefrauen der Mitglieder eingeladen werden. Dies kann als Umgehungsversuch der Verfügung des Geheimen Staatspolizeiamtes 7.11.36 angesehen werden, welche die Aufgaben des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten eindeutig auf die Betreuung jüdischer Kriegssopfer ausschließlich festlegt.<sup>59</sup>

Auffallend ist ferner eine verstärkte Tätigkeit des „Jüdischen \*Centralvereins“ in Oberschlesien.<sup>60</sup>

*Verhältnis zu den einzelnen Lebensgebieten*

*Kulturelles Leben*

Immer wieder fällt auf, daß sich Assimilantenkreise Kulturschöpfungen hervorragender \*Arier zu eigen machen. Neuerdings gehen diese sogar dazu über, solche Werke ins \*Hebräische zu übertragen. <2119>

◀262▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für März 1937**

**Ansbach, 6.4.1937**

**BayHStA, StK 106677**

*Juden*

1. Am 7. März veranstaltete die jüdische \*Kultusgemeinde in Bamberg in der \*Synagoge eine Weihestunde bei der der \*Rabbiner Dr. \*Lazarus aus Wiesbaden

<sup>57</sup> Zu La Guardias Rede am 3. März 1937 und deren Folgen vgl. ▶265▶.

<sup>58</sup> Vgl. \*Schild.

<sup>59</sup> Es handelt sich hier möglicherweise um eine spätere Verfügung des Erlasses von \*Himmeler, vgl. Zeittafel, 9. Oktober 1936.

<sup>60</sup> Zum besonderen Status Oberschlesiens bis Mai 1937 vgl. \*Minderheitenschutz.

über das Thema „Alexandria – Granada – Berlin, drei Schicksalsstätten jüdischer Lebensgemeinschaft“ sprach.<sup>61</sup> Die Veranstaltung, die überwacht wurde,<sup>62</sup> war mäßig besucht.

2. Der jüdische \*Viehhändler Julius Eckmann von Burghaslach, BA Scheinfeld, wurde wegen Verbreitung von Gerüchten über angebl. Unstimmigkeiten zwischen dem evang. Ortsgeistlichen und der Jungvolkführung angezeigt.<sup>63</sup> <2129>

◀263▶

**NSDAP Ortsgruppen-Presseleiter  
Stimmungsbericht**

**Münster, 4.4.1937**

**BA Ms, Fremde Provenienzen A 1**

Unter den Volksgenossen begegnet man bei scharfem Zuhören sehr häufig der Frage: Wie kommt es, daß man in den Kinos, besonders [im] Rolandtheater, immer noch Juden antrifft?

Nach Auffassung der Volksstimmung wäre es hier wohl am Platze, wenn die Presse sich der Aufgabe unterzöge, und ihren Einfluß dahin geltend macht, daß die Kinobesitzer es den Volksgenossen nicht mehr zumuten können, in Gemeinschaft mit Juden Filme anzusehen. <2145>

◀264▶

**SD-Hauptamt  
Bericht für 1.4.-15.4.1937**

**Berlin, 19.4.1937**

**OA Mos, 500/3/316**

*Die Lage in sachlicher Hinsicht*

Auf Grund der Hetze des internationalen Judentums im Ausland, die sich in der letzten Zeit in verstärktem Maße bemerkbar macht, wurde auf Veranlassung des \*Geheimen Staatspolizeiamtes mit Wirkung vom 10.4.1937<sup>64</sup> die jüdische Versammlungstätigkeit auf zwei Monate untersagt. Ausgenommen von diesem Verbot werden lediglich kulturelle und religiöse Veranstaltungen, sowie solche der \*Schekel-Aktion (Beitragserhebungen unter den Zionisten für den im August 37 stattfindenden XX. \*Zionistenkongreß). [...]

---

<sup>61</sup> Das hellenistische Alexandria im 1. Jh. v. und 1. Jh. nach Chr., Granada im maurischen Spanien im 11. Jh. und Berlin seit der deutsch-jüdischen Aufklärung im 18. Jh. wurden in diesem Vortrag als Symbole gelungener jüdischer Symbiose in der Diaspora in Altertum, Mittelalter und Neuzeit vorgestellt. Allen drei ist jedoch gemeinsam ihr tragischer Untergang. Zu Alexandria vgl. JL, Bd. 1, Sp. 206f., zu Granada vgl. JL, Bd. 2, Sp. 1261-1263 sowie zusammenfassend und auf Schicksal der Juden in Deutschland bis an die NS-Zeit bezogen vgl. \*Buber, Das Ende der deutsch-jüdischen Symbiose, in: Jüdische Weltrundschau, Paris, Jan. 1939, Nr.1 (Neuaufgabe: Martin Buber, in: Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden, Köln 1963); zu dem umstrittenen Begriff deutsch-jüdischer Symbiose vgl. auch Gerschom Scholem, Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen „Gespräch“, in: LBIB 7 (1964), S. 278-281; ders., Noch einmal: das deutsch-jüdische „Gespräch“, ebda, 8 (1965), S. 167-172. Die beiden viel diskutierten Aufsätze Scholems wurden später mehrmals abgedruckt, vgl. auch Gerschom Scholem, Judaica Bd. 2, Frankfurt/Main 1970, S. 7-19.

<sup>62</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>63</sup> Vgl. \*Hitlerjugend und \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>64</sup> Vgl. Zeittafel.

### *Programmatische Veränderungen*

Der Vorsitzende des „Jüdischen \*Centralvereins“ Herzfeld,<sup>65</sup> Essen, sprach in einer Heidelberger Veranstaltung von einer allmählichen Zusammenarbeit des CV mit anderen jüdischen Organisationen und hob besonders die Arbeitsteilung mit der „\*Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ hervor. Er erklärte, während sich die ZVfD. ausschließlich mit der Auswanderung<sup>66</sup> befasse, habe der C.V. die gesetzgeberischen und wirtschaftlichen Fragen der jüdischen Gemeinschaft übernommen.

#### *Kampfmethoden*

##### *Propaganda.*

Am 13.4.1937 fand im Logenhaus des \*U.O.B.B., Berlin Kleiststr. 10 die Uraufführung des Palästinafilmes „Hatikwah“ statt, der die \*Auswanderungsbestrebungen der ZVfD. propagieren soll.

Verschiedentlich wird gemeldet, daß der Schwerpunkt des jüdischen Lebens<sup>67</sup> sich mehr und mehr in die \*Synagogen verlagert. Dies ist umsomehr erklärlich, als die religiösen Versammlungen von den bisherigen Versammlungsverboten<sup>68</sup> nicht betroffen werden.

Durch Überreichung des Gefallenengedenkbuches versucht der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten bei den schulentlassenen Kindern für seine \*assimilatorischen Ideen zu werben. [...]

#### *Sonstiges*

##### *Gegnerarbeit anderer Gruppen (Antisemitismus)*

In verschiedenen Teilen des Reiches kam es anlässlich von Ausverkäufen jüdischer Geschäfte zu antisemitischen Ausschreitungen,<sup>69</sup> sodaß dieselben polizeilich geschlossen werden mußten.

Aus Ostpreußen wird gemeldet, daß dort der „\*Stürmer“ von einem Großteil der Bevölkerung in seiner jetzigen Form abgelehnt wird. <2146>

### ◀265▶

#### **SD-Hauptamt II 112 Bericht für 15.4.-30.4.1937**

**Berlin, 4.5.1937**

**OA Mos, 500/3/316**

##### *Die Lage in sachlicher Hinsicht*

Das Leben der Juden in Deutschland stand in der Berichtszeit völlig unter dem Eindruck des allgemeinen Versammlungsverbotes<sup>70</sup> und der Auflösung der Logen des jüdischen Ordens \*Bne Brith.<sup>71</sup> Da der deutschen und der jüdischen \*Presse in Deutschland eine Kommentierung dieser staatlichen Maßnahmen untersagt war, haben lediglich die ausländischen Blätter dazu Stellung genommen. Der allgemeine Eindruck, den die Zwangsmaßnahmen gegen die Juden in Deutschland ausgelöst haben, wird von der Auslandspresse unter dem Stichwort „Rache für La Guardia“<sup>72</sup>

<sup>65</sup> Vgl. \*Herzfeld, Ernst Salomon.

<sup>66</sup> Vgl. \*Alija.

<sup>67</sup> Vgl. Vereinsleben, jüdisches.

<sup>68</sup> Vgl. Zeittafel, 5. Februar 1936 und 5. April 1937.

<sup>69</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>70</sup> Vgl. Zeittafel, 5. April 1937.

<sup>71</sup> Vgl. Zeittafel, 10. April 1937.

<sup>72</sup> Vgl. ◀260▶, Anm. 50.



zusammengefaßt. Einige Blätter gehen darüber hinaus und sehen in den Verboten die Ankündigung einer Verschärfung des antijüdischen Kurses in Deutschland. [...]

*Die Lage in regionaler Hinsicht*

Das am 15.5.1937 ablaufende Minderheitenabkommen hat bei den Juden in Oberschlesien, die bekanntlich den Schutz dieses Abkommens genossen, Beunruhigung ausgelöst.<sup>73</sup> Es kann beobachtet werden, daß die Juden in Oberschlesien bemüht sind, ihren ländlichen und Häusergrundbesitz zu veräußern. Es steht zu erwarten, daß vor Ablauf der zweimonatigen Schutzfrist ein Teil der Juden Oberschlesien verlassen wird. [...]

*Organisatorische Veränderungen*

Am 19.4.1937<sup>74</sup> [sic] wurde durch Erlaß des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei der jüdische Unabhängige Orden Bne Brith mit seinen gesamten Tochterlogen und Untergliederungen im Reichsgebiet verboten und aufgelöst. Sein Vermögen wurde zu Gunsten des Staates eingezogen. Lediglich die drei Oberschlesischen Logen des U.O.B.B., die den Schutz des Minderheitenabkommens genießen, wurden von diesem Verbot ausgenommen.

Für die Dauer der Aktion wurden die führenden Logenmitglieder in Haft genommen und nach Feststellung sämtlicher Vermögenswerte und Schriftenmaterials des Ordens wieder entlassen. Die Aktion wurde in engem Einvernehmen von \*Geheimer Staatspolizei und Sicherheitsdienst<sup>75</sup> durchgeführt. Zu Zwischenfällen von Seiten der Juden ist es nirgends gekommen. Nach Mitteilung des Geheimen Staatspolizeiamtes dürften allein an Bargeld und Effekten über 1 Million Reichsmark beschlagnahmt worden sein. Eine Übersicht über den Grundbesitz kann z.Zt. noch nicht gegeben werden.

*Beziehungen zu anderen Gegnern*

*Kirche.*<sup>76</sup>

Anläßlich der Aktion gegen den U.O.B.B. wurden bei Haussuchungen bei den früheren U.O.B.B.-Mitgliedern vereinzelt Exemplare der päpstlichen Enzyklika vom 14.3.37 und des Offenen Briefes der \*Bekennnisfront an Reichsminister Kerrl gefunden. [...]

*Verhältnis zu den einzelnen Lebensgebieten*

[...]

*Gemeinschaftsleben.*

Unverständlich ist eine Entscheidung des Reichsgerichts, die sich mit der Kennzeichnung von Firmen als jüdische Unternehmen<sup>77</sup> befaßt. Laut Bericht der Frankfurter Zeitung vom 28.4.37, der in allen jüdischen Zeitungen<sup>78</sup> nachgedruckt wird, hat das Reichsgericht entschieden, daß die Kennzeichnung eines Unternehmens als jüdische Firma durch einen Konkurrenten unzulässig sei und ein Werbemittel darstellt, das gegen die guten Sitten verstoße. Der Einzelne könne sich nicht darauf berufen, mit seinem Vorgehen der nationalsozialistischen Weltanschauung zu dienen. Dies sei vielmehr Sache der Staatsregierung und der NSDAP, die allein

---

<sup>73</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz.

<sup>74</sup> Vgl. Zeittafel, 10. April 1937.

<sup>75</sup> Vgl. \*SD, Referat Judentum.

<sup>76</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>77</sup> Vgl. \*Kennzeichnung der Juden und ihres Besitzes.

<sup>78</sup> Vgl. \*Presse, jüdische.

bestimmen könnten, inwieweit es hierzu einer Fernhaltung oder Verdrängung jüdischer Unternehmungen aus der Wirtschaft bedürfe. [...] <2147>

◀266▶

**Stapoleitstelle München II 2**  
**Bericht für April 1937**

München, 1.5.1937

BayHStA, StK 106689

*Juden*

[...] Im Zuge der Gegenmaßnahmen gegen die Hetze des internationalen Judentums und im Hinblick darauf, daß in letzter Zeit eine außerordentlich rege Tätigkeit insbesondere der \*assimilatorisch eingestellten jüdischen Organisationen eingesetzt hat, wurde auf Weisung der Geheimen Staatspolizei – \*Geheimes Staatspolizeiamt Berlin mit Wirkung vom 10.4.37<sup>79</sup> auf die Dauer von 2 Monaten sämtliche Veranstaltungen mit Ausnahme solcher rein religiöser oder kultureller Art, verboten. [...]

Im Berichtsmonat kam es auch wieder zu Beschädigungen eines jüdischen Friedhofes.<sup>80</sup> So wurden auf dem Judenfriedhof bei Zeckern, BA Höchstädt a.d.Aisch, 14 Grabsteine umgeworfen, zum Teil schwer beschädigt, außerdem bei drei Grabsteinen die Aufschriftstafeln eingeschlagen. Die Ermittlungen nach den Tätern waren erfolglos. Bei verschiedenen Juden in Goldbach, BA Aschaffenburg, wurden in der Nacht von 25./26.3.37 Fensterläden und Fenster eingeworfen,<sup>81</sup> die Täter sind nicht bekannt. Ein Strafantrag wurde von den Beschädigten nicht gestellt. <2149>

◀267▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für April 1937**

Ansbach, 5.5.1937

BayHStA, StK 106677

*Innenpolitische Lage, öffentliche Sicherheit*

[...]

*Deutsche Glaubensbewegung*

Auch die Deutsche Glaubensbewegung macht starke Anstrengungen, Boden zu gewinnen, ohne jedoch dabei bisher Erfolge erzielen zu können. Versammlungen fanden u.a. statt in Hof (am 11. April, Redner Kaerkes aus Aachen, Besuch ca. 150 Personen), in Erlangen (am 22. April, Redner J. Haus[...]),<sup>82</sup> Stuttgart, Besuch 60-70 Personen).

Der Redner in Erlangen führte aus, das ganze Christentum sei weiter nichts als ein Stück von den Juden und stelle, auf sehr vielen Zeremonien aufgebaut, nur eine Verdummung des Volkes dar. Das Christentum müsse deshalb bekämpft werden, weil es auf den Judenmachereien des Alten Testaments aufgebaut sei. Es falle aber unter dieses Christentum nicht nur allein die katholische, sondern auch die protestan-

---

<sup>79</sup> Vgl. Zeittafel. Ein ähnliches Tätigkeitsverbot wurde ein Jahr zuvor als Strafmaßnahme nach der Ermordung \*Gustloffs gegen den \*Kulturbund am 9. Februar 1936 verhängt, vgl. Zeittafel, 5. Februar 1936.

<sup>80</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

<sup>81</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>82</sup> Mehrere Buchstaben sind nicht lesbar.

tische Kirche mit ihren Zweigreligionen, und auch sogar die Deutschen Christen seien in diesem Fahrwasser. Die Empfängnis der Mutter Gottes von dem Hl. Geist sei Quatsch, diese sei weiter nichts gewesen als eine alte Judenschachtel.<sup>83</sup> [...]

*Juden*

[...]

2) In Bamberg wurde der Jude Wiesenfelder in \*Schutzhaft genommen und nach Dachau<sup>84</sup> verschubt, weil er an wirtschaftlichen Maßnahmen eine unverschämte Kritik übte und den Kreisleiter beleidigte.

3) Am 15. April wurde in Bamberg eine jüdische Fortbildungsschule errichtet. Die städtische Berufsschule ist damit judenfrei geworden.<sup>85</sup>

[...]

7) Im Bezirk Hilpoltstein versuchen die Juden, ihre Geschäfte zu veräußern<sup>86</sup> und dann in größere Städte oder ins Ausland zu verziehen.<sup>87</sup> So ist z.B. in Thalmässing seit 1 Jahr die Zahl der Juden etwa auf die Hälfte gesunken.

8) In Erlangen wurde der jüdische Religionslehrer Fränkel von der \*Gestapo Würzburg wegen Verdachts der Teilnahme an einem \*Ritualmord im Jahre 1929 in Hofheim a. Main verhaftet. <2151>

◀268▶

**Bürgermeister Amt Altenrüthen  
Wirtschaftlicher Lagebericht**

**Rüthen, 22.5.1937**

**StA Ms, Pol. Polizei III. Reich, 353**

Der jüdische Metzger Sally Pollack von hier beging vor einigen Tagen \*Selbstmord durch Erhängen. Da er finanziell gut gestellt war, muß angenommen werden, daß die in letzter Zeit vom Schlachtviehverwertungsverbände vorgenommene starke Einschränkung seines Schlachtkontingentes ihn zur Tat veranlaßt hat. <2178>

◀269▶

**Gendarmerie Heiligenstadt  
Gemeinschaftliche Sachbeschädigung**

**Heiligenstadt, 13.6.1937**

**StA Ba, K 8/9204**

Wie aus beiliegendem Schreiben der israelit. \*Kultusgemeinde Bamberg vom 10.5.1937 ersichtlich ist, sind auf dem Judenfriedhof in Heiligenstadt in der Zeit vermutlich vom 5.-9. Mai 1937 schwere Grabsteinbeschädigungen vorgekommen.<sup>88</sup>

[...]

<2181>

---

<sup>83</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik und „Glaubensbewegung der Deutschen Christen“ dort.

<sup>84</sup> Vgl. \*Konzentrationslager.

<sup>85</sup> Vgl. \*Umschichtung und \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>86</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>87</sup> Vgl. \*Binnenwanderung und \*Auswanderung.

<sup>88</sup> Vgl. \*Friedhofschändungen.

◀270▶

**NSDAP Kreisleitung Münster-Stadt  
Stimmungsbericht**

**Münster, 28.5.1937**

**BA Ms, Fremde Provenienzen A 1**

*Wehrmacht*

[...] Sehr häufig kommt es vor, daß man in jüdischen Geschäften in Münster Einkauf tätige Soldaten sieht. Es ist anzustreben, daß durch den Reichskriegsminister eine einheitliche Linie dergestalt herausgebracht wird, daß den Soldaten jeweils die jüdischen Geschäfte des Standortes bekanntgegeben werden und daß man ihnen klarmacht, was es bedeutet, wenn sie in diesen Geschäften einkaufen.<sup>89</sup> <2183>

◀271▶

**Bürgermeister Wohnbach  
Die politische Lage**

**Wohnbach, 20.5.1937**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 207**

Die innerpolitische Entwicklung macht gute Fortschritte und haben sich keine staatsfeindlichen Bestrebungen bemerkbar gemacht.

Nur die \*Bekennnisfront, worüber ich schon öfters berichtete, treibt ihre Hetzereien in versteckter Form, d.h. unter dem Deckmantel der Religion, weiter. In einem der letzten Gottesdienste erhob Pfarrer Lenz im Gebet Fürbitte für einen Pfarrer, der in \*Schutzhaft genommen wurde, weil er Juden zu Christen taufte.<sup>90</sup> Daß dadurch die nationalsozialistische Weltanschauung nicht gefördert wird, ist selbstverständlich. Außerdem tat L. den Ausspruch: Ein Jude ist mir genauso lieb wie ein Christ.<sup>91</sup> [...] <2186>

◀272▶

**SD-Hauptamt II 112  
Juden in Danzig**

**Berlin, 16.6.1937**

**BArch, R 58/544**

*Die Lage der Juden in Danzig*

Die freie Stadt Danzig gilt heute dem internationalen Judentum als Hauptbollwerk gegen den Nationalsozialismus auf deutschem Boden.<sup>92</sup> Bedingt ist diese Lage durch die Eigenart der Danziger Staatsverfassung. Trotzdem Danzig eine nationalsozialistische Regierung besitzt, ist es weitgehend vom Völkerbund und den Signatarmächten des Danziger Statuts abhängig. Aus diesem Grunde konnte die \*Ariergesetzgebung bisher in Danzig nicht eingeführt werden und wird auch, solange der augenblicklich bestehende Zustand andauert, nicht eingeführt werden können. Wie stark das Judentum diese Chance ausnutzt, zeigt die Aktion des Executiv Comitees [sic] des \*Jüdischen Weltkongresses, die es Anfang April gegen die nationalsozialistische Regierung in Danzig eingeleitet hat. Das Executiv Comitee behauptete in einer Protestnote beim Völkerbund und den Signatarmächten, daß die nationalsozialistische Regierung in Danzig gewillt sei, die \*Nürnberger Gesetze einzuführen und die notwendigen Vorbereitungen dazu getroffen habe. Der Jüdi-

---

<sup>89</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer.

<sup>90</sup> Vgl. \*Konvertiten.

<sup>91</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>92</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz, Danzig.

sche Weltkongreß erwarte daher vom Völkerbund, daß er alles tun werde, um die Einführung dieser Gesetze zu verhindern.

Das Judentum stellt demnach in Danzig keinen Fremdkörper im Volke dar, wie es in Deutschland der Fall ist, sondern es gilt lediglich als konfessionelle Gruppe. Die Danziger Regierung ist gezwungen, auch weiterhin Juden in Staatsstellen zu beschäftigen und mit jüdischen Firmen Geschäfte zu tätigen. Demgemäß bleibt auch der Judenboykott<sup>93</sup> der Partei verhältnismäßig wirkungslos. Dazu kommt noch, daß Tausende von reichsdeutschen Juden sich nach der Machtübernahme in Danzig niedergelassen haben und immer noch weiteren Zuzug erhalten.<sup>94</sup> Über den Freistaat läuft gleichfalls jährlich eine große Anzahl der nach \*Palästina und Übersee auswandernden polnischen Juden.

Somit ist Danzig ein Brennpunkt des östlichen Judentums geworden. Unter sich sind die Juden, im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich, äußerst einig und geschlossen. Zum Ausdruck kommt diese Geschlossenheit, daß bei den Wahlen der Repräsentanten für die jüdische \*Gemeinde in Danzig von allen Gruppen eine Einheitsliste aufgestellt wurde. [...] <2187>

◀273▶

SD-Hauptamt II 112  
Bericht für 1.6.-16.6.1937

Berlin, 17.6.1937

OA Mos, 500/3/316

[...] Unter den „Nichtarischen Christen“ rief die, bereits im vorhergehenden Bericht erwähnte Umbenennung des „\*Paulusbundes“ in „Vereinigung 1937 – vorläufige Reichsbürger nicht rein deutschblütiger Abstammung“ Bestürzung hervor. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß der frühere Name des Bundes keinerlei Hinweis auf die nichtarische Abstammung seiner Mitglieder enthielt, und daher eine willkommene Unterschlupfmöglichkeit darstellte.

Die „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ hat im Laufe ihres Bestehens gezeigt, daß sie ein Sammelbecken des \*assimilatorischen Judentums ist und daher zwangsläufig nicht in der Lage sein kann, eine konstruktive Auswanderungspolitik der Juden aus Deutschland zu betreiben.<sup>95</sup> Aus diesem Grund erwuchs der „Reichsvertretung“ innerhalb der extremen Zionisten eine starke Gegnerschaft, deren Wortführer der Leiter der „\*Staatszionistischen Organisation“, Bankdirektor Georg \*Kareski, ist. Kareski setzt sich in Wort und Schrift für eine Auflösung bzw. Umbildung der Reichsvertretung ein. Eine solche Umbildung ist auch in Kürze unter staatlichem Druck zu erwarten.<sup>96</sup> [...] <2188>

---

<sup>93</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>94</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>95</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>96</sup> Zu den verschiedenen, zum Teil mißlungenen Versuchen der \*Gestapo und des \*SD, die Reichsvertretung umzubilden, vgl. ◀275▶, sowie Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 103, S. 318-351. Vgl. auch ◀340▶, Anm. 99 und 100.

◀274▶

**Gendarmerie Steinach  
Bericht für Juni 1937**

**Steinach, 23.6.1937**

**StA Wü, LRA Bad Kissingen 1155**

*[Allgemeine politische Lage]*

Die innenpolitische Lage im hiesigen Dienstbezirk war im abgelaufenen Berichtsmonat ruhig. Es ist bekannt geworden, daß die jüdischen Viehhändlersfamilien<sup>97</sup> Heinrich Straus, Bernhard Frei, Gertraud Frei und David Frei, von Steinach a.d. Saale bis zum Herbst diesen Jahres den hiesigen Ort verlassen wollen, um nach Nordamerika auszuwandern.<sup>98</sup> Die Genannten befürchten, daß es mit Deutschland zu einem Krieg käme und sie dann in ein \*Konzentrationslager eingeschafft würden. [...]

<2208>

◀275▶

**SD-Hauptamt II 112  
Bericht für 1.7.-15.7.1937**

**Berlin, 16.7.1937**

**OA Mos, 500/3/316**

Gespannt erwartete die jüdische Öffentlichkeit in den ersten Julitagen die Bekanntgabe des Peel-Berichtes.<sup>99</sup>

Mit der Veröffentlichung des Berichtes der Königlichen Kommission am 7.7.1937 und der Annahme des Teilungsvorschlages für Palästina durch die englische Regierung steht nach fast 2000 Jahren wiederum die Errichtung eines eigenen jüdischen Staatsgebildes bevor.

Der Vorschlag der Kommission, welchen sich die britische Regierung vollinhaltlich zu eigen gemacht hat, sieht eine Dreiteilung des Landes vor.

Die beigelegte Kartenskizze<sup>100</sup> veranschaulicht die vorgesehene Grenzziehung und den Umfang der als neues Mandat an England zu vergebenden Enklave Jerusalem mit einem Korridor zum Meer und der Enklave in der Südecke Palästinas an der Nordwestküste des Golfes von Akaba. Letztere dürfte für Großbritannien von großer strategischer Bedeutung sein.

Gebietsmäßig erhalten die Juden den fruchtbarsten Teil des Landes, wogegen den Arabern das wohl bedeutend umfangreichere, jedoch ziemlich unfruchtbare Gebirgsland zukommt. Als Entschädigung für die Benachteiligung soll der jüdische Staat dem arabischen eine einmalige Entschädigung von 2 Millionen £st. bezahlen.

Rechtskraft erlangt der Bericht und die gemachten Vorschläge erst nach erfolgter Ratifizierung durch den Völkerbundsrat. Aus diesem Grunde bat die englische Regierung, ihren Bericht und den der Peel-Kommission schon am 30.7.37 der Mandatskommission des Völkerbundes vorzulegen, damit die Angelegenheit in der September-Tagung des Völkerbundsrates zur Sprache gebracht werden könne.

Das Echo des Teilungsplanes läßt neben allgemeiner Ablehnung der Isolierung Jerusalems drei verschiedene Tendenzen unter den Juden erkennen. Eine kleine Gruppe geht mit dem Vorschlag bedingungslos einig und betrachtet denselben als

---

<sup>97</sup> Vgl. \*Viehhandel, jüdischer.

<sup>98</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>99</sup> Vgl. \*Britisches Mandat in Palästina und Literaturangaben dort, sowie ▶260▶ und ▶279▶.

<sup>100</sup> Liegt dem den Herausgebern zur Verfügung stehenden Dokument nicht bei.

die Erfüllung der ewigen Sehnsucht nach einem eigenen Judenstaat,<sup>101</sup> der andere Teil lehnt jede Teilung von vornherein ab, während die dritte, gemäßigte Gruppe zu Verhandlungen auf der gegebenen Grundlage bereit ist.<sup>102</sup>

Auch in Deutschland wurde der Spruch der Königlichen Kommission mit gemischten Gefühlen aufgenommen, wobei vor allem die niedrige, bis März 1938 laufende Zertifikatszahl<sup>103</sup> von insgesamt 8.000 Beunruhigung hervorrief. Nichtzionistische Kreise der Juden in Deutschland dürften durch die Proklamation des Judenstaates und seine äußerst kleine Aufnahmefähigkeit zweifellos für ihre Propagierung der Überseewanderung an Boden gewonnen haben.<sup>104</sup>

Die zweimonatige Schutzfrist für den Ablauf des ostoberschlesischen Minderheitenabkommens ging am 15.7.1937 zu Ende.<sup>105</sup> Dadurch wird eine weitgehend schärfere \*Überwachung des in diesem Gebiet ansässigen Judentums ermöglicht. Bei scharfer Handhabung der jetzt dort in Kraft tretenden Reichsgesetze, insbesondere der \*Rassengesetze, wird auch im ehemals geschützten Gebiet eine völlige Herauslösung des Judentums aus dem deutschen Leben in kurzer Zeit möglich sein.

Anfang Juli 1937 erschien die erste Nummer des Organs der \*Staatszionistischen Organisation „Das \*Jüdische Volk“. Hierdurch werden die Staatszionisten in Stand gesetzt, ihre Ideen innerhalb eines wesentlich breiteren jüdischen Kreises zu vertreten und die in staatlichem Interesse liegende Durchdringung der breiten jüdischen Masse mit dem zionistischen Gedankengut vorzutreiben [sic].

Bis vor kurzem herrschten noch zwischen der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland und der jüdischen \*Gemeinde zu Berlin wesentliche Meinungsverschiedenheiten, die sich durch Einmischung extrem-jüdischer Organisationen<sup>106</sup> zu einer wirklichen Kampf Stimmung auswuchsen.<sup>107</sup>

Durch die vom \*Rat der Reichsvertretung in seiner Sitzung am 7.7.1937 gefaßte grundlegende Resolution erfuhr die Lage eine unerwartet rasche Beruhigung und Klärung.<sup>108</sup>

In dieser Resolution kommt zum Ausdruck, daß die Reichsvertretung „die Vertretung der Juden in Deutschland gegenüber den deutschen Behörden und den jüdischen Hilfsorganisationen des Auslandes“ ist, daß sie ferner über die Verteilung aller ihr zufließenden Gelder zu bestimmen hat und die Planungsstelle für die jüdische Gesamtheit in Deutschland schlechthin darstellt. Außerdem wurde darin die

---

<sup>101</sup> Vgl. \*Zionismus.

<sup>102</sup> Zur Auseinandersetzung innerhalb der jüdischen Bevölkerung \*Palästinas und der schließlichen Annahme des Kommissionsvorschlages vgl. Galnoor, Partition of Palestine.

<sup>103</sup> Vgl. \*Zertifikate.

<sup>104</sup> Zur Diskussion unter den deutschen Juden vgl. Fraenkel, Zionist Policy; Lichtheim, Geschichte des deutschen Zionismus; vgl. auch Polemik in der jüdischen \*Presse in Deutschland in diesem Zeitraum, insbesondere in der „\*Jüdischen Rundschau“ und der „\*CV-Zeitung“.

<sup>105</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz, Oberschlesien.

<sup>106</sup> Vgl. \*Staatszionistische Organisation.

<sup>107</sup> Über die Krise in der Reichsvertretung und zur heftigen Auseinandersetzung zwischen ihr und den Staatszionisten unter der Führung Georg \*Kareskis zwischen Juni und September 1937, an der sich die gesamte jüdische Öffentlichkeit inner- und außerhalb Deutschlands beteiligte und in welcher, wie schon im vorangegangenen Dokument erwähnt, auch die \*Gestapo und der \*SD eine bedeutende Rolle spielten, vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 103, S. 318-351.

<sup>108</sup> Vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 103 H und J, S. 339-345.

Reichsvertretung als die Spitzenorganisation für die jüdische Wohlfahrtspflege und -arbeit in Deutschland, der alle reichswichtigen Wohlfahrtsaufgaben obliegen, herausgestellt. Gleichzeitig wurde die Erweiterung des Rates der Reichsvertretung durch Hinzunahme je eines Vertreters der Staatszionistischen Organisation und der Unabhängigen Orthodoxie<sup>109</sup> beschlossen.

Eine wesentliche Forderung der Staatszionisten wurde durch die Bildung eines fünfköpfigen Haushaltsausschusses aus der Mitte der Ratsmitglieder erfüllt, dessen Hauptaufgabe in der Prüfung des Finanzgebarens der Reichsvertretung liegt. Als Vertreter der Berliner jüdischen Gemeinde tritt ihr 1. stellvertretender Vorsitzender, der Präsident der Staatszionistischen Organisation, Direktor Georg \*Kareski, in den Ausschuß ein.

Dadurch erhalten die Staatszionisten eine wesentliche Kontrollmöglichkeit und somit beachtlichen Einfluß auf die Reichsvertretung überhaupt.

Die Lage des Judentums im Wirtschaftsleben hat sich gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert.<sup>110</sup>

Auffallend sind allein die in letzter Zeit sich mehrenden Bestrebungen der Landratsämter, den Juden auf Grund ihrer politischen Unzuverlässigkeit die Neuausstellung von Wandergewerbescheinen zu versagen und ihnen die erteilten Viehhandelserlaubnis-Scheine<sup>111</sup> zu entziehen.

Anfang Juli 1937 tagte in Amsterdam die Weltkonferenz für religiös-\*liberales Judentum (World Union for Progressive Judaism).

Auch aus Deutschland waren jüdische Vertreter anwesend.<sup>112</sup> So sprach u.a. Prof. Dr. Ismar \*Elbogen – Berlin über das Problem der jüdischen Proselyten.<sup>113</sup> Er betonte, eine gründliche Kenntnis des Judentums sei notwendig, um einen Damm gegen die Abfallbewegung zu errichten.

Allgemein beschäftigte sich die Konferenz mit organisatorischen Fragen des Weltverbandes und mit Religionsfragen. <2210>

#### ◀276▶

### Stapoleitstelle München II 2 A Bericht für Juli 1937

München, 1.8.1937

BayHStA, StK 106690

#### *Judentum*

[...] Durch einen Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 24.7.37<sup>114</sup> wurden endlich Richtlinien über die Aufnahme von Juden in Heilbädern

<sup>109</sup> Vgl. \*Austrittsorthodoxie.

<sup>110</sup> Vgl. Barkai, Boykott.

<sup>111</sup> Vgl. \*Viehhandel, jüdischer.

<sup>112</sup> Das NS-Regime ermöglichte deutschen Juden die Aufrechterhaltung von Beziehungen zu jüdischen Organisationen im Ausland und die Beteiligung an Konferenzen (vgl. z.B. \*Zionistenkongresse und \*Evian-Konferenz), da dadurch die \*Auswanderung – v.a. in materieller Hinsicht – gefördert wurde. Über die Weltkonferenz für religiös-liberales Judentum in Amsterdam vgl. Berichte in: The Jewish Chronicle, July 16, 1937, S. 20-21; CV-Zeitung, 15. Juli 1937, S. 7-8. Unter den im Bericht nicht erwähnten deutschen Vertretern befanden sich u.a. Max \*Dienemann, Heinrich \*Stern und Manfred \*Swarsensky.

<sup>113</sup> Vgl. \*Konvertiten und Proselyten.

<sup>114</sup> Vgl. Zeittafel.



herausgegeben. Danach sind jüdischen Kurgästen in Heilbädern, in denen die Möglichkeit besteht, sie getrennt von den übrigen Kurgästen in jüdischen Kuranstalten, Hotels, Pensionen oder Fremdenheimen unterzubringen, zuzulassen.<sup>115</sup> Voraussetzung dabei ist jedoch, daß in diesen Betrieben deutschblütiges weibliches Personal unter 45 Jahren nicht beschäftigt werden [sic].<sup>116</sup>

In der Nacht vom 29. auf 30.6.37 wurde, wie die Gend.-Station Rieneck berichtet, die Zugangstüre der in Rieneck befindlichen Judensynagoge mit Gewalt eingedrückt.<sup>117</sup> Im Innern der \*Synagoge wurde ein Wandschrank, in dem sich die 6 sogenannten Gesetztafeln befanden, aufgerissen, diese herausgenommen und auf den Fußboden geworfen. Bezüglich der Täterschaft haben die Erhebungen zu keinem Ergebnis bisher geführt. [...]

<2213>

◀277▶

**SD-Hauptamt II 112**  
**Bericht für 1.8.-15.8.1937**

**Berlin, 17.8.1937**

**OA Mos, 500/3/316**

Auf dem während der Berichtszeit in Zürich stattgefundenen XX. \*Zionistenkongreß wurde mit 300 Stimmen gegen 158 Nein-Stimmen die Zustimmung zum Prinzip der Teilung \*Palästinas in einen jüdischen und in einen arabischen Staat in Form eines Ermächtigungsbeschlusses gegeben.

[...] Der weitere jüdische Plan ist es, dem neu zu gründenden Judenstaat die Mitgliedschaft im Völkerbund zu sichern, um dann unter dem Schlagwort eines angeblichen \*Minderheitenschutzes die Interessen der Juden in *allen* Ländern wahrnehmen zu können.

Diese Ereignisse sind der Gegenstand seitenlanger Erörterungen der gesamten jüdischen \*Presse des In- und Auslandes. Sie bilden das Thema, welches das gesamte Interesse der Juden in Anspruch nahm.

Wenngleich der XX. Zionistenkongreß die gesamte jüdisch-politische Arbeit in Deutschland während der Berichtszeit zurückstellen ließ, wurde am 15. dieses Monats trotzdem der Präsident der „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“, Dr. Leo \*Baeck, im \*Gestapa vorgeladen und ihm eröffnet, daß mit der sofortigen Aufstellung von Sonderdezernaten für jüdische Jugendumschulung,<sup>118</sup> einer jüdischen Jugendauswanderungsstelle, und einer Bearbeitungsstelle für die \*Auswanderung von aus dem \*Konzentrationslager entlassenen jüdischen Häftlingen innerhalb der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ begonnen werden muß.<sup>119</sup>

---

<sup>115</sup> Vgl. \*Kurorte und Bäder.

<sup>116</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

<sup>117</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>118</sup> Vgl. \*Umschichtung und \*Hachschara.

<sup>119</sup> Ebenso wie die bereits seit langem bestehenden Dezernate (Ausschüsse) für Umschulung und Auswanderung gab es auch einen Ausschuß für \*Jugendalija. Diese Ausschüsse der Reichsvertretung (vgl. \*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau) sorgten auch für die Umschulung der jüdischen Jugendgruppen in anderen europäischen Ländern, wie Holland und Dänemark, zwecks Vorbereitung für die spätere Auswanderung, sowohl nach Palästina wie andere Länder in Europa und Übersee. Vorgesehen war, daß die Jugendlichen nach Aufbau einer eigenen Existenz ihre Eltern dorthin nachholten. Weiter kümmerte sich die RV um Auswanderungsmöglichkeiten für aus den KZs entlassene

Der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Berliner jüdischen \*Gemeinde, Georg \*Kareski, Leiter der „\*Staatszionistischen Vereinigung für Deutschland“, mußte auf Grund einer erfolgreichen Wühlarbeit \*assimilatorischer Kreise, vornehmlich des \*CV (Jüdischer Centralverein), seine Stelle niederlegen. Es ist dies gleichzeitig wieder ein Beweis für die zwar getarnte, aber verstärkte Tätigkeit jener Kreise der in Deutschland lebenden Juden, die den Auswanderungsbestrebungen des Staates bewußt entgegenarbeiteten. Diese verstärkte assimilatorische Einflußnahme auf innerjüdische Angelegenheiten geht Hand in Hand mit einer verstärkten Propaganda des „Jüdischen Centralvereins“, der seine „\*CV-Zeitung“ unter den Gestehekosten [sic] vertreibt. [...]

Auf Grund der vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda<sup>120</sup> aufgestellten grundsätzlichen Richtlinien für das jüdische \*Pressewesen in Deutschland ist es möglich, jetzt hier jederzeit eine genaue Kontrolle durchführen zu können. Alle Personen und Unternehmen des jüdischen Pressewesens im deutschen Reichsgebiet werden demnach vom Sonderbeauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Reichskulturwalter \*Hinkel, erfaßt. Die in den Verlagen und Unternehmen der jüdischen Presse tätigen jüdischen Personen werden in amtliche Listen eingetragen und erhalten durch Bescheinigung oder Ausweis die Zulassungsgenehmigung. Juden ohne solche Bescheinigung dürfen nach dem 1. Oktober 1937 im jüdischen Pressewesen nicht mehr tätig sein.

Wenngleich die „\*Arisierungsbestrebungen“ im gesamten Reichsgebiet zur lebhaften Genugtuung der breiten Öffentlichkeit nach wie vor anhalten und noch nicht nachgelassen haben, so ist trotzdem der jüdische Einfluß auf das Wirtschaftsleben gleichbleibend groß. Hier ist allerdings auch die mangelnde Aufklärung seitens der Dienststellen der Partei und des Staates zum großen Teil Schuld. [...] <2232>

◀278▶

**Bürgermeister Bad Nauheim**

**Bericht für August 1937**

**Bad Nauheim, 27.8.1937**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 210**

[Juden]

Die Anzahl der jüdischen Geschäfte ist im Laufe dieses Jahres zurückgegangen. Es sind noch einige wenige jüdische Geschäfte in Bad Nauheim vorhanden, die aber im Laufe der Zeit verschwinden werden.<sup>121</sup>

Besonders angenehm wird es empfunden, daß die Zahl der jüdischen Kurgäste zurückgegangen ist, die früher in Bad Nauheim sehr hoch war. Inzwischen hat sich genügend Ersatz für die ausgefallenen jüdischen Gäste gefunden.<sup>122</sup> <2238>

---

jüdische Häftlinge. All diese Tätigkeiten wurden nach der Reichskristallnacht intensiviert, während der Übergangszeit zur \*Reichsvereinigung und bis zum offiziellen Verbot der Auswanderung im Oktober 1941 fortgeführt, vgl. Zeittafel, 1. Oktober 1941. Die Umschichtung, insbesondere in landwirtschaftlichen Hachschara-Gruppen, ging bis in die Zeit der Massendeportationen weiter.

<sup>120</sup> Vgl. \*Goebbels, Joseph.

<sup>121</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>122</sup> Vgl. \*Kurorte und Bäder.

SD-Hauptamt II 112  
Bericht für 1.9.-15.9.1937

Berlin, 17.9.1937

OA Mos, 500/3/316

Der Streit um die Teilung \*Palästinas nahm während der Berichtszeit weiterhin das gesamte Interesse des in- und ausländischen Judentums in Anspruch.<sup>123</sup> Die Leitartikel sämtlicher in Deutschland erscheinenden jüdischen Zeitungen<sup>124</sup> beschäftigen sich mit dieser Angelegenheit.

Die während der Berichtszeit in Genf abgehaltene Völkerbundratstagung hat den seiner Zeit eingegebenen Bericht der Mandatskommission bezüglich der Teilung Palästinas akzeptiert, sodaß es also, falls nicht noch unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, tatsächlich zu Bildung eines „Judenstaates“ kommt.

Im Lager der \*zionistisch eingestellten Juden Deutschlands gibt es jetzt zwei Gruppen, deren eine sich mit der derzeitigen Lage bezüglich Palästina abgefunden hat, während die andere mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versucht, die Gründung eines „Judenrumpfstaates“ zu verhindern.<sup>125</sup> Damit ist die Kluft zwischen den Anhängern der „\*Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ und den „\*Staatszionisten“ eine noch größere geworden. Ein Umstand, der unserer Behandlungsmethodik diesem Gegner gegenüber von Vorteil ist.

In Oberschlesien geht die Zurückdrängung der Juden aus den deutschen Lebensgebieten stetig vorwärts.<sup>126</sup> So wurden bisher in dem bis zum 15. Juli des Jahres unter Minderheitenschutzabkommen stehendem Gebiete 42 jüdische \*Rechtsanwälte und Notare ihres Amtes enthoben und ihnen die Zulassung bei den Land- und Amtsgerichten entzogen.

Die Reinigung des Gaststättengewerbes von Juden hält weiterhin an. Es kann allerdings eine Unzufriedenheit in den Kreisen \*arischer Gewerbetreibender immer noch darüber festgestellt werden, daß die Juden weiterhin die Genehmigung zur Ausübung des ambulanten Gewerbes erhalten. Versuche der örtlichen Polizeibehörden, Juden diese Genehmigung nicht zu erteilen, schlagen in der Regel fehl, weil die Juden stets mit ihrer Klage beim Verwaltungsgericht durchdringen. [...]

Die vorerst in Berlin durchgeführte Aktion bezüglich der Feststellung der Verwendung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit als Angestellte in den jüdisch-politischen Organisationen in Deutschland, wurde auch während der Berichtszeit weiter fortgesetzt. So konnten alleine bei der „Jüdischen Gemeinde Berlin“ 120 Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die bei ihr als Beamte im Gehaltsverhältnis stehen, darunter alleine 5 sowjetrussische Staatsbürger, festgestellt werden.<sup>127</sup> [...]

<2252>

<sup>123</sup> Zum Teilungsplan vgl. \*Britisches Mandat in Palästina und ▶275▶.

<sup>124</sup> Vgl. \*Presse, jüdische.

<sup>125</sup> Zur Auseinandersetzung innerhalb der jüdischen Bevölkerung \*Palästinas und der schließlichen Annahme des Kommissionsvorschlages vgl. Galnoor, Partition of Palestine.

<sup>126</sup> Vgl. Zeittafel, 30. Juni 1937, sowie \*Minderheitenschutz, Oberschlesien.

<sup>127</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

◀280▶

Stapoleitstelle München II 2 A  
Bericht für September 1937

München, 1.10.1937

BayHStA, StK 106690

*Deutsche Glaubensbewegung*

Die deutsche Glaubensbewegung<sup>128</sup> ist verhältnismäßig wenig mit Veranstaltungen hervorgetreten. Am 1.9.37 wurde im kleinen Wagnersaale in München eine Veranstaltung abgehalten, an der etwa 250 Personen teilnahmen und Helmuth Neumann aus Stuttgart als Redner auftrat. Neumann, der über das Thema „Ist das Christentum jüdisch?“ sprach, versuchte nachzuweisen, daß die christlichen Glaubenssätze vollkommen verjudet seien mit dem Hinweis, daß die ganze Geschichte des alten und neuen Testaments jüdischen Ursprungs ist. Im Verlaufe seiner Ausführungen brachte Neumann zum Ausdruck, daß die Juden an dem seit 1917 beginnenden gewaltsamen Niedergang Deutschlands bis zur Machtergreifung die Schuld tragen. Dem Führer sei es zu danken, daß Deutschland errettet und dem jüdischen Gesindel Schranken gesetzt wurden. Trotzdem betreibe die Kirche, angefangen von Kardinal \*Faulhaber bis zum kleinsten Kaplan, bewußt eine staatschädigende Propaganda für die Juden, indem versucht wird, Sonntag für Sonntag dem Volke den rein jüdischen Glauben einzuhämmern. Die \*Rassenschänder würden heute schwer bestraft; ebenso gehörten auch diejenigen bestraft, die geistige Rassenschande betrieben, wie dies insbes. die katholischen Geistlichen machen. [...]

<2253>

◀281▶

Polizeidirektion Augsburg  
Bericht für Oktober 1937

Augsburg, 4.11.1937

BayHStA, StK 106686

Im jüdischen Friedhof in Krumbach wurden in der Zeit zwischen 4. und 11.10.1937 acht Grabsteine umgeworfen und beschädigt.<sup>129</sup> Von 4 Grabsteinen wurden Stücke abgeschlagen. Der Täter ist unbekannt. Den Sachschaden hat die Mannheimer Versicherungsgesellschaft zu decken.

<2276>

◀282▶

Stapoleitstelle München II 2 A  
Bericht für Oktober 1937

München, 1.11.1937

BayHStA, StK 106690

*Juden*

[...] Die Hinausstoßung der Juden aus Handel und Industrie geht namentlich in den Provinzgauen mit ständig wachsendem Erfolg vor sich. In nationalsozialistischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Aktion gegen den jüdischen Detailhandel in der Provinz bald beendet und vielleicht schon binnen 6 Monaten vollkommen liquidiert sein wird. Die Mittel für diese Aktion sind: \*Bojkottposten vor den Geschäften, Zwang zur Übergabe der Geschäfte in arische Hände,<sup>130</sup> Verweigerung der Geschäftslizenz, Zwang zur \*Auswanderung usw. Nunmehr konzentrieren sich

128 Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

129 Vgl. \*Friedhofschändungen.

130 Vgl. \*Arisierung.

die Bemühungen zur Ausmerzung der Juden aus dem Wirtschaftsleben auf das Industrie- und \*Warenhauswesen. In dem gegenwärtigen System der öffentlichen Zuteilung der in einem sehr beschränkten Maße vorhandenen Rohstoffmengen an die einzelnen Produzenten haben die Nationalsozialisten eine ausgezeichnete Waffe in der Hand, Juden von der Produktion allmählich auszuschließen.

Der Gärtner Franz Kreitmayr, der in seinem Betriebe Juden zur \*Umschulung zwecks Auswanderung<sup>131</sup> beschäftigt, äußerte sich: „Wenn wir in Deutschland lauter Juden hätten, dann ginge es besser und viel ehrlicher zu. Die Juden sind ehrlichere Leute als ihr alle zusammen.“ Gegen Kreitmayr wurde Strafanzeige erstattet. Außerdem wurde ihm die Erlaubnis zur Umschulung von Juden entzogen.<sup>132</sup> [...] <2277>

◀283▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz**  
**Bericht für Oktober 1937**

**Regensburg, 7.11.1937**

**BayHStA, StK 106672**

*Allgemeine politische Lage*

[...]

*Staatsfeinde*

[...] In den Abendstunden des 20.10. wurde an einem \*Stürmerkasten in Passau ein roter Zettel mit folgender Aufschrift gefunden: „Der Kampf gegen die Juden ist immer ein Zeichen der feigen Naturen gewesen, Nietzsche. Musarionsausgabe XVII/344.“ [...] <2280>

◀284▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für Oktober 1937**

**Ansbach, 8.11.1937**

**BayHStA, StK 106677**

*Juden*

1) Das Versammlungsleben der jüdischen Vereine,<sup>133</sup> besonders der religiös-caritativen,<sup>134</sup> zeigte gegenüber dem Vormonat eine stärkere Belebung.

[...]

7) Die Ortsgruppe Bamberg des jüdischen \*Kulturbundes veranstaltete am 13.10.1937 in Bamberg ein Konzert durch das Mendelsohn-Trio Hella Chitrik, staatenlos, Leo Schway und Paul Blumenfeld, sämtliche aus Leipzig. Die Veranstaltung war auch durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zugelassen.<sup>135</sup>

Außerdem veranstaltete das Ensemble des Jüdischen Kulturbundes Hamburg am 27. und 28.10.1937 in Bamberg zwei Theateraufführungen. Zur Aufführung gelangte „Jean“ von Bus-Fekete. Auch diese Aufführungen waren vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda genehmigt. <2281>

---

<sup>131</sup> Vgl. \*Hachschara.

<sup>132</sup> Zu entgegengesetzten Meinungen bezüglich der landwirtschaftlichen Ausbildung von Juden vgl. ▶433▶ und Anm. 34 dort.

<sup>133</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>134</sup> Vgl. \*Bikkur Cholim.

<sup>135</sup> Vgl. \*Hinkel.

◀285▶

Bezirksamt Alzenau  
Bericht für Oktober 1937

Alzenau, 30.10.1937

StA Wü, LRA Alzenau 340

[Wirtschaft]

[...] Die Möbelfabrik Lindheim u. Co, in Kahl a.M., deren Inhaber bisher Juden waren, ist in arischen Besitz übergegangen und lautet nun auf den Namen des neuen Eigentümers Kübel.<sup>136</sup> Die Firma beschäftigt eine Belegschaft von rund 120 Mann.<2284>

◀286▶

Gendarmerie Arnschwang  
Lagebericht

Arnschwang, 26.10.1937

StA Am, BA Cham 5196

Jüdische \*Viehhändler wurden im hies. Dienstbezirk schon seit Monaten nicht mehr angetroffen. <2285>

◀287▶

Bürgermeister Haigerloch  
Jüdische Beerdigung

Haigerloch, 29.10.1937

StA Sig, Ho 235 I Akz. Nr. 338

Gestern Donnerstag, den 28. ds.Mts. nachmittags gegen 5 Uhr fand hier die Beerdigung des 2 Tage zuvor auf dem hiesigen Bahnhof tödlich verunglückten jüdischen Handelsmannes Wilhelm Bernheim von seiner im Ortsteil „Haag“ gelegenen Wohnung aus auf dem jüdischen Friedhof statt. Die Teilnehmer an der Beerdigung sollen, wie ich erfahre, von den beiden Angestellten der Kreisbauernschaft Schneider und Stehle photographiert worden sein, um die im Leichenzuge zugegen gewesenen \*arischen Ortseinwohner zu erfassen. Von der Ortsgruppenleitung der NSDAP soll ein entsprechender Auftrag nicht erteilt worden sein. Nicht ausgeschlossen ist, daß eine Veröffentlichung der Bilder, etwa im \*Stürmer, stattfinden soll. Ich halte es für unerwünscht, wenn Haigerloch auf diese Weise wieder in der Presse genannt werden würde. <2293>

◀288▶

SD-Hauptamt II 112  
Kurzbericht für C<sup>137</sup> über das Judentum

Berlin, 12.11.1937

BArch, R 58/544

[...]

*Statistik über die Juden in Deutschland*

a)	Februar	1933:	515.000 Konfessionsjuden <sup>138</sup> (Schätzung!)
	Juni	1933:	499.000 Konfessionsjuden
b)	Juni	1937:	392.000 Konfessionsjuden (Schätzung) 107.000 Juden sind ausgewandert. <sup>139</sup>

<sup>136</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>137</sup> Vgl. \*Heydrich.

<sup>138</sup> Vgl. \*Glaubensjuden.

<sup>139</sup> Vgl. \*Auswanderung.

nach *Palästina:	35.000
Übersee:	26.000
Ost-europ. Länder:	19.000
Übrige eur. Länder:	27.000

Die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Juden erhöht sich nach Schätzungen des Direktors des Statistischen Reichsamtes Berlin um etwa

	120.000 Volljuden nichtjüdischen Bekenntnisses <sup>140</sup>
und etwa	160.000 Halb- und Vierteljuden <sup>141</sup>
Gesamtzahl	672.000 Juden.

Durchschnittliche Auswanderung seit 1933	pro Jahr:	26.750
	monatlich:	557,29

#### *Ziele der Judenpolitik*

Vollkommene Ausschaltung der \*Assimilation und Förderung der \*Auswanderung.

Dabei sind innenpolitisch zu überwinden der Widerstand der Juden, die geistige Unterstützung der Assimilationsjuden durch Katholizismus und Teile der \*bekenennenden Kirche, die die Lösung der \*Judenfrage in der Judentaufe<sup>142</sup> sehen und schließlich die devisentechnischen Schwierigkeiten.

Außenpolitisch ist zu berücksichtigen der Plan zur Errichtung des Judenstaates, wodurch die Juden zur Minderheit werden können und die Absperrung der meisten Länder gegen die Judeneinwanderung.

Zu einem eventuell entstehenden Judenstaat nimmt das Reich eine ablehnende Haltung ein, da die Juden auf diplomatischem Wege den Boykott gegen den Nationalsozialismus in verstärkter Weise aufnehmen könnten.<sup>143</sup> <2299>

#### ◀289▶

#### SD-Hauptamt II 112

#### Bericht für 1.11.-15.11.1937

Berlin, 18.11.1937

OA Mos, 500/3/316

Infolge der fortschreitenden antisemitischen Bestrebungen in den verschiedenen Ländern, die als Einwanderungsländer von den aus Deutschland auswandernden Juden bevorzugt werden und durch die immer noch ungeklärte Lage in \*Palästina,<sup>144</sup> machte sich in den letzten Monaten im Reich eine beginnende Auswanderungsmüdigkeit bemerkbar.<sup>145</sup> Die Tatsache, daß außerdem eine Reihe ausländischer Staaten (insbesondere überseeische Länder) im Jahre 1937 verschärfte Einwanderungsbestimmungen erlassen hat, ließ Befürchtungen eines Rückganges der jüdischen Auswanderungszahl, insbesondere der jüdischen Mittellosen, aufkommen. Wie aus mehreren Oberabschnitten bereits gemeldet wurde, ist ein sichtbares Abschwenken bisher nicht \*assimilatorisch eingestellter Juden in Deutschland in das assimilatorische Lager festgestellt worden. Diese Feststellungen sind zweifellos eine Folge der eingangs erwähnten Umstände.

<sup>140</sup> Vgl. \*Reichsverband der nichtarischen Christen, e.V.

<sup>141</sup> Vgl. \*Mischlinge.

<sup>142</sup> Vgl. \*Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit, sowie \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>143</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>144</sup> Vgl. \*Britisches Mandat in Palästina.

<sup>145</sup> Vgl. \*Auswanderung; zur „Auswanderungsmüdigkeit“ vgl. ▶252▶.

Es wurde daher im zweiten Halbjahr 1937 auf die für die Auswanderung in Frage kommenden jüdisch-politischen Organisationen zur Förderung der Auswanderungstätigkeit verschärfter Druck ausgeübt.

Während der Berichtszeit vorgenommene Feststellungen bezüglich der Auswanderungszahlen für das Jahr 1937 ergaben folgendes Resultat:

In den ersten 9 Monaten des Jahres betrug die Zahl der ausgewanderten Juden rund 18.000. Die Anmeldungen und laufenden Erledigungen für das letzte Vierteljahr 1937 ergeben, daß auch zu diesem Zeitpunkt wiederum 6.000 Juden Deutschland verlassen, sodaß mit einer Gesamtauswanderungszahl von 24.000 Juden für 1937 gerechnet werden kann. Hinzu kommt durch die natürliche Verminderung ein Abgang von weiteren 5000 Juden für 1937. (1936 betrug die Zahl der natürlichen Verminderung 4.000. Durch die fortlaufende, sich immer mehr auswirkende Vergrößerung der Juden in Deutschland wird diese Zahl von Jahr zu Jahr zunehmen.)

Somit vermindert sich der Stand vom:

31.1.37 392.000 \*Glaubensjuden

bis

31.12.37 auf 363.000 Glaubensjuden.<sup>146</sup>

Der Stand der jährlichen Auswanderung von Juden aus Deutschland konnte somit im Vergleich zu den letzten vier Jahren trotz der erwähnten großen Schwierigkeiten gehalten werden. Der größte Teil der 1937 ausgewanderten Juden war mittellos. Der Rest, jüdische Kapitalisten, wickelte die Vermögens-Transferangelegenheiten über die „\*Haavara“ ab.

In den in Berlin arbeitenden jüdisch-politischen Spitzenorganisationen wurden bisher 343 Juden ausländischer Staatsangehörigkeit erfaßt, die dort als Funktionäre und Angestellte beschäftigt waren.<sup>147</sup> Von diesen wurden bereits 97 Juden, darunter acht sowjetrussischer Staatsangehörigkeit,<sup>148</sup> entfernt. Den jüdischen Organisationen wurde zur Auflage gemacht, den Rest, mit ganz wenigen Ausnahmen, bis zum 15.2.1938 zu entlassen. Anlässlich einer Vorsprache des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde,<sup>149</sup> Berlin, auf Grund einer Intervention des Tschechoslowakischen Generalkonsuls bezüglich der Entlassung tschechoslowakischer Staatsbürger, wurde diesem mitgeteilt, daß diese Maßnahme keineswegs wegen der Zugehörigkeit der Betroffenen zu irgendeinem Auslandsstaat ergriffen wurden, sondern daß für die Entschließung der Behörde lediglich das Verhalten von in jüdisch-politischen Organisationen beschäftigten Auslandsjuden während ihres Aufenthaltes im In- und Ausland ausschlaggebend war. [...]

<2300>

<sup>146</sup> Für eine Übersicht über die jüdische Auswanderung aus Deutschland vgl. Rosenstock, Exodus 1933-1939; sowie, den gesamten Zeitraum abdeckend, Blau, Last Days; Grossmann, Emigration; für eine zeitgenössische, auf eigenen Aufzeichnungen beruhende Statistik der \*Reichsvereinigung über die jüdische Emigration aus Deutschland bis zum Emigrationsverbot im Oktober 1941, vgl. YVA, SKH 3997-3999.

<sup>147</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>148</sup> Am 5.1.1938 (vgl. Zeittafel) erfolgte der Befehl zur Ausweisung aller Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit aus Deutschland. Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>149</sup> Vgl. \*Synagogengemeinde sowie Heinrich \*Stahl.



SD-Hauptamt II 112  
Bericht für 16.11.-30.11.1937

Berlin, 18.11.1937<sup>150</sup>

OA Mos, 500/3/316

[...] Zusammenfassend kann gefolgert werden, daß \*Palästina unter den gegenwärtigen Umständen mehr und mehr als Hauptaufnahmeland für die jüdischen \*Auswanderer ausscheidet, um nur noch als „\*Eres Israel“ [sic] ideeller und kultureller Mittelpunkt des Judentums zu bleiben.

Wenn dennoch alle jüdischen Organisationen in Deutschland die Auswanderung durch Beschaffung von Finanzmitteln, durch Vorträge, Schulungsabende usw. in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen,<sup>151</sup> erfolgt das unter dem beständigen Druck und in der Erkenntnis, daß ein Verbleiben in Deutschland auf die Dauer trotz aller vorübergehenden Besserungen nicht möglich ist. In dieser Hinsicht hat sich das Vorgehen gegen die Juden in Oberschlesien und Danzig günstig ausgewirkt.<sup>152</sup> Selbst die „\*Agudas Jisroel“, deren westeuropäische Landesorganisationen vom 31.10. bis 3.11. in Paris tagten, haben sich zu einer Intensivierung der Auswanderung entschlossen. Abweichend zu anderen Organisationen wurde jedoch, – wie bereits durch den \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten – in betonter Weise die Gruppenwanderung als einzige Siedlungsmöglichkeit gefordert. Die Organisation soll das in London zu errichtende Auswanderungsamt übernehmen. Symptomatisch für das Verhalten der gesamten Judenschaft ist der Beschluß dieser religiös-orthodoxen Organisation, für eine Siedlung insbesondere Südamerika, Nordamerika und Südafrika in Betracht zu ziehen. Mit Hilfe der ausländischen Landesorganisationen soll außerdem die Errichtung einer landwirtschaftlichen und handwerklichen Bildungsstätte<sup>153</sup> für junge Juden aus Deutschland in Deutschland selbst oder im Auslande ermöglicht werden. [...]

Wenn zahlreiche Juden aus dem assimilatorischen Lager in ihrem Willen, in Deutschland zu bleiben, dennoch nicht wankend geworden sind, liegt das nicht zuletzt an der schon wiederholt erwähnten teilweisen Begünstigung durch Behörden, als auch in der allgemein gezeigten laschen Haltung der Bevölkerung gegenüber der \*Judenfrage. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß noch keine Gesetze bestünden, um den Juden von jeder gewerblichen Tätigkeit auszuschließen, so daß auch ein allgemein bindender Grund zu einem \*Boycott oder zu einem Ausschluß der Juden aus der deutschen Wirtschaft nicht gegeben sei.<sup>154</sup> [...]

In \*Danzig werden weitere Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet von staatswegen gegen die Juden nicht mehr erwartet, weil nach den Drohungen der Judenschaft eine Abwanderung der großen, zumeist unter jüdischer Leitung stehenden Exportgeschäfte nach Gdingen zu befürchten steht. Damit würde der Exporthandel des Danziger Hafens in empfindlichster Weise getroffen und den polni-

<sup>150</sup> Bei der Datumsangabe handelt es sich wohl um einen Fehler. Sowohl die Angabe des Berichtszeitraumes als auch der Inhalt lassen vermuten, daß der Bericht zwischen 22.11. und 1.12. abgefaßt wurde.

<sup>151</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>152</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz.

<sup>153</sup> Vgl. \*Umschichtung und \*Hachschara.

<sup>154</sup> Die allgemeine Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft wurde erst nach der Kristallnacht am 12.11.1938 (vgl. Zeittafel) erlassen.

schen Absichten, die auf eine Lahmlegung des Danziger Hafens hinzielen, Vor-  
schub geleistet werden. [...]

Bei den Juden macht sich weiterhin eine starke Pflege des Kulturgutes be-  
merkbar.<sup>155</sup> So wurde in der vergangenen Berichtszeit eine Woche des jüdischen Bu-  
ches durchgeführt. Außerdem entwickeln sämtliche Organisationen und Presse-  
organe<sup>156</sup> eine starke Propaganda für das jüdische Winterhilfswerk,<sup>157</sup> das allerdings  
nicht die Erfolge des Vorjahres zu verzeichnen hat. <2301>

◀291▶

**Gendarmerie Cham**  
**Bericht für November 1937**

**Cham, 28.11.1937**

**StA Am, BA Cham 5196**

Die Juden in der Stadt verhalten sich ruhig und erfreuen sich noch immer ih-  
rer Absätze an das Landvolk. Die Landwirte können hier nicht aufgeklärt werden,  
sie wollen den hier maßgebenden Zweck nicht verstehen. <2314>

◀292▶

**Landrat Gelnhausen**

**Bericht über die Lage auf dem Gebiete des Judentums**

**Gelnhausen, 30.11.1937**

**HStA Wi, Abt. 483 Nr. 10008**

Vor der Machtübernahme haben die Juden auf das Geschäftsleben im Kreise  
Gelnhausen einen nicht unbedeutenden Einfluß ausgeübt, der aber seit 1933 merk-  
lich zurückgegangen ist und heute vollständig lahmliegt. Sie trieben Handel mit  
Vieh, besaßen Konfektions-, Weiß-, Woll-, Kurzwaren- und Schuhgeschäfte, Le-  
bensmittel- und Landesproduktengroßhandlungen. Auch im Handwerk waren sie  
vertreten, wie Bäckerei, Fleischerei, Schuhmacherei.

Wie schon die Zahlen ergeben, ist der Bestand an jüdischen Einwohnern in ei-  
nem Umfange zurückgegangen, daß von irgendeiner Geschäftstätigkeit dieser Ras-  
se hier kaum noch gesprochen werden kann. Die im jüdischen Besitz gewesenen  
Geschäfte sind durch Kauf fast ausnahmslos in den Besitz arischer Geschäftsleute  
übergegangen.<sup>158</sup> Der Handel mit Juden hat bis auf geringe Ausnahmen aufgehört.  
Es fällt allerdings auf, daß jüdische \*Viehändler vereinzelt noch ihre Tätigkeit aus-  
üben. Ihr Handel beschränkt sich auffallenderweise meist auf katholische Ort-  
schaften. Die hier zu beobachtende judenfreundliche Einstellung mag vielleicht  
auch noch von geldlichen Verpflichtungen herrühren, die einzelne Einwohner mit  
Juden verbinden.

Im großen und ganzen kann man aber sagen, daß der Handel mit Juden bis  
auf geringe Ausnahmen aufgehört hat. Die meisten hier noch wohnenden Juden le-  
ben in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und sind teilweise auf Unterstüt-  
zung ihrer Rassegenossen angewiesen.<sup>159</sup> Sie werden von der \*arischen Bevölke-  
rung nicht mehr beachtet und leben zurückgezogen.

---

<sup>155</sup> Vgl. \*Kulturbund deutscher Juden sowie \*Erwachsenenbildung, jüdische.

<sup>156</sup> Vgl. \*Presse, jüdische.

<sup>157</sup> Vgl. \*Winterhilfe, jüdische.

<sup>158</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>159</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

Größere strafbare Handlungen haben sich Juden in letzter Zeit nicht mehr zuschulden kommen lassen. <2316>

◀293▶

SD-Oberabschnitt Nord II 112  
Jahresbericht für 1937

Stettin, o.D.

FfZ, 93121

*Die Lage in sachlicher Hinsicht*

[...] Die Stimmung in der Bevölkerung über die \*Judenfrage ist sehr verschieden. Allgemein wurde festgestellt, daß die Landbevölkerung zu wenig über die Judenfrage aufgeklärt ist und deshalb sie nicht ernst zu nehmen gewillt ist. Wenn man auch, besonders auf dem flachen Lande, den Juden instinktmäßig ablehnt, so schließt das doch nicht aus, daß die Landbevölkerung den Juden wirtschaftlich unterstützt, sei es wegen der günstigen Abzahlungsbedingungen oder aus alter Gewohnheit. Die Zahl der Juden ist durch Ab- und Auswanderung kleiner geworden.<sup>160</sup> Wirtschaftlich schwache Juden haben große Einbußen erlitten, während es den wirtschaftlich besser gestellten Juden gelang, die Umsätze ihrer Geschäfte zu halten oder gar zu vergrößern. [...]

*Inländische Gegner*

[...] Der katholische Bevölkerungsteil und die Anhänger der \*Bekennnisfront unterstützten die Juden nicht nur geistig, sondern auch materiell. In besonders starkem Maße ist dies bei der katholischen Landbevölkerung der Fall, die eine Gehässigkeit gegen die Juden als nichtchristlich verdammt.

Eine Verbindung konnte sowohl zur Links- als auch zur Rechtsbewegung festgestellt werden. Hierbei spielt auch wieder die ideenmäßige Verbindung zum Liberalismus eine Rolle. Die Verbindungen traten in einigen Einzelfällen in Erscheinung. Während die Verbindungen zur Linksbewegung von Juden gesucht werden, hält der Reaktionär die Verbindung zur Rechtsbewegung aufrecht. Hierbei spielt der Zusammenhang zwischen Reaktionären und Bekenntnisfront eine besondere Rolle. [...]

*Gegenarbeit anderer Gruppen (Antisemitismus)*

Die Aufklärung in der Judenfrage ist sehr gering. Verschiedentlich äußerte sich in Einzelfällen die Stimmung der Bevölkerung gegen die Juden. In einem Falle ging ein Kreisleiter zu weit bei einer \*Einzelaktion gegen Juden und mußte versetzt werden.

Allgemein ist die antisemitische Propaganda bis auf die Verbreitung des \*Stürmers hier ziemlich eingeschlafen. <2327>

◀294▶

SD-Oberabschnitt Nord-West II 112  
Jahreslagebericht für 1937

Hamburg, 14.1.1937

FfZ, 93121

*[Die Lage in regionaler Hinsicht]*

Der Zuzug nach den größeren und kapitalkräftigeren jüdischen Gemeinden hält nach wie vor an, wenn auch gegenüber 1936 ein gewisser Rückgang zu ver-

---

<sup>160</sup> Vgl. \*Binnenwanderung, sowie \*Auswanderung.

zeichnen ist. In der Hauptsache handelt es sich um jüdische Personen mit geringem Einkommen, also des jüdischen Proletariats, aber auch Geschäftsleute suchen in der Großstadt ein Unterkommen, da ihnen auf dem Lande fast jede Erwerbsmöglichkeit genommen worden ist.<sup>161</sup> [...]

In Bezug auf das gesellschaftliche Leben kann man heute bereits mit Recht von einem unsichtbaren \*Ghetto der Juden sprechen.<sup>162</sup> Einzelercheinungen, die dem entgegenstehen, können an diesem Gesamtbild nichts ändern. [...]

Die Jüdische \*Winterhilfe setzte ihr Hilfswerk nach den Richtlinien des Deutschen \*Winterhilfswerkes fort. Nachdem die ersten Organisationschwierigkeiten überwunden sind, ist jetzt ein gutes Funktionieren der Organisation gewährleistet. Um Reibereien zwischen Sammlern der jüdischen Winterhilfe und denjenigen der Partei bzw. NSV zu vermeiden, wie es in Hamburg vorgekommen ist, wäre es am Platze, wenn die jüdische Winterhilfe nicht mehr an den gleichen Eintopfsonntagen mit den Sammlern der Partei sammelt. [...]

Der *Jüdische \*Kulturbund* gab mit seinen Veranstaltungen in sämtlichen Ortsgruppen innerhalb des Oberabschnittgebietes keine Veranlassung zu Beanstandungen, da die Vortragsfolge einer strengen Zensur unterliegt.<sup>163</sup>

[*Gemeinschaftsleben*]

[...] Die \*Synagogengemeinde Hamburg hat nunmehr den Umbau des früheren jüdischen \*Logenhauses beendet und am 9.1.1938 wird das neue Gemeinschaftshaus eröffnet. Auf Grund dieser Tatsache ist es jetzt der hiesigen Dienst- und Stapostelle möglich, die arischen Gaststätteninhaber aufzufordern, ihre Lokale judenrein zu halten.

Während es in Schleswig-Holstein 5, in Bremen noch 14 jüdische \*Ärzte gibt, in Hamburg sogar 14% aller Ärzte Juden sind, ist der Erlaß des Reichsärztesführers von der deutschen Bevölkerung lebhaft begrüßt worden, weil er den Ersatzkrankenstellen die Auflage erteilt, sämtliche jüdischen Ärzte aus ihren Diensten zu entlassen.<sup>164</sup> [...]

[*Gegenarbeit anderer Gruppen (Antisemitismus)*]

Die Verstöße gegen die \*Nürnberger Gesetze haben in der Berichtszeit gegenüber dem Vorjahre erheblich zugenommen.

Die Einstellung der Gerichte zu dem Fragekomplex „\*Rasseschande“ entsprechen in vielen Fällen nicht dem Volksempfinden. Andererseits muß aber auch betont werden, daß Gerichte, die dem nationalsozialistischen Gedanken folgen, vielfach Rasseschänder zu hohen Zuchthausstrafen verurteilten. [...]

Die bisherige Aufklärungsarbeit in \*Judenfragen läßt bei einem großen Teil der Bevölkerung jegliche Wirkung vermissen, da im großen und ganzen der \*Stürmer als Aufklärungsblatt wegen seiner tendenziösen Berichterstattung abgelehnt wird, während die Kampfesart des „\*Schwarzen Korps“ im allgemeinen mehr Zustimmung findet.

In katholischen Gegenden, wie z.B. im Reg.-Bezirk Hildesheim, hat die Bevölkerung auf Grund der Beeinflussung durch die Kirche so gut wie gar kein Ver-

---

<sup>161</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>162</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>163</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen und Versammlungen.

<sup>164</sup> Vgl. Zeittafel, 17. Mai 1934 und 1. Dezember 1938.

ständnis für die Judenfrage.<sup>165</sup> Dort sind die katholischen Bauern, Beamten und auch Parteigenossen vielfach die besten Kunden in jüdischen Geschäften.<sup>166</sup> <2329>

◀295▶

SD-Oberabschnitt Ost II 112  
Jahresbericht für 1937

Berlin, 8.1.1938

FfZ, 93121

[...] Die Unruhen in Palästina<sup>167</sup> sind naturgemäß auf die Auswanderungsbewegung der Juden aus Deutschland nicht ohne Einfluß geblieben. So zeigen auch die über die Abwanderung aus Berlin vorliegenden Zahlen eine stark abfallende Kurve. Im Jahre 1937 sind insgesamt 8.679 Juden aus Berlin fortgezogen. Bei einer Zuzugsziffer von 6.275 bleibt ein Abwanderungsüberschuß von 2.404 oder monatlich 201 Personen. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1936 mit 414 ist ein Sinken um beinahe 53% festzustellen. Das Bestreben der Juden, möglichst unerkannt zu leben, hat zu einer ständigen Abwanderung vom Lande in die größeren Städte, insbesondere nach Berlin geführt.<sup>168</sup> Der monatliche Durchschnitt der Zuwanderung nach Berlin war 523. [...]

<2330>

◀296▶

SD-Oberabschnitt Süd [II 112]  
Jahresbericht für 1937

München, o.D.

FfZ, 93121

*Judentum*

[...] In regionaler Hinsicht brachte 1937 eine deutlich erkennbare Entwicklung zweier jüdischer Zentren in Bayern. Während die jüdisch-religiösen und kulturellen Gruppen nach Nürnberg-Fürth verlegt wurden (bezeichnend für diese Entwicklung ist die Verlegung der Landesorganisation der \*Agudas Jisroel nach Nürnberg) sind die jüdisch-politischen und wirtschaftlichen Interessen in München verkörpert. Es kam hierbei zur Schaffung einer „Arbeitsgemeinschaft süddeutscher israelitischer Gemeindeverbände“, deren Interessen der Vorstand des „Bayerisch-isr. Gemeindeverbandes“<sup>169</sup> Landgerichtsrat<sup>170</sup> a.D. Dr. Neumayer<sup>171</sup> vertritt.

In Mittel-, Unterfranken und Schwaben geht eine ständige Verschiebung der jüdischen Bevölkerung von Stadt in Landgemeinden vor sich, wobei hauptsächlich Juden beteiligt sind, die noch über Privatvermögen verfügen und glauben, in diesen kleinen Gemeinden weniger belästigt zu werden.<sup>172</sup> Auch die nicht zu unterschätzende moralische Unterstützung der \*Kirchen, die sich natürlich in bäuerlichen Gegenden bedeutend stärker auswirkt, denn in Städten, dürfte hier mitbestimmend sein.

---

<sup>165</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>166</sup> Zum ausdrücklichen Verbot für Parteigenossen, in jüdischen Geschäften einzukaufen, vgl. Zeittafel, 11. April 1935.

<sup>167</sup> Vgl. \*Britisches Mandat in Palästina, sowie Zeittafel, April 1936.

<sup>168</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>169</sup> Vgl. \*Landesverbände israelitischer Gemeinden.

<sup>170</sup> Vgl. \*Rechtsanwälte/Juristen, jüdische.

<sup>171</sup> Richtig: \*Neumeyer, Alfred.

<sup>172</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

Die \*Auswanderung ist praktisch zum Stillstand gekommen. So waren z.B. in München zu Beginn des Jahres 37 circa 9.100 Juden gemeldet, anfangs Dezember sind es noch immer 8.860 Juden; der Abgang beträgt demnach 240 Juden oder 2,2%. Berücksichtigt man die darin enthaltene \*Binnenwanderung, die in Bayern nach Aufstellungen des „Jüdischen Gemeindeblattes“<sup>173</sup> recht beträchtlich ist, sowie die Abnahme der jüd. Bevölkerung durch eine hohe Sterblichkeitsziffer, so kommt klar zum Ausdruck, daß eine nennenswerte Auswanderung im Berichtsjahre nicht stattgefunden hat. [...]

Als zusammenfassende Stelle der jüdischen Interessen trat der „Verband Bayerisch-israelitischer Gemeinden“ 1937 immer mehr in den Vordergrund. Von diesem Verband sind in Bayern sämtliche Schulungs-Umschulungslager und Lehrwerkstätten<sup>174</sup> weitgehend abhängig, da dieser Verband die finanziellen Lasten fast ganz trägt.

Zur Aufbringung der Geldmittel wurde dem Verband im Berichtsjahr die Erhöhung der Kirchensteuer auf 15% durch die Regierung zugebilligt.<sup>175</sup>

Die notwendigen Geldmittel standen auch stets zur Verfügung, so war es dem Verband ohne weiteres möglich, im Herbst 1937 in München eine großartig und modernst ausgestattete Lehrwerkstätte zu errichten.

Auch im Rahmen des jüdischen WHV<sup>176</sup> gehört Bayern zu einem sogenannten Überschußgebiet. Im Monat Oktober 37 allein wurde die Summe von circa 40.000 RM aufgebracht.

Im Verlaufe des Jahres wurde der „Jüdische \*Kulturbund“ immer stärker als Hauptträger des jüdisch-kulturellen Lebens in den Vordergrund gestellt. Mit einem ziemlich umfassenden Programm trat er vor die jüdische Öffentlichkeit. Die Darbietungen standen im Durchschnitt auf einer beachtlichen Stufe, wenn auch immer wieder der unfreiwillige Beweis erbracht wurde, daß es mit „Jüdischer Kunst“ allein nicht geht. Das Programm stützte sich in der Hauptsache doch auf die bedeutenden arischen Komponisten, wenn man von den, im großen gesehen, mißlungenen Versuchen mit hebräischen Autoren und Komponisten absieht. Der Besuch war außerordentlich gut, nur litt die Tätigkeit des Kulturbundes darunter, daß die längste Zeit ein geeignetes Lokal nicht zur Verfügung stand, nachdem der bisher benützte Museumssaal in Büroräume umgebaut wurde.

Auch der jüdische Sportbetrieb hat 1937 eine beträchtliche Steigerung erfahren. Verschiedene gut organisierte Veranstaltungen hinterließen bei den jüdischen Zuschauern starken Eindruck. Es konnten zum Teil auch recht ansehnliche sportliche Erfolge aufgezeigt werden.<sup>177</sup> [...]

<2331>

---

<sup>173</sup> Vgl. \*Presse, jüdische im Dritten Reich.

<sup>174</sup> Vgl. \*Umschichtung.

<sup>175</sup> Gemeint ist die bayerische Regierung und die Besteuerung der Mitglieder der jüdischen Gemeinden Bayerns, die bis dahin 12% der Einkommenssteuer betrug. Zur Besteuerung jüdischer Gemeinden in Deutschland vgl. \*Synagogengemeinde.

<sup>176</sup> Vgl. \*Winterhilfe, jüdische.

<sup>177</sup> Vgl. \*Sportvereine, jüdische.

Breslau, 14.1.1937

FfZ, 93121

*Judentum**[Die Lage in sachlicher Hinsicht]*

Das Jahr 1937 hat im allgemeinen für die Juden in ihrem Eigenleben keine bedeutsame Veränderung gebracht. Die Gesamtzahl der Juden hat in Schlesien durch Abwanderung und Zuwanderung nur eine unbedeutende Veränderung erfahren. Der schon in den Vorjahren beobachtete Zuzug in den größeren Gemeinden vom flachen Lande her hat auch in diesem Jahre angehalten.<sup>178</sup> Verstärkt wurde diese Bewegung in Oberschlesien durch den Ablauf des Genfer Abkommens<sup>179</sup> am 15.7.1937. Sie hat dazu geführt, daß außer den niederschlesischen \*Synagogengemeinden Freystadt, Freiburg und Striegau, die in der ersten Hälfte des Jahres aufgelöst wurden, nun auch die Synagogengemeinden in Guttentag, Landsberg und Rosenberg O/S. kurz vor der Auflösung stehen.

Die Wanderungsbewegung geht wie bisher von Osten aus Oberschlesien über Breslau nach dem Reich. [...]

Das jüdische Bildungswesen ist im Laufe des Jahres weiterhin ausgebaut worden. Das Jüdisch-Theologische Seminar in Breslau zeigte anlässlich einer Jubelfeier für die Gründer im Frühjahr 1937 seine Bedeutung für das Judentum der Oststaaten durch Verleihung von Preisen an junge Theologen aus dem Osten und Südosten Europas.

Der Streit im jüdischen Schulwesen in Breslau zwischen der \*zionistischen Richtung, die im „Jüdischen Schulverein“ vertreten ist, und den \*Assimilanten, deren Organisation der „Neue deutsche Schulverein“ ist, wurde durch Eingreifen der \*Reichsvertretung der Juden im August 1937 beigelegt und endete praktisch mit einem Sieg der zionistischen Richtung.

Für die jüdischen Kinder auf dem flachen Lande ist die Einrichtung von Bezirksschulen geplant, deren erste in Kreuzburg O/S. eingerichtet werden soll.

Im jüdisch-kulturellen Leben ist das weitere Wachsen des „Jüdischen \*Kulturbundes“ festzustellen. Der „Oberschlesische Jüdische Kulturbund“ ist im Herbst 1937 mit dem „Niederschlesischen Jüdischen Kulturbund“ vereinigt worden. Die Darbietungen stammten in größerem Maße als im Vorjahre von jüdischen Künstlern selbst. [...]

*[Die Lage in regionaler Hinsicht]*

Während die Juden bis zum 15.7.1937, dem Zeitpunkt des Ablaufs des Genfer Abkommens, in Oberschlesien als nationale Minderheit behandelt werden mußten, sind sie von diesem Zeitpunkt ab den Reichsgesetzen unterworfen. Dementsprechend sind mit dem 15.7. bzw. in den folgenden Monaten die Juden in Oberschlesien aus allen öffentlichen Ämtern und Ehrenämtern entfernt worden. Ein Teil der Juden hatte es vorgezogen, schon vor diesem Zeitpunkt Oberschlesien zu verlassen und vor allem den ländlichen Grundbesitz abzustoßen. Eine ernsthafte Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der Juden ist aber in Oberschlesien nicht eingetreten,

---

<sup>178</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>179</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz.

um so weniger, als ein außerordentlich hoher Prozentsatz der oberschlesischen Juden wirtschaftlich selbständig ist. In den ersten Wochen nach dem Ablauf des Genfer Abkommens kam es zu gelegentlichen Übergriffen der Bevölkerung,<sup>180</sup> die aber durch das herausfordernde Verhalten einiger Juden verursacht worden waren. Eine Überprüfung des jüdischen Lebensmittelkleinhandels in Oberschlesien führte zur Schließung von 37 Lebensmittelgeschäften und Schankstätten. [...]

*[Verhältnis zum Ausland]*

Für die Verbindung zum Ausland nimmt der Reichsverband polnischer Juden in Deutschland<sup>181</sup> mit seinen Ortsgruppen im oberschlesischen Industriegebiet und in Breslau eine Sonderstellung ein. Dieser Verband verstand es, gute Verbindung zu den Vertretern anderer Staaten zu halten, sodaß die Breslauer Ortsgruppe des Verbandes bei ihrer \*Purimfeier im Jahre 1937 sowohl den italienischen, als auch den tschechoslowakischen Konsul begrüßen konnte. [...]

<2332>

◀298▶

**SD Oberabschnitt Süd-West II 112**  
**Bericht für 1937**

**Stuttgart, o.D.**

**FfZ, 93121**

*[Lage in sachlicher Hinsicht]*

[...] Die Beziehungen der Juden zum Wirtschaftsleben haben im vergangenen Jahre eine gewisse Korrektur erfahren. Die Zahl der jüdischen Einzelhandelsgeschäfte ist 1937 weiterhin zurückgegangen.<sup>182</sup> Der jüdische \*Viehhandel dagegen kann nur schrittweise ausgeschaltet werden, insbesondere in Württemberg. Es fehlt hauptsächlich an der Planmäßigkeit der Abwehr seitens der bäuerlichen Organisationen, an dem Geschick und der Zuverlässigkeit arischer Viehhändler, dem Mangel an Kreditfähigkeit und an dem konservativen Sinn weiter Bauernkreise. Auffallend ist die Zurückdrängung der Juden aus dem badischen Viehhandel, von 600 Juden anfangs 1937 besaßen nur noch 7 Juden am Ende dieses Jahres die Viehhändlerlaubnis. Dagegen sind im ganzen Oberabschnittsgebiet in der Industrie und im Großhandel (z.B. Holz, Eisen, Textil, Tabak) noch starke Positionen vorhanden. Dies gilt vor allem für die Großstädte Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart und Freiburg. Ein Beispiel über [sic] den Einfluß des Judentums im Großhandel. Bei einer Sitzung der Großhändler in Textilwaren, Garnen usw. im August 1937 in Freiburg i.Br. unter dem offiziellen Vorsitz eines Vertreters der gewerblichen Wirtschaft waren von 18 Teilnehmern 12 Juden, das sind somit 66%. Die wirtschaftliche Lage bzw. der Geschäftsumfang der jüdischen Großhändler hat sich im vergangenen Jahr kaum vermindert. [...]

*[Die Lage in regionaler Hinsicht]*

[...] Das württembergische Judentum war in seiner großen Mehrheit schon immer assimilatorisch eingestellt, und nur ganz langsam vollzieht sich der Übergang zu einem absolut jüdischen Bewußtsein. Daran ist ohne Zweifel die lange Ansässigkeit vieler jüdischer Familien und die der günstigen wirtschaftlichen Struktur des Landes entsprechende gute finanzielle Verankerung schuld, nicht

---

180 Vgl. \*Einzelaktionen.

181 Vgl. \*Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland.

182 Vgl. \*Arisierung.



zuletzt aber auch die Mentalität der schwäbischen Menschen, der leicht geneigt ist, jüdischen Einflüsterungen von „ungerechten Unterdrückungen“ sein Ohr zu schenken. Die jüdisch-politische Linie der württembergischen Juden liegt auf einer gewissermaßen „erzwungenen“ Anerkennung des zionistischen Gedankens; der israelitische Oberrat von Württemberg<sup>183</sup> kann als \*misrachistisch (religiös-zionistisch) bezeichnet werden. [...]

<2333>

◀299▶

Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für Dezember 1937

Speyer, 8.1.1938

BayHStA, StK 106676

*Juden*

In Ludwigshafen a. Rhein wurden 3 Versammlungen des jüdischen Synagogenrates überwacht.<sup>184</sup> In diesen Kreisen wird in der letzten Zeit immer wieder davon gesprochen, daß sich die Finanzlage der hiesigen jüdischen \*Kultusgemeinde durch die ständige Abwanderung<sup>185</sup> von Juden immer unhaltbarer gestalte. Die Juden trügen sich mit dem Gedanken, die Auflösung der hiesigen Kultusgemeinde herbeizuführen, auch müsse unter Umständen an eine hypothekarische Belastung der \*Synagoge gedacht werden. Unter den Juden herrscht allgemein die Auffassung, daß wohl in 2 Jahren überhaupt keine Juden mehr in Ludwigshafen a. Rhein seien. [...]

Der Jude Moses *Mai* (früher Viehhändler) in Waldmohr ist gestorben. An der Beerdigung haben 26 männliche und 13 weibliche Juden teilgenommen. Eine Beteiligung von Deutschen wurde nicht beobachtet.

<2345>

◀300▶

Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg  
Bericht für Dezember 1937

Würzburg, 10.1.1937

BayHStA, StK 106680

*Sonstiges*

[...] Die Eisengeschäfte in Mellrichstadt waren vor 1933 in Händen von 3 Judenfirmen. Das Anwesen des einen – Rosenthal jun. – wurde von der Bezirkssparkasse aufgekauft und damit dieses Judengeschäft erledigt.<sup>186</sup> Der Inhaber der anderen Firmen – Lindau – (das größte Geschäft) hat sich von selbst aus dem Staube gemacht und jede Verhandlungen mit dem Bürgermeister zwecks Übernahme des Eisengeschäftes durch einen \*arischen Unternehmer abgelehnt; er hat sogar seine Warenbestände an eine auswärtige Firma verkauft. Dem Bürgermeister der Stadt Mellrichstadt ist es gelungen, diesen Schlag gegen die Geschäftslage von Mellrichstadt wieder auszugleichen dadurch, daß das Anwesen des 3. jüdischen Eisengeschäftes – Rosenthal sen. – von einem tüchtigen arischen Geschäftsmann übernommen werden konnte. Es wird dadurch auch möglich sein, das ganze Eisenkontingent, das Mellrichstadt früher für 3 Geschäfte besaß, wiederum zu bekommen; dieses

---

<sup>183</sup> Vgl. \*Landesverbände jüdischer Gemeinden.

<sup>184</sup> Vgl. \*Überwachung jüdischer Organisationen.

<sup>185</sup> Vgl. \*Auswanderung sowie \*Binnenwanderung.

<sup>186</sup> Vgl. \*Arisierung.

Kontingent wäre sonst nach Neustadt oder Meiningen vergeben und das Wirtschaftsleben von Mellrichstadt wiederum um eine Einnahmemöglichkeit benachteiligt worden. <2347>

◀301▶

**NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaamt  
Stimmungsbericht**

**Bremen, 7.1.1938**

**StA Br, 3-N.7. Nr. 162**

Man empfindet die Straßenbezeichnung „Sinaistraße“ nicht mehr als zeitgemäß und bittet um ihre Beseitigung. <2352>

**VII.**  
**Das Jahr 1938 bis zum Abflauen der Sudetenkrise und die Folgen**  
**des Münchner Abkommens**  
(Januar – Oktober 1938)

◀302▶

**SD Hauptamt**

**Lagebericht der Zentralabteilung II 1 für die Zeit vom 1.1. bis 31.1.38**

**Berlin, o.D.**<sup>1</sup>

**BArch, R 58/999**

*Allgemeines*

Im Laufe der Entwicklung haben sich mehr und mehr Hauptgegner der nationalsozialistischen Weltanschauung und des nationalsozialistischen Staates herauskristallisiert: die politischen Kirchen und die Reaktion. [...]

Die Laienaktivierung der Kirchen hat weitere Fortschritte gemacht. Die Auswirkungen haben sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und in einer ideellen Stärkung aller Gegnergruppen gezeigt. Gefördert durch die projüdische Haltung der \*Kirchen, die in der Masse der Kirchengläubigen jede antijüdische Propaganda der Partei wirkungslos macht, sind die Assimilationsbestrebungen<sup>2</sup> im Judentum heute in einem Maße angesprochen, wie das seit der Machtübernahme noch niemals der Fall war. Mit Sicherheit ist daher ein erheblicher Rückgang der jüdischen \*Auswanderung dazu zu erwarten, wenn es nicht gelingt, zumindest die wenigerbemittelten Juden aus dem Reichsgebiet abzuschieben. [...]

So ist ein Teil der Kirchengläubigen von beträchtlicher Resignation ergriffen, die in den unzähligen nutzlosen Protesten des Klerus ihren Grund hat.

Andererseits geht aber der Plan der höheren Geistlichkeit – sowohl auf katholischer wie auf evangelischer Seite – dahin, die Resignation der Gläubigen zur Erbitterung zu steigern, und zum Widerstand gegen den Staat aufzurufen. Besonders hervorgetan hat sich in dieser Richtung der Kardinalerzbischof \*Faulhaber von München, dem besonders gute Beziehungen zum Vatikan, aber auch zu den übrigen weltanschaulichen Gegnern im Reich nachgesagt werden, denen zweifellos diese Taktik der Kirche äußerst gelegen kommt. Zur gleichen Zeit ist die Reaktion zu einer bisher ungeahnten Aktivität übergegangen, die mit aller Macht darauf hinstrebt, die Partei und ihre Gliederungen, insbesondere aber die \*SS ihres Einflusses zu entkleiden, ja, sie aus dem öffentlichen Leben völlig auszuschneiden und an ihrer Stelle die ganze Gewalt auf die Wehrmacht und die geistig-weltanschauliche Schulung auf die Kirchen zu übertragen. [...]

*Judentum*<sup>3</sup>

Die Maßnahmen der rumänischen Regierung beginnen sich jetzt in immer stärkeren Ausmaß auf die Lage der in Deutschland ansässigen Juden auszuwirken.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Zum Verfassungsdatum des Lageberichts vgl. Anm. 3.

<sup>2</sup> Vgl. \*Assimilation.

<sup>3</sup> Der Bericht der Abteilung II 112 im \*SD-Hauptamt über „Judentum“ wurde mit einem von Adolf \*Eichmann unterzeichneten Begleitbrief vom 4.2.38 an die Zentralabteilung II 1 (Weltanschauliche Auswertung) geschickt. Er wurde in seinem Wortlaut in diesen „Lagebericht der Zentralabteilung“ aufgenommen. Der ursprüngliche Bericht der Abteilung II 112 ist im Osobyi Archiv in Moskau unter der Signatur 500/3/316 erhalten.

<sup>4</sup> Vgl. Zeittafel, 29. Dezember 1937, sowie Kurt Stillschweig, International Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, in: *Historica Judaica*, IX (1947), S. 35-56 u. X (1948), S. 43-60.

Die Tatsache, daß fast sämtliche an Rumänien mittelbar oder unmittelbar angrenzenden Länder verschärfte Einwanderungsbestimmungen für Juden erlassen haben, sowie das verschärfte Vorgehen einiger südamerikanischer Staaten gegen Juden,<sup>5</sup> hat die Auswanderungslust und die Auswanderungsfurcht hauptsächlich unter den mittellosen Juden in Deutschland derart gesteigert, daß verschiedene Leiter jüdisch-politischer Organisationen – wie der Leiter der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und der Geschäftsführer der \*Hilfsvereine der Juden in Deutschland – die Lage für die \*Auswanderung von Juden aus Deutschland als katastrophal bezeichneten. Diese allgemeine Niedergeschlagenheit geht durch die gesamte jüdische \*Presse in Deutschland. [...]

Die *Berichte aus Palästina* lauten für die Zionisten denkbar ungünstig. Die englische Regierung hat ein Weißbuch zur Palästinapolitik herausgegeben, in dem die Entsendung einer neuen technischen Untersuchungskommission nach Palästina angekündigt wird, deren Tätigkeit sich dort auf längere Zeit erstrecken soll. Demnach ist der Peel-Bericht, der sich für eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat aussprach, scheinbar endgültig fallen gelassen worden. Die Entsendung dieser neuen Kommission ist bezeichnend für die englische Verschleppungstaktik in der Palästinafrage.<sup>6</sup> Die Auswanderungsbestrebungen, besonders diejenigen der in Deutschland ansässigen *mittellosen* Zionisten, für die Palästina immer noch als Einwanderungsland in Frage kommt, sind hierdurch ebenfalls empfindlich beeinträchtigt worden.

Es mehren sich ferner die Klagen jüdisch-politischer Funktionäre, daß in einem bisher nie dagewesenen Ausmaße jüdische Kapitalisten<sup>7</sup> ihr Vermögen auf dem Transferwege<sup>8</sup> in das Ausland schaffen, wodurch das Steuereinkommen der jüdischen \*Gemeinden und die Mitgliedsbeiträge der jüdisch-politischen Organisationen bereits jetzt schon einen derartigen Tiefstand erreichten, daß beispielsweise die zionistischen Organisationen in Deutschland mit den größten Geldschwierigkeiten zu kämpfen haben, was zwangsläufig eine bedeutende Verringerung der Auswanderungszahl mittelloser Juden aus Deutschland mit sich bringt.

Diese Gründe sind zweifellos bestimmend gewesen für die von dem \*Präsidialausschuß und dem \*Rat der Reichsvertretung der Juden in Deutschland am 12.1.1938 gefaßte Erklärung,<sup>9</sup> in der zunächst auf die Arbeit der Reichsvertretung in den letzten Jahren hingewiesen und die Notwendigkeit der Auswanderung herausgestellt wurde. Im Zusammenhang damit enthält diese Erklärung einen Appell an die Palästinaregierung, den mittellosen Juden aus Deutschland den Weg nach Palästina freizugeben, und weiter einen Appell an die überseeischen Länder, durch Neugestaltung und freie Handhabung der Einwanderungsbestimmungen

---

<sup>5</sup> Vgl. Avni, *Latin America and the Jewish Refugees*, sowie Ben-Dror, *The Catholic Church and the Jews. Argentina 1933-1945*, Kap. 6 u. 8.

<sup>6</sup> Vgl. \*Britisches Mandat in Palästina.

<sup>7</sup> Vgl. \*Zertifikate.

<sup>8</sup> Vgl. \*Ha'avara.

<sup>9</sup> Vgl. Kulka, *Deutsches Judentum*, Nr. 112. Die Erklärung wurde in der Tat am 13.1.1938 vom Rat der Reichsvertretung verabschiedet.

eine größere Zahl jüdischer Einwanderer aus Deutschland aufzunehmen. Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland weist ferner darauf hin, daß ein erheblicher Teil der in Deutschland noch vorhandenen Juden überaltert und daher auswanderungsunfähig sei. Da bei der fortschreitenden Schmälerung der Erwerbsmöglichkeit diese Juden der öffentlichen Wohlfahrt anheimfallen müßten und andererseits auch eine geordnete Auswanderung unter diesen Gesichtspunkten unmöglich sei, fühlt sich die Reichsvertretung bemüßigt, die *Reichsregierung* zu bitten, daß der Verringerung der Erwerbsmöglichkeit für die Juden in Deutschland Einhalt geboten werde.

Diese Erklärung, die eine Reaktion auf die Fortführung der Ausschaltung des Judentums darstellt, fand in der gesamten Auslandspresse stärkste Beachtung. Die „National-Zeitung“, Basel, sieht die Ursache dieser Erklärung in den seit dem Rücktritt des Reichsministers \*Schacht mit neuer Stärke einsetzenden Bestrebungen, die Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben herauszudrängen.

Wie diese Erklärung beweist, beginnen sich bereits die neue Verordnungen bezüglich der Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben auszuwirken. Nur durch weitere Maßnahmen auf diesem Gebiete kann gleichzeitig die Auswanderungsunlust unter den Juden in Deutschland beseitigt werden.<sup>10</sup>

Die eingangs erwähnten Feststellungen, daß die allgemeine Lage der Juden in der Welt immer schlechter wird, sind bestimmend für die zahlenmäßige und einflußmäßige Zunahme der jüdisch-assimilatorischen Kreise<sup>11</sup> in Deutschland. Es konnte bereits im verflossenen Berichtsjahre in den einzelnen Teilen des Reiches die Feststellung gemacht werden, daß der einzelne Jude bestrebt ist, bessere Auswanderungsmöglichkeiten abzuwarten und in der Zwischenzeit in Deutschland seine finanzielle Position zu verbessern. Diese Beobachtungen können heute im gesamten Reichsgebiet gemacht werden. [...] <2365>

### ◀303▶

#### Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Bericht für Januar 1938

Ansbach, 8.2.1938

BayHStA, StK 106678

##### *Evangelische Kirche*

In der evangelischen Kirche herrschte im Berichtsmonat wenigstens äußerlich ziemliche Ruhe. Um so eifriger versuchte die evangelische Geistlichkeit durch Wort und Schrift ihre Anhänger in ihrem Sinne aufzuklären und zu beeinflussen. Die Predigten sind immer noch von den religiösen Meinungsverschiedenheiten stark beeinflußt. Dabei wird von der \*Bekennniskirche immer noch das Trennende—z.B. ihre falsche Auffassung der \*Judenfrage—vielfach derart in den Vordergrund gerückt, daß dadurch die Gegensätze in der Bevölkerung weiter vertieft werden. [...] <2368>

---

<sup>10</sup> Über den Zusammenhang der Maßnahmen zur „Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft“ und „Förderung der Auswanderung“ mit dem Ziel der „Entjudung Deutschlands“ vgl. Memorandum der Abteilung II 112 für Heydrich vom Januar 1937, ▶252▶.

<sup>11</sup> Vgl. \*Assimilanten.



nächster Zeit nachfolgen. Auch aus dem Regierungsbezirk Breslau und Oppeln wird eine auffallende Abwanderung von Juden gemeldet.<sup>13</sup>

In Danzig herrschte in den vergangenen Monaten unter den Juden eine starke Nervosität, zumal Gerüchte über angeblich geplante neue judengegennerische Maßnahmen der Regierung in Umlauf waren.<sup>14</sup> So prophezeite man u.a. die Angliederung Danzigs an das Reich und damit eine Einführung der \*Nürnberger Gesetze. Nachdem der 30. Januar und die Führerrede vom 20. Februar<sup>15</sup> keine Änderung der Lage gebracht haben, ist nun unter der Judenschaft eine wesentliche Beruhigung eingetreten, und man glaubt sogar der Erklärung des Führers über Danzig die Versicherung entnehmen zu können, daß sich der Rechtszustand der Freien Stadt Danzig in absehbarer Zeit nicht ändern wird.<sup>16</sup> [...]

Während der Berichtszeit zeigten sich erfreulicherweise Ansätze, den bisher ungebrochenen jüdischen Einfluß auf das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes zurückzudrängen. So wurde beispielsweise in der Pfalz etwa einem Drittel aller dort ansässigen jüdischen \*Viehhändler die Handelserlaubnis entzogen. Im Saargebiet geht der jüdische Einfluß ebenfalls immer mehr zurück. Aus Oberschlesien wird gemeldet, daß dort die Schließung jüdischer Gaststätten und Geschäfte bereits zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Auch in Niederschlesien machen sich die Maßnahmen, die auf den Ausschluß der Juden aus dem gesamten Leben des deutschen Volkes hinzielen, schon erheblich bemerkbar. In einigen Kreisen sind die Juden bereits wirtschaftlich bedeutungslos geworden. Es ist hierbei allerdings zu berücksichtigen, daß dies zum größten Teil mit der Abwanderung der Juden in die Großstädte des Reiches zusammenhängt.<sup>17</sup> [...]

Das bekannte \*Kaufhaus \*Schocken in Kottbus, das seit Jahrzehnten eine Monopolstellung in der Niederlausitz innehat, ist bezeichnenderweise in englischen Besitz übergegangen.

Nach dem Erlaß vom 2. Juli 1937,<sup>18</sup> in dem eine Zusammenfassung der Richtlinien über die Rechtsstellung der Juden im deutschen Schulwesen gegeben wurde, konnte festgestellt werden, daß ein Großteil der vermögenden Juden in Deutschland ihre Kinder zu Studienzwecken in das Ausland schickten. Ein Antrag der „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ an die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, die vom Ausland für Schulungszwecke zur Verfügung gestellten £ 30.000 zu genehmigen, gab Veranlassung zur Überprüfung des jüdischen Erziehungswesens im Auslande. Abgesehen von der Art der Transferierung<sup>19</sup>, die für das Reich keine wesentliche Belastung darstellt, zeigte es sich aber, daß 75% dieser jugendlichen

---

<sup>13</sup> Der seit 1922 in den beiden Regierungsbezirken des oberschlesischen Abstimmungsgebiets bestehende \*Minderheitenschutz für Juden wurde am 30.6.1937 (vgl. Zeittafel) aufgehoben. Infolgedessen waren sie den im übrigen Reichsgebiet herrschenden Diskriminierungsgesetzen und Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt.

<sup>14</sup> Zur besonderen Lage der Juden in Danzig vgl. \*Minderheitenschutz.

<sup>15</sup> Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. 2, S. 792-804.

<sup>16</sup> Zum Wortlaut der beruhigenden Erklärung in Hitlers oben erwähnter Rede in Bezug auf Danzig und die „im Laufe dieser Jahre immer freundschaftlichere Annäherung“ zu Polen vgl. ebda., S. 802.

<sup>17</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>18</sup> Vgl. Zeittafel, 2. Juli 1937.

<sup>19</sup> Vgl. \*Ha'avara.

Juden an ausländischen Schulen und Universitäten studiert. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß durch diese Juden im rasseunkundigen Ausland einmal ein verzerrtes Bild von deutscher Art und Lebensauffassung zwangsläufig hervorgerufen wird und zum anderen eine weitere Förderung dieser Schulungsart der Züchtung jüdischer Intellektueller gleichkommt, sind zur Zeit Bestrebungen im Gange, hier Änderungen herbeizuführen. [...]

In Polen fand eine Tagung sämtlicher jüdischer Organisationen Polens statt, an der zahlreiche Vertreter aus USA, England und Frankreich teilnahmen.

Dabei wurden folgende auch Deutschland berührende Resolutionen gefaßt:

„1. die demokratischen Regierungen müssen mit allen Mitteln gestützt werden, um keine judenfeindliche Regierung an das Ruder gelangen zu lassen.“<sup>20</sup>

2. Überprüfung der Auswanderungsmöglichkeiten für 300.000 deutsche und 1.500.000 polnische Juden. \*Madagaskar wird als Auswanderungsland seiner ungesunden Lage wegen abgelehnt.

3. Verhandlungen mit der Sowjetunion wegen Überlassung eines bestimmten Gebietes zwecks Gründung eines jüdischen Staates.“<sup>21</sup> <2381>

#### ◀307▶

##### **Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken Bericht für Februar 1938**

Ansbach, 9.3.1938

BayHStA, StK 106678

*Juden und Freimaurer*

1) Die Abwanderung der Juden aus dem Regierungsbezirk hält weiter an.<sup>22</sup> In Feuchtwangen hat am 1.3.1938 die letzte Judenfamilie die Stadt verlassen, in der im Jahre 1933 noch etwa 40 Juden lebten. Die Kultgeräte der dortigen \*Synagoge wurden sichergestellt, um ihre Verschleppung hintanzuhalten. [...]

<2383>

#### ◀308▶

##### **NSDAP Reichsleitung, Hauptamt für Kommunalpolitik Vertrauliche Berichtsauszüge**

München, 15.4.1938

BArch, NS 25/86

*Gauamt für Kommunalpolitik Sachsen:*

In Leipzig wohnen von den rund 18.000 in Sachsen gezählten Juden rund 11.000. Diesen werden folgende Beschränkungen auferlegt: die Stadtverwaltung tätigt keine Geschäfte mit Juden, auch nicht die Beschaffungsstelle. Jede Verbindung mit Juden, die diesen irgendwelchen wirtschaftlichen Vorteil bieten könnte, wird unterbunden. Sie erhalten keine Darlehen, auch nicht von Spar- und Girokassen. Ausschreibungsangebote werden an Juden grundsätzlich nicht ausgegeben. Bei der Vergebung [sic] von Lieferungen werden Juden nicht berücksichtigt. Vor allen derartigen Entschließungen werden stets Handwerkskammer, Handelskammer und der Verein für

---

<sup>20</sup> Diese Resolution stützte sich offensichtlich auf die erfolgreiche Intervention des Völkerbundes gegen die antisemitischen Maßnahmen der neuen Goga-Cuza-Regierung in Rumänien, die die im \*Minderheitenschutz-Vertrag verankerte Gleichberechtigung der Juden aufgehoben und den Antisemitismus zum offiziellen Regierungsprogramm erhoben hatte. Zum Aufstieg und Fall der Goga-Cuza-Regierung vgl. Zeittafel 29.12.1937 und 10.2.1938 dort.

<sup>21</sup> Vgl. \*Biro-Bidschan.

<sup>22</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.



Kreditreform gehört. In allen Städten und Gemeinden des Bezirks sind Juden von Gemeindeaufträgen und von der Benutzung öffentlicher Anstalten und Einrichtungen ausgeschlossen. Juden dürfen nicht betreten: Gemeinschaftsbäder (Dampf-, Schwimm- und Sommerbäder),<sup>23</sup> das Leihhaus und die städtischen Bücherhallen. Erscheinen sie, so werden sie gerichtlich belangt. Zu erwähnen wäre noch, daß an Juden keine Wandergewerbescheine und Legitimationskarten mehr ausgegeben werden, weil man den Standpunkt vertritt, daß die Juden unzuverlässig sind. Eine Entscheidung des Reichswirtschaftsministers, der hierfür zuständig ist, steht noch aus. Dazu kommen die schon von Reichs wegen geregelten Einschränkungen, daß Juden keine Kinderbeihilfe, Ehestandsdarlehen und Ermäßigung der Gebühren für den Rundfunk erhalten. Ferner werden Stiftungsgelder grundsätzlich an Juden nicht gewährt. Angehörige der Israelitischen \*Religionsgemeinde dürfen Feiern in städtischen Friedhöfen nicht abhalten. Die Beisetzungen selbst müssen gestattet werden. Ebenso müssen Juden noch in der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden. Jedoch werden sie hier sehr zurückhaltend behandelt. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft ausschließlich der Stadt Leipzig ist im Jahre 1937 nur ein Jude fürsorglich betreut worden. Dieser wird in weit geringerem Umfange als deutsche Volksgenossen unterstützt. Neu hinzuziehende Juden werden, wenn sie keine Wohnung haben, nur im Obdachlosenhause untergebracht. Von Leipzig wegziehende Juden erhalten Auswandererbeihilfen. Land wird an Juden nicht verpachtet. Bei Grundstücksgeschäften mit Juden wird stets vertrauliche Mitteilung an die \*Geheime Staatspolizei sowie an den dafür zuständigen Oberfinanzpräsidenten erstattet. [...] Judenkinder werden grundsätzlich von der Kinderspeisung ausgeschlossen. In allen ärztlichen und nebenärztlichen Stellen darf kein Jude mehr sein.<sup>24</sup> Von den rund 11.000 Juden, die zur Zeit noch in Leipzig wohnen, sind noch 44 Juden Mieter stadteigener Wohnungen. Es wird dauernd versucht, die noch bestehenden Mietverträge mit den Juden zu lösen. Außerdem ist augenblicklich eine Erhebung im Gange, um die Juden zu erfassen, die Geschäftslokale in städtischen Häusern inne haben. Beachtlich ist auch, daß von der Stadt-Jugendamt-z.Z. noch 120 außereheliche Kinder betreut werden, deren Väter Juden sind, von denen die Hälfte sich aber nach der Machtübernahme durch Verzug ins Ausland der Unterhaltspflicht entzogen hat. Auf schulischem Gebiete werden ab Ostern 1938 sämtliche Judenkinder der Volksschulen in zwei Sammelklassen zusammengefaßt. – Bei Beschulung der Berufspflichtigen ist geplant, auch Klassen in einem Gebäude zusammenzufassen.<sup>25</sup> <2385>

◀309▶

**Gendarmerie Garmisch-Partenkirchen  
Monatlicher Dienstbericht**

**Garmisch-Partenkirchen, 2.3.1938**

**StA Mü, LRA 61 616**

*[Juden und Freimaurer]*

Zur Lösung der \*Judenfrage wurde im Berichtsmonat von der Kreisleitung der NSDAP eine sehr aktive Tätigkeit entfaltet. Den Höhepunkt der Tätigkeit bildete

<sup>23</sup> Vgl. \*Badeverbote in öffentlichen Schwimmbädern.

<sup>24</sup> Vgl. \*Ärzte, jüdische.

<sup>25</sup> Zu einer eigenen jüdischen Schulorganisation und der Lage der jüdischen Schüler im NS-Deutschland vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

eine im Festsaal in Garmisch einberufene Kundgebung mit dem Thema „Fremdensaison ohne Juden“. Diese Kundgebung war überaus stark besucht und es kam dort einmütig zum Ausdruck, daß auch im Kreise Garmisch/Partenkirchen Juden unerwünscht sind. Der Aufforderung, an den Hotels, Gaststätten, Pensionen, Ladengeschäften usw. Judenabwehrschilder<sup>26</sup> anzubringen, ist im weitesten Umfange Rechnung getragen worden.<sup>27</sup> Einzelne Geschäftsleute, Hotels usw. sind der Anregung noch nicht nachgekommen.

Aus Grainau wird berichtet, daß diese Abwehrschilder den Juden als lächerlich vorkommen und daß sie sich durch diese von dem Besuch der Geschäfte nicht abhalten lassen.

Einige Geschäftsleute vertreten die Anschauung, daß die Juden, wenn sie schon die deutschen Geschäfte nicht mehr besuchen sollen, doch auch mit der deutschen Reichsbahn nicht mehr befördert werden sollen.

In dem bisher von Juden gern besuchten Ettal sind in diesem Winter die Juden ausgeblieben.<sup>28</sup> <2391>

### ◀310▶

#### Gendarmerie Geiselbach Monatsbericht

Geiselbach, 25.2.1938

StA Wü, LRA Alzenau 340

#### *Allgemeine politische Lage*

[...] Der \*Viehhandel durch die Juden flaut immer mehr ab, und auch in den übrigen Handelszweigen werden Juden immer seltener. <2392>

### ◀311▶

#### SD-Hauptamt II 112

#### Bericht für Januar, Februar und März 1938

Berlin, o.D.

Wildt, S. 180-185

Die Lage auf dem Gebiete des Judentums in den vergangenen Monaten des neuen Jahres geht am besten aus der am 13.1.1938 von der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland veröffentlichten Erklärung an die Reichsregierung hervor, in der diese gebeten wird, der Verringerung der Erwerbsmöglichkeiten für die Juden in Deutschland Einhalt zu gebieten.<sup>29</sup> Daraus ist ersichtlich, daß die in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft gegen die Juden vom Standpunkt des Reiches aus gesehen sehr erfolgreich waren. Auf der anderen Seite ist dadurch allerdings in starkem Maße die \*Auswanderungsmöglichkeit für die Juden aus Deutschland beschränkt worden. [...]

Von einschneidendster Bedeutung war wohl das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen“ vom 28.3.38,<sup>30</sup> durch das die jüdischen \*Kultusgemeinden des gesamten Reichsgebietes einschließlich ihrer Verbände mit Ablauf des 31.3.38 „die Stellung von Körperschaften des öffentlichen Rechts“ verloren, „soweit sie diese bisher besaßen“. Damit wurden sie „Rechtsfä-

<sup>26</sup> Vgl. \*Schilder, antijüdische.

<sup>27</sup> Vgl. <2382>.

<sup>28</sup> Vgl. \*Kurorte und Bäder, sowie <2382>.

<sup>29</sup> Vgl. ▶302▶, Anm. 9.

<sup>30</sup> Vgl. Zeittafel.

hige Vereine des Bürgerlichen Rechts“ und müssen somit ihre Eintragung in das Vereinsregister nachholen.

Damit entfallen die steuerlichen Entlastungen, die Körperschaften des öffentlichen Rechts zugestanden werden, und es ist nicht verwunderlich, daß aus diesem Grund die bereits mit Auslandskapital arbeitenden Gemeinden das Gesetz als eine neue wesentliche Einschränkung ihrer Bedeutung in Deutschland aufgefaßt haben.

Mit dieser neuen gesetzlichen Regelung sind gleichzeitig alle von früher her bestehenden Judensondergesetze in den Ländern des alten Reichsgebietes aufgehoben worden.<sup>31</sup> Die Inkraftsetzung des Gesetzes für das Land Österreich blieb laut § 5 Abs. 3 vorbehalten.

Durch das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5.1.38<sup>32</sup> wird zukünftig verhindert, daß Juden ihren jüdischen Namen ablegen und daß andererseits Deutschblütige mit jüdischen Namen belegt werden. Das Gesetz bestimmt, daß zukünftig Anträgen von Juden und \*Mischlingen auf Namensänderung grundsätzlich nicht mehr stattgegeben wird.<sup>33</sup>

Einschränkungen der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten der Juden wurden insbesondere durch die Neufassung des Einkommenssteuergesetzes vom 6.2.38<sup>34</sup> getroffen, das bestimmt, daß Juden „wegen außergewöhnlicher Belastung durch Kinder oder sonstige Angehörige, die Juden sind“, Steuerermäßigungen nicht mehr zugestanden werden. Ebenso wurden die Juden von der Verteilung von Schulgeldermäßigungen ausgeschlossen. [...]

Schließlich bedeutete der Entschluß der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands und des Verbandes der freien Angestelltenkrankenkassen, mit Wirkung vom 1.1.38 alle jüdischen \*Ärzte aus der Ersatzkassenpraxis auszuschließen, einen erheblichen Schlag gegen die immer noch sehr stark vertretenen jüdischen Ärzte. Wurden doch durch diese Maßnahme allein 991 jüdische Ärzte in Berlin betroffen.

Außerdem ist es gelungen, aus dem bisher jüdisch völlig verseuchten \*Viehhandel die Juden bis auf etwa 1.500 zurückzudrängen. Nach jüdischen Meldungen sind im Viehhändlerberuf in den Bezirken Kurhessen, Sachsen, Thüringen und Weser-Ems keine jüdischen Viehhändler mehr tätig, während in den Bezirken Baden, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein insgesamt nur noch 17 Personen arbeiten sollen.

#### *Österreich*

Durch die Eingliederung des Landes Österreich in das Reichsgebiet wurden gleichzeitig etwa 200.000 Religionsjuden übernommen. Diese Zahl wird sich aber vermutlich noch erheblich steigern, wenn die zu christlichen Konfessionen übergetretenen Rassejuden<sup>35</sup> erfaßt worden sind.

---

<sup>31</sup> Zu der einschneidenden Bedeutung und den nachhaltigen Auswirkungen des Gesetzes für den Umwandlungsprozeß des gesamten jüdischen Organisationswesens in Deutschland vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 114, 117 und 120.

<sup>32</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>33</sup> Diese Verordnung wurde im Lauf des Jahres 1938 durch eine „Kennzeichnung“ aller Jüdinnen und Juden mit einem „jüdischen Vornamen“ ergänzt (vgl. Zeittafel 17.8. und 1.1.1939).

<sup>34</sup> Vgl. Blau, Ausnahmerecht, S. 41, Nr. 143.

<sup>35</sup> Vgl. \*Konvertiten.

Bei den nach der Überführung gegen Juden und jüdische Organisationen ergriffenen Maßnahmen verfielen alle assimilatatorischen Verbände, Vereine usw. wie die Union österreichischer Juden, die Israelitische Allianz, der Bund jüdischer Frontsoldaten Österreichs, der Verband der Judenstaatszionisten Österreichs, der Reichsverband jüdischer Legitimisten Österreichs, der Unabhängige Orden B'nai B'rith<sup>36</sup> mit seinen Unterorganisationen und Tochtergesellschaften u.a., der Auflösung. Gegen alle jüdischen Vereine, Verbände und Organisationen wurde ein Betätigungsverbot für unbestimmte Zeit ausgesprochen. [...]

Wie im Falle der Ausschreitungen gegen die Juden in Danzig richtete die Exekutive des \*Jüdischen Weltkongresses in Genf unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich einen Aufruf an die Welt, in dem sie unter Hinweis auf die bestehenden Verträge Genf an seine Verpflichtungen bezüglich der Minderheiten<sup>37</sup> und der österreichischen Unabhängigkeit erinnerte und ein Eingreifen des Auslandes und insbesondere des Völkerbundes verlangt. In der Eingabe an den Völkerbund wird nach Anwendung der Dringlichkeitsklausel gefragt; außerdem wird auf die Artikel 62-69 des Vertrages von St. Germain verwiesen, die festlegen, daß „jeder Österreicher vor dem Gesetz gleich sei und sich jeder der gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Berücksichtigung seiner Rasse, Sprache oder Religion erfreue.“

Die ausländischen jüdischen Zeitungen gaben ihrer Enttäuschung durch \*Greuelmeldungen und entstellte Nachrichten über das Vorgehen in Österreich gegen die Juden Ausdruck. Auch einige englische und französische Blätter wie auch Rundfunksender schlossen sich dieser Art der Berichterstattung an. Über den zukünftigen organisatorischen Aufbau des Judentums in Österreich wurde eine endgültige Entscheidung noch nicht gefällt.

#### *\*Danzig*

Die Eingliederung Österreichs in das Reichsgebiet hat sich auch in sehr heftigem Maße auf die Stimmung des Judentums in Danzig ausgewirkt. Während nach dem 30. Januar und der Führerrede am 20. Februar<sup>38</sup> eine allmähliche Beruhigung nach den zahlreichen Gerüchten über geplante judengegnerische Maßnahmen des Danziger Senats eingetreten war, ließen die Maßnahmen vom 11. März<sup>39</sup> unter der Judenschaft wiederum die Furcht vor einer baldigen Eingliederung Danzigs in das Reich aufleben. Ebenso wie im Reichsgebiet wurde die \*Assimilation in der Berichtszeit gegenüber dem \*Zionismus kaum noch besonders wirksam. Unter den zionistischen Organisationen taten sich insbesondere die Neuzionisten<sup>40</sup> durch eine erheblich verstärkte Propaganda hervor, die durch eine gewisse militärische Erziehung der Jugend unterstützt wurde; diese wird durch in der polnischen Armee ausgebildete Juden vorgenommen.

Obwohl das Judentum in Danzig unter dem Druck der nationalsozialistischen Regierung politisch und kulturell ein Ghettodasein führt, ist sein wirtschaftlicher

---

<sup>36</sup> Vgl. \*Bne Brith.

<sup>37</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz.

<sup>38</sup> Vgl. ◀306▶.

<sup>39</sup> Hitlers Ultimatum an Österreich einen Tag vor dem „Anschluß“ (vgl. Zeittafel 12.3.1938) und die dort unmittelbar einsetzende, brutale Judenverfolgung löste auch bei den deutschen Juden die Befürchtung aus, daß der nächste Schritt die Danziger Juden treffen könnte.

<sup>40</sup> Gemeint sind \*Zionisten-Revisionisten.

Einfluß immer noch sehr stark. Wenn es sich auch allmählich aus dem Einzelhandel zurückzieht, festigt es seine Stellung im Großhandel unter der Vertretung ausländischer Firmen. [...]

Der Jüdische \*Kulturbund Danzigs entwickelt eine sehr rege Tätigkeit und bemühte sich, zusammen mit dem jiddischen Theater den Juden einen Ersatz für den Verlust an der Teilnahme des deutschen Kulturlebens zu bieten. <2394>

◀312▶

**Generalstaatsanwalt Karlsruhe**  
**Bericht für Februar und März 1938**

Karlsruhe, 7.4.1938

GLA Ka, 309/1204

*Allgemeine Kriminalität*

[...] Die Verfahren wegen \*Rassenschande haben weiter abgenommen. Als anschauliches Beispiel jüdischer Frechheit sei erwähnt, daß der von der Großen Strafkammer in Mannheim am 21. Juli 1936 wegen Rassenschande zu zehn Monaten Gefängnis verurteilte Jude [N.N.a] (2KLs 8/36) im Februar 1938 der Staatsanwaltschaft Mannheim eine Vermählungsanzeige geschickt hat. Laut dieser Vermählungsanzeige hat [N.N.a] mit der deutschblütigen [N.N.b] aus Mannheim im Februar 1938 in London die Ehe eingegangen. Wegen Rassenschande gerade mit der [N.N.b] war er durch Urteil der Großen Strafkammer am 21. Juli 1936 zu der Strafe von zehn Monaten verurteilt worden, die er verbüßt hat. Die [N.N.b] ist am 6. Februar 1938 mit der Behauptung, sie müsse dringend nach der Schweiz fahren, aufgrund ihres im Jahre 1935 ausgestellten Reisepasses ins Ausland gereist. Gegen [N.N.b] ist ein Verfahren wegen Verbrechens nach § 1 und § 5 des \*Blutschutzgesetzes eingeleitet worden, zu dessen Durchführung aber [N.N.a] wohl keine Gelegenheit bieten wird (2a Js 189/38). <2396>

◀313▶

**Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg**  
**Bericht für März 1938**

Würzburg, 9.4.1938

BayHStA, StK 106681

*Allgemeine politische Lage*

[...] Bedauerlich sind die Ausschreitungen, die in einer Reihe von Orten anläßlich der Eingliederung Österreichs gegenüber Juden verübt wurden.<sup>41</sup> So wurden den Juden in Edelsberg, Burgsinn Gemünden, Mittelsinn (BA Gemünden) Schaufenster und Fenster in Privatwohnungen und \*Synagogen eingeworfen. In Kleinlangheim (BA Nißingen) wurde ein Jude durch einen Steinwurf erheblich verletzt; auch sind ihm zwei Zähne ausgebrochen. In Lohr wurde durch das Einwerfen von Schaufenstern in einem jüdischen Geschäfte ein Sachschaden von 537,70 RM verursacht. Wie sinnlos derartige Ausschreitungen sind, ergibt sich daraus, daß diese Schäden nicht etwa die Juden, sondern die deutschen Versicherungsunternehmen treffen, da die Juden gegen solche Schäden in der Regel versichert sind. <2399>

---

<sup>41</sup> Vgl. Zeittafel, 12. März 1938, sowie \*Einzelaktionen.

**◄314►  
HJ Baden  
Bericht**

**Karlsruhe, 22.3.1938**

**GLA Ka, 465 d Nr. 115**

Auszug aus Antworten der Tabakfacharbeiterprüfung in Mannheim und Schwetzingen am 5.3.38. [...]

Über die Tatsache, daß die Juden *fremdrassig* sind, herrschte in Schwetzingen absolutes Unwissen, trotz \*Stürmerkästen. <2401>

**◄315►  
Gendarmerie Bezirk Ebermannstadt  
Lagebericht**

**Ebermannstadt, 29.3.1938**

**StA Ba, K 8/9205 I**

*Juden, Freimaurer:*

Die \*Synagoge in Hagenbach, welche seit Jahren nicht mehr benutzt wird, soll dem Verkauf unterstellt werden. Es besteht die Absicht, sie in ein \*Hitlerjugend-Heim umzugestalten. <2404>

**◄316►  
Gestapa II A 2  
Bericht für April 1938**

**Berlin, 4.5.1938**

**BArch, R 58/984**

*SPD*

[...] In der Stadt *Kirchhain* hatte sich bei einem Juden eine Hörergemeinschaft für ausländische Sender gebildet. Die Zusammenkünfte wurden als Skat- und Spielabende getarnt und die Ladenstube des Juden dazu benutzt. Er hat es sogar verstanden, 4 \*HJ-Angehörige zur Teilnahme an diesem Rundfunkempfang und den Diskussionen zu gewinnen. <2409>

**◄317►  
Regierungspräsident Oberbayern  
Bericht für April 1938**

**München, 9.5.1938**

**BayHStA, StK 106671**

*Innenpolitische Lage*

[...]

*Juden und Freimaurer*

[...] Die Verordnung über die Anmeldung der jüdischen Vermögen<sup>42</sup> und die Sicherstellung ihres Einsatzes zum Wohle des deutschen Volkes hat große Genugtuung ausgelöst. <2413>

**◄318►  
Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für April 1938**

**Speyer, 10.5.1938**

**BayHStA, StK 106676**

*Innenpolitische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

---

<sup>42</sup> Vgl. Zeittafel, 26. April 1938.

### *Juden*

[...] Bei einer Versammlung des Synagogenrates der jüdischen \*Kultusgemeinde in Ludwigshafen a.Rh. am 13. April wurde das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28.3.1938 (RGBl. I A. 338)<sup>43</sup> bekanntgegeben. Dabei führte der Versammlungsleiter aus, die Versicherungsgesellschaft Patria habe der jüdischen Kultusgemeinde Ludwigshafen a.Rh. mitgeteilt, daß sie von nun an jeden Versicherungsschutz für die \*Synagoge ablehne. [...]

Die scharfe Ablehnung des Judentums, die immer mehr sämtliche Bevölkerungskreise durchdringt, macht sich neuerdings durch das Vorgehen Einzelner bemerkbar.<sup>44</sup> In der Nacht vom 1. zum 2. April wurde durch unbekannte Täter nachts gegen 1 Uhr ein Sprengkörper in die Toreinfahrt der Behausung des Juden Richard Mayer in Böchingen (Bezirksamt Landau i.d. Pfalz) gelegt und zur Entzündung gebracht. Durch den Luftdruck wurden am Wohnhaus des Mayer 15 und an drei Nachbarhäusern 5 Fensterscheiben zertrümmert. Das Hoftor wurde aus den Angeln gehoben und beschädigt, Holzteile flogen 20 Meter weit. Die Tat wird von der Staatspolizeistelle Neustadt a.d. Weinstraße als grober Unfug gewertet. [...] <2415>

### ◀319▶

#### **NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaamt Stimmungsbericht**

**Bremen, 6.5.1938**

**StA Br, 3-N.7. Nr. 162**

Es wird berichtet:

Als Gast des Bremer Ratskellers habe ich den dortigen Geschäftsführer Vg. Seidel kennengelernt und des häufigeren Gespräche mit demselben geführt, und so unter anderem dem Vg. Seidel einmal gesagt, ob es nicht im Bereiche der Möglichkeit läge, daß der Ratskeller als städtischer Betrieb damit beginne, am Eingang des Lokales ein Schild mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“ anbringen zu lassen. Worauf der Vg. Seidel, der jetzt in seiner Tätigkeit als Geschäftsführer seinerseits dazu übergang, mir einen Vortrag zu halten über die Undurchführbarkeit meines Vorschlages, indem er ausführte, Bremen mit seinem internationalen Verkehr könne sich so etwas nie erlauben, zudem wüßten wir alle noch nicht, wie wir die Juden noch einmal nötig hätten. Kommentar überflüssig.–So etwas sagt ein Geschäftsführer eines städtischen Betriebes im fünften Jahr nach der Machtübernahme. Zum besonderen Verständnis: Vg. Seidel ist katholisch und grüßt seine Gäste mit erhobener Rechte und bietet dann die Tageszeit. <2420>

### ◀320▶

#### **Gendarmerie Hösbach**

#### **Vorkommnisse in Goldbach, Sonderaktionen gegen Juden**

**Hösbach, 19.4.1938**

**StA Wü, LRA Aschaffenburg 2259**

In der Nacht vom 11. auf 12.4.38 hat die Ehefrau des jüdischen \*Viehhändlers Heinrich Schönfeld von Goldbach [die] hiesige Station telefonisch angerufen und teilte mit, daß sie von einer größeren Anzahl Personen belästigt würden. Es seien

<sup>43</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>44</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

an ihrem Anwesen sämtliche Fenster und Fensterläden eingeschlagen worden. Es würde vor ihrem Anwesen ein fürchterlicher Krach gemacht und sie würden bedroht.<sup>45</sup>

Nach den Feststellungen sind in der Nacht vom 11. auf 12.4.38 um 12 Uhr herum an dem Anwesen des jüdischen Kaufmanns Jakob Brandstätter in Goldbach und des jüdischen Kaufmanns Bernhard Löwenthal von Goldbach die Haustreppen weggerissen worden. Die Haustreppe Brandstätters ist weggerissen worden und die Treppensteine sind vor dem neuen Anwesen Brandstätters vor der Ladentüre und dem hinteren Ausgang aufgeschichtet worden, daß die Inwohner nicht heraus konnten.

Bei Löwenstein [sic] sind die Treppensteine weggerissen worden. Zwei Treppensteine in einer Länge von 1m sind dann durch ein Küchenfenster in die Küche geworfen worden. Außerdem sind bei Löwenthal zwei Küchenfenster, die Küchentüre (Hinterer Eingang) sowie ein Fensterladen und eine Fensterscheibe des Wohnzimmers eingeschlagen worden. Mit den übrigen Steinen der Treppe war die hintere Ausgangstüre zugesetzt worden. Bei Löwenthal hat sich der Vorfall zwischen 1 3/4 bis kurz nach 2 Uhr abgespielt.

Bei dem jüdischen Viehhändler und Kriegsbeschädigten Bernhard Oppenheimer in Goldbach sind kurz nach 2 Uhr zwei Fensterläden und drei Fensterscheiben eingeschlagen worden.

Anschließend hieran sind am Anwesen des jüdischen Viehhändlers Heinrich Schönfeld von Goldbach sieben Fenster nebst Fensterläden der Parterrewohnung eingeschlagen worden. Zur Tat sind, wie aus den hinterlassenen Spuren zu ersehen war, Hämmer oder Beile benützt worden. Der Schaden Schönfelds dürfte 70 bis 100 RM betragen.

Sämtliche geschädigten Juden haben sich die Strafantragstellung wegen Sachbeschädigung vorbehalten. Sämtliche Juden erklärten auf Befragen, die Täter nicht zu kennen bzw. sie nicht nennen zu wollen.

Schönfeld gab zur Sache an, in der Nacht vom 11. auf 12.4.38 kurz nach 2 Uhr habe vor seinem Anwesen ein fürchterlicher Krach begonnen. Eine größere Anzahl Personen habe gejohlt und geschrien, wobei unter fürchterlichem Krachen sämtliche Fenster und Fensterläden, die geschlossen gewesen seien, eingeschlagen worden seien. Die Beteiligten hätten förmlich getobt und hätten immer wieder gerufen: „Juda muß verrecken, Juda muß heraus!“ Die Beteiligten hätten derart getobt und einen derartigen Krach gemacht, daß die ganze Nachbarschaft aus dem Schläfe geweckt worden sei und an dem Treiben Anstoß genommen habe. Er habe vor Aufregung einen Zusammenbruch erlitten und sei einige Zeit bewußtlos gewesen. Vor ihm seien Löwenthal, Oppenheimer und Brandstätter in ähnlicher Weise behandelt worden. Die Täter kenne er nicht. Die Strafantragstellung behalte er sich vor. Als Zeugen des Vorfalles benenne er Josef Brönner, Fuchs und Frau Windischmann.

Die Zeugen Josef Brönner, verh. Schweinehändler von Goldbach, Aschaffenburgstr. 53, Frau Helene Windischmann, Goldbach, Sachsenhausen 2 und Johann Fuchs, Sachsenhausen 14, wurden zur Sache nicht gehört. Falls deren Vernehmung erforderlich sein sollte, dürfte deren richterliche Vernehmung veranlaßt sein, weil,

---

<sup>45</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.



wie die früheren Erfahrungen gezeigt haben, die Zeugen der Gendarmerie gegenüber mit ihren Aussagen zurückhalten und nur durch die richterliche Vernehmung zur wahrheitsgemäßen Aussage gebracht werden können.

Die anderweitigen Erhebungen haben nicht zur Ermittlung der Täter geführt. Die Ermittlungen werden fortgesetzt und im Erfolgsfall wird Nachtragsanzeige erstattet. <2427>

◀321▶

**NSDAP Kreisleitung Königshofen-Hofheim**

**Stimmungsbericht**

**Königshofen, 2.5.1938**

**StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 431**

*Judentum*

In Königshofen gingen im Berichtsmonat die letzten Judengeschäfte in \*arischen Besitz über.<sup>46</sup> <2428>

◀322▶

**Bürgermeister Neuweiler**

**Jüdische Viehhändler auf Viehmärkten**

**Neuweiler, 22.4.1938**

**StA Sig, Wü 65/7 Bd. 2 Akz. Nr. 774**

Die in dem Erlaß des Herrn Landrat vom 19. ds. Mts.<sup>47</sup> gestellten Fragen über die Ausschließung jüdischer \*Viehhändler von Viehmärkten in hiesiger Gemeinde werden wie folgt beantwortet:

Eine Ausschließung jüdischer Viehhändler vom hiesigen Viehmarkt erfolgte bis heute noch nicht.

Es hat sich beim letzten Viehmarkt im Herbst 1937 gezeigt, daß Juden ohnehin auf dem hiesigen Viehmarkt nicht mehr erschienen sind. [...]

Die Anwesenheit jüdischer Viehhändler auf den ländlichen Viehmärkten ist aber absolut kein Bedürfnis, ja, es bestehen berechtigte Bedenken, daß durch die Anwesenheit von Juden Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu befürchten sind, da auf einen Großteil der bäuerlichen Marktbesucher jüdische Viehhändler eine Wirkung haben, wie das rote Tuch auf den Puter. Aus diesen Erwägungen heraus könnte mit Recht ein Marktverbot für Juden resultieren. <2430>

◀323▶

**Bürgermeister Unterreichenbach**

**Jüdische Viehhändler auf Viehmärkten**

**Unterreichenbach, 21.4.1938**

**StA Sig, Wü 65/7 Bd. 2 Akz. Nr. 774**

Zum Erlaß des Herrn Landrats vom 19.4.38<sup>48</sup> berichte ich folgendes:

Zu den hiesigen Viehmärkten werden jüdische \*Viehhändler nicht mehr zugelassen.

[...] Diese Einstellung entspricht der Ansicht, die sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung durchgesetzt hat, daß der geschäftliche Verkehr mit Juden für

---

<sup>46</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>47</sup> Vgl. <2421> und <2423>.

<sup>48</sup> Vgl. Anm. 47.

deutsches Empfinden unerträglich und unmoralisch ist. Diese Handlung läuft keinem Verbot zuwider und dürfte nicht zu beanstanden sein. <2432>

◀324▶

SD-Hauptamt II 112  
Bericht für April und Mai 1938

Berlin, o.D.

Wildt, S. 186-190

Auf dem Gebiet der \*Judenfrage wird die Lage einmal durch die auf wirtschaftlichem Gebiet erlassenen Verordnungen zur Feststellung jüdischen Vermögens bzw. gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe<sup>49</sup> und auf politischem Gebiet durch das bereits im letzten Lagebericht<sup>50</sup> besprochene Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen \*Kultusvereinigungen bestimmt.<sup>51</sup>

Durch diese einschneidenden Maßnahmen ist bei der in Deutschland ansässigen Judenschaft auch die letzte Hoffnung auf ein Verbleiben im Reichsgebiet geschwunden, so daß die Auswanderungslust einen starken Auftrieb erhalten hat. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die Möglichkeiten für die \*Auswanderung sich im gleichen Maße vermindert haben wie der Auswanderungsdruck gestiegen ist. Der wachsende Ausschluß der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, der unter dem Druck der aufgezeigten Verhältnisse einen sehr starken Aufschwung genommen hat, bewirkt zugleich einen Rückgang der jüdischen \*Gemeinden, Hilfs- und politischen Organisationen, aus denen zum großen Teil gerade die Auswanderungsmittel für minder- und unbemittelte Juden bestritten wurden.

In der Erkenntnis dieser Lage standen auch die Veranstaltungen der jüdischen Organisationen,<sup>52</sup> bei denen im allgemeinen ein Rückgang zu verzeichnen war, ausschließlich unter der Parole der Auswanderung. So veranstaltete die Jüdische Gemeinde Berlin am 23.5.38 in der \*Synagoge Prinzregentenstraße einen Gemeindeabend unter dem Motto „Liquidation und Aufbau“, in dem der Vorsitzende der Gemeinde Heinrich \*Stahl und das Vorstandsmitglied Josef Schneider<sup>53</sup> sprachen. In einer Übersicht über den Finanzstand der jüdischen Gemeinden wurde darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der bisher in Deutschland bestehenden 1.400 jüdischen Gemeinden<sup>54</sup> – von denen sich allerdings ein großer Teil der Klein- und Mittelgemeinden in Auflösung befindet bzw. schon aufgelöst wurde – kaum mehr in der Lage sei, seinen sozialen und finanziellen Verpflichtungen gerecht zu werden. „Die meisten jüdischen Menschen verfügen heute nicht mehr über ein produktives Einkommen: sie zehren entweder an einem kleinen Vermögen, oder sie sind auf Hilfeleistungen angewiesen“.<sup>55</sup>

Trotz dieser Erkenntnis, die ausschließlich eine Auswirkung der wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden ist, wurde in beiden Vorträgen eine erhöhte

<sup>49</sup> Vgl. Zeittafel, 22. und 26. April 1938.

<sup>50</sup> Vgl. ◀311▶.

<sup>51</sup> Vgl. Zeittafel, 28. März 1938.

<sup>52</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>53</sup> Richtig: \*Schmeidler.

<sup>54</sup> Diese Zahl entspricht dem Stand aus dem Jahre 1935, vgl. \*Synagogengemeinde. Man kann annehmen, daß sich zwischen 1935 und 1938 mehrere kleinere Gemeinden aufgrund Binnen- und Auswanderung und finanzieller Schwierigkeiten aufgelöst haben.

<sup>55</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

Konzentration auf die Auswanderung gefordert, so daß die Zahl der im Jahre 1938 auswandernden Juden höher sein werde als in vorigen Jahren.

Im gleichen Sinne sprach sich auch der Vorsitzende des Kuratoriums des \*Hilfsvereins der Juden in Deutschland, Max M. \*Warburg, auf einer Veranstaltung in Stuttgart, am 25.5.38 aus. Er sagte voraus, daß die Hauptauswanderung der überhaupt noch auswanderungsfähigen Juden in den nächsten drei Jahren vor sich gehen werde, und forderte, daß von den Juden nicht nur Spenden geleistet, sondern Teile des Vermögens an den Hilfsverein überstellt würden zur Förderung dieser Möglichkeiten. An neuen Einwanderungsländern für die Juden nannte er die Philippinen und British-Guayana; wahrscheinlich käme auch Kenya in Frage.

Aus diesen Ausführungen erhellt, daß der Auswanderungswille selbst bei früher sehr stark in Deutschland verankerten Juden nie größer war als jetzt, so daß bei Vorhandensein eines ausreichenden Devisenstandes trotz der zunehmenden Einwanderungsschwierigkeiten in den hauptsächlichsten Einwanderungsländern eine erhebliche Abwanderung erzielt werden kann. Leider haben sich aber gerade in der letzten Zeit die *Möglichkeiten zur Transferierung kleiner jüdischer Kapitalien, ja selbst zur Bereitstellung der Vorzeigegelder für unbemittelte Juden in der Berichtszeit laufend verringert*, so daß es die wichtigste Aufgabe ist, auf wirtschaftlichem Gebiet Möglichkeiten zur praktischen Auswirkung des Auswanderungsdrucks zu schaffen. Denn ein starkes Stützen auf die aus dem Ausland einfließenden Hilfgelder für die Juden birgt die Gefahr in sich, daß die Auswanderung vom guten Willen der internationalen Hilfsorganisationen abhängig gemacht wird. So wurde allein für die Unterstützung des Budgets der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland vom \*Council for German Jewry, London eine Summe von 10.000 £ in Aussicht gestellt. Zudem sollen Devisen zur Verstärkung der Ansiedlung jüdischer Jugendlicher in \*Palästina<sup>56</sup> bereitgestellt werden in Zusammenarbeit mit der \*Jewish Agency.

Während sich in Auswirkung der oben genannten Verordnungen eine verstärkte Stellungnahme der Bevölkerung gegen die Juden bemerkbar macht, wird aus fast allen Oberabschnitten nach wie vor vor einer *indirekten Unterstützung der Juden durch strenggläubige Katholiken und Protestanten*<sup>57</sup>, *wie auch der Bauernschaft gesprochen*.

Die Neigung der Juden zur Abwanderung in die Großstädte,<sup>58</sup> in deren Gefolge sich eine Auflösung der Klein- und Mittelgemeinden bemerkbar macht, hält – wie schon in den Vormonaten – an. [...]

Die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden haben zu \*Einzelaktionen in fast allen Teilen des Reiches geführt, die zumeist den Erfolg hatten, daß die Juden zurückhaltender und vorsichtiger in ihrem Auftreten wurden. [...] <2434>

---

<sup>56</sup> Vgl. \*Alijat Hanoar.

<sup>57</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>58</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

◀325▶

SD Außenstelle Hanau II 112

Aktion gegen Juden

Hanau, 15.5.1938

HStA Wi, Abt. 483 Nr. 100012

Im Laufe der Nacht vom 13.5. (Freitag) auf den 14.5.38 Samstag wurden an der hiesigen \*Synogoge [sic] sämtliche Eingänge kunstvoll zugemauert,<sup>59</sup> sodaß die Juden am Samstag früh zur \*Sabbathfeier nicht in ihre Synogoge gehen konnten und die Feier nach der jüdischen Gemeindeschule verlegt wurde. Zur Zeit ist die Synogoge noch geschlossen, da sich bis jetzt noch kein Maurer gefunden hat, der diese öffnet. Außerdem war eine Inschrift angebracht „Verkäuflich“. Die Steine zum Bau wurden von in der Nähe liegenden Baustellen geholt, die betreffenden Baugeschäfte haben jedoch keinen Strafantrag wegen fehlenden Materials gestellt.

Am gestrigen Samstag wurde nunmehr durch die Partei durch eine Aktion gegen jüdische Geschäfte eingeleitet, wie diese schon in der letzten Zeit in anderen Städten durchgeführt waren. Man hat durch Aufstellung von Posten die Leute vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte gewarnt und die Personen, welche trotz Warnung ein solches Geschäft betreten, beim Verlassen desselben fotografiert und diese Personen durch Schilder: „Ich habe beim Judd gekauft“, „Wer beim Juden kauft ist ein Volksverräter“ oder „Ich bin ein \*Judenknecht“ gekennzeichnet.<sup>60</sup> Einige Leute mußten derartige Schilder, begleitet von \*HJ-Angehörigen und Zivilisten, durch die Stadt tragen. Diese Aktion hat in der Bevölkerung großen Anklang gefunden und hofft man, daß nunmehr diese restlichen Judengeschäfte bald verschwinden. Die Aktion ging in voller Disziplin vor sich und kam es nirgends zu irgendwelchen Ausschreitungen. Es mußte festgestellt werden, daß zu den Käufern in jüdischen Geschäften in erster Linie die Landbevölkerung und zweitens die sogenannten besseren Leute der Stadt gehören. Die Aktionen sollen am Fronleichnamstage, sowie an den Samstagen vor Pfingsten wiederholt werden. <2435>

◀326▶

SD-Außenstelle Hanau II 112

Aktion gegen Juden

Hanau, 23.5.1938

HStA Wi, Abt. 483 Nr. 10011

Die Aktion gegen die Juden wurde am Samstag früh beginnend fortgesetzt die jüdischen Geschäfte waren alle mit Plakaten beklebt: „Jude-Geschäft“ und einem \*Davidstern.

Es gelang an diesem Tag, fast allen jüdischen Geschäften die Käufer fernzuhalten, nur mit wenigen Ausnahmen kamen Käufer.<sup>61</sup> U.a. wurde bei der Firma Sponsel eine Frau trotz Warnung als Käuferin festgestellt und photographiert. Es handelte sich hierbei um die Frau eines alten KPD V-Mannes, der längere Zeit im Lager war. Die Frau erklärte, sie kaufe schon immer bei der Firma und würde auch weiterkaufen, was eine Protestaktion der anwesenden Leute hervorrief. Im Nu sammelte sich eine große Menschenmenge um die Frau und mußte dieselbe unter

---

<sup>59</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>60</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer.

<sup>61</sup> Vgl. \*Boycott, antijüdischer.

Schutz mehrerer Zivilisten in ihre Wohnung gebracht werden, es ließ sich nicht vermeiden, daß dieselbe von Leuten mit faulen Eiern beworfen wurde.<sup>62</sup>

Im übrigen ist die Aktion ohne Anstoß verlaufen und wird soweit bekannt fortgesetzt. Wie weiter bekannt wird, haben zwei jüdische Geschäfte bereits Verkaufsverhandlungen eingeleitet, die schnellstens zum Abschluß gebracht werden sollen.<sup>63</sup>

Die zugemauerte \*Synagoge wurde inzwischen wieder geöffnet, hierbei betätigt sich zum Ärger des Publikums die Firma Schmidt und Jüngling, welche auch Staatsaufträge hat, wie daher verlautet, wurde der Firma ein Auftrag wieder entzogen. Bericht über den weiteren Verlauf der Aktion folgt. <2436>

◀327▶

**SD-Außenstelle Hanau II 112**  
**Aktion gegen Juden**

**Hanau, 27.5.1938**

**HStA Wi, Abt. 483 Nr. 10013**

Im Nachtrag zu den Berichten betr. Zumauerung der \*Synagoge<sup>64</sup> wird mitgeteilt: Festgenommen wurde im obigen Zusammenhang der Jude: Josef *Strauß*, Hanau. M. Schloßstr., dieser der Gemeindeälteste<sup>65</sup> hat angeblich nach Aussagen des Handwerkers diesen unter Vorspiegelung, daß die Polizei den Auftrag zur Öffnung der Synogoge [sic] gegeben habe, veranlaßt, die Aufbrechung zu übernehmen. Über die Firma wurde ebenfalls Boykott verhängt und ihr staatliche Aufträge entzogen. Aufgrund einer Anzeige der Firma sowie der Polizei wurde Strafantrag gestellt und der Jude dem Schnellrichter vorgeführt. Leider endete das Verfahren mit einem Freispruch des Juden, der jedoch zum Schutze seiner eigenen Person in \*Schutzhaft genommen wurde, da die Gefahr besteht, daß derselbe im Falle seiner Freilassung von der Bevölkerung angegriffen wird.<sup>66</sup> Die Empörung über diesen Juden ist hier ungeheuer und mußte diese Maßnahme ergriffen werden, um Ausschreitungen zu verhindern. Anbei ein Sonderbericht der Stapostelle Hanau.<sup>67</sup>

Wie weiter bekannt wird, haben es die hiesigen Glaser abgelehnt, in der Synagoge Fensterscheiben einzusetzen. Es dürfte sich nach diesen Ereignissen wohl kaum noch ein Handwerker finden, der für die Juden eine Arbeit übernehmen wird. <2437>

◀328▶

**Regierungspräsident Mainfranken**  
**Bericht für Mai 1938**

**Würzburg, 7.6.1938**

**BayHStA, StK 106681**

*Allgemeine politische Lage*

[...] Aus dem Bezirk Alzenau wird von zwei \*Einzelaktionen gegen Juden berichtet, die nicht gebilligt werden können. Es kam zu Menschenansammlungen und auch zu Ausschreitungen, die nur dadurch abgelenkt werden konnten, daß die Juden vorübergehend zu ihrer Sicherheit in \*Schutzhaft genommen wurden. [...]

---

<sup>62</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>63</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>64</sup> Vgl. ▶325▶.

<sup>65</sup> Vgl. \*Synagogengemeinde.

<sup>66</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>67</sup> Der Bericht liegt den Herausgebern nicht vor.

*Sonstiges*

Die \*Arisierung jüdischer Geschäfte und jüdischen Besitzes geht unter dem Druck der Verordnung vom 26.4.38<sup>68</sup> über die Anmeldung des Vermögens der Juden der hiezu erlassenen Anordnung vom gleichen Tage stärker vor sich. Anträge auf Genehmigung zum Verkauf von Grundbesitz und Betrieben sind schon in beträchtlicher Zahl eingegangen. <2441>

◀329▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Mai 1938**

**Ansbach, 8.6.1938**

**BayHStA, StK 106678**

*Innenpolitische Lage*

[...]

*Juden*

1) Im Monat Mai 1938 hielten die Juden keine besonderen Veranstaltungen und Versammlungen ab. Anlässlich des 20jährigen Bestehens des jüdischen Vereins „\*Hechaluz“ in Nürnberg fand eine von etwa 200 Personen besuchte Versammlung statt, in der Dr. \*Josephsthal aus Berlin einen Vortrag über „Aufgaben und Ziele des Hechaluz“ hielt. Er betonte dabei, daß alle Juden diesen Verein unterstützen sollten, damit recht viele junge Juden ausgebildet und nach \*Palästina gesandt werden können.<sup>69</sup> [...] <2443>

◀330▶

**NSDAP Kreisleitung Königshofen-Hofheim  
Stimmungsbericht**

**Königshofen, 30.5.1938**

**StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 431**

*Judentum*

Königshofen war früher total verjudet. Noch im Jahre 1935 benahmen sich hier die Juden wie die Herren. Am jetzigen Adolf Hitlerplatz war fast kein Haus, das nicht einem Juden gehörte, oder wenigstens von solchen bewohnt wurde. Heute sind die Juden nicht nur aus dem öffentlichen Leben vollkommen verschwunden, sondern der Adolf Hitlerplatz ist auch judenrein, die ehemals jüdischen Häuser und Geschäfte in ganz Königshofen sind restlos in \*arischen Händen.<sup>70</sup> Die Häuserfronten selbst haben z.T. ein vollkommen neues Gesicht, bzw. werden es bis zum Kreistag noch erhalten. Die Juden sind zum großen Teil ausgewandert und verzogen.<sup>71</sup> <2452>

◀331▶

**SD-Hauptamt II 112  
Kurzmeldung**

**Berlin, 20.6.1938**

**BArch, R 58/992**

*Kennzeichnung jüdischer Geschäfte*

Die \*Kennzeichnung jüdischer Geschäfte durch Bemalen der Schaufenster mit dem Wort „Jude“ oder mit dem \*Judenstern oder die Kennzeichnung des vor dem Laden

---

<sup>68</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>69</sup> Vgl. \*Alija.

<sup>70</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>71</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.

liegenden Bürgersteigsabschnitts wurde von Sonnabend auf Montag auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt. Außer zu großen Menschenansammlungen ist es – so weit hier bekannt – zu Zusammenstößen nicht gekommen. <2457>

◀332▶

**SD-Hauptamt II 112**

**Bericht**

**Berlin, 1.7.1938**

**BArch, R 58/996**

*Flüchtlingskonferenz in Evian*

Am 6.7.1938 tritt in \*Evian (Frankreich) die auf Initiative *Roosevelts* hin einberufene internationale Konferenz zusammen, deren Aufgabe es ist, konstruktive Pläne für die Unterbringung von Juden aus Großdeutschland zu beraten. Die offiziellen Vertreter von 29 Staaten nehmen an der Konferenz teil, die auf Grund der Tatsache, daß eine Beteiligung des Völkerbundes nicht erfolgt, umfassende Beschlüsse fassen könnte.

Die Verhandlungen sollen nicht auf der Basis der Erweiterung der verschiedenen Einwanderungsquoten erfolgen, sondern vielmehr erreichen, daß die Einwanderungsstaaten zu einer liberaleren Handhabung der Immigrationsbestimmungen übergehen, um so die volle Ausnützung der Quoten zu ermöglichen. [...]

*Judenaktion in Berlin*

Beginnend am 10.6.1938 wurde in Berlin, zunächst nur in einzelnen Stadtteilen, eine Judenaktion durchgeführt, an der sich sämtliche Gliederungen der Partei auf Veranlassung der Gauleitung beteiligten. Die Aktion erreichte ihren Höhepunkt am 20./21.6.1938, wo sämtliche jüdischen Geschäfte Berlins sowie die Schilder der jüdischen \*Rechtsanwälte und \*Ärzte mit der Aufschrift: Jude und mit dem \*Davidstern bemalt wurden. Im Verlaufe der Aktion kam es verschiedentlich zu Zerstörungen und Plünderungen jüdischer Geschäfte sowie zu Tötlichkeiten. Sie wurde am 21.6.1938 nachmittags beendet. Die Aktion wurde durchgeführt mit der Genehmigung der örtlichen Berliner Polizeibehörden. Für zukünftige Fälle ist dem Chef der Sicherheitspolizei persönlich<sup>72</sup> die Entscheidung über Einzelmaßnahmen<sup>73</sup> vorbehalten. <2458>

◀333▶

**SD Außenstelle Kochem**

**Bericht für April, Mai und Juni 1938**

**Kochem, 26.6.1938**

**Brommer, Bd. 1, S. 95f.**

*Referat II 112: Judentum*

Zu den Punkten A und B bis einschließlich IV<sup>74</sup> ist im hiesigen Bereich nichts zu berichten. [...]

---

<sup>72</sup> Vgl. \*Heydrich.

<sup>73</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>74</sup> Gemeint sind die Punkte A Allgemeine Übersicht, und die Punkte I Programmatische Veränderungen, II Organisatorische Veränderungen, III Kampfmethoden und IV Beziehungen zu anderen Gegnern des Punktes B.

Sonstiges

*Gegnerarbeit anderer Gruppen (Antisemitismus)*

Die von Seiten der Regierung in Aussicht gestellten neuerlichen Maßnahmen gegen das gesamte Judentum werden heute schon mit Interesse aufgenommen, wenn man auch über die Durchführung im einzelnen noch kein klares Bild hat.

Der von der Partei geforderte totale \*Boycott der Juden zeigt in vielen Fällen gute Erfolge. So mußte von Juden, die beabsichtigten auszuwandern, der Verkauf ihres Besitzes<sup>75</sup> immer wieder verschoben werden, da bei angesetzten Versteigerungen keine Gebote kamen. Diese Verzögerungstaktik führte in fast allen Fällen dazu, daß die Objekte weit unter ihren Preis kamen. Es kann abschließend gesagt werden, daß die \*Judenfrage im hiesigen Bezirk heute kein akutes Problem mehr ist. In Fällen, wo noch eine Existenzgrundlage besteht, ist es eine Frage der Zeit, daß diese verschwinden werden. <2460>

◀334▶

Gestapa II A 2

Attentatspläne in jüdischen Kreisen<sup>76</sup>

Berlin, 27.6.1938

BArch, 1701/246 (Film 185)

1. Attentatspläne in jüdischen Kreisen

Die neuauflammenden \*Boycottmaßnahmen gegen das Judentum haben eine starke Bewegung in den jüdischen Kreisen in Berlin hervorgerufen. Die Juden haben allgemein erkannt, daß das vorangegangene Nachlassen in der \*Judenfrage nicht ein Gesinnungswechsel des Deutschen Volkes war, sondern nach Ansicht maßgeblicher jüdischer Kreise nur eine von der NSDAP diktierte Zurückhaltung darstellte. Seit Beginn der Aktion wird in jüdischen Kreisen die Durchführung und Zweckmäßigkeit von Attentaten auf führende politische Persönlichkeiten besprochen. Der Vorsitzende des „Landesverbandes Deutscher Juden“<sup>77</sup> Dr. Bruno \*Glaserfeld, Berlin W 30, Martin Luther Str. 11 wohnhaft, hat sich in gleichgesinnten Kreisen gegen die bisher geleistete illegale Arbeit ausgesprochen, da sie jede Umsturmöglichkeit ausschließe. Er verbreitet dagegen die Ansicht, daß schlagartig einsetzende Bombenattentate auf NS-Führer-Zusammenkünfte, wie z.B. Reichstags-sitzungen, Gautagungen, Reichsparteitag usw. eine eindruckliche Antwort des Weltjudentums auf die Judenhetze sein dürfte. Unabhängig von der Stellungnahme des Glaserfeld wurden von dem jüdischen Vertreter Günther Salter, Berlin W 30, Freisingerstr. 14 wohnhaft, ebenfalls Attentate als politische Kampfmittel gegen das Dritte Reich als allein wirkungsvoll angesprochen. So hat er in seinen Kreisen die

<sup>75</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>76</sup> Im Begleitschreiben des \*Gestapa an seine Unterabteilungen desselben Datums erscheint die folgende Angabe über den Berichterstatter und den Inhalt des Gesamtberichts: „S 3 meldet über: a) Attentatspläne in jüdischen Kreisen. b) Deutsche Freiheitspartei. c) Illegale SPD-Bestrebenungen.“ In der nachfolgenden Aktennotiz der Unterabteilung II G 2 an das Referat II A vom 7.7.1938 wird vermerkt: „zurückgesandt mit dem Bemerken, daß der Vorgang hinsichtlich der Attentatspläne der in der Meldung genannten Juden Dr. Glaserfeld und Günther Salter auf Weisung des Leiters II von dem Referat II G bearbeitet wird.“ Auf eine eingehendere Erforschung dieses Vorgangs konnte im Rahmen der vorliegenden Quellenedition nicht eingegangen werden.

<sup>77</sup> Gemeint ist wohl der \*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Bruno Glaserfeld war Vorsitzender des Landesverbandes Groß-Berlin.



Beobachtung der häufig benutzten Straßenzüge, z.B. der Fahrt des Führers zum Flughafen, Geburtstag des Führers, Ansammlungen vor der Reichskanzlei, als erste Aufgabe empfohlen. Nach eingehender Beobachtung empfiehlt *Salter* weiter, das Mieten einer Wohnung bzw. Zimmers, um von dort aus aktiv vorgehen zu können. Als besonders günstige Gelegenheit bezeichnete *Salter* die Rückkehr des Führers aus Italien, als er durch völlig verdunkelte Straßenzüge und besonders angestrahlt durch Scheinwerfer zur Reichskanzlei fuhr. Eine solche Gelegenheit dürfe nicht wieder ungenutzt bleiben, zumal dem Täter durch völlige Verdunkelung sogar noch Fluchtmöglichkeiten gegeben waren.

Einstimmig wird von *Glaserfeld* und *Salter* erklärt, daß es sich nicht um Spinnereien handelt, sondern, daß diese Pläne aus der verzweiferten Lage der europäischen Juden entstanden seien. Die sinkende Herrschaft der europäischen Juden glaube man nur auf diese Weise zum Stehen zu bringen.

### 2. Deutsche Freiheitspartei

Die Ernennung des Freiherrn v. Fritsch zum Chef eines deutschen Regiments wird in Kreisen der illegalen Freiheitspartei als Widerruf einer erfolgten Degradierung bewertet. Dieses führte man auf eine Erstarkung der illegalen Freiheitspartei zurück, die von hohen militärischen Personen und deutschen Wirtschaftlern beraten und weit in den gemäßigten Flügel der NSDAP hineingreifen soll. Einem Gerücht nach, das in den Kreisen der Freiheitspartei umgeht, sollen mehrere höhere Offiziere dem Führer 3 Forderungen gestellt haben.

- 1) Aufhebung der Judengesetzgebung
- 2) Abschaffung der \*Konzentrationslager
- 3) Erhebliche Einschränkungen der Vollmachten der \*Geheimen Staatspolizei.

Weiter wird verlangt, Ablösung des Funk als Wirtschaftsminister und Einsetzung eines gewissen Brinkmann(?) [sic].

Bei Verfolgung dieser Ziele soll die illegale Freiheitsbewegung im engsten Einvernehmen mit der Englischen Regierung handeln, von der sie auch namhafte geldliche Unterstützungen bezieht.

### 3. Illegale SPD-Bestrebungen

[...]

<2461>

◀335▶

### Stapoleitstelle Frankfurt/M.

#### Tagesrapport

o.O., 18.6.1938

HStA Wi, Abt. 483 Nr. 10009

In Gelnhausen wurde nachts durch Aufschichten einiger Steine der Zugang zur \*Synagoge und zu einem jüdischen Geschäft versperrt.<sup>78</sup> Eine Anzeige wurde nicht erstattet; die Steine, die den Zugang zur Synagoge versperrten, wurden von einigen jüdischen Gemeindemitgliedern wieder entfernt. Ferner wurden durch Kinder und Halbwüchsige einige Fensterscheiben der Synagoge zertrümmert.

Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

<2462>

---

<sup>78</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Juni 1938

Ansbach, 7.7.1938

BayHStA, StK 106678

*Innenpolitische Lage*

[...]

*Juden*

1) Die Abwanderung der Juden dauert an. Im Berichtsmonat haben 47 den Regierungsbezirk verlassen.<sup>79</sup> Aus Hof allein sind sieben Juden verzogen. Nach dem Bericht der Polizeidirektion Hof fällt es auf, daß neuerdings München als Wohnort bevorzugt wird. In Schopfloch, BA Dinkelsbühl, teilte der Vorstand der jüdischen \*Kultusgemeinde Herz dem Bürgermeister Hähnlein mit, daß sämtliche Juden mit Ausnahme von zwei alten Frauen, die in ein Heim eingeschafft würden, am 4.7.1938 Schopfloch verlassen werden. Bürgermeister Hähnlein hatte den Juden nahegelegt, aus sicherheitspolitischen Gründen die Gemeinde sobald als möglich zu verlassen.

2) In Gunzenhausen ging ein Manufakturwarengeschäft, in Burgkunstadt, BA Lichtenfels, eine Darmhandlung in arischen Besitz über.<sup>80</sup> In Altenmuh, BA Gunzenhausen, haben zwei Juden ihre Häuser verkauft.

3) Am 15.6.1938 hielt die israelitische Kultusgemeinde in Nürnberg eine außerordentliche Sitzung der Mitglieder ihrer Gesamtverwaltung ab, in der mitgeteilt wurde, daß im Vollzug des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte die Hauptsynagoge<sup>81</sup> in Nürnberg abgebrochen werden müsse. Diese Mitteilung wirkt auf die dort anwesenden Juden niederschmetternd; man war sich jedoch allgemein darüber klar, daß Einwendungen gegen diese Maßnahme zwecklos seien.<sup>82</sup>

4) Am 19.6.1938 fand in Nürnberg eine Sitzung der „Freie Konferenz der Rabbiner in Bayern“ statt, die von 14 Rabbinern besucht war.<sup>83</sup> Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die im Vollzuge des Gesetzes vom 28.3.1938<sup>84</sup> notwendige Umgestaltung der israelitischen Kultusgemeinden in eingetragene Vereine. Die Rabbiner brachten insbesondere ihre Sorge über ihre Rechtsstellung und Besoldung zum Ausdruck; sie wollen beim \*Landesverband der bayerischen Israelitischen Gemeinden in München anregen, daß zur Sicherstellung der Besoldung der Rabbiner Lebensversicherungen abgeschlossen werden, da zu befürchten ist, daß bei zahlenmäßigem Rückgang der Gemeindeglieder die Besoldung des Rabbiners nicht mehr gewährleistet ist. Außerdem wurde eine Mustersatzung für jüdische Kultusvereinigungen, die allgemein zur Einführung kommen soll, beraten. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß in München<sup>85</sup> und in Nürn-

<sup>79</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.

<sup>80</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>81</sup> Vgl. \*Synagoge. Es handelte sich um die Synagoge der \*Reformgemeinde am Hans-Sachs-Platz, eingeweiht 1874.

<sup>82</sup> Über die näheren Umstände der Zerstörung der Großen Synagoge in Nürnberg und ihre Bedeutung für die NS-Judenpolitik vgl. Zeittafel, 10. August 1938; zu der von der jüdischen Gemeinde unternommenen Rettungsaktion des historisch wertvollsten Inventars vgl. 4343.

<sup>83</sup> Über die Rabbinerverbände vgl. \*Rabbiner.

<sup>84</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>85</sup> Der Abbruch der Münchener Synagoge fand auf persönliche Anordnung Hitlers am 9. Juni 1938 statt; vgl. Zeittafel.

berg je eine Synagoge abgebrochen werden muß. Um den \*liberalen Juden, die bisher diese Synagogen benützten, eine Möglichkeit zur Abhaltung von Kultushandlungen zu schaffen, müßten die noch bestehenden Synagogen der \*orthodoxen Richtung geteilt werden. Es würde dann ein Teil dieser Synagogen den Liberalen und der andere Teil den Orthodoxen zur Benützung zur Verfügung stehen. Dieser Vorschlag wurde allgemein gutgeheißen. Abschließend wurden noch Kultusangelegenheiten, wie Bestattung von \*Halbjuden, Abhaltung von Kursen, usw. beraten.

5) Am 26.6.1938 hielt der jüdischen Jugendbund „Habonim“ in Nürnberg für seine Mitglieder einen Vortrag ab, der als Einführungslehrgang gedacht war. Den Vortrag hielt Dr. Ludwig \*Feuchtwanger-München. Die Ausführungen über das Thema „Jüdische Geschichte“ hatten religiösen Inhalt und waren nicht zu beanstanden. An der Veranstaltung nahmen 25 Personen teil.<sup>86</sup>

6) Im Zuge der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung hat das Bezirksamt Dinkelsbühl drei erheblich vorbestrafte Juden festgenommen. Zwei wurden ins \*Konzentrationslager Dachau eingeschafft.<sup>87</sup>

7) Der einstige Leiter des jüdischen \*Kaufhauses \*Tietz in Bamberg Siegfried Simon in Berlin wurde wegen Verdachts großer Devisenschiebungen in Untersuchungshaft genommen.

8) [N.N.] von Nürnberg erhielt wegen \*Rassenschande mit einer Jüdin drei Jahre Gefängnis. <2464>

◀337▶

Gendarmerie Freudenberg  
Lagebericht

Freudenberg, 23.6.1938

StA Am, BA Amberg 1037

*Juden, Freimaurer, Bettler und Arbeitslose*

Juden und \*Freimaurer existieren hier nicht.

<2469>

◀338▶

Gendarmerie Oberammergau  
Politischer Dienstbericht

Oberammergau, 29.6.1938

StA Mü, LRA 61616

*Juden, Freimaurer*

Unter den Fremden wurde heuer noch kein Jude bemerkt.

<2470>

◀339▶

Gendarmerie Thannhausen  
Lagebericht

Thannhausen, 29.6.1938

StA Abg, BA Krumbach Abg. 1986/360

*Juden und Freimaurer*

Hier keine vertreten. Jüdische \*Viehhändler kommen nicht mehr in den Bezirk.

<2472>

---

<sup>86</sup> Der Vortrag fand offensichtlich im Rahmen des \*Jüdischen Lehrhauses statt, das Feuchtwanger bis zu dessen endgültiger Schließung Anfang 1939 leitete.

<sup>87</sup> Vgl. Zeittafel, 13.-18. Juni 1938.

**Die Organisationen der Judenheit, ihre Verbindungen und politische Bedeutung**Berlin, o. D.<sup>88</sup>

BArch, R 58/956

*A. Die jüdischen Organisationen in Deutschland**I. Altes Reichsgebiet<sup>89</sup>*

1. Allgemeines und Historisches
2. Jüdisch-politische Gruppen
  - a. Assimilanten
  - b. Orthodoxe
  - c. Zionisten
3. Jüdische Gemeindeverbände
4. Die Reichsverbände

*II. Land Österreich**III. Die Beziehungen der Organisationen zum Weltjudentum**B. Aufbau und politische Bedeutung des Judentums in den europäischen und außereuropäischen Ländern**I. Amerika**II. England**III. Frankreich**IV. Die Organisationen des Weltjudentums**V. Organisationen zum Aufbau Palästinas<sup>90</sup>*

-.-.-.-.-

*A. Die jüdischen Organisationen in Deutschland**I. Altes Reichsgebiet**1. Allgemeines und Historisches*

Bis zur Machtergreifung durch den Nationalsozialismus war das innerjüdische Leben in Deutschland fast ausschließlich beherrscht durch die Ideen der sogenannten „deutsch-jüdischen“ Organisationen. Daneben zeigte sich eine Vielheit

<sup>88</sup> Der vorliegende Text wurde offensichtlich in der zweiten Julihälfte 1938 von dem damaligen Leiter des Judenreferats II 112 im \*SD-Hauptamt, Herbert Hagen, als Vortrag für Schulungszwecke für höhere Parteifunktionäre und SS-Führer verfaßt. Der Vortrag basiert auf vorangegangenen SD-Berichten in- und außerhalb Deutschlands und wurde zunächst am 18.8. und nochmals am 25.8.1938 im Außenpolitischen Schulungshaus der NSDAP bzw. in der SD-Schule Bernau gehalten; vgl. Tätigkeitsbericht II 112 vom 1.7. bis 31.12.1938, in: BArch, R 58/991. Die Herausgeber haben dieses sehr aufschlußreiche Dokument im vorliegenden Auswahlband nach den Berichten von Juni und damit vor den dramatischen Veränderungen der Situation der Juden in Deutschland während der verhängnisvollen Monate Juli bis November 1938 aufgenommen. Dasselbe Manuskript wurde auch später noch bis mindestens Anfang 1939 zu Schulungszwecken verwendet und befindet sich mit handschriftlichen Aktualisierungen (z.B. Korrektur der Bezeichnung „Reichsvertretung“ zu „Reichsvereinigung“) in derselben Akte des Bundesarchives (R 58/956).

<sup>89</sup> Vgl. \*Altreich.

<sup>90</sup> Der im Folgenden wiedergegebene Text enthält nur den Abschnitt des Kapitels A, der sich auf das \*Altreich bezieht.

jüdischer Wohltätigkeits- und Sterbevereine<sup>91</sup> sowie jüdisch-wissenschaftlicher Institute und Vereinigungen.<sup>92</sup>

Naturgemäß lag zu jener Zeit die Haupttätigkeit der maßgeblichen jüdischen Organisationen in der Abwehr des Antisemitismus und dem Ausbau der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Es bestand damals auch engste Zusammenarbeit mit den „System-Parteien“, von der Staatspartei über die SPD zur KPD; dies kann insbesondere für die Arbeit des „Jüdischen \*Centralvereins“ und des „\*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ nachgewiesen werden.

Das Jahr 1935 hätte eigentlich einer solchen Zielgebung ein Ende setzen müssen,<sup>93</sup> allein die Tatsachen beweisen, daß erst etwa Mitte des Jahres 1937 eine offenbar endgültige Abkehr der jüdischen Organisationen von ihren Sonderzielen und eine gewisse Ausrichtung auf den \*Auswanderungsgedanken stattgefunden hat. Von einer gänzlichen Verwischung der jüdisch-ideellen Grenzen kann doch auch heute noch nicht gesprochen werden.

Die Hauptströmungen im Judentum Deutschlands lassen sich – wie überhaupt allgemein – in drei große Gruppen gliedern:

- A. \*Assimilanten,
- B. Religiös-\*Orthodoxe und
- C. \*Zionisten.

Die *Assimilanten*, deren Anschauung bis 1933 unbedingt dominierte, treten ein für Angleichung der Juden an das jeweilige Wirtsvolk und nötigenfalls für völliges Aufgehen in demselben. Sie vertreten den „deutsch-jüdischen“ Gedanken und verstanden es – besonders die Extremisten unter ihnen – auf jene Bevölkerungskreise, die sich mit der Rassenfrage überhaupt nicht auseinandergesetzt hatten oder auseinandersetzen wollten, einen gewissen irreführenden Einfluß zu nehmen. Derartige Versuche des „\*Verbandes national-deutscher Juden“ führten beispielsweise zur Auflösung dieses Bundes im Dezember 1935.

Der ebenfalls im assimilatorischen Lager stehende jüdische Jugendbund „Der Ring – Bund jüdischer Jugend“ (ehemals „Bund deutsch-jüdischer Jugend“), der in seinem Aufbau die \*Hitlerjugend vollkommen nachahmte und rein deutsch-völkische Tendenzen vertrat, wurde ein Jahr später im Dezember 1936 aufgelöst.

Als jüdisch-religiöse Richtung, mit geringerer allgemein-politischer Tendenz, ist die jüdische \*Orthodoxie anzusprechen. Die Organisationen dieser Gruppe befassen sich neben der Vertiefung des religiösen Empfindens und der Pflege jüdischer Religionsgesetze und -überlieferungen mit der Lösung caritativer Aufgaben.

Um das Judentum oder besser gesagt, einen Teil der Juden in Deutschland zurückzuführen zum jüdischen Nationalismus, wie ihn der \*Zionismus verkörpert, bedurfte es erst der einschneidenden Ereignisse des Jahres 1933. Bis dahin war die Zahl der Zionisten in Deutschland vollkommen unbedeutend; sie schnellte jedoch plötzlich in ungeahntem Ausmaße in die Höhe, als der Nationalsozialismus an die Macht kam. Allein hier ergab sich, daß ein sehr großer Teil der augenblicklich begeisterten Zionisten nur „Scheinzionisten“, ohne wirkliche Verbindung mit den Ideen des Zionismus, waren.

---

<sup>91</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische; \*Chewra Kaddischa.

<sup>92</sup> Vgl. \*Lehrhaus, jüdisches; \*Rabbinerseminare.

<sup>93</sup> Vgl. \*Einzelaktionen und die „neue antisemitische Welle“ dort, sowie \*Nürnberger Gesetze.

[...] Die zwischen den drei vorbesprochenen jüdischen Ideengruppen bestehenden Unterschiede treten besonders auch bei der verschiedenartigen Lösung des Wanderungsproblems zutage:

Hier Besiedlung Palästinas, dort Propagierung jüdischer Gruppensiedlung im Auslande, teils auf religiöser, teils auf sogenannter „deutsch-jüdischer“ Grundlage.

Die *organisatorischen Träger* des Judentums in Deutschland können, abgesehen von einer jüdisch-politischen Unterscheidung, dreifach untergliedert werden:

1. die jüdisch-politischen Gruppen,
2. die jüdischen Gemeindeverbände<sup>94</sup> und darüberstehend
3. die jüdischen Reichsverbände,

wobei hier gleich von vornherein erwähnt werden soll, daß die letztgenannten Gruppen durch das Gesetz zur rechtlichen Neuordnung der jüdischen \*Kultusgemeinden vom 28.3.38<sup>95</sup> einer völligen Neuordnung unterworfen wurden.

#### 2. *Jüdisch-politische Gruppen*

a. *Assimilanten*: Hauptvertreter des Judentums in Deutschland schlechthin war bis 1933 der „\*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, der heute den Namen „Jüdischer Centralverein“ trägt. [...] Nachdem seine Veranstaltungstätigkeit auf ein Mindestmaß beschränkt worden ist, versucht der „CV“, auf die breite jüdische Masse durch seine „Beratung“ in den an größeren Plätzen bestehenden Beratungsstellen Einfluß zu nehmen. Oft werden die erteilten Ratschläge dazu benutzt, um im Vergleich zum Auslande ein Verbleiben in Deutschland auch weiterhin als annehmbar erscheinen zu lassen. Etwa 35.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit etwa 500 Ortsgruppen zusammengefaßt, also immerhin noch eine durchaus beachtliche jüdische Organisation.

Seine führende Stellung im Assimilantentum mußte der CV jedoch nach 1933 an den 1919 gegründeten „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ abgeben, dessen Gründer und Bundesleiter der jüdische Hauptmann d.L. a.D. Leo \*Löwenstein, Berlin, ist. Auch dieser „Frontbund“ stellte sich zunächst als Hauptaufgabe die Abwehr des Antisemitismus, um dann daran zu gehen, durch eine eigene dazu errichtete Stelle den Vorwürfen von der jüdischen Kriegsdrückebergerei entgegenzutreten. Das Ergebnis dieser Arbeiten war das 1932 erschienene Gefallenen-Gedenkbuch, in dem 12.000 jüdische Gefallene namentlich aufgezählt sind. [...]

In 16 Landesverbänden und 365 Ortsgruppen sind insgesamt ungefähr 20.000 Mitglieder organisiert. (Laut staatspolizeilicher Verfügung dürfen nur wirkliche Frontkämpfer Mitglieder des Bundes werden). [...]

Die „\*Vereinigung für das religiös-liberale Judentum“ hat zahlenmäßig geringen Umfang. Ihre Mitglieder setzen sich hauptsächlich aus assimilatorischen Kreisen zusammen; [...]

b. *Orthodoxe* : Den jüdisch-orthodoxen Gruppen kommt innerhalb des Judentums in Deutschland in jüdisch-politischer Hinsicht geringere Bedeutung zu. Ihre Tätigkeit erschöpft sich tatsächlich in der Pflege und Beachtung religiöser Gebräuche,<sup>96</sup> z.B. bei Beerdigungen, und in caritativer Arbeit.<sup>97</sup> [...]

---

<sup>94</sup> Vgl. \*Landesverbände jüdischer Gemeinden.

<sup>95</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>96</sup> Vgl. \*Hachschara.

<sup>97</sup> Vgl. Anm. 91.

c. *Zionisten*: Der heute zahlenmäßig mächtigste Faktor im jüdischen Leben ist die „\*Zionistische Vereinigung für Deutschland“ – ZVfD – die der „Zionistischen Weltorganisation“ – ZWO – angeschlossen ist und etwa 90.000 Mitglieder zählt. Sie besitzt zahlreiche Umschulungslager<sup>98</sup> und Jugendgruppen in Deutschland. Ihre größte Umschulungsorganisation ist der „\*Hechaluz“ (= Der Pionier). [...]

### 3. *Jüdische Gemeindeverbände*

Ein wichtiges Glied innerhalb des Judentums in Deutschland stellen die jüdischen \*Landesverbände dar. Sie sind rechtsfähige Vereine des bürgerlichen Rechts und haben insbesondere in Anbetracht ihrer Steuereinkünfte starke Bedeutung für das jüdisch-politische Leben. (Bis zum 28.3.38 waren sie noch Körperschaften öffentlichen Rechts). Der größte Landesverband ist der preußische, dem vier Fünftel aller jüdischen Gemeinden des Reiches eingegliedert sind. Daneben bestehen israelitische Oberräte in Baden und Württemberg, Landesverbände in Bayern, Hessen und Sachsen sowie die Großgemeinde Hamburg.

### 4. *Die Reichsverbände*

Die „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ ist die einzige Vertretung der in Deutschland lebenden Juden gegenüber der Reichsregierung. Bis zum Jahre 1933 stellte die „Reichsvertretung“ lediglich den Zusammenschluß der jüdisch-religiösen Landesverbände dar und wurde erst damals durch Hinzunahme von Vertretern aus allen jüdisch-politischen Lagern zu ihrer jetzigen Form erweitert.

Im Augenblick werden noch Beratungen und Verhandlungen geführt auf Grund des Gesetzes vom 28.3.38 mit dem Ziel, eine Vereinheitlichung der Landesverbände und \*Kultusgemeinden herbeizuführen. Die Spitze soll die „Reichsvertretung“ unter der Bezeichnung „Reichsverband der Juden in Deutschland“<sup>99</sup> als eingetragener Verein bilden. Die bisher vorliegende Fassung des Satzungsentwurfes<sup>100</sup> sieht eine Auflösung des Preußischen Landesverbandes, dessen soziale Aufgaben durch die Reichsvertretung unmittelbar weitergeführt werden sollen, und eine Umgestaltung der übrigen Landesverbände in sogenannte Bezirksorganisationen, d.h. Zwischenverbände des Reichsverbandes, vor. Die hierbei aufkommenden Streitigkeiten, die sich bereits seit April d.J. hinziehen, sind ein treffender Beleg für die Langsamkeit eines demokratischen Verwaltungsprinzips und des völligen Versagens der Juden auf verwaltungsmäßigem Gebiet selbst in Augenblicken, in denen es um ihre Existenzfragen geht.

Dieses oberste jüdische Gremium kann nur durch dauernden staatlichen Druck zu produktiver Arbeit gebracht werden. Als Erfolg dieser Art kann die Errichtung eines „Zentralen Wanderungsausschusses“<sup>101</sup> bei der „Reichsvertretung“ angesehen werden, dem Vertreter aller an der Wanderung interessierten jüdischen Organisationen angehören.

In diesem Zusammenhang seien noch die jüdischen Auswanderungsämter, die selbständige Stellen sind, genannt:

---

<sup>98</sup> Vgl. \*Hachschara.

<sup>99</sup> Vgl. Zeittafel, 27. Juli 1938, sowie \*Reichsverband der Juden in Deutschland.

<sup>100</sup> Vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 117 C.

<sup>101</sup> Vgl. \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung, 1; Zeittafel, 13. Dezember 1937.

Das „\*Palästina-Amt“, der „\*Jewish Agency“ in Berlin ist für die Verteilung der von der Mandatarmacht [sic] England<sup>102</sup> ausgegebenen Palästinazertifikate<sup>103</sup> an die in Frage kommenden Organisationen verantwortlich.

Die jüdische \*Auswanderung nach außerpalästinensischen Ländern vermittelt der „\*Hilfsverein der Juden in Deutschland“ mit dem Sitz in Berlin. Er steht in Verbindung mit den zahlreichen jüdischen Hilfsorganisationen des Auslandes und prüft Projekte für die jüdische Auswanderung, insbesondere nach überseeischen Ländern.

Verschiedene Reichsausschüsse, denen die Zusammenfassung und Vertretung des jüdischen Sports,<sup>104</sup> der jüdischen Jugend<sup>105</sup> und der Judenheit in Deutschland in kultureller Beziehung<sup>106</sup> obliegen, unterstehen der „Reichsvertretung“ direkt.

Der „\*Reichsausschuß der jüdischen Sportverbände“ stellt die dem Reichsportführer gegenüber verantwortliche Spitze im jüdischen Sport dar. Ihm eingegliedert sind der 1898 gegründete zionistische „Deutsche \*Makkabi-Kreis e.V.“ mit etwa 20.000 Mitgliedern und der Sportbund „\*Schild“ des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ mit etwa 22.000 Mitgliedern, sowie die als jüdisch-politisch neutral geltende Gruppe der jüdischen Sportvereine in Bayern. Obwohl der „Schild“ erst seit 1933 besteht,<sup>107</sup> besitzt er doch zahlen- und leistungsmäßig das absolute Übergewicht im jüdischen Sport; ein Umstand, der keineswegs begrüßenswert ist und wieder einmal zeigt, daß das zionistische Gedankengut bei einem großen Teil der jüdischen Jugend noch nicht Fuß gefaßt hat und sich auch nicht durchsetzen wird. [...]

Das gesamte jüdische kulturelle Leben unterliegt der Überwachung der Abteilung II A des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, dem früheren Büro \*Hinkel. Bereits im Jahre 1933<sup>108</sup> erfolgte der Zusammenschluß der damals bestehenden jüdischen kulturellen Vereinigungen zum „Reichsverband der jüdischen \*Kulturbünde“ mit dem Sitz in Berlin. Alle jüdisch-kulturellen Organisationen haben sich diesem „Kulturbund“ anzuschließen, der nur jüdisches Kulturgut durch Juden für Juden zur Aufführung bringen darf. Jede Vortragsfolge muß von der Abteilung II A genehmigt sein.<sup>109</sup>

Naturgemäß stellt der „Kulturbund“ bei der äußerst weitgehenden Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Kulturleben einen beachtlichen jüdischen Mittelpunkt dar.

Das eigentliche Finanzinstrument der „Reichsvertretung“ ist der „\*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau“. Dieser verwaltet gleichzeitig die seit dem Winter 1933/34<sup>110</sup> vom \*WHW getrennt arbeitende „Jüdische \*Winterhilfe“ – JHW, die gute Leistungen aufzuweisen hat.

---

<sup>102</sup> Vgl. \*Britisches Mandat in Palästina.

<sup>103</sup> Vgl. \*Zertifikate.

<sup>104</sup> Vgl. \*Sportvereine, jüdische.

<sup>105</sup> \*Jugendorganisationen, jüdische.

<sup>106</sup> Vgl. \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung.

<sup>107</sup> 1933 wurde der seit 1935 bestehende „Schild“ neu organisiert und seine Tätigkeit intensiviert.

<sup>108</sup> Hier ein Fehler. Die Kulturbünde wurden erst im April 1935 zum Reichsverband jüdischer Kulturbünde zusammengeschlossen; vgl. Zeittafel, 27./28. April 1935.

<sup>109</sup> Vgl. \*Überwachung.

<sup>110</sup> Hier ein Fehler. Die Trennung vom \*Winterhilfswerk des deutschen Volkes (WHW) erfolgte erst am 15.10.1935, vgl. Zeittafel.



Bei einer Aufzählung der jüdischen Organisationen in Deutschland ist es nicht zweckmäßig, auf jede einzelne, kleine und kleinste Gruppe einzugehen, da hierdurch nur der Überblick getrübt wird. Es soll nur noch erwähnt werden, daß neben den genannten noch zahlreiche Vereinigungen landsmannschaftlichen Charakters, ferner studentische Verbände und viele kleine, in den vorgenannten Gruppen nicht einzureihende Zusammenschlüsse bestehen, ohne daß sie grundsätzliche politische Bedeutung hätten.

Zum Schluß sei noch die „Vereinigung 1937“ –ehemals „\*Paulusbund“ bzw. „Vereinigung nichtarischer Christen“ –kurz erwähnt. Nachdem diesem Bund früher zahlreiche Volljuden christlicher Konfession, vorwiegend auch in führenden Stellungen angehört hatten, wurde am 18. Mai 1937 bestimmt, daß sämtliche Mitglieder, die Juden im Sinne des Reichsbürgergesetzes sind, ausscheiden müssen und Gelegenheit haben, dem „Jüdischen Kulturbund“ beizutreten.

Ebenso wie die „Jüdische Winterhilfe“ ist auch der „Kulturbund“ verpflichtet, Juden im Sinne des Gesetzes<sup>111</sup> zu betreuen bzw. in seinen Reihen aufzunehmen.

Durch diese Maßnahme ist es möglich, eine klare Scheidung zwischen den zum Judentum gehörenden und denjenigen, die später eventuell einmal Reichsbürger werden können, zu erreichen. <2508>

◀341▶

**SD-Hauptamt II 112  
Bericht für Juli 1938**

**Berlin, o.D.**

**OA Mos, 500/3/316**

Die Lage der Juden in Deutschland wird bestimmt durch die in der Berichtszeit stattgefundenen antisemitischen Boykottaktionen,<sup>112</sup> durch gesetzliche Maßnahmen, die die Juden immer mehr ihrer Lebensmöglichkeiten in Deutschland berauben, und durch den Ausgang der Konferenz in \*Evian, der die Aufmerksamkeit der jüdischen Bevölkerung auf sich lenkte und auf den so sehr große Hoffnungen und Erfolgswünsche gesetzt wurden.

Die Aktionen gegen jüdische Geschäfte, die im ganzen Reichsgebiet durchgeführt worden sind, haben in vielen Fällen die \*Arisierung der Geschäfte vorwärts getrieben. Um sich vor weiteren Maßnahmen seitens der Bevölkerung zu schützen, haben die jüdischen Geschäftsinhaber teilweise ihre Geschäfte von sich aus selbst gekennzeichnet. In anderen Fällen wurden sie zur \*Kennzeichnung ihrer Geschäfte durch polizeiliche Anordnung veranlaßt.<sup>113</sup> So wurden z.B. für die Dauer des Turn- und Sportfestes in Breslau mit Genehmigung des Generalfeldmarschalls \*Göring alle jüdischen Betriebe durch ein gelbes Plakat mit der Aufschrift „Jüdischer Betrieb“ gekennzeichnet. Als Folge der Vermögensveranlagung<sup>114</sup> wurden jüdische Betriebe, Wohnstätten usw. in erhöhtem Maße zum Verkauf angeboten, da die Juden befürchteten, entweder enteignet zu werden oder eines Tages ihr Vermögen zu Schleuderpreisen abgeben zu müssen.

---

<sup>111</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze, sowie Zeittafel, 14. November 1937.

<sup>112</sup> Vgl. \*Boykott, antijüdischer.

<sup>113</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Juli 1938.

<sup>114</sup> Vgl. Zeittafel, 26. April 1938.

Durch obenerwähnte und durch staatspolizeiliche Maßnahmen hat der Auswanderungsgedanke und der Wille zur \*Auswanderung eine starke Förderung erfahren. Die Zahl der Auswanderungsanträge ist wieder etwas stärker geworden, wobei in der Hauptsache kapitalkräftigere Kreise des Judentums am stärksten beteiligt sind. Als Auswanderungsländer sind vornehmlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien und das übrige Südamerika gewählt worden.

Die neue Lage der Rechtsverhältnisse der jüdischen Gemeinden<sup>115</sup> hat gezeigt, daß die finanzielle Grundlage der jüdischen \*Kultusgemeinden ins Schwanken gekommen ist und für die Unterstützung auswanderungswilliger ärmerer Juden keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Um diesem entgegenzutreten, hat sich die Judenheit in Deutschland am 27. Juli 1938 zur Organisierung der gesamten Judenheit in Deutschland und aller Kräfte für die Auswanderung den „\*Reichsverband der Juden in Deutschland“ geschaffen, in dessen Rahmen die einzelnen Kultusvereinigungen eingegliedert werden. Der vorgeschlagene Satzungsentwurf wird einer Prüfung unterzogen. Es soll versucht werden, die durch Erlaß des Gesetzes zur Änderung der Rechtsverhältnisse der jüdischen Gemeinden entstandenen Schwierigkeiten wesentlich zu beheben.<sup>116</sup>

Mit großer Spannung wurde von der Judenschaft in Deutschland die vom 6.7.-15.7. in Evian tagende internationale Konferenz der Regierungsvertreter von 32 Staaten verfolgt. Das Problem der Unterbringung von Juden aus dem Gebiete des Großdeutschen Reiches<sup>117</sup> in andere Staaten hat diese Vertreter eine Woche lang beschäftigt, wobei es, wie zu erwarten war, zu einem Ergebnis, das die Lösung der Wanderungsfrage der Juden erleichtern würde, nicht geführt hat. In der gefaßten ersten Resolution heißt es, daß ein Intergouvernementales Komitee mit dem Sitz in London gebildet wird, das die Arbeit fortzuführen hat. Die Arbeit dieses Komitees beginnt am 3.8.38. Die meisten Punkte der Entschlüsse in Evian sind theoretischer Art. Es ist allerdings bemerkenswert, daß in Punkt 5 der ersten Resolution ausdrücklich festgestellt wird, daß die im Intergouvernementalen Komitee vertretenen Regierungen der Mitarbeit des Herkunftslandes der Emigranten bedürfen, „wobei wir überzeugt sind“, heißt es wörtlich, „daß dieses seinen Beitrag leisten wird, indem es den unfreiwilligen Auswanderern gestattet, ihr Eigentum und ihre Besitztümer mitzunehmen und in geordneter Weise auszuwandern“.

Die Zukunft der bisher betriebenen Auswanderungspolitik wird daher in sehr starkem Maße von den Bestimmungen des Intergouvernementalen Komitees abhängen.

Unter dem Druck der augenblicklichen Verhältnisse hat das jüdisch-politische Leben<sup>118</sup> sehr stark abgenommen. Das zeigt sich besonders in der geringen Zahl der stattgefundenen Veranstaltungen und Versammlungen.

---

<sup>115</sup> Vgl. Zeittafel, 28. und 29. März 1938.

<sup>116</sup> Zu dem langwierigen Umwandlungsprozeß der Zentralorganisation der deutschen Juden von der \*Reichsvertretung zur Reichsvereinigung zwischen März 1938 und Juli 1939 vgl. Zeittafel 4. Juli 1939 und die umfassende Dokumentation dazu in Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 114, 117 und 120. Der im Text erwähnte Satzungsentwurf des Reichsverbandes ist dort abgedruckt in Nr. 117c.

<sup>117</sup> Vgl. \*Altreich.

<sup>118</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

Die Zurückdrängung der Juden auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ist durch neue Reichsgesetze wieder um einen Schritt weitergekommen. Mit Reichsgesetz vom 6. Juli 1938<sup>119</sup> wurden einige Änderungen in der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vorgenommen. Danach ist Juden und jüdischen Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit der Betrieb nachfolgender Gewerbe untersagt: des Bewachungsgewerbes, der gewerblichen Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten, des Handels mit Grundstücken, der Geschäfte gewerbsmäßiger Vermittlungsagenten für Immobilienverträge und Darlehen, sowie des Gewerbes der Haus- und Grundstücksverwalter, der gewerbsmäßigen Heiratsvermittlung und des Fremdenführergewerbes. Auch der Wandergewerbeschein ist zu versagen, wenn der Nachsuchende Jude ist. Durch Verordnung vom 26. Juli 38 ist als allgemeiner polizeilicher Inlandsausweis eine Kennkarte eingeführt worden.<sup>120</sup> Danach haben Juden im Sinne des Reichsbürgergesetzes,<sup>121</sup> die deutsche Staatsangehörige sind, bis zum 31. Dezember 1938 bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Es ist dadurch erstmalig die Möglichkeit gegeben, die Zahl der Juden im Sinne des Gesetzes festzustellen.<sup>122</sup> Die Ausschaltung der Juden aus der Ärzteschaft wird durch eine neue Verordnung im Reichsbürgergesetz angeordnet.<sup>123</sup> Mit dem 30. Sept. 1938 erlöschen die Bestellungen der jüdischen \*Ärzte. In Deutschland wird von nun an kein jüdischer Arzt mehr einen deutschblütigen Menschen behandeln dürfen.

Nach einer Anordnung des Reichsministeriums des Innern sind sämtliche nach Juden und jüdischen \*Mischlingen ersten Grades benannte Straßen oder Straßenteile umzubenennen.<sup>124</sup>

Um Tarnungen von jüdischen Gewerbebetrieben gänzlich auszuschließen, hat der Reichsminister des Innern einen Runderlaß zur praktischen Durchführung der Anlage von Listen jüdischer Gewerbebetriebe entworfen. Danach wird festgestellt, welcher Betrieb als jüdisch anzusehen ist.<sup>125</sup>

Erwähnenswert ist noch eine Ergänzung des Reichsministers des Innern zu seinen Richtlinien über die Regelung des Besuchs ausländischer jüdischer Kurgäste in Bädern und \*Kurorten. Es wird darin festgestellt, daß die Regelung grundsätzlich von dem Träger der Kureinrichtungen zu treffen ist. [...]

<2473>

---

<sup>119</sup> RGBI I, 823.

<sup>120</sup> Hier offensichtlich ein Irrtum. Das Gesetz wurde am 23. Juli erlassen; vgl. Zeittafel, 23. Juli 1938.

<sup>121</sup> Vgl. Nürnberger Gesetze.

<sup>122</sup> In der Volkszählung von Juni 1933 wurden Juden nach ihrer Religionszugehörigkeit (vgl. \*Glaubensjuden) erfaßt. Erst im Mai 1939 fand eine Volkszählung nach Rassenzugehörigkeit statt; vgl. Blau, Ausnahmerecht, S. 9f.

<sup>123</sup> Vgl. Zeittafel, 25. Juli 1938.

<sup>124</sup> Vgl. Zeittafel, 27. Juli 1938.

<sup>125</sup> Zur Bestimmung des Reichswirtschaftsministeriums zur Verhinderung der „Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe“ vgl. Zeittafel 4. Januar 1938.

◀342▶

SD-Hauptamt II 1

Auszüge aus den täglichen Informationen von I 12 vom 4.8.38

Berlin, 5.8.1938

BArch, R 58/992

Der Beginn des Abbruchs der Nürnberger \*Synagoge am Hans-Sachs-Platz soll zum Anlaß einer Großaktion gegen die Juden genommen werden. Sonnabend, den 6.8.38, soll die erste Kundgebung durchgeführt werden, in deren Verlauf Gauleiter \*Streicher selbst den ersten Stein der Synagoge abbrechen soll.<sup>126</sup> Auf dem freiwerdenden Baugelände soll angeblich ein antisemitisches Museum errichtet werden. [...]

<2493>

◀343▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken

Bericht für August 1938

Ansbach, 7.9.1938

BayHStA, StK 106678

[...]

*Juden, Freimaurer*

Auch im Berichtsmonat hat wieder eine Anzahl von Juden den Regierungsbezirk verlassen. Im Bezirk Lauf bereiten zahlreiche Juden die \*Auswanderung vor. Ebenso macht die \*Arisierung jüdischer Geschäfte gute Fortschritte.

1) Die Stadt der Reichsparteitage Nürnberg erlebte am 10.8.1938 einen denkwürdigen Tag: Julius \*Streicher gab das Zeichen zum Abbruch der Hauptsynagoge am Hans-Sachs-Platz, die zur Durchführung städtebaulicher Maßnahmen entfernt werden mußte. Zehntausende Volksgenossen wohnten der geschichtlichen Stunde bei. S. Monatsbericht für Juli 1938 S. 7, Ziff. 6!<sup>127</sup>

Kurz vor dem Abbruch der \*Synagoge ließen die Juden in aller Heimlichkeit aus der Synagoge einen 5 Ztr. schweren Stein mit Inschrift zur Erinnerung an die vor 500 Jahren niedergebrannte erste Synagoge in Nürnberg entfernen und auf den jüdischen Friedhof verbringen.<sup>128</sup> Die Herausnahme des Steines besorgte der Nürn-

<sup>126</sup> Tatsächlich fand der Abbruch am 10. August 1938 statt, vgl. Zeittafel.

<sup>127</sup> Vgl. <2482> Juden.

<sup>128</sup> Der hier erwähnte, sogenannte „Judenstein“ bildete ursprünglich den Giebel des Toraschreines mit der hebräischen Aufschrift „Keter Tora“ (Krone der \*Tora) in der spätgotischen Synagoge in Nürnberg, die bei der Vertreibung der Juden im Jahr 1499 zerstört wurde. Der Stein geriet in Privatbesitz und wurde im Jahre 1909 von der Jüdischen Gemeinde zurückerworben und zusammen mit einer Gedenktafel als Erinnerungsstein in der Vorhalle der 1874 eingeweihten Nürnberger Hauptsynagoge aufgestellt: „Der 'Judenstein'/ein Wahrzeichen aus den Tagen vor der/ Vertreibung der Juden aus Nürnberg/ 1499./ Von der Israelitischen Kultusgemeinde/ erworben und aufgestellt/ 1909./ Eine Zeit kommt, da Steine verworfen/ und wieder eine Zeit, da Steine/ gesammelt werden. Pred. 3,5“. Nachdem der jüdischen Gemeinde bereits im Juni 1938 der bevorstehende Abbruch der Synagoge am 10.8.1938 mitgeteilt wurde (vgl. ▶336▶), beschloß der Gemeindevorstand, den Stein mitsamt Gedenktafel heimlich zu retten und nach altem jüdischem Brauch auf dem jüdischen Friedhof zu vergraben. (Vgl. dazu den ähnlichen Rettungsakt vor der Kristallnacht in Bad Kissingen, ▶384▶, sowie die Anmerkung zu „Genisa“ dort.) Nach dem Krieg wurde der „Judenstein“ ausgegraben und im Städtischen Museum aufbewahrt. Seit dem jüdischen Neujahrstag (vgl. \*Rosh ha-Schana) am 23.9.1987 befindet sich der restaurierte Stein in der wieder aufgebauten, neuen Synagoge, eingemauert neben dem heutigen Toraschrein, mit

berger Baumeister Fritz Frisch, der sich erst im Jahre 1937 in die NSDAP hatte aufnehmen lassen. Frisch wurde sofort aus der Partei ausgeschlossen und seine Charakterlosigkeit in der Öffentlichkeit gebührend gebrandmarkt. [...]

6) Die Judenschule in Schwabach,<sup>129</sup> die auch als Synagoge benutzt wurde, wurde von einer Schwabacher Brauerei für ein Faßlager angekauft. <2498>

◀344▶

**Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für August 1938**

Speyer, 12.9.1938

BayHStA, StK 106676

*Innerpolitische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

*Juden*

[...] Die \*Synagoge in Kaiserslautern ist von der Stadtverwaltung zum Abbruch erworben worden. Die israelitische \*Kultusgemeinde hat als Ersatz ein städtisches Anwesen in der Ritter von Eppstraße erhalten. Der Abbruch der Synagoge hat bereits begonnen. [...] <2499>

◀345▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für Juli 1938**

Regensburg, 8.8.1938

BayHStA, StK 106673

*Juden*

[...] Ein bisher im Bezirk Viechtach ansässiger tschechischer Jude zog in seine Heimat zurück.<sup>130</sup> Ein jüdischer \*Viehhändler in Schwandorf hat sich erhängt.<sup>131</sup> <2480>

◀346▶

**SD-Hauptamt II 112  
Bericht für 1.8.-31.8.38**

Berlin, 8.9.1938

OA Mos, 500/3/316

*Judentum*

Die Situation der Judentum hat sich in Auswirkung der seit Beginn des Jahres laufend erlassenen Ausschließungsverordnungen stetig verschlechtert. Abgesehen von der verschiedentlich örtlich vorgenommenen \*Kennzeichnung jüdischer Geschäfte wird aus allen Teilen des Reiches übereinstimmend über ein Anwachsen der \*Arisierung jüdischer Betriebe berichtet. [...]

Neben den bekannten gesetzmäßigen und verordnungsmäßigen Maßnahmen<sup>132</sup> sind die insbesondere in Berlin im vergangenen Monat unternommenen polizeilichen Schritte gegen die Juden erwähnenswert. Die Anweisung des Polizeipräsidenten von Berlin verfolgt das Ziel, der Judentum den Aufenthalt in

---

einer zusätzlichen, zweiten Gedenktafel, die an die sechs Millionen Opfer der Shoa, unter denen ca. 1700 Nürnberger Juden waren, erinnert.

<sup>129</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>130</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit sowie \*Rückauswanderung.

<sup>131</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

<sup>132</sup> Vgl. Zeittafel, 23. und 25. Juli 1938.

Deutschland so zu erschweren, daß trotz der schwierigen finanziellen Bedingungen ihr Wunsch zur \*Auswanderung eine Förderung erfährt. Es soll deshalb auswanderungsbereiten Juden jede Unterstützung in der Beschaffung der für die Abwanderung notwendigen Dokumente gewährt werden. [...]

Die „\*Staatszionistische Vereinigung“ mit ihren gesamten Untergliederungen im alten Reichsgebiet wurde im Berichtsabschnitt aufgelöst,<sup>133</sup> da ihr das Deutsche Reich schädigende Verbindungen zu jüdischen Organisationen der \*Jabotinsky-Gruppe im Ausland nachgewiesen werden konnten. Das Vermögen der Vereinigung wurde eingezogen. Bei den im Anschluß an die Aktion eingeleiteten Ermittlungen stellte sich heraus, daß die führenden Personen weder über die Tätigkeit der ihnen unterstellten Unterführer, noch über die Verwendung der eingezogenen Beträge und Spenden unterrichtet waren.

Durch einen Runderlaß des Reichsministeriums des Innern vom 18.8.38<sup>134</sup> wurde bestimmt, daß Juden deutscher Staatsangehörigkeit oder Staatenlose zukünftig nur noch die besonders vorgeschriebenen jüdischen Vornamen tragen dürfen. Soweit sie bereits andere Vornamen führen, sind sie verpflichtet, mit Wirkung vom 1.1.1939 zusätzlich einen weiteren Vornamen zu führen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sarah. „Der zusätzliche Vorname ist im Rechts- und Geschäftsverkehr stets zu führen, sofern es dort üblich ist, den Namen anzugeben“.

Die Betätigung jüdischer \*Sportvereine fand ihre endgültige Eingrenzung durch einen im Einvernehmen mit dem Reichssportamt veröffentlichten Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 24.8.1938.<sup>135</sup> [...] <2494>

#### ◀347▶

### SD-Hauptamt II 112 Bericht für September 1938

Berlin, 8.10.1938

OA Mos, 500/3/316

Die Stimmung unter der Judenschaft im Reichsgebiet wurde im vergangenen Berichtsabschnitt fast ausschließlich durch die außenpolitische Lage bestimmt,<sup>136</sup> die zu den verschiedenartigsten Gerüchten über die mögliche Behandlung der Juden im Kriegsfall Anlaß gab. Während in einigen wenigen Fällen ein freches Auftreten von Juden gemeldet wurde – welche im Kriegsfall eine Niederlage Deutschlands erhofften –, befürchtete die Judenschaft allgemein, in \*Konzentrationslagern untergebracht oder auf andere Weise unschädlich gemacht zu werden.

Die Auswirkung dieser Psychose zeigte sich in der sehr geringen Tätigkeit der Organisationen<sup>137</sup> (nur Berlin hat eine Steigerung der Veranstaltungen zu verzeichnen), die sich nur in religiösen Feiern anläßlich des jüdischen \*Neujahrsfestes äußerte. Aus diesem Anlaß erließ der „\*Reichsverband der Juden in Deutschland“ einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wurde, daß alle Kraft zum Aufbau der

---

<sup>133</sup> Vgl. Zeittafel, 31. August 1938.

<sup>134</sup> Die Verordnung wurde tatsächlich vom Reichsministerium des Innern am 17. August 1938 erlassen; am 18. August folgte ihr die Veröffentlichung im Ministerialblatt, ausführlicher vgl. Zeittafel 17. August 1938 sowie Blau, Ausnahmerecht, Nr. 174, S. 50.

<sup>135</sup> Vgl. dazu \*Gestapa sowie Walk, Sonderrecht, Teil II, Nr. 531, S. 238.

<sup>136</sup> Vgl. Zeittafel, September 1938.

<sup>137</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

neuen jüdischen Heimat eingesetzt werden müsse. Der Aufruf gipfelte in der Feststellung: „Wir Juden sind das Geschlecht, das des Ewigen gewiß ist. So wir mit Gott sind, wird Gott mit uns sein“.<sup>138</sup>

In der Praxis wirkt sich diese Haltung dahingehend aus, daß, mit wenigen Ausnahmen, trotz aller Schwierigkeiten an der Durchführung der \*Auswanderung gearbeitet wird. Die hierbei versuchten zahlreichen Fälle illegaler Grenzüberschreitung haben zu scharfen Gegenmaßnahmen der an Deutschland angrenzenden Staaten geführt, welche entweder den Sichtvermerkszwang<sup>139</sup> einführten oder mit seiner Einführung drohten, wenn nicht von deutscher Seite die illegale Auswanderung endgültig abgestellt werde.

Auf diese Abwehrmaßnahmen des Auslandes ist es auch zurückzuführen, wenn in Einzelfällen eine Tendenz zum Verbleiben in Deutschland beobachtet wird.

Parallel mit der laufend weitergeführten \*Arisierung des Wirtschaftslebens geht eine Verarmung der jüdischen \*Kultusgemeinden und Organisationen, die sich insbesondere auf die Fürsorgetätigkeit<sup>140</sup> negativ auswirkt. So fallen in steigendem Maße Juden der öffentlichen Fürsorge zur Last,<sup>141</sup> die, soweit sie arbeitsfähig sind, zusammen mit deutschen Arbeitern auch bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten eingesetzt werden.

Die zunehmende Verarmung hat weiterhin die Selbstauflösung zahlreicher kleiner jüdischer Gemeinden in der Provinz bewirkt,<sup>142</sup> wie auch von kleinen Organisationen, die sich im allgemeinen den großen für die Auswanderung tätigen Vereinigungen<sup>143</sup> anschließen. [...]

Die Stimmung der Bevölkerung gegen die Judenschaft hat sich unter dem Eindruck der außenpolitischen Entwicklung verschärft, so daß – im Zusammenhang mit den laufend durchgeführten Arisierungen – jetzt auch der Umsatz jüdischer Geschäfte zurückzugehen scheint. An einigen Orten äußerte sich die Abneigung gegen die Judenschaft wieder in einem Vorgehen gegen jüdische \*Synagogen und Einzelpersonen.<sup>144</sup> [...]

<2509>

---

<sup>138</sup> Das eindrucksvolle Zitat bringt die abschließenden Sätze der in allen wichtigen Organen der jüdischen \*Presse veröffentlichten Erklärung der „\*Reichsvertretung zu \*Rosch Haschana“. Vgl. Kulka, Deutsches Judentum, I, Nr. 118, S. 430. Es ist aufschlußreich, daß, während die jüdische Presse noch den früheren Namen der jüdischen Zentralorganisation „Reichsvertretung“ verwendet, das \*SD-Hauptamt schon die neue Bezeichnung für die am 27. Juli von der Reichsvertretung als ihre Nachfolgerin geschaffene Gesamtorganisation „Reichsverband“ nennt; vgl. ebda., Nr. 117, Einleitung und die nachfolgenden Dokumente. Man kann hierin de facto eine Anerkennung des neuen Organisationsrahmens seitens des SD sehen, der später in die „\*Reichsvereinigung“ aufging; vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 120.

<sup>139</sup> Vgl. Zeittafel, 5. Oktober 1938.

<sup>140</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

<sup>141</sup> Über die öffentliche Fürsorge und die Juden im Dritten Reich vgl. Gruner, Poverty and Persecution.

<sup>142</sup> Der Prozeß der Selbstauflösung der jüdischen Kleingemeinden war keine spezifische Erscheinung des Dritten Reiches. Er begann schon im 19. Jahrhundert und erfuhr eine dramatische Steigerung unter dem NS-Regime seit der 2. Hälfte der 30er Jahre; vgl. Kober, Jewish Communities und \*Binnenwanderung.

<sup>143</sup> Vgl. \*HIAS, \*Hilfsverein der deutschen Juden, \*Palästinaamt, sowie \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland.

<sup>144</sup> Vgl. \*Einzelaktionen sowie Zeittafel, September 1938 und ◀351▶, ◀353▶.

◀348▶

SD Unterabschnitt Wiesbaden, V-Mann (74301)

Bericht für den 27.9.1938

o.O., 30.9.1938

HStA Wi, Abt. 483 Nr. 7032

Am 27.9.38 gegen 21 Uhr fand in Nassau/Lahn ein Volksauflauf gegen die dort ansässigen Juden statt. Die Juden waren unter Führung des Juden Walter *Rosenthal*, Nassau im Hause des Juden Hofmann, Nassau versammelt. Das Haus wurde von der Bevölkerung umlagert, wobei die Fensterläden und Fensterscheiben eingeschlagen wurden.<sup>145</sup> Der Jude Walter Rosenthal wurde von der Polizei zum Schutze seiner eigenen Person in \*Schutzhaft genommen. Weiterer Bericht folgt in Kürze.<sup>146</sup>

Ein weiterer Fall ereignete sich in Raumenthal/Rhg., wo sich ein Jude und eine Jüdin in Bezug auf die derzeitige außenpolitische Lage gegenüber den Einwohnern äußerten, daß sie in zwei Jahren doch wieder an der Macht seien. Hierauf wurden dieselben in der darauffolgenden Nacht von der Bevölkerung aus den Betten geholt und im Hemd mit der Peitsche durch die Straßen getrieben. <2510>

◀349▶

Generalstaatsanwalt Karlsruhe

Zweimonatlicher Lagebericht

Karlsruhe, 30.10.1939

GLA Ka, 309/1204

*Allgemeine Kriminalität*

[...] Der 49jährige deutschblütige Schuhmacher [N.N.a] wurde durch Urteil der Strafkammer Mannheim vom 17. August 1936 wegen \*Rassenschande mit einer Jüdin, zu der er bereits seit Frühjahr 1934 Beziehungen unterhielt, sowie wegen Beamtenbeleidigung und Widerstands zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sieben Monaten, abzüglich zwei Monaten Untersuchungshaft, verurteilt. Er hatte diese Strafe am 17. Januar 1938 verbüßt. Nach der Entlassung aus der Strafhaft hat er sofort wieder seine Beziehungen zu der Jüdin, wegen deren er bereits verurteilt worden war, aufgenommen und mit ihr in den Monaten Juni und Juli 1938 von neuem wiederholt geschlechtlich verkehrt (Verfahren Js 238/38). Abschrift der Anklage ist bereits dorthin unterm 19. September 1938 vorgelegt worden. Inzwischen ist [N.N.a] durch Urteil der Strafkammer Mannheim vom 4. Oktober 1938 (IKls. 26/38) wegen Rassenschande zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, abzüglich sieben Wochen Untersuchungshaft und zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Der im letzten Lagebericht vom 13. September 1938 erwähnte jüdische Rassenschänder [N.N.b] hat sich nach Zustellung der Anklageschrift am 22. August 1938 durch Selbstmord<sup>147</sup> der Aburteilung entzogen (6 Js 205/38) <2512>

<sup>145</sup> Vgl. \*Einzelaktionen, sowie ▶347▶.

<sup>146</sup> Der Bericht liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>147</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden.



◀350▶

**Regierungspräsident Mainfranken  
Bericht für September 1938**

Würzburg, 10.10.1938

BayHStA, StK 196681

*Allgemeine politische Lage*

[...] In Mellrichstadt wurde am Abend des 30. September das Innere der \*Synagoge (Bänke, Kultgegenstände, Kronleuchter usw.) vollständig zertrümmert. Die Täter konnten nicht festgestellt werden. Es hat den Anschein, daß der erste Angriff von einigen wenigen Personen gemacht wurde und daß dann Verschiedene aus der sich inzwischen angesammelten Menschenmenge am Zerstörungswerk mitgewirkt haben. In dem Tuchgeschäft Mantel wurden die Schaufenster eingeschlagen und die Auslagen geplündert. Außerdem wurden in vier Judenwohnungen die Fenster eingeworfen.<sup>148</sup> [...]

<2513>

◀351▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für September 1938**

Ansbach, 7.10.1938

BayHStA, StK 106678

*Innenpolitische Lage*

[...]

*Juden*

In den Tagen der drohenden Kriegsgefahr<sup>149</sup> trat die gehässige Gesinnung der Juden wieder so recht in Erscheinung. Die Juden zeigten ein anmaßendes, herausforderndes Benehmen und gingen aus der sonst üblichen hinterhältigen Zurückhaltung und Scheu heraus. Man merkte es ihnen an, daß sie auf den Krieg warteten, der nach ihrer Berechnung den Untergang des Reiches bringen sollte.

Infolge der Mord- und Greuelthaten an Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei machte sich in der Marktgemeinde Bechhofen, BA Feuchtwangen, und in Wilhermsdorf, BA Neustadt a.d.Aisch, eine große Empörung gegen die dort wohnhaften Juden geltend. Die Juden haben daraufhin Bechhofen und Wilhermsdorf verlassen. Diese Gemeinden sind nunmehr ebenso wie der gesamte Bezirk Feuchtwangen völlig judenfrei.

Auch sonst hielt die Abwanderung der Juden und die \*Arisierung jüdischer Anwesen im bisherigen Umfange an.<sup>150</sup> [...]

<2515>

◀352▶

**Oberstaatsanwalt Waldshut  
Bericht für August und September 1938**

Waldshut, 30.9.1938

GLA Ka, 309/1208

*Devisenvergehen*

Fünf neue Verfahren wurden eingeleitet. Über dasjenige gegen die jüdischen Eheleute [N.N.] aus Frankfurt, die mit ihrem Vermögen von über 10.000 RM bei Lottstetten über die grüne Grenze nach der Schweiz wollten, und über den

<sup>148</sup> Vgl. \*Einzelaktionen sowie ▶348▶.

<sup>149</sup> Zu der sog. Sudetenkrise und dem Münchener Abkommen vgl. Zeittafel, September 1938 sowie 29.-30. September 1938.

<sup>150</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.

◀353▶

SD-Hauptamt II 112  
Bericht für Oktober 1938

Berlin, o.D.

OA Mos, 500/3/316

*Judentum*

Die allgemeine Lage stand im Monat Oktober unter dem Eindruck des Münchener Abkommens.<sup>152</sup> Hatte die Judenschaft im September noch auf eine Besserung ihrer Lage im Konfliktfalle gerechnet, die nach vielfach von jüdischer Seite geäußelter Ansicht nur mit einer Niederlage Deutschlands enden könnte,<sup>153</sup> so bewirkte der friedliche Abschluß der tschechischen Frage eine starke Resignation. Diese zeigte sich hauptsächlich in einer sonst unbekanntem Versammlungsstille<sup>154</sup> und einer besonders starken Uninteressiertheit bei den Veranstaltungen des \*Kulturbundes. Hinzu kam, daß auf Grund des Überfalls auf eine deutsche Reisegesellschaft in Antwerpen für sämtliche jüdischen Organisationen in Berlin ein vierwöchentliches Betätigungsverbot erlassen wurde. Die Festlichkeiten aus Anlaß der beiden jüdischen Feiertage, des Versöhnungsfestes<sup>155</sup> am 5.10. und des \*Laubhüttenfestes in der Zeit vom 10. bis 16.10., wurden in aller Stille begangen.

Die bereits im Vormonat gemeldete Selbstauflösung kleinerer jüdischer Vereine und \*Gemeinden nahm ihren Fortgang. Zur Eröffnung des jüdischen Winterhilfswerkes<sup>156</sup> erließ die \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland einen Aufruf, in dem sie zu einem noch größeren Einsatz als im Vorjahre aufforderte. In der aus diesem Anlaß veranstalteten Eröffnungsfeierlichkeit betonte Direktor Heinrich \*Stahl als der Leiter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, daß die seelische Betreuung notleidender Juden neben der materiellen Befriedigung immer mehr in den Vordergrund treten müsse.

Die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Juden hatte weiter stark ansteigende \*Arisierung und Liquidierung jüdischer Geschäfte zur Folge.

Die zunehmende antijüdische Einstellung der Bevölkerung, die hauptsächlich durch das provozierende und freche Auftreten einzelner Juden während der außenpolitischen Krisenzeit hervorgerufen wurde, fand ihren stärksten Ausdruck in Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung, die im Süden und Südwesten des Reiches teilweise pogromartigen Charakter annahmen. Dabei wurden in zahlreichen Städten und Ortschaften die \*Synagogen zerstört oder in Brand gesteckt und die Fenster jüdischer Geschäfte und Wohnungen zerschlagen. Im Gau Franken und in Württemberg wurden die Juden einzelner Ortschaften z.T. durch die Bevölkerung gezwungen, ihren Wohnsitz sofort unter Mitnahme des Nötigsten zu verlassen. Diese von den Ortsgruppen oder Kreisleitern angeregten und von den Gliederungen

---

<sup>151</sup> Der Bericht liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>152</sup> Vgl. Zeittafel, 29.-30. September 1938.

<sup>153</sup> Vgl. ▶347▶.

<sup>154</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>155</sup> Vgl. \*Jom Kippur.

<sup>156</sup> Vgl. \*Winterhilfe, jüdische.

der Partei<sup>157</sup> durchgeführten Aktionen hatten zumeist rein örtlichen Charakter.<sup>158</sup> Dabei konnte festgestellt werden, daß die katholische Bevölkerung zumeist die Art des Vorgehens mißbilligte.<sup>159</sup>

Eine weitere erhebliche Beunruhigung der jüdischen Bevölkerung brachte der durch eine Anordnung des polnischen Ministeriums des Innern bezüglich der Erneuerung der im Ausland ausgegebenen Konsularpässe notwendig gewordene, auf 2 Tage bis zum 29.10., 24h, begrenzte Ausweisungsbefehl der Geheimen Staatspolizei<sup>160</sup> für sämtliche Juden polnischer Staatsangehörigkeit. Von diesem Erlaß wurden etwa 75.000 Juden betroffen. Mit Sonderzügen und Omnibussen wurden die Juden an die Grenze gebracht. Da die technische Abwicklung in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nur in beschränktem Maße erfolgen konnte, mußten zahlreiche Juden von den örtlichen Polizeidienststellen in Haft genommen werden. Auf Intervention der polnischen Regierung wurden die in Haft genommenen polnischen Juden wieder entlassen und die noch nicht über die Grenze abgeschobenen Juden in ihre Wohnorte zurücktransportiert. Zur endgültigen Regelung der Frage traten die Vertretungen beider Regierungen in Verhandlungen ein.<sup>161</sup>

Das Verhältnis der Juden gegenüber dem deutschen Volke wurde durch eine Reihe neuer Gesetze bzw. durch neue Ausführungsbestimmungen zu geltenden Gesetzen weiter abgegrenzt.<sup>162</sup> [...]

Die am 14.10.38 veröffentlichte 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27.9.38 bestimmt das Ausscheiden jüdischer \*Rechtsanwälte aus der Anwaltschaft bis zum 30. November.<sup>163</sup> Im alten Reichsgebiet werden hiervon 1.753 jüdische Rechtsanwälte betroffen werden.<sup>164</sup> [...]

---

<sup>157</sup> Vor allem die \*SA.

<sup>158</sup> Vgl. \*Einzelaktionen; zu der Welle von Gewalttätigkeiten gegen Juden, die in den Novemberpogromen ihren Höhepunkt fanden, vgl. Kulka, Public Opinion, engl., S. 135ff.: „The Munich Crisis and the Kristallnacht“. Vgl. auch die zehn Tage vor der \*Kristallnacht verfaßte „Jahresübersicht“ des SD Hauptamts II 1 vom 1. November 1938 für die zurückliegenden zehn Monate, 4354, sowie vorangegangene Berichte auf Orts-, Regional- und Reichsebene in 4348, 4353.

<sup>159</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>160</sup> Vgl. \*Gestapo, sowie Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938.

<sup>161</sup> Der folgende Text stammt nach Angaben vor Ort aus einem Zettel in derselben Akte, enthält aber weder Kopf noch Abfassungsdatum. Er wurde vermutlich im November 1938 abgefaßt: „Die Verhandlungen zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung zum Zwecke der Übernahme der am 27.11.38 [sic, das richtige Datum ist: 27.10.38] aus dem Reichsgebiet ausgewiesenen Juden polnischer Staatszugehörigkeit sind noch nicht abgeschlossen. Die Zahl der Juden, die auf polnisches Gebiet abgeschoben werden konnten, soll ca. 17.000 betragen. Von polnischer Seite wird die Rücknahme dieser Juden gefordert, während von deutscher Seite unter der Bedingung, daß die gegen deutsche Personen in Polen ausgesprochenen Ausbürgerungen zurückgenommen werden, die Rücknahme von 1000 Juden in Aussicht gestellt wird. Der Rücktransport derjenigen Juden, die nicht mehr abgeschoben werden konnten, sowie die Freilassung der im Reich verhafteten polnischen Juden, brachte am Beginn des Monats noch eine gewisse Unruhe in das jüdische Leben.“

<sup>162</sup> Vgl. z.B. Zeittafel, 3. und 5. Oktober 1938, sowie Walk, Sonderrecht.

<sup>163</sup> Vgl. Zeittafel, 27. September 1938.

<sup>164</sup> Vgl. Göppinger, Verfolgung der Juristen jüdischer Abstammung.

Eine allgemeine Übersicht über die Höhe der jüdischen \*Auswanderung aus dem alten Reichsgebiet<sup>165</sup> gibt der Tätigkeitsbericht des „\*Hilfsvereins der Juden in Deutschland“ für die Zeit vom 1.1. bis 30.9.38. Es geht daraus hervor, daß in dieser Zeit 5.187 Personen mit finanzieller Unterstützung zur Auswanderung gebracht werden konnten. Die Zahl der nichtunterstützten Auswanderer wird für die gleiche Zeit auf das Doppelte, also auf ungefähr 13-14.000 geschätzt. Das bedeutet eine Gesamtauswanderung aus dem alten Reichsgebiet von etwa 19.000 Juden.

Die Auswanderung der Juden aus Deutschland wurde dadurch weiterhin erschwert, daß wieder eine Anzahl Länder im Berichtsmonat eine vollständige oder teilweise Einreisesperre erlassen hat. Dazu gehören u.a. folgende Staaten:

USA	Mexiko
Zentralamerik. Republ.	Kuba
Trinidad	Kolumbien
Ecuador	Argentinien
Brasilien	Uruguay
Venezuela	Paraguay
Bolivien	Südafrikanische Union
Portugies. Ost- und	Ägypten
Westafrika	Belgisch Kongo
Lyberia [sic]	Australien

Soweit diese Länder nicht eine völlige Grenzsperr für Juden erlassen haben, haben sie die sog. „Vorzeigegelder“ derart erhöht, daß die Einwanderung nur noch für besonders vermögende Juden in Betracht kommt. [...]

*\*Danzig:*

Während der kritischen Tage verhielt sich die Danziger Judenschaft verhältnismäßig ruhig.

In der Arbeit der jüdischen Organisation ist gegenüber dem Vorjahr ein bedeutender Rückgang eingetreten.<sup>166</sup> Besonders die Arbeit der Zionistischen Organisation<sup>167</sup> wurde durch die unklare Lage in \*Palästina beeinträchtigt. Im großen und ganzen macht sich eine Teilnahmslosigkeit an jüdischen politischen Veranstaltungen bemerkbar.

Die \*Arisierung der jüdischen Geschäfte wird nach wie vor von seiten des Staates mit Nachdruck betrieben.

Während bisher die Rassenschutzgesetze in Danzig noch nicht angewandt wurden,<sup>168</sup> wurde zum ersten Mal auf Veranlassung des Gauleiters gegen jüdische \*Rasseschänder und deren deutschblütige Partner vorgegangen. [...]

<2529>

<sup>165</sup> Vgl. \*Altreich.

<sup>166</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>167</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD).

<sup>168</sup> Vgl. \*Minderheitenschutz.

**SD-Hauptamt II 1**  
**Jahresübersicht der Zentralabteilung II 1<sup>169</sup>**

**Berlin, 1.11.1938**

**BArch, R 58/956**

*Judentum*

Die Lösung der \*Judenfrage im Reichsgebiet wurde durch den Erlaß einer großen Anzahl von Verordnungen und Gesetzen unterstützt, die einmal darauf hielten, den Juden aus den Berufen auszuschließen, z. A. die hierdurch bewirkte erhöhte Straffälligkeit zu unterbinden.<sup>170</sup> Durch Gesetz bzw. Verordnung erfolgte der Ausschluß der Juden aus folgenden Berufen:

- Versteigerungsgewerbe
- Bewachungsgewerbe
- Gewerbliche Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten
- Handel mit Grundstücken
- Gewerbsmäßige Vermittlung von Immobilienverträgen und Darlehen
- Gewerbsmäßige Heiratsvermittlung und Fremdenführergewerbe
- Wandergewerbe
- \*Ärzteberuf
- Betätigung als \*Rechtsanwalt.

Die Verordnung gegen die Unterstützung zur Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 22.4.38 diente zur Beseitigung der Mißstände in der Vertretung jüdischer Firmen durch \*Arier; die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26.4.38 sichert die Feststellung des jüdischen Kapitals.

Um eine Tarnung jüdischer Personen durch Annahme nichtjüdischer Namen zu verhindern, wurde am 5.1.38 das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen erlassen. Eine Ergänzung erfuhr diese Regelung durch einen Erlaß des Reichsministerium des Innern, der bestimmt, daß Juden mit Wirkung vom 1.1.39 die zusätzlichen Vornamen Israel bzw. Sarah zu führen haben, vorausgesetzt, daß sie nicht bereits einen rein jüdischen Vornamen tragen.

Der Paßerlaß vom 7.10.38 schließlich entzog den Juden die Inlandspässe; die auf Grund der Bestimmung vom 16.9.37 erteilten Auslandspässe werden durch ein „J“ gekennzeichnet.

<sup>169</sup> Bei der vorliegenden „Jahresübersicht“ über die ersten 10 Monate des Jahres 1938 handelt es sich offensichtlich um einen Entwurf, der am Jahresende ergänzt werden sollte. Angesichts der acht Tage danach entfesselten \*Kristallnacht und ihrer unmittelbaren Folgen erscheint dieser Bericht völlig überholt. (Vgl. Kap. 8 und die Jahresberichte für 1938 dort.) Aber gerade dieses am 1. November abgeschlossene Dokument zeigt eindeutig, daß der \*Kristallnacht eine monatelange, sich steigernde Welle pogromartiger Ausschreitungen vorausging: Vgl. dazu den SD-Bericht für Oktober 1938 ◀353▶: „Die zunehmende antijüdische Einstellung der Bevölkerung [...] fand ihren stärksten Ausdruck in Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung, die im Süden und Südwesten des Reiches teilweise pogromartigen Charakter annahmen. Dabei wurden in zahlreichen Städten und Ortschaften die \*Synagogen zerstört oder in Brand gesteckt und die Fenster jüdischer Geschäfte und Wohnungen zerschlagen. Im Gau Franken und in Württemberg wurden die Juden einzelner Ortschaften z.T. durch die Bevölkerung gezwungen, ihren Wohnsitz sofort unter Mitnahme des Nötigsten zu verlassen.“

<sup>170</sup> Zu den nachfolgenden Gesetzen und Anordnungen der vorangegangenen Berichtsmonaten vgl. Zeittafel Januar-Oktober 1938, sowie Walk, Sonderrecht.

Die Organisationsform des Judentums im alten Reichsgebiet erfuhr eine grundsätzliche Veränderung durch das Gesetz zur Änderung der Rechtsverhältnisse der jüdischen \*Kultusgemeinden vom 25.3.38. Darin wird bestimmt, daß die \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland, sowie die ihr zukünftig unterstellten Kultusvereinigungen (früher Gemeinden), als Vereine einzutragen sind und den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts unterliegen. Auf hiesigen Antrag erfolgte die Auflösung der Staatszionistischen Vereinigung<sup>171</sup> wegen ihrer Verbindung zu stark deutschfeindlichen jüdischen Organisationen des Auslandes. Durch Erlaß des Hauptamtes Sicherheitspolizei wurde ein Ausweisungsbefehl gegen Juden polnischer Staatsangehörigkeit ausgesprochen, der zu erheblichen Komplikationen mit der polnischen Regierung geführt hat.<sup>172</sup> Auf Veranlassung des \*SD wurde eine Säuberung jüdischer Organisationen von Funktionären ausländischer Staatsangehörigkeit durchgeführt, um die Bildung eines deutsch-feindlichen Nachrichtendienstes zu verhindern.<sup>173</sup>

In Zusammenarbeit mit der \*Geheimen Staatspolizei erfolgte laufend eine Auflösung und Zusammenlegung jüdischer Organisationen. Die Einstellung der Bevölkerung zur Judenfrage zeigte sich in den besonders in den letzten Monaten sehr zahlreichen \*Einzelaktionen, die zumeist eine Förderung durch die örtlichen Parteiorganisationen erfuhren.

#### *Zusatz zu I 2: Judentum*

Auf Veranlassung des SD erfolgte in der \*Ostmark die Auflösung sämtlicher jüdischer Organisationen \*assimilatorischen Charakters, sowie die Zentralisierung aller übrigen Organisationen. Diese blieben nur insoweit bestehen, als sie in finanzieller oder organisatorischer Hinsicht an der \*Auswanderung mitwirken können.<sup>174</sup>

Um einen Eingriff der jüdischen Organisationen in die Tätigkeit des Judentums in der Ostmark zu verhindern, wurde der organisatorische Neuaufbau getrennt vom alten Reichsgebiet vorgenommen.<sup>175</sup> Durch die Schaffung der \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung wurde die gesamte Auswanderungsarbeit in der Ostmark in der Hand des SD vereinigt. <2549>

#### ◀355▶

#### **Regierungspräsident Pfalz Bericht für Oktober 1938**

Speyer, 9.11.1938

BayHStA, StK 106676

#### *Innerpolitische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

#### *Juden*

Die \*Synagoge von Albersweiler (Bezirk Bergzabern) wurde von der Gemeinde für 2.000 RM gekauft. Sie wird abgerissen; an ihrer Stelle soll ein \*HJ-Heim errichtet werden. Der jüdische Jugendverband in Speyer hat sich mit Wirkung vom 1.10.1938 aufgelöst, da es ihm an Mitgliedern mangelte.

<sup>171</sup> Vgl. \*Staatszionistische Organisation, sowie Zeittafel, 31. August 1938.

<sup>172</sup> Vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938.

<sup>173</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>174</sup> Zu der NS-Judenpolitik in Österreich vgl. Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung.

<sup>175</sup> Vgl. dazu „Die Reichsvertretung und der Anschluß Österreichs“, in: Kulka, Deutsches Judentum, I, Nr. 113.

Nach Bericht des Bezirksamts Bergzabern wurde beobachtet, daß auswandernde Juden,<sup>176</sup> die aus der Ostmark kommen, von den französischen Grenzorganen nach Überschreitung der Grenze sofort wieder zurückgewiesen werden. Sie wurden nachts über die Grenze gebracht.

In Rülzheim (Bezirk Germersheim) wurden in der Nacht vom 29. auf 30.10.1938 fast alle Judenhäuser mit roter Farbe beschriftet, wie: Hängt die Juden, Kriegshetzer, Juden tot.<sup>177</sup> Die Juden beseitigten die Inschriften, erstatteten aber in keinem Fall Meldung. In der Nacht vom 30.9. auf 1.10. wurden mehrere Judenhäuser mit Steinen beworfen und so einige Fensterläden und Fenster zertrümmert. Die Juden erstatteten zwar Meldung bei der Gendarmerie, wollten aber von einer Anzeige nichts wissen. Der Grund zu diesem Vorgehen der Bevölkerung lag in der Beobachtung, daß die Juden in den Tagen der Hochspannung aus ihrem Benehmen erkennen ließen, sie wünschten einen Krieg.<sup>178</sup>

In der Nacht vom 9. auf 10.10. wurde in Leimersheim (Bez. Germersheim) in die \*Synagoge eingebrochen; dabei wurden verschiedene Gegenstände zerstört.

In Gauersheim (Bezirk Kirchheimbolanden) kam es, wie bereits als besonderes Vorkommnis gemeldet, zu Ausschreitungen gegen Juden. Dabei wurden den Juden die Fenster eingeschlagen, das Hoftor aufgedrückt und in das Haus eingebrochen. Im Innern des Hauses wurden verschiedene Gegenstände beschädigt und angeblich Silberzeug gestohlen. An einem anderen Haus wurde das Dach eines Stalls und des Aborts eingeschlagen.

Der Grund zu all diesen Vorkommnissen liegt ebenfalls wieder in dem Verhalten der Juden in der Spannungszeit.

In der Nacht vom 22. auf 23.10.1938 wurde die Synagoge in Odenbach (Bezirk Kusel) beschädigt. Die Eingangstüre wurde erbrochen und die Beleuchtung zerschlagen.

Auf dem jüdischen Friedhof in Busenberg-Erlenbach (Bezirk Pirmasens) sind in der letzten Zeit etwa 100 Grabsteine umgeworfen und dabei beschädigt worden.<sup>179</sup>

Am 2.10.1938 wurde in Erlenbach (Bezirk Pirmasens) eine Demonstration gegen die Juden veranstaltet. Das Haus des jüdischen \*Viehhändlers Pfeiffers wurde mit Steinen beworfen. Der Jude behauptet jetzt, daß ihm am 6.10.1938 für etwa 1.000 RM Einrichtungsgegenstände, Wäsche usw. gestohlen worden seien.

Die Täter konnten für alle diese Vorkommnisse, die spontan aus dem Willen der Gesamtbevölkerung entstehen, nicht ermittelt werden. Die Bevölkerung will die Juden aus den Dörfern forthaben und rächt sich auf diese Art für das freche

---

<sup>176</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>177</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>178</sup> Vgl. Zeittafel, September 1938.

<sup>179</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

Auftreten der Juden während der Spannungszeit im September. Diese Begründung des Vorgehens der Bevölkerung klingt durch alle Berichte.<sup>180</sup>

Bei der Abschiebungsaktion gegen die polnischen Juden am 27. und 28.10.<sup>181</sup> wurden mittels Sonderzug insgesamt 213 Personen abtransportiert. [...] <2538>

---

<sup>180</sup> Vgl. ◀347▶, ◀350▶, ◀351▶, ◀353▶ sowie ◀354▶.

<sup>181</sup> Vgl. Zeittafel , 27.-29. Oktober 1938.



**VIII.**  
**Die Reichskristallnacht und das Jahr 1938 im Rückblick**  
(November – Dezember 1938)

◀356▶

**SD-Hauptamt II 112**  
**[Bericht für November 1938]**

**Berlin, 7.12.1938**

**OA Mos, 500-3-316**

**Vorbemerkung der Herausgeber:** *Das vorliegende Dokument aus dem Sonderarchiv Moskau (Osobyi Archiv) ist in maschinenschriftlicher Version mit zahlreichen handschriftlichen Korrekturen und Änderungen erhalten, die wohl die endgültige Fassung des Berichts darstellte. (Vgl. das Faksimile der ersten drei Seiten des erhaltenen, neunseitigen Manuskripts am Ende des Dokuments.) In der linken Spalte ist die ursprüngliche maschinenschriftliche Version abgedruckt, in der rechten Spalte der korrigierte Text mit Anmerkungen.*

**Judentum**

Im Monat November wurde die Lage des Judentums in Deutschland hauptsächlich in zwei Faktoren gekennzeichnet:

1. Durch die Auswirkungen der am 28.10.38 verfüigten Ausweisung der Juden polnischer Staatsangehörigkeit und
2. durch die Aktionen gegen die Juden am 9. und 10. November.

Die Sühneaktion gegen die Juden Deutschlands setzte einheitlich im gesamten Reichsgebiet in der Nacht vom 9. auf den 10. November ein. Träger der Aktionen waren im allgemeinen die Politischen Leiter, Angehörige der SA, der SS und der HJ. Die

**Judentum**

Im Monat November wurde die Lage der Judenschaft in Deutschland hauptsächlich durch drei Faktoren gekennzeichnet:

1. Durch die Auswirkungen der am 27.10.38 verfüigten Ausweisung der Juden polnischer Staatsangehörigkeit aus dem Reichsgebiet;<sup>1</sup>
2. durch die im gesamten Reichsgebiet aus Anlaß der Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath in Paris erfolgten Aktionen gegen die Juden am 9. und 10. November<sup>2</sup> und
3. durch die in ihrem Gefolge erlassenen Gesetze und Anordnungen, die einen vollständigen Ausschluß der Juden aus der Gemeinschaft des deutschen Volkes zum Ziel haben.<sup>3</sup>

Die Sühneaktion gegen die Juden Deutschlands setzte einheitlich im gesamten Reichsgebiet in der Nacht vom 9. auf den 10. November ein. Träger der Aktionen waren im allgemeinen die Politischen Leiter, Angehörige der \*SA, der \*SS und in Einzel-

---

<sup>1</sup> Vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938.

<sup>2</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel und \*Kristallnacht.

<sup>3</sup> Vgl. Zeittafel, 9.-29. November 1938, insbesondere die Verordnung vom 12. November zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Zivilbevölkerung hat sich nur in ganz geringem Maße an den Aktionen beteiligt. Die Art des Vorgehens war im allgemeinen überall die gleiche. Nachdem zunächst Synagogen, Bethäuser und Geschäftsräume der jüdischen Gemeinden und Organisationen zerstört bzw. in Brand gesteckt worden waren, wurde gegen jüdische Geschäfte und später auch gegen jüdische Privatwohnungen vorgegangen. Dadurch, daß sich in der zunehmenden Ausdehnung des tätlichen Vorgehens gegen jüdisches Eigentum auch politisch bedenkliche Elemente beteiligten, kam es an vielen Orten zu Plünderungen und tätlichen Ausschreitungen gegen einzelne Juden. Durch das sofortige Eingreifen der Staatspolizei in Zusammenarbeit mit dem SD wurden diese Ausschreitungen und Plünderungen in kurzer Zeit unterbunden und die in Frage kommenden Personen festgesetzt. Hierbei stellt sich heraus, daß sich unter ihnen eine ganze Anzahl von Parteimitgliedern, SA- und SS-Angehörige befanden.

Die Anzahl der zerstörten Synagogen beläuft sich im gesamten Reichsgebiet auf ca. 360. Weiter wurden über 31 Warenhäuser durch Brand oder Demolierung vollständig zerstört. Der allein durch die Zerstörung von Sachwerten entstandene Gesamtschaden wird auf ca. 50 Millionen RM geschätzt. Die Zahl, der infolge der

fällen auch Mitglieder der HJ.<sup>4</sup> Die Zivilbevölkerung hat sich nur in ganz geringem Maße an den Aktionen beteiligt. Auch die Art des Vorgehens war im allgemeinen in allen Teilen des Reiches einheitlich. Nachdem zunächst \*Synagogen, Bethäuser und Geschäftsräume der jüdischen \*Gemeinden und Organisationen zerstört bzw. in Brand gesteckt worden waren, wurde gegen jüdische Geschäfte und später auch gegen jüdische Privatwohnungen vorgegangen. Dadurch, daß sich bei der Ausdehnung des tätlichen Vorgehens gegen jüdisches Eigentum insbesondere nach Abschluß der Aktion auch politisch bedenkliche Elemente beteiligten, kam es an vielen Orten zu Plünderungen und tätlichen Ausschreitungen gegen einzelne Juden. Jedoch waren auch Angehörige der Partei und der Gliederungen hieran beteiligt. Durch das sofortige Eingreifen der Staatspolizei<sup>5</sup> in Zusammenarbeit mit den Polizeiorganen und dem \*SD konnten derartige Ausschreitungen und Plünderungen im allgemeinen in kurzer Zeit unterbunden werden. Die hieran beteiligten Personen wurden zum großen Teil festgesetzt und in einigen Fällen bereits verurteilt. Parteimitglieder oder Angehörige der SA und SS wurden vor Übergabe an den Richter durch Schnellverfahren aus der Partei ausgeschlossen.

Die Anzahl der zerstörten Synagogen beläuft sich im gesamten Reichsgebiet auf ca. 360. Weiter wurden über 31 Warenhäuser durch Brand oder Demolierung vollständig zerstört. Der durch die Zerstörung von Sachwerten entstandene Gesamtschaden wird auf ca. 990 Millionen RM geschätzt. *[hier handschriftliche Randbemerkung: „?“ fordert*

---

<sup>4</sup> Vgl. \*Hitlerjugend.

<sup>5</sup> Vgl. \*Gestapo.

Schließung jüdischer Geschäfte erwerbslos gewordenen deutschblütigen Angestellten wird mit ca. 14.000 angegeben.

Gleichzeitig mit der Aktion lief die Verhaftung von Juden durch die Staatspolizei. Die Zahl der verhafteten Juden beläuft sich auf ca. 24.000. Die Zahl der Todesfälle wird z.Zt. mit 36, die der Verletzten mit 58 angegeben.

Bemerkenswert ist noch, daß es in Düsseldorf über die allgemeine Durchführung der Aktion hinaus unter der Führung einiger Pg. der Gauleitung zu einer Demonstration gegen den inzwischen zurückgetretenen Regierungspräsidenten Schmidt kam.

Die Stellungnahme der Bevölkerung zu den Aktionen, die anfänglich zustimmend war, änderte sich grundsätzlich, als der angestellte Sachschaden allgemein zu übersehen war. Es wurde immer wieder besonders betont, daß ein Vorgehen gegen die Juden als Sühne für den Mord an dem Gesandtschaftsrat vom Rath wohl gebilligt werde, die Zerstörungen von Geschäfts- und Wohnräumen sich nicht mit den Grundsätzen des Vierjahresplanes vereinbaren ließe. Außerdem wurde zum Ausdruck gebracht, daß dieses allzu krasse Vorgehen gegen die Juden neue außenpolitische Schwierigkeiten bringen könnte. Insbesondere wurden die angewandten

Umfrage“] Die Zahl, der infolge der Schließung jüdischer Geschäfte erwerbslos gewordenen deutschblütigen Angestellten wird mit ca. 14.000 angegeben.

Gleichzeitig mit der Demolierung jüdischen Eigentums lief eine Verhaftungsaktion gegen Juden, die von Staatspolizei geleitet wurde. Die Zahl der verhafteten Juden beläuft sich auf ca. 24.000. Die Zahl der Todesfälle wird z.Zt. mit 36, die der Verletzten mit 58 angegeben. [*hier handschriftliche Randbemerkung: „neue Zahlen“*]<sup>6</sup>

Die Stellungnahme der Bevölkerung zu den Aktionen, die anfänglich zustimmend war, änderte sich grundsätzlich, als der angestellte Sachschaden allgemein zu übersehen war. Es wurde immer wieder besonders betont, daß ein Vorgehen gegen die Juden als Sühne für den Mord an dem Gesandtschaftsrat vom Rath wohl gebilligt werde, die Zerstörungen von Geschäfts- und Wohnräumen sich jedoch nicht mit den für die Verwirklichung des Vierjahresplanes geforderten Maßnahmen vereinbaren ließe. Außerdem wurde zum Ausdruck gebracht, daß dieses allzu krasse Vorgehen gegen die Juden neue außenpolitische Schwierigkeiten bringen könnte. Die angewandten Me-

---

<sup>6</sup> Zu der im Folgenden gestrichenen Textstelle bedanken wir uns für die freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Black-Veltrup vom Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv: „Die Demonstration gegen den Regierungspräsidenten Karl Schmidt fand im Rahmen der Reichskristallnacht vor dem Regierungsgebäude in Düsseldorf statt, weil er mit einer Jüdin verheiratet war.“ Ausführliches Quellenmaterial zu diesem Vorgang ist in der Gestapo-Personalakte zu Karl Schmidt im dortigen Archiv enthalten. Vgl. auch: Anselm Faust, Die Kristallnacht im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938, Düsseldorf 1987 (Veröffentlichung der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 24), S. 89-91.

Methoden durch Kreise der Wehrmacht verurteilt.

Wie nicht anders zu erwarten, erfuhr das Vergehen gegen die Juden in rein katholischen Gegenden eine eindeutige Ablehnung. Die Protestaktionen wurden zu einem neuen Angriff auf den Nationalsozialismus benutzt. Unter dem Hinweis, daß die Synagogen „Gotteshäuser“ seien, als die sie vorher insbesondere von der katholischen Kirche nie angesehen wurden, wurde versucht, die Bevölkerung zu beunruhigen. Dieses Vorgehen der katholischen Geistlichkeit hatte teilweise zur Folge, daß die Bevölkerung in verschiedenen Orten Protestkundgebungen gegen die Judenaktionen veranstalteten; so tätigte z.B. in Vreden der größte Teil der Bevölkerung am nächsten Tag ostentativ seine Einkäufe in den noch einigermaßen ganz gebliebenen jüdischen Geschäften, andererseits wurden auch bei Ortsgruppenleitern, die man für die Aktionen verantwortlich machte, die Fenster eingeworfen. Weiter wurden Eintopfspenden und Sammlungen der NSV unter dem Hinweis auf die Schande der Judenaktionen abgelehnt. Im Ruhrgebiet wurden Flugzettel verteilt, in denen aufgefordert wurde, die an der Aktion beteiligten Parteiführer und Beamten an die Wand zu stellen.

Die Stellungnahme des Auslandes zu der Aktion war einheitlich ablehnend. Trotz der gegenteiligen Veröffent-

thoden beim Vorgehen gegen die Juden wurden insbesondere aus den Reihen der Wehrmichtsangehörigen verurteilt.<sup>7</sup>

Daß sich die innerpolitischen Gegner diese Stimmung zunutze machen, beweist die eindeutige Ablehnung der gesamten Aktion in rein katholischen Gegenden. Unter dem Hinweis, daß die Synagogen „Gotteshäuser“ seien, als die sie vorher insbesondere von der katholischen Kirche nie angesehen wurden, wurde versucht, die Bevölkerung zu beunruhigen und die Befürchtung ausgesprochen, daß den Kirchen ein gleiches Schicksal bevorstehe.<sup>8</sup> Dieses Vorgehen der katholischen Geistlichkeit hatte teilweise zur Folge, daß die Bevölkerung in verschiedenen rein katholischen Orten von der Beteiligung an dem Vorgehen gegen die Juden Abstand nahm oder sogar demonstrativ Sympathien für die Judenschaft zum Ausdruck brachte. So tätigte z.B. in Vreden der größte Teil der Bevölkerung am nächsten Tag ostentativ seine Einkäufe in den betriebsfähigen jüdischen Geschäften, andererseits wurden auch bei Ortsgruppenleitern, die man für die Aktionen verantwortlich machte, die Fenster eingeworfen. Weiter wurden Eintopfspenden und Sammlungen der NSV unter dem Hinweis auf die Schande der Judenaktionen abgelehnt. Im Ruhrgebiet wurden Flugzettel verteilt, in denen aufgefordert wurde, die an der Aktion beteiligten Parteiführer und Beamten an die Wand zu stellen. [*hier handschriftliche Randbemerkung: „Genau belegt? S. 2“*]

Die Stellungnahme des Auslandes zu der Aktion war einheitlich ablehnend. Trotz der gegenteiligen Veröffent-

---

<sup>7</sup> Dies ist einer der seltenen Fälle, in denen ein SD-Bericht über die Stimmung in der Wehrmacht und insbesondere in Bezug auf die Judenpolitik des Regimes berichtet.

<sup>8</sup> Über die Einstellung des deutschen Katholizismus zur Judenpolitik des NS-Regimes vgl. Reppen, German Catholicism, sowie \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

lichungen der deutschen Presse ging die Meinung der ausländischen Journalisten und offiziellen Vertreter der Staaten dahin, daß die Aktion wohl vorbereitet und mit Duldungen von höchster Stelle durchgeführt worden war. Die Botschaften und Gesandtschaften hatten ihre Konsulate angewiesen, laufend über den Verlauf der Aktion an sie zu berichten. Die Folge war eine sofortige Intervention, sobald irgendwelche Übergriffe auf ausländische Juden sich ereigneten. Der Mord in Paris sowie die darauffolgende Aktion gegen die Juden in Deutschland war der Anlaß zur Schaffung neuer Gesetze und Verordnungen, die eine weitere Begrenzung des Verhältnisses der Juden zur Bevölkerung bezwecken.

[...]

Aus dem Tätigkeitsbericht des „\*Hilfsverein der Juden in Deutschland“ über das zweite Quartal 1938 geht hervor, daß in der Zeit vom 1.4. 30.6. insgesamt 2.348 Juden zur Auswanderung gebracht wurden. Hiervon wanderten aus: nach europäischen Ländern 184 (137 Inländer und 47 Ausländer), nach überseeischen Ländern 2.164 (1.707 Inländer und 1.057 Ausländer).

Die Einwanderung in die für eine Einwanderung überhaupt in Frage kommenden Länder wurde in keiner Weise erleichtert. [...]

*Danzig*

Das Bekanntwerden des Attentats aus Paris rief zunächst keine besondere

lichungen der deutschen Presse ging die Meinung der ausländischen Journalisten und offiziellen Vertreter der Staaten dahin, daß die Aktion wohl vorbereitet und mit Duldungen von höchster Stelle durchgeführt worden sein müßte. Die Botschaften und Gesandtschaften hatten ihre Konsulate angewiesen, laufend über den Verlauf der Aktion an sie zu berichten. Die Folge waren verschiedene Interventionen zugunsten geschädigter Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.<sup>9</sup> Die im Gefolge der Aktion gegen die Juden in Deutschland erlassenen Gesetze und Verordnungen aller Ressorts, sowie die noch in Vorbereitung befindlichen,<sup>10</sup> bezwecken den endgültigen Ausschluß der Judenschaft aus allen Lebensgebieten mit dem Endziel ihre Entfernung aus dem Reichsgebiet auch mit allen Mitteln und in der kürzester Zeit zu bewirken.<sup>11</sup>

[...]

Die Einwanderung in die für eine Einwanderung von Juden überhaupt in Frage kommenden Länder wurde generell in keinem Fall erleichtert.<sup>12</sup> [...]

*Danzig*

Das Bekanntwerden des Attentats in Paris rief in Danzig zunächst keine

<sup>9</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>10</sup> Vgl. Zeittafel für Dezember 1938 und Januar 1939.

<sup>11</sup> Vgl. dazu insbesondere Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“, Kap. III: Das „Schicksalsjahr“ 1938.

<sup>12</sup> Vgl. \*Auswanderung und den Abschnitt „Danzig“ in ¶414 und ¶416 sowie Strauss, Jewish Emigration.

Reaktion hervor. Erst als durch Presse und Rundfunk die Ereignisse im Reich bekannt wurden, kam es zu größeren Demonstrationen, die jedoch vollkommen unorganisiert durchgeführt wurden. Die Stimmung der Bevölkerung war ähnlich wie im Reich.

Mit Datum vom 23.11.38 wurde eine Verordnung des Senats zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre veröffentlicht. Der Text und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen halten sich eng an die Nürnberger Gesetze. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Verordnung sich auch ausdrücklich auf die in Danzig lebenden Polen bezieht. [...]

besondere Reaktion hervor. Erst als durch Presse und Rundfunk die Ereignisse im Reich bekannt wurden, kam es zu größeren Demonstrationen, die jedoch vollkommen unorganisiert durchgeführt wurden.<sup>13</sup> Die Stimmung der Bevölkerung war ähnlich wie im Reich.

Mit Wirkung vom 23.11.38 wurde eine Verordnung des Senats zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre veröffentlicht. Text und Ausführungsbestimmungen halten sich eng an die \*Nürnberger Gesetze. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Verordnung sich auch ausdrücklich auf die in Danzig lebenden Juden poln. Staatsangehörigkeit bezieht.<sup>14</sup> [...]

<2550>

---

<sup>13</sup> Vgl. \*Einzelaktionen; das \* Kristallnacht-Pogrom fand in Danzig mit Verspätung in den Tagen vom 12.-14. November statt. Dabei wurden zwei \*Synagogen in Brand gesteckt und zwei weitere verwüstet.

<sup>14</sup> Vgl. Anm. 9. Aufgrund des besonderen Status von Danzig nach dem Ersten Weltkrieg als Freie Stadt unter der Aufsicht des Völkerbundes wurde die anti-jüdische Gesetzgebung des Dritten Reiches erst nach der Kristallnacht offiziell eingeführt. In der Tat wurde jedoch die Diskriminierung der Juden im Alltagsleben, ähnlich wie im „\*Altreich“, seit 1933 schleichend eingeführt. Die Versuche der Danziger Juden, ihre Rechte im Rahmen des vom Völkerbund garantierten \*Minderheitenschutzes zu bewahren, blieben erfolglos. Vgl. dazu E. Lichtenstein, Die Juden in der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Tübingen 1973.

263

263

JUDENTUM

7.12.1938

D/Be

Im Monat November wurde die Lage des Judentums in Deutschland hauptsächlich <sup>schlecht</sup> in zwei Faktoren gekennzeichnet:

1. Durch die Auswirkungen der am 29.10.38 verfügten Ausweisung der Juden polnischer Staatsangehörigkeit <sup>aus dem Reichsgebiet</sup>
2. durch die Aktionen gegen die Juden am 9. und 10. Nov. <sup>in ganz Deutschland</sup>

Wichtig ist die große politische Bedeutung dieser Ereignisse, die die Juden in Deutschland als politische Gegner der deutschen Regierung kennzeichnen.

Die Sühnaktion gegen die Juden Deutschlands setzte einheitlich im gesamten Reichsgebiet in der Nacht vom 9. bis auf den 10. November ein. Träger der Aktionen waren im allgemeinen die Politischen Leiter, Angehörige der SA, der SS <sup>und der HJ</sup>. Die Zivilbevölkerung hat sich nur in ganz geringer Masse an den Aktionen beteiligt. Die Art des Vorgehens war im allgemeinen <sup>in allen Teilen des Reichsgebietes</sup> übereinstimmend. Zunächst Synagogen, Bethäuser und Geschäftsräume der jüdischen Gemeinden und Organisationen zerstört bzw. in Brand gesteckt worden waren, wurde gegen jüdische Geschäfte und später auch gegen jüdische Privatwohnungen vorgegangen. Dadurch, dass sich <sup>von diesen Aktionen</sup> der zunehmenden Ausdehnung des tätlichen Vorgehens gegen jüdisches Eigentum auch politisch bedenkliche Elemente beteiligten, kam es an vielen Orten zu Plünderungen und tätlichen Ausschreitungen gegen einzelne Juden. Durch das sofortige Eingreifen der Staatspolizei in Zusammenarbeit mit den SD <sup>waren diese Ausschreitungen und Plünderungen</sup> in kurzer Zeit unterbunden <sup>und die in Frage kommenden Personen festgesetzt</sup>. Hierbei stellte sich heraus, daß

Die Polizei zusammen mit den SD <sup>haben den Ausschreitungen und Plünderungen</sup> in kurzer Zeit unterbunden <sup>und die in Frage kommenden Personen festgesetzt</sup>.

und in einigen Fällen <sup>hinsichtlich</sup>

*die meisten der* sich unter ihnen eine ganze Anzahl <sup>NSDAP</sup> Parteimitglieder <sup>von denen nur ein Teil</sup> SA- und SS-Angehörige befanden. <sup>Während der Aktion</sup> <sup>in der Nacht</sup> <sup>in der Nacht</sup>

Die Anzahl der zerstörten Synagogen beläuft sich im gesamten Reichsgebiet auf ca. 360. Weiter wurden über 30 Warenhäuser durch Brand oder Demolierung vollständig zerstört. Der ~~allein~~ durch die Zerstörung von Sachwerten entstandene Gesamtschaden wird auf ~~ca. 50~~ <sup>ca. 50</sup> Mill. RM geschätzt. Die Zahl, der infolge der Schließung jüdischer Geschäfte erwerbslos gewordenen deutschblütigen Angestellten wird mit ca. 14.000 angegeben.

*E. Fuchs*  
*unvollständig*

<sup>den Hinweis</sup> Gleichseitig mit der ~~Aktion~~ <sup>hier die</sup> Verhaftung <sup>von</sup> <sup>5000</sup> Juden, <sup>durch die</sup> Staatspolizei. Die Zahl der verhafteten Juden beläuft sich auf ca. 24.000. Die Zahl der Todesfälle wird z. Bt. mit 36, die der Verletzten mit 58 angegeben.

*Wieder Zellen*

Bemerkenswert ist noch, daß <sup>in</sup> Düsseldorf über die allgemeine Durchführung der Aktion hinaus unter der Führung einiger Pg. der Gemeinde zu einer Demonstration gegen den inzwischen zurückgetretenen Reichspräsidenten Schmidt kam.

Die Stellungnahme der Bevölkerung zu den Aktionen, die anfänglich zustimmend war, änderte sich grundsätzlich als der angestellte Sachschaden allgemein zu übersehen war. Es wurde immer wieder besonders betont, daß ein Vorgehen gegen die Juden als Sühne für den Mord an dem Gesandtschaftsrat von Rath wohl gebilligt werde, die Zerstörungen von Geschäfts- und Wohnräumen <sup>aber</sup> sich nicht mit den <sup>Grundsätzen</sup> des Vierjahresplans <sup>verbinden</sup> ließe. Außerdem wurde zum Ausdruck gebracht, daß dieses allzu krasse Vorgehen gegen die Juden neue aussenpolitische Schwierigkeiten bringen könnte. ~~insbesondere wurden~~ <sup>die</sup> angewandten Me-



Chancen hatten sie in der Tat nicht im Gefolge ihrer aus den katholischen Kreisen der Wehrmacht verurteilt.

Verurteilung wegen

Das nicht das man erwarten konnte, erfuhr das Vorgehen <sup>an der Synagoge</sup> gegen die Juden in rein katholischen Gegenden eine eindeutige Ablehnung. Die Protestaktionen wurden zu einem neuen Angriff auf den Nationalsozialismus benutzt. Unter dem Hinweis, daß die Synagogen "Gotteshäuser" seien, als die sie vorher insbesondere von der katholischen Kirche nie angesehen wurden, wurde versucht, die Bevölkerung zu beunruhigen. Diesen Vorgehen der katholischen Geistlichkeit hatte teilweise zur Folge, dass die Bevölkerung in verschiedenen <sup>Orten</sup> Protestkundgebungen gegen die Judenaktionen <sup>veranstaltete</sup> so tätigte z.B. in Vreden der größte Teil der Bevölkerung am nächsten Tage ostentativ seine Einkäufe in den noch <sup>bestehenden</sup> ~~noch~~ <sup>bestehenden</sup> jüdischen Geschäften, andererseits wurden auch bei Ortgruppenleitern, die man für die Aktionen verantwortlich machte, die Fenster eingeworfen. Weiter wurden Eintopfspenden und Sammlungen der NSV unter dem Hinweis auf die Schande der Judenaktionen abgelehnt. Im Ruhrgebiet wurden Flugzettel verteilt, in denen aufgefordert wurde, die an der Aktion beteiligten Parteiführer und Beamten an die Wand zu stellen.

aus dem Bereich gegen den in Vreden

aus dem Bereich?

Die Stellungnahme des Auslandes zu der Aktion war einheitlich ablehnend. Trotz der gegenteiligen Veröffentlichungen der deutschen Presse ging die Meinung der ausländischen Journalisten und offiziellen Vertreter der Staaten dahin, daß die Aktion wohl vorbereitet und mit Duldung von höchster Stelle durchgeführt worden <sup>war</sup>. Die Botschaften und Gesandtschaften hatten ihre Konsulate angewiesen, laufend über den Verlauf der Aktion an sie zu berichten. Die Folge war

◀357▶  
Stapostelle Bielefeld II B 2  
Rundverfügung<sup>1</sup>

Bielefeld, 14.11.1938

StA Det, M1 I P Nr. 1106

*Eilt sehr!*

*Rundverfügung Nr. 224/38<sup>2</sup>*

Betrifft: Aktion gegen Juden am 10.11.38.<sup>3</sup>

Vorgang: Meine fernmündlichen Rundverfügungen vom 10. u. 11.11.38

Ich ersuche um Bericht in doppelter Ausfertigung bis Freitag, dem 18.11.38, 18 Uhr, über alle Vorkommnisse der Aktion gegen die Juden, insbesondere über folgendes:

- 1) Wo sind \*Synagogen abgebrannt? Wo sind Synagogen zerstört oder beschädigt worden? In welchem Umfange? Art der Beschädigung? Höhe des entstandenen Schadens?
- 2) Wo sind Geschäfte oder gewerbliche Räume verbrannt, zerstört oder beschädigt worden? In welchem Umfange? Art der Beschädigung? Personalien der Geschäftsinhaber? Höhe des entstandenen Schadens?
- 3) Wieviel Arbeiter und Angestellte sind durch die Zerstörung der Gewerbebetriebe arbeitslos geworden? Wieviele davon haben bereits anderweitig Arbeit gefunden?
- 4) Wo und in welcher Weise ist für Fortführung oder \*Arisierung der Geschäfte gesorgt? Einsetzung von Beauftragten oder Treuhändern? Personalien? Sind die Maßnahmen inzwischen rückgängig gemacht?
- 5) Wo sind Privathäuser abgebrannt, zerstört oder beschädigt worden? In welchem Umfange? Art der Beschädigung? Personalien des Eigentümers? Höhe des entstandenen Schadens?
- 6) Wo sind Wohnungen zerstört oder beschädigt worden? Umfang, Art und Höhe des Sachschadens? Personalien des Wohnungsinhabers?
- 7) Wer – Personalien – ist ums Leben gekommen? Auf welche Weise? Wer – Personalien – wurde verletzt oder mißhandelt? Art der Verletzung? Täter?
- 8) Wo und welche kriminellen Straftaten, z.B. Diebstähle, Plünderungen und Erpressungen, sind erfolgt? Sind die Täter in Haft genommen? Personalien? Vorgänge sind sofort hierher zu senden.
- 9) Anzahl und Bezeichnung der sichergestellten Waffen usw.<sup>4</sup> Personalien der bisherigen Besitzer?
- 10) Wo wurde Archivmaterial sichergestellt? Was und wieviel? Wo befindet es sich?<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Aus technischen Gründen beginnt hier die Fußnotenzählung des Kapitels VIII erneut bei 1.

<sup>2</sup> Diese Rundverfügung wurde an alle Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte des Regierungsbezirks Bielefeld, sowie an die Stapo-Außendienststellen Detmold und Bückeburg geschickt. In der Archivakte sind insgesamt 59 Antworten erhalten, die in der CD-ROM-Gesamtausgabe wiedergegeben sind. Sie wurden dort entsprechend ihres Verfassungsdatums chronologisch bzw. entsprechend der berichterstattenden Stelle in die jeweilige Dokumentengruppe eingeordnet. Aus dieser einzigartigen Dokumentation wurden hier zwölf der im Runderlaß angeforderten Berichte ausgewählt und aufeinander folgend (◀358▶ bis ▶369▶) wiedergegeben. Zusammenfassender Bericht der Stapostelle Bielefeld vom 26.11.1938 an das Gestapa Berlin vgl. ▶369▶.

<sup>3</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>4</sup> Vgl. Zeittafel, 11. November 1938.

<sup>5</sup> Die Anordnung zur Sicherstellung von Archivmaterial in Synagogen und \*Gemeindebüros wurde in dem Schnellbrief \*Heydrichs in der Nacht von 9. auf 10. November 1938

11) Wo und in welcher Höhe wurden Bargeld, Bankguthaben, Wertgegenstände oder sonstige Sachen sichergestellt? Eigentümer? Ist inzwischen Rückgabe erfolgt?

12) Welche von den zerstörten oder beschädigten Synagogen, Geschäften, gewerblichen Räumen, Privathäusern und Wohnungen waren versichert? Art der Versicherung? Höhe der Versicherungssumme? Sind von den Betroffenen bereits Versicherungsansprüche bei ihrer Gesellschaft gestellt? In welcher Höhe?<sup>6</sup>

13) Befinden sich die Familien und sonstigen Hinterbliebenen der festgenommenen Juden in einer Notlage? Ist Abhilfe getroffen? In welcher Weise?

14) Aufnahme der Aktion in der Bevölkerung? Auswirkung auf die Stimmung der Bevölkerung? Wo und welche abfälligen Äußerungen–möglichst im Wortlaut–sind bekannt geworden? Personalien der betreffenden Personen? Ist diese Person sonst schon aufgefallen? Welche Maßnahmen wurden nicht gebilligt oder nicht verstanden? Welche nachteiligen Auswirkungen sind zu befürchten?

Der Beantwortung dieses Briefes ist besondere Sorgfalt zuzuwenden. Über die gemachten Beobachtungen, Feststellungen und Erfahrungen ist in aller Offenheit und ohne jegliche Schönfärberei unbedingt wahrheitsgemäß zu berichten. <2558>

◀358▶

**Oberbürgermeister Bielefeld**  
**Aktion gegen Juden am 9./10.1938**

**Bielefeld, 22.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1106**

Die gestellten Fragen werden wie folgt beantwortet:<sup>7</sup>

Zu 1) In Bielefeld wurde die \*Synagoge bis auf die Umfassungsmauern abgebrannt. Der Zustand der Brandruinen erfordert einen möglichst umgehenden Abbruch.

Die Synagoge kostete s.Zt. im Rohbau 350.000,- Mk. In ihr befand sich eine Orgel, die 28.000,- Mk gekostet haben soll. Das Grundstück, auf dem die Synagoge steht, liegt im Zentrum der Stadt und repräsentiert einen ziemlichen Wert. Der Bau, einschl. eines Nebengebäudes, dessen unter Ziffer 5) noch besonders Erwägung getan wird, sind bei der Coloniaversicherung, deren Bezirksvertretung sich hier, Körnerstrasse 3 befindet, mit 439.000 RM versichert. Versicherungsansprüche sind bisher noch nicht gestellt.<sup>8</sup>

Zu 2)

[...]

i) *Louis Mosberg, Berufskleidung, Breitestrasse 44.*

Inhaber Alfred Levy, Detmolderstrasse 104.

Zertrümmert wurden 2 Schaufensterscheiben, Schaden 1000 RM. Die 7 Angestellten des Geschäfts werden weiterbeschäftigt. Das Geschäft ist vor etwa 4 Wochen durch den Angestellten Borgstedt, Am Schildhof 5 (Arier) übernommen wor-

---

um 01.20 h an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen, SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte ausgesandt. Das gesicherte Schriftmaterial sollte bei den jeweiligen SD-Stellen abgegeben werden; vgl. IMT, PS 3051.

<sup>6</sup> Zur „Lösung“ der aus der Versicherung des zerstörten jüdischen Eigentums entstandenen Probleme durch Erstattung aus der den Juden auferlegten Sühneleistung von 1 Milliarde RM vgl. Zeittafel, 12. November 1938, Sitzung in \*Görings Luftfahrtministerium.

<sup>7</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichts vgl. ▶357▶.

<sup>8</sup> Vgl. ▶357▶, Anm. 5.

den.<sup>9</sup> Versichert bei der Vaterländischen Feuerversicherungssozietät auf Gegenseitigkeit, Rostock. Schaden gemeldet, Familie Levy befindet sich nicht in einer Notlage.

k) Rudolf Rose, Metzgerei, Hagenbruchstrasse 7, wohnhaft in Düren, Bergsstrasse 35. Pächter Richard Rose, Hagenbruchstrasse 7.

Zertrümmert wurden 2 Schaufensterscheiben und mehrere kleinere Scheiben. Schaden 300 RM. Die beiden nichtarischen Angestellten werden in Kürze erwerbslos. Verhandlungen betr. \*Arisierung sind bisher nicht durchgeführt. Schaden ist versichert wie zu f). Ist auch der Versicherung gemeldet. Familie des R. befindet sich nicht in einer Notlage.

[...]

5) Zu der Synagoge gehörte noch ein zweistöckiges Wohnhaus, Turnerstrasse 7, in dem der Verwalter der Synagoge-Heine-mit Familie wohnte. Dieses Haus wurde zusammen mit der Synagoge abgebrannt, von ihm stehen nur noch die Umfassungsmauern. Eigentümer ist die \*Synagogengemeinde. Über die Höhe des entstandenen Schadens und die übrigen Fragen ist die Antwort in Ziffer 1) erteilt.

6) Die Wohnung des zu 5) Genannten im Verwaltungsgebäude zur Synagoge, Turnerstrasse 7 sowie die Wirtschaftsräume, in der Heine eine Gastwirtschaft auf eigene Rechnung betrieb, ist vollkommen ausgebrannt. Heine, der inzwischen in \*Schutzhaft genommen ist, sowie seine Frau und die Hausgehilfin (Jüdin) haben nur das nackte Leben retten können. Verbrannt sind Möbel, Wäsche, Kleidungsstücke sämtlicher Personen. Frau Heine befindet sich z.Zt. bei ihrem Schwager Max Sieger, Kavalleriestrasse 16. Dort ist auch die Hausgehilfin untergebracht. Frau Heine und die Hausgehilfin sind ohne Einkommen und Barmittel. Unterstützt werden sie durch Sieger. Der Schaden, der Heine entstanden ist, ist bei der Allgemeinen Feuer-Allianz versichert und dieser auch gemeldet. Der Schaden ist allerdings noch nicht abtaxiert.

7) Fehlanzeige

8) Gestohlen wurden:

I. Bei der Firma Koch, Niedernstrasse 18, Herrenbekleidungsstücke, von denen ein Teil wieder zurückgegeben bzw. sichergestellt wurde. Die Vorgänge sind an die \*Stapo geleitet.

II. Firma Adolf Heine, Ritterstrasse, dort wurden mehrere Haushaltgegenstände gestohlen im Werte von etwa 70 RM. Täter sind unbekannt.

III. Firma Berta Münz, Oberntorwall 25, dort wurden Herrenbekleidungsstücke und eine Schreibmaschine mitgenommen. Wert der gestohlenen Sachen etwa 1000 RM. Die Täter sind noch unbekannt.

[...]

10) In der Synagoge soll Archiv- und auch noch anderes Material vorhanden gewesen sein. Es soll auch sichergestellt sein.<sup>10</sup> Darüber kann von hier aus aber nichts Positives gesagt werden. Wo es sich befindet, ist hier ebenfalls nicht bekannt.

[...]

14) In der Bielefelder Bevölkerung ist das Verständnis für die Bekämpfung des Judentums unbedingt vorhanden, auch wird es allgemein als selbstverständlich

---

<sup>9</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>10</sup> Vgl. ◀357▶, Anm. 5.

hingenommen, wenn, um die Juden unschädlich zu machen, außerordentlich scharfe Maßnahmen zur Anwendung kommen. Gegen die Zerstörung der Synagoge ist im großen und ganzen auch nicht viel angewendet worden. Die Art des Vorgehens gegen jüdische Geschäfte aber – Einschlagen der Schaufensterscheiben usw. – und damit eine Vernichtung von Sachwerten, die über kurz oder lang doch in arischen Besitz übergegangen wären,<sup>11</sup> ist allgemein nicht verstanden worden. Mit Kopfschütteln und z.T. eisigem Schweigen wurde dieser Tatbestand hingenommen. Des Weiteren war in der Bevölkerung auch sofort bekannt, daß es sich hier nicht um eine spontane Entrüstung des Volkes gehandelt hat, sondern, daß hier ein Vorgang zur Auslösung kam, der organisiert war.

Abfällige Äußerungen wurden nicht gehört, wohl aber der Unwille in oben angegebener Form offensichtlich zum Ausdruck gebracht. Die Bevölkerung hat anhand von Vorgängen sich ihr eigenes Urteil gebildet. Sie wird daher m.E. anderslautenden Berichten weniger oder gar keinen Glauben schenken, eine Auswirkung, die zweifelsohne sich in späteren Fällen anderer Art nachteilig bemerkbar machen könnte. <2622>

◀359▶

**Landrat Halle/Westf.  
Aktion gegen Juden**

**Halle in Westfalen, 18.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1106**

Zu den einzelnen Fragen wird wie folgt berichtet<sup>12</sup>:

1) Die \*Synagoge in Vermold ist am 10.11. um 18 Uhr in Flammen aufgegangen. Sie ist völlig ausgebrannt. Es stehen nur noch die Umfassungsmauern. Bei dem kleinen Gebäude ist der bauliche Schaden etwa auf 1.500 RM zu schätzen. Die Inneneinrichtung war bei der Versicherung mit 2.100 RM angegeben. Die Synagoge in Werther ist nicht ausgebrannt. Ein Brand würde die Nachbarhäuser und die Apotheke in Brandgefahr gebracht haben. Die Inneneinrichtung ist demoliert worden. Es sind Leuchter, Schränke, Bänke, Altar und Kultusgegenstände stark beschädigt worden. Die Fensterscheiben wurden zertrümmert. Brennbare Gegenstände wie Läufer, Plüschdecken und Vorhänge sind vom Amtsbürgermeister aus der Synagoge entfernt worden, um eine Brandlegung zu verhindern. Er hat die beschädigten Leuchter des Materials wegen sicherstellen lassen. Der Schaden wird auf 400 RM geschätzt.

[...]

5) Am 10.11. ds. Js. gegen 22 Uhr ging das dem ehemaligen \*Viehhändler Nathan Hurwitz, geb. 20.1.1874 zu Lavern, Kreis Lübbecke, in Brockhagen Nr. 220 gelegene Wohnhaus nebst Stallgebäude in Flammen auf. Das Haus brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Nach Angabe der Isselhorster Feuerversicherung beträgt der entstandene Schaden etwa 23.000,- RM. Durch das Eingreifen des nachts an der Brandstelle weilenden Landrats konnte verhindert werden, daß ein dem Schwager des Hurwitz – einem \*Arier – gehöriges Haus ausgebrannt wurde.

[...]

7) Es ist niemand verletzt oder mißhandelt worden bezw. ums Leben gekommen.

---

<sup>11</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>12</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichtes vgl. ▶357▶.

8) Nach Angabe einer Schwester des unter 2) und 5) genannten Steinfeld sollen Sachen gestohlen bzw. abhanden gekommen sein. Täter sind bisher nicht festgestellt worden.

[...]

10) Archivmaterial ist nicht sichergestellt worden.

11) Bargeld usw. ist ebenfalls nicht sichergestellt worden.

12) Ob die Synagoge in Vermold (Gebäude) versichert war, ließ sich noch nicht feststellen. Die Inneneinrichtung war mit 2100,- RM bei der Westf. Provinzial-Feuer-Sozietät in Münster versichert. In dieser Höhe ist der Anspruch gestellt worden. [...]

Der unter 5) Abs. 2 genannte Hurwitz in Brockhagen hat das mit 12.700 RM versicherte Anwesen und das Mobiliar, das mit 11.924 RM versichert ist, als Brandschäden der Isselhorster Feuerversicherung in Isselhorst gemeldet, die Ansprüche jedoch in einer bestimmten Höhe noch nicht gestellt.

Der Amtsbürgermeister in Werther hat mir berichtet, daß die Beantwortung der Frage zu 12) nur nach Feststellungen bei den Geschädigten möglich ist. Mit Rücksicht auf den Geheimcharakter der Bezugsverfügung hat er vorerst von diesbezüglichen Rückfragen bei den Juden abgesehen.

13) Es befindet sich kein Jude in einer Notlage.

14) Der Amtsbürgermeister in Vermold berichtet:

„Die Bevölkerung verhielt sich im allgemeinen auffallend still. Soweit ich die Stimmung bei einem großen Teil der Bevölkerung beurteilen kann, geht sie dahin, daß Vergeltungsmaßnahmen für den feigen Mord anerkannt werden,<sup>13</sup> daß aber die Zerstörung von Volksvermögen nicht verstanden wird. Man hält sie für nicht vereinbar mit den Bestrebungen des Vierjahresplanes.“<sup>14</sup>

Der Amtsbürgermeister in Halle berichtet u.a.:

„An der Brandstelle Hurwitz in Brockhagen war eine verhältnismäßig geringe Zuschauermenge zu beobachten, die mit stummer Miene dastand.“

Der Amtsbürgermeister in Werther berichtet:

„Von einem großen Teil der Bevölkerung wird die Aktion nicht gebilligt, vor allem nicht die Art der Ausführung. [...] Es wird allgemein angenommen, daß die Schulkinder von Erwachsenen zu den Zerstörungen angestiftet sind, da diese widerspruchslos den Zerstörungen zusahen. Dadurch, daß trotz der Anweisung zur Einstellung jeglicher Aktion, die bereits am 10.11. durch Rundfunk usw. bekannt wurde, und trotz der von der Polizei anweisungsgemäß aufgestellten Wachposten der \*SS noch in der Nacht zum 12.11. von maßgebenden Volksgenossen in die verriegelte Synagoge eingedrungen und die Zerstörung fortgesetzt wurde, ist das Ansehen und die Autorität der Polizei stark erschüttert und das Vertrauen zu ihr sehr geschwächt. Für die Polizei war es auch äußerst unangenehm, daß andere Stellen die Anweisung zur Zerstörung bereits am 9.11. abends erhielten, während die Polizei erst am 10.11. morgens von den Maßnahmen und der Duldung derselben Nachricht bekam. So kam ich in die unangenehme Lage, in der Nacht zum 10.11. zweimal gegen Zerstörer einschreiten zu müssen, die nur anweisungsgemäß gehandelt hatten.“

---

<sup>13</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

<sup>14</sup> Vgl. Zeittafel, August 1936 und \*Schacht, Hjalmar.

Welche nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, kann jetzt noch nicht überblickt werden. Neben der Schädigung des Ansehens und der Autorität der Polizei ist örtlich eine Verrohung der Jugend und gewisser Elemente nicht von der Hand zu weisen.

Anweisungsgemäß habe ich zu den gestellten Fragen in aller Offenheit und ohne jede Schönfärberei wahrheitsgemäß berichtet. Ich bin mir der Verantwortung voll bewußt, fühle mich aber meinem Gewissen verpflichtet, nichts zu verschweigen, was zur Beurteilung der Aktion wissenswert ist. Viele Volksgenossen, auch Parteigenossen, lehnen diese Aktion ab, sind aber außerordentlich vorsichtig in ihrer Kritik, weil sie befürchten, als \*Judenfreunde bezeichnet zu werden und dadurch wirtschaftliche und sonstige Nachteile zu haben.“ [...] <2657>

◀360▶

**Landrat Höxter**  
**Aktion gegen die Juden**

**Höxter, 18.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1106**

[...] <sup>15</sup>

Zu 14: [...] Die Festnahme der männlichen Juden ist im Augenblick der Erregung über den Pariser Vorfall<sup>16</sup> zunächst gebilligt worden. Als jedoch die verschiedensten Gerüchte über erfolgte Mißhandlungen, insbesondere allerdings aus Orten außerhalb des Kreises, bekannt wurden und als der öffentliche Abtransport der mehr oder weniger kläglich aussehenden Gestalten erfolgte, war zu beobachten, daß die Sympathie der Bevölkerung nicht bei dieser Aktion war. Die Bevölkerung war ernst und gedrückt. Hier und da waren deutlich Anzeichen von Mitleid festzustellen. Völlig verurteilt ist die Zerstörung von Sachwerten, insbesondere die Vorfälle [in] Pömbßen. Sehr bedenklich ist [sic] die Beschädigung der \*Synagogen aufgenommen, da gerade die kath. Bevölkerung in ihrer bekannten Achtung vor äußeren sakralen Einrichtungen in diesen Synagogen vielmehr religiöse Stätten, wie Bollwerke des Judentums sah. Die Vermutung, daß eine gleiche Aktion eines Tages auch die \*Kirchen treffen könne, ist verschiedentlich aufgetaucht. Ganz allgemein hat die Aktion gezeigt, daß der größte Teil der ländlichen Bevölkerung eine solche Aktion als mit dem deutschen Ansehen und der deutschen Würde nicht für vereinbar hält, und dieser Eindruck überschattet z.Z. noch die an sich vorhandene Befriedigung über die Lösung der wirtschaftlichen Seite des Judenproblems. <2671>

◀361▶

**Stadt Minden**  
**Bericht für den 10.11.1938**

**Minden, 18.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1106**

1. In Minden ist die \*Synagoge bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.<sup>17</sup> Das Innere der Synagoge ist durch den Brand vernichtet. Die Höhe des entstandenen Schadens steht noch nicht fest. Der Einheitswert für Grundstück und Gebäude beträgt nach Auskunft beim Finanzamt Minden 15.500,- RM.

---

<sup>15</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichtes vgl. ▶357▶.

<sup>16</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

<sup>17</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichtes vgl. ▶357▶.

2. Es sind folgende Geschäfte oder gewerbliche Räume zerstört oder beschädigt worden:

[...]

14. Die Aktion wurde in der Bevölkerung vielfach mit ausdrücklichem Beifall aufgenommen. Andererseits wurde am Vormittag des 10. November auf dem Wochenmarkt und an anderen Stellen hier und da besondere Zurückhaltung im Gespräch geübt. <2705>

◀362▶

**Bürgermeister Atteln**  
**Aktion gegen Juden am 10.11.1938**

**Atteln, 17.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1106**

Die Fragen werden wie folgt beantwortet:<sup>18</sup>

Zu 1: Die \*Synagoge in Haaren, die sich in dem Hause des Juden Otto Emmerich daselbst Nr. 97 befindet, ist vollständig zerstört worden. Die Inneneinrichtung ist zertrümmert und aus dem 1. Stockwerk durch das Fenster auf die Straße geworfen. [...]

Zu 14: Besonders in den ersten Tagen nach Ausführung der Aktion hat sich die Bevölkerung rege mit der Maßnahme beschäftigt. Gegen die Verhaftung und den Abtransport der Juden hat sie nichts einzuwenden. Dies wird vielmehr von verschiedenen Kreisen begrüßt. Einzig und allein hat die Bevölkerung allgemein an den Zerstörungen Anstoß genommen. <2600>

◀363▶

**Bürgermeister Amt Neuhaus**  
**Aktion gegen Juden am 10.11.1938**

**Neuhaus, 17.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1106**

[...]<sup>19</sup>

Zu 14) Wie verschieden die Aufnahme der Aktion in der Bevölkerung von Beamten, die doch einige Schulung besitzen, beurteilt wird, mögen die Berichte der beiden von mir befragten Gend.-Hauptwachtmeister aus Neuhaus dartun, die nachstehend im Wortlaut wiedergegeben werden:

1. Bericht: An/ab Neuhaus, den 15./17.11.38–419/38–mit dem Bericht, daß die Aktion gegen die Juden am 10.11.38 von der Bevölkerung meines Dienstbezirkes mit Genugtuung aufgenommen worden ist. Es sind keinerlei abfällige Äußerungen über die Aktion gefallen.

2. Bericht: Die Aufnahme in der Bevölkerung bezgl. der Aktion stößt auf wenig Verständnis [sic], da die Bevölkerung zum Großteil die Juden bemitleidet und sie andererseits politisch zu dumm und noch immer stark mit der Einstellung der ehemaligen Zentrumspartei und sonstigem Parteiklüngel verwachsen ist. Nachteilige Auswirkungen sind nicht zu befürchten. Abfällige Äußerungen irgendwelcher Art sind mir nicht zu Ohren gekommen. [...] <2712>

---

<sup>18</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichtes vgl. ▶357▶.

<sup>19</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichtes vgl. ▶357▶.



◀364▶

[SD-Außenstelle Hofgeismar]<sup>20</sup>

Judenaktion

Hofgeismar, 17.11.1938

HStA Wi, Abt. 483 Nr. 10024

Zu 1) Im hiesigen Kreis wurde nur die \*Synagoge in Meimbressen demoliert. Leider waren die Synagogen in Hofgeismar und Grebenstein vorher in \*arische Hände übergegangen, sodaß hier eine Zerstörung nicht am Platze war.

Zu 2) Im Kreis Hofgeismar wurden insgesamt 8 Geschäftshäuser demoliert. Außerdem wurde noch an 3 Privatwohnungen die Scheibe eingeworfen. Der Gesamtschaden der Demolierung im Kreis beträgt nach vorläufiger Schätzung ca. RM 4.200 (Rücksprache mit Versicherungsagenten wurde nicht genommen).

Zu 3) In einigen Fällen wurde den Juden der Arsch gehauen, die als besonders übel bekannt waren. Am anderen Tag mußten sie dann mit blauen Augen und schmerzenden Gliedern die Straße reinigen.

Zu 4) Zu Plünderungen ist es im hiesigen Kreis nicht gekommen.

Zu 5) Im hiesigen Kreis wurden insgesamt 7 Juden in Haft genommen.

Zu 6) Kultgegenstände sowie Archivmaterial wurden nicht sichergestellt. Es ist zum größten Teil verbrannt worden oder vernichtet. Dafür aber wurden die Geschäftsbücher der Juden beschlagnahmt, die noch von zuständiger Stelle überprüft werden.

Zu 7) Zu \*Selbstmorden oder Todesfällen unter den Juden ist es in dieser Zeit leider nicht gekommen.

Zu 8) Es ist geplant, die demolierte Synagoge in Meimbressen umzubauen und für einige Wohnungen auszubauen. Die restlichen Geschäfts- bzw. Wohnhäuser sind schon bzw. gehen noch in arischen Besitz über.<sup>21</sup> <2764>

◀365▶

Landrat Paderborn

Aktion gegen die Juden am 10.11.1938

Paderborn, 23.11.1938

StA Det, M1 I P Nr. 1106

[...] Wenn auch in den ersten Tagen nach der Tat m.E. mehr an gesetzliche Maßnahmen gegen die Juden gedacht worden war, so wurde infolge des Eintretens des Todes des Gesandtschaftsrates vom Rath die aktive Aktion<sup>22</sup> gegen die Juden sehr begrüßt. Der überwiegende Teil der Bevölkerung, der noch unter dem Einfluß zentristischer [sic] und kirchlicher Kreise<sup>23</sup> steht, lehnt die Aktion gegen die Juden jedoch ab. Die Kreise, die dem nationalsozialistischen Staat aus ihrer politisch-kirchlichen Bindung heraus grundsätzlich besonders ablehnend gegenüberstehen, zeigen sich besonders ungehalten darüber, daß die „Gotteshäuser“ der Juden<sup>24</sup> in Brand gesetzt worden sind. Scheinbar wird von diesen Kreisen, die das Judentum noch immer nur als eine Religionsgemeinschaft und nicht als eine fremde Rasse ansehen, das Greuelmärchen verbreitet, daß später auch eine gleiche Aktion gegen die Gotteshäuser der anderen „Konfessionen“ entfesselt werden könnte. <2720>

---

<sup>20</sup> Der Bericht ist an den SD-Unterabschnitt Kassel gerichtet.

<sup>21</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>22</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>23</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>24</sup> Vgl. \*Synagoge.

◀366▶

Landrat Bielefeld

Aktion gegen Juden am 10. November 1938

Bielefeld, 18.11.1938

StA Det, M1 I P Nr. 1106

Über die Vorkommnisse der Aktion gegen die Juden berichte ich folgendes<sup>25</sup>: [...]

*Zu Ziffer 14:* Die im ganzen Reichsgebiet erfolgten Aktionen gegen die Juden haben bei der Bevölkerung eine nachhaltige Wirkung hinterlassen. Von einem Teile der Bevölkerung sind die Aktionen im allgemeinen mit Genugtuung und Verständnis aufgenommen. Von einem anderen Teile – besonders von dem kirchlich eingestellten (sowohl von katholischer als auch von evangelischer Seite) und besonders von den Anhängern der \*Bekenntnisfront – sind [sic] in vorsichtiger Weise die Anzündung der \*Synagogen sehr bekrittelt. Es soll sogar dem Vernehmen nach von Personen, die wahrscheinlich sehr stark kirchlich eingestellt sind, behauptet worden sein, daß nunmehr, nachdem die Synagogen verbrannt worden seien, auch noch die \*Kirchen an die Reihe kämen und angezündet würden. [...] <2620>

◀367▶

Bürgermeister Lemgo

Bericht über die Judenaktion

Lemgo, 17.11.1938

StA Det, M1 I P Nr. 1106

Betrifft Bericht über die Judenaktion:<sup>26</sup>

*Zu 1:* Die hiesige \*Synagoge ist in der Nacht zum 10.11.38 zerstört, die Tür ist gewaltsam geöffnet und die Inneneinrichtung vollständig zerschlagen, sowie die Fenster. Am 10.11. mittags sind die Trümmer in Brand gesteckt [worden], sie ist vollständig ausgebrannt, es steht nur noch das nackte Mauerwerk ohne Dach. Das Mobiliar war mit 7.800 M bei der National Versicherungs AG Stettin, Vertreter Fritz Finne in Lemgo, Mittelstraße 134, versichert. Das Gebäude war mit 14.000 M bei der Landesbrandversicherungsanstalt Detmold versichert, der Schaden am Gebäude wird auf etwa 5.000 M geschätzt.

*Zu 2:* In der Nacht zum 10.11.38 ist [sic] die Inneneinrichtung des photographischen Ateliers des Juden Erich Katzenstein, Mittelstr. 107, vollständig zerschlagen. Es handelte sich um einen einzelnen, gemieteten Raum. Der Schaden wird auf 2 bis 300 M geschätzt.

*Zu 3:* Arbeiter und Angestellte sind nicht arbeitslos geworden.

[...]

*Zu 11:* Sichergestellt wurden die schweren eisernen Tore des Judenfriedhofs auf Anordnung des Herrn Bürgermeisters am 10.11.38. Auf Grund dieser Verfügung wurde auch 1 eisernes Tor und 10 Eisenträger aus der Betoneinfriedung des alten Judenfriedhofs sichergestellt. Diese Sachen sollen der \*SA zur Verschrottung übergeben werden. Rückgabe ist bisher nicht erfolgt.

Auf Grund der Verfügung ist der alte Judenfriedhof geschleift worden, es sind 28 Grabsteine, die zum Teil beschädigt sind, auf dem Fillerbruche, einem Platz der Stadt Lemgo, gelangert.

---

<sup>25</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichtes vgl. ▶357▶.

<sup>26</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichtes vgl. ▶357▶.

Auf dem neuen Judenfriedhof sind [sic] in der Nacht vom 9. und 10.11.38 7 Denkmäler umgeworfen.<sup>27</sup>

[...]

Zu 13: In einer Notlage befinden sich die Familie Walter Frenkel, Echternstraße 70, die Familie des Ludwig Davidsohn, Schuhstraße 28, die Familie des Josef Ostwald, Hellestraße 28, die Familie des Adolf Abraham, Heiligegeiststraße 10.

Die Frau Josef Ostwald hat einen formalen Unterstützungsantrag beim Wohlfahrtsamt hier gestellt, Unterstützung ist bisher nicht gezahlt. Die Ehefrauen des Adolf Abraham und des Ludwig Davidsohn haben wegen Unterstützung auf dem Wohlfahrtsamt vorgesprochen, ein formeller Unterstützungsantrag ist aber noch nicht aufgenommen. Die 3 Frauen sind deutsch geboren und nur mit einem Juden verheiratet.<sup>28</sup> Die Juden haben bisher Unterstützungsanträge nicht gestellt.

Zu 14: Die Zerstörung der Synagoge ist von einem Teil der Bevölkerung nicht verstanden worden. Bei diesem bestand die Auffassung, daß das Gebäude nützlich hätte verwertet im [sic] oder dergl. Auch wurde die Beschädigung der Judenfriedhöfe mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Besonders hervorgetreten durch abfällige Äußerungen sind hier keine Personen. Nachteilige Auswirkungen sind nicht zu befürchten. <2693>

#### ◀368▶

##### **Bürgermeister Amt Borgentreich Aktion gegen die Juden am 10.11.1938**

**Borgentreich, 17.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1106**

Zu der Verfügung der Staatspolizeistelle Bielefeld vom 14.11.38, betreffend Aktion gegen die Juden, ist aus dem Bezirk des Amtes Borgentreich folgendes zu berichten:<sup>29</sup>

[...]

14.) Die Bevölkerung hat die Aktion vielfach nicht verstanden, oder besser, sie wollte sie nicht verstehen. Die Juden wurden auch bemitleidet. Insbesondere darüber, daß ihnen Schaden an ihrem Hab und Gut zugefügt wurde und daß die männlichen Juden einem \*Konzentrationslager zugeführt wurden. Diese Stimmung in der Bevölkerung war gewiß nicht allgemein, aber ich schätze, daß hierzulande wenigstens 60% der Bevölkerung so dachte.[...] <2624>

#### ◀369▶

##### **Stapostelle Bielefeld II B 2 Protestaktion gegen Juden am 10.11.38<sup>30</sup>**

**Bielefeld, 26.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1714**

Im Stapobezirk Bielefeld wurden anlässlich der Protestaktion gegen Juden insgesamt 37 \*Synagogen zerstört. Davon wurden 19 Synagogen durch Feuer und 18 Synagogen auf andere Weise zerstört. Der Schaden beläuft sich auf etwa 450.000 RM.

---

<sup>27</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

<sup>28</sup> Vgl. \*Mischehen.

<sup>29</sup> Zum schematischen Aufbau des Berichtes vgl. ▶357▶.

<sup>30</sup> Zusammenfassender Bericht der Bielefelder Stapstelle an das Berliner \*Gestapa; vgl. auch ▶357▶ und die einleitende Anm. dort.

An Geschäften und gewerblichen Räumen wurden zerstört insgesamt 192. Davon sind 5 durch Feuer und 97 auf andere Weise zerstört. Der Schaden beläuft sich auf etwa 420.000 RM. Arbeitslos wurden durch die Zerstörung der Gewerbebetriebe insgesamt 32 Beschäftigte, wovon bisher 3 wieder in Arbeit gebracht werden konnten. Der Rest kann in allernächster Zeit wieder anderweitig untergebracht werden.

Privathäuser sind zerstört oder beschädigt insgesamt 110. Davon sind 7 Häuser vollkommen abgebrannt. Die übrigen Häuser sind mehr oder weniger stark beschädigt. Die Wiederinstandsetzung der beschädigten Häuser ist in jedem Falle möglich. Der Schaden beträgt etwa 200.000 RM.

An Wohnungseinrichtungen wurden 47 vollständig zerstört. 57 Wohnungen wurden mehr oder weniger beschädigt. Der Gesamtschaden der zerstörten Wohnungen beträgt etwa 250.000 RM.

Bei der Aktion kamen 2 Personen ums Leben, und zwar

a) der Jude David *Schlesinger*, geb. am 20.11.1880 in Albaxen, wohnhaft in Albaxen Nr. 10. Schlesinger ist nach seiner Festnahme aus einem Kübelwagen der \*SA gesprungen und zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er gestorben ist,

b) die Jüdin Fräulein Julie *Hirschfeld*, geb. am 29.9.1856 in Horn i/L., wohnhaft in Horn i/L., Nordstr. 11. Die Hirschfeld ist kurzsichtig und ist auf Grund dessen die Treppe heruntergefallen. An den Folgen ist sie im Krankenhaus in Detmold gestorben.

5 Personen erhielten während der Aktion Verletzungen [...]

Auf 21 Stellen wurden im Zuge der Aktion in jüdischen Geschäften und Wohnungen Diebstähle verübt. Gestohlen wurden Waren und andere Sachwerte im Werte von ca. 60.000 RM. Außerdem wurden ca. 3.000 RM in bar entwendet. Die gestohlenen Gegenstände sind bisher zu einem geringen Teil herbeigeschafft. Die Ermittlungen dauern noch an. [...]

In 17 Synagogen wurde Archivmaterial sichergestellt und dem \*SD zur Auswertung übergeben.<sup>31</sup> [...]

Im allgemeinen kann man von einer Notlage der jüdischen Familien nicht sprechen, in denen männliche Familienangehörige festgenommen worden sind. Einzelne Fälle sind jedoch bekannt geworden, wo die Familien sich in einer wirklichen Notlage befinden und die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen mußten.

Unter den von hier in das \*KZ-Lager Buchenwald eingelieferten 406 Juden sind bisher 4 Todesfälle zu verzeichnen. Auf Antrag von hier wurden bisher etwa 45 Juden aus dem Lager Buchenwald entlassen.

Alle Juden haben die feste Absicht, auszuwandern.<sup>32</sup> Sämtliche Juden, die Gewerbebetriebe haben, wollen \*arisieren oder liquidieren.

Die Aktion vom 10.11.1938 hat sich auf die Stimmung der Bevölkerung im allgemeinen recht ungünstig ausgewirkt. Die Zerstörung der Synagogen wird zwar nur von kirchlichen Kreisen, sowohl der evangelischen wie der katholischen Seite, mißbilligt.<sup>33</sup> Ebenso hat das Zerschlagen der Fensterscheiben in jüdischen Geschäften und Privatwohnungen nicht allgemein Anstoß erregt. Offen kritisiert dagegen

---

<sup>31</sup> Vgl. ◀357▶, Anm. 5.

<sup>32</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>33</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

wird in allen Kreisen der Bevölkerung, vor allem aber in der Arbeiterschaft, die Vernichtung der Sachwerte, für die besonders der Arbeiter kein Verständnis hat. Es werden immer wieder Vergleiche gezogen zwischen den Sparmaßnahmen und Sammlungen von Abfällen und dergleichen im Rahmen des Vierjahresplanes<sup>34</sup> und der mutwilligen Zerstörung von Vermögenswerten.

Da die Durchführung der Aktion in den Händen der Partei lag, was in der Bevölkerung selbstverständlich allgemein bekannt ist, hat das Ansehen der Bewegung auch dadurch gelitten, daß an vielen Stellen Jugendliche für die Durchführung der Aktion angesetzt waren.<sup>35</sup> So ist in einer Reihe von Fällen beobachtet worden, daß schulpflichtige Kinder sich beim Einschlagen von Fensterscheiben und sogar Anlegen von Bränden und Zerstörung von Einrichtungsgegenständen und dergleichen beteiligten.

In diesem Zusammenhang wäre noch zu bemerken, daß die Art der Berichterstattung über den Verlauf der Aktion durch die Presse allgemein Anstoß erregt hat. Da, wie bereits erwähnt, die Bevölkerung in fast keinem Falle an der Aktion teilgenommen hat, wirkt die dauernde Behauptung der Presse, es handle sich um eine spontane Empörung des Volkes, geradezu lächerlich, zumal die Tatsache, daß die Aktion von oben organisiert war, infolge der im allgemeinen einheitlichen Durchführung der Aktion nicht zu verkennen war.

Dagegen haben die durch den Generalfeldmarschall \*Göring erlassenen Sühnegesetze<sup>36</sup> in der Bevölkerung überall Anklang gefunden. Ebenso sind gegen die Inhaftnahme der Juden wenig Stimmen laut geworden. <2559>

◀370▶

Gestapa II A 4

Bericht für November 1938

Berlin, 8.12.1938

BArch, R 58/3060

*Illegale kommunistische Bewegung*

*Stand der illegalen Arbeit*

*Allgemeines über Organisation und Taktik*

[...] Neben dem verstärkten Propagandaeinsatz für die Volksfront-Bestrebungen hat die kommunistische Bewegung in der Berichtszeit das Judenproblem mit den letzten Ereignissen<sup>37</sup> zum willkommenen Anlaß genommen, um in fast allen Teilen des Reiches eine rege Hetztätigkeit zu entfalten. In den allgemeinen Äußerungen hierzu erklären sich die Kommunisten mit den Juden solidarisch.<sup>38</sup> Die Judenaktion wird als „Waffe der faschistischen Kriegspolitik“ hingestellt, die über die inneren und äußeren Schwierigkeiten des Reiches hinwegtäuschen soll. Für die kommunistische Mundpropaganda waren die Ereignisse Anlaß für ihre Debatten und Anhaltspunkt ihrer Tätigkeit. Die Sympathien, die die Kommunisten den Juden entgegenbringen, fanden lebhafteste Unterstützung in bürgerlichen und vor allem klerikalen Kreisen. So konnte festgestellt werden, daß die Kommunisten im Verein mit den übrigen staatsablehnend eingestellten Kreisen die öffentliche Meinung

---

<sup>34</sup> Vgl. Zeittafel, August 1936 und \*Schacht, Hjalmar.

<sup>35</sup> Vgl. \*Hitlerjugend.

<sup>36</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938.

<sup>37</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>38</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

beeinflußten und eine willige Unterstützung bei der Bevölkerung fanden, die das Judentum wohl ablehnen, sich jedoch mit den Ereignissen des 9./10. November nicht einverstanden erklärten. Die Vernichtung der Sachwerte und der hieraus sich ergebende Gegensatz zum Vierjahresplan<sup>39</sup> wurde den kommunistischen Zwecken nutzbar gemacht, um weltanschaulich den nationalsozialistischen Staat anzugreifen.

Von der Staatspolizeileitstelle *Berlin* wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß man der \*Judenfrage im Laufe der Jahre im Schulungsmaterial der „Deutschen Arbeitsfront“ zu wenig Wert beigemessen habe, daß aber durch die nach dem 10. November 38 eingesetzte deutsche Presse- und Rundfunkpropaganda heute auch in Arbeiterkreisen ein weit größeres Verständnis für das Judenproblem vorhanden ist.

Der Stimmungsbericht, den die Betriebsführung eines Berliner Großunternehmens gegeben hat und der sich mit der Stellung der Belegschaft zu den letzten politischen Ereignissen befaßt, besagt folgendes:

[...] Eine Wiederbelebung der bekannten Umtriebe linker Kreise wurde erst feststellbar im Zusammenhang mit den bekannten Maßnahmen gegen das Judentum. Wir müssen uns auf unseren Informationskreis verlassen, wenn wir behaupten, daß diese staatsfeindlichen Regungen einen seit Jahren kaum beobachteten Höhepunkt erreichten. Sie haben sogar darüber hinaus noch einen unerwartet breiten Boden gefunden. Der entstandenen Situation zeigten sich vielfach sogar Amtswalter und Parteigenossen nicht genügend gewachsen, wodurch es den für die Juden eintretenden Elementen (Einheitsfront von den Kommunisten bis zu den Katholiken) gelungen ist, sich weitgehend Gehör zu verschaffen. [...] <2554>

#### ◀371▶

#### SD-Außenstelle Kochem Bericht für November 1938

Kochem, 25.11.1938

Brommer, S. 115-161

#### *Referat II 112: Judentum*

Die Aktion gegen die Juden am 10.11.<sup>40</sup> stellte dieses Problem auf eine völlig neue Grundlage, die sich auch im hiesigen Bereich weitgehend auswirken [sic]. Wenn auch im Verlaufe der Zeit viele Juden abgewandert sind,<sup>41</sup> so daß geschlossene Gruppen kaum noch bestanden oder als solche keine große Bedeutung aufwiesen, so gab es doch besonders im \*Vieh- und Weinhandel noch eine Anzahl Juden, die noch recht gutgehende Geschäfte hatten.

Der Erfolg der Aktion hat in den Orten, wo sie gründlich durchgeführt wurde, erwiesen, daß den Juden die Möglichkeit genommen ist, ihre Geschäfte weiter zu betreiben. So hat in Kochem ein Weinjude, dem die Einrichtung vollkommen zertrümmert war, sofort nach der Maßnahme sein Geschäft aufgelöst.

Im Verlaufe der Aktion selbst hat sich herausgestellt, daß die meisten Juden sich bereits mit der Absicht trugen, auszuwandern. Entsprechende Schritte waren von diesen auch bereits in die Wege geleitet. [...] Es ist in diesem Zusammenhang

---

<sup>39</sup> Vgl. Zeittafel, August 1936 und \*Schacht, Hjalmar.

<sup>40</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>41</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.

interessant zu erfahren, daß die Landbevölkerung in der Umgebung von Koblenz bei den Juden große Käufe an Möbeln und Einrichtungsgegenständen tätigt.

[...] Über die Stellungnahme der Geistlichkeit beider Konfessionen wurde bereits an anderer Stelle berichtet. Aber auch aus der Bevölkerung heraus sind Äußerungen gekommen, die in vielen Fällen ein Mitleid mit den Juden bekunden. Es handelt sich in solchen Fällen aber um Personen, die unter dem Einfluß irgendeines Geistlichen stehen.<sup>42</sup> Dagegen ist die eine Frage, die immer wieder auftauchte, in gewisser Weise zu verstehen, daß man es nämlich nicht für richtig hält, daß so viele Werte vernichtet wurden, die armen Volksgenossen hätten zukommen können. Hier schafft eine richtige Aufklärung in allen Fällen recht bald Klarheit und Einsicht.

Es taucht in diesem Zusammenhang eine weitere wichtige Frage auf, die einer einheitlichen Klärung bedarf. Die Juden in Wohnungen arischer Besitzer haben in den meisten Fällen Mietverträge abgeschlossen, die auf lange Sicht abgestellt sind und den Juden vor der Gefahr schützen, plötzlich auf die Straße gesetzt zu werden. Die Aktion veranlaßt die Hauseigentümer, wenn auch nicht überzeugt, so doch gezwungenermaßen, nach einer Möglichkeit zu suchen, dem gesunden Volksempfinden Rechnung zu tragen und die Juden recht bald auf die Straße zu setzen bzw. zu veranlassen, daß sie sich in eigenen Wohnungen zusammenschließen.<sup>43</sup> Es erhebt sich nun die Frage, ob es einem arischen Hausbesitzer zugemutet werden kann, noch länger Juden unter seinem Dach zu dulden, bzw. ob eine Möglichkeit geschaffen werden kann, daß von irgendeiner Stelle aus positiv in diesem Sinne hingewirkt wird. [...]

*Referat: II 1131: Römischer Katholizismus*

[...] Die gegen die Juden durchgeführten Maßnahmen gaben der Kirche natürlich willkommenen Anlaß zu einer Gegenpropaganda, die in ganz versteckter und äußerlich harmloser Form geführt wurden [sic]. In den Gottesdiensten des der Aktion folgenden Sonntages wurde in vielen Predigten von der Nächstenliebe gesprochen, die bedingungslos sei, und als Grundsatz herausgestellt, daß es Pflicht sei, nach dem Wort zu handeln, „leben und leben lassen“. Diese Hetze wurde allgemein richtig erkannt, obwohl in keinem Worte der Juden gedacht oder diese erwähnt wurden.<sup>44</sup> [...]

*Referat II 1133: Protestantismus*

Wie in der katholischen, so gab in der evangelischen Kirche die Judenaktion Anlaß zu Stellungnahmen der Geistlichkeit, die in fast der gleichen Weise vor sich gingen. In den Predigten und Andachten wurden immer wieder über die christliche Nächstenliebe gesprochen, die bedingungslos ist und auch den Feinden zuteil werden muß. Ein Pfarrer (Karl Johannes in Pleizenhausen, Kreis Simmern) soll in einer Andacht vor einem kleinen geschlossenen Personenkreis sich sogar ausgelassen haben, daß er ein gemeinsames Gebet für die verfolgten und unterdrückten Juden ansetzte. In Simmern selbst hat der Superintendent, Pfarrer Gillmann, einem Juden, dem bei der Aktion das Porzellan zertrümmert wurde, solches geliehen. Die Folge war, daß man ihm die Fensterscheiben einwarf, wobei er selbst eine leichte Verletzung erhielt. Es war bekannt, daß dieser Pfarrer bis vor kurzer Zeit von diesem Juden Milch bezog. Seine judenfreundliche Haltung hat in weiten Kreisen größte Empörung hervorgerufen.

<2552>

---

<sup>42</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>43</sup> Vgl. \*Judenhäuser.

<sup>44</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

◀372▶

**Stapostelle Aachen II A 4  
Bericht für November 1938**

**Aachen, 30.11.1938**

**BArch, R 58/446**

*Die Lage in regionaler Hinsicht*

[...] Man versucht, die Bevölkerung durch Mundpropaganda davon zu überzeugen, daß das Vorgehen gegen die Juden ungerecht sei, so wird auch erzählt, daß nicht das Volk, sondern die Regierung die Aktion gegen die Juden<sup>45</sup> angeordnet und durchgeführt habe. Derartige Redensarten finden bei der hiesigen katholischen Bevölkerung starken Anklang. Ferner wird im stillen die Parole verbreitet, daß Leute [sic] die \*Synagogen in Brand gesteckt worden seien, daß es morgen aber die christlichen Kirchen sein würden. <2555>

◀373▶

**Stapostelle Magdeburg  
Bericht für November 1938**

**Magdeburg, 30.11.1938**

**BArch, R 58/446**

*Marxismus*

Auch für den Berichtsmonat November konnte eine Änderung der Lage in den Kreisen der alten Sozialdemokraten nicht festgestellt werden. Die Schlacht gegen die Juden<sup>46</sup> hat dagegen zu lebhaftesten Diskussionen gerade von diesen Volksgenossen geführt. Trotzdem die Sozialdemokraten in der Beurteilung dieser Frage keinesfalls eine einheitliche Auffassung haben, manche haben sogar das Vorgehen, wenn sie auch nicht die Art, wie es geschah, verstehen wollten, begrüßt – jedoch benutzten sie den Augenblick regerer politischer Anteilnahme, um durch ihre Mundpropaganda gegen diese Aktion Stimmung zu machen. Trotzdem ihre Argumente recht fadenscheinig waren, haben sie es trotzdem verstanden, bei vielen wenig geschulten Volksgenossen den Eindruck zu erwecken, als sei der Schlag gegen die Juden als Anfang vom Ende des 3. Reiches zu werten. Erst durch die sofort einsetzende Versammlungswelle, vor allem durch die großzügige Pressepropaganda, bei der man durch das erforderliche Tatsachenmaterial über die Juden ungeheuren Eindruck zu erwecken mußte, begann sich der Mißmut wieder langsam zu legen. Es ist beobachtet worden, daß ehemalige Sozialdemokraten, die sich auf Grund der Leistungen der nat. soz. Regierung offen zum Nationalsozialismus bekannt haben, durch die Judenaktion wieder sehr schwankend geworden sind. [...] <2570>

◀374▶

**Stapostelle Regierungsbezirk Merseburg  
Bericht für November**

**Halle, 29.11.1938**

**BArch R 58/3825**

*Kommunismus*

In Kreisen ehemaliger Kommunisten und Marxisten wurde die Aktion gegen die Juden mit gemischten Gefühlen aufgenommen.<sup>47</sup> Diese Kreise sehen in den Juden

---

<sup>45</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>46</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>47</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.



immer noch Leidensgenossen und sympathisieren daher mit ihnen. Ferner erzählen sie, das Judentum werde sich rächen, die Kriegsgefahr drohe mehr als bisher.

Im hiesigen Bereich erfolgten im Laufe des Berichtsmonats noch einige Festnahmen von Personen, die wegen abfälliger Äußerungen über die Maßnahmen von Partei und Staat gegen die Juden und über die Eingliederung des Sudetengaues<sup>48</sup> straffällig wurden. [...] <2571>

◀375▶

**Stapoleitstelle München  
Bericht für November 1938**

München, o.D.

BArch, R 58/2060 a

*Kommunismus*

Während nach der friedlichen Lösung der Sudetendeutschen-Frage in den linksgerichteten Kreisen große Niedergeschlagenheit herrschte, hat sich in der 2. Hälfte des Berichtsmonats im Zusammenhange mit den Vorfällen der Judenfrage<sup>49</sup> die Stimmung wieder wesentlich verbessert.

Nach vertraulichen Mitteilungen hat die Zerstörung der Judengeschäfte usw. bei der werktätigen Bevölkerung keine Zustimmung gefunden. [...]

Den kommunistisch gesinnten Elementen waren diese Vorkommnisse ein willkommenen Anlaß, um den Kommunismus zu verherrlichen und den Nationalsozialismus verächtlich zu machen. Sie sind der Ansicht, daß diese Vorfälle auch auf die Bevölkerung ihre Wirkung nicht verfehlen und sie zu der Überzeugung kommen lassen werden, daß die nationalsozialistische Regierung vor den größten Gewalttaten nicht zurückschrecke. [...] <2572>

◀376▶

**Regierungspräsident Minden  
Geheim-Anordnung vom 28.11.1938**

Minden, 5.12.1938

StA Det, M1 I P Nr. 1714

[...] Manche Schwierigkeiten der heutigen Lebenshaltung, manches allzu viele Reglementieren der allzu zahlreich gewordenen Befehlsstellen von Partei und Staat nimmt die Bevölkerung teils willig, teils mit Reserve, aber auch dann nicht durchwegs abweisend auf.

Über die von der Partei befohlene Aktion vom 9. bis 10. November<sup>50</sup> herrscht dagegen – wie auf Verabredung – betretenes Schweigen. Selten äußert sich offene Meinung. Man schämt sich. [...]

Die Partei ist von der befohlenen Judenaktion eingehend unterrichtet gewesen und hat sie geleitet. Die Staatsbehörden wurden durch einen Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamts über die Staatspolizeistelle Bielefeld erst im Laufe der Morgenstunden des 10. November unterrichtet, als die Aktion bereits im vollen Gange und kaum noch zu begrenzen war.

In meinem Regierungsbezirk sind sämtliche \*Synagogen zerstört, z.T. erst einen Tag nach der erlaubten Aktion. [...]

---

<sup>48</sup> Vgl. Zeittafel, 29.-30. September, sowie 1.-10. Oktober 1938.

<sup>49</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>50</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

Das beinahe selbstmörderische Vernichten einer Unmenge von Waren, die Deutschland dringend für seinen Markt gebraucht [sic], die befohlene sinnlose Zerstörung der Privatwohnungen der Juden mit Ausartungen, die naturgemäß mit solchen Aktionen verbunden zu sein pflegen, die Brandstiftung – sonst schwer bestraft – gibt Kräften Oberwasser, die auf die Verwandtschaft solcher Methoden mit denen anarchistischer Staaten heimlich und vorsichtig hinweisen.

Die Stimmung der Bevölkerung und weiter Parteikreise ist gedrückt. Die Arbeiterschaft lehnt insbesondere die Warenvernichtung ab. [...]

Alle Parteigenossen und staatspolitisch denkende deutsche Männer sind bestürzt über die in der Staatsführung zu Tage getretenen Divergenz.

Vordringlich ist, dem Volk weithin zu beweisen, daß weder der Generalfeldmarschall<sup>51</sup> noch der Führer etwas mit der Aktion zu tun haben. Es wartet darauf, weil es daran nicht glauben *will*. Aber es wartet! [...]

<2580>

◀377▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz**  
**Bericht für November 1938**

**Regensburg, 8.12.1938**

**BayHStA, StK 106673**

*Juden*

Bei der vom 9./10. November nachts durchgeführten Aktion wurden die 5 im Regierungsbezirk vorhandenen \*Synagogen in Regensburg, Amberg, Straubing und Sulzbürg bei Neumarkt zerstört. [...] Die männlichen Juden, teilweise auch weibliche, wurden in der Nacht festgenommen; im ganzen kamen in der Folgezeit 224 Männer aus dem Regierungsbezirk in das \*Konzentrationslager Dachau. Ein Teil von ihnen ist unterdessen wieder freigelassen worden. In Regensburg wurden alle Männer am Vormittag des 10.11. vor dem Abtransport in geschlossenem Zug durch die Stadt geführt. Sie mußten ein großes Plakat „Auszug der Juden“ tragen. [...]

In welchem Umfang sich nach den geschilderten Vorkommnissen die Zahl der im Regierungsbezirk noch vorhandenen 752 Juden (davon 53 Ausländer; Stand vom 1.10.) in absehbarer Zeit verringern wird,<sup>52</sup> ist abzuwarten; [...]

<2582>

◀378▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für November 1938**

**Ansbach, 8.12.1938**

**BayHStA, StK 106678**

*Schule und Kirche*

[...] Im Verlaufe der Protestaktion gegen die Juden wurden in Wunsiedel auch 2 evangelische Geistliche und 1 kath. Pfarrer, die als „\*Judenknechte“ gelten, durch die empörte Volksmenge auf die Polizeiwache verbracht und dort vorübergehend festgehalten. In den Pfarrhäusern wurde eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert.

*Evangelische Kirche*

[...] Stadtpfarrer Koch hat in seiner Predigt in der St. Gumbertuskirche in Ansbach darauf hingewiesen, daß bereits von verschiedenen Seiten das Alte Testament nicht mehr anerkannt werde und schon verschiedene Lehrer in den Schulen den

<sup>51</sup> Vgl. \*Göring.

<sup>52</sup> Vgl. \*Auswanderung sowie \*Binnenwanderung.

Kindern im Religionsunterricht nicht mehr vom Alten Testament erzählen, weil darin angeblich das jüdische Volk verherrlicht werde.<sup>53</sup> Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule sei aber ausdrücklich betont worden, daß sich in den Schulen beim Religionsunterricht nichts ändern werde. [...]

*Juden*

Im Zuge der Protestaktion gegen das jüdische Mördergesindel wurden im Regierungsbezirk 772 Juden festgenommen, von denen sich noch 389 in Haft befinden. Außerdem wurden nach dem Bericht der Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth 17 \*Synagogen ausgebrannt, 25 Synagogen demoliert, 115 jüdische Geschäfte zerstört; weitere 39 jüdische Geschäfte wurden nur geschlossen. In 594 jüdischen Wohnungen wurde die Inneneinrichtung zerstört bzw. beschädigt. Außerdem wurde das Geschäft einer Deutschblütigen beschädigt, weil der Bevölkerung bekannt war, daß die Inhaberin mit einem Juden \*Rassenschande getrieben hatte. [...] <2584>

◀379▶

**NSDAP Reichsleitung, Hauptamt für Kommunalpolitik  
Vertrauliche Berichtsauszüge**

**München, 15.1.1939**

**BArch, NS 25/86**

*Gauamt für Kommunalpolitik Franken*

*Wohlfahrtswesen.* Anschließend an die Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden<sup>54</sup> begann in Zusammenarbeit mit Gauleitung, Hausbesitzerverein und Wohlfahrtsamt (Wohnungsfürsorge) eine *Aktion zur Erfassung der Judenwohnungen* für Volksgenossen mit unzulänglichen Wohnungen, insbesondere für Kinderreiche. Die Hausbesitzer wurden zunächst aufgefordert, allen Juden zu kündigen,<sup>55</sup> dann wurde die Aktion auf die Wohnungen bis zu einem Mietpreis von 115 Reichsmark beschränkt. [...]

*Gauamt für Kommunalpolitik Kurhessen*

[...] In einem früheren Bericht erwähnten wir die Bemühungen der *Stadt Fulda*, den dortigen nicht mehr benutzten *alten Judenfriedhof* in ihren Besitz zu bekommen, was der Stadt aber trotz Kaufgebotes nicht gelungen war. Im Zuge der Aktion gegen die Juden aus Anlaß des politischen Mordes in Paris ist dieser Judenfriedhof von der erregten Volkswut teilweise demoliert worden.<sup>56</sup> In darauffolgenden Verhandlungen mit der Judenschaft ist die Stadt ohne Zahlung eines Entgeltes in den Besitz des Geländes gelangt. Die Stadt beabsichtigt, die im Zentrum liegende Fläche zu planieren und im Frühjahr zweckentsprechend als Platz bzw. Grünfläche auszugestalten, um damit einem dringenden Bedürfnis abzuweichen. [...] <2589>

---

<sup>53</sup> Vgl. ◀401▶ unter „Sonstige Angelegenheiten von Bedeutung“, sowie \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>54</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>55</sup> Vgl. \*Judenhäuser.

<sup>56</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

◀380▶

NSDAP Hauptschulungsamt

Auszüge aus den Berichten zur weltanschaulichen Lage

Berlin, 18.1.1939

BArch, R 58/4215

*Bericht des Ortsgruppenleiters Gotha, Kr. Delitzsch:*

„Die Vorgänge im Zusammenhang mit der jüdischen Mordtat in Paris<sup>57</sup> haben nicht überall volles Verständnis gefunden“. Man versteigt sich zu der Äußerung: „Das will der Führer bestimmt nicht.“

Diese Tatsache, Hand in Hand mit der Feststellung, daß von 1934-38 noch unzählige Deutsche bei den ortsansässigen Juden ihre Einkäufe getätigt haben oder sich von jüdischen \*Ärzten behandeln ließen, beweist zur Genüge, daß die weltanschauliche Haltung noch lange nicht gefestigt ist. Es wird sich eine vertiefte Schulung über die Judenfrage in weiterem notwendig machen [sic]. Nicht nur Rundfunk und Presse, sondern auch \*Film und alle anderen Sektoren der Erziehung und Menschenführung müssen in die Aufklärungsarbeit eingespannt werden. Eine immerhin bemerkenswerte Tatsache läßt sich aus den Berichten über die Meinung des breiten Volkes zur \*Judenfrage feststellen; nämlich die, daß weite Kreise die moralische Berechtigung und Autorität des Staates und seiner Maßnahmen noch unbedingt über diejenigen der Partei stellen und damit jegliches politisch-reife Denken vermissen lassen. Auch diesbezüglich wird weitere Schulungsarbeiten notwendig sein.

*Gau Hessen-Nassau*

Daß die Geistlichen der katholischen und der \*Bekennenden Kirche – mancherorts kreisweise geschlossen – *für die Juden gebetet*, auch aktive Hilfe geleistet haben, sei am Rande vermerkt.<sup>58</sup>

*Gau Schlesien*

Die Aktion gegen die Judenschaft des deutschen Reiches ist in den Kreisen der Partei nahezu vollkommen positiv aufgenommen worden. Dagegen ist ihre Beurteilung innerhalb des deutschen Volkes recht zwiespältig. Ein großer Teil der Volksgenossen wendet sich gegen diese Aktion mit dem Hinweis auf die Zerstörung wirtschaftlicher Sachwerte. [...]

<2590>

◀381▶

Gendarmerie Adlkofen

Bericht für November 1938

Adlkofen, 22.11.1938

StA La, Rep. 164, Verz. 10 Nr. 3873

*[Allgemeine politische Lage]*

Die Stimmung in der Bevölkerung ist ziemlich ruhig. [...]

Ein großer Teil der Landbevölkerung hat die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen hinsichtlich Lösung der Judenfrage<sup>59</sup> nicht voll erfaßt. Wo sich Gelegenheit geboten hat, wurde im aufklärenden Sinne gewirkt.

<2591>

<sup>57</sup> \*Grynszpan, Herschel.

<sup>58</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>59</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

◀382▶

**Gendarmerie Amberg  
Bericht für November 1938**

**Amberg, 24.11.1938**

**StA Am, BA Amberg 1942**

*Allgemeine Lage*

Die politische Lage kann seit der letzten Berichterstattung als unverändert bezeichnet werden. Staatsfeindliche Umtriebe sind nicht vorgekommen. Die spontanen Vergeltungsaktionen gegen die Juden wurden von der Bevölkerung mit Ruhe und innerer Freude hingenommen. Im übrigen ist die \*Judenfrage bei der Bevölkerung in aller Munde, nachdem sich der Zorn des deutschen Volkes über den Mord von Paris in entsprechenden Sühneaktionen gegen die Juden Luft gemacht hat.<sup>60</sup> Ihnen folgten nun die Gesetze und Maßnahmen der deutschen Regierung.<sup>61</sup> <2596>

◀383▶

**NSDAP Frauenschaftsleitung Gau Baden  
Tätigkeitsbericht**

**o.O., November 1938**

**GLA Ka, 465 d Nr. 115**

*Weltanschauliche Erziehung*

Das Thema „*Die deutsche Volkswerdung*“ war auch für diesen Monat durchgegeben. Da unsere Kreisabteilungsleiterinnen zur Selbständigkeit erzogen sind, so wurde nach dem politischen Mord in Paris<sup>62</sup> die Judenfrage spontan behandelt. Aus den Monatsberichten geht die verschiedenartige Themenstellung hervor:

- „Die \*Judenfrage“
- „Das internationale Judentum“
- „Judentum und \*Freimaurerei“
- „Das Wirken des Judentums“
- „Das Weltjudentum“
- „Das rassische Erwachen“
- [...]

Lörrach: Die Behandlung der Judenfrage ist hier momentan sehr wesentlich. Der Einfluß der Grenze ist gar groß und man bedauert allgemein „die armen Juden“!!! <2601>

◀384▶

**Kriminalpolizei Bad Kissingen  
Vergrabungen im Judenfriedhof hier**

**Bad Kissingen, 11.11.1938**

**StA Wü, LRA Bad Kissingen 1219**

In der Nacht vom 9./10.Nov. 1938 mußten, wegen allgemeiner Empörung der Bevölkerung, die der Mordanschlag gegen den Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris<sup>63</sup> auslöste, eine Anzahl hiesiger Juden aus Gründen ihrer persönlichen Sicherheit in \*Schutzhaft genommen werden.

Beim Vollzug dieser Maßnahme wurde bekannt, daß im hiesigen Judenfriedhof vor einiger Zeit verschiedenes belastendes Material vergraben worden sei.

---

<sup>60</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel, sowie \*Kristallnacht.

<sup>61</sup> Vgl. Zeittafel, 11.-19. November 1938.

<sup>62</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

<sup>63</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

Es wurde daher am 10. Nov. 1938, im Laufe des Nachmittags unter Zuziehung von 6 Juden an einer bezeichneten Stelle im Judenfriedhof begraben. Dabei wurden aus einem etwa 2 m tiefen Schacht circa 30 Säcke, die mit jüdischen Schriften, Büchern, Gebetsrollen usw. gefüllt waren, zu Tage gefördert.<sup>64</sup>

Das gesamte Material, das noch gesichtet werden muß, wurde vorläufig in den Luftschuttkeller des Kreishauses gebracht.

Bei dem Gang der Schutzhäftlinge<sup>65</sup> vom Amtsgerichtsgefängnis zum Judenfriedhof, während der Grabung dort und auf ihrem Rückweg, hat sich die Bevölkerung Bad Kissingsens in nicht mißzuverstehenden Äußerungen gegen das Judentum ausgesprochen. [...]

<2604>

◀385▶

**Bürgermeister Bad Lippspringe  
Aktion gegen Juden**

**Bad Lippspringe, 17.11.1938**

**StA Det, M1 I P Nr. 1106**

[...] Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat die Aktion gegen die Juden<sup>66</sup> nicht verstanden und mit dem Hinweis verurteilt, daß Derartiges in einem Kulturstaate nicht vorkommen dürfe.

Besonders ungehalten war die Bevölkerung über einen Fall, der sich der zweiten Nacht ereignete, in der ein Einwohner, (arischer Viehhändler) der sich auf dem Nachhauseweg befand, von mehreren Personen angehalten und auf der Straße mißhandelt worden ist, weil er angeblich mit Juden Handel getrieben haben soll.<sup>67</sup> Dieses wird umsomehr verurteilt, weil es sich hierbei um einen 72-jährigen Mann handelt. Inzwischen ist aber die Ruhe wieder eingetreten. Größere Auswirkungen, die durch die Judenaktion hervorgerufen sind, liegen bis jetzt nicht vor.

<2609>

◀386▶

**NSDAP Kreis Bremen Kreispropagandaamt  
Stimmungsbericht**

**Bremen, 12.12.1938**

**StA Br, 3-N.7. Nr. 162**

*Betr. Judenfrage*

In der Annahme, daß die \*Judenfrage sehr schnell einer weiteren radikalen Lösung zugeht, sodaß wir in kurzer Zeit in Bremen wohl kaum noch Juden haben

---

<sup>64</sup> Das „belastende Material“, das von den Bad Kissinger Juden vor der Vernichtung gerettet wurde, stammte aus der „Genisa“ (Aufbewahrungsort für unbrauchbar gewordene heilige Schriften und religiöse Gegenstände) der am frühen Morgen des 10. November in Brand gesteckten Synagoge. Nach altem jüdischen Brauch sollten vor allem in hebräischen Buchstaben geschriebene Schriften auf dem jüdischen Friedhof begraben werden. Ähnlich der Nürnberger Gemeinde (vgl. ▶343▶) erfuhren die jüdischen Gemeindevorsteher in Bad Kissingen schon am 10. Oktober von der Kreisleitung der NSDAP, „daß die Existenz der Synagoge nur eine Frage der Zeit sei“. Vgl. Ophir, Pinkas Hakehilot, Bavaria, S. 423. Das Schriftgut aus der Genisa der Synagoge wurde zwischen dem 20. Oktober und der \*Kristallnacht auf dem Friedhof der Gemeinde vergraben. Zur Genisa vgl. JI II, S. 1014f.

<sup>65</sup> Vgl. \*Schutzhaft.

<sup>66</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>67</sup> Vgl. \*Viehhandel, jüdischer.

werden, wird angeregt, daß der Judenfriedhof in Hastedt freigehalten wird, um späterhin einen Sportplatz für die \*SA zu bekommen.

Ein großer Teil des Judenfriedhofs ist auch noch nicht belegt. Dort könnte evtl. später ein Kinderspielplatz entstehen. (Vielleicht für die NSV). <2625>

◀387▶

**Bezirksamt Ebermannstadt**  
**Bericht für November 1938**

**Ebermannstadt, 2.12.1938**

**Broszat, S. 124f.**

*Allgemeine Übersicht über die innerpolitische Entwicklung*

Die wichtigsten Gesprächsstoffe sind auch heute noch die Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden<sup>68</sup> und die Schweinefleischknappheit. [...]

Rein stimmungsmäßig wird die erstere Angelegenheit von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung in folgender Weise beurteilt: Die Auferlegung der Geldbuße<sup>69</sup> war vollauf am Platze und es wäre viel besser gewesen, diese Summe im Zusammenhang mit den nachträglich erlassenen ebenfalls begrüßenswerten Verordnungen über die Ausschaltung der Juden aus dem Erwerbsleben<sup>70</sup> usw. noch zu erhöhen als Sachwerte vernichten zu lassen. Daher werden die Zerstörungen und Plünderungen abfällig beurteilt und zwar nicht bloß aus diesem Grunde, sondern auch deswegen, weil dadurch das Rechtsbewußtsein ins Schwanken geraten ist. Eine grundsätzlich derart eingestellte Stimmung gibt dann einen geeigneten Nährboden ab für Gerüchte, daß die Geistlichen und das Kirchenvermögen die nächsten sein werden, denen es ähnlich ergehen wird, wie den Juden und ihrem Besitz,<sup>71</sup> und für eine Kritik, daß dieses Vorgehen gegen die Juden außenpolitisch sehr ungeschickt gewesen sei, weil dadurch die erst kürzlich gebannte Kriegsgefahr erneut heraufbeschworen wurde und wir aus einer mühsamen bereits errungenen günstigen Stellung zu einer erfolgreichen Lösung der Kolonialfrage wieder zurückgeschlagen worden seien.

Vom Standpunkt der Polizeibeamten aus habe ich dazu noch folgendes beizufügen: Vergeltungsmaßnahmen gegen einzelne Volksgenossen, die sich an dem Volke versündigen, darf das Volk nur durch die hiezu berufenen Organe des Staates ausführen lassen.<sup>72</sup> [...]

*Juden*

Für den Fall, daß der Herr Regierungspräsident über die Vergeltungsmaßnahmen gegenüber den Juden durch die \*Geheime Staatspolizei noch nicht eingehend unterrichtet worden sein sollte, gebe ich nachstehend eine kurze Zusammenstellung dieser Vorgänge im Bezirk.

Die seit längerer Zeit zu Kulthandlungen nicht mehr benützten \*Synagogen in Hagenbach und Wannbach wurden zerstört. In den gleichen Orten und außerdem in Aufseß wurden insgesamt 6 jüdische Wohnungen erheblich beschädigt. Der

---

<sup>68</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>69</sup> Vgl. Zeittafel 12. November 1938, Sitzung in \*Görings Luftfahrtministerium.

<sup>70</sup> Vgl. Zeittafel 12. November 1938, Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

<sup>71</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>72</sup> Zu der schwierigen Lage, in der sich die Polizei während verschiedener antijüdischer Ausschreitungen und insbesondere während der \*Kristallnacht befand, vgl. \*Einzelaktionen.

Gesamtschaden wird auf rund 3.000 RM geschätzt. Wesentlich größer ist der Schaden der im Schloß zu Pretzfeld angerichtet worden ist – er dürfte rund 20.000 RM betragen -, das noch dazu einem Engländer, dem Juden Max Wimpoler, und dem evangelischen Judenmischling,<sup>73</sup> Diplomingenieur Fritz Herrmann in London gehört.<sup>74</sup> Hier wurden zahlreiche Kunstgegenstände, auch wertvolle alte Öfen vernichtet. Auch der Weinkeller wurde geplündert. Andere eigennützige Bereicherungen kamen in der Form vor, daß Schuldner ihre jüdischen Gläubiger unter körperlicher Einwirkung zwangen, vorgeschriebene Quittungen über die angebliche Bezahlung der Schulden zu unterzeichnen. Ja, sogar Grundstücke mit Gebäuden wurden auf diese Art und Weise unentgeltlich übereignet.

Solche Überschreitungen der gesteckten Grenzen haben den Zweck und den Wert der Vergeltungsmaßnahmen geradezu in das Gegenteil verkehrt. [...] <2635>

◀388▶

**Kreisleitung Eichstätt**  
**Bericht für November 1938**

**Eichstätt, 30.11.1938** **StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 7**

[...] Bei der Judenaktion<sup>75</sup> war das Volk restlos in der Hand der Partei. Es wird einmütig gut geheißt, daß die Propaganda sich nicht auf die Abwehr beschränkt, sondern besonders England und Amerika gegenüber zum Angriff vorgegangen ist.<sup>76</sup> Hierauf ist zurückzuführen, daß die Hochstimmung keine Abminderung erfahren hat. <2638>

◀389▶

**Gendarmerie Furth i.W.**  
**Lagebericht**

**Furth i.W., 27.11.1938** **StA Am, BA Cham 5196**

*[Juden und Freimaurer]*

Juden und \*Freimaurer sind hier nicht vorhanden. Über die Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath<sup>77</sup> herrschte auch in der hiesigen Bevölkerung große Empörung. Zu Zwischenfällen, wie in anderen Orten, konnte es aber nicht kommen, da die Juden fehlten. <2647>

◀390▶

**Bezirksamt Garmisch-Partenkirchen**  
**Vorgehen gegen die Juden**

**Garmisch-Partenkirchen, 10.11.1938** **StA Mü, LRA 61616**

[...] Sämtliche im Kreisgebiet noch vorhandene Juden (etwa 40) wurden im Laufe des heutigen Vormittags vor den Kreisleiter geladen, wo sie eine Erklärung abgaben, sofort das Kreisgebiet zu verlassen, nie mehr in dieses zurückzukehren und ihren hiesigen Grund- und Hausbesitz durch Verkauf aufzugeben.<sup>78</sup> Im Laufe

---

<sup>73</sup> Vgl. \*Mischlinge.

<sup>74</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>75</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>76</sup> Vgl. Kley, Hitler and the Pogrom of November 9-10, 1938.

<sup>77</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

<sup>78</sup> Vgl. \*Arisierung.



des Nachmittag sind in Verfolg [sic] dieser Erklärung sämtliche Juden aus dem Kreisgebiet abgereist. [...] <2648>

◀391▶

**Schutzpolizei Grünstadt  
Bericht für den 10.11.1938**

**Grünstadt, 19.11.1938**

**LA Sp, H 33 Nr. 1268 III**

Die Jüdin [N.N.] geb. [...], Tochter von Julius und Jenny geb. [...], geb. [...] 1888 in Meiningen, Israelitin, Ehefrau von Albert [N.N.], o.B. zuletzt in Grünstadt [...] Nr. 49 wohnhaft, wurde am 10. November 1938 anlässlich der Juden-Protest-Aktion vormittags, 11.45 Uhr, durch die Schutzpolizei Grünstadt im Auftrag des Bürgermeisters der Stadt Grünstadt in \*Schutzhaft genommen und in das Amtsgerichtsgefängnis Grünstadt eingeliefert.

Die Inschutzhaftnahme der [N.N.] erfolgte ausschließlich zu deren eigenen Schutz, da anzunehmen war, daß im Zuge der Protest-Aktion für die Sicherheit der [N.N.] in keiner Weise Gewähr geleistet werden konnte, nachdem dieselbe wegen ihres provozierenden Verhaltens gegen jeden Volksgenossen bei der ganzen Bevölkerung als die am meisten verhaßte Jüdin gilt. Daß die Inschutzhaftnahme der [N.N.] berechtigt war, hat sich am gleichen Tage bewiesen, als von der empörten Bevölkerung deren Villa gestürmt und sämtliche Einrichtungsgegenstände zerstört wurden, wobei es bestimmt zu Tötlichkeiten der [N.N.] gegenüber gekommen wäre, falls dieselbe sich noch auf freiem Fuß befunden hätte.

Die Erlassung eines Schutzhaftbefehls gegen die [N.N.] erscheint im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ruhe in hiesiger Stadt unbedingt angezeigt, da anzunehmen ist, daß, falls die [N.N.] auf freien Fuß gesetzt wird, dieselbe Belästigungen und auch Tötlichkeiten von Seiten der Bevölkerung ausgesetzt ist und aus diesem Grunde für ihre Sicherheit keine Gewähr geleistet werden kann, was umso begreiflicher erscheint, da Grünstadt z.Zt. judenfrei ist, und auch die Wohnung der [N.N.] infolge der Zerstörung nicht bewohnbar ist.

Die [N.N.], die sich bis heute im Amtsgerichtsgefängnis in Grünstadt befand, mußte heute um 13 Uhr durch die Sanitätskolonne hier auf Anordnung des Gefängnisarztes Dr. Decker in die Klinik nach Heidelberg verbracht werden, da dieselbe heute früh einen Selbstmordversuch<sup>79</sup> beging, indem sie sich an der linken Hand eine Schnittwunde beibrachte. Lebensgefahr besteht für die [N.N.] nicht. [...] <2653>

◀392▶

**Kreisschulrat Hechingen**

**Schutzhaft des jüdischen Lehrers Spier in Haigerloch**

**Hechingen, 13.11.1938**

**StA Sig, Ho 235 I Akz. Nr. 1423**

Der Leiter der jüdischen Volksschule<sup>80</sup> in Haigerloch, Gustav Spier, ist am 10. November d.J. in \*Schutzhaft genommen worden. Wie ich festgestellt habe, sind in dem als Schulhaus benützten Saal die Fenster und Fensterstücke zertrümmert, die

<sup>79</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

<sup>80</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

Einrichtungsgegenstände liegen wild durcheinander und bilden ein Chaos.<sup>81</sup> Die Schule wird von 9 Kindern besucht. Eine Frau meldete bei mir 2 Kinder ab, da ihre Familie die Erlaubnis zur Reise ins Ausland habe und in den nächsten Tagen Haigerloch verlasse. Da aber ihr Ehemann ebenfalls in Schutzhaft genommen wurde, besteht die Gefahr, daß ihre Ausreise unmöglich wird.<sup>82</sup> Die 7 Kinder, beziehungsweise 9, könnten in die evangelische Schule aufgenommen werden, die 25 Kinder zählt und hinreichend Platz für 32 bzw. 34 Kinder bietet. Allerdings bestehen dagegen sehr schwere Bedenken. Wie mir allgemein bestätigt wurde, herrscht bei vielen Schulkindern, namentlich bei den Knaben der T. Klasse der katholischen Volksschule, große Erregung, ja, geradezu feindselige Stimmung gegen die jüdischen Kinder. Wenn schon vor Jahren für diese die Pausen während der Unterrichtszeit geändert und später die jüdische Schule überhaupt in ein anderes Gebäude verlegt werden mußte, so hat sich ganz besonders unter dem Einfluß der Ereignisse der letzten Woche diese Lage wesentlich verschlimmert. Daher ist der stellvertretende Bürgermeister der Ansicht, der auch ich mich anschließe, es wäre im Interesse der Schule wie der Gemeinde die beste Lösung wenn Lehrer Spier aus der Schutzhaft entlassen würde und die Leitung der Schule wieder übernehmen könnte. Ist dies aber nicht möglich, dann stehen der Schule Haigerloch ernste Tage bevor. [...] Wie es mir scheint, haben die Lehrer ihre Kinder, namentlich die älteren Knaben, in dieser Beziehung nicht mehr genug in ihrer Gewalt, da sich im Laufe der Zeit bei diesen durch das dauernde Zusammenwohnen mit den Juden in einer Stadt andere Einflüsse geltend gemacht haben, die stärker sind als die der Schule. Daher befürchte ich nicht ohne Grund, daß diese kaum den jüdischen Schülern auf die Dauer den notwendigen Schutz zu gewähren vermag. <2663>

◀393▶

NSDAP Kreisschulungsamt Lahr  
Weltanschaulicher Bericht

Lahr, 2.12.1938

GLA Ka, 465 d Nr. 158

Die *Judenaktion*,<sup>83</sup> die auch in unserm Kreis durchgeführt wurde, ist vielfach nicht verstanden worden. Das ist ein Beweis, wie sehr weite Kreise unserer Bevölkerung, ja auch der Parteigenossen und Politischen Leiter der \*Judenfrage noch hilflos gegenüberstehen. Man brachte in weiten Kreisen vor allem kein Verständnis auf für die Vernichtung und Zerstörung von Sachwerten der Juden. Vor allem kritisierte man, daß Jugendliche bei dieser Aktion aktiv mitwirken „mußten“. Das gaben manche an, die später hierüber befragt wurden. [...]

*Aus Kürzell:* [...]

Der evangel. Geistliche scheint z.Zt. einer der übelsten Hetzer des Kreises zu sein. [...] Zur Judenfrage bemerkte er, daß dem Deutschen eine Vernichtung des Juden nicht gelingen wird, denn die Juden sind das auserwählte Volk Gottes, der sie schützen wird.<sup>84</sup> <2690>

---

<sup>81</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>82</sup> Vgl. \*Auswanderung, sowie \*Schutzhaft und \*Konzentrationslager.

<sup>83</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>84</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

◀394▶

**Oberstaatsanwalt Mosbach  
Zweimonatlicher Lagebericht**

**Mosbach, 24.11.1938**

**GLA Ka, 309/1208**

Anlässlich der Aktion gegen die Juden am 10.11.1938 wurden die Ehefrau des \*Rabbiners in Mosbach und ihr 86 Jahre alter Vater wegen Widerstands festgenommen; sie hatten sich gegen die Festnahme<sup>85</sup> des Rabbiners durch die Gendarmerie Mosbach widersetzt und wurden zu einer Gefängnisstrafe von 4 bzw. 3 Wochen verurteilt. <2707>

◀395▶

**Gendarmerie Muggendorf  
Lagebericht**

**Muggendorf, 26.11.1938**

**StA Ba, K 8/9205 I**

*[Allgemeine politische Lage]*

Bezüglich der jüngst erfolgten Aktion gegen die Juden<sup>86</sup> ist die Bevölkerung zweierlei Meinung. Der eine Teil der Bevölkerung vertritt den Standpunkt, daß bewußte Aktion mit den damit zusammenhängenden Verhaftungen und Zerstörungen noch viel zu mild ausgefallen sei. Der andere Bevölkerungsanteil aber, und das ist weitaus der größte, ist der Anschauung, daß diese Zerstörung nicht am Platze gewesen sei. Obwohl die sonstigen gegen die Juden getroffenen Maßnahmen gebilligt werden, wird doch hinsichtlich der Zerstörungen im überwiegenden Maße die Meinung vertreten, daß das vernichtete Gut erhalten und anderweitig zum Nutzen des Deutschen Volkes hätte verwendet werden sollen, da den Juden die Wegnahme genau so fühlbar gewesen wäre wie die Zerstörung. In diesem Zusammenhange erscheint noch erwähnenswert, daß in der Bevölkerung schon wiederholt die Frage aufgeworfen wurde, ob die an der Aktion beteiligten Personen auch der Bestrafung zugeführt werden. [...] <2711>

◀396▶

**NSLB Weilheim  
Bericht**

**Weilheim, 19.11.1938**

**StA Mü, NSDAP 983**

*Aus Lehrerkreisen:*

[...] Es wird nicht verstanden, wie den Lehrern immer noch der Unterricht in der Bibel, Altes Testament, zugemutet wird. Man kann nicht von 8-9 Uhr von Moses sprechen und in der nächsten Stunde Gedanken des Nationalsozialismus predigen.<sup>87</sup> [...] <2757>

---

<sup>85</sup> Vgl. \*Schutzhaft.

<sup>86</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>87</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik sowie ◀393▶ und ◀401▶, „Sonstige Angelegenheiten von Bedeutung“.

II 112 [Judentum]  
*Allgemeine jüdische Betätigung**Beziehungen zwischen der Stimmung in der Bevölkerung und dem Sachgebiet*

Die großen politischen Ereignisse haben dazu geführt, daß endlich auch die Teile der Bevölkerung, die, wie im letzten Lagebericht<sup>88</sup> gemeldet wurde, noch ständige Kunden der jüdischen Geschäftsleute waren, mehr und mehr ihre Fehler einsehen, sodaß die noch bisher in Gotha gewesenen jüdischen Geschäfte immer geringeren Zuspruch hatten. Besonders bemerkbar machte sich natürlich das Abrücken vom Juden dann, als sich die größten geschichtlichen Ereignisse, die Heimkehr Österreichs<sup>89</sup> und der Anschluß des Sudetenlandes<sup>90</sup> an Großdeutschland vollzogen hatten. Als jedoch die Nachricht von dem feigen Mordüberfall auf den Gesandtschaftsrat vom Rath<sup>91</sup> bekannt wurde, erreichte auch hier die Stimmung gegen das Judentum ihren Höhepunkt. Wie im gesamten Reich, so wurde auch in Gotha in der Nacht vom 9. zum 10.11.1938 eine allgemeine Aktion gegen die Juden durchgeführt.<sup>92</sup> Hierbei wurden aus dem Stadt- und Landkreis Gotha insgesamt

52 männliche Juden in Haft genommen, von denen

28 in das \*Konzentrationslager Weimar-Buchenwald überführt wurden.

Während die Verhaftungen durchgeführt wurden, brannte die Gothaer \*Synagoge nieder. (d. Vorg. II 112–Tgb.–Nr. 65/38 Geh. vom 17.11.1938 d. Ast).

Diese Aktion hat unter der Bevölkerung Gothas stärkste Befriedigung ausgelöst. Allerdings gab es auch hier wieder einige Ausnahmen, die das Vorgehen gegen die Juden zu scharf fanden. Bemerkenswert hierbei ist jedoch, daß befürwortende Stimmen für die Juden nicht aus Arbeiter- oder Bauernkreisen kamen, sondern aus dem Lager der sogenannten „besseren“ Kreise.<sup>93</sup> [...]

*Wirtschaft*

Infolge der im ganzen Reich durchgeführten \*Arisierung der jüdischen Geschäfte gingen auch in Gotha der größte Teil der jüdischen \*Kaufhäuser und Betriebe in arischen Besitz über. Ebenso wurden auch die Auflösungen der jüdischen Praxen bis zur Bestimmungszeit ohne Zwischenfälle durchgeführt. Die meisten jüdischen Geschäftsleute und \*Ärzte haben auch ihren Haushalt aufgelöst und sind zum Teil ausgewandert oder verzogen.<sup>94</sup> Das durch die Verkäufe und Auflösungen jüdischer Betriebe festgestellte Kapital ist so groß, daß beispielsweise der Anteil an der Sühnemaßnahme<sup>95</sup> des

<sup>88</sup> Der Bericht liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>89</sup> Vgl. Zeittafel, 12. März 1938.

<sup>90</sup> Vgl. Zeittafel, 1.-10. Oktober 1938.

<sup>91</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

<sup>92</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>93</sup> Bezeichnung in den Lageberichten für das liberale Bürgertum.

<sup>94</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.

<sup>95</sup> Vgl. Zeittafel, 12. Dezember 1938, Sitzung in \*Görings Luftfahrtministerium.

Reiches der im Stadt- und Landkreis wohnhaft gewesenen und wohnhaften Juden rund RM eine Million beträgt.

[...]

[*Rechtsbewegung*]

[...] Die Aktion gegen die Juden hat die Reaktion sehr überrascht. Gerade in diesen Kreisen spricht man immer wieder von den „armen Juden“, die doch meistens völlig harmlos und zurückgezogen lebten. <2769>

◀398▶

**Landgerichtspräsident Trier**

**Bericht für Oktober, November und Dezember 1938**

**Trier, 22.12.1938**

**HStA Dü, Ger. Rep. 255 Nr. 173**

In die Berichtszeit fallen die tschechische Krise,<sup>96</sup> der Befehl des Führers zum beschleunigten Ausbau der Westbefestigung und der Mord an vom Rath<sup>97</sup> mit seinen bekannten Folgen. [...]

Es sind sehr schwere Schäden verursacht worden, auch an der \*Synagoge. Eine Inbrandsetzung unterblieb wohl wegen der Gefahr für die anstoßenden Gebäude.

Die Bevölkerung war mit einem scharfen Vorgehen gegen die Juden durchaus einverstanden. Gegen die Zertrümmerung der jüdischen Geschäfte und des privaten Hausrats der Juden aber verhielt sie sich scharf ablehnend und war empört. Die Folge des Nichteinschreitens der Polizei ist nunmehr das allgemeine Gefühl der Rechtsunsicherheit. Man sagt, was heute den Juden geschehen ist, kann jederzeit auch anderen Gruppen der Bevölkerung geschehen, die durch irgendein Ereignis sich mißliebig gemacht haben. Man versteht auch nicht, wie sich die Zerschlagung oft wertvollsten Hausrats mit der Losung „Kampf dem Verderb“ vereinbaren läßt. [...]

<2790>

◀399▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz**

**Bericht für Dezember 1938**

**Regensburg, 9.1.1939**

**BayHStA, StK 106673**

*Allgemeine politische Lage*

[...]

*Juden*

Von den am 9./10.11. verhafteten und in das \*Konzentrationslager Dachau eingewiesenen 224 Juden aus dem Regierungsbezirk sind unterdessen rund 170 wieder entlassen worden.<sup>98</sup> Ein kleiner Teil davon ist bereits ausgewandert; der Rest will Deutschland in absehbarer Frist verlassen.<sup>99</sup> Im ganzen werden nach Schätzung der \*Stapo Regensburg etwa 2/3 der im Regierungsbezirk ansässig gewesenen Juden auswandern. Ein in Regensburg vorhanden gewesenes jüdisches Umschichtungsheim wird aufgelöst.<sup>100</sup>

---

<sup>96</sup> Vgl. Zeittafel, 20. Mai 1938 und 31. Mai 1938.

<sup>97</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

<sup>98</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>99</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>100</sup> Vgl. \*Umschichtung.

Die Überführung der jüdischen Geschäfte in arische Hände<sup>101</sup> bzw. die Auflösung dieser Geschäfte vollzieht sich in Ordnung und wird bald abgeschlossen sein. Bei der Veräußerung des jüdischen Grundbesitzes stehen sich teilweise mehrere Bewerber gegenüber, die sich erbittert bekämpfen und verdrängen möchten. In der Stadt Straubing wurde am 24.11. der jüdische Haus- und Grundbesitz arisiert; die Stadt erzielte dadurch einen bedeutenden Vermögenszuwachs; dafür wurde der NSDAP Kreisleitung Straubing zur Erbauung eines Kreishauses ein Betrag von RM 250.000 als Schenkung zugesagt. [...]

Die Staatspolizeistelle ist zur Zeit mit der Aufklärung mehrerer Fälle von Plünderungen und Diebstählen gelegentlich der Judenaktion befaßt, die erst nachträglich gemeldet wurden. [...]

#### *Wirtschaft*

[...]

#### *Gewerbe, Industrie, Handwerk, Handel Allgemeine geschäftliche Lage, Arbeitsmarkt*

[...] Die *Bleistiftfabrik* Eberhard Faber in Neumarkt (298 Arbeiter) hätte guten Umsatz, leidet aber, wie schon im vorigen Monatsbericht S. 13 geschildert, unter Ausführungsschwierigkeiten (Boycott der Juden).<sup>102</sup> [...]

#### *Rohstoff-Ausfuhr*

[...] Auch eine besondere Verstärkung der Ausführungsschwierigkeiten ist gegenüber den früheren Monaten im allgemeinen nicht wahrzunehmen. Die Ausfuhr von Kaolin aus dem Bezirk Amberg soll allerdings – vermutlich unter jüdischem Einfluß – fast völlig aufgehört haben. <2785>

### ◀400▶

#### **Regierungspräsident Oberbayern Bericht für Dezember 1938**

München, 9.1.1939

BayHStA, StK 106671

#### *Innenpolitische Lage Allgemeine Übersicht*

[...] Innenpolitisch hat sich die durch die Judenaktion<sup>103</sup> vorübergehend gestörte Lage wieder beruhigt. Das Vorgehen gegen die Juden wird nur mehr wenig besprochen und dann zumeist in dem Sinne kritisiert, daß man den Erfolg auch mit weniger drastischen Mitteln hätte erreichen können. Die Verordnungen zur planmäßigen Entjudung der deutschen Wirtschaft<sup>104</sup> wurden mit Befriedigung aufgenommen. Die tägliche Erörterung der \*Judenfrage durch den Rundfunk vor Beginn der Nachrichten erweist sich hierbei als ein ausgezeichnetes Belehrungsmittel. Nur die von der Kirche beeinflussten Kreise gehen in der Judenfrage noch nicht mit.<sup>105</sup> <2786>

---

<sup>101</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>102</sup> Vgl. \*Boycottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>103</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>104</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938.

<sup>105</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Dezember 1938**

**Ansbach, 7.1.1939**

**BayHStA, StK 106678**

*Innenpolitische Lage*

*Allgemeines, öffentliche Sicherheit*

[...] Die Hetze des Auslands gegen das deutsche Volk wird richtig als Haß und Kampf des Weltjudentums gegen das Dritte Reich gewertet. Man ist aber bei dem unerschütterlichen Glauben an den Führer allgemein der festen Überzeugung, daß auch dieser neue Angriff an der starken Hand und dem Willen des Führers zerschellen wird. [...]

*Evangelische Kirche*

[...]

2.) Gegen den Pfarrer Kübel von Untersteinbach, BA Stadtsteinbach, wurde Strafanzeige erstattet.<sup>106</sup>[...] Als er (ebenfalls im Konfirmandenunterricht) ausführte, daß durch die Taufe auch die Juden und die Heiden Christen würden, erhielt er eine kräftige, verdiente Abfuhr von einem Schüler, der ihm entgegnete: „Herr Pfarrer, wenn einem Juden sechs Kübel Wasser auf den Kopf geschüttet werden, dann bleibt er doch noch ein Jude.“<sup>107</sup> [...]

*Juden*

Die Protestaktion gegen die Juden vom 10. November<sup>108</sup> hat auf diese unverkennbar gewirkt. Sie befanden sich allgemein in einer sehr gedrückten Stimmung und befließigten sich, möglichst unauffällig zu bleiben. Das Bestreben auszuwandern<sup>109</sup> ist groß. Im Dezember sind 96 Juden (gegenüber 75 im Vormonat) ausgewandert.

Auf Grund der ergangenen Erlasse wurde der größte Teil der anlässlich der Protestaktion festgenommenen Juden aus der Haft wieder entlassen. Soweit es sich nicht um \*Frontkämpfer handelte, waren es solche Juden, die zur Abwicklung und Überleitung ihrer Geschäfte in arische Hände benötigt wurden.<sup>110</sup> Außerdem hat ein Teil der Entlassenen die Vorbereitungen zur Auswanderung bereits soweit getroffen, daß sie schon in den nächsten Wochen endgültig auswandern können.

Der Schulunterricht an den jüdischen Schulen wurde wieder aufgenommen.<sup>111</sup> Die jüdische \*Winterhilfe war in ihrer Tätigkeit nicht behindert. Auch die \*Kultusgemeinden führen ihre Geschäfte weiter. In Nürnberg wurde bei der israelitischen Kultusgemeinde eine besondere Auswandererberatungsstelle eingerichtet, die sich bemüht, die Auswanderung der Juden zu fördern.

Jüdische Vereinsveranstaltungen<sup>112</sup> haben nicht stattgefunden.

1) Gegen 8 im Ausland wohnende jüdische Emigranten wurde Antrag auf Abberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt.

---

<sup>106</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>107</sup> Vgl. ◀407▶.

<sup>108</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>109</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>110</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>111</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>112</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

2) Im Prozeß gegen die jüdischen Devisenschieber Wertheimer, Löwenstein, Strauß, Marx und Ullmann hat das Landgericht Nürnberg-Fürth Zuchthausstrafen von sechs Jahren bis zwei Jahren, Gefängnisstrafen und Geldstrafen von 100.000 RM bis 10.000 RM ausgesprochen.

3) Am 25.11.1938 wurde der Rechtsanwalt Dr. Dehler in Bamberg auf Weisung der Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth vorübergehend in Polizeihaft genommen. Dr. Dehler, der selbst \*Arier, aber mit einer Jüdin verheiratet ist,<sup>113</sup> vertritt mit Vorliebe Juden. Er hatte nach Bekanntwerden der Aktion gegen die Juden einen jüdischen \*Rechtsanwalt, der sich im Ausland befand, telegrafisch vor seiner Rückkehr nach Deutschland gewarnt. [...]

#### *Sonstige Angelegenheiten von Bedeutung*

Wie bereits im Monatsbericht für November 1938 S.2 Ziff. 3 Abs. I<sup>114</sup> kurz mitgeteilt ist, hat unmittelbar im Anschluß an die Judenaktion im November 1938 im ganzen Regierungsbezirk die Lehrerschaft mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen die weitere Erteilung von Religionsunterricht abgelehnt. Bis zum 15. Dezember 1938 hatten von 3.257 evangelischen Lehrkräften 2.749 (= 84,4%) und von 1.699 katholischen Lehrkräften 1.273 (= 74,93%) den Religionsunterricht niedergelegt. Daneben haben in einigen Fällen Lehrkräfte erklärt, daß sie nur den *alttestamentlichen* Teil des Religionsunterrichtes nicht mehr behandeln wollen. Meist aber wurde der Religionsunterricht ohne Einschränkung niedergelegt. Ein Teil der Lehrerschaft tat dies „zum Protest gegen die jüdische Mordtat in Paris“,<sup>115</sup> andere geben an, daß sie nicht mehr gewillt seien, der deutschen Jugend im Religionsunterricht weiterhin das Verbrechervolk der Juden als „Auserwähltes Volk Gottes“ hinzustellen oder die Geschichte dieses Volkes zu lehren. Der Anstoß zu der ganzen Bewegung ging offenbar vom NSLB aus, der seine Mitglieder veranlaßte, den Religionsunterricht an der Schule niederzulegen. Im *Gegensatz* wurde seitens der Obersten Schulaufsichtsbehörden in der Folgezeit wiederholt darauf hingewiesen, daß der schulplanmäßige Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach grundsätzlich von Lehrern zu erteilen sei, daß es für den nationalsozialistischen Lehrer, der sich zur Erteilung des Religionsunterrichtes bereit erklärt habe, nicht zweifelhaft sein könne, daß von ihm bei der Erteilung des Religionsunterrichtes, insbesondere der Darstellung des Judentums, nichts verlangt werde, was den Grundsätzen des Nationalsozialismus zuwiderlaufe, und daß hiernach eine Niederlegung des Religionsunterrichtes durch den Lehrer vom nationalsozialistischen Standpunkte aus nur dann gerechtfertigt sei, wenn tatsächlich ernste Gewissensbedenken vorliegen.<sup>116</sup>

<2787>

#### ◀402▶

#### **Regierungspräsident Pfalz Bericht für Dezember 1938**

Speyer, 7.1.1939

BayHStA, StK 106676

#### *Innerpolitische Lage und öffentliche Sicherheit*

<sup>113</sup> Vgl. \*Mischehen.

<sup>114</sup> Vgl. ◀378▶.

<sup>115</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

<sup>116</sup> Vgl. Kapitel Schulerziehung des Jahreslageberichtes 1938 des Sicherheitshauptamtes <2766>.



[...]

*Juden*

In der \*Judenfrage ist es im Monat Dezember ruhiger geworden. Die meisten der in \*Schutzhaft befindlichen Juden sind an Weihnachten entlassen worden und zu ihren Familien zurückgekehrt. Ein Teil der zurückgekehrten Juden betreibt die \*Auswanderung, andere wieder versuchen, sich bei Angehörigen in größeren Städten niederzulassen.<sup>117</sup> Auswanderungsziel ist vorwiegend Mittel- und Südamerika. Wie das Bezirksamt Pirmasens berichtet hat, ist dabei auffällig, daß eine Reihe von Judenfamilien Vorladungen zwecks Auswanderung von dem Konsulat der Dominikanischen Republik in Köln erhielt. Jedoch sollen [sic] auch hier bereits die Einreise gesperrt bzw. abgebremst sein. Nach Bericht des gleichen Amtes sind auch Transporte jüdischer Kinder, die nach Holland gehen sollten,<sup>118</sup> vorläufig eingestellt worden.

Lediglich in den Bezirken Landau i.d.Pf. und Ludwigshafen a. Rhein ist es auch im letzten Berichtsmonat zu kleineren Aktionen gegen Juden gekommen.<sup>119</sup>[...]

<2788>

◀403▶

**Regierungspräsident Schwaben und Neuburg  
Bericht für Dezember 1938**

**Augsburg, 7.1.1939**

**BayHStA, StK 106683**

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

*Juden*

a) Die Aufregung weiter Kreise über die Judenaktionen<sup>120</sup> hat sich im allgemeinen wieder gelegt. Die festgenommenen Juden wurden zum großen Teil, wenigstens soweit sie \*Frontkämpfer waren oder ihre \*Auswanderung betreiben, wieder freigelassen. Die beiden in der Stadt Dillingen a.d. Donau ansässig gewesenen Juden sind ins Ausland verzogen, Stadt und Bezirk Dillingen a.d. Donau sind nun judenfrei.

b) Nach Bericht des Landrat Donauwörth besteht bei den Ärzten zum Teil Unklarheit, wie weit sie an Juden ärztliche Hilfe leisten sollen und dürfen. Durch den ärztlichen Standesverein (Dr. Knaupp – Burgheim) sei ihnen dem Vernehmen nach die Hilfeleistung verboten worden. Auf der anderen Seite solle das \*Gestapo Berlin nach Auskunft der Gestapo Augsburg die Hilfeleistungspflicht \*arischer Ärzte gegenüber Juden grundsätzlich bejaht haben. Dies wird schon aus seuchenpolitischen Erwägungen zu billigen zu sein, mindestens soweit jüdische \*Ärzte nicht vorhanden oder leicht erreichbar sind. Bei der Bedeutung der Frage ist vielleicht eine allgemeine Weisung angezeigt.

<2789>

---

<sup>117</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>118</sup> Ähnlich der Kinder- und Jugendauswanderung nach \*Palästina (vgl. \*Alija) wurde, insbesondere nach der \*Kristallnacht, Kindern und Jugendlichen die Auswanderung nach England, Holland und Skandinavien ermöglicht mit dem Ziel, daß ihre Eltern ihnen später folgen sollten.

<sup>119</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>120</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

**Gendarmerie Bad Reichenhall**  
**Selbstmord der Schaustellerwitwe und Jüdin [N.N.a] in Bayer. Gmain**  
**durch Vergiftung**

**Bad Reichenhall, 15.12.1938**

**StA Mü, LRA 29654**

Am 13. Dezember 1938 20 Uhr ist die am 15.12.1871 in Mannheim geborene und seit 1.5.1921 in Bayerisch Gmain wohnhafte Jüdin [N.N.a] derzeitigen Wohnung Villa Edelweiß in Bayerisch Gmain Hs. Nr. 8 1/5 infolge selbst vorgenommener Vergiftung durch Veronal gestorben.<sup>121</sup> Die Verlebte [sic] ist am 1.5.1921 von Karlsruhe nach Gmain zugezogen und war Besitzerin der Villa Edelweiß. Ihr Ehemann [N.N.b] war \*arischer Abstammung und Schauspieler. Letzterer ist am 26.12.1924 gestorben. Seit dessen Tod lebte die Verstorbene in Bayerisch Gmain sehr zurückgezogen. Wie festgestellt wurde, ist sie im Jahre 1907 aus der jüdischen \*Gemeinde ausgetreten.<sup>122</sup> Die in letzter Zeit erfolgten Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland ließ sich die Verlebte sehr zu Herzen gehen, lebte in einer gewissen Angst, daß ihr noch einmal ein Leid angetan werde und äußerte sich auch schon wiederholt, daß sie lebend ihre Villa nicht verlassen werde, falls sie hiezu gezwungen werden sollte.

Ihre einzige Stütze war ihr Hausmädchen [N.N.c] geb. am 7.12.1911 in Neu-Beuern, BA Rosenheim, die bei ihr seit 1931 in Stellung war.

Nach den Feststellungen und Angaben der [N.N.c] wurde am 9. Dezember 1938<sup>123</sup> gegen 17 Uhr an die Haustüre der [N.N.a] ein Plakat angebracht mit der Aufschrift „Alle Juden endlich einmal heraus“. Dieses Plakat hat das Hausmädchen [N.N.c] noch am gleichen Abend der [N.N.a], die bereits schon im Bette lag, da sie sich tags zuvor infolge eines Sturzes leicht verletzt hatte, übergeben. Über diese neuerdings erfolgte Maßnahme gegen die Juden regte sich die [N.N.a] furchtbar auf, frug ihr Dienstmädchen [N.N.c] wiederholt, wann sie die Villa verlassen müsse und was wohl geschehen werde. Am gleichen Abend gegen 20 Uhr verlangte sie von der [N.N.c] eine Tasse Tee und betonte ausdrücklich, daß sie ihn sehr süß haben wolle. Ihr Wunsch wurde ihr von [N.N.c] auch erfüllt. Am nächsten Tage, den 10. Dezember 1938 in der Früh fand [N.N.c] [N.N.a] bewußtlos im Bett liegend vor. [N.N.c] verständigte sofort mehrere Ärzte in Reichenhall, die aber die ärztliche Behandlung der [N.N.a] ablehnten und sie zu dem jüdischen, in Reichenhall wohnhaften \*Arzt Dr. Ortenau verwiesen. Dr. Ortenau übernahm dann die Behandlung der [N.N.a].

Am 10. Dezember 1938 in der Früh wurden in der Schublade neben ihrem Bett zwei leere Veronalfläschchen gefunden. Demzufolge war anzunehmen, daß sie das Veronal am Abend des Vortages mit dem Tee zu sich genommen hat.

[N.N.a] hat das Bewußtsein nicht mehr erlangt und ist am 13. Dezember 1938 20 Uhr gestorben. Nach dem ärztlichen Gutachten ist sie an [sic] Vergiftung erlegen. Die Ursache der Tat war Nervenzerrüttung durch die erfolgten Maßnahmen gegen sie als Jüdin.

<2796>

<sup>121</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

<sup>122</sup> Vgl. \*Geltungsjuden.

<sup>123</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

NSDAP Ortsgruppe Castrop-Rauxel  
Stimmungsbericht

Castrop-Rauxel, 20.12.1938

StA Ms, NSDAP

Kreis- und Ortsgruppenleitungen Nr. 54

Liste über Volksgenossen der Ortsgruppe Frohlinde-Schwerin,  
die beim Juden gekauft haben

1. Frau Lipperheide	Castrop-Rauxel	Mühlenkamp
2. Weber	"	
3. Mikoleitschak	"	Moltkestr. 32
4. Feck	"	" 16
5. Frau Wilde	"	"
6. Wehner, Pg. (Parteigerichts- verfahren)	"	Bismarckstr.
7. Hölling	"	"
8. Beisenherz	"	Dortmunderstr. 192
Bauer Wilhelm Degenhardt: Castrop-Rauxel, Stadtt. Deininghausen		
am 6. 10. 38 eine Kuh verkauft Wert		570 RM
Bauer Wilhelm Grollmann:		
am 2. 5. 38 eine Kuh verkauft Wert		580 RM
am 8. 9. 38 " " " "		520 RM
Bauer Wilhelm Menken:		
am 7. 4. 38 eine Kuh gekauft Wert		510 RM
am 26. 8. 38 " " " "		575 RM
Bauer Otto Dingebauer:		
am 8. 8. 38 eine Kuh gekauft Wert		540 RM
Bauer Heinrich Köster, Jung-Bauernführer:		
am 21. 6. 38 eine Kuh gekauft Wert		560 RM
Bauer Ww. Hoerdemann:		
am 29. 4. 38 u. am 2. 11. 38 je eine Kuh verkauft Wert		550 RM
		" 600 RM

*Bauer Wilhelm Klüsener:*

am 2. 11. 38 eine Kuh gekauft Wert 600 RM

*Bauer Josef Sträter:*

Am 4. 11. 38 und am 13. 10. 38 5 Kühe gehandelt:

Wert 610 RM

" 650 RM

" 610 RM

" 650 RM

" 675 RM

Sämtliche Bauern haben bei dem Juden Rosenberg in Mengede gehandelt.

<2799>

◀406▶

Gendarmerie Maxdorf  
Monatsbericht

Maxdorf, 27.12.1938

LA Sp, H 33 Nr. 1268 III

*Polizeiliches und Innerpolitisches*

[...]

*Volksstimmung*

Die Volksstimmung ist gut und zuversichtlich. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Juden<sup>124</sup> werden begrüßt und hört man allgemein nun sagen „Das hätte man schon früher machen sollen“: Man sieht jetzt so langsam ein, daß die Juden nur Unglück über Deutschland gebracht haben. <2808>

◀407▶

Gendarmerie Muggendorf  
Monatsbericht

Muggendorf, 26.12.1938

StA Ba, K 8/9206 I

*[Kirchenpolitik]*

Am 29.11. behandelte Herr Pfarrer Schillffarth in Streitberg im Konfirmandenunterricht die Taufe und Wiedergeburt. In diesem Zusammenhang erklärte er: „Wenn die Juden und Heiden getauft werden, dann sind sie auch Christen wie wir.“ Von einem Jungen wurde erwidert: „Herr Pfarrer, wenn einem Juden sechs Kübel Wasser auf den Kopf geschüttet werden, dann bleibt er auch noch ein Jude.“<sup>125</sup> Ein großer Teil der Bevölkerung von Streitberg nahm eine solche Unterrichtung sehr empört auf. Wiederum solche von Oberfellendorf vertreten den gegenteiligen Standpunkt und sind der Ansicht, daß dem Geistlichen deswegen kein Vorwurf zu machen wäre. Wie schon verschiedentlich berichtet, gehört der größte Teil der Bevölkerung von Streitberg der \*Deutschen Christenbewegung und jene von Oberfellendorf der \*Bekennnisfront an. <2809>

◀408▶

SD-Oberabschnitt Ost II 112  
Jahresbericht für 1938

Berlin, 13.1.1939

FfZ, 93121

[...]

*Jüdisches Eigenleben*  
*Vereinswesen*

Eine völlige Veränderung der Sachlage innerhalb des jüdischen Vereinswesens<sup>126</sup> trat durch das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen \*Kultusgemeinden vom 28.3.1938<sup>127</sup> ein, da hierdurch die jüdischen Kultus- und \*Synagogengemeinden ihrer Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts verlustig gingen. Die Steuerpflicht der jüdischen Gemeinden, die dadurch erfolgte, wurde mit der Verordnung vom 29.3.1938<sup>128</sup> rückwirkend auf den 1. Januar 1938 festgesetzt.

<sup>124</sup> Vgl. \*Kristallnacht, sowie Zeittafel, 12. November 1938.

<sup>125</sup> Vgl. ◀401▶, Absatz über Evangelische Kirche; sowie <2787>.

<sup>126</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>127</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>128</sup> Vgl. Zeittafel.

Weitere Veränderungen erfolgten durch die Ausschaltung der ausländischen und staatenlosen Juden aus den jüdischen Organisationen<sup>129</sup> im Januar 1938, durch die zwangsweise Auflösung der \*Staatszionisten, die ihren Hauptsitz in Berlin hatten, sowie durch die Selbstauflösung von 150 Gruppen jüdischer Vereine, wovon 126 in Berlin und 24 im Regierungsbezirk Frankfurt/Oder erfolgten. Eine genaue Übersicht über die zahlenmäßige Entwicklung der jüdischen Organisationen gibt die nachstehende Aufstellung. Danach bestanden in *Berlin*:

1933 =	990	jüdische	Organisationen
1936 =	450	"	"
1937 =	347	"	"
1938 =	221	"	"

In *Frankfurt/Oder* bestanden:

1937 =	42	jüdische	Organisationen
1938 =	18	"	"

Die Zahlen beziehen sich auf den Regierungsbezirk Frankfurt/Oder.

Während die Tätigkeit der jüdischen Vereine in der Provinz fast gänzlich nachgelassen hatte, konnte in Berlin eine verhältnismäßig aktive Arbeit festgestellt werden, wenn auch die Zahl der Veranstaltungen nicht an die des Vorjahres heranreicht. In der ersten Hälfte der Berichtszeit fanden täglich ca. 20 Veranstaltungen, später nur ca. 8-10 statt, denen eine Zahl von ca. 70 Veranstaltungen pro Tag im Jahre 1937 gegenübersteht. Nachdem am 10. November 1938 die wichtigsten Zentralstellen der jüdischen Organisationen, so die des \*Centralverein, der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland, des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten geschlossen worden sind, haben die jüdischen Vereine ihre Betätigung gänzlich eingestellt. Eine Ausnahme hiervon bildet der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, dem die Betreuung der jüdischen Kriegsoffer obliegt. Die Räume dieses Bundes werden im Januar 1939 zur Erledigung der wichtigsten Fürsorgearbeit wieder freigegeben. [...]

#### *Auswanderung*

Wie bereits oben erwähnt, wurde die \*Auswanderung nur bei dem kleineren Teil der Juden ernsthaft in Erwägung gezogen. Hierdurch erklärt sich auch die verhältnismäßig geringe Zahl von tatsächlich erfolgten Auswanderungen, wobei sich für die Reichshauptstadt noch der ständige Zuzug aus der Provinz ungünstig bemerkbar macht.<sup>130</sup> Einen Einblick in das Verhältnis der Ab- und Zuwanderung gewährt die als Anlage beigefügte Aufstellung. Hiernach stehen der Abwanderung vom 1.8.1935 bis zum 30.11.1938, die sich auf eine Zahl von insgesamt 39.677 Juden beläuft, die Zuwanderung von 21.428 Juden gegenüber.

Die Auswanderungsvorbereitung erfolgt im Dienstbezirk in den vorhandenen neun Vorbereitungs- bzw. Umschulungslagern.<sup>131</sup>[...]

#### *Jüdische Presse und Schrifttum*

Wie das gesamte jüdische Eigenleben, so durfte sich auch die jüdische \*Presse in völliger Selbständigkeit entwickeln. Diese Großzügigkeit seitens des nationalsozialistischen Staates wurde von den Juden mit Artikeln beantwortet, in denen in

<sup>129</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>130</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>131</sup> Vgl. \*Umschichtung.

mehr oder weniger versteckter Form \*assimilatorische Gedanken verbreitet wurden. So mußte die Jüdische Rundschau gleich zu Anfang des Jahres 1938 mit einem 1-monatlichen [sic] Erscheinungsverbot belegt werden.

Auch auf diesem Gebiet erfolgten die ersten einschneidenden Maßnahmen erst nach dem 9. November.

Die Auflagenziffer der jüdischen Zeitungen zeigen seit der Machtübernahme eine abfallende Tendenz. Über die einzelnen jüdischen Zeitungen liegen hier folgende Zahlen vor:

<i>„*Jüdische Rundschau“</i>				
Auflagenhöhe:	4. Vierteljahr	1935 =	38.000	Exemplare
	3. Vierteljahr	1938 =	25.000	„
<i>„*CV-Zeitung“</i>				
Auflagenhöhe:	3. Vierteljahr	1935 =	40.000	Exemplare
	1. „	1938 =	37.715	„
	2. „	1938 =	38.232	„
	3. „	1938 =	39.519	„
<i>„*Israelitisches Familienblatt“</i>				
Auflagenhöhe:	4. Vierteljahr	1935 =	35.000	Exemplare
	3. Vierteljahr	1938 =	26.500	„

Die Bezieherzahl des „Israelitischen Familienblattes“ in Berlin fiel von 9.000 im Jahre 1935 auf 6.800 1938.

<i>„*Gemeindeblatt der jüdischen Gemeinde Berlin“</i>				
Auflagenhöhe:	4. Vierteljahr	1936 =	50.000	Exemplare
	3. Vierteljahr	1938 =	39.000	„

Seit dem 9. November haben alle jüdischen Zeitungen ihr Erscheinen eingestellt, den bisherigen Abonnenten wird das neu herausgegebene \*Jüdische Nachrichtenblatt geliefert.

#### *Beziehungen der Juden zu den Lebensgebieten Wirtschaft*

Von den erfolgten Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus den Lebensgebieten wurde die Wirtschaft am stärksten berührt. Während zu Ausgang des Jahres 1937 die Juden in der Wirtschaft finanzielle Höhepunkte erreichten, waren bereits nach knapp einem Jahr sämtliche Juden aus der öffentlichen Wirtschaft ausgeschaltet. Die hier vorliegenden Zahlen über Umsätze im jüdischen Einzelhandel haben durchwegs eine stark ansteigende Kurve. So war es ein oft zu beobachtendes Bild, daß jüdische Geschäfte „wegen Überfüllung“ geschlossen werden mußten. Diese Tatsachen entgingen natürlich auch nicht der Beobachtung des aktiv-politischen Teils der Bevölkerung; vor allem war es die Parteigenossenschaft, auf die dieser Zustand beschämend wirkte. So kam es denn, daß bereits im Vorjahre, in verstärktem Maße jedoch während der Berichtszeit \*Einzelaktionen, die sich zunächst im Einwerfen von Schaufensterscheiben und in der Beschmiering jüdischer Geschäfte äußerten, festgestellt wurden. Diese Selbstmaßnahmen der Bevölkerung erreichten in den Monaten Mai/Juni, in denen es auch zur Zerstörung von Räumen der jüdischen Kultusgemeinde kam, ihren Höhepunkt, ohne jedoch an dem bestehenden Zustand etwas geändert zu haben.

Die Verordnung gegen die Tarnung jüdischer Geschäfte vom 22.4.1938 wurde daher von weiten Kreisen der Bevölkerung begrüßt, hoffte man doch, daß dadurch eine Trennung zwischen der jüdischen und \*arischen Geschäftswelt erfolge. Mit

Ausnahme Berlins, wo eine \*Kennzeichnung der jüdischen Geschäfte durch Beschriftung erfolgte, blieb diese Verordnung jedoch wirkungslos. Im Gegenteil, infolge der Uneinheitlichkeit der Durchführung war eine zunehmende Unsicherheit, vor allem bei den örtlichen Parteileitungen, bemerkbar.

Eine praktische Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft begann daher erst mit der Abänderung der Gewerbeordnung vom 6.7.1938, wodurch die Ausübung des Fremdenführergewerbes, des Bewachungsgewerbes und des Grundstückshandels durch Juden verboten wurde. Auch die Entziehung des Wandergewerbescheines und der Legitimationskarten fiel hierunter.<sup>132</sup> – In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß noch 9.446 Berliner Grundstücke in jüdischem Besitz sind, wovon 8.242 inländischen und 1.204 ausländischen Juden gehören.

War bis dahin nur ein langsames Zurückdrängen der Juden aus diesem wichtigen Lebenszweig des deutschen Volkes erfolgt, so brachten es die Ereignisse nach dem Pariser Mord<sup>133</sup> mit sich, daß am 31.12.38 die restlose Beseitigung des jüdischen Einflusses aus der Wirtschaft erfolgte. Eine Ausnahme bilden die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, denen auch nach dem 31.12.1938 die Ausübung ihres Gewerbes gestattet bleibt. Von der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und der dazu ergangenen Durchführungsverordnungen<sup>134</sup> werden in Berlin 3.767 Einzelhandelsgeschäfte betroffen, von denen aber nur 1.200 in arischen Besitz überführt werden sollen,<sup>135</sup> um eine Übersetzung einzelner Gewerbezweige zu vermeiden. Z.Zt. sind 700 Geschäfte arisiert worden, bei den restlichen 500 werden die Verhandlungen durchgeführt.

#### *Rasse- und Volksgesundheit*

Auf dem Gebiete der Rasse- und Volksgesundheit brachte das Berichtsjahr ebenfalls eine entscheidende Veränderung. Durch die vierte, fünfte und sechste Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz erfolgte die Ausschaltung der jüdischen \*Ärzte. Von diesen Verordnungen wurden in Berlin 1.561 jüdische Ärzte und im Regierungsbezirk Frankfurt/Oder 25 Ärzte betroffen. Der Anteil der Juden an diesem Berufszweig belief sich noch am 1.7.1938 auf 22,4%.

Ganz erheblich höher als im Vorjahre ist die Zahl der gemeldeten \*Rasseschandefälle. Während im Jahre 1937 1.342 Fälle bearbeitet wurden, lagen bis zum 31.10.1938 bereits 1.718 Rasseschandelikte vor, sodaß sich die Zahl für 1938 auf über 2.000 belaufen dürfte. Die Zahlen beziehen sich auf Berlin.

Ein bisher ungelöstes Problem ist das der jüdischen Prostituierten, deren Zahl sich in Berlin auf etwa 70 beläuft. Etwa die Hälfte von ihnen war bereits in Rasseschandeprozessen verwickelt. Eine Überführung in ein \*Konzentrationslager erfolgte aber nur dann, wenn die angeklagten Männer rechtskräftig verurteilt wurden.

#### *Rechtswesen*

Nachdem durch die fünfte Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz die jüdische \*Rechtsanwälte, und durch die sechste Verordnung die jüdischen Patentanwälte aus dem Rechtsleben ausgeschaltet wurden, wurden von den 698 betroffenen Rechtsanwälten 72 als Konsulenten zugelassen.

---

<sup>132</sup> Vgl. Walk, Sonderrecht, S. 232, Nr. 500.

<sup>133</sup> Vgl. \*Gryznspan, Herschel.

<sup>134</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938.

<sup>135</sup> Vgl. \*Arisierung.

In der Rechtssprechung hat ein außerhalb des Dienstbezirkes gefälltes Urteil, welches eine Jüdin, die wegen Vergehens gegen den § 218 (Abtreibung) angeklagt war, freisprach, erhebliches Aufsehen und Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Rechtswahrerstandes gegeben. Die Begründung des Urteils besagt, daß der § 218 das Bluterbe des deutschen Volkes, nicht aber das des jüdischen schützen will.

#### *Kulturelles Leben*

Auf diesem Gebiet ist die Anordnung des Reichspropagandaministers vom 12.11.1938<sup>136</sup> bemerkenswert, wonach Juden der Besuch kultureller Veranstaltungen verboten ist. Auswirkungen dieser Anordnung machten sich besonders bei den Lichtspieltheaterbesitzern des Westens bemerkbar, die seit dieser Zeit einen Besucherrückgang von 30-50% aufzuweisen haben. Für das Judentum selbst bedeutet diese Anordnung ein verstärktes Interesse an den Veranstaltungen des Jüdischen \*Kulturbundes.

#### *Erziehung*

Die Verordnung des Reichserziehungsministers vom 30.11.1938<sup>137</sup> untersagte den Juden weiterhin den Besuch der dem Reichserziehungsministerium unterstellten Schulen, nachdem bereits vorher die jüdischen Kinder aus den Volks- und Mittelschulen entfernt worden waren. Auch die Entlassung der fortbildungsschulpflichtigen Juden ist inzwischen erfolgt. Da die in Berlin bestehenden 27 jüdischen Schulen<sup>138</sup> ohnehin im Jahre 1938 einen größeren Schülerrückgang hatten, macht die Aufnahme der Entlassenen keinerlei Schwierigkeiten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die \*Judenfrage seit der Machtübernahme erstmalig in der Berichtszeit in ein entscheidendes, soweit es die Ausschaltung aus den Lebensgebieten betrifft, in ein abschließendes Stadium getreten ist.

Den Juden sind durch eine Vielzahl von Verordnungen große Beschränkungen in ihrer persönlichen Freiheit auferlegt worden. Das jüdische \*Vereinswesen ruht völlig. Für die jüdische \*Auswanderung spielen die verschiedenen Richtungen des \*Zionismus, wie auch das Ziel der Auswanderung, keine Rolle mehr. Eine Vereinfachung der zur Auswanderung erforderlichen Formalitäten würde binnen kurzem die Auswanderungsziffern wesentlich erhöhen. Die jüdische \*Presse ist bis auf ein Zentralorgan<sup>139</sup> lahmgelegt und spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.

Die Lebensgebiete sind durch die einschneidenden Maßnahmen von jeglichem jüdischen Einfluß gesäubert. Ungeklärt ist bisher lediglich die Frage der jüdischen Zahnärzte und Dentisten.

Über die Gestaltung der weiteren Entwicklung läßt sich z.Zt. noch kein Urteil bilden, da ein großer Teil der erlassenen Gesetze und Verordnungen mit dem Abschluß der Berichtszeit zusammenfielen. [...]

<2773>

---

<sup>136</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>137</sup> Hier offensichtlich ein Fehler. Das richtige Datum der Verordnung war 15. November 1938, vgl. Zeittafel.

<sup>138</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>139</sup> Vgl. \*Jüdisches Nachrichtenblatt.



## Stadtpräsident Reichshauptstadt Berlin

### Sonderbericht über die Entjudung des Einzelhandels in Berlin

Berlin, 5.1.1939

BArch-MA, RH 19/2374

#### *Entjudung des Einzelhandels in Berlin*

Die Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 12. November 1938 zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (RGBl. I S. 1580)<sup>140</sup> brachte mit dem Verschwinden der Juden aus dem Einzelhandel das Ergebnis, welches ich in meinem grundsätzlichen Bericht vom 9. März 1938–I 4a Allg. (5) 36.37<sup>141</sup>–dringlichst angeregt hatte. Zwar war es seit dem Sommer 1938 aufgrund des Erlasses des Reichswirtschaftsministers vom 5. Juli 1938–III Jd. 2818/38<sup>142</sup>–möglich, das volkswirtschaftliche Interesse bei der Beurteilung der Zulassung einer \*Arisierung über die Grundsätze des Einzelhandelsschutzgesetzes hinaus anzuwenden; die Möglichkeit, jüdische Einzelhändler außerhalb von Anträgen auf Arisierung auszuschalten, bestand aber nicht.

Die Entwicklung drohte aufgrund der Verordnung vom 12. November in Berlin äußerst stürmisch zu werden. Berlin hatte nach parteiamtlichen Unterlagen nicht weniger als 3.700 jüdische Einzelhandelsgeschäfte, die sich auf die einzelnen Bezirke innerhalb Berlins ganz verschieden verteilten. Bei sehr gering besetzten Randbezirken stieg die Zahl in den Bezirken Mitte und Kreuzberg insgesamt auf über 1.100 jüdische Einzelhandelsgeschäfte. Bezirke im Westen wie Wilmersdorf und Zehlendorf hatten zusammen immer noch fast 300 Geschäfte dieser Art, während die Zahl in Charlottenburg und Spandau fast 400 erreichte. Stark besetzt waren noch die Bezirke Schöneberg und Tiergarten mit insgesamt über 600 Geschäften. Die allerdings sehr dicht besiedelten Bezirke im Norden Berlins Horst Wessel und Prenzlauer Berg hatten insgesamt deren fast 700. Zwei Fragen waren am dringlichsten zu lösen:

- 1) eine geregelte Verwertung der jüdischen Warenlager zu erreichen,
- 2) zu verhindern, daß ungeeignete oder minderwertige Elemente sich in den Einzelhandel eindrängten.

Für das erste ließ ich im Reichswirtschaftsministerium anregen, die Warenlager vorerst einmal nach Art der Beschlagnahme der Konkursmasse festzulegen, um einen wilden Ausverkauf unmöglich zu machen. Dies ist allerdings erst geraume Zeit später mit der Verordnung vom 23. November (RGBl. I S. 1642) durch die Einsetzung der Abwickler und durch das Verbot des freihändigen Verkaufs an letzte Verbraucher geschehen.<sup>143</sup> Ob in der Zwischenzeit von etwa zwei Wochen nicht doch schon eine große Menge solcher Waren aus jüdischer Hand einen unbekanntem Weg gegangen sein mag, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ich fürchte fast, daß man die Menge der Waren in jüdischer Hand doch zu unterschätzen geneigt gewesen war. Nach neuerer Auskunft der Einzelhandelsabteilung bei der Industrie- und Handelskammer sind allein für Berlin aus jüdischer Hand sechs Millionen Waren bei der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel angeboten worden. Al-

<sup>140</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>141</sup> Der Bericht liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>142</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>143</sup> Vgl. Walk, Sonderrecht, S. 271, Nr. 92.

lerdings erwies sich der Wert dieser Waren bei der Abschätzung durch den Sachverständigen um 1 1/2 Million geringer, also nur 4,5 Millionen Reichsmark. Der größte Teil wurde inzwischen von der Fachgruppe bei deutschen Firmen untergebracht; nur ein kleiner Teil wurde den Juden zum freien Verkauf überlassen. Die Menge der Waren wird sich noch erhöhen, da noch etwa 1/4 des Angebots aussteht. Mir ist auch bekannt, daß jüdische Inhaber kleinerer Geschäfte sich Interessenten in ihre Wohnung bestellt haben, wobei nur bedauerlich ist, daß sich offensichtlich noch eine große Zahl deutscher Volksgenossen gefunden hat, die es für richtig halten, kurz vor der Bereinigung der deutschen Volkswirtschaft von Juden ihre Waren aus jüdischer Hand zu beziehen. Diese Beobachtung führt auf den zweiten Punkt, den Schutz des Einzelhandels vor ungeeigneten Elementen.

Daß die Auswahl der Bewerber nicht in der notwendigerweise zeitraubenden Form der Überprüfung der Bewerber nach dem Einzelhandelsschutzgesetz 1933 zu lösen war, stellte sich bald heraus. Es setzte bei den Bezirken sogleich nach den Vorgängen in der Nacht zum 10. November 1938<sup>144</sup> ein solcher Andrang ein, daß Beamte z.B. des Bezirkes Mitte den ganzen Tag nur mit der Auskunfterteilung an Bewerber und mit der Ausgabe von Formularen voll beschäftigt waren. Der erste Wunsch der Bewerber ging dann regelmäßig dahin, zunächst einmal Kredite für die Übernahme des jüdischen Einzelhandelsgeschäftes zu erhalten. Für die Vielzahl der Bewerber, die nicht nur nach der geldlichen Seite, sondern auch in ihrer Branchenkunde ganz unterrichtet waren, ergab sich daraus die zweite Frage. Es war die, wo ihnen denn ein gutes jüdisches Geschäft „nachgewiesen“ werden könnte. Auch dies ist ein Beweis, welche berufsfremden Elemente sich für jüdische Geschäfte interessierten. Aus solchen Kreisen wurde mir auch nahegelegt, ich möge für das Stadtgebiet Berlin eine zentrale Liste der arisierungswürdigen Geschäfte einrichten, ein Wunsch, der letzten Endes darauf hinausging, meine Behörde zu einer Vermittlungsstelle zu machen. Nur als Kuriosität, aber dennoch mit einem gewissen ernsten Hintergrund ist zu erwähnen, daß Mitte Dezember überall im Reich das Gerücht auftauchte, bei dem Stadtpräsidium würden zentral jüdische Geschäfte für das ganze Reich nachgewiesen. Dieses Gerücht hatte zur Folge, daß Bewerber von weit her (Gleiwitz, Rheinland) zu meiner Behörde reisten. Merkwürdigerweise aber wandten sie sich an meine beiden Schulabteilungen, die nicht im Rathaus, sondern in einem Geschäftshaus in der Schicklerstraße 5/6 (unweit vom Alexanderplatz) untergebracht sind. Es hat sich nie aufklären lassen, wie dieses Gerücht, und vor allem die Angabe der Anschrift meiner Schulabteilung, entstanden sein mag.

Für jedes einzige jüdische Einzelhandelsgeschäft waren zumeist mindestens 3-4 Bewerber vorhanden. In den Gefolgschaften bildeten sich dann mehrere Parteien, die sich zu Gunsten der verschiedenen Bewerber erklärten, diese nun durch zahlreiche Besuche bei mehr oder weniger zuständigen behördlichen Stellen zu unterstützen suchten, während sie sich untereinander der Judenfreundschaft beziehten. [...]

Der Wunsch, den Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Auflösung jüdischer Geschäfte zu tauschen, ist allgemein äußerst gering.

Um in die zahllosen Bewerber eine gewisse Ordnung hineinzubringen, wurde im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium, zwischen den Berliner Stellen

---

<sup>144</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

der Partei und meiner Behörde vereinbart, die Berliner Kreisleiter stark für die Auswahl der Bewerber einzuschalten. Der Gauwirtschaftsberater hat dazu Richtlinien erlassen, die eine Reihenfolge aufstellen, nach der Bewerber bei Vorschlägen der Kreisleiter zu berücksichtigen sind. Voranstellen sollten alte und verdiente Parteigenossen, die in der Kampfzeit geschädigt sind. Es folgen Parteigenossen, die sich selbständig machen wollen, die aber wirtschaftlich erfahren sein müssen, weiter Abrißgeschädigte (im Zusammenhang mit der Neugestaltung Berlins) und schließlich langjährige Angestellte jüdischer Betriebe, sofern es nicht „\*Judenknechte“ sind. Über die Zulassung im einzelnen soll der Kreisleiter, der Kreiswirtschaftsberater, der Kreiswähler Handel der DAF, der Bezirksobmann der Einzelhandelsvertretung bei der Industrie- und Handelskammer Berlin zusammen mit den Bezirksbürgermeistern entscheiden. [...]

*Wohlfahrtsaufwendungen für Juden*

[...] Überraschend hoch war in Berlin die Zahl der Handwerksbetriebe in jüdischer Hand. Die Handwerkskammer zählte etwa 2.600. Es verteilen sich die jüdischen Handwerker in der Hauptsache auf das Herren- und Damenschneiderhandwerk (625 + 351), auf das Kürschner- und Putzmacherhandwerk (364 + 268), ebenso auf das Schuhmacherhandwerk (181), die Uhrmacher (114), das Gold und Silberschmiedehandwerk (49). <2782>

◀410▶

**SD-Oberabschnitt Süd II 112**  
**Jahresbericht für 1938**

München, o.D.

FfZ, 93121

*Judentum*

[...]

*Das jüdische Vereinsleben*

Nachfolgend soll zunächst der Rahmen der jüdischen Vereinstätigkeit<sup>145</sup> im Oberabschnittsbereich aufgezeigt werden. Die Zentralstelle des gesamten jüdischen Lebens in Bayern befindet sich in München und ist in dem Verband Bayerischer israelitischer Gemeinden,<sup>146</sup> bzw. dem jüdischen \*Kulturbund organisatorisch verankert.

Nach politischen Gauen gegliedert ergibt sich folgendes Bild:

[...]

*Schwaben*

[...] Ein innerorganisatorisches Problem für die Judenschaft bildete der Vollzug des Reichsgesetzes über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28.3.38.<sup>147</sup> Neben anderen Zielen hatte sich der Verband bayerischer israelitischer Kultusgemeinden die Neuordnung des gesamten jüdischen Vereinswesens zur Aufgabe gemacht. Unter Wahrung der Selbstbestimmung wollte er die bayerischen Juden zur Pflege ihrer religiösen Interessen zusammenfassen. Als Programmpunkte wurden hierzu folgende aufgestellt:

---

<sup>145</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>146</sup> Vgl. \*Landesverbände jüdischer Gemeinden.

<sup>147</sup> Vgl. Zeittafel.

1. Die Förderung allgemeiner und sozialer Angelegenheiten namentlich der herkömmlichen religiösen Einrichtungen der \*Kultusgemeinde,
2. die Bereitstellung von Mitteln für nicht genügend leistungsfähige Verbandsgemeinden,
3. die Beratung der Gemeinden in Angelegenheiten der Verwaltung,
4. die Fürsorge der \*Rabbiner, Lehrer, Kantoren und andere Beamte der Verbandsgemeinde,
5. die Schlichtung von Streitigkeiten im Güteverfahren oder Schiedsspruch,
6. die Vertretung der Gemeinden gegenüber den Zentralbehörden in Angelegenheiten, die sich auf das Verhältnis der Religionsgemeinschaft zum Staat beziehen,
7. die allgemeine Vertretung der bayerischen Gemeinden innerhalb der \*Reichsvertretung der Juden Deutschlands. [...]

Den israelitischen Kultusgemeinden wird es bei derselben Abwärtsentwicklung nicht mehr lange möglich sein, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Ein finanzieller Zusammenbruch ist daher in absehbarer Zeit zu erwarten. Der Erlaß, der die jüdischen Organisationen ihrer Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts entthob, schien somit ein maßgeblicher Schlag gegen das gesamte jüdische Vereinsleben zu werden. Bedingt durch die aufgeführten Senkungen der Zuschüsse einerseits und die steigende Interesselosigkeit andererseits war es einigen Vereinen nicht mehr möglich, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Die gleichgerichteten Männer- und Frauenvereine legten zum Teil ihre Tätigkeit nieder oder verschmolzen zu einem Verein.<sup>148</sup>

Diese dadurch hervorgerufene Verwirrung innerhalb der Judenheit machte anfangs den Eindruck, als ob das Gesetz zur Änderung der rechtlichen Verhältnisse der Juden schon genügen würde, ihre Widerstandskraft zu brechen. Durch engere Fühlungnahme untereinander brachten sie es aber fertig, sich von diesem Schlag zu erholen. Es wurden mehr religiöse Veranstaltungen abgehalten, um den Glaubensgenossen zu zeigen, daß ein enger Zusammenhalt der Juden unerlässlich sei. Die üblichen Diskussionen innerhalb der Verbände wurden dann bald abgestellt. Nach einem achttägigen Versammlungsverbot kam das \*Vereinsleben wieder in gleichmäßige Bahnen. Erst die Aktion im November 1938<sup>149</sup> brachte eine erneute und tiefingreifende Unterbrechung. Nachdem der größte Teil der Funktionäre der jüdischen Vereine im \*KZ Dachau sich befand, war jegliche Vereinstätigkeit von selbst abgestoppt. Lediglich die im Reichsinteresse arbeitenden Auswanderungslager und Umschichtungslager<sup>150</sup> haben teilweise ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Ebenso hat der Landesverband der bayerischen israelitischen Gemeinden Münchens seine Arbeit wieder begonnen, um die in Händen von Dr. \*Weiler liegende Auswanderungsberatung und die von der Wohlfahrtsstelle<sup>151</sup> durchzuführende Unterstützung der ärmeren Juden betreiben zu können. Im allgemeinen warten die jüdischen Vereine ab, welche Beschlüsse in Berlin gefaßt werden.

Neben der allgemeinen Arbeit der einzelnen jüdischen Vereine und Organisationen kann von einer eigentlichen Propaganda nicht gesprochen werden, da die

---

<sup>148</sup> Vgl. \*Chewra Kaddischa.

<sup>149</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>150</sup> Vgl. \*Hachschara, sowie \*Auswanderung.

<sup>151</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

einzigste Möglichkeit hierzu nur in der Veröffentlichung in den unter Zensur stehenden jüdischen Zeitungen<sup>152</sup> möglich war. Das ca. 16 Seiten starke jüdische Gemeindeblatt „Für den Verband der Kultusgemeinden in Bayern“<sup>153</sup> versuchte in seiner Haltung den verschiedenen, anfänglich uneinigen Vereinen, ausgleichend gegenüberzutreten. Weiter erschien noch die jüdische Zeitung „Die \*jüdische Rundschau“, die ebenfalls sich nur mit allgemeinen Fragen befaßte. Es wurden zum großen Teil Abhandlungen über die Lage in \*Palästina und andere Kurzberichte über die Jugendschulungsarbeit als Vorbereitung zur Auswanderung gebracht.

Zur Unterstützung der Auswanderungsbestrebungen wurden von der Kultusgemeinde Sprachkurse und aufklärende Vorträge über die mit dem Auswanderungsproblem in Zusammenhang stehenden Fragen gehalten. Vereinzelt wurden Abende mit Konzerten und Vorträge über jüdische Autoren durchgeführt. Dabei wurde der Versuch unternommen, jüdisches Kulturschaffen dem jüdischen Volk schmackhaft zu machen, mit dem Hinweis, daß das jüdische Kulturleben zumindest genauso alt sei, wie das des Gastlandes. Symphonien, Konzerte, Einzelmusikdarbietungen, Streichquartette, Klavierabende, auch heitere Musik, sollten ebenfalls als Marksteine für das jüdische Kulturschaffen werben.<sup>154</sup> Jedoch konnte bemerkt werden, daß in der Stadt die meisten Darbietungen, bis zu dem Verbot des Besuches deutscher Kultureinrichtungen, sehr schlecht besucht waren, da die Aufführungen in den deutschen Theatern als hochwertiger empfunden wurden. Daneben wurde von den zionistischen Organisationen<sup>155</sup> des gesamten Oberabschnittsbereiches verschiedene Vortragsabende eingeschaltet, in denen eingehend auf die Auswanderungsfrage und die Siedlungsmöglichkeiten in Palästina hingewiesen wurde. Durch die politischen Auseinandersetzungen in Palästina<sup>156</sup> glaubte man jedoch nicht an eine Durchsetzung des gesteckten Zieles. [...] <2774>

#### ◀411▶

### SD Oberabschnitt West II 112 Jahresbericht für 1938

Düsseldorf, o.D.

FfZ, 939121

Die Lage des Judentums im Jahre 1938 ist durch einen katastrophalen Niedergang auf allen Gebieten und allen bisher bestandenen Einflußsphären gekennzeichnet. [...]

Schon zu Beginn des Jahres steigerte sich der Auswanderungswille auch der älteren Juden im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen sich nur junge Juden freiwillig zur \*Auswanderung meldeten, da sie die Sorgen um den zukünftigen Beruf ins Ausland trieb. [...]

Die Ausweisung der polnischen Juden<sup>157</sup> erregte durch die unvermutete Zwangsmaßnahmen beträchtliches Aufsehen, insbesondere in den Kreisen der im hiesigen Bereich lebenden ausländischen Juden, die in der Ausweisung den Beginn

---

<sup>152</sup> Vgl. \*Presse, jüdische im Dritten Reich.

<sup>153</sup> Vgl. \*Bayerisches Israelitisches Gemeindeblatt.

<sup>154</sup> Vgl. \*Kulturbund deutscher Juden, sowie \*Lehrhaus, jüdisches und \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung.

<sup>155</sup> Vgl. \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

<sup>156</sup> Vgl. \*Britisches Mandat in Palästina, sowie Zeittafel, April 1936.

<sup>157</sup> Vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938.

eines allgemeinen Vorgehens gegen ausländische Juden erblickten.<sup>158</sup> Man vertrat den Standpunkt, daß die Ausweisung ein Versuchsballon der deutschen Regierung sein sollte, um festzustellen, ob und wie das Ausland zu diesen Vorgängen Stellung nehmen würde. Im hiesigen Oberabschnittsgebiet wurden ungefähr 3.000 Juden entfernt und abtransportiert.

Die Ereignisse des 9. und 10. Novembers 1938<sup>159</sup> wurden nur in den größeren Städten des hiesigen Bereiches von breiteren Volksmassen getragen. In den kleineren Städten, und vor allen Dingen auf dem flachen Land beteiligte sich die Bevölkerung nicht. Doch wurde die Aktion im allgemeinen wenigstens im Anfang mit der Befriedigung aufgenommen. Der zuverlässige Teil der Bevölkerung billigte durchaus die von Ministerpräsident \*Göring gegen die Juden getroffenen Anordnungen.<sup>160</sup> Es wurde dabei betont, daß die Aktion zweifellos eine Grundlage für die restlose Lösung der \*Judenfrage in Deutschland um einen gewissen Schritt vorwärts gebracht habe. Mit der Art der Durchführung der Aktion war man jedoch in den meisten Kreisen nicht einverstanden. Stark ablehnend verhielt sich der überwiegend konfessionell gebundene Bevölkerungsteil. Priester beider Konfessionen nutzten die Protestaktion zu Angriffen auf den Nationalsozialismus aus.<sup>161</sup> Die zerstörten \*Synagogen wurden als geschändete „Gotteshäuser“ bezeichnet, als was sie früher nie anerkannt wurden. Man benannte die Aktion offen eine Kulturschande und Glaubensverfolgung. Vermutungen wurden laut, man habe jetzt mit der Verbrennung von Gotteshäusern angefangen, das gleiche könne auch in kürzester Zeit mit den christlichen Kirchen geschehen. Von der Kanzel wurde verkündet, daß in den Orten, in denen die Synagogen zerstört worden seien, nie mehr Friede und Glück einziehen werde. Als Ausdruck dieser Haltung fanden in verschiedenen Orten Protestkundgebungen gegen die Judenaktionen statt. So tätigte z.B. in Vreden der größte Teil der Bevölkerung am Tage nach der Judenaktion ostentativ seine Einkäufe in den noch einigermaßen ganz gebliebenen jüdischen Geschäften. Ortsgruppenleitern, die man für die Aktion verantwortlich machte, wurden in anderen Orten die Fenster eingeworfen. Eintopfspenden und Pfundsammlungen der NSV lehnte man unter Hinweis auf die Judenaktion ab. Im Ruhrgebiet wurden Flugblätter verteilt, die die Aufforderung enthielten, diejenigen Parteiführer und staatlichen Beamten, die den Protestaktionen und Zerstörungen tatenlos zugesehen hätten, zu erschießen. Im Regierungsbezirk Aachen sind Flugblätter erfaßt worden, die feststellten, daß 99% der Bevölkerung mit diesen „Schandtaten“ nichts zu tun haben wollten. Ein anderes Flugblatt, das im gleichen Regierungsbezirk sichergestellt wurde, verwies im Zusammenhang mit den Zerstörungen der Synagogen auf den Reichstagsbrand. [...]

Als Einzelfall ist noch interessant, daß ein Jude Hirsch-Dunker, der neben vielen anderen nach Holland zu flüchten versuchte, am Grenzübergang in einen Kraftwagen angehalten wurde. Man fand bei ihm einen Reisepaß und ein persönliches

---

<sup>158</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>159</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>160</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938, Sitzung in \*Görings Luftfahrtministerium; sowie Zeittafel, 12. November 1938, Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

<sup>161</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

Schreiben des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, das ihn ermächtigte, den Kraftwagen des Prinzen zur Fahrt nach Holland zu benutzen.

Durch die Protestaktion und die Festnahmen der führenden jüdischen Persönlichkeiten<sup>162</sup> wurde die Tätigkeit der jüdischen Organisationen und Vereine, die zu Beginn des Berichtsjahres teilweise sehr rege waren,<sup>163</sup> nach und nach aber durch die äußeren Umstände immer mehr abfielen, für den Rest des Berichtsjahres völlig lahmgelegt. [...]

<2777>

◀412▶

SD-Oberabschnitt Elbe II 112  
Jahresbericht für 1938

Chemnitz, 18.1.1939

FfZ, 93121

Das Jahr 1938 stand unter dem Zeichen verschärfter antijüdischer Haltung der Partei, des Staates und der Bevölkerung, die unter dem Eindruck der Tat von Herschel \*Grynszpan durch antijüdische Aktionen der Partei und ihrer Gliederungen ihren Höhepunkt erreichte und Ausmaß in bisher nicht gekanntem Umfange annahm.<sup>164</sup>

Im Gau Sachsen begann das Jahr 1938 verheißungsvoll mit antijüdischen Kundgebungen. Auf Veranlassung des Gauleiters wurde am 31.1.38 in Dresden, Bad Weißer Hirsch, eine Protestkundgebung gegen die dort aufhältlichen [sic] jüdischen Kurgäste<sup>165</sup> veranstaltet. Der Erfolg war das fluchtartige Verschwinden von 150 Juden. Im Februar 1938 wurden schlagartig die Kundenkarteien der größeren jüdischen Geschäfte Sachsens einer Kontrolle nach arischer Kundschaft unterzogen. Ein großer Teil dieser Kunden vermied es daraufhin, weiter bei Juden zu kaufen. Anfang März fand in sämtlichen Orten Sachsens, besonders in den Großstädten mit jüdischer Bevölkerung, eine Versammlungswelle von Hunderten von Massenkundgebungen, zum Teil mit prominenten Reichsrednern der NSDAP, unter dem Stichwort „Völkerfrieden oder Judendiktatur“ statt. Auch in den übrigen Gauen Thüringen, Halle-Merseburg und Magdeburg-Anhalt wurde durch antijüdische Maßnahmen, speziell auf wirtschaftlichem Gebiet, versucht, den Einfluß des Judentums zu brechen. Allgemein wurden \*Schilder verschiedener Art angebracht, um die jüdischen Geschäfte als solche dem kauflustigen Publikum kenntlich zu machen. Verschiedentlich kam es auch zu Ausschreitungen gegen jüdische Einzelhandelsgeschäfte,<sup>166</sup> wie in Leipzig gegen die UWO-Filiale, die daraufhin behördlicherseits geschlossen wurde. Wenn aufgrund dieser Maßnahmen die Juden trotzdem nicht in erhöhtem Maße ihre Geschäfte verkauften,<sup>167</sup> so ist dies nur ein Zeichen dafür, daß auch diese jüdischen Geschäfte an dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung Anteil hatten. Ein Teil der jüdischen Geschäftsinhaber versuchte, seine Geschäfte pro forma an Strohmänner abzugeben, oder sie mit Hilfe arischer Verwandter zu arisieren. Gegen diese Tarnungsversuche wurde am 22.4.1938 die Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe

<sup>162</sup> Vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 119 E.

<sup>163</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>164</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>165</sup> Vgl. \*Kurorte und Bäder.

<sup>166</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>167</sup> Vgl. \*Arisierung.

erlassen.<sup>168</sup> Ein weiterer Schlag im Reichsmaßstabe erfolgte am 23.4.1938<sup>169</sup> mit der Verordnung über die Anmeldung des jüdischen Vermögens. Wenn auch vorerst die Juden durch diese Anmeldung nicht direkt geschädigt wurden, so bedeutete sie aber doch einen ziemlichen Unsicherheitsfaktor, da zunächst nicht bekannt war, welchen Zwecken diese Anmeldung dienen sollte. Schlag auf Schlag folgten weitere Verordnungen und Gesetze, die die Existenzgrundlage eines großen Teiles des Judentums erschütterten. Am 6.7.1938 erschien das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich (Einschränkung der gewerblichen Tätigkeit von Juden).<sup>170</sup> Kurze Zeit darauf kam die Ausschaltung der jüdischen \*Ärzte. Den schwersten Schlag, den das Gesamtjudentum erhielt, war die Verordnung vom 12.11.1938 zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben.<sup>171</sup> Hatten alle vorhergegangenen Gesetze und Anordnungen und alle von seiten der Parteistellen oder der Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen nur die Wirkung, daß einzelne Juden, ihrer augenblicklichen Existenzgrundlage entzogen, versuchten, sich einen anderen Verdienst zu beschaffen, so erloschen mit der Verordnung vom 12.11.1938 sämtliche Möglichkeiten restlos. Die Gesetze und Verordnungen brachten also sowohl eine schwere Schädigung bzw. Zerschlagung des jüdischen Wirtschaftslebens, als auch eine fast restlose Isolierung des Judentums vom deutschen Volke. [...]

Ganz automatisch hat sich im Laufe des Jahres der Schwerpunkt der gesamten jüdischen Arbeit auf die \*Gemeinden verlagert. Anfang bis Mitte des Jahres versuchten die Gemeinden ihren Einfluß auf das Gesamtjudentum durch Einzelmaßnahmen, wie neutrale Heimabende, Vorträge allgemeiner Art, offene Unterstützung des \*Hilfsvereins in Auswanderungsfragen zu erhöhen.<sup>172</sup> Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres konnte ein Teil der jüdischen Organisationen ohne finanzielle Hilfe der Gemeinden ihren Betrieb nicht mehr aufrechterhalten. Naturgemäß machte sich daraufhin der Einfluß der Gemeinden auch auf die Organisationen bemerkbar, je nach Ausrichtung der führenden Gemeindevorsitzenden. Auffallend war, daß in einem großen Teile der Kultusgemeinden das \*assimilatorische Element durch \*CV-Angehörige die Oberhand gewann und eine Arbeitsteilung zwischen Gemeinde und CV eintrat. Die Auswanderungsberatung, wie überhaupt die ganze Auswanderungsarbeit verlagerte sich immer mehr auf die Gemeinden und den von ihnen betreuten Hilfsverein, während die Beratung auf dem wirtschaftlichem Gebiete der CV an sich gerissen hatte. [...]

Nachdem seit dem 10. November bis Mitte Dezember das gesamte jüdische Leben ausnahmslos brach lag, beginnen seit dieser Zeit nach und nach einzelne jüdische Gemeinden wieder zu arbeiten. Ihre hauptsächlichste Aufgabe ist die Unterstützung hilfsbedürftiger Juden<sup>173</sup> und die Bearbeitung von \*Auswanderungsangelegenheiten. [...]

Allgemein ist jedoch die Beobachtung zu machen, daß das Judentum in seinen Organisationen und vor allem die jüdischen Gemeinden ohne Wissen der örtlichen

---

<sup>168</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>169</sup> Hier ein Fehler; das richtige Datum der Verordnung war 26. April 1938; vgl. Zeittafel.

<sup>170</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>171</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938, Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

<sup>172</sup> Vgl. Vereinsleben, jüdisches.

<sup>173</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.



staatlichen Stellen nichts unternehmen und daß sie sich in allen ihren Handlungen durch Befragung Rückendeckung verschaffen. [...]

Völlig überraschend kam der Abschub der Juden polnischer Staatsangehörigkeit.<sup>174</sup> Daß Polen den im Ausland wohnenden Juden in ihrer Mehrzahl die Staatsangehörigkeit aberkennen wollte, war allgemein bekannt. Die Reaktion auf diese von den Polen in Aussicht genommene Maßnahme war auf die einzelnen Juden polnischer Staatsangehörigkeit verschieden. Ein Teil bemühte sich mit allen Mitteln, seine Pässe in Ordnung zu bringen lassen, um polnischer Staatsbürger zu bleiben, da er glaubte, hierdurch bei eventuellen antijüdischen Maßnahmen des Reiches eine Ausnahmebehandlung erlangen zu können. Ein anderer Teil wieder stand dem Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft nicht ablehnend gegenüber und war der Meinung, daß er als Staatenloser nicht so leicht von einer Ausweisung betroffen wird. Das plötzliche Eingreifen des Staates vor Ablauf der Frist hatte jedenfalls keiner der Juden erwartet. Im großen und ganzen wurden dadurch die Orte mit einem Schläge frei von jüdisch-polnischer Bevölkerung – bis auf Leipzig. – Hier saßen die „polnischen Juden“ derart dick aufeinander, daß es der Ordnungspolizei einfach nicht möglich war, überraschend zuzugreifen und es dadurch einem großen Teil der Juden gelang, aus der Wohnung zu verschwinden und sich irgendwo verborgen zu halten. Auf Grund der schon verschiedentlich stattgefundenen Festnahmeaktionen weiß der Jude nämlich ganz genau, daß nach zwei bis drei Tagen eine gewisse Beruhigung der Lage eingetreten ist und er nichts mehr zu befürchten hat. Wie immer, so spielte auch in diesem Falle wieder der polnische Konsul in Leipzig eine mehr als fragwürdige Rolle. Es gelang jedenfalls in Leipzig nur, ca. 1.600 (50%) der Juden polnischer Staatsangehörigkeit zum Abtransport zu bringen. Gerade die Prominentesten hatten im polnischen Konsulat Unterschlupf gefunden, und es besteht der starke Verdacht, daß der polnische Konsul bereits vor der Zeit von der geplanten Aktion erfuhr und den Juden über Mittelsmänner Warnungen zugehen ließ.

Interessant bei diesem Abtransport der Juden polnischer Staatsangehörigkeit war die Beobachtung, wie weit die Versippung polnischer Staatsangehöriger mit Juden anderer Staatsangehörigkeit oder Staatenloser fortgeschritten ist. In vielen Fällen mußten die Familienmitglieder getrennt werden, da nur ein Teil der Familie die polnische Staatsbürgerschaft besaß.

War bei den ersten Transporten noch eine mehr als gedrückte Stimmung zu bemerken, so hatte sich bei den letzten ein Stimmungsumschwung eingestellt. Aus einem durch Leipzig fahrenden und von Nürnberg kommenden Zuge riefen einige Juden ihren auf dem Bahnsteig stehenden Rassegenossen zu: „Wir kommen ja bald wieder!“ Daß der größte Teil der ausgewiesenen Juden tatsächlich daran dachte, wieder zurückzukommen, ist nicht nur daraus ersichtlich, daß bereits nach kurzer Zeit einige der damals abgeschobenen Juden wieder auftauchten, sondern auch daran, daß ein nicht geringer Teil Verwandte, Bekannte oder irgendwelche Organisationen mit der vorläufigen Abwicklung bzw. Aufrechterhaltung seiner Geschäfte und Haushaltungen noch in letzter Minute auf dem Bahnhof beauftragte. Bei der Annahme derartiger Aufträge tat sich besonders der CV hervor. [...]

Von der nichtjüdischen Bevölkerung wurde der Fall \*Grynspan und dessen Folgen sehr geteilt aufgenommen. In Arbeiterkreisen und durch den Mittelstand

---

<sup>174</sup> Vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938.

wurde zwar die Aktion (Synagogenbrände, eine Milliarde Buße, Entziehung der wirtschaftlichen Grundlagen usw.) gutgeheißen, aber auf die dabei vernichteten Werte, die im Rahmen des Vierjahresplanes<sup>175</sup> Verwendung finden konnten, verwiesen. Von einem Teil der sogenannten „gebildeten“ Kreise wurden auch diese Maßnahmen, wie fast jede andere, die sich gegen das Judentum richtet, stark kritisiert. Die über diese Aktion veröffentlichten Presseberichte mit den Überschriften: „Spontane Volkskundgebungen gegen das Judentum“, „Empörte Volksmenge setzt Synagoge in Brand“ usw. verfehlten vollkommen ihre Wirkung. Allgemein wurden derartige Artikel deshalb lächelnd aufgenommen, weil man genau wußte, von und durch wen diese Aktionen durchgeführt worden waren. Die Meinung, daß die Judenaktion vom November, ähnlich wie der Judenboykott 1933,<sup>176</sup> ein taktischer Fehler gewesen sei, setzt sich immer mehr durch. Aus Parteikreisen stammt die Äußerung, daß die Presse mit ihrer Behauptung von „spontanen Kundgebungen“ dem Reiche ins Gesicht geschlagen habe, denn wenn schon spontane Kundgebungen heute noch möglich wären, stünde es durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß sich „spontane Kundgebungen“ auch einmal gegen Kreise der Partei wenden könnten. Auch die seither vor jedem Nachrichtendienst im Rundfunk bekanntgegebenen Worte führender Männer über das Judentum werden so gut wie nicht beachtet, geschweige denn darüber gesprochen. Es wird die Meinung laut, daß gegen die Juden die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen ergriffen seien und sich somit der Fall erledigt habe.

Die Juden selbst wurden bei Bekanntwerden des Attentates zweifelsohne in starkes Erschrecken versetzt und glaubten bereits am ersten Tage an Gegenmaßnahmen behördlicher Stellen oder gar des Reiches. Als diese jedoch vorerst ausblieben, atmeten sie wieder etwas auf und glaubten, daß diesmal der Schlag noch an ihnen vorübergehen würde. Daß der Anschlag derart radikale Auswirkungen zeitigen würde, wie sie die Novemberaktion darstellten, hatten sie keineswegs erwartet, und sie kamen zu einem großen Teil überraschend. Mit einem Male zeigten selbst die Hartnäckigsten unter der Judenschaft den Willen zur \*Auswanderung. Jeder einzelne setzte alle Hebel in Bewegung und benutzte sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Mittel, um seine Auswanderung durchführen zu können. Aber bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit machten sich die ersten Anzeichen einer erlahmten Energie bemerkbar. Soweit es sich um vermögende Juden handelt, glauben sie, von ihrem Vermögen im Inland bis an das Ende ihrer Tage leben zu können, was ihnen ihre Meinung nach mit dem geringen Rest, der ihnen bei einer Auswanderung verbleibt, im Auslande nicht möglich ist. Dies trifft speziell für ältere Leute zu. Die große Masse der minderbemittelten Juden und derjenigen, die durch die Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben betroffen wurden, beginnen mit einem gewissen Fatalismus in die Zukunft zu sehen. Wohl suchen sie die Auswanderungsberatungsstellen auf, wohl beschaffen sie auch alle von diesen angeforderten Papiere, die zu einer Auswanderung nötig sind, aber alles geschieht mit einer Unlust und Gleichgültigkeit. Die größte Sorge aller jüdischen Stellen ist das Herausbringen der Kinder aus dem Reich in Form von sogenannten Kinderverschickungen. Die

---

<sup>175</sup> Vgl. Zeittafel, August 1936 und \*Schacht, Hjalmar.

<sup>176</sup> Vgl. Zeittafel, 1.-3. April 1933.

Hauptaufnahmeländer hierfür sind zur Zeit England und Holland.<sup>177</sup> \*Palästina scheidet augenblicklich wegen des Araberkonfliktes<sup>178</sup> aus und Überseeeländer kommen aus Gründen hoher Transportkosten und Mangel an Schiffspassagen bis auf weiteres nicht in Frage.

Das Judentum in Deutschland sah sich also Ende des Jahres 1938 in voller Auflösung begriffen. Um die restlose Klärung und Lösung der Judenfrage herbeizuführen und für die Juden auf möglichst vorteilhafte Art zu einem Ende zu bringen, sieht sich die jüdische Führung,<sup>179</sup> die örtlich in den Händen der früheren \*Kultusgemeinden liegt, gezwungen, die bis heute verbliebenen Reste ihrer Rassegenossen zu sammeln und die jüdische Arbeit auf einer vollkommen neuen Basis aufzubauen. Diese Arbeit darf nur zwei Ziele kennen. Als erstes und größtes Ziel die Auswanderung und als zweites die Sicherstellung des notwendigsten Lebensunterhaltes für die Zurückbleibenden. Eine seelsorgerische Tätigkeit kommt in den allerwenigsten Fällen mehr in Frage, da die Synagogen und Bethäuser mit ganz geringen Ausnahmen vernichtet sind, und es den Juden wohl kaum gelingen dürfte, bei \*Ariern hierfür irgendwelche Räumlichkeiten zu mieten. [...]

#### II 112 1 \*Assimilanten

Am Anfang des Jahres 1938 bestand der Eindruck, als ob der *Jüdische \*Centralverein e.V.* seine Tätigkeit fast gänzlich eingestellt hätte. Zu Veranstaltungen rief er seine Mitglieder nur noch in ganz außergewöhnlichen Fällen zusammen und auch da höchstens zu Arbeitsgruppen in größeren Orten mit verhältnismäßig starken Ortsverbänden. Erst im Laufe des Jahres 1938 wurde immer klarer, daß sich die eigentliche CV-Arbeit nicht in der Öffentlichkeit abspielte. Wohl fast keine andere jüdische Organisation war derart straff gegliedert wie der CV und niemand benötigte für die Betreuung seiner Mitglieder und die Art seiner Arbeit so wenig das Hervortreten an die Öffentlichkeit wie er. Dadurch, daß die einzelnen Ortsverbände des CV im OA-Gebiet zu einem Landesverband zusammengeschlossen waren und dieser die führenden Stellen hauptamtlich besetzt hatte, war es möglich, daß mit Hilfe dieser hauptamtlichen Kräfte, die außerdem fast durchgängig zu den befähigsten Juden gehörten, eine intensive Einzelarbeit geleistet werden konnte. Besonders der Syndikus Kurt \*Sabatzky und der erste Vorsitzende, Landgerichtsrat a.D. Cohn,<sup>180</sup> waren den größten Teil ihrer Zeit in den verschiedenen Orten unterwegs. Hier wurde den einzelnen um Rat und Hilfe nachsuchenden Juden in sogenannten Beratungsstunden Auskünfte erteilt. Diese Auskünfte waren fast 100%ig rechtlicher Natur. Auffallend dabei war besonders, daß Auswanderungsfragen als solche grundsätzlich nicht behandelt wurden, sondern daß in diesem Zusammenhang lediglich Fragen der Vermögenstransferierung oder anderer Dinge, die irgendwie gesetzlich geregelt werden mußten, eine Beantwortung fanden. Mit der Novemberaktion wurde diese Tätigkeit des CV unterbunden. Von Interesse ist, daß die Vorsitzenden des CV nach ihrer Entlassung als Kriegsteilnehmer aus dem KZL<sup>181</sup> sofort bei der \*Geheimen Staatspolizei vorsprachen und die Möglichkeit einer Fortsetzung ihrer Tätigkeit forderten. [...]

---

<sup>177</sup> Vgl. \*Auswanderung, sowie \*Alijat Hanoar.

<sup>178</sup> Vgl. \*Britisches Mandat in Palästina.

<sup>179</sup> Vgl. \*Reichsvertretung der deutschen Juden, sowie \*Landesverbände jüdischer Gemeinden.

<sup>180</sup> Vgl. \*Cohn, Kurt.

<sup>181</sup> Vgl. \*Konzentrationslager.

Der *\*Hilfsverein der Juden in Deutschland* baute im Laufe des Jahres seine Organisation im hiesigen Bereich immer weiter aus und errichtete in fast allen Orten mit einer größeren jüdischen Bevölkerungszahl Ortsverbände und Stützpunkte. Dies war ihm umso eher möglich, als er dabei auf das Tatkräftigste von den jüdischen Gemeinden unterstützt wurde. Die Ausbreitung wurde ihm dadurch außerordentlich erleichtert, daß er sich hauptsächlich mit Auswanderungsberatung befaßte und hierzu zum Teil bereits bestehende nicht rein zionistische Auswanderungsberatungsstellen, vor allem deren Bearbeiter, übernahm. Der Hilfsverein ist neben den jüdischen Kultusgemeinden jene jüdische Organisation, die nach den Novemberereignissen ihre Arbeit baldigst wieder aufnahm. Ihre Tätigkeit ist allerdings nicht mehr eine selbständige wie früher, sondern geschieht im Rahmen der Israelitischen Kultusgemeinden, die vom Hilfsverein lediglich die für eine Auswanderung nötigen Unterlagen und die eingearbeiteten Kräfte übernahm.

Die *Jüdische \*Winterhilfe* des Winters 1937/38 hatte allenthalben einen befriedigenden Abschluß zu verzeichnen. Der Beginn des Winters 1938/39 war für sie allerdings weniger erfreulich, soweit die Sammelergebnisse in Betracht kamen. Im Laufe des Jahres war die Zahl der zu Betreuenden größer und die Zahl der Gebenden kleiner geworden. Bei den vermögenden Juden waren Spenden in dem Maße wie sie früher gezeichnet wurden, fast durchweg nicht mehr zu holen, schon aus dem Grunde nicht, weil diese Juden ja nicht mehr so frei über ihr Vermögen verfügen konnten, als dies früher der Fall war. Bereits Ende Oktober, anläßlich des Abschubes der Juden polnischer Staatsangehörigkeit<sup>182</sup> wurden verschiedentlich, vor allem aber in Leipzig und Dresden, an die *\*JWH* die ersten außergewöhnlichen Anforderungen gestellt. Da die Bahnhöfe der beiden genannten Städte Durchgangsstationen eines großen Teiles der Züge aus dem westlichen und südlichen Teil des Reiches waren, waren hier von seiten der Jüdischen Winterhilfe Verpflegstationen eingerichtet worden. Zu einem plötzlichen Stillstand kam auch bei der *JWH* die gesamte Tätigkeit, sowohl des Sammelns, als auch des Unterstützens, am 10.11.1938. In den weitaus meisten Orten hat die *JWH* ihre Tätigkeit als solche wieder aufgenommen. Jedoch auch sie wurde überführt in die allgemeine Arbeit der jüdischen Kultusgemeinden und besteht vorläufig im großen und ganzen nur noch dem Namen nach.

#### II 112 3 Zionisten

Die *\*Zionistische Vereinigung* hat sich auch im Laufe des Jahres 1938 nicht wieder zu der Bedeutung entwickeln können, die sie in den Jahren nach der Nationalen Erhebung des Deutschen Volkes eingenommen hatte. Die immer größer werdende Interesselosigkeit ihrer Mitglieder war vor allem auf die Ereignisse in Palästina zurückzuführen. Viele Anhänger sahen, daß eine Abwanderung nach Übersee und anderen Immigrationsländern außer Palästina eher möglich war, zumal für ältere Personen. Dies zeigte sich weniger in Austritten aus der Zionistischen Vereinigung, als vielmehr darin, daß Mitglieder der *ZVfD* in nicht geringer Anzahl, im Verhältnis zur Gesamtauswanderung, nach anderen Ländern als Palästina gingen. Daß die Mitglieder trotz ihrer Enttäuschung, solange sie im Lande blieben, der Vereinigung nur selten den Rücken kehrten, hat seinen Grund darin, daß sich der größte Teil der Zionisten aus einem dem Assimilantentum gegensätzlichen Personenkreis zusammensetzt, wenigstens in ihrer übergroßen Mehrheit. [...]

---

182 Vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1939.

Die Arbeit der Zweigstellen des \*Palästinaamtes war durch die geringe Anzahl der Deutschland zugewiesenen \*Zertifikate auf ein Minimum herabgesunken und bestand in der Hauptsache nur noch aus Ratschlägen für eine \*Umschulung. Im allgemeinen arbeiteten sie gezwungenermaßen immer mehr mit den Auswanderungsstellen des Hilfsvereins Hand in Hand. Die Unterlagen sowie die geschulten Arbeitskräfte der Palästinaamtszweigstellen üben ihre Tätigkeit heute gemeinsam mit den Auswanderungsbearbeitern des Hilfsvereins im Rahmen der vorläufigen Tätigkeit der jüdischen Gemeinden aus. <2768>

◀413▶

SD-Oberabschnitt Nord II 112  
Jahresbericht für 1938

Stettin, 20.1.1939

FfZ, 93121

Im Berichtsjahr erfolgte eine vollkommene geistige Umstellung der Juden in Deutschland. Denn die Entwicklung dieses Jahres brachte selbst den hartnäckigsten \*Assimilanten die Erkenntnis, daß in Zukunft für die Juden kein Platz mehr in Deutschland ist. Noch am Ende des Vorjahres schienen die Verhältnisse den Juden Recht zu geben, die hofften, auch im nationalsozialistischen Deutschland eine gesicherte Existenz zu haben. [...]

Den größten Anreiz, in Deutschland zu bleiben, brachte aber die für die Juden günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage. Der Kampf gegen das Judentum schien einzuschlafen, staatliche Maßnahmen erschwerten kaum das jüdische Leben. Im Gegenteil, gewisse Maßnahmen des Staates – Kontingentierung – förderten ungewollt sogar die jüdische Wirtschaft.

Dieses änderte sich nun alles im Laufe des Berichtsjahres. Das Judenproblem trat wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Die verschiedenen staatlichen Maßnahmen – Anmeldung der jüdischen Vermögen,<sup>183</sup> Entzug der Wandergewerbescheine,<sup>184</sup> Entzug der ärztlichen Approbation,<sup>185</sup> Auflösung des jüdischen \*Rechtsanwaltstandes und \*Kennzeichnung der jüdischen Geschäfte – stoppten in diesem Jahr den Aufschwung, den die Juden im Wirtschaftsleben genommen hatten und veranlaßten sie, sich wieder energisch mit der Frage der \*Auswanderung zu beschäftigen. In dem Maße, in dem die Lebensmöglichkeiten für die Juden schwan- den, drang die zionistische Richtung<sup>186</sup> innerhalb des Judentums vor. Andererseits beschäftigten sich aber auch die Vertreter der assimilatatorischen Richtung – \*CV und \*RjF – in steigendem Maße mit der Vorbereitung der Auswanderung auch der letzten Juden. Den stärksten Antrieb zu dieser Entwicklung brachte dann die Judenaktion<sup>187</sup> und die sich daran anschließenden Gesetze anläßlich der Ermordung des Botschafts- rates vom Rath.<sup>188</sup> Diese Bestimmungen nahmen den Juden auch die letzten Lebens- möglichkeiten und zwangen sie zur Auswanderung um jeden Preis.

---

183 Vgl. Zeittafel, 26. April 1938.

184 Vgl. Walk, Sonderrecht, S. 232, Nr. 500.

185 Vgl. \*Ärzte, jüdische.

186 Vgl. \*Zionismus, sowie \*Zionistische Vereinigung für Deutschland.

187 Vgl. \*Kristallnacht.

188 Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

Der jüdische Bevölkerungsanteil war im Bereich nur gering und ist im Laufe des Jahres weiter zurückgegangen. Der Hauptteil, etwa 50%, lebt in Stettin. Besonders stark ist der Rückgang in Mecklenburg gewesen.

Wie in den meisten Gegenden Deutschlands ist auch im Gebiet des Oberabschnittes Nord das Judentum stark überaltert. So leben z.B. in Mecklenburg kaum noch Juden, die jünger als 30 Jahre sind. Dies erklärt sich auch aus der Tatsache, daß der jüngere und aktivere Teil schon in den früheren Jahren Deutschland verlassen hat.

Die immer stärker werdende Auswanderung bedingte tief einschneidende Veränderung [sic] in der Struktur der jüdischen \*Gemeinden. Eine große Zahl von Gemeinden war infolge des Mitgliederschwundes nicht mehr lebensfähig. Dies führte zum Zusammenschluß der Gemeinden zu sogenannten Bezirksgemeinden. Da mit wenigen Ausnahmen nur die ärmeren Juden noch in Deutschland geblieben waren, wurde die wirtschaftliche Lage der meisten Gemeinden immer schwieriger, zumal die \*Wohlfahrtspflege innerhalb der Gemeinden immer größere Beträge erforderte. Dazu kam noch, daß die Gemeinden teilweise den ärmeren ihrer Mitglieder die Auswanderung ermöglichen mußten. Allerdings wurde durch den Druck dieser Verhältnisse das Zusammengehörigkeitsgefühl in nie gekannter Weise gestärkt. [...]

Die Einstellung zur Judenfrage ließ auch in diesem Jahre bei weiten Kreisen der Bevölkerung noch viel zu wünschen übrig. Selbst wenn von denen abgesehen wird, die aus weltanschaulicher Gegnerschaft den Kampf gegen die Juden ablehnen, blieben immer noch weite Kreise, die sich im Kampf des deutschen Volkes gegen den Juden lau und gleichgültig erwiesen. Besonders die Landarbeiter kauften noch sehr viel in den jüdischen Geschäften. Da sie aber im übrigen nicht Gegner des Nationalsozialismus sind, lag hier ein Mangel an der nötigen Aufklärung vor. Selbst in der Partei und in den übrigen Organisationen scheint es teilweise an der nötigen Schulung in dieser Frage gefehlt zu haben, denn bei der Überholung jüdischer Geschäfte wurden Mitglieder aller Formationen und Organisationen als Käufer festgestellt. Unter dem Eindruck der staatlichen Maßnahmen gewann das Judenproblem im Laufe des Jahres wieder das allgemeine Interesse. Die Gesetze wurden mit großem Beifall aufgenommen. Verschiedenartig war dann die Stellung zur Judenaktion. Selbst Kreise der Partei stellten sich nicht einhellig hinter die Aktion. Man begrüßte wohl die durchgreifende Lösung der Fragen durch die auf die Aktion folgenden Gesetze, lehnt aber aus wirtschaftlichen Gründen die Zerstörung der Sachwerte ab.

Bei dieser Gelegenheit traten dann auch wieder die verschiedenen weltanschaulichen Gegner an die Öffentlichkeit. Direkte Verbindungen zum Judentum konnten aber in keinem Fall festgestellt werden. In der Ablehnung der Maßnahmen gegen die Juden waren sich alle einig, nur die Gründe, mit denen diese Haltung motiviert wurde, waren verschiedene. Die Vertreter des Liberalismus verurteilten aus Gründen der Humanität und wegen des Eindruckes auf das Ausland die Geschehnisse. Eine ähnliche Einstellung zeigte die Reaktion. Die Kirchen aller Richtungen zeigten ebenfalls keinerlei Verständnis für diese Maßnahmen und verurteilten im Besonderen das Abbrennen der \*Synagogen.<sup>189</sup> Einige Pastoren gedachten

---

<sup>189</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

sogar in Gebeten der armen verfolgten Juden. Innerhalb des Judentums traten die kulturellen Belange im Berichtsjahr in den Hintergrund.<sup>190</sup> In dem ersten Teil des Jahres fanden Veranstaltungen dieser Art in Stettin und Rostock statt. An anderen Orten fehlten die Voraussetzungen dazu. Neben Lieder- und Gedichtabenden wurden religiöse Feierstunden veranstaltet. Ferner brachten einige Veranstaltungen Vorträge über die verschiedenen Fragen der Auswanderung. Im weiteren Verlauf hörte diese Betätigung des jüdischen Lebens vollständig auf. [...]

Als wesentlichste Aufgabe auf dem Gebiet des Judentums wird für die nächste Zeit die planmäßige Förderung der Auswanderung angesehen. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß nicht nur die wohlhabenden Juden Deutschland verlassen, sondern vor allen Dingen Deutschland von den zahlreichen armen Juden befreit wird. Besonders wird darauf zu achten sein, daß bei der Beschaffung der für die Auswanderung nötigen Unterlagen die Schwierigkeiten beseitigt werden, die noch in der letzten Zeit durch die Verständnislosigkeit gewisser Behörden auftraten. Allerdings wird die endgültige Lösung der Judenfrage davon abhängig sein, ob die Staaten, die stets für die Belange der armen verfolgten Juden eintreten, nun auch positive Beiträge zur Lösung dieser Frage beisteuern, indem sie in ihren teilweise volksleeren Kolonialgebieten Gebiete für die planmäßige Umsiedlung der Juden aus Deutschland zur Verfügung stellen.<sup>191</sup> <2770>

◀414▶

**SD-Hauptamt II 1**

**Bericht für 1938**

**Berlin, o.D.**

**Boberach, S. 7, 20-32, 60, 64, 72f., 74, 134, 172f.**

*Allgemeine Übersicht*

Die gegnerische Tätigkeit der verschiedenen Weltanschauungsgruppen stand während des Jahres 1938 im wesentlichen unter den Auswirkungen der großen außenpolitischen Ereignisse: der Angliederung Österreichs<sup>192</sup> und der sudetendeutschen Gebiete<sup>193</sup> – innenpolitisch wirkten vor allem die von Seiten der Partei und des Staates getroffenen Maßnahmen gegen das Judentum.

[...]

*Judentum*

*Deutschland*

Im Berichtsjahr 1938 fand die Judenfrage in Deutschland, soweit sie auf dem Gesetzes- und Verordnungswege zu regeln ist, ihren Abschluß. Zwei Abschnitte sind deutlich zu erkennen: Während in der Zeit vom 1.1. bis 8.11.1938 versucht wurde, die Judenschaft durch Gesetze und Verordnungen endgültig aus sämtlichen deutschen Lebensgebieten auszuschließen,<sup>194</sup> wurde die völlige Ausschaltung der Juden aus allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens durch die Aktion vom 9./10.11.1938<sup>195</sup> verwirklicht.

---

<sup>190</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>191</sup> Vgl. \*Evian-Konferenz.

<sup>192</sup> Vgl. Zeittafel, 12. März 1938.

<sup>193</sup> Vgl. Zeittafel, 1.-10. Oktober 1938.

<sup>194</sup> Vgl. Zeittafel, 1.11.-8.11.1938.

<sup>195</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

Veränderungen erfuhr die Situation durch die Eingliederung der Ostmark und der sudetendeutschen Gebiete, wodurch sich die Zahl der im Reichsgebiet ansässigen Juden um etwa 200.000 bis 250.000 Juden mosaischen Bekenntnisses erhöhte.

Die Maßnahmen gegen die Juden bewirkten eine weitgehende Umstellung aller jüdischen Organisationen – von einigen Ausnahmen abgesehen – auf die Vorbereitung oder Durchführung der \*Auswanderung, wobei gleichzeitig die Auflösung jüdischer Mittel- und Kleingemeinden<sup>196</sup> und zahlreicher Organisationen mit rein religiöser oder \*assimilatorischer Aufgabenstellung erfolgte. Die „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ wurde damit, zusammen mit den weiterbestehenden jüdischen Gemeinden und den ihr angeschlossenen Institutionen zur Förderung der Auswanderung, zum organisatorischen Mittelpunkt der Judenschaft.

Sowohl der fortschreitende Ausschluß der Juden aus dem Erwerbsleben, als auch die Auswanderung früher vermöglicher Juden bewirkten ein Ansteigen des mittellosen jüdischen Proletariats, das am Schluß des Berichtsjahres bei weitem die Zahl der sich selbst unterhaltenden bzw. der vermögenden Juden übertraf. Die Folge dieser Entwicklung war eine verstärkte Fürsorgetätigkeit der jüdischen Organisationen,<sup>197</sup> die allerdings durch die gleichzeitig fallenden Einnahmen dieser Organisationen wesentlich erschwert wurde. Während im Vorjahr bei einer Gesamtzahl von rund 370.000 Juden mosaischen Bekenntnisses<sup>198</sup> (das Statistische Reichsamt schätzt die Zahl zum 1.1.1938 auf 365.000) im alten Reichsgebiet<sup>199</sup> etwa 42.000 Personen als laufende Unterstützungsempfänger gezählt werden, belief sich die Zahl der ständigen Unterstützungsempfänger im Berichtsjahr – trotz der Abnahme der Gesamtjudenschaft mosaischen Bekenntnisses im Altreich auf etwa 320.000 Personen – auf 40.000 (12,5% der Gesamtzahl). Von der jüdischen \*Winterhilfe wurden in den Monaten Oktober bis Dezember 1938 außerdem 73.976 Personen, das sind 23,12% der Gesamtzahl, betreut.

Für den gleichen Zeitabschnitt betrug die Zahl der durch die jüdische Winterhilfe betreuten Juden in der \*Ostmark etwa 30.000, das bedeutet bei der Zugrundelegung einer Gesamtzahl von rund 106.000 Juden mosaischen Bekenntnisses am Ende des Berichtsjahres 28,3%. Die Zahl der angemeldeten ständigen Unterstützungsempfänger wird von der Israelitischen \*Kultusgemeinde Wien sogar mit mehr als 60.000 Personen angegeben, oder mit 56,6%.

Die Auswanderung der Juden konnte – zumindest im alten Reichsgebiet – nicht in dem Maße gesteigert werden, wie es für die Juden selbst unter dem Druck der Verhältnisse wünschenswert gewesen wäre. So zeigen die von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland aufgestellten Statistiken lediglich eine Abwanderung von 46.000 Personen = 12,43% gegenüber 25.000 im Vorjahre, wohingegen die Auswanderung der Judenschaft der Ostmark durch die Tätigkeit der im August des Berichtsjahres gegründeten „\*Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ einen starken Auftrieb erhielt. So wird die Gesamtzahl der auf legalem und illegalem Wege<sup>200</sup> aus der Ostmark ausgewanderten Juden mosaischen und nicht mosaischen Bekenntnis-

---

<sup>196</sup> Vgl. \*Synagogengemeinde.

<sup>197</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

<sup>198</sup> Vgl. \*Glaubensjuden.

<sup>199</sup> Vgl. \*Altreich.

<sup>200</sup> Zur illegalen Auswanderung vgl. \*Alija.



ses<sup>201</sup> mit etwa 79.000 Personen = 42,7% angegeben. Dieses Ergebnis ist um so bedeutsamer, als die Judenschaft in der Ostmark unter ungleich ungünstigeren finanziellen und innenpolitischen Verhältnissen zu arbeiten hatte. Der Ausgleich für die fehlenden Geldmittel wurde durch eine verstärkte finanzielle Inanspruchnahme der ausländischen jüdischen Organisationen – insbesondere des „\*Council for German Jewry“ in London – geschaffen.<sup>202</sup>

Sowohl vom Altreich wie auch von der Ostmark ging der größte Teil der Auswanderer nach außereuropäischen Ländern; den Hauptteil nahm Nordamerika auf, wohingegen \*Palästina nur in geringem Maße als Zielland insbesondere unbemittelter Juden galt.

Trotz der verhältnismäßig hoch erscheinenden Zahl der Auswanderer muß darauf hingewiesen werden, daß die Auswanderung gegen Ende des Berichtsjahres infolge der Abwehrstellung des Auslandes gegen die Einwanderung von Juden und der nicht ausreichenden Devisenbestände erheblich abgesunken ist und, soweit das alte Reichsgebiet berührt wurde, fast ins Stocken geriet. Dazu trug außerdem die absolute Resignation der Juden bei, deren Organisationen nur unter dem verschärften Druck der Behörden ihre Aufgabe weiterführen.

Hierin hat die November-Aktion grundlegenden Wandel geschaffen. War schon in der Ostmark der Auswanderungswille der Judenschaft durch die dort nach der Machtübernahme ergriffenen Maßnahmen bis zum Höchstmaß gesteigert,<sup>203</sup> so wirkte sich das radikale Vorgehen gegen die Juden in den Novembertagen in ähnlichem Sinne auch im alten Reichsgebiet aus. Die Verwirklichung dieser Auswanderungsabsichten blieb jedoch aus, weil in der Folge der November-Aktion auch die Tätigkeit der für die Auswanderung arbeitenden jüdischen Organisationen, vor allem aber auch durch die erhebliche Veränderung der Finanzlage der Judenschaft (Kontribution und Schadenersatzpflicht)<sup>204</sup> eingeschränkt wurde. Die notwendige Zentralisation des Organisationswesens der Judenschaft, sowie die Bereitwilligkeit der ausländischen Staaten zur Aufnahme größerer Auswanderungsgruppen, die die Voraussetzung für eine Weiterführung der verstärkten Auswanderung aus dem alten Reichsgebiet<sup>205</sup> sind, konnte aber bis zum Abschluß des Berichtsjahres noch nicht herbeigeführt werden.

Neben dieser Entwicklung waren die schon erwähnten organisatorischen Veränderungen innerhalb der Judenschaft von minderer Bedeutung. Während im alten Reichsgebiet infolge der selbständigen Auflösung jüdischer Vereine und Verbände, abgesehen von zeitlich begrenzten Betätigungsverboten, von staatswegen nur die Auflösung der „\*Staatszionistischen Vereinigung“ notwendig wurde, erfuhr das Organisationswesen in der Ostmark sofort nach dem Anschluß eine grundlegende Neugestaltung. Dabei ist jedoch hervorzuheben, daß ein Anschluß der jüdischen Organisationen der Ostmark an die im Reichsgebiete bestehenden nicht vorge-

---

201 Vgl. \*Geltungsjuden.

202 Vgl. auch \*Joint Distribution Committee, sowie \*ICA, \*HIAS, \*HICEM und für Deutschland \*Auswanderungsorganisationen.

203 Zu den unmittelbar nach dem Anschluß einsetzenden brutalen Verfolgungsmaßnahmen gegen die österreichischen Juden, sowie dem massiven Druck zur Auswanderung vgl. die Verweise in \*Ostmark sowie \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung, 2.

204 Vgl. Zeittafel, 12. November 1938, Sitzung in \*Görings Luftfahrtministerium.

205 Vgl. Evian-Konferenz.

nommen wurde, um den Wirkungskreis und die Einflußmöglichkeiten des letzteren nicht zu vergrößern.<sup>206</sup>

Sämtliche Organisationen assimilatorischer Prägung wurden aufgelöst und verboten, während die für die Auswanderung brauchbaren Verbände nach vorübergehender Einstellung ihrer Tätigkeit und nach Umgestaltung neu zugelassen wurden. Eine Zentralstellung nimmt in diesem Aufgabenbereich die „Israelitische Kultusgemeinde Wien“ als die größte gemeindliche Organisation des Judentums in der Ostmark ein. Ihr obliegt die Organisierung der Auswanderung, der Fürsorge und des \*Schulwesens, so daß sie auch für die Beschaffung der zur Erhaltung der mittellosen Juden und der Förderung der Auswanderung notwendigen Devisenbeträge von ausländischen jüdischen Organisationen (\*Council for German Jewry) verantwortlich ist.

Die bei der Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete übernommenen jüdischen Organisationen wurden nicht bestätigt, zumal die Notwendigkeit ihres Weiterbestehens nach Abwanderung der meisten Juden in die CSR<sup>207</sup> nicht mehr gegeben war. Die verbliebenen Juden sollen durch die Organisationen des alten Reichsgebietes betreut werden. [...] <sup>208</sup>

#### *Altes Reichsgebiet*

##### *Lage und Veränderungen im jüdischen Organisationswesen*

Einleitend wurde bereits darauf hingewiesen, daß das jüdische Organisationswesen im alten Reichsgebiet durch die laufende Verringerung der jüdischen Gemeinden, das Absinken des Lebensstandards und die damit verbundene Abnahme der Erträge aus den Kultussteuern usw. erheblich beeinflußt wurde. Auflösungen, insbesondere im \*orthodoxen Bereich und zum Teil auch bei den ehemaligen \*Assimilanten, bestimmten das Bild. Um so einschneidender war deshalb die Wirkung des Gesetzes vom 25.3.1938<sup>209</sup> zur Änderung der Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusgemeinden, das ihnen die Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft nahm und sie rückwirkend vom 1.1.1938 zu Vereinen machte. Die steuerliche Mehrbelastung bewirkte eine Erhöhung der Haushalte, die sich bei der Gemeinde Berlin beispielsweise auf etwa 1,5 Millionen belief. Diese Beträge wurden andererseits der Finanzierung der Auswanderung und Fürsorge entzogen.

Die \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland versuchte sich dem hierdurch geschaffenen Rechtszustand anzupassen, indem sie die Gründung eines „Reichsverbandes der Juden in Deutschland“ vorschlug, in dem unter Ausschaltung der bisherigen jüdischen \*Landesverbände (Zentralorgane der in den Ländern bestehenden jüdischen Gemeinden) das gesamte jüdische Gemeinwesen zentralisiert werden sollte. Gleichzeitig sollte damit die Zusammenfassung aller Finanzmittel erreicht werden, um eine Verteilung von zentralen Stellen auf die Gemeinden zu betreiben, die zumeist nicht mehr in der Lage waren, ihre Ausgaben aus eigenen Einnahmen zu bestreiten. Zur Bestätigung des „Reichsverbandes“ ist es nicht

---

<sup>206</sup> Zu diesbezüglichen mißlungenen Versuchen der \*Reichsvereinigung vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 113.

<sup>207</sup> Vgl. Zeittafel, 1.-10. Oktober 1938.

<sup>208</sup> Das Kapitel Ausland wird nicht abgedruckt.

<sup>209</sup> Vgl. Zeittafel.

gekommen, weil die aus der November-Aktion gezogenen Folgerungen andere Maßnahmen, wie sie bereits gekennzeichnet wurden, notwendig machten.

Aus dem gleichen Grunde kam die Umgestaltung der der „Reichsvertretung“ angeschlossenen übrigen Reichsverbände zu keinem Abschluß. Sie bestanden unter Beschränkung ihrer Tätigkeit auf die Auswanderung und Fürsorge in der alten Form weiter.

#### *Die politischen und religiösen Organisationen*

Im Aufbau der jüdischen Organisationen aller Richtungen hat sich grundsätzlich seit dem Jahre 1937 nichts verändert, wenn man von der Einstellung ihrer Tätigkeit nach der November-Aktion absieht. Ihre Zahl und ihr Mitgliederbestand verringerten sich jedoch infolge der Abwanderung der Juden laufend. Die Versammlungstätigkeit<sup>210</sup> ließ mit Ausnahme der großstädtischen Verbände erheblich nach und beschränkte sich im wesentlichen auf die vorbereitende Tätigkeit zur Auswanderung (\*Umschulungskurse, Sprachunterricht usw.) und die Kulturpflege (\*Kulturbund).

Nur in einigen Gebieten des Reiches versuchte der „Jüdische \*Centralverein e.V.“ durch seine Rechts- und Wirtschaftsberatung Juden aus allen Organisationen gegen die Auswirkung der Judengesetze zu schützen und somit indirekt ihrer Auswanderung entgegenzuwirken. Aber auch diese Tätigkeit wurde endgültig durch die November-Aktion unterbunden.

Besonders zu erwähnen ist in diesem Rahmen lediglich die Auflösung der „\*Staatszionistischen Vereinigung“, die nach Feststellung ihrer Berliner Gruppe der jüdisch-nationalen Jugend „\*Herzlia“, zur „Neuzionistischen Weltorganisation“ (Jabotynski)<sup>211</sup> am 31.8.1938 erfolgen mußte. Nennenswerte Vermögensbestände konnten infolge der geringen Verbreitung der Organisation (etwa 1.000 Mitglieder) nicht sichergestellt werden.

Der im Vorjahre in Angriff genommene Ausschluß von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit aus den Vorständen jüdischer Organisationen konnte im Berichtsjahr endgültig zum Abschluß gebracht werden.<sup>212</sup> In Berlin wurden durch diese Aktion allein 189 Personen betroffen, die zum Teil in maßgeblicher Stellung tätig waren.

In der Zeit vom 1.1. bis zum 8.11.1938<sup>213</sup> erfolgte durch Gesetze bzw. Verordnungen der Ausschluß der Juden aus folgenden Berufen:

Versteigerungsgewerbe,

Bewachungsgewerbe,

Gewerbliche Auskunfterteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten,

Gewerbsmäßige Vermittlung für Immobilienverträge und Darlehen,

Gewerbsmäßige Heiratsvermittlung und Fremdenführergewerbe,

Wandergewerbe,

\*Ärzteberuf, berufsmäßige Ausübung der Krankenpflege,

Betätigung als \*Rechtsanwalt, Patentanwalt, Notar.<sup>214</sup>

---

<sup>210</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>211</sup> Richtig: \*Jabotinsky, Wladimir Zeev.

<sup>212</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>213</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>214</sup> Vgl. Zeittafel, 6. Juli 1938, 25. Juli 1938 und 27. September 1938.

Hervorzuheben ist darüber hinaus die Verordnung gegen die Unterstützung zur Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 22.4.1938,<sup>215</sup> die der Beseitigung der Mißstände in der Vertretung jüdischer Firmen durch \*Arier diene. Die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26.4.1938<sup>216</sup> sichert die Feststellung des jüdischen Kapitals. Um eine Tarnung jüdischer Personen durch Annahme nichtjüdischer Namen zu verhindern, wurde am 5.1.1938 das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen erlassen. Eine Ergänzung erfuhr diese Regelung durch einen Erlaß des Reichsministeriums des Innern, der bestimmt, daß Juden mit Wirkung vom 1.1.1938 [sic]<sup>217</sup> die zusätzlichen Vornamen Israel bzw. Sarah zu führen haben, vorausgesetzt, daß sie nicht bereits einen rein jüdischen Vornamen tragen.<sup>218</sup>

Durch Paßerlaß vom 7.10.1938 [sic]<sup>219</sup> schließlich wurde den Juden der Inlandspaß entzogen. Gleichzeitig wurde ihnen auferlegt, bis zum 31.12.1938 bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen, die als amtlicher Inlandsausweis gilt. Die auf Grund der Bestimmungen vom 16.9.1937 erteilten Auslandspässe werden durch ein „J“ gekennzeichnet, eine Maßnahme, mit welcher den Einsprüchen auswärtiger Staaten wegen der durch das Reich angeblich stillschweigend geduldeten illegalen Judenauswanderung entgegengekommen wurde.<sup>220</sup>

#### *Die Aktion gegen die Juden am 9./10.11.1938*

Die Grundlagen des jüdischen Lebens und seiner Organisation wurden durch das im Anschluß an die Ermordung des Legationsrates vom Rath in Paris durch den Juden polnischer Staatsangehörigkeit, Feibel [sic] \*Grynszpan, im gesamten Reichgebiet erfolgte Vorgehen gegen die Judenschaft völlig geändert.

Die Aktion äußerte sich im allgemeinen in der Zerstörung oder Niederbrennung der \*Synagogen und in der Demolierung fast aller jüdischen Geschäfte, die hierdurch gezwungen wurden, den Verkauf einzustellen. Zum Teil wurden auch die Wohnungen von Juden durch die Aktion betroffen. Wertvolle Archivstücke und Kunstschätze wurden infolge Unbedachtsamkeit oder Unwissenheit der Beteiligten vernichtet. Bei der Gegenwehr wurden eine Anzahl von Juden getötet oder verletzt.

Um den Zwang zur Auswanderung zu verstärken, wurden gleichzeitig etwa 25.000 männliche Juden, z.T. vorübergehend, in die \*Konzentrationslager überführt.

Nach Abschluß der Aktion erfolgte eine Regelung gegen die Judenschaft auf dem Gesetzes- und Verordnungswege. Dabei wurde insbesondere der Grundsatz herausgestellt, daß der Jude in keinem Fall mehr leitend, sondern nur noch als Untergebener tätig sein und daß er am Gemeinschaftsleben des Volkes nicht mehr teilhaben dürfe. Diesem Zwecke diene insbesondere die Verordnung des Beauftrag-

---

<sup>215</sup> Vgl. Zeittafel; ebenso bei nachfolgenden Gesetzen und Verordnungen bis 8. November 1938.

<sup>216</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>217</sup> So abgedruckt bei Boberach und Wildt, Judenpolitik des SD, entsprechend dem Irrtum im Originaldokument (BArch R 58/1094, Bd. I des Jahreslageberichts, S. 32). Es muß aber heißen 1.1.1939; vgl. Zeittafel.

<sup>218</sup> Vgl. Zeittafel, 17. August 1938.

<sup>219</sup> Wie in Anm. 117. Das richtige Datum des Erlasses war 5. Oktober 1938; vgl. Zeittafel, sowie Blau, Ausnahmerecht, S. 52, Nr. 177; Walk, Sonderrecht, S. 244, Nr. 556.

<sup>220</sup> Vgl. Zeittafel, 5. Oktober 1938.

ten für den Vierjahresplan<sup>221</sup>, Generalfeldmarschall \*Göring, vom 12.11.1938,<sup>222</sup> durch die den Juden mit Wirkung vom 1.1.1938 der Betrieb von Einzelverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren, sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt wurde. Ein Jude darf weiterhin nicht als Betriebsführer oder leitender Angestellter tätig werden.

Die Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3.12.1938<sup>223</sup> bestimmte darüber hinaus, daß dem Inhaber eines jüdischen Gewerbe- oder land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes aufgegeben werden kann, den Betrieb binnen einer bestimmten Frist zu veräußern oder abzuwickeln. Juden dürfen Grundstücke oder Rechte an diesen nicht erwerben. Binnen einer Woche nach Inkrafttreten dieser Verordnung hatten die Juden ihre gesamten Aktien, Kuxe, festverzinslichen Werte und ähnliche Wertpapiere in ein Depot bei einer Devisenbank einzulegen. Verfügungen über eingelegte Wertpapiere sowie Auslieferungen von Wertpapieren aus solchen Depots bedürfen der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers. Den Juden ist weiterhin verboten, Gegenstände aus Gold, Silber oder Platin, sowie Edelsteine zu erwerben oder freihändig zu veräußern.

Durch sonstige Bestimmungen erfolgte das Verbot des Waffenbesitzes für Juden,<sup>224</sup> der endgültige Ausschluß von der Teilnahme am deutschen Kulturleben<sup>225</sup> und an der Erziehung.<sup>226</sup> Darüber hinaus wurde die Judenschaft zur Wiedergutmachung der bei der Aktion entstandenen Schäden zur Zahlung einer Kontribution von 1 Milliarde Reichsmark veranschlagt, die in einer 20% Abgabe von Juden mit einem Vermögen über 5.000 RM erhoben wird.<sup>227</sup>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Judenschaft–sowie es sich um deutsche Staatsangehörige und Staatenlose handelt–damit endgültig aus allen Teilen des deutschen Gemeinschaftslebens ausgeschlossen ist, so daß den Juden zur Sicherung der Existenz nur die Auswanderung bleibt.

#### *Statistik*

[...]

##### *a) Jüdische Bevölkerung*

altes Reichsgebiet:<sup>228</sup>

Juden mos. Bekenntnisses<sup>229</sup> am  
1.1.1938–370.000

Juden mos. Bekenntnisses am  
31.12.1938–320.000

(unter Zugrundelegung einer Sterbezahl  
von 4.000)

[...]

\*Ostmark:

Juden mos. Bekenntnisses am  
11.3.1938–185.000

(laut statist. Jahrbuch 1938  
am 1.1.1938 = 191.000)

Juden mos. Bekenntnisses am  
31.12.1938–106.000

<sup>221</sup> Vgl. Zeittafel, August 1936 und \*Schacht, Hjalmar.

<sup>222</sup> Vgl. Zeittafel, Sitzung in Görings Luftfahrtministerium.

<sup>223</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>224</sup> Vgl. Zeittafel, 11. November 1938.

<sup>225</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938, Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer.

<sup>226</sup> Vgl. Zeittafel, 15. November 1938.

<sup>227</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938, Sitzung in Görings Luftfahrtministerium.

<sup>228</sup> Vgl. \*Altreich.

<sup>229</sup> Vgl. \*Glaubensjuden.

d) Altersgliederung

Nach Angaben der „\*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ ergibt sich am 31.12.1938 folgendes Bild über den Altersaufbau der Juden im alten Reichsgebiet:

Jahre	männlich	weiblich	absolut	Prozent
– 6	3.500	3.500	7.000	2,19
6 – 14	10.000	10.000	20.500	6,41
14 – 20	11.500	12.500	24.000	7,50
20 – 35	18.000	20.000	38.000	11,87
35 – 45	20.000	25.000	45.000	14,06
45 – 50	15.000	16.000	31.000	9,69
50 – 65	38.000	41.500	79.000	24,84
65 und mehr	34.000	41.000	75.000	23,44
	150.000	169.500	319.500	100,00

Für eine Auswanderung auf direktem Wege kommen demnach 57,97% der Juden im allgemeinen nicht mehr in Frage, da die Altersgrenze hierfür in den meisten Ländern bei 45 Jahren liegt.

e) Schulpflichtige Kinder

altes Reichsgebiet:

Gesamtzahl (12.11.1938) rd. 20.000  
(80% hiervon besuchen Volksschulen)

Ostmark:

rd. 6.622

[...]

*Entwicklung der Auswanderung*

Die Entwicklung der \*Auswanderung der Juden aus dem alten Reichsgebiet und der Ostmark gestaltete sich völlig verschieden. Im alten Reichsgebiet lag sie unter Mitwirkung der Mehrzahl der politischen und religiösen Organisationen der Judenschaft in den Händen der „Reichsvertretung“ und des ihr eingegliederten „\*Hilfsvereins der Juden in Deutschland“, die auch für die Beschaffung der für die Abwanderung notwendigen Devisen aus dem Ausland sorgten. Für die Beschaffung der Auswanderungspapiere (politisches Führungszeugnis, steuerliche Unbedenklichkeitserklärung, Paß usw.) hatte jedoch der Auswanderer selbst – abgesehen von Gruppentransporten – zu sorgen. Die hierdurch bewirkte Überbelastung der Behörden hatte ein Stocken in der Durchführung der Auswanderung zur Folge. Es zeigte sich, daß ein solches Verfahren einer Massenauswanderung nicht gewachsen war.

Diese im alten Reichsgebiete aufgetretenen Mißständen wurde in der Ostmark durch eine Konzentration des gesamten Organisationswesens auf die Auswanderung und die Errichtung einer unter Leitung des Inspektors der Sicherheitspolizei stehenden „Zentralstelle für die jüdische Auswanderung“ (26.8.1938)<sup>230</sup> gesteuert. Diese „Zentralstelle“ vereinigt in sich alle bei der Auswanderung der Juden mitwirkenden Behörden, so daß es im allgemeinen möglich ist, auswanderungswillige Juden in einem Zeitraum von 8 bis 14 Tagen mit allen für die Auswanderung notwendigen Papieren auszustatten. Darüber hinaus bestimmt die Zentralstelle zusammen mit der Devisenstelle Wien und der „Israelitischen Kultusgemeinde“ über die Verteilung der von den ausländischen jüdischen Organisationen zur Verfügung

<sup>230</sup> Vgl. \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung, 2, sowie Zeittafel.

gestellten Devisenwerte, wodurch erst in großem Umfange und in planmäßiger Art und Weise die Auswanderung minder- oder unbemittelter auf Kosten vermögenger Juden möglich wurde.

Die nachstehend gegenübergestellten Auswanderungszahlen (Schätzungen) für das alte Reichsgebiet und die Ostmark erbringen den eindeutigen Beweis für den Vorteil des in der Ostmark angewendeten Verfahrens, dessen Einführung auf veränderter Grundlage nunmehr auch für das Altreich vorgesehen ist.

Altes Reichsgebiet:

Gesamtauswanderung

v. 1.1.-31.12.38

46.000 = 12,43%

(einschl. der nach Polen abgeschobenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit)<sup>231</sup>

Von den mit Hilfe der

\*Reichsvertretung ausgewanderten

12.248 Juden entfallen auf:

Nord- und Mittelamerika 2.926

Südamerika 2.937

Asien 593

Palästina 2.413

Afrika 156

Europa 2.754

Ostmark:

v. 11.3.-31.12.38

79.000 = 42,10%

(einschl. der Juden nicht mos. Bekenntnisses)<sup>232</sup>

Von den aus der Ostmark

legal ausgewanderten 66.848

Juden entfallen auf:

Nordamerika 14.787

Zentralamerika 1.660

Südamerika 4.844

Asien 8.771

(davon China und Mandschukuo 8.009)

Palästina 4.095

Afrika 2.432

Australien 999

Europa 29.260

England 8.113; Frankreich 3.002; Schweiz 3.100; CSR 3.556; Italien 1.801; Finnland 1.627; Griechenland 1.111; Rumänien 993; Luxemburg 950; Ungarn 949; Holland 945; Portugal 736; Belgien 695; Polen 626; Lettland 462. Der Rest übriges Europa und nichterfaßte illegale Auswanderer<sup>233</sup> ca. 12.000.<sup>234</sup> [...]

*\*Danzig*<sup>235</sup>

Im Anfang des Berichtsjahres stand die etwa 12.000 Köpfe umfassende Judenschaft in Danzig unter Leitung der \*Synagogengemeinde, deren Mitglieder (Akademiker, Kaufleute usw.) bis gegen Ende des Jahres nicht von ihrer assimilatori-

<sup>231</sup> Vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938.

<sup>232</sup> Vgl. \*Geltungsjuden.

<sup>233</sup> Vgl. \*Alija, „illegale Auswanderung nach \*Palästina“ dort.

<sup>234</sup> Diese Angabe galt offensichtlich für Altreich und Österreich zusammen.

<sup>235</sup> Wie bei anderen Jahresberichten der \*SD-Oberabschnitte basiert das kurze, zusammenfassende Unterkapitel Danzig im vorliegenden Jahresbericht des SD-Hauptamts auf dem entsprechenden Unterkapitel des SD-Unterabschnitts Nord-Ost. Der sehr umfangreiche und ergiebige Bericht widmet Danzig zwei Drittel des Gesamttextes. Er bringt unter anderem wertvolle Einblicke und genaue Angaben über die Wandlungen in Stimmung und Tätigkeit der Danziger Juden und ihres Vereinslebens, sowie wirtschaftliche und politische Aspekte. Das Dokument wurde hier nicht aufgenommen, kann aber in seinem vollständigen Wortlaut in der CD-ROM Gesamtausgabe unter <2771> nachgelesen werden.

schen Stellung<sup>236</sup> abwichen. Vielmehr versuchten sie, ihren Einfluß auf die Gestaltung des jüdischen Lebens durch die Bildung einer Kommission für Wirtschaftshilfe (Februar 1938), die einer finanziellen Unterstützung der jüdischen Gewerbetreibenden und des Kleinhandels diene, sowie durch die Errichtung eines Schiedsgerichts bei der Synagogengemeinde (Mai 1938) zu verstärken.

Daß diese Absicht trotz des Einsatzes ausländischer Finanzmittel und der Ermöglichung der Auswanderung von \*Ostjuden fehlschlug, lag weniger in der Entwicklung in Danzig selbst, als vielmehr in der vom Reichsgebiet herkommenden Umgestaltung der Gesamtfrage. Die November-Aktion<sup>237</sup> die sich in unplanmäßiger Weise in Danzig am 14.11. fortsetzte, brachte die Einführung der \*Nürnberger Gesetze (23.11.) mit sich. Schon vor deren Einführung hatte sich die Auflösung des assimilatorischen Judentums angekündigt, als sich deren gesellschaftliche Mittelpunkte, der Jüdische Geselligkeitsverein, Zoppot, und die Borussia-Loge des UOBB,<sup>238</sup> im Juli bzw. November selbständig auflösten. Diese organisatorische Umgestaltung setzte sich fort in der Auswanderung der reichsten und einflußreichsten Juden der Assimilanten.

Nunmehr wurde die Führung der Judenschaft von den \*Zionisten bzw. den \*Staatszionisten übernommen, die in einer am 17.12. stattgefundenen Massenkundgebung beschlossen haben, auf dem schnellsten Wege geschlossen abzuwandern.

Soweit sich für die sehr unsicheren Verhältnisse innerhalb der Judenschaft in Danzig statistische Angaben geben lassen, ergibt sich für die Auswanderung folgendes Bild:

Die Gesamtzahl der am 1.1.1938 in Danzig ansässigen Juden<sup>239</sup> hatte bis zum Ende des Jahres eine absolute Verminderung von etwa 2-3.000 Juden erfahren, so daß sich für den 31.12.1938 eine Gesamtzahl von etwa 9.700 Juden ergibt. Davon sind 5.700 ausländische Staatsangehörige. [...]

#### *Sozialdemokratie*

##### *Tätigkeit der SPD und ihrer Splittergruppen*

[...] Immer wieder hatte die sozialdemokratische Führung die Hoffnung, innen- oder außenpolitische Verwicklungen könnten zu der gewünschten Krise und endlich zum Sturz des Nationalsozialismus führen. [...] Neuerdings hoffte man, die \*Judenfrage werde den Sturz des nationalsozialistischen Staates bringen. Um auch die bürgerlichen Kreise in diesem Sinne einzuspannen, wurde die Parole verbreitet, die „Judenpogrome“ würden in der Verfolgung der Christen (Kirchen und Klöster) ihre Ergänzung finden. [...]

#### *Liberalismus*

##### *Allgemeine Übersicht*

[...] Neuen und heftigsten Widerstand leistete der liberalistische Gegner anlässlich der Maßnahmen gegen das Judentum.<sup>240</sup> Eine Hetz- und Boykottpropaganda<sup>241</sup> verschärfte das Ausmaßes sollte die vorherigen Mißerfolge wettmachen. [...]

<sup>236</sup> Vgl. \*Assimilanten.

<sup>237</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>238</sup> Vgl. \*Bne Brith.

<sup>239</sup> Zur Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Danzig vgl. EJL, Bd. 1, S. 419f. Dort wird sie im Jahre 1924 mit 9.239 und 1937 (übereinstimmend mit dem SD-Bericht) mit 12.000 angegeben.

<sup>240</sup> Gemeint ist die \*Kristallnacht und die unmittelbar nachfolgenden Maßnahmen; vgl. Zeittafel, 11. November 1938 bis etwa Jahresende.

<sup>241</sup> Vgl. \*Greuelpropaganda.



### *Liberalismus im Inland*

[...] Mit der tschechischen Mobilmachung im Mai begann dann jene Kriegspsychose, die erst durch das Münchener Abkommen<sup>242</sup> beendet wurde. [...] So unvermittelt wie diese pazifistischen Erscheinungen während der Krise aufgetaucht waren, verschwanden sie auch nach dem Münchener Abkommen wieder. Die letzten Nachwirkungen dieser Psychose zeigten sich darin, daß die Aktionen gegen das Judentum im November sehr schlecht aufgenommen wurden. Die Kritik war je nach der Einstellung des Einzelnen verschieden. Wirtschaftskreise wiesen auf den Schaden hin, der durch die Aktionen entstanden war, andere übten an den gesetzlichen Maßnahmen Kritik, und das gerade von der Kriegsangst befreite Bürgertum wies auf die gefährlichen Auswirkungen hin, die im Ausland entstehen könnten. Als sich dann die Reaktion des Auslandes in wüsten Hetzkampagnen und Boykottmaßnahmen<sup>243</sup> äußerte, stimmten diese liberalistisch-pazifistischen Kreise dem Ausland zu und bezeichneten die getroffenen Maßnahmen als „barbarisch“ und „kulturlos“. Aus liberalistischer Grundhaltung heraus glaubten viele, offen für das Judentum eintreten zu müssen. Die Zerstörung der \*Synagogen wurden als unverantwortlich erklärt; man trat für die „armen unterdrückten Juden“ ein. Es war zu beobachten, daß die Maßnahmen gegen das Judentum im Süden (mit Ausnahme der \*Ostmark) und im Westen des Reiches (katholisch, dichter besiedelt, überwiegend städtische Bevölkerung) weit stärkere Ablehnung erfuhren als im Norden (protestantisch, weniger dicht besiedelt, Landbevölkerung). [...]

#### *Rechtsbewegung*

[...] Anlässlich der Judenaktion im November 1938 war dann wieder in allen rechtsoppositionellen Gruppen eine betont gleichmäßig verneinende Ausrichtung der Reaktion zu vermerken. Die getroffenen Maßnahmen wurden einheitlich als ungerecht und eines Kulturvolkes unwürdig bezeichnet. [...]

#### *Erziehung*

##### *Schuleraziehung*

[...] Die Frage des Religionsunterrichtes innerhalb der Schule ist im Jahre 1938 ohne Lösung geblieben. Die durch den NSLB im Zusammenhang mit dem Gesandtenmord in Paris<sup>244</sup> ergangene Anweisung an die Lehrerschaft, im Hinblick auf das jüdische Gedankengut des Alten Testaments schriftlich die Erteilung des Religionsunterrichtes abzulehnen, hat keinen Schritt vorwärts geführt, sondern innerhalb der Lehrerschaft verschiedene Frontstellungen herbeigeführt und das Ansehen und Vertrauen des NSLB nach Scheitern der Aktion erheblich herabgemindert.<sup>245</sup> [...]

#### *Wirtschaft*

##### *Binnenhandel*

[...] In dem bisher eingeschlagenen Kurs in Bezug auf die \*Arisierungen trat infolge der Novemberereignisse eine bedeutsame Wandlung ein. – Im Zusammenhang mit den Novemberereignissen muß festgestellt werden, daß die im Rahmen der Judenaktion erfolgte Vernichtung großer volkswirtschaftlicher Werte von wei-

---

<sup>242</sup> Vgl. Zeittafel, 29.-30. September 1938.

<sup>243</sup> Vgl. \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich.

<sup>244</sup> Vgl. \*Grynszpan, Herschel.

<sup>245</sup> Vgl. ◀378▶ sowie ◀401▶.

ten Kreisen der Bevölkerung nicht gebilligt wurde. Dagegen hat die im Anschluß daran erfolgte gesetzliche Regelung volles Verständnis gefunden.

Auf Grund der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938<sup>246</sup> sind die Juden aus dem Einzelhandel einschließlich der Versandgeschäfte und Bestellkontore mit Wirkung vom 1.1.1939 nunmehr gänzlich ausgeschlossen. Ebenso dürfen Juden nicht mehr Mitglieder von Genossenschaften sein. Es wurde vom Einzelhandel besonders freudig begrüßt, daß die Entjudung der deutschen Wirtschaft, soweit sie den Einzelhandel betrifft, nunmehr bewußt im Zeichen der Steuerung der vorhandenen Übersetzung durchgeführt wird. Soweit eine Übersicht bereits möglich ist, ist die Auflösung des jüdischen Einzelhandels und der Übergang in arischen Besitz in der Hauptsache bis Ende des Jahres 1938 durchgeführt worden. In Großberlin sind z.B. von 3.750 Einzelhandelsgeschäften, die am 1.8.1938 noch gezählt wurden, 3.050 liquidiert worden, so daß lediglich 700 Betriebe zur \*Arisierung gelangten.<sup>247</sup> [...] <2766>

◀415▶

SD-Hauptamt II 112

Jahresübersicht für die SS-Gruppenführertagung am 26.1.1939

Berlin, 7.1.1939

BArch, R 58/956

*Judentum*

In der Entwicklung der \*Judenfrage im Reichsgebiet im Jahre 1938 sind zwei deutliche Abschnitte erkennbar. Das erste Stadium umfaßt die Zeit vom 1. Januar bis zum 8. November, das zweite die Zeit vom 10. November bis 31. Dezember. Während im ersten Stadium versucht wurde, die Judenfrage auf verordnungs- und gesetzmäßigem Wege endgültig dadurch zu regeln, daß die Juden aus sämtlichen Berufen ausgeschlossen wurden und zugleich eine hierdurch eventuell bewirkte erhöhte Straffälligkeit unterbunden wurde, wurde das gesamte Problem nach dem revolutionären Akt vom 9.11. auf den 10.11.<sup>248</sup> völlig neu aufgerollt. [...]

9.11.-31.12.38

[...] Durch Eingreifen des Reiches erfolgte eine vorübergehende Einstellung sämtlicher organisatorischer Tätigkeit der Juden, die bis heute nur teilweise wieder aufgenommen wurde. Da als wichtigste Aufgabe in der Regelung der Judenfrage die endgültige \*Auswanderung sämtlicher Juden und die Fürsorge für die minderbemittelten und erwerbsunfähigen Juden herausgestellt wurde, hat das \*SD-Hauptamt im Einvernehmen mit dem \*Geheimen Staatspolizeiamt dem Generalfeldmarschall<sup>249</sup> Vorschläge zur Errichtung einer Zentralstelle aller jüdischen Organisationen in einer \*Reichsvereinigung gemacht. Während grundsätzliche Zustimmung hierzu von Generalfeldmarschall erteilt wurde, steht die Billigung der im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt gemachten Vorschläge im einzelnen noch aus.

---

<sup>246</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>247</sup> Vgl. ◀409▶.

<sup>248</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>249</sup> Vgl. \*Göring.

Desgleichen wurde während der Aktion vom SD das gesamte im Besitz jüdischer Organisationen und Personen befindliche Archivmaterial sichergestellt,<sup>250</sup> über dessen zukünftigen Verbleib dem Herrn Generalfeldmarschall Vorschläge unterbreitet wurden. Die endgültige Entscheidung steht noch aus.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Judenschaft – soweit es sich um deutsche Staatsangehörige handelt – endgültig aus allen Teilen des deutschen Lebensgebietes ausgeschlossen ist und daß den Juden nur noch die Auswanderung als letzter Ausweg bleibt. Gewisse Schwierigkeiten werden sich in der Unterhaltung der noch im Reichsgebiet ansässigen Juden bis zur endgültigen Abwanderung ergeben. [...]

<2767>

---

<sup>250</sup> Vgl. Schnellbrief \*Heydrichs vom 10.11.1938, 1.20 h an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen, SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte, in: IMT, PS 3051.

**IX.**  
**Die neue Lage der Juden im Dritten Reich**  
**bis zum Kriegsausbruch**  
(Januar – August 1939)

◀416▶

**SD-Hauptamt II 1**

**Bericht für Januar, Februar und März 1939**

**Berlin, o.D.**

**Boberach, S. 215 f., 221-226, 232-235**

*Allgemeine Übersicht*

[...] Für die \**Judenfrage* hat sich durch die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren<sup>1</sup> die Tatsache ergeben, daß ca. 87.000 Juden neu in die Grenzen des großdeutschen Reiches gestellt sind. Eine unmittelbare Einschaltung zur Lösung des Judenproblems in Böhmen und Mähren erfolgte jedoch von Seiten des Reiches nicht. Zur Lage des Judentums waren drei Faktoren im wesentlichen ausschlaggebend:

- 1) Die Nachwirkungen der Novemberaktion<sup>2</sup>
- 2) das Scheitern der Palästina-Konferenz in London
- 3) die weltpolitischen Ereignisse in Südeuropa.

[...]

*Judentum*

Für die Lage und Entwicklung des Judentums waren im Berichtsabschnitt drei Faktoren ausschlaggebend:

- 1) Die Nachwirkungen der November-Aktion
- 2) Das Scheitern der Palästina-Konferenz in London
- 3) Die weltpolitischen Ereignisse in Südeuropa.

Die gesetzliche Regelung der *Judenfrage* konnte mit den im November und Dezember erschienenen Gesetzen und Verordnungen<sup>3</sup> als abgeschlossen gelten. In den folgenden Monaten folgten noch gewisse abschließende Ergänzungen. So wurde bezüglich des Entzugs der Bestellungen bzw. Approbationen jüdischer Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker (mit Wirkung vom 31.1.1939) am 17.1.1939 die VIII. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz<sup>4</sup> erlassen. Damit war die Reinigung der gesamten Gesundheitspflege von Juden durchgeführt.<sup>5</sup>

Die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen auf sämtlichen Eisenbahnstrecken innerhalb Großdeutschlands durch Juden wurde mit Erlaß des Reichsverkehrsministeriums vom 23.2.1939 verboten. Da von einer Veröffentlichung des Erlasses abgesehen wurde, erfolgte die Bekanntgabe an die Juden auf dem Wege über ihre Zentralorganisationen.

Das Verbot des freihändigen Verkaufs von Gegenständen aus Gold, Platin und Silber, sowie von Edelsteinen und Perlen (§ 14 der VO über den Einsatz des jüdi-

---

<sup>1</sup> Vgl. Zeittafel, 14.-16. März 1939.

<sup>2</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>3</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>3</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>5</sup> Vgl. \*Ärzte, jüdische.

schen Vermögens v. 3.12.1938<sup>6</sup>) wurde durch die III. Anordnung aufgrund der Verordnung über die Vermögensanmeldung vom 21.2.1939<sup>7</sup> in eine Ablieferungspflicht umgewandelt. Letzter Ablieferungstermin war der 31.3.1939.

Ein weiterer Erlass über die Entjudung des jüdischen Grundbesitzes wurde vom Reichswirtschaftsminister am 6.2.1939 herausgegeben. Obwohl von der angeordneten Schließung der Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe diejenigen mit ausländischen Juden als Inhaber ausgenommen waren, erfolgte auch hier fast durchwegs eine Überprüfung bzw. ihre Auflösung. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß aufgrund der zwischenstaatlichen Handelsverträge deutsche Volksgenossen im Auslande Geschäfte halten dürfen, jedoch die Gefahr besteht, daß deren Lage durch die erwähnten innerdeutschen Maßnahmen verschlechtert wird.

Im Zusammenhang mit der Auflösung der jüdischen Gewerbebetriebe wurden viele Juden erwerbslos. Vielerorts wurde die Errichtung von Sammelarbeitslagern für Juden notwendig, um sie nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen zu lassen. Trotzdem sahen sich die Wohlfahrtsämter oft genötigt, an Juden Unterstützungen zu leisten. Zur Beschäftigung von Juden in deutschen Betrieben wurde grundsätzlich seitens der Arbeitsbehörden so Stellung genommen, daß keine Einwände bestehen, wenn die Juden getrennt untergebracht sind.

Zugleich mit dem Entzug der wirtschaftlichen Basis der Juden in Deutschland machte der Rückgang ihres Vermögens weitere Fortschritte. Insbesondere im sogenannten jüdischen Mittelstand kann von einer direkten Verarmung gesprochen werden. In diesen Kreisen besteht fast ausschließlich die Ansicht, daß die \*Auswanderung aus Deutschland als einziger Ausweg in Frage kommen könne. Diese Juden haben auch die *Anordnung über die Vermögensabgabe auswandernder Juden begrüßt*, sie hoffen, mit Hilfe der einkommenden Beträge Unterstützung für ihre Auswanderung zu erhalten. Die genannte Anordnung wurde am 25.2.1939 durch den Chef der Sicherheitspolizei herausgegeben und bezweckt die Errichtung eines Sonderfonds bei der im Aufbau befindlichen \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.<sup>8</sup>

Im Zuge der Errichtung der „*Reichsvereinigung in Deutschland*“ haben sich im Reichsgebiet zahlreiche jüdische Organisationen aufgelöst. Mit Ausnahme der Palästinafonds<sup>9</sup> und des \*Palästinaamtes, die kooperativ eingegliedert werden sollen, wird so ein Zusammenschluß aller jüdischer Organisationen und dadurch eine Konzentrierung der Kräfte und Einsparung von Geldmitteln erreicht. Die „Reichsvereinigung“ wird die jüdischen Organisationen im Altreich einschließlich Sudetengau umfassen, während für die Ostmark die „Israelitische Kultusgemeinde Wien“ allein zuständig sein wird.

Der Wanderungswille der in Deutschland lebenden Juden wurde erst wieder –ähnlich 1933– durch die November-Aktion neu entfacht. Bis dahin hatten die Juden trotz der ihnen vor dem 8.11.1938 auferlegten weitgehenden Beschränkungen lieber in Deutschland als im Ausland ihr Geld verdient. Der nach diesem Zeitpunkt

---

<sup>6</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>7</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>8</sup> Zur Entstehung dieses Gesetzes aufgrund Initiativen jüdischer Großgemeinden und der Reichsvereinigung vgl. Zeittafel.

<sup>9</sup> Vgl. \*Keren Kajemeth Lejisrael und \*Keren Hajessod.

einsetzende verschärfte Auswanderungsdruck macht die Zentralisierung und planmäßige Lenkung der Auswanderung notwendig. Da bisher die Paßausstellung und die Regelung aller damit zusammenhängenden Fragen sehr viel Zeit in Anspruch nahmen, konnten oft vorhandene Einwanderungsmöglichkeiten nicht rechtzeitig wahrgenommen werden und gingen verloren. Um zukünftig einen reibungslosen Ablauf bei der Beschaffung der für die Auswanderung notwendigen Dokumente zu gewährleisten, wurde am 27.2.1939 nach dem Vorbild der \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien, die „Reichsstelle für jüdische Auswanderung Berlin“<sup>10</sup> gegründet, der unmittelbar alle im Altreich zu erstellenden Zentralstellen für jüdische Auswanderung unterstehen. Die Berliner Zentralstelle – die bisher einzige im Altreich – begann Anfang März zu arbeiten. Es laufen etwa 200 Anträge von Juden täglich ein.

Die Reichszentralstelle befaßt sich unter Einschaltung der „Reichsvereinigung“ bzw. der „Jüdischen Gemeinde zu Berlin“ mit der Beschaffung von Einwanderungsmöglichkeiten und von Devisen. [...]

Von einer jüdisch-politischen Aufspaltung der Juden in Deutschland<sup>11</sup> bzw. von einer Vorherrschaft des \*Zionismus kann nicht mehr gesprochen werden. Überall setzt sich die Auffassung durch, daß jede Art von Auswanderung zweckmäßig und unumgänglich ist, gleichgültig nach welchen Ländern. Zu dieser allgemein vorherrschenden Auffassung hat das Scheitern der Mitte Februar in London eröffneten Palästina-Konferenz, die 6 Wochen dauerte, nicht unwesentlich beigetragen. [...]

#### \*Danzig

Die Bekämpfung und Behandlung der Danziger Judenschaft entspricht nicht der Methode, so doch dem Prinzip nach, der im Reichsgebiet. Planmäßig wird die Auflösung der jüdischen \*Gemeinden und ihre Abwanderung betrieben. Selbst der jüdische Gemeindevorstand, in dem nach seiner Umwandlung zionistische Elemente vorherrschen, sieht die Lösung der brennendsten Fragen nur darin, große Teile des vorhandenen ostjüdischen Proletariats<sup>12</sup> nach Palästina abzuschieben. Da dies legal nicht möglich ist, finden illegale Transporte statt,<sup>13</sup> deren erster in Stärke von 500 Juden am 4.3.1939 abging und trotz der Drohung des britischen Generalkonsuls beim Danziger Senat in Palästina an Land ging. Drei weitere Transporte mit je 400 Juden sind in Vorbereitung.

Alle jüdischen Organisationen in Danzig, mit Ausnahme des „\*Hilfsvereins für jüdische Emigranten“ haben sich selbst aufgelöst. Dadurch wurde die \*Synagogengemeinde alleinige Trägerin und Vertreterin der Danziger Juden. Der vorgenannte Hilfsverein betreibt in Zusammenarbeit mit den jüdischen Hilfsorganisationen „\*Joint“ und „\*Hicem“ die Einzelauswanderung nach Übersee.

Um zu verhindern, daß – wie in den Jahren 1937 und 1938 – wohlhabende Juden auswandern, ohne ihren Beitrag zur Lösung der Finanzierungsfragen geleistet zu haben, wurde vom Senat der Freien Stadt Danzig am 3.3.1938 eine Verordnung erlassen, welche die Juden zu einer Haftungsgemeinschaft zusammenschließt.

---

<sup>10</sup> Vgl. \*Reichszentrale für jüdische Auswanderung.

<sup>11</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>12</sup> Vgl. \*Ostjuden.

<sup>13</sup> Vgl. \*Alija.

Diese umfaßt alle in Danzig lebenden Juden, auch Ausländer, wenn nicht besondere zwischenstaatliche Vereinbarungen dies verhindern.<sup>14</sup> In Auswirkung dieser Verordnung unterliegt das gesamte inländische Vermögen der Juden in Danzig einem Verfügungs- und Veräußerungsverbot. Als Durchführungsstelle wurde bei der Wirtschaftsabteilung des Senats eine besondere Zentralstelle errichtet, die über Freigabe von Vermögenswerten und Devisenzuteilung entscheidet. Die Verfügungssperre wurde auch auf alle jüdischen Bankkonten ausgedehnt.

Am 14. März erließ der Senat eine weitere Verordnung, auf Grund der die Rechte der Repräsentantenversammlung für eine gewisse Übergangszeit auf den Vorstand der \*Synagogengemeinde übergehen. Gleichzeitig verlieren durch diese Verordnung die Beamten der Kultusgemeinde ihre Beamteneigenschaft. Jede religiöse Betätigung der Juden hat durch die Übergabe der \*Synagogen an die Stadt aufgehört.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet wurde der jüdische Einfluß weiter zurückgedrängt. In gewissen Wirtschaftszweigen, wie Holz- und Heringshandel, in der Pelzindustrie, müssen Juden noch aus Gründen der Zweckmäßigkeit geduldet werden. Für diese augenblicklich im Danziger Handel noch unentbehrlichen Juden hat der Senat eine Befreiung von der gegen die Juden getroffenen Maßnahmen zugelassen. Den \*Rechtsanwälten wurde generell die Zulassung zu den Gerichten entzogen, lediglich ein Jude wurde als Rechtskonsulent behalten. Im Danziger Staatsgebiet befinden sich noch ca. 3.000 bis 3.200 Juden. Nach Durchführung der Transporte und aufgrund der allgemein vorherrschenden Auswanderungsfreudigkeit kann angenommen werden, daß gegen Ende des Jahres 1939 nur noch ca. 1.000 Juden vorhanden sein werden. [...]

#### *Politische Kirchen*

[...] Die durch die Führerrede vom 30.1.1939 aufgeworfene Frage der Trennung zwischen Kirche und Staat<sup>15</sup> rief eine erneute Beunruhigung innerhalb des deutschen Protestantismus hervor. Als gegen Anfang März 1939 die Aktion der „volkskirchlichen Arbeitsgemeinschaft“ als gescheitert angesehen werden konnte, trat durch die vom Reichskirchenminister angestrebte und schließlich verwirklichte Fühlungnahme mit dem Leiter der Nationalkirchlichen Einung (Thür. \*Deutsche Christen) wiederum eine völlige Veränderung der Lage ein. Es fanden zunächst verschiedene Besprechungen statt, in denen das Programm der Thüringer Deutschen Christen, nämlich der Erlaß einer Toleranzverordnung, Disziplinar- und Beamtenordnung festgelegt wurde. Am 22.3.1939 traten die Landesgemeindeführer der Thür. Deutschen Christen unter dem Vorsitz Lefflers in Berlin zusammen und es wurde hier der Beschluß gefaßt, angesichts der immer schwieriger werdenden Lage der Kirche alle bisherigen Bedenken fallen zu lassen und zusammen mit der kirchlichen Mitte am Wiederaufbau der Kirche zu arbeiten. Am 24.-26.3. folgte dann in Godesberg a. Rhein eine Kirchenführerbesprechung [...] Der wesentliche Inhalt der dabei aufgestellten Erklärung sind folgende „Kernfragen der religiösen Auseinandersetzung“:

---

<sup>14</sup> Vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>15</sup> Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1047-1067; sowie Scholder, Judaism and Christianity, in: Kulka/Mendes-Flohr, Judaism and Christianity, S. 194.

a) Wie verhalten sich Politik und Religion, wie verhalten sich nationalsozialistische Weltanschauung und christlicher Glaube zueinander?

Auf diese Fragen antworten wir:

Indem der Nationalsozialismus jeden politischen Machtanspruch der Kirchen bekämpft und die dem deutschen Volke artgemäße nationalsozialistische Weltanschauung für alle verbindlich macht, führt er das Werk Martin Luthers nach seiner politischen Seite fort und verhilft uns wieder zu einem wahren Verständnis des christlichen Glaubens.

b) Wie ist das Verhältnis von Judentum und Christentum? Ist das Christentum aus dem Judentum hervorgegangen und also seine Weiterführung und Vollendung, oder steht das Christentum im Gegensatz zum Judentum?

Auf diese Frage antworten wir:

Der christliche Glaube ist der unüberbrückbare religiöse Gegensatz zum Judentum. [...]

Weiterhin ist vorgesehen:

a) Die Beteiligung an dem Institut zur Erforschung und Bekämpfung des jüdischen Einflusses auf das religiöse Leben des deutschen Volkes. [...]

Da die Bekenntnis Bischöfe Meiser, Wurm und Marahrens zusammen mit dem Führer der Deutschen Pfarrvereine, Klingler-Nürnberg, ebenfalls Ende März 1938 eine Tagung in Berlin durchführten, bei der Bedenken gegen den neuen Kurs erhoben wurden, muß abgewartet werden, ob der neue Plan restlos durchgeführt werden kann. Unberücksichtigt ist hierbei, daß seitens der radikalen \*Bekenntnisfront eine Unterstützung dieses Planes nicht zu erwarten ist. Als Vorläufer dieser programmatischen Änderung in der Deutschen Evangelischen Kirche wurden bereits im Laufe des Februar und März vor den deutsch-christlichen Landeskirchen Gesetze über die Stellung evangelisch getaufter Juden innerhalb der Landeskirche erlassen. Diese Gesetze verbieten die Aufnahme von Juden in die Kirche, die Vornahme von kirchlichen Amtshandlungen an Juden in kirchlichen Räumen und die kirchliche Besteuerung dieser nichtarischen evangelischen Christen.<sup>16</sup> Es ist bemerkenswert, daß sich die Bekenntnisfront zu diesen Gesetzen noch nicht geäußert hat. [...]

Die Beziehungen der Bekenntnisfront zum Judentum kamen in gelegentlichen Äußerungen von Geistlichen immer wieder zum Ausdruck. So wurde beispielsweise von einem ev. Pfarrer die Gemeinde während des Gottesdienstes ermahnt „für die christlichen Brüder aus dem Hause Israel zu beten“. Die innerhalb der Kirche gebildete „Kirchliche Hilfsstelle für evangelische Nichtarier“<sup>17</sup> ist ein weiterer Beweis für die judenfreundliche Haltung und Einstellung der Bekennenden Kirche zur Rassenfrage. Trotzdem im „\*Stürmer“ mehrfach ev. Geistliche wegen der Vornahme von Judentaufen angeprangert sind [sic], wurden solche Amtshandlungen doch nicht unterlassen.

<2851>

---

<sup>16</sup> Vgl. \*Reichsverband der nichtarischen Christen, e.V.

<sup>17</sup> Vgl. \*Reichsverband der nichtarischen Christen, e.V.



*Judentum*

Allgemeine Lage unter Berücksichtigung der außenpolitischen Entwicklung und der Abwehrmaßnahmen des Staates und der Partei. Im Vordergrund aller Überlegungen der Juden des Abschnittsbereichs steht zweifellos die Auswanderungsfrage. Es ist zu beobachten, daß im Gegensatz zu früher die ältesten Leute zur \*Auswanderung drängen. Die außenpolitischen Geschehnisse werden von den Juden im allgemeinen nicht besprochen, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, die insbesondere in der Krisenzeit sich durch unbedachte Äußerungen hervortun. Der Großteil der Juden ist sich jedoch vollständig darüber im Klaren, daß ob Krieg oder Frieden, beides ihre Lage in Deutschland nicht zu ihren Gunsten ändern wird. Bemerkenswert ist eine jüdische Überlegung, die zu wissen glaubt, daß die Juden im Kriegsfall in Deutschland verhungern würden. Für die Juden kam durch die Eingliederung Böhmens und Mährens, ebenso des Memellandes als unangenehme Begleiterscheinung hinzu, daß die deutsche Einwanderungsquote für die USA, welche als der Lebensnerv für die jüdische Auswanderung angesehen werden muß, insofern stark belastet wird, als die USA nunmehr auch die Juden Böhmens, Mährens und des Memellandes auf die deutsche Quote setzen, ohne diese zu erhöhen.

Die Abwehrmaßnahmen von Partei und Staat, welche rasch hintereinander folgen, lassen die Juden nicht mehr zu sich kommen, es ist zu beobachten, daß eine ausgesprochene Hysterie bei jüdischen Frauen und Männern einsetzt. Die hoffnungslose Stimmung ist am besten vielleicht durch den Satz einer Ludwigsburger Jüdin gekennzeichnet, die zu erkennen gab, „daß sie sich längst das Leben genommen hätte, wenn sie keine Kinder hätte“.

*Innerjüdisches Leben**a) Jüdische Vereine*<sup>18</sup>.

Anfang November 1938 bestanden in Württ.-Hohenz. 46 jüdische Vereine. Davon wurden lediglich der Unionclub Stuttgart aus Gründen der Staatssicherheit aufgelöst. Sämtliche anderen jüdische Vereine sind formell nicht aufgelöst, betrachteten sich aber als aufgelöst.

*b) Zahl der seit November 1938 aufgelösten \*Synagogengemeinden.*

Insgesamt wurden bisher (40 Synagogengemeinden im ganzen) 24 Synagogengemeinden aufgelöst; ihre Befugnisse gingen auf den Oberrat der Isr. Religionsgemeinschaft Württ.<sup>19</sup> über. Die Genehmigung zur Auflösung durch das Innenministerium steht allerdings noch aus.

*c) Jüdische \*Winterhilfe.*

Es gingen ein:

Oktober 1938:	RM 30.464.67
Nov./Dez. 1938:	RM 56.759.01
Januar 1939:	RM 13.053.48
Februar 1939:	RM 8.109.81.

<sup>18</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>19</sup> Vgl. \*Landesverbände jüdischer Gemeinden.

Es wurden betreut:

Oktober 1938:	502 Familien, bzw. 1.107 Einzelpersonen
Nov./Dez. 1938:	542 Familien, bzw. 1.179 Einzelpersonen
Januar 1939:	589 Familien, bzw. 1.266 Einzelpersonen
Februar 1939:	611 Familien, bzw. 1.296 Einzelpersonen

d) *Jüdische Altersheime.*

Insgesamt gibt es in Württ.-Hohenz. z.Zt. 4 Altersheime; davon befinden sich in Stuttgart zwei, ferner eines in Sontheim/N. und Herrlingen.

Die Zahl der Insassen der 4 Altersheime beträgt 248 Personen; 250 Personen sind für die Aufnahme in die bereits bestehenden bzw. neu zu errichtenden Altersheime vorgemerkt; weitere 487 Personen wollen sich im Laufe der nächsten 5 Jahre die Aufnahme überlegen. Das bringt mit sich, daß also nahezu 1.000 jüdische Altersheim-Insassen innerhalb Jahresfrist vorhanden sein könnten. [...]

*Anzeichen einer Weiterschreitung der Verproletarisierung*

Die besten Anzeichen der Weiterschreitung der Verproletarisierung der Juden sind die zunehmende Zahl der \*Selbstmorde, die rapide Verminderung der jüdischen Winterhilfsspenden, die ständig steigende Inanspruchnahme der jüdischen Fürsorgestellten,<sup>20</sup> der im Wachsen begriffene Auswanderungsdrang, die wachsende Zahl der jüdischen Arbeitssuchenden, der schnell steigende Wohnungsmangel, der Zerfall der Schulen, Zerfall der jüdischen Gemeinden, die ständige Belagerung der jüdischen Beratungsstellen und die Zunahme der Altersheime. [...] <2855>

#### ◀418▶

#### SD-Außenstelle Kochem

Bericht für Januar 1939

Kochem, 24.1.1939

Brommer, S. 468

Kurz nach der Judenaktion<sup>21</sup> erschien bei dem Landrat in Simmern Pfarrer Kalthoff und wünschte von diesem die Ausstellung eines Waffenscheines. Auf Befragen des Landrates, wozu dieser Waffenschein benötigt werde, gab K. an, daß er um seine Sicherheit besorgt sei. In Simmern habe man versucht, mit Gewalt gegen den Superintendenten vorzugehen, da dieser mit Juden noch in Verbindung gestanden habe.<sup>22</sup> Seinem Antrag wurde jedoch nicht stattgegeben, da nach Ansicht des Landrates eine Notwendigkeit nicht vorlag. Es ist Tatsache, daß gegen den Superintendenten demonstriert wurde, da er eine jüdenfreundliche Haltung zeigte. [...] <2816>

#### ◀419▶

#### Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken

Bericht für Januar 1939

Ansbach, 8.2.1939

BayHStA, StK 106678

[...]

*Juden*

Auch im Berichtsmonat hielt die Abwanderung der Juden in das Ausland an. Ausgewandert sind 98 Juden. [...]

<sup>20</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

<sup>21</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>22</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

Die israelitischen \*Kultusgemeinden und die bei ihnen eingerichteten Beratungsstellen für jüdische Auswanderer haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und bemühen sich, die \*Auswanderung der Juden aus Deutschland zu beschleunigen.

Veranstaltungen jüdischer Organisationen<sup>23</sup> haben im Berichtsmonat nicht stattgefunden. [...]

*Wirtschaftliche Verhältnisse*

*Landwirtschaft*

*Allgemeines*

[...] Klagen bestehen ferner darüber, daß Zucht- und Schlachtvieh schwer verkauft werden könne. Man führt diese Stockung darauf zurück, daß die Juden ausgeschaltet sind,<sup>24</sup> andere Viehaukäufer sich aber vielfach auf dem Lande nicht sehen ließen. [...] <2821>

◀420▶

**NSDAP Kreisleitung Augsburg-Stadt**

**Stimmungsbericht für Januar 1939**

o.O, o.D.

StA Abg, NSDAP Gauleitung Schwaben 1/19

[...]

*Reichstagsrede des Führers<sup>25</sup>*

[...] Seine Einstellung zur \*Judenfrage war derart klar, daß sie die Hoffnungen derer zerstörte, die immer noch glaubten, daß der Führer mit den gegen die Juden getroffenen Maßnahmen nicht einverstanden gewesen sei.<sup>26</sup> [...]

*Politischer Lagebericht*

*Judentum*

Die Juden sind so ziemlich in der Versenkung untergetaucht, nur fällt auf, daß sie sehr viel die Kraftdroschken benützen, seit man ihnen die eigenen Fahrzeuge genommen hat. <2825>

---

<sup>23</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>24</sup> Vgl. \*Viehhandel, jüdischer.

<sup>25</sup> Gemeint ist die Hitlerrede vom 30. Januar 1939 (vgl. Zeittafel). Für den Text der Rede vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1047-1067, insbesondere S. 1057f.

<sup>26</sup> Hier wird offensichtlich Bezug genommen auf die während der \*Kristallnacht kursierenden Behauptungen, der Führer wisse nichts von den Initiativen zu der „Judenaktion“ und sei mit ihrem Verlauf keineswegs einverstanden gewesen. Die seitdem viel zitierte „Prophezeiung“ Hitlers, die von ihm später immer wieder auf den Tag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 nachdatiert wurde, lautete: „Ich will heute ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ Vgl. auch die Rede vom 30. Januar 1942, Domarus S. 1828-1829 u. Anm. 38 dort; sowie deren Aufnahme in der deutschen Bevölkerung in ▶4618▶.

◀421▶

Oberstaatsanwalt Mosbach  
Bericht für Dezember 1938 und Januar 1939

Mosbach, 24.1.1939

GLA Ka, 309/1209

[...] Ein in Sennfeld ansässiger alter Jude wurde kürzlich vom Sondergericht Mannheim zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einem Hitlerjungen<sup>27</sup> in Sennfeld ein zionistisches Abzeichen angeheftet hatte. [...]

Der Hotelier Karl Friedrich in Mosbach hat gegen den Juden Dr. Max Kowalsky aus Frankfurt Anzeige wegen Hausfriedensbruch erhoben, weil dieser sich bei ihm eingemietet hat, trotzdem in der linken oberen Ecke der polizeilichen Meldescheine, die der Anzeiger jedem Gast zur Ausfüllung vorlegt, sich folgender Vermerk befindet: „Ich mache darauf aufmerksam, daß Juden bei uns keine Aufenthaltsberechtigung haben.“ Der Anzeiger mußte aber zugeben, daß am Tage der Anwesenheit des Juden ein \*Schild mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“, das sonst gewöhnlich an der Eingangstür zum Hotel hing, gefehlt habe. Der Anzeiger erblickte einen Hausfriedensbruch darin, daß der Jude trotz des oben erwähnten Vermerks auf dem polizeilichen Meldeformular sich bei ihm eingemietet hat. Das Verfahren wurde mangels inneren Tatbestands eingestellt, da dem Beschuldigten möglicherweise nicht genügend zum Bewußtsein gekommen war, daß der Anzeiger Juden grundsätzlich nicht beherbergt. – Der Anzeiger ist Parteigenosse und hat die Anzeige erst eine Woche später erstattet, nachdem ihm von Gästen mitgeteilt worden war, daß der Logiergast Jude gewesen sei. [...]

<2831>

◀422▶

Gendarmerie Schmidmühlen  
Bericht für Januar 1939

Schmidmühlen, 25.1.1939

StA Am, BA Burglengenfeld 18047

[...] Ein erheblicher Teil der Bevölkerung hat Tag für Tag sein Klagegedicht wegen der braven Juden, weil diese keinem Menschen etwas angetan haben und weil sie so ehrlich wie nicht gleich jemand wären. [...]

<2833>

◀423▶

Stapostelle Regierungsbezirk Düsseldorf  
Bericht für Februar 1939  
(„Auswanderung der Juden“)

Düsseldorf, 14.2.1939

HStA Dü, RW 36-19

Maßnahmen, die die jüdische \*Auswanderung wesentlich fördern, sind in meinem Amtsbereich nicht getroffen worden. Der Vorsitzende der hiesigen \*Synagogengemeinde, mit dem in der Angelegenheit Fühlung genommen worden ist, erklärte, daß in verschiedenen Fällen, in denen unbemittelte jüdische Familien ausgewandert sind, die Kosten je zur Hälfte von der jüdischen Gemeinde und dem \*Hilfsverein der Juden in Deutschland aufgebracht wurden. Zur weiteren Förderung der Auswanderung unbemittelter Juden schlug Felsenthal die Anwendung des in Frankfurt a. Main und Hamburg geübten Verfahrens vor, wo von den judenvermögensabgabepflichtigen Juden zu diesen Abgaben ein bestimmter Pro-

<sup>27</sup> Vgl. \*Hitlerjugend.

zentsatz für Zwecke der Auswanderung unbemittelter Juden erhoben werde.<sup>28</sup> Für den Stadtbezirk Düsseldorf habe ich dem jüdischen Devisenberater Dr. Max Israel Mendel, wohnhaft in Düsseldorf, Schadowstr. 26, kürzlich die Auflage gemacht, die sich in Auswanderungsangelegenheiten an ihn wenden würden, nicht zurückzuweisen, sondern unentgeltlich zu beraten. [...]

<2837>

◀424▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz**  
**Bericht für Februar 1939**

**Regensburg, 7.3.1939**

**BayHStA, StK 106673**

*Juden*

Die \*Auswanderung der Juden geht langsamer vor sich, als ursprünglich angenommen. Die Abwanderung von einzelnen kleineren Orten, so aus Erbendorf und Floß, Kreis Neustadt a.d. Waldnaab, hat Fortschritte gemacht, ebenso die Entjudung des Wirtschaftslebens.

Die Zahl der Juden im Regierungsbezirk betrug

am 1.10.1938: 752,

davon 53 Ausländer,

am 1.1.1939: 688,

davon 48 Ausländer.

<2839>

◀425▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für Februar 1939**

**Ansbach, 7.3.1939**

**BayHStA, StK 106678**

*Evangelische Kirche*

[...] Der evangelische Pfarrer Hermann Seggel in Mistelgau (L.Kr. Bayreuth) wurde am 28. Februar 1939 wegen Vergehens gegen § 130 a RStGB. bzw. § 2 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat angezeigt.<sup>29</sup> Seggel hat am 16.11.1938 (Buß- und Bettag) bei seiner Predigt in Mistelgau und in der Filialkirche in Glashütten die Juden in Schutz genommen. Dabei sagte er u.a.: Die in den vergangenen Tagen (8., 9. und 10. November 1938) wegen der Ermordung des Botenschaftsrates vom Rath gegen die Juden durchgeführten Empörung Aktionen<sup>30</sup> seien vom christlichen Standpunkte aus in keiner Weise gut zu heißen, sondern zu verurteilen. Ein Christenmensch mache so etwas nicht, das seien Untermenschen gewesen.<sup>31</sup> [...]

*Juden und Emigranten*

Im Berichtsmonat haben Veranstaltungen jüdischer Organisationen nicht stattgefunden.<sup>32</sup>

Die israelitischen \*Kultusgemeinden und die bei ihnen eingerichteten Auswanderungsberatungsstellen haben ihre Tätigkeit im erforderlichen Umfange fort-

---

<sup>28</sup> Vgl. ◀416▶, Anm. 8 und insbesondere Zeittafel, 25. Februar 1939.

<sup>29</sup> Vgl. Zeittafel, 21. März 1939.

<sup>30</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>31</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>32</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

gesetzt. Bei den jüdischen Auswanderungsberatungsstellen ist man bestrebt, die \*Auswanderung der Juden zu beschleunigen.

Auch im Februar hat sich die Auswanderung der Juden im Umfang der Vormonate gehalten (96 gegen 98 im Januar und 96 im Dezember).

Gegen 30 im Ausland wohnende jüdische Emigranten wurde Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt.

Die Strafkammer des Landgerichts Nürnberg verurteilte den 38 Jahre alten Juden Kurt Leeser von Nürnberg wegen \*Rassenschande zu 8 Jahren Zuchthaus.

*Besondere Vorkommnisse*

[...] Die \*Geheime Staatspolizei Nürnberg führt zur Zeit in Wunsiedel Erhebungen über die dortigen Vorkommnisse am 9. November 1938 durch. Im Verlauf der Judenaktion wurden drei evang. Geistliche von einer großen Volksmenge auf die Polizeiwache verbracht und dort vorübergehend festgehalten. Landesbischof Meiser hat gegen die Täter durch Rechtsanwalt Feyler in Hof Strafantrag gestellt. Die umfangreichen Erhebungen – es wurden 21 Beschuldigte und 12 Zeugen vernommen – sind noch nicht abgeschlossen. <2840>

◀426▶

**Grenzpolizeinebenstelle Geldern  
Bericht für Februar 1939**

**Geldern, 28.2.1939**

**HStA Dü, RW 36-19**

In letzter Zeit sind wiederholt Juden im hiesigen Bezirk, die aus der Ostmark kommen, an der Grenze aufgetaucht, die kurz vor ihrer Abreise aus der Ostmark ordnungsmäßige Reisepässe von den zuständigen Stellen erhalten haben, damit sie, obwohl sie die Einreise bzw. Aufenthaltsgenehmigung eines fremden Landes nicht vorweisen können, aus dem Deutschen Reich auswandern sollen.<sup>33</sup> Obwohl die Juden eine Devisengenehmigung und eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes bei sich führen, sind sie enttäuscht, daß sie an der Grenze angehalten werden und nicht auswandern dürfen. Ich bitte um gefl. Entscheid, ob diese Juden nach dem Erlaß des Gestapa vom 23.12.38 – II B 4 A 220 – J – zu behandeln sind,<sup>34</sup> oder ob sie lediglich zurückgewiesen werden sollen. Zum Teil sind es ältere Leute, die nicht mehr lagerfähig sind. <2845>

◀427▶

**Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft  
Bericht  
(„Betreff: Entjudung der Wirtschaft“)**

**München, 27.3.1939**

**BayHStA, StK 106412**

Im Verfolg des Auftrages vom 3.3.1939 wurden die Regierungspräsidenten mit Entschließung vom 6.3.1939 zur beschleunigten Berichterstattung angewiesen. Die Berichte liegen seit dem 27. März, abgesehen von dem des Regierungspräsidenten Pfalz, vor. Zusammenfassend ergaben sie folgendes Bild:

<sup>33</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>34</sup> Es handelt sich möglicherweise um einen Gestapoerlaß aufgrund des Runderlasses von \*Görling vom 23. Dezember 1938, vgl. Zeittafel.

1.a) Die Entjudung der gewerblichen Wirtschaft<sup>35</sup> ist so weit fortgeschritten, daß in kurzer Zeit, spätestens in einigen Monaten, mit ihrem Abschluß gerechnet werden kann. Im Regierungsbezirk Niederbayern/Oberpfalz sind noch 2 Betriebe, im Regierungsbezirk Schwaben nur noch 3 Betriebe zu arisieren<sup>36</sup> oder aufzulösen.

b) Die Entjudung des Grundbesitzes ist noch im Gange. Bei allen Regierungen liegen sehr zahlreiche Anträge vor, bei der Regierung von Oberbayern zur Zeit 600 Stück. Die Durchführung des Verfahrens wurde lange Zeit dadurch erheblich gehemmt, daß die Durchführungsvorschriften zur Verordnung vom 3.12.1938<sup>37</sup> über den Einsatz jüdischen Vermögens (RGL. I S. 1709) abgewartet werden mußten. Seit dem Erscheinen des Durchführungserlasses vom 6.2.1939, der u.a. auch Bestimmungen über die Ausgleichsabgabe an das Reich enthält, können auch die Verfahren zur Entjudung des Grundbesitzes rascher erledigt werden. [...] <2858>

◀428▶

**Gendarmerie Aufseß  
Bericht für März 1939**

**Aufseß, 26.3.1939**

**StA Ba, K 8/9205 II**

*[Juden]*

Hier sind nur mehr 3 jüdische Personen wohnhaft, die die Absicht haben, nach Amerika auszuwandern.<sup>38</sup> <2868>

◀429▶

**Gendarmerie Ebermannstadt  
Bericht für März 1939**

**Ebermannstadt, 27.3.39**

**StA Ba, K 8/9205 II**

*Juden etc.*

Die 3 jüdischen Familien des hiesigen Dienstbezirkes kamen am 10.11.38 in \*Schutzhaft. Aus dieser sind sie seit längerer Zeit wieder entlassen, ohne aber in ihre hiesigen Heimstätten zurückgekehrt zu sein. Sie sollen sich in Nürnberg aufhalten. Vor mehreren Wochen haben sie sich unterstützungssuchend an ihre Ortspolizeibehörden in Wannbach und Hagenbach gewandt, da sie angeblich vollkommen mittellos wären. Auf ablehnenden Bescheid von dort haben sie bis jetzt nichts mehr hievon hören lassen. <2873>

◀430▶

**NSDAP Zelle H (Herne)  
Stimmungsbericht**

**Herne, 13.3.1939**

**StA Ms, Kreis- und Ortsgruppenleitungen Nr. 60**

Nach dem jüdischen Mordanschlag in Paris ist das Judenproblem im Weltgeschehen in den Vordergrund getreten.<sup>39</sup> Ein besonderes Kapitel dabei sind Juden in deutschen Wohnungen.

---

<sup>35</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938 zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

<sup>36</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>37</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>38</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>39</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

Bekanntlich besteht nach wie vor fast überall im Reich, ganz besonders aber in den Großstädten, ein dringender Bedarf an Wohnräumen. Dies gilt besonders für mittlere und kleine Wohnungen. Im Volke hat man schon seit langem es als einen unhaltbaren Zustand empfunden, daß Angehörige des jüdischen Volkes im Besitze von Riesenwohnungen waren, während arbeitende deutsche Menschen ohne Unterkunft waren oder sich auf primitivste Weise behelfen mußten. Es ergab sich daher die Frage, ob nicht wichtige Gründe eine Aufhebung der Mietverträge mit Juden zuließen. Ein sehr wichtiger Grund ist die vom Staat verlangte Volksgemeinschaft. Das bedeutet, daß die Mieter untereinander den Geist nationalsozialistischer Gemeinschaft pflegen sollen. Eine Hausgemeinschaft kann aber nur von deutschen denkenden Menschen \*arischer Abstammung gebildet werden, sie ist mit Personen jüdischer Herkunft unmöglich. Es muß daher gefordert werden, den Vermietern das Recht zuzusprechen, von den Mietern jüdischer Abstammung die Räumung der Wohnung zu verlangen.<sup>40</sup> Es wäre sogar angebracht, die Vermieter von Wohnungen an Juden auf ihre Pflicht als Deutsche aufmerksam zu machen. Es gibt immer noch Hausbesitzer (ehemalige Zentrumsleute) welche mit dem sogenannten auserwählten Volk gemeinsame Interessen verfolgen. <2874>

#### ◀431▶

### **NSDAP Ortsgruppe Herne-Castrop-Rauxel Stimmungsbericht**

**Herne, 23.3.1939**      **StA Ms, NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen Nr. 28**

Sowohl im Monat Februar wie im Monat März zeigte sich, daß ein Übermaß von Veranstaltungen sowohl der Partei selbst, wie von den verschiedenen anderen Organisationen sich sehr abträglich auf die politische Arbeit der Ortsgruppe auswirkt. [...] In der vergangenen Woche mußte eine Veranstaltung, der vom Gau angesetzte Vortrag über Rassefragen,<sup>41</sup> ausfallen, da nicht einmal 40 Personen anwesend waren. Am gleichen Abend wurden nämlich ein Konzert des Reichssinfonieorchesters, eine Veranstaltung der Stadtverwaltung (Redner Dr. F.A. Beck), sowie mehrere Luftschutzkurse durchgeführt. <2875>

#### ◀432▶

### **Gendarmerie Hornhausen Bericht für den 16./17.3.1939 („Besonderes Vorkommnis“)**

**Hornhausen, 17.3.1939**      **LHA Ma, C 30 Oschersleben A Nr. 371**

Unter Bezugnahme auf meine telefonische Meldung an den Herrn Landrat und der \*S[ta]po. Magdeburg von heute, betr. Beschädigung an dem Gebäude der jüdischen Familie [N.N.a] in Hornhausen, berichte ich, daß die ledige Jüdin [N.N.a], hier Hauptstraße Nr. 26 wohnhaft, heute in der Zeit zwischen 13 1/2 und 14 Uhr in meiner Wohnung erschien und angab, daß in der Nacht vom 16. auf 17. ds. Monats mit Steinen Fensterscheiben zertrümmert und ein Einfahrttor in Stücke zerschlagen

---

<sup>40</sup> Vgl. \*Judenhäuser.

<sup>41</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze, \*Rassenschande sowie \*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit.



worden sei.<sup>42</sup> Bevor ich mich zum Tatort begeben habe, es mag zwischen 14 und 14 1/2 Uhr gewesen sein, bekam ich eine telefonische Anfrage von der Staatsanwaltschaft Halberstadt, wohin die [N.N.a] wahrscheinlich ein Telegramm gesandt hatte, mit der Angabe, daß die Familie [N.N.a] bedroht werde und ihr die Ortspolizeibehörde und Gendarmerie keinen Schutz gewähre. Gemeinsam mit dem Gendarmeriehauptwachtmeister Stradtman begab ich mich nach dem Grundstück der [N.N.a] wo wir feststellten, daß dort in der Nähe eine größere Anzahl Schulkinder und Frauen standen. An dem Gebäude der [N.N.a]s waren fast alle Fensterscheiben zertrümmert und das Einfahrttor in Stücke geschlagen. In dem Werkstattsaal der [N.N.a], wo früher eine Möbelfabrik war und in diesem noch Werkzeuge vorhanden sind, waren Werkzeuge auf den angrenzenden Hof geworfen und in der Werkstatt selbst Bänke und Schränke umgeworfen und beschädigt. In dem Büroraum war der Schreibtisch umgeworfen und beschädigt und alle Papiere und sonstige Schriften im Bürozimmer umhergestreut.

Die bisherigen Nachforschungen nach der Täterschaft, die in der Nacht die Fensterscheiben nach der Straße und das Einfahrttor zertrümmert haben, waren bisher ohne Erfolg. Die weiteren Zerstörungen sollen von den Schulkindern ausgeführt worden sein. Ob und wer die Schuljugend zu dieser Tat angehalten hat, konnte bisher ebenfalls nicht festgestellt werden. Die Ermittlungen werden gemeinsam mit dem inzwischen hier eingetroffenen Beamten der Stapo Magdeburg fortgesetzt.

Die Familie [N.N.a] sowie das Grundstück wird hierseits polizeilich überwacht und wird der Familie [N.N.a] der polizeiliche Schutz gewährt. <2876>

◀433▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für April 1939**

**Ansbach, 6.5.1939**

**BayHStA, StK 106678**

*Juden*

Im Berichtsmonat haben Versammlungen und sonstige Veranstaltungen jüdischer Vereine und Organisationen nicht stattgefunden.<sup>43</sup>

Die mit der Durchführung der \*Auswanderung der Juden befaßten jüdischen Stellen (\*Kultusgemeinden und Auswandererberatungsstellen) sind auch im Berichtsmonat bemüht gewesen, die jüdische Auswanderung zu fördern und zu beschleunigen.

Die Auswanderung hat im Monat April im Vergleich zum Vormonat erneut eine Steigerung erfahren. Es sind im April 1939 insgesamt 212 Juden gegenüber 137 im Monat März in das Ausland abgewandert. Der Kreis Ebermannstadt ist nunmehr ebenfalls judenfrei geworden.

Gegen 24 im Ausland wohnende jüdische Emigranten wurde von der Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt.

Am 24. und 25.4.1939 wurden auf dem Judenfriedhof in Ansbach von den dort insgesamt vorhandenen 400 Grabsteinen 335 umgeworfen und dadurch beschädigt.

---

<sup>42</sup> Vgl. <2877> und <2878>, sowie \*Einzelaktionen.

<sup>43</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

Außerdem wurden an dem in diesem Friedhof befindlichen Leichenhaus die Fensterscheiben eingeschlagen, Türen und Fensterläden zertrümmert und die im Innern des Leichenhauses befindlichen Einrichtungsgegenstände zerstört.<sup>44</sup> Als Täter für diese Handlungen kommen mehrere 16-17jährige Schüler in Betracht, die in Ansbach wohnen und der dortigen \*HJ bzw. DJ als Mitglied angehören. Die Täter haben im Übereifer und ohne Überlegung gehandelt und wollen von niemand veranlaßt worden sein, solche Handlungen zu verüben. <2884>

◀434▶

**SD-Hauptamt II 112**  
**Bericht für Mai 1939**

**Berlin, 25.5.1939**

**BArch, R 58/992**

[...] Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda<sup>45</sup> hat den Führer um Entscheidung über die Weiterbeschäftigung von 21 nicht vollarischen oder jüdisch versippten Schauspielern bzw. Filmschauspielern gebeten. Auf Grund der Entscheidung des Führers sind so u.a. der \*Halbjude Henckels, der mit einer Jüdin verheiratet ist, und der \*Arier Max Lorenz, der mit einer Jüdin verheiratet ist, zu vollgültigen Mitgliedern der Reichskulturkammer bestätigt worden. Es wurde in diesem Zusammenhang bekannt, daß den jüdischen Ehefrauen in Bezug auf den Besuch von Theatern, Hotels usw. die Rechte arischer Frauen eingeräumt wurden.<sup>46</sup> <2896>

◀435▶

**Regierungspräsident Pfalz**  
**Bericht für Mai 1939**

**Speyer, 9.6.1939**

**BayHStA, StK 106676**

*Juden*

In Ludwigshafen a.Rh. lösten sich verschiedene jüdische Wohltätigkeitsvereine<sup>47</sup> aus eigenem Antrieb auf. Schwierigkeiten bestehen noch hinsichtlich der räumlichen Unterbringung der jüdischen Volksschule.<sup>48</sup> Die Stadtverwaltung Ludwigshafen a. Rhein wehrt sich gegen die Verlegung des jüdischen Altersheim von Neustadt a.d.W. nach Ludwigshafen a.Rh. <2903>

◀436▶

**Gendarmerie Maßbach**  
**Bericht für Mai 1939**

**Maßbach, 24.5.1939**

**StA Wü, LRA Bad Kissingen 1157**

[...] Gegen die Behausung der Juden werden ab und zu im Dunkel der Nacht immer wieder \*Einzelaktionen unternommen, wobei einzelne Fensterläden und Fensterscheiben beschädigt werden. Die Täter sind unbekannt. Die Juden verhalten sich hiezu ganz ruhig.<sup>49</sup> <2909>

---

<sup>44</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

<sup>45</sup> Vgl. \*Goebbels, Joseph.

<sup>46</sup> Es handelt sich hierbei um „privilegierte Mischehen“; vgl. in \*Mischehen.

<sup>47</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

<sup>48</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>49</sup> Vgl. <2905>.

◀437▶

**SD-Hauptamt II 112**

**Bericht**

**Berlin, 9.6.1939**

**BArch, R 58/992**

Der Angestellte des Verbandes polnischer Juden in Deutschland,<sup>50</sup> Dr. Auerbach, und das Vorstandsmitglied des gleichen Verbandes, der Jude polnischer Staatsangehörigkeit Lustig, sind Anfang dieser Woche nach London gefahren, um dort Einreisemöglichkeiten für die aus Deutschland ausgewiesenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit zu erwirken.<sup>51</sup> Die Verhandlungen werden mit den jüdischen Organisationen wie auch mit Regierungsmitgliedern geführt.

Der Jude polnischer Staatsangehörigkeit Rosenfeld vom gleichen Verband ist zur Führung von Verhandlungen mit den jüdischen Sejm-Abgeordneten nach Warschau abgereist, um zu erreichen, daß die reichsverwiesenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit nach Möglichkeit ohne Schwierigkeiten von Seiten der polnischen Regierung in Polen aufgenommen werden. <2913>

◀438▶

**Gestapa II A 4**

**Bericht für April bis Juli 1939**

**(„Lagebericht über die illegale kommunistische und marxistische Bewegung Deutschlands“)**

**Berlin, 31.7.1939**

**BArch, R 58/582**

*Sowjetrussen und russische Emigranten  
Sowjetstaatsangehörige in Deutschland*

Von den aus Deutschland ausgewiesenen Sowjetjuden<sup>52</sup> haben während des zweiten Vierteljahres 1939 insgesamt 21 Personen das Reichsgebiet verlassen, so daß sich die Gesamtzahl der bisher aus Deutschland abgewanderten Sowjetstaatsangehörigen jüdischer Rassezugehörigkeit auf 253 erhöht.

47 haben sich nach Frankreich, 28 nach der früheren Tschechoslowakei, 20 nach Palästina, 11 nach England, 10 nach Lettland und die übrigen nach anderen Staaten begeben. Nur 3 Sowjetjuden sind nach der UdSSR zurückgekehrt. <2934>

◀439▶

**SD-Hauptamt II 112**

**Bericht<sup>53</sup>**

**Berlin, 15.6.1939**

**BArch, R 58/956**

*Das Judentum in Deutschland  
Gesetzliche Regelung*

Im Anschluß an die Novemberaktion gegen das Judentum<sup>54</sup> wurden die in Deutschland ansässigen Juden auf dem Gesetzes- und Verordnungsweg aus allen Berufen in Deutschland ausgeschlossen.<sup>55</sup>

<sup>50</sup> Vgl. \*Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland.

<sup>51</sup> Vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938.

<sup>52</sup> Vgl. Zeittafel 5. Januar 1938.

<sup>53</sup> Vermutlich handelt es sich um den Entwurf für den 2. Vierteljahresbericht 1939 des SD-Hauptamtes, Abteilung II 112. Der Text diente möglicherweise als Grundlage für Schulungen, die das Referat für verschiedene Partei- und Staatsstellen veranstaltete.

<sup>54</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>55</sup> Vgl. Zeittafel 12. November 1938 bis Jahresende.

### *Auswanderung*

Dadurch hat sich der Auswanderungswille der einzelnen Juden und der Organisationen verstärkt, dessen Ausnutzung bereits seit dem August v.J. durch die \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und seit Februar 1939 auch durch eine „\*Reichszentralstelle für jüdische Auswanderung“ (der Zentralstellen für jüdische Auswanderung in mehreren Orten des Reichsgebietes unterstehen sollen) erfolgte. Während jedoch die Zentralstelle in Wien im Laufe ihrer Tätigkeit seit August etwa 110.000 Juden zur \*Auswanderung bringen konnte, liegen die Erfolge der Reichszentralstelle wesentlich niedriger. So betrug beispielsweise die Gesamtzahl der im April/Mai eingegangenen Auswanderungsanträge bei der Zentralstelle in Berlin lediglich 6.187. Die Gründe für diese stete Abnahme liegen einmal in der noch fehlenden organisatorischen Durchbildung der Reichszentralstelle und der geplanten jüdischen „Reichsvereinigung“ (die alle jüdischen Organisationen umfassen soll), andererseits aber in der immer stärkeren Abschließung aller Immigrationsländer gegen eine Zuwanderung.

Als Hauptzielland galt in den letzten beiden Monaten China, für die Übergangswanderung wurden auch England, Holland, Schweden und Dänemark angelaufen. \*Palästina wurde auf dem legalen Weg nur von wenigen Auswanderern gewählt.

### *Soziale Lage*

Die Finanzlage der Judenschaft hat sich mit der Verminderung der Anzahl der zahlungsfähigen Steuerzahler infolge der Ausschaltung aus allen Berufen stetig verschlechtert, während die Anzahl der Fürsorgeunterstützten prozentual im Ansteigen begriffen ist.<sup>56</sup> So wurden in Berlin allein im vergangenen Winter 25.851 hilfsbedürftige Juden unterstützt, wobei zu bemerken ist, daß die Einnahmen aus der \*Winterhilfe im allgemeinen um 2/3 ihres vorjährigen Bestandes abgenommen haben.

Aus diesem Grunde wurde der Arbeitseinsatz der Juden begrüßt, jedoch konnte er erst in wenigen Fällen durchgeführt werden. Am besten bewährt hat sich der Gruppeneinsatz, der auch eine Absonderung der Juden von deutschblütigen Arbeitern ermöglichte.

### *Vereinswesen*

Die Vereinstätigkeit<sup>57</sup> ruhte mit Ausnahme der für die Auswanderung tätigen Organisationen und den Vorstellungen des \*Kulturbundes. Im übrigen wartet die gesamte Judenschaft die endgültige Errichtung der „\*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ ab.

### *Statistik*

(Die Zahlen gelten schätzungsweise für den 31.12.38 und berücksichtigen lediglich Juden mosaischen Bekenntnisses)

---

<sup>56</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

<sup>57</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

	<i>Gesamtzahl</i>	
Altes Reichsgebiet		320.000
Ostmark		106.000
Danzig		9.700 <sup>58</sup>

	<i>Altersgliederung</i>	
Altes Reichsgebiet		
	0-20 Jahre	51.000 = 16,1%
	20-45 „	83.000 = 25,93%
	45 und mehr	185.000 = 57,97%

	<i>Schulpflichtige Kinder</i>	
im alten Reichsgebiet	rund 20.000	
in der Ostmark	„ 6.600	

	<i>Jüdische Fürsorge</i>	
	Ständ. Unterstützungsempf.	Winterh. Betreut.
Altes Reichsgebiet	40.000 = 12,5%	73.976 = 23,12%
Ostmark	60.000 = 56,6%	30.000 = 28,3%

	<i>Jüdisches Vermögen per 1.4.38 (Anmeldung jüd. Vermögens):</i>	
Brutto =	8.531.000 RM	
Schulden =	1.408.000 RM	
Summe =	7.123.000 RM	
	Davon liquides Vermögen per 1.4.38: 4.881.000 RM.	<2914>

◀440▶

**SD-Hauptamt II 112  
Bericht für Juni 1939**

**Berlin, 8.7.1939**

**OA Mos, 500/3/316**

*Judentum*

Der tatsächlich vorhandene Wille der gesamten Judenschaft zur \*Auswanderung wurde noch durch die Anfang Juni erfolgte Ausweisung polnischer und solcher Juden, die ihre polnische Staatsangehörigkeit verloren hatten,<sup>59</sup> wesentlich verstärkt. Selbst jene Juden, auf welche die November-Ereignisse<sup>60</sup> und die damit verbundene restlose Ausschaltung des Judentums aus dem gesamten öffentlichen Leben infolge des zeitlichen Abstandes keine wirklich nachhaltige Wirkung mehr ausübte, mußten durch die neuesten staatlichen Maßnahmen erkennen, daß die nationalsozialistische Staatsführung unbedingt willens ist, die endgültige Lösung des Judenproblems in Deutschland unerbittlich vorwärtszutreiben. Auch diese Juden gehen jetzt verstärkt an die Vorbereitung ihrer \*Auswanderung heran:

<sup>58</sup> „5.700 [davon] sind ausländische Staatsangehörige.“

<sup>59</sup> Zum Schicksal und zur Anzahl der nach der Abschiebungsaktion vom Oktober 1938 (vgl. Zeittafel 27.-29. Oktober 1938) noch in Deutschland verbliebenen oder dorthin zurückgekehrten Juden vgl. Adler, Der verwaltete Mensch, S. 97-104; sowie Weiss, Citizenship and Ethnicity, S. 248-254.

<sup>60</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

Mit dem stetigen Druck im Inlande wird also auch zwangsläufig ein erhöhter Auswanderungswille der Juden erreicht.

Die Möglichkeiten, Auslaßventile für diesen Druck zu schaffen, werden aber immer geringer. Aus fast allen Ländern der Erde, die überhaupt für eine Einwanderung in Frage kommen, werden Einwanderungsbeschränkungen gemeldet, die sich oft sogar eindeutig gegen die jüdische Einwanderung richten. Als eine weitere Erschwerung kommt hinzu, daß in letzter Zeit ausländische Schifffahrtsgesellschaften häufig mindestens die Hälfte der Passagen in Devisen beglichen haben wollen, was bei der bekannten Devisenknappheit eine fast unüberbrückbare Schwierigkeit ist. Auch der Umstand, daß sich die Reedereien, um im Falle von Landungsverboten gesichert zu sein, gleichzeitig die Rückfahrkosten vergüten lassen, erschwert die jüdische Auswanderung ungemein. Einzelne Reedereien gehen überhaupt nur ungern und nach Erhalt umfangreicher Zusicherungen an Judentransporte heran. Dies wirkt sich praktisch so aus, daß eine riesige Verknappung des Schiffsraumes zu verzeichnen ist.

Zur Verdeutlichung der Schwierigkeiten möge folgender Fall dienen: Der Hapag-Dampfer St. Louis, der mit 937 Passagieren auf der Überfahrt nach Cuba von den neuen cubanischen Einwanderungsbestimmungen überrascht wurde, mußte, da ein Von-Bord-Gehen der Juden nicht möglich war, unverrichteter Dinge die Rückreise nach Europa antreten. Die St. Louis machte am 17.6. wieder in Antwerpen fest. Die gesamten Passagiere kamen durch Vermittlung des „\*Joint“ in England, Frankreich, Belgien und Holland unter.<sup>61</sup> Ein anderer Dampfer, der „Orinoco“, konnte noch rechtzeitig im Antwerpener Hafen erreicht und nach Hamburg zurückbeordert werden. Den Passagieren wurde die ungehinderte Wiedereinreise in das Reich ermöglicht.

So wird auch die vorsichtige Haltung, insbesondere der ausländischen Reedereien, verständlich.

Wenn auch die Schwierigkeiten keineswegs verkannt werden, so darf auch in der Zukunft nicht im geringsten bei den Juden der Eindruck entstehen, als würde in irgendeinem Punkt von staatlicher Seite kurz getreten. Die bisherige Praxis hat gezeigt, daß nur dann, wenn die Juden in Deutschland offensichtlich bedrängt sind, die jüdischen Hilfsorganisationen<sup>62</sup> wirklich positive Hilfe leisten.

Unbeschadet aller aufgezeigten Hindernisse konnte in der Berichtszeit eine geringe Zunahme der jüdischen Auswanderung festgestellt werden. (Dabei ist interessant, daß sich unter den jüdischen Auswanderern in letzter Zeit ein großer Prozentsatz befindet mit einem Durchschnittsalter von 45 und mehr Jahren). Die jüdischen Auswanderungsberatungsstellen hatten ebenfalls eine häufig um nahezu 50% höher liegende Anzahl von Ratsuchenden zu verzeichnen.

Die jüdische Vereinstätigkeit<sup>63</sup> ruht auch weiterhin vollkommen. Lediglich finden vereinzelt Veranstaltungen des „Jüdischen \*Kulturbund in Deutschland e.V.“ statt. Diese sind aber, wie verschiedentlich gemeldet wird, auch nicht mehr in dem

---

<sup>61</sup> Zum Schicksal der jüdischen Passagiere auf der St. Louis vgl. EH, S. 1366f.

<sup>62</sup> In Deutschland besonders der \*Hilfsverein der deutschen Juden und die \*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden; im Ausland der \*Joint.

<sup>63</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

Maße wie früher besucht, obgleich dort neben rein jüdischen Filmen auch deutsche Filme gezeigt werden dürfen.

In der Wirtschaft schreitet die Abwicklung der jüdischen Geschäfte unter Mitwirkung der staatlichen Treuhänder fort.<sup>64</sup> Zu welchem Zeitpunkt der Gesamtkomplex erledigt sein wird, ist allerdings bei den oft schwierigen Verhältnissen nicht abzusehen. Gemäß einer Vereinbarung der Reichsregierung mit der polnischen Regierung<sup>65</sup> werden zur Zeit alle im Besitze von Juden polnischer Staatsangehörigkeit befindlichen Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe aufgelöst. Die Inhaber werden, wie in der Vereinbarung festgelegt ist, nach Polen zurückwandern.

Der wegen der zunehmenden Verknappung deutscher Arbeitskräfte angeordnete Arbeitseinsatz von Juden ist in vollem Gange.<sup>66</sup> Im Altreich hat es sich jedoch herausgestellt, daß die Zahl der voll einsatzfähigen Juden gegenüber derjenigen der Wohlfahrtsunterstützten<sup>67</sup> sehr gering ist. Die zum Einsatz kommenden Juden stammen deshalb in vielen Fällen aus der Ostmark, wo die Altersgliederung normaler als im Altreich ist. Beim Arbeitseinsatz selbst haben sich in jenen Betrieben, wo die Juden mit Deutschen direkt zusammenarbeiten müssen, obgleich für Juden getrennte Speise- und Umkleieräume vorhanden sind, Schwierigkeiten ergeben. Hier zeigte es sich, insbesondere in katholischen Gegenden wieder einmal, wie wenig die nationalsozialistischen Rassenauffassungen durchgedrungen sind.<sup>68</sup> Bei größeren Bauvorhaben ließ sich der Arbeitseinsatz von Juden insofern reibungsloser durchführen, als man die Juden in Lagern unterbrachte, wo sie von der umwohnenden Bevölkerung vollkommen abgeschlossen gehalten werden.

Das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.4.39 setzt die deutschblütigen Hausbesitzer instand, unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist ihre jüdischen Mieter zu kündigen.<sup>69</sup> Hierzu verlautet, daß es oft erst eines Protestes der in dem betreffenden Hause wohnenden deutschen Mieter bedarf, um den Vermieter zur Kündigung der Juden zu bringen.

Dem Willen des Gesetzgebers, die Juden auf den kleinstmöglichen Wohnraum zu beschränken, kommen die Juden infolge ihrer rasch fortschreitenden Verarmung insofern entgegen, als sich oft mehrere jüdische Familien eine größere Wohnung mieten, wobei jede Familie nur 1 Zimmer bewohnt.

Neue staatliche Maßnahmen gegen das Judentum sind im Berichtsmonat durch Herausgabe von Gesetzen nicht erfolgt. In diesem Zusammenhang ist lediglich die vom Reichsinnenminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda<sup>70</sup> getroffene Regelung des Besuchs jüdischer Kurgäste in Bädern und \*Kurorten erwähnenswert. Die Richtlinien legen fest, daß jüdische Kurgäste in Heilbädern und heilklimatischen Kurorten dann zuzulassen sind, wenn ihnen durch ärztliches Attest eine Kurbehandlung verordnet ist und

---

<sup>64</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>65</sup> Es handelt sich um Vereinbarungen in Folge der Ausweisungen von Juden polnischer Staatsangehörigkeit aus Deutschland, vgl. Zeittafel 27.-29. Oktober 1938 und Anfang Juni 1939.

<sup>66</sup> Vgl. \*Zwangsarbeiter, jüdische.

<sup>67</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

<sup>68</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>69</sup> Vgl. Zeittafel, 30. April 1939.

<sup>70</sup> Vgl. \*Goebbels, Joseph.

wenn sie außerdem getrennt untergebracht werden können. Es können ihnen gewisse örtliche und zeitliche Beschränkungen auferlegt werden. Mit Ausnahme der Angehörigen diplomatischer Vertretungen bezieht sich die Regelung ohne Unterschied auf in- und \*ausländische Juden.

Immer wieder zeigt es sich, daß jüdische \*Mischlinge 1. Grades, die die Ehegenehmigung nicht erhalten haben, trotzdem mit ihren deutschblütigen Partnern ehelich zusammenleben. Eine fehlende Reichsregelung macht ein Einschreiten in diesen Fällen unmöglich.

In der 1. und 2. DVO zum Gesetz über die \*Hitlerjugend wurde bestimmt, daß jüdische Mischlinge der allgemeinen Hitlerjugend angehören können, jedoch von der Stamm-H.J. ausgeschlossen sind. [...]

#### *\*Danzig*

In Danzig ist die Judenfrage zur Zeit völlig in den Hintergrund getreten. Dies ist einerseits bedingt durch den seit der Führerrede vom 28. April in Danzig bestehenden Zustand politischer Hochspannung und zum anderen durch die erwarteten kommenden außenpolitischen Ereignisse.<sup>71</sup> Nach ihrer Ausschaltung aus dem Danziger Wirtschaftsleben legen sich die Juden eine gewisse Zurückhaltung auf, so daß sie in der Öffentlichkeit kaum mehr in Erscheinung treten.

Zur Zeit befinden sich in Danzig noch ca. 2 000 Juden (ohne polnische Staatsangehörige).

Von den gesamten Danziger Juden sind nur noch etwa 160 im Erwerbsleben tätig. Dabei handelt es sich um die sogenannten „\*Schutzjuden“, deren Tätigkeit aus wirtschaftlichen Gründen vorläufig noch geduldet wird.

Von der \*Zentralwohlfahrtsstelle der Jüdischen Gemeinde in Danzig werden rund 1000 Personen unterstützt. Die anderen leben von ihrem Vermögen oder von dem Erlös aus dem Verkauf ihrer Möbel und Wertsachen. Die \*Synagogengemeinde ist zur Gewährung der umfangreichen Unterstützungen nur imstande, weil der „\*Joint“ laufend Zuschüsse zur Durchführung des sozialen Hilfswerkes gewährt.<sup>72</sup> Da die Zahl der Unterstützungsempfänger jedoch stetig wächst, ist die jüdische Gemeinde dazu übergegangen, die Barunterstützungen wesentlich einzuschränken und durch die Einrichtung von Volksküchen eine Naturalunterstützung zu gewähren. Für die noch nicht unterstützungsreifen Juden wurde diesen Volksküchen eine „Mittelstandsküche“ angegliedert.

Mittelpunkt des jüdischen Lebens in Danzig wird immer mehr die ehemalige jüdische Turnhalle. Dort werden Gottesdienste abgehalten<sup>73</sup> und die Speisungen durchgeführt. Der große Garten dient den Juden als Erholungsstätte.

---

<sup>71</sup> Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, S. 1147-1179. In dieser Reichstagsrede, knapp sechs Wochen nach dem Einmarsch in die Rest-Tschechoslowakei, erklärte Hitler seine nächste territoriale Forderung, diesmal gegenüber Polen: „1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück; 2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit exterritorialem Charakter für Deutschland...“, ebda., S. 1162. Man kann hierin den Auftakt zum bevorstehenden Krieg sehen.

<sup>72</sup> Vgl. \*Wohlfahrtspflege, jüdische.

<sup>73</sup> Trotz der Zerstörung der \*Synagogen und Bethäuser im Zuge der \*Kristallnacht wurden, da die NS-Judenverfolgung auf rassischer und nicht auf religiöser Grundlage stattfand,



Nach dem restlosen Scheitern des illegalen Palästina-Transports<sup>74</sup> gelang bisher die Zusammenstellung eines neuen Transports für Shanghai<sup>75</sup> noch nicht. <2915>

◀441▶

**SD-Hauptamt II 112**  
**Bericht**

**Berlin, 11.7.1939**

**BArch, R 58/992**

Die Anfang Juni erneut begonnene Ausweisung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit und solcher, die die poln. Staatsangehörigkeit verloren haben,<sup>76</sup> ist heute auf einem toten Punkt angelangt. Ein Abschieben der ausgewiesenen Juden über die grüne Grenze bzw. ihre Unterbringung in den bisher dafür in Frage kommenden Ländern ist praktisch unmöglich geworden. Es tritt also der Fall ein, daß den ausgewiesenen Juden ein weiteres Verbleiben an ihrem Wohnort zugestanden werden muß. <2933>

◀442▶

**SD-Mann aus Bullay**  
**Bericht für Juni 1939**

**Bullay, 5.6.1939**

**Brommer, S. 477**

Über das Bestehen eines organisierten kirchlichen Sicherheitsdienstes konnte ich nichts in Erfahrung bringen.

Wohl habe ich in Erfahrung gebracht, daß bspw. bei der Zerstörung der Zeller \*Synagoge anlässlich der Judenaktionen<sup>77</sup> im vergangenen Jahre die kath. Kirche in Zell bewacht wurde. Es handelte sich um Mitglieder des Kirchenchores und des Kirchenvorstandes, welche in der Kirche Wache standen.<sup>78</sup>

Weitere Beobachtungen habe ich nicht gemacht.

<2917>

◀443▶

**SD-Unterabschnitt Württemberg-Hohenzollern**  
**Bericht für April bis Juli 1939**

**Stuttgart, 1.7.1939**

**StA L, K 110 Bü 46**

*Judentum*  
*Allgemeine Lage*

Die Judenheit des Abschnittsbereichs vermindert sich fortlaufend sehr stark. Durchschnittlich kann mit einer Abwanderung von 150 Personen monatlich gerechnet werden. Der Stand der Juden betrug am 1.5.39 5.624 Personen, während noch am 1.12.38 6.389 Personen gezählt wurden. Die im Vordergrund stehende Frage ist die Planung einer möglichst schnellen und verlustarmen \*Auswanderung.

---

die jüdischen Gottesdienste nicht verboten; vgl. \*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden.

<sup>74</sup> Zur illegalen Einwanderung nach \*Palästina vgl. \*Alija; sowie Danzig in EH, S. 310f.

<sup>75</sup> Vgl. Schanghai in EH, S.1279f.

<sup>76</sup> Vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938, sowie Anfang Juni 1939.

<sup>77</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>78</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

### *Innerjüdisches Leben*

Der Zerfall auch des jüdischen Religionslebens schreitet unaufhaltsam vorwärts, noch im Monat Juli werden sämtliche isr. \*Religionsgemeinden vom isr. Oberrat,<sup>79</sup> Stuttgart, aufgelöst werden und mit der jüdischen Religionsgemeinschaft Stuttgart zu einer Großgemeinde Stuttgart zusammengeschlossen. Die jüdischen Schulen gehen gleichfalls ständig zurück,<sup>80</sup> sowohl durch die Auswanderung der Schüler, welche in der Hauptsache nach England vor sich geht, als auch durch die äußerst geringe Geburtenzahl innerhalb der Judenschaft des Abschnittsbereichs. Das Verhältnis jüdischer Personen im Alter bis zu 25 Jahren, zu Personen über 15 Jahren ist 1:15.

### *Auswanderung*

Die Auswanderung der Juden wird von der hiesigen Dienststelle seit 1.4.39 planmäßig gelenkt. Im Monat April wurde die „Jüdische Auswanderungsstelle“ für Württ. und Hohenz. gegründet, in welcher z.Zt. 18 jüdische Personen hauptamtlich in Auswanderungsangelegenheiten beschäftigt sind und unter der ständigen Kontrolle des UA stehen. Diese Auswandererstelle wurde allein im Monat Mai von 980 Personen, im Monat Juni von bereits 1.197 Personen besucht.

Der Stand der Auswandererabgabe, welche der Jude, der das Reichsgebiet verläßt, zur Verfügung der jüdischen Auswandererstelle abzuliefern hat, betrug Ende Juni 1939 RM 318.022.<sup>81</sup> Es wurde erreicht, daß das Nordamerikanische Generalkonsulat Stuttgart und das Großbritannische Generalkonsulat in Frankfurt/M. in Auswanderersachen auf die jüdische Auswandererstelle in Stuttgart verweisen.

Ausgewanderte Juden schicken Stimmungsbericht aus ihren Zielländern; hinterlassene Adressen von ausländischen Verwandten der Juden werden zur Aufnahme von Verbindungen zwecks Stellung von Bürgschaften usw. verlangt. [...]

### *Sonstiges*

Es ist bemerkenswert, daß von einer Kriegspsychose in jüdischen Kreisen des Abschnittsbereichs nichts zu spüren ist. <2918>

### ◀444▶

#### **NSDAP-Ortsgruppe Ebersdorf Stimmungsbericht**

**Ebersdorf, 15.6.1939**

**StA Ba, M 33 Nr. 154 III**

[...] Juden gibt es hier keine, doch wird das Judentum in Wort und Schrift bekämpft. [...] <2923>

### ◀445▶

#### **Landrat Günzburg Bericht für Juni 1939 („Präsidialbericht“)**

**Günzburg, o.D.**

**StA Abg, BA Günzburg 9935**

[...] In Ichenhausen hat der Ortspropagandaleiter den Antrag gestellt, daß den Juden eine Wirtschaft zum alleinigen Besuch zugewiesen werden soll. Eingehend

<sup>79</sup> Vgl. „Oberrat der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs“ in \*Landesverbände, jüdische.

<sup>80</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>81</sup> Vgl. Zeittafel, 25. Februar 1939.

hierüber wurde an die \*Geheime Staatspolizei München berichtet und der Regierung Abdruck in Vorlage gebracht. [...] <2925>

◀446▶

**NSDAP Kreisleitung Offenbach  
Stimmungsbericht für Juni 1939**

Offenbach, o.D.

HStA Wi, Abt. 483 Nr. 11218

*Judentum*

Volksgenossen, die sich für den Erwerb jüdischen Eigentums interessieren und bereits in Unterhandlung mit den zuständigen Stellen stehen, klagen allgemein über die schleppende Abwicklung.<sup>82</sup> <2929>

◀447▶

**Regierungspräsident Mainfranken  
Bericht für Juli 1939**

Würzburg, 11.8.1939

BayHStA, StK 106681

*Allgemeine politische Lage*

[...] An einem Schaufenster eines vormals jüdischen Geschäftes in Bad Neustadt a.d. Saale wurde ein Hakenkreuz angebracht, vor das ein Fragezeichen gesetzt war, während dahinter Hammer und Sichel ineinander verschlungen deutlich sichtbar waren. [...] <sup>83</sup>

In der Nacht vom 11. auf 12.7.39, etwa um Mitternacht, wurde der in der Gemeinde Euerbach (Landkreis Schweinfurt) stehende Leichenwagen der jüdischen \*Kultusgemeinden Obbach und Niederwerra von bis jetzt unbekanntem Tätern verbrannt.<sup>84</sup> Der Wagen wurde aus dem Einstellraum etwa 100 m abseits geschoben und außerhalb des Ortes verbrannt. Der Grund dürfte der sein, daß bis in die jüngste Zeit noch ein \*arischer Dorfbewohner die jüdischen Leichen nach dem Judenfriedhof gefahren hat. <2936>

◀448▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Juli 1939**

Ansbach, 8.8.1939

BayHStA, StK 106678

*Juden*

[...] Das Bamberger Schwurgericht verurteilte die jüdische \*Ärztin [N.N.a] wegen versuchter Beschaffung von Abtreibungsmitteln zu sieben Jahren Zuchthaus. Ferner wurden der Angeklagten für die gleiche Zeitdauer die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Haftfortdauer wurde angeordnet. Der Staatsanwalt hatte zehn Jahre Zuchthaus beantragt. [...] <2938>

---

<sup>82</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>83</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>84</sup> Vgl. \*Schändung religiöser Symbole der Juden.

◀449▶

Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für Juli 1939

Speyer, 10.8.1939

BayHStA, StK 106676

*Innerpolitische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

*Juden*

[...] Am 13.7. fand in Ludwigshafen a. Rhein eine Sitzung des jüdischen Synagogenrates statt, die von Professor *Koburger* geleitet wurde. Er beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit der Frage der Zusammenziehung der jüdischen Familien in den noch in jüdischem Besitz befindlichen Häusern,<sup>85</sup> ferner mit der Frage des Schulunterrichts für die jüdischen Kinder.<sup>86</sup> Er gab bekannt, daß auf Grund behördlicher Regelung in der Pfalz nur noch in Kaiserslautern und Speyer jüdische Schulen geführt werden dürfen, was zur Folge habe, daß die jüdischen Kinder von Ludwigshafen a. Rhein künftig die Schule in Speyer besuchen müßten. Die Fahrtkosten würden der \*Landesverband und der Reichsverband der Juden<sup>87</sup> je zur Hälfte tragen.

Am 16./17.7. wurden auf dem Judenfriedhof in Neustadt a.d. Weinstraße 22 oder 23 Grabsteine von den Sockeln geworfen.<sup>88</sup> Zu Beschädigungen ist es dabei nicht gekommen. Die Tat soll von jungen Burschen ausgeführt worden sein. Die Täter sind nicht bekannt. Die \*Geheime Staatspolizei wurde von der Tat verständigigt.

In Dahn (Lkr. Pirmasens) hatten nachts junge Leute das Haus des stets frech und provozierend auftretenden Juden *Levy* angegriffen und den Juden aufgefordert, sofort mit seiner Familie Dahn zu verlassen.<sup>89</sup> Einige Burschen schafften ihn später mittels Kraftwagen nach Pirmasens. Im weiteren Verlauf der Aktion drangen einzelne Leute in das Judenhaus ein und entwendeten Lebensmittel und andere Gegenstände. 3 Personen mußten deshalb in Haft genommen werden. [...]

Am 20.7. erhängte sich im Keller seines Wohnhauses in Zweibrücken der frühere jüdische Lehrer Simon Israel Schwarz.<sup>90</sup> [...] <2939>

◀450▶

Regierungspräsident Schwaben und Neuburg  
Bericht für Juli 1939

Augsburg, 7.8.1939

BayHStA, StK 106683

*Juden*

Aus Fischach, Lkr. Augsburg, sind wieder 3 Juden abgewandert. Aus Harburg, Lkr. Donauwörth, ist ein jüdisches Ehepaar nach Augsburg verzogen, um von dort aus nach Amerika auszuwandern.<sup>91</sup> Der Landkreis Donauwörth ist nun vollständig judenfrei. <2940>

<sup>85</sup> Vgl. \*Judenhäuser.

<sup>86</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>87</sup> Vgl. \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

<sup>88</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

<sup>89</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>90</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

<sup>91</sup> Vgl. \*Auswanderung.

◀451▶

**SD Unterabschnitt Thüringen**

**Bericht für August 1939**

**Erfurt, 5.9.1939**

**HStA Wei, Reichsstatthalter Thüringen 168**

*Die Gegner in sachlicher Hinsicht*

*Allgemeine Übersicht*

*Juden*

Eine Auswirkung der Ereignisse der letzten Zeit auf die Lage innerhalb des Judentums kann noch nicht einwandfrei erkannt werden. Zweifellos wird die in der letzten Zeit zahlenmäßig schon stark zurückgegangene jüdische \*Auswanderung eine weitere Stockung erfahren haben.

Durch die veränderte außenpolitische Lage wird das Judentum auch rein stimmungsmäßig sehr stark beeindruckt sein. Die Juden fürchten den Krieg, obwohl sie gleichzeitig durch diesen Krieg und eine mögliche Niederlage Deutschlands eine Vernichtung des ihnen verhaßten Regimes erhoffen. Der drohende Verfall der jüdischen Gemeindefinanzen ist durch die Neuorganisation der jüdischen \*Gemeinden (10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz<sup>92</sup>) wenigstens im Tempo gehemmt worden. Das jüdische Gemeindeleben hat eine gewisse Stabilität erfahren, die jüdischen Kinder erhalten wieder regelmäßig Unterricht<sup>93</sup> usw., wie auch im allgemeinen wieder ein größeres Interesse der Juden an ihrem Gemeindeleben festzustellen ist.<sup>94</sup> [...]

*Vorkommnisse von besonderer Wichtigkeit*

Weiterer Rückgang, bezw. Stillstand der jüdischen Auswanderung. <2952>

◀452▶

**Gendarmerie Ichenhausen**

**Bericht für August 1939**

**Ichenhausen, 27.8.1939**

**StA Abg, BA Günzburg 9940**

(„Wirtschaftlicher Lagebericht“)

*Bemerkungen zu den einzelnen Sachgebieten*

[...]

*Versorgungslage in Rohstoffen und Fertigungszeugnissen*

[...] In der Wohnungswirtschaft besteht keinerlei Bedarf. Es sind infolge der Judenabwanderungen<sup>95</sup> viele Wohnungen leer. <2961>

◀453▶

**Gendarmerie Waischenfeld**

**Bericht für August 1939**

**Waischenfeld, 25.8.1939**

**StA Ba, K 8/9205 II**

*[Allgemeine politische Lage]*

[...] Der Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes<sup>96</sup> kam den meisten Leuten ziemlich überraschend. Die meisten waren der Meinung, daß nun keine

---

<sup>92</sup> Vgl. Zeittafel, 4. Juli 1939.

<sup>93</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>94</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>95</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.

<sup>96</sup> Vgl. Zeittafel, 23. August 1939.

Kriegsgefahr mehr vorhanden sei. [...] Einige wollen wissen, daß Stalin die Juden aus seiner Regierung etc. entfernt habe und deshalb zwischen Deutschland und Rußland keine Gegensätze mehr vorhanden seien. <2963>

## X.

### Anfang des neuen Berichterstattungssystems des SD

Die ersten Kriegsjahre und die ersten improvisierten Deportationen  
(September 1939 – August 1941)

◀454▶

#### SD-Abschnitt Leipzig Stimmung in der Bevölkerung

Leipzig, 12.9.1939

StA Lei, 21 117 SD-Abschnitt Leipzig

*Gegnerarbeit jeder Art*

II 112

Am 11.9.39 wurde mit der Einziehung der im Besitze von Juden befindlichen Rundfunkgeräte durch die \*Stapo Leipzig begonnen. Die Aktion ist noch nicht beendet.

Über die Auswirkungen des am 12.9.39 in Kraft getretenen Ausgehverbotes für Juden<sup>1</sup> (ab 20 Uhr) wird zu gegebener Zeit berichtet werden. <2964>

◀455▶

#### SD-Abschnitt Leipzig Stimmung in der Bevölkerung

Leipzig, 15.9.1939

StA Lei, SD-Abschnitt Nr. 1

*Gegnerarbeit jeder Art*

II 112

Infolge der Räumung des Saargebietes halten sich in Leipzig ca. 70 jüdische Flüchtlinge auf. Diese Flüchtlinge sind in den Räumen der jüdischen Schule<sup>2</sup> untergebracht und werden von der Israelitischen \*Religionsgemeinde gepflegt.<sup>3</sup><2965>

◀456▶

#### SD-Abschnitt Leipzig Inlandslagebericht

Leipzig, 21.9.1939

StA Lei, SD Abschnitt Leipzig Nr. 1

*Gegnerarbeit jeder Art*

[...]

II 112

Beim Amt zur Förderung des Wohnungsbaues der Stadt Leipzig sprechen in letzter Zeit dauernd Juden vor, die angeblich aus der geräumten Zone stammen; sie versuchen, in Leipzig Unterkunft zu erhalten. Wohnungsscheine oder dergleichen vermögen sie auf Verlangen nicht vorzuzeigen. Da die Räumung der fraglichen Zone im Westen auch für Juden in Sammeltransporten vor sich geht und diese Juden von der \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland geschlossen betreut werden, liegt der Verdacht nahe, daß sich die Juden in Ortschaften verziehen, die gar nicht im Bereiche der fraglichen Zone liegen.

<sup>1</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1939.

<sup>2</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>3</sup> Vgl. \*Binnenwanderung, nach Kriegsausbruch.

Um diesen Zuzug zu unterbinden, bzw. diese illegal zuziehenden Juden zu erfassen, wurde die Einleitung entsprechender Maßnahmen bei der \*Geheimen Staatspolizei beantragt.

Hierzu wird noch bemerkt, daß bereits vor dem 1. Sept. Juden aus dem Westen durch Übernachtung in Hotels und Aufenthalt bei Verwandten oder Bekannten Unterkunft in Leipzig suchten. <2967>

◀457▶

**SD-Abschnitt Leipzig**

**Inlandslagebericht**

**Leipzig, 25.9.1939**

**StA Lei, SD Abschnitt Leipzig Nr. 1**

*Gegnerarbeit jeder Art*

*II 112*

Die jüdische \*Auswanderung liegt infolge des Krieges vollständig darnieder. Jede Auswanderung in die kriegsführenden Staaten ist unmöglich geworden. So entfällt insbesondere England, das in letzter Zeit als Zwischenwanderungsland eine gewisse Rolle spielte. Aber auch eine Einwanderung nach den neutralen Staaten ist nur in ganz wenigen Einzelfällen möglich. Soweit sich bisher übersehen läßt, erteilen die Konsulate der neutralen Staaten zwar hier und da noch Einwanderungvisen, diese sind aber wesentlich schwieriger als früher zu erhalten.

Die Einwanderungvisen nach den Vereinigten Staaten werden in dem gleichen beschränkten Umfange weiterentwickelt. Auch die süd- und mitteleuropäischen Länder arbeiten anscheinend in der bisherigen Weise weiter.

Die Durchführung der Auswanderung wird aber durch den erheblichen Mangel an Schiffspassagen infolge Ausfalles oder Einschränkung vieler Schifffahrtslinien fast vollständig unterbunden. Erschwerend tritt hinzu, daß es unmöglich ist, Schiffspassagen gegen Reichsmarkzahlung zu erhalten.<sup>4</sup>

Dieser Umstand wirkt sich umso hinderlicher aus, als durch die Einführung der Devisenbewirtschaftung in England und Frankreich Devisenbeträge für die Schiffspassagen aus diesen Ländern nicht mehr zu erhalten sind. Ebenso wird infolge der schlechten Postverbindungen nach den überseeischen Ländern für die Beschaffung von Devisenbeträgen von dort ansässigen Verwandten oder Freunden erhebliche Zeit beansprucht.

Auch die Möglichkeit einer Zwischenwanderung nach Italien ist in Wegfall gekommen. <2968>

◀458▶

**SD-Außenstelle Worms**

**Politischer Stimmungsbericht**

**Worms, 14.9.1939**

**HStA Wi, Abt. 483 Nr. 7117**

Die Haltung der Juden wird nach Tagen einer vorübergehenden Beruhigung erneut wieder einheitlich nahezu im gesamten Dienstbereich beanstandet. In Worms wurde es von Teilen der Bevölkerung außerordentlich unangenehm

---

<sup>4</sup> Ein großer Teil der Finanzierung der \*Auswanderung wurde in Devisen von der \*Reichsvereinigung und anderen \*Auswanderungsorganisationen in Deutschland, sowie von ausländischen Hilfsorganisationen wie \*HIAS, \*HICEM und vor allem \*Joint Distribution Committee übernommen.



empfunden, daß die Juden durch die Lebensmittelkarten jetzt wieder in allen Geschäften einkaufen und mit einer auffälligen Sicherheit auftreten. Von den Geschäftsleuten wurde bisher in allen Fällen der Jude sofort normal behandelt und bedient.<sup>5</sup> In einem Falle wurde in Worms auf Verweise von Volksgenossen durch den bis jetzt noch nicht namentlich festgestellten Juden erwidert: „Jetzt bekommen wir wieder Oberwasser.“ Die öffentliche Ablehnung der Juden wird am aktivsten z.Zt. im Kreise Alzey betrieben. Ohne daß hinreichend sachlicher Grund vorliegen würde, wird dort immer wieder die Absicht und der Wunsch auf Selbsthilfemaßnahmen<sup>6</sup> geäußert.

In Bingen wurde erzählt, daß verschiedene alte Kämpfer bei dem dortigen Kreisleiter wegen einer beabsichtigten Judenaktion vorgesprochen hätten, dabei aber entschieden abschlägig beschieden worden seien. <2972>

◀459▶

Gestapa II A

Meldungen zur Lageberichterstattung

Berlin, 14.9.1939

BArch, R 58/3065

Am 10. und 11. Sept. wurden im Zentrum Leipzigs mehrere Flugzettel gefunden, die im Vervielfältigungsverfahren hergestellt sind, und folgende Aufschrift tragen:

„Siegesgewissheit!

Allen Bedrückten, Juden oder Christen, helfen nur die Kommunisten!<sup>7</sup> Sie allein kämpfen gegen Unterdrückung und Not und schlagen das System der Reichen tot! Trotz aller Verleumdung, aller Lügen wird der Fortschritt siegen!“ <2975>

◀460▶

Stapostelle Köln

Zuweisung von besonderen Lebensmittelgeschäften für Juden

Köln, 29.9.1939

BArch, R 58/544

Die Zuweisung von besonderen Lebensmittelgeschäften für Juden<sup>8</sup> ist hier bereits seit dem 25.9.39 durchgeführt. Es sind dabei 50 Geschäfte vorgesehen worden mit einer durchschnittlichen Kundenzahl von 40-60 Juden pro Geschäft. Da man glaubte, einem Händler nicht zumuten zu dürfen, daß er auf Grund dieser Zuweisung auf seine \*arische Kundschaft verzichten sollte, mußte der Kreis der Geschäfte so groß gezogen werden. Die jüdische Kundschaft wird nur in einer bestimmten Zeit, morgens zwischen 8 und 9.30 Uhr abgefertigt.

Schwierigkeiten sind teilweise dadurch entstanden, daß sich verschiedene Geschäftsinhaber gesträubt hatten, jüdische Kundschaft zu bedienen. Sie wurden durch die PO dahingehend belehrt, daß ihnen durch diese Maßnahme keine Nachteile erwachsen würden. Über die Auswirkung der Zuteilung werde ich zu gege-

---

<sup>5</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden.

<sup>6</sup> Vgl. Zeittafel, 7. September 1939, Erlaß des \*Gestapa zur Unterbindung von Ausschreitungen und \*Einzelaktionen.

<sup>7</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden, sowie \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>8</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden.

bener Zeit nach dort Bericht erstatten. [...]

<2978>

◀461▶

**Regierungspräsident von Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für September 1939**

Regensburg, 9.10.1939

BayHStA, StK 106673

*Juden*

Die Juden sind nicht besonders in Erscheinung getreten. In Weiden sind die früher sehr zahlreichen Juden bis auf 15 aus- oder abgewandert;<sup>9</sup> diese letzten sollen gemeinschaftlich in einem städtischen Gebäude untergebracht werden.<sup>10</sup> [...] <2980>

◀462▶

**NSDAP Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen  
Stimmungsbericht**

Kitzingen, 4.9.1939

StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 8

Die Juden im gesamten Kreisgebiet zeigen ein freches Benehmen. Anscheinend hören sie ausländische Sender. Es wäre Zeit, die gesamten Juden in ein \*Konzentrationslager zu stecken und ihnen die Rundfunkgeräte zu entziehen.<sup>11</sup> <2986>

◀463▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für September 1939**

Ansbach, 6.10.1939

BayHStA, StK 106678

*Allgemeines*

*Stimmung der Bevölkerung, öffentliche Sicherheit und dergl.*

[...] Im Monat September wurden insgesamt 63 Personen in \*Schutzhaft genommen:

polnische Juden 25<sup>12</sup> [...]

*Juden*

1) Versammlungen und sonstige Veranstaltungen jüdischer Vereine und Organisationen haben im Berichtsmonat nicht stattgefunden.<sup>13</sup>

2) Auf Grund des Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei vom 7.9.39<sup>14</sup> wurden alle männlichen Juden polnischer Staatsangehörigkeit festgenommen. Ihre Zahl war 28. Gleichzeitig wurde den Familienangehörigen dieser Juden die Auflage erteilt, den Wohnort nicht ohne Zustimmung der \*Geheimen Staatspolizei zu verlassen. Das Vermögen der Juden polnischer Staatsangehörigkeit wurde sichergestellt.

3) Durch Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei vom 9.9.1939<sup>15</sup> wurde den Juden der Ausgang nach 20 Uhr verboten, außerdem war den jüdischen \*Gemeinden mitzuteilen, daß sie sich selbst Luftschutzräume zu bauen haben.

4) Ab 25.9.1939 wurden die in den Städten Nürnberg und Fürth wohnhaften

---

<sup>9</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.

<sup>10</sup> Vgl. Zeittafel, 30. April 1939.

<sup>11</sup> Vgl. Zeittafel, 20. September 1939.

<sup>12</sup> Vgl. \*Ostjuden, sowie \*Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland.

<sup>13</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>14</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>15</sup> Vgl. Zeittafel, 9. September 1939, Erlaß \*Heydrichs.

Juden für den Bezug von Lebensmitteln (Brot, Fleisch, Milch, Kolonialwaren, Obst und Gemüse) bestimmten Einzelhandelsgeschäfte zugeteilt. Diese Regelung wurde im Benehmen mit der Gauleitung Franken der NSDAP und dem Wirtschaftseinzelhandelsverband getroffen. Grundsätzlich dürfen die Juden von Montag bis Freitag jeder Woche in der Zeit von 15 bis 17 Uhr Einkäufe in den ihnen bezeichneten Geschäften tätigen, Milch kann außerdem am Samstag und Sonntag jeweils in der ersten Geschäftsstunde am Vormittag eingekauft werden. Insgesamt sind in Nürnberg 60 und in Fürth 20 Einzelhandelsgeschäfte für die Abgabe der Lebensmittel an Juden bestimmt worden. Durchschnittlich ist jedes solches Geschäft für die Belieferung von 150 bis 200 namentlich bezeichneten Juden zuständig.<sup>16</sup>

5) Auf Grund eines Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei vom 20.9.1939<sup>17</sup> wurden am 23.9.1939 die Rundfunkapparate der Juden beschlagnahmt. Durch diese Maßnahme wurden ca. 400 Rundfunkapparate im Regierungsbezirk erfaßt und bei der Geheimen Staatspolizei Nürnberg-Fürth bzw. bei den Landratsämtern sichergestellt.

6) Die noch im Regierungsbezirk wohnhaften Juden benehmen sich im allgemeinen unauffällig und kommen den gegen sie getroffenen Anordnungen nach. Die jüdischen \*Kultusgemeinden und die ihnen angeschlossenen Auswanderungsberatungsstellen waren auch im Berichtsmonat bemüht, im Rahmen der ihnen zukommenden Aufgabe, die \*Auswanderung der noch im Inland befindlichen Juden zu fördern. Schwierigkeiten in der Auswanderung ergaben sich dadurch, daß die Schifffahrtslinien in der Nord- und Ostsee ihren Betrieb wegen des Kriegszustandes einstellen mußten. Das Bestreben der Juden ist neuerdings darauf gerichtet, über neutrale Staaten, insbesondere über Italien und Ungarn, aus Deutschland auszuwandern. Allerdings sind auch von diesen Ländern aus die Reisemöglichkeiten nach Afrika und Übersee noch sehr beschränkt. Trotzdem hat die Zahl der Auswanderer im Berichtsmonat, im Vergleich zum Vormonat, eine kleine Steigerung erfahren. Im September 1939 sind 164 Personen (Juden) ausgewandert, während es im August 1939 nur 102 Juden waren. <2981>

◀464▶

**Regierungspräsident Pfalz  
Bericht für September 1939**

Speyer, 10.10.1939

BayHStA, StK 106676

*Juden*

Aus dem Landkreis Germersheim wird gemeldet, daß ein großer Teil der dort noch ansässigen Juden seinen Aufenthalt in benachbarte Großstädte, z.B. Mannheim, Frankfurt a.M. oder Wiesbaden verlegt hat [sic].<sup>18</sup>

Der Jude [N.N.] hat sich in seiner Gefängniszelle in Ludwigshafen a. Rhein erhängt.<sup>19</sup> Er war in Untersuchung wegen \*Rassenschande. <2982>

<sup>16</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden.

<sup>17</sup> Vgl. Zeittafel, sowie <2986>.

<sup>18</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>19</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

◀465▶

NSDAP Kreisschulungsamt Lahr  
Weltanschaulicher Bericht

Lahr, 3.10.1939

GLA Ka, 465 d Nr. 158

Die Gottesdienste waren, in Anbetracht der Kriegsergebnisse, stark besucht. Da und dort waren Bemerkungen insbesondere von älteren Personen zu hören, die den Krieg als eine Strafe für die Behandlung der Juden erklärten. Darin ist eine Auswirkung des Einflusses der oppositionellen Geistlichkeit zu erkennen.<sup>20</sup> <2984>

◀466▶

NSDAP Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen  
Stimmungsbericht

Kitzingen, 1.9.1939

StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 8

[...] Die Haltung der Juden erregt in diesen, wie schon in den Tagen vorher, den Unwillen vieler Volksgenossen und hauptsächlich der Parteigenossen, weil sie sehr demonstrativ ihre Freude darüber zur Schau tragen, daß nun der „Tag der Rache“ doch vielleicht nahe sei. <2985>

◀467▶

NSDAP Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen  
Stimmungsbericht

Kitzingen, 11.9.1939

StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 8

In Kitzingen und Marktbreit kam es am Wochenende zu Tötlichkeiten gegen die Juden.<sup>21</sup> In Kitzingen wurde der berüchtigte Jude Moses Meier verprügelt. Der Täter wurde in \*Schutzhaft genommen, jedoch sofort auf Betreiben der Partei wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Anzeige wurde nicht erstattet.

In Marktbreit hat sich vor dem Hause eines Juden eine über 100 Mann zählende empörte Volksmenge versammelt, die des Juden Haushälterin, eine Deutsche aus Veitshöchheim, herausholte. Es gingen ein paar Fensterscheiben und sonstige kleine Bauteile in Trümmer. Der Jude selbst nahm keinen Schaden. Die pflichtvergessene Haushälterin wurde innerhalb 1 Stunde von ihrem Sohn per Kraftwagen abgeholt.

Nichtsdestoweniger muß nach wie vor eine starke Spionagetätigkeit der Juden festgestellt werden. Die Juden treiben sich nach wie vor sehr viel am Bahnhof herum, ebenso an den Hauptverkehrsstraßen, die von durchziehenden Truppen befahren werden. Auch wandern die Juden viel von Dorf zu Dorf und besuchen zum Teil draußen auf dem Land schon wieder die Gastwirtschaften. [...]

Es ist nach meinem Dafürhalten an der Zeit, endlich sämtliche Juden in einem \*Konzentrationslager zusammenzufassen, um aber auch wirklich nicht mehr mit deutschen Volksgenossen in Berührung treten zu können. [...] <2988>

---

<sup>20</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>21</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

◀468▶

Gendarmerie Sandberg  
Bericht für September 1939

Sandberg, 28.9.1939

StA Wü, LRA Bad Neustadt 21908

[...] Die Erkenntnis, daß nur der Jude die Schuld am Kriege hat, ist überall durchgedrungen. [...] <2990>

◀469▶

Gendarmerie Unsleben  
Bericht für September 1939

Unsleben, 28.9.1939

StA Wü, LRA Bad Neustadt 21908

In der Nacht vom 23./24.9.39 haben mehrere Täter sich Einlaß in die Wohnung des jüdischen Kaufmanns Max Donnerstag in Unsleben verschafft und haben dann den Donnerstag körperlich mißhandelt.<sup>22</sup> Anzeige wurde dem Amt zur Vorlage gemacht. <2991>

◀470▶

V-Mann des SD<sup>23</sup> im Raum Münster  
Berichterstattung über die Stimmung in der Bevölkerung

o.O., 5.9.1939

StdA Ms, Amt 43 E Nr. 18

*Allgemeine Stimmung*

[...] Alle Juden würden konzentriert, nach einer Äußerung sogar Erschießung aller jüdischen Männer [sic]. <2992>

◀471▶

V-Mann des SD<sup>24</sup> im Raum Münster  
Berichterstattung über die Stimmung in der Bevölkerung

o.O., 6.9.1939

StdA Ms, Amt 43 E Nr. 18

*Juden*

In den letzten Tagen hat sich eine große Erbitterung in der Bevölkerung – selbst im KA – gegen die Juden breit gemacht, so daß mit \*Einzelaktionen gerechnet werden muß. Man spricht schon davon, die Juden einzusperren oder an die Wand zu stellen, für jeden gefallenen Deutschen 10 Juden. <2993>

◀472▶

RSHA, Amt III (SD)  
Bericht zur innenpolitischen Lage

Berlin, 23.10.1939

Boberach, S. 381f.

*Gegner*

[...] Der Hilfsprediger Riedesel, Königsberg, der Anhänger der \*Bekennnisfront ist, führte anläßlich einer Predigt im Zusammenhang mit dem Gleichnis vom Barmherzigen Samariter aus: „Ein Verwundeter liegt im Straßengraben, ein eleganter Wagen mit einem Mann in schöner Uniform kommt vorbei, der Mann

---

<sup>22</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>23</sup> Der Berichtskopf besteht aus einer Ziffernkombination. Der SD hatte seine V-Männer mit Nummern codiert.

<sup>24</sup> Vgl. Anm. 23.

bekleidet viele Ämter des Staates oder der Partei. Dem Verwundeten leistet er keine Hilfe, weil er dadurch kostbare Zeit verlieren würde. Ein weiterer Wagen kommt vorbei, der ebenfalls keine Hilfe leistet. Erst der dritte, ein Jude mit einem Klappwagen, erbarmt sich des Verwundeten und nimmt ihn mit.“ (\*Staatspolizei verständigt.) <2995>

◀473▶

RSHA, Amt III (SD)

Bericht zur innenpolitischen Lage

Berlin, 25.10.1939

Boberach, S. 390f.

*Gegner*

[...] In der Ostmark hat die *Umsiedlung der Juden* begonnen. Ungefähr 3.000 Juden wurden mit den ersten drei Transporten nach Polen abgeschickt.<sup>25</sup> Sie erhielten von der israelitischen \*Kultusgemeinde in Wien Werkzeuge zum Aufbau eines Barackendorfes in Polen, und es wurde ihnen von den deutschen Behörden erlaubt, für die ersten 4 Wochen Lebensmittel mitzunehmen. – In Meppen versuchten jüdische \*Viehhändler, sich inoffiziell wieder an den Viehmärkten zu beteiligen. (Staatspolizeiliche<sup>26</sup> Ermittlungen laufen.) <2996>

◀474▶

SD-Abschnitt Leipzig

Inlandslagebericht

Leipzig, 13.10.1939

StA Lei, SD Abschnitt Leipzig Nr. 2

*Gegnerarbeit jeder Art*

Über die \*Auswanderung der Juden aus Deutschland herrschen im allgemeinen Unklarheiten. An sich ist die Zahl der hierfür in Frage kommenden Juden gering. Von der \*Stapo werden der Auswanderung keine Widerstände entgegengesetzt, während das Ausländermeldeamt durch hinzögernde Bearbeitung Schwierigkeiten bereitet und eine Auswanderung dadurch in Frage stellt. Die Auswanderungen werden, da keine Transferierungen<sup>27</sup> mehr erfolgen, von jüdischen Verwandten im Ausland bezahlt.

Neuerdings ist es auch möglich, über die \*Hicem in Paris Devisen in begrenzter Menge zu erhalten, wofür die auswanderungswilligen Juden den entsprechenden Gegenwert in RM für die Arbeit der \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zur Verfügung stellen müssen.

Es erhebt sich die Frage, ob durch die augenblicklichen Umstände aus nachrichtendienstlichen Gründen eine jüdische Auswanderung, die an sich nur ganz unbedeutend ist, überhaupt zu fördern ist. Eine klare Entscheidung in dieser Hinsicht ist unbedingt nötig, da bei Verzögerung der Auswanderungsbearbeitung durch irgendeine Behörde die im Ausland aufgebrachten Gelder verfallen und so der Auswanderung entzogen werden.

Die Auswanderungskosten werden durch Erhöhung der Passagierpreise erheblich verteuert. So erheben die holländischen Schifffahrtslinien 40%, die schwedi-

---

<sup>25</sup> Vgl. Zeittafel 18.-27. Oktober 1939.

<sup>26</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>27</sup> Vgl. \*Ha'avara.

schen 60% und die norwegischen nahezu 100% Kriegszuschlag für die in Devisen zu zahlenden Passagen. <2997>

◀475▶

**SD-Abschnitt Leipzig  
Inlandslagebericht**

Leipzig, 22.10.1939

StA Lei, SD Abschnitt Leipzig Nr. 1

*Gegnerarbeit jeder Art*

Im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister der Reichsmessestadt Leipzig und dem Kreisleiter der NSDAP, Leipzig, sind nunmehr Maßnahmen für den Einkauf der Juden in besonders bestimmten Geschäften durchgeführt worden.<sup>28</sup> Die eingesammelten Haushaltlisten gelangen direkt an das Amt zur Förderung des Wohnungsbaues Leipzig, das die Ausgabe der Lebensmittelkarten an Juden zentral vornimmt. Die Ausgabe erfolgt auch für Ausländer. Inländische Juden, Polen, Tschechen, Slowaken und auch deren arische Hausangestellte erhalten die Lebensmittelkarten abgestempelt mit einem „J“, während die ausländischen Juden die Karten ohne dieses „J“ erhalten. Im übrigen wird bei \*Mischehen nach den Vorschriften über das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden<sup>29</sup> verfahren, d.h.:

1. Ist der Haushaltsvorstand \*Arier, die Ehefrau Jüdin, und sind Kinder nicht vorhanden, dann gilt der Haushalt als arisch.

2. Ist der Haushaltsvorstand Jude, die Ehefrau Arierin und sind keine Kinder vorhanden, dann gilt der Haushalt als jüdisch.

3. Ist einer der Eltern Jude, der andere Arier und sind Kinder vorhanden, die Deutsche, \*Mischlinge I. Grades sind (also nicht mosaich erzogen), dann gilt der Haushalt als arisch.

4. Ist einer der Eltern Jude, der andere Arier und sind Kinder vorhanden, die mosaich erzogen werden, dann gilt der Haushalt, auch wenn der Mann Arier ist, als jüdisch. [...] <3000>

◀476▶

**SD-Abschnitt Leipzig  
Inlandslagebericht**

Leipzig, 25.10.1939

StA Lei, SD Abschnitt Leipzig Nr. 1

*Lage auf den Lebensgebieten*

[...]

II 22<sup>30</sup>

In Rechtswahrerkreisen verschiedentlich Meinung, daß die Durchführungs-VO über Sühneleistung der Juden vom 19.10.ds.J.<sup>31</sup> (RGBl, I Nr. 207) nur ein Mittel sei, dem Reich neue Geldquellen zu verschaffen; die Vermögensabgabe von RM 1.000.000.000<sup>32</sup> schon längst in voller Höhe von den Juden eingezogen. <3001>

<sup>28</sup> Vgl. Zeittafel, 12. September 1939.

<sup>29</sup> Vgl. Zeittafel, 30. April 1939.

<sup>30</sup> Abteilung für Gemeinschaftsleben im SD.

<sup>31</sup> Vgl. Walk, Sonderrecht, S. 307 Nr. 23.

<sup>32</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938.

◀477▶

**Stapostelle Köln  
Ausweisung von Juden**

**Köln, 10.10.1939**

**HStA Dü, RW 18-3**

Es ist festgestellt worden, daß in den letzten Monaten ein starker Zuzug von Juden im Stadtgebiet Köln und Umgebung erfolgte. Der Zuzug dieser unerwünschten Elemente ist in staatspolitischer, militärischer und insbesondere wirtschaftlicher Hinsicht nicht zu tragen.

Ich habe daher die [sic] jüdische \*Synagogengemeinde in Köln die Anweisung erteilt, dafür Sorge zu tragen, daß alle Juden, die nach dem 1.7.1939 in Köln und Umgebung zugezogen sind,<sup>33</sup> bis zum 20. Oktober 1939 ihren neuen Wohnort verlassen müssen. Falls Juden aus dem Regierungsbezirk Köln hier zugezogen sind, so sind diese wieder in ihren früheren Wohnort zuzulassen. Juden, die von außerhalb des Regierungsbezirkes Köln hier zugezogen sind, ist gleichfalls der Aufenthalt im Regierungsbezirk Köln aus den vorgenannten Gründen untersagt. Die Ortspolizeibehörden bzw. Einwohnermeldeämter ersuche ich, für die Zukunft alle sich von auswärts meldenden Juden abzuweisen mit der Begründung, daß ein Zuzug nicht geduldet werden kann.

Juden – ab 16 Jahren – die trotzdem im Regierungsbezirk Köln neu zuziehen und sich weigern, den neuen Wohnort zu verlassen, sind in den Landkreisen von den Kreispolizeibehörden unverzüglich festzunehmen. Von jeder derartigen Festnahme ist sofort nach hier Meldung zu erstatten. In den Stadtkreisen Köln und Bonn erfolgt die \*Inschutzhaftnahme durch die \*Staatspolizei. <3007>

◀478▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Oktober 1939**

**Ansbach, 7.11.1939**

**BayHStA, StK 106678**

*Juden*

Versammlungen und sonstige Veranstaltungen jüdischer Vereine und Organisationen haben nicht stattgefunden.<sup>34</sup>

Das auf Grund des Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei vom 7.9.1939 sichergestellte Vermögen der Juden polnischer Staatsangehörigkeit<sup>35</sup> ist nunmehr für die Bezahlung von Steuerrückständen und die Bestreitung des Lebensunterhaltes der Familienangehörigen dieser Festgenommenen fast aufgebraucht.

Die auf Grund [des] Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei vom 20.9.1939<sup>36</sup> beschlagnahmten Rundfunkapparate der Juden wurden weisungsgemäß an die Dienststellen der Wehrmacht abgegeben.

Im Berichtsmonat sind in Nürnberg eine Anzahl evakuierter Juden aus der Rheinpfalz und Baden eingetroffen. Sie stammen aus der Räumungszone West und wurden in den Wohnungen hier wohnhafter Juden untergebracht.<sup>37</sup> Die Betreuung und Versorgung dieser jüdischen Flüchtlinge hat die israelitische \*Kultusgemeinde

---

<sup>33</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>34</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>35</sup> Vgl. Zeittafel, 7. September 1939, Erlaß \*Heydrichs.

<sup>36</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>37</sup> Vgl. \*Binnenwanderung, nach Kriegsausbruch.



Nürnberg in Händen. Die noch im Regierungsbezirk wohnhaften Juden verhalten sich unauffällig und kommen den gegen sie getroffenen Anordnungen nach. Die jüdischen Kultusgemeinden und die ihnen angeschlossenen Auswanderungsberatungsstellen waren auch im Berichtsmonat bemüht, im Rahmen der ihnen zukommenden Aufgaben die \*Auswanderung der noch im Inland befindlichen Juden zu fördern. Es ergeben sich aber dabei nun ziemliche Schwierigkeiten, weil die Einwanderung in fast allen Ländern gesperrt ist. Nach Nordamerika und \*Palästina, die noch Juden einwandern lassen, bestehen augenblicklich fast keine Schiffsverbindungen, infolge dieser Umstände ist im Berichtsmonat die Zahl der jüdischen Auswanderer stark zurückgegangen. Im Oktober 1939 sind 18 Juden ausgewandert, während es im Vormonat noch 164 waren. Die vorliegenden Anträge auf Erteilung eines Auswandererreisepasses beweisen, daß auch jetzt noch bei den Juden das Bestreben besteht, baldigst aus Deutschland auszuwandern.

Im Berichtsmonat wurde gegen 71 im Auslande wohnhafte jüdische Emigranten von der Stapostelle Nürnberg-Fürth Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt. <3010>

◀479▶

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für Oktober 1939**

**Augsburg, 8.11.1939**

**BayHStA, StK 106683**

*Juden*

[...]

2. In Ichenhausen, Landkreis Günzburg, wurden jeweils während der Nachtstunden von unbekanntem Tätern gegen Juden \*Einzeltaktionen unternommen, wobei Ruhestörungen, Sachbeschädigungen und auch Entwendungen von Lebensmitteln verübt wurden. Es handelt sich um eine Rückwirkung auf die in Polen an Deutschen verübten Greuel. [...] <3012>

◀480▶

**SD-Außenstelle Bad Kissingen  
Bericht**

**Bad Kissingen, 27.11.1939**

**StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 11/1**

In Bad Kissingen wird z.Zt. das Problem der ehemaligen polnischen Gebiete eifrig besprochen. U.a. wird erzählt, daß die Juden samt und sonders im Raume zwischen San und Bug um Lublin angesiedelt würden. Dieses Gebiet soll etwa 300 km groß sein. In diesem Gebiet sollen bereits Juden aus Österreich und der Tschechei eingetroffen sein.<sup>38</sup> Jeder Jude dürfe den Betrag von RM 150 Bargeld mitbringen, der Rest ihres Vermögens werde eingezogen und an minderbemittelte Juden verteilt, die ebenfalls einen Betrag von RM 150 aus den eingezogenen Geldern ihrer Glaubensgenossen erhielten. Weiter sei ihnen gestattet, ein Wäschepaket mit in das Siedlungsgebiet zu bringen. Gleichzeitig wird erzählt, daß alle in Polen lebenden Zigeuner und Vagabunden in dieses Siedlungsgebiet abgeschoben würden, aus dem es kein Zurück mehr gebe, es sei denn, die Insassen des Siedlungsgebietes betreiben ihre Auswanderung nach Rußland.

---

<sup>38</sup> Vgl. Zeittafel, 18.-27. Oktober 1939.

Diese Maßnahmen werden unter den Parteigenossen und einem großen Teil der Vg. begrüßt und es werden Vorschläge laut, daß auch die Juden, die noch innerhalb Deutschlands leben, ihren Marsch in dieses Gebiet antreten sollen.<3025>

◀481▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für November 1939**

Ansbach, 7.12.1939

BayHStA, StK 106678

*Juden*

1) Der Landkreis Hilpoltstein, der bisher frei von Juden war, erhielt nun 100 polnische jüdische Kriegsgefangene, die beim Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals eingesetzt werden. Sie sind in einem Lager untergebracht und auch von sonstigen Polen getrennt. Nichtjüdische Polen schimpfen über diese Juden und erklären, daß nur diese in Polen die Schandtaten an Deutschen und deutschen Gefangenen begangen hätten.

2) Nach dem Attentat im Bürgerbräukeller<sup>39</sup> fanden in den Gemeinden Adelsdorf und Mühlhausen, Lkr. Höchstadt a.d.Aisch, \*Einzelaktionen gegen Juden statt. Nach sofortiger Aufklärung der Bevölkerung, die die Juden loshaben möchte, ist Ruhe eingetreten.

3) Versammlungen und sonstige Veranstaltungen jüdischer Vereine und Organisationen haben im Berichtsmonat nicht stattgefunden.<sup>40</sup> 30 Juden aus dem Freimachungsgebiet, die in Nürnberg und Fürth eintrafen, wurden durch die jüdischen \*Kultusgemeinden in den Wohnungen von Rassegenossen untergebracht.<sup>41</sup>

Die \*Auswanderung der noch hier ansässigen Juden ist in diesem Monat auf 100 (gegenüber 18 im Oktober) gestiegen.

Gegen 58 im Auslande wohnhafte jüdische Emigranten wurde auf Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt.

4) Am 4. November wurden gemäß Verfügung des Chefs der Sicherheitspolizei vom 29.9.1939<sup>42</sup> die in Bamberg noch vorhandenen jüdischen Organisationen aufgelöst und zwar:

- 1) Israelitische Beerdigungsbruderschaft Bamberg,<sup>43</sup>
- 2) Israelitische Frauenchewra Bamberg,<sup>44</sup>
- 3) Israelitischer Turn- und \*Sportverein e.V. Bamberg.

Die Vereine:

- 1) Israelitischer Waisenverein Bamberg und
- 2) Israelitischer \*Frauenverein Bamberg wurden gemäß obiger Verfügung in die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert. <3029>

---

<sup>39</sup> Vgl. Zeittafel, 8. November 1939.

<sup>40</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>41</sup> Vgl. \*Binnenwanderung, nach Kriegsausbruch.

<sup>42</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>43</sup> Vgl. \*Chewra Kaddischa. In Bamberg ca. 1722 gegründet. Vgl. FJGV, S. 270.

<sup>44</sup> Vgl. \*Chewra Kaddischa. In Bamberg 1847 gegründet. Vgl. FJGV, ebda.

◀482▶

**NSDAP Kreisleitung Würzburg  
Stimmungsbericht für November 1939**

Würzburg, o.D.

StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 8

*Bezugscheine und allgemeine wirtschaftliche Fragen*

[...] Von Seiten vieler Vg. wird Klage darüber geführt, daß die Juden auch heute noch in den Omnibussen befördert werden. Bis heute ist noch keine reichsrechtliche Verordnung erlassen worden, die das Befördern von Juden mittels Eisenbahnen, Flugzeugen, Schiffen, Straßenbahnen usw. verbietet. Solange eine solche nicht erfolgt, muß wohl oder übel auch das Befördern von Juden in Omnibussen geduldet werden.<sup>45</sup>

<3039>

◀483▶

**V-Mann des SD im Raum Münster  
Berichterstattung über die Stimmung der Bevölkerung**

o.O., 3.11.1939

StdA Ms, AMt 43 E Nr. 18

*Allgemeine Stimmung*

Die Stimmung in der Bevölkerung ist auch weiterhin gut. An einen Frieden mit England glaubt keiner, da sich jeder sagt, daß der Krieg nicht direkt von England, sondern von den Weltjuden und von der verjudeten englischen Regierung unter allen Umständen gewollt wird.

<3040>

◀484▶

**[SD-Hauptamt] II 112  
Einzelaktionen gegen Juden**

[Berlin], 13.11.1939

StA Wü, LRA Mellrichstadt 1577

Nach Mitteilung der \*Stapo sollen in der letzten Zeit erneut \*Einzelaktionen gegen Juden stattfinden. Diese Aktionen sollen das Ziel haben, die Juden zur beschleunigten Aufgabe ihrer bisherigen Wohnorte zu veranlassen.

Es wird gebeten, dieser Angelegenheit erneut schärferes Augenmerk zu schenken und bei Vorkommen irgendwelcher Einzelaktionen *sofort* Bericht anher zu geben, wenn möglich fernmündlich.<sup>46</sup>

<3041>

◀485▶

**Bericht auf Anfrage**

Nordheim, 16.11.1939

StA Wü, LRA Mellrichstadt 1577

In Nordheim v.d.Rh. wurden von Schulkindern in Folge einer Äußerung der Lehrerin in der Schule – hinter dem Attentat auf den Führer im Bürgerbräukeller<sup>47</sup> steckten die Juden – bei Juden einige Fensterscheiben eingeworfen.<sup>48</sup> Der Versuch einiger älterer Leute, die Judenhäuser abends zu stürmen, wurde durch die Aufmerksamkeit des Bürgermeisters verhindert.

<3041a>

---

<sup>45</sup> Der „Druck von unten“ zur Einführung dieser Einschränkungen ging den amtlichen Anordnungen um fast 2 Jahre voraus. Vgl. Zeittafel 18. September 1941 und 24. April 1942.

<sup>46</sup> Vgl. Erlaß \*Heydrichs zur Unterbindung der Ausschreitungen und Einzelaktionen gegen Juden, Zeittafel 7. September 1939.

<sup>47</sup> Vgl. Zeittafel 8. November 1939.

<sup>48</sup> Vgl. \*Einzelaktionen sowie Anm. 46.

◀486▶

RSHA, Amt III (SD)  
Bericht zur innenpolitischen Lage

Berlin, 6.12.1939

Boberach, S. 541

*Verwaltung und Recht*

[...]

*Nichtanwendung des Gnadenerlasses für die Zivilbevölkerung vom  
9.9.1939 auf Juden*

Im Laufe des Sommers mehrten sich die Fälle, in denen verschiedene Juden sich nicht an die dritte Bekanntmachung über den Kennkartenzwang vom 23.7.1938<sup>49</sup> hielten und den Namen Israel einfach mit „I“ abkürzten unter Weglassung der Kennkartennummer und des Hinweises, daß sie Juden sind, bei Angaben an Behörden. Soweit damals derartige Fälle bekannt geworden sind, wurde regelmäßig der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung Mitteilung gemacht. Kürzlich hat nun das Amtsgericht Leipzig in so einem Fall das Verfahren gegen Juden unter Hinweis auf den Gnadenerlaß des Führers für die Zivilbevölkerung eingestellt. In nationalsozialistischen Rechtswahrekreisen wird diese Entscheidung des Gerichtes als sehr bedenklich angesehen und zur Vermeidung der Wiederholung ähnlicher Fälle angeregt, auf dem Verordnungswege festzulegen, daß der Gnadenerlaß<sup>50</sup> für Juden keine Anwendung findet. <3042>

◀487▶

SD-Abschnitt Bielefeld  
Bericht

o.O., 20.12.1939

StA Det, M 18 Nr. 5

*Verwaltung und Recht*  
*Recht*

Vor der Großen Strafkammer Bielefeld hat eine Verhandlung gegen einige \*SA-Männer stattgefunden, die während der vorjährigen Judenaktion<sup>51</sup> eine Jüdin ausgezogen haben und diese dann nackt haben tanzen lassen. Veranlassung hierfür soll eine vom zuständigen Ortsgruppenleiter ausgesetzte „Prämie“ in Höhe von RM 50 gewesen sein. Das Verfahren ist aufgrund der Führer-Amnestie<sup>52</sup> eingestellt worden. Auswirkungen dieses Urteiles in der Bevölkerung konnten bisher nicht festgestellt werden. <3044>

◀488▶

Stapostelle Bielefeld  
Tagesrapport

Bielefeld, 3.1.1940

StA Det, M 1 IP Nr. 637

[...]

*Sonstiges*

[...]

Am 28.12.1939 wurden

<sup>49</sup> Vgl. Zeittafel, sowie 1. Januar 1939.

<sup>50</sup> Vgl. Zeittafel 9. September 1939.

<sup>51</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>52</sup> Vgl. Anm. 50.

1) der Ortsbauernführer Franz *Husemann*, geb. 24.11.1881, in Frohnhausen, wohnhaft in Frohnhausen Nr. 35, Krs. Marburg, und

2) der led. Jude Hermann *Israel Löwenstein*, geb. 20.8.1891 in Frohnhausen, wohnhaft Frohnhausen Nr. 33, Krs. Marburg

festgenommen. Husemann hat einen bei ihm beschäftigten polnischen Kriegsgefangenen während der Arbeitszeit Zivilkleidung zur Verfügung gestellt und ihn gleichzeitig mit 3 einquartierten deutschen Soldaten und einem Knecht an einem Tisch verpflegt, während er mit seiner Familie an einem anderen Tisch das Mittagessen einnahm. Am 21.12.1939 hat er ferner den Juden Löwenstein mittags zusammen an einem Tisch mit den Soldaten und dem Kriegsgefangenen die Mahlzeit einnehmen lassen. Weiter hat er bis in die jüngste Zeit hinein mit dem Juden Löwenstein freundschaftlich verkehrt, diesen am 20.12.39 bei sich übernachten lassen und auch verpflegt. Husemann hat somit in grober Weise gegen die Richtlinien über die Behandlung der Kriegsgefangenen und gegen das gesunde Volksempfinden verstoßen. In politischer und krimineller Hinsicht ist er bisher nicht nachteilig in Erscheinung getreten. Er ist seit 1937 Mitglied der NSDAP.

Ich habe Husemann vorläufig in Polizeihaft genommen und werde nach Abschluß der Ermittlungen weitere Entscheidung treffen. [...]

<3045>

◀489▶

#### Auswanderungsberatungsstelle Köln<sup>53</sup>

#### Bericht für Oktober, November und Dezember 1939

Köln, o.D.

HStA Dü, RW 36-20

Die Inanspruchnahme der Auswanderungsberatungsstelle ist infolge der Kriegsverhältnisse und der damit verbundenen geringen Auswanderungsmöglichkeiten um die Hälfte gegenüber dem Vorvierteljahr zurückgegangen. Ein Vergleich läßt sich allerdings nur schwer anstellen, da zwei Monate des Vorvierteljahres noch in die Vorkriegszeit fallen. [...]

Die *Judenauswanderung*<sup>54</sup> ist durch die Zeitverhältnisse in mancherlei Hinsicht erschwert. Durch gute Fühlungnahme mit den verschiedensten Dienststellen gelang es uns aber, die Judenauswanderung in der gewünschten Weise zu fördern; u.a. waren wir bei der Beschaffung von Papieren behilflich. So hatten z.B. Juden nach vorgenommenen Wohnsitzwechsel häufig Schwierigkeiten, Führungszeugnisse, steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen, Geburts- Heirats- und ähnliche Urkunden seitens der früher für sie zuständigen Behörden zu erhalten. In der Regel waren die Antragsteller zu einem Konsulat zur Visumerteilung vorgeladen und standen bereits kurz vor dem Vorladungstermin, ohne indessen die zur Erlangung des Passes notwendigen Papiere zu besitzen. Durch unser Eingreifen war dann die Einhaltung des Termines möglich.

Wiederholt konnten wir die Wahrnehmung machen, daß Paß- und andere Dienststellen der Auffassung waren, die Judenauswanderung ließe sich infolge der Zeitverhältnisse nicht durchführen, sodaß sie aus diesem Grunde Schwierigkeiten machten. [...]

<sup>53</sup> Frühere Zweigstellen Köln und Düsseldorf des Reichswanderungsamtes. Betreuungsgebiet: Rheinprovinz und die westfälischen Regierungsbezirke Münster und Arnberg.

<sup>54</sup> Vgl. \*Auswanderung.

Ein Kapitel für sich bilden die christlichen Nichtarier, die rassemäßig Juden sind und den Behörden gegenüber als solche gelten, von den jüdischen Stammesbrüdern aber nicht anerkannt werden und daher auch keine Hilfe von jüdischer Seite zu erwarten haben. Katholischer Nichtarier nimmt sich der St. \*Raphaelsverein an, evangelischer bestimmte evangelische Stellen.<sup>55</sup> Es war uns möglich, für eine Anzahl Nichtarier christlichen Glaubens Paßbefürwortungen auszustellen, da die Auswanderung in absehbarer Zeit gesichert erschien. [...]

Eine im Oktober 1939 durchgeführte statistische Erhebung über die Glaubensjuden im Altreich und Sudetengau hatte das nachstehend mitgeteilte Hauptergebnis:

1. Erfafßt wurden im Altreich einschl. Sudetengau über 185.000 Personen, und zwar über 77.000 Männer und annähernd 108.000 Frauen,<sup>56</sup> im wesentlichen \*Glaubensjuden. Da, insbesondere in den Großstädten, nicht alle Juden von den Fragebogen erreicht werden konnten, und einschl. nicht dem jüdischen Religionsbekenntnis angehörige \*Nichtarier, dürfte sich die Gesamtheit der Juden im Sinne der \*Nürnberger Gesetze auf rund 240.000 belaufen. Die auf Berlin entfallende Zahl dürfte 95.000 betragen.

2. Zu den Bezirken, in denen nach der Stadt Berlin die meisten Juden leben, gehören Köln (Rheinland, Westfalen) und Frankfurt a/Main (Hessen und Hessen-Nassau). Die nächste Gruppe umfaßt Hamburg (Hansestädte, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Hannover und Braunschweig), Breslau (Schlesien), München (Bayern) und Stuttgart (Baden, Württemberg und Pfalz): Die dritte Gruppe wird durch Leipzig (Provinz Sachsen, Thüringen, Sachsen und Sudetengau) gebildet und die geringsten Zahlen weisen schließlich die Bezirke Königsberg (Ostpreußen) und Berlin-ohne Stadt Berlin-(Brandenburg und Pommern) auf.

Die Erhebung hat erwünschtes Material auch für die Frage geliefert, ob und wieweit es in Betracht kommt, die in zum Teil ganz geringer Zahl zerstreut wohnenden Juden in den Zusammenhang größerer Gemeinden zu bringen. Es wohnen nämlich weniger als 10% der Gesamtzahl in zusammen 1.800 Orten, während über 90% ihren Wohnsitz in 200 Orten haben.

3. Für die Glaubensjuden dürfte sich der Überschufß der Sterbefälle über die Geburten in diesen Jahren auf etwa 36.000 bis 38.000 belaufen. Ausgewandert sind also in dieser Zeit aus dem Altreich annähernd eine Viertelmillion Juden. Allein im Jahre 1938 und 1939 dürften nicht weniger als 100.000 Juden Deutschland verlassen haben.

Nach dieser Erfahrung ergaben sich für die Rheinprovinz und Westfalen 10.280 männliche und 13.342 weibliche, zusammen also 23.622 Personen. Zahlenmäßig kommt dieser Bezirk sofort hinter Berlin, und er macht 12,74% des Gesamtstandes der Juden im Altreich einschl. Sudetengau aus.

Nach unseren Erfahrungen müssen wir in unserem Betreuungsgebiet noch eine erhebliche Anzahl Personen hinzurechnen, um auf die endgültige Zahl der nach den \*Nürnberger Gesetzen als Juden zu rechnenden bzw. zu Behandelnden

---

<sup>55</sup> Vgl. \*Reichsverband der nichtarischen Christen e.V.

<sup>56</sup> Gemäß der Volkszählung vom 17. Mai 1939 lebten damals im Altreich (in den Grenzen von 1937) 233.646 Juden im Sinne der \*Nürnberger Gesetze, 52.005 \*Mischlinge ersten Grades und 32.699 Mischlinge zweiten Grades. Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band 552, Heft 4; zit. nach Blau, Ausnahmerecht, S. 10.

zu kommen. Es handelt sich hierbei um jüdische Freidenker, getaufte Juden und deutschblütige Frauen, die mit Juden kinderlos verheiratet sind. Es dürften deshalb zu den 23.622 Personen noch einige tausend hinzuzurechnen sein. <3049>

◀490▶

**Stapostelle Bremen**  
**Stimmungs- und Lagebericht**

**Bremen, 8.2.1940**

**StA Br, 3-M.2.h.3 ad Nr. 8**

*Juden*

Im Monat Januar 1940 wurde wiederum eine Reihe von Juden ausgebürgert. Die noch in Bremen verbliebenen Juden wurden unter scharfe Kontrolle gestellt und ihnen unter anderem die Möglichkeit genommen, Rundfunkdarbietungen abzuhören. Sämtliche im Besitz von Juden befindlichen Rundfunkgeräte wurden eingezogen.<sup>57</sup> Um die Überwachung der Juden zu erleichtern, wurde ein Ausgehverbot nach 20 Uhr erlassen.<sup>58</sup> Verstöße gegen diese Anordnung wurden durch Festnahme geahndet. <3051>

◀491▶

**Stapostelle Darmstadt**  
**Anfrage<sup>59</sup>**

**Darmstadt, 15.1.1940**

**YVA, 0.51/331**

*Jüdische Vereine, Verbände und Stiftungen pp.*

Die jüdischen Vereine, Verbände und Stiftungen pp. werden auf Grund der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4.7.1939<sup>60</sup> in die \*Reichsvereinigung überführt und, soweit staatspolizeiliche Bedenken erhoben werden, aufgelöst.

Da sämtliche Vereine pp. erfaßt werden müssen und dem Reichssicherheitshauptamt zu melden sind, bitte ich zwecks Überprüfung um Bericht:

- 1) a) welche jüdischen Vereine, Verbände, Stiftungen und sonstigen Organisationen noch bestehen,
- b) welche jüdischen Vereine etc. nach 1933 noch bestanden und sich angeblich aufgelöst haben,
- 2) welche paritätischen Stiftungen und Vereine, d.h. solche, in denen Juden und Deutschblütige betreut werden, noch bestehen,
- 3) jetziger Vorstand (bei aufgelösten der frühere Vorstand),
- 4) soweit feststellbar, Vermögen, Grundbesitz pp.

Ich bitte um dringende Erledigung, da ich alsbald zu berichten habe. [...] <3052>

---

<sup>57</sup> Vgl. Zeittafel, 23. September 1939.

<sup>58</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1939.

<sup>59</sup> Diese Anfrage der Darmstädter Stapostelle richtet sich offensichtlich an ihr untergeordnete Stellen im Regierungsbezirk. Die angeforderten Daten sollten für die regelmäßige Berichterstattung an die \*Gestapa in Berlin dienen.

<sup>60</sup> Vgl. Zeittafel.

◀492▶

Regierungspräsident Mainfranken  
Bericht für Januar 1940

Würzburg, 10.2.1940

BayHStA, StK 106681

Von der \*Geheimen Staatspolizei wurde gegen den Ordensjunker [N.N.], wohnhaft in Gotha, Anzeige wegen \*Rassenschande erstattet. [N.N.] übte mit einem polnischen jüdischen Büffetfräulein den Geschlechtsverkehr aus. Ebenso mußten fünf Angehörige der Wehrmacht wegen Verfehlung gegen das \*Blutschutzgesetz zur Anzeige gebracht werden. <3055>

◀493▶

RSHA, Amt III (SD)  
Meldungen aus dem Reich

Berlin, 16.2.1940

Boberach, S. 768

*Kulturelle Gebiete*

[...]

*Meisterwerke deutscher Kunst in jüdischem Privatbesitz*

In Berliner Künstlerkreisen wird behauptet, daß sich noch Meisterwerke der deutschen bildenden Kunst in jüdischem Privatbesitz befänden. Es wird von diesen Kreisen angeregt, daß die Juden veranlaßt werden, ihren Kunstbesitz anzumelden und eine Prüfung durch Sachverständige erfolgt. Soweit Werke von nationaler Bedeutung sich in jüdischem Besitz befinden, müßten diese in Besitz des Staates bzw. staatlicher Museen überführt werden. <3064>

◀494▶

Stapostelle Bremen  
Stimmungs- und Lagebericht

Bremen, 6.3.1940

StA Br, 3-M.2.h.3 ad Nr. 8

*Juden*

Die Ausreisemöglichkeiten für Juden sind infolge des Krieges außerordentlich verringert. Der Tätigkeit des jüdischen \*Hilfsvereins in Zusammenarbeit mit der \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gelang es jedoch, Devisen und Einreisemöglichkeiten für 26 in Bremen wohnhafte Juden zu beschaffen und diese über Holland oder Italien zur \*Auswanderung zu bringen. [...] <3066>

◀495▶

Stapoleitstelle Stettin  
Tagesrapport

Stettin, 16.2.1940

AP Stet, Polizeipräsident Stettin 69

*Juden*

Vorläufig festgenommen wurden:

[...]

b) Am 13.2.1940 der Jude Hermann Israel *Lewinsky*, geb. am 15.3.1882 zu Grajewo, Krs. Prosken, und seine Ehefrau Frieda Sara *Lewinsky*, geb. Jakobsberg, geb. am 22.9.1885 zu Neustettin, beide in Neustettin, Friedrichstr. 25 wohnhaft, weil sie



während der Judenaktion am 13.2.1940<sup>61</sup> in der Wohnung des abzuschiebenden Juden *Hettmann* in Stettin Philippstr. 17 angetroffen wurden. L. und seine Frau hielten sich seit dem 19.12.39 bei Hettmann auf. Sie hatten sich seinerzeit polizeilich angemeldet. - II B 4 -

c) Am 13.2.1940 der Jude Leo (Israel) *Steinberg*, geb. am 2.6.1880 zu Stettin, RD, verheiratet, wohnhaft in Berlin NO 55, Woldenbergerstr.28 II: Bei einer Bahnhofskontrolle konnte er nicht nachweisen, daß er die Erlaubnis hatte, sich in Stettin aufzuhalten. [...] <3067>

◀496▶

**SD Abschnitt Bielefeld**

**Bericht**

**Bielefeld, 3.4.1940**

**StA Det, M 18 Nr. 5**

*Verwaltung und Recht*

*Recht*

Die im hiesigen Bereich erscheinende Höxtersche Zeitung veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 28.3.1940 ein Urteil des Arbeitsgerichtes Velbert, welches die *Klage eines Juden auf Bezahlung der beiden Weihnachtsfeiertage und des Neujahrstages* abgewiesen hat. Die Klage war auf die Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan, in der Juden nicht ausdrücklich ausgenommen sind, gestützt. In der veröffentlichten Urteilsbegründung heißt es u.a.: Die angeführte Anordnung sage einleitend, daß den Mitarbeitern am Aufbauwerk des Führers die Feiertage bezahlt werden sollten, dabei sei die Bezahlung der Feiertage nicht als Lohnverbesserung, sondern als tatsächliche Belohnung für diese Mitarbeit gedacht. Da ein Jude aber, dessen Rasse dem Werk des Führers in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber steht, niemals Mitarbeiter des Führers sein könne, er darüber hinaus auch die Feiertage als solche nicht anerkenne, käme für ihn diese Vergünstigung nicht in Frage. Im übrigen könne sich der Kläger auch nicht darauf berufen, daß die Juden in der Anordnung nicht ausdrücklich ausgenommen seien. Zur Zeit des Erlasses der Anordnung seien nur noch derart wenige Juden im Stunden- und Akkordlohn in Deutschland tätig gewesen, daß angenommen werden müsse, daß aus diesem Grunde auch die Juden nicht ausdrücklich erwähnt worden seien. [...] <3080>

◀497▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**

**Bericht für März 1940**

**Ansbach, 7.4.1940**

**BayHStA, StK 106678**

*Juden*

1) Die \*Auswanderung der Juden hat sich im abgelaufenen Monat im bisherigen Rahmen gehalten. Im März 1940 sind insgesamt 30 Juden ausgewandert (im Vormonat 40). Die immer noch eingehenden Anträge auf Erteilung von Reisepässen zur Auswanderung beweisen, daß das Bestreben der Juden, möglichst bald aus Deutschland auszuwandern anhält.

Im Berichtsmonat wurde gegen 61 im Ausland wohnhafte jüdische Emigranten Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt. [...] <3083>

---

<sup>61</sup> Vgl. Zeittafel sowie \*Deportation.

◀498▶

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für Februar 1940**

**Augsburg, 9.4.1940**

**BayHStA, StK 106683**

*Juden*

Auf dem Judenfriedhof in Ichenhausen, Landkreis Günzburg, warfen am 25.3.1940 3, von der Ferne beobachtete, aber noch nicht näher ermittelte Burschen 10-12 Grabsteine um.<sup>62</sup> <3085>

◀499▶

**Gendarmerie Ebermannstadt  
Bericht für März 1940**

**Ebermannstadt, 29.3.1940**

**StA Ba, K 8 & 9205 III**

*Juden, Freimaurer*

Auf der äußeren Schloßhofmauer zu Pretzfeld befand sich eine im Jahre 1934 angebrachte kupferne Gedenktafel für den Kunstmaler Curt Herrmann, Berlin, geb. 1854, gest. 1929. Herrmann, der zugleich Akademieprofessor war, schuf in diesem Schloß viele seiner Werke. Diese Tafel erregte seit Jahren den Unwillen der nationalen Kreise, da Herrmann Schwiegersohn des jüdischen Arztes Hertz in Berlin war. In der Nacht zum 26.3.1940 wurde dieselbe nun von unbekanntenen Personen entfernt. Die Maßnahme erfolgte jedenfalls aus nationaler Überzeugung. Die Tafel wird sehr wahrscheinlich in veränderter Form der Metallspende zu Führers Geburtstag zugeführt werden. <3087>

◀500▶

**NSDAP, Amt für Volksgesundheit, Gau München-Oberbayern  
Tätigkeitsbericht**

**Wolfratshausen, 20.3.1940**

**StA Mü, NSDAP 145**

Die Ansicht mancher Kreise, in der Frage der jüdischen \*Mischlinge jetzt während des Krieges kürzer zu treten, wurde energisch zurückgewiesen. Hierbei fand ich auch gerade im Kreisleiter eine wirksame Unterstützung. <3091>

◀501▶

**RSHA, Amt III (SD)  
Meldungen aus dem Reich**

**Berlin, 10.4.1940**

**Boberach, S. 976, 979**

*Gegner*

Aus verschiedenen Gegenden des Reiches wurden in den letzten Tagen erneut Meldungen bekannt über anhaltend *freches Auftreten* und unliebsames Verhalten *einzelner Juden*. Vorwiegend wegen *Hamsterei* kam es laufend zu Verhaftungen. So wurden in Hamburg zwei Juden festgenommen, weil sie sich wiederholt bettelnd an eine größere Anzahl von im Ausland lebenden Personen brieflich mit der Bitte gewandt hatten, ihnen Lebensmittel, wie Butter, Käse usw., in kleineren Mengen laufend zuzusenden.

---

<sup>62</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

Auf die seit längerer Zeit umlaufenden Gerüchte über Abschiebung<sup>63</sup> der Juden nach dem Generalgouvernement reagieren diese besonders in den östlichen Gegenden des Reiches durch Abwanderung in die Großstädte Berlin, Breslau, Leipzig.<sup>64</sup> Als Grund hierfür geben die Juden an, daß sie von den Großstädten aus bessere Möglichkeiten zur \*Auswanderung hätten. [...]

*Kulturelle Gebiete*

[...]

*Zitieren jüdischer Autoren bei Dissertationen*

Wie aus Hochschulkreisen gemeldet wird, stößt die Durchführung der ministeriellen Anordnung, bei Dissertationen jüdische Autoren nach Möglichkeit nicht zu zitieren und im Literaturverzeichnis jüdische und nichtjüdische Autoren getrennt aufzuführen, insofern auf Schwierigkeiten, als den Verfassern von Dissertationen nicht immer bekannt ist, ob der Autor Jude ist oder unter den Judenbegriff fällt. Bei den Wissenschaftlern der Nachkriegszeit und mehr noch bei denen des 19. Jahrhunderts sei eine Nachforschung der jüdischen Zugehörigkeit oft sehr schwierig. In Hochschulkreisen wird daher der Vorschlag gemacht, das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung möge amtliche Verzeichnisse von jüdischen Wissenschaftlern fertigen lassen, die nicht nur bei Anfertigung von Dissertationen, sondern auch bei allen übrigen wissenschaftlichen Arbeiten herangezogen werden können. Dies gelte vor allem für Juristen, die vielfach jüdische Kommentare benützen, ohne den Verfasser zu zitieren.<sup>65</sup> <3094>

◀502▶

**RSHA, Amt III (SD)**

**Meldungen aus dem Reich**

**Berlin, 22.4.1940**

**Boberach, S. 1036**

*Kulturelle Gebiete*

*Nachteilige Einflußnahme der katholischen Seelsorge auf die Gesamtstimmung*

[...] Eng mit diesen Predigten, die die Gläubigen auf die Möglichkeit eines Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Deutschlands hinweisen, sind andere Predigten verknüpft, in denen in geschickter Weise auf die Zeitereignisse Bezug genommen wird. [...] *Kassel* berichtet über die Predigt eines Dominikaners, worin dieser ausgeführt hat: „Das Judenvolk hatte an den Messias nicht glauben wollen und hätte dafür schwer büßen müssen. Die meisten Regierenden von heute ließen auch den Unglauben gewähren und ihre Untertanen der Sünde verfallen“.<sup>66</sup> [...] <3096>

---

<sup>63</sup> Vgl. \*Deportation.

<sup>64</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>65</sup> Vgl. \*Rechtsanwälte/Juristen, jüdische.

<sup>66</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

◀503▶

**Stapostelle Bielefeld  
Tagesrapport**

**Bielefeld, 29.4.1940**

**StA Det, M 1 IP Nr. 637**

Am 26.4.1940 wurde der Jude Sally Albert *Blum*, geb. am 19.5.1888 zu Schrimm, ledig, wohnhaft in Bielefeld, Koblenzerstr. 4, festgenommen. Blum wurde im August 1939 mit einer Fußverletzung, die er sich bei der Arbeit auf seiner Arbeitsstelle zugezogen hatte, ins städtische Krankenhaus in Bielefeld eingeliefert. Bei der Einlieferung ins Krankenhaus hat er es unterlassen, seinen jüdischen Vornamen „Sally“ anzugeben.<sup>67</sup> Aus diesem Grunde wurde Blum in ein Krankenzimmer gelegt, in dem sich deutschblütige Kranke befanden. Bei einer nach etwa 8 Tagen erfolgten erneuten Aufnahme seiner Personalien hat Blum dann angegeben, daß er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört. Erst jetzt stellte sich heraus, daß Blum Jude ist. Er wurde darauf sofort von den deutschblütigen Kranken getrennt untergebracht. [...]

<3099>

◀504▶

**Regierungspräsident Mainfranken  
Bericht für April 1940**

**Würzburg, 10.5.1940**

**BayHStA, StK 106681**

Unter den Festnahmen wegen staatsabträglichen Äußerungen bzw. Verhaltens sind von Interesse

1. die Festnahme der Studienratsehefrau Hermine Zwick in Bad Kissingen. Sie ist beschuldigt, trotz wiederholter Warnung und Belehrung auch seitens ihres Ehemannes, die schon vor 1933 bestehende Freundschaft mit einem in ihrem Hause wohnenden Juden fortgesetzt zu haben und auch in der Öffentlichkeit in ihren Beziehungen zu dem Juden keine Zurückhaltung geübt zu haben;

2. des Landgerichtsrates a.D. Dr. Lohmiller in Würzburg. Er ist beschuldigt, anlässlich einer Kaffeehausunterhaltung Partei für die Juden ergriffen zu haben und zum Ausdruck gebracht zu haben, daß die Judenverfolgung nur eine nationalsozialistische Mache sei.

<3100>

◀505▶

**NSDAP Kreis München, Rassenpolitisches Amt  
Tätigkeitsbericht**

**München, 23.4.1940**

**StA Mü, NSDAP 145**

Eine gewisse Lücke im \*Blutschutzgesetz ist seit Beginn des Krieges schärfer als vorher hervorgetreten. Nicht wenige jüdische \*Mischlinge ersten Grades sind als Soldaten an der Front. Die meisten davon versuchen nun, die Ehegenehmigungsanträge nach § 3 der ersten Ausführungsverordnung zum Blutschutzgesetz<sup>68</sup> – auch früher bereits abgelehnte Anträge – mit der Begründung zu fördern, daß man ihnen die Ehegenehmigung nicht verweigern dürfe, wenn sie andererseits als Frontkämpfer ihre Pflicht tun. In nicht seltenen Fällen sind auch bereits Kinder vorhanden, denn

<sup>67</sup> Vgl. Zeittafel 1. Januar 1939. Der Name Sally erscheint in der vom Reichsminister des Innern zusammengestellten Liste „jüdischer Vornamen“, vgl. Blau, Ausnahmerecht, S. 51

<sup>68</sup> Vgl. Zeittafel, 14. November 1935.

bekanntlich ist nur die Eheschließung verboten. Genehmigungen werden nicht erteilt. Es ist nicht immer leicht, begreiflich zu machen, daß der Verzicht auf Eheschließung im Interesse der Blutreinheit auf sich genommen werden muß, wenn andererseits die Fortpflanzung tatsächlich nicht verhindert werden kann. <3106>

◀506▶

**Gendarmerie Ober-Erlenbach**  
**Die politische Lage**

**Ober-Erlenbach, 16.4.1940**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 224**

*Juden*

Eingriffe von Juden in die Wirtschaft wurden im abgelaufenen Monat nicht festgestellt. Ebenso haben Verstöße gegen die \*Nürnberger Gesetze durch Juden im abgelaufenen Monat nicht stattgefunden. Ausgewandert sind in der letzten Zeit keine Juden.<sup>69</sup> Auch fanden Ausschreitungen gegen Juden nicht statt.<sup>70</sup> Zur Metallspende wurden durch Juden Sachen abgeliefert. <3107>

◀507▶

**Bürgermeister Bad Nauheim**  
**Die politische Lage**

**Bad Nauheim, 22.5.1940**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 225**

*[Juden]*

Ein Großteil der Juden hat den in Bad Nauheim befindlichen Grundbesitz auf Drängen der \*Gestapo verkauft.<sup>71</sup> Ein Teil ist von Bad Nauheim inzwischen verzo-gen oder hat sich im jüdischen Männer- und Frauenheim einquartiert. Die Zahl der vorhandenen Juden hat durch den Wegzug in letzter Zeit erheblich abgenommen. Die Versorgung der Juden mit Lebensmitteln ist ebenfalls durch die Gestapo gere-gelt,<sup>72</sup> sodaß das jüdische Element im öffentlichen Verkehr und Wirtschaftsleben nicht mehr auffällt. Durch das neue Ausgehverbot<sup>73</sup> sind sie gezwungen, sich mehr oder weniger innerhalb der Stadt nicht sehen zu lassen. Das Betreten des Parkes ist ihnen streng verboten. <3116>

◀508▶

**Bürgermeister Rodheim**  
**Die politische Lage**

**Rodheim, 21.5.1940**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 225**

*[Juden]*

Es ist nur noch eine 65 Jahre alte, mit einem Christ verheiratete Jüdin da; Be-denken bestehen nicht. <3122>

---

<sup>69</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>70</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>71</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>72</sup> Vgl. Zeittafel, 12. September 1939.

<sup>73</sup> Vgl. Runderlaß \*Heydrichs, Zeittafel, 9. September 1939.

◀509▶

**Bürgermeister Schwandorf  
Bericht für Mai 1940**

Schwandorf, 31.5.1940

StA Am, BA Burglengenfeld 18048

*Politische Lage*

[...]

*Juden*

Es sind, wie schon gemeldet, nur mehr drei Judenweiber hier. Auch sie werden bald verschwinden. <3124>

◀510▶

**RSHA, Amt III (SD)  
Meldungen aus dem Reich**

Berlin, 27.6.1940

Boberach, S. 1317f.

*Einzelmeldung*

*Zu § 48 des Gesetzes über die Errichtung von Testamenten und  
Erbverträgen vom 3.17.1938*

Potsdam meldet, daß die Entscheidung eines Amtsgerichts lebhaft Kritik hervorgerufen habe, wonach ein Nachlaßrichter einer *Jüdin* in dem von ihr beantragten Erbschein bestätigt habe, daß sie *Alleinerbin* des von *einer deutschblütigen* Erblasserin hinterlassenes Vermögen geworden sei.

[...] Volksgenossen, denen die Entscheidung des Nachlaßrichters bekannt geworden sei, hätten sie mit dem Hinweis darauf lebhaft mißbilligt, die Erbeinsetzung eines Juden durch den deutschblütigen Erblasser könne niemals gesundem Volksempfinden entsprechen. Selbst wenn, wie im vorliegenden Falle, irgendwelche Verwandten des Erblassers fehlten, hätte es die Pflicht eines gegenüber der Volksgemeinschaft verantwortungsbewußten Volksgenossen sein müssen, die ihm blutsmäßig verbundene Gemeinschaft *vor* dem Angehörigen eines bluts- und volksfremden Bevölkerungsteiles zu bedenken. Es werde, wie die Meldung ausführt, jedenfalls nicht verstanden, daß der Richter keine Möglichkeit gefunden habe, die Erbfolge der *Jüdin* zu verhindern. Es habe zumindest nahe gelegen, Ermittlungen über entfernte Verwandte der Erblasserin anzustellen oder bei etwaiger Erfolglosigkeit dieser Ermittlungen den Nachlaß dem Fiskus zufallen zu lassen. <3126>

◀511▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Juni 1940**

Ansbach, 8.7.1940

BayHStA, StK 106678

*Innenpolitische Lage*

[...]

*Juden*

1) Die \*Auswanderung der Juden hat sich in den durch die Kriegsverhältnisse vorgezeichneten Bahnen bewegt (35 im Juni gegenüber 54 im Mai).

Die Auswanderung der Juden muß nunmehr – da außer den deutschen auch die italienischen Häfen für die Überfahrt nach Nord-, Mittel- und Südamerika nicht mehr benützt werden können – über die baltischen Staaten, Rußland und Japan durchgeführt werden. Die Juden scheuen auch diesen langen und beschwerlichen

Reiseweg nicht und wollen unter allen Umständen möglichst bald Deutschland endgültig verlassen.

2) Gegen 104 im Auslande wohnende jüdische Emigranten wurde Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt. Gleichzeitig wurde die Einziehung ihrer noch im Inland befindlichen Vermögenswerte in die Wege geleitet.

3) Die Stadt Lichtenfels beabsichtigt, den Judenfriedhof aufzulassen und die in den letzten Jahren Beerdigten nach Burgkunstadt umzubetten. Der landschaftlich sehr schön gelegene Platz würde dadurch für andere Zwecke frei.

4) Im Judenfriedhof bei Lisberg, LK Bamberg, wurde der größte Teil der Grabsteine – ungefähr 36 – gewaltsam umgeworfen und zum Teil schwer beschädigt.<sup>74</sup> Der angerichtete Sachschaden beträgt 2-300 RM. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. <3129>

#### ◀512▶

### Bürgermeister Heldenbergen Die politische Lage

Heldenbergen, 15.6.1940

StA Da, G 15 Friedberg Q 225

Was die Juden betrifft, habe ich nunmehr die Zusammenlegung in größere Judenwohnungen<sup>75</sup> angeordnet und für deren Erledigung als letzten Termin den 20. Juni 1940 festgelegt. In die frei werdenden Wohnungen kommen einige arische kinderreiche Familien, die in ihren letzten Wohnungen sehr beengt sind. <3132>

#### ◀513▶

### NS-Frauenschaft, Kreis München Tätigkeitsbericht

München, 1.7.1940

StA Mü, NSDAP 145

13.6.40 Vortrag in der Ortsgruppe der NS-Frauenschaft Ismaning, 20.6.40 Vortrag in der Ortsgruppe der NS-Frauenschaft München-Thalkirchen.

Es wurde in den Vorträgen zunächst die bevölkerungspolitische Lage Deutschlands erklärt. – Bevölkerungszuwachs Deutschlands und Frankreichs seit 1870 – Folgerungen für den gegenwärtigen Krieg. Frankreichs Verniggerung – Durchsetzung der ganzen oberen Gesellschaftsschicht mit Juden – Folgen für den Krieg – Pressehetze – bester Anschauungsunterricht für Deutschland. Kriegsgefangenen- und Fremdarbeiterfrage. Interesse Italiens an der Rassenfrage zur Erhaltung des eigenen Volkstums. Intensive Erziehung unserer Jugend zu Rassenstolz und rassenbewußter Haltung. Beispiele aus dem Krieg für die Hochwertigkeit unserer Rasse. Eindringlicher Appell zur Weitervererbung der besten Anlagen unseres Volkes. [...]

Bei dem Lichtbildmaterial wurde die Gegenüberstellung fremden Volkstums mit Bildern von Juden, Polen, Negern usw. im Gegensatz zu deutschen Menschen aller Stämme gebracht. [...] Es war bei den Zuhörerinnen sichtlich großes Interesse zu beobachten, die gestellten Fragen wurden sehr positiv beantwortet. Es waren durchschnittlich je ca. 100 Zuhörerinnen anwesend. <3135>

---

<sup>74</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

<sup>75</sup> Vgl. \*Judenhäuser.

◀514▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Juli 1940

Ansbach, 7.8.1940

BayHStA, StK 106678

*Juden*

Am 1.7.1940 hat die jüdische \*Kultusvereinigung Nürnberg für ihre Mitglieder eine Vortragsveranstaltung abgehalten. Im Auftrage der „\*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ haben jüdische Künstler neben anderen Orten auf ihrer Vortragsreise auch Nürnberg besucht. Es wurden bei der erwähnten Veranstaltung Lieder und Gedichte vorgetragen.

Ende des vergangenen Monats wurden im Judenfriedhof in Zeckendorf, LK Bamberg, 35 Grabsteine durch Umwerfen beschädigt.<sup>76</sup> Der verursachte Schaden beläuft sich auf rund 4-500 RM. Die eingeleiteten Erhebungen haben ergeben, daß es sich bei den Tätern um vier noch im jugendlichen Alter stehende Burschen handelt, die ihr Vorgehen mit „Abneigung gegen die jüdische Rasse“ begründeten. [...]

Da die jüdische Auswanderung jetzt nur mehr nach Übersee (Amerika) möglich ist und die Schiffsüberfahrt von mittel- und westeuropäischen Häfen aus nicht angetreten werden kann, muß die Ausreise neuerdings über die baltischen Staaten, Rußland und Japan gehen. Dieser Reiseweg ist entschieden länger und beschwerlicher als der früher gewählte und kann von älteren Personen fast nicht in Anspruch genommen werden. Darin ist wohl vor allem der Grund für das zahlenmäßige Absinken der jüdischen Auswanderer aus dem hiesigen Dienstbereich zu suchen.

Juden sind im Berichtsmonat nicht festgenommen worden. <3139>

◀515▶

Bürgermeister Bad Nauheim  
Die politische Lage

Bad Nauheim, 3.8.1940

StA Da, G 15 Friedberg Q 228

*[Juden]*

Ein weiterer Teil der noch in Bad Nauheim ansässigen Juden ist inzwischen verzogen.<sup>77</sup> Der Rest ist jetzt fast vollständig in den jüdischen Heimen untergebracht und tritt im öffentlichen Verkehr nicht in Erscheinung. <3141>

◀516▶

NSDAP Gau München-Oberbayern, Rassenpolitisches Amt  
Tätigkeitsbericht

München, 15.8.1940

StA Mü, NSDAP 145

[...]

*Niederschrift*

Am heutigen Tage, 10. Juni 1940, erscheint der Jude *Levinger*, der mit einer deutschblütigen Frau verheiratet ist und dessen Kinder Halbjuden sind. Die Kinder seien in der \*HJ, außerdem sei er kriegsblind (was hier nicht nachgeprüft wurde). Er wünschte, daß er von einem deutschen Arzt untersucht würde. Dieses Ansinnen wurde ihm von der Universitäts-Poliklinik abgeschlagen.

<sup>76</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

<sup>77</sup> Vgl. \*Auswanderung und \*Binnenwanderung.



Der Vorfall beweist wieder die Tatsache, daß die Aufnahme von \*Mischlingen nicht nur II., sondern auch I. Grades in das Jungvolk die jüdischen Elternteile zu Forderungen veranlaßt, die zu erfüllen keineswegs in unseren Absichten liegen können. <3144>

◀517▶

**Stadt Münster**

**Bericht aus der Kriegschronik**

**Münster, 2.7.1940**

**StdA Ms, Amt 43 E Nr. 33**

Einer der Umstehenden sagt zu uns: „Nun sehen Sie an! Diese erste Bombe liegt mitten vor dem Gebäude, in dem vor ein paar Jahren das Luftgaukommando eingerichtet wurde. Ich weiß, daß die beiden Juden Dr. Rose und Dr. L. Gumprich Auswanderungsgenehmigung nach England erhalten haben. Wer soll anders über die Lage des „Luftgaus“ berichtet haben als solche Juden. Dieser Krieg ist tatsächlich ein jüdischer Krieg mit Hilfe der englischen Soldaten gegen Deutschland. Das erkennt man schon aus der Bombe neben dem Luftgaukommando.“ Weiter sagt er, er halte die Vermutung, daß Imigranten-Juden hinter den Bombenfahrten stecken, durchaus nicht für nervöse Gesichte von alten Weibern. Wer so etwas annehme, der kenne die Gehässigkeit der Judenpsyche nicht. Diese Bombe auf dem Ludgeriplatz beweise ihm, daß die Briten genau wissen, daß bei Abfahrt der jüdischen Emigranten hier das Luftgaukommando war. <3145>

◀518▶

**Gendarmerie Hammelburg**

**Bericht für August 1940**

**Hammelburg, 29.8.1940**

**StA Wü, LRA Hammelburg 4881**

*Allgemeine politische Lage*

[...] Die Juden leben sehr zurückgezogen. Sie kommen den auferlegten Meldepflichten nach. Ihren Unterhalt verdienen sie sich durch Verrichtung von Gelegenheitsarbeiten in den Gemeinden und bei den Landwirten. <3157>

◀519▶

**RSHA, Amt III (SD)**

**Meldungen aus dem Reich**

**Berlin, 26.8.1940**

**Boberach, S. 1505-1507**

*Kulturelle Gebiete*

*Auswirkungen und Aufnahme der allgemeinen Propaganda, Presse und Rundfunklenkung in der Zeit vom 23. bis 26.8.1940*

[...]

5. Verhältnismäßig häufig beschäftigte sich die Bevölkerung mit den im Anschluß an die Rede Reichsministers Dr. Frank erschienenen Pressemeldungen über das *Verhältnis des Generalgouvernements zum Reich* (z.B. Kiel, Breslau, Dresden, Weimar). Verschiedentlich wurde daran der Wunsch geknüpft, etwas mehr über die innere Entwicklung im Generalgouvernement zu erfahren (z.B. Lösung der \*Judenfrage). <3149>

◀520▶

[SD Hauptaußen- oder Außenstelle im Raum Bielefeld]

Bericht

o.O., 1.9.1940

StA Det, M 18 Nr. 6

*Volkstum und Volksgesundheit*

*Volkstum*

[...] Gerüchte wissen zu berichten, daß die heute noch *in Polen ansässigen Juden* zum weitaus größten Teil am Bau eines Ostwalls gegen die Sowjetunion beschäftigt seien und dort infolge der klimatischen sowie sonstigen Verhältnisse noch im Verlaufe dieses Sommers zu 50% zugrunde gehen würden. Ein weiterer erheblicher Prozentsatz würde im Verlaufe des kommenden Winters denselben Verhältnissen zum Opfer fallen. Die *Polen* selbst würden im *Generalgouvernement* in Sammeltransporten in wüste Landstriche verschickt und seien dort ebenfalls dem sicheren Tod verfallen. – Verbreiter dieses Gerüchts konnten bisher nicht ermittelt werden. Die zuständige Staatspolizeistelle ist von hier aus unterrichtet worden. <3162>

◀521▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken

Bericht für September 1940

Ansbach, 6.10.1940

BayHStA, StK 106678

*Juden*

1) Die jüdischen Lehrer in Bayern hielten in Nürnberg eine Tagung ab, die sich mit der Erteilung des Schulunterrichtes<sup>78</sup> befaßte.

2) Die in Nürnberg und Fürth zugelassenen jüdischen Krankenbehandler<sup>79</sup> führten in Fürth eine gemeinsame Besprechung mit einem Vertreter der „\*Reichsvereinigung der Juden in Berlin“ durch. Dabei wurden lediglich Fragen der ärztlichen Versorgung der Juden und des Verrechnungswesens erörtert.

3) Ein Teil der aus den Freimachungsgebieten West stammenden Juden ist im Laufe des Monats an den früheren Wohnort zurückgekehrt. In Nürnberg und Fürth halten sich noch etwa 60 Juden aus dem \*Saarland auf, denen die Rückkehr bisher noch nicht gestattet wurde.<sup>80</sup>

4) In der Berufszeit sind 20 Juden ausgewandert (gegen elf im Juli und zehn im August). Neuerdings sind einige Juden ohne besondere Schwierigkeiten über Spanien und Portugal nach Amerika eingereist. Falls diese Ausreisemöglichkeit auch in Zukunft bestehen bleibt, kann mit einer verstärkten \*Auswanderung gerechnet werden, da viele Juden vor dem beschwerlichen Reiseweg über Rußland und Japan zurückscheuen.

5) Gegen 35 im Auslande wohnhafte jüdische Emigranten wurde Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt. Gleichzeitig wurde die Einziehung ihrer noch im Inland befindlichen Vermögenswerte in die Wege geleitet.

6) Festnahmen von Juden erfolgten nicht. Die Juden zeigten sich im allgemeinen zurückhaltend. Fälle provozierenden Verhaltens sind hier nicht bekannt geworden. <3165>

---

<sup>78</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>79</sup> Vgl. \*Ärzte, jüdische.

<sup>80</sup> Vgl. \*Binnenwanderung, nach Kriegsausbruch.

◀522▶

**Auswanderungsberatungsstelle Köln  
Bericht für Juli, August und September 1940**

Köln, o.D.

HStA Dü, RW 36-20

[...] Die jüdischen \*Auswanderungswilligen, die die Beratungsstelle in der Berichtszeit in Anspruch nahmen, waren größtenteils ältere Leute, einzelne Ehefrauen, teils mit Kindern, die die Wiedervereinigung mit vorausgewanderten Familienangehörigen anstrebten. Wie schon erwähnt, ist die jüdische Auswanderung, die in Anbetracht der Zeitverhältnisse sich fast nur nach überseeischen Ländern, dem Fernen Osten und vereinzelt auch nach \*Palästina bezieht, durch die ungünstigen Verkehrsverbindungen außerordentlich gehemmt. Besonders die Amerika-Auswanderer sind oft in einer mißlichen Lage, da die Ausreise über Rußland-Japan neuerdings erschwert ist. Wie verlautet, kann oder will Japan nicht mehr genügend Schiffsraum zur Verfügung stellen und Sowjet-Rußland macht Schwierigkeiten wegen des Durchreise-Visums, das selbst bei Vorhandensein der Verbalnote des Auswärtigen Amtes nicht immer erteilt wird. Die Anträge auf Erlangung von Verbalnoten haben daher auch merklich nachgelassen. Insgesamt wurden 37 Anträge ausgefertigt und über die Reichsstelle dem Auswärtigen Amt zugeleitet, in 33 Fällen handelte es sich um Auswanderung nach USA: je zweimal war Brasilien bzw. Shanghai das Ziel. Die 37 Antragssteller hatten 31 mitauswandernde Angehörige.

Nun hat sich neuerdings eine neue Ausreisemöglichkeit nach Amerika über den Westen ergeben. Amerikanische Schiffe vermitteln den Verkehr ab Lissabon nach Nord-, Mittel- und Südamerika. [...]

<3168>

◀523▶

**SD Außenstelle Bielefeld  
Lagebericht**

Bielefeld, 8.10.1940

StA Det, M 18 Nr. 14

*Film*

Auf dem Gebiete des \*Films<sup>81</sup> bildet das Tagesgespräch der hervorragend gelungene Film „Jud Süß“. Aus allen Kreisen der Bevölkerung kommt begeisterte Anerkennung für die glänzende schauspielerische Leistung Ferdinand Marian als Jud Süß; *besonders* anerkannt wird aber das außerordentlich glänzende Einfühlen Werner Krauß' in die schwierige Rolle des Sekretärs Levi und des \*Rabbiners, die beide den schmierigen Ostjudentyp<sup>82</sup> verkörpern. Über den Inhalt des Films etwas zu sagen, erübrigt sich eigentlich, da er voll und ganz dem heutigen Fühlen des Volkes entspricht. Als Beweis hierfür möge der Ausspruch eines Arbeiters dienen: „Warum hat man uns früher nicht solche Filme gezeigt? Hier sieht man den Juden, wie er wirklich ist, ich hätte ihm am liebsten den Hals umgedreht.“

Gegen dieses Ereignis auf dem Gebiet der Filmproduktion verblasen naturgemäß alle in den anderen Kinos gezeigten Filme.

<3176>

---

<sup>81</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

<sup>82</sup> Vgl. \*Ostjuden.

◀524▶

**SD Außenstelle Bielefeld  
Lagebericht**

**Bielefeld, 15.10.1940**

**StA Det, M 18 Nr. 14**

*Film*

Wenn schon der Besuch des \*Films „Jud Süß“ in der vorigen Woche als hervorragend bezeichnet werden konnte, so übertrifft er doch jetzt alle Erwartungen. Es ist wohl noch keinem Film gelungen, ein derartige Wirkung auf weite Kreise des Publikums zu erzielen, wie diesem. Auch Volksgenossen, die bis heute nur selten oder nie ein Kino besucht haben, lassen sich diesen Film nicht entgehen. Es wäre unbedingt zu wünschen, daß der Film nach der jetzigen Verlängerung noch ein oder zwei Wochen in Bielefeld gezeigt würde. <3177>

◀525▶

**Stapostelle Bielefeld  
Tagesrapport**

**Bielefeld, 18.10.1940**

**StA Det, M1 IP Nr. 638**

*Sonstiges*

[...] In der Nacht zum 14. und 15. Oktober 1940 wurden in Bad Oeynhausen in verschiedenen Straßen, Geschäftseingängen und Briefkästen wiederum eine Anzahl handschriftlich gefertigte Flugzettel aufgefunden.

Das Papier ist wahrscheinlich einem gewöhnlichen Notizblock entnommen worden. Die Zettel sind mit Bleistift wie folgt beschrieben:

„Flugblatt. Wir Juden sind keine Massenmörder wie Adolf Hitler ist, denn er jagt Millionen in den Krieg. Nieder mit dem Massenmörder.“

„Adolf Hitler ist der Lustmörder am deutschen Volk. Wir Juden sind das nicht.“

„Was hat uns der gute Hitler gebracht? Not und Elend. Was bringt er uns noch mehr? Den Tod. Das ist Hitler sein Vorhaben. Heil Moskau.“

Die Rückseite dieser Flugzettel trägt die Aufschrift: „Flugblatt aus Hamburg.“ [...] <3178>

◀526▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Oktober 1940**

**Ansbach, 6.11.1940**

**BayHStA, StK 106678**

*Juden*

[...] In Bamberg wurde der Graveur Josef Friedrich *Aigner* festgenommen. Aigner, ursprünglich Katholik, ist 1921 zum jüdischen Glauben übergetreten<sup>83</sup> und hat sich auch beschneiden lassen. Alsdann hat er sich mit einer Jüdin verheiratet. Auch seine beiden Kinder wurden jüdisch getauft und erzogen. Im Jahre 1939 trat er wieder zum katholischen Glauben über. Ohne politisch überprüft zu sein, hat er es verstanden, in einem Rüstungsbetrieb – Sonderklasse – Arbeit zu finden. Die Festnahme erfolgte, da bei der Einstellung des Aigner zu besorgen war, daß er die in

---

<sup>83</sup> Vgl. \*Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit.

dem Rüstungsbetrieb erworbenen Kenntnisse zum Nachteil Deutschlands verwertet. <3180>

◀527▶

**Bürgermeister Lindenfels  
Bericht für Oktober**

Lindenfels, 8.11.1940

HStA Wi, 483/6317

Der Film „Jud Süß“ hat sehr gut eingeschlagen und ist es nur bedauerlich, daß es sehr lange dauert, bis solche Filme der Landbevölkerung vorgeführt werden. <3183>

◀528▶

**NSDAP Gau München-Oberbayern, Rassenpolitisches Amt  
Bericht**

München, 14.10.1940

Broszat, Bd. I, S. 482f.

[...] Die heutige Beanspruchung unserer Sprechstunde durch Juden und \*Mischlinge hat uns schon vor längerem dazu veranlaßt, außer der Juden- auch eine Mischlingskartei anzulegen. – Durch die gewonnenen Erfahrungen hat es sich als wünschenswert erwiesen, daß wir unsere Feststellungen über den Anfrager hinaus machen und unsere Erfahrungen anderen Gauamtsleitungen zur Kenntnis bringen. Auf diese Weise wird die möglichst vollständige Erfassung jüdischer Mischlinge wenigstens insoweit durchführbar, als diese Juden an unserer Gesetzgebung interessiert sind. Da es sich nicht selten um den Versuch der Verschleierung des Grades der jüdischen Abstammung handelt, so ist die Gestaltung einer solchen das Reich umfassenden Mischlingskartei von besonderem Wert. – Hierbei werden also nicht nur Juden zu erfassen sein, die als Mischlinge 1. Grades erscheinen, sondern auch Mischlinge 2. Grades, die als deutschblütig auftreten möchten. [...]

Es ist uns in letzter Zeit in unserer Sprechstunde aufgefallen, daß jüdische Mischlinge fortdauernd ein großes Interesse für die derzeit geltenden bzw. demnächst zu erwartenden Bestimmungen bzgl. ihrer Heirat haben. [...] <3184>

◀529▶

**[SD Hauptaußen- oder Außenstelle Raum Bielefeld]  
Bericht**

o.O., 31.10.1940

StA Det, M 18 Nr. 4

*Verwaltung und Recht  
Verwaltung*

[...] Die Stadtverwaltung Detmold wollte, ähnlich wie die Stadt Berlin durch Polizeiverordnung vom 28.6.1940 es getan hat, die \*Einkaufszeit der Juden grundsätzlich regeln, um zu verhindern, daß deutsche Frauen gegen ihren Willen gezwungen sind, mit Jüdinnen gleichzeitig einkaufen zu müssen. In dem Entwurf einer Polizeiverordnung für Detmold war eine Einkaufszeit für die Juden in allen Ladengeschäften von 15-16 Uhr und auf dem Wochenmarkt von 12-13 Uhr vorgesehen. Der Erlaß dieser Polizeiverordnung ist jedoch vom zuständigen Landrat abgelehnt worden.

Da auch andererseits bereits häufig bemängelt worden ist, daß die Einkaufszeit für Juden nicht auf bestimmte Stunden festgelegt worden ist, wird häufig der Wunsch ausgedrückt, daß eine solche Regelung alsbald reichseinheitlich ergeht. <3187>

◀530▶

[SD Außen- oder Hauptaußenstelle Raum Bielefeld]

Bericht

o.O., 30.11.1940

StA Det, M 18 Nr. 4

*Verwaltung und Recht*

*Verwaltung*

[...] In der Stadt Brakel ist an einen *Juden*, der mit einer \*arischen Frau verheiratet ist, die Zuteilung von *Bohnenkaffee* erfolgt. Auf Vorstellungen der Bevölkerung hin hat die Stadtverwaltung unter Bezugnahme auf den Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 11.3.1940-Gesch.Z. II C 1-1940-erklärt, daß sie keine Möglichkeit habe, diesen *Juden* von der Kaffeezuteilung auszuschließen. Die Bevölkerung hat daraufhin ihr Mißfallen über diese Vorschrift in eindeutiger Form kundgegeben und erwartet, daß diese Vorschrift eine den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werdende Änderung erfährt.<sup>84</sup> <3197>

◀531▶

RSHA, Amt III (SD)

Bericht

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 28.11.1940

Boberach, S. 1810ff., 1818ff.

*Kulturelle Gebiete*

[...]

*Zum laufenden Filmprogramm*

1. Nach übereinstimmenden Berichten aus dem ganzen Reich findet der Film „Jud Süß“<sup>85</sup> eine anhaltend außerordentlich zustimmende Aufnahme. Das Urteil über einen Film sei selten so einheitlich gewesen wie bei dem Film „Jud Süß“, der zwar in der realistischen Darstellung abscheuerregender Episoden ungewöhnlich weit gehe, dabei aber künstlerisch vollauf überzeugend gestaltet und von einer Spannung sei, „die einen nicht losläßt“.

Wie sich der Film als Ganzes stimmungsmäßig auswirke, komme in der spontanen Äußerung zum Ausdruck: „Man möchte sich die Hände waschen“. In Meldungen aus Leipzig, Breslau, Oppeln, Salzburg, Potsdam, Reichenberg, Karlsruhe, Troppau, Dortmund u.a. wird darauf hingewiesen, daß man in den Eltern- und Erzieherkreisen die Frage, ob es gut sei, die *Jugend* in diesen Film zu führen, mit Rücksicht auf seine außerordentlich starke psychologische Nachwirkung fast durchweg verneint.

Übereinstimmend wird gemeldet, daß bei diesem Film zum Unterschied von der Mehrzahl der anderen laufenden Spielfilme in erster Linie die *schauspielerischen Leistungen* hervorgehoben und besprochen werden, die – wie es in einer Meldung aus Nürnberg heißt – „beängstigend echt“ seien, soweit sie die Darstellung von *Juden* betreffen. Gerade in dieser Hinsicht sei „Jud Süß“ ungleich stärker und überzeugender als der Film „Die Rothschilds“ (Berlin). Unter den Szenen, die von der

---

<sup>84</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für *Juden*.

<sup>85</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

Bevölkerung besonders beachtet werden, wird – außer der Vergewaltigungsszene – der Einzug der Juden mit Sack und Pack nach Stuttgart genannt. Im Anschluß gerade an diese Szene ist es wiederholt während der Vorführung des Filmes zu offenen *Demonstrationen gegen das Judentum* gekommen.<sup>86</sup> So kam es z.B. in Berlin zu Ausrufen wie „Vertreibt die Juden vom Kurfürstendamm! Raus mit den letzten Juden aus Deutschland!“

Uneinheitlich sei die Einstellung der Bevölkerung zur Person des *Herzogs* von Württemberg. Nach bisher beobachteten Stellungnahmen überwiege die Ansicht, daß der Herzog fast ebenso verdammungswürdig wie der Jud Süß sei und daß sein Tod seine gerechte Strafe sei, die leider etwas zu früh komme, so daß er über die notwendige Einstellung zum Jud Süß und zum Judentum überhaupt nicht mehr habe belehrt werden können. [...]

*Verwaltung und Recht*

[...]

*Juden als Vollstreckungsgläubiger*

Durch die nationalsozialistische Gesetzgebung ist *Juden* der Besitz oder Erwerb von Grund und Boden in Deutschland untersagt. Im Zuge dieser Bestimmungen ist nahezu der ganze bisher in jüdischen Händen befindliche Grundbesitz arisiert worden.<sup>87</sup> In zahlreichen Fällen aber sind heute noch *Juden Beschlagnahmegläubiger von deutschem Grundbesitz*, sei es als Erst- oder als Beitrittsgläubiger in Zwangsversteigerungsverfahren. Es besteht also der eigenartige Zustand, daß Juden zwar in Deutschland keinen Grundbesitz mehr haben oder erwerben dürfen, ihn jedoch in Beschlagnahme halten können und dadurch in der Lage sind, ein Grundstück zwangsversteigern zu lassen.

Nach vorliegenden Meldungen halten Fachkreise es für angebracht, diesem Zustand ein Ende zu machen. Ein Amtsgericht hat ein solches Beitrittverfahren eines jüdischen Gläubigers, der sich zur Zeit noch in Deutschland befindet und zur freiwilligen Zurücknahme seines Zwangsversteigerungsantrages sich nicht herbeiließ, von sich aus mit der Begründung aufgehoben, daß es dem gesunden Volksempfinden widerspreche, wenn es einem jüdischen Gläubiger gestattet wäre, deutschen Grundbesitz auch nur mit Beschlagnahme zu belegen. [...] <3188>

◀532▶

**Auswanderungsberatungsstelle Köln**

**Bericht für Oktober, November und Dezember 1940**

**Köln, o.D.**

**HStA Dü, RW 36-20**

Die Inanspruchnahme der Beratungsstelle zeigt durch die Auswirkungen des Krieges in Europa und Übersee weiter eine rückläufige Bewegung. In der Berichtszeit wurden insgesamt 253 (590) Fälle erledigt, davon 101 mündlich und 152 schriftlich. Die Zahlen der einzelnen Monate weichen nur wenig von einander ab: Oktober 71, November 95, Dezember 87 Fälle. 165 = 65% sämtlicher Fälle betrafen Juden. Im Vorvierteljahr betrug der jüdische Anteil noch 90%.

Eine Gegenüberstellung der Beratungszahlen der einzelnen Vierteljahre des Kalenderjahres 1940 ergibt folgendes Bild:

---

<sup>86</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>87</sup> Vgl. \*Arisierung.

	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.	Sa.
mündl.	525	750	320	101	1.696
schriftl.	378	268	270	152	1.068
	-----	-----	-----	-----	-----
	903	1.018	590	253	2.764
davon Juden	733	926	514	165	2.378 = 86%

<3203>

◀533▶

**Generalstaatsanwalt Karlsruhe  
Bericht für August bis November 1940**

**Karlsruhe, 6.1.1941**

**Schadt, S. 296, 298**

*Allgemeine Kriminalität*

[...] Bei der Abschiebung der Juden aus Baden (22. Oktober 1940)<sup>88</sup> haben sich unter diesen eine Reihe von \*Selbstmorden ereignet. In Mannheim waren es acht derartige Fälle. [...]

<3190>

◀534▶

**Oberstaatsanwalt Mannheim  
Bericht für Oktober und November 1940**

**Mannheim, 10.12.1940**

**GLA Ka, 309/1210**

*Sonstiges*

Am 22. Oktober 1940 vormittags wurden in Mannheim durch die \*Geheime Staatspolizei die Juden weggeschafft.<sup>89</sup> Hierbei ereigneten sich in der Oststadt verschiedene Selbsttötungen.<sup>90</sup> Es haben sich an jenem Vormittage das Leben genommen:

1. und 2. die Eheleute Gustav Israel *Lefo*, 74 Jahre alter Fabrikant und Luise Sara Lefo, geb. Lindemann, 65 Jahre alt, in Mannheim, Werderstr. 20 durch Vergiftung mit Leuchtgas;

3. und 4. Klara Sara *Scharff*, geb. Strauss, 64 Jahre alt, und ihr Bruder Otto Israel Strauss, 54 Jahre alt, in Mannheim, Hildastr. 6, durch Vergiftung mit Leuchtgas.

5. die 61 Jahre alte verheiratete Olga Sara *Strauss*, geb. Simons, Ehefrau des \*Rechtsanwalts Dr. Sigmund Israel Strauss in Mannheim, Renzstr. 3, durch Vergiftung mit Schlaftabletten; der Ehemann Dr. Strauss hat ebenfalls einen Selbsttötungsversuch unternommen, der aber ohne Erfolg blieb;

6. die 47 Jahre alte ledige Professorin i.R. Jenny Sara *Dreifuß* in Mannheim, Lameystr. 13, durch Vergiftung mit Schlaftabletten;

7. die 73 Jahre alte Witwe Nanette Sara *Feitler*, geb. Süßmann in Mannheim, Hebelstr. 21 durch Erhängen an der Klosettüre;

<sup>88</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>89</sup> Vgl. Zeittafel, 22. Oktober 1940 und \*Deportation.

<sup>90</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.



8. der 69 Jahre alte ledige Kaufmann Alfred Israel *Bodenheimer* in Mannheim, Hildastr. 6, durch Vergiften mit Schlaftabletten. [...] <3195>

◀535▶

RSHA, Amt III (SD)

Bericht

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 20.1.1941

Boberach, S. 1917ff.

*Kulturelle Gebiete*

[...]

*Die Aufnahme des politischen Aufklärungsfilms „Der ewige Jude“*

Aufgrund der ausführlichen Vorankündigungen in Presse und Rundfunk ist der dokumentarische \*Film „Der ewige Jude“ nach Meldungen aus allen Teilen des Reiches *von der Bevölkerung mit großer Spannung* erwartet worden. Nach zahlreich vorliegenden Meldungen wurde von Besuchern immer wieder hervorgehoben, daß die Bilddokumente dieses Filmes mit dem weit gespannten Überblick über Leben und Treiben der Juden diesen hochgespannten Erwartungen durchaus entsprochen haben und daß der Film aufklärender, überzeugender und einprägsamer gewirkt habe als viele antijüdische Schriften. Durchweg sei anerkannt worden, in welchem Maße hier das erreichbare Bildmaterial zu einem Ganzen gestaltet worden sei. Besonders zustimmend seien – wie aus München, Koblenz, Schwerin, Danzig, Halle, Königsberg, Kiel, Neustadt/Weinstraße, Leipzig, Karlsbad, Potsdam und Berlin berichtet wird – die *kartographischen und statistischen Darstellungen* über die Ausbreitung des Judentums (der Vergleich mit den Ratten wurde als besonders eindrucksvoll hervorgehoben) und über die Ausweitung seines Einflusses in allen Lebensgebieten und in allen Ländern der Welt aufgenommen worden. Große Beachtung haben besonders die Aufnahmen von Juden in USA gefunden. Man sei überrascht gewesen, wie offen der jüdische Einfluß und die jüdische Vormachtstellung in USA aufgezeigt worden seien (Schwerin, Karlsbad). Besonders eindrucksvoll seien daneben diejenigen Szenen gewesen, in denen der Jude „im Original“ und „in europäischer Fassung“ als Weltmann gezeigt wurde (Leipzig), wie überhaupt die *Gegenüberstellungen*, (jüdisches Ghetto – Aufmarsch der deutschen Jugend beim Reichsparteitag) außerordentlich eindrucksvoll wirkten. Geradezu befreit und begeistert sei – nach einer Meldung aus München – während des Filmes applaudiert worden, als der *Führer* bei der Stelle einer seiner Reden gezeigt wurde, mit der er voraussagte, daß ein neuer Krieg nur das Ende und die Vernichtung des Judentums zur Folge haben könne. Von besonders überzeugender Wirkung sei überall die *Darstellung des Werdeganges der Familie Rothschild* und besonders der Nachweis gewesen, daß die einzelnen Familienmitglieder in verschiedenen Ländern naturalisiert wurden, wodurch sie als anerkannte Staatsbürger in den wichtigsten Ländern Fuß faßten. Diese Darstellung und Gegenüberstellungen von Typen einzelner Juden in allen Weltteilen habe – wie aus zahlreichen Gesprächen entnommen werden konnte – schlagend klar gemacht, daß der Jude trotz aller äußeren Anpassung an Staaten, Sprachen und Lebensgebiete doch immer Jude bleibe.

Aufgrund der außerordentlich starken Propaganda für den Film und der eindrucksvollen Gestaltung der dokumentarischen Bildbelege haben die ersten Auführungen auch einen *außerordentlichen Besuch* aufzuweisen gehabt. Das Interesse der Bevölkerung habe jedoch örtlich oft bald nachgelassen, da der Film allzu rasch

auf den Großfilm „Jud Süß“ gefolgt sei.<sup>91</sup> Da der Film „Jud Süß“ von einem großen Teil der Bevölkerung bereits besucht worden war, nahm man nach den vorliegenden Berichten sehr oft an, daß der Dokumentarfilm „Der ewige Jude“ nichts wesentlich Neues bringen könne. Übereinstimmend wird z.B. aus Innsbruck, Dortmund, Aachen, Karlsbad, Neustadt/Weinstraße, Bielefeld, Frankfurt/Main und München berichtet, daß oft nur der politisch aktivere Teil der Bevölkerung den Dokumentarfilm besucht habe, während das typische Filmpublikum ihn teilweise mied und örtlich eine Mundpropaganda gegen den Film und seine stark realistische Darstellung des Judentums getrieben wurde. Die Widerlichkeit des Dargestellten an sich und vor allem die Schlachtszenen seien dementsprechend immer wieder als Hauptgrund gegen den Besuch des Filmes gesprächsweise zum Ausdruck gekommen. Der Film sei wiederholt als eine außerordentliche „Nervenbelastung“ bezeichnet worden (Neustadt/Weinstraße). So habe auch der Besuch vor allem in Nordwest-, West- und Süddeutschland und in der Ostmark teilweise sehr nachgelassen. Nach Meldungen aus Westdeutschland und auch aus Breslau haben einzelne Besucher des öfteren während der Vorführung die Lichtspielhäuser angewidert verlassen. Dabei seien Äußerungen wie „wir haben „Jud Süß“ gesehen und haben nun genug von diesem jüdischen Dreck!“ gefallen. Vereinzelt seien Frauen und auch Männer jüngeren Alters während der Vorführung der Schächtszenen ohnmächtig geworden. Häufig sei geäußert worden, „Jud Süß“ habe das Judentum bereits so überzeugend dargestellt, daß es dieser noch krasserem Beweismittel in dem unmittelbar danach aufgeführten Dokumentarfilm nicht mehr bedurft habe. Demgegenüber werden sehr zahlreiche Äußerungen, vor allem aus politisch aktiven Bevölkerungskreisen gemeldet, nach denen der Film als außerordentlich eindrucksvolles Dokument sehr dankbar aufgenommen worden ist. <3205>

◀536▶

**SD Außenstelle Höxter  
Filmprogramm**

**Höxter, 7.2.1941**

**StA Det, M 18 Nr. 9**

Der schon vor einiger Zeit in Höxter gezeigte Film „Jud Süß“ ist letzthin auch in den übrigen Städten des hiesigen Bereichs vorgeführt worden. Die Besucherzahl lag überall weit über dem Durchschnitt, teilweise sind Rekordzahlen erreicht worden. Von einigen weiblichen Personen wurde lediglich bemängelt, daß die Henkerszene zu realistisch dargestellt gewesen sei. Man habe das Gruseln dabei bekommen können.

Der Besuch des Films „Der ewige Jude“ ist auch in den übrigen Orten sehr schlecht besucht worden [sic]. Der Film habe, weil es nur ein dokumentarischer und kein Spielfilm gewesen ist, deswegen keinen besonderen Anklang gefunden. Das Dargestellte sei alles gut und richtig, aber in der gebrachten Form etwas langweilig gewesen. <3215>

---

<sup>91</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

◀537▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Januar 1941

Ansbach, 6.2.1941

BayHStA, StK 106679

Juden

1) Im Rahmen der jüdischen Winterhilfe veranstaltete die israelitische \*Kultusvereinigung Nürnberg am 5. Januar für die von ihnen betreuten Juden eine sogenannte „Seelische Winterhilfe“<sup>92</sup> in der Turnhalle der jüdischen Volksschule in Nürnberg. Etwa 350 Personen, meist ältere, waren anwesend. Angehörige der Jugendgemeinde brachten Lieder und Gedichte zum Vortrag.

2) In der Berichtszeit sind 5 Juden ausgewandert (gegenüber 2 im Vormonat).<sup>93</sup>

3) Gegen 22 im Auslande wohnhafte jüdische Emigranten wurde Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt. Gleichzeitig wurde die Einziehung der noch im Inland befindlichen Vermögenswerte dieser Personen in die Wege geleitet.

4) Festgenommen wurden *Flörshelm*, Gustav Israel, Rasse- und Bekenntnisjude in Bayreuth wegen verbotenen Umgangs mit einem Kriegsgefangenen und *Bohm*, Karl Israel, Rasse- und Bekenntnisjude in Hof/Saale, wegen Vergehens nach §§ 4 und 2 der 2. VO zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien- und Vornamen vom 17.8.1940<sup>94</sup> wegen verbotener gewerblicher Tätigkeit.

Zur Anzeige wurden gebracht:

*Jurzmann*, Julius Israel, Rasse- und Bekenntnisjude in Fürth i.B., weil er versuchte, über die Schweiz einen Brief ins feindliche Ausland zu verschicken.

*Silberthau*, Ernestine Sara, geb. Böhm, Rasse- und Bekenntnisjüdin in Nürnberg, wegen Vergehens gegen die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien- und Vornamen vom 17.8.1940.<sup>95</sup>

Verwarnt wurde:

*Schmidt*, Erna Sara, geb. Goldreich, gesch. Silbermann, Rasse- und Bekenntnisjüdin in Nürnberg, weil sie sich zur Nachtzeit mit ihrem deutschblütigen Ehemann, der z. Zt. bei der Wehrmacht dient, in einer Gaststätte aufgehalten hat, ohne vom Ausgehverbot befreit zu sein.<sup>96</sup> <3208>

◀538▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Februar 1941

Ansbach, 5.3.1941

BayHStA, StK 106679

Juden

1) Die israelitische \*Kultusgemeinde Nürnberg führte am 24. Februar 1941 in der jüdischen Turnhalle in Nürnberg eine geschlossene Veranstaltung des Jüdischen \*Kulturbundes in Deutschland e.V. durch. Die Veranstaltung war von 400 Juden, meist schulpflichtigen Kindern, besucht.<sup>97</sup>

<sup>92</sup> Vgl. Winterhilfe, jüdische.

<sup>93</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>94</sup> Hier vermutlich ein Irrtum. Die Verordnung wurde am 17.8.1938 erlassen. Vgl. Zeittafel.

<sup>95</sup> Wie in Anm. 94.

<sup>96</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1939 und 9. September 1939.

<sup>97</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

2) Am 3.2.41 fand im Schulgebäude der Israelitischen Kultusvereinigung Nürnberg eine Versammlung der jüdischen Lehrer Nordbayerns statt. Die Leiterin der jüdischen Schulabteilung Berlin, Paula Sara *Fürst* sprach über die Erziehungsarbeit in der jüdischen Schule<sup>98</sup> und ihre Vorbereitungsarbeit für die jüdische Wanderung nach Übersee bzw. die Pflege des Siedlungsgedankens. Die Teilnehmerzahl betrug etwa 36.

3) Im Monat Februar sind 11 Juden ausgewandert. Die Zahl der Auslandstelegramme, die sich inhaltlich mit der jüdischen \*Auswanderung befassen, ist erheblich gestiegen. Die Auswanderungsquote des USA-Konsulates für jüdische Auswanderer wurde beträchtlich erhöht, so daß in absehbarer Zeit mit einem Anwachsen der Auswanderungsziffern zu rechnen ist.

4) Der Rasse- und Bekenntnisjude *Wurzman*, Julius Israel, früher Kaufmann wurde durch Strafbefehl des Amtsgerichts Fürth vom 31.1.41 wegen Vergehens gegen §§ 2 und 4 der VO über den Nachrichtenverkehr vom 2.4.40 zu 100 RM Geldstrafe verurteilt. Er hat im November 1940 versucht, Briefe in das feindliche Ausland an Verwandte zu senden.

5) Der Rasse- und Bekenntnisjude [N.N.] Nürnberg wurde durch Urteil des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 27.9.1937 wegen eines fortgesetzten Verbrechens der \*Rassenschande zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er verbüßte seine Strafe bis 4.2.41 im Zuchthaus Hammeln.

Da bei ihm mit Sicherheit anzunehmen ist, daß er trotz dieser Strafe sein rassenschänderisches Treiben fortzusetzen versuchen wird, wurde er in \*Schutzhaft genommen. <3218>

#### ◄539►

#### SD Außenstelle Kitzingen

##### Lagebericht

Kitzingen, 28.3.1941

StA Wü, SD Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 17

Aus einer Gemeinde (Dettelbach) wird das Verhalten von Volksgenossen gegenüber Juden beanstandet. Es soll noch vorkommen, daß die Juden durch Hintermänner mit Geflügel versorgt werden. Teilweise holen die Juden die Milch direkt beim Landwirt. Es wird angeregt, eine gesetzliche Bestimmung zu erlassen, wonach Vg, insbesondere Frauen, überhaupt jeden Umgang mit Juden zu unterlassen haben.<sup>99</sup>

<3227>

#### ◄540►

#### RSHA, Amt III (SD)

#### Meldungen aus dem Reich

Berlin, 6.3.1941

Boberach, S. 2075ff.

##### Kulturelle Gebiete

##### *Die Lage auf dem Gebiet der Unterhaltungsmusik*

In den letzten Monaten häufen sich unabhängig voneinander aus den verschiedensten Reichsteilen die Meldungen, daß Unterhaltungskapellen in zuneh-

---

<sup>98</sup> Vgl. \*Schulwesen, jüdisches.

<sup>99</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden, sowie Zeittafel, 24. Oktober 1941.

mendem Maße verjazzte Musik nach Art der jüdischen Jazzmusik der Systemzeit bringen. [...]

Zunächst einige Beispiele:

[...] In *Düsseldorf* wurde vor allem von *Wehrmichtsangehörigen* die *Kapelle Carlo Minari* beanstandet, die im Caféhaus Mainz spielte. Unter anderen ablehnenden Stimmen schreibt ein Soldat über die Kapelle:

„Ich besuche am Sonntagnachmittag das Café Mainz, wo die Kapelle Minari wie irrsinnig jüdische und Hotsachen spielte. Der wüste „Tiger-rag“ wurde angesagt. Als deutscher Musiker und Wehrmichtsangehöriger protestiere ich, daß uns Soldaten, wenn wir Entspannung und anständige, freudebringende Musik suchen, die zersetzende jüdisch-englische Scheinkunst in deutschen Musikgaststätten dar-  
geboten wird.“ [...]

Aus *Süddeutschland* wird berichtet, daß sich Parteikreise und musikliebende Kreise der Bevölkerung in letzter Zeit darüber entrüstet hätten, daß Schlager ausgesprochen jüdischer Haltung immer wieder in der Unterhaltungsmusik geboten würden. [...]

<3222>

#### ◄541►

##### NSDAP Kreisschulungsamt Lörrach Tätigkeitsbericht

Lörrach, 25.3.1941

GLA Ka, 465 d Nr. 123

##### *Büchervesen*

[...] Die Büchersammlung der NSDAP für die Wehrmacht hatte ein befriedigendes Ergebnis. [...]

Aus jüdischem Besitze wurde auf der Kreisleitung eine Menge Zeug – man kann nicht sagen „Bücher“! – abgegeben. Was an wirklich guten Büchern nach Entfernung der Juden da war, war alsbald auf Versteigerungen verschleudert worden. Was jetzt noch da ist, muß mit Handschuhen und unter Mundschutz angefaßt werden. Es handelt sich meist um Gebet- und juristische Bücher. Das „Material“, dabei auch einige Gebetrollen,<sup>100</sup> lagert im Keller der Kreisleitung. Ich werde, sobald es mir die Zeit erlaubt, an die Sichtung herangehen, um einen Teil davon für das Gauarchiv herauszufinden.

<3228>

#### ◄542►

##### Stadt Münster Bericht für Kriegschronik

Münster, 22.3.1941

Std Ms, Amt 43 E Nr. 33

Heute haben viele endlich die richtige Meinung über das Judentum bekommen, die früher beträchtlich anders eingestellt waren. Ein Dentist empört sich, daß man aus seinem Hause immer noch nicht die jüdischen Mitbewohner herausgesetzt habe. Er fragt, was man tun könne, um das durchzusetzen. – Abends beim Glas Bier sagt mir der Anstreichermeister, daß er heute versuchen würde, einen Juden aus seinem Hause herauszubringen. Ihm sei jedoch jetzt klar geworden, daß die Juden die Schuld an fast allen Kriegen hätten. Man könne einem Muster-Menschen, der das erkannt habe, nicht zumuten, mit diesen Leuten unter einem Dach zu wohnen.

---

<sup>100</sup> Vgl. \*Tora.

Man solle in Münster längst alles, was an Juden noch da wäre, in ein Getto<sup>101</sup> zusammenschieben. Besser noch ganz aus Münster herausbringen. Sein Vater habe ihm erzählt, daß Münster in früheren Zeiten überhaupt keine Juden in der Stadt gedeutet hätte. <3232>

**◀543▶**

**SD Außenstelle Königshofen**

**Bericht über Gerüchte und politische Witze**

**Königshofen, 28.4.1941**

**StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg 18**

*Witze*

[...] Der Führer steht an der Küste und schaut hinauf auf's Meer, da kommt ein Jude und fragt ihn: „Was schaust Du denn da, du weißt wohl nicht, wie Du nüber kommen willst, hättest Du uns in Deutschland gelassen, dann hätten wir Dir das Geheimnis des roten Meeres verraten.“<sup>102</sup> <3234>

**◀544▶**

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**

**Bericht für April 1941**

**Ansbach, 6.5.1941**

**BayHStA, StK 106679**

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

1.) Versammlungen oder sonstige Veranstaltungen jüdischer Vereine oder Organisationen haben im April nicht stattgefunden.<sup>103</sup>

Ausgewandert sind sieben Juden (gegenüber fünf im Vormonat).<sup>104</sup>

Gegen 18 (Vormonat 31) im Ausland wohnhafte jüdische Emigranten wurde Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt. Gleichzeitig wurde die Einziehung ihrer noch im Inland befindlichen Vermögenswerte eingeleitet. [...]

3.) Mitte April wurden auf dem Judenfriedhof in Erlangen von noch unbekanntenen Tätern ca. 90 Grabsteine umgeworfen und beschädigt.<sup>105</sup> <3241>

**◀545▶**

**Gendarmerie Oberthulba**

**Politische und wirtschaftliche Lage des Dienstbezirkes**

**Oberthulba, 30.4.1941**

**StA Wü, LRA Hammelburg 4881**

*Allgemeine politische Lage*

[...] Die Juden kommen der auferlegten Meldepflicht pünktlich nach. Sie verhalten sich so, daß sie nirgends anstoßen. <3245>

<sup>101</sup> Vgl. \*Ghettos für Juden (in der NS-Zeit).

<sup>102</sup> Gemeint sind Hitlers Absichten zur Landung deutscher Truppen in England („Unternehmen Seelöwe“), geplant für 1940/41.

<sup>103</sup> Vgl. \*Vereinsleben, jüdisches.

<sup>104</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>105</sup> Vgl. \*Friedhofsschändungen.

◀546▶

**RSHA, Amt III (SD)  
Meldungen aus dem Reich**

**Berlin, 12.6.1941**

**Boberach, S. 2393, 2397**

*Allgemeines*

[...]

*Zur Aufnahme der Wochenschauen vom 17.-23 und vom 24.-30.5.1941*<sup>106</sup>

[...] Zu den Aufnahmen von den *Aufräumungsarbeiten in Belgrad durch Juden* sei mehrfach geäußert worden, man möchte den Juden, die nun endlich einmal am eigenen Leibe zu sehen bekämen, was man in Deutschland unter Arbeit versteht, auch „deutsches Tempo“ beibringen (Dresden).<sup>107</sup> Gerade diese Aufnahmen haben über bloße Heiterkeitsausbrüche hinaus nach verschiedenen Meldungen erneut zu scharfen Äußerungen gegen das in Europa verbliebene Judentum geführt, mit dem sich die deutschen Behörden in den besetzten Gebieten abgeben müssen.<sup>108</sup> <3253>

◀547▶

**RSHA, Amt III (SD)  
Meldungen aus dem Reich**

**Berlin, 16.6.1941**

**Boberach, S. 2407, 2411f.**

*Allgemeines*

[...]

*Zum Stand der Rückführung geraubten deutschen Kulturgutes aus den besetzten Gebieten*

[...] Die *Rückführung des Kunstgutes aus jüdischem Besitz* nach Deutschland ist nahezu vollständig abgeschlossen. In diesem Zusammenhang sei aufgrund eines Protestes der französischen Regierung wiederholt besprochen worden, ob gegen diese Rückführung formale staatsrechtliche Bedenken bestehen oder die wesentlich politischen Gesichtspunkte maßgeblich sind. Damit sei auch auf die aufgeworfene Frage nach Entschädigung des französischen Staates für den nach Deutschland gebrachten Kunstbesitz verbunden. Von den maßgeblich politischen Gesichtspunkten sei geltend zu machen, daß der gesamte jüdische Besitz in Frankreich als Feindvermögen angesehen werden müsse und seine Überführung in den Besitz des Deutschen Reiches aus diesem Grund niemals auf dem Wege der Bezahlung, sondern ausschließlich als *Beschlagnahme* erfolgen könne. Auch eine Abschlagssumme stelle keine befriedigende Lösung dar, da damit französische oder jüdische Besitzansprüche anerkannt würden. Eine rein geschäftsmäßige Abschätzung des Wertes der jüdischen Sammlungen stoßen nach Ansicht von fachkundiger Seite infolge ihres großen Umfanges auf außerordentliche Schwierigkeiten und würde selbst bei vorsichtiger Schätzung sehr hohe Summen ergeben. Auch zur endgültigen Klärung dieser Frage werde nunmehr eine Entscheidung für erforderlich gehalten. <3254>

---

<sup>106</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

<sup>107</sup> Vgl. \*Zwangsarbeit der Juden im Dritten Reich.

<sup>108</sup> Vgl. \*Deportation von Juden, sowie „\*Endlösung der Judenfrage“.

◀548▶

**RSHA, Amt III (SD)**  
**Meldungen aus dem Reich**

Berlin, 26.6.1941

Boberach, S. 2450f.

*Verwaltung und Recht*

[...]

*Meldungen über Versuche von Juden, ihre Abstammung durch die  
Behauptung einer außerehelichen Zeugung zu verschleiern*

Meldungen der letzten Zeit lassen den Schluß zu, daß Juden neuerdings in verstärktem Maße versuchen, ihre jüdische Abstammung durch die Behauptung einer außerehelichen Zeugung zu verschleiern (z.B. *München, Dresden*). Entsprechende Beobachtungen meldet auch Prag, das für das Gebiet des Protektorates die allgemeine Feststellung trifft, daß mit Juden verheiratete<sup>109</sup> oder auch bereits von Juden geschiedene Frauen \*arischer Abstammung vor Gericht eidesstattliche Erklärungen des Inhaltes abgegeben hätten, die von ihnen geborenen Kinder seien nicht von ihrem jüdischen Gatten gezeugt worden, sondern stammten aus einem außerehelichen Verhältnis mit einem Arier. Außerdem versuchten mit Juden verheiratete Jüdinnen nachzuweisen, daß ihre Kinder nicht von ihrem jüdischen Ehegatten, sondern von irgendeinem heute nicht mehr auffindbaren oder bereits verstorbenen Arier herrührten. [...]

<3256>

◀549▶

**Gendarmerie Aufseß**  
**Bericht für Juni 1941**

Aufseß, 26.6.1941

StA Ba, K 8 Nr. 9206 I

Die neuen kriegserischen Verwicklungen mit der Sowjetunion werden von der Gesamtbevölkerung zuversichtlich beurteilt. Von den Nationalsozialisten wird die Niederwerfung des Bolschewismus und somit des internationalen Judentums,<sup>110</sup> freudig begrüßt und von [sic] großer weltgeschichtlicher Bedeutung bewertet.

<3260>

◀550▶

**Bürgermeister Herchen**  
**Zusammenlegung von Juden**

Herchen, 25.6.1941

HStA Dü, RW 18-18

In der Gemeinde Herchen wohnt nur noch die Familie Blumenthal, bestehend aus den Eheleuten und zwei minderjährigen Töchtern. Sie ist in einem \*arischen Hause untergebracht. Wie ich nun in Erfahrung gebracht habe, befindet sich in der Gemeinde Rosbach ein jüdisches Haus, in welchem auch noch eine Wohnung frei ist. Mit Herrn Bürgermeister Richter Rücksprache nehmend, lehnt dieser jedoch den Zuzug mit der Begründung ab, daß er genug Juden in seinem Bezirk wohnen habe. Ich bitte von der dortigen Stelle aus den Herrn Bürgermeister in Rosbach anzuweisen, die Wohnung für die hiesige Judenfamilie freizugeben.<sup>111</sup>

<3261>

<sup>109</sup> Vgl. \*Mischehen.

<sup>110</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>111</sup> Vgl. \*Judenhäuser.



◀551▶

**Bürgermeister Ober-Erlenbach**  
**Die politische Lage**

**Ober-Erlenbach, 30.6.1941**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 238**

[*Juden*]

Immer noch keine Entscheidung betreffs der Zwangsentjudung.<sup>112</sup> <3262>

◀552▶

**Bürgermeister Siegburg**  
**Zusammenlegung von Juden in der Stadt Siegburg**

**Siegburg, 4.6.1941**

**HStA Dü, RW 18-18**

In der Stadt Siegburg wohnen z.Zt. noch 82 Juden in 21 jüdischen Häusern. [...] Um diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen, beantrage ich, durch staatspolizeiliche Maßnahmen die Juden in fünf jüdische Häuser zusammenzulegen.<sup>113</sup> Die arischen Mieter, die z. Zt. noch in diesen fünf jüdischen Häusern wohnen, haben sich bereiterklärt, auszuziehen, zumal ihnen in den frei werdenden Judenhäusern bessere Wohnungen vermittelt werden können. Diesbezügliche Verhandlungen sind von mir eingeleitet worden und werden sich Schwierigkeiten aller Voraussicht nach nicht ergeben. Bei Durchführung dieser Maßnahme würden einmal für den allgemeinen Wohnungsmarkt 16 Judenhäuser frei werden, die ausschließlich \*Ariern zu Verfügung stehen würden. [...]

Im übrigen beziehe ich mich auf meine Unterredung mit Kriminaldirektor Pitz vom Vormittag und bitte, mich zu ermächtigen, die vorgesehene Maßnahme betr. Zusammenlegung der Juden in der Stadt Siegburg durchzuführen. <3263>

◀553▶

**RSHA, Amt III (SD)**  
**Meldungen aus dem Reich**

**Berlin, 10.7.1941**

**Boberach, S. 2505**

*Kulturelle Gebiete*

*Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 8.-10. Juli 1941*

Aus allen Reichsteilen wird berichtet, daß die in Wort und Bild, in Presse und Rundfunk erfolgende *realistische Berichterstattung über die Greuertaten der Bolschewisten* in der Bevölkerung tiefen Eindruck macht und Abscheu erregt (z.B. Königsberg, Bremen, Chemnitz, Köln, Karlsruhe, Frankfurt/M., München, Salzburg, Breslau, Potsdam, Wien, Thorn, Düsseldorf, Posen, Innsbruck, Allenstein, Weimar, Troppau, Liegnitz). Dies gelte insbesondere für die Morde an den Ukrainern in Lemberg. Der Eindruck werde mehr und mehr dadurch verstärkt, daß *Feldpostbriefe* die Ausführungen von Presse und Rundfunk bestärken und teilweise noch weitergingen als die Propaganda. Verschiedentlich wird insbesondere unter Frauen wiederum Besorgnis geäußert, daß ihre Männer und Söhne dem gemeinsamen Hecken- schützenkrieg der Bolschewisten zum Opfer fallen könnten. Häufig wird gefragt, welches Schicksal wohl unsere Soldaten erleiden, die in Gefangenschaft geraten,

---

<sup>112</sup> Vgl. \*Deportation.

<sup>113</sup> Vgl. \*Judenhäuser.

und was von unserer Seite aus mit den Bolschewisten geschieht („Das sind doch schon keine Menschen mehr“). Aus der Auffassung heraus, daß die eigentlichen Drahtzieher die *Juden* sind,<sup>114</sup> wird stellenweise eine radikale Behandlung der Juden im Reich gefordert.<sup>115</sup> <3266>

◀554▶

RSHA, Amt III (SD)  
Meldungen aus dem Reich

Berlin. 17.7.1941

Boberach, 2530f., 2535ff.

*Kulturelle Gebiete*

[...]

*Zur Aufnahme der Wochenschau vom 12.-18.7.1941*<sup>116</sup>

[...] In allen vorliegenden Berichten wird bestätigt, daß die *Bilder von den Opfern des bolschewistischen Terrors in Lemberg* am meisten besprochen worden sind, da sie in ihrer grausigen Realistik die Wirkung der bisherigen Presse- und Rundfunkberichte über die bolschewistischen Greuelthaten bei weitem übertraffen haben. In zahlreichen vorliegenden Äußerungen wird festgestellt, daß diese Aufnahmen nur vereinzelt nach dem Urteil von Frauen bis an die Grenze des Erträglichen gingen, dagegen sei *überwiegend die Überzeugung* zum Ausdruck gekommen, daß *gerade solche Bilder vom wahren Wesen des Bolschewismus und des Judentums in ihrer realistischen Furchtbarkeit heute immer wieder gezeigt werden müßten*, damit auch der letzte Volksgenosse durch dieses nüchterne Tatsachenmaterial von der Gefahr des jüdischen Bolschewismus<sup>117</sup> überzeugt werde und den letzten Sinn des deutschen Kampfes handgreiflich vor Augen geführt bekomme. [...]

*Verwaltung und Recht*

*Die Juden im Rechtsverkehr* (vgl. „Meldungen aus dem Reich“ v. 24.4.1941<sup>118</sup>)

Wie bereits früher gemeldet wurde, wird in der Bevölkerung und in Fachkreisen immer wieder Kritik daran geübt, daß in verschiedener Hinsicht die Rechtsstellung der Juden noch nicht allenthalben in einer dem gesunden Volksempfinden entsprechenden Weise geregelt sei. Auch in neueren Meldungen wird wiederum auf den in gewissen Fragen unbefriedigenden Rechtszustand hingewiesen und angeführt, daß gerade jetzt, wo der Bevölkerung die letzten Konsequenzen einer jüdischen Weltherrschaft in vollster Deutlichkeit vor Augen ständen, die in rechtlicher Beziehung teilweise noch vorhandene Gleichstellung der Juden mit deutschen Volksgenossen auf völligem Unverständnis stoße.

Einer der Punkte, gegen die sich die Kritik der Bevölkerung immer wieder richte, sei die uneinheitliche Rechtsprechung zur *Frage, ob jüdischen Arbeitern ein Urlaubsanspruch zustehe*. Aus der Presse hat die Bevölkerung zunächst mit Befriedigung entnommen, daß Gerichte, wie z.B. das Arbeitsgericht Köln, es eindeutig abgelehnt haben, Juden einen Urlaubsanspruch zuzubilligen. [...]

<sup>114</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>115</sup> Vgl. \*Deportation von Juden und „\*Endlösung der Judenfrage“.

<sup>116</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

<sup>117</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>118</sup> Am 24.4.1941 wurden keine Meldungen aus dem Reich herausgegeben, die Meldungen aus dem Reich (Nr. 181) datieren vom 25.4.1941. Vgl. <3233>.

Demgegenüber hat nach einer Meldung erst kürzlich das Arbeitsgericht Berlin wieder im umgekehrten Sinne entschieden und jüdischen Arbeitern in einem nationalsozialistischen Betrieb einen Urlaubsanspruch zugestanden. [...]

In der Meldung wird hervorgehoben, daß es nach Ansicht nationalsozialistischer Betriebsführer und mit Rücksicht auf diese unwürdigen Folgen nicht länger tragbar sei, die Entscheidung über die Gewährung eines Urlaubsanspruches an Juden länger der Rechtsprechung zu überlassen. Es werde von den Betriebsführern, die Juden beschäftigen müssen, nachdrücklich eine gesetzliche Regelung dieser Frage gefordert, bei der klar die Stellung der Juden als Rassefremde<sup>119</sup> innerhalb der deutschen Arbeitsordnung zum Ausdruck kommen müsse. [...]

Wie weiter gemeldet wird, werde es nach Äußerungen aus der Bevölkerung und aus Fachkreisen auch abgelehnt, daß Juden immer noch im *Armenrecht* klagen dürften. Die deutsche Volksgemeinschaft habe kein Interesse daran, daß Juden den Justizapparat kostenlos in Anspruch nehmen dürften. [...] <3267>

◀555▶

RSHA Amt III (SD)

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 24.7.1941

Boberach, S. 2563f.

*Zur Aufnahme der Wochenschau vom 19. bis 26. Juli 1941*<sup>120</sup>

Nach Berichten aus allen Reichsgebieten hält in der Bevölkerung das starke Interesse für die *Wochenschau vom östlichen Kriegsschauplatz unvermindert an*. Zahlreiche Meldungen sprechen von *überfüllten Sondervorstellungen* der Wochenschau (Kattowitz, Leipzig, Kiel u.a.). Vielfach wird geäußert, daß die neue Wochenschau das beinahe Unmögliche vollbracht habe und ihrer Vorgängerin *gleichwertig* sei. [...]

Mit lebhafter Zustimmung wurden die Bilder von der *Inhaftierung der am Mordwerk beteiligten Juden* aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, daß mit diesen noch viel zu loyal umgegangen würde. Die *Bildfolgen vom Zwangseinsatz der Juden zu Aufräumarbeiten* seien überall mit großer Freude aufgenommen worden. Nach einer Meldung aus Lothringen hätten diese Szenen vielfach sogar bei der lothringischen Bevölkerung Zustimmung gefunden (Metz). Die Lynchjustiz der Rigaer Bevölkerung<sup>121</sup> an ihren Peinigern werde mit aufmunternden Ausrufen begleitet. <3268>

◀556▶

RSHA, Amt III (SD)

Meldungen aus dem Reich (Nr. 206)

Berlin, 31.7.1941

Boberach, S. 2592f.

*Kulturelle Gebiete*

*Aufnahme und Auswirkungen der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 29.-31.7.1941*

[...] *Mit größter Anteilnahme werden die Berichte über das Vorgehen der Vereinigten Staaten verfolgt*. In zunehmenden Maße wird davon gesprochen, daß sich dieser

<sup>119</sup> Vgl. \*Rassengesetzgebung.

<sup>120</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

<sup>121</sup> Vgl. \*Riga, in: EH, Bd. II, S. 1228f.

Krieg zu einem wirklichen Weltkrieg auswachse. [...] Die Auszüge und Kommentare zu dem Buch des Juden *Kaufmann*<sup>122</sup> zeigen, daß dieser Krieg wirklich ein Krieg auf Leben und Tod sei. Die von Kaufmann aufgestellten Pläne seien selbst eingefleischten Nörglern sehr in die Knochen gefahren. Umso stärker werde die *Frage nach der Dauer dieses Krieges*. [...]

<3270>

◀557▶

#### OKW Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt Stab Ia

##### Reisebericht über Besuch im Abschnitt der Heeresgruppe Mitte

o.O., 21.7.1941

BArch-MA, RW 19/473

Nach Meldung von Major Frantz wurden in Bialystok kürzlich 2.600 Juden erschossen. Er fuhr durch eine Straße, die von Polizei abgesperrt war und fragte einen deutschen Schutzpolizisten: „Werden hier Juden abgeschoben?“ „Nein“, sagte dieser, „aber abgeschossen“.

Sie hatten tags zuvor 2.600 Juden erschossen, am nächsten Tag sollten 6.000 folgen. Erschossen werden angeblich alle Juden vom 15. bis zum 60. Lebensjahr. Durchgeführt wird nach Angaben des Schutzpolizisten die Aktion täglich von einer anderen Hundertschaft.<sup>123</sup> Bei einem dort eingesetzten deutschen Arzt haben sich mehrere Polizeiwachtmeister gemeldet, die wegen Nervenzusammenbruchs an derartigen Aktionen nicht mehr teilnehmen können. Eine Erschießung von Juden in Baranowitschi<sup>124</sup> ist noch nicht erfolgt.

<3275>

◀558▶

#### NSDAP Kreisleitung Münster

##### Stimmungsbericht für den 13.7.-20.7.1941

Münster, 23.7.1941

StA Ms, NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen Nr. 125

##### *Stimmung und Gerüchte in der Bevölkerung*

In der Bevölkerung wird davon gesprochen, daß die Kranken der Heil- und Pflegeanstalten, u.a. auch der Provinzialheilanstalt in Lengerich, zu Gasversuchen gebraucht werden sollen. Dieses Gerücht ist u.a. von dem Pfarrer Veerhoff, Lengerich, verbreitet worden. Tatsache ist, daß zu der gleichen Zeit etwa 240 Kranke der Provinzialanstalt Lengerich abtransportiert worden sind und zwar wurde nicht bekannt, wohin sie gebracht wurden.<sup>125</sup>

In der Gemeinde Hopsten sind nach den Fliegerangriffen auf die Gauhauptstadt Münster fünf jüdische Personen aus Münster angekommen,<sup>126</sup> um bei ihren in Hopsten noch wohnenden Artgenossen Zuflucht zu suchen. Die Bevölkerung der Gemeinde Hopsten ist hierüber sehr empört, zumal die Juden noch mit einem Personenwagen, bepackt mit Koffern und Kisten usw., hier ankamen. Leider konnte der Fahrer dieses Wagens nicht ermittelt werden. Seitens der Juden wird hierüber

<sup>122</sup> Vgl. Benz, Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufmann, S. 615-630.

<sup>123</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“, sowie „Bialystok“ in: EH, Bd. 1, S. 212-216, Bibliographie dort; vgl. Bender, The Jews of Bialystok during the Second World War 1939-1943.

<sup>124</sup> Zum Schicksal der Juden in Baranowitschi 1939-1943 und den Massenerschießungen zwischen Juni 1941 und Dezember 1942 vgl. EH, Bd. 1, S. 153f.

<sup>125</sup> Vgl. \*Euthanasie.

<sup>126</sup> Vgl. \*Binnenwanderung, während des Krieges.

jede Auskunft verweigert. Die Bewohner der Gemeinde Hopsten waren vor der Juden-Aktion<sup>127</sup> sehr judenfreundlich eingestellt. Erst durch die verstärkte Aufklärung über die Juden und nach der Erkenntnis, daß der Jude der eigentliche Urheber dieses Krieges ist, hat man in Hopsten den dort ansässigen Juden eine andere Haltung gegenüber eingenommen. Die nunmehr aufgeklärte Bevölkerung Hopstens ist über das Erscheinen der Juden aus Münster sehr erregt und verlangt, daß dieselben wieder abziehen. Es wird nicht verstanden, warum man aus der kleinen Gemeinde Hopsten die Juden nicht überhaupt ganz herauszieht. <3279>

◄559►

**RSHA, Amt III (SD)  
Meldungen aus dem Reich**

**Berlin, 14.8.1941**

**Boberach, S. 2645ff.**

*Kulturelle Gebiete*

[...]

*Zur Aufnahme der Wochenschau vom 9.-16.8.1941*

Aus allen Gebieten des Reiches wird übereinstimmend über die gleichbleibend *starke Anteilnahme* der Bevölkerung an der Wochenschau berichtet.<sup>128</sup> [...]

Der *Zug der Juden* mit der Herausstellung einzelner Typen wurde in allen Teilen des Reichs häufig mit Bemerkungen des Abscheus aufgenommen, wobei verschiedentlich die Frage gestellt wurde, was denn eigentlich mit diesen Horden in Zukunft geschehen soll. <3284>

◄560►

**SD Hauptaußenstelle Bielefeld  
Stimmung gegen Juden**

**Bielefeld, 5.8.1941**

**StA Det, M18 Nr. 16 Bd. I**

Die hiesigen Tageszeitungen brachten am 30.7.1941<sup>129</sup> eine Notiz, nach der den Juden die Kriegsschäden nicht ersetzt werden. Diese Maßnahme hat allgemeinen Beifall gefunden.

Wiederholt wurde von hier in letzter Zeit auf die wachsende Mißstimmung in der Bevölkerung über das provozierende Verhalten der Juden berichtet. Wie bereits gemeldet wurde, nahm die Bevölkerung derart Stellung gegen die Juden, daß sich die Stadtverwaltungen in Minden und in Bielefeld bereits veranlaßt sahen, die Wochenmärkte für Juden zu sperren,<sup>130</sup> um Tätlichkeiten zu vermeiden.<sup>131</sup> Diese Maßnahme genügt jedoch der Bevölkerung keineswegs. Es wird verlangt, daß für die Juden endlich der Kennzeichnungszwang eingeführt wird,<sup>132</sup> ähnlich wie es bereits seit Kriegsanfang im Generalgouvernement üblich ist, um zu verhindern, daß sich die Juden über die Anordnungen hinwegsetzen. Bei der sprichwörtlichen

<sup>127</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>128</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

<sup>129</sup> Vgl. Zeittafel, 20. Juli 1941.

<sup>130</sup> Vgl. <3271>.

<sup>131</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden; sowie \*Einzelaktionen.

<sup>132</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1941; sowie \*Kennzeichnung der Juden. Der „Druck von unten“ wurde hier einen Monat vor der Veröffentlichung des Gesetzes im Reichsgesetzblatt am 5. September mit Inkrafttreten am 19.9.1941 wahrgenommen und nach oben berichtet.

Frechheit der Juden befürchtet man, daß sie versuchen werden, auch weiterhin auf den Wochenmärkten einzukaufen, wie es auch schon beobachtet wurde, daß Juden versuchten, Kinos und andere Unterhaltungsstätten zu betreten. Andererseits würde bei einer \*Kennzeichnung der Juden vermieden, daß deutsche Volksgenossen, die ein nicht ganz \*arisches Aussehen haben, beim Betreten von Gaststätten u. dgl. als Juden angesehen und entsprechend angepöbelt werden, wie es wiederholt bereits geschehen ist.

Selbst in Paderborn, wo infolge der überaus starken katholischen Beeinflussung bisher kaum von einem Judentum gesprochen werden konnte,<sup>133</sup> wird infolge des zunehmend frechen Benehmens der Juden die Forderung erhoben, Juden und auch Polen in den Geschäften entweder erst dann abzufertigen, wenn die deutsche Kundschaft bedient ist, oder diesen Angehörigen von Gastvölkern besondere Einkaufsstellen zuzuweisen.<sup>134</sup> In nationalsozialistischen Kreisen wird erklärt, daß man sich selbst helfen werde, indem man gegen Juden und Polen evtl. Gewalt anwenden werde,<sup>135</sup> falls nicht sofort behördliche Maßnahmen ergriffen würden. <3286>

### ◀561▶

#### **SD Außenstelle Bielefeld Bericht für den 16.8.-23.8.1941**

**Bielefeld, 25.8.1941**

**StA Det, M18 Nr. 14**

#### *III B3 (Rasse)*

Vor etwa acht Tagen wurde den Juden auf Vorschlag der Kreisleitung der NSDAP, vom Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld als Kreispolizeibehörde, das Betreten des Wochenmarktes verboten.<sup>136</sup> [...]

Um dieser Anordnung des Oberbürgermeisters wirklichen Erfolg zu sichern, verlangt man in hiesigen Bevölkerungskreisen immer wieder, die Juden, ähnlich wie es im Protektorat bereits geschehen, mit einem Abzeichen zu versehen, sodaß diese weiterhin als Angehörige der jüdischen Rasse zu erkennen sind.<sup>137</sup> Die Volksgenossen bezeichnen das [sic] als unerträglich, auf [sic] der Straßenbahn, in Autobussen und sonst im öffentlichen Verkehr, neben Angehörigen eines Volkes zu stehen, die in der Hauptsache den jetzigen Krieg verschuldet haben und deren Rassegenossen nichts unversucht lassen, Deutschland zu vernichten.<sup>138</sup>

Gerüchteweise verlautet hier, daß die Herausgabe von Rasierseife an Juden nächstens eingestellt würde. <3288>

<sup>133</sup> Vgl. \*Kirche und NS-Judenpolitik.

<sup>134</sup> Zusätzlich zu den schon bestehenden Beschränkungen der Einkaufszeiten für Juden wird hier ihre Anwendung auch auf die Polen gefordert. Offenbar handelte es sich bei jenen um Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter.

<sup>135</sup> Diese Beschränkungen galten für Juden bereits seit September 1939. Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden; sowie \*Einzelaktionen.

<sup>136</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden.

<sup>137</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1941 und \*Kennzeichnung der Juden. Zu dem vorangegangenen „Druck von unten“ vgl. ▶560▶, Anm. 132.

<sup>138</sup> Der „Druck von unten“ kam auch hierin der Anordnung des Reichsverkehrsministers vom 18. September 1941 zuvor; vgl. Zeittafel.

**◀562▶**

**SD Außenstelle Minden**

**Forderung der Bevölkerung zu einem Einschreiten gegen die Juden**

**Minden, 28.8.1941**

**StA Det, M18 Nr. 11**

Immer wieder macht sich das freche Auftreten der Juden im hiesigen Bereich bemerkbar. So wurde beobachtet, wie eine Jüdin sich frech in ein Gespräch zwischen einer Frau und einem \*SS-Mann in Uniform mischte. Da sie als Jüdin nicht zu erkennen war, wurde sie auch ins Gespräch hineingezogen. Als eine andere Frau, die die Jüdin kannte, Bemerkungen machte, verschwand die Jüdin eilig. [...]

In der Bevölkerung wird bemängelt, weshalb man nicht schon längst dazu übergegangen sei, den Juden, genau wie es mit den Polen gemacht wäre, ein Kennzeichen zu geben. Dann wären derartige Zwischenfälle ausgeschlossen. Ein \*Judenstern auf dem Rockaufschlag oder eine Armbinde wäre das richtige Zeichen.<sup>139</sup> <3290>

**◀563▶**

**OKW Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt Stab Ia**

**Reisebericht über Besuch im Abschnitt der Wirtschaftsinspektion Nord**

**o.O., 11.8.1941**

**BArch-MA, RW 19/473**

Die \*Judenfrage war in Riga noch kaum irgendwie angefaßt. Die Juden tragen einen gelben Stern zur \*Kennzeichnung und werden zur Aufräumungs- und Straßenarbeiten usw. eingesetzt.<sup>140</sup> In Libau dagegen sind schon mehrere tausend Juden „liquidiert“ worden, teils durch die deutschen Behörden, zum großen Teil aber auch durch die Letten,<sup>141</sup> von denen den Juden vorgeworfen wird, daß sie während der Russenzeit auf Kosten der Letten mit den Bolschewisten paktiert haben. Jüdische Frauen wurden bisher nicht erschossen. Man sprach davon, daß sie später durch Vergasung beseitigt werden sollen.<sup>142</sup> <3297>

**◀564▶**

**Landrat Siegkreis**

**Bericht**

**(„Zusammenlegung der Juden“)**

**Siegburg, 6.8.1941**

**HStA Dü, RW 18-18**

In Erledigung vorbezeichneter Verfügung<sup>143</sup> berichte ich, daß die Zusammenlegung der Juden im Siegkreise, wie bereits fernmündlich mitgeteilt, restlos durchgeführt worden ist. Mit Ausnahme der achtköpfigen Judenfamilie David Israel Cohn in Quirrenbach bei Oberpleis wurden alle jüdischen Wohnungen in arischen Häusern freigemacht. Die Freimachung der vorbezeichneten Wohnung konnte bisher nicht erfolgen, da im Amtsbezirk Oberpleis jüdische Häuser nicht vorhanden

---

<sup>139</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1941 und \*Kennzeichnung der Juden. Zu dem vorangegangenen „Druck von unten“ vgl. ◀560▶, Anm. 132.

<sup>140</sup> Vgl. EH, Riga, S. 1228-1232.

<sup>141</sup> Vgl. EH, Lettland, S. 854-857.

<sup>142</sup> Vgl. EH, Libau, S. 859f.

<sup>143</sup> Die Stapostelle Köln hatte am 12.5.1941 eine Verfügung II B-586-41 erlassen; diese liegt den Herausgebern nicht vor. Offensichtlich betraf sie die „Zusammenlegung der Juden“ in sog. \*Judenhäusern.

sind. Nach Mitteilung des hiesigen Arbeitsamtes kann auch z.Zt. aus arbeitsein-satzmäßigen Gründen eine anderweitige Vermittlung des Cohn nicht erfolgen, so-daß auch dadurch die Unterbringung der Familie Cohn in einem anderen Amts-bezirk nicht möglich ist. Im übrigen handelt es sich um eine kleine, in einem schlechten Zustande befindliche Wohnung, die von einem \*Arier erst wieder be-wohnt werden könnte, nachdem sie gründlich instandgesetzt worden wäre. Aus den vorgenannten Gründen dürfte es zweckmäßig sein, die Judenfamilie vorerst in der arischen Wohnung weiter zu belassen. <3300>

◀565▶

NSDAP Kreisleitung [Raum Münster]

Stimmung und Gerüchte in der Bevölkerung

o.O., 21.8.1941

StA Ms, NSDAP Kreis- und Ortsgruppenleitungen Nr. 125

Man konnte feststellen, daß die Beunruhigung in der katholischen Bevölke-rung betr. Aufhebung verschiedener Klöster in den letzten Tagen in etwa abge-nommen hat.<sup>144</sup> Dagegen ist in einigen katholischen Kirchen eine weitere Predigt des Bischofs über \*Euthanasie verlesen worden.<sup>145</sup>

In diesem Schreiben heißt es u.a., daß der Bischof in einigen ihm bekannten Fäl-len über Tötung Geisteskranker in den Anstalten nach Maßnahmen der im Strafge-setzbuch vorhandenen Bestimmungen pflichtgemäß bei der Staatsanwaltschaft des Landesgerichts in Münster Anzeige wegen Mordes gestellt habe. In der gemeinsten Weise wird dann weiter berichtet, daß mit großer Sorge an die Kriegsoffer (verwun-dete Soldaten) des jetzigen Krieges gedacht werden müsse. Diese armen Opfer müß-ten damit rechnen, daß auch sie als unproduktive Kräfte eines Tages auf die bekann-te Art beseitigt würden. Das gleiche Schicksal hätten demnach auch Invaliden, Op-fer der Arbeit oder auch ältere gebrechliche Menschen zu teilen. [...] <3301>

---

<sup>144</sup> Zur Klosteraufhebung durch die \*Gestapo und die Proteste der katholischen Kirchenführer im Sommer 1941 vgl. Witetschek u.a., Die kirchliche Lage in Bayern, Bd. II, S. 378, Anm. 6; S. 388, Anm. 4 und Literaturhinweise dort.

<sup>145</sup> Gemeint ist der Bischof von Münster, Clemens Graf von Galen; vgl. EH, Bd. I, S. 502 und Li-teraturhinweise dort. Verglichen mit seinem mutigen und wirkungsvollen Auftreten gegen die Euthanasie war seine Reaktion auf die \*Deportationen und den Massenmord an den Ju-den völliges Schweigen und blieb eine offene Frage in der Geschichtsforschung und der Dis-kussion um den Kirchenkampf und die Judenverfolgung; vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.



# XI. Die Kennzeichnung der Juden und die erste Welle der systematischen Deportationen „nach Osten“ (September 1941 – Februar 1942)

◀566▶

**SD Außenstelle Bielefeld  
Bericht**

**Bielefeld, 13.9.1941**

**StA Det, M 18 Nr. 14**

*III B 3 (Rasse)*

*Stimmungsmäßige günstige Aufnahme der Polizeiverordnung, wonach Juden verpflichtet sind, ab 19. September 1941<sup>1</sup> in der Öffentlichkeit ein Kennzeichen zu tragen*

Es ist nicht übertrieben, wenn behauptet wird, daß die erwähnte Polizeiverordnung in allen Schichten der Bevölkerung eine wahre Genugtuung hervorgerufen hat. Diese Verordnung bildet am Samstag und Sonntag das Gesprächsthema der Bevölkerung. Immer wieder kann man hören, daß nun endlich den Juden innerhalb Deutschlands jede Möglichkeit, sich zu tarnen, genommen wird. Allgemein hebt man hervor, daß erst durch diese Polizeiverordnung alle die Juden einschränkende Maßnahmen, wie Kino-, Gaststätten- und Wochenmarktverbot,<sup>2</sup> ihre volle Wirksamkeit erhalten hätten. Vielfach wird verlangt, daß man nun auch die Juden von der Benutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel wie Autobusse und Straßenbahnen ausschließen müsse. Allgemein hofft man, daß nun bald auch der letzte Jude das deutsche Vaterland verlassen würde.<sup>3</sup> <3307>

◀567▶

**SD Außenstelle Höxter  
Kennzeichnung der Juden**

**Höxter, 25.9.1941**

**StA Det, M 18 Nr. 11**

Die Kenntlichmachung der Juden mit dem \*Davidstern ist von der Bevölkerung des hiesigen Bereiches allgemein begrüßt worden. Wenn auch Diskussionen größeren Umfangs darüber nicht geführt wurden, so kam die allgemeine Zustimmung zu dieser Maßnahme sofort zum Ausdruck, und die Notwendigkeit dieser Regelung wurde nachträglich um so deutlicher eingesehen, als sich mancher erst jetzt als Jude entpuppte, von dem man bisher nicht wußte, daß er Jude war und der es bis jetzt verstanden hatte, seine Rassezugehörigkeit zu verheimlichen.

Was in dieser Angelegenheit nicht verstanden wird und das Volksempfinden stört, ist die Tatsache, daß mit \*Ariern verheiratete Juden diesen Stern nicht zu tragen brauchen.<sup>4</sup> Hier treten zwei derartige Fälle sehr kraß in Erscheinung. In Beverungen hat ein Jude nach 1933 kurz vor den \*Nürnberger Gesetzen eine Arierin

<sup>1</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1941.

<sup>2</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden.

<sup>3</sup> Der hier vorliegende Text ist wörtlich enthalten in dem Bericht der SD Hauptaußenstelle Bielefeld vom 16.9.1941, auf dessen Abdruck daher sowohl im Auswahlband als auch in der Gesamtausgabe auf CD-ROM verzichtet wurde.

<sup>4</sup> Vgl. \*Mischehen und die besonderen Bedingungen für die Befreiung von der Verpflichtung, den „Judenstern“ zu tragen (unter „privilegierte Mischehen“).

geheiratet. Aus der Ehe sind bis jetzt 3 Kinder vorhanden. Der Mann ist innerlich und äußerlich Jude schärfster Prägung und die Frau wird, weil sie den Juden noch nach 1933 geheiratet hat, von der Bevölkerung verachtet und abgelehnt. Umso unverständlicher ist es den Vg. daher, daß nicht zumindest der Mann als Jude den Stern tragen muß. In Warburg liegt der zweite Fall so, daß ein Arier mit einer Jüdin verheiratet ist. Hier braucht die Jüdin den Stern nicht zu tragen. Nun dürfen in Warburg die Juden die Bürgersteige nicht benutzen, sondern müssen neben den Bürgersteigen gehen.<sup>5</sup> Wenn nun diese Jüdin den Bürgersteig benutzt, so erregt sie Ärger bei denen, die sie kennen. Geht sie aber neben dem Bürgersteig, so erregt sie Aufsehen, weil sie den Stern nicht trägt, sodaß diese Lücke in gesetzlichen Bestimmung um so krasser in Erscheinung tritt und die Mißbilligung der Vg. hervorruft.<sup>6</sup>

Im übrigen hat *keine* bisherige judengegenerische Maßnahme diese so sehr getroffen, wie diese äußerliche Kennzeichnung. Die Juden versuchen auch, diese so gut wie möglich zu verdecken, in dem sie die Handtasche, Aktentasche oder einen sonstigen geeigneten Gegenstand entsprechend tragen. Wenige männliche Juden allerdings machen sich garnichts daraus und in einem Falle hat ein Jude sich dahin geäußert, daß er jetzt wieder einen Orden mehr habe.<sup>7</sup> Dazu ist zu bemerken, daß dieser Jude mehrere Weltkriegsauszeichnungen besitzt und in der Bevölkerung ein gewisses Ansehen genießt aus einer Zeit, in der er ein umfangreiches Geschäft mit Manufakturwaren und Haushaltungsartikeln hatte, in dem die werktätige Bevölkerung gut und billig kaufte und in dem die arische Gefolgschaft weit besser verdiente als in gleichartigen arischen Geschäften. Diese Verhältnisse haben in dem Geschäft seit dem Übergang in arische Hände<sup>8</sup> zu bestehen aufgehört. Dadurch wird die Bevölkerung beim jetzigen Einkauf zu dauernden Vergleichen veranlaßt, bei denen der Jude immer günstig abschneidet. In diesem Einzelfall wird dieser Jude als solcher eher bedauert als abgelehnt.

Allgemein wird die Auffassung vertreten, daß die Juden auch auf dem Rücken ein derartiges Zeichen tragen müßten, um so eher würden auch diese noch vorhandenen jüdischen Reste versuchen, aus Deutschland zu verschwinden. <3309>

#### ◀568▶

#### SD Außenstelle Minden Kennzeichnung der Juden

Minden, 26.9.1941

StA Det, M 18 Nr. 11

Über die Ausführung der \*Kennzeichnung der Juden wird in der Bevölkerung in erheblichem Maße Klage geführt. Nach der Anordnung ist es z.B. bei \*Mischehe nicht erforderlich, daß der jüdische Ehepartei das Abzeichen trägt.<sup>9</sup> Man ist dadurch zu der Ansicht gekommen, daß dies eine absolute Unmöglichkeit ist. Entweder

---

<sup>5</sup> Diese und ähnliche, besonders erniedrigende Maßnahmen wurden verschiedentlich aus lokaler Initiative als Gemeindeverordnungen eingeführt.

<sup>6</sup> Vgl. <3306>.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den viel zitierten Aufsatz von Robert Weltsch, „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck“ in der \*Jüdischen Rundschau vom 4. April 1933 (vgl. Zeittafel), der unmittelbar nach der reichsweiten \*Boykottaktion vom 1.-3. April 1933 (vgl. Zeittafel) erschien.

<sup>8</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>9</sup> Tatsächlich war der jüdische Ehepartner nur dann von der Kennzeichnungspflicht befreit, wenn es sich um eine \*privilegierte Mischehe handelte.

haben wir Juden, dann sind sie es auch, wenn sie mit \*Ariern verheiratet sind, oder wir haben sie nicht. Im Volksmunde wird gesagt, wir haben jetzt zwei Sorten Juden, die arischen und die nichtarischen.

In einem besonders krassen Einzelfall mag dieser Zustand beleuchtet werden. In Minden wohnt der Polsterer *Brandtmüller*. Er ist mit einer Jüdin verheiratet. Dieser Mann macht überall nun damit Propaganda, daß er als zweifacher Kriegsteilnehmer—er hat 14/18 mitgemacht und war auch in diesem Kriege ein Jahr eingezogen—bezüglich seiner Frau besondere Rechte habe. Es wäre ja auch noch schöner, ein Staat, der Pflichten verlangte, müsse auch Rechte zubilligen. So könnte seine Frau sich überall frei bewegen. Selbst ins Kino könne er mit ihr gehen. Den \*Judenstern brauche seine Frau ebenfalls nicht zu tragen. Das ganze Verhalten dieses Mannes wirkt in der Öffentlichkeit derartig provozierend, daß damit zu rechnen ist, daß man ihn demnächst einmal gehörig zurechtweisen wird. Immerhin scheint es aber so zu sein, als wenn er tatsächlich die geschilderte Sonderstellung einnimmt. Die Bevölkerung kann eine solche Anordnung einfach nicht verstehen. Es ist z.B. bekannt, daß dieser B. vor hatte, mit seiner Frau ins Ausland zu gehen. Aus irgendwelchen Gründen ist ihm dies bisher nicht geglückt. Man sagt sich aber jetzt, wie dieser Mann sich wohl jetzt, wenn er wirklich im Ausland wäre, gegen Deutschland wenden würde.<sup>10</sup> Sicher würde gerade er als ehemaliger Kriegsteilnehmer und jetziger \*Judenknecht in gröblichster Weise gegen Deutschland hetzen.

Ein weiterer Fall ist die jüdische Frau eines Arztes. Auch sie führt sich in der Öffentlichkeit derartig unverschämt auf, daß die Bevölkerung immer wieder daran Anstoß nimmt. Gerade dadurch, daß diese Juden nicht gekennzeichnet sind, werden sie ja auch immer unverschämter. Die Leute sagen, wie sie sich wohl verhalten würden, wenn alle deutsche Menschen gekennzeichnet werden müßten, dann würden sich diese Juden sicher, wenn es für sie besser wäre, nicht als Deutsche kennzeichnen.

Es wird daher in allen Kreisen die Forderung erhoben, sämtliche Juden ohne Vorbehalt zu zwingen, das Judenabzeichen zu tragen. Seitens der Kreisleitung wird aus der Stimmung der Bevölkerung heraus in dergleichen Weise an die Gauleitung berichtet. Man betrachtet es als völlig unmöglich, unter diesen Umständen noch eine einwandfreie Feststellung zu treffen, ob es sich um einen Juden handelt oder nicht. Diese Tatsache würde sich auf allen Gebieten des täglichen Lebens immer mehr nachteilig auswirken. <3310>

◀569▶

**SD Hauptaußenstelle Bielefeld**

**Bericht**

**Bielefeld, 30.9.1941**

**StA Det, M 18 Nr. 16 Bd. II**

*Kennzeichnung der Juden*

Konnte im Lagebericht vom 16.9.<sup>11</sup> gemeldet werden, daß die Polizeiverordnung, wonach Juden neuerdings mit einem \*Davidstern gekennzeichnet sein müssen, in allen Bevölkerungsschichten mit Genugtuung aufgenommen wurde, so

---

<sup>10</sup> Vgl. ▶569▶.

<sup>11</sup> Vgl. ▶566▶.

macht sich doch jetzt schon eine Kritik an einzelnen Punkten der Ausführungsbestimmungen bemerkbar.

Es ist weiten Kreisen der Bevölkerung unverständlich, warum Juden, die mit \*Arierinnen verheiratet sind bzw. umgekehrt,<sup>12</sup> nicht verpflichtet sind, diese \*Kennzeichnung zu tragen. Man spricht bereits davon, es gäbe in Deutschland jetzt zwei Sorten Juden, nämlich arische und nichtarische. Zur Beleuchtung dieser nach Ansicht weiter Kreise unhaltbaren Zustände seien nachstehend einige krasse Beispiele angeführt.

In Minden wohnt der Polsterer Brandmüller, der mit einer Jüdin verheiratet ist. B. erzählt überall, daß er als zweifacher Kriegsteilnehmer – er hat den Weltkrieg mitgemacht und war auch in diesem Kriege ein Jahr lang eingezogen – bezüglich seiner Frau besondere Rechte habe. Dies sei ja auch eine Selbstverständlichkeit, denn wenn der Staat von ihm Pflichten verlange, müsse er ihm auch gewisse Rechte zubilligen. Deshalb könne sich seine Frau überall frei bewegen, sie dürfe Gaststätten, Kinos usw. besuchen und brauche auch den \*Judenstern nicht zu tragen. Das Verhalten dieses Mannes wirkt in der Öffentlichkeit derartig provozierend, daß damit zu rechnen ist, daß ihm von der Bevölkerung demnächst ein gehöriger Denktzettel verabreicht wird. Zur besonderen Kennzeichnung des B. sei noch bemerkt, daß er vor dem Kriege vorhatte, mit seiner Frau Deutschland zu verlassen, aus irgendwelchen hier nicht bekannten Gründen aber davon Abstand nahm. Volksgenossen, die von diesem Vorhaben des B. unterrichtet waren, fragen sich jetzt, wie B. wohl, wenn ihm die seinerzeitige Emigration geglückt sei [sic], heute gegen Deutschland hetzen würde.<sup>13</sup>

In Beverungen hat ein Jude kurz vor Inkrafttreten der \*Nürnberger Gesetze eine Arierin geheiratet. Aus dieser Ehe sind drei Kinder hervorgegangen.<sup>14</sup> Der Mann ist innerlich und äußerlich Jude schärfster Prägung und seine Frau wird, weil sie den Juden noch nach 1933 geheiratet hat, von der Bevölkerung verachtet und abgelehnt. Es ist der Bevölkerung von Beverungen einfach unerklärlich, warum der Ehemann als \*Volljude den Stern nicht zu tragen braucht.

Ein weiterer Fall wird aus Warburg gemeldet, wo die jüdische Ehefrau eines Ariers ebenfalls das Judenabzeichen nicht zu tragen braucht. Hier tritt die Lücke in der Verordnung zur Kennzeichnung der Juden besonders kraß in Erscheinung, weil es den Juden in Warburg verboten ist, den Bürgersteig zu benutzen. Geht nun diese genannte Jüdin auf dem Bürgersteig, so erregt sie Ärgernis bei denjenigen Volksgenossen, die sie kennen, benutzt sie den Bürgersteig aber nicht, so erregt sie Aufsehen, weil sie den Davidstern nicht trägt.<sup>15</sup>

Es wird von der Bevölkerung verlangt, daß diese Lücke in der Verordnung zur Kennzeichnung der Juden schnellstens geschlossen wird, und man alle Juden, ganz gleich, ob sie mit Ariern verheiratet sind oder nicht, zwingt, den Davidstern zu tragen, zumal es den Juden bis auf wenige Einzelercheinungen sämtlich unangenehm ist, wie laufend beobachtet werden konnte, auf diese Art und Weise gekennzeichnet zu sein. [...]

<3306>

---

12 Vgl. \*Mischehen.

13 Vgl. ◀568▶.

14 Vgl. \*Mischlinge.

15 Vgl. ◀567▶.

◀570▶

**Stapostelle Würzburg  
Bericht**

**Würzburg, 29.9.1941**

**StA Wü, Slg. Schumacher 16/4**

*U. an den Landrat in Marktheidenfeld*

mit dem Beifügen, daß nach einem Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes<sup>16</sup> Berlin vom 9.3.1939 keine Bedenken bestehen, den jüdischen Kultusvereinigungen die Abhaltung jüdischer Gottesdienste in den noch vorhandenen \*Synagogen und Betsälen oder sonstigen Räumlichkeiten der jüdischen \*Kultusgemeinden zu gestatten. Wenn die dortigen Juden ohne Genehmigung in Privatwohnungen sich zusammenfinden, dann verstoßen sie gegen das Versammlungsgesetz, so daß gegen sie strafrechtlich oder staatspolizeilich vorgegangen werden kann. Wollen die Juden in Urspringen Gottesdienst abhalten, dann haben sie vorher unter Angabe der Räumlichkeiten um Genehmigung beim Landrat nachzusuchen.

Die Reinigung der Ortsstraßen durch die Juden an den Sonntagen ist diesen zu verbieten, wenn dies nicht allgemein dort üblich ist. Im übrigen verweise ich auf mein Rundschreiben vom 30. November 39-II B-11507/39-, nach dem Juden in \*Schutzhaft genommen werden können, wenn sie sich gegen irgendeine Anordnung vergehen oder sonst ein provozierendes bzw. staatsabträgliches Verhalten an den Tag legen.

<3315>

◀571▶

**Regierungspräsident Augsburg  
Bericht für September**

**Augsburg, 8.10.1941**

**BayHStA, StK 106684**

*Juden*

Nach dem Bericht des Oberbürgermeisters von Augsburg hat die \*Kennzeichnung der Juden bei allen Volksgenossen große Befriedigung ausgelöst. Allerdings bedarf die Frage der Einkaufsmöglichkeit für die Juden noch der Lösung, da nicht jeder Geschäftsmann die gekennzeichneten Juden in seinem Geschäfte dulden will, weil dadurch Anlaß zu Unstimmigkeiten gegeben ist. Dies trifft auch infolge des stärkeren Verkehrs für den Wochenmarkt zu.<sup>17</sup> Die Kennzeichnungspflicht für Juden wird wohl zwangsläufig dazu führen, eigene Verkaufsstellen für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs ausschließlich nur für Juden zu errichten.

Nach dem Bericht des Landrats in Neu-Ulm machen es die vielseitigen Wechselbeziehungen zwischen den Städten Neu-Ulm und Ulm notwendig, den Juden das beiderseitige Verkehrsrecht nach § 2 a der PVO. über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941<sup>18</sup> zuzugestehen.

<3316>

---

<sup>16</sup> Vgl. \*Gestapa.

<sup>17</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden.

<sup>18</sup> Vgl. Zeittafel.

◀572▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für September 1941**

Ansbach, 7.10.1941

BayHStA, StK 106679

*Juden*

1) Wie vereinzelt festgestellt werden konnte, versuchen die Juden, die [durch] Polizeiverordnung vom 1.9.41<sup>19</sup> angeordnete \*Kennzeichnung dadurch zu umgehen, daß sie zwar den Judenstern vorschriftsmäßig aufgenäht tragen, diesen aber durch das Mitführen einer Aktentasche bzw. Handtasche oder größeren Einkaufstasche verdecken.

Die Kennzeichnung der Juden erfolgte ohne Zwischenfälle; auch das Erscheinen der gekennzeichneten Juden in der Öffentlichkeit führte bis jetzt zu keinerlei Störungen. Dagegen häufen sich anonyme und offene Anzeigen der deutschblütigen Bevölkerung gegen vermeintliche Juden bzw. solche, die laut Verordnung von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind.<sup>20</sup>

2) In der Berichtszeit sind 15 Juden (im Vormonat 23 Juden) ausgewandert.<sup>21</sup>  
[...]

<3319>

◀573▶

**NSDAP, Reichsleitung Reichsfrauenführung  
Stimmungsbericht für September 1941**

Berlin, o.D.

BArch, NS 22/vorl. 860

*Gau Baden*

Unruhe brachte auch die Musterung für den weiblichen Arbeitsdienst im Elsaß. Hier war der Einfluß der katholischen Kirche sehr stark zu spüren. Zum Teil wurde von den Mädels die Unterschrift, daß sie \*arischer Abstammung sind, verweigert, der Pfarrer habe gesagt, „Vor Gott sind wir alle gleich“, oder „wir stammen von den Juden ab“.<sup>22</sup> [...]

*Gau Berlin*

Es ist im Gau Berlin außerordentlich begrüßt worden, daß die Juden durch Sterne gekennzeichnet worden sind,<sup>23</sup> denn hier war es ihnen häufig noch möglich, wenn sie nicht jüdisch aussahen, sich unrechtmäßig Vorteile zu verschaffen. Das Verständnis dafür, daß Jüdinnen, die mit einem Arier verheiratet sind oder waren, keinen Stern zu tragen brauchen, wenn Kinder aus dieser Ehe stammen, fehlt noch.<sup>24</sup> [...]

*Gau Hessen-Nassau*

Die \*Kennzeichnung der Juden ist sehr begrüßt worden, besonders in Frankfurt/Main, das ja leider immer noch über eine beträchtliche Zahl verfügt. Man versteht aber die Maßnahme nicht, daß Volljüdinnen, die einen Arier geheiratet

---

<sup>19</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>20</sup> Vgl. ▶569◀.

<sup>21</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>22</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>23</sup> Vgl. \*Kennzeichnung der Juden.

<sup>24</sup> Vgl. \*Mischehen und „privilegierte Mischehen“ dort.

haben, diese Kennzeichnung nicht erhalten und dadurch überall in Erscheinung treten können.<sup>25</sup> <3321>

◀574▶

**NSDAP Kreisleitung Augsburg-Stadt**  
**Politischer Lagebericht**

**Augsburg, 10.10.1941**

**StA Abg, NSDAP Gauleitung Schwaben 1/11**  
*Sonstiges*

Die \*Kennzeichnung der Juden muß unbedingt auch auf diejenigen ausgedehnt werden, die mit \*Ariern verheiratet sind,<sup>26</sup> desgleichen müßten die Arier, die jüdisch verehelicht sind, ebenfalls erkennbar gemacht werden. <3322>

◀575▶

**Gendarmerie Bad Neustadt**  
**Monatsbericht**

**Bad Neustadt, 28.9.1941**

**StA Wü, LRA Bad Neustadt 21908**

Die vorhandenen Juden tragen seit 19.9.41 den \*Judenstern und scheuen sich nicht, in den Anlagen (Neuhaus) spazieren zu gehen. <3323>

◀576▶

**Bürgermeister Forchheim**  
**Bericht**

**Forchheim, 30.9.1941**

**StA Ba, K 6/8704**

Der Bürgermeister der Stadt Forchheim sah sich aus den nachstehend aufgeführten Gründen veranlaßt, einen Wohnungswechsel der noch in Forchheim verbliebenen Juden herbeizuführen. Dabei ist gleich eingangs festzustellen, daß dieser Wohnungswechsel keine Verschlechterung der bisherigen Wohnverhältnisse der Juden nach sich zieht. Es ist eine politische Notwendigkeit, die Juden aus dem Hauptverkehr unserer Stadt herauszunehmen, denn sie wohnen noch zum Großteil gegenüber dem Paradeplatz, dem verkehrsreichsten Platz unserer Stadt, in der Adolf Hitlerstraße. Beim Verlassen der Wohnung treten sie unmittelbar mit unserer Bevölkerung in Berührung, einer Bevölkerung, die antisemitisch eingestellt ist und aus dieser Einstellung auch kein Hehl macht. Daß die Juden sich noch im Stadtkern aufhalten, bedeutet allein schon eine ständige Herausforderung. Die Ortsgruppenleiter der NSDAP in Forchheim haben wiederholt auf diesen Zustand hingewiesen und einen Wohnungswechsel angeregt,<sup>27</sup> weil es sich nicht mit ihrer Verantwortung vereinbaren läßt, daß durch die Anwesenheit und das Auftreten der Juden die Stimmung in unserer Bevölkerung immer und immer wieder beeinträchtigt wird. Auch den Gefühlen der Eltern und Frauen, die ihre Söhne und Männer draußen an der Front im Kampfe gegen das Weltjudentum und den Bolschewismus wissen, muß unbedingt Rechnung getragen werden. Ich habe deshalb veranlaßt, daß den

<sup>25</sup> Vgl ▶567▶ sowie ▶569▶.

<sup>26</sup> Vgl. \*Mischehen.

<sup>27</sup> Am 24.9.1941 sandten die Ortsgruppenleiter der beiden NSDAP-Ortsgruppen in Forchheim (Altstadt und Bahnhof) einen Brief an den Bürgermeister (StA BA, K 8/8704), in dem sie diesen aufforderten, die Juden aus dem Haus Paradeplatz 4 zwangsweise zu räumen. Dieser Brief wird hier nicht abgedruckt.

Juden nahegelegt wird, Wohnungen an der Stadtgrenze zu beziehen. Die Juden haben widerspruchslos dieser Notwendigkeit Rechnung getragen. Lediglich ein Rechtskonsulent, Israel Baum aus Bamberg, hat wegen dieser Angelegenheit bei mir vorgesprochen. Ich habe diesem Juden bedeutet, daß der von uns gewünschte Wohnungswechsel keinerlei Wohnungsverschlechterung bringt, daß er aber zweckmäßigerweise und im Interesse der Beteiligten vorzunehmen ist. Ich betonte, daß durch diese Erledigung weder gesetzliche Maßnahmen noch sonstige Anordnungen berührt werden.<sup>28</sup> Inzwischen haben die Juden in Forchheim sich in die neuen Verhältnisse eingeordnet und bereits Schritte unternommen, wonach der Umzug bis zum 1. Oktober ds. Jrs. hätte durchgeführt werden können.

Die Stadt hat übrigens auch Interesse, die durch den Umzug freiwerdenden zwei Judenhäuser zu erwerben, damit nunmehr die \*Arisierung des jüdischen Besitzes restlos abgeschlossen werden kann. [...]

Ich bitte meine Maßnahmen zu billigen und den Erwerb der beiden Judenhäuser für die Stadt Forchheim zu genehmigen. <3324>

◀577▶

**Gendarmerie Oberthulba  
Bericht für September 1941**

**Politische und wirtschaftliche Lage im Dienstbezirk  
Oberthulba, 23.9.1941** **StA Wü, LRA Hammelburg 4881**

*Allgemeine politische Lage*

[...] Die hiesigen Juden kommen ihrer Meldepflicht nach. Sie verhalten sich so, daß sie nirgends anstoßen. Seit 20.9.41<sup>29</sup> tragen sämtliche ihren Sowietstern [sic] ohne weitere Aufforderung. <3326>

◀578▶

**NSDAP Ortsgruppenleiter Trier  
Stimmungsbericht**

**Trier, 22.9.1941** **Heyen, S. 151f.**

Die nunmehr durchgeführte \*Kennzeichnung der Juden läßt noch eine Frage offen. Es ist nämlich nicht entschieden, ob \*Halbjuden auch den Davidstern tragen müssen. Zur einheitlichen Regelung und \*Überwachung durch die Politischen Leiter wäre eine Benachrichtigung dringend angebracht. – Das Tragen des Davidsterns hat auch noch einen kleinen Nachteil. Es ist jedem unmöglich gemacht, einen Juden vom Rücken her zu erkennen. Hierdurch kann es einem Fremden leicht passieren, daß er ohne böse Absicht einen Juden anspricht, sofern er eine kleine Auskunft benötigt. Ich schlage vor, den Juden auf der rechten Rückseite auch noch einen Stern anzunähen und ihnen das Betreten der Straßen nur zu gewissen Stunden zu gestatten. Vor allem müssen diese Pestträger aus den Hauptstraßen verschwinden. <3329>

---

<sup>28</sup> Merkwürdigerweise wird hier nicht das „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939 (vgl. Zeittafel) angewandt, demzufolge in deutschen Städten besondere \*Judenhäuser errichtet wurden.

<sup>29</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1941, sowie \*Kennzeichnung der Juden.



◀579▶

**Gendarmerie Urspringen**  
**Verhalten der Juden in Urspringen**

**Urspringen, 19.9.1941**

**StA Wü, Slg. Schumacher 16/4**

Die in Urspringen ansässigen Juden zeigen in den letzten Monaten ein wahres Gesicht von Frömmigkeit, das der hiesigen Einwohnerschaft teilweise zum Ärgernis wird. So gehen die ansässigen männlichen Juden jeden Samstag um 9.00 Uhr herum in die Wohnungen von Rudolf Dillenberger und David Rothfeld und verrichten dort ihre Hebräergebete.<sup>30</sup> Um 10.00 Uhr gehen sie dann in ihren Sonntagskleider [sic] wieder nach Hause. Sie halten dann ihren \*Sabbat und gehen vor Eintritt der Dämmerung auch noch zum Teil spazieren. Die Bevölkerung fragt sich, wie es nun kommt, daß heute der Jude noch ein Recht hat, zu solchen Talmutsgebeten<sup>31</sup> [sic] sich zusammenzufinden? Damit gibt der Jude den Andersgläubigen ein Beispiel von Frömmigkeit, erweckt unter der Bevölkerung Mitleid, daß er doch ein harmloser und armer Mensch ist und nichts Unrechtes haben will. In den letzten Tagen wurde sogar erwähnt, daß die Juden jeden Morgen zusammenkommen und gemeinsam beten würden. – Jedenfalls um den Sieg der Bolschewisten –<sup>32</sup> [...] <3330>

◀580▶

**NSDAP Kreisleitung [Raum Münster]**  
**Stimmung und Gerüchte in der Bevölkerung**

**o.O., 2.10.1941**

**StA Ms, Kreis- und Ortsgruppenleitungen Nr. 125**

Am letzten Sonntag (28.9.1941) wurde in der kath. Kirche des Kreises ein weiterer Hirtenbrief des Bischofs von Münster<sup>33</sup> verlesen. Hierin gab der Bischof u.a. bekannt, daß die katholische Kirche immer als Kämpferin gegen den Bolschewismus aufgetreten sei und sie das Treiben desselben ablehne. In dieser Zeit, wo die Soldaten ihr Leben für die Niederringung des Bolschewismus einsetzten, müsse darauf geachtet werden, daß nicht wie 1917/18 die Front durch innere verwerfliche Vorgänge erschüttert werde. Mit diesen verwerflichen Vorgängen wurde die Tötung Geisteskranker, Beseitigung unproduktiver Kräfte und damit auch verwundeter Soldaten erwähnt.<sup>34</sup> Dem Bischof sei nicht bekannt, so hieß es weiter in dem Schreiben, daß die katholische Kirche schon jemals einem Volk Schaden zugefügt hätte. Wenn man die Kirche auch nicht unterstützen wolle, so solle man der katholischen Kirche doch ihre Existenz gönnen. Die inneren Feinde des Christentums seien es, die die militärische Front erschütterten.

Die Tendenz des Hirtenbriefes war dieses Mal wieder äußerst jüdisch-jesuitisch. In einigen Kirchen haben einige Besucher, als die Stellen des Hirtenbriefes über Euthanasie usw. verlesen wurden, die Kirche verlassen und ihrem Befremden über die Machenschaften des Bischofs Ausdruck gegeben. <3332>

---

<sup>30</sup> Die 1803 erbaute und 1932 renovierte \*Synagoge in Urspringen wurde während der \*Kristallnacht-Pogrome vollkommen verwüstet und konnte danach von den bis zu ihrer \*Deportation im Februar bzw. April 1942 am Ort verbliebenen Juden nicht mehr als solche benutzt werden. (Vgl. EJL, Bd. III, S. 1363).

<sup>31</sup> Vgl. \*Talmud.

<sup>32</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>33</sup> Vgl. von \*Galen.

<sup>34</sup> Vgl. \*Euthanasie.

◀581▶

RSHA, Amt IV (Gestapa)

Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse

Berlin, 24.11.1941

BArch, R 58/198

Juden

[...] Die Stapoleitstelle Dresden nahm die Juden Julius Israel Kornblum (geb. am 29.4.68 zu Golkowitz, Krs. Rybnik), Isidor Stern (geb. am 4.4.88 zu Eperies/Ungarn) und Ernst Israel Mathias (geb. am 27.12.71 zu Glogau) in Haft.<sup>35</sup> Die Genannten hatten einen Hirtenbrief des Bischofs von Münster, der staatsfeindliche Äußerungen enthielt, untereinander ausgetauscht.<sup>36</sup> <3367>

◀582▶

RSHA, Amt III (SD)

Bericht

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 9.10.1941

Boberach, S. 2847, 2849

Allgemeines

[...] Die *Verordnung über die \*Kennzeichnung der Juden* wurde vom überwiegenden Teil der Bevölkerung begrüßt und mit Genugtuung aufgenommen, zumal eine solche Kennzeichnung von vielen schon lange erwartet worden war. Nur in geringem Umfange, vor allem in katholischen und bürgerlichen Kreisen,<sup>37</sup> wurden einzelne Stimmen des Mitleids laut. Vereinzelt wurde auch von „mittelalterlichen Methoden“ gesprochen. Vorwiegend in diesen Kreisen wird befürchtet, daß das feindliche Ausland die dort lebenden Deutschen mit einem Hakenkreuz kennzeichnen und gegenüber diesen zu weiteren Repressalien greifen werde. Überall ist das erste Auftreten von gekennzeichneten Juden stark beachtet worden. Mit Erstaunen wurde festgestellt, wieviel Juden es eigentlich noch in Deutschland gibt. <3334>

◀583▶

SD Außenstelle Paderborn

Bericht

Paderborn, 11.10.1941

StA Det, M 18 Nr. 11

*Judenfreundliche Haltung konfessionell gebundener Kreise*

In der letzten Zeit konnte beobachtet werden, wie, allerdings nur in Kreisen konfessionell fest gebundener älterer Menschen, die \*Kennzeichnung der Juden kritisch betrachtet und abgelehnt wurde. Dabei verwies man darauf, daß die Juden auch Menschen seien und infolgedessen vom christlichen Standpunkte aus nicht verachtet werden dürften.<sup>38</sup> [...] <3340>

<sup>35</sup> Vgl. \*Schutzhaft.

<sup>36</sup> Zum Hirtenbrief des Bischofs von \*Galen gegen \*Euthanasie vgl. ◀580▶.

<sup>37</sup> Zur kritischen, oft aber auch ambivalenten Haltung der beiden großen Kirchen und ihrer Mitglieder vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik. Mit der Bezeichnung „bürgerliche“ oder auch „bessere Kreise“ ist in den Lageberichten das liberale Bürgertum gemeint.

<sup>38</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judentum.

## ◀584▶

Stapostelle Wilhelmshaven  
Tagesmeldung

Wilhelmshaven, 7.10.1941

StA O, Best. 289 Nr. 186

*Juden*

Am 4. Oktober 1941 wurde die \*Volljüdin, Hausgehilfin Henni Sarah *Waldstein*, geb. 3.10.84 in Rawitsch/Polen, wohnhaft Wilhelmshaven, Neue Straße 8, vorläufig festgenommen, weil sie den \*Judenstern nicht getragen hat. Sie war im Glauben, den Judenstern erst auf Anforderung einer Behörde tragen zu brauchen. Außerdem hat sie erwartet, daß sie von einer Behörde die Aufforderung bekäme, einen Judenstern abzuholen. Weiterhin entschuldigte sich die Jüdin, daß sie sich schon 1899 habe umtaufen lassen<sup>39</sup> und seit dieser Zeit nicht mehr mit Juden verkehrt habe. <3344>

## ◀585▶

Stapostelle Wilhelmshaven  
Tagesmeldung

Wilhelmshaven, 25.10.1941

StA O, Best. 289 Nr. 186

*Juden*

Am 23. Oktober 1941 wurden aus der Stadt Emden 122 Juden \*evakuiert.<sup>40</sup> Sie werden in einer größeren Stadt im Osten geschlossen untergebracht. Damit ist die Staatspolizeistelle Wilhelmshaven mit Ausnahme der in der Stadt Varel wohnhaften 23 pflgebedürftigen Juden judenfri geworden. <3346>

## ◀586▶

Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für Oktober 1941

Regensburg, 8.11.1941

BayHStA, StK 106674

*Juden*

Als zwei Beamte der Zollfahndungsstelle München bei einem Kaufmann in Landshut eine Haussuchung vornahmen, stürzte sich dessen Ehefrau vom zweiten Stock des Anwesens in den Hofraum, wo sie mit tödlichen Verletzungen liegen blieb.<sup>41</sup> <3348>

## ◀587▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Oktober 1941

Ansbach, 6.11.1941

BayHStA, StK 106679

*Juden*

1) Im Monat Oktober sind 13 Juden ausgewandert (im Monat September 15).<sup>42</sup>

2) In Nürnberg wurde ein Jude festgenommen, weil er vor einiger Zeit mit einer deutschblütigen Gemüsehändlerin Bettwäsche gegen Obst und Gemüse ver tauschte. Bei einer Haussuchung wurden 18 große Pakete Wäsche, Woll- und Kurz wahren, sowie Strümpfe beschlagnahmt.

---

<sup>39</sup> Vgl. \*Konvertiten.

<sup>40</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941.

<sup>41</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

<sup>42</sup> Vgl. \*Auswanderung.

3) Weiter wurde festgenommen eine Jüdin wegen Zuwiderhandlung gegen die Kennzeichnungspflicht,<sup>43</sup> 1 Jude wegen staatsfeindlicher Äußerungen und groben Unfugs und 1 Jüdin wegen Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz.<sup>44</sup> <3349>

**◀588▶**

**Bürgermeister Butzbach**

**Berichterstattung in politischen Angelegenheiten**

**Butzbach, 16.10.1941**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 242**

*[Juden]*

Die Zahl der Juden hat inzwischen infolge von \*Auswanderung und Wegzug<sup>45</sup> weiter abgenommen. Die noch hier verbleibenden Juden wurden kürzlich in 2 \*Judenhäusern zusammen untergebracht, sodaß solche mit deutschen Volksgenossen nicht mehr zusammen wohnen. <3353>

**◀589▶**

**NSDAP Kreisleitung Lübeck**

**Stimmungsbericht**

**Lübeck, 10.11.1941**

**LA Sch, Bestand LA, NSDAP Gauleitung  
Schleswig-Holstein, Abt. 454 Nr. 4 I**

*Die Juden und die Wohnungsnot*

Die Wohnungsnot im Kreisgebiet ist nicht mehr steigerungsfähig. Ja, sie ist als katastrophal zu bezeichnen. Mir ist bekannt, daß z.B. bei der hiesigen Gemeindepolizei mehr als 200 Familien, die in unzulänglichen, ja teils für menschliche Unterkunft völlig ungeeigneten Räumen untergebracht sind, verzeichnet sind und als obdachlos angesehen werden wollen, während die hier noch ansässigen Juden teils noch recht gute Wohnungen innehaben. Es wäre zu erwägen, ob man diese unangenehmen Gesellen nicht nach dem Osten abschieben könnte,<sup>46</sup> damit sie aus den Stadtbildern unseres Gaues vollständig verschwinden. <3355>

**◀590▶**

**Stadt Münster**

**Bericht aus Stadtchronik**

**Münster, 2.10.1941**

**StdA Ms, Amt 43 E Nr. 33**

Im Stadthaus erzählen sich an der Haupttreppe zwei Beamte von Feldpostbriefen, die sie jüngst aus Rußland erhalten haben. Man mache sich keinen Begriff von der Härte des Kampfes. Der Sowjetrusse sei durch seine Gewissenlosigkeit und jeden Mangel an ritterlichem Gefühl gefährlich. Offenbar hätten die Juden aus diesem Grunde Religion und Ethik bewußt zerschlagen. Den Russen regiere nur noch die blinde Angst vor den jüdischen Kommissaren. Er wehre sich und beiße um sich wie ein Tier. Das habe das Judentum aus den \*arischen Völkern Rußlands gemacht. Seine Macht gegen die arischen Völker habe es aufgerichtet und auf den

---

<sup>43</sup> Vgl. \*Kennzeichnung der Juden und Zeittafel, 1. September 1941.

<sup>44</sup> Vgl. Zeittafel, 21. März 1933.

<sup>45</sup> Vgl. \*Binnenwanderung.

<sup>46</sup> Vgl. „\*Deportation von Juden“, sowie Zeittafel, 14. Oktober 1941.

Bajonetten mongolischer Regimenter [sic]. Schon im Frieden sei ein starker Prozentsatz der russischen Soldatenhorden rein mongolisch gewesen. Die Juden hätten Asien gegen Europa mobil gemacht. – In der Zeitung stehen heute zwei Bilder, auf denen die Juden den \*Davidstern auf der linken Brustseite tragen. Damit seien sie als die Verhetzer ihrer Gastvölker und als Parasiten an ihrer Umgebung gekennzeichnet. Gestern hörte ich sagen: Es ist doch gut, daß jeder Jude und jede Jüdin vom 6. Lebensjahre ab jetzt den gelben Stern tragen müssen, weil man sehr vielen am Gesicht sonst gar nichts anmerken könne, wer im Geheimen im Lager unserer Feinde stände. <3356>

◀591▶

RSHA, Amt III (SD)

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 24.11.1941

Boberach, S. 3020ff.

*Kulturelle Gebiete*

[...]

*Versuche der Kirchen, die judenegerische Haltung der Bevölkerung durch konfessionelle Gegenarbeit zu untergraben*<sup>47</sup>

Die Polizeiverordnung des Reichsminister des Innern vom 1. September 1941,<sup>48</sup> die den Juden verbietet, sich in der Öffentlichkeit ohne den sichtbar auf der linken Brustseite des äußersten Kleidungsstückes zu tragenden Judenstern zu zeigen, hat nicht nur in den größeren Städten hinsichtlich der großen Zahl der Juden in der Bevölkerung Überraschung ausgelöst, sondern auch das Kirchenvolk auf die zahlreich getauften Juden,<sup>49</sup> die sich unter den Besuchern der Sonntagsgottesdienste befinden, aufmerksam gemacht.

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung wurden an den darauffolgenden Sonntagen verschiedene Kirchenbesucher bei ihren Ortsgeistlichen vorstellig. Sie verlangten, daß die Juden nicht mehr die gemeinsamen Gottesdienste besuchen dürften und daß man von ihnen nicht verlangen könne, daß sie neben einem Juden die Kommunion empfangen sollen.

Die Haltung der Geistlichkeit der \*Bekennnisfront wird gekennzeichnet durch ein Flugblatt, das von einer Stadtvikarin in Breslau verfaßt und in verschiedenen Teilen des Reichsgebietes verbreitet wurde:

„Es ist Christenpflicht, sie (die Juden) nicht etwa wegen der \*Kennzeichnung vom Gottesdienst auszuschließen. Sie haben das gleiche Heimatrecht in der Kirche, wie die anderen Gemeindemitglieder und bedürfen des Trostes aus Gotteswort besonders.

Für die Gemeinden besteht die Gefahr, daß sie sich durch nicht wirkliche christliche Elemente irre führen lassen, daß sie die christliche Kirche durch unchristliches Verhalten gefährden. Es muß ihnen hier seelsorgerisch etwa durch Hinweis auf Luk. 10, 25-37 („Wer ist dein Nächster?“) und Matth. 25,30 („Was Ihr einem von diesen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt Ihr mir getan!“) geholfen werden.“

Zugleich erfolgten praktische Ratschläge zur Lösung dieser Frage:

<sup>47</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>48</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>49</sup> Vgl. \*Konvertiten.

„Es wäre zu erwägen, ob nicht die Kirchenbeamten, Gottesdienstredner usw. sich dieser gekennzeichneten Gemeindeglieder besonders anzunehmen und ihnen, wenn nötig, Plätze anzuweisen hätten. Eventuell wären auch *besondere Plätze in jedem Gottesdienst* vorzusehen, um sie davor zu bewahren, von *unchristlichen Elementen* fortgewiesen zu werden. Damit das aber nicht als unevangelische Absonderung aufgefaßt werden kann, ist es *notwendig, daß treue Gemeindeglieder* (z.B. Gemeindeglieder, Frauenhilfe, Pfarrhaus) auch auf diesen Bänken *neben und unter den \*nichtarischen Christen Platz nehmen*. Es ist auch zu überlegen, ob nicht diese gekennzeichneten Christen in der ersten Zeit von Gemeindegliedern zum *Gottesdienst abzuholen wären.*“

Inzwischen hat sich das evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien infolge der ablehnenden Haltung der Bevölkerung und der Stellungnahme der Partei gezwungen gesehen, von diesem Schreiben, das angeblich ohne seine Einwilligung vorbereitet wurde, Abstand zu nehmen. Eine ähnliche Beurteilung dieser „Behandlung der Judenchristen“ aus anderen Teilen des Reiches ist bis jetzt nicht erfolgt.

In *katholischen Gemeinden* der größeren Städte tauchte der Plan auf, *die jüdischen Katholiken zu einer Judenchristengemeinde mit eigenem Gottesdienst zusammenzufassen*, um jede Belästigung der übrigen Katholiken zu vermeiden. Diese Lösung, die sowohl aus Kreisen der Bevölkerung, wie vereinzelt auch von Klerikern vorgeschlagen wurde, veranlaßte den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz Kardinal Bertram, in einem Rundschreiben (17.9.1941) besonders Stellung zu nehmen zum *Erscheinen der Juden in Kirchen und kirchlichen Gebäuden, wie auch zu Aussiedlungsaktionen*:

„Die Auswirkung der Polizeiverordnung hinsichtlich der Haltung des Katholischen Volkes zu den in Gottesdiensten erscheinenden Katholiken jüdischer Abstammung werden in den verschiedenen Orten verschieden sein, namentlich wegen des starken oder geringeren Einflusses der in der öffentlichen Meinung verbreiteten Auffassungen.

1. Zu vermeiden sind daher übereilte Anweisungen, die für jüdische Katholiken als *verletzend angesehen werden können*, z.B. Einführung besonderer Judenbänke, Trennung bei Spendung der heiligen Sakramente, Einführung von Sondergottesdiensten.

2. *Anordnungen einer Absonderung der Nichtarier ist gegen die christliche Liebe*. Sie ist daher solange als möglich zu vermeiden. Die Pfarrer werden diesen Katholiken empfehlen, möglichst die Frühgottesdienste zu besuchen.

3. *Eine Mahnung* (an die Kirchenbesucher) zur *brüderlichen Gesinnung* und Meidung jeder geringschätzigen Behandlung der mit dem Stern gekennzeichneten katholischen Nichtarier ist erst dann erwünscht, wenn sich Störungen bemerkbar machen.

4. Erst wenn sich größere Schwierigkeiten ergeben sollten (Fernbleiben der Beamten, Parteigenossen und anderer, ostentatives Verlassen der Gottesdienste), ist mit den katholischen Nichtariern selbst die *Abhaltung von Sondergottesdiensten zu erwägen*.

5. Falls eine Mahnung sich als notwendig erweisen sollte, könnte folgender Wortlaut in Anwendung kommen:

In Anbetracht der Schwierigkeiten, welche für die in Deutschland wohnenden Juden durch die Polizeiverordnung vom 1.9.1941 eingetreten sind, werden die

Katholiken ermahnt, die jedem Christen schuldige Rücksicht auch den Christen jüdischer Abstammung zu erweisen, gemäß den Grundsätzen, die St. Paulus zur Christenpflicht verkündet hat:

Ein jeder, der an Christus glaubt, wird nicht zu schanden werden. *Denn es gibt keinen Unterschied zwischen Juden und Griechen; denn ein und derselbe ist der Herr über alle, reich für alle, die ihn anrufen.*

Ihr alle, die Ihr auf Christus getauft seid, habt Christum angezogen, *da gilt nicht mehr Jude oder Heide, da gilt nicht Sklave oder Freier, denn Ihr alle seid eins in Christus Jesus.*“ [...] <3362>

◀592▶

#### RSHA, Amt III (SD)

#### Meldungen aus dem Reich

Berlin, 27.11.1941

Boberach, S. 3035

#### Kulturelle Gebiete

[...]

*Zur Aufnahme der Wochenschau<sup>50</sup> vom 22.1. bis 28.11.1941*

[...] Die Meinungsäußerungen zu den Aufnahmen jüdischer Gefangener lassen, wie aus dem ganzen Reichsgebiet berichtet wird, die eindeutig ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen das Judentum erkennen. Verschiedentlich seien, wie öfters berichtet wird, Äußerungen gefallen, wie „diese Kerle sollte man doch lieber gleich erschießen“.<sup>51</sup> [...] <3363>

◀593▶

#### SD Hauptaußenstelle Bielefeld

#### Bericht

Bielefeld, 4.11.1941

StA Det, M 18 Nr. 11

#### *Benutzung der dritten Wagenklasse der Reichsbahn durch Juden*

Wenn die Verordnung über die Benutzung von Verkehrsmitteln durch Juden<sup>52</sup> allgemein auch gut aufgenommen wurde, so hat doch speziell die Anordnung, wonach Juden bei Fahrten mit der Reichsbahn die dritte Wagenklasse benutzen müssen, in einigen Bevölkerungskreisen ziemlich große Kritik hervorgerufen.

Man ist in diesen Kreisen der Meinung, daß es unbedingt richtig ist, daß den Juden die Benutzung der ersten und zweiten Wagenklasse sowie von Schlafwagen verboten wurde, kann es aber nicht verstehen, daß ihnen dafür die Benutzung der dritten Wagenklasse weiterhin gestattet wird. Es sei eine Herabsetzung der Reisenden der dritten Wagenklasse, bei denen es sich vorwiegend um Arbeiter und Soldaten, die nicht dem Offiziersstand angehören, handelt, wenn man ihnen zumute, daß sie weiterhin mit Juden zusammen in einem Abteil reisen sollen. In diesem Zusammenhang wird auf eine am 30.10.41 in der Presse veröffentlichte Notiz hin-

---

<sup>50</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

<sup>51</sup> In der Tat wurden alle jüdischen Kriegsgefangenen der sowjetischen Armee unmittelbar bei ihrer Festnahme bzw. nach ihrer Identifizierung als Juden in den Kriegsgefangenenlagern erschossen. Dagegen wurden jüdische Kriegsgefangene der westlichen Alliierten prinzipiell wie ihre nichtjüdischen Schicksalsgefährten behandelt. Vgl. Krakowski, *The Fate of the Jewish POW.*

<sup>52</sup> Vgl. Zeittafel, 14. September 1941.

gewiesen, wonach in der Slowakei am 1.11.41 die Juden nur besonders für sie bezeichnete Abteile benutzen dürfen. Es sei aus den vorerwähnten Gründen deshalb angebracht, daß auch eine ähnliche Verordnung im Deutschen Reich zur Durchführung käme, da erst damit eine wirkliche Trennung zwischen Deutschen und Juden auch auf dem Gebiete des Verkehrs sich ermöglichen lasse.

Weiterhin wird in weiten Kreisen der Bevölkerung unbedingt gewünscht, daß Juden, sofern sie sich nicht auf dem Wege zur Arbeitsstätte befinden, was sie an Hand eines Ausweises belegen müßten, die Benutzung der Nahverkehrsmittel, wie Straßenbahn, Autobusse u. dgl. unbedingt zu verbieten sei.<sup>53</sup> <3364>

◀594▶

RSHA, Amt IV (Gestapa)

Meldung wichtiger staatsfeindlicher Ereignisse

Berlin, 26.11.1941

BArch, R 58/198

*Juden*

Von der Stapostelle Leipzig wurden wegen Verbreitung der Hetzschrift „Schriftverkehr des Bischofs von Münster<sup>54</sup> mit Herrn Reichsminister Dr. Lammers“ nachstehende Juden festgenommen:<sup>55</sup>

Wilhelm Israel *Frey* (geb. am 24.2.92 zu Pless/Oberschl.),

Frieda Sara *Frey* geb. Rosenthal (geb. am 16.8.82 zu Berlin),

Moritz Israel *Odenheimer* (geb. am 14.3.84 zu Heildelheim),

Rosa Sara *Becker* geb. Goldberg (geb. am 16.8.82 zu Berlin),

Franziska Sara *Hirschfeld* geb. Rosenthal (geb. am 25.1.69 zu Kassel) und

Franziska Sara *Salm* geb. Chan (geb. am 24.12.69 zu Kassel).

<3368>

◀595▶

Stapostelle Bremen

Bericht

Bremen, 11.11.1941

StA Br, 3-M.2.h.3 Nr. 264

*Allgemeine Stimmung in der Bevölkerung*

[...] Während der politisch geschulte Teil der Bevölkerung die bevorstehende \*Evakuierung der Juden<sup>56</sup> allgemein begrüßt, sind es insbesondere kirchliche und gewerbliche Kreise, die hierfür kein Verständnis aufbringen und heute noch glauben, sich für die Juden einsetzen zu müssen.<sup>57</sup> So wurden in katholischen und evangelischen Kreisen der \*Bekennnisfront die Juden lebhaft bedauert. – In einer bekennenden Gemeinde, die sich fast ausschließlich aus sogenannten bürgerlichen Intelligenzkreisen zusammensetzt, brachten es zahlreiche Gemeindemitglieder fertig, Juden durch materielle Zuwendungen zu unterstützen.<sup>58</sup> In der Geschäftswelt sind es insbesondere Firmen, die

<sup>53</sup> Vgl. Zeittafel, 18. September 1941 und weitere Beschränkungen bei der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Juden vom 10. Oktober 1941, 24. April 1942 sowie 7. Juli 1942, die wohl diesen Forderungen der Bevölkerung nachkamen.

<sup>54</sup> Vgl. von \*Galen.

<sup>55</sup> Vgl. \*Schutzhaft.

<sup>56</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941.

<sup>57</sup> Vgl. \*Judenfreund.

<sup>58</sup> Für diese Art freundschaftlichen Verhaltens gegenüber Juden und derer Unterstützung in ihrer äußersten Not wurde – falls dies „in Öffentlichkeit“ geschah – im unmißverständlich lautenden Erlaß des \*RSHA vom 24. Oktober 1941 (vgl. Zeittafel) mit \*Schutzhaft oder





Studienrätin Elisabeth *Forck*, geb. am 18.1.1900 in Seehausen, DR, wohnhaft in Bremen, Hildesheimerstr. 37,

Studienrätin a.D. Magdalene *Thimme*, geb. am 3.11.80 in Lohe, DR, wohnhaft in Bremen, Riensburgerstr. 69, wurde ein Sicherungsgeld in Höhe von je RM 500 festgesetzt. <3372>

◀597▶

Stapoleitstelle Magdeburg

Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden

Magdeburg, 11.11.1941

LHA Ma, Rep. C 30 Oschersleben A Nr. 371

In der letzten Zeit wurde bekannt, daß deutschblütige Personen nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden unterhalten und sich mit diesen in auffälliger Weise in der Öffentlichkeit zeigen.<sup>64</sup> Da die betreffenden Deutschblütigen durch ein derartiges Verhalten beweisen, daß sie auch heute noch den elementarsten Grundbegriffen des Nationalsozialismus verständnislos gegenüberstehen und ihr Verhalten als Mißachtung der staatlichen Maßnahmen anzusehen ist, ersuche ich, bei solchen Vorkommnissen den deutschblütigen Teil, sowie den Juden in \*Schutzhaft zu nehmen.

Die Niederschrift der Vernehmungen bitte ich, mir in doppelter Ausführung zu übersenden. <3373>

◀598▶

Stapostelle Regensburg

Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden

Regensburg, 4.11.1941

StA Am, BA Neumarkt 3318

[...] Ich bitte den Verkehr der im dortigen Amtsbereich wohnhaften Juden, auch solcher, die nicht den Bestimmungen der VO. über die \*Kennzeichnung der Juden vom 1.9.41<sup>65</sup> unterliegen, entsprechend überwachen zu lassen. Bei Bekanntwerden eines freundschaftlichen Verkehrs zwischen Deutschblütigen und Juden<sup>66</sup> bitte ich um umgehende Mitteilung. <3375>

◀599▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken

Bericht für November 1941

Ansbach, 7.12.1941

BayHStA, StK 106679

*Juden*

1) Im Zuge der Judenevakuierung<sup>67</sup> ging am 29. November ein Sonderzug mit 1.001 Juden und neun Kindern von Nürnberg nach Riga<sup>68</sup> ab.

<sup>63</sup> Vgl. Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>64</sup> Vgl. \*Judenfreund, sowie Zeittafel, 24. Oktober 1941 und ▶595▶, ▶596▶.

<sup>65</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>66</sup> Vgl. Anm. 54.

<sup>67</sup> Vgl. \*Evakuierung sowie Zeittafel, 14. Oktober 1941.

<sup>68</sup> Über die Deportationen der Juden aus Deutschland nach Riga in den Monaten November-Dezember 1941 und ihrem Schicksal (einschließlich Massenerschießungen) vgl. Lozowick, Documentation: „Judenspediteur“; und Cohen, Antisemitism—Bibliography, Bd. 8, Nos. 2523-2527; sowie EH, Bd. II, S. 1228-1232; \*Ghettos in der NS-Zeit.

Vermutlich aus Furcht vor der bevorstehenden Evakuierung haben drei Jüdinnen \*Selbstmord verübt. [...]

In der Nacht vom 15. auf 16. Nov. wurde vor dem Rathaus in Windsbach Lkr. Ansbach zum Protest gegen die einzig im Landkreis noch vorhandene jüdische Person, die Ehefrau des Uhrmachers Reuter, ein Galgen mit der Aufschrift „Für die Jüdin“ aufgestellt.<sup>69</sup> <3376>

◀600▶

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für November 1941**

**Augsburg, 10.12.1941**

**BayHStA, StK 106684**

*Juden*

Während des Berichtsmonats wurden aus der Stadt Augsburg drei jüdische Familien mit 16 Köpfen weggebracht.<sup>70</sup>

Nach einem Bericht des Landrats Nördlingen<sup>71</sup> eilte es den Juden in den letzten Wochen vor Beginn der Sperre<sup>72</sup> besonders mit der Erlangung ihrer Ausweispapiere zur Abwanderung.<sup>73</sup> <3377>

◀601▶

**Gendarmerie Forchheim  
Evakuierung der Juden nach dem Osten**

**Forchheim, 27.11.1941**

**StA Ba, K 8/8704**

Die nach den \*Ostland zu evakuierenden<sup>74</sup> Juden von hier und zwar: *Abraham*, Leo Israel, *Abraham*, geb. Gröschel, Jenny Sara, *Braun*, Gottlieb Israel, *Braun*, geb. Asch, Rosa Sara, *Israel*, geb. Braun, Ilse Sara, *Heller*, Flora Sara, *Schönberger*, Ida Sara und *Zeidler*, Grete Sara, wurden heute um 9 Uhr mit einem Lastkraftwagen nach Bamberg abtransportiert.<sup>75</sup> Von Bamberg aus kommen diese mit der Bahn nach Nürnberg und von dort aus am 29.11.41 mit einem Güterzug nach Riga.<sup>76</sup> Als Begleiter wurden Polizeihauptwachtmeister Neuner und der \*SS-Mann Lindner beigegeben. Beim Abtransport am hiesigen Paradeplatz hatte sich eine größere Anzahl der hiesigen Einwohnerschaft eingefunden, die den Abtransport mit Interesse und großer Befriedigung verfolgte.

Die restlichen 7 Juden, die sich noch hier befinden, sind ältere und kränkliche Personen, und diese werden voraussichtlich in den nächsten Tagen nach Bamberg in ein Altersheim verbracht.

---

<sup>69</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>70</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941.

<sup>71</sup> Liegt den Herausgebern nicht vor.

<sup>72</sup> Vgl. Zeittafel, 1. Oktober 1941.

<sup>73</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>74</sup> Vgl. \*Evakuierung, sowie Zeittafel, 14. Oktober 1941.

<sup>75</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941.

Die Wohnungen der evakuierten Juden wurden abgeschlossen und versiegelt. Die Schlüssel befinden sich bei der Stadtverwaltung Forchheim.

Es kann bestimmt damit gerechnet werden, daß Forchheim bis Weihnachten 1941 judenfrei ist. <3380>

◀602▶

### Gestapo [Essen] II B 4

#### Bericht

Essen, 28.11.1941<sup>77</sup>

HstA Dü Gestapoakten 37467

Anliegend überreiche ich 2 Abschriften eines vertraulich erfaßten Briefes mit der Bitte um Kenntnisnahme. Verfasser des Briefes ist der in Berlin-Köpenick, Mahldorferstr. 94, wohnende Jude Dr. Staumel (oder Samuel).<sup>78</sup> Der Brief ist an den in Essen, Lindenallee 61, wohnenden jüdischen Prediger August Felix Israel Katzenstein,<sup>79</sup> geb. am 13.9.1876 in Jesberg, gerichtet.

Der Inhalt des Briefes dürfte insofern staatspolizeiliches Interesse beanspruchen, als der den gebildeten jüdischen Kreisen angehörige Verfasser ein Stimmungsbild über die Lage der noch in Deutschland befindlichen Juden gibt.

Bln.-Köpenick,

Mahldorferstr. 94,

[Berlin, 19.11.41]

Mein lieber Freund Katzenstein!

Heute früh kam Ihr inhaltsschwerer, tränenfeuchter Brief<sup>80</sup> in meine Hände, ich vermag das Elend noch nicht ganz zu fassen, von dem er berichtet. Nun wäre es an mir zu trösten und aufzurichten. Aber woher soll ich den Mut dazu nehmen? Vieles ist auch hier und z.T. in meiner nächsten Nähe geschehen, was ganz dem gleicht, was Sie schildern, aber was die Söhne u. Töchter meiner alten lieben \*Gemeinde so unendlich hart trifft, ist mir schmerzlicher als alles. Warum haben Sie und wir uns nicht rechtzeitig aus dieser Hölle gerettet, oder – warum haben nicht Einsichtige draußen sie sogar wieder [sic] ihrem Willen dem pressenden Feuer entrissen, solange noch eine Möglichkeit war. Wir letzten Zurückgebliebenen haben sicher viele Gründe gehabt, hier zu verharren, aber es zeigt sich, daß es törichte Scheingründe waren, die wir hätten durchschauen müssen. Wir glaubten törichterweise nicht daran, daß so etwas möglich wäre; als ob es besonders in einem grausamen Krieg irgendetwas Unmögliches für die entmenschten Kämpfer gäbe. Wir waren blind und taub und hörten auf die Stimmen vom Scholomm (?) [sic]<sup>81</sup> wie zu Jeremias

<sup>76</sup> Vgl. ◀599▶ und Anm. 68 dort.

<sup>77</sup> Der Bericht wurde offensichtlich als authentischer Stimmungsbericht über die Lage und Stimmung der Juden zur Zeit der ersten \*Deportationen und Massenvernichtungen (vgl. Zeittafel 14. November 1941) an die Stapoleitstelle Düsseldorf geschickt.

<sup>78</sup> Der richtige Name des Absenders war nicht Staumel, sondern Samuel (vgl. Lowenthal, Bewährung im Untergang, S. 145ff.).

<sup>79</sup> Obwohl die hier angegebenen Vornamen und das Geburtsjahr nicht mit dem in Jesberg geborenen Lehrer und Prediger Salli Katzenstein übereinstimmen, handelt es sich möglicherweise um seine Person oder zumindest um ein Familienmitglied der im jüdischen Leben bedeutenden Essener Familie Katzenstein; vgl. Walk, Kurzbiographien, S. 187f.

<sup>80</sup> Der Brief von Katzenstein ist in dem Bericht nicht erhalten.

<sup>81</sup> Soll heißen „Schalom“, hebr. Frieden.

Zeiten – wo doch längst der Friede, die treüga Dei [sic]<sup>82</sup>, das aufgesagt und wir klar und deutlich in die Acht getan, als Staatsfeinde erklärt waren. Nicht wahr, verehrter Freund, in dieser Torheit und Verblendung lag mehr als ein Fehler; es war eine Selbstvernichtung, an die die unversöhnlichen Hasser jetzt nur die letzte Hand anlegen. Und wir hatten doch 5 Sinne, Erfahrung, Vernunft. Es gab sogar auch Prediger, die das Richtige voraussagten, aber wir hörten nicht auf sie, weil sie machtlos waren und uns als Schwärmer erschienen. Jetzt müssen wir von der Hand unserer früheren Landsleute erdulden, was sonst nur Menschen mitten im Kriege von den Feinden zu erleiden pflegen. Dies alles dem Phantom zuliebe, daß das neue Deutschland, nein das neue Europa, keine Juden dulden dürfe, sofern sein Wohl und Heil gesichert sein sollte!!

Kann das ein Trost in unserer entsetzlichen Lage sein? Ich weiß es nicht. Aber soviel ist gewiß: *ich* fühle so, daß uns Strafe für *unsere* Verblendung trifft. Wer nicht hören will, muß fühlen. Wir haben uns auch zu sehr auf die Hilfe von draußen verlassen, und sie hätte mächtiger und nachhaltiger sein können. Wir aus dem \*Altreich hätten alle gerettet werden sollen und können. Aber das entschuldigt uns nicht vollkommen, jene sind schließlich auch nur selbstische Menschen. Zur Hilfe nur bereit, wo sie nicht allzusehr die eigenen Interessen berührt. Wieviel russische und polnische Juden haben wir Deutsche wohl in den Jahrzehnten zwischen 1830-1930 zugrunde gehen lassen?

Aber unser Gott bleibt deswegen, was er gewesen ist. Er hat, wie die Geschichte lehrt, unsere Väter sehr oft ähnlichen Verderben preisgegeben und den Rest als seine Getreuesten am Leben erhalten. Wir hielten uns lange selbst für diesen Rest. Aber unsere Leidenszeit ist offenbar noch nicht beendet. Warum wir zu den „Auserwählten“ gehören, die wieder einmal die furchtbarsten Leiden am eigenen Leib erdulden müssen, können wir nicht sagen. Die Tatsache ist so furchtbar, daß uns die Gedanken schwinden, und doch müssen wir tapfer und aufrecht bleiben: denn das Auge Gottes d.i. das Auge der Geschichte wacht; es ruht auf uns; ihm entgeht nichts von dem was man uns antut, aber auch nichts von dem wie wir es tragen. – Ich hoffe von Herzen und zuversichtlich, daß *Sie* und Ihre Kinder von der Verschickung verschont bleiben! Schreiben Sie mir bitte und bitte bald, ob eine neue Gruppe auf den bitteren Leidensweg gebracht werden soll. Auch hier ist alles in Bewegung und was aus den Altersheimen wird, weiß niemand.

Ich bin und bleibe mit treuen Grüßen und Wünschen von Haus zu Haus

Ihr Staumel.

<3383>

◀603▶

### SD Außenstelle Minden

#### Einstellung der Bevölkerung zur Evakuierung der Juden

Minden, 6.12.1941

StA Det, M 18 Nr. 11

Die inzwischen zur Tatsache gewordene \*Evakuierung<sup>83</sup> der Juden aus dem hiesigen Bereich wird in einem großen Teil der Bevölkerung mit großer Besorgnis

<sup>82</sup> Treuga Dei (lat. Friede Gottes), mittelalterlicher Begriff für vorübergehenden Waffenstillstand. Hier wird offensichtlich Bezug genommen auf die Schonungszeit vor dem Einsetzen der Deportationen und Massenvernichtung im Oktober 1941.

<sup>83</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941.

aufgenommen. Dabei sind zwei Gesichtspunkte, die den Leuten am meisten am Herzen liegen. Einmal vermuten sie, daß dadurch den vielen Deutschen im noch neutralen Ausland, besonders in Amerika, wieder neues Leid zugefügt werden könnte. Man weist dabei wieder auf den 9. Nov. 1938<sup>84</sup> hin, der uns auch im ganzen Auslande mehr geschadet hat, als er uns hier im Inland genutzt hat.

Der zweite Punkt ist der, daß es doch wohl sehr bedenklich sei, jetzt im Winter mit allen seinen Gefahren die Leute ausgerechnet nach dem Osten zu verfrachten. Es könnte doch damit gerechnet werden, daß sehr viel Juden den Transport nicht überständen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die jetzt evakuierten Juden doch durchwegs Leute wären, die seit ewigen Jahren in hiesiger Gegend gewohnt hätten. Man ist der Ansicht, daß für viele Juden diese Entscheidung zu hart sei. Wenn auch diese Meinung nicht in verstärktem Maße festzustellen ist, so findet man sie aber doch in einem großen Teil gerade unter den gutsituierten Kreisen. Hierbei sind auch wieder die älteren Leute die überwiegende Anzahl.

Seitens der Volksgenossen, die die \*Judenfrage beherrschen, wird die ganze Aktion jedoch absolut bejaht. [...]

<3387>

◄604►

**SD Außenstelle Minden**

**Bericht**

**Minden, 12.12.1941**

**StA Det, M 18 Nr. 11**

*Judenaktion in Minden*

Über die augenblicklich im Gang befindliche Judenaktion<sup>85</sup> wird im hiesigen Bereich viel erzählt, der größte Teil der Juden sei schon abtransportiert. Das Besitztum ver falle dem Staat. Es wird sich erzählt, daß die Juden alle nach Rußland abgeschoben würden, der Transport würde durchgeführt bis Warschau in Personenwagen und von dort mit Viehwagen der Deutschen Reichsbahn. Der Führer wolle bis zum 15.1.1942 die Meldung haben, daß sich kein Jude innerhalb der Deutschen Reichsgrenze aufhalte.<sup>86</sup> In Rußland würden die Juden zur Arbeit in ehemals sowjetischen Fabriken herangezogen, während die älteren und kranken Juden erschossen werden sollten. Durch diese Redereien wird tatsächlich die Mitleidsdrüse verschiedener christlich Eingestellter stark in Tätigkeit gebracht. Es wäre nicht zu verstehen, daß man mit Menschen so brutal umgehen könne, ob Jude oder \*Arier, alle wären letztlich doch von Gott geschaffene Menschen. Man sieht verschiedentlich Juden mit Haushaltsgegenständen beladen durch die Straßen ziehen. Von irgendwelcher Gedrücktheit ist keine Spur zu erkennen. Viel wird in der Bevölkerung davon gesprochen, daß alle Deutschen in Amerika zum Zwecke ihrer Erkenntlichkeit ein Hakenkreuz auf der linken Brustseite tragen müssen, nach dem Vorbild, wie hier in Deutschland die Juden gekennzeichnet sind.<sup>87</sup> Die Deutschen in Amerika müßten dafür schwer büßen, daß die Juden in Deutschland so schlecht behandelt werden.

<3388>

---

<sup>84</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>85</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941.

<sup>86</sup> Zu Hitlers Befehl von Mitte September, „daß möglichst bald das Altreich... von Juden geleert und befreit werde“ vgl. Adam, Judenpolitik, S. 309ff.; ders., S. 311, über die Massenerschießungen der deportierten deutschen Juden nach ihrer Ankunft in Riga; vgl. ◄605►, Anm. 89.

<sup>87</sup> Vgl. \*Kennzeichnung der Juden.

**SD Hauptaußenstelle Bielefeld**  
**Bericht für den 10.12.-16.12.1941**

**Bielefeld, 16.12.1941**

**StA Det, M 18 Nr. 17**

*Abtransport von 400 Juden aus dem Regierungsbezirk Minden*

Am Donnerstag, den 11.12.41 begann im hiesigen Bereich die Aktion zur Verschickung<sup>88</sup> der ersten jüdischen Familien nach Riga.<sup>89</sup> Gegen 10 Uhr trafen die ersten jüdischen Familien in Bielefeld ein und wurden im Kyffhäusersaal am Kesselbrink untergebracht. Nach zweitägigem Aufenthalt, der zu Durchsuchungen, Gepäckkontrolle und dergleichen benutzt wurde, ging der Transport am Samstag um 15 Uhr ab.

Obwohl diese Aktion von Seiten der \*Staatspolizei geheim gehalten wurde, hatte sich die Tatsache der Verschickung von Juden doch in allen Bevölkerungskreisen herumgesprochen. Dementsprechend war auch eine Vielzahl von stimmungsmäßigen Äußerungen zu erfassen. Es muß festgestellt werden, daß die Aktion vom weitaus größten Teil der Bevölkerung begrüßt wurde. Einzeläußerungen war zu entnehmen, daß man den Führer Dank wisse, daß er uns von der Pest des jüdischen Blutes befreie. Ein Arbeiter äußerte z.B. „Das hätte man vor 50 Jahren mit den Juden machen sollen, dann hätte man weder einen Weltkrieg noch den jetzigen Krieg durchstehen brauchen.“ Erstaunen zeigte man vielfach in der Bevölkerung, daß man den Juden zum Transport nach dem Bahnhof die gut eingerichteten städtischen Verkehrsautobusse zur Verfügung stellte.

Lediglich aus konfessionellen Kreisen wurden, wie bei allen staatlichen Aktionen zur Gewohnheit geworden, ablehnende Stimmen laut.<sup>90</sup> Ja, man ging sogar so weit, diese Aktion zu benutzen, wildeste Gerüchte zu verbreiten.<sup>91</sup> So wurde ausgeführt, die Juden würden alle nach Rußland abgeschoben. Der Transport würde bis Warschau mit Personenwagen durchgeführt, von wo es mit Viehwagen weiter nach Rußland ginge. Der Führer wolle bis zum 15.1.42 Meldung haben, daß sich kein Jude mehr in Deutschland aufhalte.<sup>92</sup> In Rußland würden die Juden zu Arbeiten in ehemals sowjetischen Fabriken herangezogen, während die älteren und kranken Juden erschossen würden. Es wäre nicht zu verstehen, daß man mit den Juden so brutal umgehen könne; ob Jude oder \*Arier, alle wären doch von Gott geschaffene Menschen.

Um die stimmungsmäßigen Auswirkungen ihrer Gerüchte zu erhöhen, wird in konfessionellen Kreisen vielfach davon gesprochen, daß alle Deutsche in Amerika zum Zwecke ihrer Erkenntlichkeit ein Hakenkreuz auf der linken Brusttasche

<sup>88</sup> Vgl. „\*Deportation von Juden“ sowie Zeittafel 14. Oktober und 25. November 1941.

<sup>89</sup> Über die Deportationen der Juden aus Deutschland nach Riga in den Monaten November-Dezember 1941 und ihrem Schicksal (einschließlich Massenerschießungen) vgl. Lozowick, Documentation: „Judenspediteur“; Cohen, Antisemitism-Bibliography, Bd. 8, Nos. 2523-2527; sowie EH, Bd. II, S. 1228-1232; \*Ghettos in der NS-Zeit.

<sup>90</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>91</sup> In der diesem Bericht zugrundeliegenden Meldung der SD-Außenstelle Minden vom 12.12.1941 ◀604▶ heißt es lediglich: „Es wird sich erzählt, daß die Juden alle nach Rußland abgeschoben würden, [...]“.

<sup>92</sup> Vgl. Anm. 86.

tragen müßten.<sup>93</sup> Die Deutschen in Amerika müßten schwer dafür büßen, daß die Juden in Deutschland so schlecht behandelt würden.<sup>94</sup> <3386>

**◀606▶**  
**SD Außenstelle Minden**  
**Bericht**

**Minden, 19.12.1941**

**StA Det, M 18 Nr. 11**

*Schwierigkeiten über die Frage der Zuständigkeit bei der  
Verwertung des jüdischen Vermögens*

Über die Zuständigkeit der einzelnen Behörden bei der Verwertung des jüdischen Vermögens der jetzt \*evakuierten Juden sind Meinungsverschiedenheiten aufgekommen. Während es bisher so gehandhabt wurde, daß die Partei bei dem Verkauf von jüdischen Grundstücken ihre Zustimmung zu geben hatte, steht jetzt die Finanzverwaltung auf dem Standpunkt, daß ihr allein dies übertragen sei. Der bisherige Verlauf der ganzen Aktion war so, daß die Ortspolizeibehörden den Auftrag der \*Stapo, die Häuser zu versiegeln, durchzuführen hatten. Wenige Tage nach dieser Versiegelung wurde das Finanzamt bei der OPB vorstellig, um die Herausgabe der Schlüssel für die versiegelten Wohnungen zu verlangen. Da aber den Bürgermeister als OPB seitens der Stapo hierzu kein Auftrag gegeben war, weigerten sich diese, den Schlüssel herauszugeben. Das Finanzamt dagegen will angeblich eine Anweisung des Reichsfinanzministers haben, wonach ihnen die Verwertung, sowohl des Mobiliars, als auch der Wohnungen übertragen sei. Demgegenüber beruft sich z.B. der Bürgermeister in Minden auf das Gesetz über die Mietverhältnisse der Juden, Reichsgesetzblatt, Seite 864 vom 30.4.1939,<sup>95</sup> worin ausdrücklich vermerkt ist, daß den Städten das Verfügungsrecht über die Judenwohnungen allein vorbehalten bleibt. [...]

Besonders hier in Minden tritt dadurch der Fall ein, daß das Finanzamt, dem zwar die Verwertung des Mobiliars übertragen werden kann, nunmehr bei der Verwertung der Wohnungen für sich selbst zuerst sorgt. Da bei diesem Verfahren die Zustimmung der Partei ausgeschaltet ist, wird allgemein vermutet, daß innerhalb der Beamtenschaft des Finanzamtes eine Günstlingswirtschaft aufkommt. [...]

**<3389>**

---

<sup>93</sup> In der in Anm. 92 zitierten Meldung der SD-Außenstelle Minden lautet es konkreter, „daß alle Deutschen in Amerika zum Zwecke ihrer Erkennlichkeit ein Hakenkreuz auf der linken Brustseite tragen müssen, nach dem Vorbild, wie hier in Deutschland die Juden gekennzeichnet sind“. Vgl. \*Kennzeichnung der Juden.

<sup>94</sup> Zu der in mehreren Lageberichten, vorwiegend aus dem Jahre 1943 (nach Stalingrad), geäußerten Meinung, daß „das deutsche Volk die an den Juden begangenen Verbrechen schwer werde büßen müssen, bzw. schon während des Krieges dafür bezahlt“, vgl. Hausschild-Thiessen, Die Hamburger Katastrophe vom Sommer 1943, S. 230. Dort heißt es in einem zeitgenössischen Dokument: „Bei aller Wut gegen die Engländer und Amerikaner über die Art ihrer unmenschlichen Kriegführung muß man ganz objektiv feststellen, daß das einfache Volk, der Mittelstand und die übrigen Kreise, von sich aus wiederholt Äußerungen unter vier Augen und selbst auch in größerem Kreise machten, die die Angriffe als Vergeltung gegen die Behandlung der Juden durch uns bezeichneten.“ (Für den Hinweis auf dieses Dokument sind wir Herrn Dr. Uwe Lohalm, dem Wissenschaftlichen Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, zu Dank verpflichtet.)

<sup>95</sup> Vgl. Zeittafel.



◀607▶

**Stapostelle Regensburg  
Einzelaktionen gegen Juden**

**Regensburg, 22.1.1942**

**StA Am, BA Neumarkt 3320**

Wie hier mitgeteilt wurde, wurden im Monat Dezember 1941 an dem Anwesen der Jüdin Weil in Sulzbürg von unbekanntem Tätern ein Fensterladen auseinandergerissen, die Fensterscheiben mit Steinen zertrümmert und die Vorhänge zerrissen.

Nach einem Geheim-Erlaß des Reichsministers des Innern haben \*Einzelaktionen gegen Juden auf Befehl des Führers unbedingt zu unterbleiben.<sup>96</sup> Nach dem Erlaß werden Personen, die an Einzelaktionen teilnehmen oder dazu anstiften, als Provokateure, Rebellen und Staatsfeinde betrachtet und behandelt.

Ich bitte, mit dem zuständigen Hoheitsträger der NSDAP ins Benehmen zu treten, ob er nicht die Partei- und Volksgenossen anlässlich von Sprechenden entsprechend aufklären will. Auf den Erlaß des Reichsministers des Innern darf hierbei nicht hingewiesen werden.

Sollten die Täter der oben geschilderten Aktionen ermittelt werden, so bitte ich deren Personalien und Angaben hierher mitzuteilen. **<3393>**

◀608▶

**Stapostelle Magdeburg  
Besuch von Kulturveranstaltungen durch Juden**

**Magdeburg, 12.12.1941**

**LHA Ma, C 20 I, Ib Nr. 119**

In letzter Zeit haben sich fernmündliche Beschwerden von deutschen Volksgenossen, daß sie gezwungen sind, Kinoveranstaltungen zusammen mit Juden zu besuchen, in bedeutendem Umfang wiederholt. In einem Fall war der Besitzer eines hiesigen Lichtspieltheaters gezwungen, einen Juden aus der Vorstellung zu entfernen.

Um Ausschreitungen der deutschblütigen Bevölkerung gegen Juden<sup>97</sup> zu verhindern, habe ich heute den Juden in Magdeburg durch den Vorsitzenden der Jüdischen \*Gemeinde die Auflage erteilen lassen, daß ihnen mit sofortiger Wirkung jeder Besuch von Lichtspieltheatern und sonstigen Kinoveranstaltungen verboten ist.<sup>98</sup> **<3394>**

◀609▶

**Oberlandesgerichtspräsident Nürnberg  
Bericht für Dezember 1941**

**Nürnberg, 5.1.1942**

**BArch, R 22/3381**

Die \*Arisierung jüdischen Grundbesitzes wird stetig fortgeführt. In Nürnberg ist bereits über 4/5 des s.Zt. auf den früheren Gauleiter-Stellvertreter Holz umgeschriebenen Grundbesitzes arisiert. Die Zahl der in Nürnberg noch vorhandenen Juden hat sich im Berichtszeitraum dadurch erheblich verringert, daß im Dezember 1941 rund 500 Juden \*evakuiert wurden.<sup>99</sup> Weitere Abtransporte von Juden sollen

<sup>96</sup> Nähere Angaben zu dem hier erwähnten Geheim-Erlaß konnten nicht ermittelt werden. Vgl. den ähnlichen Erlaß der \*Gestapa unmittelbar nach Kriegsausbruch, Zeittafel, 7. September 1939.

<sup>97</sup> Vgl. \*Einzelaktionen.

<sup>98</sup> Vgl. Zeittafel, 12. November 1938.

<sup>99</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941.

für die nächsten Monate in Aussicht genommen sein. Die krasse Wohnungsnot in Nürnberg wird dadurch aber kaum merklich gebessert werden. <3396>

◀610▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für Dezember 1941**

Ansbach, 5.1.1942

BayHStA, StK 106679

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

Die Rasse- und Bekenntnisjüdin Margarete Sara *Bamberger*, Packerin in Fürth, wurde wegen Zuwiderhandlung gegen die Polizeiverordnung über die \*Kennzeichnung der Juden in \*Schutzhaft genommen. <3397>

◀611▶

**Regierungspräsident Schwaben**  
**Bericht für Dezember 1941**

Augsburg, 12.1.1942

BayHStA, StK 106684

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

*Juden*

In Augsburg wurde durch Anordnung des Oberbürgermeisters die \*Einkaufszeit von Juden auf die jeweils erste Verkaufsstunde des Tages festgesetzt; der Besuch des Stadtmarkts wurde ihnen verboten. Der Oberbürgermeister berichtet hierzu, daß diese Regelung von der Bevölkerung begrüßt wurde. Es konnte aber bereits festgestellt werden, daß nun nichtjüdische Personen für die Juden auf dem Wochenmarkt einkaufen, wo die Juden auch schon bisher bei den Wochenmarkt-Fieranten<sup>100</sup> „eingeschrieben“ waren. Der Oberbürgermeister glaubt, daß man sich mit dieser Tatsache solange abfinden müsse, als nicht eigene Einkaufsgelegenheiten für Juden bestehen. <3398>

◀612▶

**NSDAP Kreisleiter Göttingen**  
**Bericht an Gestapo Göttingen**

Göttingen, 19.12.1941

BArch, R 187/240

*Unterbringung von Judenfamilien in Göttingen*

Da die Absicht, die Juden in nächster Zeit von Göttingen abzutransportieren,<sup>101</sup> in der Bevölkerung bereits bekannt geworden ist, wird die Kreisleitung mit Anträgen auf Wohnungszuweisungen überlaufen.

Um ungefähr einen Überblick zu bekommen, wie viele Wohnungen hierdurch frei werden und welche von diesen Wohnungen von den \*arischen Hausbesitzern vermietet werden können, oder von Ihnen zugewiesen werden, bitte ich um Herreichung eines Verzeichnisses unter Angabe dieser Wohnungen mit der entsprechen-

---

<sup>100</sup> Von ital. Fiera, Jahrmakrt. Im bayerisch-österreichischen Sprachgebrauch: Warenhändler, Markthändler.

<sup>101</sup> Vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941.

den Größe. Gleichzeitig bekäme ich damit einen einwandfreien Überblick, wo und wieviele Juden überhaupt noch in Göttingen ansässig sind.

Für baldige Übersendung dieser Aufstellung wäre ich dankbar. <3400>

◀613▶

**Stadt Münster**

**Bericht aus der Kriegschronik**

**Chroniknotizen und Fotos**

**Münster, 1.12.1941**

**StdA Ms, Amt 43 E Nr. 43**

Ich gehöre heute zu denen, die noch zwei Kneipen aufsuchen und sich zwischen die Gäste am Tresen drängen. [...] Da höre ich in der zweiten Kneipe an der Aegidiistraße, während ich zwischen mittleren Beamten, Handwerkern und Kaufleuten stehe, daß bis zum 13. dieses Monats alle Juden aus Münster heraus sein müßten.<sup>102</sup> Die Nachricht wird sehr lebhaft besprochen. Überwiegend sind die Tresengäste mit der Maßnahme sehr zufrieden. Die Juden kämen alle nach dem Osten in große Arbeitslager, einmal, damit sie dort arbeiten könnten und dann auch, damit sie die dringend benötigten Wohnräume in Münster freimachten. Richtig, richtig lautet wiederholt die Zustimmung der Umstehenden, als sie davon hören, daß auf solche Weise auch der Wohnungsnot entgegengearbeitet werden soll. –

In dem anderen Gasthof werden [sic] von Weihnachtsreisen und Weihnachtsurlaub gesprochen. [...] Zwei, die mit mir heimgehen, munkeln davon, daß wahrscheinlich die Juden in der nächsten Woche allesamt nach dem Osten abtransportiert würden. – Auch zu Hause unter der Petroleumlampe begegnet mir das Gerücht. Auch die Frauen scheinen in der Stadt für die Gerüchte vom Abtransport der Juden lebhaft interessiert zu sein. Nur wenige hätten geäußert, daß sie die Juden bedauerten, denn die Juden seien die Kriegsschürer. <3401>

◀614▶

**Bürgermeister Vilbel**

**Politische Lage**

**Vilbel, 30.12.1941**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 244**

Bei der Versorgung der Juden mit Artikeln des täglichen Bedarfs bestehen insofern Schwierigkeiten, als die Einzelhändler sich weigern, an Juden Waren abzugeben. Eine einheitliche Regelung wäre hier angebracht.<sup>103</sup> <3403>

◀615▶

**RSHA, Amt III (SD)**

**Meldungen aus dem Reich**

**Berlin, 29.1.1942**

**Boberach, S. 3229-3231**

[...]

*Verwaltung und Recht*  
*Die Juden im Rechtsverkehr*

Je vollständiger sich die Ausschaltung der Juden aus dem gesamten Volksleben vollzieht, umso unwilliger wird nach zahlreichen Meldungen von Volksgenos-

<sup>102</sup> Vgl. „\*Deportation von Juden“, sowie Zeittafel, 14. Oktober 1941.

<sup>103</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen.

sen und Rechtswahrern die Notwendigkeit empfunden, daß deutsche Gerichte nach wie vor rein jüdische Angelegenheiten mit Kosten- und Zeitaufwand behandeln müssen. [...]

In den Meldungen kommt zum Ausdruck, daß die augenblickliche Regelung von Rechtsverhältnissen von Juden, soweit sie insbesondere deren Rechtsstellung im bürgerlichen Recht betrifft, noch sehr weitgehend nicht mit der politischen Stellung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland übereinstimmt. Der Richter müsse deshalb häufig gegen seine politische Überzeugung entscheiden. Auf der einen Seite sei zwar anerkannt, daß das Recht in Einklang mit den politischen Notwendigkeiten stehen müsse. Auf der anderen Seite verlange man aber vom Richter, daß er sich bei seinen Entscheidungen ans Gesetz halte. Setze er sich aufgrund seiner politischen Überzeugung darüber hinweg, müsse er damit rechnen, daß seine Entscheidungen von den Instanzgerichten aufgehoben oder vom Gesetzgeber selbst nicht gebilligt würden. Dieser Umstand hemme ihn nicht nur in seiner Entscheidungsfreudigkeit, sondern setze ihn auch ständigen Mißdeutungen bei politischen Stellen und in der Bevölkerung aus; denn politisch denkende Volksgenossen könnten es sich heutzutage einfach nicht mehr erklären, daß Juden beispielsweise noch immer im Armenrecht klagen könnten, ja, daß ihnen überhaupt noch nahezu der gleiche Rechtsschutz gewährt werde wie deutschen Volksgenossen.

Es wird deshalb nach den Meldungen immer dringlicher eine möglichst baldige Anpassung der Rechtsstellung der Juden auch in bürgerlich-rechtlicher Hinsicht an die politischen Gegebenheiten gefordert. Auch im Hinblick auf die sich immer schwieriger gestaltenden Personalverhältnisse in der Justiz sei es nicht mehr zu verantworten, die deutsche Rechtspflege im bisherigen Umfang auch Juden zur Verfügung zu stellen. Hierin liege eine Vereinfachungsmöglichkeit, deren Ausnutzung gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt in Fachkreisen und in der Bevölkerung lebhaft begrüßt werden würde. [...]

<3406>

#### ◄616►

### SD Außenstelle Höxter Geschäftsverkaufszeiten für Juden

Höxter, 19.1.1942

StA Det, M 18 Nr. 11

Nachdem bisher im hiesigen Bereich das Kaufen in den Läden von 8 bis 9 Uhr vormittags vorgeschrieben war, ist nach einer neuerlichen Verfügung des RP für den gesamten Regierungsbezirk Minden den Juden der Einkauf in der Zeit von 11 bis 16.30 Uhr gestattet.<sup>104</sup> Diese Maßnahme hat einen Sturm der Entrüstung vor allem bei den Hausfrauen hervorgerufen, die die verschiedensten Meinungen hervorruft, wovon am krassensten vielleicht die Äußerung in Erscheinung tritt, daß es mit Deutschland wohl sehr schlecht stehen müsse, wenn man sich veranlaßt sieht, den Juden wieder Vergünstigungen einzuräumen, denn wenn die deutsche Frau nicht mit den Juden im Geschäft zusammenstehen wolle, müsse sie entweder früh oder abends einkaufen und das seien jetzt die kältesten Stunden am Tage, während die Judenweiber in den erträglicheren Mittags- und Frühhnachmittagsstunden einkaufen könnten. [...] Man habe zwar auch seine Bedenken gehabt, als die Juden von 8 bis 9 Uhr einkaufen mußten, weil sie dann als erste in den Läden gewesen wären

<sup>104</sup> Vgl. \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen.

und u.U. von kleineren Warenvorräten etwas abbekommen hätten, auf die die später kommenden deutschen Mütter hätten verzichten müssen, aber das sei doch gegen die jetzige Regelung das kleinere Übel gewesen, dem auch die Haltung des Kaufmanns hätte steuern können. [sic] [...]

Nach allem was beobachtet werden konnte, hat selten eine behördliche Regelung der öffentlichen Meinung derart entgegengestanden, als diese Neuregelung der Einkaufszeiten für Juden. <3407>

◀617▶

RSHA, Amt IV (Gestapa)

Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse

Berlin, 12.1.1942

BArch, R 58/200

*Juden*

Von der Stapoleitstelle<sup>105</sup> Berlin wurden der staatenlose Jude Arkade Israel *Munwes* (geb. 24.7.1894 Minsk, wohnhaft Berlin-Grunewald),

die Jüdin Herta Sara *Prenzlau*, geb. Prenzlau (geb. 17.6.1892 in Hamburg, wohnhaft Berlin-Charlottenburg) und

der Jude Meyer Israel *David* (geb. 19.2.1869 Korlin, wohnhaft Berlin)

festgenommen. *Munwes* hatte sich einen verfälschten türkischen Paß zum Preise von RM 2.000 verschafft, seinen \*Judenstern abgelegt und sich sodann beim Polizeipräsidium Berlin als auch bei dem zuständigen Polizeirevier als türkischer Staatsangehöriger ausgegeben. Der Jüdin *Prenzlau* waren die Machenschaften des *Munwes* bekannt. Sie selbst hatte sich mit der Absicht getragen, einen türkischen Staatsangehörigen zu heiraten und so die türkische Staatsbürgerschaft zu erlangen und ihr Vermögen ins Ausland verschieben zu können.

*David* wird beschuldigt, einen schwerverwundeten Wehrmachtsangehörigen in der gröbsten Weise belästigt und verhöhnt zu haben.

Weiter nahm die Stapoleitstelle Berlin noch folgende Personen in Haft:

Geheimrat Richard *Hähn* (geb. 22.2.1876 Halberstadt),

Rechtsanwalt Dr. Martin *Remmicke* (geb. 30.5.1898 Kattersmauendorf) und

Kaufmann Bruno *Brandt* (geb. 5.10.1897 Ahrensbrück)

– sämtlich wohnhaft in Berlin –.

Die Genannten sind überführt und geständig, sich an Juden herangemacht und diesen vorgespiegelt zu haben, sie könnten die Juden von der \*Evakuierung zurückstellen lassen, wenn jeder der Juden für seine Zurückstellung RM 5.000 zahle. Auf diese Weise hatte *Hähn*, in dessen Wohnung die Verhandlungen mit den Juden geführt worden waren, bisher von den Juden insgesamt RM 16.000 erhalten, wovon er dem *Remmicke* RM 1.000 und dem *Brandt* RM 3.000 abgegeben hat.

Außerdem hatte *Hähn* bis in die letzte Zeit hinein größere Kreditverträge mit Juden abgeschlossen, um angeblich wirtschaftspolitisch wichtige Geschäfte zu finanzieren. Auch hierbei hatte er durchblicken lassen, daß durch die Hergabe der Kredite eine Rückstellung von der Evakuierung erreicht werden könnte, und außerdem

---

<sup>105</sup> Vgl. \*Gestapo und Stapoleitstellen dort. Die Meldung wurde von der Berliner Stapoleitstelle an das für das Gesamtreich zuständige zentrale Amt, das Gestapa, geschickt.

den Juden zugesichert, daß sie den Judenstern nicht mehr tragen brauchten und arisiert<sup>106</sup> werden würden.

Die Beschuldigten wurden dem Vernehmungsrichter vorgeführt. <3409>

#### 4618▶

#### RSHA, Amt III (SD) Meldungen aus dem Reich

Berlin, 2.2.1942

Boberach, S. 3233ff., 3245

#### *Allgemeines*

Schon die Ankündigung, daß der *Führer* auch in diesem Jahre am 30. Januar zum deutschen Volke sprechen werde, wurde von der gesamten Bevölkerung mit größter Anteilnahme und freudiger Bewegung aufgenommen, umso mehr, als aufgrund der schweren Kämpfe der letzten Wochen und den vielfach noch immer vorherrschenden unklaren Vorstellungen über die tatsächliche Lage im Osten viele Volksgenossen geradezu das Bedürfnis hatten, wieder die Stimme des Führers zu hören, um aus seinen Worten neue Kraft und Zuversicht zu schöpfen. Die *Führerrede* selbst hat in allen Bevölkerungskreisen stärksten Eindruck hinterlassen und die durch die Sondermeldungen der letzten Tage wieder im Ansteigen befindliche Stimmung weiterhin in positivem Sinne beeinflusst. [...]

Die erneute *Anprangerung des Judentums* und die Herausstellung des alttestamentarischen Satzes: „Auge um Auge und Zahn um Zahn“<sup>107</sup> wurden dahingehend gedeutet, daß der Kampf des Führers gegen das Judentum mit unerbittlicher Konsequenz zu Ende geführt und schon bald der letzte Jude vom europäischen Boden vertrieben werde.<sup>108</sup> [...]

#### *Verwaltung und Recht*

#### *Die Auswirkung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941*

Nach nunmehr aus allen Teilen des Reiches (Berlin, Weimar, Darmstadt, Würzburg, Nürnberg, Frankfurt/M., Breslau, Oppeln, Bielefeld, Wiesbaden, Fürth, Bremen, Braunschweig, Augsburg, Schwerin, Halle, Königsberg, Dessau, Hamburg, Köln, Koblenz, Stettin, Kattowitz, Leipzig, Neustettin, Dresden, Karlsruhe, Linz, München) vorliegenden Meldungen hat sich der Erlaß der Verordnung über die \*Kennzeichnung der Juden in der Bevölkerung im allgemeinen günstig ausgewirkt. Es wird überall betont, daß diese Verordnung einem lange gehegten Wunsch weiter Bevölkerungskreise, besonders an Plätzen mit noch verhältnismäßig zahlreichen Juden, entsprochen habe.<sup>109</sup> Aus Meldungen ergibt sich allerdings auch übereinstimmend, daß die Sonderbehandlung der mit Deutschblütigen verheirateten Juden<sup>110</sup> in der Bevölkerung Befremden und Unwillen hervorgerufen habe. Die in der Verordnung vorgesehenen Ausnahmen seien von Volksgenossen sogar vielfach als eine „halbe Maßnahme“ kritisiert worden. Insbesondere hätte man überall die Feststellung machen können, daß in der Allgemeinheit

<sup>106</sup> Vgl. \*Arisierung.

<sup>107</sup> Vgl. Hitlerrede am 30. Januar 1942, in: Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, S. 1826-1834, Zitat S. 1829.

<sup>108</sup> Zur möglichen Auslegung dieser Erklärung vgl. Anm. 112.

<sup>109</sup> Über den tatsächlichen „Druck von unten“ zur Einführung einer Kennzeichnung der Juden vor der Verordnung vom 1. September 1941 (vgl. Zeittafel) vgl. Kap. X, 4560▶.

<sup>110</sup> Vgl. \*Mischehen.

eine radikale Lösung des Judenproblems mehr als jeder Kompromiß Verständnis findet<sup>111</sup> und daß in weitesten Kreisen der Wunsch nach einer klaren äußeren Scheidung zwischen dem Judentum und den deutschen Volksgenossen besteht. Bezeichnend sei es, daß vielfach in der Kennzeichnungsverordnung nicht etwa eine abschließende Maßnahme, sondern erst ein Auftakt zu weiteren einschneidenden Verordnungen mit dem Ziel einer endgültigen Bereinigung der \*Judenfrage<sup>112</sup> erblickt wird.

Gerade die Ausnahmebestimmungen der Kennzeichnungsverordnung seien einmal grundsätzlicher Art, zum anderen befaßten sie sich mit den praktischen Auswirkungen der Ausnahmebestimmungen. [...]

<3417>

◀619▶

## **SD Außenstelle Minden**

### **Bericht**

**Minden, 21.2.1942**

**StA Det, M 18 Nr. 11**

#### *Verhalten der nichtgekennzeichneten Juden*

Überall wohin man hört, kann man kein Verständnis dafür aufbringen, daß Juden, die mit einem \*Arier verheiratet sind,<sup>113</sup> die \*Kennzeichnung als Jude nicht tragen brauchen. Gerade diese Juden (in der Hauptsache Weiber) legen den Volksgenossen ein Benehmen gegenüber an den Tag, daß dieser Umstand unmöglich bestehen bleiben kann. Es ist heute so, daß eine Arielerin beim Einkauf sich mit einer Jüdin irgendeine knappe Ware teilen muß, da die Jüdin nicht erkennbar ist. Wenn man Rücksicht auf Kriegsteilnehmer oder sonst verdiente Männer nimmt, die mit einer Jüdin verheiratet sind, dann wäre das ein großer Fehler. Wenn ein Arier heute noch nicht eingesehen habe, was der Jude wäre, dann brauche er auch von seiten des deutschen Volkes keine Rücksichten mehr. Er wäre dann ebenso wie ein Jude und solle sich auch ganz zu der Rasse bekennen. [...]

Man ist der Ansicht, daß diese Lücke im Gesetz geschlossen werden müßte. Ob Jude oder Halbjude, es wäre gleich, alle sind von derselben Sorte. Was hätte oder würde der Jude mit uns machen, wenn er mal wieder schalten und walten könnte in Deutschland wie einst. Es gibt heute aber zwei Sorten von Juden, nämlich die arischen und die nichtarischen. Wenn man [mit] Frontsoldaten vom Osten spricht, dann kann man feststellen, daß die Juden hier [in] Deutschland noch viel zu human behandelt würden.<sup>114</sup> Es wäre das richtige, die ganze Brut müßte vernichtet

<sup>111</sup> Gemeint sind vermutlich die seit 14. Oktober 1941 (vgl. Zeittafel) in Gang gesetzten \*Deportationen nach Osten (vgl. ◀599▶, ◀601▶, ◀603▶, ◀604▶, ◀605▶), sowie die oben genannten Meldungen, „aus allen Teilen des Reiches“, auf die sich der vorliegende Bericht stützt.

<sup>112</sup> Eine fast unumgängliche Möglichkeit der Auslegung des Begriffes „endgültige Bereinigung der Judenfrage“ in diesem Bericht, in dem Meldungen „aus allen Teilen des Reiches“ zusammengefaßt werden, ist die schon seit Ende Juli bzw. Ende Oktober (vgl. Zeittafel 22. Juni 1941 und 14. Oktober 1941) in Gang befindliche \*Endlösung der Judenfrage als systematische Deportation und Massenvernichtung sowohl der Juden aus dem \*Großdeutschen Reich, als auch der eigenständigen jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Vgl. auch Anm. 111, insbesondere die Dokumente ◀604▶ und ◀605▶, sowie Herbert (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945.

<sup>113</sup> Vgl. Mischehen.

<sup>114</sup> Vgl. Zeittafel, 22. Juni 1941.

werden. So äußern sich Stimmen über unterschiedliche Behandlung der Juden bezüglich Kennzeichnung. <3421>

◀620▶

**Bürgermeister Ober-Erlenbach**  
**Die politische Lage**

**Ober-Erlenbach, 26.2.1942**

**StA Da, G 15 Friedberg Q 246**

*[Juden]*

Betreffs der einzigen hier noch ansässigen Judenfamilie müßten alle Mittel versucht werden, dieselbe wegzubringen. Ich bitte um Anweisung, wie dies möglich ist. <3431>



**XII.**  
**„Entjudung Deutschlands“**  
Deportationen und Selbstmorde  
(März 1942 – März 1943)

◀621▶

**Auswanderungsberatungsstelle Köln**  
**Tätigkeitsbericht für das erste Quartal 1942**

Köln, o.D.

HStA Dü, RW 36-20

Wenn im Vorvierteljahr die Inanspruchnahme der Auswandererberatungsstelle in den ersten beiden Monaten (Oktober, November) noch einmal spontan in die Höhe geschneilt war, um im dritten Monat (Dezember) rapide zu sinken,<sup>1</sup> so dürfte sie in dem vorliegenden Berichtsabschnitt auf ihren bisherigen Tiefstand angekommen sein. Das Vorvierteljahr erbrachte noch 443 Bearbeitungsfälle (davon 163 im Oktober, 220 im November, 60 im Dezember), das zu Bericht stehende Vierteljahr hingegen nur 53 insgesamt, und zwar 23 im Januar, 18 im Februar und 12 im März. [...] Unter den Antragsstellern befinden sich, da die Judenauswanderung im Dezember zum Stillstand gekommen ist,<sup>2</sup> dieses Mal nur 3 Juden. Die jahrelange Tätigkeit der Auswandererberatungsstelle als Gutachter in Paßangelegenheiten jüdischer Auswanderer hat damit auch ihr Ende gefunden. [...]

<3455>

◀622▶

**SD Hauptaußenstelle Bielefeld III A 1**  
**Sonderbericht über alle grundsätzlichen Fragen zur Haltung**  
**und Stimmung in der Bevölkerung**

Bielefeld, 15.3.1942

StA Det, M 18 Nr. 19

*Allgemeines*  
*Haltung der Bevölkerung zum Kriege*  
*Sinn des Krieges*

Mit der zunehmenden Kriegsausweitung sind anfängliche Zweifel über die Notwendigkeit des Krieges so gut wie überall beseitigt. Wenn man z.B. im 1. Kriegsjahr besonders unter dem Eindruck der Fliegerangriffe, vornehmlich in dem katholischen Bevölkerungskreis des hiesigen Bereiches, noch ab und zu solche Äußerungen hören konnte wie „Nur weil ein paar hohe Herren auf beiden Seiten sich nicht vertragen

<sup>1</sup> Dies kann in Zusammenhang mit der Kriegserklärung der USA stehen, durch welche der bis dahin von Deutschland auf dem europäischen Kontinent geführte Krieg zum Weltkrieg wurde. Die Auswanderung in die USA wurde dadurch unmöglich.

<sup>2</sup> Die \*Auswanderung der Juden aus dem \*Großdeutschen Reich wurde durch Anordnung \*Himmmlers schon am 1. Oktober 1941 verboten (vgl. Zeittafel), aber erst am 23. Oktober an das \*RSHA weitergeleitet. Dennoch konnten nach Angaben der \*Reichsvereinigung vom 8. November 1941 zwischen 29.10. und 3.11.41 insgesamt 150 Juden nach Spanien bzw. Portugal mit dem Endziel USA auswandern und damit den bereits einsetzenden, systematischen \*Massendepортationen (vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941) entkommen. Vgl. Kulka, „Jewish Question“, Bd. II, Dokumente, Nr. 57, S. 561f. „Anlage: Übersicht über die Sondertransporte jüdischer Auswanderer nach Spanien und Portugal.“ Zu Versuchen, nach dem Auswanderungsverbot illegal aus Deutschland in das neutrale Spanien bzw. Portugal auszuwandern, vgl. ▶629▶.

können, müssen wir den Krieg führen“, so haben die Erkenntnisse der Frontsoldaten in Rußland so reinigend gewirkt, daß heute jeder Volksgenosse von der Notwendigkeit des derzeitigen Krieges voll überzeugt ist. Ganz verschwindend geringe Teile der Bevölkerung, die in jeder Hinsicht zu den Gegnern zu rechnen sind, können den Gesamteindruck in keiner Weise beeinträchtigen. Es ist nachgerade allen Volksgenossen bewußt geworden – diese Tatsache ist vornehmlich der außerordentlich einflußreichen Propaganda zu verdanken – daß der Jude Anstifter dieses Krieges ist und daß ihm die Verantwortung für das namenlose Elend, das der Krieg für so viele Volksgenossen mit sich bringt, zufällt. Zum Eindringen dieser Auffassung in so weite Bevölkerungskreise hat nicht zuletzt die Verbreitung der Handschrift des amerikanischen Juden \*Kaufmann<sup>3</sup> beigetragen. <3437>

#### ◄623►

##### RSHA, Amt IV (Gestapa)

##### Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse

Berlin, 18.3.1942

BArch, R 58/202

##### *Politischer Katholizismus*

[...] Der Ordensgeistliche Karl *Golda* (geb. 23.12.1914 in Tichau, wohnhaft Salesianerkloster Auschwitz) wurde von der Stapostelle<sup>4</sup> Kattowitz festgenommen. G., der geheimzuhaltende Lagerangelegenheiten des Lagers \*Auschwitz ausgeforscht hatte, steht in dringendem Verdacht, die Auswertung der erhaltenen Nachrichten für deutschfeindliche Propagandazwecke beabsichtigt zu haben.<sup>5</sup> <3449>

#### ◄624►

##### NSDAP Ortsgruppe Mainberg

##### Bericht für März 1942

Mainberg, o.D.

StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 676

##### *Bekämpfung der Juden*

Es wurde wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß Soldaten, die aus Warschau<sup>6</sup> und Litzmannstadt<sup>7</sup> kommen, öffentlich über die Art der Beseitigung der Juden in diesen Städten erzählen und eventuell noch übertreiben. Diese Ausführungen sind meistens dazu angetan, die ritterliche Kampfweise unserer Wehrmacht<sup>8</sup> zu schmälern. Ebenso wird dadurch die Bevölkerung beunruhigt und die Feindpropaganda unterstützt. <3456>

---

<sup>3</sup> Vgl. auch Zeittafel, 23. Juli 1941.

<sup>4</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>5</sup> Zur Verbreitung des Wissens um \*Auschwitz als \*Konzentrations- und Vernichtungslager vgl. auch ◄687>.

<sup>6</sup> Zu der Vernichtung der Juden im Ghetto Warschau vgl. Gutman, The Jews of Warsaw; „Warschau“ in EH, Bd. III, S. 1525-1549 und Bibl. dort.

<sup>7</sup> Zum Ghetto Lodz, unter der deutschen Besetzung in Litzmannstadt umbenannt, vgl. Barkai, German-Speaking Jews in Eastern European Ghettos; EH, Bd. II, S. 892-899.

<sup>8</sup> Zur Beteiligung der Wehrmacht an der Judenvernichtung in Osteuropa vgl. Streim, Zur Eröffnung des allgemeinen Judenvernichtungsbefehls, sowie die umfangreiche Literatur zur Diskussion über die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“.

◀625▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für März 1942

Ansbach, 7.4.1942

BayHStA, StK 106684

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

a) Im Rahmen der \*Evakuierungsaktion verließ am 24. März ein Sonderzug mit 990 Juden Nürnberg mit dem Reiseziel Lublin-Izbica.<sup>9</sup> Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Der Jude Dr. Martin Israel Offenbacher hat sich der Evakuierung durch \*Selbstmord (Leuchtgas) entzogen.

b) Im März 1942 wurden 38 Anträge (Vormonat 46) auf Feststellung des Vermögensverfalls bei Juden auf Grund der 11. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. I S. 722) vorgelegt.<sup>10</sup>

c) Der Rasse- und Bekenntnisjude [N.N.a] in Nürnberg wurde wegen eines besonders schweren Verbrechens der VO gegen Volksschädlinge in Verbindung mit dem Verbrechen der \*Rassenschande nach dem \*Blutschutzgesetz zur Todesstrafe verurteilt.<sup>11</sup> Die Mitbeschuldigte [N.N.b] geb. [...] wurde wegen Verbrechens des Meineids zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

<3452>

◀626▶

Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für März 1942

Augsburg, 10.4.1942

BayHStA, StK 106684

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

*Juden*

Um das Monatsende fanden aus den Städten Augsburg und Kempten (Allgäu), ferner aus den Kreisen Günzburg, Krumbach, Lindau (B.), Memmingen, Nördlingen umfangreichere Abtransporte von Juden zunächst nach München statt (rund 360). In Augsburg wurde ein Jude wegen ärgerniserregenden Verhaltens in Polizeihaft genommen.

<3453>

◀627▶

Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für März 1942

Regensburg, 10.4.1942

BayHStA, StK 106674

*Juden*

In der Stadt Weiden wurde ein jüdischer Schüler (geboren 1927) festgenommen, weil er sich als Oberleutnant der Wehrmacht ausgab und staatsabträgliche Äußerungen gebrauchte. Da er zur \*Evakuierung vorgesehen ist, wurde er wieder entlassen.

<3451>

<sup>9</sup> Zu Izbica und den Deportationen der Juden aus Deutschland im Jahre 1942 vgl. „Izbica“ in EJJ, Bd. I, S. 554.

<sup>10</sup> Vgl. Zeittafel, 25. November 1941.

<sup>11</sup> Vgl. ▶642▶.

◀628▶

**SD [Hauptaußenstelle Erfurt] (Beobachter)<sup>12</sup>**

**Bericht im „Völkischen Beobachter“ über Einsatz des SD im Osten**

**Erfurt, 30.4.1942**

**ThHStAW, NS 29/53, Bd. 4**

Im „Völkischer Beobachter“ vom 30.4.1942 wird ein ausführlicher Bericht des \*SS Kriegsberichterstatters Schaal über den Einsatz des \*SD in einer sowjetischen Kleinstadt veröffentlicht, der in Leserkreisen besondere Beachtung gefunden hat. Durch wiederholte Presseveröffentlichungen und Bilder der Wochenschau<sup>13</sup> über das Tätigkeitsgebiet der deutschen Sicherheitspolizei und des \*SD, sagt man, habe man näheres über diese Formationen gehört. Wohl werde in der Bevölkerung von dem Einsatz der \*Gestapo in den besetzten Ostgebieten gesprochen, aber ein klares Bild habe man sich über das Aufgabengebiet der deutschen Sicherheitspolizei nicht machen können, da die tollsten Gerüchte über sie verbreitet würden.<sup>14</sup> So werde in der Bevölkerung kolportiert, daß der Sicherheitspolizei die Aufgabe gestellt sei, das Judentum in den besetzten Gebieten auszurotten.<sup>15</sup> Zu Tausenden würden die Juden zusammengetrieben und erschossen, während sie erst zuvor ihre Gräber gegraben hätten. Die Erschießungen der Juden nähmen zeitweise einen Umfang an, daß selbst die Angehörigen der Erschießungskommandos Nerven zusammenbrüche bekämen. Diese Gerüchte hätten der Bevölkerung Anlaß gegeben, sich ein Bild von der Tätigkeit der Sicherheitspolizei zu machen, das von einem grausigen Nimbus umgeben sei. Es erregt daher besonderes Interesse, wenn in Presseberichten oder in Wochenschauen auch über diese Polizeiformationen berichtet werde. [...] <3463>

◀629▶

**RSHA, Amt IV (Gestapa)**

**Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse**

**Berlin, 13.4.1942**

**BArch, R 58/203**

*Juden*

Der Staatspolizeistelle<sup>16</sup> Frankfurt a.M. wurde bekannt, daß Juden den Versuch unternehmen, von Frankfurt a.M. aus über Köln, Brüssel und Frankreich illegal nach Spanien oder Portugal auszuwandern<sup>17</sup> und daß die Anlaufstelle in Köln davon dem Juden Eduard Israel *Haas* (geb. am 18.7.84 zu Trier, wohnhaft in Köln) geleitet wird, der den Juden die Möglichkeit zur illegalen Ausreise gegen Zahlung von 1.200 RM verschafft.<sup>18</sup> Auf Grund der eingeleiteten Ermittlungen konnten nunmehr vier Juden, die sich zum Zwecke der illegalen Ausreise von Frankfurt a.M. nach Köln begeben und dort mit dem Juden Haas getroffen hatten, zusammen mit diesem festgenommen werden. Bei der körperlichen Durchsuchung ergab sich, daß

---

<sup>12</sup> In der den Herausgebern vorliegenden Kopie ist lediglich erwähnt, daß der Beobachter dem \*SD angehört, aber nicht, welcher Stelle. Der Abfassungsort Erfurt legt jedoch seine Zugehörigkeit zur SD Hauptaußenstelle Erfurt nahe.

<sup>13</sup> Vgl. \*Filme, antisemitische im Dritten Reich.

<sup>14</sup> Vgl. \*Einsatzgruppen.

<sup>15</sup> Vgl. Zeittafel, 22. Juni 1941, sowie „\*Endlösung der Judenfrage“.

<sup>16</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>17</sup> Vgl. Zeittafel, 1. Oktober 1941 und Bibl. dort, sowie ◀621▶ und Anm. 2 dort.

<sup>18</sup> Vgl. Zeittafel, 1. Oktober 1941.

jeder Jude einen Geldbetrag von mindestens 1.200 RM bei sich hatte. Die weiteren Ermittlungen in dieser Sache werden von der Stapostelle<sup>19</sup> Köln geführt. <3468>

◀630▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für April 1942**

Regensburg, 8.5.1942

BayHStA, StK 106674

*Politische Lage*

[...]

*Staatsfeinde*

[...]

*Juden*

213 Juden wurden nach dem Osten abgeschoben.<sup>20</sup> In der Stadt Landshut haben sich unmittelbar vor Durchführung dieser Maßnahme 5 Juden (2 Männer und 3 Frauen) durch Gas vergiftet.<sup>21</sup> <3471>

◀631▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für April 1942**

Ansbach, 5.5.1942

BayHStA, StK 106679

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

Am 24. März wurden 781, am 25 April 105 Juden nach dem Osten \*evakuiert. Außer einigen \*Selbstmorden und Selbstmordversuchen sind keinerlei Störungen eingetreten. <3472>

◀632▶

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für April 1942**

Augsburg, 9.5.1942

BayHStA, StK 106684

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

*Juden*

In den letzten Wochen sind aus dem Regierungsbezirk rund 430 Juden zur Aussiedlung<sup>22</sup> weggebracht worden, auf die Stadt Augsburg entfallen hiervon 131.

Ein jüngerer Jude hat vor der Aussiedlung einen Selbstmordversuch begangen.<sup>23</sup> <3473>

---

<sup>19</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>20</sup> Vgl. \*Deportation von Juden.

<sup>21</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

<sup>22</sup> Vgl. Zeittafel, 5. April 1942.

<sup>23</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

◀633▶

**Landrat Bad Neustadt/Saale  
Bericht für April 1942**

**Bad Neustadt/Saale, 29.4.1942**

**StA Wü, LRA Bad Neustadt 21909**

*Allgemeine politische Lage*

[...] Der Abtransport der Juden<sup>24</sup> ist ohne jeden Zwischenfall vor sich gegangen. Von dem besonnenen Teil der Bevölkerung wurde aber daran Anstoß genommen, daß eine große, johlende Schar Schulkinder den Zug der Juden bis zum Bahnhof begleitete und dort ihr Geschrei bis zur Abfahrt des Zuges fortsetzte. <3475>

◀634▶

**Kriminalpolizei Forchheim  
Judenevakuierung**

**Forchheim, 23.4.1942**

**StA Ba, K 8/8704**

Nach einer schriftlichen und telefonischen Mitteilung der Kriminalpolizei Bamberg (Kriminalinspektor Bezold) werden am 24.4.1942 weitere Juden nach dem Osten \*evakuiert. Aus Forchheim kommt nur die Jüdin: *Rosa Sara Tiesler, geb. Becker, Kaufmannswitwe, geb. am 15. Mai 1875 in Zempelburg, Kreis Flatow, evangelisch,*<sup>25</sup> verwitwet, von Paul Heinrich Tiesler, Tochter von Salamon [sic] und Fritze Becker, geb. Friedländer, Hornschuchallee Nr. 4 hier wohnhaft, in Betracht.

Nach den amtlichen Eintragungen im hiesigen Standesamtsregister ist die Tiesler am 30.5.1895 geboren. Sie dagegen behauptet, daß sie am 15.5.1875 geboren ist.

Die Tiesler wurde von der Evakuierung in Kenntnis gesetzt und ihr die notwendigen Anweisungen bezüglich der Ausfüllung der Vermögenserklärung und der mitzunehmenden Gegenstände erteilt. Sie wird am 24.4.1942 vom Unterzeichneten nach Bamberg verschubt. <3476>

◀635▶

**Schutzpolizei Neumarkt/Oberpfalz  
Evakuierung der Juden**

**Neumarkt, 6.4.1942**

**StA Am, BA Neumarkt 3316**

In der Anlage folgt Verzeichnis der Vermögens-Erklärungen, der von hier zur \*Evakuierung kommenden Juden, sowie Angabe der beschlagnahmten Gelder und Reisebeträge: [...]<sup>26</sup>

Weitere Beschlagnahmen sind nicht erfolgt. Die Evakuierung ist reibungslos und ohne Störung verlaufen. Der vorgenannte Geldbetrag wurde in bar der \*Geheimen Staatspolizei–Staatspolizeistelle *Regensburg*, am 3.4.1942 mit den vorausgeführten Gegenständen abgeliefert. Von Landecker, Berthold Israel; Baruch, Hermann Israel und Baruch Kurt Israel wurden die Reisepässe eingezogen und werden anbei mit vorgelegt. <3477>

<sup>24</sup> Vgl. \*Deportation von Juden.

<sup>25</sup> Vgl. \*Konvertiten.

<sup>26</sup> Die folgende Auflistung wird nicht abgedruckt.

◄636►

**NSDAP Ortsgruppe Schonungen**  
**Stimmungsbericht**

**Schonungen, 24.4.1942**

**StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 676**

*[Judentum]*

Endlich haben die letzten Juden Schonungen verlassen. Mit Befriedigung haben wir diese Tatsache festgestellt. Trotzdem gibt es noch Volksgenossen, die ein falsches Mitleid mit dieser Rasse haben. <3479>

◄637►

**SD [Hauptaußenstelle Erfurt]<sup>27</sup> III A 4**  
**Meldungen aus dem Außenstellengebiet**

**[Erfurt], 8.5.1942**

**ThHStAW, NS 29/53, Bd. 4**

*Erziehung*

*[...]*

*Schulleitertagungen in Weissensee und Straußfurt am 27. und 28. April 1942*

In beiden vorgenannten Tagungen hielt Schulrat Dr. Borchers, Weissensee, einen Vortrag über das Thema: „Was muß der Lehrer vom Bolschewismus wissen, um in seinem Unterricht den Kindern darüber Aufschluß geben zu können.“ [...]

Der Redner wies nach, daß beginnend mit dem 21.9.1892<sup>28</sup> die Juden in Europa sich emanzipiert haben. Das Wort Abrahams: „In dir sollen gesegnet sein alle Geschlechter auf Erden“ und das des Moses: „Du sollst mein Volk sein und ich will Dein Gott sein“, sind durch konsequente Anpassung an alle Völker erreicht worden. Stets eingedenk des jüdischen Sprichwortes: „Es ist ein Unterschied, ob ich *mir* oder *mich* assimiliere“, drang das Judentum in die europäischen Zivilisationsvölker ein, sie mit ihrem Pesthauch infizierend. Geschichtlich wurde nachgewiesen, daß Judentum, Marxismus, Kommunismus und Bolschewismus alles einem Ziele zustrebte,<sup>29</sup> Erringung der politischen und wirtschaftlichen Macht in Europa und von dort ausstrahlend in der ganzen Welt. Die dazu dienenden Mittel waren: Schutz des Minderwertigen, physischer und psychischer Terror, Krieg, Verblendung der Arbeitermassen, Revolution, Streik, politischer Mord und Lächerlichmachung alles rassisch und ethisch Wertvollen. Von Rußland aus versuchte der Jude die revolutionäre Internationale in allen Kulturstaaten zu verwirklichen. [...]

Der erste, der den geistigen Zusammenhang des Bolschewismus mit dem Judentum schonungslos aufgedeckt und propagiert hatte, war der Führer. Es ist das große Glück für Deutschland, daß Adolf Hitler schon bald die Ziele des Bolschewismus erkannt hatte und danach seine Politik eingerichtet hatte. <3480>

---

<sup>27</sup> Der Bericht ist an die SD Hauptaußenstelle Weimar adressiert. In der den Herausgebern vorliegenden Kopie ist der Briefkopf nicht erhalten. Der Inhalt legt jedoch nahe, daß es sich um einen Bericht der SD Hauptaußenstelle Erfurt handelt.

<sup>28</sup> Hier offenbar ein Irrtum des Berichterstatters. Der Redner hat wohl das Jahr 1792 angegeben. In der Tat wurde erstmalig die Emanzipation der Juden in Europa 1791 für einen Teil der französischen Juden von der Französischen Nationalversammlung beschlossen. 1792 wurde sie allen französischen Juden erteilt. Vgl. auch \*Emanzipation der Juden.

<sup>29</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

◀638▶

**SD [Hauptaußenstelle Erfurt]<sup>30</sup> III A 4  
Meldungen aus dem Außenstellengebiet**

[Erfurt], 20.5.1942  
[...]

ThHStAW, NS 29/54, Bd. 1

*Verwaltung*

*Streit zwischen Oberbürgermeister und Gestapo in Erfurt  
anlässlich der Juden-Evakuierung*

[...] Nach der Evakuierung von über 100 Juden in Erfurt ist ein neuer Beschwerdefall wegen der freigewordenen Wohnungen entstanden. Die Stapo hatte diese Wohnungen bis zur Fortschaffung der zurückgelassenen Möbel usw. unter Verschluss genommen. Da sie bereits vor der Abwicklung dieser Sache von Wohnungsinteressenten überlaufen wurde, hat sie anfänglich die Auskunft gegeben, die Wohnungen unterlägen der Verfügung der Stapo. Dies ist dem Städtischen Wohnungsamt und dem Oberbürgermeister in der Form bekannt geworden, als wolle die Stapo diese Wohnungen endgültig für den Bedarf ihrer Gefolgschaft in Anspruch nehmen bzw. nach ihrem Belieben dann bevorzugten Interessenten zuweisen. Er hat, ohne bei der Stapo rückzufragen, eine weitere Schnellbriefbeschwerde an den Reichsminister des Innern gerichtet. Bald nach ihrer Absendung hat er erfahren, daß die Stapo nicht gewillt war, seine wohnungswirtschaftlichen Befugnisse zu übergehen, sondern die (vorläufige) Beschlagnahme durch die Stapo nur vorgeschützt war, um sich selbst die Wohnungssuchenden vom Hals zu halten.

Abgesehen von der überflüssigen Verwaltungsarbeit, welche durch die recht temperamentvollen Beschwerden des Oberbürgermeisters Kiessling entstanden ist und sich bei der zwischen Behörden üblichen Fühlungnahme hätte vermeiden lassen, zeigt dieser Fall, ohne daß hiermit die Notwendigkeit der selbständigen geheimen Staatspolizei angezweifelt werden soll, wie leicht Zerstörung der Einheitlichkeit der Verwaltung überflüssige Schwierigkeiten und Reibungen nach sich zieht.

<3481>

◀639▶

**SD [Hauptaußenstelle Erfurt]<sup>31</sup> III A 4  
Meldungen aus dem Außenstellengebiet**

[Erfurt], 27.5.1942  
Erziehung  
[...]

ThHStAW, NS 29/54, Bd. 2

*Zeitschrift „Der Untermensch“, Herausgeber der Reichsführer SS  
SS-Hauptamt*

Der Reichsführer SS,<sup>32</sup> \*SS-Hauptamt, hat durch den Nordland-Verlag nach Bearbeitung durch das SS-Hauptamt, Schulungsamt, in Verbindung mit der graphischen Arbeitsgemeinschaft Jupp Daehler die Zeitschrift „Der Untermensch“ herausgegeben. Von politischen Kreisen wurde diese Zeitschrift in den letzten Tagen sehr stark gekauft und auch ebenso stark besprochen. Man sagte zur Zusammenstellung, daß sie ganz

---

<sup>30</sup> Zur berichterstattenden Stelle vgl. ▶637▶, Anm. 27.

<sup>31</sup> Zur berichterstattenden Stelle vgl. ▶637▶, Anm. 27.

<sup>32</sup> Vgl. \*Himmler.



ausgezeichnet gelungen sei und deutlich das jüdisch-bolschewistische Untermenschentum aufzeige. Besonders gut seien die Bilder gelungen, die die Anmut der einzelnen Völkerschaften Europas im Gegensatz zu den bolschewistischen Völkerschaften zeigten. Das grauenvolle Elend der Sowjetunion, die jüdische Kunst und Unkultur, sowie der bolschewistische Mord kämen deutlich in dieser Zeitschrift zum Ausdruck. <3483>

◀640▶

RSHA, Amt IV (Gestapo)

Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse

Berlin, 27.5.1942

BArch, R 58/204

*KPD und andere marxistische Gruppen*

[...] Der Stapoleitstelle Berlin<sup>33</sup> gelang es, in eine illegale kommunistische Gruppe einzudringen, die kurz nach Kriegsausbruch mit der SU errichtet worden war und sich bis in die letzte Zeit hinein mit Herstellung und Verbreitung von Hetzmaterial befaßt, in Berlin kommunistische Schmieraktionen durchgeführt und eine Abhörgemeinschaft gebildet hatte. Auch waren von dieser Gruppe Sabotageakte geplant und schließlich am 18. Mai<sup>34</sup> ein Anschlag auf die Ausstellung „Das Sowjetparadies“ im Berliner Lustgarten verübt worden, wobei Brandsätze in einigen Ausstellungsräumen ausgelegt wurden. Durch rechtzeitiges Einschreiten konnte jedoch größerer Schaden verhindert werden. Bei der Aktion gegen diese Gruppe wurden bisher die in der Anlage namentlich aufgeführten 22 Personen, darunter 7 Juden bzw. \*Mischlinge I. Grades festgenommen. Als geistiger Träger und Führer der illegalen Gruppe wurde der technische Angestellte der AEG in Berlin, Joachim *Franke*, der sich bereits vor der Machtübernahme, insbesondere auf schriftstellerischem Gebiet, sehr rege für die KPD betätigt hatte, festgestellt. Joachim *Franke*, Herbert \**Baum*, *Steinbrink* und Hans *Vötter* hatten die in letzter Zeit aufgetauchten Druckschriften „An die deutsche Ärzteschaft“

(vgl. Meldung Nr. 3 vom 8.4.42, S. 3),

„Der Ausweg“

(vgl. Meldung Nr. 7 vom 15.12.41, S. 4) und

„Der Weg zum Sieg“

in gemeinsamer Zusammenarbeit abgefaßt, redigiert und zur Verbreitung gebracht. Außerdem waren die zu Ziffer 1) bis 11) der Anlage genannten Personen an dem Anschlag auf die Ausstellung beteiligt.

Als Hersteller der Brandsätze wurde *Steinbrink* ermittelt. [...]

*Anlage*

*Festnahmen*

der Staatspolizeileitstelle Berlin.

- 1.) *Franke* Joachim, techn. Angestellter  
(geb. 8.1.1905 Eisleben),
- 2.) *Mannaberg* Hans, Buchdrucker  
(geb. 24.12.1912 Neukölln),

<sup>33</sup> Vgl. \*Gestapo, und Stapoleitstellen dort.

<sup>34</sup> Vgl. Zeittafel, sowie \*Baum -Gruppe.

- 3.) B e r n e c k e r Walter, Revisor  
(geb. 29.3.07 Königsberg),
- 4.) S t e i n b r i n k Werner, Laborant  
(geb. 19.4.17 Berlin),
- 5.) J a d a m o w i t z Hildegard, Bürohilfsarbeiterin  
(geb. 12.2.1916 Berlin),
- 6.) M e y e r Gerhard *Israel*, Werkzeugmacher  
(geb. 12.1.19 Berlin),
- 7.) W e s s e Susanne, Übersetzerin  
(geb. 16.1.14 Calais),
- 8.) K o c h m a n n Sara geb. Rosenbaum, Kinderhortnerin  
(geb. 7.6.12 Rzeszow),
- 9.) B a u m Herbert *Israel*, Elektrotechniker  
(geb. 10.2.12 Moschin),
- 10.) B a u m geb. Cohn, Marianne Sara  
(geb. 9.2.12 Saarburg)
- 11.) W a l t h e r Irene, Büroangestellte  
(geb. 23.1.19 Neukölln),
- 12.) F r a n k e , geb. Vieth, Erika, Ehefrau  
(geb. 7.9.1911 Mariendorf),
- 13.) L e h m a n n Else, Kontoristin  
(geb. 25.10.1911 Insterburg),
- 14.) V ö t t e r Hans-Georg, Schriftsetzer  
(geb. 6.7.01 Leipzig),
- 15.) V ö t t e r geb. Kappermann, Charlotte  
(geb. 19.7.03 Schwedenhöhe),
- 16.) K ö n i g Karl, Buchbinder  
(geb. 24.9.1877 Weimar),
- 17.) A d l e r Anna, verw. M a n n a b e r g , geb. Schulz  
(geb. 6.11.84 Berlin),
- 18.) M e y e r Hanny Sara geb. Lindenberger,
- 19.) I l l g e n Arthur, Zeichner  
(geb. 22.5.05 Berlin),
- 20.) W e s s e Richard, Ingenieur  
(geb. 3.11.11 Berlin),
- 21.) C o r v e y Erich, Maschinenschlosser  
(geb. 7.7.02 Essen),
- 22.) S c h a u m a n n Werner, kfm. Angestellter  
(geb. 2.2.08 Berlin)

– sämtlich wohnhaft in Berlin –.

[...]

<3485>

◀641▶  
**Regierungspräsident Oberbayern**  
**Bericht für Mai 1942**

München, 9.6.1942

BayHStA, StK 106671

*Ausländer, Juden*

[...] Am 9. Mai hat der Gendarmerieposten Petershausen (Landkreis Dachau) das volljüdische Ehepaar Wilhelm und Wanda Lowinsky aus Berlin festgenommen und der \*Geheimen Staatspolizei überstellt. Beide haben sich unter \*arischer Tarnung seit August 1941 in Petershausen eingemietet, obwohl sie keine Erlaubnis zum Verlassen ihres Wohnsitzes hatten. <3489>

◀642▶  
**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für Mai 1942**

Ansbach, 6.6.1942

BayHStA, StK 106679

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

a) Festgenommen wurden:

Der \*Viehhändler Hermann Israel Dingfelder in Fürth i.B., der erst im November 1941 wegen freundschaftlicher Beziehungen zu deutschblütigen Personen staatspolizeilich verwarnt worden war,<sup>35</sup> wurde in \*Schutzhaft genommen, weil er einem Landwirt, mit dem er früher in geschäftlicher Verbindung stand, ein Paket mit Kuchen zusteckte, und der Krankenbehandler<sup>36</sup> [N.N.a] in Fürth/B., weil er verdächtig ist, mit einer deutschen Frau geschlechtliche Beziehungen unterhalten zu haben.

b) Im Monat April wurden von der Staatspolizeistelle<sup>37</sup> Nürnberg-Fürth 39 und im Mai 106 Anträge auf Feststellungen des Vermögensverfalls von Juden gemäß § 8 Nr. 1 der 11. VO zum Reichsbürgergesetz<sup>38</sup> behandelt.

c) Der vom Sondergericht Nürnberg wegen \*Rassenschande zum Tode verurteilte Jude [N.N.b] (s. S. 10 Monatsbericht für März 1942)<sup>39</sup> wurde am 3. Juni hingerichtet. <3490>

◀643▶  
**NSDAP Ortsgruppe Euerbach**  
**Stimmungsbericht**

Euerbach, 15.5.1942

StA Wü, NSDAP Mainfranken Nr. 676

Die Juden innerhalb der Ortsgruppe sind nunmehr bis auf sieben, die über 65 Jahre alt sind, abtransportiert.<sup>40</sup> Die Bevölkerung empfindet die Beseitigung als eine Wohltat. <3491>

---

<sup>35</sup> Vgl. Zeittafel, 24. Oktober 1941.

<sup>36</sup> Vgl. \*Ärzte, jüdische.

<sup>37</sup> Vgl. \*Gestapo.

<sup>38</sup> Vgl. Zeittafel, 25. November 1942.

<sup>39</sup> Vgl. ▶625.

<sup>40</sup> Vgl. „\*Depotation von Juden“.

◀644▶

RSHA, Amt III (SD)  
Meldungen aus dem Reich

Berlin 22.6.1942

Boberach, S. 3854ff.

*Kulturelle Gebiete*

[...]

*Zur Entwicklung der Kunstversteigerungen während des Krieges*

Nach hier vorliegenden Berichten wird über die *Kunstversteigerungen* der letzten Zeit bei C.G. Boerner, Leipzig, Hans W. Lange, Berlin, Weinmüller, München, Eugen Pongs, Düsseldorf, Achenbach, Berlin und anderen in Fach- und Publikumskreisen im ganzen Reich sehr viel gesprochen. [...]

Eine besondere Stellungnahme nehmen die Erörterungen über den Handel mit *Werken jüdischer Künstler* in Fach- und Publikumskreisen ein. Während die Werke jüdischer Schriftsteller auf der Liste des verbotenen Schrifttums stehen, könnten Bilder und Graphiken jüdischer Künstler, soweit es sich nicht um entartete Kunst handle, ohne Einschränkung gehandelt werden. Nur das Ausstellen durch die Händler sei nicht gestattet. Man frage sich, welche Kreise heute noch Interesse für jüdische Kunst haben und warum man derartigen Personen noch Gelegenheit gebe, dafür Geld anzulegen. Juden dürften an Auktionen, bei denen immer wieder Bilder jüdischer Maler zur Versteigerung gelangten, nicht teilnehmen, jüdische Erzeugnisse aber würden nicht nur beachtliche Preise erzielen, sondern in die Hand arischer Käufer gelangen. Bei einer Versteigerung bei Achenbach seien drei Bilder von Max Liebermann zu den Preisen von RM 8.000, RM 5.000 und RM 3.000 erworben worden. Gegen die Versteigerung dieser Bilder hätten keine Bedenken erhoben werden können, weil eine Anordnung über den Verkauf oder die öffentliche Versteigerung jüdischer Kunstgegenstände angeblich nicht bestehe. Die genannten Bilder des Juden Liebermann seien von der Galerie Gurlitt, Berlin, erworben worden, die sie später angeblich gegen sog. „gleichwertige Kunstwerke arischer Herkunft“ in der Schweiz austauschen wolle. Als die Kunstzeitschrift „Weltkunst“ ein Ankaufsgesuch für Werke des jüdischen Malers Liebermann enthielt, was ebenfalls beanstandet wurde, sprach sich in interessierten Kreisen herum, daß eine rechtliche Handhabe gegen den Handel mit Werken verstorbener jüdischer Künstler nicht bestehe. Auch die Versteigerungen von Bildern des jüdischen Malers Lesser Ury, dessen Name im Katalog der betreffenden Versteigerung aufgeführt worden sei, sei in kunstinteressierten Kreisen aufgefallen. Im Katalog der Hans W. Lange-Versteigerung in Berlin sei als Experte des Katalogs Nr. 28 der Jude Max E. Friedländer angeführt worden. Es sei hier aufgefallen, daß der Kunsthandel in einzelnen Fällen auch heute noch Wert auf jüdische Expertisen lege.

<3492>

◀645▶

SD [Hauptaußenstelle Erfurt]<sup>41</sup> III A 4  
Meldungen aus dem Außenstellengebiet

[Erfurt], 17.6.1942

ThHStAW, NS 29/54

*Verwaltung*

[...]

---

<sup>41</sup> Vgl. ▶637▶, Anm. 27.

*Verurteilung eines städtischen Beamten wegen Vergehens gegen § 2  
des Heimtückegesetzes<sup>42</sup>*

Der bisherige Stadtinspektor im Städtischen Wohnungsamt, Erfurt, Ewald Westermann, geb. am 4.3.1891 in Langenbogen/Mansf. Seekr., verheiratet, nicht bestraft, 1 Adoptivsohn gefallen, wohnhaft in Erfurt, Humboldtstraße 21, welcher von 1909 ab Soldat war, im Weltkriege verwundet wurde und das EK I und II erwarb, ist seit 1920 bei der Stadtverwaltung Erfurt beschäftigt gewesen und zwar seit 1934 als städtischer Inspektor. Er gehörte nach dem 1. Weltkrieg dem Freikorps Thüringen, der Deutschnationalen Volkspartei und dem Jungdo an. Nach der Machtübernahme trat er der NSV, in der er seit 1935 Blockwalter war, und dem RLB bei. Bei der Eheschließung 1922 brachte die Frau einen Sohn in die Ehe, den Westermann adoptierte. Dieser ist am 21.7.1941 an der Ostfront gefallen. Am 3. März 1942 traf Westermann auf der Hauptpost eine vor Jahren bei ihm tätig gewesene Stenotypistin. Sie sprach ihm ihr Beileid zum Tode des gefallenen Adoptivsohnes aus, alsdann gingen beide zusammen weiter. Auf der Straße sprachen sie u.a. über den Krieg. Westermann soll hierbei nach der Anklageschrift (das Urteil liegt noch nicht vor) etwa Folgendes gesagt haben:

„Die ganze Sache, nämlich der Kriegsbeginn, wäre nicht nötig gewesen. Wir allein wären am Ausbruch des Krieges schuld, denn wir hätten mit aller Macht ausgerüstet. Die Arbeitslosigkeit nach der Machtübernahme zu beseitigen, wäre kein Kunststück gewesen. Hitler wäre 1932 mit seiner Partei finanziell am Ende gewesen. Die Großindustriellen hätten ihn mit Geld unterstützt und dafür hätte er ihnen den Krieg versprochen. Es sei nicht heraus, daß die Russen in Deutschland einmarschiert wären. Wir hätten ganz Europa unglücklich gemacht. In Griechenland stürben die Leute auf der Straße vor Hunger. Die Nazis verdummten die Menschen durch Rundfunk und Presse derartig, daß sie überhaupt nicht mehr wüßten, was vorgehe. Wer wisse denn, was im Juni 1934 los gewesen sei? Bei der \*Röhm-Revolution habe man etwa 1.000 Menschen erschossen. Aber das dürfe man nicht erfahren. Man erfahre auch nicht, wie mit den Juden umgegangen worden sei. Im Osten, das wisse er von einem Augenzeugen, würden Gräben aufgeworfen und zum Beispiel an einem Tage 60.000 Juden erschossen. Das seien doch auch Menschen. Alles was man uns sage, sei Schwindel. Da stelle sich der Verbrecher am Weihnachtsabend hin und fordere Wollsachen für die Front.<sup>43</sup> Aber die Deutschen seien eine Hammelherde; wenn er sich zwei Stunden hinstelle und rede, dann sagten sie „unser Führer“.<sup>44</sup> Man müsse zwischen den Zeilen lesen. Erst habe er gesagt, er habe soviel Munition, daß er die Fabrikation einstellen lasse, jetzt aber stelle er sich hin und sage „Schafft mir Munition, schafft mir Waffen!“ In der Wehrmacht

---

<sup>42</sup> Vgl. Zeittafel, 21. März 1933.

<sup>43</sup> Vgl. Hitlers Appell „An das Deutsche Volk“ zur Wintersachensammlung für die Ostfront vom 20. Dezember 1941 in: Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. 4, S. 1815 ff. Am 5. Januar 1942 (vgl. Zeittafel) folgte dann die Anordnung des \*RSHA, derzufolge die Juden ihre Pelz- und Wollsachen „im Rahmen der Sammelaktion für die Ostfront“ bis zum 16. Januar abzuliefern hatten.

<sup>44</sup> Hier wird wohl auf Hitlers lange Reden am 30. Januar 1942 (vgl. «618»), sowie am 12. und 24. Februar 1942 angespielt, die wie üblich im Rundfunk übertragen wurden. Vgl. Domarus, ebda., S. 1826-1834; 1836-1840; 1843-1844.

beständen große Differenzen. Brauchitsch sei ausgeschieden.<sup>45</sup> Es komme noch der Kampf zwischen Wehrmacht und \*SS. Die SS werde dauernd verstärkt. Das Kommande sei furchtbar.“

Westermann bemerkte ausdrücklich, er spreche nicht etwa nur deshalb so, weil sein Sohn gefallen sei. Man müsse nur einmal über diese Dinge etwas lesen. Als Quelle seines Wissens gab er die Schweiz an.

Der Angeschuldigte hat die Äußerungen in dieser Form bestritten, ist aber am 30.5.1942 vom Sondergericht wegen Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes<sup>46</sup> zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Höhe der Strafe läßt darauf schließen, daß er im wesentlichen überführt worden ist. Infolge des sofort rechtskräftigen Urteils ist Westermann aus dem Beamtenverhältnis unter Verlust jeglicher Ansprüche ausgeschieden.

Über diesen Fall wurde in der Beamtschaft bereits in dem irreführenden Sinne gesprochen, Westermann, dessen Sohn gefallen sei, habe im Hinblick auf diesen Tod gesagt: „Das verdanken wir dem Führer“, und sei wegen dieser geringfügigen, nur dem Schmerz entsprungenen Äußerung gleich mit zwei Jahren Gefängnis und Amtsverlust bestraft worden. Es ist durch diese ungenauen Erzählungen der falsche Anschein erweckt worden, als ob hier ein viel zu hartes Urteil gefällt wurde. <3493>

◀646▶

SD [Hauptaußenstelle Erfurt]<sup>47</sup> III A 4  
Meldungen aus dem Außenstellengebiet

[Erfurt], 24.6.1942

ThHStAW, NS 29/54, Bd. 2

*Politische Kirche*

*Jahresfest der Sekte „Landeskirchliche Gemeinschaft“ in Erfurt, Taschengasse 2*

Am 21.6.1942 beging die Sekte „Landeskirchliche Gemeinschaft“ in Erfurt ihr 43. Jahresfest und hatte ihre Mitglieder und ihre Freunde zu einer besonderen Feierstunde in ihren Betsaal eingeladen. [...] Nachdem in üblicher Weise mehrere Psalmen verlesen und einige christliche Lieder mit Musikbegleitung gesungen worden waren, ergriff ein Dr. *Berg* aus Neustrelitz das Wort zu einer kurzen Predigt. An den Anfang seiner Ausführungen stellt *Berg* die Behauptung, daß die Bibel das Buch der Weissagungen sei, in dem alles geschrieben stehe, was die Welt und die Menschen zu erwarten haben. [...] Als weiteres Beispiel führte er an, daß Friedrich der Große einmal einen Pfarrer gefragt hätte, ob er in drei Worten einen stichhaltigen Beweis für die Wahrheit der Bibel geben könne. Der Pfarrer hätte darauf geantwortet: „Majestät die Juden!“ In der Bibel stehe, daß nach dem anfänglichen Zusammenballen der Juden in \*Palästina ihre Zerstreung in alle Welt erfolge, dies sei auch geschehen. Ferner stehe geschrieben: „Es kommen die Jäger!“ Und diese Weissagung erfülle sich in unserer Zeit, denn die Juden würden ja jetzt aus allen ihren Wirtsvölkern vertrieben, weil der Jude heute für christlich gesinnte Menschen

---

<sup>45</sup> Zu Hitlers Äußerungen am 20. Januar 1942, in denen er dem von ihm am 19. Januar entlassenen Oberbefehlshaber des Heeres von Brauchitsch die Schuld am Mißerfolg des Rußlandfeldzugs vor Moskau gab, vgl. Domarus, ebda., S. 1816 und Anm. 567 dort, sowie S. 1853.

<sup>46</sup> Vgl. Zeittafel, 21. März 1933.

<sup>47</sup> Vgl. ▶637▶, Anm. 27.

nicht mehr tragbar sei und erst durch das Feuer des christlichen Glaubens geläutert werden müßte. [...]

### *Schrifttum*

#### *Lage im Buchhandel, hier unerwünschtes Schrifttum*

Im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“, Nr. 127, Jahrgang 1942, Seite 118 ist nachstehende Bekanntmachung veröffentlicht:

„Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer. Betr. Durchführungsbestimmung zur Anordnung Nr. 70 (siehe Anlage):<sup>48</sup>

Nach § 1 meiner Anordnung Nr. 70 vom 15.4.1940 darf schädliches und unerwünschtes Schrifttum weder vorrätig gehalten noch verbreitet werden. Insbesondere durch Ankauf und Ersteigerung von jüdischen Büchereien ist derartiges Schrifttum jedoch häufig in den Besitz von Buchhandlungen (Antiquariaten) gekommen.

Ich bestimme daher:

1. Schädliches und unerwünschtes Schrifttum ist unverzüglich abzusondern und listenmäßig mit genauen bibliographischen Angaben (Verfasser, Titel, Umfang, Verlag, Erscheinungsjahr) der Deutschen Bücherei in Leipzig zu melden.

2. Die nach diesen Listen angeforderten Werke sind gegen Erstattung der Versandkosten an die Deutsche Bücherei einzusenden; der Rest ist unverzüglich zu makulieren.

3. Zuwiderhandlungen werden nach § 5 der Anordnung bestraft.

Berlin, den 10. Juni 1942.

Der Präsident der Reichsschrifttumskammer Hanns Johst.“

Schon sofort nach Veröffentlichung der Bekanntmachung Nr. 70 wurde von Sortimentenseite darauf hingewiesen, daß es widersinnig wäre, bei der Reichsschrifttumskammer eine Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu führen, die gewissermaßen als Geheimliste bestehe, die aber als Maßstab bei Durchsuchungen angelegt werde. Das Sortiment habe ein Recht darauf, diese Liste zur Einsicht zu bekommen, um danach schädliches und unerwünschtes Schrifttum aussortieren zu können. Ebenso sei es daran interessiert, die in § 2 der Bekanntmachung 7c erwähnte Liste der für Jugendliche ungeeignete Bücher zu erhalten, die nicht ausgelegt werden dürfen. Aber auch der § 4, der verordnet, daß auch alle Werke voll- und halb-jüdischer Verfasser verboten sind, auch wenn sie nicht in der Liste stehen, wäre ja nur zu erfüllen, wenn eine Liste der halb- und voll-jüdischen Verfasser zur Verfügung stehe.

In den vielen Sammlungen, zum Beispiel Sammlung Göschen, Aus Natur- und Geisteswelt, Reclams Universal-Bibliothek usw. seien sicher „Jüdische oder Halb-jüdische Verfasser“ enthalten. Es wäre Pflicht der Verleger, die Nummern dieser Sammlungen bekanntzugeben, die von solchen Verfassern stammten oder die sonst unerwünscht und schädlich sind. Den Verlegern wäre zweifellos die Beurteilung oder die Rassenzugehörigkeit eher bekannt wie dem Sortiment. Nach dem jüdisch klingenden Namen allein sei ja eine derartige Beurteilung nicht durchzuführen. Wer ahne zum Beispiel, daß Georg Misch, der eine Einführung in die Philosophie geschrieben hat, die bei B.G. Teubner, Leipzig, erschienen ist, Jude war und daß

---

<sup>48</sup> Hier nicht abgedruckt.

diese Einführung in die Philosophie geradezu als die jüdische Einführung in die Philosophie zu bezeichnen sei.<sup>49</sup> <3494>

◀647▶

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für Juni 1942**

**Augsburg, 9.7.1942**

**BayHStA, StK 106684**

*Juden*

In Augsburg hat ein 75jähriger Jude wegen bevorstehender \*Evakuierung \*Selbstmord verübt. <3498>

◀648▶

**SD Außenstelle Detmold  
Abtransport der Juden**

**Detmold, 31.7.1942**

**StA Det, M 18 Nr. 11**

Aus Lemgo wird berichtet, daß der Abtransport der letzten Juden<sup>50</sup> innerhalb der Bevölkerung größeres Aufsehen erregt habe. Die Juden wurden vor ihrem Abtransport auf dem Marktplatz in Lemgo gesammelt. Diese Tatsache gab der Bevölkerung Veranlassung, sich recht zahlreich hierzu auf dem Marktplatz einzufinden. Es konnte beobachtet werden, daß ein großer Teil der älteren Volksgenossen (darunter sollen sich auch Parteigenossen befunden haben) die Maßnahme des Abtransportes der Juden aus Deutschland allgemein negativ kritisiert wurde [sic]. Gegen den Abtransport wurde mehr oder weniger offen mit allen möglichen Begründungen Stellung genommen. So wurde gesagt, daß die Juden in Deutschland ja sowieso zum Aussterben verurteilt seien und diese Maßnahme, die für die Juden eine besondere Härte bedeuteten, sich daher erübrige. Selbst solche Volksgenossen, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit früher ihre nationalsozialistische Gesinnung herausgestellt hätten, hätten in dieser Hinsicht Partei für die Interessen der Juden bzw. der kirchlich gebundenen Volksgenossen genommen. Innerhalb der kirchlich gebundenen Kreise wurde geäußert: „Wenn das deutsche Volk nur nicht eines Tages die Strafe Gottes zu gewärtigen hat“.<sup>51</sup> Nationalsozialistisch gefestigte Volksgenossen versuchen, den anders Denkenden klarzumachen, daß diese Aktion völlig berechtigt und auch unbedingt notwendig sei. Dem wurde entgegengesetzt, daß die alten Juden uns auch hier nicht mehr schaden können, denn sie täten „keiner Fliege etwas zuleide“. Auch seien sehr viele Juden dabei, die viel Gutes getan hätten und die noch lange nicht so schlecht seien, als die „\*Weißen Juden“. Diese müsse man dann auch abtransportieren und in ein Lager stecken. Ein bezeichnender Fall der Stellungnahme für die Juden ereignete sich bei dem Abtransport derselben in Sabbenhausen. Hier hatte die Frau des Lehrer *Heumann* versucht, den Juden Wurst und andere Lebensmittel zu bringen. Nach Mitteilung des Ortsgruppenleiters Schlichting wurde Frau Heumann polizeilich festgenommen.

---

<sup>49</sup> Vgl. auch SD-Bericht vom 22. Juni 1942 (◀644▶) über den Handel mit Werken jüdischer Künstler.

<sup>50</sup> Vgl. \*Deportation von Juden sowie „\*Endlösung der Judenfrage“. Die Anordnung des RSHA über den Sprachgebrauch für Deportation von Juden vom 5. April 1942 (vgl. Zeittafel) wurde hier, wie auch in anderen Berichten aus dieser Zeit, nicht berücksichtigt.

<sup>51</sup> Vgl. ◀692▶, sowie \*Kirchen und Judenpolitik.



Eine Überprüfung dieses Vorfalls ist eingeleitet und es erfolgt nach genauen Feststellungen weitere Berichterstattung. <3508>

◀649▶

**Stapoleitstelle Münster  
Bericht**

Münster, 16.7.1942

StA Det, M 1 IP Nr. 639

[...]

4. Festgenommen<sup>52</sup> wurde der Jude Heinz Israel *Mann*, geb. am 15.6.15 in Bublitz, ledig, mosaisch, DR, wohnhaft in Rastorf, Bez. Osnabrück, weil er gegen die Verordnung über die \*Kennzeichnung der Juden verstoßen hat.<sup>53</sup>

[...]

21. Festgenommen wegen Verdachts der \*Rassenschande wurden:

a) Rüstungsarbeiter [N.N.a], geb. am 17.8.98 in Lage i.L., ledig, evangelisch, DR wohnhaft in Ahrbergen,

b) Jüdin [N.N.b] geb. am 23.1.09 in Bösingfeld i.L., wohnhaft in Bösingfeld Nordstr. 199.

[N.N.a] und [N.N.b] waren von 1929 bis 1935 verlobt. Im Jahre 1935 wurden sie wegen ihres bestehenden Verhältnisses auf die Dauer von 3 Wochen in \*Schutzhaft genommen. In der nachfolgenden Zeit hat [N.N.a] die Jüdin wiederholt in ihrer elterlichen Wohnung aufgesucht und bei ihr längere Zeit verweilt. Der letzte Besuch erfolgte am 2.6.1942.

Gegen beide Personen wird \*Schutzhaft beantragt.

<3510>

◀650▶

**Stapostelle Wilhelmshaven  
Tagesmeldung**

Wilhelmshaven, 29.7.1942

StA O, Best. 289 Nr.187

*Juden*

Am 23.7.42 wurden die Insassen des jüdischen Siechenheimes in Varel nach \*Theresienstadt<sup>54</sup> \*evakuiert. Damit ist der Bereich der \*Stapo Wilhelmshaven von \*kennzeichnungspflichtigen Juden gesäubert. Es sind nur noch einige Juden vorhanden, die in privilegierter \*Mischehe leben und zur \*Kennzeichnung nicht verpflichtet sind. [...]

<3511>

◀651▶

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für Juli 1942**

Augsburg, 11.8.1942

BayHStA, StK 106684

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

---

<sup>52</sup> Vgl. \*Schutzhaft.

<sup>53</sup> Vgl. Zeittafel, 1. September 1941.

<sup>54</sup> Vgl. ▶648▶, Anm. 50.

## Juden

Im Berichtszeitraum wurden neue Aussiedlungen<sup>55</sup> von Juden durchgeführt. In Augsburg hat sich ein alter Jude selbst entleibt; 3 alte Jüdinnen haben Selbstmordversuche unternommen; von diesen ist eine im Krankenhaus gestorben.<sup>56</sup>

<3513>

◀652▶

RSHA, Amt III (SD)

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 10.8.1942

Boberach, S. 4058, 4059f.

*Rassepolitik*

*Zur Änderung des Abstammungsbescheides von Volljuden oder jüdischen Mischlingen ersten Grades*

In zahlreichen Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet wird berichtet, daß es in der Bevölkerung Verwunderung und z.T. Empörung auslöste, wenn es immer wieder Personen, die bisher allgemein als Juden bekannt waren und sich auch als solche ausgaben, gelingt, einen Entscheid des Reichssippenamtes zu erhalten, wonach sie \*Mischlinge ersten Grades im Sinne des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre<sup>57</sup> sind.

Der Weg, der von den Juden beschritten werde, sei fast immer der gleiche. Der Jude oder die Jüdin behauptete plötzlich, ihr bisher gesetzlich anerkannter jüdischer Vater sei garnicht ihr Erzeuger, die Mutter habe vielmehr Verkehr mit einem \*arischen Mann gehabt, so daß dieser der wirkliche Vater sei. Dabei falle auf, daß diese angeblichen arischen Väter in den meisten Fällen gar nicht mehr am Leben seien. Trotzdem werde aber von den amtlichen Stellen den Anträgen auf Überprüfung der Abstammung stattgegeben und ein erb- und rassekundliches Gutachten beigezogen. Diese Gutachten könnten zwar das Ergebnis fast immer nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit festlegen, trotzdem werde aber auf Grund dieser Gutachten nach dem Grundsatz in dubio pro reo meistens der Jude als Mischling ersten Grades anerkannt. [...]

Aus den zu diesem Tatbestande hier vorliegenden Meldungen geht hervor, daß man es in der Bevölkerung nicht verstehen kann, daß aufgrund so schwacher Beweisstücke, wie sie Lichtbilder darstellen, Änderungen von Abstammungsbescheiden erfolgen könnten. Es sei doch kein Zweifel, daß diese Volljuden und Mischlinge ersten Grades ihre bisherige Abstammung vor allem lediglich aus wirtschaftlichen Gründen bezweifelten. Es bestehe hier offensichtlich eine Lücke in der Gesetzgebung, wenn überhaupt noch nach Jahrzehnten Einspruch gegen einen bisher immer anerkannten Abstammungsbescheid möglich sei, besonders dann, wenn die in Frage stehenden Väter inzwischen verstorben seien.

<3515>

<sup>55</sup> Vgl. ◀648▶, Anm. 50.

<sup>56</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

<sup>57</sup> Vgl. \*Nürnberger Gesetze.

◄653►

**SD Außenstelle Leipzig III A  
Stimmungsbericht**

Leipzig, 25.8.1942

IWM, Aus deutschen Urkunden 1933-1945, S. 260ff.  
*Allgemeines*

[...] Zur Illustration der eigentlichen Stimmung wird anliegend abschriftlich der Bericht eines hiesigen VM's zu Kenntnis gebracht.

*Bericht vom 19.8.1942*

Anlässlich einer Reise innerhalb Sachsens (Meißen, Dresden) hatte ich verschiedentlich Gelegenheit, Berliner zu hören. Einige von deren Äußerungen gebe ich hier so wörtlich wie möglich wieder: [...]

8. Die \*Judenfrage konnte Hitler auch anders lösen.<sup>58</sup> Menschlicher! So hatte er es nicht nötig! Außerdem müssen das unsere Deutschen in Amerika büßen.<sup>59</sup> Kein Mensch hat das Recht, ein Volk ausrotten zu wollen. Gewiß haben uns die Juden viel geschadet, aber die hat man von 1933 bis 1941 abreisen lassen.<sup>60</sup> <3518>

◄654►

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für August 1942**

Ansbach, 8.9.1942

BayHStA, StK 106679

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

1) Es sind Vorbereitungen im Gange, wieder eine Anzahl Juden zu evakuieren, und zwar nach \*Theresienstadt.<sup>61</sup> Außerdem wurde mit der Räumung von Judenhäusern begonnen, die für Luftgeschädigte vorgesehen sind.

2) Wegen verbotenen Umgangs mit deutschblütigen Personen<sup>62</sup> wurde die Jüdin Ida Sara Wendriner in Nürnberg festgenommen.

3) Da festgestellt wurde, daß bei der vor Wochen angeordneten Spinnstoffabgabe<sup>63</sup> durch die Juden größere Mengen zurückbehalten worden waren, fand am 11.8. bei den Nürnberg-Fürther Juden eine Nachkontrolle statt. Dabei wurden erneut 7.530 kg Wäsche- und Kleidungsstücke erfaßt und dem Oberfinanzpräsidenten in Nürnberg zur Verfügung gestellt. <3520>

◄655►

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für August 1942**

Augsburg, 9.9.1942

BayHStA, StK 106684

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

---

<sup>58</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.

<sup>59</sup> Vgl. ◄605►.

<sup>60</sup> Vgl. \*Auswanderung.

<sup>61</sup> Vgl. ◄648►, Anm. 50.

<sup>62</sup> Vgl. Zeittafel, 24. Oktober 1941.

<sup>63</sup> Vgl. Zeittafel, 5. Januar 1942.

### Juden

Durch weitere Aussiedlungsmaßnahmen sind mehrere schwäbische Städte und Gemeinden, wie z.B. Ichenhausen, Nördlingen, Fischach wieder judenfrei geworden. In Oberstdorf hat sich eine ältere Jüdin aus Angst vor dem Abtransport<sup>64</sup> vergiftet.<sup>65</sup> <3521>

### ◀656▶

#### RSHA, Amt IV (Gestapa)

#### Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse

Berlin, 11.9.1942

BArch, R 58/207

*Illegale Kommunistische Partei und andere marxistische Organisationen*

[...] Die Stapoleitstelle Berlin<sup>66</sup> hat wegen illegaler Betätigung in der kommunistischen Gruppe des Juden Herbert Israel \*Baum, die sich vorwiegend aus Juden zusammensetzt, inzwischen noch die nachstehend genannten Personen in \*Schutzhaft genommen:<sup>67</sup>

Büroangestellte Hildegard Sara *Loewy*, geb. am 4.8.22 zu Berlin,  
Arbeiter Lothar Israel *Salinger*, geb. am 8.5.19 zu Berlin,  
Arbeiter Helmut Israel *Neumann*, geb. am 29.7.21 zu Berlin,  
Arbeiterin Lotte Sara *Rotholz* geb. Jastrow, geb. am 25.9.23 zu Bentheim,  
Techniker Gustav *Paech*, geb. am 11.10.05 zu Berlin  
– sämtlich in Berlin wohnhaft –.<sup>68</sup>

<3525>

### ◀657▶

#### Stapostelle Aachen V Mann

#### Seelsorgestunde

Aachen, 2.9.1942

HStA Dü, RW 35-9

Mit Beginn des neuen Schuljahres sind in allen Pfarreien die *Seelsorgestunden* wieder aufgenommen worden. Vor den Ferien–Mai bis Juli–war der Besuch der Seelsorgestunden äußerst mangelhaft. Man führte die schwache Beteiligung der Kinder auf die dauernden Fliegeralarme zurück. [...]

In den Seelsorgestunden werden als Unterrichtsthemen immer wieder die Märchen des „Alten Testaments“ herangezogen. In der Beurteilung der \*Judenfrage wird dadurch, vor allem in Schülerkreisen oberer Klassen, eine heillose Verwirrung angerichtet. In den Seelsorgestunden wird immer wieder Nachdruck auf das „von Gott auserwählte Volk“ gelegt.<sup>69</sup> <3526>

---

<sup>64</sup> Vgl. ▶648▶, Anm. 50.

<sup>65</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

<sup>66</sup> Vgl. \*Gestapo, Stapoleitstellen dort.

<sup>67</sup> Vgl. auch ▶640▶.

<sup>68</sup> Vgl. \*Kommunismus und Juden.

<sup>69</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik sowie \*Faulhaber.

◀658▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für September**

**Regensburg, 8.10.1942**

**BayHStA; Stk 106674**

*Juden*

Die letzten noch in Regensburg untergebrachten 117 Juden werden nach \*Theresienstadt überstellt.<sup>70</sup> <3527>

◀659▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für September 1942**

**Ansbach, 7.10.1942**

**BayHStA, StK 106679**

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

Nach \*Theresienstadt wurden \*evakuiert:

Am 10.9.1942 1.000 Juden, am 23.9.42 563 Juden = 1.563 Juden.

Die restlichen Juden von Nürnberg und Fürth, die nicht in \*Mischehe leben, werden z.Zt. in einem Anwesen in Fürth zusammengelegt. <3528>

◀660▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Oktober 1942**

**Ansbach, 5.11.1942**

**BayHStA, StK 106679**

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

Festgenommen wurde<sup>71</sup> die Rasse- und Bekenntnisjüdin Bella Sara Eberhardt in Nürnberg, weil sie versuchte, das Reichsgebiet auf illegalem Weg<sup>72</sup> nach der Schweiz zu überschreiten. <3531>

◀661▶

**Bürgermeister Bad Brückenau**

**Zu- und Abwanderung der Juden im II. u. III. Kalendervierteljahr 1942**

**Bad Brückenau, 1.10.1942**

**StA Wü, LRA Bad Brückenau 12908**

In Brückenau waren am 1. April 1942 3 Juden ansässig. Inzwischen ergaben sich folgende Veränderungen.

*Tannenwald* Lothar Israel, geboren am 8.10.1894 zu Brückenau, ledig und

*Tannenwald* Klara Sara, geboren am 3.5.1891 in Brückenau, beide verzogen am 22. April zwecks Evakuierung nach Würzburg.

*Tannenwald* Lina Sara, geboren am 19.3.1863 in Würzburg, verwitwet, verzo- gen am 20. August 1942 nach Würzburg, Dürerstr. 20.

Seit 1. Oktober 1942 ist Brückenau, samt den eingegliederten Ortsteilen somit judenfrei.<sup>73</sup> <3532>

<sup>70</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.

<sup>71</sup> Vgl. \*Schutzhaft.

<sup>72</sup> Vgl. Zeittafel, 1. Oktober 1941.

<sup>73</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.

◀662▶

NSDAP Kreisleitung Augsburg-Stadt  
Stimmungsbericht

Augsburg, 11.12.1942

StA Abg, NSDAP Gauleitung Schwaben 1/19

*Kirchliche Fragen*

Abgesehen davon, daß die beiden christlichen Konfessionen, also der Katholizismus und Protestantismus, eine ziemlich rege Tätigkeit weiterführen, tritt nun hierzu noch eine dritte, nämlich die der Deutschen Christen, die jetzt vor allem zu Vorträgen darüber einladen, in wie weit Judentum und Christentum Gegensätze darstellen und wie es notwendig wäre, innerhalb einer deutsch-christlichen Gemeinschaft das jüdische aus dieser Lehre auszuschalten. <3538>

◀663▶

SD Außenstelle Minden  
Bericht

Minden, 11.12.1942

StA Det, M 18 Nr. 11

*Todesanzeige eines Juden in einer NS-Zeitung*

Arg kritisiert werde in der Bevölkerung die am 28.11.1942 erschienene Todesanzeige des Musiker-Feldwebels a.D. Otto Lewin, in den Westfälischen Neuesten Nachrichten, Ausgabe Minden.

Lewin sei \*Volljude und mit einer \*Arierin verheiratet.<sup>74</sup>

Diese Frau sei am Tage vorher, nachdem die Anzeige in der Zeitung erschienen sei, in die Anzeigenabteilung der Westfälischen Neuesten Nachrichten tief verschleiert gekommen und hätte die Anzeige aufgegeben. Die junge Frau in der Anzeigenabteilung wußte natürlich nicht, daß es sich um einen Juden handle und ließ die Anzeige durchgehen. Tags darauf sei nun die Anzeige in den WNN erschienen.

Die Mindener Bevölkerung, die den Juden Lewin gekannt habe, sei hierüber sehr ungehalten und legt die ganze Tatsache dahin aus, daß solch ein Fall nur vorkommen könne, weil die Juden, die mit einem Arier verheiratet seien, ohne Kennzeichen herumlaufen dürften.<sup>75</sup> Man sagt, hier könne man mal wieder sehen, wie diese mit Juden verheirateten Arier voringen. Alle Schliche und Kniffe hätten sie sich von den Juden angeeignet. Es sei so, daß der Arier, der mit einem Juden verheiratet ist, auch mit verjudet sei. Es werde nicht verstanden, daß die Frau des Juden Lewin ausgerechnet zu den Westfälischen Neuesten Nachrichten ginge, die doch als nationalsozialistische und Parteizeitung überall bekannt sei und nicht nach dem hier im hiesigen Bereich erscheinenden Mindener Tagblatt (Nichtparteizeitung).

Hierzu wurde noch folgendes gehört: Es sei so, daß durch die Nichtkennzeichnung der Juden, die einen arischen Eheteil hätten, diese sich überall frei bewegen könnten. Dieses sei nicht mehr möglich, wenn sie den „Zionsstern“<sup>76</sup> tragen müßten. Gerade der arische Eheteil dürfe nicht geschützt werden. Es soll ruhig

---

<sup>74</sup> Vgl. \*Mischehen.

<sup>75</sup> Vgl. \*Kennzeichnung der Juden.

<sup>76</sup> Vgl. \*Davidsstern.

bekannt werden, daß er einen Juden bezw. eine Jüdin geheiratet habe. Wenn dieses durchgeführt sei, sei es eine große Frage, ob sich dann der Arier mit seinem gekennzeichneten Ehepartner öffentlich zeigen würde. Sobald in der Bevölkerung dieses Gespräch auftaucht, werden alle hier in Minden ansässigen Familien in dieser Hinsicht kritisiert. Man nennt hier den Schlachter Menges, den Polsterer Brandtmüller,<sup>77</sup> den Regierungsrat Zentz usw. <3544>

◀664▶

**SD Außenstelle Schwabach**  
**Bericht für Dezember 1942**

Schwabach, 23.12.1942

StA Nü, LRA Hilpoltstein Abg. 1971 Nr. 1972

*Allgemeine Stimmungslage*

Am Anfang des Monats Dezember herrschte im hiesigen Bereich allgemein eine gedrückte Stimmung unter der Bevölkerung, vor allem durch Erzählungen von Frontsoldaten hervorgerufen. [...]

Eine der stärksten Beunruhigungen in kirchlich gebundenen Kreisen<sup>78</sup> und in der Landbevölkerung bilden z.Zt. Nachrichten aus Rußland, in denen von Erschießung und Ausrottung der Juden die Rede ist.<sup>79</sup> Diese Mitteilung hinterläßt in den genannten Bevölkerungskreisen vielfach große Angst, Kummer und Sorgen. Nach Ansicht weiterer Kreise der Landbevölkerung steht es heute noch nicht fest, daß wir den Krieg gewinnen und daß dann einmal, wenn die Juden wieder nach Deutschland kommen, [sie] fürchterliche Rache an uns nehmen.

Im Gegensatz zu dieser Stimmungsbeeinflussung der ländlichen Bevölkerung steht die allgemeine Stimmung der städtischen Bevölkerung, in der die kirchliche Beeinflussung nicht so stark hervortritt wie auf dem Lande. <3545>

◀665▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für Dezember 1942**

Ansbach, 8.1.1943

BayHStA, StK 106679

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

In einigen Ortschaften des an Württemberg angrenzenden westlichen Teiles des Landkreis Dinkelsbühl gingen Gerüchte, daß ausgewanderte Juden, die früher in Württemberg wohnten, als Kommissare in der Sowjetarmee tätig seien und als solche gefangenen deutschen Soldaten aus der württembergischen Gegend zur Flucht verholfen hätten. So sollen ein jüdischer \*Viehhändler aus der Ellwanger Gegend und ein ehemaliger Pferdehändler aus Crailsheim in dieser Weise tätig gewesen sein. <3546>

<sup>77</sup> Vgl. ▶569▶.

<sup>78</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>79</sup> Vgl. Zeittafel, 22. Juni 1941 sowie „\*Endlösung der Judenfrage“.

◀666▶  
SD-Hauptamt  
Bericht

Berlin, o.D.<sup>80</sup>

PA, Inland I D 17/9 (R 98833)

Die diesjährige Weihnachtsansprache des Papstes<sup>81</sup> wurde durch die Veröffentlichung einer ganzen Reihe von päpstlichen Dokumenten vorbereitet. Seit dem Sommer 1942 gibt das Kardinal-Staatssekretariat der Kirche eine Reihe von alten päpstlichen Dokumenten amtlich bekannt, die zum Teil schon in den Jahren 1929/1930 von Pius XI. verfaßt wurden. In all diesen Dokumenten werden die Prinzipien der Katholischen Aktion lehrhaft dargelegt; alle diese Dokumente beweisen, auf welchen Grundlagen der Papst die Neuordnung der Welt nach dem jetzigen Kriege durchgeführt wissen will.

In einer Weise wie noch nie zuvor lehnt der Papst eine Neuordnung auf nationalsozialistischer Grundlage ab. Die Rundfunkrede des Papstes ist ein Meisterstück kirchlicher Verfälschung und Unterhöhlung des Gedankengutes der nationalsozialistischen Weltanschauung. Zwar wird mit keinem Wort der Nationalsozialismus oder die nationalsozialistische Weltanschauung erwähnt, und doch ist die ganze Rede eine geistige Auseinandersetzung und Abrechnung mit den Höchstwerten der nationalsozialistischen Weltanschauung. Alles, was dem Nationalsozialismus heilig ist, wird als Unwert und Verirrung bloßgestellt. [...]

Der Papst setzt sich mit allen Lebensbereichen der Menschheit auseinander: ausgehend von der nationalen Volksgemeinschaft über die Bildung und Pflege der Einzelpersonlichkeit zur Wirtschaft und zum Rechtsleben eines Volkes stellt der Papst die kirchliche Staatsauffassung in scharfen Gegensatz zur Staatsauffassung des Nationalsozialismus und aller autoritären Staaten. [...]

Die nationalsozialistischen Prinzipien der Neuordnung der Volksgemeinschaft werden als soziale Irrlehren und Irrtümer, als selbst geschaffenes Chaos, als falsche gottvergessene oder gottfeindliche Ideen, als Finsternis und Unsegen bezeichnet. [...]

Auf dem Gebiet der Rechtsordnung ist nicht die blut- und bodengebundene Volksgemeinschaft Ausgangs- und Zielpunkt, sondern das unveränderlich, ewig bestehende, in Gott begründete Naturrecht. Soll eine Rechtsordnung den Prinzipien der Kirche entsprechen, dann darf sie nicht auf natürlichen Grundwerten wie Volk, Blut und Boden, Rasse und Gemeinschaft beruhen, sie muß jedem menschlichen Zugriff enthoben sein. Die Rechtsordnung der menschlichen Gesellschaft bedingt in kirchlicher Schau eine „unveränderliche heilige Verbindlichkeit und Pflicht zur Verwirklichung unabänderlicher Menschheitsziele“. Und auch hier wird die über-

---

<sup>80</sup> In dem Begleitbrief des \*Chefs der Sicherheitspolizei und des SD wurde der nachfolgende, bisher im Original unveröffentlichte „Bericht“ über die „Rundfunkbotschaft des Papstes Pius XII. am 24. Dezember 1942“ am 15. Januar 1943 an das Auswärtige Amt gesandt. Das Dokument ist ohne jegliche Überschrift und kann auch als Teil eines umfangreicheren Berichtes betrachtet werden. Es trägt kein Datum und muß demnach zwischen dem 24. Dezember 1942 und 15. Januar 1943 verfaßt worden sein. Für die Identifizierung und Fotokopie des Dokuments, sowie der damit verbundenen diplomatischen Korrespondenz zwischen dem Auswärtigen Amt des Dritten Reichs und dem Vatikan (hier nicht abgedruckt) danken die Herausgeber Frau Dr. Maria Keipert vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin.

<sup>81</sup> Pius XII.



natürliche, in Gott begründete Rechtsordnung zum Schluß wieder eine Schutzstruktur für das persönliche Menschenrecht des jüdischen Volkes.

Die Christenheit wird aufgerufen, mit Kreuzfahrgesinnung die Fluten der Tages und Zeitirrtümer zu überwinden. Hier fällt die Maske. Hier zeigt sich, welche Sinndeutung der Papst dem jetzigen Kriege gibt: ein „Kreuzzug der edelsten Glieder der Christenheit unter dem Ruf ‚Gott will es‘ zur Überwindung der Zeitirrtümer“. Die Weihnachtsbotschaft des Papstes ist also in Wahrheit eine Kreuzzugspredigt zum Kampfe gegen die „modernen Zeitirrtümer“. Ziel des Kreuzzuges ist, „daß der Stern der jüdischen Stadt Bethlehem als Sinnbild einer besseren Zukunft über die gesamte Menschheit aufgehe.“ [...]

Es ist eine Verhöhnung aller Blutopfer dieses Krieges, wenn der Papst zum Schluß die „Hochherzigen und Gutgesinnten“ aufruft, sich zusammenzuschließen „im Gelöbnis, das Gemeinschaftsleben zu dem unverrückbaren Mittelpunkt seines Kreislaufes, zum göttlichen Gesetz zurückzuführen“ und „die bereit sind, der Persönlichkeit und der in Gott geadelten Gemeinschaft zu dienen“. Daß dieses Gelöbnis ausschließlich gegen die Neuordnung des kommenden Europas auf nationalsozialistischer Grundlage gemeint ist, beweist die Erwähnung, daß die Menschheit dieses Gelöbnis allen denen schuldet, „die durch den Krieg ihren Heimatboden verloren haben und die, persönlich schuldlos, bisweilen nur um ihrer Nationalität oder Abstammung willen dem Tod oder einer fortschreitenden Verelendung preisgegeben sind“. Damit wird praktisch dem deutschen Volk ein Unrecht an den Polen und Juden vorgeworfen, und der Papst macht sich zum Fürsprecher und Vorkämpfer für diese wahrsten Kriegsverbrecher.<sup>82</sup> <3549>

#### ◀667▶

#### SD Hauptaußenstelle Bielefeld III B 3

#### Taufe einer Volljüdin im Dom zu Paderborn im Jahre 1942

Bielefeld, 24.2.1943

StA Det, M 18 Nr. 11

Am 28.6.1942 wurde die Jüdin Elise *Krebs* geborene Freudenberger, geb. am 31.12.02 in Barby/Elbe, wohnhaft in Barby, in Paderborn vom Dompfarramt in die katholische Kirche aufgenommen und getauft.<sup>83</sup> Die von der \*Staatspolizei in Magdeburg veranlaßten Ermittlungen bestätigen den oben angeführten Tatbestand. Es konnte aber nicht festgestellt werden, welcher Geistliche die Taufe vorgenommen hat. In Kreisen von Parteigenossen, die mit der Angelegenheit dienstlich zu tun hatten, ist man mehr als erstaunt über diese Handlungsweise der katholischen

<sup>82</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik. Der letzte Absatz, insbesondere der letzte Satz von Papst Pius XII. und dessen Bezug auf die Verfolgung und Massenvernichtung von Juden wurde zum Gegenstand jahrelanger öffentlicher Diskussion und wissenschaftlicher Kontroversen. Die Schlüsselfrage war, inwieweit die Worte Pius' XII. als offener Protest und eindeutige Verurteilung der „Endlösung“ beabsichtigt und verstanden wurden. Der abschließende Satz des vorliegenden SD-Gutachtens gibt darauf eine eindeutige Antwort. Zur oben genannten Kontroverse vgl u. a. Saul Friedländer, Pius XII. und das Dritte Reich; dagegen Anthony Rhodes, *The Vatican in the Age of Dictators*. (Rhodes zitiert zwar einige Sätze aus diesem Dokument in englischer Übersetzung, jedoch erheblich verzerrt und entstellt, unter falschem Datum und falscher Archivsignatur. Auch hier danken die Herausgeber Frau Dr. Maria Keipert, vgl. Anm. 80).

<sup>83</sup> Vgl. \*Konvertiten.

Kirche und führt dazu aus, daß der Klerus damit absichtlich einen Dolchstoß<sup>84</sup> hinter dem Rücken des Führers gegen die nationalsozialistische Weltanschauung geführt habe.<sup>85</sup> <3551>

◀668▶

SD Außenstelle Höxter

Jude Hartwig Israel Stein, geb. 11.7.07 in Brakel,  
wohnhaf in Brakel, Am Markt

Höxter, 27.2.1943

StA Det, M 18 Nr. 11

In der Anlage werden Abschriften von Schreiben der Ortsgruppe Brakel an die Kreisleitung, des Amtsbürgermeisters in Brakel an die \*Geheime Staatspolizei in Bielefeld zur Kenntnisnahme nach dort gereicht.<sup>86</sup>

Stein ist auf Grund der Tatsache, daß er mit einer \*Arierin verheiratet ist, s.Zt. nicht mit nach dem Osten<sup>87</sup> geschickt worden. Im Januar ds. Js. ist nun Frau Stein verstorben. Es erscheint nunmehr an der Zeit, den Juden ebenfalls in ein Jetto [sic]<sup>88</sup> zu verfrachten, vor allem, da er, wie aus einem anonymen Schreiben an den Ortsgruppenleiter von Brakel vorgeht, das nachstehend zur Kenntnisnahme gegeben wird, immer noch über gewisse Sympathien in der arischen Bevölkerung verfügt.  
[...]

<3552>

◀669▶

SD Außenstelle Schwabach

Bericht für Februar 1943

Schwabach, 3.3.1943

StA Nü, LRA Hilpoltstein, Abg. 1971 Nr. 1792

*Staatsfeindliche Äußerungen des kath. Pfarrers Heller in Titting*

Am 7.2. brachte der kath. Pfarrer Heller in Titting bei seiner Predigt u.a. folgendes vor: Er erklärte, die katholische Kirche hätte nichts mehr zu sagen, sie hätte keine Abgeordneten im Landtag und Reichstag mehr, ebenso hätte sie keine Zeitungen mehr, in denen sie ihre Meinung äußern könnte. Jetzt sei aber die Zeit gekommen, wo sie sich wieder rühren könne. In hundert Jahren lacht man über den jetzigen Plunder, der wird in alle Winde zerstreut und kommt zum alten Eisen. Der jetzige Glaube soll die Rasse sein. Er erwähnte dabei, daß es nicht wahr sei, daß Jesus \*Arier gewesen sei, Jesus stammt von den Juden ab. Es sei daher nicht richtig,

---

84 Der Ausdruck „Dolchstoß“ wurde seit Ende des Ersten Weltkrieges in den antisemitischen, rechtsradikalen Publikationen und Kundgebungen gebraucht. In dieser Legende (vgl. Benz, Legenden, Lügen, Vorurteile, S. 55ff.) erschienen die Juden durch Verrat und antideutsche Konspiration als die eigentlich Schuldigen an der deutschen Niederlage im Krieg. Im vorliegenden Dokument verwendet der Berichterstatter die antisemitische Dolchstoßlegende, um die katholische Kirche des Verrats am „Führer“ und der „nationalsozialistischen Weltanschauung“ zu beschuldigen. Vgl. Barth, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration.

85 Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

86 Diese Schreiben werden hier nicht abgedruckt.

87 Vgl. \*Deportation der Juden.

88 Vgl. \*Ghetto für Juden in der NS-Zeit.

wenn das Judentum verfolgt bzw. ausgerottet<sup>89</sup> wird, denn auf dasselbe baue sich der kath. Glaube auf.<sup>90</sup> <3553>

◀670▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für März 1943**

**Ansbach, 7.4.1943**

**BayHStA, StK 106679**

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

1) Festgenommen wurden:

Jakob Israel Emden in Nürnberg wegen Vergehens gegen die Polizeiverordnung über \*Kennzeichnung der Juden.

2) Die Erfassungsaktion von Metall und Schrott aus jüdischen Friedhöfen in Nürnberg wurde abgeschlossen. Hierbei wurden 3.340 kg Messing und Kupfer und 4.050 kg Bauguß erfaßt. <3561>

◀671▶

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für März 1943**

**Augsburg, 10.4.1943**

**BayHStA, StK 196684**

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit*

[...]

*Juden*

Die wenigen noch in Städten vorhandenen Juden sind nun abgeschoben<sup>91</sup> oder doch wenigstens aus den Städten entfernt. In Augsburg hat sich bei der letzten Maßnahme wieder eine Anzahl von Juden der Wegbeförderung durch Freitod entzogen.<sup>92</sup> <3562>

---

<sup>89</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.

<sup>90</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>91</sup> Vgl. \*Deportation von Juden.

<sup>92</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

### XIII.

#### Stalingrad und Katyn

Die Reaktionen auf die Massenvernichtung der Juden

„im Osten“

(April–Juni 1943)

◀672▶

RSHA, Amt III (SD)

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 5.4.1943

Boberach, S. 5064f.

*Kulturelle Gebiete*

*Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 2.4. bis 5.4.1943*

[...] In den zurückliegenden Jahren ist das deutsche Volk nachdrücklich über die Lügenhaftigkeit der feindlichen Nachrichten im ersten Weltkrieg und über die Hintergründe und Absichten der jüdischen Presse in der Systemzeit aufgeklärt worden, und seit Beginn dieses Krieges erfolge wiederum eine schonungslose *Desillusionierung der Feindpresse*. Es habe dies die *Nebenwirkung* gehabt, daß der Großteil der Bevölkerung der Propaganda nicht mehr so unbefangen gegenübersteht, wie dies früher der Fall gewesen sein mag. Auch bei unserer eigenen Presse (bzw. Rundfunk) ist man sich weitgehend dessen bewußt, daß die Nachrichten und Kommentare immer unter bestimmten Gesichtspunkten abgefaßt sind. <3564>

◀673▶

NSDAP Ortsgruppe Nürnberg-Maxfeld

Weltanschaulicher Lagebericht

Nürnberg, 9.4.1943

StA Nü, NS Mischbestand Gauleitung Nr. 82

*Weltanschauliche Lage*

[...]

*Judenfrage*

Das Volk erhebt den Vorwurf, man hätte die Juden nicht aus dem Reich hinauslassen sollen. Hätte man, so kann man hören, die Juden als Geiseln behalten, dann hätte man gegen die Luftangriffe ein wirksames Faustpfand. Hierzu müßte die Propaganda von maßgebendster Stelle aus Stellung nehmen! <3582>

◀674▶

RSHA, Amt III (SD)

Bericht

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 19.4.1943

Boberach, S. 5144ff.

*Allgemeines*

In den *Erörterungen der Bevölkerung zur Gesamtkriegslage* sind in den letzten Tagen *keine neuen Gesichtspunkte* aufgetreten. Die Einstellung vieler Volksgenossen wird den Meldungen zufolge nach wie vor durch eine minder rege Beschäftigung mit den einzelnen Frontergebnissen sowie durch bestimmte festgefahrene Ansichten gekennzeichnet: [...]

In dieser Situation habe die Nachricht von dem *Massengräberfund im Walde von \*Katyn*<sup>1</sup> als sensationelle Neuigkeit einen großen Teil der Volksgenossen stark beschäftigt. Die zu diesem Ergebnis besonders zahlreich vorliegenden Meldungen besagen übereinstimmend folgendes:

1. Die in letzter Zeit bei nicht wenigen Volksgenossen unter Wirkung von Parolen wie „die Sowjets sind nicht so schlimm, wie sie hingestellt werden“, schwächer gewordenen *Gefühle des Hasses und der Angst* vor dem Bolschewismus seien wieder *stark belebt*. Das Schicksal der 12.000 Polen werde als Beispiel dafür betrachtet, wie es großen Teilen des deutschen Volkes bei einem Sieg der Russen ergehen würde.

2. Unter den *Angehörigen der Ostfront-Soldaten*, besonders von Offizieren, die seit Stalingrad vermißt sind, herrsche *äußerste Besorgnis*, daß die Sowjets mit den deutschen Kriegsgefangenen verfahren würden, wie seinerzeit mit den polnischen Offizieren.

3. Im übrigen *erörtere ein großer Teil der Bevölkerung* die Liquidierung des polnischen Offizierkorps *unter humanitären Gesichtspunkten* und gelange deshalb zu der Schlußfolgerung, es sei „merkwürdig“ oder gar „heuchlerisch“, daß die deutsche Propaganda nunmehr „ihr Herz für die Polen entdeckt habe“. Dabei verweise man einerseits auf die Tatsache, daß von den Polen 60.000 Volksgenossen in *Bromberg* und anderen Orten gemordet worden sind, andererseits erkläre man, „wir haben kein Recht, uns über die Maßnahmen der Sowjets aufzuregen, weil deutscherseits in viel größerem Umfang Polen und Juden beseitigt worden sind“. Mit der letzten Argumentation werde besonders in intellektuellen und konfessionell orientierten Kreisen<sup>2</sup> gegen die „*propagandistische Ausschachtung*“ des Fundes im Walde von Katyn geeifert. [...]

#### *Kulturelle Gebiete*

#### *Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 16. bis 19.4.1943*

Nach übereinstimmenden Berichten aus allen Reichsteilen ist die Anteilnahme an Presse und Rundfunk durch zwei Themen stark aufgelebt: den Massenmord von Katyn und die Berichte über den Atlantikwall. [...]

1. Die Behandlung des Massenmords von Katyn hat in der gesamten Bevölkerung einen starken Widerhall gefunden. Auf viele Volksgenossen, besonders auf Frauen, hätten die in den Veröffentlichungen mitgeteilten Tatsachen erschütternd gewirkt. Erwähnt werden u.a. Aufsätze wie der in der „Kieler Zeitung“ vom 15.4. „GPU-Mord im Wald von Katyn“ oder im „Freiheitskampf“ vom 15.4. „Aufschluß über den Geist der jüdischen Rasse“. In der Fülle der Berichte, die sich nach gleichartigen Beobachtungen gegenseitig stark an Wirkung nehmen, wenn sie nicht neue Tatsachen enthalten, habe der Augenzeugenbericht, den Major Balzer im Rundfunk gab, besonders beeindruckt. Viele Volksgenossen hätten bei diesen grauenvollen Schilderungen allerdings „kaum noch hinhören“ können, und insbesondere im Anschluß an diesen Bericht seien viele Stimmen der Besorgnis über das Schicksal

<sup>1</sup> Vgl. Zeittafel, 13. April 1943.

<sup>2</sup> Mit der Bezeichnung „intellektuelle“ oder auch oft „bessere Kreise“ ist in den Lageberichten das liberale Bürgertum gemeint. Zu „konfessionell orientierten Kreisen“ vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union angetroffen worden. Der Leichenfund von Katyn habe zweifellos allen Kreisen der Bevölkerung erneut Anlaß gegeben, über das Vorgehen des Bolschewismus und des Judentums nachzudenken, und viele Volksgenossen äußerten sich mit Abscheu über diese Herrschaftsmethoden, durch die unser Kampf in überzeugender Weise seinen Sinn und seine Berechtigung erhalte.

Der weitaus größere Teil der Bevölkerung nimmt über die mitgeteilten Tatsachen hinweg dahingehend Stellung, daß die Entdeckung der Massengräber unter dem Gesichtspunkt einer deutschen Auslandspropaganda geradezu ein „Geschenk des Himmels“ sei, um unsere Auffassungen über Bolschewismus und Judentum<sup>3</sup> wirkungsvoll zu belegen. Zumeist wird daran die Hoffnung geknüpft, daß es uns mit diesem Material diesmal gelingen könnte, das neutrale und feindliche Ausland weitgehend in unserem Sinne zu beeinflussen. Man lasse daher die Propagandaaktion, in der die Toten von Katyn „nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtet werden“, „über sich ergehen“ und nehme es in Kauf, daß man den Mord von Katyn „in jedem Nachrichtendienst vorgesetzt“ bekomme, wobei die Sowjets, die Engländer und die Juden in gleicher Weise mit der Verantwortung belastet würden. Es wird der Propaganda verschiedentlich „mit einem Augenblinzeln“ unterstellt, daß „nicht alles haargenau zu stimmen brauche“. Allerdings sprächen die weitgehende Heranziehung der ausländischen Presse, die herbeigeführten Besichtigungen durch Polen und die angeforderte Beteiligung des Roten Kreuzes wie auch das bisher verzeichnete Echo auf Seiten der Bolschewisten, der Engländer und der polnischen Emigrantenregierung in London dafür, daß wir in Bezug auf die Mordtat von Katyn „sehr handfeste“ Unterlagen in der Hand hätten. Im Hinblick auf das Ausland sei es wohl notwendig, daß durch Presse und Rundfunk derartig „toll aufgedreht“ werde und die Presse Aufsätze in Formulierungen bringe, die man an sich „kaum noch lesen“ könne, so z.B., wenn die „Oberdonau-Zeitung“ vom 15.4. einen weiteren Bericht unter die Überschrift stelle „Die Genickschuß-Orgie von Katyn“.

Mit einem weiteren Augenblinzeln wird zugestimmt, daß die deutsche Propaganda sich „keine Schwachheit anmerken“ lasse, daß sie die toten Polen gegen die Sowjets und die Juden benutze, obwohl wir selbst mit Polen, Juden und Bolschewisten „nicht gerade wählerisch umgegangen“ seien. In einer Äußerung dazu heißt es z.B. „Wenn ich nicht wüßte, daß im Daseinskampf unseres Volkes jedes Mittel recht ist, wäre mir diese Heuchelei mit dem Mitgefühl für die ermordeten polnischen Offiziere unerträglich“. Es zeigte sich, daß, wo solche Gedankengänge auftauchen, mit großer Gedankenlosigkeit geurteilt werde, und selbst von den positiv eingestellten Volksgenossen einfach äußere Gleichsetzungen vorgenommen werden, so daß es die Agitation gegnerischer Kreise verhältnismäßig leicht habe, in diesem Punkt einzuhaken, da man, selbst in der Parteigenossenschaft, zumeist keine rechten Argumente in der Hand habe, um auf solche Einwände zu antworten.

<3567>

---

<sup>3</sup> Vgl. \*Kommunismus und Judentum.

◀675▶

**SD Außenstelle Bad Brückenau III A 4**

**Stimmung und Lage**

**Bad Brückenau, 16.4.1943**

**StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg 12**

Das Hauptereignis der letzten Tage, der Leichenfund im Walde von Katyn, wird allgemein ziemlich gleichgültig aufgenommen und wenn überhaupt, dann auch sehr unterschiedlich besprochen. Vorherrschend ist die Meinung, die Herausstellung der Lei[chen]funde<sup>4</sup> in Presse und Rundfunk sei eine Zweckpropaganda [dem Feind] gegenüber. Vielfach ist auch die Anschauung vertreten, [die ge]walt-same Beseitigung der polnischen Offiziere durch die [Bolsche]wisten habe auch für uns ein Gutes gehabt, und zwar daß [damit] für die deutschen Besatzungstruppen ein Widerstandszentrum [im] besetzten polnischen Gebiet beseitigt worden sei. Vereinzelt, [besonders] aus bauerlichen Kreisen, heißt es auch, wir hätten es mit [den] „Juden“ ja auch nicht anders gemacht, sondern auch einen gefähr[lichen] Gegner gewaltsam beseitigt. <3570>

◀676▶

**SD Außenstelle Bad Brückenau III A 4**

**Bericht**

**Bad Brückenau, 22.4.1943**

**StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg 12**

Der bolschewistische Massenmord von \*Katyn wurde in den letzten Tagen auch von den bisher weniger interessierten Volksgenossen lebhafter besprochen. In ländlichen Kreisen äußern sich die Volksgenossen teils mit einer gewissen Abscheu, betrachten den Mord als unerhörte Greuelat und äußern sich dahin, daß sie an keinen Herrgott mehr glauben könnten, denn das Walten der Vorsehung könnte eine solche Greuel nicht zulassen; andernteils sieht ein großer Teil der Bevölkerung in der Beseitigung der polnischen Offiziere – wie bereits im vorhergehenden Bericht<sup>5</sup> erwähnt – eben die radikale Aus[löschung]<sup>6</sup> eines gefährlichen Gegners, wie es im Krieg nun einmal [nicht] zu vermeiden ist. Man könne auf dieselbe Linie die Bombenangriffe der Engländer und Amerikaner auf die deutschen [Städte] und letzten Endes auch unseren eigenen Vernichtungskampf gegen das Judentum setzen. Aus katholischen Gegenden verlautet, daß es vielen Volksgenossen auffällt, daß die katholische Kirche zu den Massenmorden der Bolschewisten vollkommen schweigt.<sup>7</sup>

<3571>

◀677▶

**SD Außenstelle Friedberg III A 4**

**Stimmung und Lage**

**Friedberg, 23.4.1943**

**StA Abg, NSDAP Gau Schwaben,**

**SD Unterabschnitt Schwaben 2/1**

Die Mordtat im Walde bei \*Katyn wird nur noch wenig mehr besprochen. Man hört sogar die Ansicht, daß diese Angelegenheit von uns allzusehr nach der propagandistischen Seite hin ausgewertet wurde. Vereinzelt wird die Ansicht laut, daß

---

<sup>4</sup> Mehrere Worte sind in der Kopie nicht lesbar.

<sup>5</sup> Vgl. ▶675▶.

<sup>6</sup> Mehrere Worte sind in der Kopie nicht lesbar.

<sup>7</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

die Feinde auch in den von uns eroberten Ostgebieten auch Massengräber finden würden. Es seien zwar keine Polen, sondern Juden, die von unseren Truppen systematisch hingerichtet wurden. Man dürfe also von einer solchen Sache nicht so viel Aufhebens machen, zumal früher immer von der Minderwertigkeit des polnischen Volkes die Rede war. „Die Russen wissen ganz genau was sie wollen. Die vernichten eine Schicht der Bevölkerung vollkommen, weil sie ihnen nicht paßt. Sie denken alles bis zum Ende und hören nicht in der Mitte auf wie wir!“ (Rüstungsarbeiter, sehr belesen). <3572>

◀678▶

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für April 1943**

Augsburg, 10.5.1943

BayHStA, StK 106684

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit  
Volksstimmung und Haltung*

[...] Die Entdeckung des bolschewistischen Massenverbrechens im Walde von \*Katyn hat wie der ganzen Welt so auch unserer Bevölkerung wieder gezeigt, welches Schicksal ihr beim Sieg des Bolschewismus beschieden wäre. Die durch mehrere Wochen fortgesetzte propagandistische Auswertung des Falles hatte aber auch zur Folge, daß sich viele Angehörige von Vermißten oder in russische Gefangenschaft vermuteten Soldaten jetzt noch ernstere Gedanken über deren Schicksal machen.<sup>8</sup> Nach dem Bericht eines Landrats hat die Katyn-Propaganda auch „Erörterungen über die Behandlung der Juden in Deutschland und den Ostgebieten“<sup>9</sup> ausgelöst“. Manche Bauern sollen seit dem Bekanntwerden der Greuel von Katyn den russischen und polnischen Arbeiter jetzt besser behandeln als die eigenen Landsleute. [...]

*Juden*

--- 10

<3577>

◀679▶

**NSDAP Kreisleitung Nürnberg  
Bericht zum Schreiben vom 1. April 1943<sup>11</sup>**

Nürnberg, 15.4.1943

StA Nü, NS Mischbestand Gauleitung Nr. 82

Aus der Pretzfelder Gegend erfahre ich Folgendes: Ein Angehöriger eines fränkischen Truppenkontingentes, der noch mit einigen Kameraden aus Stalingrad entkommen sei, habe auf seinem Rückmarsch und auf der Suche nach einem Anschluß an deutsche Truppen, in einem Dorf seinen Namen rufen hören. Als er sich nach dem Rufer wandte, sei dieser ein Jude gewesen, der zu ihm gesagt habe, ob er ihn denn nicht kenne. Er sei der und der und habe ihm doch manches Stück

<sup>8</sup> Gemeint sind die vielen deutschen Kriegsgefangenen nach der Niederlage bei Stalingrad; vgl. ▶686▶.

<sup>9</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.

<sup>10</sup> Das Berichterstattungsschema verpflichtete die Berichterstatter zu dieser Zeit explizit, auch zum Punkt Juden zu berichten. Der Berichterstatter des vorliegenden Berichtes hatte dazu nichts zu melden.

<sup>11</sup> Dieses Schreiben liegt den Herausgebern nicht vor.



Vieh in seinem Heimatort aus dem Stalle gekauft.<sup>12</sup> Der Jude, der bolschewistischer Kommissar gewesen sei, habe dann den deutschen Soldaten gefragt, wo er denn hin wolle, worauf dieser erwidert habe, daß er den Anschluß an die deutsche Truppe suche. Der Jude habe ihm und den Kameraden dann die Richtung gezeigt, wohin er sich wenden müsse und habe ihn unbehelligt ziehen lassen. Des weiteren wird dazu erzählt, daß derselbe Jude die Bemerkung gemacht habe, daß man gegen die Bayern eigentlich nichts habe, sondern nur gegen die Preußen und hauptsächlich gegen die \*SS erbittert sei. –

Dieses offenkundige Spionagegerücht, das zweifellos aus fremder Spionagequelle stammt, wird in jener ausgesprochen katholischen Gegend um Pretzfeld, Forchheim usw. in jüngster Zeit erzählt. <3580>

◀680▶

RSHA, Amt III (SD)

Bericht

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 6.5.1943

Boberach, S. 5217f.

*Kulturelle Gebiete*

*Aufnahme und Auswirkung der Allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 4.5. bis 6.5.1943*

[...] 4. Der Fall von \*Katyn sei nun auch bis in die entlegensten Land- und Gebirgsdörfer bekannt. Man sei fast ausnahmslos davon überzeugt, daß die Meldungen über den Leichenfund stimmen. Gut gewirkt habe das Protokoll der internationalen Gerichtsärzte-Kommission. In den Meldungen wird übereinstimmend die Ansicht wiedergegeben, daß nun für uns selbst genug darüber geschrieben und gesprochen worden sei. Man wolle gelten lassen, daß eine weitere Behandlung dieses Themas für das Ausland, besonders für die europäischen Neutralen, angebracht sei. Von unseren Zeitungslesern sei immer wieder zu hören, daß sie durch solche „Propagandawalzen“ eher veranlaßt würden, die Zeitung beiseite zu legen. Besondere Ablehnung habe örtlich der Artikel „Jüdisches Geschäft mit Katyn geplant“ in der „Oberdonau-Zeitung“ vom 3.5. erfahren, denn die zitierte angebliche Äußerung des USA-Botschafters Bullitt, daß der Massenmord von Katyn totgeschwiegen werden solle, wenn sich die Sowjets verpflichteten, Japan den Krieg zu erklären, klinge geradezu absurd, und es sei kaum anzunehmen, daß die Gegner diese Angelegenheiten in ihrem politischen Wert so hoch veranschlagten. <3583>

◀681▶

RSHA, Amt III (SD)

Meldungen aus dem Reich

Berlin, 13.5.1943

Boberach, S. 5241f.

*Volkstum*

*Stimmungsmäßige Auswirkung des Falles Katyn unter den polnischen Zivilarbeitern im Reich*

Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches [...] habe die Nachricht von dem bolschewistischen Verbrechen \*Katyn bei einem großen Teil

---

<sup>12</sup> Vgl. \*Viehhandel, jüdischer.

der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter *starke, aber unterschiedliche Beachtung* gefunden.<sup>13</sup> [...] Wenn auch die Aufnahme dieser bolschewistischen Greueltat nicht ganz einheitlich sei, *so sei doch beachtlich, daß die Mehrzahl der polnischen Zivilarbeiter den von deutscher Seite verbreiteten Nachrichten über Katyn Glauben schenke.* [...]

Bemerkenswert erscheine auch die Tatsache, daß viele Polen die Schuld an diesem Massenmord den Juden geben (Münster, Saarbrücken, Bayreuth, Weimar, Halle und Stuttgart). <3584>

#### ◀682▶

#### SD Außenstelle Bad Brückenau III A 4

#### Stimmung und Lage

**Bad Brückenau, 7.5.1943**

**StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg 12**

Aus verschiedenen Orten unseres Bereiches wird berichtet, daß an der Person und den Maßnahmen des Führers in der letzten Zeit sehr viel und scharf Kritik geübt werde. Der Führer habe noch immer zu sehr mit offenen Karten gespielt, z.B. seit den Jahren 1936 bis heute, immer den Bolschewismus als Weltfeind Nr. 1 erklärt und herausgestellt, daß die Zukunft des deutschen Volkes im Osten liege. Damit habe er aber den Widerstand der Sowjets nur herausgefordert. Da und dort hört man auch wieder, daß die Maßnahmen gegen die Juden im Jahre 1938<sup>14</sup> verfehlt gewesen seien. Das seinerzeit zerstörte Gut hätten wir heute bitter notwendig.

<3586>

#### ◀683▶

#### SD Außenstelle Friedberg III A 4

#### Stimmung und Lage

**Friedberg, 14.5.1943**

**StA Abg, NSDAP Gau Schwaben,**

**SD Unterabschnitt Schwaben 2/1**

Der Feind wolle nur Preußen vernichten. Der Einwand, daß bayerische Städte auch schon Luftangriffe aushalten mußten, wird durch die Behauptung entkräftet, daß in München und Nürnberg eben zu viele Preußen wohnten. Augsburg z.B. werde nie heimgesucht werden. Schon allein die in Augsburg noch erhaltene \*Synagoge biete eine Gewähr dafür, daß die Feinde Augsburg verschonen würden.

<3587>

#### ◀684▶

#### SD Abschnitt Halle/S. III C 4

#### Allgemeine Presselenkung

**Halle/S., 22.5.1943**

**BArch, NS 6/153**

Stark beachtet wurden die Veröffentlichungen, demzufolge die Angriffe auf Talsperren von den Juden veranlaßt wurden.<sup>15</sup> Dieser Plan der Juden löste eine

---

<sup>13</sup> Vgl. Zeittafel, 13. April 1943.

<sup>14</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>15</sup> Vgl. Zeittafel, 16./17. Mai 1943. Gemeint sind die „Dam Busters“, eine neue Art der Bombardierung, die der britische Wissenschaftler Barnes Wallis erfunden hatte und die von den Engländern im Mai 1943 gegen Talsperren eingesetzt wurde. Dieser Angriff wurde von deutscher Seite als „Akt der Judenrache“ bezeichnet. Vgl. „Bomber Command. Death by Moonlight

verstärkte antijüdische Stimmung aus. Hierzu kennzeichnende Äußerungen aus Delitzscher Arbeiterkreisen: „Dafür müßten sämtliche noch in Deutschland vorhandenen Juden aufgehangen werden.“ „Schlagt die Juden tot.“ Andererseits bestehen in der Bevölkerung auch gegenteilige Ansichten. Hierzu Stimmen aus der Hallischen Bevölkerung, in denen man zum Ausdruck bringt, daß es von der Regierung und der NSDAP unverantwortlich gewesen sei, zu derartigen Maßnahmen gegen die Juden zu schreiten. Die Judenrache, die jetzt käme, sei schrecklich und man habe dieses nur der Regierung zuzuschreiben. Hätte man deutscherseits die Juden nicht angegriffen, so wäre es bereits zum Frieden gekommen. <3588>

◀685▶

#### SD Abschnitt Linz III C 4

Presse

Linz, 14.5.1943

BArch, NS 6/409

*Auswirkungen der Presse- und Rundfunklenkung  
in der Zeit vom 5.5.-8.5.1943*

[...] Die weitere Berichterstattung über \*Katyn wurde nur von einem kleinen Prozentsatz politisch interessierter Leser verfolgt, während die überwiegende Zahl der Leser von allem, was mit Katyn zusammenhängt, nichts mehr wissen wollte und einschlägige Aufsätze gelangweilt übergehe.<sup>16</sup> In Kreisen politischer Gegner werde die Lautstärke der deutschen Propaganda dahin zu deuten versucht, daß die Ermordung der polnischen Offiziere erst nach der Einnahme von Smolensk durch die deutschen Truppen erfolgte und nun den Sowjets in die Schuhe geschoben werde. So erklärte ein Pfarrer: „Seit sich die deutsche Propaganda so um Katyn annimmt, höre ich immer mehr Stimmen, die der Überzeugung sind, daß diese Morde von Deutschen verübt wurden.“ Ein weiterer Geistlicher äußert dann wörtlich: „Menschen, die den Mord von hunderttausenden Juden, Polen, Serben, Russen etc. auf dem Gewissen haben, steht nicht das Recht zu, sich zu entrüsten, wenn andere nur ein Teilchen von dem taten, was sie selbst laufend praktizieren.“<sup>17</sup> [...] <3589>

◀686▶

#### Regierungspräsident Schwaben

Bericht für Mai 1943

Augsburg, 10.6.1943

BayHStA, StK 106684

*Allgemeine politische Lage und öffentliche Sicherheit  
Volksstimmung und -haltung*

[...] Der Schock von Stalingrad ist noch immer nicht ganz abgeklungen; es besteht in manchen Kreisen die Befürchtung, daß die dort von Russen gemachten Gefangenen in Vergeltung für angebliche Massenerschießungen von Juden durch Deutsche im Osten getötet werden könnten.<sup>18</sup> <3592>

---

Raids“, in: <http://www.valourandhorror.com/BC/Raids/Dam>; Ralf Blank, Sommer 1943.  
Die „Battle of the Ruhr“, in: [http://www.nrw2000.de/ns/battle\\_of\\_the\\_ruhr.htm](http://www.nrw2000.de/ns/battle_of_the_ruhr.htm).

<sup>16</sup> Vgl. Zeittafel, 13. April 1943.

<sup>17</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>18</sup> Vgl. den Bericht für den Vormonat aus Augsburg, ▶678▶.

◀687▶

NSDAP Parteikanzlei II B 4

Auszüge aus Berichten der Gauleitungen u.a. Dienststellen

München, 8.5.1943

BArch, NS 6/415

Zum Fall \*Katyn liegt ein Bericht der Gauleitung Oberschlesien vor; danach hat unsere Propaganda in dieser Angelegenheit nicht nur bei der deutschen, sondern auch polnischen Bevölkerung eine sehr beachtliche Auswirkung gezeitigt. Die Nachrichten sind auf Veranlassung des Gauleiters in sehr ausführlicher Form, einschließlich Namensnennung, im polnischsprachigen Blatt als Sonderdruck bekanntgegeben worden. Die Auswirkungen auf die polnischen Bevölkerungskreise sind positiv. Es mache sich aber in den letzten Tagen die Gegenpropaganda der polnischen Widerstandsbewegung bemerkbar. So seien im Industriegebiet vielfach folgende Anschriften angebracht worden. „Rußland-Katyn“, „Deutschland-\*Auschwitz“. Gemeint ist das im Osten allgemein bekannte \*Konzentrationslager Auschwitz.

<3594>

◀688▶

NSDAP Parteikanzlei II B 4

Auszüge aus Berichten der Gauleitungen u.a. Dienststellen

München, 29.5.1943

BArch, NS 6/415

*Zur Lage*

[...]

Die Bombardierung der Talsperren<sup>19</sup> hat die Bevölkerung des Reiches stark erregt.

[...]„Allgemein erschüttert auch die Tatsache, daß es dem Feind möglich war, die Talsperren im Ruhrgebiet zu zerstören. Die Erfolge, die die englisch-amerikanische Luftwaffe mit der Zerstörung der Talsperren erzielen konnten, haben unsere Propaganda dazu veranlaßt, die Angelegenheit als jüdisch inspirierte Greuelthat aufzuziehen. Diese Art der propagandistischen Auswertung wird allgemein abgelehnt. Man sagt, daß die Talsperren sehr wohl kriegswirtschaftlich wichtige Ziele seien, die um dieser Eigenschaft willen zerstört worden sind. Daß die Zivilbevölkerung unter diesem Feinderfolg zu leiden hat, ist sehr bedauerlich, aber im Kriegsgeschick insgesamt gesehen unvermeidlich.“ (Halle-Merseburg) [...]

„In den Presseberichten über den englischen Fliegerangriff auf die Talsperren wird davon gesprochen, daß diese Angriffe auf den Einfall eines Juden zurückzuführen sind. Die Bevölkerung übt an diesem Bericht scharfe Kritik: sie ist der Meinung, daß zu kriegswichtigen Zielen selbstverständlich Talsperren, Schleusen u.a. Anlagen gehören und wenn bisher Angriffe auf Anlagen dieser Art in England unterblieben sind, weil wir erst auf einen Geistesblitz eines Juden warten mußten, dann sollen sich die verantwortlichen Männer ihr Lehrgeld wiedergeben lassen. Die Bevölkerung kritisiert zwei Dinge sehr stark:

1) Die Zerstörung der Talsperren ist ein außerordentlicher Erfolg der Engländer und die Umfälschung des berechtigten Angriffs auf eine kriegswichtige Anlage in einen reinen Terrorangriff wird nicht verstanden und

2) im Zusammenhang mit Vorstehendem ist die Heraushebung eines Juden durchaus unverständlich.“ [...]

---

<sup>19</sup> Vgl. ◀684▶, Anm. 15.

### *Propaganda*

[...] Im allgemeinen wird die Propaganda als zu starr und unbeweglich angesehen. Bekanntlich ist die Propaganda die beste, von der man nicht merkt, daß sie Propaganda ist. Unsere Propaganda dagegen, so argumentiert man, arbeitet mit dem Holzhammer. Herausgegebene Parolen werden in Presse und Rundfunk so schlagartig durchgeführt, daß jeder einzelne sofort merkt, hier wird nach einer herausgegebenen Parole gearbeitet. Dies wirkt sich aber psychologisch zweifellos nicht gut aus. Z.B. die antijüdische Haltung der Presse hat so plötzlich angesetzt und wird derartig übertrieben, daß wahrscheinlich die Wirkung wenigstens auf das deutsche Volk verloren gehen wird. <3595>

◀689▶

#### **NSDAP Kreisleitung Nördlingen Politischer Lagebericht**

**Nördlingen, 10.5.1943**

**StA Abg, NSDAP Gauleitung Schwaben 2137**  
*Allgemeines*

Die Haltung der Bevölkerung ist nach wie vor als gut zu bezeichnen, d.h. daß man sich bewußt ist, daß der Sieg unser sein muß. Allerdings muß nach wie vor leider die Beobachtung gemacht werden, daß die Stimmung immer wieder Schwankungen unterworfen ist. [...] Es kann daher nicht oft genug und seitens der Partei durch Propaganda dahin gewirkt werden, den Leuten klar zu machen, um was es geht und daß in dieser entscheidenden Zeit um Sein oder Nichtsein von Deutschlands Zukunft eben persönliche Sachen zurückstehen müssen.

Auf der anderen Seite kann man nicht ganz verstehen, daß heute noch Juden herumlaufen, oder gar, wie mir persönlich ein Fall bekannt ist, daß ein Jude in München als Kraftfahrer tätig ist. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn Gerüchte immer verbreitet werden, denn gerade aus den Judenkreisen dürfte jedoch Stimmung gegen Deutschland gemacht werden und die Verbreitung von Gerüchten stärkstens unterstützt werden. <3597>

◀690▶

#### **NSDAP Kreisleitung Bad Neustadt/Aisch Weltanschaulicher Bericht**

**Bad Neustadt/Aisch, 17.6.1943**

**StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 81**  
*Weltanschauliche Lage*

[...]

*[Judenfrage]*

Die Judenfrage ist wieder aktueller geworden—man spricht in der Öffentlichkeit wieder mehr davon. Ursache ist der „Fall von \*Katyn“, dann ein verstärkter Hinweis in allen Schulungen, Versammlungen und Sprechabenden auf die Ziele und Gefährlichkeit des Judentums.<sup>20</sup> Schließlich auch die fortgesetzten Berichte der Zeitungen über das Anwachsen des Antijudaismus in England und den USA. [...]

<3606>

---

<sup>20</sup> Vgl. \*Judenfrage.

◀691▶

NSDAP Kreisleitung Rothenburg/T.  
Weltanschaulicher Lagebericht

Rothenburg/T., 21.6.1943

StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 83

*\*Judenfrage*

Es gibt noch immer Vg., die es nicht glauben wollen, daß die Juden diesen Krieg wollten und daher an ihm schuldig sind. <3609>

◀692▶

NSDAP Parteikanzlei II B 4

Auszüge aus Berichten der Gauleitungen u.a. Dienststellen

München, 12.6.1943

BArch, NS 6/415

*Tätigkeit der Kirche*

[...] „Über die politische Instinktlosigkeit gewisser konfessionell gebundener Kreise<sup>21</sup> berichtet die \*SD-Außenstelle Lübbecke:

Auf die Meldungen von dem grauenerregenden Mord im Walde von \*Katyn wurde von klerikalen Gruppen wie folgt Stellung genommen:

Die Nationalsozialisten hätten gar nicht das Recht, sich über die viehische Abschachtung aufzuregen. Bei der Bekämpfung der Juden im Osten<sup>22</sup> habe die \*SS ähnliche Abschachtungsmethoden angewandt. Die scheußliche und unmenschliche Behandlung, wie sie den Juden durch die SS zuteil geworden wäre, fordert geradezu eine Bestrafung unseres Volkes durch den Herrgott heraus. Wenn diese Ermordungen sich nicht bitter an uns rächen würden, dann gäbe es keine göttliche Gerechtigkeit mehr! Das deutsche Volk habe eine solche Blutschuld auf sich geladen, daß es auf eine Barmherzigkeit und Verzeihung nicht rechnen könne. Alles räche sich bitter auf Erden. Aufgrund dieser barbarischen Methoden sei auch eine humane Kriegsführung unserer Gegner nicht mehr möglich. [...]“ (Westfalen-Nord) <3604>

◀693▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Juni 1943

Ansbach, 7.7.1943

BayHStA, StK 106679

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

[...] Die vom Reichssicherheitshauptamt Berlin für den 10. Juni<sup>23</sup> angeordnete Beschlagnahme des gesamten Vermögens der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ wurde in den Geschäftsstellen Nürnberg und Fürth reibungslos durchgeführt.

Am 18. Juni wurden aus dem Regierungsbezirk die letzten Rassejuden, die nicht in deutsch-jüdischer \*Mischehe leben oder gelebt haben, \*evakuiert. Hiervon wurden 86 Juden nach dem Osten und 36 nach \*Theresienstadt abgeschoben.

<sup>21</sup> Vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

<sup>22</sup> Vgl. Zeittafel, 22. Juni 1941.

<sup>23</sup> Vgl. Zeittafel.

Insgesamt sind im Regierungsbezirk Oberfranken-Mittelfranken noch 242 Juden wohnhaft, von denen 153 in privilegierter, 63 in nicht privilegierter Mischehe leben.<sup>24</sup> Der Rest setzt sich aus 23 Geltungsjuden und 3 Ausländern zusammen. 22 Juden befinden sich z.Zt. in Haft<sup>25</sup> oder im \*Konzentrationslager. Von den oben genannten 242 Juden haben 167 ihren Wohnsitz in Nürnberg, 33 in Fürth, die übrigen in den Landgemeinden. <3603>

◀694▶

**Gendarmerie Sandberg  
Allgemeiner Bericht**

**Sandberg, 28.6.1943**

**StA Wü, LRA Bad Neustadt 21910**

Seitdem in den Ortschaften hier bombengeschädigte Personen aus Barmen-Wuppertal sind, wird inbezug auf Kriegsergebnisse die Aufmerksamkeit ganz auf die britisch-amerikanischen Luftangriffe auf deutsche Städte gelenkt. Man hört nur immer wieder die Frage: Wo hat der Feind in der vergangenen Nacht angegriffen? Wieviele Menschen werden wieder dabei totgegangen sein?

Die Bombengeschädigten lassen bei Schilderung ihrer Erlebnisse durchblicken, daß nur der Jude der Veranlasser solcher Grausamkeiten sei und daß dieser ganz besonders es nicht gerne sehe, daß sein ehemaliger Besitz in Deutschland jetzt von einem anderen Menschen beherrscht werde. <3610>

---

<sup>24</sup> Vgl. \*Mischehen; „privilegierte Mischehen“ dort.

<sup>25</sup> Vgl. \*Schutzhaft.

XIV.  
Das „entjudete“ Dritte Reich  
(Juli 1943–März 1945)

◀695▶

RSHA, Amt III (SD)  
SD-Berichte zu Inlandsfragen

Berlin, 8.7.1943

Boberach, S. 5448f.

*Stimmen zur Bombardierung des Kölner Doms*

[...] Es liegen auch Stimmen vor, die die Bombardierung des Kölner Doms und anderer deutscher Kirchen in *Zusammenhang mit den seinerzeitigen Zerstörungen der \*Synagogen in Deutschland*<sup>1</sup> gebracht haben und daher jetzt „die Strafe Gottes“ wirksam werde [sic].<sup>2</sup> Hin und wieder heißt es sogar, die römisch-katholische Kirche bilige diese Vergeltung an den deutschen Kirchen, insbesondere auch, weil im bisherigen Kriegsverlauf auch von deutscher Seite Kirchen im Feindesland vernichtet worden seien.

<3616>

◀696▶

RSHA, Amt III (SD)  
SD-Berichte zu Inlandsfragen

Berlin, 26.7.1943

Boberach, S. 5531

*Meldungen über die Entwicklung der öffentlichen Meinungsbildung*

[...] Von den aktuellen Meldungen der letzten Zeit sei unter dem Eindruck der Ereignisse an den Fronten die Meldung von der *Aufdeckung neuer Massengräber in Winniza*<sup>3</sup> nur wenig beachtet worden. Häufig ist die Meinung zu hören, daß auch von uns alle gegnerischen Elemente im Osten, vor allem die Juden, ohne Rücksicht ausgemerzt worden seien. Dabei spielen Erzählungen von Soldaten und anderen im Osten eingesetzter Personen eine große Rolle. Außerdem zeige die Bevölkerung im Hinblick auf die nun fast täglich eintretenden Menschenverluste durch feindliche Bomber im Westen und im Norden wenig Neigung, sich mit den ukrainischen Opfern des Bolschewismus besonders zu beschäftigen.

<3618>

---

<sup>1</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>2</sup> Wie aus dem vorliegenden und mehreren anderen Berichten hervorgeht, war das Schuldbewußtsein für die Ereignisse der \*Kristallnacht im Kollektivgedächtnis der Deutschen stärker eingepreßt als der seit Sommer 1941 systematisch begangene Massenmord an den Juden aus Deutschland und in dem von Deutschland beherrschten Europa. Vgl. Zeittafel, 22. Juli und 14. Oktober 1941, 16./17. Mai 1943 sowie, ▶699▶, ▶700▶, ▶706▶, ▶707▶, ▶711▶, ▶692▶.

<sup>3</sup> In der ukrainischen Stadt Winnitsa, die am 11. Juli 1941 von deutschen Truppen besetzt wurde, ermordete man am 19. September 1941 ca. 8000 Juden aus der Stadt und Umgebung. (Vgl. EJL, Bd. III, S. 1403f.) Beim Rückzug der Wehrmacht im Juli 1943 entdeckte man die Massengräber, worauf die deutsche Propaganda versuchte, ähnlich wie im Falle \*Katyn eine neue, allerdings mißlungene Kampagne in Gang zu setzen. (Zusätzliche Dokumente zum Fall vgl. Kulka, 'Public Opinion', S. 251f. und Anm. 182, 183, zitiert nach GStA, Rep. 320, Nr. 519).



◀697▶

**SD Hauptaußenstelle Würzburg III A 4**  
**Allgemeine Stimmung und Lage**

**Würzburg, 27.7.1943**

**BArch, R 58/1130**

An einem Gegenschlag, über dessen Vorbereitungen und Beginn immer noch die kuriosesten Dinge kolportiert werden, wird mehr und mehr gezweifelt. Bei fortschreitender Zerschlagung unserer Industrie sehe man daher keinen Weg mehr zum Sieg. Die Auswirkung zeigt sich bei älteren Vg., sowie in katholischen Kreisen in Hinweisen: „Sie sollen halt nachgeben, bevor unser ganzes Deutschland dem Erdboden gleich gemacht ist“, oder „Was sollen wir noch arbeiten, wenn wir vielleicht schon morgen nichts mehr haben oder überhaupt nicht mehr da sind“. Die katholischen Kreise, insbesondere auf dem Lande, sind auch der Überzeugung, „daß der Nationalsozialismus an allem schuld sei und wenn dieser nicht gekommen wäre, wären die Feinde nicht so gehässig auf uns. Die Vertreibung der Juden hätte nicht erfolgen sollen, dann würden diese heute nicht so gegen uns arbeiten.“ <3621>

◀698▶

**Oberlandesgericht Bamberg**  
**Bericht über die allgemeine Lage in den Bezirken**

**Bamberg, 2.8.1943**

**BArch, R 22/3955**

Angesicht der großen Zahl von Bombengeschädigten, die oft nur notdürftig bekleidet nach Verlust ihrer ganzen Habe bei ihren Gastgebern eintreffen, wird in letzter Zeit häufiger die Frage erörtert, ob man nicht eines Tages auf das Privateigentum der bisher verschont Gebliebenen zurückgreifen werde, um die Obdachlosen mit dem Notwendigsten zu versorgen. Dabei taucht immer wieder die Frage auf, was denn mit den Einrichtungen usw. der zahlreichen Juden geschehen sei, die bis vor einigen Jahren in Deutschland ansässig waren und in der überwiegenden Mehrzahl zu den begüterten Kreisen gehört hatten. Diese Möbel genügten, um alle Bombengeschädigten hinlänglich auszustatten, sie müßten in erster Linie verfügbar gemacht werden. Es gehe nicht an, daß die Leute, die damals um wenig Geld und ohne zwingenden Grund den Besitz der abgeschobenen Juden an sich gebracht hatten, nun auf ihrer Beute ungestört sitzen bleiben. <3624>

◀699▶

**SD Außenstelle Würzburg**  
**Allgemeine Stimmung und Lage**

**Würzburg, 3.8.1943**

**StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg 23**

[...] In Ochsenfurt wird das Gerücht verbreitet, daß Würzburg nicht durch feindliche Flieger angegriffen würde, da in Würzburg keine \*Synagoge gebrannt habe.<sup>4</sup> Andere erzählen wiederum, daß nunmehr auch die Flieger nach Würzburg kämen, da vor kurzer Zeit der letzte Jude Würzburg verlassen habe. Dieser habe vor seinem Abtransport<sup>5</sup> erklärt, daß nun auch Würzburg Luftangriffe bekommen werde. [...]

<3628>

---

<sup>4</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>5</sup> Vgl. \*Deportation von Juden.

◀700▶

**NSDAP Ortsgruppe Weigolshausen  
Stimmungsbericht**

**Weigolshausen, 13.8.1943**

**StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 677**

[...] Neuerdings macht in gewissen, bekannten Kreisen die Erkenntnis die Runde, daß die deutschen Städte und Kirchen nur deshalb mit Feuer überschüttet würden, weil „man“ vor einigen Jahren die \*Synagogen in Deutschland ausgebrannt hat.<sup>6</sup>

Bei einer mehr als dreistündigen politischen Unterhaltung, die ich vergangenen Sonntag abend mit einem Bauern, einem sehr frommen Mann hatte, zeigten sich deutlich verschiedene Tendenzen, die in diesem Lager vorherrschen: Ohne Hitler kein Krieg – Unser Kampf gegen die Juden habe die jetzige Ausartung des Krieges gebracht, der Bolschewismus nicht so gefährlich, wie er dargestellt wird – Zweifel am Sieg – und, wenn etwas an der Religion geändert würde, gäbe es Aufstand im Lande. [...] <3635>

◀701▶

**SD Außenstelle Würzburg  
Allgemeine Stimmung und Lage**

**Würzburg, 31.8.1943**

**StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg 23**

[...] Die Berufung von \*Himmler zum Reichsinnenminister wurde nicht so sehr beachtet, wie das erwartet wurde, aber trotzdem beschäftigt sich die Bevölkerung damit. In Kreisen der Intelligenz stößt man auf die Ansicht, in diesem Wechsel komme eine Schwäche der Regierung zum Ausdruck, die durch einen starken, mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Mann noch zu retten versucht. [...]

In der Person des Reichsführers \*SS Himmler will man schon deswegen einen viel schärferen Mann erblicken, weil man ihm die ganzen Maßnahmen, die gegen die Juden ergriffen worden sind, zuschiebt.<sup>7</sup> Es wird deshalb die Befürchtung geäußert, daß er vor keinem Mittel zurückschrecken werde. Andererseits begegnet man aber in positiv zum Staate stehenden Kreisen der Ansicht, daß es nur so hätte kommen können. [...] <3629>

◀702▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für August 1943**

**Ansbach, 7.9.1943**

**BayHStA, StK 106679**

*Allgemeines  
Juden*

Festgenommen wurde der Rasse- und Bekenntnisjude Dr. Daniel Leopold Israel, led. Krankenbehandler<sup>8</sup> in Fürth i. Bay., weil er sich am 18.6.1943 durch Flucht seiner Evakuierung nach dem Osten entzogen hatte. Er wurde als Polizeigefangener in das Gerichtsgefängnis Fürth eingeliefert, wo er sich am 30.8.43 erhängte.<sup>9</sup> <3631>

---

<sup>6</sup> Vgl. ◀695▶, Anm. 2.

<sup>7</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.

<sup>8</sup> Vgl. \*Ärzte, jüdische.

<sup>9</sup> Vgl. \*Selbstmorde von Juden im Dritten Reich.

◀703▶

**Gendarmerie Burglengenfeld  
Monatsbericht**

**Burglengenfeld, 27.8.1943**

**StA Am, BA Burglengenfeld 18051**

*Politische Lage*

[...] Staatsfeindliche Bestrebungen wurden nicht wahrgenommen. Juden wohnen im Postenbereich nicht. [...]

<3633>

◀704▶

**NSDAP Kreisleitung Weißenburg/Bay.  
Weltanschaulicher Bericht, 21.6.-20.8.1943**

**Weißenburg, o.D.**

**StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 85**

*Judenfrage, Bolschewismus*

Es greift in weiten Schichten des Volkes in erschreckendem Maße die Ansicht Platz, daß es völlig gleichgültig sei, ob das deutsche Volk unter der Herrschaft der Engländer, Amerikaner oder gar der Bolschewisten komme, wenn nur der entsetzliche Krieg einmal zu Ende gehe. Sicher tragen dazu viel bei die nicht gerade über-treibenden, aber doch z. Teil mit Absicht aufreizenden und aufhetzenden Schilderungen evakuierter Volksgenossen aus den vernichteten Städten.

Eines stimmt: Es ist gleich, ob England, USA oder UdSSR die Macht in Europa antritt, denn hinter diesen 3 Mächtegruppen steht der Jude. Leider wird der Jude und die damit verbundene Gefahr im Volk nicht mehr beachtet. Es muß aber durch die weltanschauliche Schulung dem Volke klar gemacht werden, daß der Jude – gelingt es ihm, in Europa wieder einzubrechen und die Herrschaft an sich zu reißen – seinem alttestamentarischen Haß keine Zügel anlegt, besonders nicht dem deutschen Volk gegenüber.<sup>10</sup>

Das Volk muß erkennen, daß es kein zweites 1918 mehr geben wird und geben darf. Der Jude würde dann für immer die Herrschaft über die Welt antreten. <3636>

◀705▶

**SD Außenstelle Kitzingen  
Allgemeine Stimmung und Lage**

**Kitzingen, 13.9.1943**

**StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 17**

Aus dem Kitzinger Gußwerk werden in steigendem Maße *abträgliche Äußerungen* ehemaliger Kommunisten gemeldet. Beispiele: [...]

Angestellter: „Das Gemeine von unseren führenden Persönlichkeiten ist, daß sie, nachdem sie die Juden ausgerottet haben,<sup>11</sup> sich in deren Häusern breitmachen und ihren \*arischen Arsch in die jüdischen Betten legen. Man weiß es ja, wie sie die kostbaren Teppiche, Möbel und das Silber bei Nacht und Nebel aus den jüdischen Wohnungen geschleppt haben.“

<3644>

---

<sup>10</sup> Vgl. Hitlers rhetorische Verzerrung des alttestamentarischen Wortes „Auge um Auge und Zahn um Zahn“ in Bezug auf die „\*Endlösung der Judenfrage“ in seiner Rede vom 30. Januar 1942 und deren Aufnahme in der Bevölkerung; ▶618▶.

<sup>11</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.

◀706▶

SD Außenstelle Schweinfurt  
Allgemeine Stimmung und Lage

Schweinfurt, 6.9.1943

StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 22

*Allgemeine Stimmung und Lage*

Das Tagesgespräch bildete in allen Bevölkerungsschichten, sowohl in den Städten als auch auf dem Lande, immer noch der Luftangriff auf Schweinfurt. Die Menschen sind teilweise immer noch tief erschüttert, besonders die Betroffenen, welche Angehörige und ihr ganzes Hab und Gut verloren haben. Die Stimmung unter diesen Menschen ist heute immer noch eine niedergeschlagene und nicht die rosigste. Man konnte des öfteren die Äußerungen hören, daß dies die Vergeltung für unser Vorgehen im November 1938 gegen die Juden sei.<sup>12</sup> Man wünscht und hofft nur, daß ein zweiter Angriff nicht mehr kommt, trotzdem wird allgemein damit gerechnet. <3647>

◀707▶

SD Hauptaußenstelle Würzburg III A 4  
Allgemeine Stimmung und Lage

Würzburg, 7.9.1943

StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 37

Gerüchte über ein Ultimatum der Angloamerikaner mit der Androhung eines Großangriffes auf das ganze Reichsgebiet und Stalins mit der Forderung der Preisgabe der Ukraine wurden u.a. in Arbeiterkreisen erzählt.

In Bezug auf den Bombenkrieg sind Äußerungen zu hören, daß dies die Vergeltung für unser Vorgehen im November 38 gegen die Juden<sup>13</sup> sei. Auch wird in Erwägung gezogen, ob wohl nach dem Verlust des Krieges die Juden wieder ihre Wohnstätten in Besitz nehmen. Dabei wird auf die Schonung ausgesprochener Judenstädte hingewiesen. (Fürth, Frankfurt usw.). <3648>

◀708▶

SD Außenstelle Bad Neustadt  
Allgemeine Stimmung und Lage

Bad Neustadt, 15.10.1943

StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 14

Einem Gerücht aus Münnerstadt zufolge hätten die Feindmächte über das Rote Kreuz an den Führer die Frage gestellt, wo die früher im Reich ansässigen Juden verblieben seien.<sup>14</sup> Der Führer hätte daraufhin die Juden wieder ausgraben und

<sup>12</sup> Vgl. \*Kristallnacht, sowie ▶695▶ und Anm. 2 dort.

<sup>13</sup> Vgl. ebda.

<sup>14</sup> Zur Anfrage des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) und dem Referat IV B 4 im \*RSHA unter \*Eichmanns Leitung vgl. Dokumentation in Kulka, Ghetto in Annihilation Camp, sowie Adler, Die verheimlichte Wahrheit, Nr. 215, 224, 304. Um den Anfragen bezüglich der Massenvernichtung von Juden (vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“) zu begegnen, wurde dem IRK der Besuch einer Kommission im „Musterghetto“ Theresienstadt gestattet, der am 23. Juni 1944 tatsächlich erfolgte. Bezüglich des geplanten nachfolgenden Besuches in „einem jüdischen Arbeitslager \*Birkenau bei Neu Berun“ (des sogenannten „Familienlagers“ der Juden aus Theresienstadt) vgl. oben genannte Dokumentation in Kulka.

verbrennen lassen, damit bei einem weiteren Rückzug im Osten den Sowjets kein Propagandamaterial wie das bei \*Katyn<sup>15</sup> usw. in die Hände fallen würde.<sup>16</sup> <3652>

◀709▶

**NSDAP Kreisschulungsamt Rothenburg/T.  
Weltanschaulicher Lagebericht**

**Rothenburg/T. 22.10.1943**                      **StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 83**  
*Weltanschauliche Auswirkungen propagandistischer und  
tagespolitischer Maßnahmen*

[...] Die Terrorangriffe der Anglo-Amerikaner während des Tages 1. Angriff auf Schweinfurt haben auf ängstliche Gemüter niederdrückend gewirkt. Mit umso größerer Befriedigung wurden die Abwehrergebnisse beim 2. Angriff auf Schweinfurt zur Kenntnis genommen. Vielfach hört man die Meinung bei den Vg., daß die Terrorangriffe eine Auswirkung der durchgeführten Maßnahmen gegen die Juden sind.<sup>17</sup> [...]

*Judenfrage*

*Ortsgruppe Hartershofen:* Das Märchen vom „anständigen Juden“ tritt zur Zeit wieder auffällig hervor. Man hört des öfteren die Meinung vertreten, daß die Juden von der Partei zu hart behandelt worden seien. Heute räche sich dieses.

Die Leute glauben auch nicht an den Endsieg. Sie möchten heute schon am liebsten vorbeugen und sich mit den Juden gutstellen, wenn es dazu nur Möglichkeiten gibt.  
<3661>

◀710▶

**NSDAP Kreisleitung Weißenburg  
Weltanschaulicher Bericht**

**Weißenburg, 23.10.1943**                      **StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 85**  
*Judenfrage*

In Ellingen wurde von einer alten Frau erzählt: Die Engländer hätten Flugblätter abgeworfen, auf denen angekündigt worden war, daß in den nächsten Tagen die ehemaligen Judenorte Ellingen, Gunzenhausen, Treuchtlingen, Wettelsheim<sup>18</sup> durch Fliegerbomben zerstört werden.  
<3662>

---

<sup>15</sup> Vgl. Zeittafel, 13. April 1943.

<sup>16</sup> Das Gerücht entspricht im Grunde den Tatsachen. Die Entscheidung, die Spuren des NS-Massenmordes zu verwischen, fiel Anfang 1942. Unter der Bezeichnung „Aktion 1005“ wurden vom Sommer 1942 bis Sommer 1943 die Leichen in den Vernichtungslagern ausgegraben und verbrannt, und ab Anfang Juni 1943 begann in ähnlicher Weise die Beseitigung der Massengräber in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, Polens und Jugoslawiens. Die letzte Phase der Aktion dauerte bis Anfang 1944. (Vgl. „Aktion 1005“ in EH, Bd. I, S. 10-14.)

<sup>17</sup> Hier sowie in den folgenden Berichten sind unter diesen Maßnahmen die \*Kristallnacht-Pogrome und die „\*Endlösung“ gemeint.

<sup>18</sup> In diesen Orten war der Prozentsatz der Juden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung relativ hoch.

◄711►

**SD Außenstelle Schweinfurt  
Bericht**

Schweinfurt, 11.10.1943

**StA Wü, SD Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 22**

*Allgemeine Stimmung und Lage*

[...] Starke Beachtung und Diskussionen lösen die laufenden Bombardierungen deutscher Städte in der bäuerlichen Bevölkerung aus. Die älteren Leute und zwar besonders in katholischen [...] <sup>19</sup> bringen diese Bombardierungen immer wieder in Zusammenhang mit der Be[...] <sup>20</sup> der Juden im Jahre 1938. <sup>21</sup> Ein VM aus dem Landkreis Hofheim schreibt folgendes: In den letzten Tagen ging in Hofheim das Gerücht herum, daß in nächster Zeit folgende Orte bombardiert würden, weil in ihnen einmal die Juden ihre Geschäfte machten, und zwar Burgreppach, Ermershausen und Haßfurt. Ein gleiches Gerücht besagt, der Jude Eckmann, ehemals in Lendershausen bei Hofheim, habe bei seinem Abtransport geäußert, 1944 kämen die Juden wieder zurück. Heute will man offenbar damit sagen, daß es mit uns dem Ende zugeht und bis 1944 alles erledigt ist. <3656>

◄712►

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken  
Bericht für Oktober 1943**

Ansbach, 8.11.1943

**BayHStA, StK 106679**

*Juden*

Im Zuge der \*Evakuierungsmaßnahmen gegen Juden wurde ein türkisches Jude Ehepaar und der Jude Walter Israel Behrendt festgenommen. <sup>22</sup> <3658>

◄713►

**Regierungspräsident Schwaben  
Bericht für Oktober 1943**

Augsburg, 10.11.1943

**BayHStA, StK 106684**

*Allgemeine politische Lage*

[...]

*Juden*

Am 1.10. hielten sich im Regierungsbezirk 68 reichsangehörige und 3 ausländische Juden auf. <3659>

◄714►

**NSDAP Kreisleitung Weißenburg  
Stimmungsbericht, 21.8. bis 20.9.1943**

Weißenburg, 25.10.1943

**StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 85**

Die Grundstücke (Friedhöfe, Leichenhäuser usw.) der jüdischen Kulturgemeinde <sup>23</sup> [sic] Treuchtlingen sind durch Kauf an die Stadtgemeinden Treuchtlingen und Pappenheim übergegangen. <3663>

<sup>19</sup> Ein Wort nicht lesbar.

<sup>20</sup> Mehrere Buchstaben nicht lesbar.

<sup>21</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>22</sup> Vgl. \*Schutzhaft, sowie \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

<sup>23</sup> Vgl. \*Kultusgemeinde.

◀715▶

**SD Außenstelle Minden**

**Freilassung der Jüdin Frau Bartz, Bad Oeynhausen**

**Minden, 5.11.1943**

**StA Det, M 18 Nr. 11**

Ein Mitarbeiter aus Bad Oeynhausen meldet:

„Die Jüdin Bartz ist noch immer im Polizeigefängnis in Bad Oeynhausen und darüber sind hier Einwohner der Stadt sehr ungehalten und unzufrieden. Wenn bisher auch alles ruhig geblieben ist, so bleibt es anscheinend nicht lange so. Seit zwei Tagen erhalte ich abends– in meiner Privatwohnung– Telefongespräche, die ich nachstehend so ungefähr aufführe:

„Was macht die Jüdin noch in Bad Oeynhausen? Warum greift die Partei nicht ein. Gibt es keine Gerechtigkeit mehr in Deutschland? Wenn ein armer Teufel etwas sagt, wird er eingesteckt, die Jüdin sitzt fein warm in der Polizeiwache. Haben die Juden jetzt einen besonderen Schutz?

Wir lassen uns so etwas nicht länger gefallen, wenn die Polizei versagt, müssen wir eingreifen. Wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, so melden wir die Sache bei Heinrich \*Himmler, der wird sicher Abhilfe schaffen. Wir werden uns auch noch nach Berlin wenden müssen, wenn Bad Oeynhausen nicht weiter kann.“

Die Gespräche werden ohne Namensnennung durchgegeben. Als ich einige Male fragte, wer da wäre, wurde aufgehängt. Dabei wurde zweimal mein Name genannt und gesagt: „Sind Sie nicht so weich“, „Wenn wir nicht hart werden, so fressen uns die Juden noch auf“. An der Stimme habe ich niemanden erkannt, ich weiß auch nicht, wer mich angerufen hat. Nach meiner Ansicht muß die Jüdin hier verschwinden, ehe es noch weitere vielleicht unliebsame Auftritte hier gibt.“ <3668>

◀716▶

**SD Hauptaußenstelle Würzburg III A 4**

**Allgemeine Stimmung und Lage**

**Würzburg, 9.[11.]1943**

**BArch, R 58/1150**

Die Bombardierung der Vatikanstadt hat insbesondere in der kath. ländlichen Bevölkerung Aufsehen erregt und Empörung hervorgerufen, wahrscheinlich deshalb, weil man der Feindpropaganda über den Schutz der Kirche Glauben geschenkt hatte. In Parteikreisen ist man über „diese Lüftung des Schleiers über die Einstellung des Judentums<sup>24</sup> zur Kirche“ erfreut.<sup>25</sup> <3669>

◀717▶

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**

**Bericht für November 1943**

**Ansbach, 7.12.1943**

**BayHStA, StK 106696**

*Allgemeines*

[...]

<sup>24</sup> Die Vorstellung, daß die Kriegsführung der Alliierten von Juden und ihren Interessen beherrscht wurde, entspricht der NS-Ideologie und Propaganda.

<sup>25</sup> Der Text wurde fast wortgetreu dem Bericht der SD Außenstelle Lohr vom 8.11.1943 entnommen, vgl. <3667>.

### *Juden*

Gegen den Bekenntnis- und Rassejuden Gerhard Israel Schwarz in Nürnberg, der sich seit längerer Zeit wegen Beschädigung von Werkzeugen in gerichtlicher Untersuchungshaft befindet, hat das Reichssicherheitshauptamt Berlin \*Schutzhaft und Einweisung in ein \*Konzentrationslager angeordnet.

Auch in diesem Monat wurden die laufenden Kontrollen gegen die noch im Dienstbereich wohnhaften Juden hinsichtlich der Einhaltung der gegen sie erlassenen Gesetze und Anordnungen durchgeführt.

In 216 Fällen wurden Anträge auf Vermögensverfall gemäß der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz<sup>26</sup> bearbeitet. <3670>

#### ◀718▶

#### **Stimmungs- und Gerüchteerfassung<sup>27</sup>**

**Frankfurt/M. 4.12.1943**

**HStA Wi, Abt. 483 Nr. 10885**

Zum Judenproblem ist festzustellen, daß hier der weitaus größte Teil des Volkes unseren Veröffentlichungen und Propagandaparolen folgt. „Der Jude hat uns die Suppe eingebrockt“ ist die allgemeine Redensart. Nur in gewissen intellektuellen Kreisen ist man geneigt, heute wie früher Einschränkungen zu machen. <3672>

#### ◀719▶

#### **RSHA, Amt IV (Gestapa)**

#### **Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse**

**Berlin, 17.12.1943**

**BArch, R 58/212**

#### *Opposition*

Im Reichsgebiet wurden mit Schreibmaschine durchgeschlagene 5-seitige „Rundbriefe (Rundschreiben) an die Angehörigen von Stalingradkämpfern“ in der Form von 3 Kettenbriefen durch Postversand verbreitet. Die Briefe gingen einem großen Personenkreis zu und geben Kenntnis von der umfangreichen Nachforschungstätigkeit des Briefschreibers über das Schicksal der bei den Kämpfen um Stalingrad vermißten deutschen Soldaten. Dabei wird z.T. auf augenblickliche Unterlagen oder Aussagen von Wehrmachtsstellen bzw. Offizieren hingewiesen. Der Rundbrief Nr. 3 enthält außerdem Angriffe gegen den Staat, grobe Versuche zur Untergrabung des Vertrauens gegen die Führung und übt u.a. staatsfeindliche Kritik wegen der Behandlung von Juden durch Deutschland.<sup>28</sup> [...] <3675>

#### ◀720▶

#### **NDSAP Kreisleitung Erkelenz**

#### **Weltanschaulicher Lagebericht**

**Erkelenz, 29.12.1943**

**HStA Dü, RW 23/99 Bd. I**

#### *Judenfrage*

Durch die Schulungen „Der Jude als Weltparasit“ ist die \*Judenfrage eingehend beleuchtet worden. Die Volksgenossen sehen jetzt ein, daß der Jude allgemein, also auch außerhalb von Europa, unser größter Feind ist. <3677>

<sup>26</sup> Vgl. Zeittafel, 25. November 1941.

<sup>27</sup> Aus dem im HStA Wiesbaden erhaltenen Dokument ist die berichterstattende Stelle nicht zu entnehmen. Das Schreiben ist an die Kreispropagandaleitung adressiert.

<sup>28</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.



◀721▶

NSDAP Kreisleitung Eichstätt

Weltanschaulicher Bericht für Oktober bis Dezember 1943

Eichstätt, 27.12.1943

StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 76

*Judenfrage*

In der \*Judenfrage muß unser Volk immer noch eingehender aufgeklärt werden. Heute hört man hin und wieder, der Führer hätte den größten Fehler gemacht, daß er die Juden seinerzeit aus Deutschland hinausließ, heute wirken sie gegen uns. In den besetzten Gebieten sei der Jude noch da und betätige sich gegen uns. <3679>

◀722▶

SD Abschnitt Koblenz

Rundfunkprogramm-Beobachtung

Koblenz, 24.1.1944

Brommer, Bd. 2, S. 471ff.

*Kulturelle Gebiete*

*Rundfunk*

In letzter Zeit mehren sich aus allen Kreisen der Bevölkerung in steigendem Maße kritische Stimmen zur Gestaltung der musikalischen Rundfunksendungen, vor allem der Unterhaltungsmusikprogramme. Im folgenden wird eine zusammenfassende Stellungnahme eines führend tätigen Theatermannes, der zu diesem Thema Stimmen aus dem Volke hörte, wiedergegeben: [...]

Auch bei der Spalte „Unterhaltungsmusik“ müsse alle jüdische Infektion konzessionslos ausgemerzt werden. <3682>

◀723▶

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken

Bericht für Januar 1944

Ansbach, 8.2.1944

BayHStA, StK 106696

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

Festgenommen wurden:

a) Isak Hirsch in Nürnberg, weil er seit längerer Zeit unterließ, den \*Judenstern zu tragen.

b) [N.N.], lediger kaufmännischer Angestellter in Sendelbach, Landkreis Hersbruck, \*Mischling I. Grades, weil er mit einem deutschblütigen Mädchen ein Liebesverhältnis mit Geschlechtsverkehr<sup>29</sup> unterhielt und sich staatsfeindlich äußerte.

Auf Anordnung des \*Reichssicherheitshauptamtes wurden 15 Rassejuden<sup>30</sup> aus nicht mehr bestehenden deutsch-jüdischen \*Mischehen nach \*Theresienstadt umgesiedelt. Die Zahl der noch im Regierungsbezirk wohnhaften Juden ist damit auf 279 gesunken.

Die laufend durchgeführten Kontrollen gegen die noch im Dienstbereich wohnhaften Juden und jüdischen Mischlinge hinsichtlich der Einhaltung der gegen

<sup>29</sup> Vgl. \*Rassenschande.

<sup>30</sup> Vgl. „Rassejuden“ in \*Geltungsjude sowie \*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden.

sie erlassenen Bestimmungen wurden auch im Januar 1944 fortgesetzt. Größere Beanstandungen haben sich dabei nicht ergeben. <3684>

◀724▶

**SD Außenstelle Schweinfurt**

**Bericht**

Schweinfurt, o.D.1944 StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 22

Die Verbreitung von Gerüchten [...] <sup>31</sup> ziemlich groß und halten sich dieselben besonders in katholischen Kreisen. Im Nachfolgenden seien einige festgehalten: [...]

„Die Städte Wien und München sollen nach Aussagen katholischer Kreise vollkommen geräumt werden. Die Engländer würden mit Fallschirmen viele Juden absetzen, die mit allen [...] <sup>32</sup> seien.“ <3692>

◀725▶

**SD Außenstelle Schweinfurt III A 4**

**Bericht**

Schweinfurt, o.D. 1944 StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 22

*Auswirkung der Terrorangriffe auf Schweinfurt*

[...] Unter ausgebombten Volksgenossen sind Äußerungen zu hören, daß, wenn wir die Juden nicht so schlecht behandelt hätten, <sup>33</sup> wir unter den Terrorangriffen nicht so leiden müßten. Allerdings ist es aber den Volksgenossen klar, daß an diesen [...] <sup>34</sup> schuld sind. <3693>

◀726▶

**NSDAP Kreisleitung Erkelenz**

**Weltanschaulicher Lagebericht**

Erkelenz, 28.2.1944

HStA Dü, RW 23/99 Bd. I

*Weltanschauliche Lage*

[...]

*Judenfrage*

Durch Schulung, Presse und Rundfunk hat der Volksgenosse eine ganz klare Haltung in der \*Judenfrage. Es ist jetzt jedem bewußt, daß der Jude der Urheber des Krieges ist. <sup>35</sup> <3695>

◀727▶

**SD Abschnitt Schwerin**

**Bericht**

Schwerin, 7.3.1944

BArch, NS 6/407

Nachträglich werden zu einigen bereits in den hiesigen Fernschreiben behandelten Punkten noch folgende Stimmen bekannt:

<sup>31</sup> Mehrere Worte nicht lesbar.

<sup>32</sup> Mehrere Worte nicht lesbar.

<sup>33</sup> Vgl. ◀709▶ und Anm. 17 dort, sowie ◀716▶ und Anm. 24.

<sup>34</sup> Mehrere Worte nicht lesbar.

<sup>35</sup> Vgl. ◀716▶ und Anm. 24 dort.

*Berichterstattung der Mecklenburgischen Presse über den  
Luftangriff auf Rostock am 20.2.1944*

Die Berichterstattung der Mecklenburgischen Presse über den Luftangriff am 20.2. wurde mancherorts für unsachlich und unzutreffend erklärt. [...] Reichlich nach Propaganda rieche auch die Feststellung: „Wir lassen uns von diesem infamen Terror, hinter dem doch nur das Judenpack steckt, nicht unterkriegen.“ Der Angriff werde in seiner militärischen Wirkung von den Rostockern viel zu ernst angesehen, als daß man ihn zu irgendwelchen propagandistischen Mätzchen ausnutzen könne.

<3700>

◀728▶

**SD Hauptaußenstelle Schwerin**

**Aufnahme und Auswirkung der Propagandalenkung in Presse und Rundfunk  
Schwerin, 28.3.1944**

BArch, NS 6/407

*Vorgänge in Ungarn*

Aus Kreisen, die von den Zuständen in Ungarn kaum etwas wußten, wird berichtet, man sei durch die Meldungen der letzten Tage „auf das höchste überrascht“ worden.<sup>36</sup> Die politisch besser Informierten hätten jedoch auf diese Veränderungen seit Jahr und Tag sehnlichst gewartet. Beide Ansichten treffen sich nunmehr in dem einen Punkt: es sei „mal wieder allerhöchste Zeit“ gewesen. [...] Auf jeden Fall koste uns die „Beruhigung“ Ungarns wieder viele Truppen, die wir im Osten so bitter nötig hätten. Es sei also der unterirdischen Wühlarbeit der Gegenseite wieder mal gelungen, Teile unserer Gesamtkraft abzuspalten. Man solle doch überhaupt die *besten* Ungarn einfach in die deutsche Wehrmacht übernehmen und den Rest nur für die Rüstung arbeiten lassen. Dann habe man sie wenigstens unter Aufsicht. Horthy [sic] stehe zwar persönlich treu zum Führer, könne aber auch nicht viel ausrichten. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß die Juden in Ungarn dezimiert und völlig ausgesondert würden; dann würde das Land schon zur Ruhe kommen.<sup>37</sup>

<3702>

◀729▶

**Der Höhere SS- und Polizeiführer im Wehrkreis XIII  
Bericht für 1.-15. März**

o.O., 15.3.1944

StA Mü, NSDAP 84

*Nürnberg*

[...]

*Festgenommen wurden:*

Der 23jährige jüdische \*Mischling I. Grades Harald Adam, zuletzt wohnhaft in Sendelbach, LK. Hersbruck, weil er seit längerer Zeit mit einem deutschblütigen Mädchen ein Liebesverhältnis mit Geschlechtsverkehr<sup>38</sup> unterhielt und sich gegenüber der Mutter dieses Mädchens defaitistisch äußerte.

---

<sup>36</sup> Vgl. Zeittafel, 19. März 1944.

<sup>37</sup> Zur Lage der Juden in Ungarn, die bisher als einzige große jüdische Gemeinschaft in von Deutschland beherrschten oder mit ihm verbündeten Ländern verschont geblieben waren, vgl. EH, Bd. III, S.1462-1468 und Bibl. dort.

<sup>38</sup> Vgl. \*Rassenschande.

Der Antrag auf Sonderbehandlung<sup>39</sup> wurde gestellt.  
[...]

<3703>

◄730►

**Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken**  
**Bericht für März 1944**

Ansbach, 8.4.1944

BayHStA, StK 106696

*Allgemeines*

[...]

*Juden*

Festgenommen wurden der \*Geltungsjude Kurt Israel Sahlmann in Nürnberg, weil er seit längerer Zeit unterlassen hat, den \*Judenstern zu tragen.

Bei den auch in diesem Monat laufend durchgeführten Kontrollen gegen die noch im Dienstbereich wohnhaften Juden hinsichtlich der Einhaltung der gegen sie erlassenen Bestimmungen haben sich keine besonderen Beanstandungen ergeben. Das gleiche war bei den Überwachungen der jüdischen \*Mischlinge der Fall.

In 22 Fällen wurden Anträge auf Vermögensverfall nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz<sup>40</sup> bearbeitet.

Gegen 2 deutsche Reichsangehörige, die sich seit längerer Zeit im Ausland aufhalten und nicht mehr nach Deutschland zurückkehren wollen, wurde Antrag auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gestellt.

<3704>

◄731►

**Gendarmerie Burglengelfeld**  
**Monatsbericht**

Burglengelfeld, 22.3.1944

StA Am, BA Burglengelfeld 18046

*Politische Lage*

[...] Ausgesprochene Staatsfeinde wohnen nicht im Postenbereich, ebenso keine Juden.

<3705>

◄732►

**NSDAP Kreisschulungsamt Eichstätt**  
**Weltanschaulicher Bericht für Januar bis März 1944**

Eichstätt, 15.3.1944

StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 76

*Weltanschauliche Lage*

[...] In seiner Neujahrspredigt sagte der hiesige Bischof Dr. Rackl dem Sinne nach: Die *beiden Führer* Adolf Hitler und Mussolini seien die Vollstrecker des Strafgerichts gegen das von Gott verworfene Judentum. Zuverlässig konnte ich erfahren, daß ein großer Teil der hiesigen Geistlichkeit über diese Gedankenführung ihres Bischofs erfreut waren und zustimmten, während ein Teil, in Kreisen höherer geistlicher Würdenträger, diese Ausführungen schroff mißbilligten.<sup>41</sup> [...]

---

<sup>39</sup> Der Sprachgebrauch „Sonderbehandlung“ bezeichnete die Einweisung ins \*Konzentrationslager–bei jüdischen Häftlingen nach dem 5. Oktober 1942 nach \*Auschwitz–und ihre Tötung dort.

<sup>40</sup> Vgl. Zeittafel, 25. November 1941.

<sup>41</sup> In der ambivalenten bzw. geteilten Einstellung zur Judenverfolgung und -vernichtung vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik.

### Judenfrage

Das in allen Ortsgruppen durchgeführte Schulungsthema: „Der Jude als Weltparasit“ hat bei allen Zuhörern nachhaltige Wirkung ausgelöst. <3706>

◀733▶

SD Außenstelle [Bad Brückenau]<sup>42</sup> III A 4

Bericht

[Bad Brückenau], [?].4.1944 StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr.12

Sehr pessimistische Stimmung und zunehmend fatalistische Gleichgültigkeit, stark beeinflusst durch Äußerungen und Schilderungen der hier zahlreich eingetroffenen Frankfurter und Schweinfurter Bombengeschädigten. Vielfach zu hörende Meinung, daß Terrorangriffe besonders auf Frankfurt xfache Vergeltung für Judenaktion 1938<sup>43</sup> seien. [...]

*Luftter[...]*<sup>44</sup>

Rückgeführte [...] erzählen ganz offen, daß die An[...] eine Vergeltung für die [...] Judenaktion seien. Dabei werden, wie früher schon einmal, Äußerungen laut, daß unsere ganze Einstellung zur \*Judenfrage, besonders aber ihre Lösung,<sup>45</sup> eine grundverkehrte gewesen sei, deren Folgen und Auswirkungen das deutsche Volk heute ausbaden müsse. Hätte man die Juden im Lande gelassen, würde heute wohl keine Bombe auf Frankfurt fallen. [...] <3708>

◀734▶

SD Außenstelle [Bad Brückenau]<sup>46</sup> III A 4

Stimmung und Lage

[Bad Brückenau], [?].4.1944 StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr. 12

Die gedrückte Stimmung hält weiterhin an. [...]

Die Bombardierung der ungarischen Hauptstadt bucht man – besonders in Arbeiterkreisen – auf das Konto der neuerdings dort herausgegebenen Judengesetze.<sup>47</sup> [...]

*Terrorangriff[...]*<sup>48</sup>

[...] Die letzten feindlichen Angriffe auf die ungarische Hauptstadt werden besonders in Männerkreisen sehr viel besprochen, und es wird daran die Hoffnung geknüpft, daß nun die deutschen Städte dadurch eine Erholungspause bekämen. Bis die ungarische Rüstungsindustrie so geschädigt sei, als [sic] die deutsche, vergehe schon eine gewisse Zeit, und solange hätten die deutschen Städte wahrscheinlich Ruhe. In Arbeiterkreisen, auch vereinzelt unter Bauern, glaubt man, die Angriffe auf Budapest auf die neuerdings in Ungarn herausgebrachten Judengesetze schieben zu müssen.<sup>49</sup> [...] <3709>

---

<sup>42</sup> Die Akte ist durch Brand schwer beschädigt und ein Großteil des Briefkopfes daher unleserlich.

<sup>43</sup> Vgl. \*Kristallnacht.

<sup>44</sup> Die Auslassungen kennzeichnen jene Passagen im Text, die nicht lesbar sind.

<sup>45</sup> Vgl. „\*Endlösung der Judenfrage“.

<sup>46</sup> Die Akte ist durch Brand schwer beschädigt, und ein Großteil des Briefkopfes daher unleserlich.

<sup>47</sup> Vgl. ◀728▶ und Anmerkungen dort, sowie ◀716▶ und Anm. 24.

<sup>48</sup> Die Auslassungen kennzeichnen jene Passagen im Text, die nicht lesbar sind.

<sup>49</sup> Vgl. ◀728▶ und Anmerkungen dort, sowie ◀716▶ und Anm. 24.

◀735▶

**SD Abschnitt Schwerin  
Allgemeine Stimmung und Lage**

Schwerin, 4.4.1944

BArch, NS 6/407

Die neue *ungarische* Regierung und ihre Maßnahmen finden lebhafteste Zustimmung. Man erhofft nun aus der Ausschaltung der *Juden* eine Steigerung der Einsatzkraft Ungarns im Kriege gegen den Bolschewismus. Ob allerdings die ungarische Wehrmacht so schnell wieder hergestellt sein werde, wird bezweifelt. <3712>

◀736▶

**SD Abschnitt Schwerin  
Aufnahme und Auswirkung der Propagandalenkung in Presse und Rundfunk  
Schwerin, 4.4.1944**

BArch, NS 6/407

*Ungarn*

Mit besonderer Aufmerksamkeit wird der innerpolitische Wandel in Ungarn verfolgt.<sup>50</sup> [...] Wie man allgemein über die Ausschaltung des Judentums denkt, beweist am besten die Bemerkung eines einfachen Volksgenossen: „es wird der \*SS schon gelingen, die Juden auf die richtige Art zu schonen!“<sup>51</sup> <3714>

◀737▶

**RSHA, Amt III (SD)  
SD-Berichte zu Inlandsfragen**

Berlin, 25.5.1944

Boberach, S. 6558

*Zur Aufnahme der öffentlichen Führungsmittel*

[...] Unter den Veröffentlichungen zum Thema *Invasion* werden u.a. folgende Aufsätze als beachtenswert bezeichnet: [...] und „Hart auf Hart“ von Wilhelm Posch („Schweinfurter Zeitung“ vom 19.5.1944). Der in diesem Aufsatz enthaltene Hinweis: „Wir werden, wo wir ihn noch nicht kannten, möglicherweise den Feind kennenlernen in seiner Brutalität, seinem rücksichtslosen, am bolschewistischen Beispiel geschulten, von jüdischem Haß angetriebenen Vernichtungswillen“ habe örtlich unter der ländlichen Bevölkerung beunruhigt [sic]. <3715>

◀738▶

**Stimmung und Lage  
SD Außenstelle Bad Brückenau II A 4  
Bad Brückenau, 8.5.1944**

StA Wü, SD-Hauptaußenstelle Würzburg Nr.12

Invasion wird vielfach für wenig wahrscheinlich gehalten. Vergeltung sei auf Eis gelegt. Oft zu hörende Äußerung daß, wenn wir \*Judenfrage in gleicher Weise [...] gelöst hätten, unsere Städte jedenfalls [...] <sup>52</sup>

[...] Nach der Meinung vieler Volksgenossen ist die Vergeltung „auf Eis gelegt“. Nachdem unsere Industriestädte so radikal zerschlagen worden seien, wären wohl damit auch die Voraussetzungen für die Vergeltung zum Teufel gegangen. Hier wird als Richtigkeitsbeweis die Zerstörung der Schweinfurter Rüstungsindustrie

<sup>50</sup> Vgl. Zeittafel, 19. März 1944.

<sup>51</sup> Gemeint ist offensichtlich die Judenvernichtung durch die SS – die „\*Endlösung“.

<sup>52</sup> Die Akte ist durch Brand schwer beschädigt. Mehrere Worte nicht lesbar.

<sup>53</sup> Mehrere Worte nicht lesbar.

angeführt. Und so wie in Schweinfurt sähe es in fast allen einigermaßen wichtigen Industrieorten Deutschlands und neuerdings auch der französischen [sic] und Protektorats<sup>54</sup> Gebiete aus. In Verbindung mit diesen Geschehnissen wird oftmals auch die augenblickliche Haltung Ungarns zur Judenfrage und ihre Auswirkung besprochen. Viele Volksgenossen sind der Meinung, daß die Judenfrage von uns in der ungeschicktesten Weise gelöst worden sei.<sup>55</sup> Sie äußern sich ganz offen, daß Ungarn in dieser Angelegenheit aus unserem Mißerfolg jedenfalls gelernt habe, und sicherlich unsere Städte noch unzerstört seien, wenn wir die Juden seinerzeit auch in \*Ghettos zusammengefaßt hätten. Dadurch würde uns heute ein sehr wirksames Droh- und Gegenmittel zur Verfügung stehen. <3716>

◀739▶

**SD Außenstelle Würzburg III C 4**  
**Allgemeine Stimmung und Lage**

**Würzburg, 8.5.1944**

**StA Wü, SD-Hauptausenstelle Würzburg Nr. 23**

*Unter der Bevölkerung herrscht gegenwärtig, ohne daß eine besondere Nervosität wahrnehmbar ist, eine allgemeine Spannung in der Erwartung kommender Ereignisse, näher bezeichnet der feindlichen Invasion. Demgegenüber tritt die Entwicklung an der Ostfront etwas in den Hintergrund. Der Luftkrieg bereitet der Bevölkerung weiterhin große Sorgen.*

[...]

Auch der Inhalt der in zahlreichen Mengen abgeworfenen Flugblätter hat allem Anschein nach seine Wirkung nicht verfehlt. Immer wieder hört man in vorsichtiger Form gehaltene Hinweise auf irriige Prophezeiungen unserer führenden Männer unter Anspielungen auf den Inhalt der Flugblätter, auf die Warnungen Roosevelts bezüglich der Behandlung der Juden usw. Besonders auf dem Lande sollen sie unter der Bevölkerung viel gelesen worden sein. Jedenfalls ist die Vermutung nicht abzuweisen, daß die Flugblätter nicht ohne Wirkung geblieben sind. [...]

Die Presseberichte über die \*Judenfrage in Ungarn haben allgemeines Interesse gefunden.<sup>56</sup> In Arbeiterkreisen hat es besonders interessiert, daß dort die Juden in unmittelbarer Nähe von Fabrikanlagen untergebracht wurden. Es werden in diesen Kreisen Stimmen gehört wie: „Die Ungarn machen uns noch etwas vor; die haben die Sache richtig erfaßt.“ <3719>

◀740▶

**SD Abschnitt Frankfurt/M.**  
**Stimmung und Meinungsbildung**

**Frankfurt/M. 6.6.1944**

**HStA Wi, Abt. 483 Nr. 11266**

Verschiedentlich wird auch geäußert, daß die Behandlung der Kriegslage in der Presse der letzten Tage für die Bevölkerung nicht sehr ermutigend gewesen seien. Die Artikel über die derzeitige Kriegslage (Goebbels-Artikel usw.) zeigten eine auffallende Zurückhaltung und Unsicherheit der kommenden Entwicklung gegenüber. Speziell der Artikel von Dr. \*Goebbels „Jetzt ist es genug“ vom Freitag

<sup>54</sup> Gemeint ist das nach der deutschen Besetzung der „Rest-Tschechei“ 1939 errichtete „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“. (Vgl. Zeittafel, 14.-16. März 1939)

<sup>55</sup> Gemeint ist offensichtlich die Vernichtungspolitik der „\*Endlösung“.

<sup>56</sup> Vgl. Zeittafel, 19. März 1944 sowie ▶728▶, ▶735▶, ▶736▶.

der Vorwoche wurde dahingehend kommentiert, daß die Aufforderung zum Tot- schlagen der Terrorflieger nur ein kümmerliches Gegenmittel gegen die in erheb- lich größerer Anzahl erfolgende Vernichtung deutschen Lebens und deutscher Sachwerte anzusprechen sei. Dazu habe dieses Problem zwei Seiten und könne zu entsprechenden Repressalien an deutschen Kriegsgefangenen führen. Verschie- dentlich wurden die Worte Dr. Goebbels als recht ungeschickt bezeichnet. Es wäre weitaus besser gewesen, Dr. Goebbels hätte im Auftrage der Regierung dem deut- schen Volke verboten, an den in Gefangenschaft geratenen Piloten Rache zu neh- men. Man hätte trotzdem machen können, was man wolle – ähnlich wie anlässlich der „Volkserhebung gegen die Juden“.<sup>57</sup> <3721>

◀741▶

**NSDAP Kreisleitung Fränkische Alb**  
**Monatsbericht über die weltanschauliche Lage**

Lauf, 27.8.1944

StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 78

*Weltanschauliche Lage*

[...]

*Judenfrage*

Das Volk ist überzeugt davon, daß infolge eines nicht unserigen Sieges sich das Judentum auf den deutschen Volkskörper stürzen und all seine – durch unsere Pres- se bekanntgegebenen – teuflischen und bestialischen Pläne verwirklichen wird. Deshalb unsere Parole: Dem Judentum der Tod und Untergang – uns die Zukunft und das Leben! <3727>

◀742▶

**RSHA, Amt IV (Gestapa)**  
**Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse**

Berlin, 25.8.1944

BArch, R 58/213

*Abhören ausländischer Sender*

Die Stapostelle *Halle* nahm 9 Personen wegen Abhörens ausländischer Sender fest. Es sind in der Hauptsache ehemalige Marxisten, die das gemeinsame Abhören der Feindsender zum Zusammenschluß nutzten. Wegen der gleichen Straftat wurden von der Stapoleitstelle *Berlin* 5 Personen festgenommen, bei denen es sich um *Juden*<sup>58</sup> und *jüdische \*Mischlinge* handelte, die einen festgefügten Abhörerkreis bildeten. <3728>

◀743▶

**Feldpostprüfstelle AOK 7**  
**Bericht für September 1944**

o.O., o.D.

BArch/MA, RH 13/49

*Bericht*

*Haltung und Stimmung*

[...]

<sup>57</sup> Vgl. \*Einzelaktionen; zum Sprachgebrauch des Judenreferats des \*SD in seiner Empfehlung zur „Einschüchterung“ durch „Volkszorn“ vgl. ▶4252▶.

<sup>58</sup> Es handelt sich vermutlich um in \*Mischehen lebende Juden, die infolge dessen bis dahin von der \*Deportation verschont geblieben waren. Vgl. auch ▶746▶.



*Beispiele*

[...]

*Stimmungsberichte allgemeiner Natur (positiv)*

*Geschwister an ihren Bruder, Hauptwachtmeister im Westen:*

„Hitler ist nun von vielen Ländern im Stich gelassen. Verrat über Verrat ist um ihn und wenn der Feind so weitermacht, können wir uns ja fast ausrechnen, was alles Schreckliche über uns hereinbrechen wird. Wenn nicht in letzter Minute noch ein Wunder geschieht sind wir verloren. Der Jude wird wohl dann in Deutschland nach seiner Art aufräumen und triumphieren.“ <3732>

◀744▶

**Feldpostprüfstelle Heeresgruppe Nord**

**Bericht für September 1944**

**o.O., 5.10.1944**

**BArch-MA, RH 13/49**

*Prüfbericht*

*Haltung und Stimmung*

*Briefverkehr Front-Heimat und Front-Front*

[...] Glücklicherweise ist der Kreis der einen deutschen Sieg für fast aussichtslos haltenden Personen nur sehr klein. [...]

*Anlage zum Tätigkeitsbericht für den Monat September 1944 der  
Feldpostprüfstelle Heeresgruppe Nord  
Briefauszüge*

[...]

*Brief 15*

*Absender: Gefreiter K. Buthut, Fp. Nr. 59 265*

*Empfänger: Frau Alwine Buthut, (19) Dönstedt, Heldensleben-Land Reg. Bez. Magdeburg*

*Briefdatum: 27.8.44*

...Mami, ich möchte Dir etwas schreiben, aber nicht lachen. Du weißt doch, die ganze Sache steht jetzt auf der Messerspitze. Es geht jetzt doch um die Entscheidung, und ich habe das Gefühl, als wenn das Messer abbricht. Der Krieg geht seinem Ende entgegen, aber ich glaube nicht für uns. Du weißt doch, der Jude wird seine Blutrache nehmen, hauptsächlich an den Parteileuten. Ich war ja leider auch einer, der die Parteiuniform getragen hat. Ich habe es ja schon bereut. Ich bitte Dich, bringe die Uniform beiseite, ganz gleich wohin und wenn Du die ganzen Sachen verbrennst. Ich kann schon des nachts nicht mehr richtig schlafen darum. <3733>

◀745▶

**NSDAP Kreisleitung Neustadt/Aisch**

**Weltanschaulicher Bericht**

**Neustadt/Aisch, 19.9.1944**

**StA Nü, NS-Mischbestand Gauleitung Nr. 81**

*Weltanschauliche Lage*

[...]

### *Judenfrage*

Das Problem der \*Judenfrage hat durch die Ereignisse, besonders den 20. Juli 44,<sup>59</sup> starke Vertiefung erfahren. Es wird lebhaft diskutiert und immer wieder festgestellt, daß hinter allem Unglück das Walten des Judentums steht. Auch die Tätigkeit der Juden in den vom Feinde eroberten Gebieten wird viel besprochen. <3735>

#### ◀746▶

##### Stapostelle Köln

##### Bericht für September und Oktober 1944

Köln, 9.11.1944

HStA Dü, RW 34-8

Die vom Reichsführer SS<sup>60</sup> angeordnete Aktion gegen Juden, jüdische \*Mischlinge und jüdisch Versippte<sup>61</sup> war hier bereits im Rahmen der Räumung vorbereitet und durchgeführt, ehe die Anordnung einging. <3736>

#### ◀747▶

##### Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken

##### Bericht für Oktober 1944

Ansbach, 8.11.1944

BayHStA, StK 106996

##### *Allgemeines*

[...]

##### *Juden*

Festgenommen wurde die Rasse- und Bekenntnisjüdin Henryka *Kessler*, geborene Sternlieb, früher wohnhaft in Marktredwitz, frühere Staatsangehörigkeit: Polen, weil sie aus dem Juden-Ghetto in Stanislau<sup>62</sup> entflohen, unter Führung eines falschen Namens zum Arbeitseinsatz nach Deutschland kam und hier abermals ihre jüdische Rasse verschwiegen.

Auf Weisung des \*Reichssicherheitshauptamtes Berlin wurden alle jüdischen \*Mischlinge und jüdisch versippten Personen listenmäßig erfaßt und den Arbeitsämtern zum geschlossenen Arbeitseinsatz bei der Organisation Todt gemeldet.<sup>63</sup> Die Erfassungsaktion ist noch nicht abgeschlossen.

Gemäß der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz<sup>64</sup> wurden im Berichtsmonat in 9 Fällen Anträge auf Vermögensverfall bearbeitet und weisungsgemäß dem Reichssicherheitshauptamt hierüber berichtet. Gegen 5 im Ausland lebende Emigranten wurde Antrag auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gestellt. <3737>

<sup>59</sup> Vgl. Zeittafel.

<sup>60</sup> Vgl. \*Himmler.

<sup>61</sup> Vgl. Zeittafel, 13. Oktober 1944.

<sup>62</sup> Vgl. „Stanislawow“ (Stanislav), in: EJL, Bd. 3, S.1233-1235; „Stanislau“, in: EH, Bd. 3, S. 1370-1372.

<sup>63</sup> Vgl. Zeittafel, 13. Oktober 1944.

<sup>64</sup> Vgl. Zeittafel, 25. November 1941.

## ◄748►

## II/Wehrmachtspropagandastelle

## Bericht vom 20.11.-26.11.1944 über den „Sondereinsatz Berlin“

Berlin, 29.11.1944

Berghahn, S. 98, 100

*Ausländer.* Immer wieder taucht in den Gesprächen mit den Berlinern die Meinung auf, daß die Ausländer bei uns zu gut behandelt würden. [...]

In der Straßenbahn wurde ein Italiener auf seine Anstandspflicht, einer älteren deutschen Frau seinen Platz zu geben, hingewiesen. Nach seiner Bemerkung, er habe ja auch bezahlt, nahmen andere deutsche Frauen für den Italiener Partei. Er könne doch auch nichts dafür, daß er hier sei, und habe doch genauso in den Krieg müssen, wie die deutschen Männer auch. Man müsse doch menschlich bleiben, denn wir hätten doch schon genug Schuld auf uns geladen durch die Juden- und Polenbehandlung,<sup>65</sup> die man uns noch heimzahlen werde. <3739>

## ◄749►

SD [Außenstelle Stuttgart] III C 4<sup>66</sup>

## Führungsbericht

o.O., 6.11.1944

IWM, Aus deutschen Urkunden 1933-1945, S. 275

... Die Beispiele von Nemmersdorf in Ostpreußen (NS-Kurier v. 4.11.1944 Nr. 290) haben oft gerade das Gegenteil von dem erreicht, was damit beabsichtigt war. Die Volksgenossen sagen, es sei schamlos, diese in der deutschen Presse so groß heraus zu stellen [...]

„Was bezweckt die Führung wohl mit der Veröffentlichung solcher Bilder wie die im NS-Kurier am Samstag? Sie müßte sich doch sagen, daß jeder denkende Mensch, wenn er diese Blutopfer sieht, sofort an die Greuelthaten denkt, die wir im Feindesland, ja sogar in Deutschland begangen haben. Haben wir nicht die Juden zu Tausenden hingeschlachtet? Erzählen nicht immer wieder Soldaten, Juden hätten in Polen ihre eigenen Gräber schaufeln müssen? Und wie haben wir es denn mit den Juden gemacht, die im Elsaß im \*KZ waren? Die Juden sind doch auch Menschen. Damit haben wir den Feinden ja vorgemacht, was sie im Falle ihres Sieges mit uns machen dürfen.“ (Zahlreiche Stimmen aus allen Bevölkerungskreisen). <3740>

## ◄750►

## II/Wehrmachtspropagandastelle

## Bericht für den 14.2.-20.2.1945

## 19. Bericht über den „Sondereinsatz Berlin“

Berlin, 23.2.1945

Berghahn, S. 104, 107, 110

*Einzelbeobachtungen*

[...]

## 34. Vernichtung von Akten in der Stadtverwaltung

Wie die beim Bezirksbürgermeister Horst-Wessel-Stadt beschäftigte Frau [N.N.] [...] erzählte, werden dort jetzt sämtliche Akten betr. \*Arisierung jüdischer Geschäfte vernichtet, um diese nicht in die Hände der Russen fallen zu lassen. Es

---

<sup>65</sup> Vgl. ◄695► und Anm. 2; ◄674►.

<sup>66</sup> Der Bericht ist an den SD Leitabschnitt Stuttgart adressiert.

handelt sich um eine Anordnung des Oberbürgermeister Steeg, der in den Kreisen der städtischen Angestellten eine lebhaft Unruhe hervorgerufen habe, da man annehmen müsse, daß der Oberbürgermeister mit dem baldigen Einmarsch der Sowjets in Berlin rechne. <3743>

◀751▶

**Regierungspräsident Niederbayern und Oberpfalz  
Bericht für Februar 1945**

Regensburg, 10.3.1945

BayHStA, StK 106696

*Politische Lage*

[...]

*Religionsgemeinschaften*

[...]

13 Juden und Jüdinnen wurden zum Arbeitseinsatz nach \*Theresienstadt verbracht. <3742>

◀752▶

**II/Wehrmachtspropagandastelle  
Bericht für 23.3.-29.3.1945 über den „Sondereinsatz Berlin“**

Berlin, 31.3.1945

Berghahn, S. 113, 117, 119

*Einzelbeobachtungen*

*Äußerungen zur Lage*

[...] Am 19.3. unterhalten sich zwei Arbeiter in Spandau-West, Moltkestr. Sie sind sich darüber einig, daß wir selbst Schuld an diesem Kriege trügen, weil wir die Juden so schlecht behandelt hätten. Wir brauchten uns nicht zu wundern, wenn diese es jetzt mit uns genauso machen.–Ähnliche Bemerkungen werden jetzt oft gehört.

Im öffentlichen LS-Raum Bhf. Gesundbrunnen erzählte ein Arbeiter, daß in Aachen und Köln den führenden Parteigenossen die Köpfe kahlgeschoren wurden und sie so in öffentlichem Umzug durch die Straßen geführt worden seien. Dies sei von den Juden inszeniert worden, die sich auf diese Weise rächen wollten, daß man sie in Deutschland mit dem \*Judenstern gekennzeichnet habe. <3744>

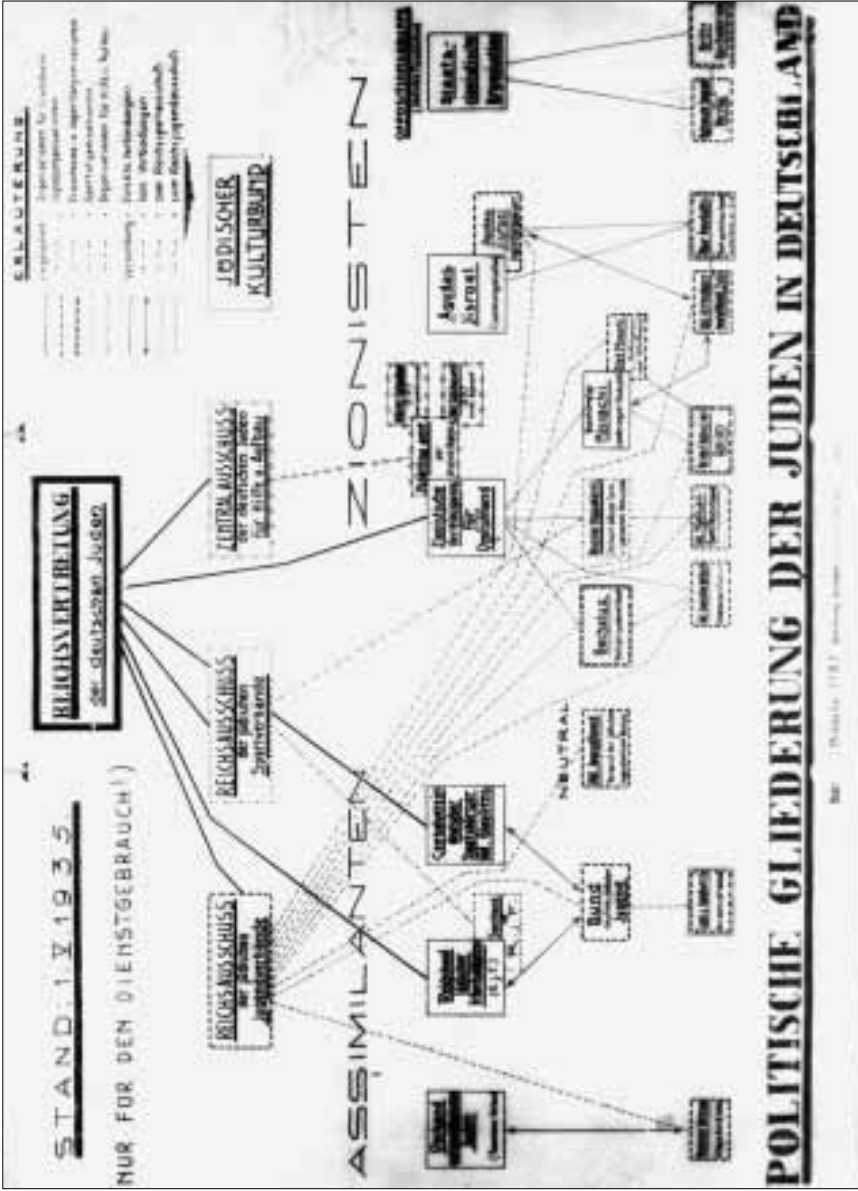


Abb. 1: Graphische Darstellung der Vernetzung jüdischer Organisationen in Deutschland, angefertigt von der Gestapo Berlin zum Zweck ihrer Überwachung; Mai 1935.

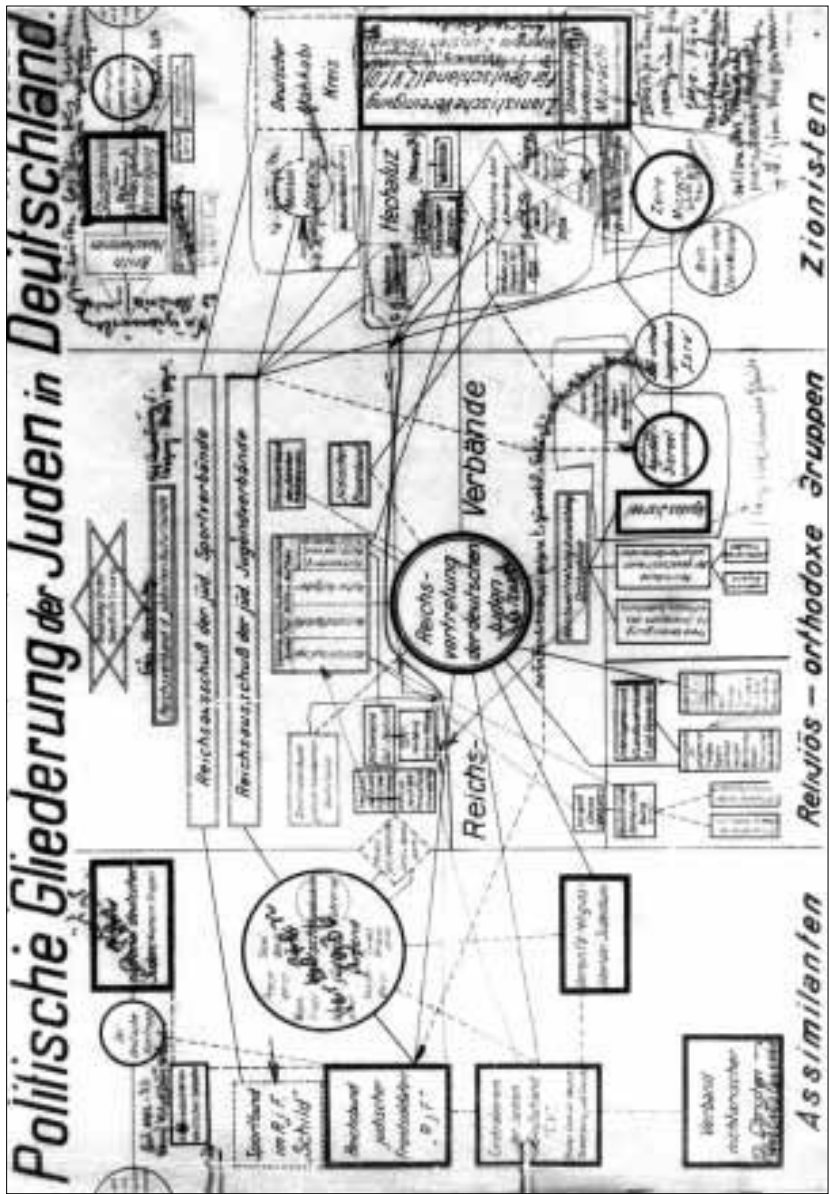


Abb. 2: In den Schautafeln wurden fortlaufend handschriftliche Aktualisierungen vorgenommen.

Abschrift .

S. 406/1133

Geheimes Staatspolizeiamt  
I 1013 Bd. 3

81  
Berlin, den 24. Juli 1933

An  
alle Staatspolizeistellen.

Betrifft: Berichterstattung.

Es ist festgestellt worden, dass die Berichterstattung der Staatspolizeistellen zu wünschen übrig lässt. So konnte beobachtet werden, dass über Ausschreitungen etc. in ausländischen Zeitungen Berichte erschienen, über die von den Staatspolizeistellen dem Geheimes Staatspolizeiamt keine Mitteilung gemacht worden war, obschon sich bei näherer Prüfung herausstellte, dass die in den ausländischen Zeitungen erschienenen Berichte - wenn auch übertrieben - jedoch tatsächliche Vorkommnisse zum Gegenstand hatten. Es geht nicht an, dass die Zentralinstanzen über politische Vorkommnisse von nicht tragender Bedeutung erst durch ausländische Zeitungen unterrichtet werden.

Ich ersuche daher, unter Hinweis auf den Erlass vom 26.4.1933- I 1000/53- betr. Neuorganisation der Politischen Polizei, der Berichterstattung erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Berichterstattung über alle politischen Vorkommnisse wichtiger Art ist nicht nur für die Unterrichtung der Zentralinstanzen erforderlich, sie bildet darüber hinaus auch die Grundlage für die zentrale Abwehr ausländischer Grenzmeldungen.

Auf die Verfügung vom 13. Juli 1933 - I 1013 Bd. 3 - wird Bezug genommen.

gez. D i e l s  
beglaubigt:  
(L.S.) gez. Jette  
Kanzleiangestellte.

Leiter der Staatspolizeistelle.

Erfurt, den 1.8.1933

An  
den Herrn Kommandant

in

Münster

Abschrift zur gefl. Kenntnis und genauesten Beachtung.

gez. O r g l e r.

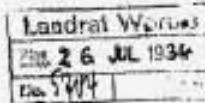
F.d.R.

*Orgler*  
Kriminal-Kommissar

Abb. 3: Mahnschreiben des Geheimes Staatspolizeiamtes (Gestapa) Berlin an sämtliche Staatspolizeistellen mit der Aufforderung zu eingehender und realitätsgetreuer Berichterstattung; Juli 1933.

Staatspolizeistelle  
für den Regierungsbezirk Erfurt  
I 1430

Erfurt, den 23. Juli 1934



An  
den Herrn L a n d r a t

in W o r b i s  
.....

Betr.: Lagebericht.

Die bisherige Art der politischen Berichterstattung (monatliche Lageberichte) durch die Kreispolizeibehörden gibt mir zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

1. Die politischen Lageberichte verschiedener Kreispolizeibehörden des Bezirkes entsprechen nicht den Anforderungen, die an die Unterrichtung der Aufsichts- und Zentralinstanzen gestellt werden müssen. Ein Bericht wie z.B.:

"Politische Lage im Kreise unverändert ruhig"

ist nicht ausreichend. Derartige Berichte lassen den Blick dafür vermissen, was mit der Berichterstattung gewollt ist. Ohne große Weiterschweifigkeit soll die politische Lage im Kreise eingehend erörtert werden. Die Berichterstattung soll sich nicht nur auf öffentlich wahrnehmbare politische Vorgänge beziehen, sondern sich auch auf die meist nicht öffentlich wahrzunehmende Betätigung von staatsfeindlichen und sonstigen Organisationen erstrecken. Besonderer Wert ist darauf zu legen, in Erfahrung zu bringen, wie sich das gesamte Innenleben der einzelnen Bevölkerungskreise abspielt unter besonderer Berücksichtigung ihrer Einstellung zum nationalsozialistischen Staat.

2. Die Lageberichte sind in Zukunft nach folgenden Grundsätzen zu erstatten:

- a) Gegner des Staates und der Bewegung
- b) Die Bewegung und ihre Organisationen (SA., SS., HJ., RHM. usw.)
- c) Wirtschafts- und Sozialpolitik (Arbeitsmarkt, Arbeitslosenfrage, Landwirtschaft und Industrie usw.)
- d) Judenfrage, Logenwesen
- e) Presse und Vereinswesen
- f) Kirchliche Fragen
- g) Verschiedenes.

Da ich dem Herrn Minister-Präsidenten täglich einen Bericht über besondere politische Vorkommnisse im Bezirk der Staatspolizeistelle Erfurt zu erstatten habe, bitte ich, mich über derartige politische Ereignisse wie Festnahme aus politischen Motiven, Schatzhaft, illegale Druckschriftenverteilung, Waffen- und Sprengstoff-Funde und Diebstähle und sonstige besonders wichtige politische Ereignisse (Vorgänge innerhalb der Kirche) fernmündlich bis spätestens 16 Uhr am Tage des eingetretenen Ereignisses zu unterrichten. Die schriftliche Berichterstattung wird durch diese Anordnung nicht berührt.

Herrn Dr. F i s c h e r.

Beglaubigt:



*Wohmann*  
Polizei - Angestellte.

*T. E. G. SM/34.*

*96a*

Abb. 4: Anweisungen der Staatspolizeistelle Erfurt an die Landräte des Bezirks zur Anfertigung der Lageberichte; Juli 1934.



Ab schrift.

Geheim!

42

Preussische Ministerpräsident.  
St. M. I. 3490.

Berlin, den 3. April 1936.

Die terminmäßig zu erstattenden Lageberichte haben mir schon früher Anlaß zur Kritik gegeben. Ich erinnere an die entsprechenden Ausführungen, die ich in der Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten vor Weihnachten 1935 gemacht habe. Die weitere Beobachtung der Entwicklung hat ergeben, daß ein Eingreifen nicht länger vermeidbar ist.

Mit der Einreichung terminmäßig zu erstattender Berichte über die allgemeine politische Lage ist vor allem die Gefahr verbunden, daß dem Verantwortungsgefühl der örtlich zuständigen Stellen geschadet und ihre Entschluß- und Tatkraft gehemmt wird. In der Tat habe ich immer mehr den Eindruck gewonnen, daß sich die Behörden im Lande darauf beschränken, Übelstände, die sie feststellen, weiter nach oben zu berichten, statt zunächst einmal selbst einzugreifen und alles zu tun, was möglich und notwendig ist, um eine Besserung herbeizuführen. Hierin liegt eine Gefährdung der Schlagkraft der Verwaltung, der unbedingt Einhalt geboten werden muß.

Hinzu kommt, daß in der Berichterstattung vielfach vereinselte Unzuträglichkeiten oder örtliche Schwierigkeiten unnötig in den Vordergrund gestellt oder auch örtlich begrenzte Erscheinungen verallgemeinert werden. Hieraus wird den berichterstattenden Dienststellen, die nur ein begrenztes Gebiet überschauen, nicht einmal immer ein Vorwurf gemacht werden können. Da aber schon die Herstellung und die Bearbeitung der Lageberichte es mit sich bringt, daß diese einen größeren Kreis von Personen bekannt werden, entsteht so die Gefahr, daß die Lageberichte selbst zur Verschlechterung der Stimmung beitragen. Wenn es schließlich bedeuten würde, wenn betont pessimistische Lageberichte, wie ich sie in der letzten Zeit öfter gesehen habe, in falsche Hände, insbesondere in den uns gegenüber noch feindlich eingestellten Ausland, geraten sollten, braucht nicht näher dargelegt zu werden.

Hiernech

Abb. 5a: Anweisung Görings, die systematische Berichterstattung „über die allgemeine Stimmung im Lande“ ab sofort einzustellen; April 1936.

Hiernach erscheint mir die Erstattung von Lageberichten nicht länger möglich. Die weitere Erstattung ausführlicher schriftlicher Berichte über die allgemeine Stimmung im Lande erscheint mir einstweilen aber auch nicht mehr erforderlich. Die von mir in dem soeben durchgeführten Wahlkampf gesammelten Erfahrungen haben mich die Stimmung der Bevölkerung klar erkennen lassen. Alle hierbei gemachten Einzelbeobachtungen, vor allem aber auch das grandiose Wahlergebnis selbst, beweisen, daß das deutsche Volk die Grundgedanken der Politik des Führers und Reichkanzlers durchaus erfaßt hat, sie restlos bejaht und in keiner Weise geneigt ist, sich durch die größtenteils unvermeidbaren Unannehmlichkeiten des täglichen Lebens in seinem Vertrauen zum Führer erschüttern zu lassen. Hinzu kommt, daß die Partei die Stimmung im Volke weit besser kennt und beurteilen kann, als dies der Bürokratie der Behörden möglich ist. Es muß daher Sache der Partei sein, für die Unterrichtung der Führer zu sorgen.

Ich ersuche daher, Lageberichte in Zukunft nicht mehr zu erstatten. Die für die Zentralstellen erforderliche Unterrichtung über die Entwicklung der Verhältnisse im Lande wird darunter nicht leiden, zumal ich in Aussicht nehme, auf regelmäßig wiederkehrenden Konferenzen der Ober- und Regierungspräsidenten Gelegenheit zu geben, eine vollständige und ungeschminkte Unterrichtung der in Betracht kommenden Dienststellen künftig in Wege einer offenen und rückhaltlosen Besprechung stattfinden zu lassen.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß auch innerhalb der Provinz die entsprechende Berichterstattung in Zukunft fortfällt.

gez. G e r i n g .

An die Herren Ober- und Regierungspräsidenten pp. - Eigenhändig -.

Abb. 5b

<b>Reichsführer SS Oberst der Sicherheitswache</b>	<b>Nr. 009</b>	<b>3</b>
<b>Rathelnde Bewegung</b> Die Untage 2 Karten		<b>3</b>
<b>Evangelische Bewegung</b>		<b>38</b>
<b>Die Judenfrage</b>		<b>45</b>
<b>Sage und Tätigkeit des Organismus</b> Die Untage 2 Karten		<b>53</b>
<b>Geheimversteil</b> Die Untage 6 Karten und Karten		<b>61</b>
<b>Die Judenfrage</b>		
I. Allgemeine		
II. Das jüdische Christentumswesen		
Die Juden		
Die Christen		
Die Nationalsozialisten		
Reinigungsaktionen		
Die jüdische Lage		
III. Der jüdische Christen		
Die Epochenstellung		
Vorbereitungswesen		
IV. Die jüdische Frage		
V. Das jüdische und arische jüdische Leben		
VI. Die jüdische und arische jüdische Bewegung		
VII. Die Sage und Tätigkeit des Organismus		
Jahres- und Fortschritt der Judenfrage		
Statistik		
Die Juden		
VIII. Die Judenfrage und die Judenfrage		

1. Erste Zählung im Jahre 1933 im Reich der Deutschen  
2. Zweite Zählung im Jahre 1934 im Reich der Deutschen  
3. Die Judenfrage im Reich der Deutschen

**Ma i / J u n i 1 9 3 4**

Abb. 6: Erster erhaltener reichsweiter SD-Lagebericht: Titelseite, Allgemeines Inhaltsverzeichnis, Gliederung des Abschnitts „Die Judenfrage“; Mai/Juni 1934. Vgl. ◀33▶.

<p>o II 112 1937</p> <p>D. n. /lag.</p> <p>Berlin, den 26.10.1937.</p> <p>27</p> <p>40</p> <p>Am II 1.</p> <p>Betr.: Erfahrungsbericht über die Lageberichterstattung. Vorg.: Befehl II 1 vom 26.10.1937.</p> <p>Die letzten Lageberichte gehen zu nachlässigen oder formellen Benennungen zum Anlass. Für die Berichterstattung innerhalb des SD sind sie ausser- ehernd.</p> <p>Eine Weitergabe der Berichte in der jetzigen Form an Stellen ausserhalb des Sicherheitsdienstes erscheint jedoch vorerst noch als nicht angebracht. Nach messiger Auffassung dürfen die Berichte, die an Partei- oder Staatsstellen weitergeleitet werden, sich nicht zu sehr in Einzelheiten verlieren, sondern müssen vor allem das Problem 'Judentum' in Gesamtbild zeigen. Es kann daher zukünftig eine Aufgliederung nach jüdisch-politischen Gesichtspunkten nicht mehr beibehalten werden.</p> <p>Aus diesen Erwägungen heraus wird vorgeschlagen, generell die Oberabschnitte auszuweisen, von der bisher für die einzelnen jüdisch-politischen Gruppen getrennt erfolgten Berichterstattung abzugehen und nur einsektantbericht über das Leben und die Veränderungen in Judentum abzugeben. Diese Anordnung kann insbesondere für den SD-CA und in Frage, dessen Bericht schon seit längerer Zeit den zuständigen Gauleiter im Durchschlag übermittelt wird.</p>	<p>Blatt 2.</p> <p>Um die Berichte zur Weiterleitung an höchste Staats- und Parteistellen geordnet zu machen, ersucht eine wesentlich klarere Gliederung im Berichtsschema erforderlich. Diese müsste etwa wie folgt aussehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1.) Politische Lage und Veränderungen.</li> <li>2.) Wirtschaftliche Lage, Taxationsbestrebungen usw.,</li> <li>3.) Kulturvolles Leben im Judentum,</li> <li>4.) Verhältnis zum Ausland,</li> <li>5.) Antisemitismus.</li> </ol> <p>Nachrichten über Beziehungen des Judentums zu anderen Gegnern werden demnach zum Gegenstand von Einleitungen gemacht.</p> <p>Was die Berichtsmenge betrifft, so kann gesagt werden, dass sich in der kurzen Zeit von 14 Tagen in den letzten Oberabschnitten nicht soziale grundsätzliche Veränderungen ergeben können, die für eine stichhaltige Berichterstattung ausreichen. Die früher gehabte einmonatliche Berichterstattung wird demnach als völlig ausreichend erachtet, zumal dieselbe unbestreitbar ein wesentlich klareres Bild der Gesamtlage vermitteln kann.</p> <p>II 11 II 112 II 112 1</p> <p>2/19 37</p>
---	---

Abb. 7: SD Hauptamt II 112 (Ref. Judentum) an alle SD Oberabschnitte: Die Lageberichte sollen „zur Weiterleitung an höchste Staats- und Parteistellen geeignet“ gemacht werden; Oktober 1937.

Ab schrift. 16

Preussische Wehrlose Staatspolizei Berlin, den 17. Januar 1935  
 II 1 B 2 - 69681/1976

Landrat Worbis  
 Eing. 30. JAN 1935  
 No. 111

Vertraulich.

An alle Staatspolizeistellen.

Nachtrag.

zu der mit Erlaß vom 2.8.1934 - II 1 B 2 23929/1672 R 5 -  
 Überordneten Arbeiterrichtlinie 5 betr. die jüd. Jugendverbände.

Die Tätigkeit der zinnistisch eingestellten jüd. Jugendorganisa-  
 tionen, die sich mit der Umschichtung zu Landwirten und Handwer-  
 kern zum Zwecke der Auswanderung nach Palästina befassen, liegt im  
 Sinne der nationalsozialistischen Staatsführung. Wo es die auf die-  
 se Berufsumschichtung abgestellte Tätigkeit erforderlich macht, stelle  
 ich anheim, Ausnahmen gegenüber der von mir gegebenen Arbeiterricht-  
 linie zuzulassen und die Bundesmitglieder der zinnistischen Ver-  
 bände im Hinblick auf die Abwanderung nach Palästina gerichtete Tä-  
 tigkeit nicht mit derjenigen Strenge zu behandeln, wie sie gegen-  
 über den Angehörigen der sogen. deutsch. jüd. Organisationen (Assi-  
 milanten) notwendig ist. Es obliegt natürlich den Stapostellen zu  
 prüfen, ob die Umschichtung auch tatsächlich mit dem Ziele der Aus-  
 wanderung erfolgt.

In Vertretung:  
 ges. H e y d r i c h.

Begleibt:  
 ges. Lehmann  
 Kassenangestellte.

---


Staatspolizeistelle Erfurt, den 26. 1. 1935  
 für den Regierungsbezirk Erfurt  
I 71<sup>21</sup> Nr. 108/34

An  
 den Herrn L a n d r a t  
 in W o r b i s  
 .....

Ab schrift zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung ergehenst  
 übersandt. Diese Bewegung bitte ich laufend zu beobachten und über  
 das Ergebnis Ihrer Ermittlungen in einem der nächsten Lageberichte  
 zu berichten.  
 Ich bitte, diesen Erlaß vertraulich zu behandeln.

ges. Dr. Fischer.

Begleibt:  
 W. 2573. 35.  
 H. 59/35 recr. abt.  
 21. 7. 35. 74.  
 R.



Staatspolizeistelle  
 Erfurt

W. 1. 2. 35.  
 W. 2572. 35. H. 11  
 74.  
 2.

Abb. 8: Anweisung Heydrichs, die „Umschichtung“ jüdischer Jugendlicher „zu Landwirten und Handwerkern zum Zwecke der Auswanderung nach Palästina“ zuzulassen; Januar 1935.



Abb. 9: Ausbildungsstätte Jugendalija-Schulen für Landwirtschaft im Jahr 1937.



Abb. 10: Ausbildungsstätte der ORT für Handwerk im Jahr 1937.



Abb. 11: Martin Buber während einer Lernwoche der Mittelstelle für Jüdische Erwachsenenbildung; 1934. Vgl. ◀35▶.



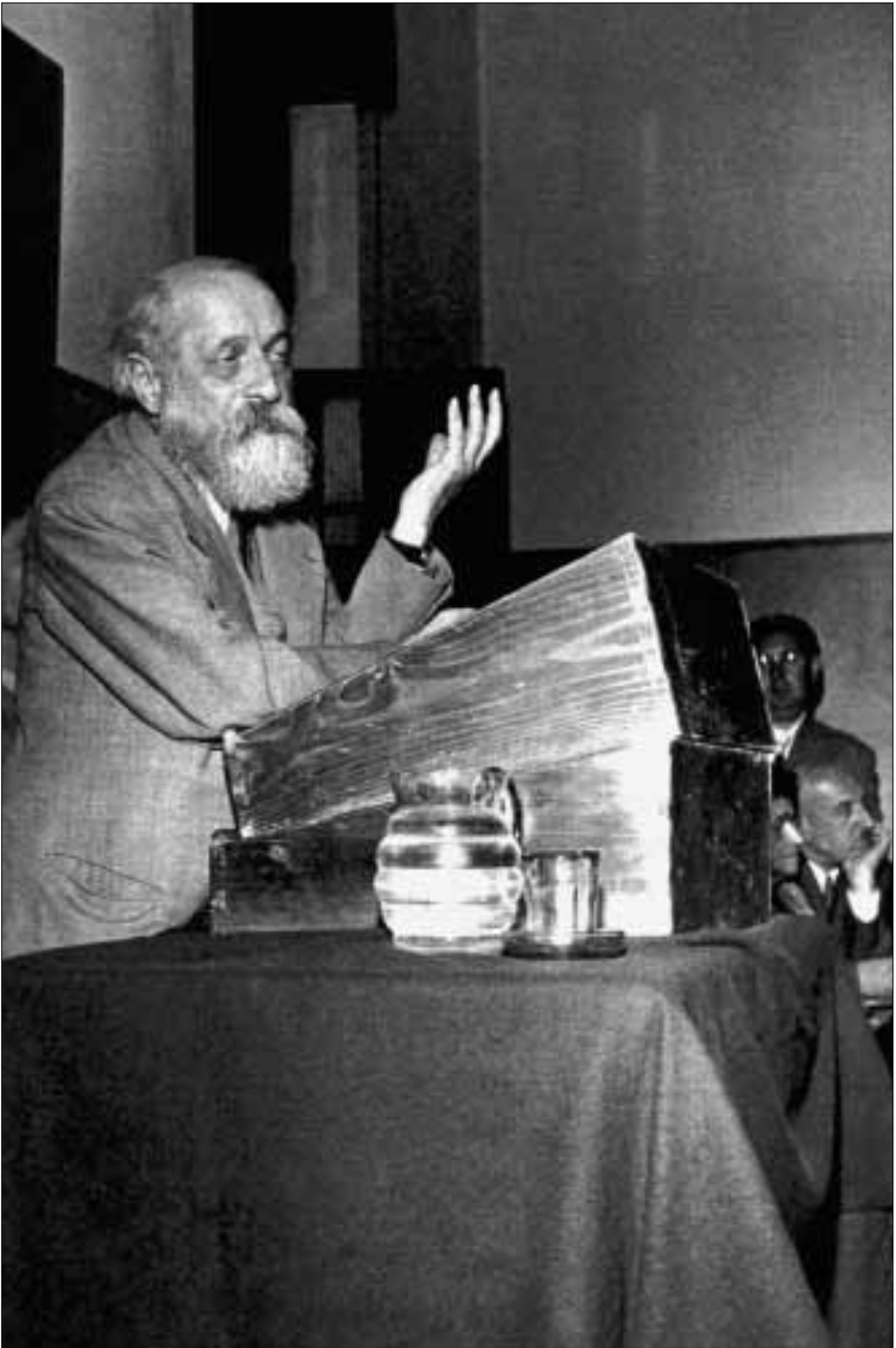


Abb. 12: Martin Buber im Seminar für Erwachsenenbildung in Jerusalem; 1949.

Berlin, den 10. Februar 1936.

Begutachtung des Buches "Reden über das Judentum" v. Buber,

Martin Buber erinnert in seinem mit "Reden über das Judentum" besetzten Buch an seine und nicht unrichtig die Haltung des Juden, das er versteht als Überwachungsinstanz zu illustrieren.

Er geht dabei von folgender These aus: Ein Mensch, der aufsteht in seiner Heimat, dort, wo er und seine Väter geboren sind, der sich der Sprache und Sitten seines Volkes, das er ja an gehört, bedient, fühlt sich als dem zugehörig und verpflichtet auf die zur Sprache sein Volk, mit dem er über das Geschickliche hinaus nicht ständig sein Geschickliches verbunden ist. Die ganz andere ist in die Stellung des Juden, besonders des orthodoxen, der in einem fremden Milieu aufwächst, der sich ausschließlich anderer Sitten bedienen muss und nicht die Sprache seines Volkes spricht und trotzdem Jude bleibt!

Buber begründet das darin, dass die Abstammung eines Juden nicht ohne Zusammenhang mit dem Volkstum bedeutet, dass die etwas Essentielles in jedem jüdischen Leben hervorsticht, das den Einzelnen nie verlässt. Er nennt es "Blut als tiefste Identität der Seele". - Buber langweilt dabei behauptung, dass das jüdische Volk aus einer Mischung aus von anderen Völkern besteht und geht sogar von der Ansicht aus, dass es ein Mischvolk in weit mehr sei, der unter ihm die "unsterblichsten Geistes und Tugenden" aber auch die "verstehtesten Propheten und Erlöser" in einer Epoche möglich macht, nennt es aber im letzten dieser Aussagen, der sich für nur ein Mittel zum Zweck bedient. Dieser Dualismus jedoch bringe ein Streben und inneres Verlangen nach einer Einheit mit sich, durch die sich das jüdische Volk einzigartig kennzeichnet.

Alles das hat der Autor aus Herkommen und Überlieferung - Derart einer Judenfrage unter der Menschheit.

Buber ist, seinen Buche nach zu urteilen (das Buch erschienen 1930), einer propädeutischen jedoch kein absoluter Idealist. Er versteht die jüdische Anstellung in Palästina als eine Möglichkeit, ein gesundes jüdisches Ervorbild heranzubilden, das auch im Laufe von Geschicklichen kritische Werte erzeuge und weiterzubringen auch auf die übrigen Judentum eines zusammenfassenden Einfluss ausüben würde, nicht in ihr jedoch keine ursprüngliche

Abb. 13a: Gutachten des Judenreferats im SD-Hauptamt über Martin Bubers berühmte „Reden über das Judentum“; 1936.

## Blatt 2:

revolutionäre Bewegung, weil das jüdische Volk aus der einfachen Erfahrung, dass es kein Zielverloren und innerlich verloren ist, dass nicht Hilfe genug sei.

Er bezeichnet den Judentum nicht als Konfession allein und nicht nur als Volkstum, weil nur ein Teil seiner Bestimmung erschöpft wäre, sondern sieht in ihm einen geistigen Prozess, der sich durch die geschichtliche Existenz im Laufe von über 3000 Jahren herausgebildet hat. "Denn das Heil kommt von dem Heiler" sei die Grundidee des Judentums; auf diese demütigste menschliche Entwicklung müsse sich jeder Jude vorbereiten, denn gleich, wie alle von statten geht.

In seiner Schrift philosophische Ausführungen versucht Heber den Geist des Christen mit dem des Judentums zu identifizieren. Doch heute auf Jerusalem das Heil dieser Völker insbesondere der Juden (christlich nicht nach Heber in dieser "Schwermut mit jüdischen Lebens" des Vorworts der Juden als "ausserweltliches Volk")

Legentlich sieht sich durch das ganze Buch Hebers die Verwirklichung des Judentums, die er in allen möglichen Einzelangelegenheiten des jüdischen Lebens zu bewirken versucht und die unter besonderer Würdigung der schon ausgeführten historischen Zusammenhänge nicht zuletzt auf das tiefe religiöse Erbe seiner jüdischen Vorfahren beruht und dort immer erneut ihren Ausdruck findet.

Ein abschließendes Urteil über das nicht immer leicht verständliche (insbesondere religionsphilosophische) Buch Hebers kann nur abgegeben werden, in der untrüben Abklärung dieser Seiten, die unter den Juden des stilles & bewusste im Vertrauen die alle unsere Gedanken, auch in der Diaspora weit offen halten.

Abb. 13b



Abb. 14: Zeitungsstand in Berlin vor dem Verbot des öffentlichen Verkaufs jüdischer Zeitungen im September 1935 Vgl. ◀33▶ („Die jüdische Presse“) und ◀408▶ („Jüdische Presse und Schrifttum“).



Abb. 15: Feierliche Eröffnungsveranstaltung einer Kampagne der eigenständigen jüdischen Winterhilfe in der Synagoge Prinzregentenstraße, Berlin; Oktober 1936.

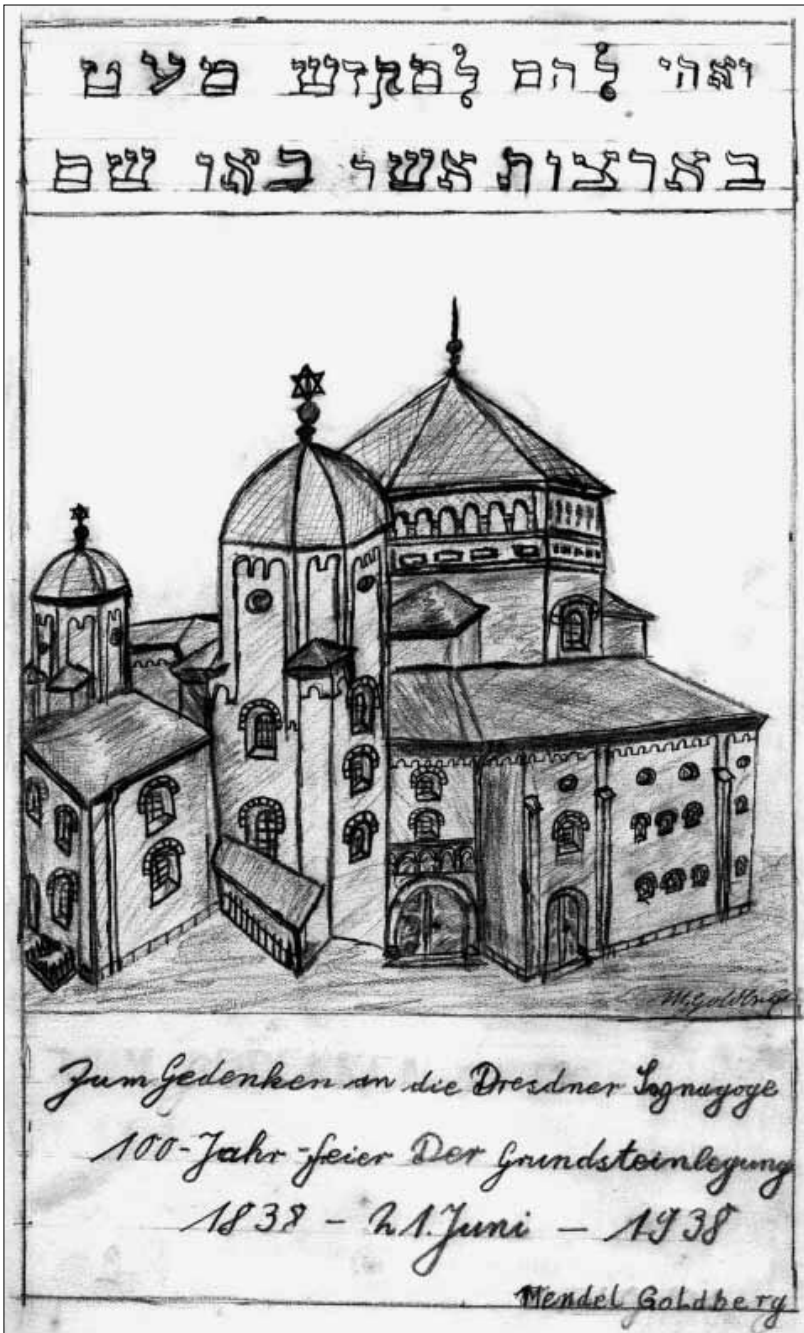


Abb. 16: Zeichnung der Alten Dresdener Synagoge in einem Klassenalbum an der Jüdischen Grundschule; Juni 1938.

Gerda Weiler  
 Janny Scholz  
 Rosa Rosenbaum  
 Minli Romanoff  
 Lisa Gropf  
 Gerda Meder  
 Grot Oppheim  
 F. Kirschberg  
 Gust Fied  
 Erika Gernert

Alex Gruber nach Polen abgeschoben  
 Günther Orbach nach Panama  
 Heinz Orbach nach England  
 Heini Landsberger nach Eng-  
 land  
 Heinz Sechestoner nach  
 Holland

Abb. 17: Eine Seite des Klassenalbums mit Unterschriften der noch in Deutschland verbliebenen Schüler mit Ergänzungen der Namen jener Schüler, die bereits nach Polen abgeschoben worden bzw. in verschiedene Länder ausgewandert waren; nach Oktober 1938.

• Heinz Weiner, Rolf Elber, Jolfi Fialko,  
Manfred Ferenbaum, Dina Schrott,  
Rosel Redel, Rita Wortmann,  
Hilare Weller, Hilare Teig, Margot  
Rum, Paula Alesinski.

Treue um Treue!

חזקו ואמץ  
להתראת בארצנו

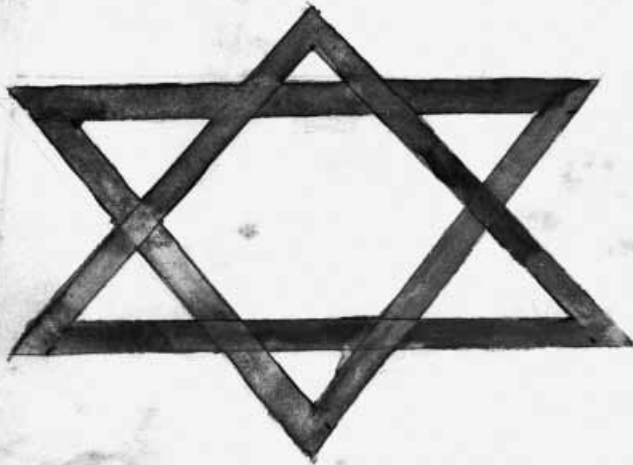


Abb. 18: Abschluß-Seite mit der hebräischen Abschiedsformel „Seid stark und mutig! Auf Wiedersehen in unserem Land“.



# 1938 JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

ORGAN DER ISRAELITISCHEN  
RELIGIONSGEMEINDE DRESDEN

DRESDEN

MITTEILUNGSBLATT DES „SÄCHS.  
ISRAEL. GEMEINDEVERBANDES“



Angemeldet beim Sonderbeauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda  
als betr. Oberwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet

XIV. Jahrgang

Dresden, den 15. Juni 1938

Nr. 12



Im Freitagsabend-Gottesdienst vom 24. Juni 1938, der ausnahmsweise um 7½ Uhr  
stattfindet, wird durch eine Predigt des Tages gefeiert, an dem vor 100 Jahren die  
Grundsteinlegung unserer Synagoge stattgefunden hat (27. Juni 1838). In alle  
Gemeindeglieder ergibt hiermit Einladung, diesem Gottesdienst beizuwohnen.

Im Sabbath-Gottesdienst am 25. Juni 1938 sollen die  
Gemeindeglieder im Thora-aufgeben stehen, deren Vortreten  
zur Zeit der Grundsteinlegung Mitglieder der Gemeinde waren.

Abb. 19: Abbildung der Alten Dresdener Synagoge im Jüdischen Gemeindeblatt  
anlässlich ihres hundertjährigen Bestehens; Juni 1938.



Abb. 20: Die während der „Reichskristallnacht“ zerstörte Alte Dresdener Synagoge; Winter 1938/39.



Abb. 21: Julius Streicher während der Massenkundgebung vor dem Abbruch der Nürnberger Hauptsynagoge am Hans-Sachs-Platz; 10. August 1938. Vgl. ◀343▶.



Abb. 22: Die zum Abriss eingeteilten Arbeiter während Streichers Rede; 10. August 1938.



Abb. 23: Der kurz vor dem Abbruch der Nürnberger Hauptsynagoge heimlich gerettete „Judenstein“ aus der 1499 zerstörten Synagoge. Vgl. ◀343▶.

Der „Judenstein“,  
ein Wahrzeichen aus den Tagen vor der  
Vertreibung der Juden aus Nürnberg  
1499.  
Von der Israelitischen Kultusgemeinde  
erworben und aufgestellt  
1909.  
Eine Zeit kommt, da Steine verworfen  
und wieder eine Zeit, da Steine  
gesammelt werden. Pred. 3. 5.

Abb. 24: Die ebenfalls kurz vor dem Abbruch der Nürnberger Hauptsynagoge heimlich geretete Gedenktafel zum „Judenstein“ aus dem Jahr 1909.



Abb. 25: Erinnerungspostkarte mit Abbildung der Nürnberger Hauptsynagoge im Hintergrund.



Abb. 26: Der 1801 eingeweihte jüdische Friedhof in Bad Kissingen, in dem vor der „Reichskristallnacht“ von den Juden laut dem Kripo-Bericht vom 11.11.1938 „verschiedenes belastendes Material vergraben“ worden war. „Es wurde daher am 10. Nov. 1938 ... unter Zuziehung von 6 Juden an einer bezeichneten Stelle im Judenfriedhof gegraben. Dabei wurden aus einem etwa 2 m tiefen Schacht, circa 30 Säcke, die mit jüdischen Schriften, Büchern, Gebetsrollen usw. gefüllt waren, zu Tage gefördert.“ Vgl. 4384▶.





Abb. 27: Grabstein eines Priesters (Cohen) auf dem jüdischen Friedhof Bad Kissingen; nach 1945.

Nürnberg, den 3. April 1942.

Liste  
 der zu evakuierenden Juden aus Mittelfranken.

Evak. Nr.:	Lfd. Nr.:	Nachname:	Vorname:	Geb.-Tag, -ort:	Staats- angeh.:	früherer Beruf:	letzte Wohnung:	Evk Nr
				<u>Urspringen, (dkrs. Markttheidenfeld.</u>				
29	704	Adler	Inge Sara	3.5.34	DR.	---	*	344
				Ursprung				
130	705	Adler	Ludwig Isr.	12.7.92	DR.	Viehhandl.	*	345
31	706	Adler	Emthilde Sara	9.10.98	DR.	Ehefrau	*	346
			geb. Günther	Aufbots				
32	707	Adler	Leo Israel	11.11.24	DR.	---	*	347
				Urspringen				
33	708	Dillenberger	Rudolf Isr.	9.3.95	DR.	Viehhandl.	*	777
				Urspringen				
34	709	Dillenberger	Lenchen Sara	27.4.94	DR.	Ehefrau	*	778
			geb. Frank	Kämpfer				
35	710	Dillenberger	Berner Isr.	9.12.26	DR.	---	*	779
				Urspringen				
16	711	Dillenberger	Hans Israel	28.3.31	DR.	----	*	780
				Urspringen				
7	712	Freudenreich	Abraham Isr.	9.8.84	DR.	Viehändler	*	348
				Urspringen				
38	713	Freudenreich	Jenny Sara	8.9.94	DR.	Ehefrau	*	349
			geb. Schafheimer	Lehrhaupten				
39	714	Freudenreich	Alice Sara	3.2.21	DR.	---	*	350
				Urspringen				
0	715	Freudenreich	Ruth Sara	22.11.24	DR.	---	*	351
				Nürnberg				
1	716	Freudenreich	Max Israel	8.3.80	DR.	Kaufmann	*	352
				Urspringen				
2	717	Freudenreich	Mira Sara	9.10.89	DR.	Ehefrau	*	353
			geb. Freudenreich	Urspringen				
3	718	Freudenreich	Siegi Isr.	30.7.24	DR.	---	*	354
				Urspringen				

Abb. 28: „Die in Urspringen ansässigen Juden zeigen in den letzten Monaten ein wahres Gesicht an Frömmigkeit ...“ Vgl. ◀579▶. Der in diesem Bericht der Gendarmerie Urspringen vom 19.9.1941 namentlich erwähnte Rudolf Dillenberger wurde laut obigem Ausschnitt aus der Evakuierungsliste zusammen mit den letzten Urspringer Juden im Zuge der Endlösung im April 1942 deportiert.



Abb. 29: Nachzeichnung volkstümlicher Motive eines Torawimpels, Urspringen 1815.



Abb. 30: Abschied am Bahnhof: Ein Sonderzug mit jungen jüdischen Emigranten verläßt Berlin in Richtung Marseille; September 1936.



Abb. 31: Deportation der Juden aus Bielefeld am 11.12.1941. „Der Transport würde bis Warschau mit Personenwagen durchgeführt, von wo es mit Viehwagen weiter nach Rußland ginge. ... In Rußland würden die Juden zu Arbeiten ... herangezogen, während die älteren und kranken Juden erschossen würden.“ Vgl. ◀605▶.



Abb. 32: Straßenszene der Massendeportation von Juden aus Baden und der Pfalz in das Konzentrationslager Gurs (Frankreich) am 22./23. Oktober 1940.



Abb. 33: Straßenszene von der Massendeportation von Juden aus Baden und der Pfalz in das Konzentrationslager Gurs am 22./23. Oktober 1940. „Hierbei ereigneten sich [...] verschiedene Selbsttötungen.“ Vgl. ◀534▶.

Bad Reichenhall, d. 16. Aug. 1943. 127  
Luitpoldstr. 15.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Sie sind der einzige meiner Bekannten aus der Jugendzeit, der heute an führender Stelle steht. Darum wende ich mich an Sie in der Hoffnung, daß meine nachfolgenden Zeilen die notwendige Beachtung finden werden, um die höchste Stelle auf die n. St. herrschende Volkstimmung hier aufmerksam zu machen.

Seit 4 Jahren wohnen wir in Bad Reichenhall. Ich kenne daher die Bayererart, möglichst über Alles zu schimpfen, auch wenn es ernst gemeint ist. Doch im Kriege kann diese Eigenschaft, wie sie sich seit Kriegsbeginn allmählich fortentwickelt hat, zur größten Gefahr werden. Hier ist die Miss-u-Darstellungsberei derart geübt, daß man mit Verunftgründen nicht dagegen ankampt, leider gravitiert sie nicht nur in Frauen-, sondern auch in Männerkreisen. Einmal hielt Kreisleiter Seitz-Berchtolden bei einer Mitgliederversammlung eine groberartige Ansprache an uns Parteigenossen, dagegen energisch Front zu machen. Das haben wir selbstverständlich nicht getan. Das erreicht aber nichts. Man erinnert z. B. als warnendes Beispiel an den Dolchstoß der Heimat 1918. Man versucht ihnen unsere großen Erfolge klar zu machen im Gegensatz zu den, was unsere Feindmächte bisher erreichten, daß kein Feind auf deutschem Boden steht. Was erhält man zur Antwort? „Das kann bald anders werden. Warten Sie nur mit Italien ab. Denn sind wir hier aufmarschgebiet. Dr. Goebbels hat ja selbst gesagt: „Ist blutet Westdeutschland. Dann kommt Bayern Strafk Oder,“ „Da sagte man uns, die Lebensmittelrationen würden ansteigen und gerade das Gegenteil.“ Oder, „der Krieg ~~mit~~ in diesem Jahr ein Ende nehmen. Länger halten wir das nicht aus.“ (Dabei spürt der Bayer hier kein den Krieg) Oder, „schade, daß die rumänischen Pipelien nicht vernichtet wurden. Dann wäre der Krieg bald zu Ende.“ Oder, „Wann kommt man endlich die Vergeltungsaktion gegen England? Warum kommt sie nicht jetzt?“ Oder

Abb. 34a: „Immer wieder wird behauptet, ‘wir regten uns über die Bolschewistenmorde in K.[atyn] u. W.[inniza] auf und die SS machte es mit den deportierten Juden in Rußland genauso –““. Ein privater Brief aus Bayern an den Staatssekretär im RM(d)I, Pfundtner, über die Stimmung im Lande, August 1943. Vgl. Kap. XIII: „Stalingrad und Katyn“, sowie zu Winniza ◀696▶.



Oder „Warum spricht der Führer und Göring nie mehr zu uns? Weil es Vieles nicht eingetroffen ist?“ Oder ganz Schlimme, „Warum mußten wir den Krieg überhaupt anfangen? Was noch das große Amerika dazu?“ Das Alles sind Stimmen aus dem Volk! Und einer beeinflußt in diesem Sinne den Andern. Doch kürzlich äußerte sogar eine gebildete Dame, „Sonn schon lieber den Bolscheewismus. So geht es nicht mehr weiter!“ Gestern besuchte uns eine Fg. aus München, die noch schlimmere Erfahrungen dort macht, wenn sie mit der Transbahn z.B. in ihren kriegesichtigen Betrieb fährt. Dabei beklagen sich diese Gerichtsmacher noch, „Niemand sollte seine freie Meinung äußern! Die Lehren brachte man nicht zu lassen, sie brachten alle das Gleiche.“ Was regt mich dort vor Allem über den Lebensstandard einzelner pol. Leiter auf, der nicht in Einklang zu bringen wäre mit der allgemeinen Nationierung. Die Wirtschaft braucht dringend Brennstoff und ist empört, über die vielen Privatfahrten der SS und Partei! Immer wieder wird behauptet, wir regten uns über die Bolscheewistenmorde in K.u.K. auf und die SS machte es mit den deportierten Juden in Rußland genau so! -- Ich führe absichtlich Alles wörtlich an, um Ihnen ein möglichst klares Bild zu geben. Von der großen kindlichen Gerächtheit, mit denen anscheinend das Vertrauen zur Führung erschüttert worden soll, spreche ich gar nicht. Ferner aber außerdem noch in München behauptet wird, berechnigte Beschwerden über die oben angeführten Mißstände führten zu keinem Ergebnis, es schade das Alles gänzlich dem Ansehen der Partei, die grade im Krieg das feste Fundament des Staates sein und bleiben muß. Immer wieder hört man in Fg-Kreisen, „wenn der Führer nur einmal direkt von diesen Verhältnissen Kenntnis erhalte!“ Außerdem wird anscheinend bereits die bekannte Abneigung der Bayern gegen die „Saupreußen“ noch in dieser Zeit geübt. Es geht so weit, daß im letzten Winter hier in B. prä. Schulkindern von der Benutzung der Eisenbahn durch bayr. Schulkindern ausgeschlossen wurden. Bogar über die jetzige Unterbringung der armen Schwedinnen im Oberrhein etc. soll man empört sein, „da man sich weder in der Sprache noch sonst versteht!“ Wir Norddeutsche, besonders aus den Grenzgebieten

Abb. 34b

geblüht haben ja eine ganz andere Einstellung den Kriegsgeschehnissen gegenüber. Doch auch viele Kurgäste aus anderen Gebieten äußerten sich empört über die allgemeine Stimmung hier. — Wir versuchten noch der letzten Rede unseres Kreisleiters mit diesem darüber zu sprechen, doch wurden wir leider durch den Ortsgruppenleiter unterbrochen.

Überlich besuchte uns nach langen Jahren zu unserer Freude ein Gambiner Schulkamerad von Ihnen-Heinrich ~~K~~ ~~S~~, der Sohn des damaligen Stadtrats. Er wohnt seit einigen Jahren als Sanitär. i. K. in München. Ist jetzt als Hauptmann bei der Wehrmacht tätig und ist in gleicher Weise, wie viele unserer Bekannten, in großer Sorge um die innerpolitische Entwicklung hier. Sollte Ihnen seine Anschrift von Wert sein — er ist Fg. und ein kerndeutscher, christlicher Mann — Er wohnt München 19. Aiblinger Straße 1. Puff 60 738. Er hat jedoch keine Ahnung davon, daß ich an Sie schreibe. Aber nach der gestrigen Unterredung mit der Münchener Fg. halte ich es vor Gott und unserem Führer gradezu für meine Pflicht, Sie in dieser ersten Zeit davon in Kenntnis zu setzen. Da ich aber leider nicht in der Lage bin, Ihnen bestimmte Unterlagen zu geben, bitte ich Sie, diesen Brief lediglich als Privatbrief aufzufassen, der nur Sir Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, in vollem Vertrauen gerichtet ist, gewissermaßen als Hinweis. (Wir kennen von 1919 her das schleichende Gift der Versetzung.) Daher bitte ich von einer Weitergabe dieses Briefes abzusehn.

Mit bestem Gruß und Heil Hitler!

*Anna Schmitt.*  
geb. Beckert  
Lamborn

Abb. 34c

## Zeittafel

1933

30. Januar Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.
1. Februar Verordnung des Reichspräsidenten zur Reichstagsauflösung und Neuwahlen am 5. März.
4. Februar Verordnung des Reichspräsidenten „Zum Schutze des deutschen Volkes“: Eingriffsrecht des Staates in die Presse- und Versammlungsfreiheit, bildet die erste gesetzliche Grundlage zur Verfolgung politischer Gegner (darunter zahlreicher Juden).
12. Februar Die seit Januar 1932 bestehende Reichsvertretung der jüdischen \*Landesverbände ernennt das fünfköpfige Präsidium der (alten) \*Reichsvertretung der deutschen Juden als eine Art Notausschuß, der ermächtigt ist, das gesamte deutsche Judentum jederzeit gegenüber dem neuen Regime zu vertreten (Blau, Geschichte der Reichsvertretung, S. 1).
27. Februar Reichstagsbrand.
28. Februar Verordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“, durch welche die Grundrechte außer Kraft gesetzt werden: u.a. Beschränkungen der Freiheit der Person, Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Beginn der „\*Schutzhaft“-Willkür (ohne gerichtliche Kontrolle) zunächst in Preußen; nach den Reichstagswahlen (5.3.) Massenverhaftungen auch in den übrigen Ländern.
- März Zahlreiche Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten bis hin zu Mißhandlungen und Mord an Juden (\*Einzeltaktionen); Zwangsentlassungen, insbesondere führender jüdischer Persönlichkeiten im Kultur- und Verwaltungsbereich. Bedeutendste Ereignisse:
- 6.-9.3. Berlin-Kurfürstendamm
  - 9.3. Chemnitz
  - 12.3. Breslau (gegen jüdische Richter und \*Rechtsanwälte)
  - 27.3. Gleiwitz
  - 28.3. Görlitz
  - 30.3. Berlin
5. März Reichstagswahlen unter der Hitlerregierung; Einschüchterung der Wähler durch \*SA und andere NS-Kampforganisationen; NSDAP erhält 43,9% der Wählerstimmen.
8. März Reichsminister \*Frick kündigt die Errichtung von \*Konzentrationslagern an. Im selben Monat Errichtung der ersten NS-Konzentrationslager in Dachau und Oranienburg. Unter den ersten Häftlingen sind zahlreiche Juden.

1933

9. März \*Himmler wird kommissarischer Polizeipräsident in München; \*Heydrich wird Leiter des politischen Referats.
13. März \*Goebbels wird Chef des neuen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.
17. März Ernennung Hjalmar \*Schachts zum Reichsbankpräsidenten.
20. März Errichtung des \*Konzentrationslagers Dachau.
21. März Durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“ (RGBl I, 135) wird die Bestrafung von in privatem Kreis gemachten regimekritischen Äußerungen möglich.
- Erste Verlegungen von Gefangenen ins \*KZ Oranienburg. Danach rascher Ausbau des KZ-Systems.
22. März Bildung des Referats „Rassenhygiene“ im Reichsinnenministerium.
23. März Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) ermöglicht der Reichsregierung, nun auch verfassungsändernde Gesetze zu erlassen. Eines der ersten dieser Gesetze ist die Aufhebung der Gleichberechtigung von Juden in Deutschland (vgl. 7. April 1933; sowie \*Emanzipation).
28. März Deutsche katholische Bischöfe nehmen die früher im Hirtenbrief gegen die NSDAP gerichteten Warnungen und Verbote zurück.
29. März Gründung der \*Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe durch den Preußischen \*Landesverband jüdischer Gemeinden und die jüdische \*Gemeinde Berlin.
29. März Erste öffentliche Erklärung der \*Reichsvertretung der deutschen Juden zusammen mit der Berliner \*Gemeinde gegen den Aufruf der NSDAP zum \*Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April; auch als Brief an Reichskanzler Adolf Hitler gesandt.
31. März In Folge der Gewalttätigkeiten gegen jüdische \*Rechtsanwälte und Richter im März 1933 und in Erwartung weiterer Gewalttätigkeiten im Rahmen des „Abwehrboykotts“ am 1. April ordnet der Kommissar des Reichs für das preußische Justizministerium Hanns Kerrl an, jüdische Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Beamte im Strafvollzug zu beurlauben oder zu entlassen (Blau, Ausnahme-recht, S.12 f., Nr.1-2).

1933

1. April Himmler wird „Politischer Polizeikommandeur Bayerns“ und ist auch für \*Konzentrationslager zuständig.
1. April Bekanntmachung des Reichsministeriums des Innern über die vorübergehende Wiedereinführung des Ausreiseseitvermerks beim Grenzübertritt (RGBl I, S. 160).
- 1.-3. April Reichsweiter, von NSDAP und Propagandaministerium organisierter \*Boycott jüdischer Geschäfte. \*Einzelaktionen gegen jüdische \*Ärzte, \*Juristen und Studenten.
1. April Telegramm des Berliner Evangelischen Oberkirchenrats an die \*Reichsvertretung der deutschen Juden: „Verfolgen Entwicklungen mit größter Wachsamkeit und hoffen, daß \*Boycottmaßnahmen mit heutigem Tage ihr Ende finden“ (Gerlach, Als die Zeugen schwiegen, S. 39, Anm. 6).
4. April Robert \*Weltsch reagiert auf den antijüdischen \*Boycott mit dem Artikel: „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck“ in der \*Jüdischen Rundschau. Dieser hatte enormen Einfluß auf weite Kreise der deutschen Judenschaft, v.a. auf die Intelligenz, und half, die erschütterte jüdische Identität zu stärken.
6. April Protestschreiben des Kardinals Bertram an Reichspräsident v. Hindenburg gegen den antijüdischen \*Boycott vom 1. April.
7. April Beginn der antijüdischen \*Rassengesetzgebung mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und der ersten  
11.4. Verordnung zu seiner Durchführung vom 11. April 1933. Mit diesem Gesetz, das durch Einführung des \*Arierparagraphen die rechtliche Definition des Begriffs „Jude“ für die Zeit bis zu den \*Nürnberger Gesetzen bestimmte, werden zunächst Beamte jüdischer Herkunft durch Zwangspensionierung „ausgeschaltet“ (RGBl. I, 175, 195).
- 4.5. Die zweite Durchführungsverordnung vom 4. Mai 1933 regelt die Entlassung der im öffentlichen Dienst tätigen jüdischen Arbeiter und Angestellten (RGBl. I, 233-235).
- 6.5. Die dritte Durchführungsverordnung bestimmt den Kreis der unter das Gesetz fallenden Beamtenkategorien. Dazu gehören u.a. Honorarprofessoren, Privatdozenten und Notare, auch wenn sie nur Gebühren beziehen (RGBl. I, 245). Auch der Begriff des \*Frontkämpfers wird hier definiert. Für ehemalige jüdische Frontkämpfer bestehen Sonderregelungen, durch die sie vorläufig von dieser Gesetzgebung ausgenommen sind.
7. April Gesetz über die Zulassung zur \*Rechtsanwaltschaft, schließt die Neuzulassung „nichtarischer“ Anwälte aus (RGBl. I, 188).

1933

13. April Gründung des \*Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau (ZAHA).
15. April Aus Anlaß des antijüdischen \*Boykotts und der beginnenden \*Ariergesetzgebung (insbesondere aufgrund der Anwendung des \*Arierparagraphen im kirchlichen Bereich) verfaßt Dietrich Bonhoeffer den Protestaufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“; dieser wird zunächst als Text zu einer Diskussion verfaßt und erst im Juni 1933 veröffentlicht.
21. April Das Gesetz über das Schlachten von Tieren und die Verordnung vom 22. April 1933 (RGBl. I, 202, 212) verbieten das rituelle Schlachten nach den Vorschriften des jüdischen Religionsgesetzes (\*Schächten). Das rituelle Schlachten wurde schon vorher in Sachsen (am 22. März 1933) und in Baden (am 6. April 1933) untersagt.
22. April Ausschluß \*nichtarischer Lehrer aus dem Lehrerverein (Walk, Sonderrecht, S. 16, Nr. 70).
22. April Durch die Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit in Krankenkassen wird die Tätigkeit nichtarischer \*Ärzte beendet und ihre Neuzulassung, mit Ausnahme von \*Frontkämpfern, für unzulässig erklärt (RGBl. I, 222).
22. April Einführung des \*Arierparagraphen im Deutschen Apothekerverein (Walk, Sonderrecht, S.72, Nr. 72).
25. April „Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen“ (RGBl. I, 225-226). Durch dieses Gesetz soll die Zahl der jüdischen Schüler und Studenten, entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands, beschränkt werden. (Ausnahme: Kinder von \*Frontkämpfern und \*Mischlinge).
25. April Deutsche Sport- und Turnvereine übernehmen den \*Arierparagraphen; Ausnahmen gelten für \*Frontkämpfer und Hinterbliebene von Gefallenen des Ersten Weltkrieges (Walk, Sonderrecht, S. 18, Nr. 80).
- 25.-26. April Die Tagung der Vertreter der katholischen Kirchenprovinzen in Berlin lehnt eine Protesterklärung gegen die Anwendung des \*Arierparagraphen im kirchlichen Bereich ab. Der Kirchenausschuß der Altpreußischen Union, der ebenfalls am 25.-26. April in Berlin tagt, nimmt dieselbe Haltung ein (\*Kirchen und NS-Judenpolitik).

1933

26. April Gesetz zur Errichtung des Geheimen Staatspolizeiamtes (\*Gestapa) in Berlin; das Gestapa soll eine „allgemeine zentrale Nachrichtensammelstelle der Politischen Polizei für das gesamte Reichsgebiet“ sein und „alle staatsgefährlichen politischen Bestrebungen im gesamten Reichsgebiet erforschen“; Beginn der systematischen Berichterstattung der Gestapo, enthält auch sporadische Meldungen über Juden.
29. April Verbreiterung der repräsentativen Basis der (alten) \*Reichsvertretung der deutschen Juden: Eintritt wichtiger jüdischer Organisationen in den Vorstand der Organisation.
4. Mai Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (vgl. 7. April 1933).
6. Mai Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (vgl. 7. April 1933).
6. Mai Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern; \*Nichtarier sind nicht mehr als Steuerberater zugelassen (RGBl. I, 257).
7. Mai Kündigung aller jüdischen Arbeiter und Angestellten der Wehrmacht durch Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums (Adam, Judenpolitik, S. 76, Anm. 24).
10. Mai Öffentliche Verbrennung der Bücher „undeutscher“ Schriftsteller durch die NS-Studentenführung in Berlin. Bücherverbrennung in Universitätsstädten: Der Kampfausschuß der Deutschen Studentenschaft verfennt „undeutsche“ (hauptsächlich jüdische) Autoren.
17. Mai Das \*Comité des Délégations Juives, Paris, überreicht dem Völkerbund die \*Bernheim-Petition.
29. Mai Erstes öffentliches Auftreten der (alten) \*Reichsvertretung der deutschen Juden in einer schriftlichen Kundgebung, die in allen wichtigen jüdischen Presseorganen veröffentlicht wird. Die Reichsvertretung protestiert gegen die Verunglimpfung der Juden und die Gefahr ihrer Entrechtung in ihrem Vaterland. Sie erklärt sich als repräsentative Vertreterin des deutschen Judentums gegenüber dem neuen Regime.
16. Juni Gründung des politischen Ausschusses der \*Reichsvertretung der deutschen Juden unter Beteiligung der drei wichtigsten politischen Organisationen (\*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, \*Zionistische Vereinigung für Deutschland, \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten); der Vorsitzende ist Leo \*Baeck (Blau, Geschichte der Reichsvertretung, S. 2).

1933

17. Juni Baldur von Schirach, „Jugendführer des Deutschen Reiches“, erhält die Kontrolle über sämtliche Jugendverbände (\*Reichsjugendführung).
25. Juni Die \*Reichsvertretung der deutschen Juden beschließt, einen Erziehungsausschuß zu gründen. Erstes Zusammentreten am 6. Juli; erste Arbeitssitzung am 20. Juli (◀48▶).
6. Juli Vor dem Hintergrund der Schäden, die durch die \*SA-Willkür der Verwaltung und Wirtschaft zugefügt wurden, erklärt Hitler vor den Reichsstatthaltern, „Evolution“ müsse die „Revolution“ ablösen.
7. Juli Rudolf \*Heß (seit 21. April 1933 Stellvertreter des Führers) verbietet aus wirtschaftlichen, sowie aus innen- und außenpolitischen Gründen Aktionen gegen die großen (jüdischen) \*Warenhäuser.
11. Juli Anordnung der \*Gestapa, im Zusammenhang mit der Bekämpfung „marxistischer Elemente“ alle örtlichen jüdischen politischen sowie „angeblich unpolitischen Vereine und deren Nebenorganisationen“ zu erfassen (Klein, Lageberichte, Bd. II, S. 614; vgl. auch \*Überwachung jüdischer Organisationen, sowie \*Kommunismus und Juden).
14. Juli Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (am 1. Januar 1934 in Kraft getreten) ermöglicht Zwangssterilisierungen.
14. Juli Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens (RGBl. I, 497): Es wird später unter anderem bei der \*Massendeportation der Juden zur Beschlagnahmung des Vermögens einzelner Juden und jüdischer Organisationen angewendet (vgl. 14. Oktober 1941, 25. November 1941).
14. Juli Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (RGBl. I, 480). Nach der Durchführungsverordnung vom 26. Juli wird die Ausbürgerung aufgrund „völkisch-nationaler“ und rassischer Grundsätze entschieden. Der Widerruf von Einbürgerungen (§ 1) wird insbesondere auf Juden aus Osteuropa (\*Ostjuden) angewendet, die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (§ 2) betrifft Emigranten, welche durch ihr Verhalten „gegen die Pflicht der Treue gegen Reich und Volk“ verstoßen (vgl. auch \*Auswanderung).
- 26.7.



1933

15. Juli Staatskommissar \*Hinkel erteilt im Namen des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Genehmigung zur Gründung des \*Kulturbundes deutscher Juden.
20. Juli Abschluß des Reichskonkordats mit dem Vatikan (Ratifizierung am 10. September 1933) sichert den Bestand und die Tätigkeit der katholischen Organisationen. Im Gegenzug verbietet der Vatikan Priestern jede parteipolitische Betätigung.
23. Juli Einführung des „\*Arierparagraphen“ im Reichsverband deutscher Schriftsteller (Walk, Sonderrecht, S. 42, Nr. 197).
26. Juli Runderlaß des Reichsfinanzministeriums, demzufolge die \*Auswanderung von Juden erwünscht ist und nicht unterbunden werden darf. Von ihnen wird jedoch eine „\*Reichsfluchtsteuer“ erhoben (Walk, Sonderrecht, S. 42, Nr. 199).
- August In zahlreichen Orten (Berlin-Wannsee, Fulda, Beuthen, Speyer u.a.) wird an Badestränden, in öffentlichen Bädern etc. für Juden \*Badeverbot ausgesprochen (Walk, Sonderrecht, S. 48, Nr. 225).
8. August Nach den Richtlinien zum Reichsbeamten-gesetz muß jeder, der als Reichsbeamter berufen werden soll, seine \*arische Abstammung nachweisen. Wer später eine Ehe eingehen will, hat die arische Abstammung des künftigen Gatten nachzuweisen (RGBl. I, 575).
28. August Runderlaß des Reichswirtschaftsministeriums über das \*Ha'ava-ra-Abkommen, das die Auswanderungsbedingungen für den Transfer jüdischen Vermögens nach Palästina regelt (Feilchenfeld/Michaelis/Pinner, Haavara, S. 26-27).
- August-September Jüdische \*Viehhändler werden nicht mehr in den Reichsverband des nationalen Viehhandels Deutschlands aufgenommen. Diejenigen, die dem Reichsverband vor der NS-Gleichschaltung angehörten, bleiben Mitglieder (Walk, Sonderrecht, S. 49, Nr. 235).
6. September Die Generalsynode der evangelischen Landeskirche der Altpreußischen Union nimmt den \*Arierparagraphen an. Demzufolge dürfen keine Nichtarier als Geistliche und Beamte der kirchlichen Verwaltung berufen werden. Das Verbot gilt auch für Ehemänner nichtarischer Frauen.
- 21.9. Dagegen erklären am 21. September die Gründer des am 11. September 1933 ins Leben gerufenen oppositionellen „Pfarrernotbundes“ der evangelischen Kirche ihren Protest gegen die „Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi“ (Zipfel, Kirchenkampf, S. 39-40; vgl. auch \*Kirchen und NS-Judenpolitik).

1933

13. September „Vererbungslehre“ und „Rassenkunde“ werden verpflichtendes Lehr- und Prüfungsfach für alle Schüler (Walk, Sonderrecht, S. 51, Nr. 244).
17. September Gründung der (neuen) \*Reichsvertretung der deutschen Juden als eine föderative Zentralorganisation aller jüdischen Gemeinden, Gemeindeverbände sowie politischer und religiöser Organisationen.
22. September „Reichskulturkammergesetz“: Bedingung für die Betätigung in einem der Kulturzweige ist die Zugehörigkeit zur entsprechenden Kammer. Juden waren ausgeschlossen; sie können nur noch im Rahmen des \*Kulturbundes der deutschen Juden arbeiten. Für alle Bereiche der Kultur werden Fachkammern geschaffen. (RGBl. I, 661).
27. September Ludwig Müller wird von der Nationalsynode der evangelischen Kirche zum „Reichsbischof“ gewählt.
29. September Reichserbhofgesetz: Bauer (oder Eigentümer eines Erbhofs) kann nur sein, wer unter seinen Vorfahren bis zum Jahr 1800 zurück kein jüdisches oder farbiges Blut hat. In diesem Gesetz findet sich zum ersten Mal der Ausdruck „jüdisches Blut“ (RGBl. I, 685).
30. September Der Kyffhäuser-Bund (Reichskriegerbund) schließt \*Nichtarier aus. (Walk, Sonderrecht, S. 54, Nr. 258).
4. Oktober Schriftleitergesetz: Schriftleiter kann nur sein, wer \*arischer Abstammung und nicht mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist (RGBl. I, 713).
14. Oktober Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der  
12.11. Abrüstungskonferenz (Volksabstimmung dazu am 12. November 1933).
9. November Der im Herbst 1931 gegründete Sicherheitsdienst (\*SD) des Reichsführers SS \*Himmler, der ab Juli 1932 Reinhard \*Heydrich unterstand, errichtet ein eigenes SS-Amt mit 10 Oberabschnitten.
12. November Reichstagswahlen, bei denen die NSDAP die einzige zugelassene Partei ist: Wahlbeteiligung 95,2%, Stimmen für die NSDAP-Einheitsliste 92,2%. Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund: Wahlbeteiligung 96,3%, Ja-Stimmen 95,1%, Nein-Stimmen 4,9%.
13. November \*Nichtarier können weder als Schöffen noch als Geschworene berufen werden (Walk, Sonderrecht, S. 60, Nr. 288).

### 1933

27. November Die Aufführung von jüdischen Fest- und Feiertagen in Behördenkalendern wird verboten (Walk, Sonderrecht, S. 62, Nr. 297).
30. November Die Geheime Staatspolizei (\*Gestapo) in Preußen wird per Gesetz selbständiger Zweig der inneren Verwaltung;  
14.3.1934 sie erhält Verfügungsgewalt über Stapo-Stellen.
16. Dezember Rundschreiben des Reichswirtschaftsministeriums: Es ordnet einen ungestörten Ablauf des Weihnachtsgeschäftes an. Diese Anordnung ergeht aufgrund der Bedrohung jüdischer Geschäfte (vgl. \*Einzelaktionen), insbesondere, wenn sie christliche Symbole verwenden (Walk, Sonderrecht, S. 64, Nr. 308).
19. Dezember Kandidaten für die Aufnahme in die Hochschulen für Lehrerbildung müssen den Nachweis ihrer \*arischen Abstammung erbringen (Walk, Sonderrecht, S. 65, Nr. 312).
23. Dezember Verordnung des \*Gestapa an die Stapo-Stellen, bis zum 5. jedes Monats einen allgemeinen politischen Lagebericht einzureichen; unter dem Punkt „Gegner des Staates und der Bewegung“ wird sporadisch über Juden berichtet.
- November 1933- \*Himmler wird Kommandeur der verselbständigten Politische  
Januar 1934 Polizeien der Länder (außer in Preußen und Schaumburg-Lippe). Der ihm unterstehende \*SD erteilt Anweisungen zur Überwachung der „weltanschaulichen Gegner des Regimes“ an alle SD-Oberabschnitte. Diese Anweisungen, die auch detaillierte Richtlinien zur Berichterstattung über Juden enthalten, dienen zur Vorbereitung der periodischen Lageberichterstattung durch den SD (Browder, Die Anfänge des SD).

### 1934

3. Dezember- Fünf Predigten von Kardinal v. Faulhaber, beginnend am ersten Advent, zum Thema „Judentum, Christentum und Germanentum“,  
1. Januar 1934 die unmittelbar danach auch gedruckt wurden. Sie werden als offene Kritik an der nationalsozialistischen Ablehnung des Alten Testaments verstanden und verteidigen die heilsgeschichtliche Bedeutung des alttestamentlichen jüdischen Volkes. Trotz Faulhabers Kritik an der NS-Rassenlehre (vgl. \*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden) betont er, dies sei keineswegs eine Stellungnahme zur Situation der Juden im Dritten Reich (vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik).
15. Januar Von der Gestapo veranlaßter Erlaß des Preußischen Ministerpräsidenten über die \*Rückwanderung deutscher Emigranten aus dem Ausland: Flüchtlinge, die keine deutschen Staatsangehörigen sind und in ihrer Mehrzahl aus Osteuropa nach Deutschland ein-

1934

gewandert sind (meist \*Ostjuden), sind zu verhaften und bis zu ihrer Ausweisung aus Deutschland in ein \*Konzentrationslager zu überführen; die Rückkehr von Gegnern des NS-Staates ist zu verhindern (Walk, Sonderrecht, S. 67-68, Nr. 326).

17. Januar Erlaß des Reichsministers des Innern gegen ungesetzliche Ausdehnung der \*Ariergesetzgebung auf das Gebiet der „freien Wirtschaft“, insbesondere gegen den \*Boykott jüdischer Geschäfte und \*Warenhäuser (Genschel, Verdrängung, S. 88-89).
17. Januar Erlaß des Reichsministers des Innern über die Änderung von Familiennamen. Durch diesen Erlaß soll die Änderung jüdischer Familiennamen erschwert werden (Blau, Ausnahmerecht, S. 25, Nr. 43).
24. Januar Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (RGBl. I, 45): \*Nichtarische Arbeitnehmer dürfen nicht Vertrauensleute, Betriebsführer oder Mitglieder der Arbeitsfront sein (Walk, Sonderrecht, S. 69, Nr. 332; dort irrtümlich am 20.1.1934 aufgeführt).
5. Februar Prüfungsordnung für \*Ärzte und Zahnärzte schließt jüdische Studenten von den Examen aus (Blau, Ausnahmerecht, S. 25, Nr. 45).
27. Februar Runderlaß des Reichsministeriums des Innern über die Befreiung jüdischer Schüler vom Unterricht an jüdischen Hauptfeiertagen und am \*Sabbat auf Antrag ihrer Eltern (vgl. \*Schulwesen, jüdisches).
28. Februar Durch einen nichtveröffentlichten Erlaß des Reichswehrministers wird das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 auch auf die Reichswehr ausgedehnt (Adam, Judenpolitik, S. 75-76).
5. März Die Reichsschrifttumskammer verbietet den Vertrieb von NS-Literatur durch Juden und deren Auslieferung an jüdische Firmen und \*Warenhäuser (Walk, Sonderrecht, S. 73, Nr. 352).
5. März 1. Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz verbietet \*Nichtariern das Auftreten als Schauspieler auf deutschen Bühnen (Walk, Sonderrecht, S. 73, Nr. 353; vgl. auch \*Künstlerhilfe, jüdische).
7. März Die \*Reichsjugendführung betont erneut, daß Mitgliedern jüdischer \*Jugendorganisationen das Tragen von Uniformen verboten ist (Walk, Sonderrecht, S. 73, Nr. 355).

1934

20. März Erneute Erlaubnis zur Betätigung jüdischer \*Jugendorganisationen, unter eingeschränkten Bedingungen (Walk, Sonderrecht, S. 74, Nr. 361).
30. März Beschluß von Martin \*Buber, Otto \*Hirsch und Adolf \*Leschnitzer zur Gründung der \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung (vgl. auch 10.-13. Mai; Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 34 und Anm. 1).
18. April Das Gesetz gegen Überfüllung deutscher Schulen (vgl. 25. April 1933) gilt nun auch für Privatschulen. Die Eröffnung neuer jüdischer Schulen (außer jüdischer Volksschulen) ist nicht mehr zu genehmigen; ausgenommen sind Berufsschulen, deren Zweck die Vorbereitung für die \*Auswanderung ist (Walk, Sonderrecht, S. 77, Nr. 374; vgl. auch \*Schulwesen, jüdisches).
20. April Ministerpräsident \*Göring, Chef der Preußischen Geheimen Staatspolizei, ernennt \*Himmler zum Inspekteur der \*Gestapo;  
22.4. \*Heydrich wird ab 22. April Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa).
24. April Gesetz zur Errichtung des Volksgerichtshofes für Delikte des Hoch- und Landesverrats (RGBl. I, 369).
1. Mai Veröffentlichung der Ritualmord-Sondernummer des \*Stürmer.  
26.4. Schon am 26. April 1934 hatte die \*Reichsvertretung der deutschen Juden beim Reichsministerium des Innern protestiert und sich mit einem Telegramm an Hitler gegen die beabsichtigte und durch Flugblätter angekündigte Herausgabe der Sondernummer gewandt (Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 37).
2. Mai Das Gestapa übernimmt als „Zentralbüro des Politischen Polizeikommandeurs“ die Funktion eines Koordinationsorgans, in dem faktisch die Kompetenzen einer reichsweiten Geheimpolizei zusammengefaßt sind.
17. Mai Nichtarische \*Ärzte oder Ärzte mit nichtarischen Ehepartnern verlieren die Zulassung zu den Krankenkassen. Die Befreiung von \*Frontkämpfern wird eingeschränkt (RGBl. I, 399).
18. Mai Gesetz über die \*Reichsfluchtsteuer: Die Freigrenze wird von 200.000 RM auf 50.000 herabgesetzt (RGBl. I, 392). Dadurch wird der Kreis der reichssteuerpflichtigen Emigranten (vorwiegend Juden) wesentlich erweitert.
24. Mai Anordnung \*Heydrichs an Stapostellen, Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten, am Ersten jeden Monats zusammenfassende

Berichte an das \*Gestapa einzureichen. Diese sollen eine allgemeine Übersicht über alle jene Erscheinungen des Vormonats enthalten, „die geeignet sind, die Stimmung, die politische Lage und Sicherheitsverhältnisse zu charakterisieren“. Über Juden ist unter einem eigenen Punkt zu berichten; die systematische Berichterstattung über Juden beginnt.

- 29.-31. Mai Barmer Bekenntnissynode: In der scharfen Protesterklärung gegen die Kirchenpolitik des NS-Regimes werden die Rassenpolitik und die Verfolgung \*nichtarischer Christen nicht erwähnt (vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik).
6. Juni Die \*Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) erklärt, die Zugehörigkeit zum \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) sei nicht mit der Mitgliedschaft in der ZVfD vereinbar. Diese Erklärung wird am 26. April 1937 aufgehoben (CZA, L142/47/7).
16. Juni Durch Runderlaß des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft werden \*nichtarische Schüler von der Teilnahme an nationalpolitischen Lehrgängen ausgeschlossen (Walk, Sonderrecht, S. 83, Nr. 406).
25. Juni Anordnung des \*Gestapa, die Nicht-\*Frontkämpfern und jüdischen Soldaten, die nicht am Weltkrieg teilgenommen hatten (Altsoldaten), die Mitgliedschaft beim \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten untersagt **48**. Nach Angaben eines anderen Lageberichts ergeht diese Anordnung am 25.7.1934 (vgl. <687>).
26. Juni Rundschreiben \*Heydrichs als Leiter der \*Gestapo, gegen die Vernachlässigung der Anmeldepflicht für jüdische Versammlungen (Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 43): Diese Verfügung der Gestapo, die wahrscheinlich nach Heydrichs Eintritt ins Amt am 22. April 1934 herausgegeben wurde, dient zur \*Überwachung jüdischer Versammlungen (vgl. \*Vereinsleben, jüdisches). Zur Anmeldepflicht kommt im Februar 1935 (vgl. dort) die Auflage hinzu, die zum Vortrag kommenden Texte der Gestapo im Wortlaut vorzulegen (vgl. **102**).
30. Juni- Entmachtung und Ermordung der \*SA-Spitze um Ernst \*Röhm und  
2. Juli Mordaktion an konservativen Regierungskritikern; Viktor Lutze wird neuer Stabschef der SA. Im Zusammenhang mit der „Röhmrevolte“ kommt es in verschiedenen Orten zu anti-jüdischen Gewalttätigkeiten (\*Einzelaktionen).
30. Juni Unterstellung der \*Konzentrationslager unter Reichsführer-SS \*Himmler.

1934

4. Juli Verfügung \*Himmlers über die Trennung der Arbeitsgebiete von \*Gestapo und Sicherheitsdienst (\*SD): Aufgabe der Gestapo ist die Gegnerbekämpfung, die des SD die Gegnerermittlung. Unter der Personalunion \*Heydrichs bestehen die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden Organisationen jedoch weiter.
7. Juli Erlaß des Reichsinnenministers \*Frick an Regierungs- und Oberpräsidenten, ab dem 10.8.1934 von der \*Gestapo-Berichterstattung unabhängige, monatliche Lageberichte für das Reichsministerium des Innern zu verfassen, da dieses für die politische Unterrichtung der Reichsregierung und des Reichskanzlers verantwortlich sei. Das nun viel differenziertere Berichterstattungsschema, welches wie die Gestapo-Berichte einen eigenen Punkt *Juden* enthält, bleibt bis März 1936 im Wesentlichen unverändert.
9. Juli Erlaß der \*Gestapa zur Erfassung sämtlicher jüdischer Organisationen (Klein, Lageberichte, Bd. II, S. 661; vgl. auch \*Überwachung jüdischer Organisationen).
18. Juli Nach den vom Reichssportführer herausgegebenen Richtlinien sollen im Rahmen des \*Reichsausschusses jüdischer Sportverbände nur noch die Sportorganisation \*Makkabi und \*Schild anerkannt werden. Alle jüdischen Sportgruppen hatten sich einer dieser Organisationen anzuschließen (Walk, Sonderrecht, S. 85, Nr. 41).
20. Juli Die \*SS wird selbständige Gliederung der NSDAP und ist nicht mehr der Obersten \*SA-Führung unterstellt; der Reichsführer SS ist „persönlich und unmittelbar“ Hitler unterstellt.
22. Juli Die Prüfungsordnung für Juristen läßt \*nichtarische Studenten nicht mehr zu Prüfungen zu (Blau, Ausnahmerecht, S. 26, Nr. 53).
25. Juli Zum Ausschluß von Nicht-\*Frontkämpfern und „Altsoldaten“ aus dem \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten vgl. oben, 25. Juni 1934.
30. Juli Reichsbankpräsident Hjalmar \*Schacht übernimmt auch das Wirtschaftsministerium; offiziell erst ab Jan. 1935 Reichswirtschaftsminister.
1. August „Gesetz über das Oberhaupt des Deutschen Reiches“ vereinigt das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers mit Wirkung ab Hindenburgs Tod.
2. August Tod des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Hitler wird „Führer und Reichskanzler“; sofortige Vereidigung der Wehrmacht auf Hitler (bis zu diesem Zeitpunkt war Hindenburg Oberbefehlshaber gewesen).

1934

16. August Ein Erlaß des Stellvertreters des Führers (\*Heß) verbietet allen Angehörigen der NSDAP u.a., Juden in jeder Hinsicht zu vertreten, bei staatlichen und anderen Stellen für Juden vorzusprechen, von Juden Parteispenden anzunehmen, ihnen Genehmigungen jeglicher Art auszustellen und mit ihnen in der Öffentlichkeit oder in Lokalen zu verkehren (Walk, Sonderrecht, S. 89, Nr. 436).
19. August Volksabstimmung über die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten (vgl. 2.8.1934) und des Reichskanzlers: 95,7% Wahlbeteiligung, 2% ungültige Stimmen; 89,9% Ja-Stimmen; 10,1% Nein-Stimmen. In verschiedenen Orten kam es während oder nach der Abstimmung zu antijüdischen Gewalttätigkeiten (\*Einzelaktionen).
15. September Der Reichssportführer teilt mit: Die Organisationen \*Schild und \*Makkabi, die dem \*Reichsausschuß jüdischer Sportverbände angeschlossen sind, erhalten die Anerkennung des Reichsarbeitsministers, des Reichsinnenministers, des Stellvertreters des Führers und der \*Gestapo. Weitere (örtliche) Erschwerungen sind zu vermeiden (vgl. 18. Juli 1934).
18. September Den jüdischen \*Jugendorganisationen ist es verboten, Uniformen zu tragen, Aufmärsche und sportliche Vorführungen zu veranstalten, sowie Fahnen und Abzeichen zu zeigen (Walk, Sonderrecht, S. 92, Nr. 453).
23. September \*Nichtarier werden von der Vereinigung der Zeitungs- und Zeitschriftenverkäufer ausgeschlossen, auch wenn sie keine nationalsozialistischen Pressezeugnisse verkaufen (Walk, Sonderrecht, S. 92, Nr. 455).
16. Oktober Nach dem neuen Steueranpassungsgesetz haben jüdische Schulen (\*Schulwesen, jüdisches) kein Recht auf Steuerermäßigung. Als Organisationen, die kirchliche Zwecke verfolgen und ein Recht auf Steuerbefreiung haben, werden nur christliche Organisationen anerkannt (RGBl. I, 925).
- 1.-20. Oktober Die Dahlemer Synode der Bekennenden Kirche postuliert ein „kirchliches Notrecht“ gegen den totalen Staat und legt die Grundzüge ihrer Organisation fest. Die Verfolgung der Juden wird nicht erwähnt (vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik).
21. Oktober Das württembergische Polizeiamt teilt mit, daß die Neubildung jüdischer Sportorganisationen nur dann erlaubt ist, wenn diese der vom Reichssportführer anerkannten Arbeitsgemeinschaft (\*Reichsausschuß jüdischer Sportverbände) angeschlossen sind.



## 1934

- Einstweilen ist die Abhaltung von Sportwettkämpfen mit anerkannten jüdischen Organisationen noch erlaubt; es werden ihnen öffentliche Sportplätze und Einrichtungen zur Verfügung gestellt, soweit diese nicht für andere Gruppen gebraucht werden (Walk, Sonderrecht, S. 94, Nr. 465).
1. Dezember Gesetz zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung: Erklärt das Verbot der Aufnahme jüdischer Anwälte in die Anwaltschaft (vgl. 7. April 1933); jüdische \*Rechtsanwälte dürfen die Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ nicht mehr führen (RGBl. I, 1258).
8. Dezember Prüfungsordnung für Apotheker: \*Nichtarier werden nicht mehr zur Prüfung zugelassen (Blau, Ausnahmerecht, S. 27, Nr. 59).
13. Dezember Reichshabilitationsordnung: Die Habilitation ist von der „\*arischen“ Abstammung abhängig (Blau, Ausnahmerecht, S. 27, Nr. 61).
20. Dezember Das „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiuniformen“ ersetzt die Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933 (vgl. dort). Das Gesetz bringt weitreichende Verschärfungen bis hin zur Todesstrafe (Paragraph 3). Es öffnet dem Denunziantentum (oft gegen Juden) Tür und Tor (RGBl. I, 1269-1271).
26. Dezember In einem Schreiben des Reichsministerium des Innern an \*Göring als Preußischer Ministerpräsident und Chef der \*Gestapo wird gefordert, antijüdische \*Einzelaktionen, die sich „in der letzten Zeit im ganzen Reichsgebiet außerordentlich gehäuft haben“, zu unterbinden (Eine Benachrichtigung über diesen Vorgang ergeht an alle Landesregierungen). Dies geschieht infolge des Protestschreibens des Reichswirtschaftsministers \*Schacht vom 12. Dezember 1934 im Zusammenhang mit der zum Teil gewalttätigen \*Boykottwelle gegen jüdische Geschäfte und \*Warenhäuser, meist im Rahmen des Weihnachtsgeschäfts. Schacht verweist dort auf den Erlaß des Reichsministeriums des Innern vom 17. Januar 1934 (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 171, Nr. 145b).

## 1935

1. Januar Hjalmar Schacht wird offiziell Reichswirtschaftsminister (vgl. 30.7.1934).
11. Januar Ein Erlaß des \*Gestapa, Dienststelle II 1 A (Kommunistische und marxistische Bewegung) verpflichtet die Staatspolizeistellen und Politischen Polizeien der Länder, rückwirkend ab dem 1.10.1934 über die Betätigung von Juden im marxistischen Sinne zu berichten (vgl. 493 und <689>).

1935

13. Januar \*Saarabstimmung gemäß dem Versailler Vertrag: 90,8% stimmen für die Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich; 5.000 Gegner des NS-Regimes, darunter zahlreiche Juden, emigrieren aus dem Saargebiet.
28. Januar Erlaß des \*Gestapa, daß alle Emigranten, die das Reich nach der Machtergreifung verlassen haben und nach dem Stichtag 28. Januar nach Deutschland zurückkehren, in ein „Schulungslager“ überführt werden sollen (vgl. ◀170▶), sowie \*Rückwanderung).
- Februar Erstmalige Herausgabe der antisemitischen Zeitschrift „Der Judenkenner“ in Berlin.
- Februar Infolge der „allgemein gehobenen Stimmung“ nach dem „Saarsieg“ (vgl. 13. Januar 1935) initiiert die Parteileitung eine „neue antisemitische Welle“ durch verstärkte antisemitische Propaganda und Terror gegen Juden, der dann von den Ortsorganisationen der NSDAP über das beabsichtigte Maß hinaus radikalisiert wird.
- 16.3. Diese Welle wird von der Wiedereinführung der Wehrpflicht genährt und dauert mit unterschiedlicher Intensität bis nach
- 15.9. Verkündung der \*Nürnberger Gesetze an.
- April-August Die antijüdischen Gewalttätigkeiten, die ihre Höhepunkte in den Monaten April bis August haben, führen mehrfach zu Konflikten zwischen Staat und Partei, geltendem Gesetz und NS-Ideologie. Charakteristisch dafür ist die
- 11.9. Anordnung von Rudolf \*Heß als „Stellvertreter des Führers“, die auf Hitlers Weisung hin den Parteigenossen \*Einzelaktionen gegen Juden verbietet.
- Februar Im Februar wird die \*Überwachung jüdischer Versammlungen durch Anordnung des \*Gestapa dahingehend verschärft, daß „in jedem Fall der zum Vortrag kommende Stoff im Wortlaut in zweifacher Anfertigung einzureichen“ ist (<426>).
5. Februar Änderung der Prüfungsordnung für \*Ärzte und Zahnärzte: Der Nachweis \*arischer Abstammung wird nun erforderlich (Reichsministerialblatt des RMI, 65).
10. Februar Nach Anordnung der \*Gestapa sind alle jüdischen Versammlungen (\*Vereinsleben, jüdisches), in denen für das Verbleiben in Deutschland geworben wird, sofort zu verbieten (Walk, Sonderrecht, S. 105, Nr. 514). Aus verschiedenen Gestapoberichten geht hervor, daß dies nicht die erste Verordnung solchen Inhalts war.
- 26.2. Im Erlaß der Gestapa Karlsruhe vom 26. Februar 1935 werden \*zionistische Veranstaltungen von dieser Maßnahme ausdrücklich

1935

ausgenommen, mit der Begründung: „Zionistische Veranstaltungen werden regelmäßig die Gewähr dafür bieten, daß keine Werbung im Sinne des Assimilationsgedankens entfaltet wird“ (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 272, Nr. 232; vgl. \*Assimilanten). Diese Richtlinien spiegeln die Tendenz des Regimes wider, die Tätigkeiten der Juden zur Förderung der \*Auswanderung zu unterstützen.

12. Februar Ein Schreiben der \*Gestapa Berlin an alle Staatspolizeistellen verbietet das Hissen der Hakenkreuz- und der schwarz-weiß- roten Reichsfahne durch Juden (Adam, Judenpolitik, S. 118).
- 27.4. Mit Erlaß vom 27. April 1935 wird das Verbot vom Reichsministerium des Innern sanktioniert (ebda.). Ähnliche Verbote erschienen infolge lokaler und regionaler Initiativen auch schon einige Monate früher.
- 15.9. Das Hissen der Reichsflagge wird Juden durch die \*Nürnberger Gesetze endgültig verboten. Dort wird im Reichsflaggengesetz die Hakenkreuzfahne zur Reichs- und Nationalflagge erklärt und den Juden nur das Tragen „ihrer Farben“ gestattet (\*Flaggengesetzgebung).
13. Februar 3. Verordnung über die Zulassung von Zahnärzten und Dentisten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen (RGBl. I, 192). \*Nichtarier werden, bis auf wenige Ausnahmen, nicht zugelassen.
22. Februar Verordnung über die vorläufige Regelung der Gerichtsverfassung im Saarland: Die \*Nichtarier diskriminierende Beamtengesetzgebung des Reiches (vgl. 7. April 1933) und die Gesetze über \*Rechtsanwälte und Notare werden auf das Saarland ausgeweitet (RGBl. I, 246). Weitere bestehende antijüdische Gesetze werden sukzessive auch im Saarland eingeführt.
27. Februar Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, nach der „nichtdeutschstämmigen Staatenlosen“ die Zulassung zu Viehgroßmärkten als Händler nicht gestattet wird (RGBl. I, 301; vgl. auch \*Viehhandel, sowie \*Ostjuden).
1. März Infolge der \*Saarabstimmung am 13.1.1935 wird das \*Saargebiet an Deutschland rückgegliedert.
- 4.-5. März Synode der Bekennenden Kirche in Dahlem beschließt eine Kanzelverkündigung gegen NS-Rassenideologie und „Neuheidentum“ (Gerlach, Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche, S. 136-137).
16. März Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht (Broszat/Frei, Das Dritte Reich

1935

im Überblick, S. 228). Zum Ausschluß der Juden aus dem Wehrdienst vgl. 21. sowie 29. Mai 1935.

24. März Runderlaß des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: Der jüdische Religionsunterricht wird aus dem amtlichen Lehrplan gestrichen.
1. April Eingliederung der drei wichtigsten Wohlfahrtsorganisationen der deutschen Juden in die \*Reichsvertretung der deutschen Juden: \*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau, \*Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe und \*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden.
11. April Anordnung des Stellvertreters des Führers \*Heß, der Parteigenossen jeden persönlichen, außerdienstlichen Verkehr mit Juden untersagt. Insbesondere wird unter Androhung eines Parteigerichtsverfahrens der Einkauf in jüdischen Geschäften verboten (Anordnungen, S. 97 ff.; vgl. auch 16.8.1934).  
Heß verbietet den Parteigenossen auf Hitlers Weisung \*Einzelaktionen gegen Juden (ebda.).
24. April Anordnung der Reichspressekammer zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungswesens: Zeitungsverleger werden aufgefordert, ihre „reine \*arische Abstammung“ bis zurück zum Jahre 1800 nachzuweisen (Walk, Sonderrecht, S. 113, Nr. 560).
- 27./28. April Zusammenschluß der bisher nach dem Muster des Berliner \*Kulturbundes in vielen jüdischen Gemeinden selbständig tätigen 46 Kulturbünde zum \*Reichsverband der jüdischen Kulturbünde.
- 6.8. Anordnung der Reichskulturkammer, daß sich alle jüdischen Kulturbünde bis zum 31. August 1935 im Reichsverband zusammenschließen haben (Dahm, Kulturelles Leben, S. 109 f.).
- 13.8. Verschärfung dieser Anordnung durch eine Rundanweisung \*Heydrichs mit weiteren Beschränkungen.
21. Mai Wehrgesetz (RGBl. I, 609), nach dem die \*arische Abstammung grundsätzlich Voraussetzung für die Einberufung zum Heeresdienst ist; über Ausnahmen entscheidet ein Prüfungsausschuß.  
Nach einer
- 25.7. Verordnung vom 25. Juli 1935 (RGBl. I, 1047) werden alle \*Nichtarier vom aktiven Wehrdienst ausgeschlossen.
25. Mai Die im Frühjahr begonnene „antisemitische Welle“ (vgl. Februar 1935) gipfelt in München in antijüdischen Demonstrationen und Gewalttätigkeiten gegen Juden (\*Einzelaktionen).

1935

29. Mai Dienstanweisung, nach der \*nichtarische Dienstpflichtige automatisch in die Ersatzreserve II überwiesen werden, wenn sie keinen Antrag auf aktiven Wehrdienst stellen (RGBl. I, 697).
21. Juni Verfügung des Reichs- und preußischen Minister des Innern: Die Landesregierungen haben Sorge zu tragen für die Entfernung von \*Schildern und Klebezetteln mit der Aufschrift „Juden sind unerwünscht“ und dergleichen von „amtlichen Wegweisern und Richtungsschildern der Fernverkehrsstraßen“ (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 55, Nr. 39 f.) vgl. auch \*Einzelaktionen.
25. Juni Erlaß des Reichsministeriums des Innern über Namensänderungen: Die Änderung \*nichtarischer Familiennamen soll nur ausnahmsweise zulässig sein und „lediglich anstößige jüdische Namen betreffen...“, die gleich den anstößigen Namen anderer Namensträger geändert werden können, indessen nur durch Gewährung eines anderen jüdischen Namens (Cohn, Levy, Isaaksohn usw.)“ (Blau, Ausnahmerecht, S. 28, Nr. 67 f.).
26. Juni Gesetz über den Reichsarbeitsdienst: Einführung der Arbeitspflicht des staatlichen Reichsarbeitsdienstes. Zum Reichsarbeitsdienst kann nicht zugelassen werden, wer \*nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist. Nichtarier, die nach dem Wehrgesetz (vgl. 21. Mai 1935) für wehrmündig erklärt wurden, können zugelassen werden (RGBl. I, 769).
- Juli 22.-28.7. Schwere antisemitische Ausschreitungen in verschiedenen Teilen Berlins, die zwischen dem 22. und 28. des Monats in den sogenannten „Kurfürstendamm Krawallen“ gipfeln (vgl. Der Gelbe Fleck, S. 56 ff.).
6. Juli Ein Runderlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung macht die \*arische Abstammung zur Bedingung für die Aufnahme in die „Reichsschaft“ der Studierenden an den deutschen Fach- und Hochschulen (Walk, Sonderrecht, S. 120, Nr. 598).
13. Juli Rücktritt des Präsidenten der Reichsmusikkammer Richard Strauss.
16. Juli Reichsinnenminister \*Frick weist Standesbeamte an, keine „Rassenmischehen“ mehr zu schließen. Ein endgültiges Verbot von „\*Mischehen“ erfolgte erst in den \*Nürnberger Gesetzen.
23. Juli „Allen konfessionellen Jugendverbänden ... ist die Betätigung, die nicht rein kirchlich-religiöser Art ist ... verboten“. Dieses Polizei-

1935

verbot, das vor allem gegen die katholischen Jugendvereine in Preußen gerichtet ist, wird kurz danach auch auf andere Teile Deutschlands ausgedehnt (Zipfel, Kirchenkampf, S. 70). Es schränkt auch die Tätigkeit jüdischer \*Jugendorganisationen ein.

25. Juli Nach Anweisung des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sollen \*nichtarische Schüler aus den „schulischen Veranstaltungen und Unterrichtsstunden ... der Erziehung zu nationalsozialistischer Weltanschauung und Staatsgesinnung“ ausgeschlossen werden. Bereits davor gab es lokale Initiativen in dieser Hinsicht (vgl. \*Schulwesen, jüdisches).
26. Juli Durchführungsvorschriften zur Verordnung über die Laufbahn für das Amt des Richters und des Staatsanwalts: Die Anwärter müssen Erklärungen über ihre eigene \*arische Abstammung und über die ihres Ehegatten beibringen (RGBl. I, 812).
- Juli-August In diesen Monaten erreicht die im Februar 1935 (vgl. oben) einsetzende Welle antijüdischer Gewalttätigkeit ihren Höhepunkt. Das unkontrollierbare Ausmaß dieser Unruhen erscheint der NS-Regierung aus wirtschaftlichen und Prestige Gründen gefährlich. Zur Einschränkung dieser \*Einzelaktionen werden folgende Anordnungen erlassen:
- 2.8./8.8. Anordnung des Stellvertreters des Führers \*Heß vom 2. August; Befehl Hitlers vom 8. August;
- 20.8. Erlaß des Reichsministers des Innern \*Frick vom 20. August aufgrund des Führerbefehls.
6. August Die \*Reichsvertretung der deutschen Juden verfaßt ein „Trostwort“, das auf die neue Welle der antijüdischen \*Einzelaktionen Bezug nimmt und als öffentliche Protestaktion in allen Synagogen verlesen wird (Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 73).
17. August Auflösung aller noch bestehenden \*Freimaurer-Logen in Deutschland (außer den jüdischen \*Bne Brith-Logen).
20. Aug.-4. Sept. 19. Zionistischer Weltkongreß (vgl. \*Zionistenkongresse) in Luzern, an dem auch eine Delegation von Zionisten aus Deutschland, sowie Beobachter der \*Gestapo teilnehmen.
2. September Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen erläßt eine „Judenverordnung der Deutschen Reichsfront“, wonach „jeder der NSDAP angehörende Rechtsanwalt aus der Partei ausgeschlossen wird, der ... einen Juden gegen einen deutschen Volksgenossen ... vertritt“ (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 84 f., Nr. 69).

1935

6. September Erlaß der \*Gestapo über die Erfassung aller Mitglieder jüdischer Organisationen in Deutschland (vgl. \*Vereinsleben, jüdisches) in einer „Judenkartei“, die zur polizeilichen \*Überwachung dienen soll (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 274 f., Nr. 235).
6. September Nach Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer wird der Verkauf jüdischer Zeitungen im Straßenhandel verboten (Blau, Ausnahmerecht, S. 29, Nr. 73; vgl. auch jüdische \*Presse).
15. September Verkündung der „\*Nürnberger Gesetze“ anlässlich des „Parteitages der Freiheit“ und der Einberufung des Reichstages in Nürnberg:  
– Das Reichsbürgergesetz, demzufolge „Reichsbürger nur Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ sein können (RGBl. I, 1146).  
– Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (RGBl, ebda.).  
§ 1: Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig (\*Mischehen).  
§ 2: Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten (\*Rassenschande).  
§ 3: Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.  
§ 4: Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten. Das „Zeigen der jüdischen Farben“ ist ihnen gestattet (\*Flaggengesetzgebung).
- 14.11. Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz (RGBl. I, 1333), in der „Jude“ und „jüdischer \*Mischling“ als Rechtsbegriffe definiert werden (zum Reichsbürgergesetz vgl. \*Nürnberger Gesetze). Diese Definition wird zur Grundlage für die weitere Gesetzgebung und die Maßnahmen der NS-Judenpolitik bis zur \*Endlösung. Nach dieser Verordnung sollen alle jüdischen Beamten zum 31. Dezember 1935 in den Ruhestand treten. Die bisher „privilegierten“ jüdischen \*Frontkämpfer erhalten bis zur Erreichung der Altersgrenze das Ruhegehalt. Nach § 4 (3) sollen die Angelegenheiten der jüdischen Religionsgesellschaft nicht berührt werden (vgl. \*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden).
- 14.11. Erste Verordnung zum Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (RGBl. I, 1334) verbietet Eheschließungen und außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und \*Mischlingen (ersten und zweiten Grades), zwischen Deutschen und Mischlingen, sowie zwischen Mischlingen untereinander.

1935

22. September Namensänderung der „\*Reichsvertretung der deutschen Juden“ in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ als Reaktion auf die \*Nürnberger Gesetze (Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 77, Anm. 2).
26. September Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gewährung von Beihilfen an kinderreiche Familien: Kinderbeihilfen sollen nur Reichsbürger erhalten (RGBl. I, 1206). Juden sind seit dem Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 keine Reichsbürger mehr.
25. September-4. Oktober Wegen der von Leo \*Baeck am 25. September an alle Gemeinden versandten Ansprache zum \*Kol Nidre, mit ihrem unmißverständlichen Protest gegen die \*Nürnberger Gesetze und die ihnen vorangegangene Welle der antijüdischen \*Einzelaktionen, wird er von der \*Gestapo am 4. Oktober, zwei Tage vor \*Jom Kippur, verhaftet (Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 79).
15. Oktober Ausschluß der \*Jüdischen Winterhilfe aus dem \*Winterhilfswerk des Deutschen Volkes.
17. Oktober Nach Erlaß des württembergischen politischen Landespolizeiamts sind alle im Lande bestehenden jüdischen Vereinigungen und ihre Mitglieder festzustellen (vgl. \*Vereinsleben, jüdisches). Sie sollen entsprechend ihrer „jüdisch-politischen Einstellung“ (neutral, \*assimilatorisch, \*zionistisch, \*orthodox, religiös-\*liberal) aufgelistet werden (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 276 f., Nr. 237). Es ist anzunehmen, daß ähnliche Anordnungen zu dieser Zeit auch in anderen Ländern herausgegeben werden.
17. Oktober Nach Anordnung der Reichsfilmkammer haben jüdische Kinobesitzer ihre Kinos zum 10. Dezember 1935 an \*Arier zu verkaufen (vgl. \*Arisierung).
18. Oktober „Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“. Das Gesetz enthält Ergänzungen zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (vgl. 14. Juli 1933) und betrifft Eheverbote bei bestimmten Krankheiten. Dem Gesetz folgt eine verstärkte Propaganda gegen „lebensunwertes Leben“.
- November Nach Anordnung des Stellvertreters des Reichsjuristenführers haben die Mitglieder des Bundes NS-Deutscher Juristen, die mit Juden oder \*Halbjuden beruflich assoziiert sind, diese Verbindung bis zum 1. April 1936 aufzulösen.
14. November Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz (RGBl. I, 1333); zum Inhalt dieser Verordnung vgl. 15. September 1935.



1935

14. November Nach Anordnung des Reichswirtschaftsministers werden ab 22. November 1935 amtlich bestellte jüdische Kursmakler von den Börsen entfernt.
14. November Verordnung des Reichsministers des Innern zur Ausführung des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen. Nach § 13 (6) dürfen Treudienstabzeichen (Ehrenzeichen zur Auszeichnung für langjährige Treue in der Arbeit) nur Personen \*arischer Abstammungen verliehen werden (RGBl. I, 1341).
18. November Runderlaß des Reichsministeriums der Finanzen. Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien erhalten nur Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, einschließlich \*Mischlinge (RStBl., 1443).
20. November Auf Anordnung des \*Gestapa wird der \*Verband nationaldeutscher Juden aufgelöst und sein Vermögen beschlagnahmt (Rheins, Deutscher Vortrupp, S. 227).
26. November Nach dem Erlaß des Reichsministers des Innern tritt an die Stelle des Begriffs „\*Nichtarier“ der Begriff „Jude“; die „\*arische Abstammung“ wird durch den Begriff „deutsches oder artverwandtes Blut“ ersetzt (Ministerialblatt, 1429).
26. November Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung vom 5.11.1935. Durch diese Verordnung verlieren die jüdischen \*Arbeitsnachweise ihren gesetzlichen Stand (RGBl. I, 1361). Die tatsächliche Auflösung erfolgt jedoch nach längeren Verhandlungen erst am 1. Januar 1937.
3. Dezember Verordnung des Reichsministeriums des Innern auf Anweisung Hitlers: Alle antijüdischen \*Schilder und Transparente in der Umgebung von Garmisch-Partenkirchen sollen mit Rücksicht auf die kommende Winter-\*Olympiade entfernt werden.
4. Dezember Erlaß des Reichsministers des Innern über die Befreiung von den Vorschriften des Reichsbürgergesetzes und des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (vgl. \*Nürnberger Gesetze). Der Erlaß betrifft in der Hauptsache die genehmigungspflichtigen Eheschließungen von \*Mischlingen. Die Befreiung von den Vorschriften soll „nur in ganz besonders liegenden Ausnahmefällen befürwortet werden ...“ (Blau, Ausnahmerecht, S. 33, Nr. 82).
5. Dezember Erlaß des Reichsministers des Innern über die Befreiung von der Vorschrift des § 3 des \*Blutschutzgesetzes (Beschäftigung von „deutschblütigen“ Hausangestellten unter 45 Jahren bei Juden).

1935

„Die Anträge sind nach den strengsten Maßstäben zu beurteilen und werden nur bewilligt, wenn deutsches Blut ungefährdet ist.“  
(Walk, Sonderrecht, S. 143, Nr. 65).

7. Dezember Nach Erlass des Reichsministers des Innern soll bei Mitteilungen über strafbare Handlungen an die Presse, falls diese von Juden begangen wurden, dies besonders hervorgehoben werden (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 72, Nr. 59).
16. Dezember Erlass der \*Gestapo: Von wenigen Ausnahmefällen abgesehen sind Waffenscheine nicht an Juden auszugeben, da dies eine Gefahr für die deutsche Bevölkerung darstellt (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 72, Nr. 60).
19. Dezember Verfügung des Reichsministers der Justiz: Die Gerichte haben darauf zu achten, daß Juden nicht zu Armenanwälten von Nichtjuden, zu Pflichtverteidigern, Konkursverwaltern und dergleichen bestellt werden (Deutsche Justiz, S. 1858).
21. Dezember Zweite Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Enthält Bestimmungen darüber, wer in Bezug auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 15. September 1935 über das Ausscheiden der jüdischen Beamten aus dem Amt als Beamter gilt. Das Gesetz bezieht sich auf jüdische \*Ärzte an öffentlichen Krankenhäusern, Lehrer, Hochschulprofessoren und Privatdozenten im öffentlichen Dienst (RGBl. I, 1524), vgl. 15. September 1935.

1936

- Januar Reorganisation und Ausbau des Referats Judentum im \*SD-Hauptamt; Beginn der systematischen Berichterstattung in Lageberichten auf verschiedenen Ebenen (von der lokalen bis zur Reichsebene); die Berichte enthalten im Abschnitt Juden auch Darstellungen des jüdischen Organisationswesens und Empfehlungen zur Judenpolitik.
2. Januar Verbot, Werbeplakate für das jüdische \*Winterhilfswerk in der Öffentlichkeit anzubringen: dies ist nur noch in Räumen der jüdischen \*Gemeinden oder in \*Synagogen erlaubt (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 301, Nr. 256).
31. Januar Verordnung über die Heranziehung deutscher Staatsbürger im Ausland zum aktiven Wehrdienst und zum Reichsarbeitsdienst; Personen „nicht deutschen oder artverwandten Blutes“ sind ausgeschlossen (RGBl. I, 65).
2. Februar Liberale und sozialistische deutsche Exilpolitiker verabschieden in Paris eine von Heinrich Mann initiierte „Kundgebung an das

1936

deutsche Volk“, in der sie u.a. gegen den Rassismus und die Judenverfolgung in Deutschland protestieren.

4. Februar Wilhelm \*Gustloff, Leiter der Landesgruppe Schweiz der Auslandsorganisation der NSDAP, wird von dem jüdischen Studenten David \*Frankfurter als Protest gegen die Judenverfolgung in Deutschland erschossen.
5. Februar Anweisung des Reichsministers der Justiz, \*Einzelaktionen gegen Juden im Zusammenhang mit der Ermordung von \*Gustloff zu verhindern. Es werden jedoch Strafmaßnahmen gegen die deutschen Juden verhängt, u.a. ein zeitweiliges Tätigkeitsverbot für den  
16.3. \*Kulturbund am 9. Februar 1936, das am 16. März wieder aufgehoben wird.
- 6.-16.Februar \*Olympische Winterspiele. Um die Verlegung der Olympischen Spiele aus Deutschland zu vermeiden, erklärt Hitler im Juni 1933 dem Internationalen Olympischen Komitee, Deutschland werde sich streng an das olympische Reglement halten und auch Juden die Beteiligung an den Spielen ermöglichen. Das Reglement wird trotz der bereits geltenden \*Rassengesetzgebung tatsächlich eingehalten, und jüdische Sportler treten sogar im deutschen olympischen Team an (\*Olympiade Berlin und Rassenpolitik).
7. März Die deutsche Wehrmacht besetzt das entmilitarisierte Rheinland. Hitler kündigt den Locarnovertrag. Der Völkerbund verurteilt den  
18.3. Einmarsch am 18. März.
24. März Dritte Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien (RGBl. I, 252): Juden sollen diese Beihilfen nicht erhalten.
25. März Laut Ausführungsanweisung zur Deutschen Gemeindeordnung sind Juden nicht mehr Bürger der Gemeinde. Diese Beschränkung bezieht sich nicht auf jüdische \*Mischlinge (Walk, Sonderrecht, S. 158, Nr. 139).
29. März Reichstagswahl und Volksabstimmung: 99% Ja-Stimmen für Hitlers Außenpolitik. Im Unterschied zu früheren Plebisziten sind die Juden von dieser Abstimmung ausgeschlossen.
- April Beginn der Unruhen und des bewaffneten Kampfes der in \*Palästina lebenden Araber gegen die jüdische Bevölkerung und die \*Britische Mandatsregierung; sie dauern bis Oktober 1936, beginnen abermals im Juni 1937 und dauern bis 1939. Diese Unruhen wirken sich auf die \*Auswanderung deutscher Juden aus.

1936

1. April In einigen Ländern, u.a. in Bayern, werden Richtlinien zur Errichtung gesonderter Klassen für jüdische Schüler in den allgemeinen Volksschulen herausgegeben (\*Schulwesen, jüdisches).
2. April Der Reichsminister der Justiz ordnet in einer Rundverfügung an, Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (\*Rassenschande), besonders gegenüber der jüdischen Seite schwerer (d.h. mit Zuchthaus statt Gefängnis) zu bestrafen (Walk, Sonderrecht, S. 159, Nr. 146).
2. April Anordnung \*Görings an die Regierungs- und Oberpräsidenten, die bisherige regelmäßige Lageberichterstattung ab sofort einzustellen, da das teilweise pessimistische Bild der Lageberichte geeignet sei, zur Verschlechterung der Stimmung, v.a. bei den unteren Behörden, beizutragen. Dies bedeutet das Ende der regelmäßigen Berichterstattung der Regierungs- und Oberpräsidenten über Juden.
- 14.4. Bestätigung dieser Anordnung durch \*Frick. Nur in Bayern wird die regelmäßige Berichterstattung (einschließlich Berichte über Juden) durch die Regierungspräsidenten in unveränderter Form bis April 1945 fortgesetzt.
9. April Anordnung des \*Gestapa an alle Stapostellen, die regelmäßige Lageberichterstattung einzustellen. Ab Mitte 1936 berichtet die Gestapo daher hauptsächlich über Marxismus. Ähnlich wie bei den Regierungspräsidenten bedeutet dies das Ende der regelmäßigen Berichterstattung der Stapostellen über Juden.
18. April Der Volksgerichtshof wird durch Gesetz zum ordentlichen Gerichtshof erhoben und als oberstes Strafgericht dem Reichsgericht gleichgestellt.
28. Mai Die Pfingst-Denkschrift der Bekennenden Kirche an Hitler verurteilt u.a. die NS-Rassenpolitik und antisemitische Hetze. Die Veröffentlichung des Inhalts der Denkschrift in der ausländischen Presse dient als Vorwand für Massenverhaftungen unter der radikalen Führung der Bekennenden Kirche (vgl. Matheson, *The Third Reich and the Christian Churches*, S. 58-62; vgl. auch \*Kirchen und NS-Judenpolitik).
16. Juni Neue Fassung des Wehrgesetzes: Schließt Juden in jedem Fall vom aktiven Wehrdienst aus; wehrfähige Juden werden der Ersatzreserve II überwiesen. Die Musterung erfolgt ohne Rücksicht auf Rassenzugehörigkeit; die Juden erhalten jedoch anschließend einen „Ausschließungsschein“ (RGBl. I, 518). V.a. der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten empfindet diese Gesetzesneufassung als besondere Demütigung.

1936

17. Juni Ernennung \*Himmlers zum „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern“: Institutionelle Verknüpfung von Partei- und Staatsamt. Errichtung des Sicherheitspolizei-Hauptamtes unter \*Heydrich.
19. Juni Runderlaß des Reichsministerium des Innern: Macht die Verleihung von Apothekenkonzessionen vom Ariernachweis bis zurück zur Großelterngeneration abhängig (Ministerial-Blatt des Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, Sp. 539), vgl. \*Rassengesetzgebung.
13. Juli Runderlaß des Reichsministers der Wissenschaft: Erlaubt die Errichtung handwerklicher und landwirtschaftlicher Fachschulen für Juden zum Zwecke ihrer \*Auswanderung (vgl. \*Berufsumschichtung; Reichsvertretung, Arbeitsbericht 1936, S. 138).
17. Juli Deutschland und Italien intervenieren gemeinsam zugunsten Francos im spanischen Bürgerkrieg.
- 26.7. Aufstellung der deutschen „Legion Condor“ zur Unterstützung der spanischen Faschisten. Für die republikanische Regierung kämpfen ab Oktober rund 5.000 deutsche Emigranten, unter ihnen viele Juden aus Deutschland, in den Internationalen Brigaden.
- August Hitlers geheime Denkschrift zum Vierjahresplan: Binnen vier Jahren müsse die deutsche Wirtschaft und das deutsche Heer für den Krieg bereit sein. Die Gesamtjudenheit sei für die Vergehen einzelner Juden verantwortlich zu machen. Wirtschaftssabotage solle mit Todesstrafe geahndet werden (ADAP, Serie C, Bd.V 2, Nr. 490, 793-801).
1. August Hitler eröffnet die XI. \*Olymischen Sommerspiele in Berlin (vgl. 6.-16. Februar 1936); jüdische Sportler können sich trotz der \*Rassengesetzgebung beteiligen.
12. August Gründung des \*Rates der Reichsvertretung der Juden in Deutschland und Erweiterung des \*Präsidialausschusses (Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 94).
12. August Nach Erlaß des Reichsministers des Innern sollen Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftliche Institute, die in Besitz oder unter ärztlicher Leitung von Juden sind, besonders gekennzeichnet werden (Ministerialblatt des RMdI, 1128).
24. August Einführung zweijähriger Militärdienstzeit im Deutschen Reich.

1936

4. September Die Aufhebung des jüdischen Religionsunterrichts an den allgemeinen höheren Schulen wird nun auch auf die Mittelschulen ausgedehnt (Walk, Sonderrecht, S. 171, Nr. 206).
- 8.-14. September „Parteitag der Ehre“ in Nürnberg. Am 9. September verkündet Hitler den Vierjahresplan, der am 18. Oktober in Kraft tritt (vgl. August).
4. Oktober Runderlaß des Reichsministers des Innern warnt vor der Tarnung jüdischer Abstammung durch Wechsel des religiösen Bekenntnisses. Der Übertritt von Juden zum Christentum habe für die Rassenfrage keine Bedeutung (Walk, Sonderrecht, S. 172, Nr. 212; vgl. \*Konvertiten, jüdische).
9. Oktober Erlaß \*Himmlers beschränkt das Tätigkeitsgebiet des \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten auf die Betreuung jüdischer Kriegsoffer; jede politische innerjüdische Arbeit wird ihm untersagt (Sauer, Dokumente, II, Nr. 389).
25. Oktober Unterzeichnung des deutsch-italienischen Abkommens „Achse Berlin-Rom“.
25. November Unterzeichnung des Antikomintern-Pakts zwischen Deutschland und Japan gegen die Sowjetunion und die kommunistische Internationale.
1. Dezember Durch § 29 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen werden jüdische Wohlfahrtsinstitutionen von der Steuerbefreiung ausgeschlossen (RGBl. I, 961-978).
1. Dezember Änderung des Gesetzes über Devisenbewirtschaftung, welche die Verfügungsgewalt über Devisenbestände von einer besonderen Genehmigung abhängig macht (RGBl. I, 1000). Diese Verfügung, obwohl allgemein gehalten, wird in der Praxis vornehmlich gegen Juden angewendet.
19. Dezember Eine Verordnung des Reichsministers der Justiz verbietet die Vernichtung von „für die Rassenforschung wichtigen Dokumenten“, darunter Urkunden über den Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft oder einer \*Synagogengemeinde (Deutsche Justiz, S. 1913).
30. Dezember Der Ring-\*Bund jüdischer Jugend wird aufgelöst.

1937

1. Januar Die jüdische Arbeitslosenvermittlung muß ihre Tätigkeit infolge der Anordnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 3. September 1936 einstellen (Eppstein, Vierzig Jahre jüdische Arbeitsvermittlung).

1937

30. Januar Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag um weitere vier Jahre (vgl. 23. März 1933).
13. Februar Reichsnotarordnung (RGBl. I, 191) verbietet die Bestellung von Juden zu Notaren entsprechend den Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes vom 26.1.1937.
20. Februar Nach Verordnung des Bayerischen Ministeriums für Unterricht und Kultus sind Juden als Inhaber, Leiter, Lehrer, Erzieher und Aufsichtspersonen an privaten, nichtjüdischen Erziehungs- und Unterrichtsanstalten und an erwerbsmäßigen Unterrichtsunternehmungen nicht zugelassen (Walk, Sonderrecht, S. 182, Nr. 262).
14. März Papst Pius XI. veröffentlicht die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in der er die NS-Verfolgung der Kirchen und der christlichen Religion, aber auch die NS-Rassenlehre und das „Neuheidentum“ scharf verurteilt (vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik).
15. März Verfügung des Reichsministeriums der Justiz verbietet, Urkunden von historischem Wert für die nationalsozialistische Bewegung, darunter auch jegliches Material über den Einfluß des Judentums in Gesellschaft, Staat und Kultur, zu vernichten (Walk, Sonderrecht, S. 185, Nr. 276).
15. März Verfügung des Reichskulturwalters \*Hinkel: mit Zustimmung des \*Gestapa und des Reichsministeriums des Innern werden alle christlich getauften Voll- und Dreivierteljuden aus dem \*Paulusbund ausgegliedert; vgl. ◀260▶.
18. März Interne Verfügung der \*Gestapa fordert die strenge Überwachung der jüdischen \*Assimilanten, besonders des \*Centralvereins und des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (vgl. 26. Juni 1934; Walk, Sonderrecht, S. 185, Nr. 277).
5. April Anordnung der \*Gestapa (auf Veranlassung des \*SD-Hauptamts), die in der Zeit vom 10. April bis 10. Juni 1937 alle jüdischen Veranstaltungen verbietet; dies ist als Strafe für angeblich regimekritische Äußerungen von jüdischer Seite gedacht und soll v.a. die rege Tätigkeit der \*assimilatorisch eingestellten Organisationen unterbinden. Veranstaltungen religiöser oder kultureller Art sind davon ausgenommen (BArch, R 58/276; vgl. \*Vereinsleben, jüdisches).
10. April Auflösung der \*Bne Brith-Logen in Deutschland.
10. April Verhängung eines zweimonatigen Versammlungsverbotes für die jüdisch politischen Gruppen im gesamten Reichsgebiet durch die Gestapo, „aufgrund der Hetze des internationalen Judentums im Ausland“ (vgl. ◀264▶).

1937

15. April Nach Erlaß des Reichsministers für Erziehung und Unterricht können jüdische Staatsangehörige nicht mehr die Doktorwürde erlangen (\*Blau, Ausnahmerecht, S. 38, Nr. 121).
26. April Die \*Zionistische Vereinigung für Deutschland nivelliert ihre Erklärung vom 6.3.1934, nach der ihre Mitglieder nicht im \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten Mitglied sein können.
30. Mai Razzia gegen die Juden in den Straßen Berlins (EH I, S. 201).
11. Juni Erlaß des Reichsministers der Justiz (Deutsche Justiz, 957), welcher die Steuer- und Gebührenfreiheit für mildtätige jüdische Stiftungen aufhebt.
12. Juni Geheimerlaß des Chefs der Sicherheitspolizei \*Heydrich: Wegen \*Rassenschande verurteilte Juden sind nach Verbüßung ihrer Strafe in \*Schutzhaft zu nehmen und in \*Konzentrationslager zu bringen (IMT Bd. III, S. 317).
30. Juni Das Gesetz über Maßnahmen im ehemals oberschlesischen Abstammungsgebiet (RGBl. I, 717) unterstellt die dortigen Juden, die bis zum 15. Juli 1937 unter dem \*Minderheitenschutz des Völkerbundes stehen, den im Reichsgebiet geltenden Einschränkungen.
1. Juli Sogenannter Funktionstrennungserlaß von \*Heydrich soll die Zusammenarbeit von \*SD und \*Gestapo koordinieren. Dadurch sollen auch Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden Judenreferaten II 112 des SD und II B4 der Gestapo vermieden werden, wobei schwerpunktmäßig die Überwachungstätigkeit beim SD, die exekutive Gewalt (Verhaftungen etc.) bei der Gestapo liegt (Boberach, Meldungen aus dem Reich, Auswahl, S. XIII f.).
2. Juli Richtlinien des Reichsministers für Erziehung und Unterricht (Walk, Sonderrecht, S. 194, Nr. 322) legen fest, in welchem Umfang jüdische Schüler noch in allgemeine Schulen aufgenommen werden dürfen. Als Grundlage dienen die „Beschränkungen gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen“ (vgl. 25. April 1933). Entsprechend den \*Nürnberger Gesetzen gelten diese Verordnungen auch für jüdische \*Mischlinge. Die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden wird durch die Einrichtung von gesonderten Schulen oder Klassen vorangetrieben. Der endgültige Ausschluß jüdischer Kinder aus deutschen Schulen erfolgt erst nach der \*Kristallnacht, am 15. November 1938 (vgl. auch \*Schulwesen, jüdisches).



1937

7. Juli Veröffentlichung der Empfehlung zur Dreiteilung \*Palästinas durch die britische Königliche Kommission (Peel-Bericht), vgl. \*Britisches Mandat in Palästina.
15. Juli Anordnung des Reichsministers für Propaganda bestimmt Verschärfung der \*Überwachung von allen Personen und Unternehmen des jüdischen \*Pressewesens. Ab 1. Oktober 1937 dürfen Personen ohne Bescheinigung des Sonderbeauftragten des Reichsministers, Reichskulturverwalter \*Hinkel, nicht mehr in der jüdischen Presse tätig sein.
16. Juli Errichtung des \*Konzentrationslagers Buchenwald; nach dem Anschluß Österreichs und in Folge der \*Kristallnacht kommen zahlreiche jüdische Häftlinge ins Lager Buchenwald.
19. Juli Eröffnung der Ausstellung „Entartete Kunst“ im neuen „Haus der deutschen Kunst“ in München. Die Auswahl enthält bedeutende Werke der Avantgarde, zu der viele Künstler jüdischer Herkunft gehören. Die Ausstellung wird von aggressiver, antisemitischer Propaganda über die „zersetzende Wirkung der jüdischen Rasse in der Kunst“ begleitet.
24. Juli Runderlaß des Reichsministers des Innern an die Landesregierungen gestattet in \*Kurorten und Heilbädern, in denen die Möglichkeit dazu besteht, jüdische Kurgäste getrennt von den übrigen in jüdischen Kuranstalten, Pensionen und Fremdenheimen unterzubringen. In den übrigen Bädern und Kurorten können Juden allgemein oder teilweise von den Kureinrichtungen ausgeschlossen werden. Der Begriff „Jude“ nach den \*Nürnberger Gesetzen bezieht sich auch auf ausländische Gäste; vgl. \*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 98 f., Nr. 81).
30. Juli Einschränkungen jüdischer Buchhändler und Verleger (Dahm, Kulturelles und geistiges Leben, S. 220).
5. September Hjalmar \*Schacht, der der Judenverfolgung aus pragmatischen Gründen gewisse Grenzen gesetzt hat, wird von seinem Amt als Wirtschaftsminister „beurlaubt“. Seine offizielle Entlassung erfolgt am 27. November 1937. Das Amt wird vorübergehend von \*Göring geleitet,  
27.11.  
Februar 1938 bis zur Ernennung von Walter Funk im Februar 1938.
13. September Erlaß des Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei \*Himmler: Ermöglicht die Entlassung von Juden aus der \*Schutzhaft, falls ihre \*Auswanderung nach \*Palästina oder Übersee gewährleistet ist (Walk, Sonderrecht, S. 200, Nr. 350).

1937

4. Oktober Nach § 4 des Gesetzes über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung (RGBl. I, 1053) soll bei der vorzubereitenden Volkszählung u.a. nach der „blutmäßigen Abstammung“ (vgl. \*Rassengesetzgebung) gefragt werden. Die Volkszählung findet am 17. Mai 1939 statt und enthält tatsächlich mehrere Fragen, die die Bestimmung von „Volljuden“ und \*Mischlingen ersten und zweiten Grades ermöglichen.
21. Oktober Erlaß des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei \*Himmler, Emigranten bei ihrer Rückkehr ins Reichsgebiet (vgl. \*Rückwanderung, 1) zu verhaften und in „Schulungslager“ (d.h. \*Konzentrationslager) einzuweisen. Als Emigrant gilt, wer das Reich nach dem 30. Januar 1933 verlassen hat. Die Juden bilden eine besonders zu überwachende Gruppe unter den Emigranten (Walk, Sonderrecht, S. 203, Nr. 363).
4. November Erlaß des Reichsministers der Justiz über den „Deutschen Gruß“ (Deutsche Justiz, 1760) verbietet Juden die Anwendung desselben vor Gericht.
5. November Hitler unterbreitet der Heeresleitung und dem Außenminister seine Pläne zum bevorstehenden Angriff auf die Nachbarländer („Hoßbach-Niederschrift“; vgl. Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 31 ff.).
8. November Die antisemitische Ausstellung „Der Ewige Jude“ wird in München von \*Goebbels eröffnet. Ihr folgt 1940 der gleichnamige Film, welcher der Bevölkerung die Politik der Judenvernichtung plausibel machen soll (GLDR, S. 166).
16. November Erlaß des Reichsministers des Innern: Knüpft die Ausstellung von Auslandspässen für Juden an streng definierte Bedingungen, nämlich nur: 1. für die \*Auswanderung; 2. im Interesse der deutschen Volkswirtschaft; 3. bei schwerer Erkrankung oder bei Todesfällen von Angehörigen; 4. bei eigener Erkrankung; 5. zum Besuch von Kindern in ausländischen Erziehungsanstalten (Blau, Ausnahmerecht, S. 40, Nr. 135).
13. Dezember Gründung der \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung in der \*Reichsvertretung (Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 108).
29. Dezember Bildung einer nationalistischen, antisemitisch ausgerichteten Regierung in Rumänien unter der Führung von Octavian Goga und Alexandru Cuza. Sie wird von Deutschland wegen ihrer antisemitischen Politik begrüßt. Die Nachbarstaaten fürchten jedoch, die Maßnahmen in Rumänien würden zu einer neuen Welle jüdischer Flüchtlinge führen. Infolge der Proteste des Völkerbundes wegen Verletzung des \*Minderheitenschutz-Paragrafen tritt die Goga-Cuza-Regierung am 10.2.1938 zurück.

## 1938

4. Januar Bestimmungen des Reichswirtschaftsministeriums zur Verhinderung der „Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe“. Diese Bestimmungen erfolgen offensichtlich im Rahmen der Radikalisierung in der Arisierungspolitik im Jahre 1938 (vgl. \*Arisierung; Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 193, Nr. 164).
5. Januar Erlaß des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei \*Himmler zur Ausweisung aller Juden mit sowjetischer Staatsbürgerschaft (ca. 500) binnen 10 Tagen; ausgenommen sind Inhaber von Diplomatenpässen (ADAP D, Bd. 1, Nr. 66). Juden, denen die sowjetische Gesandtschaft in Berlin die Rückreise verweigert und welche auch keine Einreisebewilligung für andere Staaten erhalten, werden bis zur „Regelung ihrer Angelegenheit“ in \*Konzentrationslager eingewiesen (Bericht des SD-Hauptamts vom 15.2.1938, BArch, R 58/979).
1. Februar Änderung des Einkommenssteuergesetzes schließt jüdische Kinder von der Kinderermäßigung bei der Einkommenssteuer aus.
4. Februar Erster konkreter Schritt Hitlers zur Verwirklichung seiner Kriegsabsichten (vgl. 5. November 1937): Kriegsminister v. Blomberg wird entlassen und anstelle des Reichskriegsministeriums ein Oberkommando der Wehrmacht unter General Keitel gebildet. Anstelle des entlassenen Oberbefehlshabers des Heeres, v. Fritsch, wird General von Brauchitsch ernannt. Statt Außenminister v. Neurath wird v. Ribbentrop eingesetzt, und Hitler selbst übernimmt den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht. Diese einschneidenden Veränderungen in der politischen Führung des Reiches markieren gleichzeitig den Auftakt zur Radikalisierung der Außenpolitik und der Maßnahmen zur „Lösung der \*Judenfrage“.
15. Februar Nach Bericht des SD-Hauptamtes vom November 1937 (◀289▶) werden die jüdischen Organisationen verpflichtet, bis zu diesem Termin alle Funktionäre und Angestellten nicht-deutscher Staatsangehörigkeit zu entlassen.
12. März Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich; am 13.3. Anschluß Österreichs als „\*Ostmark“; die in Deutschland geltenden anti-jüdischen Gesetze, mit Ausnahme des Gesetzes vom 28. März 1938 (vgl. dort), treten auch in Österreich in Kraft. Es beginnt eine Verfolgungswelle gegen NS-Gegner und in besonders brutaler Weise gegen die österreichischen Juden. Antijüdische Ausschreitungen ereignen sich auch an mehreren Orten im „\*Altreich“(vgl. ▶313▶).
28. März Mit dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen (RGBl. I, 338) wird den jüdischen \*Gemeinden mit dem 1. April 1938 ihre Stellung als Körperschaften des öffent-

1938

lichen Rechts entzogen. Es steht ihnen offen, durch Eintragung ins Vereinsregister als „jüdische Kultusvereinigungen“ Rechtsfähigkeit zu erlangen. Durch dieses Gesetz wird die legale und dadurch auch die fiskale Lage der Gemeinden erschüttert, was sich auch auf die von ihnen abhängige \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland auswirkt. Dies ist der Auftakt zu einem inneren organisatorischen Umwandlungsprozeß, der mit der Gründung des \*Reichsverbandes der Juden in Deutschland (vgl. 27. Juli 1938) und der Gründung der \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland im Februar 1939 endet (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 114, 117, 120).

29. März Durch Verordnung des Reichsministeriums der Finanzen sind jüdische \*Kultusvereinigungen und ihre Verbände rückwirkend ab 1. Januar 1938 nicht mehr von der Grundsteuer befreit (RGBl. I, 360).
22. April Die Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe droht deutschen Staatsangehörigen, die jüdischen Betrieben helfen, sich der \*Arisierung zu entziehen, Zuchthaus oder Gefängnis und Geldstrafe an (RGBl. I, 404).
26. April Die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden verpflichtet alle Juden, auch ausländische Staatsangehörige, sowie ihre nichtjüdischen Ehegatten, ihr gesamtes, 5.000 RM übersteigendes Vermögen anzumelden. Der Beauftragte für den Vierjahresplan (\*Göring) kann Maßnahmen treffen, das anmeldspflichtige Vermögen „im Interesse der deutschen Wirtschaft“ einzusetzen (RGBl. I, 415).
13. Mai Runderlaß des Reichswirtschaftsministeriums: Weitere Beschränkungen der Ausfuhr persönlichen Vermögens durch \*Auswanderer (Walk, Sonderrecht, S. 225, Nr. 468).
20. Mai Generalmobilmachung in der Tschechoslowakei angesichts Hitlers aggressiver Erklärungen in der Sudetenfrage. Die darauffolgende „Sudetenkrise“ führte zum Aufflammen zahlreicher antijüdischer Ausschreitungen (vgl. September 1938, sowie \*Einzelaktionen)
25. Mai Nach der Ausstellung „Entartete Kunst“ (vgl. 19. Juli 1937) wird mit ähnlich antisemitischer Tendenz in München die Ausstellung „Entartete Musik“ eröffnet.
31. Mai Hitler gibt Weisung an die Wehrmacht, „die Tschechoslowakei zu zerschlagen“.

1938

31. Mai Durch Erlass des Reichswirtschaftsministeriums werden Juden von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen (Walk, Sonderrecht, S. 227, Nr. 476).
1. Juni Nach Erlass des Reichsministers des Innern wird Schulen und Erziehungseinrichtungen, die nur von Juden besucht werden (vgl. \*Schulwesen, jüdisches), die staatliche Anerkennung versagt und somit die Steuerbefreiung entzogen (Blau, Ausnahmerecht, S. 45, Nr. 158).
2. Juni Auf Anordnung des Reichsministers der Wissenschaft sollen alle jüdischen Stiftungen und Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung arbeiten, überwacht werden, um eine absichtliche Verminderung ihres Vermögens zu verhindern (Walk, Sonderrecht, S. 227-228, Nr. 479).
9. Juni Ein Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung verbietet den Juden, deutsche Universitäten als Gasthörer zu besuchen (Blau, Ausnahmerecht, S. 45, Nr. 159).
9. Juni Abbruch der Großen Münchener \*Synagoge auf direkte Anordnung Hitlers, mit dem Vorwand, sie stehe zu nahe beim Haus der deutschen Kunst.
14. Juni Der Erlass des Reichswirtschaftsministers setzt seine früheren Richtlinien vom 11. September 1935 über die Nichtanwendung des \*Arierparagraphen auf dem Gebiet der Wirtschaft außer Kraft (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 203-204, Nr. 169).
- 13.-18. Juni Große Verhaftungsaktion von „vorbestraften“ Juden, aber auch von vielen Nichtjuden, die von den Behörden als „asozial“ bezeichnet werden. Im Laufe der sog. Juniaktion werden ca. 1.500 Juden verhaftet und in \*Konzentrationslager gebracht.
14. Juni Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz schafft den Begriff „jüdische Gewerbebetriebe“ (RGBl. I, 627). Gleichzeitig wird die Registrierung dieser Betriebe angeordnet. Der Reichswirtschaftsminister wird gemeinsam mit dem Reichsminister des Innern und dem Stellvertreter des Führers angewiesen, eine besondere \*Kennzeichnung dieser Betriebe einzuführen. Ein Erlass des Reichsministers des Innern vom 14. Juli 1938 bestimmt die Einzelheiten über die Registrierungen der Betriebe. Diese Maßnahmen dienen zur Vorbereitung ihrer Zwangsliquidation bzw. ihrer \*Arisierung (Blau, Ausnahmerecht, S. 47, Nr. 166).

1938

20. Juni Nach Erlaß des Reichswirtschaftsministers werden Juden vom Börsenbesuch ausgeschlossen (Reichsvertretung, Informationsblätter, Nr. 7/8 (1938), S. 78).
5. Juli Anordnungen, Erläuterungen etc. des Reichswirtschaftsministers zur Durchführung der Verordnung \*Görings als BVP über die Anmeldung des Vermögens der Juden vom 26. April 1938. Die Veräußerung von Grundvermögen oder Gewerbebetrieben und dergleichen, welche Juden gehören, darf erst nach Anhörung des Gauleiters [der NSDAP] gegeben werden (Walk, Sonderrecht, S. 231, Nr. 497).
6. Juli \*Eviankonferenz zum internationalen Flüchtlingsproblem.
13. Juli Der Eintritt der \*Vertretung Unabhängiger Jüdischer Orthodoxie Deutschlands in die \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland wird endgültig bestätigt.
23. Juli Bekanntmachung des Reichsministers des Innern über Kennkartenzwang. Juden, die deutsche Staatsangehörige sind, müssen sich bis zum 31. Dezember 1938 bei den zuständigen Polizeibehörden eine Kennkarte ausstellen lassen. Durch diese müssen sie sich auf amtliche Aufforderung jederzeit ausweisen können; sie ist bei Anträgen an amtliche oder parteiamtliche Dienststellen unaufgefordert vorzulegen (RGBl. I, 922).
25. Juli Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Streichung der Approbationen für jüdische \*Ärzte. Jüdische Ärzte können nur noch in Ausnahmefällen als „Krankenhausbehandler“ für Juden tätig sein (RGBl. I, 969).
27. Juli Erlaß des Reichsministeriums des Innern, nach dem alle nach Juden benannten Straßen umbenannt werden müssen (Ministerialblatt, 1284).
27. Juli Abschluß des seit 28. März 1938 (vgl. oben) andauernden Umwandlungsprozesses der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland durch Gründung des \*Reichsverbandes der Juden in Deutschland (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 117).
8. August Erste Häftlinge treffen in dem kurz nach dem Anschluß Österreichs entstandenen \*Konzentrationslager Mauthausen ein. In größerer Zahl kommen jüdische Häftlinge im Jahre 1941 und in Massen nach dem Beginn der Evakuierung aus Auschwitz ab Mai 1944 (EH, Mauthausen).
10. August Zerstörung der Großen \*Synagoge in Nürnberg und des angrenzenden Gemeindehauses auf Initiative des Gauleiters \*Streicher

1938

und der Staatsbehörden. Streicher stellte diesen Akt als den Auftakt zu einer neuen Phase in der Radikalisierung der Judenpolitik dar. (Vgl. ◀336▶, sowie ◀343▶).

17. August Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Änderung von Familien- und Vornamen (RGBl. I, 1044) verpflichtet jüdische Männer und Frauen, ab 1. Januar 1939 den zusätzlichen Vornamen „Israel“ bzw. „Sara“ zu führen, falls sie nicht bereits einen vom Reichsminister des Innern als „jüdischen Vornamen“ definierten Namen tragen (RGBl. I 1044). Die vollständige Liste dieser Vornamen, beginnend mit Abel und abschließend mit Zippora, Zirl und Zorthel ist bei Blau, Ausnahmerecht, Nr. 174, S. 50 f. abgedruckt. (Der Name Kain wurde nicht in diese Liste aufgenommen.)
26. August Errichtung der \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, geleitet von \*Eichmann (Anderl, Zentralstellen für jüdische Auswanderung).
31. August Auflösung der \*Staatszionistischen Organisation für Deutschland durch die \*Gestapo (BArch, R 58/956).
- September Während der „Sudetenkrise“ (Mai bis Anfang Oktober 1938) wächst die politische und militärische Spannung; in der Bevölkerung beginnt eine Welle von antijüdischen \*Einzelaktionen, die im November in den von \*Goebbels entfesselten Pogromen der \*Reichskristallnacht gipfeln.
27. September Nach der 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz müssen alle an deutschen Gerichten zugelassenen jüdischen \*Rechtsanwälte ausscheiden; sie können als „Konsulenten“ nur noch jüdische Mandanten vertreten (RGBl. I, 1403).
28. September Nach der 1. Verordnung über die berufsmäßige Ausübung der Krankenpflege dürfen jüdische Krankenpfleger nur noch für Juden bzw. in jüdischen Anstalten arbeiten (RGBl. I, 1310).
- 29.-30. Sept. „Münchener Abkommen“: Auf der Münchener Konferenz zwingen Deutschland, Italien, England und Frankreich die Tschechoslowakei, die Sudetengebiete abzutreten. Dies soll, so Chamberlain, den „Frieden für unsere Zeit sichern“.
- 1.-10. Oktober Infolge des Münchener Diktats besetzen deutsche Truppen die Sudetengebiete. Die Mehrzahl der dortigen jüdischen Bevölkerung flieht in die „Rest-Tschechoslowakei“, wodurch ein ernstes Flüchtlingsproblem entsteht.

1938

3. Oktober Auf Anordnung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda sind alle jüdischen Organisationen und Erziehungsinstitutionen anzuweisen, die Vortragsmanuskripte für geplante Veranstaltungen dem Ministerium zur Genehmigung vorzulegen. Das Propagandaministerium schließt sich damit der einige Jahre zuvor von der \*Gestapo eingeführten \*Überwachungspraxis an (vgl. 26. Juni 1934), offensichtlich mit der Absicht, \*Goebbels' Einfluß auf die Judenpolitik zu stärken (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 292, Nr. 250).
5. Oktober Durch Verordnung des Reichsministeriums des Innern werden die deutschen Reisepässe von Juden ungültig. Sie werden erst wieder gültig, nachdem sie mit einem „J“ gekennzeichnet worden sind (RGBl. I, 1342). Diese Maßnahme wird auf Verlangen der Schweizer Behörden ergriffen, welche sich gegen unerwünschte jüdische Emigranten schützen wollen.
21. Oktober Geheimbefehl von Hitler, „die Erledigung der Rest-Tschechei“ vorzubereiten.
- 27.-29. Oktober 15.-17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit werden aus Deutschland ausgewiesen und an die polnische Grenze transportiert. Da den meisten von ihnen die Einreise nach Polen verweigert wird, leben sie monatelang im deutsch-polnischen Grenzgebiet unter menschenunwürdigen Bedingungen (EH III, S. 1622, „Zbaszyn“). Einem Teil von ihnen wird die vorübergehende Rückkehr nach Deutschland erlaubt, um sich um ihren Besitz zu kümmern, doch im Juni 1939 werden auch sie endgültig ausgewiesen und zum Teil in \*Konzentrationslager verbracht (vgl. Zeittafel, Anfang Juni).
7. November Attentat des jüdischen Studenten Herschel \*Grynspan auf den deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris.
- 9.-10. Nov. \*Kristallnacht; während der Pogromnacht und in den nächsten Tagen finden Massenverhaftungen statt, wovon auch die meisten führenden Personen der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland betroffen sind. Diesen schlimmsten Judenpogromen in ganz Deutschland folgt die vollkommene Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben und die weitgehende Zerstörung der inneren organisatorischen Struktur des deutschen Judentums (vgl. auch \*Vereinsleben, jüdisches, sowie EH II, S. 1205, „Reichskristallnacht“).
11. November Durch die Verordnung über den Waffenbesitz von Juden wird ihnen der Erwerb, der Besitz und das Führen von Schusswaffen und Munition, sowie von Hieb- und Stoßwaffen verboten. Die in



1938

ihrem Besitz befindlichen Waffen und Munition haben sie unverzüglich der Ortspolizei abzuliefern; Waffen und Munition verfallen entschädigungslos dem Reich (RGBl. I, 1573)

12. November Durch die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben werden die Juden verpflichtet, „alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes am 9. und 10. November 1938 ... entstanden, ... sofort zu beseitigen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.“ (RGBl. I, 1581)
12. November Sitzung in \*Görings Luftfahrtministerium zur weiteren Gestaltung der Judenpolitik nach der \*Kristallnacht, unter Beteiligung von \*Heydrich, \*Frick u.a. Unter anderem wird ein Vorschlag zur \*Kennzeichnung und \*Ghettoisierung der deutschen Juden gemacht (IMT, PS 1816; Reitlinger, Endlösung, S. 17-21); dieser wird aber auf ausdrücklichen Befehl Hitlers zunächst fallengelassen. Aufgegriffen dagegen wird der Vorschlag einer „Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“. Durch Verordnung wird „den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit die Zahlung einer Kontribution von 1.000.000.000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt“ (RGBl. I, 1579).
- 21.11. Durch die 1. Durchführungsverordnung (RGBl. I, 1638) wird die Abgabe von 20% jüdischen Vermögens, wenn es 5.000 RM übersteigt, festgelegt und auf staatenlose Juden ausgedehnt.
- 19.11.1939 Durch die 2. Durchführungsverordnung (RGBl. I, 2059) wird diese Abgabe von 20% auf 25% (um eine Viertelmilliarde) erhöht.
12. November Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (RGBl. I, 1580). Durch die
- 23.11. 1. Durchführungsverordnung vom 23. November 1938 (RGBl. I, 1642) sollen grundsätzlich alle jüdischen Betriebe aufgelöst und \*arisiert werden.
- 14.12. Durch die 2. Durchführungsverordnung vom 14. Dezember 1938 (RGBl. I, 1902) dürfen Juden auch nicht mehr stellvertretende Betriebsführer sein. Nach dem Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom selben Tag muß die „Entjudung“ von \*Warenhäusern, Kaufhäusern etc. in jedem einzelnen Fall vom Minister genehmigt werden.
12. November Auf Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer wird Juden der Besuch von Theatern, Lichtspielhäusern, Konzerten, Ausstellungen u.ä. verboten (Blau, Ausnahmerecht, S. 54, Nr. 189).
15. November Nach Erlaß des Reichsministers für Erziehung und Unterricht über den Schulbesuch jüdischer Kinder ist Juden der Besuch deutscher

1938

Schulen nicht gestattet; sie dürfen nur noch jüdische Schulen besuchen (Blau, Ausnahmerecht, S. 55, Nr. 191; vgl. auch \*Schulwesen, jüdisches).

19. November Laut Verordnung über die öffentliche Fürsorge der Juden soll die öffentliche Fürsorge nur noch in Ausnahmefällen jüdische Hilfsbedürftige betreuen (RGBl. I, 1649). Seit der Errichtung der \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland im Februar 1939 ist diese allein für die \*Wohlfahrt der Juden verantwortlich.
23. November Erscheinen der ersten Nummer des \*Jüdischen Nachrichtenblattes, der nun einzigen jüdischen Zeitschrift in Deutschland, nachdem die gesamte jüdische \*Presse in Folge der \*Kristallnacht aufgelöst worden war. Es dient inoffiziell als Presseorgan der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland und ihrer Nachfolgerin, der Reichsvereinigung und bringt bis zu seiner Schließung 1943 hauptsächlich die zur Veröffentlichung bestimmten Anordnungen der Behörden.
28. November Eine Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit bevollmächtigt die regionalen Behörden im ganzen Reichsgebiet, die Bewegungsfreiheit der Juden einzuschränken und sie aus bestimmten Bezirken auszuschließen (RGBl. I, 1676).
29. November Offizielle Wiederaufnahme der Arbeit der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland in ihrem Büro in der Kantstraße, drei Wochen nach der \*Kristallnacht.
3. Dezember Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens: Zwangsveräußerung von jüdischen Gewerbebetrieben, Wertpapieren, Juwelen, Kunstgegenständen, jüdischem Grundeigentum und Schmuck (RGBl. I, 1709).
5. Dezember Nach der 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz werden die Ruhegehälter der ausgeschiedenen jüdischen Beamten ab 1. Januar 1939 gekürzt (RGBl. I, 1751).
9. Dezember Jüdische „Konsulenten“ (vgl. 27. September 1938) müssen nach Verfügung des Reichsministers der Justiz auf ihren Stempeln und Schildern den Zusatz „zugelassen nur zur rechtlichen Beratung von Juden“ anbringen (Blau, Ausnahmerecht, S. 62, Nr. 202).
12. Dezember Durch das Gesetz über Devisenbewirtschaftung dürfen jüdische Auslandsreisende (auch fremder Staatsangehörigkeit) nur noch zum persönlichen Gebrauch unbedingt erforderliche Gegenstände mitnehmen. Für andere wird eine Genehmigung benötigt (RGBl. I, 1734). Die beschränkenden Vorschriften über die Ausfuhr

1938

von Geld, Wertpapieren und Schmuck treffen dabei besonders schwer die Auswanderer (vgl. \*Auswanderung).

20. Dezember Das Reichsarbeitsministerium ordnet den Einsatz der vielen arbeitslos gewordenen Juden zu schwerer manueller Arbeit an, abgesehen von den nichtjüdischen Arbeitern (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 72 f., Nr. 329).
21. Dezember Von \*Heydrich unterzeichneter Erlaß der \*Gestapa Berlin, jüdische Kinder nur noch abgesehen zu unterrichten. Dazu sollen von der gerade entstehenden \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland „rein jüdische Schulen“ errichtet werden (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, I, S. 243, Nr. 282; vgl. auch \*Schulwesen, jüdisches).
23. Dezember Runderlaß des Beauftragten für den Vierjahresplan, \*Göring, jede selbständige Aktion von Partei- und Staatsstellen in jüdischen Angelegenheiten, die nicht zuvor von den zuständigen Stellen genehmigt wurde, zu unterlassen (Blau, Ausnahmerecht, S. 63, Nr. 208). Dies soll sowohl von Parteimitgliedern initiierte \*Einzelaktionen, als auch Initiativen bzgl. Judengesetzgebung auf verschiedenen bürokratischen Ebenen unterbinden.
28. Dezember Mehrere weitreichende Einschränkungen der Juden auf Anordnung von \*Göring aufgrund einer Entscheidung Hitlers (IMT, 1947, Bd. 25, 101); unter ihnen die Zusammenlegung jüdischer Mieter in „\*Judenhäusern“, das Verbot der Benutzung von Schlaf- und Speisewagen in Eisenbahnen durch Juden, der „Judenbann“ für bestimmte öffentliche Einrichtungen, Hotels und Gaststätten, in denen Parteigenossen verkehren, sowie Beschränkungen für in „\*Mischehen“ lebende Juden und ihre Kinder (vgl. \*Mischlinge).
30. Dezember Eine Anordnung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (veröffentlicht am 30. Dezember 1938 im \*Jüdischen Nachrichtenblatt) verlangt, jüdische Verlage und Buchhandlungen bis zum 31. Dezember 1938 aufzulösen.

1939

1. Januar Jüdische Männer und Frauen müssen den zusätzlichen Vornamen „Israel“ bzw. „Sara“ führen, falls sie nicht bereits einen vom Reichsminister des Innern als „jüdischen Vornamen“ definierten Namen tragen (vgl. 17.8.1938). Die amtliche Liste der männlichen und weiblichen Vornamen findet sich bei Blau, Ausnahmerecht Nr. 174, S. 50 f. (Als erster jüdischer Vorname erscheint dort: Abel.)

1939

17. Januar Mit der 8. Verordnung zum Reichsbürgergesetz erlöschen die Zulassungen jüdischer Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte zum 31.1.1939. Wie die jüdischen \*Ärzte dürfen auch die Zahnärzte (nun „jüdische Zahnbehandler“ genannt) nur noch jüdische Patienten behandeln (RGBl. I, 47).
20. Januar Reichsbankpräsident \*Schacht wird infolge seiner Kritik an der Rüstungsfinanzpolitik entlassen.
24. Januar Errichtung der \*Reichszentrale für jüdische Auswanderung unter der Leitung vom Chef der Sicherheitspolizei \*Heydrich auf Anordnung \*Görings, als Beauftragter für den Vierjahresplan im Reichsministerium des Innern. Ihre Hauptaufgabe ist die Vorantreibung einer massiven \*Auswanderung der Juden (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 119 f. Nr. 365). Am selben Tag beauftragt Hitler Heydrich, „die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechenden, möglichst günstigen Lösung zuzuführen“ (IMT, Dok. PS 710, Bd. 26, S. 266).
30. Januar Hitler prophezeit vor dem Reichstag für den Fall eines Krieges „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“; eine Äußerung, die er während des gesamten Krieges in öffentlichen und privaten Gesprächen mehrfach wiederholt; der gefilmte Teil dieser Reichstagsrede wird auf Hitlers Wunsch auch in den Film „Der ewige Jude“ aufgenommen.
30. Januar 1. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen (RGBl. I, 153): Nach Aufhebung der gesetzlichen Stellung der jüdischen \*Gemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts am 28. März 1938 (vgl. Kulka, Bd. I) werden durch diese Verordnung erneut alle Juden verpflichtet, die Mitgliedschaft der örtlichen \*Kultusvereinigungen anzunehmen (vgl. Pfundtner-Neubert, Reichsrecht, 1939, S. 8). Die Zwangsmitgliedschaft gilt offensichtlich ebenso für die gesamten früheren \*Austrittsgemeinden wie für Einzelne, die aus den Gemeinden ausgetreten waren, ohne eine andere Religion anzunehmen. Die Mitgliedschaft wird also hier eindeutig nach religiösen und nicht nach rassischen Grundsätzen definiert.
2. Februar Erstes internes Rundschreiben der \*Reichsvertretung unter dem Namen „\*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, womit sie ihre Gründung bekannt gibt (Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 120).

1939

10. Februar Tod von Papst Pius XI.; seine Enzyklika „Mit brennender Sorge“ (vgl. 14. März 1937) und einige spätere Äußerungen hatten ihm den Ruf eines mutigen Gegners des Nationalsozialismus und seiner Judenverfolgung eingebracht (\*Kirchen und NS-Judenpolitik).
17. Februar Die \*Reichsvertretung gibt im \*Jüdischen Nachrichtenblatt die Bildung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ bekannt. Ihr gehören automatisch alle Mitglieder der \*Kultusvereinigungen (vgl. 30. Januar 1939) an. Darüber hinaus fühlt sich die Reichsvereinigung auch für jene durch das Regime und die Bevölkerung als Juden Verfolgte verantwortlich, die nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören (\*Konvertiten, Konfessionslose und \*arische Partner in \*Mischehen). Gemäß den Satzungen kann und soll daher jeder Anghöriger dieser Gruppen „unmittelbares Mitglied der Reichsvereinigung werden“ (Kulka, Deutsches Judentum I, 120 B, S. 450). Der gesetzliche Status der Reichsvereinigung, sowie die Zwangsmitgliedschaft aller nach den \*Nürnberger Gesetzen als Juden Geltenden wird erst am 4. Juli 1939 durch die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz festgelegt (RGBl. I, 1097).
17. Februar Änderung des Einkommensteuergesetzes, mit der Juden die Kinderermäßigung für all jene Kinder abgesprochen wird, die nach den \*Nürnberger Gesetzen als Juden gelten. Juden haben in jedem Fall den höchsten Steuersatz zu zahlen, welcher bei Nichtjuden nur für Unverheiratete gilt. Es folgen mehrere Durchführungsbestimmungen (RGBl. I, 283).
21. Februar Aufgrund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden (vgl. 26. April 1938) werden Juden deutscher Staatsangehörigkeit aufgefordert, alle Gegenstände aus Edelmetallen und Edelsteinen (mit Ausnahme des Eherings) binnen zweier Wochen an die öffentlichen Ankaufsstellen abzuliefern (RGBl. I, 282), die die Preise willkürlich festsetzen.
22. Februar Erlaß des Reichsverkehrsministeriums, welcher die Einziehung der für Juden ausgestellten Führerscheine anordnet. Von dieser Anordnung sind u.a. Juden ausländischer Staatsangehörigkeit und Behinderte ausgenommen (vgl. Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 68 f.).
25. Februar Rundschreiben der \*Reichsvereinigung an die jüdischen \*Gemeinden, in dem nach Genehmigung durch die zuständigen NS-Behörden die Erhebung einer besonderen (progressiven) Auswandererabgabe zwischen 0,5% und über 10% angeordnet wird. Diese Einnahmen dienen zur Finanzierung *aller* Aufgaben

1939

der Reichsvereinigung, d.h. neben der \*Auswanderung auch der \*Wohlfahrtspflege und der \*Erziehung (SKH, 1911; LBI/NY, AR 221). Es handelt sich hier um eine Anordnung des Regimes, die aber wohl von der Reichsvereinigung angeregt wurde, aufgrund eines in den Gemeinden Frankfurt/Main und Hamburg bereits praktizierten Verfahrens der Besteuerung zur Finanzierung der Auswanderung mittelloser Juden, vgl. ◀423▶.

2. März Der frühere Nuntius in Deutschland und Staatssekretär des Vatikans, Eugenio Pacelli, wird zum Papst Pius XII. gewählt.
7. März Aufhebung der staatlichen Beihilfen für jüdische Schulen (vgl. \*Schulwesen, jüdisches); Beihilfeszahlungen der Ortsbehörden sind noch erlaubt (Walk, Sonderrecht, S. 286, Nr. 161).
- 14.-16. März Zerschlagung der „Rest-Tschechoslowakei“ (nach Abtrennung der Sudetengebiete im Münchener-Abkommen, vgl. 29.-30. September 1938); Unabhängigkeitserklärung der mit Deutschland verbündeten Slowakei am 14.3.1939; Einmarsch der Wehrmacht in Prag am 15.3.1939 und Errichtung des „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren“; entsprechend werden die antijüdische Maßnahmen nach deutschem Muster auch hier eingeführt und die Gesetzgebung auf das „Protektorat“ ausgeweitet.
24. März Den jüdischen \*Kultusvereinigungen wird die Beseitigung der Ruinen jüdischer \*Synagogen auferlegt, welche in der \*Kristallnacht zerstört worden waren (Walk, Sonderrecht, S. 289, Nr. 176).
12. April Aufgrund eines Übereinkommens zwischen der deutschen und der polnischen Regierung dürfen die vom 26.-29.10.1938 (vgl. 27.-28.10.1938) abtransportierten polnischen Juden zur Auflösung ihrer Geschäfte nach Deutschland zurückkehren. Die Rückkehrenden erhalten die Möglichkeit, ihr Vermögen flüssig zu machen (Walk, Sonderrecht, S. 291, Nr. 183).
17. April Erlaß des Reichsministers der Finanzen über Mitnahme von Umzugsgut durch jüdische Auswanderer: Soweit die Mitnahme von Umzugsgut bei der \*Auswanderung von Juden genehmigt wird (die Mitnahme bestimmter Gegenstände wie wertvolle Briefmarkensammlungen, Radiogeräte, Schreib-, Nähmaschinen, etc. ist verboten), hängt sie von einer Abgabe an die Golddiskontbank ab, welche im allgemeinen 100 % des Wertes der mitzunehmenden Gegenstände ausmacht (JNBI, 25.4.1939; Blau, Ausnahmerecht, S. 67, Nr. 232).

30. April Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden (RGBl. I, 864), welches u.a. die Aufhebung des gesetzlichen Mieterschutzes für Juden beinhaltet und die Zusammenlegung jüdischer Familien in \*Judenhäuser vorbereitet. In diesem Gesetz werden zum ersten Mal Ausnahmebestimmungen für Juden erlassen, die unter besonderen Bedingungen in \*Mischehen leben. Damit wird u.a. der Begriff der \*privilegierten Mischehe geschaffen, und es wird definiert, welche Arten von Mischehen als „arischer“ bzw. „nichtarischer Haushalt“ gelten (der genaue Wortlaut findet sich in \*Mischehen). Diese Begriffe kehren später in einer Vielzahl von Verordnungen wieder.
- 4.5. Durchführungsbestimmung: In jüdischem Eigentum stehende Häuser sind zur Einrichtung von Judenwohnungen zu bevorzugen; \*Ghettobildung (vgl. 12.11.1938, Sitzung in \*Görings Luftfahrtministerium) soll jedoch verhindert werden (Walk, Sonderrecht, S. 293, Nr. 192).
15. Mai Errichtung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück.
17. Mai Die britische Regierung veröffentlicht das sogenannte *White Paper of 1939*, welches praktisch alle bisherigen britischen Verpflichtungen gegenüber dem \*Zionismus (vgl. \*Balfourdeklaration) revidiert. Es enthält die Beschränkung der jüdischen Einwanderung nach \*Palästina auf jährlich 15.000 für die nächsten fünf Jahre und macht jede weitere Einwanderung danach von der Zustimmung der arabischen Bevölkerung Palästinas abhängig.
- Anfang Juni Zweite Ausweisung „polnischer und solcher Juden, die ihre polnische Staatsangehörigkeit verloren haben“ (vgl. 4440). Es handelt sich um jene Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die nicht im Rahmen der breit angelegten Abschiebungsaktion vom 27. bis 29. Oktober 1938 (vgl. Zeittafel) ausgewiesen worden sind, oder um solche, denen die vorübergehende Rückkehr nach Deutschland erlaubt worden ist. Zum Schicksal der in Deutschland verbliebenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit nach Kriegsausbruch vgl. Zeittafel, 7.9.1939.
15. Juni Letzter erhaltener Gesamtbericht des Judenreferats II 112 im \*SD-Hauptamt über „Das Judentum in Deutschland“ (für das 2. Quartal 1939, 439) vor den Veränderungen im Berichterstattungssystem; vgl. 27.9.1939. Der letzte uns erhaltene Monatsbericht über Juni 1939 ist auf den 8. Juli 1939 datiert (4440).
4. Juli Durch die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz wird die im Februar 1939 (vgl. 2.2. und 17.2.1939) von der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland als ihre Nachfolgeorganisation gegründete Reichsvereinigung offiziell anerkannt, ihr gesetzlicher Status genau

definiert. Zu ihren Arbeitsbereichen gehören demnach \*Auswanderung, Schulwesen und Wohlfahrtspflege (RGBl. I, 1097). Während der Reichsvertretung der Juden in Deutschland und der von ihr gegründeten Reichsvereinigung nur sogenannte \*Glaubensjuden angehörten, bestimmt die Verordnung nun, daß der Reichsvereinigung alle nach den \*Nürnberger Gesetzen als Juden definierte Personen (d.h. auch \*Konvertiten und Konfessionslose) anzugehören haben (Blau, Ausnahmerecht, S. 75-78, Nr. 242). Die in \*Mischehen lebenden \*arischen Ehepartner können weiterhin freiwillige Mitglieder sein. Die bedeutendste Änderung gegenüber ihres früheren Status ist jedoch, daß die Reichsvereinigung von nun ab direkt der Aufsicht des Reichsministers des Innern untersteht. Die Aufsicht wird in der Praxis vom Judenreferat des \*SD unter \*Eichmann (im Rahmen des \*Reichssicherheitshauptamtes) ausgeübt.

- 11.7. Erklärung der Reichsvereinigung zu dieser Verordnung sowie Publikation ihrer Satzungen, welche im Wesentlichen auf den Satzungen des \*Reichsverbandes der Juden in Deutschland vom 27.7.1938 (vgl. dort) beruhen. Der ausführliche Kommentar auf derselben Seite des \*Jüdischen Nachrichtenblattes erwähnt jedoch die radikalste Änderung im Status der Reichsvereinigung, nämlich die Unterstellung unter die Aufsicht des \*SD, mit keinem Wort (JNBl, 11.7.1939).
14. August Runderlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, der die Rechte und Pflichten der \*Reichsvereinigung in Bezug auf das jüdische \*Schulwesen regelt. Die Reichsvereinigung ist zur Errichtung von Volksschulen für jüdische Kinder verpflichtet. Die Einrichtung von Mittel-, Berufs- und Höheren Schulen ist ihr freigestellt. Dabei muß die strikte physische Absonderung der jüdischen Kinder sichergestellt sein. Alle öffentlichen und privaten Schulen, welche bis 30.9.1939 nicht von der Reichsvereinigung übernommen worden sind, werden geschlossen. Die Lehrpläne werden den Bedürfnissen der \*Auswanderung angepaßt, d.h. es können beispielsweise \*Hebräisch und andere Fremdsprachen bereits in den Volksschulen unterrichtet werden (Amtsblatt des RMs für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 5.9.1939; SKH, 2530).
23. August Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts (Hitler-Stalin-Pakt).
25. August Unterzeichnung des britisch-polnischen Bündnisvertrages.
1. September Beginn des Zweiten Weltkriegs durch den deutschen Angriff auf Polen. Durch die Eroberung Polens fiel die größte europäische Judentum unter nationalsozialistische Herrschaft.



1939

1. September Anordnung der örtlichen Polizeistellen über die Ausgangszeit der Juden: Juden dürfen sich im Winter nicht nach 20.00 Uhr und im Sommer nicht nach 21.00 Uhr auf der Straße aufhalten (Blau, Ausnahmerecht, S. 79, Nr. 251; vgl. auch 9.9.1939).
1. September Nach einem auf 1.9.1939 rückdatierten Befehl Hitlers beginnt mit Oktober das systematische „Euthanasie-Programm“. Bis zu seiner offiziellen Beendigung am 1.9.1941 wurden in diesem Rahmen Zehntausende von Behinderten, darunter zahlreiche Juden, im Deutschen Reich ermordet (Klee, Euthanasie; Friedländer, Jüdische Anstaltspatienten in NS-Deutschland).
3. September Britisch-französische Kriegserklärung an Deutschland. Zu den unmittelbaren Folgen für die jüdische Bevölkerung im deutsch-französischen Grenzgebiet vgl. \*Binnenwanderung nach Kriegsausbruch.
3. September Geheimerlaß \*Heydrichs über „Grundsätze der inneren Staatssicherheit während des Krieges“: Die \*Gestapo kann Gegner und Saboteure ohne Gerichtsurteil exekutieren (Broszat/Frei, Das Dritte Reich im Überblick, S. 256).
7. September Erlaß des \*Gestapo zur Unterbindung von Ausschreitungen und \*Einzelaktionen gegen Juden (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 172 f.). Der Erlaß wurde jedoch auf Ortsebene vielfach nicht beachtet, vgl. z.B. ◀467▶.
7. September Erlaß \*Heydrichs zur Behandlung der noch in Deutschland verbliebenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit (vgl. Zeittafel, Anfang Juni 1939): die Männer sollen festgenommen werden (\*Schutzhaft); ihre Angehörigen dürfen ihren Wohnort nicht ohne Zustimmung der \*Gestapo verlassen. Ihr Vermögen wurde „sichergestellt“, vgl. ◀463▶. Die meisten Männer wurden danach in \*Konzentrationslager verbracht; die \*Reichsvereinigung führte in den folgenden Monaten lange Verhandlungen mit dem \*RSHA über ihre Freilassung bzw. Rückkehr ins von Deutschland besetzte Polen.
9. September Erlaß \*Heydrichs, zur Ausgangssperre für Juden nach 20 Uhr, vgl. ◀463▶. Diesem Erlaß waren lokale Initiativen der Polizeistellen vorausgegangen, vgl. 1. September 1939.
9. September Gnadenerlaß Hitlers für die Zivilbevölkerung; zu seiner Nicht-Anwendung auf Juden vgl. ◀486▶.
12. September Erlaß \*Heydrichs: Den Juden werden für den Ankauf von Lebensmittel besondere Läden zugewiesen, die sich im Besitz vertrauenswürdiger \*arischer Geschäftsleute befinden (Walk, Sonder-

derrecht, S. 304, Nr. 10). Später kommt es zusätzlich zur Beschränkung der \*Einkaufszeiten für Juden.

19. September Auflösung der „\*Reichsorganisation polnischer Juden in Deutschland“.
20. September Runderlaß \*Heydrichs, durch den Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden der Besitz von Rundfunkgeräten untersagt wird. Ausnahmebestimmungen gelten für \*privilegierte Mischehen (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 183, sowie ◀463▶).
- 23.9. Die örtlichen Polizeistellen ordnen an, daß die Juden ihre Rundfunkgeräte noch am selben Tag–an \*Jom Kippur–persönlich zu den Polizeistellen bringen müssen (Blau, Ausnahmerecht, S. 79 f., Nr. 253, Nr. 254).
21. September Richtlinien \*Heydrichs für die \*Einsatzgruppe im besetzten Polen und Anweisung zur Konzentrierung der Juden in \*Ghettos (IMT, Dok. PS 3363).
27. September Vereinigung der zentralen Ämter der Sicherheitspolizei (\*Gestapo und Reichskriminalpolizeiamt) mit dem Sicherheitshauptamt des Reichsführers-SS (\*SD) zum \*Reichssicherheitshauptamt (RSHA);
- 21.12. Adolf \*Eichmann übernimmt das „Judenreferat“ IV B 4.  
Mit der Gründung des RSHA ändern sich sowohl Form als auch Intensität der Lageberichterstattung:
- 23.9. Weisung an die SD-Abschnitte zur täglichen Berichterstattung.
- 9.10. Mit den „Berichten zur innerpolitischen Lage“ beginnt die regelmäßige, kurzfristige „Unterrichtung des Reichsführers-SS, der Staatsführung und der Leitung der Partei über die politische Lage im Reich und über die Stimmung der Bevölkerung“ (Boberach, Meldungen aus dem Reich, Bd. 1, S. 20). Im Gegensatz zu den früheren Lageberichten des SD gibt es nun keinen eigenen Paragraphen „Juden“ mehr, über Juden wird sporadisch unter dem Paragraphen „Gegner“ berichtet. Am 8. Dezember erfolgt die Umbenennung der Berichte in „Meldungen aus dem Reich“.
29. September Anordnung des \*Reichssicherheitshauptamtes an alle \*Stapostellen: „Die jüdischen Vereine, Verbände und Stiftungen werden auf Grund der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939 (vgl. oben) in die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland überführt und, soweit staatspolizeiliche Bedenken erhoben werden, aufgelöst.“ (BArch, R 58 3277)
- 18.-27. Oktober Erste \*Massendeportationen von Juden aus dem Protektorat Böhmen und Mähren sowie aus Österreich in den Raum Lublin im Rahmen des Nisko/Lublin-Planes. Die Pläne zur Errichtung

1939

eines „Judenreservats“ im Raume Lublin, in dem alle unter der Herrschaft des Dritten Reiches lebenden Juden konzentriert werden sollen, werden ab September 1939 entwickelt, im März 1940 aber wieder fallengelassen (EH II, S. 1011, „Nisko-und-Lublin-Plan“).

8. November Mißglücktes Attentat Johann Georg Elzers auf Hitler im Bürgerbräukeller München. Es folgten an verschiedenen Orten \*Einzelaktionen gegen Juden, die aufgrund des \*Gestapa-Erlaßes vom 7. September 1939 (vgl. oben) unterbunden wurden.

1940

23. Januar Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums: Juden haben weder Anspruch auf die Reichskleiderkarte, noch auf Bezugsscheine für Spinnstoffwaren, Schuhe und Sohlenmaterial. Ihre Versorgung soll durch die \*Reichsvereinigung vorgenommen werden (Walk, Sonderrecht, S. 316, Nr. 67; vgl. auch \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden).
- 12.-13. Februar \*Deportation der Juden aus Stettin und Schneidemühl nach Lublin (vgl. Nisko/Lublin-Plan, 18.-27. Oktober 1939); erste Massendeportation von Juden aus dem Altreich. In Folge der Proteste und Verhandlungen der \*Reichsvereinigung mit dem \*Reichssicherheitshauptamt können einige der zur Vertreibung Bestimmten (v.a. Kinder) in früheren \*Hachschara-Zentren in Deutschland bleiben. Ebenso gelingt es der Reichsvereinigung, Teile des Vermögens der Deportierten vor dem Zugriff der Staatsstellen zu retten. Diese Verhandlungen, bei denen vergeblich versucht wird, die Deportierten zurückzubringen, dauern bis Juni.
11. März Lebensmittelkarten für Juden sollen mit dem Buchstaben J gekennzeichnet werden. Die Grundrationen für Normalverbraucher, sowie die speziellen Zuteilungen für Kinder werden nicht gekürzt. Vom Erhalt nicht rationierter Lebensmittel (Hühner, Fisch, etc.) sind Juden jedoch ausgeschlossen (Walk, Sonderrecht, S. 318 f., Nr. 82).
19. März Veröffentlichung der \*Reichsvereinigung im \*Jüdischen Nachrichtenblatt: Aufgrund der Forderung des Reichspostministers ist in Telefonbüchern der Namenseintrag von jüdischen Fernsprechteilnehmern durch „Israel“ bzw. „Sara“ zu ergänzen. (Zum Namensgesetz vgl. auch 17. August 1938; zur Kündigung der jüdischen Fernsprechan Schlüsse vgl. 29. Juli 1940).

1940

20. April Geheimerlaß des Oberkommandos der Wehrmacht, nach dem \*Mischlinge ersten Grades und Ehemänner von Jüdinnen aus der Wehrmacht entlassen werden sollen (Blau, Ausnahmerecht, S. 82, Nr. 277).
24. April Erlaß des \*Reichssicherheitshauptamts zum Gesamtproblem der jüdischen \*Auswanderung; Die jüdische Auswanderung aus dem Reichsgebiet soll verstärkt betrieben werden, jedoch ist die Auswanderung von wehr- und arbeitseinsatzfähigen Juden in europäische Feindstaaten zu verhindern. Eine Ausweitung der \*Palästina-Wanderung ist aus außenpolitischen Gründen unerwünscht. Für in \*KZs befindliche Juden polnischer bzw. ehemals polnischer Staatsangehörigkeit kommt die Auswanderung nicht in Frage (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 125 f.).
27. April Anordnung \*Himmlers zur Errichtung des \*Konzentrations- und \*Vernichtungslagers Auschwitz; erste Häftlinge (zunächst überwiegend Polen) werden Anfang Juni eingeliefert.
- Juni-August \*Madagaskar-Plan: Die Deutschlandabteilung des Auswärtigen Amtes plant in Zusammenarbeit mit \*Heydrich, alle europäischen Juden auf die französische Insel zu deportieren. Das Vorhaben kommt niemals über das Planungsstadium hinaus und findet offensichtlich im September 1940 ein Ende.
14. Juni Deutsche Truppen besetzen Paris.
15. Juni Besetzung der baltischen Staaten durch die Sowjetunion.
22. Juni Deutsch-französischer Waffenstillstand nach der Niederlage Frankreichs; Teilung Frankreichs in ein direkt unter deutscher Verwaltung stehendes Gebiet (im Norden und Westen) und das „unbesetzte Frankreich“ unter der mit Deutschland kollaborierenden Regierung Pétain, mit Sitz in Vichy.
25. Juni Reifeprüfungen an jüdischen höheren Schulen gelten nicht mehr als staatliche Prüfungen, sondern finden lediglich zur Feststellung der erworbenen Kenntnisse vor einem vom Ministerium zu genehmigenden jüdischen Prüfungsausschuß statt. Die Prüfungsfragen werden von der \*Reichsvereinigung bestimmt (Walk, Sonderrecht, S. 323, Nr. 105).
4. Juli Anordnung des Polizeipräsidenten Berlin: In Berlin wird die \*Einkaufszeit für Juden auf 16.00 bis 17.00 Uhr festgelegt (Blau, Ausnahmerecht, S. 84, Nr. 282).

1940

29. Juli Erlaß des Reichspostministers: Die von Juden benützten Fernsprechanschlüsse werden zum 30.9.1940 gekündigt. Ausnahmen: Kranken- und Zahnbehandler (ehemalige \*Ärzte), Konsulenten (ehemalige \*Rechtsanwälte), jüdische Organisationen und Personen in \*privilegierten Mischehen (Blau, Ausnahmerecht, S. 84, Nr. 284).
31. Juli Hitler erklärt intern seinen Entschluß, die Sowjetunion anzugreifen („Unternehmen Barbarossa“).
- 22.-23. Oktober Juden aus Baden und Saarpfalz (ca. 7.500 Menschen) werden über Nacht ins unbesetzte Frankreich deportiert („Aktion \*Bürckel“), von wo die meisten später in die \*Vernichtungslager im Osten weitergeschickt werden. Dies ist die größte \*Deportation von Juden aus Deutschland zwischen Kriegsbeginn und dem Anfang der systematischen Massendeportationen im Oktober 1941. Ähnlich wie bei den späteren Massendeportationen entziehen sich zahlreiche Juden ihrem Abtransport durch \*Selbstmord (vgl. ◀533▶, ◀534▶). Scharfe Proteste der \*Reichsvereinigung gegen jene Deportation haben schwere Strafmaßnahmen des \*Reichssicherheitshauptamts gegen die führenden Vertreter der Juden zur Folge (Kulka, Reichsvereinigung, S. 359 f.; Zu der Deportation: Wiehn, Oktoberdeportation 1940; Zum Deportationsort der Juden in Frankreich und ihrem Schicksal bis zur \*Endlösung vgl. Gurs, in: EH, I, S. 585, und Bibliographie dort).
15. November Erlaß \*Himmlers: Alle Angehörigen der Polizei haben den Film „Jud Süß“ zu sehen (Blau, Ausnahmerecht, S. 85, Nr. 293).
9. Dezember Kinderbeihilfen werden nur für Kinder „deutschen oder artverwandten Blutes“ ausbezahlt (Blau, Ausnahmerecht, S. 85, Nr. 296).
12. Dezember Erlaß des Reichsministers des Innern: Alle jüdischen Geisteskranken sollen in der jüdischen Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn konzentriert werden (Blau, Ausnahmerecht, S. 85, Nr. 297), vermutlich, um sie im Rahmen des Euthanasieprogramms (vgl. 1.9.1939) zu ermorden.
24. Dezember Durchführungsverordnung zur Erhebung einer Sozialausgleichsabgabe: Juden müssen zusätzlich zur Einkommenssteuer eine Abgabe in der Höhe von 15% des Einkommens entrichten (RGBl. I, 1666).

1941

27. Januar Erlaß des Badischen Ministers des Innern: Ein erneutes Anwachsen der jüdischen Bevölkerung „nach Abschluß der Juden-Evakuie-

„(vgl. 22.-23. Oktober 1940) ist zu verhindern. Neu zuziehende Juden sollen von den Polizeibehörden zum Verlassen des Landes angehalten werden. Badischen Juden hingegen, „die sich bei der Evakuierungsaktion auf Reisen befanden, aber in Baden polizeilich gemeldet sind, soll die Rückkehr nach Baden nicht versagt werden.“ (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 262 f.).

1. März \*Himmler ordnet den Bau des Lagers \*Birkenau (Auschwitz II) an (Czech, Auschwitz-Birkenau, S. 79), des größten Vernichtungslagers des 3. Reiches, in das direkt oder auf Umwegen ein großer Teil der deutschen Juden deportiert wird. Bauzeit von Oktober 1941 bis März 1942. Die am 3. September 1941 beginnende Massenvernichtung wird im November 1944 auf Befehl Himmlers abgebrochen.
7. März Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung: Alle arbeitsfähigen Juden sollen beschleunigt zum Arbeitseinsatz gebracht werden. Aufgrund dieses Erlasses werden Juden unter erschwerenden und diskriminierenden Bedingungen (gruppenweiser Einsatz, getrennt von der übrigen Bevölkerung; Unterbringung in Lagern, um Kontakte zu minimieren) zur \*Zwangswarbeit herangezogen (Blau, Ausnahmerecht, S. 86, Nr. 305).
- 17.-30. März Hitler erläutert vor hohen Offizieren die Prinzipien der Kriegführung im Osten: Der Rußlandfeldzug müsse als „Vernichtungskrieg“ mit barbarischer Härte geführt werden (Broszat/Frei, Das Dritte Reich im Überblick, S. 263).
26. März Gründung des „Instituts für Erforschung der \*Judenfrage“ in Frankfurt/Main im Rahmen von Rosenbergs „Hoher Schule“.
29. März Die \*Reichsvereinigung hat dem \*Reichssicherheitshauptamt eine vollständige Liste aller jüdischen Wohnungen in \*arischen Häusern zu übermitteln. Es sollen u.a. Adressen und Zimmerzahl angegeben werden (Walk, Sonderrecht, S. 338, Nr. 182; vgl. auch \*Judenhäuser).
20. April Lebensmittel, welche die Juden in Paketen aus dem Ausland erhalten, sind von ihren Lebensmittelzuteilungen abzuziehen (vgl. auch \*Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen; Walk, Sonderrecht, S. 339, Nr. 186).
25. April 5. Durchführungsverordnung zur Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens; als Ankaufsstelle für Kulturgut wird die Reichskammer der bildenden Künste bestimmt. An- und Verkauf

1941

von Schmuck- und Kunstgegenständen im Wert von über 1.000 RM ist den Juden verboten. (Walk, Sonderrecht, S. 341, Nr. 198).

26. April Erlaß des Reichsministers für Erziehung und Unterricht: Die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wird angewiesen, ihre Schulen in großen Städten zu konzentrieren und „Zwergschulen“ aufzulösen. Für Privatunterricht soll keine Genehmigung mehr erteilt werden (Blau, Ausnahmerecht, S. 87, Nr. 313; vgl. auch \*Schulwesen, jüdisches).
30. April Die Ausnahmestellung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit hinsichtlich der Ausschaltung von Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben entfällt in Folge des Krieges für Staatsangehörige aus Feindländern sowie der durch deutsche Truppen besetzten Länder (Walk, Sonderrecht, S. 340, Nr. 192).
20. Mai Die \*Auswanderung von Juden in das unbesetzte Frankreich ist angesichts der bevorstehenden \*Endlösung zu verhindern. Ausnahmen bedürfen einer speziellen Genehmigung des \*Reichssicherheitshauptamts (Benz, Juden, S. 749).
24. Mai Allgemeine Verfügung des Reichsministers der Justiz zur Feststellung der Abstammung von jüdischen \*Mischlingen, insbesondere, wenn die Abstammung des Mischlings aus einem ehebrecherischen Verkehr der nichtjüdischen Ehefrau eines Juden mit einem Deutschstämmigen behauptet wird (Blau, Ausnahmerecht, S. 87, Nr. 317). In diesem Fall hat das Gericht das Zeugnis der Mutter zurückzuweisen, „da ihr einziges Interesse darin besteht, ihr Kind vor den Nachteilen seiner jüdischen Abstammung zu schützen“ (Walk, Sonderrecht, S. 341 f., Nr. 199).
6. Juni „Kommissarbefehl“ zur Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion; er sieht die Aussonderung und Ermordung der politischen Kommissare in der Sowjetunion vor. Im Zusammenhang mit diesem Befehl erklärt \*Heydrich, „daß das Ostjudentum das Reservoir des Bolschewismus sei und deshalb, nach Ansicht des Führers, vernichtet werden“ müsse (Krausnick, Judenverfolgung, S. 365; Hillgruber, Endlösung, S. 145 f.).
- 10.-17. Juni Anordnung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt in Berlin: Juden erhalten ihre Lebensmittelkarten von der übrigen Bevölkerung getrennt ausgehändigt (Blau, Ausnahmerecht, S. 88, Nr. 321).
12. Juni Erlaß des Reichsministers des Innern: Juden, die aus den jüdischen \*Kultusvereinigungen und damit aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ausgetreten sind, dürfen sich nicht als „gottgläubig“ (Glaubenserklärung der aus der Kirche ausgetretenen National-

1941

sozialisten, die sich zu einem „positiven Christentum“ bekennen; vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik) bezeichnen, sondern müssen sich „glaubenslos“ nennen (Blau, Ausnahmerecht, S. 88, Nr. 322).

22. Juni Deutscher Überfall auf die Sowjetunion: Anfang der Massenerschießungen der Juden in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten durch \*Einsatzgruppen und andere Einheiten.
20. Juli Verordnung des Reichsministers des Innern: Juden erhalten keine Entschädigung für Kriegsschäden, müssen vielmehr Entschädigung an mitgeschädigte Dritte bezahlen (RGBl. I, 437).
23. Juli Auf einer Pressekonferenz wird die von \*Goebbels inspirierte Propagandakampagne gegen die Schrift von Theodore N. \*Kaufmann, „Germany Must Perish“, eingeleitet.
31. Juli \*Göring beauftragt \*Heydrich mit der „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa“. Er weist ihn auch an, ihm „einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten \*Endlösung der Judenfrage vorzulegen“ (Krausnick, Judenverfolgung, S. 372 f.).
2. August Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer: Juden dürfen die allgemeinen Leihbüchereien nicht mehr benutzen (Blau, Ausnahmerecht, S. 88, Nr. 327).
14. August Unterricht in \*Hebräisch oder Aramäisch an höheren Schulen soll nicht gestattet werden. Schulräume für diesen Unterricht dürfen auch nicht von kirchlichen Autoritäten zur Verfügung gestellt werden (Walk, Sonderrecht, S. 346, Nr. 221).
1. September Offizieller Abschluß des „Euthanasie-Programms“ (vgl. 1.9.1939).
1. September Polizeiverordnung über die \*Kennzeichnung der Juden: Die im Reich lebenden Juden müssen vom 6. Lebensjahr an in der Öffentlichkeit den gelben Stern tragen.  
19.9. Die Verordnung tritt am 19.9.1941 in Kraft.  
(Im Generalgouvernement wurde die Kennzeichnung der Juden bereits am 23. November 1939 eingeführt.) Dieselbe Verordnung verbietet Juden, ohne schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen und untersagt das Tragen von Orden, Ehrenzeichen und sonstigen Abzeichen. Ausnahmen gelten für \*privilegierte Mischehen. (Blau, Ausnahmerecht, S. 89, Nr. 329; S. 91 ff., Nr. 339).



1941

3. September Erster Vergasungsversuch u.a. an sowjetischen Kriegsgefangenen in \*Auschwitz (Czech, Auschwitz-Birkenau, S. 117 f.).
11. September Auflösung des jüdischen \*Kulturbundes auf Anordnung der \*Gestapo; diese Verfügung betrifft den Verein und seine Veranstaltungstätigkeit. Verlag und Buchvertrieb bleiben erhalten und werden der \*Reichsvereinigung angegliedert (Dahm, Kulturelles und geistiges Leben, S. 258).
18. September Anordnung des Reichsverkehrsministers: Juden brauchen zum Verlassen ihres Wohnorts und für Fahrten in bestimmten Verkehrsmitteln an ihrem Wohnort eine polizeiliche Erlaubnis. Dieser Erlaubnisschein ist unaufgefordert vorzuweisen. Die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel unterliegt einer Reihe weiterer Beschränkungen, die in der Durchführungsbestimmung vom
- 10.10. 10. Oktober 1941 und 24. April 1942 ausgeführt werden (Blau, Ausnahmerecht, S. 90, Nr. 333; S. 91 ff., Nr. 339; S. 106, Nr. 377 sowie 24. April 1942 und hierzu Walk, S. 368, Nr. 326).
1. Oktober Anordnung \*Himmlers, „die \*Auswanderung von Juden mit sofortiger Wirkung zu verhindern.“ Dazu wurde ergänzend in Klammern hinzugefügt: „Die Evakuierungsmaßnahmen [d.h. \*Deportationen] bleiben davon unberührt.“
23. 10. Diese Anordnung wird der Sicherheitspolizei und dem \*SD erst am 23.10. durch einen Runderlaß des Chefs der \*Gestapo Müller mitgeteilt (Adler, Der verwaltete Mensch, S. 29 f.). Trotzdem konnten noch einige wenige Juden im November 1943 via Spanien und Portugal in die USA auswandern (Vgl. ◀621▶). Auch in den folgenden Kriegsjahren gelang es Juden aus Deutschland auf verschiedenen Wegen, illegal via Holland und Frankreich in das neutrale Spanien bzw. Portugal, sowie vereinzelt in die Schweiz zu entkommen (Vgl. ◀629▶, sowie Avni, The Zionist Underground in Holland and France and the Escape to Spain; ders., Spain, Franco and the Jews).
3. Oktober Verordnung über die Beschäftigung von Juden: „Juden, die in Arbeit eingesetzt sind, stehen in einem Beschäftigungsverhältnis eigener Art.“ Dieses Arbeitsverhältnis wird vom Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei und dem Reichsminister des Innern geregelt; die Verordnung gilt auch für die Ostgebiete (RGBl. I, 675).
- 31.10. Durchführungsbestimmungen mit Aufzählung aller Beschränkungen (RGBl. I, 681).
10. Oktober Durchführungsbestimmung zur Anordnung des Reichsverkehrsministers über Beschränkungen bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel durch Juden; vgl. 18. September.

14. Oktober Beginn der systematischen \*Massendeportationen aus dem Reichsgebiet nach Lodz, sowie in die besetzten Gebiete der Sowjetunion, v.a. in die \*Ghettos Kowno, Minsk und Riga. Die Deportierten fallen, z.T. unmittelbar nach ihrer Ankunft, Massenerschießungen zum Opfer (bis Mitte Dezember ca. 30.000 Juden; vgl. auch \*Ostland).
- 4.11. Schnellbrief des Reichsministeriums der Finanzen: Das Vermögen der zu deportierenden Juden wird bis auf 100 RM und 50 kg Gepäck zugunsten des Reichs eingezogen (Walk, Sonderrecht, S. 354, Nr. 261).
24. Oktober Erlaß des \*Reichssicherheitshauptamts: Deutschblütige Personen, die in der Öffentlichkeit freundschaftliche Beziehungen zu Juden zeigen, sind aus erzieherischen Gründen in \*Schutzhaft zu nehmen bzw. für bis zu drei Monate in ein \*KZ einzuweisen. Der jüdische Teil ist in jedem Falle bis auf weiteres unter Einweisung in ein Konzentrationslager in Schutzhaft zu nehmen. (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 215 f.). Zur praktischen Anwendung des Erlasses vgl. ◀595▶ bis ◀597▶ und ◀598▶, sowie \*Judenfreund.
10. November Endgültiger Beschluß zur Errichtung des Ghettos \*Theresienstadt.
13. November In jüdischem Besitz befindliche elektrische Geräte, Fahrräder, Schreibmaschinen, Photoapparate und Ferngläser sind anzumelden und abzuliefern (Walk, Sonderrecht, S. 355, Nr. 263 und 264).
14. November Das \*Reichssicherheitshauptamt verbietet den freien Verkauf von Büchern durch Juden (Blau, Ausnahmerecht, S. 98, Nr. 344). Hierbei geht es v.a. um den Verkauf von jüdischen Privatbibliotheken.
20. November Verfügung des Reichsministers der Justiz: Die bevorstehende Haftentlassung jüdischer Häftlinge ist der \*Gestapo sechs Wochen im voraus zu melden, „damit diese Gelegenheit habe, sie abzuholen“ (Blau, Ausnahmerecht, S. 98, Nr. 346).
25. November 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, mittels welcher den Deportierten und zur \*Deportation bestimmten deutschen Juden die Staatsangehörigkeit entzogen und ihr Vermögen beschlagnahmt wird (RGBl. I, 722).
27. November Anordnung des \*Reichssicherheitshauptamts: Juden dürfen über ihr bewegliches Vermögen nur mit besonderer behördlicher Genehmigung verfügen. Auch werden die Bankkonten gesperrt und monatlich nur bestimmte Beträge für den Unterhalt freigegeben (Blau, Ausnahmerecht, S. 102, Nr. 350).

1941

- Dezember Beginn der Tötung von Juden im Vernichtungslager \*Chelmnö durch den Einsatz von Gaswagen (EH I, S. 281).
11. Dezember Kriegserklärung Deutschlands und Italiens an die USA, die ihnen ihrerseits den Krieg erklären.
12. Dezember Anordnung des \*Reichssicherheitshauptamts: Den zum Tragen des \*Judensterns verpflichteten Juden wird die Benützung öffentlicher Fernsprechzellen untersagt (Blau, Ausnahmerecht, S. 103, Nr. 360).

1942

5. Januar Erlaß des \*Reichssicherheitshauptamts: Juden haben die sich in ihrem Besitz befindlichen Pelz- und Wollsachen, sowie Skier und Skibekleidung im Rahmen der Sammelaktion für die Ostfront bis zum 16. Januar abzuliefern (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 217 f.).
20. Januar „Wannsee-Konferenz“ in Berlin: Parteifunktionäre und Ministerialbeamte koordinieren unter der Leitung \*Heydrichs die „\*Endlösung der Judenfrage“ in Europa. Der damalige Leiter des Judenreferats im \*Reichssicherheitshauptamt Adolf \*Eichmann ist mit der Organisation der Konferenz und der Protokollabfassung beauftragt.
17. Februar Anordnung des \*Reichssicherheitshauptamts: Juden sind vom Bezug von Zeitungen, Zeitschriften, Gesetz- und Verordnungsblättern ausgeschlossen (JNBl., 20.2.1942).
1. März Erlaß Hitlers: Reichsleiter Alfred Rosenberg wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Bibliotheken, Archive und sonstige kulturelle Einrichtungen von Juden, \*Freimaurern und anderen „weltanschaulichen Gegnern“ zu durchforsten und das Material zu beschlagnahmen (IMT, Dok. PS 149, Bd. 26, S. 135). Dadurch bleiben paradoxerweise zahlreiche jüdische Archivalien und Kulturgüter erhalten.
13. März Schnellbrief \*Heydrichs: Um ihre Tarnung zu verhindern, werden die Juden angewiesen, ihre Wohnungen mit einem weißen Judenstern neben ihren Namensschildern zu \*kennzeichnen (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 221 f.; vgl. auch \*Judenhäuser).
27. März Juden, die in der Kriegsindustrie beschäftigt sind, werden von \*Deportationen freigestellt (Walk, Sonderrecht, S. 368, Nr. 330).

1942

- [April] Juden ist der Besuch von \*Ariern und in \*Mischehen lebenden Personen in deren Wohnung verboten (Walk, Sonderrecht, S. 369, Nr. 334, der Eintrag ist nicht genau datiert).
5. April Anordnung des \*Reichssicherheitshauptamts: Polizeipräsidenten, Landräte und Bürgermeister werden angewiesen, in den Melde-registern nicht den Zielort der Transporte (vgl. \*Deportationen), sondern lediglich den Vermerk „unbekannt verzogen“ bzw. „ausgewandert“ einzutragen (Walk, Sonderrecht, S. 369, Nr. 335).
24. April Weitere Beschränkungen bzgl. der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Juden (vgl. auch 18.9.1941): Eine Genehmigung für die Benutzung der örtlichen Verkehrsmittel erhalten nur Juden im Arbeitseinsatz, wenn ihre Arbeitsstätte über 7 km vom Wohnort entfernt ist; Schulkinder mit einem Schulweg von mehr als 5 km, sowie \*Ärzte (RGBl. I, 722).
10. Mai Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums: Kaufverträge über Immobilien mit Juden „sind nur dann zu genehmigen, wenn die zuständige Staatspolizeistelle mitgeteilt hat, daß mit einem Übergang des Vermögens an das Reich in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Teilt die \*Staatspolizei mit, daß der jüdische Grundstückseigentümer voraussichtlich das Reichsgebiet in absehbarer Zeit verlassen wird (vgl. 5.4.1942, sowie \*Deportationen), so ist die Entscheidung stillschweigend auszusetzen“ (Walk, Sonderrecht, S. 372, Nr. 347).
15. Mai Juden wird die Haltung von Haustieren verboten (JNBl.).
18. Mai Brandanschlag der jüdisch-kommunistisch orientierten \*Baum-Gruppe auf die antisowjetische Ausstellung „Sowjetparadies“ in Berlin. Es folgen schwere Vergeltungsmaßnahmen gegen die Führung der deutschen Judenschaft.
24. Mai Satzungsänderung der \*Reichsvereinigung bzgl. Erlöschen der Mitgliedschaft bei der Reichsvereinigung bei Verlassen des Reichsgebietes (vgl. \*Deportationen), sowie Ein- und Austritt der „freiwilligen Mitglieder“ (JNBl. vom 29.5.1942); „Freiwillige Mitglieder“ bezieht sich offensichtlich auf die \*arischen Ehepartner in \*Mischehen, welche auch nach der Verfügung vom 4. Juli 1939 (vgl. dort) der Reichsvereinigung nicht angehören mußten, ihr jedoch freiwillig beitreten konnten (vgl. 30.1.1939 sowie 17.2.1939).
27. Mai \*Heydrich wird in Prag durch das Attentat zweier, von der tschechischen Exilregierung in London entsandter Fallschirmjäger tödlich verletzt. Nach seinem Tod am 4. Juni setzen radikale Ver-

1942

geltungsmaßnahmen gegen die tschechische Zivilbevölkerung und die Juden ein.

29. Mai Juden wird die Inanspruchnahme \*arischer Friseure untersagt (JNBl.).
- Juni Beginn der Massenvergasung in \*Auschwitz/Birkenau (Broszat/Frei, Das Dritte Reich im Überblick, S. 271); erste \*Deportationen aus dem Reichsgebiet in das Ghetto \*Theresienstadt: aus Berlin am 2.6.; aus München am 4.6.; aus Köln am 16.6. (Lederer, Ghetto Theresienstadt, S. 257 f.).
11. Juni Juden erhalten keine Raucherkarten; Ausnahmen für schwer Kriegsbeschädigte und \*privilegierte Mischehen (Blau, Ausnahmerecht, S. 109, Nr. 387).
19. Juni Juden haben elektrische und optische Geräte (inkl. Öfen und Kochplatten) entschädigungslos abzuliefern (JNBl.).
30. Juni Rundschreiben der \*Reichsvereinigung auf Anweisung des \*Reichssicherheitshauptamts bzgl. \*Heimeinkaufsverträge für die aus Deutschland nach \*Theresienstadt zu Deportierenden.
7. Juli \*Gestapoerlaß, der die Schließung aller jüdischen Schulen anordnet: Im Zuge der \*Massendeportationen endet auch das jüdische \*Schulwesen in Deutschland.
7. Juli Juden wird die Benutzung von Warteräumen, Wirtschaften und sonstigen Einrichtungen der Verkehrsbetriebe untersagt (JNBl.).
10. Juli Geld- und Geschenksendungen an \*Deportierte werden verboten (JNBl.).
13. Juli Juden wird das Tragen von Blinden- und Schwerhörigen-Armbinden, welche die Bevölkerung zur Hilfeleistung auffordern sollen, verboten (Blau, Ausnahmerecht, S. 110, Nr. 400).
30. Juli Rundschreiben der \*Reichsvereinigung: Jüdische Kultgegenstände aus Edelmetall (Gold, Silber) sind an die Zentrale der Reichsvereinigung abzuliefern (Walk, Sonderrecht, S. 382, Nr. 399). Diese hat die Gegenstände an das \*Reichssicherheitshauptamt weiterzugeben.
12. August Bücher aus den Privatbibliotheken abgeschobener Juden (vgl. \*Deportationen) sind zum Aufbau der Zentralbibliothek des \*Reichssicherheitshauptamts bestimmt (Walk, Sonderrecht, S. 384, Nr. 406).

1942

21. August Einführung einer verschärften Meldepflicht für Juden bei Aufenthaltsänderung (JNBl).
11. 9. Personen, welche nicht ordnungsgemäß gemeldete Juden beherbergen, werden \*staatspolizeiliche Maßnahmen angedroht (JNBl).
- September Große Deportationswelle aus dem Altreich mit über 12.000 \*Deportierten, davon ca. 10.000 nach \*Theresienstadt.
18. September Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft: Juden erhalten weder Fleischwaren, Eier, Weizenerzeugnisse, Milch noch Lebensmittel, die auf nicht reichseinheitliche Lebensmittelkarten abgegeben werden (Blau, Ausnahmerecht, S. 111 f., Nr. 409).
5. Oktober Befehl \*Himmlers zur \*Deportation aller jüdischen Häftlinge aus \*Konzentrationslagern im Reichsgebiet nach \*Auschwitz (Broszat/Frei, Das Dritte Reich im Überblick, S. 272; Czech, Auschwitz-Birkenau, S. 314).
7. Oktober Juden wird jeder direkte oder mittelbare Verkehr mit fremden diplomatischen Vertretern, sowie mit nichtjüdischen Ausländern verboten (Walk, Sonderrecht, S. 389, Nr. 436).
9. Oktober Der Kauf von Büchern ist Juden nur bei der Abteilung Buchvertrieb der \*Reichsvereinigung, nicht aber in Buchhandlungen gestattet (JNBl.).
18. November Nach Schließung der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn (vgl. 12.12.1940) werden die verbleibenden jüdischen Geisteskranken in das jüdische Krankenhaus in Berlin eingewiesen (Blau, Ausnahmerecht, S. 113, Nr. 414).
26. November Anweisung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im Amt für den Vierjahresplan, Sauckel, auf Vorschlag des \*Reichssicherheitshauptamts: Juden, die noch in Deutschland beschäftigt sind, sollen evakuiert und durch polnische Arbeitskräfte ersetzt werden (Hilberg, Vernichtung, Bd. 2, S. 462).
24. Dezember Weihnachtsbotschaft von Pius XII., gesendet von Radio Vatikan; der Papst verurteilt darin die Tötung von Hunderttausenden unschuldigen Menschen aufgrund ihrer „Rasse“. Obwohl er die Juden in der Rede nicht ausdrücklich erwähnt, wird der Sinn seiner Worte vom \*SD, dem Auswärtigen Amt und wohl auch in der breiten Öffentlichkeit in dieser Weise verstanden, vgl. ◀666▶.

1942

24. Dezember Runderlaß der \*Reichsvereinigung: Auf Anweisung des Reichskommissar für Altmaterialverwaltung ist alles Metall von jüdischen Friedhöfen (einschließlich Grabstätten, Zäune und Tore) zu entfernen und dem Reich zuzuführen (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 357 f.).

1943

27. Januar \*Deportation der letzten wichtigen Vorstandsmitglieder der \*Reichsvereinigung (Leo \*Baeck, Paul \*Eppstein und Philipp \*Kozower) sowie der wichtigsten jüdischen Funktionäre aus Wien und Prag nach \*Theresienstadt. Dort wird Eppstein (gemeinsam mit Joseph \*Löwenherz und dem früheren Vorsitzenden des Ältestenrats, Jakob Edelstein) zum Vorsitzenden des Ältestenrats im Ghetto ernannt (Adler, Verheimlichte Wahrheit, S. 131 ff.).
31. Januar-  
2. Febr. Kapitulation der 6. Deutschen Armee (ca. 250.000 Mann) in Stalingrad: Die Nachricht über diese katastrophale Niederlage und die Tatsache, daß eine große Zahl deutscher Soldaten in sowjetische Gefangenschaft geriet, wecken laut mehrerer Lageberichte in der deutschen Bevölkerung nicht nur die Sorge um ihr eigenes Schicksal, sondern geben auch Anlaß zu Fragen über die Massenerschießungen der Juden im Osten (vgl. 4674; 4686; Kulka, Public Opinion, engl., Jerusalem Quarterly, Nr. 26, S. 38 ff.).
- 27.-28. Februar Die noch in Berlin lebenden Juden, die in der deutschen Rüstungsindustrie arbeiten, werden durch die \*Gestapo zwecks \*Deportation verhaftet: Am ersten Tag der Aktion ca. 5.000 Personen (in der Mehrzahl Männer), darunter rund 2.000 in \*Mischehen lebende Juden.
- 6.3. Die mehrere Tage andauernde Demonstration (Rosenstraßeprotest) arischer Ehegatten für die Freilassung ihrer jüdischen Partner und Kinder führt am 6.3. zur Entlassung von ca. 1.700 bis 2.000 Juden aus der Gestapohaft in Berlin. Zur selben Zeit werden 7.031 Juden nach \*Auschwitz deportiert, darunter auch in Mischehen lebende Juden und \*Mischlinge.
- 21.5. In Folge des am 18.3. zwischen \*Goebbels, \*Himmler und dem Chef der Gestapo, Heinrich Müller, ausgehandelten Abkommens veröffentlicht der Stellvertreter Himmlers, Ernst Kaltenbrunner, am 21.5. eine Anordnung, aufgrund derer die Mischlinge und in Mischehen lebenden Juden von Auschwitz nach Berlin zurückkehren können (Stolzfus, Resistance of the Heart, S. 209-257).
12. März Protestbrief des evangelischen Landesbischofs von Württemberg, Theophil Wurm, an das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, in dem er als anerkannter Sprecher der „Bekennenden Kirche“ (vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik) die \*Deportation und

1943

Vernichtung von Juden und \*Mischlingen, v.a. von in \*Mischehen lebenden, verurteilt. Bezugnehmend auf die Entlassung der in Mischehen lebenden Juden aus der Gestapohaft in Berlin (vgl. 27.-28. Februar 1943) fordert er eine gesetzliche Grundlage, um die in Mischehen lebenden Juden im gesamten Reichsgebiet von der Deportationen auszunehmen (Schäfer, Landesbischof Wurm, S. 160-167). Diese und ähnliche Initiativen der Kirchenführung sind im allgemeinen jedoch erfolglos.

8. April           Einschränkungen des Briefverkehrs mit \*Theresienstadt; Briefe müssen über die \*Reichsvereinigung geschickt werden (Walk, Sonderrecht, S. 397, Nr. 478).
13. April           Entdeckung von Massengräbern bei \*Katyn.
19. April-  
16. Mai           Warschauer Ghettoaufstand: Nach dem Abtransport von 300.000 Bewohnern in das \*Vernichtungslager Treblinka leisten die verbliebenen ca. 60.000 Juden bei der endgültigen Räumung bewaffneten Widerstand. Dieser wird schließlich unter der Führung von Jürgen Stroop von \*SS- und Polizeiverbänden niedergeschlagen. Die Nachricht über den Ghettoaufstand und seine grausame Niederschlagung gelangt auch nach Deutschland, v.a. zu den Kreisen der „konservativen Opposition“. Es kommt jedoch zu keinerlei öffentlichen Reaktionen.
25. April           12. Verordnung zum Reichsbürgergesetz führt zwei neue Kategorien von Staatsangehörigkeit ein: Eine Kategorie von „Staatsangehörigen auf Widerruf“ und eine andere von „Schutzangehörigen“. Juden können keiner der beiden Kategorien angehören (RGBl. I, 268).
28. April           Anordnung des \*Reichssicherheitshauptamts, die noch in kriegswichtigem Arbeitseinsatz tätigen Juden zu melden, soweit sie für eine Evakuierung nach dem Osten in Frage kommen. Zur Vermeidung von Fluchtgefahr sind die zur \*Deportation vorgesehenen Juden geschlossen unterzubringen (Walk, Sonderrecht, S. 398, Nr. 481).
- 16./17. Mai        In der Nacht zum 17. Mai 1943 bombardiert die Royal Air Force in der Spezialoperation „Chastise“ („Züchtigung“) unter Einsetzung der „Dam Busters“ die Talsperren Möhne und Eder und fügt dadurch der deutschen Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet einen immensen Schaden zu. Infolgedessen kommt es, ähnlich wie nach Stalingrad (vgl. Zeittafel, 31. Januar–2. Februar 1943) und \*Katyn, zu einer öffentlichen Diskussion über die NS-Judenpolitik und die von der Bevölkerung befürchteten „Judenrache“; vgl. ◀684▶, ◀688▶, sowie „Bomber Command. Death by Moonlight



1943

Raids“, in: <http://www.valourandhorror.com/BC/Raids/Dam>; Ralf Blank, Sommer 1943. Die Battle of the Ruhr, in: [http://www.nrw2000.de/ns/battle\\_of\\_the\\_ruhr.htm](http://www.nrw2000.de/ns/battle_of_the_ruhr.htm).

9. Juni Das Reichsfinanzministerium weist die Oberfinanzpräsidenten an, das Vermögen der vor der Auflösung stehenden \*Reichsvereinigung zu übernehmen (Walk, Sonderrecht, S. 399, Nr. 487).
10. Juni Auflösung der \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland durch das \*Reichssicherheitshauptamt. Eine sogenannte „Restreichsvereinigung“, welche v.a. in \*Mischehen lebende Juden und \*Mischlinge vertritt, besteht bis zum Ende des Krieges.
19. Juni \*Goebbels erklärt Berlin für „judenfrei“.
1. Juli 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, nach welcher strafbare Handlungen von Juden nicht mehr durch Gerichte, sondern durch die Polizei geahndet werden. Beim Tod eines Juden fällt dessen Vermögen ans Reich, es sei denn, er hat nichtjüdische Angehörige (RGBl. I, 372). Diese „Verordnung brachte auf dem Gebiet der Rechtspflege den Höhepunkt und Abschluß eines entarteten Rechts“ (Adam, Judenpolitik, S. 353).
9. Juli Rundschreiben der (Rest)\*Reichsvereinigung: Ihre Hauptarbeitsgebiete sind nach ihren eigenen Angaben nun „die Betreuung der im Altreich und Sudetengau lebenden Juden in gesundheits- und wirtschaftsfürsorgerischer Beziehung“ (SKH, 5346).
11. Juli Rundschreiben Bormanns, in welchem er im Namen Hitlers die öffentliche Erörterung der „künftigen Gesamtlösung“ der Judenfrage untersagt. Statt dessen soll folgende Formulierung verwendet werden: „die Juden werden geschlossen zu zweckentsprechendem Arbeitseinsatz herangezogen“ (BArch, NS 6/344).
3. August Trotz Auflösung der Reichsvereinigung am 10. Juni behält sie vorerst ihr Vermögen; es steht unter Verwaltung des Reichsfinanzministeriums. Diese Verwaltung bezieht sich jedoch nicht auf Institutionen wie jüdische Krankenhäuser und Wohlfahrts-einrichtungen, die durch die „Restreichsvereinigung“ weiterhin (bis Kriegsende) verwaltet werden (Walk, Sonderrecht, S. 400, Nr. 495).
28. September Erlaß des Reichsministeriums des Innern: Beamte dürfen Frauen, welche vorher mit einem Juden verheiratet waren, nicht heiraten (Blau, Ausnahmerecht, S.116, Nr. 426).

1943

18. Dezember Erlaß des \*Reichssicherheitshauptamtes: Jüdische Ehepartner aus nicht mehr bestehenden \*Mischehen sowie \*Geltungsjuden sollen nach \*Theresienstadt geschickt werden (Walk, Sonderrecht, S. 401, Nr. 500).

1944

12. Januar Erlaß \*Himmlers: Juden erhalten keine Kontrollkarten für den Briefverkehr mit dem Ausland. Ohne eine solche Karte werden Briefe nicht befördert (Blau, Ausnahmerecht, S. 116, Nr. 427).

10. März Rundschreiben \*Kaltenbrunners an die obersten Reichsbehörden: Die Evakuierung und Isolierung von Juden und Zigeunern (vgl. \*Deportationen) macht die Veröffentlichung besonderer Anordnungen in der früheren Art bedeutungslos; deshalb sollen diese Veröffentlichungen unterbleiben (Blau, Ausnahmerecht, S. 116 f., Nr. 428).

19. März Nach einem Versuch der ungarischen Regierung, ihre Truppen von der Ostfront abzuziehen, rücken deutsche Verbände in Ungarn ein. Damit werden auch die ungarischen Juden in die \*Endlösung einbezogen.

7. April Alfred Wetzler und Rudolf Vrba, zwei Häftlingen aus \*Auschwitz-Birkenau, gelingt die Flucht in die Slowakei. Sie überbringen detaillierte Informationen über die Vernichtung der Juden in Auschwitz. Ihre Berichte gelangen im Juni in die Länder der freien Welt (einschließlich Vatikan) und sind unter dem Namen „Auschwitz-Protokolle“ bekanntgeworden (EH, I, S. 127, „Auschwitz-Protokolle“).

Juli Ende der systematischen \*SD-Berichterstattung über die Stimmung der Bevölkerung (vgl. 27.9.1939). Einzelne Berichte aus den SD-Abschnittsbereichen sind uns bis zur Zeit kurz vor der Kapitulation des Dritten Reiches erhalten.

20. Juli Erfolgreiches Attentat auf Hitler durch die Führer der „konservativen Opposition“; Verhaftungen und Vergeltungsmaßnahmen gegen die Beteiligten, v.a. an der Spitze der Armee.

24. Juli Das \*Vernichtungslager Majdanek wird von der sowjetischen Armee befreit. Dies ist das einzige \*Vernichtungslager, dessen Gaskammern nicht vor der Einnahme durch die Sowjets von den Deutschen zerstört wurden.

Herbst 1944 Beginn der „Todesmärsche“, auf welchen Hunderttausende Häftlinge aus \*Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern vor der heranrückenden alliierten Front ins Innere des Reiches „evakuiert“ werden. Auf diesen Märschen, deren Ziel andere Konzentra-

1944

tionslager sind bzw. sein sollen, fallen viele Tausende Häftlinge sowohl den unvorstellbaren Strapazen des Weges wie auch den Grausamkeiten der Wachmannschaften und Massenerschießungen zum Opfer. Solche Todesmärsche werden bis zur Kapitulation des Dritten Reiches durch Deutschland getrieben.

- 6.-7. Oktober Häftlingsrevolte des „Sonderkommandos“ in \*Auschwitz-Birkenau: Vor der Niederwerfung gelingt es den Häftlingen, eines der vier Krematorien samt seiner Gaskammer zu zerstören. Die meisten Aufständischen werden exekutiert, nur wenigen gelingt die Flucht in die Freiheit. Diese Erhebung jüdischer Häftlinge war der einzige effektive Versuch zur Zerstörung der Vernichtungsmaschinerie (Greif, Augenzeugenberichte des jüdischen „Sonderkommandos“; Kulka, E., Aufstand der Juden in Auschwitz).
13. Oktober Jüdische \*Mischlinge und in \*Mischehen lebende Juden werden zum geschlossenen Arbeitseinsatz abtransportiert (Walk, Sonderrecht, S. 405, Nr. 518). Zu deren \*Deportation zum Arbeitseinsatz nach \*Theresienstadt noch im Januar 1945 vgl. auch ebda., S. 406, Nr. 523 und 524.
1. November \*Himmler befiehlt, die Vergasung der Juden in \*Auschwitz einzustellen und die Spuren zu verwischen.
26. November \*Himmler ordnet die Zerstörung der Gaskammern und Krematorien in \*Auschwitz an (Czech, Auschwitz-Birkenau, S. 934).

1945

19. Januar Erlaß des \*Reichssicherheitshauptamts: Alle in \*Mischehen lebenden, arbeitsfähigen Juden (ausgenommen ausländische Staatsangehörige), sowie \*Geltungsjuden sind „bis zum 15.2.1945 in Sammeltransporten dem Altersghetto \*Theresienstadt zum geschlossenen Arbeitsdienst zu überstellen“ (Sauer, Dokumente über die Verfolgung, II, S. 383). Diese Sammeltransporte treffen hauptsächlich in den Monaten Februar und März 1945 ein, einzelne auch noch im April (z.B. aus Hamburg am 4. April 1945).
27. Januar \*Auschwitz wird von sowjetischen Truppen befreit; etwa 7.000, meist kranke Lagerinsassen, die den Todesmärschen (vgl. Zeittafel, Herbst 1944) entgangen sind, werden noch vorgefunden (Czech, Auschwitz, S. 994 f.).
2. Mai Befreiung Berlins durch die Rote Armee: Nach Schätzungen überlebten in Berlin 4.700 Juden in \*Mischehen und weitere 1.400, die in den Untergrund gegangen waren. 1.900 Juden kehren aus den \*Vernichtungslagern nach Berlin zurück.

1945

3. Mai Das Ghetto \*Theresienstadt wird, fünf Tage vor der Befreiung durch die Rote Armee, von der \*SS einem Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes übergeben. Seit Ende April waren von der SS Tausende Häftlinge aus \*Konzentrationslagern auf Todesmärschen nach Theresienstadt „evakuiert“ worden, darunter auch zahlreiche aus Deutschland \*deportierte Juden. Viele der bis dahin Überlebenden fallen auch noch nach der Befreiung den durch die Überfüllung des Ghettos ausgebrochenen Seuchen zum Opfer.
- 7.-9. Mai Kapitulation Deutschlands vor den Westalliierten in Reims am 7. Mai und am 9. Mai im sowjetischen Hauptquartier in Berlin. Nach Schätzungen überlebten innerhalb Deutschlands ca. 20.000 Juden, davon etwa 15.000–17.000 ohne unterzutauchen (zumeist in \*Mischehen) und 3.000–5.000 im Untergrund. Etwa 10.000 weitere deutsche Juden überlebten im Ghetto \*Theresienstadt oder anderen \*Konzentrationslagern (EH I, S. 342; EH II, S. 785 f.; EH III, S. 1403 f.).

## A

### **Aber, Felix (1885-1964)**

Geboren in Breslau; studierte von 1919-1923 am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau (vgl. \*Rabbinerseminare); 1924-1938 \*Rabbiner in Bremen; 1938 Auswanderung nach Kanada; 1939 in die USA, wo er ebenfalls als Rabbiner wirkte.

### **Abt, Willy (starb 1946)**

Lehrer, Kantor und Prediger; ab 1903 in Hagen; Vorsitzender der Beerdigungsbrüderschaft \*Chewra Kaddischa und des \*Jüdischen Jugendbundes; 1939 Auswanderung nach Australien.

### **Achduth – Vereinigung gesetzestreuer Juden Deutschlands**

Hebr., Einheit; wurde 1923 von jenen orthodoxen Juden ins Leben gerufen, die der Einheit des Judentums einen höheren Stellenwert beimaßen und deshalb eine Zusammenarbeit mit dem \*Liberalen Judentum unter bestimmten, ihre religiösen Belange sichernden Bedingungen für möglich hielten. Sie lehnten den Austritt aus den in religionsgesetzlichen Fragen (\*Halacha) weitgehend liberalen Gemeinden ab und unterschieden sich darin grundlegend von der \*Austrittsorthodoxie. Einheitsgemeinden mit einer Mehrheit von liberalen Mitgliedern unterhielten für ihre orthodoxen (die damals „konservativ“ genannten) Mitglieder eigene \*Synagogen, rituelle Einrichtungen, Schulen und das notwendige Personal. 1927 entstand zur Vertretung der gemeindepolitischen Ziele die \*Jüdisch-Konservative Vereinigung. Ab 1933 war die in der Achduth organisierte \*Gemeindeorthodoxie in der \*Reichsvertretung sowohl durch die \*Gemeinden, als auch als eigenständige Organisation durch Jacob \*Horowitz repräsentiert. Auch darin unterschied sie sich wesentlich von der Austrittsorthodoxie, die den Beitritt zur Reichsvertretung bis Juli 1938 verweigerte. Nach November 1938 wurde die Achduth, wie fast alle jüdischen Organisationen in Deutschland, aufgelöst und ging in der Reichsvereinigung auf. Dort vertrat Joseph \*Carlebach bis zu seiner Deportation Ende 1941 ihre Interessen. Bibl.: In \*Orthodoxie.

\*Konservativismus

### **Adass Jeschurun**

Hebr., Gemeinde von Jeschurun (= Israel); Name der 1906 gegründeten orthodoxen \*Austrittsgemeinde in Köln. Bibl.: In \*Orthodoxie.

### **Adass Jisroel**

Hebr., Gemeinde Israels; Name der orthodoxen \*Austrittsgemeinden in Berlin (gegr. 1869) und Nürnberg (gegr. 1875). Bibl.: In \*Orthodoxie.

\*Achduth, Vereinigung gesetzestreuer Juden Deutschlands

\*Vertretung der unabhängigen Orthodoxie Deutschlands

### **Adler, Alexander (1884-1958)**

Geboren in Lübeck; zionistischer Funktionär; Vorstandsmitglied des deutschen \*Misrachi; Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland; Mitarbeit im \*Palästina-Amt, Berlin; 1938 Auswanderung nach \*Palästina.

### **Adler, Karl (1890-1973)**

Opernsänger und Musikpädagoge; 1911-1914 Opernsänger am Stuttgarter Hoftheater; 1922-1933 Direktor des Konservatoriums Stuttgart; 1926 Mitbegründer des jüdischen \*Lehrhauses in Stuttgart; 1933-1938 Gründer und Leiter der jüdischen

Kunstgemeinschaft in Stuttgart (\*Kulturbund); 1935-1939 Musikdezernent bei der \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung. Nach vorübergehender Verhaftung im November 1938 war er bis zu seiner Auswanderung 1940 in die USA Leiter der Auswanderungsstelle der \*Reichsvereinigung in Stuttgart.

#### **Adler-Rudel, Salomon (1894-1975)**

Funktionär in der jüdischen \*Wohlfahrtspflege; in Czernowitz geboren; 1930-1934 Leiter der Arbeits- und Berufsfürsorge der jüdischen \*Gemeinde Berlin; 1933-1934 Mitglied des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau; 1934-1936 Geschäftsführer der \*Reichsvertretung und Mitglied im Hauptvorstand der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1936 emigrierte er nach England, wo er bis 1945 im \*Central British Fund for German Jewry arbeitete. 1949 Einwanderung nach Israel; ab 1958 Leiter des Leo Baeck-Instituts in Jerusalem.

#### **Agudas Jisroel**

Hebr., Bund Israels; Weltorganisation des \*orthodoxen Judentums zur Pflege und Vertretung seiner religiösen Interessen, sowohl innerhalb des Judentums als auch gegenüber der nichtjüdischen Gesellschaft; wurde 1912 in Kattowitz gegründet. Ablehnende Haltung gegenüber \*Assimilation einerseits und \*Zionismus andererseits. Seit 1921 eigene Palästina-Zentrale zum Aufbau \*Palästinas im Geiste der \*Tora mit dem Fond \*Keren Hajischuw und dem Fond zur Unterstützung des Torastudiums \*Keren Hatora. Bezeichnend für ihre Sonderstellung innerhalb des deutschen Judentums waren ihre engen Beziehungen zur jüdischen Orthodoxie in Osteuropa. Die Abhängigkeit von den Zentren der jüdischen Gelehrsamkeit in Polen und Litauen in religionsgesetzlichen Fragen (\*Halacha), z.B. in Bezug auf das Schächtverbot in Deutschland seit 1933 (\*Schächten) und die umstrittene Frage der Verlegung des orthodoxen Berliner \*Rabbinerseminars\* nach \*Palästina, dauerte bis 1939, und in gewissem Maße bis zum Beginn der \*Massendeportationen an. Im innerjüdischen Streit zwischen \*Gemeindeorthodoxie (\*Achduth) und \*Austrittsorthodoxie unterstützte die Agudas Jisroel in zunehmendem Maße die letztere. Seit 1934 organisierte sie sich in der \*Vertretung der Unabhängigen jüdischen Orthodoxie Deutschlands, die erst am 13. Juli 1938 in die \*Reichsvertretung eintrat. Sie wurde, wie die meisten jüdischen Organisationen, im November 1938 als eigenständige Organisation aufgelöst. Bibl.: In \*Orthodoxie.

#### **Agudas-Jugend**

Jugendbewegung der \*Agudas Jisroel, auch Noar Agudati genannt, vgl. \*Esra.  
\*Jugendorganisationen, jüdische

#### **Agudas Noschim e.V.**

Hebr., Frauenbund; gegr. 1916; Frauenbund der jüdischen \*Orthodoxie (\*Agudas Jisroel), nicht zu verwechseln mit dem \*Jüdischen Frauenbund des \*liberalen Judentums und dem \*Jüdischen Frauenbund für Palästinaarbeit. Bibl.: Kaplan, Jüdische Frauenbewegung; Thalmann und Koonz, in: Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland.

#### **Alija**

Hebr., Aufsteigen; Bezeichnung für die Rückkehr bzw. Einwanderung von Juden ins Land Israel. Die Alija realisiert das geistige Streben des jüdischen Volkes seit dem babylonischen Exil, ins Land Israel zurückzukehren und wurde in der Neuzeit zum Grundpfeiler des \*Zionismus. Unter der britischen \*Mandatsregierung wurde die Alija, besonders seit dem arabischen Aufstand 1936, durch die beschränkte Erteilung von \*Zertifikaten zunehmend gedrosselt und 1939 praktisch gestoppt.

Infolge der begrenzten legalen Einwanderungsmöglichkeiten und unter dem zunehmenden Druck des NS-Antisemitismus in Deutschland und Osteuropa organisierte sich seit 1936 außerdem eine illegale Zuwanderung ohne Zertifikate, die illegale Alija. Mit der Besetzung anderer europäischer Länder durch das Dritte Reich erreichte sie ein beträchtliches Ausmaß und dauerte noch während der ersten Kriegsjahre und auch nach Beginn der \*Massendeportationen an. Die illegale Alija setzte unmittelbar nach Kriegsende wieder ein und endete erst mit der Gründung des Staates Israel 1948.

Neben der illegalen Alija entstand in Deutschland ab 1933 die Jugend- und Kinder-aliya, die es Jugendlichen ermöglichte, ohne ihre Eltern nach \*Palästina einzuwandern, wo sie hauptsächlich in \*Kibbuzim und Jugenddörfern aufgenommen wurden. Bis zu Kriegsbeginn kamen auf diese Weise über 5.000 Jugendliche nach Palästina (ab 1938 auch aus Österreich und ab 1939 aus der Tschechoslowakei). 15.000 weitere Jugendliche, die keine \*Zertifikate hatten, wurden in andere europäische Länder, vor allem nach England und Holland gebracht.

Insgesamt wanderten laut Angaben der \*Reichsvereinigung vom November 1941 seit der Machtergreifung 53.430 Juden aus Deutschland (in den Grenzen von 1937) nach Palästina ein.

\*Auswanderung

\*Palästina-Amt

\*Ha'avara

### **Alijah**

Name der vom \*Palästina-Amt der \*Jewish Agency in Deutschland herausgegebenen Monatsschrift für Auswanderer nach \*Palästina, erschien ab 1933 und zumindest bis 1936 halbjährlich in Berlin.

\*Alija

\*Presse, jüdische im Dritten Reich

### **Alijat Hanoar/ Alijat Noar**

Hebr., Jugendaliya; im Juli 1933 von Recha \*Freier in Deutschland gegründete, überparteiliche jüdische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der \*Auswanderung jüdischer Jugend nach \*Palästina.

\*Alija

### **Allgemeine Zionisten**

Politische Partei, 1931 im Rahmen der \*Zionistischen Weltorganisation in der \*Diaspora und in \*Palästina gegründet. Sie betrachtete sich als Partei des bürgerlichen liberalen Mittelstandes, befürwortete das Prinzip des wirtschaftlichen Liberalismus und, im Gegensatz zu den im Mandats-Palästina bestehenden, ideologisch orientierten Erziehungsströmungen, ein überparteiliches Erziehungswesen. Nach der Gründung des Staates Israel hatte sie zunächst in der Opposition, ab 1977 in der Regierungskoalition eine zentrale Rolle.

### **Allgemeiner Rabbinerverband in Deutschland**

1896 gegründet; selbsterklärter Zweck (FJGV 1932/33, S. 552): „Hebung des religiösen Sinnes und Lebens in der Judenheit, Wahrung der Ehre des Judentums und der Würde und des Ansehens des Rabbinerstandes, Förderung der Mitglieder in wissenschaftlicher und amtlicher Tätigkeit.“ Um als „Allgemeiner“ Rabbinerverband mit \*Rabbinern der verschiedenen religiösen Richtungen zusammenarbeiten zu können, wurden die umstrittenen religiösen und \*religionsgesetzlichen (\*Halacha) Themen ausgespart und auf andere Organisationen verschoben, z.B. die \*Vereini-

gung der liberalen Rabbiner, den \*Verband orthodoxer Rabbiner Deutschlands oder die \*Vereinigung traditionell gesetzestreuer Rabbiner Deutschlands. Dennoch traten die Vertreter der \*Austrittsgemeinde dem Allgemeinen Rabbinerverband nicht bei. Der Verband arbeitete mit der \*Reichsvertretung zusammen; sein Vorsitzender in der NS-Zeit war Leo \*Baeck. Wie fast alle jüdischen Organisationen wurde er nach der \*Kristallnacht 1938 aufgelöst.

#### **Alterthum, Martin, (1887-1976)**

Jurist, Richter, Funktionär. Bis 1933 Landgerichtsdirektor in Dessau (Sachsen-Anhalt); ab 1925 Vorstandsmitglied und Vizepräsident der Israelitischen \*Religionsgemeinde (IRG) Dessau und Vorstandsmitglied der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Ortsgruppe Dessau; 1933 Berufsverbot; 1934-1938 Vorstandsmitglied und Direktor des Sozialamt IRG Leipzig; Im November 1938 wurde er ins \*KZ Buchenwald gebracht; 1939 emigrierte er nach \*Palästina, war dort u.a. Mitglied im Verwaltungsrat der United Restitution Organization, die die Wiedergutmachungsansprüche der vom NS-Regime verfolgten Juden vertrat.

#### **Altmann, Friedrich (Fritz), (1907-1985)**

Geboren in Berlin, Ingenieur; 1933 entlassen, aktiv in der Berufsberatung der jüdischen Gemeinde Berlin und in der \*Alijat Hanoar, Mitglied der \*Werkleute; 1935 emigrierte er nach \*Palästina; Mitglied des \*Kibbuz Hasorea, wo er den hebräischen Namen Josef Amir annahm.

#### **Altreich**

Nach dem Anschluß Österreichs (\*Ostmark) vielfach verwendete Bezeichnung für Deutschland in den Grenzen von 1937. Zum Begriff „Großdeutsches Reich“ und seine geographische Ausdehnung vgl. ENS, S. 497 f.

#### **Altreu – Allgemeine Treuhandstelle**

\*Ha'avara

#### **Altsoldaten**

\*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

#### **American Jewish Committee**

Ältester jüdischer Wehrverband in den USA; 1906 gegründet zum Schutz der bürgerlichen und religiösen Rechte der Juden in der gesamten Welt. Die Gründung des Verbandes war eine Reaktion auf die Pogrome in Rußland. Die auf oligarchischen Prinzipien aufgebaute Organisation hatte zunächst nur 60 Mitglieder, alle prominente Persönlichkeiten aus der deutsch-jüdischen Elite in Amerika; die Zahl der Mitglieder wurde im Jahre 1931 auf 350 erweitert.

Im Gegensatz zu anderen jüdischen Organisationen, die sich gleich nach der Macht ergreifung an öffentlichen Protesten, insbesondere an der \*Boycottbewegung gegen das Dritte Reich beteiligten, verfolgte das AJC eine Politik der stillen Diplomatie; es verhandelte mit Repräsentanten der Roosevelt-Regierung, dem Völkerbund, dem Vatikan und sogar mit der Reichsregierung selbst. Nach dem Scheitern dieses Weges versuchte das AJC vor allem, Auswanderungsmöglichkeiten aus Deutschland zu schaffen. Als 1943 das Ausmaß der Judenvernichtung bekannt wurde, beteiligte es sich an den öffentlichen Protesten anderer Organisationen und arbeitete mit dem von Roosevelt eingesetzten War Refugee Board zusammen. Seine Ablehnung der Bestrebungen zur Gründung eines jüdischen Staates in der Biltmore-Erklärung von 1942 führte dazu, daß das AJC unter Protest die American Jewish Conference verließ. Bibl.: EJ II, S. 822 ff.; EH I, S. 34 f.



### **American Jewish Congress**

Zusammenschluß verschiedener amerikanisch-jüdischer Organisationen nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ziel, eine Gesamtvertretung der amerikanischen Juden vorzubereiten, wurde unter Führung des \*Rabbiners Stephen S. \*Wise 1928 zu einer der weltweit wichtigsten Organisationen. In den dreißiger Jahren war der American Jewish Congress die treibende Kraft bei der Organisierung des \*Jüdischen Weltkongresses. Im März 1933 veranstaltete er im New Yorker Madison Square Garden eine Großkundgebung gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung. Im Mai desselben Jahres unterstützte er einen Protestmarsch gegen die Bücherverbrennung in Deutschland. Er schloß sich dem Boykott deutscher Waren an und wurde schließlich zur Hauptstütze der \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich. Er versuchte auch, die Regierung zur Lockerung der Einwanderungsbeschränkungen zugunsten jüdischer Flüchtlinge zu bewegen. Im Juli 1942 veranstaltete er in verschiedenen Städten der USA Großkundgebungen, um auf die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden aufmerksam zu machen und die Alliierten Mächte zu ihrer Rettung aufzurufen. Bibl.: EH I, S. 36 f.

### **Anmeldung jüdischer Versammlungen**

\*Überwachung jüdischer Organisationen

### **Apt, Rudolf (1882-1978)**

Metallfachmann und Gemeindefunktionär; geboren in Dresden, Leiter der väterlichen Altmetallfirma; Vorstandsmitglied u.a. der jüdischen \*Gemeinde dort, des Sächsischen Landesvorstandes des \*Centralvereins und dessen Hauptvorstandes im Reich. Er wurde 1938 ins \*Konzentrationslager Buchenwald verschleppt und nach der Enteignung der Firma 1939 nach England ausgewiesen.

### **Arbeitsgemeinschaft der jüdisch liberalen Jugendvereine (Arge)**

Entstand im Jahr 1917 durch Zusammenschluß der verschiedenen Gruppen der 1910 gegründeten „Jugendbewegung – liberale Jugendbünde“. Selbsterklärter Zweck (FJGV 1932/33, S. 533): „Die ‘Arge’ tritt für eine lebendige Entwicklung und eine dem modernen Kulturempfinden gemäße Gestaltung des religiösen Erbgutes ein. [...] Die ‘Arge’ bejaht die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur deutschen Kultur- und Volksgemeinschaft. Sie lehnt daher nationaljüdische Bestrebungen jeder Art mit Entschiedenheit ab.“ Als religiöser Jugendbund des \*liberalen Judentums versuchte die Arge die Beschäftigung der Jugend mit den Quellen und der Geschichte des Judentums zu forcieren, wozu u.a. eigene religiöse Feiern und Jugendgottesdienste veranstaltet wurden. Hauptsitz: Frankfurt/Main; im Jahr 1932/33 800 Mitglieder. Wie fast alle jüdischen Jugendorganisationen arbeitete sie auch unter dem NS-Regime weiter und wurde vermutlich im November 1938 aufgelöst. Bibl.: Philo, S. 351; FJGV 1932/33, S. 533; JL III, S. 482.

### **Arbeitsnachweise, jüdische**

Die organisierte jüdische Arbeitsvermittlung entstand in Deutschland Ende des vorigen Jahrhunderts. Sie entwickelte sich aus dem Gedanken, daß die Beschaffung von Arbeit für mittellose und hilfsbedürftige Menschen die beste und wirksamste Hilfeleistung sei. So gründeten die \*Bne Brith 1895 in Berlin den ersten Verein für Arbeitsnachweise, der von der Jüdischen \*Gemeinde unterstützt wurde. Das ursprüngliche Ziel war die berufliche Eingliederung von \*ostjüdischen Einwanderern und von körperlich behinderten jüdischen Arbeitnehmern, sowie die Vermittlung „sabbatfreier“ Arbeitsplätze. Die Vereine arbeiteten im Laufe der Jahre mit den jüdischen Frauen- und Jugendverbänden zusammen. Daraus entstand 1925 die überregionale „Vereinigte Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise“, die sich nun

auch den Problemen der beruflichen \*Umschichtung und der Lehrstellenvermittlung widmete. Infolge der fortschreitenden beruflichen Ausgrenzung der Juden seit der Machtergreifung weiteten die jüdischen Arbeitsnachweise ihre Arbeit von bisher hauptsächlich sozial schwachen Gruppen auf die gesamte jüdische Gemeinschaft aus.

Am 1. Juli 1934 wurde die „Vereinigte Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise“ unter Leitung von Paul \*Eppstein in die \*Reichsvertretung eingegliedert. Eine der bedeutendsten Initiativen der Arbeitsnachweise in der neu entstandenen Situation war der Versuch, durch die Erfassung aller Industrie-, Handwerks- und Handelsbetriebe in jüdischem Besitz einen „gemeinsamen jüdischen Arbeitsmarkt“ zu schaffen. Im Rahmen der allgemeinen Zentralisierung der Arbeitsvermittlung wurden die eigenständigen jüdischen Arbeitsnachweise am 1. Juli 1937 abgeschafft. Deren Aufgaben wurden danach, trotz der Verschärfung der \*Arisierung im selben Jahr, von anderen Abteilungen der Reichsvertretung im Zusammenhang mit der Vorbereitung zur \*Auswanderung übernommen. Bibl.: JL, „Arbeitsnachweise“; Eppstein, Vierzig Jahre jüdische Arbeitsvermittlung; Prochownik, Jüdische Arbeitsvermittlung; Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe, S. 129-133; Barkai, Boykott.

### **Arier, arisch**

Bedeutete ursprünglich die Zugehörigkeit zu einer bestimmtem indogermanischen Sprachfamilie. In der Rassenforschung vor der NS-Zeit wurde der Begriff bereits als Bezeichnung für die sogenannten indogermanischen bzw. nordischen Stämme verwendet; in der NS-Rassenlehre und Gesetzgebung dann jedoch als Sammelbegriff für „deutsches und artverwandtes Blut“, v.a. im Gegensatz zu „jüdisch“ bzw. „jüdischer Abstammung“. Bereits seit dem 19. Jahrhundert und verstärkt in der NS-Ideologie, rechtfertigte der Gegensatz *arisch–semitisch* auch Tendenzen zur Entfernung angeblich nichtarischer Bestandteile aus Kultur, Kunst und Religion. Eine besondere Rolle spielte dieser Gegensatz im Widerstand der Kirchen gegen den Versuch der Nationalsozialisten, das Christentum von „nichtarischen“ Bestandteilen (vor allem dem Alten Testament und der jüdischen Herkunft Christi) zu reinigen.

\*Nichtarier

\*Nürnberger Gesetze

\*Kirchen und NS-Judenpolitik

### **Ariergesetzgebung**

Durch die Ariergesetzgebung wurde die „arische Abstammung“ zur wichtigsten Voraussetzung für die Gewährung bürgerlicher Rechte und besonders für die Beamtentätigkeit in Staat und öffentlichen Körperschaften. Ausnahmeregelungen gab es anfangs für Beamte, Behördenangestellte, Rechtsanwälte, etc., die im Ersten Weltkrieg als \*Frontkämpfer gedient hatten oder deren Väter, Söhne oder Ehemänner gefallen waren, bzw. für Personen, die sich bereits am 1. August 1914 „in Anstellung oder Beruf befanden“.

Die Ariergesetzgebung begann mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (vgl. Zeittafel), das im sogenannten Arierparagraph die Zugehörigkeit zum Judentum aufgrund rassischer Abstammung definierte; er wurde zur Grundlage für die gesamte weitere Gesetzgebung. Die endgültige Definition der Rassenzugehörigkeit wurde in den Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935 verkündet und diente in der Folge als Grundlage für alle Maßnahmen der „Judenpolitik“ des Dritten Reiches, einschließlich der Massendeporta-

tionen und -vernichtung. Der Rechtsbegriff „Nichtarier“ wurde in der Ersten Verordnung zu den Nürnberger Gesetzen durch „Jude“ ersetzt (vgl. Zeittafel, 14. November 1935). Bibl.: Adam, Judenpolitik; Blau, Ausnahmerecht; Walk, Sonderrecht.

\*Arisierung

\*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit

### **Arierparagraph**

Der Arierparagraph tauchte im Dritten Reich erstmals bei der Formulierung des ersten antijüdischen Gesetzes vom 7. April 1933 und der ersten Durchführungsverordnung vom 11. April 1933 (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums, vgl. Zeittafel) auf. Im öffentlichen Dienst durfte danach nur beschäftigt werden, wer arischer Abstammung war, wer also weder einen „nichtarischen“ Elternteil noch Großeltern­teil hatte. Die Anwendung des Arierparagraphen wurde auf fast alle Gebiete, insbesondere das politische, kulturelle und wissenschaftliche Leben, ausgedehnt. Vgl. GLDR, S. 38-39. Bibl.: Adam, Judenpolitik; Walk, Sonderrecht.

\*Ariergesetzgebung

\*Arisierung

\*Nürnberger Gesetze

### **Arisierung und jüdischer Kampf um wirtschaftliche Weiterexistenz**

Arisierung war die NS-Bezeichnung für die Überführung jüdischen Besitzes in „arische“ Hände zur „Entjudung der Wirtschaft“. Es gab kein formelles Arisierungsgesetz, doch waren die Juden durch den wachsenden politischen und gesellschaftlichen Druck (v.a. durch den antijüdischen \*Boycott) und durch die Anwendung der \*Ariergesetzgebung im wirtschaftlichen Bereich oft gezwungen, ihren Besitz zu verkaufen. Besonders in den ersten Jahren nach der Machtergreifung kam es zuweilen aber auch zu Scheinarisierungen, in denen der jüdische Eigentümer seinem arischen Teilhaber formal den Besitz überschrieb, um dadurch Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Diese „Tarnung jüdischer Geschäfte“ wurde von der \*Gestapo und dem \*SD heftig kritisiert und bekämpft. Trotz aller Verfolgungsmaßnahmen blieben den Juden nach der Entfernung aus dem öffentlichen Leben in den ersten Jahren nach der Machtergreifung, v.a. aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Rücksichten, noch verschiedene Betätigungsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich. Die vermutlich wirksamste Maßnahme im jüdischen Kampf um wirtschaftliche Weiterexistenz bestand in der Schaffung eines gemeinsamen jüdischen Marktes. Im Zuge dessen bemühte man sich v.a. um die Beschäftigung jüdischer Arbeitnehmer in jüdischen Firmen, sowie die Werbung um jüdische Kunden in der jüdischen \*Presse (vgl. Barkai, Boycott, Kap. II, S. 7). Die schrittweise vorangetriebene Arisierung verschärfte sich jedoch in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 und gipfelte unmittelbar nach der \*Kristallnacht in dem Gesetz zur „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November 1938 (vgl. Zeittafel). Bibl.: Barkai, Boycott; Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg; Genschel, Verdrängung, S. 134-136; Köhrer, Entziehung; Wagner, Überführung jüdischer Betriebe.

### **Arlosoroff, Chajim (Viktor) (1899-1933)**

Geboren in Rußland, 1933 in \*Palästina ermordet; zionistischer Arbeiterführer, in Deutschland erzogen; Mitglied der Arbeiterpartei Palästinas (Mapai); seit 1931 Mitglied der zionistischen Exekutive im außenpolitischen Referat. Führende Persönlichkeit in der \*zionistischen Weltorganisation. Während seiner Deutschlandreise nach der Machtergreifung beteiligte er sich an den Verhandlungen zum Trans-

fer (\*Ha'avara) des Vermögens jüdischer Emigranten aus Deutschland nach Palästina. Seine Ermordung ist bis heute nicht restlos aufgeklärt; die Arbeiterpartei beschuldigte die \*Revisionisten, dafür verantwortlich zu sein; vgl. auch \*Staatszionistische Organisation.

### **Ärzte, jüdische**

Die Diskriminierung jüdischer Ärzte begann bereits im April 1933. Auf Grundlage des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (vgl. Zeittafel 7. April 1933) wurden die Tätigkeit \*nichtarischer Ärzte bei den Krankenkassen für beendet und Neuzulassungen für unzulässig erklärt (vgl. Zeittafel 22. April 1933). Ausnahmen gab es – wie bei den Beamten – vorerst für \*Frontkämpfer. Trotz der intensiven Propaganda für den \*Boykott jüdischer Ärzte deuten zahlreiche Lageberichte, sowie mehrere Verordnungen in den folgenden Jahren (z.B. Zeittafel, 17. Mai 1934; 13. Februar 1935) darauf hin, daß die Verhältnisse bis zu den \*Nürnberger Gesetzen (2. Durchführungsverordnung vom 21. Dezember 1935, vgl. Zeittafel) keine für die Behörden befriedigende Lösung erfahren hatten. Am 13. Dezember 1935 legte die Reichsärzteordnung fest, Ärzten die Approbation zu versagen, wenn der Anwärter wegen seiner oder seines Ehegatten Abstammung nicht Beamter werden könne. Dies gelte so lange, wie der Anteil nichtdeutschblütiger Ärzte den Anteil der Nichtdeutschblütigen an der Gesamtzahl der Bevölkerung übersteige. Die zweite Verordnung zum Reichsbürgergesetz am 21. Dezember 1935 bestimmte, daß jüdische Ärzte an öffentlichen Krankenanstalten und Vertrauensärzte bis zum 31. März 1936 auszuschneiden hatten. Die vierte Verordnung zu demselben Gesetz, vom 25. Juli 1938 (vgl. Zeittafel), legte schließlich fest, daß die Approbationen jüdischer Ärzte mit dem 30. September 1938 erlöschen sollten, und diese – unter der Bezeichnung „Krankenbehandler“ – nur mehr ihre engsten Familienmitglieder, sowie Juden behandeln durften. Bibl.: Kudlien, Ärzte im Nationalsozialismus; Ostrowski, Vom Schicksal jüdischer Ärzte.

### **Aschkenas**

Bezeichnung für Deutschland in der rabbinischen Literatur seit dem Mittelalter; später werden, im Gegensatz zu den Juden spanisch-portugiesischer bzw. orientalischer Herkunft (\*Sefardim), die aus Mittel- und Osteuropa stammenden Juden Aschkenasim genannt. Sie bewahrten ihren besonderen Gebetsritus, in Osteuropa die \*jiddische Sprache, und eine eigene, aschkenasische Aussprache des \*Hebräischen. In den Lageberichten erscheinen verschiedene hebräische Wörter, vor allem Namen traditioneller Einrichtungen, nicht selten in dieser aschkenasischen Aussprache, wenngleich sie manchmal fehlerhaft wiedergegeben werden.

### **Assimilanten**

Sammelbezeichnung für einzelne Juden und jüdische Organisationen, die nationaljüdischen Tendenzen entgegentraten. Die wichtigsten Organisationen waren der \*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und, radikaler, wenn auch zahlenmäßig weniger bedeutend, der \*Deutsche Vortrupp, das \*Schwarze Fähnlein und der \*Verband nationaldeutscher Juden. Assimilanten wurden im NS-Sprachgebrauch auch häufig als „Deutschjuden“, „deutsch-jüdische“ Juden oder „deutschbewußtes Judentum“ bezeichnet. (Zur Haltung des Regimes gegenüber den Assimilanten vgl. \*Assimilation.)

### **Assimilation**

Bezeichnet in der jüdischen Geschichte verschiedener Länder und Epochen die intensive Aneignung der vorherrschenden kulturellen und gesellschaftlichen Le-

bensformen. Ihre Gegner, besonders die \*Zionisten und die jüdische \*Orthodoxie, befürchteten, daß die Assimilation in ihrer letzten Konsequenz zur völligen Aufgabe der jüdischen Identität führen würde.

Im Dritten Reich, insbesondere in den Lageberichten der \*Gestapo und des \*SD, wurde der Begriff „Assimilation“ bzw. „Assimilations-Bestrebungen“ als Bezeichnung für die Tätigkeit jener jüdischen Organisationen verwendet, die die Juden zum Verbleiben in Deutschland ermutigten. Da dies den Intentionen des Regimes widersprach, schränkte es die Aktivitäten der \*Assimilanten ein, wohingegen die Arbeit der Zionisten nicht behindert wurde. Soweit ihre Aktivitäten der \*Auswanderung dienten, fanden die Zionisten sogar vielfach Unterstützung beim Regime.

#### **Augapfel, Julius (1892-1944)**

\*Rabbiner; geboren in Polen, Studium in Wien; ab 1914 Rabbiner in Salzburg; im Ersten Weltkrieg Feldrabbiner; danach Bibliothekar für orientalische Sprachen an der Universität in Wien; 1926-1939 Rabbiner in Insterburg/Ostpreußen; emigrierte nach Holland. Er war 1940-1944 im \*KZ Westerbork, wurde dann über \*Theresienstadt nach \*Auschwitz deportiert, wo er umkam.

#### **Auschwitz-Birkenau**

\*Konzentrations- und Vernichtungslager

\*Endlösung

#### **Austrittsgemeinde**

Besonders streng orthodoxe Abspaltung von der gesamtjüdischen Einheitsgemeinde; auch „Trennungs-“ oder „Separatorthodoxie“ genannt. Nach dem preußischen Gesetz von 1847 durften die Juden an jedem Ort nur eine einzige jüdische \*Gemeinde gründen, in der alle Juden des betreffenden Ortes Mitglieder sein mußten. Infolge der sich ausbreitenden \*Reformbewegung im 19. Jh. bemühten sich die \*Orthodoxen jahrelang um das Recht auf die Bildung selbständiger orthodoxer Gemeinden. Dies wurde ihnen 1876 in Preußen gesetzlich zugestanden. Austrittsgemeinden bestanden 1933 in Berlin unter dem Namen \*Adass Jisroel, in Frankfurt/M. und Wiesbaden als Israelitische Religionsgesellschaft, in Köln als \*Adass Jeschurun. Die Austrittsgemeinden blieben auch nach 1933 außerhalb der \*Reichsvertretung. Ihre Verbände schlossen sich 1934 zur \*Vertretung der unabhängigen jüdischen Orthodoxie Deutschlands zusammen und traten erst am 13. Juli 1938 der Reichsvertretung bei. Sie behielten ihren gesetzlich gewährten, separaten Status bis zur Aufhebung der Rechtsstellung jüdischer Gemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts am 28. März 1938 (vgl. Zeittafel und \*Gemeinde). Durch die Neufassung des Gemeindegesetzes vom 30. Januar 1939 (vgl. Zeittafel), mit der alle Juden gezwungen wurden, wieder Mitglieder der jeweiligen örtlichen Kultusgemeinde zu sein, gingen die Austrittsgemeinden, wie alle jüdischen Gemeinden und Organisationen, in die Anfang Februar 1938 gegründete \*Reichsvereinigung ein (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 120 A). Bibl.: In \*Orthodoxie.

#### **Austrittsorthodoxie**

\*Austrittsgemeinde

#### **Auswanderung**

Bis zum Beginn der \*Massendeportationen und der \*Endlösung war neben gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Ausgrenzung die Auswanderung der Juden bzw. ihre Vertreibung aus Deutschland das Grundziel der NS-Judenpolitik. Nach Angaben der \*Reichsvereinigung vom November 1941 (vgl. SKH Nr. 3997-3999) emigrierten zwischen der Machtergreifung und dem offiziellen Verbot der

Auswanderung Ende Oktober 1941 (vgl. Zeittafel, 1. und 23. Oktober 1941) ca. 363.000 \*Geltungsjuden aus Deutschland; von ihnen wanderten 153.767 in europäische Länder aus (zu ihnen werden auch die 17.000 zwischen Kriegsbeginn und dem Anfang der systematischen \*Deportationen im Herbst 1941 nach Frankreich und in die Ghettos in Polen Deportierten gezählt). Juden, die in europäische Länder emigrierten, welche später vom Dritten Reich erobert wurden, fielen in ihrer Mehrzahl der „\*Endlösung“ zum Opfer. 57.189 Juden wanderten nach Nordamerika aus, 53.472 nach Südamerika, 53.430 nach \*Palästina, 16.374 in andere asiatische Länder, 14.760 nach Afrika, 9.728 nach Mittelamerika und 4.015 nach Australien. Nach derselben Quelle der Reichsvereinigung betrug die Gesamtzahl der Auswanderer 1933: 63.400, 1934: 45.000, 1935: 35.500, 1936: 34.000, 1937: 23.500, 1938: 49.000, 1939: 68.000, 1940: 20.996, 1941 (bis 1. Oktober): 5.787 Juden.

Die erste große Auswanderungswelle erfolgte 1933 nach der Machtergreifung. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre verschärfen sich die Einwanderungsbeschränkungen zunächst in dem wichtigsten Einwanderungsland Palästina (vgl. \*Zertifikate), dann in fast allen Ländern Europas und in Amerika. Angesichts der \*Kristallnacht und der drastischen Verschärfung der Situation der Juden lockerten einige westliche Länder die allgemeinen Einwanderungsbeschränkungen, öffneten ihre Tore besonders jüdischen Kindern und Jugendlichen aus Deutschland (sog. Kinderverschickungen nach England und Holland) und ermöglichten die zweite Auswanderungswelle in den Jahren 1938/39. In manchen Fällen konnten die älteren Familienangehörigen später ins Auswanderungsland nachgeholt werden; viele waren jedoch dazu verurteilt, in Deutschland zu bleiben.

Für Wohlhabende standen, unter anderem im Rahmen der \*Ha'avara, mehr Möglichkeiten zur Einzelauswanderung offen als für Minderbemittelte, welche auf die Unterstützung der jüdischen \*Auswanderungsorganisationen angewiesen waren. Der Großteil der Auswanderer war zwischen 20 und 45 Jahren alt. Die Auswanderung der Jugendlichen nach Palästina wurde im Rahmen der \*Jugendaliya organisiert. Für jüdische Auswanderung in Länder außerhalb Palästinas sorgte der \*Hilfsverein der deutschen Juden, für die \*Alija das \*Palästina-Amt und für die \*Rückauswanderung die \*Hauptstelle für Wanderungsfürsorge bei der \*Reichsvertretung. Bibl.: Kulka, „Jewish Question“, Bd. II, Dok. 56-59; Strauss, Jewish Emigration; Margaliot, Emigration – Planung und Wirklichkeit; Wetzel, Auswanderung; Zariz, Escape before the Holocaust, 1938-1941; dies., Officially Approved Emigration; zur Auswanderungspolitik des NS-Regimes: Burrin, Hitler; Heim, „Deutschland muß ihnen ein Land...“; Wildt, Die Judenpolitik des SD. Vgl. auch „Exil und Emigration aus Deutschland nach 1933“, EH, I, S. 427-431 und „Flüchtlinge“, ebda., S. 464-470.

#### **Auswanderungsorganisationen**

- \*Hauptstelle für Wanderungsfürsorge bei der Reichsvertretung
- \*Hilfsverein der Juden in Deutschland
- \*Palästina-Amt
- \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung

## **B**

### **Bab, Julius (1880-1955)**

in Berlin geboren; Schriftsteller und Dramaturg; 1901-1933 Theaterkritiker, 1933 Mitbegründer des \*Kulturbund deutscher Juden; 1940 Auswanderung über Frankreich in die USA, dort schriftstellerisch tätig.

### **Badeverbote in öffentlichen Schwimmbädern**

Ähnlich den lokalen Initiativen zur Beschränkung der Juden in international besuchten Bädern und \*Kurorten erließen zahlreiche örtliche Behörden im ganzen Reich ab Sommer 1933 Anordnungen, um die Juden an der Benützung öffentlicher Schwimmbäder und Badestrände zu hindern (vgl. Zeittafel August 1933). Es kam zu antijüdischen Ausschreitungen; in vielen Orten wurden antijüdische \*Schilder aufgestellt. Dabei dominierte meist die sexuell gefärbte rassistische Hetze (\*Rassenschande). Anders als bei den internationalen Bädern wurden diese Initiativen nur dann beschränkt, wenn das Regime gegen überhandnehmende \*Einzelaktionen vorgehen wollte. Bibl.: Schwarzbuch, S. 460 f., S. 468-470.

#### **Baek, Leo (1873-1956)**

\*Rabbiner, 1873 in Lissa (Posen) geboren; Studium am jüdisch-theologischen Seminar, an der Universität Breslau, der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums und der Universität Berlin; 1897-1907 \*Reform-Rabbiner in Oppeln, 1907-1912 in Düsseldorf und ab 1912 in Berlin; 1913-1942 Dozent an der Jüdischen Hochschule in Berlin; 1925-1937 Großpräsident des Unabhängigen Ordens \*Bne Brith; ab 1922 Vorsitzender des \*Allgemeinen Rabbinerverbandes in Deutschland; Vorstandsmitglied der \*Vereinigung für das liberale Judentum; 1932-1943 Präsident der \*Reichsvertretung der deutschen Juden und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Baek wurde im Herbst 1935 vorübergehend wegen seines \*Kol Nidre-Gebetes am \*Jom Kippur verhaftet, welches die \*Gestapo als Herausforderung des NS-Regimes betrachtete. Gleichwohl war er sowohl vom Regime als auch von den Juden als geistig einende Figur anerkannt, die das gesamte deutsche Judentum repräsentierte. Am 27. Januar 1943 wurde er nach \*Theresienstadt deportiert; nach seiner Befreiung lebte er in London und starb dort 1956. Bibl.: Baker, Days of Sorrow and Pain. Leo Baek; Barkai, Leo Baek; Kulka, Deutsches Judentum I; Meyer M., The Thought of Leo Baek; ders., Jewish Political Leadership in Nazi Germany.

#### **Baerwald, Eduard (1876-1934)**

Jurist; ab 1896 in der jüdischen \*Gemeinde Frankfurt/M. tätig, 1932-1933 in ihrem Vorstand. Mitglied im Rat der \*Jewish Colonization Association und 1925-1930 im Rat des Preußischen \*Landesverbandes Jüdischer Gemeinden.

#### **Baerwald, Leo (1883-1970)**

\*Rabbiner; 1911-1918 Hilfsrabbiner in München; 1914-1917 Feldrabbiner im Ersten Weltkrieg; 1918-1940 Rabbiner an der \*liberalen Hauptsynagoge der Jüdischen \*Gemeinde München; 1940 ausgewandert in die USA, dort Rabbiner einer deutsch-jüdischen Gemeinde.

#### **Balfourdeklaration**

Am 2. November 1917 im Namen der englischen Regierung abgegebene Erklärung des Außenministers Arthur James Balfour zugunsten der Errichtung des jüdischen National-Heims in \*Palästina; sie wurde in das Palästina-Mandat aufgenommen und dadurch völkerrechtlich anerkannt. Bibl.: Stein, The Balfour Declaration.

\*Baseler Programm

\*Weizmann, Chaim

\*Zionismus

#### **Ballin, Albert (1857-1918)**

Jüdischer Schiffsmagnat und Politiker, unter dessen Führung die Hapag (Hamburg-Amerika Linie) zu einer bedeutenden Schifffahrtsgesellschaft wurde. Während des

Ersten Weltkriegs unternahm er die Organisation von Lebensmitteln für das blockierte Reich und war Berater des Kaisers in wirtschaftlichen Fragen. 1918 wurde er mit Verhandlungen und Vorbereitungen zu einem Waffenstillstand betraut. Als Kaiser Wilhelm II. mit Ausbruch der Revolution Deutschland verließ (9.11.1918), beging Ballin Selbstmord.

Ähnlich dem Gedenken an die gefallenen jüdischen \*Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs und an die historischen Verdienste Walter \*Rathenaus diente seine Person auch noch in den ersten Jahren des Dritten Reiches als vorbildliches Beispiel deutsch-jüdischer Identität und gelebten Patriotismus. Bibl.: Cecil, Ballin; Zechlin, Deutsche Politik.

#### **Bamberger, Fritz (1902-1984)**

Pädagoge und Schriftsteller; studierte 1920-1923 an der Universität Berlin und der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums, wo er ab 1933 als Philosophiedozent angestellt war, nachdem er 1926-1933 einer der Forscher der Akademie für die Wissenschaft des Judentums in Berlin gewesen war; 1934-1938 Leiter der jüdischen Lehrerbildungsanstalt in Berlin, pädagogischer Leiter in der Schulverwaltung der jüdischen Gemeinde und Leiter des dortigen \*Lehrhauses. Bamberger wanderte 1939 in die USA aus.

#### **Bar-Kochba**

Einer der ältesten jüdischer Studenten- und Sportvereine (genannt nach dem Führer des letzten großen Aufstands der Juden in Palästina gegen die Römer 132-135 n. Chr.), 1898 gegründet, im \*Makkabi-Weltverband zusammengefaßt. 1928 ca. 2.000 Mitglieder. Unter dem NS-Regime wirkte der \*Makkabi-Kreis zusammen mit anderen jüdischen \*Sportvereinen in dem 1934 errichteten \*Reichsausschuß jüdischer Sportverbände bis zu seiner Auflösung 1938.

#### **Baseler Programm**

Das auf dem ersten Zionisten-Kongress in Basel (Ende August 1897) angenommene Programm, das den zentralen ersten Satz enthielt: „Der \*Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in \*Palästina.“ Das Baseler Programm wurde die gemeinsame Plattform aller in der \*Zionistischen Weltorganisation organisierten Gruppen.

\*Balfourdeklaration

\*Weizmann, Chaim

#### **Bauer, Fritz Max (1903-1968)**

Deutsch-jüdischer Politiker; \*Rechtsanwalt; Amtsrichter in Stuttgart, aktives Mitglied der SPD; 1933-1936 im \*KZ Heuberg; 1936 Auswanderung nach Dänemark; 1943 nach Schweden; 1945 nach Dänemark, 1949 Rückkehr nach Deutschland. Bauer trieb die Verfolgung von NS-Verbrechern voran und war Generalstaatsanwalt in den drei Frankfurter Auschwitzprozessen 1963-1966. Er war vermutlich an der Aufspürung \*Eichmanns beteiligt, die es ermöglichte, diesen in Jerusalem vor Gericht zu stellen.

#### **Baum-Gruppe**

\*Baum, Herbert

#### **Baum, Herbert (1912-1942)**

Elektriker, Gründer der „Baum-Gruppe“, einer jüdisch-kommunistischen Widerstandsgruppe. Ihre bedeutendste Aktion war ein Brandanschlag auf die von \*Goebbels veranstaltete antisowjetische Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 18. Mai 1942 in Berlin, vgl. ◀640▶. Nach seiner Verhaftung starb Baum an den Folgen



der Folter durch die \*Gestapo; Angaben der Staatsanwaltschaft zufolge soll er sich das Leben genommen haben. Das NS-Regime reagierte auf den Anschlag mit scharfen Vergeltungsmaßnahmen gegen das deutsche Judentum allgemein, besonders gegen die Mitarbeiter der \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland: 500 Juden wurden verhaftet, 250 von ihnen hingerichtet und die übrigen in einem „Straftransport“ „nach dem Osten“ deportiert. Fälschlicherweise wurden die Mitglieder der Gruppe zunächst auch des Attentats an \*Heydrich am 27. Mai 1942 (vgl. Zeittafel) beschuldigt. Bibl.: Wippermann, Die Berliner Gruppe Baum; Kwiet/Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand; Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung.

\*Kommunismus und Juden

### **Bayerisches Israelitisches Gemeindeblatt**

1924 gegründete, zweiwöchentlich erscheinende Zeitung, die das Organ des Verbandes Bayerischer Israelitischer \*Gemeinden ablöste und gleichzeitig das offizielle Blatt der Gemeinden München, Augsburg und Bamberg war. In den dreißiger Jahren war Ludwig Feuchtwanger Herausgeber; er verfolgte einen konservativen Mittelkurs. 1935 betrug die Auflage des Gemeindeblattes 4.500 Exemplare; es wurde nach der \*Kristallnacht im November 1938 verboten.

\*Presse, jüdische im Dritten Reich

### **BDM – Bund Deutscher Mädel**

\*Hitlerjugend

### **Behrend(t), Ernst (1884-1944)**

Geboren 1884 in Bromberg (Posen); Bezirkssekretär des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Oberschlesien; ab 1919 Vorstandsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei; ab 1923 Mitglied im Hauptvorstand des \*CV; 1937 Leiter der Auswanderungsabteilung des \*Hilfsvereins der deutschen Juden; 1943 \*Deportation nach \*Theresienstadt, von dort nach \*Auschwitz, wo er 1944 umkam.

### **Beirat der Reichsvertretung der deutschen Juden**

Der Beirat war das breite parlamentarische Gremium der \*Reichsvertretung, dem Repräsentanten aller Schichten und Gruppen des deutschen Judentums angehörten. Bei der Gründung der „neuen Reichsvertretung“ am 17. September 1933 wurde seine Einrichtung beschlossen, er trat jedoch erst im Februar 1934 zusammen und wurde im August 1936 durch den \*Rat der Reichsvertretung ersetzt. Sein Kern bestand zunächst aus den Mitgliedern der „alten Reichsvertretung“. Der Beirat wurde in unregelmäßigen Abständen zusammengerufen; zu seinen Hauptbefugnissen gehörte die Bestätigung der Politik des \*Präsidialausschusses in grundsätzlichen Fragen, die Annahme von Änderungsvorschlägen zur Zusammensetzung des Präsidialausschusses und die Bildung von neuen Ausschüssen der Reichsvertretung.

### **Bekennende Kirche/Bekennniskirche/Bekennntnisfront**

\*Kirchen und NS-Judenpolitik

### **Belzec (Vernichtungslager)**

\*Endlösung

### **Berliner, Cora (1890-1942)**

Soziologin und jüdische Vereinsfunktionärin; 1916 Promotion in Soziologie und Politischer Wissenschaft; 1916-1919 Stadtverordnete in Berlin-Schöneberg; 1922-1924 Vorsitzende des \*Verbandes jüdischer Jugendvereine Deutschlands; 1919-1933 im Reichswirtschaftsministerium und im Reichsamt für Statistik tätig; 1930-1933 Regierungsrätin; Prof. für Wirtschaftswissenschaft an der Technischen Hochschule in Berlin; 1932-1937 im \*Jüdischen Frauenbund tätig, 1934-1937 als dessen Vize-

präsidentin; 1933-1942 Vorstandsmitglied der \*Reichsvertretung der deutschen Juden und danach der Reichsvereinigung; wurde 1942 mit einem der Straftransporte in Folge der Festnahme der \*Baum-Gruppe „in den Osten“ deportiert. Bibl.: Hildesheimer, Cora Berliner.

### **Bernheim-Petition**

Wurde vom \*Comité des Délégations Juives am 17. Mai 1933 beim Völkerbund eingereicht. Sie forderte die Anwendung des deutsch-polnischen Abkommens zum \*Minderheitenschutz in Oberschlesien von 1922, das infolge der antijüdischen NS-Gesetzgebung verletzt worden war, auch zugunsten der Juden. Diese Aktion basierte auf der Petition des oberschlesischen Juden Franz Bernheim. Hitlers Regierung erkannte die Gültigkeit des Abkommens an. Demzufolge waren die oberschlesischen Juden bis zum Ablauf des Abkommens im Mai 1937 von der Judendiskriminierung ausgenommen. Bis dahin dauerten ähnliche Beschwerden der Juden Oberschlesiens an; vgl. ¶704. Bibl.: Feinberg, Jewish Political Activities; Weissmann, Durchsetzung der jüdischen Minderheitsrechte in Oberschlesien; EH I, S. 208 f.

\*Minderheitenschutz

### **Berufsumschichtung**

\*Umschichtung

### **Betar**

Hebr., Kurzwort für „Brit (Bund) Josef \*Trumpeldor“; der Betar wurde 1925 von \*Jabotinsky als Jugendorganisation der \*Zionisten-Revisionisten gegründet; 1933 verließen die Zionisten-Revisionisten die \*Zionistische Weltorganisation und schufen die \*Neue Zionistische Organisation. Da Jabotinsky und seine Bewegung im Ausland offen und scharf gegen das Dritte Reich auftraten (z.B. in der \*Boycottbewegung gegen das Dritte Reich), mußte die Neue Zionistische Organisation in Deutschland den Namen „\*Staatszionistische Organisation“ annehmen und sich zusammen mit ihrer Jugendorganisation Betar von der Weltorganisation der Jabotinsky-Bewegung trennen. Der Betar änderte seinen Namen in Deutschland in „Jüdisch-nationale Jugend Herzlia“ (nach Theodor \*Herzl).

### **Bialik, Chajim Nachman (1873-1934)**

Einer der bedeutendsten neuhebräischen Dichter; lebte bis 1921 in Odessa und später in Tel Aviv. Außer Gedichten und Volksliedern (teils auf Jiddisch) schrieb er auch Essays und Erzählungen. Er verfaßte wissenschaftliche Studien, Übersetzungen, Editionen und Anthologien (aus biblischen und talmudischen Quellen). Seine Person und seine Werke bekamen im jüdischen Kulturleben und \*Schulwesen unter der NS-Herrschaft – auch außerhalb der zionistischen Vereine – eine besondere Bedeutung. Bibl.: Simon, Bialik.

### **Bikkur Cholim**

Hebr., Krankenbesuch, auch Krankenpflege; gehört zu den religiösen Pflichten der Nächstenliebe; dazu gab es in den meisten Gemeinden besondere Krankenhilfsvereine bzw. die Kranken- und Beerdigungsbrüderschaften der \*Chewra Kadischa. Im Jahr 1933 bestanden in den meisten Gemeinden Dutzende solcher voluntärer Vereine, deren Bedeutung in den folgenden Jahren mit der zunehmenden Not und Überalterung der jüdischen Gemeinden wuchs. Sie arbeiteten parallel zu den Einrichtungen der \*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Vgl. FJGV, S. 496.

### **Binnenwanderung**

Neben der verstärkten \*Auswanderung gab es seit der Machtergreifung auch eine intensive Binnenwanderung der jüdischen Bevölkerung, vor allem von kleineren

Gemeinden in die großen Städte (seltener in umgekehrte Richtung,); dort standen die verschiedenen gesellschaftlichen und sozialen Institutionen der jüdischen \*Gemeinden zur Verfügung, auf die man wegen der wachsenden Ausgrenzung immer mehr angewiesen war. Dabei bot die Anonymität der Großstadt – bis zur \*Kennzeichnung durch den Judenstern im September 1941 – eine zeitweilige Zuflucht vor dem gesellschaftlichen Druck des Antisemitismus im Alltag. Seltener erfolgte die Binnenwanderung in umgekehrte Richtung aus der Stadt in bestimmte ländliche Gegenden, wo sich die Juden weniger belästigt fühlten; vgl. ◀296▶, ◀260▶. Die jüdische Binnenwanderung begann jedoch nicht erst im Dritten Reich, vielmehr verschärfte sich unter den neuen Bedingungen ein Prozeß, der mit der \*Emanzipation im Zuge der Urbanisierung der jüdischen Bevölkerung eingesetzt und noch vor der Machtergreifung zur Verarmung und sogar zur Auflösung vieler kleiner Gemeinden geführt hatte.

**Binnenwanderung nach Kriegsausbruch:** Eine Mischform von Binnenwanderung und \*Deportation war die nach Kriegsausbruch im westlichen Frontgebiet (sog. „rote Zone“ des Westwalls und der Hauptkampflinie) erzwungene Evakuierung der Zivilbevölkerung ins Landesinnere. Betroffen waren ca. 602.000 Menschen, darunter eine nicht genau feststellbare Zahl von Juden. Die jüdischen Flüchtlinge wurden von den jüdischen Gemeinden im Kernland aufgenommen und von ihnen unterstützt. Die \*Reichsvereinigung beteiligte sich wesentlich an der Organisation sämtlicher Hilfsmaßnahmen. Vgl. ◀456▶ und ◀478▶.

**Binnenwanderung während des Krieges:** In den nachfolgenden Kriegsjahren bis zur \*Endlösung wurde die Binnenwanderung in zwei Richtungen fortgesetzt. Die Juden aus den Großstädten suchten in kleinen Gemeinden Zuflucht vor den Luftangriffen der Alliierten, vgl. ◀558▶; der Zuzug der Juden vom Land in die Städte hingegen ging, wie schon in den Vorkriegsjahren, weiter. Bibl.: Bennathan, Demographische und wirtschaftliche Struktur; Kober, Jewish Communities; Fusser, Der Wirbel um den Westwall. Zu den einzelnen Gemeinden vgl. Pinkas Hakehillot (hebr.) bzw. EJJ (engl.).

### **Birkenau**

\*Konzentrations- und Vernichtungslager

\*Endlösung

### **Birnbaum, Max P. (1905-1990)**

Kaufmann und jüdischer Verbandsfunktionär; 1919-1922 Mitglied im \*Blau-Weiß; 1926-1938 Mitglied im Preußischen \*Landesverband jüdischer Gemeinden Berlin; 1928-1938 Mitarbeit bei verschiedenen jüdischen Zeitungen; Mitglied und 1937 Landesvorstand der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1932 Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen der Juden in Deutschland; 1936 Gründer und Direktor der Meldestelle für \*Binnen- und \*Auswanderung; 1937 Beiratsmitglied der \*Jewish Agency; November 1938 Auswanderung in die USA; 1969 nach Israel.

### **Biro-Bidschan**

Jüdisches Siedlungsgebiet im östlichen Rußland am Amur; es wurde den Juden im März 1928 von der sowjetischen Regierung zur Verfügung gestellt und 1934 zum „autonomen jüdischen Siedlungsgebiet“ erklärt. Damit sollte eine Normalisierung des nationalen Status der sowjetischen Juden erreicht werden, u.a. als Alternative zum \*Zionismus. Die sowjetischen Behörden warben sowohl unter den Juden der Sowjetunion als auch in der ganzen Welt, sich dort anzusiedeln und garantierten ihnen eine kulturelle Autonomie in \*jiddischer Sprache. In den dreißiger Jahren

erscheint Biro-Bidschan in den Lageberichten als potentielles Auswandererland für Juden aus Deutschland (vgl. <123>, sowie ¶33 unter Biro-Bidschan), war in der Tat aber bedeutungslos. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erreichte die Zahl der Juden in Biro-Bidschan keine 20.000. Vgl. EJ IV, S. 1044-1050.

### **Blau, Julius (1861-1939)**

\*Jurist; 1903-1939 Vorsitzender der Jüdischen \*Gemeinde Frankfurt/M.; Vertreter der \*Gemeindeorthodoxie und Mitglied im \*Rat der Reichsvertretung, im Rat des Preußischen \*Landesverbandes jüdischer Gemeinden und im Vorstand der \*Jewish Colonization Association.

### **Blau-Weiß**

Erster jüdischer Jugendbund in Deutschland, \*zionistisch gesinnt; wurde 1912 gegründet. Bibl.: Schatzker, Youth in Confrontation (I und II); Brodnitz, Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend.

\*Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände

### **Blumenfeld, Kurt (1885-1963)**

\*Jurist und Redakteur; führende Figur in der zionistischen Bewegung und der \*Zionistischen Weltorganisation noch vor dem Ersten Weltkrieg. Herausgeber der zionistischen Zeitung „Die Welt“. Von 1929 bis zu seiner Auswanderung nach \*Palästina 1933 war er Vorsitzender der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Sein autobiographisches Werk „Erlebte Judenfrage“ (vgl. Bibl.) ist eine wertvolle historische Quelle über das deutsche Judentum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

### **Blutbeschuldigung**

\*Ritualmord

### **Blutschutzgesetz**

\*Nürnberger Gesetze

### **Bne Akiva**

Hebr., Söhne Akibas; Jugendbewegung des \*Misrachi.

### **Bne Brith / Unabhängiger Orden Bne Briss (U.O.B.B.)**

Hebr., Söhne des Bundes; 1843 in den USA gegründete Loge (\*Freimaurer) ohne politischen Charakter. Zur 1882 gegründeten deutschen Großloge zählten 1932 über 103 Logen mit ca. 13.000 Mitgliedern. Sie befaßten sich besonders mit der Behebung allgemeiner Not, der Hilfe für Witwen und Waisen und mit der Förderung von Wissenschaft und Kunst. Selbsterklärter Zweck (FJGV 1932/33, S. 545): „Vereinigung von Israeliten zur Förderung der edelsten Güter der Menschheit“.

Während die Freimaurerlogen vom NS-Regime zwischen 1933 und 1935 aufgelöst und ihre Mitglieder verfolgt wurden, konnten die Bne Brith-Logen bis zum 10. April 1937 weiterarbeiten. Ihre Zeitung „Mitteilungen der Großloge für Deutschland“ erschien 1935 mit einer Auflage von 10.000 Stück. Bibl.: Goldschmidt, Der deutsche Distrikt des Ordens Bne Brith (1933); Katz, Jews and Freemasons; Völker, B'nai B'rith.

### **Böhm, Adolf (1873-1941)**

Historiker der \*zionistischen Bewegung und deren aktiver Mitarbeiter; geboren in Böhmen, tätig in Wien; 1907 Besuch in \*Palästina; 10 Jahre enger Mitarbeiter des \*Keren Kajemeth Lejisrael; vollendete 1937 sein Hauptwerk über „Die Zionistische Bewegung“, das u.a. vom Judenreferat des \*SD als Informationsquelle verwendet wurde. Böhm war Herausgeber der Zeitschrift „Palästina“. Er wurde 1941 aus Wien „in den Osten“ \*deportiert und ist wahrscheinlich noch im selben Jahr umgekommen.

**Borochow, Bär (1881-1917)**

Geboren in Poltawa (Südrußland), gestorben in Kiew. Schöpfer der geistigen Grundlagen und Mitbegründer des zionistisch-sozialistischen Weltverbandes \*Poale Zion.

**Boycott, antijüdischer**

Der „Judenboykott“ wurde bereits vor 1933 von der NSDAP propagiert und war seit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler – manchmal auch unter Anwendung von Gewalt – überall verbreitet. Der bekannteste Boykott, zu dem die NSDAP nach der Machtergreifung aufrief, fand am 1. April 1933 statt und wandte sich gegen jüdische Geschäfte, jüdische Waren, jüdische \*Ärzte, \*Rechtsanwälte und Hochschullehrer. Als Vorwand für diese „Abwehreaktion“ gegen das „Weltjudentum“ diente die sogenannte \*Greuelpropaganda gegen das Dritte Reich im Ausland. Es war dies die erste systematische antijüdische Aktion der Regierungspartei des neuen Regimes, welche sogar noch vor Beginn der antijüdischen Gesetzgebung (vgl. Zeittafel 7. April 1933) veranstaltet wurde. Obwohl bereits nach einem Tag aufgehoben, hatte der Boykott eine einschneidende Wirkung auf das kollektive Bewußtsein der deutschen Juden. Er blieb auch danach eine weit verbreitete Maßnahme zur gewaltvollen wirtschaftlichen Verfolgung auf lokaler Ebene. Gleichzeitig beklagen die Laegerichte aber mehrere Jahre lang, daß weite Kreise der Bevölkerung, darunter auch Parteigenossen, die Boykottaufrufe ignorierten.

Die vielleicht wirksamste Praxis der Juden in ihrem Kampf gegen den Boykott und um wirtschaftliche Weiterexistenz bestand in der Schaffung eines „gemeinsamen jüdischen Marktes“. Seine charakteristischen Eigenschaften waren u.a. die Beschäftigung vorwiegend jüdischer Arbeitnehmer in jüdischen Firmen, sowie die Werbung um jüdische Kunden in der jüdischen \*Presse. Nichtsdestoweniger steigerten die ständigen Boykottaufrufe der Nationalsozialisten den Druck auf jüdische Wirtschaftstreibende und beschleunigten dadurch die \*Arisierung. Bibl.: Barkai, Boykott; Der gelbe Fleck; Schwarzbuch; Weltsch, First of April; „Judenboykott“, EH II, S. 687.

\*Einzelaktionen

**Boycottbewegung gegen das Dritte Reich (auch Anti-Boycottbewegung)**

Eine zunächst spontan aus Protest gegen die NS-Verfolgung von Juden und anderen Regimegegnern entstandene, dann hauptsächlich von amerikanisch-jüdischen Organisationen ausgerufene Import- und Kaufsperre für deutsche Waren; sie wurde vom NS-Regime sehr gefürchtet, war wirtschaftlich aber wenig wirksam. Leiter der Anti-Boycottbewegung war der Präsident des \*Jewish Representative Council for the Boycott of German Goods and Services, Sir Robert Ludwig \*Mond. Bibl.: Goodman, Mond Legacy; Boykott gegen die Nationalsozialisten, in: EH I, S. 235 f.

**Brith Chaluzim Datiim (Bachad)**

Hebr., Bund der religiösen Pioniere; nach 1928 wurde die \*zionistisch-religiöse Jugend im Bachad zusammengefaßt. Dieser Bund war Mitglied der \*Hechaluz-Bewegung. Er bereitete seine Mitglieder für die \*Alija vor und errichtete die zionistisch-religiöse \*Kibbuz-Bewegung.

\*Burg, Josef

\*Eisner, Jacob

\*Intriligator, David

\*Misrachi

**Brith Hano'ar schel Ze'ire Misrachi**

Hebr., Jugendbund der \*Misrachi-Jugend; 1923 gegründet, 1938 aufgelöst.

**Brith Haolim**

Hebr., Bund der nach \*Palästina Einwandernden; zionistisch-sozialistischer Jugendbund in Deutschland; hier ursprünglich Jung-Jüdischer Wanderbund Brith Haolim (JJWB BH); Bibl.: Markel, Brith Haolim.

**Brith Hechajal**

Hebr., Bund der Soldaten; staatszionistische Wehrorganisation; 1936 durch staatliche Anordnung aufgelöst.

\*Staatszionistische Organisation

**Britisches Mandat in Palästina**

Im Ersten Weltkrieg eroberte Großbritannien das bis dahin vom Osmanischen Reich beherrschte \*Palästina und bekam im Jahr 1922 vom Völkerbund das Palästina-Mandat verliehen, mit der Maßgabe, die Errichtung einer jüdisch-nationalen Heimstätte gemäß der \*Balfourdeklaration von 1917 zu sichern. Seit der Machtergreifung und bis zum endgültigen Auswanderungsverbot für Juden aus dem Dritten Reich im Oktober 1941 war Palästina einer der bedeutendsten Zufluchtsorte für jüdische \*Auswanderer. Die von April bis Oktober 1936 (Zeittafel, April 1936) und auch noch danach andauernden arabischen Unruhen, die infolge der verstärkten jüdischen Einwanderung ausgebrochen waren, führten zur Ernennung einer Königlichen Kommission unter dem Vorsitz von Lord Robert Peel durch die Mandatsregierung. Die Kommission empfahl am 7. Juli 1937 die Dreiteilung des Landes zwischen Juden und Arabern und der britischen Mandatsregierung. Wegen der kategorischen Ablehnung des Teilungsplanes von arabischer Seite und der zunehmend proarabischen Orientierung der britischen Regierung angesichts des drohenden Krieges wurden die Vorschläge der Peel-Kommission nicht realisiert. Ein weiteres Entgegenkommen den arabischen Forderungen gegenüber stellte das am 17.5.1939 veröffentlichte „White Paper“ dar, welches die \*Alija nahezu zum Stillstand brachte. Damit wurden die in der Balfourdeklaration gegebenen, britischen Verpflichtungen dem \*Zionismus gegenüber drastisch revidiert. Infolge erneuter jüdisch-arabischer Zusammenstöße nach dem Zweiten Weltkrieg und wegen verstärkter Widerstände gegen die Fortsetzung der britischen Mandatspolitik übergab Großbritannien die Entscheidung über das künftige Schicksal Palästinas den Vereinten Nationen. Diese entschieden in der Vollversammlung vom 29.11.1947 die Aufteilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Nach dem Ende des britischen Mandats am 15.5.1948 entstand der selbständige Staat Israel, der hunderttausende, in verschiedenen Flüchtlingslagern Europas gestrandete, jüdische Überlebende der NS-Herrschaft aufnahm. Bibl.: Galnoor, Partition of Palestine.

\*Jewish Agency

\*Zertifikate

**Brodnitz, Friedrich (1899-?)**

Arzt und Verbandsfunktionär; Sohn von Julius \*Brodnitz; Geschäftsführer des \*Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau (ZAHA) und Pressechef der \*Reichsvertretung; aktiv im \*Centralverein und der \*Jewish Agency; engagiert beim Aufbau des jüdischen \*Kulturbundes; 1933-1937 Präsident des \*Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände; 1933-1935 Mitherausgeber der Informationsblätter des ZAHA (\*Informationsblätter der Reichsvertretung); 1939 in die USA emigriert.

**Brodnitz, Julius (1866-1936)**

\*Jurist und Verbandsfunktionär; 1920-1936 Vorsitzender des \*Centralvereins; Mitbegründer der \*CV-Zeitung, der Zeitschrift Der \*Morgen und des Philo-Verlags.

**Buber, Martin (1878-1965)**

Jüdischer Gelehrter, Theologe und Pädagoge; geboren in Wien; bis 1933 Professor an der Universität Frankfurt/M.; 1933-1938 Leiter der von ihm mitgegründeten \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung bei der \*Reichsvertretung. Seit 1898 Mitglied der \*zionistischen Bewegung; 1938 emigrierte er nach \*Palästina, war Professor für Gesellschaftsphilosophie an der Hebräischen Universität in Jerusalem und starb dort 1965. Buber war einer der bedeutendsten Denker des zwanzigsten Jahrhunderts, der auch nach 1933 das deutsche Judentum nachhaltig beeinflusste. Ihm verdankten die deutschen Juden, die der jüdischen Tradition zu dieser Zeit weitgehend entfremdet waren und plötzlich durch den Nationalsozialismus auf ihr „Judesein“ zurückgeworfen wurden, neue Aspekte ihrer jüdischen Identität. Er vermochte es, ihnen die Relevanz der alten biblischen Texte für ihre Gegenwart zu zeigen und erschloß ihnen die für sie bis dahin kaum zugängliche Welt des Chassidismus aus Osteuropa (\*Lehrhaus). Bibl.: Simon, Martin Buber and German Jewry; ders., Aufbau im Untergang; Wehr, Der deutsche Jude Martin Buber; Sandt, Martin Bubers bildnerische Tätigkeit.

**Bund deutsch-jüdischer Jugend (BDJJ)**

In manchen Lageberichten auch „jüdischer Jugendbund“ oder abgekürzt „Bund“ genannt, jedoch nicht zu verwechseln mit dem osteuropäischen jüdisch-sozialistischen „Bund“. Er wurde 1925 als deutsch-jüdische Jugend im Geiste des \*Centralvereins gegründet. 1933 schlossen sich folgende weitere deutsch-jüdischen Bünde zum BDJJ zusammen: \*CV-Jugend, Jüdische Jugend- und Kinderscharen, Jüdische Liberale Jugendbünde und \*Deutsch-jüdische Jugend-Gemeinschaft (DJJG). 1934 schloß sich ihm auch ein Teil des \*Schwarzen Fähnleins (Blaue Schar) an. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit dem Centralverein und dem \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF), welcher für die Wehrrertüchtigungsarbeit zuständig war. Der Bund blieb auch unter dem NS-Regime deutsch-patriotisch eingestellt und sah seine Zukunft in Deutschland. Am 10. April 1936 wurde der BDJJ umbenannt in „Ring-Bund jüdischer Jugend“, der am 30. Dezember 1936 von der \*Gestapo aufgelöst wurde. Vor seiner Auflösung zählte der BDJJ etwa 6.000 Mitglieder. Bibl.: Rheins, German Jewish Patriotism; ders., Schwarzes Fähnlein; Schatzker, Jewish Youth Movement.

\*Assimilanten

\*Jugendorganisationen, jüdische

**Bund Deutscher Mädels (BDM)**

\*Hitlerjugend

**Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands (Halberstädter Verband)**

\*Reichsbund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands

**Bund gesetzestreuer jüdischer Lehrer Deutschlands**

Gegründet 1905 in Frankfurt/M.; Publikationsorgan: „Erziehung und Lehre“, Beilage zur Wochenschrift der deutschen \*Orthodoxie „Der Israelit“.

\*Jüdische Lehrervereine in Deutschland

**Bürckel, Josef (1895-1944)**

Deutscher Politiker; Lehrer, Frontsoldat im Ersten Weltkrieg; seit 1921 Mitglied der NSDAP, bis 1926 Gauleiter der Pfalz, ab 1930 Mitglied des Reichstages, ab 1935 Reichskommissar für die Rückgliederung des \*Saarlandes und ab 1938 für die Vereinigung Österreichs mit dem Reich verantwortlich; Gründer der \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien; 1939-1940 Reichs-Statthalter von Österreich

und Gauleiter von Wien; ab August 1940 Chef der Zivilverwaltung des besetzten Lothringen, Gauleiter der „Westmark“ (Saargebiet und Saarpfalz). Im Oktober 1940 verordnete er die „Abschiebung“ aller Juden aus Baden und der Saarpfalz in den unbesetzten Teil Frankreichs (Aktion Bürckel), wo viele im Lager Gurs umkamen oder später nach \*Auschwitz deportiert wurden (Vgl.\*Deportation). Bibl.: Paul, Josef Bürckel.

### **Burg, Josef (1909-1999)**

Lehrer und Politiker; geboren in Dresden; bis 1933 Studium am Berliner \*Rabbinerseminar und den Universitäten Berlin und Leipzig; Mitglied u.a. in \*Brith Chalu-zim Datiim, \*Misrachi sowie in der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und \*Alijat Hanoar; Vorstandsmitglied des \*Palästina-Amtes Berlin; emigrierte 1939 nach \*Palästina; Delegierter zum 21. Zionistenkongreß in Genf; bis 1949 in der Mis-rachi-Weltorganisation tätig; 1949-1988 Knesset-Abgeordneter; von 1951-1982 Innen-, Religions- und Wohlfahrtsminister in verschiedenen Regierungen.

### **Büro Grüber**

Wurde 1937 von Probst Heinrich \*Grüber für die \*Bekennende Kirche in Berlin gegründet, um sich der jüdischen \*Konvertiten zur evangelischen (später auch zur katholischen) Kirche anzunehmen, die aus rassischen Gründen verfolgt wurden. Das Büro Grüber half ihnen bei der \*Auswanderung, bei der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten und sorgte für die Kinder von Inhaftierten. Es befand sich in einem ständigem Kampf mit den Judenreferaten der \*Gestapo und des \*SD (ab 1939 \*Eichmanns Judenreferat im \*Reichssicherheitshauptamt). Kurz nach der Verhaftung Grübers im Dezember 1940 wurde das Büro Grüber endgültig geschlossen. Bibl.: Grüber, Erinnerungen; Cohn, Bearers of a Common Fate?; Büttner, Persecution of Christian-Jewish Families.

\*Reichsverband der nichtarischen Christen e.V.

## **C**

### **C.**

In Dokumenten des \*SD Codename für den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, \*Heydrich.

### **Callmann, Rudolf (1892-1976)**

\*Rechtsanwalt in Köln; Vorsitzender des linksrheinischen Landesverbandes des \*Centralvereins, später Mitglied in dessen Hauptvorstand; 1933-1936 Mitglied im Präsidium und im \*Präsidialausschuß der Reichsvertretung; 1936 in die USA ausgewandert.

### **Capell, Hans (1908-1995)**

Deutsch-jüdischer Funktionär; 1933-1936 Sekretär der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1936-1938 Sekretär der \*Keren Kajemeth Lejisrael (KKL) für Deutschland; 1938 nach England ausgewandert; dort Sekretär der KKL und Vorstandsmitglied der Association of Jewish Refugees; ab 1951 in Israel.

### **Carlebach, Joseph (1883-1942)**

\*Rabbiner; geboren in Lübeck; 1905-1907 Lehrer am Lehrerseminar in Jerusalem; 1914-1920 Lehrer und Direktor am jüdischen Realgymnasium in Kowno (Litauen); 1920/21 Rabbiner in Lübeck; 1921-1926 Direktor der \*Talmud-Tora Schule in Hamburg; 1925-1936 Oberrabbiner von Schleswig-Holstein und Altona; ab 1936 Oberrabbiner von Hamburg. Ende 1941 wurde er zusammen mit den Hamburger Juden ins \*Konzentrationslager Jungfernhof bei Riga deportiert und kümmerte sich



dort, bis er bei den Massenerschießungen im März 1942 ums Leben kam, um das geistige, soziale und physische Überleben und die würdige Bestattung seiner Mitgefangenen. Bibl.: Deuring, Gotthold, Licht und Wiegandt (Hrsg.), Hawa Naschira. Auf! Laßt uns singen, Bd. 2 (= Lexikon).

### **Central British Fund for German Jewry**

\*Council for German Jewry

### **Centralverein der Juden in Deutschland**

\*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

### **Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)**

Gegründet am 26. März 1893, selbsterklärter Zweck (FJGV 1932/33, S. 558): „Die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung, sowie in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken“. Der CV lehnte bei völliger religiöser Unparteilichkeit den jüdischen Nationalismus ab und sah die deutschen Juden als Angehörige des deutschen Volkes (\*Assimilanten). Dabei entwickelte er eine eigene jüdische Identität, die weder religiös noch national geprägt war. Unter dem NS-Regime fand eine gewisse Annäherung an den \*Zionismus statt, wobei die politischen Auseinandersetzungen innerhalb gemeinsamer Gremien weitergeführt wurden. Die Aufgaben des CV erstreckten sich in erster Linie auf den politischen Bereich: Gewährleistung der \*Emanzipation und Bekämpfung des Antisemitismus. Dazu dienten u.a. der Rechtsschutz (seit 1933 war der CV auch eine Rechtsschutzorganisation). Der CV organisierte außerdem wirtschaftliche Beratung und Kulturarbeit. Als Reaktion und Protest gegen die Nürnberger Rassengesetze änderte der CV am 16. September 1935 seinen Namen in „\*Centralverein der Juden in Deutschland“ (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 77, S. 233, Anm. 2).

Der CV war die bei weitem größte Organisation des deutschen Judentums. 1926 waren etwa 60.000 Mitglieder in ca. 555 Ortsgruppen und 21 Landesverbänden organisiert; das Hauptbüro war in Berlin. 1935 gab es noch ca. 40.000 Mitglieder in ca. 500 Ortsgruppen und 16 Landesverbänden. Der CV war maßgeblich an der Gründung der \*Reichsvertretung und des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau (ZAHA) beteiligt. Seine Publikationsorgane waren ab 1922 die \*CV-Zeitung (vorer „Im deutschen Reich“) mit einer Auflage von 55.000 (1933); die Zweimonatsrevue „Der \*Morgen“ und die „Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland“; ebenso gehörte ihm der Philo Verlag.

Nach der \*Kristallnacht wurde der CV im November 1938 aufgelöst bzw. in die Reichsvereinigung eingegliedert. Das NS-Regime überwachte die Tätigkeit des CV und schränkte sie zunehmend ein, unter dem Vorwurf, er werbe für ein Verbleiben der Juden in Deutschland. Seine furchtlose Arbeit als Rechtsschutzorganisation wurde vom Regime nicht verhindert; es kam allerdings immer wieder zu Verhaftungen seiner \*Rechtsanwälte. Bibl.: Paucker, Jüdischer Abwehrkampf; ders., Jüdischer Abwehrkampf gegen Antisemitismus; ders., Juden im Nationalsozialistischen Deutschland; Reichmann, Centralverein; Reinharz, Deutschtum und Judentum; Schoeps, Wille und Weg; Barkai, CV im Jahre 1933.

### **Chanukka**

Hebr., Einweihung; das achttägige jüdische Lichterfest, beginnend nach dem jüdischen Kalender am 25. des Monats Kislew (meist im Dezember), zur Erinnerung an die Neuweihe des Jerusalemer Tempels unter Juda dem \*Makkabäer nach

der Entweihung durch den hellenistischen Herrscher Antiochus Epiphanes im 2. Jh. v.Chr. An den 8 Festtagen werden acht Lichter an einem besonderen Leuchter angezündet. Wie andere jüdische Feste bekam auch Chanukka nach der Machtergreifung einen zentralen Stellenwert im Leben der jüdischen Gemeinschaft.

\*Midrasch

### **Chef der Sicherheitspolizei und des \*SD**

\*Heydrich; in den SD-Dokumenten auch Codename „\*C“

### **Chelmno (Vernichtungslager)**

\*Endlösung

### **Chewra Kaddischa**

Aram., Heiliger Verband; die in allen jüdischen \*Gemeinden bestehende Kranken- und Beerdigungsbrüderschaft war eine ehrenamtliche Vereinigung zur Versorgung der Kranken, der Gestorbenen und ihrer Hinterbliebenen. Ihre Bedeutung wuchs, wie die der anderen jüdischen Wohltätigkeitsvereine in Deutschland, unter dem NS-Regime. Wie fast alle anderen jüdischen Organisationen wurde der Verein 1939 offiziell aufgelöst und der \*Reichsvereinigung angeschlossen. Die Mitglieder der Chewra Kaddischa kümmerten sich bis zuletzt um alle jüdischen Toten, auch um die seit Beginn der \*Massendepportationen immer häufigeren \*Selbstmorde.

Innerhalb der allgemeinen Chewra Kaddischa übernahmen Frauen die Reinigung der weiblichen Toten (Taharat ha Met). In einigen Gemeinden gab es seit dem 19. Jh. auch eine eigene Frauenchewra bzw. Frauen-Chewra-Kaddischa, die zusätzlich für Krankenwachen und die Übernahme der Beerdigungskosten für Unbemittelte sorgte. Vgl. ◀134▶, ◀481▶.

\*Frauen-Chewra

\*Bikkur Cholim

### **Cohn, Benno (1894-1975)**

\*Rechtsanwalt, Politiker; geboren in Posen; Präsident im Bundesrat des \*Blau-Weiß; 1937-1939 Präsident der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Vorsitzender des \*Palästina-Amtes in Berlin; 1939 Auswanderung nach \*Palästina, dort sehr engagiert für die europäischen Einwanderer; 1961-1965 Mitglied der Knesset (Liberaler Partei).

### **Cohn, Ilse (1891-1942)**

Deutsch-jüdische Erzieherin; ab 1911 im öffentlichen Schuldienst; ab 1934 Referentin in der Schulabteilung der \*Reichsvertretung; 1942 deportiert.

### **Cohn, Kurt (1899-?)**

Jurastudium in Berlin und Leipzig; promovierte 1925; in Chemnitz als Richter tätig; 1933 entlassen (\*Rechtsanwälte, jüdische). Seit 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei; von 1928-1938 Mitglied im Hauptvorstand des \*Centralvereins; von 1934-1938 geschäftsführender Vorsitzender des Landesverbandes für Mitteldeutschland. Cohn war nach der \*Kristallnacht mehrere Monate im \*KZ Buchenwald inhaftiert. Er emigrierte im August 1939 nach Großbritannien. 1947 kehrte er nach Chemnitz zurück und war dort wieder als Richter tätig.

### **Comité des Délégations Juives**

1919 in Paris durch den Zusammenschluß von zionistisch orientierten, jüdischen Organisationen aus verschiedenen Ländern gegründet; vertrat während der Verhandlungen der Friedenskonferenz von Versailles die Interessen der Juden als nationale und religiöse Minderheit (\*Minderheitenschutz). Es ging insbesondere um die rechtliche Anerkennung ihres Minderheitenstatus in den nach dem Ersten

Weltkrieg entstandenen Staaten Ost- und Mitteleuropas. Das Comité strebte eine ständige Vertretung beim Völkerbund in Genf an. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme setzte es sich auch für die Aufrechterhaltung der Rechte von Juden in \*Oberschlesien ein und nach der Rückgliederung des \*Saarlandes für die Einhaltung von Gesetzen, die bis zum 1. März 1936 dort vor Diskriminierung schützten. Das Comité des Délégations Juives gilt als Vorläufer des 1936 gegründeten \*Jüdischen Weltkongresses, der als Reaktion auf die zunehmende antisemitische Stimmung und Gesetzgebung in Europa in den dreißiger Jahren entstand.

### **Council for German Jewry**

1936 in Großbritannien gegründete jüdische Organisation zur Unterstützung der organisierten \*Auswanderung von Juden aus Deutschland; war die Nachfolgeorganisation des 1933 gegründeten Central British Fund for German Jewry, der ganz in ihm aufging, und strebte eine Zusammenarbeit mit anderen amerikanischen jüdischen Hilfsorganisationen an. Durch die steigende Zahl potentieller Auswanderer nach dem Anschluß Österreichs und der \*Kristallnacht wurde die Durchführung einer geregelten Auswanderung und beruflichen \*Umschulung unmöglich; das Council konnte die Flucht nur noch finanziell unterstützen. Es verhalf bis Kriegsbeginn ca. 100.000 deutschen Juden zur Auswanderung. Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges mußte es sich auf die Arbeit mit Flüchtlingen in England beschränken und änderte seinen Namen in: Central Council for Jewish Refugees. Bibl.: „Council for German Jewry“, EH I, S. 293 f.

### **CV**

\*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

### **CV-Zeitung**

Wöchentlich erscheinendes Organ des \*Centralvereins (hieß bis 1922 „Im deutschen Reich“); Erscheinungsort Berlin. Ihre Auflage betrug im Januar 1931 60.000 Exemplare, ab Oktober 1935 bis zum Ende ihres Erscheinens 40.000. Sie wurde nach der \*Kristallnacht im November 1938 aufgelöst.

\*Presse, jüdische

## **D**

### **Danzig**

Zum besonderen Status der Juden in Danzig vgl. \*Minderheitenschutz.

### **Davidstern**

\*Kennzeichnung

### **De Haas, Philipp (1884-1935)**

Studierte von 1902-1910 an der Jüdisch-Theologischen Hochschule in Breslau (\*Rabbinerseminar); ab 1910 \*konservativer zweiter \*Rabbiner in Posen; ab 1912 in Kattowitz und ab 1920 Landesrabbiner in Oldenburg.

### **Deportation von Juden**

Die erste Phase in der vom Regime erklärten „Entjudung“ Deutschlands war gekennzeichnet von der massenhaften Auswanderung der Juden unter dem steigenden Druck der NS-Judenpolitik seit der Machtergreifung bis zum offiziellen Auswanderungsverbot Ende Oktober 1941. Die erste \*Massendeportation fand im Oktober 1938 statt, als 15-17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit über die deutsch-polnische Grenze abgeschoben wurden (vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938). Zwischen Kriegsbeginn und dem Anfang der systematischen Massendeportationen ab 14. Oktober 1941 (vgl. Zeittafel) gab es drei große Deportationswellen,

bei denen 18.000 Juden verschleppt wurden: Im Februar 1940 wurden 2.500 Juden aus Stettin und Schneidemühl in die Gegend von Lublin deportiert; im Oktober 1940 wurden 7.500 Juden aus Baden und der Saarpfalz ins französische Internierungslager Gurs gebracht (Aktion \*Bürckel) und im Oktober 1941 ca. 8.000 Juden aus verschiedenen Teilen des Reichsgebietes „nach Osten“ (mehrheitlich ins Ghetto Lodz) verschickt. Ab Oktober 1941 wurden insgesamt ca. 120.500 Juden in Ghettos und Vernichtungslager deportiert (\*Endlösung); ab Mitte 1943, nach dem Ende der Massendeportationen, gab es sporadische Deportationen, die kleinere Gruppen und Einzelne trafen und fast bis Kriegsende andauerten. Ein ständiges Begleitphänomen von Deportationen seit ihrem Einsetzen 1940 (vgl. ◀533▶, ◀534▶) waren die \*Selbstmorde mehrerer tausend Juden (vgl. insbesondere die Kapitel XI und XII). Seit Kriegsbeginn wurden direkt aus Deutschland insgesamt 137.000 Juden deportiert; dieser Zahl müssen schätzungsweise weitere 65.000 Deportierte zugerechnet werden, die in verschiedene europäische Länder ausgewandert waren und später von dort deportiert wurden. Diese Zahlen wurden aufgrund von Angaben der \*Reichsvereinigung vom November 1941 berechnet, welche die Juden gemäß der \*Ariergesetzgebung definieren (SKH 3997-3999). Bibl.: Adler, Der verwaltete Mensch; Wiehn, Oktoberdeportation 1940. Meyer B./Simon, Juden in Berlin; Meyer, B., Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden; Schultheis, Juden in Mainfranken; Hilberg, Vernichtung; Longeric, Politik der Vernichtung.

### **Deutsche Christen**

\*Kirchen und NS-Judenpolitik

### **Deutscher Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden (DV)**

Wurde am 26. Februar 1933 von Hans Joachim \*Schoeps gegründet. In der Satzung des DV vom August 1933 heißt es: „Die Aufgabe des DV ist die Zusammenfassung der jungen deutschen Juden in einer einheitlichen Organisation zur Pflege nationaler Gesinnung auf bündischer Grundlage und Vertiefung des jüdischen religiösen Lebens.“ Der DV stand mit seinen nationalen, konservativen und autoritären Auffassungen in Opposition zu den demokratisch-pluralistischen Prinzipien der Mehrheit des deutschen Judentums und lehnte die \*Reichsvertretung ab. Sein Organ, „Der Deutsche Vortrupp“, wurde schon im April 1935 durch das NS-Regime verboten; im Dezember desselben Jahres wurde die ganze Organisation aufgelöst. Der Verlag des DV konnte jedoch noch bis 1938 weiter veröffentlichen. Bibl.: Schoeps, Wille und Weg, S. 46-56; Rheins, Deutscher Vortrupp.

### **Deutschjuden/Deutschjudentum**

In den Lageberichten oft als Bezeichnung für nationaldeutsch orientierte Juden; die wichtigsten deutsch-jüdischen Vereinigungen nach 1933 waren: \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten; \*Verband nationaldeutscher Juden; \*Deutscher Vortrupp; \*Schwarzes Fähnlein, \*Bund deutsch-jüdischer Jugend. In manchen Lageberichten wird auch der \*CV zu den deutsch-jüdischen Vereinen gezählt.

\*Assimilanten

### **deutsch-jüdisch**

Vom \*Centralverein und ihm nahestehenden Organisationen verwendeter Begriff für die angestrebte „Symbiose“ der jüdischen Existenz in Deutschland in der Nachemanzipationszeit; wird in den Dokumenten in verschiedenen Zusammensetzungen verwendet, wie deutsch-jüdische Mitglieder, Organisationen oder Verbände.

\*Assimilanten

### **Deutsch-jüdische Arbeitsgemeinschaft**

Organisation junger jüdischer Frauen, die dem \*Bund deutsch-jüdischer Jugend (BDJJ) affiliert war. Sie gehörte zu den unter dem NS-Regime neu entstandenen jüdischen Vereinen und begann ihre Tätigkeit im Juli 1934 in Trier. Unklar ist, ob sie nur auf lokaler Ebene bestand und bis wann sie tätig war.

### **Deutsch-jüdische Jugendgemeinschaft (DJJG)**

Anfang 1933 schloß sich die DJJG, zusammen mit anderen nicht-\*zionistischen Jugendorganisationen dem \*Bund deutsch-jüdischer Jugend (BDJJ) an. Er wurde später in \*Ring-Bund jüdischer Jugend umbenannt.

### **Dienemann, Max (1875-1939)**

Lehrer und \*Rabbiner; geboren in Krotoschin/Posen; Studium am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau (\*Rabbinerseminare); 1909-1919 \*liberaler Rabbiner in Ratibor, 1919-1938 in Offenbach; 1929 Mitglied der Kommission zur Erweiterung der \*Jewish Agency; 1933 zeitweise von der \*Gestapo verhaftet, 1938 ins \*Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Nach seiner Befreiung wanderte er nach England aus und 1939 weiter nach \*Palästina.

### **Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit**

Die nationalsozialistische Judenverfolgung beschränkte sich nicht auf Juden deutscher Staatsangehörigkeit. Dies führte zu ständigen Protesten seitens jener diplomatischen Vertretungen, deren Staatsangehörige in Deutschland als Juden diskriminiert wurden; sei es durch die willkürliche Beschränkung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (\*Boycott), Mißhandlungen und Demütigungen, oder durch die Anwendung antijüdischer Gesetze und Anordnungen. Diese Proteste erreichten ihren Höhepunkt im Jahre 1938, als in den \*Kristallnacht-Pogromen auch viele ausländische Juden mißhandelt, in \*Konzentrationslager gebracht und ihre Vermögenswerte teils zerstört, teils beschlagnahmt wurden. Die Reaktion des NS-Regimes war uneinheitlich und hing von der jeweiligen politischen Situation ab. Eindeutig war die Reaktion der NS-Behörden jedoch gegenüber ausländischen Juden, die wichtige Funktionen in jüdischen Organisationen innehatten und aufgrund ihrer ausländischen Pässe über einen größeren Handlungsspielraum verfügten. 1937 begannen \*SD und \*Gestapo mit der systematischen Erfassung dieser Funktionäre und verboten ihre weitere Betätigung. Bibl.: Ben-Elissar, Diplomatie du III<sup>e</sup> Reich; Browning, Referat Deutschland; Maurer, Ausländische Juden.

## **E**

### **Ehape**

Abkürzung für Einheitspreisgeschäft; Verkaufsstellen, meist \*Warenhäuser, die gängige Waren zu einheitlich niedrigen Preisen verkauften. Schon in der Weimarer Republik waren die oft in jüdischem Besitz befindlichen Einheitspreisgeschäfte Ziel antijüdischer Attacken; die Nationalsozialisten organisierten bereits im Jahre 1927 einen Boykott gegen sie. Am 23.12.1932 wurde die Errichtung von Einheitspreisgeschäften im ganzen Reich untersagt. Nach der Machtergreifung (am 12.5.1933) wurde dieses Verbot für unbefristet erklärt. Bibl.: GLDR, S. 141 f.

### **Ehrmann, Salomon (1885-1965)**

Zahnarzt und \*Rabbiner; geboren in Trier; 1912 Mitgründer der \*Agudas Jisroel; 1921 Gründer der Palästina-Zentrale der Agudas Jisroel in Frankfurt/M.; 1929-1937 Herausgeber von „Nachalath Zwi, eine Monatsschrift für Judentum und Lehre und Tat“; Vorstandsmitglied der \*Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen

Judentums in Frankfurt/M. und Mitglied der Kant-Gesellschaft; 1938 Vertreter der \*Vertretung der Unabhängigen Jüdischen Orthodoxie Deutschlands im \*Präsidialausschuß und dem \*Rat der Reichsvertretung; später im selben Jahr Auswanderung nach Frankreich, Rabbiner in Paris und in französischen Internierungslagern; 1943 Flucht in die Schweiz.

### **Eichmann, Adolf (1906-1962)**

Geboren in Solingen, aufgewachsen in Österreich; 1932 der österreichischen NSDAP beigetreten; 1933 nach Deutschland zur \*SS; 1934 im \*SD-Hauptamt (Scharführer), wo er im „Judenreferat“ (II 112) unter anderem an der \*Überwachung der Tätigkeit jüdischer Organisationen und an praktischen Entwürfen zur Judenpolitik beteiligt war. Er beteiligte sich an der Entwicklung der regelmäßigen Berichterstattung des Judenreferats, verfaßte selber zahlreiche Lageberichte; sein Schwerpunkt war das Gebiet \*Zionismus. Nach dem Anschluß Österreichs leitete er die am 28.8.1938 von Adolf \*Bürckel gegründete \*Zentralstelle für jüdische Auswanderung und war für die massenhafte Zwangsemigration der österreichischen Juden verantwortlich. Das von ihm entwickelte System der Zwangsauswanderung wurde nach der \*Kristallnacht auch in Deutschland und dem Protektorat Böhmen und Mähren eingeführt. Ab 1939 leitete er die \*Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin. Seit Dezember 1939 im \*RSHA für „Auswanderung und Räumung“ zuständig; dann dort im Referat IV B4 für „Judenangelegenheiten und Räumung“ an der \*Deportation von über 3 Millionen Juden aus dem deutschen Machtbereich in die \*Konzentrations- und Vernichtungslager maßgeblich beteiligt. Als der für die Durchführung der \*Endlösung Verantwortliche wurde er 1960 von Israel aus Argentinien, wo er sich versteckt hielt, entführt, 1961 von einem Gericht in Jerusalem zum Tode verurteilt und 1962 hingerichtet. Bibl.: The Trial of Adolf Eichmann; Aschenauer, Ich, Adolf Eichmann; Wojak, Eichmanns Memoiren.

\*Auswanderung

\*Endlösung

### **Einheitsgemeinde**

\*Achduth

### **Einheitspreisgeschäft**

\*Ehape

### **Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden**

Nach Kriegsbeginn wurden die Juden nicht nur durch Festsetzung begrenzter Ausgangszeiten (vgl. Zeittafel 1.9.1939) in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, sondern auch durch Begrenzung der Einkaufszeiten und der Rationierungskarten für den Bezug lebenswichtiger Güter diskriminiert. Bereits am 12.9.1939 (vgl. Zeittafel) wies man Juden bestimmte Läden („Judenläden“) zu, in denen sie ihren Bedarf an Lebensmitteln ausschließlich zu decken hatten, um ihr Zusammentreffen mit der nichtjüdischen Bevölkerung zu minimieren. Da die Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden beim Einkauf trotz dieser Maßnahme nicht vollständig unterbunden werden konnten, kam es weiterhin zu Beschwerden der Bevölkerung und in der Folge bereits im Oktober 1939 zur Beschränkung der Einkaufszeiten für Juden. Diese Anordnungen, die meist auf „Druck von unten“ erfolgten, waren jedoch nicht einheitlich. Die Zeiten, welche teilweise von den betroffenen Geschäften selbst festgesetzt werden konnten, erstreckten sich zwischen einer halben und einhalb Stunden pro Tag und lagen normalerweise zu den ungünstigsten Tageszeiten, zu denen die \*arische Bevölkerung wenige Einkäufe tätigte. Darüber hinaus

gab es mehrere Anordnungen zur Kürzung von Lebensmittelrationen für Juden und zu ihrem Ausschluß vom Bezug bestimmter Nahrungsmittel wie Fleisch, Eier und Milch. Zu dieser Art der Diskriminierung vgl. Zeittafel 11.3.1940; 20.4.1941; 18.9.1942. Bibl.: Kwiet, Nach dem Pogrom, S. 605-609.

### **Einsatzgruppen**

Beim Überfall auf die Sowjetunion folgten der deutschen Armee vier \*Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des \*Sicherheitsdienstes der SS, deren wichtigste Aufgabe die Tötung von kommunistischen Funktionären, Juden, Zigeunern und anderen „unerwünschten Elementen“ war. An den Massenerschießungen der Juden beteiligten sich auch die Wehrmacht und zahlreiche Einheiten der Ordnungspolizei. Bibl.: Streim, The Tasks of the Einsatzgruppen; Krausnick/Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen; „Einsatzgruppen“ in EH I, S. 393-400.

### **Einzelaktionen gegen Juden**

Antijüdische Ausschreitungen, \*Boycott jüdischer Geschäfte, \*Friedhofsschändungen und andere Gewalttätigkeiten, meist von Aktivisten und Ortsgruppen der NS-Parteiorganisationen (insbesondere der \*SA, aber auch der \*SS und der \*Hitlerjugend) durchgeführt oder angestiftet; oft aus eigener Initiative, zum Teil aber auch als Reaktion auf verschärfte antisemitische Hetzpropaganda der Partei- und Regierungsführer, vor allem von \*Streicher und \*Goebbels. Am krassesten war zunächst die Welle von Gewalttätigkeiten und willkürlichen Festnahmen durch SA und SS in den ersten Monaten nach der Machtergreifung (vgl. Zeittafel, März 1933, sowie ◀1▶, ◀4▶, ◀18▶). Von der Machtergreifung bis in die Kriegsjahre kam es zwischen den verschiedenen Staats- und Parteistellen vielfach zu Kompetenzstreitigkeiten über die Rolle der Einzelaktionen.

In bestimmten Situationen wurden Einzelaktionen jedoch von der Regierung sowohl aus Rücksicht auf die Reaktion des Auslandes unterbunden – besonders angesichts der erstarkenden \*Boycottbewegung gegen das Dritte Reich – aber auch aus innenpolitischen Erwägungen, wenn man eine Störung der öffentlichen Ordnung befürchtete. So führte etwa die neue Welle der Gewalt im Sommer 1935 dazu, daß Hitlers Stellvertreter Rudolf \*Heß, Reichsinnenminister Wilhelm \*Frick und auf Drängen von Hjalmar \*Schacht schließlich auch Hitler selbst diese Einzelaktionen verboten (vgl. Zeittafel, Juli – August).

Der von der Partei und meist auch von der Regierung zunächst initiierte und dann wieder unterbundene „Druck von unten“ führte zu dem offiziell gesteuerten \*Boycott vom 1. April 1933 und der darauffolgenden Gesetzgebung (vgl. Zeittafel 1.-3. und 7.4.1933); zu der „neuen antisemitischen Welle“ im Frühjahr und Sommer 1935 (vgl. Februar 1935, Juli 1935, Juli – August 1935) und zu den darauffolgenden \*Nürnberger Gesetzen. Die neu entfesselte Welle der Gewalt im Frühjahr und Sommer 1938 (vgl. Zeittafel, 12. März 1938 und ◀313▶, ◀320▶, 20. Mai sowie September 1938 und ◀353▶, <2530>) gipfelte in der \*Kristallnacht.

Ähnlich brachen in den ersten Kriegsmonaten an mehreren Orten antijüdische Ausschreitungen aus, trotz des ausdrücklichen Verbotes des \*Gestapa vom 7.9.1939 (vgl. Zeittafel; ◀462▶; ◀471▶). Auch während des gesamten Krieges gab es vereinzelte Ausschreitungen, vor allem \*Friedhofsschändungen. Letztere dauerten auch nach der offiziell vollendeten „Entjudung“ Deutschlands im Sommer 1943 weiter an. Bibl.: Schwarzbuch; Wildt, Violence against Jews in Germany 1933-1939; Kershaw, Popular Opinion and Political Dissent, S. 234 f.; Bankier, Die

öffentliche Meinung im Hitler-Staat, Kap. 2 und 4; Kulka, Nürnberger Rassen-gesetze, S. 608-621; Wildt, Judenpolitik des SD.

**Eisner, Jizchak Jahuda (Issy) (1908-1990)**

Lehrer; geboren in Hamburg; Studium am \*Rabbinerseminar und an der Univer-sität in Berlin; Mitglied im \*Misrachi und \*Ze'ire Misrachi; Mitglied im geschäfts-führenden Ausschuß der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1938 Aus-wanderung nach \*Palästina.

**Elbogen, Ismar (1874-1943)**

Bedeutender Forscher der Wissenschaft des Judentums; geboren in Schild-berg/Posen; Studium am Jüdisch-Theologischen Seminar (\*Rabbinerseminare) und an der Universität Breslau; ab 1919 Professor an der \*Hochschule für die Wissen-schaft des Judentums in Berlin. Als Vorsitzender des Erziehungsausschusses der \*Reichsvertretung in den Jahren 1933-1938 prägte er entscheidend das jüdische \*Schulwesen in der NS-Zeit; 1938 Auswanderung in die USA.

**Elk, Max (1898-1984)**

\*Rabbiner und Erzieher; Studium am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau (\*Rabbinerseminare) und an der Universität Gießen; 1925 \*liberaler Rabbiner in München; 1926-1935 Rabbiner in Stettin; 1934 gründete er die jüdische Volksschu-le in Stettin; 1935 Auswanderung nach \*Palästina; Gründer und Direktor der Leo-Baeck-Schule in Haifa sowie der deutsch-jüdischen Reformgemeinde dort.

**Emanzipation der Juden**

Bürgerliche Gleichstellung der Juden; mit der französischen Revolution wurde 1791 erstmals die völlige Gleichberechtigung der Juden verkündet. In Preußen wurde das Emanzipationsedikt vom 11.3.1812, das die Juden als Staatsbürger anerkannte, später rechtlich und praktisch wieder eingeschränkt. Die vollständige Emanzi-pation wurde erst 1869 im Norddeutschen Bund und 1871 im Kaiserreich durchge-setzt. Von 1933 an wurde sie jedoch durch die \*Ariergesetzgebung wieder zuneh-mend eingeschränkt. Die Aufhebung der Emanzipation war das erklärte Anliegen der antisemitischen Parteien seit der Kaiserzeit und das erste und konsequent durchgeführte Ziel des Nationalsozialismus. Die \*Nürnberger Gesetze nahmen den Juden endgültig den rechtlichen Status als „Reichsbürger“; mittels der 13 Durch-führungsverordnungen wurden sie schrittweise all ihrer Rechte beraubt, bis die letzten nach den \*Massendeportationen in Deutschland verbliebenen Juden am 1. Juli 1943 schließlich dem Polizeirecht direkt unterstellt wurden.

In den ersten Jahren des NS-Regimes bemühte sich vor allem der \*Centralverein um die sogenannte „Gruppenemanzipation“ oder geistige Emanzipation. Diese Be-griffe wurden während der ersten Jahre des Dritten Reiches vor allem in der jüdi-schen Publizistik für die Bestrebungen zum Aufbau und zur Gewährleistung einer durch die Ariergesetzgebung beschränkten Emanzipation verwendet; ihr Ziel war zum einen eine gewisse \*Autonomie im kulturellen und organisatorischen Bereich und möglichst uneingeschränkte wirtschaftliche Tätigkeit, zum anderen ging es um den Aufbau eines jüdischen \*Schulwesens, Kulturlebens (\*Kulturbund) und einer der neuen Situation entsprechenden jüdischen \*Erwachsenenbildung.

**Emigration**

\*Auswanderung

**„Endlösung der Judenfrage“**

Schon in der antisemitischen Diskussion um die Jahrhundertwende war eine „Lösung“ der \*Judenfrage im Sinne einer rechtlichen Sonderstellung (Fremdenge-



setzung) oder der Ausweisung der Juden gefordert worden. Die nationalsozialistische Radikalisierung zu einer „Endlösung“ ging zunächst nicht wesentlich darüber hinaus, nahm aber in Richtung Aussiedlung (\*Madagaskar-Plan, Judenreservate im Osten) konkretere und brutalere Formen an.

Ab 1941 diente „Endlösung“ im internen NS-Sprachgebrauch als Bezeichnung für den systematischen Massenmord an den europäischen Juden mit dem Ziel ihrer völligen Vernichtung. Der Begriff Endlösung implizierte darüber hinaus das Ende der historischen Existenz des jüdischen Volkes und des jüdischen Einflusses auf die westliche Zivilisation.

Zu der Frage, wann die Endlösung zur verbindlichen Richtlinie für die gesamte Judenpolitik im NS-Machtbereich wurde, gibt es in der Forschungsliteratur unterschiedliche Meinungen. Die Mehrzahl der Wissenschaftler gibt dafür den Zeitraum zwischen Sommer 1941 und Anfang 1942 an. Die Durchführung der Endlösung, in deren Rahmen mit den beinahe 6 Millionen europäischer Juden zirka ein Drittel der jüdischen Weltbevölkerung vernichtet wurde, geschah in den verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Weise: in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und in Jugoslawien zumeist in Form von Massenerschießungen, in Deutschland und in den restlichen Teilen des besetzten Europas durch Deportationen in die Vernichtungslager. Die größten dieser Vernichtungslager, von denen einige auch als \*Konzentrationslager dienten (z.B. Auschwitz, Majdanek), waren: Auschwitz-Birkenau, Belzec, Chelmno, Majdanek, Sobibor und Treblinka. Die systematische \*Massendeportation der deutschen Juden im Rahmen der „Endlösung“ begann im Oktober 1941. Ihr fielen ungefähr 200.000 Juden (nach der Definition der \*Nürnberger Gesetze) aus Deutschland zum Opfer; unter ihnen auch jene Juden, die in europäischen Ländern, welche später von Deutschland besetzt wurden, Zuflucht gefunden hatten. Bibl.: Adam, Judenpolitik; Aly, Endlösung; Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung; Benz, Dimensionen des Völkermordes; Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung“; Herbert, Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945; Hilberg, Vernichtung; Hillgruber, Endlösung; ders., Krieg im Osten; Jäckel/Rohwer, Der Mord an den Juden; Kershaw, Hitler 1936-1945; Longerich, Die Ermordung der europäischen Juden; Mommsen, Realisierung des Utopischen.

#### **Ephraim, Menachem (1898-1942)**

\*Rabbiner; 1928-1932 \*orthodoxer Bezirksrabbiner in Burgpreppach; 1932-1938 in Bad Kissingen; 1933 vorübergehend verhaftet. Er wurde einige Tage vor der \*Kristallnacht vor seiner bevorstehenden Festnahme gewarnt und konnte aus Deutschland fliehen.

#### **Eppstein, Paul (1902-1944)**

Eine der zentralen Persönlichkeiten in der Führung der deutschen Juden unter dem NS-Regime; Soziologe; ab 1926 Privatdozent an der Handelshochschule Mannheim; er errichtete und leitete dort die Volkshochschule. Nach der Machtergreifung und der darauffolgenden Schließung der Volkshochschule ging er noch 1933 nach Berlin, wo er zunächst in den \*Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau zur Mitarbeit in der Zentrale für jüdische \*Arbeitsnachweise berufen wurde. Gleichzeitig arbeitete er im Landesverband jüdischer Gemeinden in Preußen, dem größten der \*Landesverbände. Ab Juni 1933 Mitarbeiter der \*Reichsvertretung, wo er insbesondere in den Bereichen \*Wirtschaftshilfe, Berufsausbildung und \*Umschichtung, sowie \*Auswanderung tätig war; Mitglied im \*Präsidialausschuß. Als führendes Vorstandsmitglied der \*Reichsvereinigung

war er seit 1939 vor allem für die Verwaltung, Finanzen und (bis Sommer 1940) für die Auswanderung zuständig. Zusammen mit Otto \*Hirsch vertrat er die Reichsvereinigung gegenüber der „Aufsichtsbehörde“ (\*Reichssicherheitshauptamt) und blieb nach Hirschs letzter Verhaftung im Februar 1941 bis in die Zeit der \*Massendeportationen ihr einziger Vertreter. Auch Eppstein wurde mehrere Male von der \*Gestapo verhaftet und nach Auflösung der Reichsvereinigung im Juni 1943 am 27. Januar 1943 zusammen mit Leo \*Baeck nach \*Theresienstadt \*deportiert. Dort wurde er von der \*SS zum Leiter des Ältestenrates des Ghettos ernannt. Seine Tätigkeit bis zu seiner Verhaftung und Ermordung im Oktober 1944 ist in den Erinnerungen der Zeitgenossen, sowie in einem Teil der Geschichtsschreibung umstritten. Bibl.: Paul Eppstein. Geschichtliche Tragik; Adler, Theresienstadt.

### **Erez Israel**

Hebr., das Land Israel.

\*Palästina

### **Erntedankfest**

Von den Nationalsozialisten 1933 zum nationalen Feiertag erklärt, um den Bauernstand ideologisch und politisch zu integrieren. Juden waren sowohl von den Vorbereitungen im Schulunterricht, als auch von den öffentlichen Feierlichkeiten selbst ausgeschlossen.

### **Erntedankfest, jüdisches**

\*Sukkot

### **Erwachsenenbildung, jüdische**

Ähnlich wie das schon vor der Nazizeit bestehende jüdische \*Schulwesen wurde auch die jüdische Erwachsenenbildung im Zuge der zunehmenden Ausgrenzung der Juden in Deutschland und ihrer Identitätskrise nach 1933 ausgebaut (\*Lehrhaus, jüdisches und \*Presse, jüdische). In diesem Rahmen wurden darüber hinaus wichtige neue Einrichtungen wie der \*Kulturbund deutscher Juden und die \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung geschaffen.

### **Erziehung, jüdische**

\*Erwachsenenbildung, jüdische

\*Schulwesen, jüdisches

### **Eschelbacher, Max (1880-1964)**

\*Rabbiner; 1906-1911 Rabbiner in Bruchsal; ab 1911 in Freiburg; 1913-1938 Nachfolger von Leo \*Baeck in Düsseldorf; vor 1933 Sachverständiger in den Talmudprozessen (\*Talmud) gegen Julius \*Streicher in Nürnberg; Mitglied der \*Jewish Agency; 1938 \*Auswanderung nach England.

### **Esra**

Jugendbewegung der orthodoxen \*Agudas Jisroel; 1918 gegründet und nach der biblischen Gestalt Esra, dem Träger der religiösen und geistigen Erneuerung nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil ins Land Israel, benannt. Selbsterklärter Zweck (FJGV 1932/33): „Der Esra will seine Menschen zu bewußten Juden erziehen, die gleichfern von mechanischer Formerfüllung wie von unverbindlicher Anerkennung der Werte der Tradition, mit Leidenschaft das Judentum der \*Thora leben.“ Der Jugendverein wurde 1938 aufgelöst. Bibl.: Adler, Esra.

### **Estras Noschim**

Hebr., Frauenhilfe; Mädchengruppe der \*Agudas Jisroel.

## **Euthanasie**

Massentötung von Kranken und Behinderten („lebensunwertes Leben“) im Dritten Reich. Die im Rahmen des Euthanasieprogrammes ermordeten Juden werden dort allerdings nicht speziell erwähnt. In dem im Bundesarchiv erhaltenen Archiv der Reichsvereinigung befinden sich noch unerforschte und unveröffentlichte Dokumente zur Tötung jüdischer Geisteskranker aus der jüdischen Heilanstalt Sayn. Offiziell wurde das auf Hitlers Erlaß vom Oktober 1939 (rückdatiert auf 1. September) basierende Euthanasieprogramm nach heftigen Protesten der Kirchenführung (vgl. \*Galen), und steigender Unruhe in der Bevölkerung im August 1941 aufgehoben. Fraglich in der Forschung bleibt, ob ähnliche Proteste gegen den Massenmord von Juden, Roma und Sinti den gleichen Erfolg gehabt hätten. Die sogenannte „wilde“ Euthanasie wurde allerdings bis 1945 fortgesetzt. Die Zahl der Euthanasieopfer in Deutschland und in den besetzten Gebieten betrug nach Schätzung bei den Nürnberger Prozessen 275.000.

Zur NS-Berichterstattung zu diesem Thema ist bezeichnend, daß darüber mehrfach auf lokaler und regionaler Ebene konkret berichtet, jedoch in den SD-Berichten auf Reichsebene niemals direkt darauf Bezug genommen wurde. Indirekt wurde die Euthanasie im hier nicht aufgenommenen SD-Bericht vom 15. Januar 1942 über die Reaktionen der Bevölkerung auf den Film „Ich klage an“ angesprochen, der das Problem der ärztlichen Sterbehilfe behandelte. Bibl.: Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen, S. 160 f.; EH. I, S. 422-425; Friedländer, H., Jüdische Anstaltspatienten in NS-Deutschland, in: Aly, Euthanasie; Müller-Hill, Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken.

### **Evakuierung der Juden**

Seit Oktober 1941 bzw. Februar und Oktober 1940 in den NS-Berichten verwendeter Begriff für \*Deportation der Juden (vgl. Zeittafel, 14. Oktober 1941; 12.-13. Februar 1940 und 22.-23. Oktober 1940).

### **Evian-Konferenz**

Fand am 3. Juli 1938 auf Initiative des US-Präsidenten Roosevelt im französischen Evian am Genfer See statt, zur Lösung der vorwiegend durch die NS-Judenverfolgung verursachten Flüchtlings- und Emigrantenprobleme. 33 Nationen nahmen daran teil, doch wurde von Anfang an vereinbart, die bestehenden Immigrationsgesetze der verschiedenen Länder nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Sämtliche Delegierte erklärten, daß ihre Regierungen keine Flüchtlinge aufnehmen könnten. Auch verschiedene jüdische Organisationen unterbreiteten einige Vorschläge. So regte die \*Jewish Agency an, den jüdischen Flüchtlingen die Tore \*Palästinas zu öffnen. Die \*Reichsvertretung legte ein eigenes Memorandum vor, in welchem u.a. die Nachwanderung von Familienangehörigen und eine Erweiterung der Transfermöglichkeiten (\*Ha'avara) angeregt wurden. Die Evian-Konferenz beschloß, ein Büro zur weiteren Behandlung von Flüchtlingsproblemen einzurichten. Die USA hatten damit zum ersten Mal gemeinsam mit den europäischen Ländern auf eine Lösung der Flüchtlingsfrage hingewirkt; dies jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Bibl.: Adler-Rudel, Evian Conference; Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 115.

## **F**

### **Faulhaber, Michael von (1869-1952)**

Katholischer Theologe und Kardinal; Professor für alttestamentliche Bibelwissenschaft, seit 1917 Erzbischof von München-Freising, ab 1921 Kardinal. Mit seinen

sehr konservativen Anschauungen steuerte er gegenüber der NS-Regierung einen schwankenden Kurs: 1933 unterstützte er einerseits den Abschluß des Konkordats, kritisierte aber in seinen Adventspredigten desselben Jahres das nationalsozialistische „Neuheidentum“, verteidigte das Alte Testament und die jüdischen Ursprünge des Christentums. Diese Predigten erregten sowohl in als auch außerhalb Deutschlands großes Aufsehen und wurden im Frühjahr 1934 in München unter dem Titel „Judentum, Christentum, Germanentum“ veröffentlicht. Obwohl Faulhaber nachdrücklich erklärte, daß sich seine Kritik keineswegs auf die gegenwärtige Judenverfolgung in Deutschland beziehe, wurden seine Predigten von den deutschen Juden als moralische Ermutigung empfunden und gerne zitiert. Anfang 1935 verhaftete die \*Gestapo eine Gruppe von Juden, die eine angeblich gefälschte Rede Faulhabers verbreitete (vgl. ◀93▶). Faulhaber selbst suchte bis 1945 einen *modus vivendi* mit dem NS-Regime, beteiligte sich jedoch an einigen Protesten, wie an der Vorbereitung der päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge“ im März 1937, in der u.a. die Rassenpolitik NS-Deutschlands scharf verurteilt wurde, und an den Protesten gegen die \*Euthanasie, nicht jedoch an solchen gegen die \*Deportation und Vernichtung der Juden. Zur Jahreswende 1938/39, in Folge der Ereignisse der \*Kristallnacht, appellierte Faulhaber an die südamerikanischen Staaten, katholische Flüchtlinge jüdischer Abstammung (\*Raphaelsverein) aufzunehmen. Brasilien reagierte positiv auf den Appell und erklärte sich zur Aufnahme von etwa 3.000 Flüchtlingen bereit, während Argentinien seine Grenzen vor den Flüchtlingen verschloß. Bibl.: Volk, Kardinal Faulhabers Stellung; Lewy, Catholic Church; Reppen, German Catholicism; Scholder, Judaism and Christianity; Ben-Dror, The Catholic Church and the Jews. Argentina 1933-1945; vgl. auch \*Kirche und NS-Judenpolitik.

#### **Feuchtwanger, Ludwig (1885-1947)**

Jüdischer \*Rechtsanwalt; bis 1933 Geschäftsführer des Verlages Duncker und Humblot; 1930-1938 Herausgeber der Bayerischen Israelitischen Gemeindezeitung (vgl. \*Presse, jüdische); 1935 aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen; 1936-1939 Leiter des Jüdischen \*Lehrhauses in München; nach der \*Kristallnacht zeitweise im \*Konzentrationslager Dachau, emigrierte 1939 nach England.

#### **Feuchtwanger, Sigbert (1896-1965)**

Seit 1914 \*Rechtsanwalt in München; Mitarbeiter am Jüdischen Lexikon; \*Zionist; einige Jahre Vizepräsident der Israelitischen Kultusgemeinde München; Auswanderung nach \*Palästina.

#### **Filme, antisemitische im Dritten Reich**

Die wichtigsten antisemitischen Filme, „Die Rothschilds“, „Jud Süß“ und „Der ewige Jude“, wurden auf \*Goebbels' Initiative nach der \*Kristallnacht in den Jahren 1939/40 gedreht. In die deutschen Kinos gelangten sie in der Zeit der ersten improvisierten \*Deportationen 1940 und vor dem Einsetzen der ersten Welle systematischer Deportationen und der \*Endlösung 1941/42. Seit Kriegsausbruch enthielt zudem die sehr populäre „Wochenschau“ viele antijüdische, diffamierende Filmreportagen aus den eroberten Gebieten, insbesondere Osteuropa. Ihre Rezeption in der Bevölkerung spiegelt sich in den Stimmungsberichten der \*SD aus dieser Zeit wider. Vgl. ◀523▶; ◀531▶; ◀535▶; ◀555▶; ◀559▶; ◀592▶; Bibl.: „Filme, antisemitische“, EH I, S. 459 f.

#### **Flaggengesetzgebung**

Das massenhafte Hissen von Flaggen war ein charakteristisches Merkmal der NS-Bewegung während ihrer „Kampfjahre“ gewesen und blieb auch nach der

Machtergreifung ein wichtiger Bestandteil des Herrschaftsstils des Dritten Reiches. Bis September 1935 wurde bei allen öffentlichen Anlässen neben der Hakenkreuzfahne auch die schwarz-weiß-rote Reichsflagge gehißt. Im Reichstagesgesetz vom 15. September 1935 wurde die Hakenkreuzfahne zur alleinigen Nationalflagge erklärt und am selben Tag in den \*Nürnberger Rassengesetzen verabschiedet, daß den Juden das Zeigen der Nationalflagge verboten sei. Dagegen wurde ihnen das Zeigen der jüdischen Farben erlaubt. Bis zu diesem Zeitpunkt bestanden in dieser Frage uneinheitliche lokale und regionale Erlässe und Anordnungen: Mehrere Lageberichte erwähnen, daß man im Hissen der Reichsflagge und noch mehr der Hakenkreuzfahne an jüdischen Häusern und Unternehmen eine Provokation sah, die nicht selten zu Unruhen und antijüdischen \*Einzelaktionen führte. In einigen Fällen wollte man den Juden dagegen das Zeigen der Fahnen ihrer religiösen und politischen Organisationen erlauben, um „ihren artfremden besonderen Rassencharakter“ hervorzuheben. (Zum uniformierten Auftreten der organisierten jüdischen Jugend vgl. \*Jugendorganisationen, jüdische.)

Zwar hatte das Gestapa bereits am 12.2.1935 das Hissen der Reichs- und Hakenkreuzfahne durch Juden verboten (vgl. Zeittafel), doch kam es in dieser Angelegenheit zwischen Februar und September 1935 mehrfach zu Unklarheiten und Kompetenzstreitigkeiten zwischen verschiedenen Partei- und Staatsstellen auf Landes- und Reichsebene. Die Nürnberger Gesetze bereiteten diesem Zustand mit dem Verbot für Juden, die Nationalflagge zu zeigen, ein Ende und antworteten gleichzeitig auf einen bereits bestehenden „Druck von unten“. Bibl.: Kulka, Nürnberger Rassengesetze, S. 619 und Anm. 127; Mommsen, Der nationalsozialistische Polizeistaat, S. 84 f.; Klein, Lageberichte, S. 710; Gruchmann, „Blutschutzgesetz“.

#### **Fraenkel, Ernst (1891-1971)**

Deutsch-jüdischer Historiker und Politiker; Offizier im Ersten Weltkrieg; 1929-1931 Abgeordneter der Deutschen Staatspartei im schlesischen Provinziallandtag; 1932-1933 Syndikus des \*Centralvereins in Niederschlesien (Breslau); 1933-1935 einer der Geschäftsführer des \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten in Berlin; vorübergehend inhaftiert; 1939 \*Auswanderung nach England; 1947 Rückkehr nach Deutschland; von 1957-1961 Professor an der Universität in Frankfurt/M. Nicht zu verwechseln mit dem Politologen und Juristen Ernst Fraenkel (1898-1975), dem Verfasser der bedeutenden Analyse der Struktur des NS-Herrschaftssystems: „Der Doppelstaat“, der ab 1953 an der FU-Berlin lehrte.

#### **Frankfurter, David (1909-1982)**

in Daruvar/Kroatien geboren, jüdischer Student der Medizin in der Schweiz. Er erschloß am 4.2.1936 aus Protest gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland den Leiter der Schweizer Zweigstelle der NSDAP Wilhelm Gustloff und wurde zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Später ließ er sich in \*Palästina nieder; war im Verteidigungsministerium des Staates Israel tätig. Bibl.: Ludwig, Davos.

#### **Frauenbund, jüdischer**

\*Jüdischer Frauenbund

#### **Frauenchewra**

\*Chewra Kaddischa

#### **Freie deutsch-jüdische Jugend**

\*Kameraden, Deutsch-jüdischer Wanderbund

\*Das Schwarze Fähnlein, Jungenschaft

### **Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums**

1885 von Rabbiner S. R. \*Hirsch in Frankfurt/M. gegründet; Vorläuferin der orthodoxen Weltorganisation \*Agudas Jisroel; ab 1934 Teil der \*Vertretung der unabhängigen jüdischen Orthodoxie Deutschlands; sie wurde nach der \*Kristallnacht im November 1938 aufgelöst.

### **Freier, Recha (1892-1984)**

Lehrerin und jüdische Verbandsfunktionärin; gründete 1933 die \*Jugendalija, arbeitete von 1933-1940 in der Jüdischen Jugendhilfe. Bei ihrer Arbeit für die illegale \*Alija und ihre eigene Auswanderung geriet sie in scharfe Opposition zur \*Reichsvertretung und zur \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Sie wanderte 1940 über Jugoslawien und Griechenland aus und erreichte 1941 \*Palästina, wo sie seitdem in der Kinder- und Jugendarbeit tätig war.

### **Freimaurer**

Internationale, universalistische Bewegung mit humanitärer Zielsetzung, die im 18. Jahrhundert in England auf der Basis von Toleranz und lebendiger Bruderschaft entstand. Die Freimaurer sind in Tempeln, Logen und Großlogen organisiert. In England, Frankreich und Holland waren Juden seit dem 18. Jahrhundert als Mitglieder zugelassen, in Deutschland dagegen nur in wenigen Logen. In Preußen, wo die Logen unter staatlicher Kontrolle standen, konnte bis 1871 kein Jude Mitglied werden. Nach einer anfänglichen Lockerung der Beschränkungen im Bismarckschen Reich wirkte sich der Antisemitismus seit 1876 auch auf die Freimaurer aus. Als Reaktion darauf wurde 1883 die deutsche jüdische Großloge der Bne Brith gegründet. Ein Teil der Juden blieb aber weiterhin Mitglieder der allgemeinen Freimaurerlogen. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Freimaurer wie die Juden vor allem in Deutschland und Frankreich beschuldigt, die traditionelle Gesellschaft und ihre Institutionen zu zersetzen.

An ihrem übernationalen Geheimbundcharakter entzündeten sich Verschwörungstheorien, die nach der NS-Machtergreifung zur Institutionalisierung ihrer Verfolgung als „Weltanschauliche Gegner“ durch die Überwachungs- und Terrororganisationen des Regimes (insbesondere durch \*Gestapo und \*SD) führten. Die Logen waren also seit der Machtergreifung zahlreichen Schikanen und Beschränkungen unterworfen, welche die Selbstauflösung der meisten von ihnen bis Mitte 1935 bedingte. Mehrere frühere Logenmitglieder organisierten sich jedoch in Geselligkeitsvereinen. Nach Angabe der Gestapo waren zahlreiche Mitglieder derartiger „getarnter Logen“ Juden. Diese Vereine (z.B. der früher zur Hamburger Freimaurer-Großloge gehörige „Freundesbund Einigkeit“) wurden im Herbst 1934 vom Gestapa aufgelöst. Die Zwangsauflösung der restlichen Freimaurervereinigungen erfolgte am 6.9.1935; ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. Im Gegensatz dazu konnten paradoxerweise die im \*Bne Brith organisierten rein jüdischen Logen ihre Tätigkeit bis 1937 fortsetzen. Bibl.: Katz, Jews and Freemasons; Zipfel, Gestapo und Sicherheitsdienst; ders., Gestapo und SD in Berlin; ders., Kirchenkampf, S. 137-173.

### **Frick, Wilhelm (1877-1946)**

\*Jurist, NS-Politiker; 1904 Eintritt in die bayerische Staatsverwaltung, sympathisierte früh mit der NSDAP; nahm am Hitler-Putsch vom 9. November 1923 teil und wurde zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt. Schon im Mai 1924 entsandte ihn die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“, die Ersatzorganisation der verbotenen NSDAP, in den Reichstag. Er fungierte ab 1928 als Fraktionsführer der NSDAP im Reichstag; ab der Machtergreifung bis 1943 Reichsinnenminister und als

solcher für die Durchführung der Gleichschaltung und für die antijüdische Gesetzgebung verantwortlich.

Im August 1934 gab er den Regierungs- und Oberpräsidenten im gesamten Reichsgebiet die Anweisung, monatliche Lage- und Stimmungsberichte zu verfassen, in denen auch über die systematische Überwachung der Vereinstätigkeit, die Stimmung unter den Juden, sowie über die Einstellung der Bevölkerung berichtet wurde. Diese Berichterstattung wurde im März 1936 eingestellt. Er war paradoxerweise aufgrund seiner Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gelegentlich für die Unterbindung antijüdischer \*Einzelaktionen zuständig. 1946 wurde er vom Nürnberger Militärgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

#### **Friedenthal, Hans, (1900-1989)**

\*Arzt und zionistischer Funktionär; Mitglied im Kartell jüdisch-zionistischer Studentenverbindungen und im \*Blau-Weiß; wanderte 1920 nach \*Palästina aus; kehrte 1928 nach Deutschland zurück; 1934-1936 war er Präsident des deutschen \*Makkabikreises; Exekutivmitglied des Makkabi-Weltverbandes; 1935 Vorsitzender des \*Reichsausschuß jüdischer Sportverbände; 1936 geschäftsführender Vorsitzender der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland; 1938 Rückkehr nach Palästina.

#### **Friedhofsschändungen**

eine der charakteristischen Erscheinungen des antijüdischen Terrors; schon in der Weimarer Republik gab es zahlreiche Friedhofs- und Synagogenschändungen. Unter dem NS-Regime gehörten, wie aus den Lageberichten hervorgeht, Friedhofsschändungen zu den dauernd wiederkehrenden \*Einzelaktionen gegen Juden in allen Teilen des Reiches, an denen sich oft auch Kinder und Jugendliche beteiligten. Dabei spielte es keine Rolle, ob die Friedhöfe noch benutzt wurden und ob überhaupt Juden am Ort lebten. Bibl.: Centralverein, Friedhofsschändungen; Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt in der Weimarer Republik; Borut, Antisemitism in Tourist Facilities in Weimar Germany.

\*Schändung religiöser Symbole der Juden

#### **Frontkämpfer, jüdische**

Als jüdische Frontkämpfer galten nach der \*Ariergesetzgebung Juden, die im Ersten Weltkrieg an einer Schlacht, einem Gefecht, einem Stellungskampf oder einer Belagerung teilgenommen, und insbesondere solche, die das Abzeichen für Verwundete erhalten hatten. Entsprechend einer kurz vor der Machtergreifung veröffentlichten und auch danach viel zitierten Statistik des \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, fielen im Ersten Weltkrieg etwa 12.000 deutsche Juden als Frontsoldaten.

Die jüdischen Frontkämpfer wurden zunächst teilweise von der Diskriminierung durch die NS-\*Rassengesetzgebung ausgenommen. Diese Situation änderte sich jedoch allmählich nach dem Tod des Reichspräsidenten v. Hindenburg, obwohl jüdische Frontkämpfer auch später auf verschiedenen Gebieten privilegiert blieben. Sie wurden unter anderem in das sogenannte „Ghetto der Privilegierten“ in \*Theresienstadt deportiert, was jedoch letztlich wegen der \*Deportationen in die Vernichtungslager bzw. wegen der Lebensbedingungen im Ghetto nur einen Aufschub ihres Todes bedeutete.

#### **Frontsoldaten**

\*Frontkämpfer, jüdische

#### **Fuchs, Hermann Richard (1886-1970)**

\*Jurist und Ministerialbeamter; bis 1917 Richter in Berlin, ab 1919 im Wirtschaftsministerium, ab 1922 Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, 1933 entlas-

sen (\*Rechtsanwälte, jüdische). Berater der \*Reichsvertretung und ab 1936 Mitglied des \*Rates der Reichsvertretung, 1936-1938 Kuratoriums-Mitglied der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin; 1939 nach England ausgewandert.

### **Fürsorge, jüdische**

\*Wohlfahrtspflege, jüdische

## **G**

### **Galen, Clemens August Graf von (1878-1946)**

Katholischer Bischof von Münster, ab 1933 Erzbischof, nach Kriegsende Kardinal. Nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 (vgl. Zeittafel) wurde er verhaftet und war bis zum Kriegsende im \*KZ Sachsenhausen inhaftiert. Seine unerschrockenen Protestpredigten im Sommer 1941 und die danach folgenden Hirtenbriefe gegen die \*Euthanasie (vgl. u. a. ¶580) führten zu der offiziellen Einstellung des Euthanasie-Programmes auf Befehl Hitlers, das allerdings in unorganisierter Form bis 1945 fortgesetzt wurde. Ein ähnlicher Protest von Galens gegen den Massenmord an den Juden zwischen 1941 und 1945 (vgl. \*Deportationen und \*Endlösung) blieb aus. Bibl.: „Galen“, EH I, S. 502.

### **Galut(h)**

Hebr., Verbannung, Exil, Zerstreung; Diaspora

### **Geheime Staatspolizei**

\*Gestapo

### **Geltungsjude**

Ein deutscher Staatsangehöriger, der nur zwei jüdische Großeltern hatte, also eigentlich in die Kategorie der \*Mischlinge fiel, galt als Geltungsjude, wenn er zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der \*Nürnberger Gesetze der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte („Glaubensjude“) oder mit einem Juden verheiratet war.

Dagegen fielen die sogenannten „Rassejuden“, die aus der jüdischen \*Gemeinde ausgetreten oder zum Christentum konvertiert waren, in die Kategorie der „Volljuden“. Die Unterscheidung zwischen Voll- und Geltungsjuden sollte „lediglich der rassenbiologischen Verschiedenheit der beiden Gruppen Rechnung tragen“, hatte „aber keinerlei rechtliche Bedeutung“. Bibl.: Seidler/Rett, Reichssippenamt, S. 114 f.; Meyer, Jüdische Mischlinge, S. 101 f.

\*Konvertiten

\*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden

### **Gemeinde, jüdische/israelitische**

In verschiedenen Ländern Deutschlands auch: \*Israelitische Gemeinde, \*Israelitische/Jüdische Religionsgemeinde, \*Israelitische/Jüdische Kultusgemeinde/nach 1939 \*Kultusvereinigung.

\*Synagogengemeinde

### **Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden**

1925 gegründet; 1935 war die Auflage 2.200 Exemplare; ihr Erscheinen wurde nach der \*Kristallnacht eingestellt.

\*Presse, jüdische

### **Gemeindeblatt der jüdischen Gemeinde zu Berlin**

1911 gegründete jüdische Wochenzeitung; größte jüdische Lokalzeitung, wurde kostenlos an alle eingetragenen Gemeindemitglieder verteilt. Die Auflage sank von 90.000 im Jahr 1931 in den folgenden vier Jahren auf 52.000 und bis Ende 1936 auf



50.000 Exemplare. Das Blatt hatte, bevor es nach der \*Kristallnacht verboten wurde, eine Auflage von 39.000 Exemplaren.

\*Presse, jüdische

### **Gemeindeblatt der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt**

1922 gegründete, zweiwöchentlich erscheinende Zeitung; die Auflage sank von 8.000 im Jahre 1934 auf 6.000 im Jahre 1938; wurde nach der \*Kristallnacht aufgelöst.

\*Presse, jüdische

### **Gemeindeorthodoxie**

Strömung innerhalb der deutschen \*Orthodoxie, die im Gegensatz zur \*Austrittsorthodoxie ein Verbleiben in den eher \*liberalen Großgemeinden (\*Einheitsgemeinden) vorzog und in diesem Rahmen auch in der \*Reichsvertretung mitarbeitete.

\*Achduth

### **Gesamtarchiv der deutschen Juden**

Wurde 1905 auf jüdische Initiative gegründet; es sammelte Urkunden und Akten der jüdischen \*Gemeinden, Verbände, Vereinigungen und Stiftungen in Deutschland, literarische Nachlässe und Familienpapiere und überhaupt alle für die Geschichte der deutschen Juden bedeutsamen Dokumente, sowie weitere relevante Auszüge aus anderen Archiven in Deutschland; 1935 in „Gesamtarchiv der Juden in Deutschland“ umbenannt. Nach 1939 wurde es vom NS-\*Reichssippenamt für deren Nachforschungen über den Ariernachweis (\*Arierparagraph) benutzt und 1943 von diesem übernommen; sein letzter Leiter war Dr. Jacob \*Jacobson. Seine Bestände sind bis heute erhalten und befinden sich teils in Deutschland (Zentrum Judaicum Berlin), teils in Israel (The Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem).

### **Gestapa**

\*Gestapo

### **Gestapo (Referat Judentum)**

Wegen der besonderen Bedeutung, die das NS-Regime der Bekämpfung des Judentums beimaß, gehörte es zu den Aufgaben der Geheimen Staatspolizei, Leben und Tätigkeit der Juden und ihrer Organisationen zu überwachen (\*Überwachung). Dafür wurde in der Berliner Zentrale, dem Geheimen Staatspolizeiamt (\*Gestapa), ein besonderes „Referat Judentum“ (II 1 B 2) eingerichtet. Es arbeitete parallel zum Judenreferat des \*SD, wobei sich während der Zusammenarbeit fortwährend Kompetenzstreitigkeiten ergaben (vgl. Zeittafel 4. Juli 1934 und 1. Juli 1937). Nach der Gründung des \*Reichssicherheitshauptamtes im September 1939 wurden die Judenreferate des SD und der Gestapo in einem einzigen Judenreferat zusammengefaßt.

Anders als der SD besaß die Gestapo auch „exekutive Befugnisse“ u.a. zur Verhaftung und Inschutzhaftnahme (\*Schutzhaft) von Juden und zur Unterbindung oder Duldung antijüdischer Kundgebungen (\*Einzelaktionen). Die Gestapo entwickelte in der Judenpolitik eine eigene Linie. Die wichtigsten Untergliederungen für die Erstellung von Lage- und Stimmungsberichten waren die Stapostellen für die Regierungsbezirke und die Stapoleitstellen, die ab 1936 anstelle des früheren Gestapa für die verschiedenen Länder sowie für Berlin berichteten. Das Gestapa Berlin berichtete weiterhin unter seinem ursprünglichen Namen, und zwar über das ganze Reich. Bibl.: Zipfel, Gestapo und Sicherheitsdienst; ders., Gestapo und SD in Berlin; Aronson, Heydrich; Gellately, The Gestapo and German Society. Enfor-

cing Racial Policy; Drobisch, Die Judenreferate; Wildt, Die Judenpolitik des SD; ders., Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamts; Mallmann/Paul, Die Gestapo, Bd. I-II; Rürup, Topographie des Terrors; Johnson, Nazi Terror; „Gestapo“, EH I, S. 532-534.

### **Ghettos für Juden in der NS-Zeit**

Wurden als geschlossene jüdische Wohngebiete vorwiegend in den besetzten Gebieten Osteuropas errichtet. In Deutschland gab es auf Anordnung Hitlers keine Ghettos, da Deutschland das erste „judenfreie“ Land sein sollte. Tatsächlich wirkte die Ausgrenzung der Juden aus der deutschen Gesellschaft und Kultur einerseits und die Entwicklung des jüdischen Eigenlebens in Kultur und Erziehungswesen andererseits jedoch derart, daß man noch vor Kriegsbeginn von einem „unsichtbaren Ghetto“ sprechen konnte, vgl. ¶294. Die Juden wurden bis zu ihrer Deportation in sogenannten \*Judenhäusern konzentriert. Ab Oktober 1941 wurden sie in verschiedene Ghettos jenseits der Grenzen deportiert, vor allem nach \*Theresienstadt, Lodz, Warschau, Riga, Minsk und Kowno. Innerhalb kürzester Zeit starben viele auf Grund der unmenschlichen Bedingungen; der Rest kam bei örtlichen Vernichtungsaktionen ums Leben oder wurde in die \*Vernichtungslager weiterdeportiert. Das Leben der aus Deutschland deportierten Juden in den Ghettos wurde darüberhinaus durch soziale Spannungen mit den jeweiligen einheimischen Juden erschwert, welche sich schon länger im Ghetto befanden. Trotzdem beteiligten sich die deutschen Juden am sozialen und kulturellen Leben, sowie an der Bildungsarbeit in den Ghettos (im Ghetto Theresienstadt auch an führender Stelle in der Ghettoverwaltung). Bibl.: „Ghetto“, EH II, S. 535; „Theresienstadt“, EH III, S. 1403-1407; Barkai, German Speaking Jews in Eastern European Ghettos.

### **Glaserfeld, Bruno (1881-1949)**

Jüdischer \*Arzt in Berlin; langjähriger Vorstand des \*CV-Landesverbands Groß-Berlin; Verordneter der DDP Berlin-Schöneberg; 1939 über Frankreich nach La Paz/Bolivien ausgewandert, wo er 1949 starb.

### **Glaubensbewegung der Deutschen Christen**

\*Kirchen und NS-Judenpolitik

### **Glaubensjuden**

\*Geltungsjuden

### **Gleichschaltung**

In der NS-Propaganda verwendeter Begriff für die Ausrichtung von Organisationen, Verbänden, Parteien und des kulturellen Lebens, insbesondere der Presse und des Rundfunks auf die NS-Ideologie, mit dem Ziel, jeden einzelnen Volksgenossen zu ergreifen. Da die deutsche Volksgemeinschaft nun auf der Zugehörigkeit zur \*arischen Rasse aufgebaut war, blieb das deutsche Judentum nach seinem Ausschluß aus dem deutschen Leben intern von der Gleichschaltung verschont. Paradoxerweise herrschte demzufolge in der jüdischen Gesellschaft und den jüdischen Organisationen bis 1938 und z.T. sogar bis zur \*Endlösung ein weitgehender politischer und kultureller Pluralismus. Bibl.: Kulka, Deutsches Judentum I, S. 14; 30 f.

### **Goebbels, Joseph (1897-1945)**

Als Gauleiter der NSDAP in Berlin (seit 1926) und besonders seit 1933 als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda war er der Hauptverantwortliche für die aggressive antisemitische Hetzpropaganda im Dritten Reich. Die in seinem Ministerium 1933 errichtete Reichskulturkammer „säuberte“ die Medien und das öffentliche Kulturleben in Deutschland systematisch von Juden. Mittels

seines „Sonderbeauftragten für die Überwachung der Nichtarier“ Hans \*Hinkel kontrollierte er weite Bereiche des jüdischen Lebens, insbesondere der \*Erwachsenenbildung und der jüdischen \*Presse. Er spielte bei der Entfesselung des \*Kristallnacht-Pogroms eine entscheidende Rolle. Nach dem Verbot der Presse und der Auflösung der meisten jüdischen Organisationen im November 1938 beschränkten sich seine Befugnisse in der Judenfrage auf die antijüdische Propagandatätigkeit und bis September 1941 auf die Kontrolle des Kulturbundes und des einzigen \*Jüdischen Nachrichtenblattes. Goebbels regte u.a. die im September 1941 reichsweit eingeführte \*Kennzeichnung der Juden durch den gelben Stern an. Er war einer der schärfsten Gegner der geheimen SD-Berichterstattung, besonders in den Kriegsjahren, und versuchte vergeblich, auf ihre Einstellung hinzuwirken, da er eine zersetzende Wirkung befürchtete. Seine Tagebücher sind eine wichtige historische Quelle, u.a. auch für Hitlers Judenpolitik und die \*Endlösung. Bibl.: Goebbels, Tagebücher (Hrsg. E. Fröhlich).

**Goetz, Georg (1892-1968)**

Publizist; geboren in Kopenhagen, 1917-1925 Kaufmann in Danzig und Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde dort; 1925-1934 Generalsekretär der \*Vereinigung für das liberale Judentum; 1926-1938 Laienprediger in Berlin und Chefredakteur des Mitteilungsblatts der jüdischen Reformgemeinde und des Gemeindeblatts für die Jüdische Gemeinde Preußens; 1933-1938 kurzfristig in Haft; auf Umwegen nach Dänemark ausgewandert.

**Goldmann, Nachum (1895-1982)**

Deutsch-jüdischer Vereinsfunktionär und Politiker; Mitglied im Hauptvorstand der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland, ab 1926 Mitglied im Aktionskomitee der \*Zionistischen Weltorganisation, 1932-1936 aktiv beteiligt bei der Gründung des \*Jüdischen Weltkongress (1936), 1933 Ausweisung in die Schweiz; 1934-1940 Vertreter der \*Jewish Agency beim Völkerbund in Genf; ab 1940 in den USA; ab 1962 in Israel. Goldmann war jahrelanger Präsident der Zionistischen Weltorganisation. Er unternahm die ersten Schritte zu den Wiedergutmachungsverhandlungen mit der deutschen Regierung unter Konrad Adenauer.

**Gordon, Juda Löb (1830-1892)**

Jüdischer Schriftsteller, Dichter, Journalist und Kritiker; einer der bedeutenden Sprachschöpfer des modernen Hebräisch.

**Göring, Hermann (1893-1946)**

Als erster nationalsozialistischer preußischer Innenminister seit 1933 für Aufbau und Organisation der \*Gestapo und ihres Judenreferates verantwortlich. Ab 1936 war er als Beauftragter für den Vierjahresplan auch weitgehend für die Judenpolitik, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, zuständig. Nach der \*Kristallnacht erlegte er dem gesamten deutschen Judentum eine „Kontribution“ von 1 Milliarde Reichsmark auf und war zuständig für die vollkommene „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“. Im Januar 1939 errichtete er die \*Reichszentrale für jüdische Auswanderung. Göring ist der Unterzeichner des Briefes vom 31. Juli 1941 an \*Heydrich, der als eines der wichtigsten Dokumente für den Beginn der \*Endlösung gilt. Nach seiner Verurteilung zum Tode durch das Nürnberger Militärtribunal verübte er kurz vor seiner Hinrichtung Selbstmord. Bibl.: Kube, Pour le mérite ... Hermann Göring; Aly, Staatliche Ordnung und organische Lösung. Die Rede Hermann Görings „über die Judenfrage“.

**Gottschalk, Julius (1898-1943)**

Lehrer in Aurich, ab 1941 auch Alters- und Siechenheimdirektor in Hamburg; 1943 wurde er nach \*Theresienstadt deportiert, wo er umkam.

**Grau, Wilhelm (1910-2000)**

Leiter der mit der „wissenschaftlichen“ antijüdischen Forschung beauftragten „Forschungsabteilung Juden“ innerhalb des 1935 gegründeten „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“. Erster Leiter des 1939 von Alfred Rosenberg gegründeten „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“; er verfaßte u.a.: Die Judenfrage als Aufgabe geschichtlicher Forschung, München 1943.

**Greuelhetze, Greuelnachrichten**

\*Greuelpropaganda

**Greuelpropaganda, jüdische**

Im NS-Sprachgebrauch allgemeine Bezeichnung für Kritik und Verurteilung des nationalsozialistischen Regimes und seiner Exzesse durch die weltweite öffentliche Meinung; erstmals verwendet als Vorwand für den antijüdischen \*Boycott vom 1. April 1933. Während der \*Endlösung wurden auch die sporadisch im Ausland auftauchenden Nachrichten über die Massenvernichtung der Juden vom Regime als Greuelpropaganda bezeichnet.

**Grohé, Josef (1902-1988)**

NS-Politiker; 1922 Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Köln. Nach Wiederbegründung der NSDAP im Jahr 1925 Gaugeschäftsführer für Rheinland-Süd, Hauptschriftleiter des „Westdeutschen Beobachter“; 1931 Gauleiter von Köln; ab 1933 Preußischer Staatsrat und Mitglied des Reichstages; 1942 Reichsverteidigungskommissar und Reichskommissar für die besetzten Gebiete Belgien und Nordfrankreich. Nach einem Entnazifizierungsverfahren verbüßte er bis 1950 eine Haftstrafe.

**Gronemann, Sammy (1875-1952)**

Jurist und Schriftsteller; Ausbildung am Rabbinerseminar, seit 1901 Delegierter auf den \*Zionistenkongressen, ab 1906 \*Rechtsanwaltspraxis in Berlin und Syndikus des Verbandes deutscher Schriftsteller. Gronemann wanderte 1933 nach Frankreich aus, 1936 weiter nach Palästina; er starb 1952 in Tel Aviv.

**Großdeutsches Reich**

\*Altreich

**Grüber, Heinrich (1891-1975)**

Evangelischer Theologe; im Pfarr- und Sozialdienst tätig. Er gründete 1937 das \*Büro Grüber, das sich der verfolgten Christen jüdischer Abstammung annahm. 1940-1943 im \*Konzentrationslager Sachsenhausen interniert, nahm er gleich nach seiner Freilassung seine Hilfstätigkeit wieder auf; 1960 sagte er in Jerusalem im Prozeß gegen \*Eichmann aus.

\*Büro Grüber

**Grün, Iwan Jacob (1901-1981)**

\*Rabbiner; 1925-1927 liberaler Rabbiner in Frankfurt/O., 1928-1939 in Danzig; 1935-1938 Präsident der \*Bne-Brith Borussia Loge in Danzig; Vorstandsmitglied der (\*reformierten) World Union for Progressive Judaism; 1939 Auswanderung in die USA.

**Grünwald, Max (1899-1992)**

\*Rabbiner; 1925-1937 Rabbiner in Mannheim und Initiator des jüdischen \*Lehrhauses; ab Mai 1936 Mitglied des \*Präsidialausschusses der Reichsvertretung, 1938 Auswanderung nach \*Palästina und von dort 1939 in die USA.

## **Gruppenemanzipation**

\*Emanzipation

### **Grynszpan, Herschel (1921)**

Geboren in Hannover als Sohn einer jüdischen Familie, die 1911 aus Polen nach Deutschland immigriert war. Grynszpan war bei Verwandten in Paris, als ihn die Nachricht über die Abschiebung von ca. 15-17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit (vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938; sowie \*Deportation), darunter seine Familie, aus Deutschland nach Polen erreichte. Grynszpan beabsichtigte offensichtlich, den deutschen Botschafter in Paris am 7. November 1938 in einer demonstrativen Protestaktion zu erschießen, tötete jedoch den Legationsrat vom Rath. Das NS-Regime nutzte den Anschlag als Vorwand für den \*Kristallnacht Pogrom. Grynszpan wurde 1940 von Frankreich an Deutschland ausgeliefert und im \*Konzentrationslager Sachsenhausen, später in Berlin-Moabit inhaftiert; er gilt seit 1942 als verschollen. Bibl. in.: Heiber, Der Fall Grünspan; Kaul, Der Fall Herschel Grynszpan.

### **Gustloff, Wilhelm (1895-1936)**

NS-Funktionär; geboren in Schwerin, lebte ab 1917 in Davos; trat 1929 in die NSDAP ein; war ab 1932 Landesgruppenleiter der NSDAP in der Schweiz. Er wurde am 4.2.1936 von dem jüdischen Studenten David \*Frankfurter erschossen. Die deutsche Propaganda machte aus der Tat ein Komplott des „Weltjudentums“. Hitler veranlaßte die Ausarbeitung exakter Pläne für weitreichende Vergeltungsaktionen gegen die deutsche Judenschaft. Wegen der bevorstehenden Rheinlandbesetzung benahm sich Hitler beim Staatsbegräbnis für Gustloff jedoch schließlich maßvoll, verbot \*Einzelaktionen und verzichtete auf die Realisierung der geplanten Vergeltungsmaßnahmen. Bibl.: Domarus, Hitler, S. 571-575.

### **Guthmann, Georg (1907)**

\*Rechtsanwalt und Notar; Hilfsrichter am Gericht in Frankfurt/M.; engagierter Zionist, Präsidiumsmitglied der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und deren Sekretär in Süd- und Westdeutschland; Sekretär der \*Keren Kajemeth Lejisrael. Guthmann wanderte 1937 nach \*Palästina aus.

## **H**

### **Ha'avara (-Abkommen)**

Hebr., Transfer; Abkommen des Reichswirtschaftsministeriums mit der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und der Anglo-Palestine Bank über den Transfer jüdischen Kapitals (Devisen in beschränkter Höhe und Waren) aus Deutschland nach \*Palästina, damit deutsche Juden mit Kapitalistenvisa (\*Zertifikate) nach Palästina emigrieren konnten. Als Beratungsstelle und finanzielles Instrument zur Durchführung des Ha'avara-Abkommens wurde 1933 die Palästina Treuhandstelle (Paltreu) gegründet. Das Interesse des NS-Regimes an dem Abkommen zu dieser Zeit war, die Auswanderung der Juden aus Deutschland mit allen Mitteln voranzutreiben, das jüdische Interesse, möglichst viele Juden und zumindest einen Teil ihres Vermögens durch \*Auswanderung zu retten. Die \*Reichsvertretung konnte darüber hinaus einen gewissen Teil des aufgrund der Beschränkung des Vermögenstransfers in Deutschland verbleibenden Kapitals von Einzelpersonen zur Unterstützung der Auswanderung mittelloser Juden verwenden. Innerhalb der weltweiten jüdischen Öffentlichkeit führte das Abkommen mit dem NS-Regime zu einer heftigen Kontroverse und zur Spaltung der zionistischen Bewegung (\*Zionisten-Revisionisten). Das Ha'avara-Abkommen war von August

1933 bis kurz nach Kriegsbeginn in Kraft; Tausende deutscher Juden konnten auf diesem Weg dem NS-Regime entkommen und sich mit einem Teil ihres Vermögens eine neue Existenz in Palästina aufbauen. Ein ähnliches Abkommen mit dem Regime zum Vermögenstransfer in andere Auswanderungsländer wurde im Mai 1937 erzielt und führte zur Gründung der Allgemeinen Treuhandstelle für Jüdische Auswanderung (Altreu) in Berlin. Bibl.: Feilchenfeld, Haavara; Barkai, Boykott, Kap. 6 und 10; „Haavara Abkommen“, EH II, S. 589 f.

### **Habonim–Noar Chaluzi**

Hebr., Bauleute; zionistisch-sozialistische Pionierjugend, die sich 1925 als Jung-Jüdischer Wanderbund \*Brith Ha'olim organisierte; wurde 1938 als selbständige Organisation aufgelöst; wirkte noch während des Zweiten Weltkriegs zum Teil in \*Hachschara-Zentren und zum Teil im Untergrund.

### **Hachschara**

Hebr., Vorbereitung; berufliche Ausbildung und Umschulung (\*Umschichtung) junger Juden für die \*Auswanderung nach \*Palästina (\*Alija); vor allem innerhalb der \*Hechaluz-Bewegung. Nach anfänglichem Widerstand seitens der Bevölkerung, der in manchen Fällen zur Auflösung von Hachschara-Zentren führte, unterstützte die Regierung später die Hachschara, um die Auswanderung zu fördern. Die Vorbereitung fand auf landwirtschaftlichen Gütern in verschiedenen Teilen Deutschlands statt und wurde v.a. nach der Machtergreifung ein wichtiges Instrument zur Vorbereitung auf das Leben in den Kollektivsiedlungen Palästinas (\*Kibbuz). Der \*Misrachi, die \*Agudas Jisroel und der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hatten eigene Vorbereitungszentren. Die Zahl der Hachschara-Zentren nahm in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zu; mehrere von ihnen setzten ihre Tätigkeit auch während der Kriegsjahre, bis zu ihrer Auflösung und der \*Deportation ihrer Mitglieder in die \*Vernichtungslager in den Jahren 1942/43 fort. Bibl.: König, David; Schwersenz/ Wolff, Jüdische Jugend im Untergrund; Unna, Anfänge der religiösen Kibbuzbewegung; Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe, S. 379-391.

### **Hakoach**

Hebr., die Kraft; zionistischer Sportverein, in Wien gegründet, betätigte sich auch in Deutschland und in der Tschechoslowakei.

\*Makkabikreis

### **Halacha**

Hebr., Lebenswandel; das jüdische Religionsgesetz, die religiöse Praxis; genaue normative Gebote für alle Lebensbereiche, welche die allgemeinen ethischen und religiösen Pflichten konkretisieren. Die Halacha beruht auf dem biblischen Gesetz (\*Tora), das über Generationen im \*Talmud und in der späteren rabbinischen Literatur normativ ausgelegt wurde. Nach der halachischen Definition wird die Zugehörigkeit zum Judentum durch die Abstammung von einer jüdischen Mutter oder durch Konversion zum Judentum bestimmt; wer sich zu einer anderen Religion bekennt, gilt nach dem Religionsgesetz nicht mehr als Jude. Die religiösen Strömungen innerhalb des Judentums (\*Orthodoxie und \*Reformjudentum) unterscheiden sich vor allem in ihrem Verständnis der Halacha.

### **Halberstädter Verband**

\*Reichsbund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands (Halberstädter Verband)

### **Halbjuden**

\*Mischlinge

### **Hapo'el Haza'ir**

Jüdisch-sozialistische Arbeiterpartei, 1906 in \*Palästina entstanden; lehnte jeden Dogmatismus, auch den marxistischen Sozialismus mit seiner These des Klassenkampfes, ab. Hapo'el Haza'ir war von Anfang an mit der \*Kibbuzbewegung eng verbunden. Nach dem Vorbild der Partei in Palästina haben sich nach dem Ersten Weltkrieg ähnliche Gruppen in Europa gebildet, u.a. auch in Deutschland.

### **Haschomer Haza'ir (Schomer)**

Hebr., der junge Wächter; zionistisch-sozialistische Arbeiter-Jugend-Bewegung mit radikal kollektivistischer linkssozialistischer Orientierung; verbreitete sich seit 1913 in verschiedenen, meist osteuropäischen Ländern. 1924 Weltorganisation in Danzig gegründet. 1927 gründete der Haschomer Haza'ir den \*Kibbuz Arzi in \*Palästina. Vor Ausbruch des 2. Weltkriegs ca. 70.000 Mitglieder, die meisten in \*Hachschara-Zentren und Kibbuzim. Die Bewegung begann ihre Arbeit in Deutschland 1923/24 als „Jüdischer Pfadfinderbund Haschomer Haza'ir“. Sie war hier eine verhältnismäßig kleine elitäre Bewegung, deren Mitglieder zum Großteil als Begründer und Mitglieder von Kibbuzim nach Palästina gingen. Die deutsch-jüdische Jugendbewegung der \*Werkleute schloß sich nach 1933 dem in Palästina schon bestehenden Haschomer Haza'ir und seinen Kibbuzim an. Der Schomer wurde 1938 nach den Novemberpogromen offiziell aufgelöst. Der Schomer in Palästina befürwortete bis zur Staatsgründung eine Politik der jüdisch-arabischen Verständigung und die Einrichtung eines binationalen Staates. Bibl.: Reinharz, Haschomer Haza'ir in Nazi Germany.

### **Hauptstelle für jüdische Wanderungsfürsorge**

Wurde 1925 für Flüchtlinge des Ersten Weltkrieges gegründet, arbeitete ab 1933 im Rahmen des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau und wurde mit ihm 1935 der \*Reichsvertretung angegliedert. Als „Hauptstelle für Wanderungsfürsorge bei der Reichsvertretung“ betreute sie Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in ihre ursprünglichen Heimatländer zurückkehrten; sie unterstützte 1937 587, 1938 (bis Ende Oktober) 1.060 \*Rückwanderer. Nach der Zwangsabschiebung der ca. 15-17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit am 27.-29. Oktober 1938 (vgl. Zeittafel) und dem darauffolgenden \*Kristallnacht pogrom wurde die Arbeit der Hauptstelle zeitweilig lahmgelegt; sie ging zusammen mit dem ZAHA am 17. Februar 1939 (vgl. Zeittafel) in der Reichsvereinigung der deutschen Juden auf. Bibl.: Reichsvertretung, Arbeitsberichte 1937, 10, S. 37-42.

### **Hebräisch (Iwrit)**

Im nationalsozialistischen Deutschland, wie überhaupt in der Moderne, spielte die hebräische Sprache auf zwei Gebieten eine Rolle: 1) als sakrale Sprache, Gebetsprache in den \*Synagogen und bei der religiösen Ausbildung, sowohl in traditionellen Institutionen (\*Tora-Studium), als auch im Religionsunterricht an säkularen Schulen; 2) als moderne Umgangs- und Literatursprache in der Erziehungsarbeit der \*zionistischen Bewegung mit Ausrichtung auf die \*Alija. Der Unterricht des modernen Hebräisch wurde vom NS-Regime explizit gefördert, da er der \*Auswanderung dienlich war. Englisch- und Hebräischkurse wurden daher auch häufig in die Lehrprogramme der \*Erwachsenenbildung und \*Berufsumschichtung aufgenommen. Diese Unterrichtsprogramme wurden auch noch zu einer Zeit, da die meisten Institutionen in der Folge der \*Kristallnacht bereits zerstört oder aufgelöst waren, im Rahmen der \*Reichsvereinigung und der \*Hachschara-Zentren

fortgesetzt. Der Hebräischunterricht konnte bis zu den \*Massendeportationen aufrechterhalten werden.

Die Verwendung von hebräischen oder \*jiddischen Ausdrücken stellte für die \*Überwachung jüdischer Versammlungen ein zunehmendes Problem dar; die Lageberichte erwähnen in diesem Zusammenhang des öfteren die Forderung nach einem Verbot dieser „Geheimsprache“. Ein offizielles Verbot ist uns allerdings nicht bekannt. Bibl.: Walk, Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich; Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 89; Schwersenz, Jüdische Jugend im Untergrund; Borinski, Erinnerung 1940-43.

### **Hechaluz**

Hebr., der Pionier; Weltverband der Chaluzbewegung, deren Ziel die Vorbereitung junger Juden auf das Arbeitsleben in \*Palästina, vor allem in den \*Kibbuzim, war. Grundgedanke der Chaluzbewegung war die Revolutionierung und Erneuerung des jüdischen Lebens durch Arbeit, die erneute Verbindung mit dem Land Palästina und die Produktivierung der Juden. Die Mitglieder in Palästina gehörten der sozialistischen Gewerkschaft Histadruth an. Der Weltverband des Hechaluz wurde 1921 mit Zentrale in Warschau gegründet. Der deutsche Landesverband wurde 1922 gegründet, zählte 1933 ca. 500, 1935 ca. 14.000 Mitglieder; er wurde nach der \*Kristallnacht im November 1938 als selbständige Organisation aufgelöst. Tausende Mitglieder des Hechaluz in Deutschland wanderten in den Jahren 1933-1941 legal und illegal nach Palästina aus und leisteten einen beträchtlichen Beitrag zum Aufbau der Kibbuzbewegung. Sie gründeten auch eigene Kibbuzim, in denen die kulturellen Traditionen des deutschen Judentums gepflegt wurden. Sein Publikationsorgan: Blätter des Hechaluz. Bibl.: Borinski, Erinnerungen 1940-43; König, David; Schwersenz/Wolff, Jüdische Jugend im Untergrund.

\*Hachschara

### **Heimeinkaufsvertrag**

Die meisten ab Juli 1942 aus Deutschland zur \*Deportation nach \*Theresienstadt Bestimmten wurden durch ein Rundschreiben der \*Reichsvereinigung auf Anweisung des \*RSHA angehalten, sogenannte „Heimeinkaufsverträge“ abzuschließen, wenn ihr liquides Vermögen (einschließlich Wertpapiere, etc.) 1.000 RM überstieg. Diese Verträge spiegelten älteren Menschen vor, daß sie sich dadurch das Recht auf Unterkunft und Verpflegung in einem Altersheim erwerben würden. Tatsächlich waren sie in Theresienstadt unter den schlimmsten Bedingungen untergebracht, so daß sie bald starben, oder sie wurden von dort in die \*Vernichtungslager deportiert. Das so erpreßte Geld wurde auf das „Sonderkonto H“ der Reichsvereinigung beim Bankhaus Heinz Tecklenburg & Co. überwiesen, welches dem Zugriff des \*RSHA ausgesetzt war. Bibl.: Adler, Verheimlichte Wahrheit, S. 48-60.

### **Henschel, Moritz (1879-1946)**

Letzter Vorsitzender der jüdischen \*Gemeinde Berlin (1940-1943) und als solcher Mitglied des Vorstandes der \*Reichsvereinigung. Geboren in Breslau, \*Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin. Er wurde im Juni 1943 nach \*Theresienstadt deportiert, wo er als Mitglied des Ältestenrates der jüdischen Ghettoleitung das Ende des Krieges erlebte. Noch 1945 wanderte er nach \*Palästina aus und starb ein Jahr später in Tel Aviv.

### **Herzfeld, Ernst Salomon (1875-1948)**

\*Jurist, jüdischer Funktionär; 1902-1903 \*Rechtsanwalt in Posen, 1903-1936 in Essen; ab 1903 Vorsteher des \*Centralverein-Landesverbandes Rheinland, 1936-1938



letzter Präsident des Centralvereins, Vorstandsmitglied und Vizepräsident der Jüdischen \*Gemeinde Essen, 1933-1938 Mitbegründer und Mitglied des \*Beirates der Reichsvertretung. 1939 wanderte er nach \*Palästina aus.

#### **Herzfeld, Julius Ernst (1905-1961)**

\*Jurist, jüdischer Jugendführer; Sohn von Ernst Salomon \*Herzfeld, seit 1922 Präsident des Verbandes jüdischer Jugendvereine Deutschlands, später in der Bundesleitung; aktiv im Rat des Preußischen \*Landesverbandes, im \*Centralverein und im \*Esra; 1931-1933 \*Rechtsanwalt in der Kanzlei seines Vaters in Essen; beteiligte sich an der Initiative zur Gründung der „neuen“ \*Reichsvertretung; 1933-1938 nach Berufsverbot Versicherungsagent in Essen; 1938 wanderte er nach Argentinien aus.

#### **Herzl, Theodor (Benjamin Seev) (1860-1904)**

Journalist und Schriftsteller in Wien; 1891-1995 Pariskorrespondent für die „Neue Freie Presse“. Unter dem Eindruck des ersten Dreyfusprozesses verfaßte er die Schrift „Der Judenstaat“, mit der er den Anstoß zur Entstehung des politischen Zionismus gab. Auf dem ersten Baseler Zionistenkongreß 1897 (\*Baseler Programm) gründete Herzl die \*Zionistische Weltorganisation, deren Präsident er bis zu seinem frühen Tod blieb. Bibl.: Bein, Theodor Herzl; Friedmann, Das Leben Theodor Herzls.

#### **Herzlia, nationale Jugend**

Jugendgruppe der \*Staatszionistischen Organisation in Deutschland; benannt nach Theodor Herzl.

\*Betar

#### **Heß, Rudolf (1894-1988)**

Stellvertreter Hitlers als Parteiführer; 1920 Beitritt zur NSDAP; 1923 am Hitlerputsch beteiligt, wurde zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt. 1924 diktierte ihm Hitler „Mein Kampf“, seitdem war er Hitlers Privatsekretär. Seit 1933 Stellvertreter Hitlers als Parteiführer. In dieser Eigenschaft war er unter anderem für die Formulierung, Weiterleitung und Durchführung von Hitlers Anweisungen in der „Judenfrage“ verantwortlich (bis 1937 veröffentlicht in: Heß, Anordnungen des Stellvertreters des Führers). Im Nürnberger Prozeß wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt und saß bis zu seinem Tod im Spandauer Gefängnis.

#### **Heydrich, Reinhard (1904-1942)**

Als engster Mitarbeiter \*Himmlers und Chef der \*Gestapo und des \*SD war er u.a. für die \*Überwachung und Bekämpfung der „weltanschaulichen Gegner“ wie „Marxismus, Sozialdemokratie, politische Kirchen und Judentum“ und in diesem Zusammenhang für die Erstellung der SD-Lageberichte verantwortlich. In den SD-Dokumenten erscheint sein Name verschlüsselt als „C“ (Chef).

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre hatte er entscheidenden Anteil an der Radikalisierung der Maßnahmen zur „Entjudung Deutschlands“. Nach Kriegsausbruch war er maßgeblich an allen Phasen der NS-Judenpolitik bis zur \*Endlösung der Judenfrage beteiligt. Am 27. Mai 1942 (vgl. Zeittafel) wurde er in Prag bei einem Anschlag zweier, von der tschechischen Exilregierung in London entsandter Widerstandskämpfer tödlich verletzt und starb in der folgenden Woche; zu den darauffolgenden Vergeltungsmaßnahmen gehörten Hinrichtungen von Juden und besondere Straftransporte in den „Osten“. Bibl.: Whiting, vgl. Heydrich; vgl. \*SD.

#### **HIAS**

Abk. für Hebrew Immigrant Aid Society, 1888 in New York gegründete Einwanderungs-Hilfsorganisation; zunächst nur für jüdische Einwanderer aus Osteu-

ropa. 1933-1941 unterstützte und organisierte HIAS im Rahmen von \*HICEM und in Zusammenarbeit mit dem \*Hilfsverein die Auswanderung deutscher Juden in alle Länder der Welt außer \*Palästina; die Auswanderung dorthin wurde vom \*Palästina-Amt organisiert.

### **HICEM**

Zusammenschluß von \*HIAS, \*Jewish Colonization Association und dem Emigrationsdirektorium; 1927 in Paris gegründete jüdische Auswanderungs-Hilfsorganisation, wirkte ab 1940 bis zu ihrer Auflösung 1945 in New York. Ihre Aufgaben und ihr Kapital wurden vom HIAS übernommen.

### **Hilfsverein der deutschen Juden**

eine der größten jüdischen Wohlfahrtsorganisationen Anfang des 20. Jahrhunderts; 1901 in Berlin gegründet mit der Aufgabe, „die sittliche, geistige und wirtschaftliche Entwicklung der Glaubensgenossen, insbesondere im östlichen Europa und in Asien, zu fördern“. Die Tätigkeit des Hilfsvereins erstreckte sich hauptsächlich auf Hilfsmaßnahmen bei Pogromen und Kriegskatastrophen, auf die Förderung des jüdischen Schulwesens im Orient (inkl. Palästina) und in Osteuropa, sowie auf die Auswanderungsfürsorge. Unter der NS-Herrschaft wurde der Hilfsverein im Rahmen des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau (ZAHA) bei der \*Reichsvertretung zu der von den Reichsbehörden anerkannten Zentralorganisation für die Betreuung der \*Auswanderung der Juden aus Deutschland in andere Länder als Palästina (\*Palästina-Amt). Nach den \*Nürnberger Gesetzen änderte er, ähnlich dem \*Centralverein und der Reichsvertretung seinen Namen in „Hilfsverein der Juden in Deutschland“. Er behielt seinen Sitz in Berlin und eröffnete bis 1938 in Deutschland 18 Beratungsstellen. 1939 wurde er in die Wanderungsabteilung der \*Reichsvereinigung eingegliedert.

### **Himmler, Heinrich (1900-1945)**

War von Hitler mit der \*Endlösung der Judenfrage betraut worden; als Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei und mittels des ihm direkt unterstellten \*Heydrich befehligte er die \*Gestapo, den \*SD, sowie die \*Konzentrations- und Vernichtungslager. Er war an der ideologischen Entwicklung der NS-Rassenlehre beteiligt, die als Grundlage für die Rassenpolitik des Dritten Reiches, sowohl gegenüber „fremdrassischen“ Völkern als auch bei den verschiedenen Versuchen zur „Züchtung der arischen Rasse“ diente. In seinem Auftrag wurden, trotz ständiger Angriffe durch \*Goebbels und andere, ab 1934 bis fast zum Ende des Krieges die geheimen SD-Berichte verfaßt. Nach Kriegsende wurde er auf der Flucht von den Briten erkannt, festgenommen und beging Selbstmord. Bibl.: Breitman, Architekt der Endlösung; Buchheim, Die SS.

### **Hinkel, Hans (1901-1960)**

Journalist und Redakteur für mehrere NS-Zeitungen und Zeitschriften, u.a. 1930-1932 Berliner Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“. 1930 Mitglied des Reichstags. Nach der Gründung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda wurde er Leiter der Abteilung für „Besondere Kulturaufgaben“, dann von \*Goebbels zum Geschäftsführer der Kulturkammer ernannt. Als „Sonderbeauftragter für die Überwachung der \*Nichtarier“ auf kulturellem Gebiet war er für den \*Kulturbund deutscher Juden verantwortlich, bis dieser 1941 aufgelöst wurde. Bibl.: Steinweis, Hinkel; Geisel, Das Büro Hinkel.

### **Hirsch, Otto (1885-1941)**

Jüdischer Politiker, geschäftsführender Vorsitzender der \*Reichsvertretung 1933-1939 und der späteren Reichsvereinigung 1939-1941; ab 1911 \*Rechtsanwalt und ab

1920 Ministerialrat im württembergischen Innenministerium. Seit 1919 aktiv in jüdischen Organisationen; vertrat Württemberg in der Weimarer Nationalversammlung und war Mitglied der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris. Hirsch war führendes Mitglied im \*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und unterstützte die jüdische Ansiedlung in \*Palästina. Er war Vorsitzender des Jüdischen \*Lehrhauses in Stuttgart. Im September 1933 wurde er nach Berlin berufen, um die Leitung der (neuen) Reichsvertretung als ihr geschäftsführender Vorsitzender zu übernehmen. Neben dem Präsidenten Leo \*Baek war er die eigentlich tragende Gestalt der Reichsvertretung sowie der Reichsvereinigung und wurde als ihr Repräsentant gegenüber dem NS-Regime mehrmals festgenommen, das letzte Mal am 16. Februar 1941. Einige Monate später wurde er ins \*Konzentrationslager Mauthausen verschleppt, wo er am 19. Juni 1941 starb. Bibl.: Marx, Otto Hirsch; Sauer, Otto Hirsch; Zelzer, Weg und Schicksal.

### **Hirsch, Samson Raphael (1808-1888)**

\*Rabbiner; geboren in Hamburg, gestorben in Frankfurt/M.; Begründer und geistiger Führer der Neo-\*Orthodoxie, die das gesetzestreue Judentum mit moderner Bildung und Lebensweise verband; Rabbiner der „Israelitischen Religionsgesellschaft“ in Frankfurt/M., die sich von der Gesamtgemeinde abgespalten hatte (\*Austrittsgemeinde). Seine zahlreichen Schriften hatten auch im Dritten Reich in und außerhalb der Neo-Orthodoxen Bewegung große Bedeutung.

### **Hirschberg, Alfred (1901-1971)**

Deutsch-jüdischer Vereinsfunktionär; \*Rechtsanwalt, 1920-1938 in der Leitung des \*Centralvereins (CV) tätig, zunächst als Jugendreferent, ab 1929 als Syndikus; 1933 Chefredakteur der CV-Zeitung; Mitglied des \*Bne Brith; nichtzionistisches Mitglied der \*Jewish Agency; 1933 Mitarbeit in der \*Reichsvertretung der deutschen Juden; 1939 Auswanderung nach England, 1940 nach Brasilien.

### **Histadruth**

Größter Gewerkschaftsverband in Palästina; 1920 gegründet, umfaßte sowohl die Arbeiterschaft der landwirtschaftlichen Kollektivsiedlungen (vgl. \*Kibbuzim u.a.), als auch die Mehrheit der städtischen Arbeiter, gründete die erste und größte Krankenkasse und betätigte sich maßgeblich am Ausbau der Kulturarbeit. Als solcher hatte die Histadruth nach 1933 eine wichtige Rolle bei der Aufnahme der aus Deutschland geflohenen Einwanderer.

### **Hitlerjugend (HJ)**

Nationalsozialistische Jugendorganisation, 1922 gegründet, umfaßte verschiedene Jugendgruppen: NS-Schülerbund, Deutsches Jungvolk für Jungen ab zehn Jahren; ab 1928 wurden auch Mädchen zugelassen, ab 1930 unter dem separaten Namen „\*Bund deutscher Mädel“ (BDM). Zum allgemeinen Aufbau und zur Entwicklung der Organisation vgl. EH und ENS. Aufgrund der ideologischen Erziehung zum Antisemitismus kam es im Alltag und im Schulleben zu Demütigungen und Gewalttätigkeiten gegen jüdische Jugendliche.

Nicht selten kollidierte die in der HJ und beim BDM erlernte Rassenideologie mit der Haltung und Einstellung zu den Juden und zum Judentum, die im kirchlichen Religionsunterricht vermittelt wurden (vgl. \*Kirche und NS-Judenpolitik).

Die HJ beteiligte sich an vielen \*Einzelaktionen, insbesondere an \*Friedhofsschändungen, aber auch an Ausschreitungen im Zuge der \*Kristallnacht. Gegen Ende des Krieges wurden sie zur Bewachung der Todesmärsche bei der Evakuierung der überlebenden Häftlinge aus den \*Konzentrationslagern herangezogen. Bibl.:

Maschmann, Fazit. Mein Weg in der Hitlerjugend; Klönne, Jugend im Dritten Reich; Rempel, Hitlers Children.

HJ

\*Hitlerjugend

**Hochschule für die Wissenschaft des Judentums (Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums)**

\*Rabbinerseminare

**Hoffmann, Jacob (1881-1956)**

\*Rabbiner; zunächst in Österreich, Mähren und der Bukowina, ab 1922 orthodoxer Rabbiner der Großgemeinde in Frankfurt, gründete und leitete dort eine Jeschiwa (\*Talmud-Hochschule), war aktiv im \*Misrachi. Mitglied des Preußischen \*Landesverbandes Jüdischer Gemeinden und ab 1933 Mitglied des Präsidiums der \*Reichsvertretung. Er wurde 1937 verhaftet, wanderte 1938 in die USA aus und von dort 1955 nach Israel.

**Hohe Feiertage**

Dazu zählen die jüdischen Feste im Herbst \*Rosch ha-Schana (Neujahrsfest), \*Jom Kippur und im Sprachgebrauch der NS-Berichte auch \*Sukkot. Auch jene Juden in Deutschland, die sich von der traditionellen jüdischen Lebensweise entfernt hatten, besuchten an den Hohen Feiertagen die \*Synagoge. Nachdem in der NS-Zeit die Synagogen erneut zu wichtigen Zentren des jüdischen Lebens geworden waren, bekamen diese Feste über die engen religiösen Kreise hinaus eine zentrale Bedeutung und wurden entsprechend überwacht (\*Überwachung), was in den NS-Berichten ausführlich beschrieben und kommentiert wird. Diese großen Zusammenkünfte waren nicht selten Ziel antijüdischer Ausschreitungen (\*Einzelaktionen).

**Homosexualität**

In Deutschland zwischen Frauen nicht unter Strafandrohung, zwischen Männern bis 1871 straffrei, dann mit Gefängnisstrafe bedroht. Dieses Gesetz wurde unter nationalsozialistischer Herrschaft stark verschärft. Homosexuelle wurden meistens in \*Konzentrationslager eingewiesen. Zusätzlich zum Vorwurf der \*Rassenschande wurden Juden auch immer wieder der Homosexualität beschuldigt und darum in \*Schutzhaft genommen. Der jüdische Sexualforscher Magnus Hirschfeld (1868-1935) wurde wegen seiner Forschungen zur Homosexualität 1933 vom Goebbels-Organ „Der Angriff“ diffamiert; seine Bücher wurden verbrannt, er floh ins französische Exil, wo er 1935 starb. Bibl.: Lautmann, Gesellschaft und Homosexualität; Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde; Jellonnek, Homosexuelle; Plant, Rosa Winkel; Schoppmann, Nationalsozialistische Sexualpolitik.

**Horowitz, Abraham (1880-1953)**

\*Jurist; \*Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt, Vorsitzender der \*Jüdisch-Konservativen Vereinigung, Mitglied des Preußischen \*Landesverbandes jüdischer Gemeinden, ab Mai 1936 Mitglied des \*Präsidialausschusses der Reichsvertretung, 1937 Auswanderung nach England, dort Mitglied der Association of Jewish Refugees.

**Horowitz, Jacob (1873-1939)**

\*Rabbiner der \*konservativen Strömung; Direktor der Religionsschule der Großgemeinde in Frankfurt/M; Vizepräsident des Allgemeinen Deutschen \*Rabbinerverbandes und Vorstandsmitglied von \*Achduth. Vertreter der Konservativen in der \*Reichsvertretung der deutschen Juden und im \*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau; 1938 vor der \*Kristallnacht verhaftet und ins \*Konzentrations-

lager Buchenwald gebracht, Anfang 1939 nach Holland ausgewandert, wo er an den Folgen der Haft starb.

## I

### ICA

\*Jewish Colonization Association (JCA)

### **Informationsblätter der Reichsvertretung der Juden in Deutschland**

1933 als „Informationsblätter des \*Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau“ gegründet; ab 1935 und bis zur Schließung des Zentralausschusses nach der \*Kristallnacht im November 1938 erschienen sie monatlich als „Informationsblätter der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland“.

\*Presse, jüdische

### **Inschutzhaftnahme**

\*Schutzhaft

### **Intriligator, David**

Mitbegründer des \*Brith Chaluzim Datiim, emigrierte nach \*Palästina und ist Mitglied des zionistisch-religiösen \*Kibbuz Yavne.

### **Israel, Wilfried (1899-1943)**

Kaufmann; 1922-1935 Geschäftsführer und bis 1939 Teilhaber des \*Warenhauses N. Israel in Berlin; förderte verschiedene jüdische Projekte in Deutschland und \*Palästina. Ab 1933 Mitbegründer des \*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau und der \*Reichsvertretung, arbeitete für die Jugend-\*Alija und \*Auswanderungsfragen. 1939 nach England ausgewandert und dort weiter in der Flüchtlingshilfe aktiv. Er wurde 1943 bei einem Flugzeugtransport von Lissabon nach Palästina von einer deutschen Militärmaschine abgeschossen.

### **Israelit, Der**

1860 in Mainz gegründete Wochenzeitung der deutschen \*Orthodoxie, war 1906 von Jacob \*Rosenheim, einem der führenden Männer der \*Agudas Jisroel und der \*Austrittsorthodoxie aufgekauft und nach Frankfurt/M. verlegt worden. Das engagierte, oft empörte und immer kampfbereite Blatt drohte die Orthodoxie des deutschen Judentums zu spalten; es hatte vor und während der NS-Zeit weitaus größeren Einfluß, als seine verhältnismäßig niedrige Auflage von 4.000 Exemplaren im Jahre 1935 erwarten ließ. Wie die übrige jüdische \*Presse wurde sein Erscheinen nach der \*Kristallnacht im November 1938 verboten.

### **Israelitische Gemeinde**

\*Synagogengemeinde

### **Israelitische Kultusgemeinde**

\*Synagogengemeinde

### **Israelitischer Frauenverein**

Lokale Frauenvereinigungen, die in fast allen jüdischen \*Gemeinden existierten und sich den traditionellen Aufgaben der Unterstützung Hilfsbedürftiger, der Krankenpflege, Familienfürsorge und Bestattung widmeten. Zur modernen jüdischen Frauenbewegung vgl. \*Jüdischer Frauenbund.

### **Israelitisches Familienblatt Hamburg**

1898 von Max Lessmann gegründete Wochenzeitung; einzige private jüdische Zeitung in Deutschland und aufgrund von Kleinanzeigen, Berichten über \*Gemeindeangelegenheiten und einer ausgesprochen konservativen Haltung in politischen Fragen, die meist gelesene und gleichzeitig gewinnbringendste jüdische

Zeitung in der Weimarer Republik. Die Auflagenzahlen stiegen ab 1926: 24.000, 1931: 33.000 auf 35.000 im Jahr 1935. In diesem Jahr zog das Israelitische Familienblatt nach Berlin und erschien als allgemeine Ausgabe mit Lokalteilen für Berlin, Hamburg und Frankfurt/M. Die Zeitung hatte, als sie nach der \*Kristallnacht im November 1938 verboten wurde, eine Auflage von 26.500 Exemplaren.

\*Presse, jüdische

## J

### **Jabotinsky, Wladimir (Vladimir) Zeev (1880-1940)**

Zionistischer Politiker; als Mitglied der zionistischen Exekutive war er in Opposition zur Leitung derselben; er trat im Jahr 1923 zurück und gründete die Reviszionistische Partei (\*Zionisten, Revisionisten). Im Jahre 1933 gründete er die Neue Zionistische Organisation, die sich von der Zionistischen Weltorganisation abspaltete. Wegen der aktiven Beteiligung \*Jabotinskys und seiner Partei am anti-deutschen Boykott seit 1933 betätigte sich seine Partei in Deutschland unter dem geänderten Namen „Staatszionistische Organisation“ und ihr Jugendverband \*Betar unter dem Namen \*Herzlia. Beide wurden im Jahr 1938, noch vor den Novemberpogromen, aufgelöst. Er warnte vor der Gefahr des Antisemitismus für die Juden Europas mit der radikalen Parole „Evakuierung der europäischen Juden“ nach \*Palästina.

### **Jacobson, Jacob (1888-1968)**

Archivar, von 1920-1939 Leiter des \*Gesamtarchives der deutschen Juden in Deutschland; ab 1943 im Ghetto \*Theresienstadt; 1945 Auswanderung nach London; Vorstandsmitglied des Leo Baeck Instituts, London.

### **Jewish Agency**

Jewish Agency for Palestine; durch das \*Palästina Mandat des Völkerbundes legitimierte und in Großbritannien als öffentliche Körperschaft anerkannte Vertretung der Juden. Sie sollte mit der \*Mandatsregierung zusammenarbeiten und sie in wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie in allen Angelegenheiten beraten, welche die Interessen der jüdischen Bevölkerung \*Palästinas und die Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Juden betrafen. Die Funktionen der Jewish Agency wurden im wesentlichen durch die zionistische Palästina-Exekutive in Jerusalem, die politischen Angelegenheiten durch die zionistische Exekutive in London ausgeübt. 1929 wurden auch Vertreter nichtzionistischer Organisationen in der Diaspora in die Leitung der Jewish Agency aufgenommen. Bis zur Gründung des Staates Israel 1948 diente die Jewish Agency als politische Führung der jüdischen Bevölkerung in Palästina. Sie vertrat diese einerseits gegenüber der britischen Mandatsmacht und andererseits gegenüber den Juden in der Welt. Ihre Bedeutung für die Juden in Deutschland unter dem NS-Regime lag in der Organisierung der \*Alija durch das \*Palästina-Amt und durch das eigens dafür geschaffene Zentralbüro für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina (Martin Michael \*Rosenblüth). Von besonderer Wichtigkeit für diese Alija war das \*Ha'avara-Abkommen über den Transfer jüdischen Vermögens nach Palästina und die 1933 für die jüdische Jugend aus Deutschland geschaffene Möglichkeit der Jugend- und Kinder Alija.

\*Zionismus

### **Jewish Colonization Association (ICA, JCA)**

Großes \*Auswanderer-Hilfswerk; wurde 1891 von Baron Moritz von Hirsch in Form einer Aktiengesellschaft nach englischem Recht gegründet, mit Hauptsitz in London und Verwaltung in Paris. Die ICA schuf Ackerbaukolonien in Argentinien,

den USA, Kanada, Brasilien, Rußland, Bessarabien und Polen. Zwischen 1933 und 1941 unterstützte sie zusammen mit anderen jüdischen Hilfsorganisationen besonders Ansiedlergruppen in Südamerika, darunter auch mehrere Gruppen deutscher Juden.

\*HICEM

### **Jewish Representative Council for the Boycott of German Goods and Services**

Internationale Organisation von Juden und Nichtjuden, die Anfang 1933, nach den ersten sogenannten „spontanen“ Verfolgungen und Boykottaktionen gegen Juden (\*Boykott, antijüdischer) zur Bekämpfung der NS-Judenpolitik gegründet wurde. Die deutschen Juden äußerten sich öffentlich aus verständlichen Gründen gegen die jüdische \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich. Der Präsident des Councils war Sir Robert Ludwig \*Mond (1867-1938).

### **Jewish Telegraphic Agency (J.T.A.)**

wurde 1914 in Haag unter dem Namen „Jewish Correspondence Bureau“ als Telegraphenagentur für die Sammlung und Verbreitung von Nachrichten aus der jüdischen Welt gegründet, 1919 in London reorganisiert und in J.T.A. umbenannt. 1922 wurde ihr Hauptsitz nach New York verlegt. Vor dem Zweiten Weltkrieg unterhielt die J.T.A. Telegraphenbüros in New York, London, Paris, Berlin, Prag, in Warschau für ganz Osteuropa und in \*Palästina. Während des Dritten Reiches war sie die einzige Presseagentur, die den deutschen Juden und der jüdischen \*Presse in Deutschland unabhängige Nachrichten vermittelte. Sie diente auch noch nach der Schließung des Büros in Berlin am 10.11.1937 als wichtige und zuverlässige Nachrichtenquelle über die Situation der Juden unter dem NS-Regime. Neben ihrem Telegraphenservice gab das Zentralbüro der J.T.A. ab 1924 den „Jewish Daily Bulletin“ heraus. Bibl.: Herzberg, Last Days of the German Jewish Press; ders., Jewish Press under the Nazi Regime.

### **Jiddisch**

Wurde in Deutschland in der NS-Zeit vor allem von den aus Osteuropa eingewanderten Juden (\*Ostjuden) und in ihren Organisationen als Umgang- und Verhandlungssprache verwendet. Dieser Umstand und bereits die Verwendung einzelner jiddischer Ausdrücke stellte für die \*Überwachung jüdischer Versammlungen ein zunehmendes Problem dar. Die Lageberichte erwähnen in diesem Zusammenhang des öfteren die Forderung nach einem Verbot dieser „Geheimsprache“. Ein offizielles Verbot ist uns allerdings nicht bekannt.

### **Joint Distribution Committee**

Das American Jewish Joint Distribution Committee, allgemein als „Joint“ bezeichnet, wurde 1914 als zentrale Sammel- und Hilfsorganisation der amerikanischen Juden für notleidende Juden auf der ganzen Welt, besonders in Osteuropa und im Nahen Osten, gegründet. Nach der Machtergreifung verwendete es den Großteil seiner Gelder zur Finanzierung der Sozialarbeit unter den deutschen Juden und für deren \*Auswanderung, allerdings nicht nach \*Palästina (\*HIAS). In den Jahren 1934 bis 1937 stammte ein Drittel des Budgets des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau (ZAHA) aus Zuwendungen des Joint. Von Kriegsbeginn bis 1941 war der Joint die einzige Organisation, die finanzielle Unterstützung an die Juden Deutschlands und der besetzten Länder Europas schicken konnte. Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gelang es dem Joint auf Umwegen, vor allem über die Schweiz, seine Hilfe nun auch für die Deportierten in den Ghettos, besonders im Ghetto \*Theresienstadt, aufrechtzuerhalten. Bibl.: Bauer, American Jewry.

## **Jom Kippur**

Hebr., Versöhnungstag; am 10. des hebräischen Monats Tischrej im Frühherbst, ist ein strenger Ruhe-, Fasten- und Bußtag, der höchste Feiertag des Jahres. Jom Kippur und das zehn Tage vorher begangene jüdische Neujahrsfest waren für viele weitgehend assimilierte Juden die einzigen Tage, an denen sie sich durch die Teilnahme am synagogalen Gottesdienst mit ihrem Judentum und der jüdischen Gemeinschaft identifizierten. In der NS-Zeit wurden die Gottesdienste zu diesen Hohen Feiertagen von sehr viel mehr deutschen Juden als in den Vorjahren besucht; sie wurden, wie andere jüdische Veranstaltungen auch, überwacht (\*Überwachung), was jedoch \*Einzelaktionen gegen die \*Synagogen und Betenden nicht verhinderte.

\*Hohe Feiertage

## **Josephsthal, Georg (Giora) (1912-1962)**

\*Jurist und zionistischer Politiker; ab 1933 Jugendführer in Nürnberg, Mitarbeiter der Sozialhilfe der jüdischen \*Gemeinde München, 1934-1938 Leiter von Jugend-\*Alija und \*Hechaluz in Berlin; Vertreter der Zionisten im Dreier-Rat (Zionisten, Liberale, Orthodoxe) der Dachorganisation der jüdischen Jugendvereine in Bayern; Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland, ab Mai 1936 Mitglied des \*Präsidialausschusses der Reichsvertretung; wanderte 1938 nach \*Palästina aus und war Mitglied eines \*Kibbuz; Abgeordneter des israelischen Parlamentes und Minister.

## **Jospe, Alfred (1909-1994)**

\*Rabbiner; in Berlin geboren, studierte 1928-1932 an der Universität Breslau und bis 1935 am dortigen \*Rabbinerseminar; 1934-1936 liberaler Bezirksrabbiner in Schneidemühl, bis 1939 Rabbiner in Berlin; Mitglied in der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und im Kartell jüdischer Verbindungen. 1939 wanderte er über England in die USA aus.

## **Judenbewegung**

In den NS-Berichten manchmal als Bezeichnung für das Thema „Juden“ bzw. die jüdischen Organisationen und das jüdische öffentliche Leben verwendet.

## **Judenboykott**

\*Boykott, antijüdischer

## **Judenfrage**

Der Begriff Judenfrage wurde seit der Diskussion um die \*Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert (z.B. Karl Marx vs. Bruno Bauer 1843/44) und später in der antisemitischen Literatur und Propaganda häufig als Sammelbegriff für Probleme aller Art verwendet, die sich angeblich aus der Existenz der Juden in einer nichtjüdischen Umgebung ergaben. Der Begriff wurde auch von jüdischer Seite benutzt; z.B. von Theodor \*Herzl oder später Kurt \*Blumenfeld („Erlebte Judenfrage“ 1962). Im Dritten Reich wurde die Judenfrage als „Rassenfrage“ in der Schule unterrichtet (\*Schulwesen, jüdisches). Sie war ein zentrales Thema der NS-Ideologie und Propaganda. In den NS-Berichten wurde sie verwendet als Gesamtbegriff für die antijüdische Politik des Regimes, sowie für die Einstellung der Bevölkerung zu den jeweiligen Phasen und Einzelmaßnahmen (z.B. die „neue antisemitische Welle“ in den Monaten vor den \*Nürnberger Gesetzen, die \*Kristallnacht). Schließlich wurde der Begriff „Judenfrage“ im NS-Sprachgebrauch gekoppelt an den Ausdruck „\*Endlösung der Judenfrage“, womit die vollständige Vernichtung der Juden in Europa bezeichnet wurde. Bibl.: Toury, „The Jewish Question“; Bein, Judenfrage; Rürup, Emanzipation und Antisemitismus; Niewyk, Solving the „Jewish Problem“.



## **Judenfreund**

Bezeichnung für Nicht-Juden, die entgegen der Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik des NS-Regimes freundschaftliche Beziehungen zu den Juden pflegten und sie in ihrer Not auch materiell unterstützten (vgl. Zeittafel, 24. Oktober 1941). Im selben Sinne wurden die Bezeichnungen „Judenknecht“ und „Weißer Jude“ verwendet.

## **Judenhäuser**

Häuser jüdischer Besitzer, in die ab 1939 jüdische Mieter zwangseingewiesen wurden und in denen nach und nach die Juden konzentriert wurden, bis zu ihrer \*Deportation ab 1941. Anders als in den meisten von Deutschland eroberten Ländern wurden auf explizites Verbot Hitlers in Deutschland keine Ghettos errichtet, weil es das erste „judenfreie“ Land sein sollte. De facto waren die Judenhäuser aber eine Form der physischen und gesellschaftlichen Ghettoisierung der Juden in Deutschland (vgl. Zeittafel, 28.12.1938, 30.4.1939 und 13.3.1942). Bibl.: Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser; GLDR, S. 287; ENS, S. 534 f.

## **Judenkenner, Der**

Antisemitische Zeitschrift, die ab Februar 1935 in Berlin erschien.

## **Judenknecht**

\*Judenfreund

## **Judenstern**

\*Kennzeichnung der Juden

## **Jüdisch-Konservative Vereinigung**

\*Konservatismus

## **Jüdisch-Liberale Zeitung**

1921 in Berlin gegründetes Wochenblatt der \*Vereinigung für das liberale Judentum mit wechselnden Herausgebern, änderte mehrfach den Namen und erschien zuletzt als Jüdische Allgemeine Zeitung. Die Auflagenzahlen sanken von 4.600 1934 auf 3.000 im Jahre ihrer Schließung 1936.

## **Jüdische Aktion**

Offensichtlich ein kurzlebiger, Anfang 1934 entstandener Zusammenschluß innerhalb der zionistischen Bewegung in Deutschland. In den Gestapo- und SD-Berichten von 1934 wird sie als Gegenspielerin und zionistische Alternative zur \*Reichsvertretung erwähnt. Die Vereinigung hatte eigene, offensichtlich radikalere Vorstellungen bezüglich \*Auswanderung und \*Umschulung. Wahrscheinlich handelte es sich dabei um eine Initiative der \*Revisionisten.

## **Jüdische Buchvereinigung (JBV)**

Die JBV wurde 1933/34 von maßgebenden jüdischen Organen, einschließlich der \*Reichsvertretung der Deutschen Juden, auf gemeinnütziger Grundlage nach dem Vorbild des Jüdischen \*Kulturbundes „zur Verbreitung und Vertiefung jüdischen Kulturgutes“ in Deutschland gegründet. Sie war im Rahmen des Kulturbundes bis 1941 tätig.

## **Jüdische Handelsbank „Iwria“ GmbH**

Von Georg \*Kareski 1927 in Berlin gegründet; weitere Gründungen von Iwria-Banken in Chemnitz, Breslau, Leipzig, Stettin, Saarbrücken. Sie kümmerte sich besonders um das mittelständische jüdische Kreditgeschäft und ging 1937 bankrott.

## **Jüdische Lehrervereine in Deutschland**

Seit Ende des 19. Jahrhunderts bestanden in Deutschland zwei jüdische Lehrervereine: Zum einen der 1895 gegründete Reichsverband der jüdischen Lehrerver-

eine, dem 7 Landes- und Provinzialverbände angeschlossen waren, zum anderen der 1905 gegründete \*Bund gesetzestreuer jüdischer Lehrer Deutschlands. Mit dem Ausbau des jüdischen \*Schulwesens ab 1933 wuchs die Zahl jüdischer Lehrer dramatisch an. Beide Vereine wirkten unabhängig, bis sie nach der \*Kristallnacht in die Erziehungsabteilung der \*Reichsvereinigung eingegliedert wurden.

### **Jüdische Nothilfe**

\*Wohlfahrtspflege, jüdische

### **Jüdische Rundschau**

Gegründet 1896, war sie das zu Beginn monatlich erscheinende zentrale Organ der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Sie wurde ab 1920 von Robert \*Weltsch geleitet. Bis zur Machtergreifung besaß sie zwar nur eine recht geringe Verbreitung, jedoch verhältnismäßig großen Einfluß. Sie erschien nach 1933 acht Mal monatlich; Auflage im Oktober 1935: 38.000 und 1938: 25.000 Exemplare. Im November 1938, nach der \*Kristallnacht, wurde sie aufgelöst. Bibl.: Edelheim-Muhsam, Jewish Press; Freeden, Jüdische Presse im Dritten Reich.

\*Presse, jüdische

### **Jüdische Telegraphenagentur**

Telegraphenbüro für Deutschland mit Sitz in Berlin, im Rahmen der \*Jewish Telegraphic Agency.

### **Jüdische Volkspartei (JVP)**

Wurde 1906 in Petersburg auf den Prinzipien des Autonomismus von Simon Dubnow gegründet. In Deutschland faßte sie alle national- jüdischen Gruppen zu einer gemeinsamen Interessenvertretung innerhalb der jüdischen \*Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen: Zunächst im Herbst 1919 für Berlin, danach auch in verschiedenen Großgemeinden wie Königsberg, Breslau, Köln, München, Leipzig, Dresden, Elberfeld. Im politischen Spektrum des deutschen Judentums, das meistens in der Polarität von weitgehend assimilierten „liberalen“ Juden und den \*Zionisten dargestellt wird, bildete sie eine dritte Kraft, die trotz ihres jüdischen Nationalbewußtsein die Zukunft der Juden in Deutschland sah. In den Reihen ihrer Wähler vereinigten sich \*Ostjuden, Zionisten, \*Orthodoxe und Wähler der unteren Mittelschicht. Nach der Demokratisierung des Wahlrechtes in den jüdischen Gemeinden Deutschlands, das unter anderem den ostjüdischen Immigranten Stimmrecht erteilte, erzielte die JVP bei den Gemeindewahlen in Sachsen, in mehreren Großstädten und sogar in Berlin (1928-1930) beträchtliche Erfolge. Von der JVP spaltete sich im Mai 1933 die \*Staatszionistische Organisation unter der Führung von Georg \*Kareski ab. Die JVP setzte ihre Aktivität innerhalb der jüdischen Gemeinden auch unter dem NS-Regime fort, insbesondere die Förderung des jüdischen \*Schulwesens und der Berufsumschichtung (\*Umschichtung). Obwohl sie sich 1933 als politische Organisation nicht der \*Reichsvertretung angeschlossen hatte, waren ihre führenden Mitglieder, vor allem Alfred \*Klee, ab der Gründung der (alten) Reichsvertretung 1932 bis 1938 Mitglieder deren leitender Organe. Bibl.: Brenner, Jüdische Volkspartei; vgl auch <304>.

### **Jüdischer Centralverein**

\*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)

### **Jüdischer Frauenbund**

Entstand im Rahmen der jüdischen Frauenbewegung, die 1893 in den USA mit der Gründung des Council of Jewish Women begann. 1904 wurde der Jüdische Frauenbund in Berlin gegründet, anlässlich des internationalen Frauenkongresses von Bertha

Pappenheim und Sidonie Werner; er umfaßte Mitte der dreißiger Jahre 450 Vereine, 12 Landes- und Provinzialverbände und 40 Ortsgruppen mit etwa 50.000 Mitgliedern. In einigen Großstädten waren die berufstätigen Mitglieder zur einer besonderen Gruppe zusammengeschlossen. Die Hauptaktivitäten des Jüdischen Frauenbundes lagen in den Bereichen Sozialarbeit, Frauen-, Jugend- und Kinderschutz, Bildungsbestrebungen und berufliche Förderung von Mädchen und Frauen, Frauenwahlrecht in den jüdischen \*Gemeinden (in Deutschland waren 1931 83 Frauen in 34 Gemeindevorständen) und Bekämpfung des Antisemitismus. Im Juni 1933 löste sich der Jüdische Frauenbund von dem allgemeinen „Bund deutscher Frauen“, noch bevor dieser durch die NS-\*Gleichschaltung aufgelöst wurde. Im Dritten Reich betätigte er sich innerhalb der \*Reichsvertretung vorwiegend auf dem Gebiet der \*Berufsumschichtung jüdischer Mädchen und Frauen, um die Folgen der Ausschaltung jüdischer Frauen aus dem Berufsleben zu überwinden. Nachdem die \*Nürnberger Gesetze die Beschäftigung von \*arischen Haushaltshilfen in jüdischen Häusern für illegal erklärt hatten, wurden jüdische Mädchen auch für diesen Beruf ausgebildet. Der Bund umfaßte die verschiedensten Richtungen des Judentums, auch Schwesternschaften des \*Bne Brith (\*Schwesternverband der Bne Brith-Logen). Auch nach seiner offiziellen Auflösung 1938, infolge der \*Kristallnacht, setzte der Jüdische Frauenbund seine intensive Tätigkeit besonders auf den Gebieten Sozialarbeit und \*Berufsumschichtung innerhalb sowie außerhalb der Reichsvertretung bzw. der Reichsvereinigung bis zu den Massendeportationen und der „Endlösung“ fort. Das seit 1924 monatlich erscheinende Organ des Jüdischen Frauenbundes: Blätter des jüdischen Frauenbundes (Auflage 1935: 4.100), erschien bis 1938. Weitere Frauenvereinigungen: \*Israelitischer Frauenverein und \*Jüdischer Frauenbund für Palästinaarbeit. Bibl.: Kaplan, Jüdische Frauenbewegung.

#### **Jüdischer Frauenbund (-verein) für Palästinaarbeit**

Sonderbund im Rahmen des \*Jüdischen Frauenbundes von Deutschland, der 1935 mit dem Ziel gegründet wurde, die verschiedenen Organisationen des Bundes für Palästinaarbeit, hauptsächlich für soziale und wirtschaftliche Zwecke, zu interessieren. Er wurde 1938 aufgelöst.

#### **Jüdischer Jugendbund**

In mehreren NS-Berichten wird der Name „Jüdischer Jugendbund“ fälschlich für zionistische Vereine verwendet, gemeint ist aber der \*Bund deutsch-jüdischer Jugend (BDJJ).

#### **Jüdischer Nationalfond**

\*Keren Kajemeth Lejisrael (KKL)

#### **Jüdischer Pfadfinderbund (Deutschlands) (JPD)**

1928 gegründet als „Bund der Jugendgruppen“, 1931 umbenannt in „Jüdischer Pfadfinderbund“. Über die üblichen Pfadfinderaktivitäten hinaus hatte der JPD folgende weitergehenden Ziele (FJGV 1932/33, S. 540): Er sah „im überparteilichen Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina eine der wesentlichsten Aufgaben des Gesamtjudentums und damit die absolute Verpflichtung des Einzelnen, sich für diese Aufgabe einzusetzen.“ Zu den Zielen seiner Gemeindepolitik in Deutschland gehörte noch vor 1933 die „Schaffung eines Reichsverbandes der deutschen Juden“, der als Gesamtorganisation der Juden im Dritten Reich in Form der \*Reichsvertretung entstand. Der JPD war ein Jugenddachverband, dem allgemein-jüdische, sowie zionistisch-jüdische Jugendverbände angehörten; er war Mitglied des

\*Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände. Bibl.: Schatzker, Jewish Youth Movement; ders., Youth Movement in the Nazi Period.

### **Jüdischer Pfadfinderbund Makkabi-Hazair-Brith-Hazofim**

Hebr., Bund der Pfadfinder

\*Jüdischer Pfadfinderbund (Deutschlands) (JPD)

\*Makkabi Hazair

### **Jüdischer Schulverein**

Die schon vor 1933 in Deutschland bestehenden Elternvereine (\*Schulverein) zur Förderung des jüdischen \*Schulwesens intensivierten nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ihre Arbeit; neue jüdische Schulen mußten eröffnet werden. Bis 1938 entstand unter Führung des Erziehungsausschusses der \*Reichsvertretung ein ausgedehntes Netz jüdischer Volks-, Mittel- und höherer Schulen; im Jahr 1935 wurden etwa 140 jüdische öffentliche und private Schulen von ca. 20.000 Schülern besucht. Infolge des Erlasses vom 15. November 1938 über die Entfernung jüdischer Kinder aus deutschen Schulen (vgl. Zeittafel), übernahm die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland im Jahr 1939 die Alleinverantwortung für die Erziehung aller jüdischen Schüler bis zur Auflösung des jüdischen Schulwesens durch den Erlaß vom 20. Juni 1942.

### **Jüdischer Turn- und Sportverein**

\*Sportvereine, jüdische

### **Jüdischer Verlag, Berlin**

Der Jüdische Verlag wurde 1902 von Martin \*Buber, dem jüdischen Graphiker und Zeichner Ephraim Moses Lilien und anderen zionistisch orientierten Persönlichkeiten gegründet. Von besonderer Bedeutung für das jüdische Leben in Deutschland waren das 5-bändige „Jüdische Lexikon“, die 10-bändige „Weltgeschichte des jüdischen Volkes“ von Simon Dubnow und die 12-bändige deutsche Übersetzung des Babylonischen Talmud von Lazarus Goldschmidt (die letzten Bände erschienen im Dritten Reich). Unter dem NS-Regime setzte der Jüdische Verlag seine Tätigkeit bis 1938 fort. Es erschienen u.a. Theodor \*Herzls „Gesammelte Zionistische Werke“ in 5 Bänden (1934/35) und die dreibändige Kurzfassung der jüdischen Weltgeschichte von Dubnow (1937/38). Der Verlag war seit den zwanziger Jahren im Besitz des Verlegers Siegmund \*Kaznelson. 1950 erneuerte der Jüdische Verlag seine Tätigkeit in Deutschland.

### **Jüdischer Weltkongreß**

1936 als Nachfolgeorganisation des \*Comité des Délégations Juives gegründet, um die Existenz und Einheit des jüdischen Volkes zu sichern; umfaßt zionistische und nicht-zionistische jüdische Organisationen. Vorbereitende Konferenzen jeweils im August der Jahre 1932, 1933 und 1934 in Genf; Gründungsversammlung (1. Kongreß) 8.-14. August 1936 in Genf mit 280 Delegierten aus 33 Ländern; Stephen \*Wise wurde zum Vorsitzenden der Leitung, Nachum Goldmann zum Vorsitzenden der Exekutive gewählt. Der Weltkongreß eröffnete ein politisches Büro in Genf, dem Sitz des Völkerbundes, und arbeitete gegen die Judenverfolgung in Deutschland. Im Zweiten Weltkrieg saß die Leitung, die sich bei den Alliierten um die Rettung der Juden bemühte, in London und in New York, wobei das Büro in Genf unter der Leitung von Gerhard Riegner weiter eine wichtige Rolle spielte.

### **Jüdisches Lehrhaus**

\*Lehrhaus, jüdisches

### **Jüdisches Nachrichtenblatt (JNBI)**

War nach dem Verbot der gesamten jüdischen \*Presse in Deutschland infolge der \*Kristallnacht vom 23. November 1938 bis Juli 1943 die einzig verbliebene jüdische

Zeitung. Das JNBl wurde bis September 1942 vom jüdischen \*Kulturbund herausgegeben und diente als halboffizielles Organ der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland und seit Februar 1939 der Reichsvereinigung, hauptsächlich zur Veröffentlichung der die Juden betreffenden Gesetze und Verordnungen des NS-Regimes, die zum Teil nur hier bekanntgegeben wurden. Parallel dazu erschien ein gleichnamiges Organ für die Juden Österreichs in Wien und für die Juden des Protektorats Böhmen und Mähren in Prag.

### **Jüdisches Winterhilfswerk (JWH)**

\*Winterhilfe, jüdische

### **Jugendalija**

\*Alijat Hanoar

### **Jugendorganisationen, jüdische**

Als Teil des jüdischen \*Vereinslebens erlebten auch die vielfältigen jüdischen Jugendbewegungen und Organisationen nach der Machtergreifung einen Aufschwung; ihre Mitgliederzahlen stiegen sprunghaft an, und sie intensivierten ihre Arbeit. Innerhalb der jüdischen Gesellschaft kam ihnen zentrale Bedeutung zu, da sie versuchten, den von ihrer Umwelt isolierten und diskriminierten Jugendlichen und Kindern ein eigenes, jüdisches Bewußtsein zu vermitteln und sie auch praktisch auf eine Zukunft, hauptsächlich außerhalb Deutschlands, vorzubereiten. Aus diesem Grund war der Zustrom zu den \*zionistisch orientierten Gruppen besonders stark.

In den ersten Monaten nach der Machtergreifung war die Politik gegenüber den jüdischen Jugend- und \*Sportvereinen sehr unkoordiniert. Die \*Reichsjugendführung hatte ihnen zwar schon Anfang 1934 das Tragen von Uniformen verboten, ebenso das gemeinsame Übernachten und Wohnen in Zelten und Privaträumen, das Mitführen oder Zeigen von Fahnen, Bannern, Wimpeln und Feldzeichen aller Art, das gemeinsame Auf- und Ausmarschieren, sowie Übungen im Gelände und wehrsportliches Training. Diese Verbote wurden jedoch nicht konsequent überwacht. Verbote und deren Aufhebung lösten einander in dieser Anfangsphase ab (vgl. Zeitafel, 25.4.1933; 17.6.1933; 7.3.1934; 20.3.1934; 18.7.1934; 15. und 18.9.1934; 21.10.1934). Ab Ende 1934 stabilisierte sich die nun zentralisierte Politik des Regimes gegenüber den Jugendorganisationen und anderen jüdischen Vereinen. Nach der \*Kristallnacht wurden alle jüdischen Jugendorganisationen aufgelöst, der \*Hechaluz arbeitete jedoch illegal weiter, vor allem in den \*Hachschara-Zentren in Deutschland, bis diese 1942/43 im Zuge der \*Massendeportationen geschlossen wurden. Bibl.: Brodnitz, Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend; Schatzker, Jewish Youth Movement I-II; Angress, Jüdische Jugend; Thévos, Branig, Lowenthal-Hensel, Geheime Staatspolizei Pommern, Bd. 1, 44, Anm. 11; Mommsen, Der nationalsozialistische Polizeistaat, Dok. 5, 80).

Zu den in den Lageberichten erwähnten Jugendorganisationen gehören:

\*Agudas Jisroel-Mädchengruppe

\*Agudas-Jugend

\*Betar

\*Bne Akiva

\*Brith Chaluzim Datiim

\*Bund deutsch-jüdischer Jugend (= Jüdischer Jugendbund)

\*Deutsch-Jüdische Jugendgemeinschaft

\*Esra

\*Esras Noschim Mädchengruppe

\*Freie deutsch-jüdische Jugend

- \*Habonim
- \*Hechaluz
- \*Jüdischer Pfadfinderbund
- \*Kameraden
- \*Schwarzes Fähnlein
- \*Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands
- \*Werkleute
- \*Ze'ire Misrachi

### **Juristen, jüdische**

- \*Rechtsanwälte und Juristen, jüdische

### **JWH**

- \*Jüdisches Winterhilfswerk

## **K**

### **Kahn, Bernhard (1876-1955)**

Geb. in Oscarshamn (Schweden); 1904-1921 Generalsekretär des \*Hilfsvereins der deutschen Juden. Er versuchte in dieser Funktion, die planlose Auswanderung der Juden (v.a. aus Osteuropa) in geregelte Bahnen zu lenken und wanderte selbst 1933 nach Paris aus; 1924-1933 Direktor des europäischen Büros des American \*Joint Distribution Committee; 1924-1939 Generaldirektor des American Joint Reconstruction Funds; in diesem Zusammenhang unternahm er wiederholt Reisen in die Siedlungsgebiete der osteuropäischen Juden, v.a. in die Sowjetunion. Er gehörte seit seiner Studienzeit der Zionistischen Organisation an. 1939 Auswanderung in die USA.

### **Kameraden**

Deutsch-jüdischer Wanderbund, wurde 1916 in Breslau als allgemein deutsch-jüdischer Jugendbund gegründet. Infolge der Selbstauflösung am 15.5.1932 entstanden drei neue deutsch-jüdische Jugendvereine: 1. \*Werkleute, 2. Freie deutsch-jüdische Jugend, die die jüdische Identität als Volksidentität ablehnten und vom NS-Regime aufgelöst wurden, und 3. Das \*Schwarze Fähnlein. Bibl.: Maoz, 50 Jahre „Kameraden-Bewegung“; Schatzker, Youth Movement.

### **Kannowitz (Kanowitz), Siegfried (1900-1961)**

Deutsch-jüdischer Politiker, Kinderarzt; Sekretär der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD), Redner und Propagandist für \*Zionismus und Mitarbeiter der \*Jüdischen Rundschau. 1933 wanderte er nach \*Palästina aus und war Abgeordneter im israelischen Parlament.

### **Kantor**

Hebr., Chasan; moderne Bezeichnung für den Vorbeter in der \*Synagoge.

### **Kantorowicz, Ernst (1892-1944)**

\*Jurist und Sozialpädagoge; 1928-1930 Dozent in Kiel, 1930-1933 Professor für Staatsbürgerkunde und Sozialwissenschaften am Staatlichen Berufspädagogischen Institut Frankfurt/M. Nach 1933 aktiv in jüdischer Kulturarbeit (\*Kulturbund) und \*Erwachsenenbildung. Nach \*Bubers Auswanderung nach \*Palästina im Jahr 1938 wurde er dessen Nachfolger als Leiter der \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung. Nach der \*Kristallnacht und Inhaftierung im \*Konzentrationslager Buchenwald wanderte er nach Holland aus. 1943 ins Lager Westerbork deportiert, von dort 1944 nach \*Theresienstadt. Kurz darauf nach \*Auschwitz verschickt, dort umgebracht. Bibl.: Simon, Aufbau im Untergang, S. 43 f.

**Kareski, Georg (1878-1947)**

Industrieller, jüdischer Verbandsfunktionär; ab 1925 Mitglied des Vorstandes der jüdischen \*Gemeinde Berlin, 1929-1930 deren Vorsitzender, Mitbegründer der \*Jüdischen Volkspartei; Revisionist (vgl. \*Zionisten-Revisionisten); Mitbegründer der Jüdischen Staatspartei (vgl. \*Staatszionistische Organisation) und deren Vertreter in der \*Reichsvertretung der deutschen Juden. 1927 gründete er die Jüdische Handelsbank „Iwria“ und leitete diese 1933-1937. Kareski war ein Gegner des Föderalismus innerhalb der Reichsvertretung und strebte die Hegemonie der Berliner Gemeinde an. Er bekämpfte die pluralistische politische Führung der Reichsvertretung mit einer Rhetorik, die dem faschistischen Stil sehr ähnlich war. In der jüdischen Geschichtsschreibung sind seine Persönlichkeit und seine politische Aktivität umstritten, unter anderem, weil er 1935 versuchte, mittels Unterstützung des Regimes Leiter des \*Kulturbundes zu werden. 1937 versuchte er auf ähnliche Weise, eine Machtposition in der Reichsvertretung zu erlangen (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 103). Im selben Jahr wanderte er nach \*Palästina aus, wo er sich vor einem Ehrengericht gegen die Beschuldigung der Kollaboration mit der \*Gestapo verantworten mußte. Trotz seines Freispruchs blieb sein Name in der Erinnerung seiner Zeitgenossen und zum Teil auch in der Geschichtsschreibung mit diesem Vorwurf verbunden. Bibl.: Nicosia, Revisionist Zionism in Germany II; Levine, Jewish Collaborator; Cochavi, The Hostile Alliance; Fraenkel, On the Edge.

**Katyn**

Am 13. April 1943 entdeckte die deutsche Armee beim Rückzug im Walde bei Katyn nahe der westrussischen Stadt Smolenk Massengräber, in denen die Leichen mehrerer tausend polnischer Offiziere lagen. Das Massaker wurde auf Anordnung Stalins von der sowjetischen Geheimpolizei im Frühjahr 1940 durchgeführt. Diese Entdeckung wurde von \*Goebbels zu einer breit angelegten Propagandakampagne gegen die Sowjetunion und die „Greuelthaten“ des „jüdischen Bolschewismus“ benutzt. In diesem Zusammenhang begann in der deutschen Öffentlichkeit die erste intensive Erörterung der NS-\*Massenvernichtung von Juden. Bibl.: Kulka, German Population and the Jews, S. 275 ff., sowie Bibl. in Anm. 2 und 3 dort.

**Katzenstein, Salli (1890-1944)**

Lehrer und Prediger; 1920-1935 in Soest/Westfalen, seit 1935 in Minden/ Westfalen, 1943 nach Theresienstadt deportiert und 1944 in Auschwitz umgebracht.

**Katzenstein, Willy (1874-1951)**

\*Jurist (\*Rechtsanwälte, jüdische); langjähriger Vorsitzender der Jüdischen \*Gemeinde in Essen und des \*Centralvereins Landesverband Westfalen-Lippe. Ab 1925 Mitglied des Rates des Preußischen \*Landesverbandes Jüdischer Gemeinden, maßgeblich beteiligt an den Initiativen, die zur Gründung der neuen \*Reichsvertretung im September 1933 führten. 1939 Auswanderung nach England.

**Kaufhäuser, jüdische**

\*Warenhäuser, jüdische

**Kaufmann, „Germany Must Perish“**

Am 23. Juli 1941 (vgl. Zeittafel), einen Monat nach dem Überfall auf die Sowjetunion und am Anfang des systematischen Massenmords an Juden durch die \*Einsatzgruppen sowie durch Wehrmachts- und Polizeieinheiten, entfesselte \*Goebbels eine breit angelegte Propagandakampagne gegen die in Amerika Anfang 1941 erschienene Schrift von Theodore N. Kaufmann „Germany Must Perish“ (Newark, New Jersey, o. J., 104 Seiten), in der dieser die Sterilisierung aller deut-

schen Männer vorschlug. In der deutschen Propaganda wurde der politisch völlig unbedeutende Verkäufer von Theaterkarten als enger Berater von Roosevelt dargestellt, der mit seiner Schrift den angeblichen Absichten zur Vernichtung Deutschlands durch die von Juden beherrschte amerikanische und britische Plutokratie und den sowjetischen Bolschewismus unter Führung von Roosevelt, Churchill und Stalin ein Sprachrohr verleihe. (In ähnlicher Weise nutzte die deutsche Propaganda zwei Jahre später den Fall \*Katyn.) Bibl.: Benz, Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufmann.

#### **Kaufmann, Jehuda (Karmon, Jehuda) (1912-1995)**

Geograph und Pädagoge; 1929-1933 Studium der Geschichte an der Universität Breslau und am dortigen \*Rabbinerseminar; 1933 kurzfristig aus politischen Gründen inhaftiert. Aktiv im \*Hechaluz und bei den \*Habonim. 1935-1937 Leiter des Hechaluz im Rheinland und in Westfalen. 1937/38 als Lehrer und in der Leitung der \*Jugendalija Schule in Berlin; 1938 Auswanderung nach Palästina.

#### **Kaznelson, Siegmund (1893-1959)**

Deutsch-jüdischer Verleger, \*Zionist; 1913-1917 Redakteur der zionistischen Wochenzeitung „Selbstwehr“ in Prag; Mitarbeiter beim Organ der \*Zionistischen Weltorganisation „Die Welt“, 1918 Mitbegründer des Jüdischen Nationalrates der Tschechoslowakei; 1920 Geschäftsführer des \*Jüdischen Verlages, Berlin und 1923 Redakteur der Zeitschrift „Der Jude“. 1937 wurde ihm ein Veröffentlichungsverbot erteilt, woraufhin er nach \*Palästina auswanderte.

#### **Kennzeichnung der Juden und ihres Besitzes**

Die Forderung nach Kennzeichnung jüdischen Besitzes und später der Juden selbst wurde gleich nach der Machtergreifung immer wieder laut; in zahlreichen \*Einzeltaktionen wurden der Davidstern oder Aufschriften wie „Jude“ oder „Jüdisches Geschäft“ an jüdische Schaufenster und Wohnungen geschmiert. Dennoch wurde die Kennzeichnung offiziell erst ab 1938 schrittweise eingeführt; dies begann am 14.6.1938 mit der Anordnung zur Kennzeichnung der Gewerbebetriebe (vgl. Zeittafel), bis schließlich direkt vor Beginn der \*Massendeportationen und der \*Endlösung am 1.9.1941 die Kennzeichnung der Juden selbst ab dem sechsten Lebensjahr eingeführt wurde (vgl. Zeittafel). Während der Deportationen gab \*Heydrich am 13.3.1942 eine weitere Anweisung zur Kennzeichnung jüdischer Wohnungen (vgl. Zeittafel und \*Judenhäuser), um die Tarnung von Juden zu verhindern. Die Kennzeichnung der Juden selbst wurde als sichtbarstes Zeichen ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung und Demütigung am Einschneidendsten erlebt. Die Kennzeichnungspflicht galt für alle Gebiete des „Großdeutschen Reiches“ (Österreich und Protektorat Böhmen und Mähren) und wurde nach diesem Vorbild auch in anderen Ländern unter der NS-Herrschaft eingeführt. Bibl.: Blau, Ausnahmerecht, S. 89; GLDR, S. 287 f., EH II, S. 749-754.

#### **Keren Hajessod**

Hebr., Grundfonds; der Palästina-Grundfonds Keren Hajessod wurde auf der zionistischen Jahreskonferenz in London im Juli 1920 gegründet. Seit 1926 ist der Sitz der Gesellschaft Jerusalem. Er war der zentrale Finanzfonds für das jüdische Aufbauwerk in \*Palästina, ein reiner Spendenfonds, der besonders für die Errichtung landwirtschaftlicher Siedlungen zuständig war, während der \*Keren Kajemeth Lejisrael sich auf den Ankauf von Grund und Boden konzentrierte. Durch Kongreßbeschlüsse waren die \*Zionisten in Form einer Selbstbesteuerung nach der Art des Zehnten zum Beitrag zum Keren Hajessod verpflichtet. Der Keren Hajessod



intensivierte seine Tätigkeit unter dem NS-Regime und setzte sie bis zum Ende der zionistischen Arbeit fort.

### **Keren Hajischuw**

Hebr., Fonds der Siedlung (in Palästina); Finanzinstrument der \*Agudas Jisroel für alle ihre Aktivitäten, z.B. Beihilfe für intensives Torastudium (\*Tora), Absolvierung eines Jahres in einer Jeschiwa (Talmudhochschule) Ausbildung für \*Palästina, Organisation und Förderung der agudistischen Arbeiterorganisation „Poale Agudat Jisrael“, Ankauf von Siedlungsgelände in Palästina; auch \*Keren Hatora(h).

### **Keren Hatora(h)**

Hebr., Fonds der \*Tora; wurde 1923 von der \*Agudas Jisroel zur Förderung des Torastudiums und der religiös-orthodoxen Erziehung gegründet. 1935 hatte er Landesbüros in etwa 60 Staaten, auch in Deutschland.

### **Keren Kajemeth Lejisrael (KKL)**

Der jüdische Nationalfonds KKL wurde 1901 auf dem \*Zionistenkongreß in Basel mit dem Ziel gegründet, durch die Aufbringung freiwilliger Volksspenden den Boden \*Palästinas in jüdischen Gemeinbesitz zu überführen und die Ansiedlung mittelloser, arbeitender Juden zu ermöglichen. Der angekaufte Boden wurde in Erbpacht oder Erbbaurecht vergeben. Sitz der Verwaltung war in Jerusalem. 1935 hatte der KKL 52 Büros in verschiedenen Ländern, auch in Deutschland. Im Zuge der Ausbreitung des Zionismus nach der Machtergreifung beteiligten sich immer breitere jüdische Kreise an den Sammlungen, da sie darin auch eine Investition in ihre Zukunft sahen.

\*Keren Hajessod

\*Zionismus

### **Kibbuz**

Eine von der jüdischen Arbeiterbewegung in \*Palästina gegründete landwirtschaftliche Siedlungsform; beruhte auf der Idee eines Kollektivismus ohne Privateigentum, von vergesellschaftlichten Produktionsmitteln, strikter Arbeitsteilung und gemeinschaftlicher Kindererziehung. Der erste Kibbuz (Kwutza) wurde 1909 in Degania am See Genezareth gegründet. Schon vor 1933 beteiligten sich Mitglieder der zionistischen Bewegung in Deutschland an der Gründung zahlreicher Kibbuzim. Mit dem großen Auswandererstrom (\*Alija) nach der Machtergreifung stieg der Anteil der deutschen Juden in der Kibbuzbewegung deutlich an. Sie gründeten auch eigene neue Kibbuzim, und ihr Einfluß auf die Gesamtbewegung, besonders im kulturellen Bereich, war beträchtlich. Bibl.: Gelber, New Homeland.

### **Kirchen und NS-Judenpolitik**

Der Kampf gegen die jüdischen Grundlagen des Christentums, vor allem das Alte Testament und die jüdische Herkunft Jesu, bildete einen wichtigen Teil der nationalsozialistischen Ideologie vor der Machtergreifung und spielte auch im Verhältnis des Regimes zu den Kirchen eine Rolle (vgl. ◀401▶; <3283>; ▶591▶). Im Gegensatz zu den etablierten Kirchen definierten die Nationalsozialisten ihr religiöses Bekenntnis als „positives Christentum“ und bezeichneten sich selbst als „gottgläubig“. Die Spaltung der protestantischen Kirche im Dritten Reich in die „\*Glaubensbewegung der Deutschen Christen“, die sich mit dem Nationalsozialismus identifizierten, und den „\*Pfarrernotbund“ bzw. die „\*Bekennende Kirche“ in der Opposition kam auch in ihren verschiedenen Positionen zur antijüdischen Politik des Regimes zum Ausdruck. Auch in der katholischen Kirche waren die Ansichten zum NS-Regime und seiner Judenpolitik geteilt. Dies führte aber nicht zu einer Spaltung, denn die deutschen Katholiken sahen im Vatikan weiterhin ihre einzige und höchste Autorität.

Die Einführung des \*Arierparagraphen 1933 und die Fortsetzung der NS-Rassenpolitik (\*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit) waren ein theologisches und praktisches Problem für die Kirchen, da sie den Grundsatz christlicher Universalität verletzten, vor allem aber, weil sie auch Juden betrafen, die zum Christentum übergetreten waren (\*Konvertiten), ebenso viele in \*Mischehen lebende Juden und \*Mischlinge. Gleichzeitig standen die Kirchen vor dem Problem, wie sie sich zu den verschiedenen Formen der Judenverfolgung verhalten sollten – angefangen von den unzähligen brutalen \*Einzelaktionen im täglichen Leben bis hin zu \*Kristallnacht, \*Kennzeichnung mit dem Judenstern, \*Deportationen und Massenvernichtung.

Während sich beide Kirchenführungen – mit Ausnahme einer indirekten Verurteilung der Rassenlehre (u.a. in der Barmener Erklärung im Mai 1934 und der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Pius XI. am 14. März 1937, vgl. Zeittafel) – einer eindeutigen öffentlichen Stellungnahme zur Judenverfolgung enthielten, finden sich in den Lageberichten während der ganzen Zeit des Dritten Reiches in verschiedenen Teilen Deutschlands kritische Stimmen von Pfarrern und aus Kreisen der katholischen wie der protestantischen Bevölkerung. Die Proteste bezogen sich meist auf die NS-Rassengesetze, sowie auf lokale antijüdische Ausschreitungen, die sich manchmal auch gegen Ordensleute und Kirchen selbst richteten. Es finden sich ebenso, wenn auch selten, deutliche Proteste und Verurteilungen der Deportationen und der Massenvernichtung der Juden (vgl. ◀605▶; ◀692▶). Bibl.: Dierker, Die Religionspolitik des SD; Kulka/Flohr, Judaism and Christianity; Scholder, Die Kirchen; Gutteridge, Open Thy Mouth; Gerlach, Als die Zeugen schwiegen; Greive, Theologie und Ideologie; Schewick, Katholische Kirche; Friedländer, Pius XII.; Cornwell, Pius XII.; Kulka, Popular Opinion (und umfassende Bibl. dort, S. 251 f. in Anm. 1); „Kirchen“, in EH II, S. 758-768.

### **Kirchenkampf**

\*Kirchen und NS-Judenpolitik

### **Klee, Alfred (1875-1943)**

\*Jurist, jüdischer Verbandsfunktionär; bis 1933 als \*Rechtsanwalt tätig. Langjähriges Vorstandsmitglied der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland. 1919 Mitbegründer der \*Jüdischen Volkspartei, ab 1920 Mitglied des Repräsentantenkollegiums und später des Vorstandes der jüdischen \*Gemeinde Berlin. Ab 1925 Vizepräsident des Preußischen \*Landesverbandes der jüdischen Gemeinden. Bis September 1933 Mitglied des Präsidiums der alten \*Reichsvertretung, danach \*Beiratsmitglied der neuen Reichsvertretung und ab Mai 1936 bis zu seiner Auswanderung nach Holland 1938 Mitglied ihres \*Präsidialausschusses. 1943 wurde er ins Internierungslager Westerbork deportiert, wo er umkam.

### **Kober, Adolf (1879-1958)**

\*Rabbiner und Historiker; 1906-1908 liberaler Hilfsrabbiner in Köln; 1908-1918 Bezirksrabbiner in Wiesbaden; 1918-1939 Rabbiner der Synagogengemeinde Köln; 1922 Gründer einer Armenkasse, 1925-1939 Delegierter des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden. Er verfaßte u.a. das Buch „Grundbuch des Kölner Judenviertels 1135-1235“.

### **Kol Nidre**

Das Gebet, mit dem der Gottesdienst am Vorabend des Versöhnungstages \*Jom Kippur beginnt.

## **Kommunismus und Juden**

Die Verbindung zwischen Judentum und Marxismus, Kommunismus und vor allem Bolschewismus war ein zentraler Bestandteil der NS-Ideologie und Propaganda. In Bezug auf die Zustände in Deutschland wurde vor allem der Anteil jüdischer Aktivisten an den marxistischen Revolutionsbestrebungen nach dem ersten Weltkrieg hochgespielt. Auch wurden die Juden für die Entstehung der Weimarer Republik verantwortlich gemacht und als „Novemberverbrecher“ diffamiert. Teil dieser Propaganda war die Dolchstoßlegende, die behauptete, der Verrat der Juden und der Marxisten habe zur Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg geführt. Andererseits wurden in manchen Lageberichten gewalttätige und ordnungswidrige, antijüdische Ausschreitungen als kommunistische und marxistische Provokation dargestellt.

Die öffentliche Identifizierung der deutschen Juden und des „Weltjudentums“ mit dem Marxismus erscheint bereits im Aufruf der NSDAP zum \*Boycott am 1. April 1933. Die Propaganda gegen die Juden und den Bolschewismus erreichte ihren Höhepunkt nach dem Überfall auf die Sowjetunion und während der nachfolgenden Kriegsjahre, in die auch die \*Massendepportationen und die \*Endlösung fielen.

In den Lageberichten waren Kommunisten und Juden als „weltanschauliche Gegner“ ständiges Objekt der Überwachung. Darüber hinaus gab es, vor allem in den ersten Jahren nach der Machtergreifung, verschiedene Anordnungen, Juden, die Kommunisten waren, festzunehmen. So hatte die Dienststelle II 1 A (Kommunistische und marxistische Bewegung) des \*Gestapa am 11.1.1935 einen Erlass herausgegeben, daß die Staatspolizeistellen und Politischen Polizeien der Länder rückwirkend ab 1.10.1934 über die Betätigung von Juden im marxistischen Sinne berichten sollten. Diese Berichte sind eine wichtige Quelle über die tatsächliche Durchführung von Festnahmen an verschiedenen Orten.

Die Kommunisten ihrerseits verurteilten den NS-Antisemitismus und die Judenverfolgung (eine Sondernummer der „Roten Fahne“ war dem \*Kristallnacht pogrom gewidmet), führten aber gleichzeitig ihre sozialistische Tradition fort, die Juden mit dem Kapitalismus zu identifizieren. Trotz der für sie besonders schwierigen und riskanten Bedingungen kämpften Juden auch im Dritten Reich weiterhin im kommunistischen Untergrund und beteiligten sich am antifaschistischen Kampf im Exil. Zu ihren wichtigsten Aktionen gehört der Anschlag der „\*Baum-Gruppe“ (vgl. \*Baum, Herbert) auf die antisowjetische Ausstellung „Das Sowjetparadies“ im Mai 1942, als Folge dessen nicht nur fast alle Mitglieder der Gruppe hingerichtet wurden, sondern es auch zur Massenerschießung von 250 Juden kam, vor allem in den Kreisen der Mitarbeiter der \*Reichsvereinigung. Bibl.: Paucker, Jüdischer Widerstand; Kwiet/Eschwege, Selbstbehauptung; Bankier, German Communist Party; Gellately, The Gestapo and German Society. Enforcing Racial Policy, „Baumgruppe“, EH I, S. 158 ff.

## **Kongresse, Zionisten- (zionistische)**

\*Zionistenkongresse

## **Konservativismus**

Hauptströmung innerhalb der deutschen Orthodoxie, die sich durch ihre gemäßigte Haltung v.a. in Fragen des Religionsgesetzes (\*Halacha) und der Gemeindepolitik von der radikaleren \*Austrittsorthodoxie unterschied. (Nicht zu verwechseln mit dem „Conservative Judaism“ der angelsächsischen Länder, der sich außerhalb der

Orthodoxie versteht.) Der organisatorische Rahmen der \*Gemeindeorthodoxie in Deutschland war die 1927 gegründete Jüdisch-Konservative Vereinigung, die in ihrem Programm der \*Achduth nahe stand. Nach 1933 war sie Mitglied der \*Reichsvertretung und ihr Vorsitzender Abraham \*Horovitz vertrat sie im \*Präsidialausschuß der Reichsvertretung. Bibl.: JL, „Konservativismus“; Meyer, Response to Modernity; Meyer, M., Judaism within Modernity; Wiener, Jüdische Religion.

### **Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit**

Der Begriff „Proselyten“ bezeichnet in der Regel Nichtjuden, die ins Judentum aufgenommen werden. In den NS-Berichten wird „Proselyten“ allerdings parallel zu dem Begriff Konvertiten verwendet, womit die zum Christentum übergetretenden Juden gemeint sind. Aus verschiedenen Berichten geht hervor, daß einzelne Pfarrer und Priester während der gesamten Zeit des NS-Regimes weiterhin Juden ins Christentum aufnahmen, obwohl die Fortsetzung der Judentaufe nach 1933 in den beiden großen Kirchen umstritten war und der Religionsübertritt die Übertretenden nicht vor Diskriminierung und \*Deportation schützte. Die Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes galten für die vor und nach der Machtergreifung konvertierten Juden in gleicher Weise. Um Konvertiten zu helfen, bildete sich der \*Reichsverband der nichtarischen Christen und das \*Büro Grüber. Zur widersprüchlichen Einstellung der Kirchen zu den verfolgten nichtarischen Christen und der Verfolgungspolitik des NS-Regimes ihnen gegenüber vgl. \*Kirchen und NS-Judenpolitik. Bibl.: Honigmann, Austritte; ders., Jewish Conversions; Büttner, Persecution of Christian-Jewish Families.

\*Mischehen

### **Konzentrations- und Vernichtungslager**

Die Konzentrationslager waren bereits seit der Machtergreifung in Deutschland und später in den von Deutschland besetzten Gebieten ein zentrales Terrorinstrument des NS-Regimes. Der Prozentsatz an Juden in den Lagern war verhältnismäßig groß, zunächst aufgrund ihrer Beteiligung in den politisch verfolgten linken und liberalen Parteien, aber auch aufgrund ihrer aktiven politischen Gegnerschaft zum Regime noch vor der Machtergreifung innerhalb der jüdischen Organisationen. Außerdem galten Juden in diesen Jahren als grundsätzlich verdächtig. Massenhafte Festnahmen von Juden erfolgten in Wellen, so z.B. im Rahmen der \*Rasenschande-Hysterie vor und nach den \*Nürnberger Gesetzen oder während besonderer Aktionen wie im Juni 1938 (vgl. Zeittafel, 13.-18.6.1938) oder im Zuge des \*Kristallnacht Pogroms. In der Hierarchie des Lagerlebens standen Juden auf der untersten Stufe und hatten daher die schlechtesten Überlebenschancen.

Die exponierten Mitarbeiter der jüdischen Organisationen wurden mehrfach festgenommen. Sie lebten unter der ständigen Bedrohung, ins Konzentrationslager zu kommen, wo einige von ihnen auch ums Leben kamen (vgl. Otto \*Hirsch, Julius \*Seligsohn). Seit den großen Verhaftungswellen des Jahres 1938 und auch nach Kriegsbeginn unternahmen die \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland und später die \*Reichsvereinigung größte Anstrengungen, um inhaftierte Juden durch die Beschaffung von Auswanderungspapieren zu retten. Diese Möglichkeit zur Rettung durch \*Auswanderung existierte bis zum allgemeinen Auswanderungsverbot im Oktober 1941. In Folge eines Erlasses von \*Himmler (vgl. Zeittafel 5.10.1942) wurden alle jüdischen Häftlinge aus anderen Konzentrationslagern im Reichsgebiet nach Auschwitz überführt. Im Zuge der \*Massendeportationen und der \*Endlösung wurden einige Konzentrationslager wie Auschwitz und Majdanek

auch zu Vernichtungslagern. Das größte Vernichtungslager, in das Juden aus allen Teilen Europas deportiert wurden, war Auschwitz-Birkenau. Bibl.: Gutman, Nazi Concentration Camps; Herbert, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager; Orth, Das System der Konzentrationslager; Ruckerl, NS-Vernichtungslager.

**Koppel, Louis (1881-1973)**

Jurist; seit 1925 \*Rechtsanwalt und Notar in Dortmund; langjähriger Vorsitzender der Repräsentantenversammlung der dortigen Jüdischen \*Gemeinde; 1929-1938 Vorsitzender der Ortsgruppe des \*Centralvereins, bis 1933 des Dortmunder Anwaltsvereins; aktiv im jüdischen \*Kulturbund Rhein-Ruhr; nach 1933 wiederholt in Gestapohaft; Auswanderung in die USA.

**koscher**

Bezeichnet die Tauglichkeit nach den Vorschriften des jüdischen Religionsgesetzes (\*Halacha) und bezieht sich in den NS-Berichten über das jüdische Leben vor allem auf Lebensmittel und deren Zubereitung.

\*Schächten

**Kozower, Philipp (1894-1944)**

Jüdischer Vereinsfunktionär; bis 1933 als \*Rechtsanwalt in Berlin tätig. Führendes Mitglied der örtlichen \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und der \*Jüdischen Volkspartei. Ab 1929 bis zu seiner \*Deportation nach \*Theresienstadt im Januar 1943 war er Vorstandsmitglied der jüdischen \*Gemeinde Berlin. Seit 1937 war er Mitglied des \*Präsidialausschusses der \*Reichsvertretung, seit 1938 Vorstandsmitglied ihrer Nachfolgeorganisation, der \*Reichsvereinigung, in der er für Wohnungsfragen und das Bestattungswesen verantwortlich war. 1944 wurde er aus Theresienstadt wahrscheinlich nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

**Krankenhilfsverein Misch'enes Cholim**

Einer der vielen traditionellen jüdischen Wohltätigkeitsvereine (\*Wohlfahrtspflege, jüdische), die in der NS-Zeit zunehmend an Bedeutung gewannen. „Misch'enes Cholim“ ist die aschkenasische Aussprache (\*Aschkenas) des hebräischen „Misch'enet Cholim“, Stütze der Kranken.

\*Bikkur Cholim

**Kranken- und Beerdigungsbruderschaft**

\*Chewra Kaddischa

**Kristallnacht (Reichskristallnacht, Novemberpogrom, in NS-Berichten meist: Judenaktion)**

Offensichtlich von Hitler angeregt (vgl. Bibl.: Kley) und von \*Goebbels angeblich als Vergeltung für das \*Grynszpan-Attentat ausgelöst, von der NSDAP inszenierter und von \*SS, \*SA, \*HJ und anderen Parteiorganisationen ausgeführter reichsweiter Pogrom in der Nacht vom 9./10. November 1938, an dem sich z.T. auch die Bevölkerung beteiligte (vgl. z.B. regional ◀411▶ und reichsweit ◀356▶). Die verharmlosende Bezeichnung der Zeitgenossen „Kristallnacht“ bezieht sich auf die überall verstreuten Glasscherben vor den zerstörten Wohnungen, Läden und Büros, \*Synagogen und öffentlichen jüdischen Einrichtungen. Während der Kristallnacht wurden Juden überall gedemütigt, mißhandelt und in mehreren Fällen getötet; von den im Zuge der Massenverhaftungen festgenommenen jüdischen Männern wurden über 30.000 in \*Konzentrationslager gebracht. Im Anschluß an die Kristallnacht wurden fast alle jüdischen Organisationen aufgelöst und die jüdische \*Presse verboten. Obwohl der Novemberpogrom schlagartig in der Nacht vom 9./10. November entfesselt wurde, zeichnete er sich

bereits in den vorangegangenen Monaten in zahlreichen „Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung, die ... teilweise pogromartigen Charakter annahmen“, ab (vgl. ◀353▶, sowie \*Einzelaktionen). Wie aus vielen NS-Berichten, vor allem auf lokaler Ebene, hervorgeht, erinnerte sich die deutsche Bevölkerung auch später, in den Kriegsjahren, immer wieder an die Ereignisse der Kristallnacht, die durchaus mit Schuldgefühlen besetzt waren. Im Kollektivbewußtsein der deutschen Juden und in deren Erinnerung war sie das einschneidende Ereignis und – noch vor dem Beginn der \*Endlösung – das Ende der Geschichte der Juden in Deutschland (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 119). Bibl.: „Reichskristallnacht“ in EH II, S. 1205 ff.; Kley, Hitler and the Pogrom of November 9-10, 1938; Wildt, Violence against Jews in Germany 1933-1939.

\*Schändung religiöser Symbole

### **Kulturbund deutscher Juden**

Der Kulturbund deutscher Juden wurde im Juni 1933 zuerst in Berlin, dann auch in anderen Städten gegründet. Sein Ziel war es, die jüdischen Kulturschaffenden, die vom kulturellen Leben Deutschlands ausgeschlossen waren, zu sammeln, um das eigene kulturelle Leben der Juden zu fördern, was über die Arbeit der bereits bestehenden \*Künstlerhilfe hinausging. Dabei entbrannte der ideologische Streit, ob man „jüdische Kultur“ (z.B. Übersetzungen hebräischer und jiddischer Literatur) oder „Kultur für Juden“ (also allgemeine Kultur für ein jüdisches Publikum) fördern sollte. Der Kompromiß zwischen den beiden Extrempositionen war oft die Aufführung von Werken der Universalkultur mit jüdischen Inhalten (z. B. Lessings *Nathan der Weise*). Der Berliner Kulturbund besaß ein eigenes Theater, eigene Symphonieorchester und Opernensembles, er gab das 1933-1938 erscheinende „Monatsblatt des jüdischen Kulturbundes“ heraus und veranstaltete Konzerte, Vorträge, Filmvorführungen und dergleichen durch Ortsgruppen überall im Reich. Die Kulturbünde wurden im April 1935 (vgl. Zeittafel, 27./28. April 1935) im Reichsverband jüdischer Kulturbünde zusammengeschlossen. Ihre Tätigkeit war der Aufsicht des „Sonderbeauftragten für die Überwachung der Nichtarier“ Hans \*Hinkel beim „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ unterstellt. Im August 1935 erließ der Chef der \*Gestapo \*Heydrich im Einvernehmen mit Staatskommissar Hinkel die Auflage, daß die Veranstaltungen des Kulturbundes nur noch von Mitgliedern besucht werden durften, wodurch mit dem Ausschluß des nichtjüdischen Publikums die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden entscheidend vertieft wurde. Nach Angaben des Philo-Lexikons von 1936 hatte der Reichsverband im November 1935 80-90.000 Mitglieder. Der Kulturbund war die einzige jüdische Organisation neben dem \*Palästina-Amt, die nach 1938 nicht in die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert wurde. Am 1. Januar 1939 wurde er allerdings in eine stärker zentralisierte Organisation unter dem neuen Namen „Jüdischer Kulturbund in Deutschland“ umgewandelt. Er setzte seine Tätigkeit als selbständiger Verein bis zur Auflösung und Eingliederung in die Reichsvereinigung im September 1941, und danach in deren Rahmen fort. In seinen Tätigkeitsbereich fielen in dieser Zeit auch Aufgaben der früheren \*Erwachsenenbildung, wie \*Berufsumsichtung und Sprachunterricht (vor allem \*Hebräisch und Englisch), die als Vorbereitung auf die \*Auswanderung betrachtet wurden. Unmittelbar nach der Auflösung der gesamten jüdischen \*Presse im November 1938 wurde der Kulturbund u.a. verantwortlich für die Herausgabe der einzigen noch in Deutschland erscheinenden Zeitschrift \*Jüdisches Nachrichtenblatt, das zum halboffiziellen Organ der Reichsvertretung wurde. Bibl.: Freedon, Jüdisches Theater; Dahm, Kulturelles und

geistiges Leben; Cochavi, Kultur- und Bildungsarbeit; Schorsch, German Judaism; Steinweis, Hinkel; Akademie der Künste, Geschlossene Vorstellung; „Kulturbund Deutscher Juden“, EH II, S. 832-835.

### **Kultusvereinigung, jüdische**

Nach dem 30. Januar 1939 (vgl. Zeittafel) für alle jüdische \*Gemeinden in Deutschland geltender Name; nach dem Gesetz vom 4. Juli 1939 (vgl. Zeittafel) wurden diese der \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland einverleibt.

\*Synagogengemeinde, jüdische

### **Künstlerhilfe, jüdische**

Die jüdische Künstlerhilfe wurde wegen der schwierigen Lage vieler jüdischer Künstler schon vor 1933 als besondere Abteilung im Wohlfahrtsamt der Berliner Gemeinde gegründet. Mit der Gründung der Wirtschaftsstelle der Berliner Gemeinde (März 1933) wurde sie in diese eingegliedert. Im Juni 1933 wurde die \*Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe vom \*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau ins Leben gerufen, der für das gesamte Reich zuständig war, während der Berliner Wirtschaftshilfe die lokalen Aufgaben belassen wurden. Mit der Eingliederung der Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe in die \*Reichsvertretung der deutschen Juden am 1. April 1935 wurde die Künstlerhilfe eines der Aufgabengebiete der Reichsvertretung. Im Gegensatz zu anderen jüdischen Wohlfahrtsämtern sah die Künstlerhilfe ihre Aufgabe nicht in der Fürsorge, sondern in der „Produktivisierung“ der Juden, die ihre Stellungen verloren hatten. Sie sorgte, noch vor der Gründung des \*Kulturbundes deutscher Juden, für eine Kartei sämtlicher stellungsloser jüdischer Künstler und half ihnen, in Zusammenarbeit mit den Kulturbünden der jüdischen Gemeinden und Organisationen, Arbeit zu finden oder ins Ausland auszuwandern. 1939 wurde sie in die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert. Bibl.: Dahm, Kulturelles und geistiges Leben, S. 95-101, 119 f.

### **Kurorte und Bäder**

In international besuchten Kurorte verkehrten traditionell auch viele Juden. Bereits in der Weimarer Zeit waren die dort zur Kur befindlichen Juden oft Zielscheibe antisemitischer Hetze, v.a. seitens verschiedener nationalsozialistischer Gruppen. Nach der NS-Machtergreifung nahmen die antijüdischen \*Einzelaktionen drastisch zu und führten zu dauernden Konflikten mit den lokalen wirtschaftlichen Interessen und den allgemeinen außenpolitischen Rücksichten Deutschlands. Trotzdem wurden diese Kurorte weiter von zahlreichen jüdischen Gästen besucht. In vielen Orten gab es jüdische Hotels, in denen Juden auch nach der Verschärfung des lokalen antisemitischen Drucks regelmäßig verkehrten.

Einzelne Kommunen dagegen erließen schon frühzeitig ein Aufenthaltsverbot für Juden. Nach der \*Kristallnacht wurde für das ganze Reichsgebiet der Ausschluß von Juden aus öffentlichen Bädern und Kurorten offiziell legalisiert. Bibl.: Borut, Antisemitism in Tourist Facilities in Weimar Germany; Walter, Antisemitische Kriminalität; Schwarzbuch, S. 470-473.

\*Badeverbote in öffentlichen Schwimmbädern

\*Diskriminierung von Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit

### **KZ**

\*Konzentrationslager

## L

### **„Land der Verheißung“, Film**

Der „erste“ Palästina-Tonfilm, hergestellt im Auftrag des \*Keren Hajessod Leisrael, wurde am 26. Mai 1935 in Berlin uraufgeführt und daraufhin reichsweit gezeigt. Der Film präsentierte ein attraktives Bild des zionistischen Aufbaus in \*Palästina und des Lebens im \*Kibbutz. Dieses optimistische Bild, das als Alternative zu der oft als ausweglos betrachteten Situation der Juden in Deutschland vorgestellt wurde, übte insbesondere auf die jüdische Jugend in Deutschland einen bedeutenden Reiz aus. Bibl.: Benz, Juden, S. 154 f.

### **Landau, Eugen (1852-1935)**

Bankier und Industrieller; Mitbegründer des \*Hilfsvereins der Juden in Deutschland, 1932-1935 dessen Vorsitzender; 1921-1935 Vizepräsident des \*Keren Hajessod in Deutschland.

### **Landauer, Georg (1895-1954)**

Jüdischer Verbandsfunktionär; 1919-1923 aktiver \*Zionist im Rheinland, Mitbegründer der deutschen Zweigstelle des \*Hapo'el Haza'ir und aktiv in der zionistischen Jugendvereinigung \*Blau-Weiss. 1924-1925 Leiter des \*Palästina-Amtes in Berlin, 1926-1927 Sekretär der Exekutive der \*Zionistischen Weltorganisation in Jerusalem, 1929-1933 Geschäftsführer der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und nochmals Leiter des Palästina-Amtes. Er war 1933 Mitbegründer der \*Reichsvertretung der deutschen Juden und am \*Ha'avara-Abkommen beteiligt. 1934 wanderte er nach \*Palästina aus, wo er führend in der Jugendalija (\*Alija) tätig war, 1953 wanderte er in die USA aus.

### **Landenberger, Leopold (1888-1967)**

\*Jurist, jüdischer Vereinsfunktionär; 1918-1938 \*Rechtsanwalt in Nürnberg, 1922-1938 Mitglied und Geschäftsführer des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und dessen Präsident in Bayern; ab 1933 für die Liberalen im Präsidium und später im \*Präsidialausschuß der \*Reichsvertretung; auch Vorstandsmitglied der jüdischen \*Gemeinde Nürnberg. Er wanderte 1938 nach England aus und von dort 1940 in die USA.

### **Landes- und Provinzialverbände für jüdische Wohlfahrtspflege**

\*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

### **Landesverbände jüdischer Gemeinden**

Bis 1932 bestand in Deutschland, trotz verschiedener Versuche und Bemühungen, keine Gesamtorganisation der jüdischen \*Gemeinden Deutschlands. Dagegen wurden, voneinander unabhängig, in den meisten Ländern Deutschlands Landesverbände der Gemeinden gegründet. Die Landesverbände schlossen sich 1928 zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft und im Januar 1932 zur \*Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände zusammen. Diese sogenannte „alte“ Reichsvertretung bestand bis zur Gründung der „neuen“ \*Reichsvertretung der deutschen Juden im September 1933, in der sich fast alle jüdischen politischen und religiösen Organisationen zu einem Dachverband zusammenschlossen. In der NS-Zeit bestanden in Deutschland nachstehende Landesverbände (die Zahlen beziehen sich auf 1935):  
*Preußischer Landesverband* jüdischer Gemeinden (gegründet 1922), umfaßte ca. 700 Gemeinden mit etwa 80 Gemeinderabbinern und zwölf Bezirksrabbinern. Ihm unterstanden neun Provinzialverbände.

*Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden* (gegründet 1920), umfaßte 264 Gemeinden (davon 67 in der Pfalz) mit 19 Gemeinderabbinern (vier in der Pfalz).



*Oberrat der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs* (gegründet 1828), umfaßte 45 Gemeinden mit acht Bezirksrabbinern und einem Stadtrabbiner.

*Oberrat der Israeliten Badens* (gegründet 1809), umfaßte 124 Gemeinden mit neun Rabbinern.

*Sächsischer Israelitischer Gemeindeverband*, umfaßte acht Gemeinden mit drei Rabbinern.

*Thüringischer Landesverband Israelitischer Gemeinden*, umfaßte 17 Gemeinden mit zwei Rabbinern.

*Landesverband der Israelitischen Gemeinden Hessens*, umfaßte 137 Gemeinden mit sieben Rabbinern.

*Landesverband Anhaltischer Israelitischer Kultusgemeinden*, umfaßte zwölf Gemeinden mit zwei Rabbinern.

*Israelitische Landesgemeinde Mecklenburgs*, umfaßte 17 Gemeinden mit einem Rabbiner.

*Jüdischer Gemeinderat der Landesteile Oldenburg und Birkenfeld*, umfaßte 15 Gemeinden mit zwei Rabbinern.

*Landesverband der Lippischen Synagogengemeinden Detmold*, umfaßte 13 Gemeinden.

*Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg*.

*Vorstand der Israelitischen Gemeinde Bremen; Vorstand der Israelitischen Gemeinde Lübeck*.

Außerdem bestanden in Preußen, Hessen und Bayern gesetzestreue (\*orthodoxe) Landesverbände, die im 1920 gegründeten \*Reichsbund gesetzestreuere jüdischer Gemeinden Deutschlands (Halberstädter Verband) organisiert waren.

All diese Landesverbände gingen am 27. Juli 1938 (vgl. Zeittafel) in der neugestalteten \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland, nun unter dem Namen „Reichsverband der Juden in Deutschland“, offiziell auf. Tatsächlich arbeiteten sie auch in ihrer Nachfolgeorganisation, der \*Reichsvereinigung, als deren Bezirksstellen weiter. (Zu den Umstrukturierungsprozessen zwischen März 1938 und Februar 1939 vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 117 und 120). Bibl.: „Landesverbände jüdischer Gemeinden“ in PhL; „Gesamtorganisation der deutschen Juden“ in JL.

### **Laubhüttenfest**

\*Sukkot

#### **Laupheimer, Friedrich Elias (1890-1965)**

Nationalökonom und orthodoxer \*Rabbiner; geboren in Breslau; 1931-1939 Distrikt-rabbiner in Bad Ems; Mitglied des \*Misrachi, verantwortlich für den Keren Thora Va'avoda in Deutschland. Mitglied des \*Rates der Reichsvertretung; im November 1938 im \*KZ Dachau interniert; 1939 wanderte er über Holland und Frankreich nach \*Palästina aus.

#### **Lazarus, Paul Pinchas (1888-1951)**

\*Rabbiner; studierte am \*Rabbinerseminar in Breslau, 1918-1938 liberaler Rabbiner für Stadt und Bezirk Wiesbaden, 1921-1938 Mitbegründer und Dozent am Jüdischen \*Lehrhaus dort, Vorstandsmitglied der \*Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands, wanderte 1939 nach Palästina aus.

#### **Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums (\*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums)**

\*Rabbinerseminare

### **Lehrerseminare, jüdische**

Das erste jüdische Seminar zur Ausbildung von Rabbinern und Lehrern wurde unter dem Einfluß der Aufklärung 1810 vom „Westfälischen Konsistorium der Israeliten“ in Kassel gegründet. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden mehrere jüdische Lehrerseminare, von denen 1933 jedoch nur noch die seit 1864 bestehende Lehrerbildungsanstalt in Würzburg und das Lehrerseminar in Köln existierten. Letzteres hatte jedoch bereits 1932/33 die staatliche Anerkennung verloren und diente nur noch der Ausbildung jüdischer Religionslehrer. Dahingegen wurden nun auch an der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin Volksschullehrer ausgebildet. Während die Anstalt in Würzburg die \*orthodoxe Richtung vertrat, lernten in Berlin Studenten aus \*liberalen Kreisen. In den Jahren 1934-1938 bildete das Seminar in Würzburg 119, die Hochschule 60 Lehrer aus. Auch die \*Rabbinerseminare übernahmen einen Teil der Lehrerausbildung. Nach 1938 wurde die Lehrerausbildung nur noch im Rahmen der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums fortgesetzt, die 1942 geschlossen wurde.

Die besonderen Bedürfnisse jüdischer Erziehung im Dritten Reich (\*Schulwesen, jüdisches) konnten im Rahmen der bestehenden Seminare jedoch nicht erfüllt werden. Um den Lehrermangel zu beheben, organisierte die \*Reichsvertretung der deutschen Juden in Zusammenarbeit mit \*Landes- und Lehrerverbänden, vor allem aber mit der \*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung Kurse zur Umschulung von Lehrern, die aus dem allgemeinen Schulwesen ausgeschlossen worden waren, aber auch zur Ausbildung von jungen Erziehern und Lehrern für neue Fächer wie \*Hebräisch und Englisch, Judentumskunde und jüdische Literatur. Bibl.: Walk, Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich, S. 194-198.

### **Lehrhaus, jüdisches**

Nach dem Ersten Weltkrieg errichtete Franz Rosenzweig (1886-1929) in Frankfurt und später auch in anderen Großgemeinden Deutschlands jüdische Lehrhäuser, eine Art jüdische Volkshochschule. Sie boten jüdischen Erwachsenen, die sich vom traditionellen Judentum entfernt hatten, eine Möglichkeit, ihre jüdische Identität durch gemeinsames Studium wiederzufinden. Die Lehrhausidee und -praxis beruhte auf den Grundlagen der Wissenschaft des Judentums, die einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden sollten. In der Identitätskrise, in der sich das deutsche, vorwiegend assimilierte Judentum nach 1933 befand, wurde die Lehrhausidee für weite Kreise zum geistigen Anker. Das Frankfurter Lehrhaus nahm seine Tätigkeit wieder auf, und 1934 bestanden Lehrhäuser auch in Berlin, Köln, Stuttgart, Mannheim, Wiesbaden, Freiburg, später in Hamburg, Stettin, München, Dresden, Breslau und Karlsruhe. Nach 1938 wurden die jüdischen Lehrhäuser als solche aufgelöst, setzten jedoch einen Teil ihrer Tätigkeit innerhalb des \*Kulturbundes deutscher Juden fort. Bibl.: Simon, Aufbau im Untergang; Cochavi, Kultur- und Bildungsarbeit; Dahm, Kulturelles Leben; Mendes-Flohr, Jüdisches Kultur- und Geistesleben.

\*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung

### **Leschnitzer, Adolf (1899-1980)**

Pädagoge; 1925-1933 Lehrer an verschiedenen Schulen in Berlin; 1933-1939 Leiter der Schulabteilung (bis 1934 des Schulreferats) der \*Reichsvertretung der deutschen Juden; 1933-1939 Herausgeber der Jüdischen Lesehefte; Mitglied der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland. 1939 Auswanderung über Holland nach England, 1940 in die USA.

**Levante-Messe (Tel Aviv)**

Große Gewerbe- und Handelsmesse, die 1934 und 1936 in Tel Aviv als Beitrag zur Modernisierung der Wirtschaftsbeziehungen der jüdischen Bevölkerung \*Palästinas im Nahen Osten stattfand.

**Levinger, Heinrich (1901-?)**

Musikkritiker, Theaterdirektor; 1925-1931 Operndramaturg des Deutschen Theaters in Prag, 1933-1934 Leiter des Ensemble Dramatique en Langue Allemande Straßburg, 1934-1939 Leiter des \*Jüdischen Kulturbundes Rhein-Ruhr, zeitweise Vorstandsmitglied des \*Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde, 1938-1939 auch Leiter des Jüdischen Kulturbundes Rhein-Main, 1939 ausgewandert nach England, 1940 in die USA.

**Lewin, Reinhold (1888-1943)**

\*Rabbiner; geb. in Magdeburg; studierte von 1906-1912 am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau (\*Rabbinerseminare); ab 1912 liberaler Rabbiner in Leipzig, von 1921-1938 in Königsberg; ab 1938 Rabbiner in Breslau; 1943 deportiert.

**Liberales Judentum**

Sammelbegriff für nicht-orthodoxe Strömungen innerhalb der jüdischen Religion und Gesellschaft. Bibl.: JL.

\*Vereinigung für das religiös-liberale Judentum

\*Reformjudentum

**Liebermann, Max (1847-1935)**

Bedeutender deutsch-jüdischer Maler und Graphiker. Er wurde in Paris, Holland und München ausgebildet und lebte ab 1884 in Berlin; einer der führenden Meister des deutschen Impressionismus und Begründer der Berliner Sezession. 1920-1923 Präsident der Preußischen Akademie der Künste; Ehrenbürger von Berlin. 1927 verlieh ihm der Reichspräsident von Hindenburg den Adlerschild des Deutschen Reiches. Liebermann war bewußter Jude, wenn auch jüdische Motive in seinen Bildern nur selten erscheinen. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde Liebermann wegen seines Judentums demonstrativ seines Amtes in der Akademie enthoben und galt in der nationalsozialistischen Propaganda als ein Vertreter der sogenannten „entarteten Kunst“. Als solche wurden seine Werke in der gleichgenannten, vom nationalsozialistischen Regime im Jahre 1937 abgehaltenen Ausstellung präsentiert.

**Lilienthal, Arthur (1899-1943)**

\*Jurist (\*Rechtsanwälte, jüdische) und jüdischer Gemeindefunktionär; ab 1924 Vorsitzender der \*Arbeitsgemeinschaft der jüdisch-liberalen Jugendvereinigungen der jüdischen \*Gemeinden; seit 1930 Vorstandsmitglied des Preußischen \*Landesverbandes der jüdischen Gemeinden. Nach der Gründung der \*Reichsvertretung war er ihr Generalsekretär. In der \*Kristallnacht kam er ins \*Konzentrationslager Sachsenhausen; nach der Entlassung bis zu seiner \*Deportation im Juni 1942 nach \*Theresienstadt wirkte er als Vorstandsmitglied der \*Reichsvereinigung. Wo und wann er starb, ist nicht bekannt.

**Lippmann, Leo (1881-1943)**

\*Jurist (\*Rechtsanwälte, jüdische) und Kommunalpolitiker; ab 1906 im Höheren Staatsdienst in Hamburg, 1909 Regierungsrat, 1919 Oberregierungsrat, 1920 Staatssekretär, 1921 Staatsrat, 1933 entlassen. 1935 im Vorstand der Jüdischen \*Gemeinde Hamburg; ab 1937 Vertreter der außerpreußischen Landesverbände im

Haushaltsausschuß der Reichsvertretung; er nahm sich 1943 das Leben (\*Selbstmorde).

**Lipsky, Louis (1876-1963)**

\*Zionistischer Politiker in den USA. Lipsky war Sekretär und später Vorsitzender der Zionist American Federation (ab 1917: Zionist Organization of America – ZOA) und deren Präsident 1922-1930. Er war auch aktiv im \*American Jewish Committee (AJC) und im World Jewish Congress (WJC) tätig.

**Löwenberg, Ernst (1896-1987)**

Lehrer und jüdischer Verbandsfunktionär; 1921-1934 Lehrer an verschiedenen Schulen in Hamburg; 1934 aus dem staatlichen Schuldienst entlassen, 1930-1938 Vorstandsmitglied des \*Centralvereins im Landesverband Nordwestdeutschland; 1930-1938 Berater jüdischer Hilfsorganisationen; 1934-1938 Lehrer der \*Talmud-Tora Schule in Hamburg; 1934-1938 Vorstandsmitglied und Vizepräsident der deutsch-israelitischen \*Gemeinde Hamburg, 1934-1938 Mitglied im pädagogischen Ausschuß der \*Reichsvertretung, 1938 Auswanderung in die USA.

**Löwenherz, Josef (1884-1946)**

\*Rechtsanwalt; seit 1936 Direktor der \*Israelitischen Kultusgemeinde Wien; unter dem NS-Regime Oberhaupt der \*Gemeinde, die als Gesamtvertretung der österreichischen Juden fungierte. Er war ein wichtiger Partner der \*Reichsvertretung und der \*Reichsvereinigung in Deutschland bei der Organisation der illegalen \*Auswanderung und \*Alija in den Jahren 1938-41. Löwenherz, Leo \*Baeck und der Generalsekretär der Prager Gemeinde Frantisek Weidmann wurden in besonders kritischen Situationen, wie angesichts der geplanten Evakuierung der europäischen Juden nach \*Madagaskar 1940 und nach dem Anschlag der \*Baum-Gruppe (\*Baum, Herbert) 1942, vom \*Reichssicherheitshauptamt als die Verantwortlichen für die Gesamtheit der Juden im „Großdeutschen Reich“ betrachtet. Bibl.: „Löwenherz“ in EH II, S. 902 f.

**Löwenstein, Karl (1883-1965)**

\*Jurist; aktiv in der jüdischen \*Jugendbewegung; bis 1938 \*Rechtsanwalt in Aachen, Präsident der \*Bne Brith-Loge; Mitglied der Repräsentantenversammlung der Jüdischen \*Gemeinde, zuletzt deren Vorsitzender; Vorsitzender der Ortsgruppe des \*Centralvereins und Hauptvorstandsmitglied des CV in Berlin; 1939 ausgewandert nach Belgien, 1940 über Frankreich in die USA.

**Löwenstein, Leo (1876-1956)**

Physiker, Chemiker, deutsch-jüdischer Verbandsfunktionär; seit 1918 Abteilungsleiter im preußischen Kriegsministerium, 1919 Gründer und Vorsitzender (bis 1938) des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF), 1933 des Sportbundes des RjF und Mitglied des \*Reichsausschusses jüdischer Sportverbände. 1940 Zwangsarbeit in Berlin; 1943 \*Theresienstadt; 1946 Auswanderung nach Schweden, später in die Schweiz.

**Logen, jüdische**

\*Bne Brith (U.O.B.B.)

**Lubinski, Georg ◀(1902-1974) hebr.: Giora Lotan▶**

\*Rechtsanwalt, jüdischer Verbandsfunktionär; Mitbegründer und erster Generalsekretär des \*Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände; 1933-1938 Leiter der Abteilung für Berufsausbildung der \*Reichsvertretung der deutschen Juden; Mitglied in \*Hechaluz, \*Poale Zion, \*Habonim. Er wanderte 1938 nach \*Palästina aus und gründete 1953 die israelische Sozialversicherung, die er lange leitete; 1959-1960 Minister für Soziales, 1969 Minister für Arbeit.

**Ludendorff, Erich (1865-1937)**

Deutscher General; seine Siege über die Russen bei Tannenberg und an den Masurischen Seen im Ersten Weltkrieg legten den Grundstein für den Mythos, der sich um seine Person bildete, und für seine steile Karriere. Am 26.10.1918 entlassen, kämpfte Ludendorff nach dem Krieg unter Einsatz seiner Popularität gegen die Republik, schürte die Dolchstoßlegende und beteiligte sich am Hitlerputsch vom 9.11.1923. Im Gegensatz zur NSDAP-Führung wurde er freigesprochen. Er zog 1924 in den Reichstag ein, kandidierte 1925 erfolglos für das Amt des Reichspräsidenten und wandte sich 1928 endgültig vom Nationalsozialismus ab. 1925 gründeten er und seine Frau Mathilde (1877-1966) den antisemitisch ausgerichteten \*Tannenbergbund, dessen „deutscher Gotterkenntnis“ er sich fortan ganz widmete. Obwohl er sich öffentlich gegen Hitler stellte, erhielt er 1937 ein pompöses Staatsbegräbnis.

**Lustig, Walter (1891-1945)**

Jüdischer \*Arzt; ab 1941 Leiter des Jüdischen Krankenhauses in Berlin; ab Ende 1942 Vorstandsmitglied der \*Reichsvereinigung; ab 10. Juni 1943 (vgl. Zeittafel) bis Kriegsende alleiniger Leiter der „Rest-Reichsvereinigung“ bzw. „Neuen Reichsvereinigung“; Dank \*Mischehe mit einer \*arischen Frau vor \*Deportation geschützt; am Kriegsende wegen Verdachts auf Kollaboration von der russischen Besatzungsarmee verhaftet und vermutlich hingerichtet. Bibl.: Meyer, B., Gratwanderung, S. 325 ff., Nadav/Stürzbecher, Walter Lustig.

**M****Machsikei Hadas**

Hebr., Träger der Religion. Jüdisch-orthodoxer Verein in Halle zur Förderung des \*Torastudiums und Einhaltung des \*Religionsgesetzes.

**Machsikei Hatorah**

Hebr., Träger der \*Tora. Jüdisch-orthodoxer Verein, u.a. in Düsseldorf und Dresden zur Förderung des Torastudiums und Einhaltung des \*Religionsgesetzes (\*Halacha).

**Mack, Julian W. (1866-1943)**

Richter (\*Rechtsanwälte) und zionistischer Funktionär in den USA; 1895-1940 Jura-Professor; 1903-1941 Richter in verschiedenen Instanzen; 1906 Mitglied des \*American Jewish Committee und für 12 Jahre in führendem Amt. Aktiv in der \*Jewish Agency und im World Jewish Congress. 1919 war er erster Vorsitzender des \*Comité des Délégations Juives bei der Friedenskonferenz in Versailles.

**Madagaskar-Plan**

Ähnlich wie im Fall \*Biro-Bidschan, als der \*SD 1934 prüfte, ob dort auch jüdische Auswanderer aus Deutschland angesiedelt werden könnten, verhielt es sich, als Polen von der französischen Regierung 1937 die Genehmigung erhielt, auf der südostafrikanischen Insel Madagaskar die Ansiedlungsmöglichkeiten für polnische Juden zu prüfen (vgl. ◀306▶). In den polnischen Ergebnissen sah der SD eine auch für die \*Auswanderung der Juden aus Deutschland relevante Möglichkeit und verfolgte sie zunächst weiter. Im Juli 1940, nach der Niederlage Frankreichs, wurde der Madagaskar-Plan vom Deutschen Auswärtigen Amt und vom Referat Juden im \*Reichssicherheitshauptamt als die Möglichkeit zur „Evakuierung“ der sich damals unter deutscher Herrschaft befindlichen ca. 4 Millionen europäischer Juden erwogen. Ähnlich wie der Plan zur Errichtung eines Reservates für Juden in der Gegend von Lublin im November 1939 (vgl. Zeittafel, 18.-27. Oktober) und dem späteren Alternativgedanken einer „territorialen Lösung“ auf sowjetischem Gebiet stellte

letztlich auch der Madagaskar-Plan für das NS-Regime keine Alternative zur \*Endlösung dar. Bibl.: Brechtken, Madagaskar für die Juden; Jansen, Madagaskar-Plan; Yahil, Madagascar; EH II, S. 915 ff.

### **Maimonides, Moses (1135-1204)**

Bedeutendster jüdischer Philosoph des Mittelalters, Gesetzeslehrer (Kodifikator) und \*Arzt; wurde in Cordoba geboren und starb in Fostat in Ägypten, schrieb auf \*Hebräisch und Arabisch. Er vertrat die Auffassung von der Identität von Religion und Philosophie und stellte das Judentum mit den Formen des Aristotelismus dar. Seine religionsgesetzlichen Kodifikationen (\*Halacha) sind bis heute für das Judentum verbindlich.

Sein 800. Geburtstag fiel für die Juden in Deutschland in ein Jahr besonderer Not und Erniedrigung (vgl. Zeittafel Februar 1935, Juli-August 1935 und die Verkündung der \*Nürnberger Gesetze am 15.9.1935) und wurde, wie die NS-Stimmungsberichte beschreiben, von deutschen Juden besonders feierlich begangen. Die Tatsache, daß er auch über das Judentum hinaus als bedeutender Philosoph anerkannt war, diente den Juden zur Stärkung ihres Geschichts- und Selbstbewußtseins; alle Strömungen konnten sich auf ihre Weise mit seiner Lehre identifizieren: Für die \*Assimilanten galt er als Beispiel der kulturellen Symbiose in der Blütezeit des spanischen Judentums, für die \*Orthodoxie als verbindliche halachische Autorität, und auch die \*Zionisten sahen in ihm eine der bedeutendsten Figuren der jüdischen Geschichte. So erstaunt es nicht, daß gerade in Deutschland 1935 A. Heschels Monographie „Maimonides“ erschien.

### **Majdanek**

- \*Konzentrations- und Vernichtungslager
- \*Endlösung

### **Makkabi**

Erster jüdischer Sportbund, gegr. 1895, der im Zuge der zionistischen Bewegung in verschiedenen Ländern ins Leben gerufen wurde, um für die körperliche und geistige Erneuerung des jüdischen Volkes, besonders der jüdischen Jugend, im jüdischnationalen Sinne tätig zu sein. Der Makkabi gehörte der \*Zionistischen Weltorganisation an und wurde auf dem 21. Zionistischen Weltkongreß (\*Zionistenkongresse) als jüdischer Weltverband konstituiert. In den dreißiger Jahren umfaßte der Makkabi-Weltbund ca. 45 Kreise (Länder) mit etwa 200.000 Mitgliedern. Der deutsche Makkabikreis wurde 1898 gegründet und zählte (1935) 133 Vereine und 22.000 Mitglieder, einschließlich des \*Makkabi-Haza'ir. Wie fast alle selbständigen jüdischen Organisationen wurde er nach November 1938 aufgelöst. Der deutsche Makkabikreis war Teil des Makkabi-Weltverbandes und umfaßte neben den Makkabivereinen auch \*Bar Kochba- und \*Hakoach-Vereine.

- \*Sportvereine, jüdische
- \*Reichsausschuß jüdischer Sportverbände

### **Makkabia, Makkabiade**

Sporttreffen des \*Makkabi Weltverbandes nach Art der Olympiade. Die erste Makkabia fand 1932 anläßlich der 1800. Wiederkehr des \*Bar-Kochba-Aufstandes (132-135) statt. Sie sollte alle drei Jahre in \*Palästina ausgetragen werden. Die eindrucksvolle Makkabia von 1935 in Tel Aviv war auch ein demonstrativer Akt jüdischer Solidarität gegen die Erniedrigung und Diskriminierung der Juden in aller Welt und stärkte besonders das Selbstbewußtsein der deutschen Juden. Einige der Teilnehmer aus Deutschland nutzten die Chance und blieben als illegale

Einwanderer (\*Alija) in Palästina. Während des Zweiten Weltkrieges fanden die Spiele nicht statt. Nach der Gründung des Staates Israel wurde die Tradition wieder aufgenommen.

### **Makkabi Haza'ir**

Hebr., der junge Makkabäer; Jugendorganisation des \*Makkabi-Weltverbandes.

### **Makkabikreis**

\*Makkabi

### **Makkabi-Weltverband**

\*Makkabi

### **Mandatsregierung**

\*Britisches Mandat in Palästina

### **Marley, Lord**

Engländer, der in Zusammenarbeit mit Felix M. \*Warburg für die Ansiedlung sowjetischer Juden in der geplanten jüdischen Republik \*Biro-Bidschan tätig war.

### **Marranen (Marannen)**

Span. marranos, Schweine; Marranen ist die im 16. Jahrhundert im christlichen Spanien und Portugal eingeführte Bezeichnung für in den vorangegangenen Jahrhunderten zwangsgetaufte Juden, die jedoch Teile ihrer jüdischen Identität heimlich bewahrten. Viele von ihnen, die in nichtkatholische europäische, süd- und mittelamerikanische Länder auswanderten, kehrten dort offen zu ihrem Judentum zurück und gründeten eigene sefardische (\*Sefardim) Gemeinden. Ihre \*Gemeinden (die bedeutendste in Hamburg) bestanden auch unter dem NS-Regime. Als die Einwanderungsmöglichkeiten (\*Auswanderung) gegen Ende der dreißiger Jahre zunehmend eingeschränkt wurden, nahmen in den letzten verbliebenen Zufluchtsländern in Mittel- und Südamerika auch die von Marranen gegründeten sefardischen Gemeinden Juden aus Deutschland auf.

### **Marum, Ludwig (1882-1934)**

Deutscher Politiker jüdischer Abstammung; Marum war von Geburt Jude, seit 1913 konfessionslos; \*Rechtsanwalt; 1918-1919 badischer Justizminister; 1919-1929 badischer Staatsrat; 1914-1928 Mitglied des badischen Landtages und 1928-1933 Mitglied des Reichstages (SPD). Am 16.5.1933 wurde er zusammen mit anderen Sozialdemokraten ins Konzentrationslager Kislau verschleppt, wo er am 29.3.1934 von \*SA- und \*SS-Leuten im Schlaf erürgt wurde; in offiziellen Angaben hieß es, er habe sich erhängt. Bibl.: Hamburger, Jüdische Parlamentarier.

### **Marxismus**

\*Kommunismus und Juden

### **Massenauswanderung**

\*Auswanderung

### **Massendeportationen**

\*Deportationen

### **Maybaum, Ignaz (1897-1976)**

\*Rabbiner, Lehrer; geb. in Wien; Studium an der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin; 1926-1928 liberaler Rabbiner in Bingen; 1926-1936 Rabbiner in Frankfurt/Oder; 1936-1939 Dozent an der \*Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in Berlin (vgl. \*Rabbinerseminare, jüdische); 1939 Emigration nach England.

**Mayer, Bernhard Albert (1865-?)**

Kaufmann und Gemeindefunktionär; Inhaber eines Gold- und Silberwarengeschäfts in Pforzheim und Mainz; 1904 Vorstand der Jüdischen \*Gemeinde Mainz und der \*Israelitischen Religionsgemeinde Hessen; 1934 Mitglied im \*Beirat der Reichsvertretung; 1941 Auswanderung nach Argentinien.

**Melchett, Lord**

\*Mond, Familie

**Mendelssohn, Moses (1729-1786)**

Jüdisch-deutscher Philosoph, der zu seinen Lebzeiten zu den bedeutendsten Philosophen der Aufklärung gezählt wurde. Mendelssohn gilt als der Wegbereiter der jüdischen Emanzipation durch die einzigartige Vereinigung von breiter Allgemeinbildung und traditionellem Judentum in seiner Person. Er war ein Freund von Gotthold Ephraim Lessing, der die Hauptrolle in seinem Schauspiel „Nathan der Weise“ nach dem Vorbild des Philosophen gestaltete. Der große Einfluß Mendelssohns, auch als Symbolfigur, mit der sich das moderne deutsche Judentum weitgehend identifiziert, blieb weit über seine Epoche hinaus bestehen und war auch in der Krisenzeit des Dritten Reiches bemerkbar. So war es bezeichnend, daß das erste 1933 vom \*Kulturbund aufgeführte Theaterstück Lessings „Nathan der Weise“ war. In den Diskussionen zu den Grenzen von Assimilation und \*Emanzipation und deren Neuformulierung während der ersten Jahre des NS-Regimes, sowie allgemein zur Neuüberprüfung der deutsch-jüdischen Identität dienten seine Gedanken immer wieder als Ausgangspunkt.

**Meyer, Franz (Elieser) (1897-1972)**

Kaufmann, jüdischer Verbandsfunktionär; Vorstandsmitglied der Jüdischen \*Gemeinde Breslau; seit 1933 Mitglied des Präsidiums und später des \*Präsidialausschusses der Reichsvertretung; ab Juni 1936 bis zu seiner Auswanderung ihr zweiter geschäftsführender Vorsitzender in gleichberechtigter Stellung neben \*Otto Hirsch; 1937-1939 Geschäftsführer und Vorsitzender der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland; besonders aktiv in der Auswandererhilfe; 1939 Auswanderung nach \*Palästina.

**Meyer, Senta (1905)**

Sozialarbeiterin; geboren 1905 in Hamburg; Sozialarbeiterin in der Hamburger Jüdischen \*Gemeinde und Mitarbeiterin im \*Israelitischen Familienblatt Hamburg; Auswanderung in die USA.

**Midrasch**

Bezeichnung für die rabbinische Auslegung der Bibel (\*Tora, schriftliche Lehre) seit dem dritten Jahrhundert bis ins Mittelalter. Viele Midraschim geben in Art und Inhalt der Exegese Aufschluß über die Zeit, in der sie verfaßt wurden. Die alte Form des Midrasch diente auch in späteren Zeiten der verschlüsselten, subversiven Kritik an den jeweils gegenwärtigen Umständen, unter anderem an judenfeindlicher Herrschaft.

Auch im Dritten Reich wurden in Predigten, Vorträgen und der Jüdischen \*Presse historische Ereignisse der jüdischen Geschichte und die mit Not, Verfolgung und deren Überwindung verbundenen Feiertage auf die aktuelle Situation der Judenverfolgung in Deutschland bezogen; so etwa die Knechtschaft in Ägypten (\*Pessach), die Bedrohung und Errettung der Juden in der persischen Diaspora (\*Purim), die Religionsverfolgungen in der hellenistischen und römischen Zeit (\*Chanukka oder der Gedenktag zur Zerstörung des Tempels in Jerusalem nach



dem großen Aufstand gegen die römische Herrschaft). Eine andere Form des „geistigen Widerstandes“, die der Zensur meist entging, war die verschlüsselte Aktualisierung von traditionellen Texten, die für jüdische Leser aber leicht zu erkennen war und das jüdische Selbstbewußtsein stärkte (vgl. das Kapitel „Der neue Midrasch“ und die Definition des Begriffes „geistiger Widerstand“ bei Simon, Aufbau im Untergang, 76-91). In diesem Geist wurden auch zahlreiche Botschaften der \*Reichsvertretung der Juden in Deutschland, etwa zu \*Jom Kippur 1935 (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 73 und 79) und zum Jüdischen \*Neujahrsfest im September 1938 (vgl. \*Jüdische Rundschau vom 30.9.1938; ◀347▶) verfaßt.

### **Minderheitenschutz**

Als nach dem Ersten Weltkrieg in den Friedensverträgen mit den „Nachfolgestaaten“ die vom Völkerbund garantierten Minderheitenschutz-Paragraphen verankert wurden, traten in Mittel- und Osteuropa autonomistische Bestrebungen und Forderungen nach der Gewährung von Minderheitenschutz auch von Seiten der Juden auf. Im deutschen Judentum dagegen wurden ähnliche Bestrebungen von der Mehrzahl der Juden aufgrund ihrer weitgehenden Selbstidentifizierung mit dem deutschen Volk zurückgewiesen.

Sogar 1933, nach dem Einsetzen der antijüdischen Verfolgungen und den Anfängen der Rassengesetzgebung, lehnten die Juden den Vorschlag, den Schutz des Völkerbundes zu suchen, ab. Ausnahmen bildeten die jüdische Bevölkerung Oberschlesiens, des \*Saarlandes und der Freistadt \*Danzig:

In **Oberschlesien** gelang es den Juden, mit Hilfe des vom Völkerbund garantierten deutsch-polnischen Abkommens zum Minderheitenschutz vom 15.5.1922, ihre staatsbürgerlichen Rechte bis zum 15.5.1937 (Auslaufen des Abkommens) zu bewahren. Die im Abkommen vorgesehene anschließende zweimonatige Schutzfrist (vgl. ◀265▶) wurde allerdings schon am 30.6.1937 durch das Gesetz über Maßnahmen im ehemals ober-schlesischen Abstimmungsgebiet gebrochen (vgl. Zeittafel, 30. Juni 1937, sowie \*Bernheim-Petition).

Im **Saarland** durften aufgrund des Römischen Abkommens vom November 1934 im ersten Jahr nach der Rückgliederung an Deutschland (\*Saarabstimmung) keine Gesetze in Kraft treten, die eine Diskriminierung nach Sprache, Rasse oder Religion beinhalteten. Die \*Nürnberger Gesetze konnten daher dort bis zum 1. März 1936 nicht angewendet werden.

**Danzig** war zwar nach dem Ersten Weltkrieg unter Aufsicht des Völkerbundes gestellt worden, doch waren die Danziger Juden seit dem Wahlsieg der Nationalsozialisten im Mai 1933 im Stadtsenat auch von antijüdischen Maßnahmen, die seit 1933 schleichend eingeführt wurden, betroffen. Der Kampf der jüdischen Gemeinde gegen die Diskriminierung zeigte nur bedingten Erfolg. Die Nürnberger Gesetze wurden jedoch erst nach der \*Kristallnacht, am 21.11.1938, offiziell eingeführt.

Die deutschen Juden lehnten bis Ende der Dreißigerjahre die Möglichkeit, unter Minderheitenschutz gestellt zu werden, ab; zur Haltung des NS-Regimes gegenüber der Ausweitung des Minderheitenschutzes auf die Juden in Deutschland vgl. \*Zionismus, letzter Absatz. Bibl.: Janowsky, The Jews and Minority Rights; Stillschweig, Zur neuen Geschichte der jüdischen Autonomie; Toury, Organizational Problems of German Jewry. Zu Oberschlesien Bibl. in \*Bernheim-Petition; zum Saarland vgl. Hermann, Schicksal der Juden im Saarland 1920-1945; ADAP, Serie C, Bd. III, 2, S. 661 f.; Jacoby, Herrschaftsübernahme an der Saar, S. 155; zu

Danzig vgl. Levine, Hitler's Free City; Lichtenstein, Die Juden der Freien Stadt Danzig; „Danzig“ in EH I, S. 309 f.

\*Comité des Délégations Juives

### Mischehen

Die Assimilation und Integration der deutschen Juden während der Weimarer Republik spiegelte sich unter anderem im hohen Prozentsatz der zwischen Juden und Nichtjuden geschlossenen Ehen. Im Jahr 1927 wurden etwa 21% der Ehen von Juden mit nichtjüdischen Partnern geschlossen. (Juden, die ihren Glauben verließen, um einen nichtjüdischen Partner zu heiraten, sind in dieser Zahl nicht mitgerechnet.) Nach der Machtergreifung führte die rassistische Hetze der Nationalsozialisten unter dem Vorwand der „\*Rassenschande“ oft zu Gewaltaktionen aus der Bevölkerung.

Ab 1933 erschwerten die Behörden durch lokale und regionale Verordnungen und Gesetze die Bestellung von Aufgeboten gemischter Paare. Ein allgemeines Verbot von Mischehen erging 1935 im Rahmen der \*Nürnberger Gesetze als „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Blutschutzgesetz)“. Dabei behielten die bereits geschlossenen Mischehen jedoch ihre Gültigkeit. Der jüdische Partner dieser Ehen war vor einem Teil der antijüdischen Diskriminierungen und Verordnungen geschützt, und in der Folge auch vor der \*Deportation in die \*Vernichtungslager. Ende 1938 ordnete Hitler im Zusammenhang mit den Gesetzen über Mischehen in bestimmten Fällen Erleichterungen an. Dadurch entstand, was in der Sprache der Bürokraten „privilegierte Mischehe“ genannt, jedoch niemals klar durch ein Gesetz definiert wurde. In diese Kategorie fielen ausgewählte Paare, deren nichtjüdischer Teil eine herausragende soziale oder wirtschaftliche Stellung innehatte, und deren Kinder (\*Mischlinge) nach den Nürnberger Rassegesetzen keine „Volljuden“ waren bzw. kinderlose Paare, ebenso Paare, deren einziger Sohn im Krieg gefallen war. Im Gesetz über die „Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30.4.1939 (vgl. Zeittafel) wurden erstmalig vier Kategorien von Mischehen aufgestellt, von denen zwei als „arische Haushalte“ galten und dadurch einen ähnlichen Status wie privilegierte Mischehen hatten. Dort heißt es:

1. Ist der Haushaltsvorstand Arier, die Ehefrau Jüdin, und sind Kinder nicht vorhanden, dann gilt der Haushalt als arisch.
2. Ist der Haushaltsvorstand Jude, die Ehefrau Arierin und sind keine Kinder vorhanden, dann gilt der Haushalt als jüdisch.
3. Ist einer der Eltern Jude und der andere Arier und sind Kinder vorhanden, die deutsche Mischlinge I. Grades sind (also nicht mosaich erzogen), dann gilt der Haushalt als arisch.
4. Ist einer der Eltern Jude, der andere Arier und sind Kinder vorhanden, die mosaich erzogen werden, dann gilt der Haushalt, auch wenn der Mann Arier ist, als jüdisch.

Juden, die in privilegierten Mischehen lebten, waren u.a. von der \*Kennzeichnung durch den „Judenstern“ und vom Wohnen in \*Judenhäusern befreit und fielen nicht unter die besondere Lebensmittelrationierung für Juden (vgl. 475). Die Lageberichte erwähnen jedoch Proteste aus der Bevölkerung gegen derartige Erleichterungen (vgl. 568).

Kinder aus Mischehen waren dementsprechend der rassistischen Diskriminierung in unterschiedlichem Maße ausgesetzt, je nach dem Anteil und der Herkunft des „jüdischen Blutes in ihren Adern“ und ihrer jüdischen Erziehung. In verschiedenen

Phasen der \*Endlösung versuchte das Regime immer wieder, auch die in Mischehen lebenden Juden zu deportieren. Im Verlauf einer solchen Aktion im Februar 1943 in Berlin kam es zu einer mehrtägigen Demonstration der nichtjüdischen Ehefrauen gegen die Festnahme ihrer Männer und in Folge dessen auch zu Protestbriefen einiger Kirchenführer (vgl. Zeittafel 27./28. Februar 1943 und 12. März 1943). Dies hatte die reichsweite Aufhebung der Festnahme und Deportation von in Mischehen lebenden Juden zur Folge. Dank ihrer nichtjüdischen Ehepartner überlebten im Schutz von (privilegierten und nicht-privilegierten) Mischehen in Deutschland mehr als 10.000 Juden.

Für die \*Kirche stellte die Verfolgung von Mischehen und Mischlingen ein besonderes Problem dar, weil viele jüdische Ehepartner anlässlich ihrer Heirat zum Christentum übergetreten (\*Konvertiten, \*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit) und die Kinder bereits als Christen geboren und getauft waren. Bibl.: Büttner, Persecution of Christian-Jewish Families; Meiring, Christlich-jüdische Mischehe; Meyer, Jüdische Mischlinge; Stolfus, Resistance of the Heart.

### **Mischlinge**

Der Begriff wurde erstmals in der ersten Verordnung zu den \*Nürnberger Gesetzen (vgl. Zeittafel 15. September 1935) genau definiert: ein jüdischer Mischling zweiten Grades war danach jeder mit nur einem „der Rasse nach volljüdischen“ Großelternanteil („Vierteljude“); ein jüdischer Mischling ersten Grades jeder mit zwei Großelternanteilen („\*Halbjude“), sofern er nicht in die Kategorie der \*Geltungsjuden fiel; Personen mit drei jüdischen Großelternanteilen wurden „Volljuden“ gleichgestellt. \*Ariern war ab September 1935 die Ehe mit Mischlingen ersten Grades nur in seltenen Ausnahmefällen und mit Genehmigung des Innenministeriums gestattet. Von der religiösen („mosaischen“) Erziehung der Kinder hing auch der Begriff „jüdischer“ bzw. „arischer Haushalt“ ab (vgl. \*Mischehe und Zeittafel zum 30.4.1939). Die antijüdische Gesetzgebung betraf die Mischlinge auf verschiedenen Gebieten. Ab Oktober 1944 wurden Mischlinge ersten Grades zur \*Zwangsarbeit eingesetzt und zwischen Januar und April 1945 „zum geschlossenen Arbeitseinsatz“ ins Ghetto \*Theresienstadt deportiert. Nach der Volkszählung von 1939 lebten in Deutschland 72.000 Mischlinge ersten Grades und 39.000 Mischlinge zweiten Grades. Bibl.: Noakes, The Development of Nazi Policy towards the German-Jewish „Mischlinge“; ders., „Wohin gehören die Judenmischlinge?“; Grenville, „Endlösung“ und die „Judenmischlinge“; Meyer, Jüdische Mischlinge.

### **Misrachi**

Vereinigung der religiösen \*Orthodoxie innerhalb der zionistischen Bewegung; 1902 in Wilna gegründet, um den Standpunkt der Gesetzestreuen innerhalb des \*Zionismus gegenüber einem säkularisierten Kulturjudentum zu bewahren. Der Misrachi hatte seine Stützpunkte zunächst in Ost-, dann auch in Westeuropa, in den USA und in \*Palästina; 1921 wurde Jerusalem zum Hauptsitz. Die bedeutenden Zentren der Bewegung in Deutschland waren Frankfurt/M., Berlin (Landeszentrale) und Altona. Der Misrachi leistete in seinen verschiedenen Unterorganisationen (Arbeiterbewegung Hapoel Hamisrachi, Frauenorganisation Omen, Jugendorganisationen \*Brith Chaluzim Datiim und \*Bne Akiva) einen wichtigen Beitrag zum Erziehungswesen, zur Kulturarbeit in der Diaspora und zur Besiedlung \*Palästinas (auch in religiösen \*Kibbuzim). Wie die meisten jüdischen Organisationen in Deutschland intensivierte auch der Misrachi ab 1933 seine Arbeit auf allen Tätigkeitsgebieten, bis er Ende 1938 aufgelöst wurde. Die 1928 in Berlin

gegründete Monatsschrift des Misrachi in Deutschland „Zion“ (1935 eine Auflage von 2.000 Exemplaren) erschien bis November 1938 (vgl. \*Presse, jüdische).

### **Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung**

Die Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung wurde im Frühjahr 1934 auf Initiative von Martin \*Buber als eine der \*Reichsvertretung der deutschen Juden angeschlossene Institution gegründet. Die von Verbänden und Weltanschauungsgruppen unabhängige Beratungs- und Schulungseinrichtung veranstaltete von Zeit zu Zeit sogenannte „Lernzeiten“, Arbeitstagungen, in denen Lehrer durch Vorträge und Diskussionen auf die Arbeit der Erwachsenenbildung vorbereitet wurden. Buber, der die Mittelstelle auch leitete, hatte großen Anteil an der Wiederbelebung der \*Lehrhaus-Idee im Dritten Reich. Die Mittelstelle entfaltete ihre Tätigkeit innerhalb der \*Gemeinden und übergemeindlich. Unter ihren führenden Persönlichkeiten waren auch junge Gelehrte aus \*Palästina, wie Ernst Akiba \*Simon, die ihre Tätigkeit unter dem NS-Regime als Form der innerjüdischen Erneuerung und des „geistigen Widerstandes“ sahen. Die Mittelstelle wurde 1938 nach der \*Kristallnacht offiziell aufgelöst, setzte ihre Arbeit jedoch teilweise innerhalb der Erziehungsabteilung der \*Reichsvereinigung und des \*Kulturbundes fort. Bibl.: Sandt, Martin Bubers bildnerische Tätigkeit; Simon, Aufbau im Untergang; Cochavi, Kultur- und Bildungsarbeit; „Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung“ in EH; Mendes-Flohr, Jüdisches Kultur- und Geistesleben.

### **Mond, Familie**

Jüdische Familie aus Kassel; ihre berühmtesten Mitglieder waren: 1. Ludwig (1839-1909), Chemiker und Industrieller, der 1867 nach England emigrierte. 2. Robert Ludwig (1867-1938), Sohn von Ludwig; ab 1932 Sir; Präsident des \*Jewish Representative Council for the Boycott of German Goods and Services (\*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich). 3. Alfred Moritz später Lord Melchett (1898-1930), Bruder von Robert Ludwig; \*Zionist. 4. Henry (1898-1948), Sohn von Alfred; trat zum Christentum über, kehrte aber 1933 aus Protest gegen Hitler zum Judentum zurück. Bibl.: Goodman, Mond Legacy.

### **Morgen, Der**

\*Deutsch-jüdische Zeitschrift, die ab 1925 zweimonatlich in Berlin erschien; ab 1933 als Monatsschrift; hatte im Oktober 1935 eine Auflage von 1.400 Exemplaren und wurde im November 1938 eingestellt. Sie wandte sich vor allem an eine intellektuelle Elite, stand dem \*CV nahe, öffnete sich aber besonders während des Dritten Reiches auch anderen, besonders zionistischen Positionen.

\*Presse, jüdische

### **Moses, Siegfried (1887-1974)**

\*Jurist; jüdischer Vereinsfunktionär und führende Gestalt im deutschen Judentum; 1931-1936 Mitglied der Repräsentantenversammlung der Jüdischen \*Gemeinde Berlin, 1933-1937 Vorsitzender der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und aktiv in der \*Ha'avara; seit 1933 Mitglied des Präsidiums und des späteren \*Präsidialausschusses der Reichsvertretung, seit Februar 1936 bis zu seiner Auswanderung nach \*Palästina Vizepräsident der \*Reichsvertretung und Stellvertreter von Leo \*Baeck. Nach der Staatsgründung Israels 1949-1961 erster Staatskontrolleur; 1955 Mitbegründer des Leo Baeck-Institutes.

### **Munk, Esra (1867-1940)**

\*Rabbiner; studierte am orthodoxen \*Rabbinerseminar in Berlin, sowie den Universitäten Berlin und Königsberg; 1893-1900 in Königsberg, gründete dort 1897

eine \*Austrittsgemeinde; 1900-1938 Haupttrabbiner der orthodoxen Gemeinde \*Adass Jisroel in Berlin; Mitbegründer des \*Reichsbundes gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands und 1934 der \*Unabhängigen Jüdischen Orthodoxie Deutschlands; ab 1933 Leiter der \*Reichszentrale für Schächtangelegenheiten. 1938 Auswanderung nach \*Palästina. Bibl.: Munk, Austrittsbewegung.

**Munk, Michael (1905-1984)**

\*Rabbiner; Sohn von Esra Munk; studierte 1923-1925 am orthodoxen \*Rabbinerseminar und an der Universität Berlin; 1925 an der Jeschiwa Tirnau/Slowakei; 1926-1929 an der Jeschiwa Slobodka/Litauen; Rabbinerexamen; 1928-1930 Studium in Berlin und Würzburg; Mitarbeit im \*Esra; 1930-1938 Rabbiner bei \*Adass Jisroel in Berlin; leitender Mitarbeiter der \*Reichszentrale für Schächtangelegenheiten; nach dem Beitritt der \*Vereinigung der Unabhängigen Jüdischen Orthodoxie Deutschlands zur \*Reichsvertretung am 13.7.1938 vertrat er diese im \*Präsidialausschuß; nach der \*Kristallnacht \*Auswanderung über Holland nach England; 1941 in die USA.

## N

**Naumann, Max (1875-1939)**

\*Rechtsanwalt und \*deutsch-jüdischer Politiker in Berlin; gründete 1921 den \*Verband nationaldeutscher Juden. Trotz der Machtergreifung und der unmißverständlichen Ablehnung seiner Ideen durch das NS-Regime verfocht er weiter seinen bedingungslosen deutschen Patriotismus. Sein Verband wurde 1935 von der \*Gestapo aufgelöst; Naumann wurde verhaftet und wanderte 1939 in die USA aus.

**Neuberger, Josef (1902-1976)**

\*Rechtsanwalt in Düsseldorf; \*Zionist, Mitglied des \*Blau-Weiß; 1938 \*Auswanderung nach Holland, 1939 nach \*Palästina; 1950 Rückkehr nach Deutschland.

**Neue Welt, Die**

Zionistische Wochenzeitung in Wien (1928-1938), die der zionistisch-revisionistischen, später der staatszionistischen Richtung angehörte (\*Zionisten-Revisionisten). Sie wurde 1928 von Dr. Robert Stricker gegründet. Mit dem Anschluß Österreichs (März 1938) wurde ihr Erscheinen eingestellt.

**Neue Zionistische Organisation**

\*Zionisten-Revisionisten

**Neufeld, Siegbert Izchak (1891-1971)**

\*Rabbiner; studierte an der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums; 1915-1920 Rabbiner in Briesen, 1920-1925 in Insterburg, 1925-1939 in Elbing; Mitarbeit am Jüdischen Lexikon und der Encyclopaedia Judaica; 1939 Auswanderung nach \*Palästina; 1951 Rückkehr nach Deutschland; bis 1953 Landesrabbiner von Württemberg.

**Neujahrsfest**

\*Rosch ha-Schana

**Neumark, Manass (1875-1942)**

\*Rabbiner; geboren in Posen; studierte am \*Rabbinerseminar und an der Universität Berlin, 1905-1942 liberaler Rabbiner in Duisburg; engagiert in Jugend- und Sozialarbeit sowie in der \*Auswanderung; Mitglied des \*Bne Brith. Neumark wurde 1942 nach \*Theresienstadt deportiert und kam dort um.

**Neumeyer, Alfred (1867-1944)**

Jurist, jüdischer Gemeindefunktionär; geboren in München; bis 1933 als \*Rechtsanwalt und Richter tätig; 1920 gründete er den Verband der Bayerischen Israelitischen Gemeinden (vgl. \*Landesverbände jüdischer Gemeinden), dessen Präsident er bis zur Auflösung und Eingliederung in die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland war. Langjähriger Präsident der Israelitischen \*Gemeinde München und Mitglied des Vorstandes des \*Centralvereins. Ab 1933 Mitglied des Vorstands und später des \*Rates der Reichsvertretung der deutschen Juden. 1941 wanderte er über Frankreich und Spanien nach Argentinien aus, wo er drei Jahre später starb.

**Nichtarier**

Die in der NS-Ideologie und Gesetzgebung übliche Rassendefinition für Juden und Personen jüdischer Abstammung; darunter fielen auch zum Christentum konvertierte Juden; vgl. \*Nichtarische Christen, \*Reichsverband der nichtarischen Christen und Zeittafel, 26. November 1935.

\*Arier

**Nichtarische Christen unter dem NS-Regime**

\*Konvertiten und Proselyten

\*Reichsverband der nichtarischen Christen e.V. (Paulusbund)

**Noar Agudati**

Jugendorganisation der \*Agudas Jisroel, auch „Agudas Jugend“ genannt.

\*Esra

**Novemberpogrom**

\*Kristallnacht

**Nürnberger Gesetze**

Zusammenfassende Bezeichnung für die anlässlich des Reichsparteitags der NSDAP am 15. September 1935 in Nürnberg verabschiedeten beiden Rassengesetze: „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ („Blutschutzgesetz“) und „Reichsbürgergesetz“. Das „Blutschutzgesetz“ verbot Eheschließungen und außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und „Deutschblütigen“ und wurde zur rechtlichen Grundlage für die Strafverfahren wegen sogenannter \*Rassenschande. Damit wurde die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden gesetzlich verankert. Dabei griff man sogar auf ein altes kirchliches Verbot zurück und untersagte „deutschblütigen“ Frauen unter 45 Jahren die Arbeit in jüdischen Haushalten. (Diese unter § 3 aufgeführte Bestimmung trat erst am 1.1.1936 in Kraft.) Aus zahlreichen Lageberichten entsteht das Bild, daß bereits seit der Machtergreifung, besonders aber seit Anfang 1935, ein ständiger „Druck von unten“ bestand, die antijüdische Rhetorik der Partei endlich auch in Gesetzen festzuschreiben. Parallel dazu verlangten große Teile der Bevölkerung und auch die Staatsorgane eine klare Gesetzgebung in Bezug auf die Juden, um der unkontrollierten Gewalttätigkeiten (\*Einzelaktionen) Herr zu werden und Kompetenzstreitigkeiten auszuräumen. Die Hauptstreitpunkte in dieser Beziehung waren die Konflikte um die bereits erwähnte „Rassenschande“ und das \*Flaggengesetz, welches Juden das Zeigen der Reichs- und Hakenkreuzfahne verbot. Mit dem Reichsbürgergesetz verloren die Juden ihre politischen Rechte; die erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 wurde zur Grundlage für die endgültige Definition des Begriffes „Jude“ in der antijüdischen Gesetzgebung und Politik des Dritten Reiches bis zur „Endlösung“. Jude war demnach, wer von mindestens drei „der Rasse nach volljüdischen“ Großelternanteilen abstammte, wer

zwei jüdische Großeltern hatte und selbst der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörte oder mit einem „Volljuden“ verheiratet war. Aufgrund dieses Gesetzes wurden dann auch „Halb- und Vierteljuden“ bzw. „\*Mischlinge ersten und zweiten Grades“ definiert. Bibl.: Gruchmann, „Blutschutzgesetz“; Kulka, Nürnberger Rassengesetze.

\*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden

### **Nussbaum, Leo (1910-1979)**

Lehrer; geb. in Gelsenkirchen; Studium an der pädagogischen Akademie Frankfurt; 1932-1935 Lehrer an der jüdischen Volksschule Gelsenkirchen; 1935-1939 an der jüdischen Volksschule Königsberg; 1939 Auswanderung nach \*Palästina; dort ebenfalls als Lehrer tätig.

## **O**

### **Oberschlesien**

Zum besonderen Status der Juden im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet vgl. \*Minderheitenschutz.

### **Olympiade Berlin und Rassenpolitik**

Da die nationalsozialistische Rassenpolitik den olympischen Grundsätzen widersprach, war die geplante Austragung der Olympischen Spiele in Berlin 1936 zunächst umstritten. Das NS-Regime sah jedoch in ihrer Abhaltung einen Beitrag zur Konsolidierung des internationalen Ansehens Deutschlands. Es verzichtete deshalb in diesem Jahr auf offensichtliche antijüdische Verfolgungsmaßnahmen und bemühte sich auch, die \*Einzelaktionen zu unterbinden. Darüber hinaus verpflichtete es sich, keine Sportler aus rassischen Gründen zu diskriminieren. Bibl.: Der gelbe Fleck, 187-195; Ben-Elissar, La Diplomatie du III<sup>ème</sup> Reich, S. 163-184; Killanin/Rhoda, Olympic Games; Mayer, Equality – Equality – Jews and Sports, S. 233-238; Ueberhorst, Spiele unterm Hakenkreuz; Krüger, Die Olympischen Spiele 1936; ders., Verhältnis der Juden zu den Olympischen Spielen; Atlas, Der jüdische Sport.

### **Ort-Gesellschaft zur Förderung der Arbeit**

Russ. Abkürzung für Obschtschestwo rasprostranenijska truda; Gesellschaft zur Förderung des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft unter den Juden. Die Gesellschaft wurde 1880 in Rußland gegründet und hatte seit 1920 als „Ort-Verband“ Landesorganisationen in Polen, Rußland, Litauen, Lettland, Rumänien, Deutschland, England, Frankreich, den USA und in Kanada. Die Arbeitsgebiete des Ort waren u.a.: berufliche Ausbildung, Versorgung jüdischer Handwerker mit Maschinen, Werkzeugen und Rohstoffen, Betreuung landwirtschaftlicher Siedlungen. Nach 1933 fand die Tätigkeit der Organisation in Deutschland im Rahmen des Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau statt und intensivierte sich, vor allem in der Berufsumschichtung (\*Umschichtung) der deutschen Juden als Vorbereitung zur \*Auswanderung.

### **Orthodoxie, jüdische**

Die jüdische Orthodoxie fordert die strenge Einhaltung der biblischen und rabbinischen Gebote, wie sie in der jüdischen Tradition ausgelegt und überliefert wurden (\*Halacha). Die Orthodoxie sah sich seit Aufklärung und \*Emanzipation in ihrer Lebensweise und Weltanschauung bedroht und reagierte auf diese Herausforderung auf verschiedene Weise: In Deutschland entstand die sogenannte „Neo-Orthodoxie“ von \*Rabbiner Samson Raphael Hirsch (1817-1894), der eine

Synthese von moderner Bildung und Lebensweise mit den verbindlichen Normen der Orthodoxie anstrebte. Konnten sich die orthodoxen Gruppen nicht gegen die liberale Gemeindemehrheit durchsetzen, gründeten sie in einigen Fällen abge sonderte \*Gemeinden (\*Austrittsgemeinden). Seit 1873 bestand in Berlin das von Esriel Hildesheimer (1820-1899) gegründete orthodoxe \*Rabbinerseminar. Nach dem Ersten Weltkrieg vertieften sich die Beziehungen der deutschen Orthodoxie zu den Zentren jüdischer Gelehrsamkeit in Polen und Litauen (\*Agudas Jisroel); sie bestanden auch unter dem NS-Regime. Die zionistisch orientierte Orthodoxie organisierte sich im \*Misrachi und war durch die \*Zionistische Vereinigung in der \*Reichsvertretung der deutschen Juden repräsentiert. Während sich die \*Gemeindeorthodoxie der Reichsvertretung anschloß, hielt sich die \*Austrittsorthodoxie, im Unterschied zur überwiegenden Mehrheit der jüdischen Organisationen, der Reichsvertretung fern und schloß sich ihr erst im Juni 1938 an. Bibl.: Auerbach, Geschichte des „Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden“; Breuer, Jüdische Orthodoxie; Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung; Munk, Austrittsbewegung; Wiener, Jüdische Religion.

\*Vertretung der Unabhängigen Jüdischen Orthodoxie

\*Reichsbund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands

### **Osborn, Max (1870-1946)**

Deutsch-jüdischer Kunst- und Literaturkritiker; 1914-1933 Kunstkritiker der „Vossischen Zeitung“; 1933 Mitbegründer des \*Kulturbundes der deutschen Juden, Berlin. 1934 wanderte er nach \*Palästina aus, später nach Frankreich und in die USA.

### **Österreichische Legion der SA**

Mitglieder der „Österreichischen Legion“ nahmen im Mai 1935 an gewalttätigen \*Einzelaktionen gegen jüdische Geschäfte in München teil. Gemeint sind Nationalsozialisten, meist \*SA-Leute, die ab 1933 aus Österreich geflüchtet waren, um Gefängnis und Anhaltelagern zu entgehen. Sie waren in Lagern in Oberbayern zusammengefaßt und trugen SA-Uniformen. Hitler traute ihnen nicht und ließ sie sogar am Einmarsch in „das befreite Vaterland“ (dem Anschluß am 13. März 1938) nicht teilnehmen. Sie durften erst am 3.4.1938 nach Österreich zurückkehren.

### **Ostjuden**

Bezeichnung für die \*Jiddisch sprechenden, aus osteuropäischen Ländern (Rußland, Polen, Litauen, Rumänien usw.) stammenden Juden; ab Mitte des 19. Jahrhunderts begann eine starke Wanderbewegung von Osteuropa, vor allem nach Amerika, Westeuropa und \*Palästina. In den Einwanderungsländern, besonders in Westeuropa, sonderten sich die ansässigen Juden vielfach von den neuankommenden Ostjuden ab; es bildeten sich getrennte Einrichtungen, eigene Bethäuser und Vereine. Die sozialen und kulturellen Spannungen zwischen den beiden Gruppen führten teilweise zu massiver Diskriminierung der Ostjuden. Im Kampf für die allgemeine Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes in den \*Synagogengemeinden mußte beispielsweise das Wahlrecht der Ostjuden häufig erst erkämpft werden. Im letzten Jahrhundert entwickelten die Juden Osteuropas vielfältige politische und kulturelle Aktivitäten, die besonders nach dem Ersten Weltkrieg auch auf die assimilierten Juden Deutschlands Einfluß hatten, wie z.B. auf Franz Rosenzweig (1886-1929) und die \*Lehrhaus-Bewegung. Im politischen Bereich war der Einfluß der Ostjuden in Deutschland vor allem in der \*zionistischen Bewegung und der \*Orthodoxie bedeutsam. Das negative Stereotyp von den Ostjuden war auch ein wichtiger Bestandteil der Ideologie des modernen Antisemitismus. In der nationalsozialistischen Propaganda (\*Stürmer)



erfuhr das Stereotyp nach Ausbruch des Krieges und der Besetzung Polens eine weitere Radikalisierung (vgl. den Film „Der ewige Jude“). Nach der Ausweisung von 500 sowjetischen Juden (vgl. Zeittafel 5.1.1938) bildeten die Juden polnischer Staatsangehörigkeit die erste große Gruppe, welche noch vor Beginn der \*Massendeportationen von der brutalen Massenabschiebung betroffen waren (vgl. Zeittafel 27.-29.10.1938; Anfang Juni 1939 und 7.9.1939). Bibl.: Adler-Rudel, Ostjuden; Aschheim, Brothers and Strangers; Maurer, Ostjuden; Weiss, Deutsche und polnische Juden; dies., Ostjuden.

\*Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland

### **Ostland**

Amtliche Bezeichnung für die 1941-1944 von Deutschland besetzten Gebiete der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, sowie Teile Weißrußlands und des Bezirks Minsk. Bibl.: „Reichskommissariat Ostland“, EH II, S. 1202 ff.

### **Ostmark**

Offizielle NS-Bezeichnung für Österreich nach dem „Anschluß“. Vgl. Zeittafel, 12. März 1938; „Österreich“ in EH II, S. 1074-1080 und Bibl. dort; Weinzierl/Kulka (Hrsg.), Vertreibung und Neubeginn.

## **P**

### **Palästina**

Griechisch-lateinischer Name für das biblische Land Kanaan bzw. Judäa. In der modernen jüdischen Nationalbewegung, die ihr Ziel in der Schaffung einer nationalen Heimstätte für die in der Diaspora zerstreuten Juden sah, setzte sich Palästina als einzig realisierbares Ziel durch und wurde mit der Gründung des Staates Israel 1948 zu einer neuen historischen Realität. Vielen deutschen Juden unter dem NS-Regime, besonders den jungen, erschien der \*Zionismus als einzige Alternative zur Erniedrigung, Ausgrenzung und Verfolgung in ihrer Heimat. Während der Nazizeit diente Palästina als Zufluchtsort für über 50.000 Juden aus Deutschland.

\*Auswanderung

\*Britisches Mandat in Palästina

\*Ha'avara

### **Palästina-Amt der Jewish Agency in Deutschland**

Das erste Palästina-Amt wurde 1918 in Wien gegründet. Der Hauptsitz des deutschen Palästina-Amtes war Berlin; 1935 gab es Zweigstellen in 22 und Vertrauensstellen in 350 Städten. Die Hauptbetätigungsgebiete waren die Vorbereitung und Durchführung der \*Alija und die Verteilung von \*Zertifikaten. Für die jüdische \*Auswanderung in andere Länder war der \*Hilfsverein der Juden in Deutschland zuständig. Das Palästina-Amt war eine der wenigen jüdischen Organisationen, die auch nach der \*Kristallnacht eigenständig weiterarbeiten konnte; es wurde erst im April 1941 aufgelöst und in die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert.

### **Palästina-Mandat**

\*Britisches Mandat in Palästina

### **Paltreu = Palästina-Treuhandstelle**

\*Ha'avara

### **Passafest**

\*Pessach

## **Paulusbund**

\*Reichsverband der nichtarischen Christen e.V.- Paulusbund

## **Pessach**

Eines der drei jüdischen Wallfahrtsfeste; es fällt etwa in die Osterzeit und erinnert an die Befreiung aus der ägyptischen Knechtschaft. Am ersten Abend wird bei der Feier im Familienkreis die Erzählung (Haggada) des Auszuges aus Ägypten mit verschiedenen traditionellen Überlieferungen gelesen. In der Pessach-Woche werden Matzen gegessen, da der Genuß von gesäuertem Brot in dieser Zeit verboten ist. Seit dem Mittelalter wurden die Juden immer wieder beschuldigt, für das Backen der Matzen Christenblut zu verwenden (\*Ritualmord). Diese Anschuldigungen wurden noch bis ins 20. Jahrhundert erhoben und auch von der antisemitischen NS-Propaganda, vor allem vom \*Stürmer, wieder aufgenommen.

\*Midrasch

## **Pfarrernotbund**

\*Kirchen und NS-Judenpolitik

## **Philipp, Henry (1896-1940)**

Lehrer; geb. in Hamburg; 1929-1938 Lehrer am Philanthropin in Frankfurt; interniert im \*KZ Buchenwald, starb an den Folgen der Haft.

## **Plakate, antijüdische**

\*Schilder, antijüdische

## **Plaut, Max (1901-1974)**

\*Rechtsanwalt, Verbandsfunktionär; 1925 Präsident des \*Bundes deutsch-jüdischer Jugend Hamburg-Nordwestdeutschland; 1930 Mitglied der Repräsentantenversammlung der Hamburger Jüdischen \*Gemeinde, später ihr Syndikus; Mitglied in der \*Zionistischen Bewegung, aktiv in der \*Reichsvertretung der deutschen Juden, 1939-1943 Leiter der nordwestlichen Bezirksstelle der \*Reichsvereinigung; ab 1933 mehrfach verhaftet, in Frankreich interniert, 1944 mit einem Austauschtransport nach \*Palästina; 1950 Rückkehr nach Deutschland.

## **Präsidialausschuß der Reichsvertretung der deutschen Juden**

Die exekutive Leitung der \*Reichsvertretung; wurde im April 1935 anstelle des seit 1933 bestehenden Präsidiums gegründet und im August 1936 auf 13 Mitglieder erweitert (acht ursprüngliche Mitglieder des Präsidiums, zusätzlich vier Vertreter der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und ein Vertreter der \*Gemeindeorthodoxie). Im Beschluß zur Gründung des \*Reichsverbandes der Juden in Deutschland vom 27. Juli 1938 (vgl. Zeittafel) wurde der Präsidialausschuß in den bis zu 15 Mitgliedern zählenden Vorstand der neuen Gesamtorganisation umgewandelt. Nach der \*Kristallnacht 1938 blieben sechs der Mitglieder von 1936 als Führung des deutschen Judentums weiterhin tätig und bildeten ab Februar 1939 den Kern des Vorstands der \*Reichsvereinigung.

## **Presse, jüdische im Dritten Reich**

Die jüdische Presse spiegelte die sich wandelnde Identität der Juden in der Moderne; sie diente, besonders in der zunehmend säkularisierten jüdischen Gesellschaft, die ihren traditionellen Zusammenhalt verlor, als wichtiges Bindeglied, indem sie ihre Leser mit Informationen über das jüdische Leben in der ganzen Welt versorgte. In Deutschland entwickelte sich die jüdische Presse besonders intensiv seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie umfaßte ein breites Spektrum religiös und politisch orientierter Zeitungen, Gemeindeblätter und Zeitschriften zur Wissenschaft des Judentums. Im Dritten Reich erweiterten diese trotz \*Überwachung und scharfer Zensur ihren

Umfang und vergrößerten ihre Auflagenzahlen; viele Zeitungen erschienen häufiger als zuvor. So erschien im Oktober 1935 die \*CV-Zeitung mit einer Auflage von 40.000 Exemplaren, die \*Jüdische Rundschau mit 38.000, das \*Israelitische Familienblatt mit 35.000, Der \*Schild mit 17.200, Der \*Israelit mit 4.050, das \*Gemeindeblatt der Jüdischen \*Gemeinde Berlin mit 55.000 Exemplaren, das Monatsblatt des jüdischen \*Kulturbundes Berlin mit 18.000, die Blätter des jüdischen Frauenverbandes mit 4.100, Der \*Morgen mit 1.400, die Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums mit 1.800 Exemplaren. Die monatliche Gesamtauflage der jüdischen Zeitungen und Zeitschriften in dieser Zeit erreichte 1.135.000. Ab 6. September 1935 (vgl. Zeittafel) wurde der Verkauf jüdischer Zeitungen im Straßenhandel verboten. Vor dem Verbot der gesamten jüdischen Presse im November 1938 erschienen noch 65 Zeitungen und Zeitschriften (die vier größten hatten eine Gesamtauflage von 108.488 Exemplaren) und weitere 42 hektographierte Blätter. Die \*Reichsvertretung der deutschen Juden gab ihre eigenen \*Informationsblätter und jährliche, hektographierte Arbeitsberichte des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau heraus, veröffentlichte ihre wichtigen Mitteilungen allerdings in der allgemeinen jüdischen Presse. Nach dem Verbot der jüdischen Presse in Folge der \*Kristallnacht erschien neben wenigen sporadisch herausgegebenen Mitteilungsblättern einiger Gemeinden bis 1943 nur noch eine jüdische Zeitung, das \*Jüdische Nachrichtenblatt, ein halboffizielles Organ der Reichsvertretung und ihrer Nachfolgeorganisation, der \*Reichsvereinigung. Bibl.: Edelheim-Muehsam, Jewish Press; Diehl, Jüdische Presse im Dritten Reich; Herzberg, Last Days of the German Jewish Press; Lowenthal, Das war das Ende der jüdischen Presse in Deutschland; Lamm, Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich, S. 199; Weltsch, Goebbels Speech and a Goebbels Letter; „Presse“ in PhL, S. 79-80; „Jüdische Presse und Schrifttum“ im SD-Bericht von 13. Januar 1939 (Dok. 4408▶).

\*Jewish Telegraphic Agency

### **Prinz, Joachim (1902-1988)**

\*Rabbiner, \*Zionist; Mitglied des \*Blau-Weiß; wurde nach 1933 mehrfach wegen seiner Predigten gegen das nationalsozialistische Regime verhaftet. Er war 1926-1937 liberaler Rabbiner in Berlin und wanderte 1937 in die USA aus.

### **Privilegierte Mischehen**

\*Mischehen

### **Proselyten**

\*Konvertiten und Proselyten in der NS-Zeit

### **Protokolle der Weisen von Zion**

Eine antisemitische Fälschung, mit der eine „jüdische Verschwörung zur Erlangung der Weltherrschaft“ bewiesen werden sollte; die zaristische Geheimpolizei kompilierte viele ihrer Vorformen gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem „dokumentarischen“ Bericht. Seitdem wurden die Protokolle in millionenfacher Auflage in mehreren Sprachen publiziert und sowohl in Frankreich (Dreyfus-Affäre) als auch in Rußland zur Rechtfertigung antijüdischer Politik benutzt. Auch bei den \*Pogromen der Jahre 1918/20 in Südosteuropa spielten sie eine unheilvolle Rolle. Im deutschsprachigen Raum erfreuten sie sich nach der Übersetzung im Jahre 1919 größter Beliebtheit und wurden auch von den Nationalsozialisten zur antisemitischen Propaganda eingesetzt (v.a. im \*Stürmer). Schon 1920/21 hatte ein Korrespondent der *Times* die Protokolle als Fälschung entlarvt. Vor dem Zweiten Weltkrieg fanden zwei Prozesse statt, welche die Fälschung der Protokolle

bewiesen–1934 in Port Elizabeth, Südafrika und 1934/35 in Bern. Dies hinderte weder die Nationalsozialisten noch andere Antisemiten daran, die Protokolle weiterhin als Propagandainstrument zu verwenden. Bibl.: EH II, S. 1169 ff.; Cohn, N., Warrant for Genocide.

### **Purim**

Freudenfest zum Gedenken an die Errettung der Juden in der persischen Diaspora vor den Vernichtungsplänen Hamans, wie sie im biblischen Buch Esther beschrieben ist. Das Fest wird mit ausgelassener Freude, Verkleidungen und Purimspielen gefeiert, in denen seit Generationen aktuelle Ereignisse satirisch dargestellt werden (zur politischen Aktualisierung alter Traditionstexte im Dritten Reich \*Midrasch). Die am Ende des Buches Ester geschilderte blutige Vergeltung der Juden an Haman, seinen Söhnen und Anhängern diene in der antisemitischen Literatur, manchmal zusammen mit Blutanschuldigungen (\*Ritualmord), als „Beweis“ für den gefährlichen, rachsüchtigen Charakter der Juden.

\*Midrasch

## **Q**

### **Quäker-Büro**

\*Reichsverband der nichtarischen Christen

## **R**

### **Rabbiner**

Der Rabbiner ist kein Priester mit sakramentaler Befugnis, sondern hauptsächlich geistiger Führer der \*Gemeinde, Lehrer und Ausleger der \*Tora und entscheidet in religionsgesetzlichen Fragen (\*Halacha). Seit dem 19. Jahrhundert wurde von den Rabbinern in Deutschland außer der rabbinischen auch eine akademische Ausbildung gefordert, die sie vor allem in den neugegründeten \*Rabbinerseminaren, die in ihrer Mehrzahl der \*Reformbewegung nahe standen, erwarben. In vielen Gemeinden bekamen sie außerdem die Aufgabe, Predigten in der Landessprache zu halten. In Deutschland waren die Rabbiner in einem Berufsverband, dem \*Allgemeinen Rabbinerverband, und in drei weltanschaulichen Verbänden (\*Verband orthodoxer Rabbiner Deutschlands, \*Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands, \*Vereinigung traditionell-gesetzestreuer Rabbiner Deutschlands) zusammengeschlossen. Die Rabbiner, wie die jüdische Religion als solche, waren kein direktes Ziel der NS-Verfolgung und Gesetzgebung. Der Grund dafür war, daß sich die NS-Verfolgung gegen die Juden primär als „Rasse“ (\*Rassengesetzgebung) und nicht als Religion richtete, wenn auch durch die Verwendung traditioneller Stereotypen in der antisemitischen Propaganda, z.B. des \*Stürmers, oft ein anderer Eindruck entstand (\*Schändung religiöser Symbole).

### **Rabbiner-Hirsch-Gesellschaft**

Wurde 1930 zwecks Verbreitung des geistigen Erbes von Rabbiner Samson Raphael \*Hirsch gegründet. Organ der Gesellschaft: „Nachlat Zwi“, Monatsschrift für Judentum, Lehre und Tat.

### **Rabbinerseminare**

In Deutschland wurden im 19. Jahrhundert drei Rabbinerseminare als Gegenstück oder zur Ergänzung der traditionellen Ausbildung von \*Rabbinern in den Talmudhochschulen gegründet. In Breslau entstand 1854 das Jüdisch-Theologische Seminar; es vertrat die gemäßigte Reform der „positiv historischen“ Schule seines

ersten Leiters Zacharias Frankel (1801-1875). Aus dieser Richtung entwickelte sich später, vor allem in den USA, die Konservative Bewegung. In Berlin entstand 1872 die von Abraham Geiger (1810-1874) geleitete \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums; von 1883 bis 1922 und ab 1934 unter dem Namen „Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums“. Sie vertrat innerhalb des deutschen Reformjudentums eine radikalere Richtung als das Breslauer Seminar. Im folgenden Jahr gründete Rabbiner Esriel Hildesheimer (1820-1899) im Gegenzug, ebenfalls in Berlin, ein Rabbinerseminar für das orthodoxe Judentum, das einzige moderne akademische Rabbinerseminar der deutschen Orthodoxie.

Diese drei Rabbinerseminare führten ihre Arbeit nach der Machtergreifung fort und intensivierten sie sogar. 1933 wurde versucht, das orthodoxe Rabbinerseminar mit seinen Lehrern und Studenten nach \*Palästina zu verpflanzen, was jedoch am Widerstand der orthodoxen Autoritäten in Litauen und Palästina scheiterte. Es wurde, wie die meisten jüdischen Organisationen und Einrichtungen, im November 1938 geschlossen. Auch das Breslauer Rabbinerseminar wurde nach der \*Kristallnacht geschlossen. Die Hochschule (Lehranstalt) erweiterte nach 1935 ihren Arbeitsbereich unter anderem durch die Aufnahme jüdischer Akademiker nach deren Ausschluß aus den deutschen Universitäten in ihr Lehrpersonal. Ab 1938 wurden Verhandlungen geführt, um die Hochschule samt Lehrern und Bibliothek nach Cambridge zu verlegen, doch der Kriegsausbruch 1939 machte diese Überführung nach England unmöglich. Ähnlich dem \*Kulturbund und dem jüdischen \*Schulwesen arbeitete die Hochschule auch während der Kriegsjahre weiter; sie wurde im Juli 1942 geschlossen; unter ihren letzten Lehrern war Rabbiner Leo \*Baeck. Bibl.: Munk, Austrittsbewegung; Fuchs, Die Hochschule für die Wissenschaft des Judentums; Hoffmann/Schwarz, Early but Opposed ... Two Berlin Seminars; Kober, Hochschulen für Rabbinerausbildung.

\*Liberales Judentum

\*Reformjudentum

\*Orthodoxie, jüdische

\*Lehrerseminare, jüdische

### **Rabbinerverbände**

\*Rabbiner

### **Rabin, Israel (1882-1951)**

\*Rabbiner; geb. in Prokurow (Ukraine); von 1909-1911 Lehrer am \*Esra-Lehrer-Seminar in Jerusalem. Von 1911-1914 leitete er das Rabbinerseminar in Odessa. Er war von 1918-1921 Lektor an der Universität Gießen und ab 1921 Dozent an der Jüdisch-Theologischen Hochschule in Breslau (\*Rabbinerseminare). Rabin war Mitglied des \*Misrachi und Delegierter bei \*Zionistenkongressen. 1935 wanderte er nach \*Palästina aus.

### **Raphaelsverein**

\*Reichsverband der nichtarischen Christen

### **Rassco**

\*Zentralstelle für deutsche Ansiedlung

### **Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden**

Der in der NS-Ideologie zentral verankerte Rassenantisemitismus diente als Grundlage für die systematische antijüdische Gesetzgebung und Judenpolitik im Dritten Reich. Sie begann mit der Aufnahme des \*Arierparagraphen in das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 7. April 1933 (vgl. Zeittafel),

fand in den \*Nürnberger Gesetzen ihre endgültige gesetzliche Formulierung und führte bis zur \*Endlösung. Dadurch wurde der rechtliche Status der Juden, der bis dahin auf religiöser Zugehörigkeit beruhte (gemäß der NS-Terminologie „Glaubensjuden“), prinzipiell verändert. Nach dem jüdischen Religionsgesetz ist Jude, wer eine jüdische Mutter hat, oder wer zum Judentum übergetreten ist. Wer die jüdische Religionsgemeinschaft verläßt, bleibt Jude, solange er nicht zu einer anderen Religion übertritt. Im Dritten Reich wurden Juden primär nach ihrer „rassischen Abstammung“ definiert (\*Mischehen). Auch aus dem Judentum Ausgetretene oder zum Christentum Übergetretene wurden als „Rassejuden“ definiert und verfolgt, ebenso wie \*Mischlinge, die in die Kategorie der \*Geltungsjuden fielen.

\*Reichsverband nichtarischer Christen

\*Ariergesetzgebung

\*Schändung religiöser Symbole

### **Rassenschande**

Strafbestand seit dem Erlaß des „Blutschutzgesetzes“ am 15.9.1935 (\*Nürnberger Gesetze). Danach waren Eheschließungen und „außerehelicher Verkehr“ zwischen Juden und Staatsangehörigen „deutschen oder artverwandten Blutes“ verboten. Der Begriff wurde zwar für Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden geprägt, galt aber auch für das Verhältnis zu „Artfremden“ (vgl. <1231>). Seit der Machtergreifung dienten den Nationalsozialisten „rassenschänderische“ Beziehungen als Aufhänger, um spontane Gewalttätigkeiten zu initiieren und Juden, sowie die mit ihnen in Beziehung stehenden \*Arier öffentlich anzuprangern (\*Einzelaktionen). So wurden auch schon vor dem 15.9.1935 Personen aus diesem Grund in \*Schutzhaft genommen und Prozesse inszeniert, in denen Juden wegen Sittlichkeitsverbrechen angeklagt wurden. Als häufigster Gegenstand antijüdischer Denunziation wurde der Vorwurf der Rassenschande oft als Vorwand für persönliche Abrechnungen benutzt. Die detaillierten Darstellungen von Rassenschandefällen in der Presse, besonders im \*Stürmer, und die auch zum Teil in den Lageberichten geschilderten Einzelheiten und Fälle gehören deshalb zumeist in den Bereich der sexuellen Phantasie, was in einigen Gestapoberichten ausdrücklich als „Rassenschandenpsychose“ erwähnt wird (vgl. ◀150▶).

### **Rat der Reichsvertretung der deutschen Juden**

Breites Gremium mit parlamentarischen Befugnissen bei der \*Reichsvertretung. Er wurde im August 1936 anstelle des am 17. September 1933 konstituierten \*Beirats gegründet und war bis November 1938 tätig. Im Unterschied zum Beirat, der ein loser Zusammenschluß von Repräsentanten der verschiedenen Organisationen des deutschen Judentums war, hatte der Rat 23 Mitglieder: 15 Vertreter der \*Landesverbände und \*Gemeinden, je einen Vertreter der drei großen politischen Organisationen (\*Centralverein, \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und \*Zionistische Vereinigung für Deutschland), sowie fünf unabhängige Persönlichkeiten, die vom Rat und vom \*Präsidialausschuß gemeinsam gewählt wurden. Der Rat hatte über Fragen der Verfassung zu beschließen, den Haushaltsplan festzusetzen, das Finanzgebahren zu überwachen und zu grundsätzlichen, die Reichsvertretung betreffenden Fragen Stellung zu nehmen. Die Ratssitzungen wurden mindestens alle drei Monate wechselnd in einer der großen \*Gemeinden der verschiedenen Landesverbände abgehalten. Gründungsurkunde und Satzung vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 94.

### **Rathenau, Walter (1867-1922)**

Deutscher Staatsmann und Industrieller jüdischer Abstammung. Rathenau war im Ersten Weltkrieg für die Einführung und Leitung der kontrollierten Wirtschaft verantwortlich und verhandelte nach dem Krieg als Wirtschaftsberater über die Kriegsreparationen. Im Februar 1922 wurde er Außenminister und unterzeichnete im April den Rapallo-Vertrag mit Rußland. Er war jahrelang das Ziel antisemitischer Angriffe und wurde am 24. Juni 1922 von Rechtsextremisten ermordet. Bibl.: Berglar, Rathenau; Schulin, Walter Rathenau; Sabrow, Rathenaumord.

### **Rechtsanwälte/Juristen, jüdische**

waren ständige Zielscheibe der antisemitischen NS-Propaganda und ein wichtiges Motiv in Hitlers Reden seit Beginn seines öffentlichen Auftretens. Unmittelbar nach der Machtergreifung, im März 1933 (vgl. Zeittafel) wurden sie von Aktivisten der NSDAP in vielen Orten tötlich angegriffen und aus den Gerichten herausgezerrt. Der erste gesetzgeberische Akt des neuen Regimes war, in Erwartung weiterer unkontrollierbarer Gewalttätigkeiten im Rahmen des „Abwehrboykotts“ am 1. April, die Anordnung vom 31. März (vgl. Zeittafel) zur Entfernung jüdischer Rechtsanwälte und Richter, „um die Aufrechterhaltung der Autorität der Rechtspflege“ zu sichern (\*Einzelaktionen). Am 7. April 1933 (vgl. Zeittafel) folgte das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das noch gewisse Ausnahmeregelungen z.B. für ehemalige jüdische \*Frontkämpfer, vorsah. Diese wurden in Folge der \*Nürnberger Gesetze (vgl. Zeittafel, 15.9. und 14.11. dort) zum 31. Dezember 1935 aufgehoben. Noch zuvor, am 7.4.1933 (vgl. Zeittafel) wurde die Zulassung neuer jüdischer Rechtsanwälte verboten. Nach Verordnung vom 27.9.1938 mußten alle an deutschen Gerichten zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte endgültig ausscheiden; sie durften nur noch als „Konsulenten“ jüdische Mandanten vertreten.

Im Rahmen dieser verschiedenen, sich manchmal widersprechenden Beschränkungen ihrer Berufsausübung kämpften jüdische Rechtsanwälte bis 1938 für die Bewahrung zumindest jener Rechte, die den Juden nach den bestehenden Gesetzen noch zugestanden wurden. Diesen Kampf führten besonders effektiv die Rechtsberatungsstellen des \*Centralvereins. Auch nach dem endgültigen Ausscheiden im September 1938 und der Auflösung des Centralvereins im November berieten jüdische „Rechtskonsulenten“ die Juden in Bezug auf die sich verschärfende antijüdische Gesetzgebung, besonders zur Rettung eines Teils ihres Vermögens in Deutschland und bei der \*Auswanderung. Nach Ausbruch des Krieges und bis zum endgültigen Auswanderungsverbot im Oktober 1941 konnten sie diese Beratungen immer seltener vornehmen. Bibl.: Göppinger, Juristen jüdischer Abstammung; Jarausch, Jewish Lawyers; Krach, Jüdische Rechtsanwälte.

### **Reformjudentum**

Die religiöse Reformbewegung begann im deutschen Judentum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dominierte bald die Mehrheit der jüdischen \*Gemeinden in Deutschland. Anders als die \*Orthodoxie glaubt sie, daß sich das jüdische Religionsgesetz (\*Halacha) seinem Wesen nach entwickeln und den wandelnden Lebensumständen anpassen muß. Zur Erforschung und Untermauerung ihrer Entwicklungsprinzipien bediente sich die Reformbewegung der Wissenschaft des Judentums. Zu ihren Bildungseinrichtungen gehörte das \*Rabbinerseminar in Breslau und die \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin. Die Zeitung der größten Reformgemeinde waren die „Mitteilungen der jüdischen Reformgemeinde Berlin“; sie wurden 1918 gegründet, hatten 1935 eine Auflage von

3.000 Exemplaren und stellten ihr Erscheinen nach der \*Kristallnacht im November 1938 ein. Die Reformbewegung verbreitete sich hauptsächlich in Westeuropa und Amerika. Die in Deutschland üblichen Begriffe „Reform“ und „Liberalismus“ haben sich in anderen Ländern, vor allem in Amerika, selbständig weiterentwickelt. Bibl.: Wiener, Jüdische Religion; Meyer M., Response to Modernity; ders., Jewish Political Leadership in Nazi Germany; ders., Judaism within Modernity.

\*Vereinigung für das religiös-liberale Judentum

### **Reichmann, Hans (1900-1964)**

\*Jurist und jüdischer Gemeindefunktionär; 1922-1926 Syndikus, später Direktor des \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV); Mitarbeiter der \*CV-Zeitung; engagiert bei der Gründung der \*Reichsvertretung der deutschen Juden; kam 1938 ins \*KZ Sachsenhausen und wanderte 1939 nach England aus.

### **Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände**

Wurde im September 1928 als lose Dachorganisation der \*Landesverbände der jüdischen Gemeinden gegründet. Am 31. Januar 1932 gründete sie ihrerseits die \*Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände, welche ab 12. Februar 1933 als die „alte“ Reichsvertretung die deutschen Juden gegenüber dem NS-Regime vertrat.

### **Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände**

Wurde 1924 auf Initiative der \*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden u.a. von Ludwig \*Tietz gegründet, der bis zu seinem Tod im November 1933 Vorsitzender war. Er begann seine eigentliche Arbeit erst im Jahr 1927. Als Dachorganisation zur gemeinsamen Interessenvertretung der jüdischen \*Jugendorganisationen in Deutschland gegründet, umfaßte er Anfang der dreißiger Jahre fast alle Jugendorganisationen mit über 50.000 Mitgliedern. Am 2. November 1933 wurde der Reichsausschuß durch die Erklärung der \*Reichsjugendführung als „alleinige verantwortliche Zentralorganisation der jüdischen Jugend“ anerkannt. Er wurde 1938 aufgelöst. Bibl.: PhL.

### **Reichsausschuß jüdischer Sportverbände**

Zusammenschluß des deutschen Makkabikreis, des Sportbundes des \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, des \*Schild; er wurde 1934 als die alleinige Vertretung jüdischer Sportorganisationen vom \*Reichsjugendführer anerkannt und 1938 aufgelöst.

\*Sportvereine, jüdische

### **Reichsbund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands (Halberstädter Verband)**

Gegründet 1920 als Gesamtorganisation der \*orthodoxen \*Gemeinden

\*Vertretung der unabhängigen jüdischen Orthodoxie Deutschlands

### **Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF)**

Wurde 1919 von Leo \*Löwenstein gegründet. Er war eine patriotische \*deutsch-jüdische Organisation zur Wahrung soldatischer Tradition, für den Kampf gegen den Antisemitismus, für Kameradschaftspflege, Betreuung der jüdischen Kriegsoffer, körperliche Ertüchtigung der Mitglieder (mit eigenem Sportbund) und Siedlungsbestrebungen in Deutschland (Gut Gross-Gaglow bei Kottbus, gegründet 1930, 1937 vom NS-Regime aufgelöst). Der RjF umfaßte Mitte der dreißiger Jahre etwa 30.000 Mitglieder in 16 Landesverbänden und über 350 Ortsgruppen (nach Angaben seines Vorsitzenden Loewenstein hatte der Verband am 1.7.1934 sogar 45.000-50.000 Mitglieder). Unter dem nationalsozialistischen Regime intensivierte der RjF seine Tätigkeit insbesondere unter der jüdischen Jugend, wurde jedoch von der \*Gestapo und dem \*SD wegen seiner assimilatorischen Tendenz (vgl. \*Assimilation) einge-



schränkt. Aus denselben Gründen untersagte eine Anordnung des Gestapa vom 25. Juli 1934 Nicht-*\*Frontkämpfern* und jüdischen Soldaten, die nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten (Altsoldaten), die Mitgliedschaft im RjF. Der RjF betonte in seinen öffentlichen Auftritten und Publikationen mehr als jede andere jüdische Organisation und im Gegensatz zu den tendenziös veröffentlichten Angaben der „Juden-zählung“ von 1916, daß der Prozentsatz der als Frontsoldaten dienenden Juden im Ersten Weltkrieg ihrem Bevölkerungsanteil durchaus entsprach, und 12.000 von ihnen gefallen seien (vgl. Loewenstein, Linie des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten; Segal, Deutsche Juden als Soldaten). Seine Ideologie stellte den RjF in scharfen Gegensatz zur *\*Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD)*, der auf verschiedenen Ebenen ausgetragen wurde. Den Höhepunkt erreichte dieser Konflikt im Juni 1934 mit dem Verbot der ZVfD an ihre Mitglieder, gleichzeitig dem RjF anzugehören (vgl. Zeittafel 6. Juni 1934). In den ersten Jahren des Dritten Reiches erreichte der RjF für gewisse Kategorien seiner Mitglieder begrenzte Ausnahmen von den antijüdischen Gesetzen, die z.T. bis in die Zeit der Massendeportationen reichten. Dafür bediente sich der RjF seiner Beziehungen zum Stahlhelm, dem allgemeinen deutschen Bund der Frontsoldaten, und zum Reichspräsidenten v. Hindenburg. 1933 erweiterte er die Tätigkeit seines Sportbundes, des *\*Schild*, um den aus dem deutschen Sport ausgeschiedenen jüdischen Sportlern die weitere sportliche Betätigung zu ermöglichen. Der Sportbund wuchs bald zu einem der größten jüdischen Sportverbände und umfaßte 1935 185 Vereine mit ca. 20.000 Mitgliedern. Sein Organ „Die Kraft“ erschien als Beilage zu Der Schild, dem Organ des RjF.

Nach 1935 entwickelte er eine erstmals positive Einstellung zur *\*Auswanderung* in andere Länder als Palästina. Durch Erlaß vom 9.10.1936 (vgl. Zeittafel) wurde sein Tätigkeitsgebiet jedoch auf die Betreuung jüdischer Kriegssopfer beschränkt und ihm jedes innerjüdisch-politische Auftreten untersagt. Der RjF wurde nach November 1938 aufgelöst und 1939 in die *\*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* eingegliedert. Bibl.: Loewenstein, Die Linie des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten; Dunker, Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten; Rheins, German Jewish Patriotism; Angress, The German Army's „Juden-zählung“ of 1916.

### **Reichsbürgergesetz**

*\*Nürnberger Gesetze*

### **Reichsfluchtsteuer**

Steuer in Höhe von 25% des Gesamtvermögens für Angehörige des Deutschen Reiches, die nach dem 31.3.1931 ihren Wohnsitz ins Ausland verlegten. Bei Nichtentrichtung wurde das gesamte Inlandsvermögen beschlagnahmt. Das ursprünglich während der Wirtschaftskrise in der Weimarer Republik eingeführte Gesetz wurde im Dritten Reich gegen die Juden, die gezwungen waren, auszuwandern (vgl. *\*Auswanderung*), angewandt.

### **Reichsführer-SS**

*\*Himmler, Heinrich*

### **Reichsjugendführung**

Am 30. Oktober 1931 als Dienststelle unter Baldur von Schirach bei der Reichsleitung der NSDAP eingerichtet; kontrollierte den Nationalsozialistischen Schülerbund, den Nationalsozialistischen Studentenbund und die *\*Hitlerjugend*. Am 18. Juni 1934 erhielt sie durch die Ernennung von Schirachs zum „Jugendführer des Deutschen Reiches“ staatlichen Rang als Vereinigung aller deutschen Jugendorganisationen. Als staatliche Organisation erneuerte sie am 17. September

1934 die bereits am 2. November 1933 ausgesprochene Anerkennung des \*Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände als Zentralorganisation der jüdischen Jugend.

### **Reichskristallnacht**

\*Kristallnacht

### **Reichsorganisation polnischer Juden in Deutschland**

\*Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland

### **Reichssicherheitshauptamt (RSHA)**

Wurde am 27. September 1939 als Zentralbehörde der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (\*SD) der \*SS gegründet; Reinhard \*Heydrich wurde von \*Himmler zu seinem Chef ernannt. Im RSHA wurden die beiden bis dahin unter Heydrich unabhängig voneinander arbeitenden Judenreferate der \*Gestapo und des SD in einem Judenreferat (zunächst IV D 4, dann IV B 4) unter \*Eichmanns Leitung zusammengefaßt. Der SD hatte seine Vormachtstellung in der Judenpolitik schon früher erlangt, was ihn nun zum wichtigsten Faktor in der Überwachung des „weltanschaulichen Gegners“ Judentum, in der Gestaltung der weiteren Phasen der Judenpolitik und schließlich zur verantwortlichen Instanz für die Durchführung der \*Endlösung der Judenfrage machte. Das Judenreferat des RSHA war die im Gesetz vom 4. Juli 1939 bestimmte Aufsichtsbehörde beim Innenministerium über die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (vgl. Zeittafel). Bibl.: \*Gestapo; \*SD; Wildt, Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes; Mallmann/Paul, Gestapo, Bd. II; Paul, „Kämpfende Verwaltung“. Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes; „Reichssicherheitshauptamt“ in EH II, S. 1210 ff.

### **Reichssippenamt**

1933 gegründet; gehörte zum Reichsinnenministerium und sollte in unklaren Fällen sogenannte Abstammungsbescheide über die rassische Zugehörigkeit erstellen; diente vor allem zur Durchführung der \*Ariergesetzgebung.

### **Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung**

\*Reichsverband der nichtarischen Christen

### **Reichsverband der Juden in Deutschland**

Name der in Folge des Gesetzes vom 28. März 1938 (vgl. Zeittafel) am 27. Juli 1938 (vgl. Zeittafel) gebildeten Organisation, die den Übergang von der \*Reichsvertretung zur \*Reichsvereinigung markierte.

### **Reichsverband der jüdischen Kulturbünde**

\*Kulturbund

### **Reichsverband der nichtarischen Christen, e.V. (Paulusbund)**

Am 20. Juli 1933 als „Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung, e.V.“ gegründet. Seine Mitglieder wurden trotz ihres christlichen Glaubensbekenntnisses von der nationalsozialistischen \*Rassengesetzgebung aufgrund ihrer Abstammung als Juden betrachtet. Die von den kirchlichen Gegnern des nationalsozialistischen Regimes betreute Organisation strebte danach, ihren Mitgliedern die Folgen der gesetzlichen und gesellschaftlichen Benachteiligung zu erleichtern, u.a. auch durch materielle Hilfe, Erziehung und sogar durch \*Auswanderung. Der Reichsverband gab ein „Mitteilungsblatt des Reichsverbandes der nichtarischen Christen“ heraus. Seit 1937 wurden jene nichtarischen Christen, die durch die \*Nürnberger Gesetze als „Volljuden“ galten, ausgeschlossen, und der Paulusbund durfte nur noch für sogenannte \*Mischlinge

sorgen. Die christlichen „Volljuden“ fanden Unterstützung in der im selben Jahr gegründeten Hilfsorganisation \*Büro Grüber des protestantischen Pfarrers \*Grüber. Von katholischer Seite wurde, ebenfalls seit Anfang 1937, besondere Hilfstätigkeit durch den seit dem 19. Jahrhundert bestehenden \*Raphaelsverein geleistet. Dessen Hauptaufgabengebiete waren die \*Berufsumschichtung als Vorbereitung zur Emigration und die Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten. Nichtarier anderer Denominationen wurden durch die international verbreitete, caritative Organisation der Quäker (\*Quäker-Büro) unterstützt. Der Reichsverband wurde offiziell am 10. August 1939 aufgelöst. Bibl.: Büttner, Persecution of Christian-Jewish Families; Cohn, Bearers of a Common Fate?; Noakes, The Development of Nazi Policy towards the German-Jewish „Mischlinge“.

\*Kirchen und NS-Judenpolitik

\*Konvertiten

\*Mischehen

\*Mischlinge

### **Reichsverband des jüdischen Mittelstandes**

1933 als wirtschaftlicher Interessenverband gegründet; sein Organ: „Der jüdische Mittelstand“, Beilage zum monatlich erscheinenden „Der jüdische Handwerker“.

\*Zentralverband jüdischer Handwerker Deutschlands

### **Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland**

Wurde 1919 als „Verband der Ostjuden in Deutschland“ zur „Wahrung der politischen, sozialen und kulturellen Interessen der in Deutschland lebenden \*Ostjuden mit der Unterstützung der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ gegründet. Ende 1923 bzw. Anfang 1924 wurde der Verband reorganisiert und in „Verband ostjüdischer Organisationen in Deutschland“ umbenannt. 1930 umfaßte er 100 Vereine mit ca. 20.000 Mitgliedern. 1932 wurde sein Name in „Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland“ geändert. Der Reichsverband setzte sich für eine systematische jüdische Jugenderziehung und die Ausschaltung der von ihm als \*assimilatorisch betrachteten Institutionen aus diesem Bereich ein. Er gehörte zusammen mit den Zionisten zu den Mitbegründern der \*Jüdischen Volkspartei, die für das Wahlrecht der ostjüdischen Immigranten bei den jüdischen Gemeindewahlen kämpften.

Im Juli 1935 gab es Initiativen zur Gründung eines „Vereins polnischer Staatsbürger jüdischen Glaubens“, der – wohl parallel zum Konzept des \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens – besonders die polnische Staatsangehörigkeit betonte. Seine Verhandlungssprache war Polnisch, obwohl die Mehrzahl seiner Mitglieder sie nicht verstand, und er pflegte zum Schutz der Interessen der polnischen Juden in Deutschland den Kontakt mit den diplomatischen Vertretungen Polens (vgl. <1027>). Unklar ist, ob es sich dabei um eine reichsweite Initiative handelte oder nur um eine lokale Erscheinung in Gemeinden mit großer ostjüdischer Bevölkerung wie Dresden. Ebenfalls ist nicht klar, wie lange diese Organisation bestand. In den Berichten der Gestapo wird sie zuletzt im Oktober 1935 erwähnt.

In dieser Zeit wurde der Reichsverband vermutlich aus eigener Initiative in „Reichsorganisation polnischer Juden in Deutschland“ umbenannt und neu organisiert.

Auffallend ist, daß diese Namensänderung in derselben Zeit geschah wie die Namensänderungen des \*Centralvereins und der \*Reichsvertretung, als Reaktion auf die \*Nürnberger Gesetze. Während diese beiden großen Vereine nach dem

Ausschluß der Juden von der deutschen Reichsbürgerschaft die Formulierung „deutsche Juden“ aus ihrem Namen strichen, betonte die Reichsorganisation die Worte „der polnischen Juden“.

Im Oktober 1938, nach der Deportation der polnischen Juden, beteiligte sich die Reichsorganisation an den Bemühungen, zumindest für einen Teil von ihnen die vorübergehende Rückkehr nach Deutschland durchzusetzen (vgl. Zeittafel, 27.-29. Oktober 1938), und auch nach der zweiten Ausweisung (vgl. Zeittafel, Anfang Juni 1939 und 7. September 1939) versuchte sie, zusammen mit der \*Reichsvereinigung, die in Deutschland inhaftierten polnischen Juden aus den \*Konzentrationslagern zu befreien und ihnen die \*Auswanderung zu ermöglichen. Die Reichsorganisation wurde erst kurz nach Kriegsausbruch, am 19. September 1939, aufgelöst. Bibl.: \*Ostjuden.

### **Reichsvereinigung der Juden in Deutschland**

Nachfolgeorganisation der \*Reichsvertretung der deutschen Juden ab Februar 1939 (Rve auch RV).

### **Reichsvertretung der deutschen Juden (RVt, auch RV)/Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (Rve, auch RV)**

Ab 1935: Reichsvertretung der Juden in Deutschland; ab 1939: Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (Rve, auch RV).

Die RVt wurde angesichts des bedrohlichen Aufstieges der Nationalsozialisten im Januar 1932 durch den föderativen Zusammenschluß aller \*Landesverbände der jüdischen Gemeinden und der großen politischen sowie religiösen Organisationen des Judentums gegründet (alte Reichsvertretung). Im September 1933 wurde diese „alte Reichsvertretung“, in welcher die Berliner \*Gemeinde führend war, reorganisiert und die Führung repräsentativ unter den mitwirkenden Organisationen und Gemeinden aufgeteilt (neue Reichsvertretung). Sie vertrat (mit wenigen Ausnahmen, wie z.B. der \*Austrittsorthodoxie und des \*Verbandes nationaldeutscher Juden) die gesamte deutsche Judenheit gegenüber dem nationalsozialistischen Regime und den jüdischen Organisationen im Ausland und diente als gestaltende und koordinierende Führung der Juden innerhalb Deutschlands. Als solche betrachtete sie es als ihre wichtigste Aufgabe, die materielle und geistige Existenz der Juden unter den neu geschaffenen, sich ständig erschwerenden Bedingungen von Entrechtung und Verfolgung zu gewährleisten. Die Entstehung der RVt und ihr pluralistisch-demokratischer Charakter bewahrten das deutsche Judentum im Dritten Reich vor zwei, ihm nach der Machtergreifung drohenden Gefahren: Vor dem Zerfall der jüdischen Gesellschaft unter dem antijüdischen Terror auf der einen Seite, und vor Versuchen, das gesamte deutsche Judentum dem neuen autoritären Muster, dem sogenannten Führerprinzip, unterzuordnen.

An der Spitze der RVt standen der Präsident Rabbiner Leo \*Baeck, ab September 1933 der geschäftsführende Vorsitzende Otto \*Hirsch und ein \*Präsidialausschuß, neben dem 1935 ein breiteres parlamentarisches Gremium berufen wurde, der \*Rat der Reichsvertretung. Als ihr ausführendes Organ auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wirkte der \*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau (ZAHA), der auch von 1933-1939 jährlich die Arbeitsberichte der Reichsvertretung herausgab. Das Presseorgan der RVt, die \*Informationsblätter (1933-1938), wurde, wie die gesamte jüdische \*Presse, nach der \*Kristallnacht verboten. Von November 1938 bis 1943 erschien das „\*Jüdische Nachrichtenblatt“ als halboffizielles Organ der Reichsvertretung bzw. -vereinigung. Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche der RVt

waren: \*Erziehung, Berufsausbildung und -\*umschichtung, soziale und wirtschaftliche Hilfe sowie Förderung der \*Auswanderung. Im September 1935 änderte die RVt – als Reaktion auf die \*Nürnberger Gesetze – ihren Namen in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“.

Nach der Aufhebung des öffentlich-rechtlichen Status der jüdischen Gemeinden durch das Gesetz vom 28.3.1938 (vgl. Zeittafel) begann ein Umwandlungsprozeß in Richtung Zentralisierung. Sein Ziel war die Errichtung eines \*Reichsverbandes der Juden als einzige Organisation, die alle einzelnen Juden, Gemeinden und Organisationen umfassen sollte. Einige Monate nach der \*Kristallnacht wurde dies – allerdings unter wesentlich veränderten Rahmenbedingungen – realisiert: im Februar 1939 wurde die Reichsvertretung in die \*Reichsvereinigung der Juden in Deutschland umgewandelt (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 120). Damit verloren die einzelnen \*Gemeinden, nun \*Kultusvereinigungen genannt, ihre Unabhängigkeit und wurden zu Zweigstellen der Reichsvereinigung; die Landesverbände wurden zu ihren Bezirksstellen. Auch andere Organisationen, die bis dahin selbständig waren, mußten ihre Tätigkeit nunmehr im Rahmen der Reichsvereinigung fortführen. Die von der Reichsvertretung im Februar gegründete **Reichsvereinigung** wurde am 4.7.1939 (vgl. Zeittafel) per Gesetz vom NS-Regime anerkannt. Dieses Gesetz unterstellte die Reichsvereinigung dem Innenministerium und dadurch den Sicherheitsorganen des Regimes (ab September 1939 dem \*RSHA). Anstatt auf religiöser Basis beruhte die Zugehörigkeit der einzelnen Juden zur Reichsvereinigung nunmehr auf der Definition der \*Nürnberger Gesetze. Statt des Präsidialausschusses der Reichsvertretung, an dessen Spitze Leo Baeck und Otto Hirsch standen, wurde die Reichsvereinigung von einem Vorstand geleitet, der grundsätzlich aus den alten Mitgliedern bestand; Leo Baeck blieb bis zu ihrer Auflösung Vorstandsvorsitzender. Die vom Gesetz offiziell anerkannten Tätigkeitsgebiete waren Auswanderung, \*Schulwesen und \*Wohlfahrtspflege. Trotz der sich ständig verschärfenden Bedingungen setzte die Reichsvereinigung selbst nach dem Verbot der Auswanderung im Oktober 1941 und während der \*Massendeportationen auf allen wesentlichen Gebieten die Arbeit ihrer Vorläuferin fort. In jener Zeit wurden einige Vorstandsmitglieder, unter ihnen Julius \*Seligsohn und Otto \*Hirsch verhaftet und getötet, andere deportiert.

Die Reichsvereinigung wurde am 10. Juni 1943 (vgl. Zeittafel) aufgelöst. Der Name Reichsvereinigung wurde jedoch auch nach ihrer offiziellen Auflösung für die bis 1945 weiterhin bestehende Restorganisation, die sogenannte „Rest-Reichsvereinigung“ oder „Neue Reichsvereinigung“ verwendet. Ab Juni 1943 bis Kriegsende war ihr alleiniger Leiter der jüdische \*Arzt und Leiter des Jüdischen Krankenhauses, Walter \*Lustig. Die Aufgabe der „Rest-Reichsvereinigung“ war hauptsächlich die Betreuung der meist unter dem Schutz von „\*Mischehen“ noch in Deutschland geduldeten Juden. Jene Juden, die zum Christentum übergetreten waren (\*Konvertiten), wurden, v.a. in Fragen der Auswanderung und Erziehung, von folgenden freiwilligen christlichen Hilfsorganisationen betreut: Protestanten vom \*Büro Grüber, Katholiken vom \*Raphaelsverein, sonstige Denominationen vom \*Quäker-Büro. Bibl.: Reichsvertretung, Arbeitsberichte der Reichsvertretung 1933-1939; Kulka, Deutsches Judentum I, Reichsvertretung; ders., Reichsvereinigung; Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung; Meyer M., Jewish Political Leadership in Nazi Germany; Meyer B., Das unausweichbare Dilemma: Die Reichsvereinigung; Meyer/Simon, Juden in Berlin 1938-1945; Michman, Judenräte und

Judenvereinigungen; Elkin, Continuity in Social Work; dieselbe, Das Jüdische Krankenhaus in Berlin; „Reichsvertretung“ in EH II, S. 1212-1215.

### **Reichsvertretung der Juden in Deutschland**

\*Reichsvertretung der deutschen Juden

### **Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände**

\*Reichsvertretung der deutschen Juden

### **Reichszentrale für jüdische Auswanderung**

Die unmittelbar nach der \*Kristallnacht von \*Eichmann und \*Heydrich vorgeschlagene, von Hitler gebilligte und am 24. Januar 1939 offiziell in Berlin gegründete Stelle sollte das österreichische Modell der Zwangsauswanderung auch in Deutschland und später im Protektorat Böhmen und Mähren anwenden (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 120, S. 444, Anm. 15). Zu der von Heydrich beabsichtigten Eröffnung von Zweigstellen in Berlin, Hamburg, Frankfurt/M. und Breslau kam es anscheinend nicht.

Die Reichszentrale sollte die \*Reichsvertretung ausschließlich in ein Instrument der Zwangsauswanderung umwandeln. Letztlich veränderte ihre Errichtung die bisherigen Arbeitsbereiche der Reichsvertretung (und später der Reichsvereinigung) jedoch nicht grundsätzlich. Die Reichszentrale wurde zunächst vom Chef der Abteilung II der \*Gestapo, Heinrich Müller, geleitet; ab Oktober 1939 übernahm Eichmann ihre Geschäftsführung in Berlin. Unter seiner Leitung wurde die Reichszentrale mit dem Referat IV B 4 Judentum im \*Reichssicherheitshauptamt verschmolzen. Bibl.: Anderl, „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“.

\*Zentralstelle für jüdische Auswanderung (2)

\*Auswanderung

### **Reichszentrale für Schächtangelegenheiten**

Wurde 1917 von Dr. Hirsch Hildesheimer gegründet und ab 1933 von Esra \*Munk geleitet; dort arbeiteten Fachleute und Vertreter jüdischer Organisationen aller Richtungen zusammen, um der Propaganda der Schächtgegner (\*Schächten) zu begegnen, die das im jüdischen \*Religionsgesetz vorgeschriebene rituelle Schlachten von Tieren verbieten wollten. Die Reichszentrale wurde 1938 nach der \*Kristallnacht aufgelöst. Bibl.: Munk, Austrittsbewegung.

### **Religionsgemeinde, jüdische**

\*Synagogengemeinde, jüdische

### **Religionsgesetz, jüdisches**

\*Halacha

### **Revisionisten**

\*Zionisten-Revisionisten

\*Staatszionistische Vereinigung

### **Ring-Bund jüdischer Jugend**

\*Bund Deutsch-jüdischer Jugend (BDJJ)

### **RjF**

\*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

### **Ritualmord**

Der Vorwurf der Verwendung von Christenblut für rituelle Handlungen wurde erstmals im 12. Jahrhundert gegen Juden erhoben. Ungeklärte Mordfälle, besonders an Kindern und kurz vor \*Pessach, wurden vielfach als Ritualmorde proklamiert und führten zu grausamen Judenverfolgungen. Die sogenannte \*Blutbeschuldigung war auch im modernen Antisemitismus ein charakteristisches Motiv. Ritualmordprozesse

fanden um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas statt, einer der letzten aufsehenerregenden 1892 in Deutschland, in Xanten. In der nationalsozialistischen Propaganda bediente sich v.a. der \*Stürmer der Blutbeschuldigung in Wort und Bild in besonders krasser Form (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 37). Unabhängig davon wurde in der NS-Zeit an verschiedenen Orten über neue Blutbeschuldigungen berichtet, in denen Juden vorgeworfen wurde, zum Backen der Matzen für das Pessachfest Christenblut zu verwenden.

\*Schändung religiöser Symbole

**Röhm, Ernst (1887-1934)**

\*SA

„Röhm-Revolte“ (Röhm-Affäre, Röhm-Putsch)

\*SA

**Rösel, Isak (1883-1957)**

Geboren in Rawitsch/Posen; studierte am \*Rabbinerseminar in Berlin; 1912-1939 orthodoxer Rabbiner in Tilsit; wanderte 1939 in die USA aus.

**Rosenheim, Jakob (1870-1965)**

Verleger, jüdisch-orthodoxer Verbandsfunktionär; 1895-1935 Gründer und Geschäftsführer des Hermon-Verlages in Frankfurt/M., 1905-1935 Verleger und Redakteur der Zeitung \*Der Israelit; 1906-1935 Vorstandsmitglied der jüdischen \*Gemeinde Frankfurt/M.; ab 1912 Präsident der von ihm mitbegründeten \*Agudas Jisroel. Er wanderte 1935 nach England aus, 1941 in die USA und 1950 nach Israel.

**Rosch ha-Schana**

Jüdisches Neujahrsfest. Es fällt auf den ersten und zweiten Tag des jüdischen Monats Tischrej (meistens im September) und ist der erste der zehn Bußtage, die mit dem Versöhnungstag \*Jom Kippur enden. Rosch ha-Schana wird als Gedenktag der Schöpfung der Welt und als Tag des himmlischen Gerichtes begangen. Nach dem jüdischen Kalender werden die Jahre seit der Schöpfung der Welt gezählt, so daß z.B. das Neujahrsfest von 1933 nach dem jüdischen Kalender Rosch ha-Schana 5633 war.

\*Hohe Feiertage

**Rosenblüth, Martin Michael (1886-1963)**

Jüdischer Verbandsfunktionär; schon früh Zionist; u.a. 1913-1919 Redakteur der \*Blau-Weiß-Blätter; 1921-1923 Leiter der Palästinazentrale in Wien; 1923-1925 Vertreter und 1929-1933 Geschäftsführer des \*Keren Hajessod; 1925-1929 Vizepräsident der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin; 1933 Auswanderung nach England; dort Vertreter der Zionistischen Vereinigung bei der \*Jewish Agency. Er war zu dieser Zeit ein wichtiger Verbindungsmann zum vertraulichen Informationsaustausch zwischen der \*Reichsvertretung und dem Ausland (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 119 A, S. 434 f.; sowie Einleitung, S. 433); 1940 Leiter des Zentralbüros für die Ansiedlung deutscher Juden in \*Palästina bei der Jewish Agency, 1941 Auswanderung in die USA; dort ebenfalls als zionistischer Funktionär tätig, lebte später in Israel.

**RSHA**

\*Reichssicherheitshauptamt

**Rückauswanderung**

Bezeichnet die \*Auswanderung von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit in ihre ursprünglichen Heimatländer, insbesondere nach Osteuropa (vorwiegend nach Polen). Die Rückwanderer wurden von der \*Hauptstelle für Wanderungsfürsorge

bei der \*Reichsvertretung betreut. Vom 1. Februar 1933 bis zum 1. April 1936 mußte die Reichsvertretung von 18.000 \*Rückwanderern zu berichten. Der bekannteste Fall der „Rückauswanderung“ war die gewaltsame Massenvertreibung der in Deutschland lebenden Juden polnischer Staatsangehörigkeit von 27.-29. Oktober 1938 (vgl. Zeittafel). Zur „Rückauswanderung“ nach Kriegsausbruch vgl. Zeittafel, 7.9.1939.

### **Rückwanderung**

Bezeichnet entweder 1) die Rückkehr ausgewanderter deutscher Juden (vgl. \*Auswanderung) nach Deutschland, nachdem sie in den Auswanderungsländern nicht zurecht kamen, oder 2) die \*Rückauswanderung von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit in ihre Heimatländer. Viele der ersten Gruppe, darunter auch die jüdischen Flüchtlinge des im Juli 1936 ausgebrochenen Spanischen Bürgerkriegs, wurden nach ihrer Rückkehr verhaftet (vgl. \*Schutzhaft) und in \*Konzentrationslager überführt (vgl. Zeittafel, 15. Januar 1934).

## **S**

### **SA**

Sturmabteilung der NSDAP, wurde 1920 ursprünglich als parteieigener Ordnungsdienst zum Schutz von Veranstaltungen gegründet. Die SA war die Urheberin der meisten antijüdischen Gewalttaten auf lokaler Ebene, übte aber darüber hinaus auch ständigen politischen Druck zur Verschärfung der Judenpolitik des NS-Regimes aus. Bereits unmittelbar nach der Machtergreifung war sie maßgeblich an gewaltsamen \*Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte und \*Warenhäuser beteiligt; auch bei der Anprangerung von Menschen wegen angeblicher \*Rassenschande tat sie sich besonders hervor.

Unter Ernst \*Röhms (1932-1934) brutaler Führung wurde die SA zur größten und gefürchtetsten paramilitärischen Macht des NS-Terrors. Nach der Machtergreifung lehnte er die ansatzweise Stabilisierung des neuen Systems ab und verlangte die konsequente Durchsetzung der NS-Kampfziele in einer Art „zweiten Revolution“. Für seine SA forderte er den Status einer Volksarmee. Am 30.6.1934 wurde er im Rahmen einer von Hitler beschlossenen, weitangelegten Mordaktion gegen SA-Leute unter dem Verdacht der Vorbereitung eines Staatsstreiches festgenommen und am nächsten Tag erschossen (\*Röhm-Revolution). Anlässlich der Unterdrückung des Röhm-Putsches kam es zu lokalen Ausschreitungen gegen die Juden.

Die SA war die treibende Kraft der großen „antisemitischen Welle“ 1935 (vgl. Zeittafel, Februar 1935), die ihren Höhepunkt in den Monaten vor der Verkündung der Nürnberger Gesetze hatte. Ähnlich dominant war sie bei der Neuentfesselung antijüdischer Gewalt an verschiedenen Orten während der Sudetenkrise (Mai-Oktober 1938) und bei der reichsweiten \*Kristallnacht. Danach beteiligte sie sich nur sporadisch an \*Einzelaktionen. Bibl.: Longerich, Die braunen Bataillone.

### **Saarabstimmung und antijüdische Ausschreitungen**

Entsprechend dem Versailler Vertrag fand die Volksabstimmung über den politischen Status des Saargebietes nach 15 Jahren, am 13.1.1935, statt. Bei dieser Abstimmung sprachen sich 90,8 % der Bevölkerung für eine Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich aus. Entsprechend fiel das Saargebiet am 1.3.1935 an Deutschland. Etwa 5.000 Gegner des NS-Regimes – darunter zahlreiche Juden – verließen aufgrund dieses Ergebnisses das Saargebiet und gingen meist nach Frankreich. In mehreren Berichten von Ende 1934 ist, insbesondere in den



Reihen der \*SA, die Tendenz ersichtlich, eine radikale Gewaltlösung der \*Judenfrage aus politischen Rücksichten für die Zeit nach der Volksabstimmung aufzuschieben. In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen verschiedener Reichsministerien zu sehen (vgl. Zeittafel, 26. Dezember 1934), welche die Unterbindung der antijüdischen Einzelaktionen forderten. Infolge der „allgemein gehobenen Stimmung“ nach dem Abstimmungssieg initiierte die Parteileitung jedoch eine neue antisemitische Propagandawelle (vgl. Zeittafel, Februar 1935), die bis zum Erlaß der \*Nürnberger Gesetze andauerte. Bibl.: Kulka, Nürnberger Rassen-gesetze; Bankier, The Germans and the Final Solution.

### **Saarland**

Zum besonderen Status der Juden im Saarland vgl. \*Minderheitenschutz.

### **Sabatzky, Kurt (1892-1955)**

Deutsch-jüdischer Journalist; Mitglied der „\*Kameraden“; ab 1922 Syndikus des \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV), Landesverband Leipzig; 1923-1932 CV Königsberg; 1933-1938 Syndikus des CV Sachsen und Anhalt; 1939 Geschäftsführer der jüdischen \*Gemeinde Essen; Mitglied des \*Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten und des \*Bne Brith Königsberg und Leipzig. 1939 wanderte er nach England aus.

### **Sabbat**

Hebr., Schabbat: Ruhe; siebter Tag der Woche, ein Tag der Ruhe und der Heiligung zur Erinnerung an die göttliche Schöpfung der Welt und die Befreiung Israels aus der Sklaverei in Ägypten. Nach dem jüdischen Religionsgesetz (\*Halacha) ist am Sabbat jede Form von Arbeit verboten. Dieses Gebot wurde in Deutschland ab dem 19. Jahrhundert mit dem Fortschreiten der Säkularisierung nur noch von den \*Orthodoxen streng befolgt. Der Sabbat beginnt am Freitagabend kurz vor Sonnenuntergang mit dem Anzünden der Sabbatkerzen und endet am Samstagabend, nachdem die ersten drei Sterne zu sehen sind.

### **Salomon, Adolf (1901-1944)**

Regierungsrat in Köln; 1937-1942 beim \*Hilfsverein tätig; \*Deportation nach \*Theresienstadt, 1944 nach \*Auschwitz.

### **Salomon, Felix (Falk) (1876-1940)**

\*Rabbiner; studierte an der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin; 1912-1936 liberaler Rabbiner in Bayreuth; 1936-1939 Distriktrabbiner in Regensburg; 1939 wanderte er nach England aus, wo er bei einem Luftangriff ums Leben kam.

### **Samuel, Clara (1879-1962)**

Sozialarbeiterin; ab 1905 öffentlich engagiert in der deutschen Frauenbewegung; Gründerin des Deutschen Frauendienstes im Ersten Weltkrieg; Mitbegründerin des \*Jüdischen Frauenbundes und Mitglied des Landesvorstandes Elberfeld; 1926 Gründerin der jüdischen Adoptionsvermittlung; Mitglied der Ortsgruppe der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland und deren Vertreterin in der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde; wanderte 1939 nach England aus, ging 1945 nach \*Palästina, kehrte jedoch später nach Deutschland zurück.

### **Schachnowitz, Selig (1874-1952)**

Journalist; studierte an Jeschiwot in Litauen und an der Universität Frankfurt; 1901 Lehrer, Kantor und Prediger in Endingen/Baden. 1908-1938 Chefredakteur der Wochenzeitung Der \*Israelit in Frankfurt/M. 1938 wanderte er in die Schweiz aus.

### **Schacht, Hjalmar (1877-1970)**

Nationalkonservativer deutscher Finanzpolitiker. Als Reichsbankpräsident (1933-1939), Reichswirtschaftsminister (1935-1937) und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft (1935-1937) war er die Zentralfigur für die nationalsozialistische Aufrüstung. Kompetenzstreitigkeiten mit Göring, insbesondere wegen seiner Kritik an dem von Hitler 1936 angeregten und geförderten Vierjahresplan, führten 1939 zu seiner Entlassung vom Amt des Reichsbankpräsidenten, doch blieb er bis 1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Als konservativer Politiker betrachtete er die „spontanen“ Terroraktionen gegen die Juden (\*Einzelaktionen) als Gefahr für Gesetz und öffentliche Ordnung und geriet deshalb in Konflikt mit Partei und Regierung. Seine offenbar nonkonformistische Haltung bezüglich der Judenpolitik veranlaßte viele jüdische Vereine und Persönlichkeiten dazu, in ihm eine „schützende Hand“ zu sehen und sich mit Interventionen an sein Ministerium oder an ihn persönlich zu wenden. Schacht befürchtete jedoch hauptsächlich die möglichen internationalen, wirtschaftlichen Konsequenzen (\*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich) antijüdischer Maßnahmen. Der als „Schacht-Plan“ bezeichnete Versuch, 1938 mit Hilfe internationaler Unterstützung der Juden in der Welt die \*Judenfrage in Deutschland durch Emigration zu lösen, brachte keine konkreten Ergebnisse. Schacht kritisierte die Judenpolitik des nationalsozialistischen Regimes nie aus moralischen oder ideologischen Gründen. Er wurde 1946 bei den Nürnberger Prozessen freigesprochen, später von einer Stuttgarter Entnazifizierungs-Spruchkammer zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt, 1948 entlassen und 1950 von allen Anklagen im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit im Dritten Reich freigesprochen. Bibl.: Schacht, 76 Jahre; Barkai, Boykott; Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“.

### **Schächten**

Das vom jüdischen \*Religionsgesetz vorgeschriebene Schlachten von zum Genuß erlaubten Säugetieren und Vögeln mit Hilfe eines Halsschnittes durch Luftröhre, Speiseröhre und Halsadern, vor dem das Tier nicht betäubt wird. Der Schnitt muß von einem eigens dafür ausgebildeten und geprüften jüdischen Schächter in einem Zug mit einem scharfen, glatten, schartenfreien Messer durchgeführt werden. 1930 wurde im Strafrechtsausschuß des Reichstages aufgrund von Gutachten der Beschluß gefaßt, daß das Schächten nicht als Tierquälerei zu betrachten sei. Dagegen erwirkten die Schächtgegner in mehreren Ländern (Bayern, Thüringen, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen) zum Teil noch vor der Machtergreifung Schächtverbote. Das am 21. April 1933 im RGBl. veröffentlichte Schächtverbot (vgl. Zeittafel) war eine der ersten antijüdischen Verordnungen des NS-Regimes. Da die NS-Ideologie sich aber primär gegen die Juden als Rasse und nicht so sehr gegen ihre Religion richtete, blieb das Schächtverbot die einzige gesetzgeberische Beschränkung der praktischen Religionsausübung im Dritten Reich. So war auch die Einfuhr koscheren, d.h. nach dem jüdischen Ritual geschlachteten Fleisches aus dem Ausland nicht verboten. Bibl.: Weiss, Deutsche und polnische Juden, S. 56-77.

\*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit der Juden

\*Reichszentrale für Schächtangelegenheiten

### **Schändung religiöser Symbole der Juden**

Während das NS-Regime es bei seiner antisemitischen Verfolgung nicht auf das religiöse Leben der Juden abgesehen hatte (\*Rassengesetzgebung vs. religiöse Zugehörigkeit), wandte sich ein Großteil der \*Einzelaktionen gegen die sichtbaren

religiösen Symbole der Juden, wie \*Synagogen und Friedhöfe (vgl. \*Friedhofschändungen). Ebenso nahm ein Teil der antisemitischen Hetze traditionelle christliche Vorstellungen über die religiöse Praxis der Juden auf (\*Ritualmordbeschuldigungen).

Die grundsätzlich säkuläre, politisch motivierte rassistische Judenverfolgung des Nationalsozialismus wäre paradoxerweise ohne diese Komponente des traditionellen christlichen Judenhasses wohl unmöglich, die „\*Endlösung der Judenfrage“ aber unter christlicher Herrschaft kaum denkbar gewesen.

### **Schawuot**

Hebr., Wochen; Wochenfest. Das mittlere der drei jüdischen Wallfahrtsfeste, das 50 Tage nach \*Pessach gefeiert wird, gedenkt der Offenbarung der \*Tora am Berg Sinai und ist außerdem ein Erntefest aus altbiblischer Zeit. Am zweiten Feiertag wird in der \*Synagoge das Buch Ruth gelesen.

### **Schekel**

Hebr., Gewicht: (1) Altisraelitische Silbermünze, wurde ab der Makkabäerzeit geprägt; ein halber Schekel war die vorgeschriebene Tempelabgabe. (2) Jahresbeitrag, den alle Mitglieder der \*zionistischen Bewegung zu zahlen hatten und der als Qualifikation zum Wahlrecht für die zionistischen Kongresse diente. (3) Die gegenwärtige offizielle Währung im Staat Israel.

### **Schild, Der**

(1) Publikationsorgan des \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF), erschien seit seiner Gründung 1921 durch Leo \*Loewenstein monatlich, dann 14tägig, ab 1934 wöchentlich. Der Schild war radikaler deutschnational als die \*CV-Zeitung und vertrat „deutsche Werte“ und Vaterlandsliebe. Er brachte 1932 ein Gedenkbuch mit einer Liste der Namen von 12.000 im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Frontkämpfern heraus und übergab es Präsident v. Hindenburg. Die Auflage des Schild stieg von 12.000 1931 auf 19.000 im Jahr 1934 und betrug 1938, als er verboten wurde, noch 15.000. Ab dem 8.6.1933 erschien die Zeitung mit der Beilage „Die Kraft, Blatt für Berufumschichtung, Siedlung, Arbeitsdienst, Jugendertüchtigung und Sport“. „Die Kraft“ wurde im Juni 1934 als Organ des Sportbunds des RjF zum „Blatt für Sport und Jugendertüchtigung“ erweitert. Nach der \*Kristallnacht wurde im Rahmen des Verbotes der gesamten jüdischen \*Presse ihr Erscheinen eingestellt. Bibl.: Dunker, Reichsbund.

(2) Sportverein des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten; gegründet 1925, trat jedoch vor 1933 kaum durch sportliche Leistungen in Erscheinung; nach 1933 Aufgangbecken für nichtzionistische jüdische Sportler. Im Jahr 1935 besaß er 185 Vereine mit ca. 20.000 Mitgliedern; er wurde nach seinem Zusammenschluß mit dem \*Makkabikreis am 18. Juli 1934 als alleinige Vertretung jüdischer Sportorganisationen unter dem Namen \*Reichsausschuß jüdischer Sportverbände anerkannt und 1938 aufgelöst. Bibl.: Bernett, Jüdische Turn- und Sportbewegung.

\*Sportvereine, jüdische

### **Schilder, antijüdische**

Nach der Machtergreifung, besonders ab Juli 1934, erschienen in allen Teilen des Reiches antijüdische Schilder und Hetzparolen, deren Aufstellung, ähnlich wie bei den meisten antijüdischen Gewalttätigkeiten, von lokalen Aktivisten organisiert wurde. Teilweise waren aber auch lokale Behörden für die Aufstellung derartiger Schilder verantwortlich. Diese Initiativen wurden von den übergeordneten Regierungsstellen manchmal geduldet, manchmal aber auch aus innen- oder außen-

politischen bzw. wirtschaftlichen Erwägungen unterbunden. Es gab in dieser Frage und auch im Hinblick auf häufig erscheinende antijüdische Aufschriften keine einheitliche und feste Regelung. Zu den antagonistischen Interessen innerhalb von Partei und Regierung und deren Kompetenzstreitigkeiten vgl. \*Einzelaktionen. Bibl.: Bankier, The Germans and the Final Solution, Kap. 2. Für zeitgenössische Berichte vgl. Schwarzbuch.

**Schlesinger, Moses (1856-1949)**

Orthodoxer \*Rabbiner und Pädagoge; bis 1917 Leiter eines Internats in Marburg/Lahn; bis 1939 Rabbiner der Lehranstalt „Klaus“ in Halberstadt. Mitbegründer des \*Reichsbundes gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands und 1934 der \*Vereinigung der unabhängigen jüdischen Orthodoxie Deutschlands. 1939 Auswanderung nach \*Palästina.

**Schocken, Hermann (1869-1957)**

Bruder von Salman \*Schocken; Teilhaber des Schocken-Kaufhauses, Dresden; \*Zionist; 1938 \*Auswanderung in die USA.

**Schocken, Kaufhaus**

\*Schocken, Salman

\*Warenhäuser, jüdische

**Schocken, Konzern**

\*Warenhäuser, jüdische

**Schocken, Salman (1877-1959)**

Deutsch-jüdischer Kaufmann, Mäzenat, Philanthrop, Verleger, Sammler. Er war 1901 neben Simon Schocken Mitbegründer des Schocken-Konzerns und Gründer des Schocken-Verlags, der bis zu seiner zwangsweisen Schließung Ende 1938 eine bedeutende Rolle im kulturellen Leben der deutschen Juden spielte. Salman Schocken war u.a. in Polen, \*Palästina und den USA tätig. Schocken war führender \*Zionist und seit 1921 Mitglied des Direktoriums des \*Keren Kajemeth Lejisrael. Er förderte auch jüdische Wissenschaftler und gründete 1929 das Forschungsinstitut für hebräische Dichtung, das seit 1934 in Jerusalem besteht. Im Jahr 1933 wanderte er nach \*Palästina aus und war 1935 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Hebräischen Universität in Jerusalem. Bibl.: Dahm, Das jüdische Buch; ders., in: Benz, Juden.

\*Warenhäuser, jüdische

**Schoeps, Hans-Joachim (1909-1980)**

Historiker und \*deutsch-jüdischer Funktionär; gründete 1933 die Organisation und den Verlag \*Deutscher Vortrupp. 1937-1938 Lehrer am Jüdischen Gymnasium in Berlin. 1938 wanderte er nach Schweden aus und kehrte 1946 nach Deutschland zurück.

**Schorsch, Emil (1899-1982)**

\*Rabbiner; studierte 1922-1925 an den Universitäten in Breslau und Tübingen, 1922-1928 am Jüdischen Theologischen \*Rabbinerseminar in Breslau; 1927-1938 Liberaler Rabbiner in Hannover; 1927 Gründer des jüdischen \*Lehrhauses Hannover und eines Jugendheims; Präsident der \*Bne Brith Hannover; im November 1938 ins \*Konzentrationslager Buchenwald deportiert; danach Auswanderung nach England, 1940 in die USA.

**Schulverein**

Vereinigung jüdischer Eltern allgemein-\*zionistischer und religiös-\*konservativer Prägung, die sich nach 1933 in verschiedenen \*Gemeinden Deutschlands die Errichtung privater jüdischer Schulen zum Ziel setzte.

\*Jüdischer Schulverein

\*Schulwesen, jüdisches

### **Schulwesen, jüdisches**

Nach der Emanzipation und mit der zunehmenden Integration jüdischer Kinder ins allgemeine Schulwesen sank die Zahl der jüdischen Schulen in Deutschland ständig. Am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung bestand nur mehr eine kleine Anzahl vorwiegend orthodoxer Schulen (\*Talmud-Tora-Schule). Ab 1933 wurden unter dem ständig steigenden Druck der antijüdischen Stimmung und Gesetzgebung, aber auch aufgrund des Bedürfnisses jüdischer Schüler, ihre eigene Identität zu bewahren, zahlreiche neue Schulen gegründet und die bestehenden erheblich erweitert. Die Schülerzahl an diesen Schulen stieg trotz \*Auswanderung von 15.000 im Jahr 1933 auf 23.670 im Jahre 1937/38. Neben den Auswirkungen des sogenannten „Gesetzes gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen“ vom 25. April 1933 (vgl. Zeittafel), einer Art antijüdischem Numerus Clausus, muß die steigende Schülerzahl in jüdischen Schulen im Zusammenhang mit der ständigen Erniedrigung und Isolation jüdischer Kinder in den öffentlichen Schulen gesehen werden. So wurden beispielsweise jüdische Kinder während des Biologieunterrichts als „Beweis für die entartete jüdische Rasse“ vorgeführt. Dies bewog viele Eltern, ihre Kinder von bestimmten Fächern befreien zu lassen. Die Attraktivität jüdischer Schulen wuchs aber auch aufgrund ihrer Fähigkeit, auf das Bedürfnis der Schüler nach einem positiven, jüdischen Selbstverständnis einzugehen. Nach der \*Kristallnacht wurde durch das Gesetz vom 15. November 1938 (vgl. Zeittafel) jüdischen Kindern der Besuch deutscher Schulen untersagt. Im Februar 1939 ermächtigte man die \*Reichsvereinigung zur alleinigen Trägerin des jüdischen Schulwesens, was am 4. Juli des Jahres auch gesetzlich verankert wurde. Die Erziehungstätigkeit wurde in der Folge teilweise ausgebaut und auch während der ersten Kriegsjahre und sogar während der \*Massendeportationen ab Herbst 1941 fortgesetzt. Erst der Gestapoerlaß vom 7. Juli 1942 (vgl. Zeittafel) erzwang die Auflösung des jüdischen Schulwesens. Bibl.: Gaertner, Probleme der jüdischen Schule; Walk, Jüdische Schule und Erziehung; ders., Jüdische Erziehung; ders., Befreiung jüdischer Schüler vom Biologieunterricht in Nazideutschland; Weiss, Schicksalsgemeinschaft im Wandel. Zur Situation der jüdischen Schüler an deutschen Schulen im Dritten Reich; Schmidt, Judenfeindschaft und Schule.

\*Jüdischer Schulverein

\*Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung

\*Lehrerseminare, jüdische

### **Schutzhaft**

Vor dem Ersten Weltkrieg geschaffene Institution zur polizeilichen Verwahrung von Personen in Preußen. Aufgrund einer weiteren Regelung in Preußen, die durch das Polizeiverwaltungsgesetz vom 1. Juli 1931 ermöglicht wurde, konnten Personen in Schutzhaft genommen werden, wenn dies zu ihrem Schutz oder zur Beseitigung einer bereits aufgetretenen Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung erforderlich war und auf andere Weise nicht erreicht werden konnte. Nach der Machtergreifung wurde die Möglichkeit der Schutzhaft bedeutend ausgeweitet (Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 4.2.1933, vgl. Zeittafel), war jedoch auf längstens drei Monate begrenzt. Der Erlaß der Reichstagsbrand-Verordnung vom 28. Februar 1933 hob die zeitliche Begrenzung für die Schutzhaft auf; den Verhafteten standen nun keinerlei Rechtsbehelfe mehr zur Verfügung.

Ursprünglich gegen Kommunisten gerichtet, wurde sie auch gegen alle anderen, die dem Regime mißfielen, benutzt. So kam es in den ersten Monaten nach der Machtergreifung zu massenhaften willkürlichen Inschutzhaftnahmen von Juden durch Angehörige der \*SS und \*SA unter politischen Vorwänden und häufig infolge von Denunziation angeblicher \*Rassenschande. Die jüdischen, wegen Rassenschande verhafteten Schutzhaftgefangenen wurden anfangs in Polizeigefängnissen untergebracht und nach dem Geheimerlaß \*Heydrichs vom 12. Juni 1937 (vgl. Zeittafel) nach Verbüßung ihrer Strafe in \*Konzentrationslager überführt. Die über 30.000 während der \*Kristallnacht-Pogrome „in Schutzhaft genommenen“ und in ihrer Mehrheit in Konzentrationslager verschleppten Juden wurden zum Teil unter der Bedingung, unmittelbar nach ihrer Freilassung \*auszuwandern, entlassen. Ab 1937 wurden fast alle in Schutzhaft genommenen Juden in Konzentrationslager gebracht und schließlich nach dem 5. Oktober 1942 (vgl. Zeittafel) aus allen Konzentrationslagern im Reichsgebiet nach \*Auschwitz verlegt. Bibl.: Herbert, Von der Gegnerbekämpfung zur „rassischen Generalprävention“. „Schutzhaft“ und Konzentrationslager; Johnson, Nazi Terror; Gellately, Gestapo and German Society. Political Denunciation; Pingel, Häftlinge unter NS-Herrschaft; Sofsky, Ordnung des Terrors.

\*Konzentrations- und Vernichtungslager

### **Schutzjuden**

Bezeichnung für die privilegierten, gegen besondere Abgaben landesherrlichen Schutz genießenden Juden in Deutschland im Zeitalter des Absolutismus. In der NS-Sprache bezeichnet der Begriff solche Juden, die entweder aus wirtschaftlichen Gründen vorläufig noch geduldet wurden, oder aufgrund der Protektion höherer Polizeiführer einigermaßen sicher waren.

### **Schwarze Fähnlein, Das**

Aus der Spaltung des seit 1916 bestehenden jüdischen Jugendbundes „Kameraden“, einer sich aus dem gehobenen \*deutsch-jüdischen Bürgertum rekrutierenden Jugendbewegung, ging im Jahr 1932 unter anderem die „Jungenschaft Das Schwarze Fähnlein“ hervor. Sie nannte sich zunächst „Schwarzes Fähnlein, Waldpfadfinderbund“, ab Ende 1933 „Das Schwarze Fähnlein, Jungenschaft“. Während sich eine Abspaltung der Kameraden, „Die \*Werkleute“, nach 1933 dem zionistischen Sozialismus (\*Kibbuz) zuwandten, und die „\*Freie Deutsche Jüdische Jugend“ sich am universalistischen Sozialismus orientierte, betonte das Schwarze Fähnlein seine nationaldeutsche Identität und strebte die Aufnahme in die „deutsche Volksgemeinschaft“ an. Die Gruppe stand den konservativen, nationalistischen Anschauungen des \*Deutschen Vortrupps nahe und trat zusammen mit diesem und dem \*Verband nationaldeutscher Juden gegen den Gesamtvertretungsanspruch der \*Reichsvertretung auf. Seine Mitglieder leugneten eine trennende jüdische Identität und forderten völlige \*Assimilation der Juden. Obwohl sie diese Positionen auch nach der Machtergreifung vertraten, war die Organisation von Anfang an Mitglied im \*Reichsausschuß der jüdischen Jugendbünde. 1934 näherte sich das Schwarze Fähnlein dem \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten an und arbeitete in dessen Sportbund mit. Das Schwarze Fähnlein hatte ungefähr 1.000 Mitglieder in mehreren Ortsgruppen. Wegen seiner nationalistischen deutsch-jüdischen Ansichten und der Propagierung von Assimilation wurde es im Dezember 1934 aufgelöst; seine Mitglieder arbeiteten bis 1936 sporadisch illegal weiter. Bibl.: Rheins, Schwarzes Fähnlein; Schatzker, Jewish Youth Movement; Hirschberg, Die Kameraden.

### **Schwarze Korps, Das**

SS-Wochenblatt mit dem Untertitel „Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP, Organ der Reichsführung-SS“. Erschien von März 1935 bis April 1945, Auflage 1935: 200.000, 1944: 750.000; Hauptredakteur Gunter d'Alquen. Die Zeitung vertrat einen radikalen „sachlich-ideologisch“ ausgerichteten Antisemitismus und distanzierte sich von dem vulgär-antisemitischen Hetzblatt „Der Stürmer“. Das Schwarze Korps konnte für seine Arbeit laufend die geheimen Lage- und Stimmungsberichte des SD nutzen, und basierend darauf die aktuellsten Tendenzen und sogar bevorstehende Maßnahmen in der Judenpolitik aufzeigen. Darunter befanden sich häufig Anregungen und Vorstellungen des Judenreferats des SD zur „Lösung der Judenfrage“. In krassester Form wurden diese nach der Kristallnacht in dem Aufsatz „Juden, was nun?“ zum Ausdruck gebracht und in ihrer ganzen Tragweite von den Juden in und außerhalb Deutschlands wahrgenommen; vgl. Zitate aus zeitgenössischen jüdischen Berichten, Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 119 D, S. 434-441; sowie Einleitung, S. 433.

### **Schwesternverband der Bne Brith-Logen**

Logen-Frauenvereine bestanden in Deutschland ab 1888; der Sitz des Schwesternverbandes war 1933 in Frankfurt; selbsterklärter Zweck (FJGV, S. 547): „will die in den Logen zusammengeschlossene jüdische Frauenwelt im jüdischen Sinn und Geist emporheben, sie an all den ethischen und kulturellen Bestrebungen teilnehmen lassen, die den Männerkreis der Logen erfüllen...“. 1933 bestanden in Deutschland 79 Schwesternvereine.

\*Jüdischer Frauenbund

### **SD, Referat Judentum**

Der SD (Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS) wurde 1931 von Himmler als Nachrichtendienst der NSDAP gegründet; an seiner Spitze stand Heydrich. Zu den Hauptaufgaben des SD im Dritten Reich gehörte die Überwachung „weltanschaulicher Gegner“, wie Marxisten, Sozialdemokraten, politische Kirchen, Freimaurer und Juden. Das seit November 1933 im Sicherheitsamt des Reichsführers-SS bestehende Referat IV2 (Juden) wurde im Januar 1935 in J 16 umbenannt und zur Jahreswende 1935/36 als Referat II112 im Sicherheitshauptamt neu organisiert. Infolge dieser Reorganisation und des systematischen Ausbaus des Referats versuchte dasselbe nun, zielstrebig für den SD die Vormachtstellung in der Judenpolitik im Dritten Reich zu erlangen. Zu den Initiativen des Judenreferats gehörte beispielsweise die Vorladung von leitenden Personen der jüdischen Organisationen zu Verhören in die Büros der Gestapo in Berlin. Dabei trat der SD nach außen immer als Gestapo auf, was in vielen historischen Zeugnissen und Memoiren zur Bezeichnung von SD-Leuten als Vertreter der Gestapo führte. Diese „exekutive“, den Rahmen der Überwachung und Berichterstattung überschreitende Tätigkeit führte zu ständigen Kompetenzstreitigkeiten mit dem Judenreferat der Gestapo (vgl. Zeittafel, 4. Juli 1934 und 1. Juli 1937).

Das Judenreferat II/112 beschäftigte sich mit der systematischen Überwachung der gesamten Aktivitäten der jüdischen Organisationen sowie der Auswertung der jüdischen Presse und Druckerzeugnisse inner- und außerhalb Deutschlands. Dementsprechend spezialisierten sich seine Mitarbeiter in der Überwachung auf verschiedene Teilgebiete, wie Reichsverbände (112 0), Assimilanten (112 1), Orthodoxe (112 2), Zionisten (112 3), etc. Die seit 1934 bestehende detaillierte, periodische Lageberichterstattung des SD wurde ab 1936 systematisiert und zur

wichtigsten Quelle zum Thema Juden in Deutschland. Entsprechend seiner überlegenen Kenntnis des „Gegners Judentum“ behauptete sich das Judenreferat des SD von dieser Zeit an zunehmend im Entwurf von Konzepten zur „Lösung der Judenfrage“ und bei deren konkreter Umsetzung (vgl. ◀252▶).

1938 erreichte der SD die erstrebte Machtposition zunächst in Bezug auf die Juden Österreichs und später auch über die Juden in Deutschland sowie den besetzten Gebieten. Nach der Gründung des \*Reichssicherheitshauptamts im September 1939 wurden die Judenreferate des SD und der Gestapo in einem einzigen Judenreferat (zunächst IV D 4, dann IV B 4) unter \*Eichmanns Leitung zusammengefaßt, in dem der SD zum bestimmenden Faktor der weiteren Phasen der Judenpolitik und der Durchführung der \*Endlösung wurde. Die Lageberichterstattung fiel nun jedoch dem Amt III zu, welches über alle „Lebensgebiete“ berichtete, einschließlich „Juden“ (jedoch nicht in einem eigenen Kapitel). Bibl.: Zipfel, Gestapo und Sicherheitsdienst; ders., Gestapo und SD in Berlin; Höhne, Orden unter dem Totenkopf; Browder, Die Anfänge des SD; ders., The Nazi Police State; Boberach, Meldungen, Bd. I, Einführung; Herbert, Best; Wildt, Die Judenpolitik; ders., Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamts; Banach, Heydrichs Elite; Hachmeister, Der Gegnerforscher ... Alfred Six; Paul, „Von Judenangelegenheiten...“. Herbert Hagen, der Judenreferent des SD; Steur, Dannecker. Ein Funktionär der „Endlösung“; \*Gestapo und \*Reichssicherheitshauptamt.

### **Sefardim**

Im Gegensatz zu \*Aschkenasim ist Sefardim die Bezeichnung für die aus Spanien und Portugal stammenden, von dort geflohenen oder vertriebenen Juden, die im 14. und 15. Jahrhundert über Europa, Nordafrika, Lateinamerika und den Orient zerstreut wurden, und für deren Nachfahren. Die Sefardim bewahrten ihren besonderen Ritus, die jüdisch-spanische Sprache (Ladino) und ihre Aussprache des \*Hebräischen, welche im modernen Staat Israel die herrschende Aussprache des Neuhebräischen geprägt hat. Während die deutschen Juden im liturgischen Leben und im Religionsunterricht die aschkenasische Aussprache beibehielten, wurde in der NS-Zeit im Erziehungswesen im Hinblick auf die \*Auswanderungsvorbereitung die sefardische Aussprache verbreitet, was zu innerjüdischen Konflikten führte.

### **Selbstmorde der Juden im Dritten Reich**

Eine der Reaktionen auf die schwere Krise und die ausweglose Situation, in der die Juden Deutschlands seit der Machtergreifung lebten, war die Entscheidung zum Selbstmord. Bei der ersten Welle im April/Mai 1933, in Folge des \*Boykotts, der antijüdischen Gewalttaten (\*Einzeltaktionen) und der Anfänge der antijüdischen Gesetzgebung, nahmen sich in Deutschland 300-400 Juden das Leben.

In vielen Abschiedsbriefen aus dem Jahr 1933 wird die Wahl des Freitodes als einziger Ausweg aus der schweren Identitätskrise von Menschen beschrieben, die den Verlust ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk und die Erniedrigung durch den Ausschluß aus seiner Gesellschaft und Kultur nicht überleben konnten. Ähnliche Abschiedsbriefe sind auch aus den folgenden Jahren erhalten. Die nächsten Selbstmordwellen kamen 1935 in Folge der \*Nürnberger Gesetze und im November 1938 während und nach der \*Kristallnacht. Das größte Ausmaß erreichten die Selbstmorde während der \*Massendeportationen, als vor allem alte Menschen sich für den Freitod entschieden, um dem Schicksal der Deportierten zu entgehen. In Folge der ersten \*Deportationen der Juden am 12.-13.2. 1940 aus Stettin und



Schneidemühl, am 22.-23.10. 1940 aus Baden und Saarpfalz (vgl. Zeittafel) und dann während der systematischen Massendeportationen und der \*Endlösung der Judenfrage zwischen Oktober 1941 und Mitte 1943 nahmen sich nach Schätzung von Kwiet 3.000 bis 4.000 Juden nach Erhalt des Deportationsbescheides das Leben, dies waren etwa 2 % der Betroffenen. In Berlin waren es 4%. Konrad Kwiet hat dieser äußersten Form der Verweigerung der Juden unter der NS-Herrschaft mehrere Studien gewidmet. Bibl.: Kwiet: The Ultimate Refuge–Suicide in the Jewish Community under the Nazis; Kwiet/Eschwege: Selbstbehauptung, S. 194-215; Baumann, Suizid im „Dritten Reich“.

### **Seligsohn, Julius (1890-1941)**

\*Jurist und jüdischer Verbandsfunktionär; Oberleutnant im Ersten Weltkrieg; bis 1933 \*Rechtsanwalt in Berlin; Mitglied des \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten; ab 1924 Vertreter der \*liberalen Fraktion im Vorstand der Jüdischen \*Gemeinde Berlin und ab 1933 Präsidiumsmitglied des \*Hilfsverein der Juden in Deutschland. Ab 1933 Mitglied im Präsidium und später im \*Präsidialausschuß der Reichsvertretung, seit der Errichtung der Reichsvereinigung 1939 ihr Vorstandsmitglied. Im November 1940 wurde er für die öffentliche Protestaktion der Reichsvereinigung infolge der \*Massendeportationen von Juden aus Baden und der Pfalz verantwortlich gemacht und verhaftet. Das genaue Datum seines Todes im \*Konzentrationslager Oranienburg im Jahr 1941 ist nicht bekannt. Bibl.: Kulka, Reichsvereinigung, S. 359 f.

### **Sicherheitsdienst der SS**

\*SD

### **Siddur**

Das jüdische Gebetbuch mit den Gebeten für Werktage und \*Sabbat; zu unterscheiden vom Machsor, dem Gebetbuch für die Festtage.

### **Simchat Tora**

Hebr., Gesetzesfreude; fröhlicher Festtag zum Abschluß und Neubeginn des Jahreszyklus, in dem die fünf Bücher Mose in den \*Synagogen gelesen werden. Simchat Tora wird im Anschluß an das Laubhüttenfest (\*Sukkot) mit Umzügen, bei denen Torarollen mitgeführt werden (\*Tora), in den Synagogen gefeiert.

### **Simon, Ernst Akiba (1899-1988)**

Pädagoge; seit 1918 aktiver Zionist; 1923-1928 am Freien Jüdischen \*Lehrhaus in Frankfurt/M. tätig; 1928 Auswanderung nach \*Palästina. 1933 auf \*Bubers Einladung Rückkehr nach Deutschland; Mitbegründer und leitendes Mitglied der \*Mittelstelle für Jüdische Erwachsenenbildung; 1935 Rückkehr nach Palästina. Ab 1938 Professor für Pädagogik an der Hebräischen Universität Jerusalem. Bibl.: Simon, Aufbau im Untergang.

### **Singer, Kurt (1885-1944)**

Nervenarzt, Musikkritiker und Dirigent; 1923 Dozent an der Hochschule für Musik in Berlin; 1927-1931 Intendant an der Städtischen Oper Berlin. Seit 1933 Mitgründer und Leiter des \*Kulturbundes der deutschen Juden und 1935-1938 musikalischer Direktor des \*Reichsverbandes jüdischer Kulturbünde. 1938 reiste er in die USA und wanderte von dort nach Holland aus. Er wurde 1940 interniert und später nach \*Theresienstadt deportiert, wo er 1944 starb.

### **Sobibor, Vernichtungslager**

\*Endlösung

### **Sportvereine, jüdische**

Ähnlich der Gründung des \*Kulturbundes in Folge des Ausschlusses jüdischer Künstler und Dichter aus dem deutschen Kulturleben nach der Machtergreifung und vergleichbar dem starken Ausbau des jüdischen \*Schulwesens als Reaktion auf die Diskriminierung jüdischer Schüler an deutschen Schulen, führte der Ausschluß jüdischer Sportler aus den deutschen Sport- und Turnvereinen am 25. April 1933 (vgl. Zeittafel) zu einer massiven Erweiterung und Neuorganisation der jüdischen Sportvereine. Der deutsche \*Makkabikreis, der ab 1898 alle zionistisch orientierten Turn- und Sportvereine zusammenfaßte, intensivierte seine Arbeit nach der Machtergreifung in hohem Maße. Darüber hinaus organisierte sich 1933 der seit 1925 bestehende, \*deutsch-jüdisch orientierte Sportbund des \*Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF), der \*Schild, neu. Diese beiden Vereine waren, ähnlich den \*Jugendorganisationen, für die jüdische Gesellschaft von großer Bedeutung; die \*Presse berichtete ausführlich über sie. Die Politik des Regimes gegenüber den Sportvereinen war zunächst unklar und voller Widersprüche, doch im Sommer 1934 (vgl. Zeittafel 18.7. und 15.9.1934) wurden sie gemeinsam im Rahmen des \*Reichsausschusses jüdischer Sportverbände zusammengefaßt und offiziell anerkannt; nun mußten sich alle lokalen Vereine einem der beiden großen Vereine anschließen. Der Makkabikreis zählte 1935 in Deutschland 22.000 Mitglieder, die in 133 Vereinen organisiert waren; der Schild hatte 20.000, in 125 Vereinen eingeschriebene Mitglieder. Nach der \*Kristallnacht wurden die jüdischen Sportvereine aufgelöst. Bibl.: Bernett, Der jüdische Sport; ders., Jüdische Turn- und Sportbewegung.

\*Vereinsleben, jüdisches

### **SS**

(Schutzstaffel) wurde 1925 zunächst zum persönlichen Schutz des Führers der NSDAP, Hitler, gegründet und später zur Elitegarde des NS-Regimes. Unter \*Himmlers Führung baute die SS ihre Machtstellung ständig aus, so daß sie schließlich zur stärksten Macht im Dritten Reich wurde. Zum zentralen Faktor in der Gestaltung und Umsetzung der Judenpolitik und der \*Endlösung wurde seit 1939 der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, der \*SD.

Ähnlich der \*SA, wenn auch in geringerem Umfang, beteiligten sich SS-Angehörige an zahlreichen \*Einzelaktionen. Die SS war auch für die Verwaltung und Überwachung der \*Konzentrations- und Vernichtungslager sowie für Massenerschießungen der Juden in Osteuropa durch ihre \*Einsatzgruppen verantwortlich. Bibl.: Buchheim, Die SS; Höhne, Orden unter dem Totenkopf.

### **Staatsjudentum**

Der in dieser Form in den Lageberichten erscheinende Begriff umfaßt jüdische Organisationen assimilatorischer Prägung (\*Assimilation), die vor der Machtergreifung, und in gewissem Maße auch nach 1933, ihre Identität als Deutsche und ihre Verbundenheit mit dem deutschen Staat betonten. Das bedeutete nicht, daß sie ihre im religiösen Sinne verstandene Identität leugneten. Vgl. <575>.

### **Staatsjugendtag**

Der im September 1934 eingeführte Staatsjugendtag befreite die Schüler der öffentlichen Schulen am Samstag vom Unterricht, damit die 10- bis 14-jährigen Mitglieder der \*HJ an den Veranstaltungen ihrer Bewegung teilnehmen konnten. Dies ermöglichte den jüdischen Kindern die Teilnahme am Gottesdienst und an eigens für sie von den jüdischen \*Gemeinden und Vereinen organisierten Veranstaltungen; vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 56.

## **Staatspolizei**

\*Gestapo

### **Staatszionist, Der**

Zeitung der \*Staatszionistischen Organisation; erschien vierzehntägig ab 10. Januar 1934; bald darauf nur noch monatlich, bis Dezember 1935.

\*Presse, jüdische

### **Staatszionistische Organisation**

Wurde im Mai 1933 als Abspaltung von der \*Jüdischen Volkspartei in Deutschland gegründet. Ihr voller Name war „Staatszionistische Organisation (Vereinigte Revisionisten Deutschland)“. Sie war ein deutsches Spezifikum und umfaßte die seit 1925 existierende Gruppe der \*Zionisten-Revisionisten sowie die Judenstaatspartei. Die Zionisten-Revisionisten Deutschlands entschlossen sich nach der Macht-ergreifung zur Gründung dieser Organisation, weil ihre Bewegung, im Gegensatz zu der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland, den \*Boycott gegen das Dritte Reich vorantrieb und das \*Ha'avara-Abkommen bekämpfte. Unter ihrem alten Namen „Revisionisten“ wäre sie Gefahr gelaufen, vom NS-Regime aufgelöst zu werden. Aus diesem Grund änderte die weltweite revisionistische Jugendorganisation \*Betar in Deutschland ihren Namen in „Nationale Jugend Herzlia“ um.

Im Jahr 1937 wurde sie kurzfristig wegen ihrer radikalen Propagierung der \*Auswanderung nach Palästina (unter \*Jabotinskys Parole: „Evakuierung der Juden Europas“) von der \*Gestapo unterstützt bei dem Versuch, im Kampf um die Vorherrschaft innerhalb der \*Reichsvertretung ihren Kandidaten Georg \*Kareski an die Macht zu bringen (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 103 A und K; sowie Einleitung, S. 321 f.).

Die Staatszionistische Organisation wurde am 31. August 1938 unter der Beschuldigung, mit der regimefeindlichen \*Neuen Zionistischen Organisation in Verbindung gewesen zu sein, von der \*Gestapo aufgelöst. Ihr Organ war zunächst das von Georg Kareski gegründete Blatt Der \*Staatszionist und später Das Jüdische Volk.

### **Staatszionistische Vereinigung**

\*Staatszionistische Organisation

### **Stahl, Heinrich (1886-1942)**

Jüdischer Gemeindefunktionär und Versicherungskaufmann; ab 1931 Vorstandsmitglied, 1933-1940 Vorstandsvorsitzender bzw. Präsident der jüdischen \*Gemeinde Berlin; ab 1933 Vertreter der \*Liberalen im Präsidium und später im Präsidialausschuß der \*Reichsvertretung; von Ende 1939 bis Mitte 1940 wirkte er neben Leo \*Baeck als stellvertretender Vorsitzender der \*Reichsvereinigung. Im Jahr 1942 wurde er nach \*Theresienstadt deportiert, wo er im November 1942 starb. Bibl.: Meyer/Simon, Juden in Berlin; Simon, Heinrich Stahl.

### **Stapo**

\*Gestapo

### **Stein, Hugo (1888-1951)**

\*Rechtsanwalt; Vorsitzender der jüdischen \*Gemeinde Karlsruhe; 1931-1938 Vorsitzender des \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Landesverband Baden; Mitglied des Oberrates der Israeliten in Baden (\*Landesverbände jüdischer Gemeinden); Mitglied im \*Beirat der Reichsvertretung; im Jahr 1940/41 wanderte er nach Kuba aus.

**Stein, Nathan (1881-1966)**

\*Jurist; 1899-1902 Studium in Heidelberg, Berlin und Gießen; 1906-1933 \*Rechtsanwalt in Karlsruhe; 1920-1925 Dozent, 1925-1933 Professor für Nationalökonomie an der technischen Hochschule in Karlsruhe und Mitglied des Finanzgerichts; 1917 Mitbegründer der \*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden; 1922-1937 Präsident des Oberrates der Israeliten Badens (\*Landesverbände); vertrat den Oberrat bei der Gründung des Präsidiums der alten \*Reichsvertretung im Februar 1932, dann im Beirat und im Rat der Reichsvertretung; er emigrierte 1937 in die Schweiz, 1939 in die USA.

**Stern, Gerson (1874-1956)**

Freier Schriftsteller in Kiedrich/Rheingau; 1939 Auswanderung nach \*Palästina.

**Stern, Harry, Dr. (1894)**

Vorstandsmitglied der Jüdischen \*Gemeinde Erfurt; im Vorstand von \*Bne Brith, wanderte nach England aus.

**Stern, Heinrich (1883-1951)**

\*Jurist; \*Rechtsanwalt in Berlin; ab 1917 Vorsitzender der \*Vereinigung für das religiös-liberale Judentum und Vorstandsmitglied im \*Centralverein; seit 1924 oder 1930 Vorstandsmitglied der Berliner Jüdischen \*Gemeinde. Ferner gehörte er dem Vorstand des \*Landesverbandes jüdischer Gemeinden Preußen an und war 1938 Mitglied für die \*Liberalen im \*Rat der Reichsvertretung der deutschen Juden.

**Streicher, Julius (1885-1946)**

NS-Politiker und Verleger, Herausgeber und Besitzer der berüchtigten antisemitischen Zeitschrift \*Der Stürmer. 1919 Mitbegründer der antisemitisch-völkischen Deutschsozialen Partei, mit der er 1921 zur NSDAP übertrat; Teilnahme am Hitlerputsch 1923. Ab 1928 Gauleiter in Franken („Frankenführer“); ab 12. Januar 1933 Mitglied des Reichstags. Infolge seiner brutalen, oft ins Obszöne gehenden öffentlichen antisemitischen Hetze wurde er im In- und Ausland zum Inbegriff des NS-Radau-Antisemitismus. Laut den NS-Berichten heizten seine reichsweiten hetzerischen Auftritte die antisemitische Stimmung an und führten oft zu \*Einzelaktionen. Noch vor der \*Kristallnacht wurde auf seine Initiative die große Synagoge in Nürnberg (vgl. Zeittafel, 10.8.1938) abgerissen. Streicher hatte innerhalb der Parteiführung viele Gegner, wurde jedoch von Hitler in Schutz genommen. Im Gegensatz zu seinem allgemein verbreiteten Image spielte er in der Planung und Durchführung der NS-Judenpolitik, insbesondere in ihren entscheidenden Phasen nach 1939, keine entscheidende Rolle. Er wurde von dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg am 1. Oktober 1946 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt und beharrte, anders als viele seiner Mitangeklagten, bis zum Schluß öffentlich auf seinem fanatischen Antisemitismus.

**Stürmer, Der**

Vulgär-antisemitische Zeitschrift der nationalsozialistischen Kampfpresse mit dem Untertitel „Deutsches Wochenblatt zum Kampf um die Wahrheit“. Sie wurde 1923 von Julius \*Streicher in Nürnberg zur politischen Mobilisierung der Massen für den Nationalsozialismus ins Leben gerufen. Das ausschließliche Thema der Zeitung war die Hetze gegen Juden. Der seit 1924 für den Stürmer arbeitende Karikaturist Philipp „Fips“ Rupperecht schuf den berüchtigten Typus des „Stürmer-Juden“. Seit 1927 fand sich auf jeder Seite als Fußleiste das Treitschke-Zitat „Die Juden sind unser Unglück“, das sich ebenso auf den „Stürmer-Kästen“ befand, in denen das Blatt ab 1933 in allen deutschen Städten und Dörfern aushing. Eines seiner

Lieblingsthemen war die Anprangerung der \*Rassenschande. Berüchtigt waren auch die Aufsätze und Karikaturen des Stürmer zum sogenannten \*Ritualmord. Die Sondernummer vom 1. Mai 1934 war ausschließlich diesem Thema gewidmet. Die Zeitschrift und insbesondere die öffentliche Aushängung in den Stürmer-Kästen wurde wegen ihrer Obszönität von verschiedenen Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Vor allem religiöse Kreise und \*Kirchen protestierten gegen Karikaturen, in denen die antisemitische Propaganda mit der Verunglimpfung der Kirchenvertreter einherging.

### **Stürmerkasten**

Der \*Stürmer

### **Sukkot**

Laubhüttenfest; Erntefest zwei Wochen nach dem jüdischen Neujahr (\*Rosch ha-Schana), zum Gedenken an den Schutz, den Gott seinem Volk beim Auszug aus Ägypten gewährte; man wohnt acht Tage lang nicht im Haus, sondern in einer Laubhütte; das Laubhüttenfest endet mit dem Fest der Torafreude (\*Simchat Tora).

\*Hohe Feiertage

### **Swarsensky, Bernhard (Hardi) (1908-1968)**

Deutsch-jüdischer Jugendführer und \*Rechtsanwalt; Mitglied im \*Blau-Weiß, Kadimah und im \*Jüdischen Pfadfinderbund. Seit 1938 war er Präsident des \*Makkabi Haza'ir, Vorstandsmitglied des Deutschen \*Makkabikreises und Leiter des \*Makkabi-Weltverbandes. 1939 wanderte er nach Argentinien aus.

### **Swarsensky, Manfred Erich (1906-1981)**

\*Rabbiner; 1932-1939 \*liberaler Rabbiner in Berlin; 1936-1938 Vorstandsmitglied des \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. 1937 war er Delegierter bei der Konferenz der „World Union for Progressive Judaism“. Er wanderte 1939 in die USA aus.

### **Synagoge**

Jüdisches Lehr- und Gebetshaus; hier konzentriert sich das gesamte Gemeindeleben (\*Synagogengemeinde). Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung waren die Synagogen meist nicht nur Gebetshäuser, sondern Zentren des öffentlichen jüdischen Lebens (\*Vereinsleben, jüdisches), insbesondere auf dem Gebiet der Kultur und der jüdischen \*Erwachsenenbildung. Während der \*Kristallnacht wurden fast alle Synagogen in Deutschland und den angeschlossenen Gebieten Österreich und Sudetenland in Brand gesteckt oder auf andere Weise zerstört, geschändet oder verwüstet.

\*Schändung religiöser Symbole

### **Synagogengemeinde**

Neben den Bezeichnungen „jüdische“ oder „israelitische Kultusgemeinde“ die seit dem 19. Jahrhundert geltende Bezeichnung für die jüdischen Religionsgemeinden in Preußen und in einigen anderen Ländern Deutschlands (vgl. FJGV, Teil I). Während die Bedeutung der jüdischen Religionsgemeinden in der Periode der fortschreitenden sozialen Integration der Juden zusehends in den Hintergrund trat, wurden sie unter dem Nationalsozialismus zu Zentren jüdischen Lebens und gegenseitiger Hilfeleistung (\*Wohlfahrtspflege, \*Schulwesen, \*Erwachsenenbildung, \*Auswanderung). Die Gemeinden wurden intern durch gewählte Gremien geleitet (Vorstand bzw. in größeren Orten die Repräsentantenversammlung), in denen die verschiedenen religiösen und politischen Organisationen vertreten waren. Diese Pluralität blieb auch während der NS-Herrschaft erhalten, jedoch

gewannen die \*Zionisten im Vergleich zur vorhergehenden Periode an Stimmen und Einfluß. Nach Angaben aus 1935 gab es in Deutschland im dritten Jahr nach der Machtergreifung 1355 Gemeinden, die in 13 \*Landesverbände organisiert waren. Außerdem gab es einige Dutzend \*orthodoxe Gemeinden, die im \*Reichsbund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands zusammengeschlossen waren. Ihren gesetzlichen Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts, womit die einzelnen Mitglieder u.a. zur Abführung der Gemeindesteuer verpflichtet waren, behielten die jüdischen Gemeinden bis zum 28. März 1938 (vgl. Zeittafel). Danach wurden sie in private Vereine umgewandelt und in der Folge als jüdische Kultusvereinigungen bezeichnet (vgl. Zeittafel, 30. Januar 1939). Das Reichsgesetz vom 4. Juli 1939 (vgl. Zeittafel) verwandelte die Gemeinden in Zweigstellen der \*Reichsvereinigung (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 120; sowie Einleitung, S. 441 f. und Anm. 5-7). Die Reichsvereinigung bildete somit eine Art zentral verwalteter „Gesamtgemeinde“, in der jeder einzelne Jude in Deutschland direktes Mitglied war. In einem sehr beschränkten Rahmen behielten die Gemeinden, insbesondere in Kultusangelegenheiten, jedoch eine gewisse Autonomie, bis sie sich während der folgenden Jahre aufgrund von Auswanderung und \*Binnenwanderung auflösten bzw. nach der \*Deportation ihrer Mitglieder aufgelöst wurden. Nach 1939 bedienten sich die NS-Behörden der Synagogengemeinden vermehrt auch zur Bekanntmachung antijüdischer Anordnungen und manchmal sogar zur Überbringung der Deportationsbefehle. Bibl.: „Gemeinde“ in: JL II, S. 967-982; „Gemeindesteuern“, ebda., S. 1003-1007; „Gemeindesteuern“ in: PhL, S. 227; „Gemeindeverbände“, ebda., S. 228; Kober, Jewish Communities.

\*Austrittsgemeinde

\*Landesverbände jüdischer Gemeinden

## T

### Tafeln, antijüdische

\*Schilder, antijüdische

### Talmud

Neben der Bibel (der schriftlichen Lehre, \*Tora) das Hauptwerk des nachbiblischen Judentums, das als Kommentar zum Gesetzeskodex der Mischna aus jahrhundertelanger Überlieferung der mündlichen Lehre entstanden ist. Der Talmud wurde in den judenfeindlichen Strömungen innerhalb der christlichen Tradition und auch später im modernen Antisemitismus zum Inbegriff der „Menschenfeindlichkeit der jüdischen Religion“. Davon stammte der gehässige Spottbegriff „Talmud-Jude“ in der antisemitischen Literatur und Propaganda, der im Dritten Reich besonders im „\*Stürmer“ erschien. Während der \*Kristallnacht wurden viele Bände des Talmud verbrannt, geschändet und zerstört, unter ihnen auch wertvolle alte Manuskripte und Erstdrucke.

\*Schändung religiöser Symbole

### Talmud-Tora-Schule

Schule zum Gesetzesstudium; jüdisch-orthodoxe Elementarschule, manchmal auch Mittel- und Oberschule, die im Gegensatz zum Cheder, der privaten orthodoxen Elementarschule, von den \*Gemeinden unterhalten wurde (\*Orthodoxie). Wie das gesamte jüdische \*Schulwesen erweiterten und intensivierten auch die Talmud-Tora-Schulen ab 1933 ihre Tätigkeit, um die unter der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis in den deutschen Schulen leidenden jüdischen Kinder

aufzunehmen und ihre jüdische Identität zu stärken. Nach dem Erlass vom 15. November 1938 zur Entfernung aller jüdischen Schüler aus deutschen Schulen bzw. nach der Übernahme des gesamten jüdischen Erziehungswesens durch die \*Reichsvereinigung Anfang 1939 wurden auch die Talmud-Tora-Schulen in die Organisation der Reichsvereinigung eingegliedert, welche die gesamte Erziehungstätigkeit umfaßte. So bestanden einige dieser Institutionen fort, bis sie während der \*Massendeportationen durch den Erlass der \*Gestapo zur Auflösung aller jüdischen Schulen am 30. Juni 1942 geschlossen wurden. Bibl.: Walk, Jüdische Erziehung; Gillis-Carlebach, Gemeindeschule zu Altona.

#### **Talmud-Tora-Verein**

Verein, der für die Gründung und Erhaltung von \*Talmud-Tora-Schulen in den verschiedenen \*Gemeinden zuständig war.

#### **Tannenbergbund**

Dachverband der völkischen Wehr- und Jugendbünde, der von Erich \*Ludendorff und seiner Frau Mathilde gegründet wurde; er hatte das Ziel, die „übernatürlichen Mächte“ zu bekämpfen, womit vor allem Juden und die ihnen angeblich anhängigen Freimaurer, Marxisten, aber auch Jesuiten gemeint waren. Der Verband wurde nach 1931 auch Träger der antichristlichen, deutsch-germanischen Weltanschauung Mathilde Ludendorffs. Er hatte 1931 etwa 30.000 Mitglieder. Seine Tätigkeit wurde, ungeachtet seines antisemitischen, antidemokratischen und völkischen Charakters, nach 1933 offiziell untersagt. In den NS-Berichten finden sich trotz des offiziellen Verbotes häufig Berichte über die Fortsetzung der Tätigkeit des Tannenbergbundes, inklusive seiner antijüdischen „Bildungstätigkeit“.

#### **Teutsch, Hans**

Deutsch-jüdischer Funktionär und \*Rechtsanwalt; Leiter der Beratungsstelle des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau und Vorsitzender des „Dreier-Rates“, der die bayerische Landesstelle des \*Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände leitete. Er vertrat dort die \*Vereinigung für das religiös-liberale Judentum, während Dr. Georg \*Josephtal die \*Zionistische Vereinigung für Deutschland und Adolf Kohn die \*Orthodoxen vertraten.

#### **Theresienstadt**

„\*Ghetto der Privilegierten“, nordwestlich von Prag, in das in den Jahren 1941-1945 140.000 Juden aus Mittel- und Westeuropa (darunter 42.000 aus Deutschland) gebracht wurden. Von ihnen starben 33.000 im Ghetto, 88.000 wurden in die Vernichtungslager deportiert und ermordet; 19.000 (darunter 5.000 deutsche Juden) überlebten die Befreiung des Ghettos. Im Rahmen der „\*Endlösung“ hatte dieses Ghetto die Aufgabe, die Weltöffentlichkeit und das Internationale Rote Kreuz über die Lage deportierter Juden, vor allem berühmter Persönlichkeiten, deren Verschwinden weltweit Aufsehen erregte, zu täuschen. Für die Dauer von Delegationsbesuchen wurden im Ghetto „menschenswürdige“ Lebensbedingungen inszeniert, nicht zuletzt (ab Oktober 1942) durch \*Massendeportationen in das Vernichtungslager \*Auschwitz, welche die ständige Überbelegung des Ghettos vertuschen sollten. Unabhängig davon gelang es den Insassen während der ganzen Zeit, auch unter den menschenunwürdigsten Bedingungen, ein eigenes Kulturleben, Sozial-, und Erziehungswesen aufzubauen, in denen die vielfältigen Begabungen und das Engagement der Deportierten zur Geltung kamen. Bibl.: Adler, Theresienstadt; „Ghetto“, EH I, S. 535-541; „Theresienstadt“, EH III, S. 1403-1407.

**Thon, Helene Hanna (1886-1953)**

Deutsch-jüdische Sozialarbeiterin. Sie arbeitete im \*Palästinaamt in Berlin; war 1919 Vorstandsmitglied der Women's International Zionist Organisation (WIZO) Deutschland und wanderte 1921 nach \*Palästina aus.

**Thora**

\*Tora

**Tietz, Kaufhaus**

1882 gründeten Hermann Tietz und sein Neffe Oscar Tietz ein Weißwarengeschäft in Gera/Thüringen und 1889 ein Warenhaus in München, sodann Filialen in Süddeutschland und Hamburg, 1906 in Berlin. Im Dritten Reich wurde der Konzern, wie viele andere jüdische Betriebe dieser Art, zum Ziel von Boykottaktionen und schließlich arisiert.

\*Arisierung

\*Boykott, antijüdischer

**Tietz, Ludwig (1897-1933)**

\*Arzt, jüdischer Verbandsfunktionär; Gründer und Vorsitzender des \*Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände, stellvertretender Vorsitzender des \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; Mitglied des Initiativkomitees der \*Jewish Agency in Deutschland und Mitbegründer des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau. 1933 nahm er sich das Leben.

\*Selbstmorde der Juden

**Tora(h)**

Hebr., Lehre, meint im engen Sinne die fünf Bücher Mose, im weiteren Sinne die hebräische Bibel, und im weitesten Sinne die gesamte schriftliche und mündliche Lehre des Judentums. Für den Gottesdienst werden auf Pergament geschriebene Torarollen verwendet; sie sind mit geschmückten Torahüllen, Kronen, Schildern und Torazeigern behängt und werden im Toraschrein der \*Synagoge aufbewahrt; während bestimmter Gottesdienste wird aus ihnen vorgelesen.

Wie die Synagogen und ihre Einrichtungen waren im Zuge von \*Einzelaktionen auch Torarollen oft das Ziel antisemitischer Zerstörungswut. Während der \*Kristallnacht pogrome wurden hunderte von den in den Synagogen aufbewahrten Torarollen, darunter viele prächtige und seltene Exemplare alter \*Gemeinden in Deutschland, geschändet, zerstört und verbrannt. Trotzdem gelang es den Juden in verschiedenen Gemeinden, vor der Kristallnacht, während des Krieges und sogar im Zuge der \*Deportationen, beschädigte und auch vollständig erhaltene Torarollen zu retten, indem man sie entsprechend dem jüdischen Brauch in schützenden Gefäßen auf jüdischen Friedhöfen vergrub.

\*Schändung religiöser Symbole

**Transfer von Vermögen**

\*Ha'avara

**Transparente, antijüdische**

\*Schilder, antijüdische

**Treblinka, Vernichtungslager**

\*Endlösung

**Trennungsorthodoxie**

\*Austrittsgemeinde



### **Trumpeldor, Josef (1880-1920)**

Trumpeldor wurde in Rußland geboren; er war Mitbegründer der jüdischen Selbstwehr in Rußland und \*Palästina. 1912 emigrierte er nach Palästina und arbeitete als landwirtschaftlicher Pionier. Im Ersten Weltkrieg gründete er zusammen mit \*Jabotinsky die Jüdische Legion im Rahmen der britischen Armee. Nach der Oktoberrevolution 1917 in Rußland rief er den \*Hechaluz ins Leben und bemühte sich um die Gründung einer jüdischen Legion. 1919 kehrte er als Landarbeiter und Pionier nach Palästina zurück. Er fiel 1920 bei der Verteidigung der jüdischen Siedlung Tel-Chai gegen den ersten Versuch der Araber, eine jüdische Siedlung zu vernichten. Nach seinem Tod wurde Trumpeldor zu einer fast legendären Gestalt und zu einem Vorbild besonders für die Jugendbewegung zionistisch-sozialistischer sowie allgemein-zionistischer und radikal-nationaler Prägung.

\*Betar

### **Tshertok, David (1904)**

Jüdischer Verbandsfunktionär; war von 1933-1936 Generalsekretär der \*Zionistische Vereinigung für Deutschland; er gründete und leitete die „Jüdische Lehrstätte Chaim N. Bialik“. 1936 wanderte er nach \*Palästina aus und war dort für den \*Keren Kajemeth Lejisrael tätig.

## **U**

### **Überwachung jüdischer Organisationen und Versammlungen**

Die Erfassung jüdischer Organisationen und die Überwachung ihrer Versammlungen gehörten zu den Routineaufgaben der \*Gestapo und des \*SD. Sie bildeten eine wichtige Grundlage für die Erstellung von Lage- und Stimmungsberichten. Zur besonders scharfen Anmeldepflicht jüdischer Versammlungen vgl. \*Heydrichs Anweisung vom 26.6.1934 (vgl. Zeittafel). Aus diesem Rundschreiben wird deutlich, daß die jüdischen Organisationen versuchten, sich der Überwachung zu entziehen. Die Überwachung wurde in der Folgezeit verschärft, u.a. durch die Anweisung, die Texte der Vorträge vorher schriftlich vorzulegen (vgl. Zeittafel, 11.7.1933, 9.7.1934 und Februar 1935 und ◀102▶). Am 10.2.1935 erließ das \*Gestapa eine Verordnung, durch welche die Versammlungstätigkeit jener Vereinigungen verboten wurde, die für das Verbleiben in Deutschland warben. Die Überwacher beklagten sich, bestimmte \*hebräische oder \*jiddische Ausdrücke nicht zu verstehen, vgl. ◀26▶, und „daß die Überwachung ... dadurch erschwert ist, daß unter der Judenschaft selbst Vertrauensleute nicht gewonnen werden können“ (vgl. ◀90▶). Zur Unfähigkeit der Behörden, die große Zahl jüdischer Versammlungen zu überwachen und zu den verschiedenen Wegen jüdischerseits, die Überwachung zu umgehen, vgl. ◀139▶, Anm. 10. Bibl.: Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 43; Mommsen, Der national-sozialistische Polizeistaat.

\*Vereinsleben, jüdisches

### **Umschichtung**

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden die Erwerbsmöglichkeiten der Juden zunehmend eingeschränkt. Schon im April 1933 wurden sie durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das die anti-jüdische Rassengesetzgebung (\*Ariergesetzgebung) einleitete, aus dem staatlichen und öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Ähnliches geschah auf kulturellem Gebiet. Auch die jüdischen Handels- und Gewerbebetriebe litten unter beträchtlichen

Benachteiligungen und den \*Boycottmaßnahmen. Besonders betroffen war die jüdische Jugend, der viele Berufe verschlossen waren. So entwickelten mehrere jüdische Organisationen eine intensive Tätigkeit zur Berufsumschichtung, um die Erwerbsmöglichkeiten der Juden in Deutschland und in den Auswanderungsländern zu verbessern bzw. die Aufnahme in bestimmte Länder zu ermöglichen. Unter dem steigenden politischen und wirtschaftlichen Druck nahm die Umschichtungstätigkeit in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zu und wurde auch nach Ausbruch des Krieges weitergeführt.

Versuche zur wirtschaftlichen Umbildung der jüdischen Bevölkerung im Sinne ihrer „Produktivierung“ gab es schon seit der Aufklärung, besonders aber seit der Gründung der zionistischen Bewegung (\*Hachschara). Seit der Zeit der Weimarer Republik unternahm auch der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) eine ähnliche Initiative auf landwirtschaftlichem Gebiet. Da die Bemühungen des RjF zunächst jedoch auf den Verbleib in Deutschland ausgerichtet waren, wurden sie vom NS-Regime mit großem Mißtrauen betrachtet. Mitte der dreißiger Jahre änderte der RjF jedoch seine Politik und erkannte die Wichtigkeit der Umschichtung für die \*Auswanderung an.

Auch nach der Auflösung der meisten jüdischen Organisationen in Folge der \*Kristallnacht und noch während der ersten Kriegsjahre duldete das NS-Regime Aktivitäten zur beruflichen Umschichtung und in diesem Rahmen auch Sprachkurse in \*Hebräisch und Englisch, die zur Vorbereitung der Auswanderung dienen sollten. Bibl.: Stahl, Vocational Retraining; Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe; Barkai, Boykott, Kap. II, S. 8; Benz, Juden, S. 379-391; Dunker, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, S. 88-90.

### **Umschulung**

\*Hachschara

\*Umschichtung

### **Unabhängiger Orden Bnei Brith (U.O.B.B.)**

\*Bne Brith (U.O.B.B.)

### **Unna, Isak (1872-1948)**

\*Rabbiner; Student am \*Rabbinerseminar Berlin und bei Markus Horowitz, Frankfurt; 1897-1935 Rabbiner der Klaus \*Synagoge Mannheim; 1923 Gründer der \*Achduth; 1924-1935 Mitglied des Oberrats der Israeliten Badens (\*Landesverbände der jüdischen Gemeinden); Mitbegründer und Leiter einer Organisation zur Verteidigung des \*Schächtens; Vorstand der \*Vereinigung traditionell gesetzestreuer Rabbiner Deutschlands; 1934 Mitglied des Beirats der \*Reichsvertretung; 1935 Auswanderung nach \*Palästina, dort ebenfalls als Rabbiner tätig.

## **V**

### **Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit**

\*Jüdischer Frauenbund für Palästinaarbeit

### **Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands**

Der Verband wurde im Jahre 1909 gegründet und gehörte keiner der bestehenden jüdisch-politischen Richtungen an, obwohl die Zugehörigkeit zu ihm ein politisches Bekenntnis nicht ausschloß. Mit 12.000 Mitgliedern zählte er vor der NS-Macht ergreifung zu den zahlenmäßig stärksten jüdischen Jugendverbänden Deutschlands. Selbsterklärter Zweck (FJGV 1932/33, S. 537): „Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands erzieht die in ihm vereinigte Jugend auf der Grund-

lage umfassender Neutralität zu bewußtem Judentum in gesamtjüdischem Denken und Wollen und im Geiste staatsbürgerlicher Gesinnung.“ Sein Präsident war seit 1922 Julius \*Herzfeld. Wie die meisten jüdischen \*Jugendorganisationen setzte er seine Tätigkeit auch während des Dritten Reiches fort und wurde nach der \*Kristallnacht aufgelöst.

#### **Verband nationaldeutscher Juden**

Der Verband wurde 1921 von Max \*Naumann gegründet als Zusammenschluß all jener deutschen Juden, „die bei offener Bekennung ihrer Abstammung sich mit deutschem Wesen und deutscher Kultur so unauflöslich verwachsen fühlen, daß sie nicht anders als deutsch empfinden und denken können.“ (FJGV 1932/33, S. 561). In seiner deutschnationalen Einstellung war er nicht nur ein Gegner des \*Zionismus, sondern auch des Zusammenschlusses des deutschen Judentums im Dritten Reich zur \*Reichsvertretung, deren Gesamtvertretungsanspruch er rigoros ablehnte. Er gab die Monatsschrift „Der Nationaldeutsche Jude“ heraus. Seine Assimilationsbestrebungen (\*Assimilanten) auch nach der Machtergreifung standen im Gegensatz zur NS-Ideologie und zur Politik der Ausgrenzung der Juden. Der Verband wurde daher vom \*Gestapa im Dezember 1935 aufgelöst und Naumann verhaftet. Bibl.: Rheins, German Jewish Patriotism; ders., Verband nationaldeutscher Juden.

\*Schwarzes Fähnlein

#### **Verband orthodoxer Rabbiner Deutschlands**

Organisation der \*Rabbiner in den \*Austrittsgemeinden; 1906 von Salomon Breuer in Frankfurt/M. gegründet; im November 1938 aufgelöst.

#### **Verein jüdischer Händler und ambulanter Gewerbetreibender**

Dieser Verein und seine Ortsgruppen, dessen Mitglieder meist \*Ostjuden waren, wurde Ende 1934/Januar 1935 durch ministerielle Anordnung aufgelöst.

#### **Verein polnischer Staatsbürger jüdischen Glaubens**

\*Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland

#### **Verein zur Abwehr des Antisemitismus**

1890 von einer nichtjüdischen, geistigen Elite im Kaiserreich geschaffen; kurz bevor das „Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe“ im Jahre 1892 durch jüdische Notable ins Leben gerufen wurde, das seinerseits der unmittelbare Vorgänger des 1893 gegründeten \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) war. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus verlor in der Weimarer Republik stark an Bedeutung. Zwar blieb seine Führungsschicht nichtjüdisch, die meisten seiner Mitglieder kamen jedoch aus dem jüdischen Bürgertum. Die zentrale Leitung löste sich kurz vor der Machtergreifung auf; einige Vereine bestanden jedoch weiter und wurden Mitte 1933 durch das Regime geschlossen. Bibl.: Suchy, Verein zur Abwehr des Antisemitismus; Paucker, Jüdischer Abwehrkampf.

#### **Vereinigung für das religiös-liberale Judentum**

Gegründet 1908; selbsterklärter Zweck 1933: „Förderung des \*Liberalen Judentums durch Unterstützung kultureller, wissenschaftlicher und gemeindepolitischer Bestrebungen im Sinne des Liberalen Judentums unter Ausschaltung aller nationaljüdischen Tendenzen. Zusammenschluß aller Juden, die den Entwicklungsgedanken auch auf religiösem Gebiet anerkennen“ (FJGV, S. 561), d.h. eine weitergehende Anpassung des Religionsgesetzes (\*Halacha) an die zeitbedingt veränderten Lebensbedingungen propagieren. In der Weimarer Republik und im Dritten Reich bildete die Vereinigung den organisatorischen Rahmen für die Vertretung der allgemeinen jüdisch-liberalen Interessen in den \*Gemeinden und in übergemeind-

lichen Organisationen. Auf religiösem Gebiet vertrat sie die verschiedenen Strömungen des \*Reformjudentums. Einige ihrer wichtigsten Vorstandsmitglieder wie \*Rabbiner Leo \*Baeck und Julius \*Seligsohn waren gleichzeitig auch im Vorstand des \*Centralvereins, seit 1933 führend in der \*Reichsvertretung und später in ihrer Nachfolgeorganisation, der \*Reichsvereinigung, tätig. Sie gab die „Jüdisch-liberale Zeitung“ heraus (\*Presse, jüdische). Die Vereinigung für das liberale Judentum wurde im November 1938 aufgelöst und in die Reichsvereinigung eingegliedert. Bibl.: Meyer, M., Judaism and Modernity.

### **Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands**

1898 in Berlin gegründet. Da im \*Allgemeinen Rabbinerverband die Erörterung umstrittener religiöser Fragen im Interesse der Einheit grundsätzlich ausgeschlossen war, bot die Vereinigung den liberalen \*Rabbinern das Forum zur Behandlung religiöser Fragen aus liberaler Sicht. Im Jahr 1930 hatte sie 94 Mitglieder. Sie arbeitete im Rahmen des Allgemeinen Rabbinerverbandes in der \*Reichsvertretung mit und wurde nach der \*Kristallnacht 1938 aufgelöst.

\*Vereinigung für das religiös-liberale Judentum

### **Vereinigung traditionell-gesetzestreu Rabbiner Deutschlands**

1897 von \*Rabbiner Esriel Hildesheimer (1820-1899) gegründeter Verband der zur \*Gemeindeorthodoxie zählenden Rabbiner; er hatte 1930 über hundert Mitglieder, unter ihnen Rabbiner Isak \*Unna aus Mannheim, Rabbiner Jacob \*Horowitz aus Frankfurt/M. und der Oberrabbiner von Altona, Joseph \*Carlebach. Der Verein wurde wie viele andere jüdische Vereine im November 1938 aufgelöst.

\*Verband orthodoxer Rabbiner Deutschlands

### **Vereinsleben, jüdisches**

Im deutschen Judentum gab es eine Vielfalt von religiösen, wohltätigen und politischen Vereinigungen mit teilweise traditionellem, meist aber modernem Charakter, sowie zahlreiche \*Jugendorganisationen und \*Sportvereine. Im Gegensatz zur Gleichschaltung des öffentlichen und kulturellen Lebens innerhalb der „deutschen Volksgemeinschaft“ durch das NS-Regime ermöglichte die rassistische Ausgrenzungspolitik gegenüber den Juden paradoxerweise das Weiterbestehen des vielfältigen jüdischen Vereinslebens; in der NS-Zeit kamen sogar noch neue Vereine hinzu, wie die \*Reichsvertretung der deutschen Juden und der \*Kulturbund. Nach der Machtergreifung rückte das Vereinsleben ins Zentrum der jüdischen Gesellschaft. Die Organisationen intensivierten ihre Arbeit, erweiterten die \*Wohlfahrtspflege, das \*Schulwesen und die \*Erwachsenenbildung und wandten sich neuen Tätigkeitsfeldern wie \*Umschichtung und \*Auswanderung zu, um der neuen Situation und den neuen Bedürfnissen der Juden in Deutschland gerecht zu werden. Im Rahmen dieser relativen „Freiheit“ der Verbannten konnte das deutsche Judentum seine bisherige pluralistische Struktur weitgehend beibehalten und trotz Schwerpunktverschiebung die ideologischen und religiösen Kontroversen (z.B. zwischen \*Orthodoxie und \*Liberalem Judentum, zwischen \*Assimilanten und \*Zionisten) weiter austragen. Diese Aktivitäten wurden vom Regime, vor allem durch \*Gestapo und \*SD, dauernd überwacht. Die \*Überwachungsorgane beschränkten \*deutsch-jüdische Gruppen, welche die Juden zum Verbleiben in Deutschland ermutigten, und förderten alles, was die \*Auswanderung der Juden beschleunigte, besonders die Arbeit der Zionisten. Vor allem in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft kam es wiederholt zu Betätigungsverboten für jüdische Vereine und Organisationen. Diese Verbote beschränkten sich teilweise auf spezifische Vereine

(z.B. Sportvereine) und einen begrenzten regionalen Kreis. Sie wurden im allgemeinen von einer übergeordneten Instanz wieder aufgehoben. Bis November 1938 wurden nur in einzelnen Fällen jüdische Vereinigungen aufgelöst und verboten, wie 1935 der \*Verband nationaldeutscher Juden und die \*Staatszionistische Organisation im August 1938. Nach der \*Kristallnacht wurden die meisten Vereine und Organisationen aufgelöst, einige wurden Anfang 1939 in die bis Juli 1943 bestehende \*Reichsvereinigung integriert, der Kulturbund arbeitete bis September 1941 eigenständig weiter.

Die NS-Berichte geben ein detailliertes Bild des jüdischen Vereinslebens in den Jahren 1934 bis 1936 auf lokaler Ebene, landesweit vor allem in den SD-Berichten von 1937 bis Anfang 1939. In den Berichten aus den Kriegsjahren werden die jüdischen Organisationen nur noch sporadisch erwähnt. Dies nicht nur, weil sie inzwischen stark dezimiert waren, sondern v.a. wegen des unterschiedlichen Aufbaus der Berichte, die nun nicht mehr gesondert über Juden berichteten. Bibl.: FJGV 1932/33; Kulka, Deutsche Geschichtsschreibung, S. 635-640; Margaliot, Dispute over the Leadership of German Jewry; Paucker, Juden im nationalsozialistischen Deutschland; Mommsen, Der nationalsozialistische Polizeistaat; Benz, Juden; Meyer M., Jewish Political Leadership in Nazi Germany.

### **Verlage, jüdische**

Die wichtigsten, in der Weimarer Zeit tätigen jüdischen Verlage wie \*Schocken-Verlag und \*Jüdischer Verlag setzten ihre Tätigkeit bis zu ihrer Auflösung nach der \*Kristallnacht fort.

Ähnlich wie bei vielen jüdischen Organisationen wuchs nach der Machtergreifung ihre Bedeutung, und sie erweiterten ihre Tätigkeit, um auf die neuen Bedürfnisse der jüdischen Öffentlichkeit eingehen zu können. So gaben sie zum Beispiel jüdische Schulbücher heraus, die vom Erziehungsausschuß der \*Reichsvertretung (\*Schulwesen, jüdisches) konzipiert worden waren und veröffentlichten eine Reihe von Neudrucken deutschjüdischer Literatur und Übersetzungen klassischer und zeitgenössischer jüdischer Bücher aus dem \*Hebräischen und \*Jiddischen. Charakteristisch für diese Zeit war der Jüdische Almanach des Schocken-Verlags, der breiten Einfluß auf die jüdische Elite in und außerhalb Deutschlands hatte.

Bibl.: Dahm, Kulturelles Leben, in: Benz, Juden; ders., Jüdisches Buch; ders., Jüdische Verleger; Schorsch, German Judaism.

### **Vernichtungslager**

\*Konzentrations- und Vernichtungslager

### **Versöhnungstag, Versöhnungsfest**

\*Jom Kippur

### **Vertretung der Unabhängigen Jüdischen Orthodoxie Deutschlands (VUOD)**

Auch: Vertretung der unabhängigen Orthodoxie; wurde Anfang 1934 als Zusammenschluß der \*Agudas Jisroel, des \*Reichsbundes gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands und der \*Freien Vereinigung für die Interessen des Orthodoxen Judentums gegründet. Sie vertrat die Anliegen der \*Austrittsorthodoxie. Trotz der fortgesetzten Verhandlungen über die Bedingungen ihres Eintritts in die \*Reichsvertretung blieb sie dieser bis Juli 1938 fern. Gleichzeitig arbeitete sie jedoch auf bestimmten Gebieten, besonders in Fragen der \*Erziehung, mit ihr zusammen. Bibl.: Vgl. \*Orthodoxie.

### **Viehhandel, jüdischer**

Seit der Vertreibung der Juden aus fast allen größeren Städten im ausgehenden Mittelalter und der beginnenden Neuzeit (Ende 15./Anfang 16. Jahrhundert) lebte die Mehrzahl der deutschen Juden auf dem Land, und der Viehhandel war einer ihrer verbreitetsten Erwerbszweige. Auch nachdem die \*Emanzipation zur Urbanisierung der meisten Juden geführt hatte, blieben in bestimmten Gegenden, wie z.B. Bayern, Schwaben und Hessen, viele Juden in den Kleingemeinden auf dem Lande ihrem traditionellen Beruf treu. Wie auch andere Gruppen der Landjuden bewahrten sie das \*Hebräische und \*Jiddische als Teil ihrer Berufssprache (vgl. <283>, Anm. 6). Trotz der systematischen \*Boykottpropaganda und der Maßnahmen des NS-Regimes gegen die Juden blieb dieser Berufszweig nach der Machtergreifung in manchen Regionen bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre fast ausschließlich in der Hand der Juden, und die Mehrzahl der Bauern vertraute ihnen. Dem wirtschaftlichen Antisemitismus der Nationalsozialisten, der sich meist rassistischer Ideologie bediente, gelang es nicht immer, die Bauern zu bewegen, ihre traditionellen Beziehungen zu den Juden abzubrechen, auch wenn sie ihren eigenen, religiös genährten Antisemitismus pflegten. Diese Auseinandersetzung spiegelt sich in vielen Stimmungsberichten der dreißiger Jahre, manchmal bis zur Pogromwelle der \*Kristallnacht, wider. Bibl.: Kershaw, Antisemitismus; Kulka, Nürnberger Rassengesetze; Wiesemann, Juden auf dem Lande.

### **Viehjude**

In den NS-Berichten allgemein für den jüdischen Viehhändler verwendet. Darüber hinaus antisemitisches Stereotyp vom geldgierigen jüdischen Viehhändler, der den Bauern das Vieh pfändete, sobald sie die Schuldzinsen nicht zahlen konnten; als Schimpfwort immer zur Hand, wenn für geschäftlichen Mißerfolg ein Schuldiger gesucht wurde. Bibl.: Brackmann/Birkenhauer, NS-Deutsch; Wiesemann, Juden auf dem Lande.

### **Vierteljude**

\*Mischlinge

### **Volljude**

\*Mischlinge

## **W**

### **Wagner, Adolf (1890-1944)**

Mächtigster Gauleiter im Dritten Reich; ab 1933 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Bayern und 1936 auch Kultusminister. Wagner hatte Zugang zu Hitler, an den er sich bei Konflikten mit den Berliner Ministerien oft wandte. Er war ein fanatischer Antreiber der Judenverfolgung und \*Arisierung. Im Jahr 1935 beteiligte er sich aktiv an der Entfesselung der neuen antisemitischen Welle (vgl. Zeittafel, Juli-August 1935). Als diese jedoch eskalierte und die Autorität der Partei und des Staates bedrohte, bemühte er sich, die Massenkundgebungen und \*Einzelaktionen zu unterbinden und beteiligte sich maßgeblich an der Vorbereitung der \*Nürnberger Gesetze, die den „Druck von unten“ zur Radikalisierung der antijüdischen Politik aufnahmen und legitimierten und damit zur Wahrung der Staatsautorität beitrugen. Bibl.: Kulka, Nürnberger Rassengesetze, S. 615-621.

### **Waldmann, Moses (1885-1954)**

Journalist; Redaktionsmitglied in der \*Jüdischen Rundschau; aktiv in der \*Zionistischen Vereinigung für Deutschland; Auswanderung nach Frankreich.

**Wallenberg, Heinrich Hans (1907-1977)**

Deutsch-jüdischer Journalist; Redakteur im Ullstein-Verlag und Redakteur verschiedener Zeitungen, der „Vossischen Zeitung“, der „Berliner Morgenpost“ und des \*Schild (1932-1935). Von 1935 bis 1937 Druckereiangestellter in Berlin, 1938 wanderte er in die USA aus.

**Walter, Gotthilf (unbekannt-1962)**

\*Rabbiner; 1891-1919 liberaler Rabbiner in Bromberg, 1919-1936 hessischer Landesrabbiner in Kassel; 1936 pensioniert und nach Berlin gezogen, nach \*Palästina ausgewandert.

**Warburg, Felix M. (1871-1937)**

Bankier und Philanthrop; in Hamburg geboren, wanderte 1894 in die USA aus. Er war Mitbesitzer der Bank Kuhn, Loeb & Co., Mitbegründer des \*Joint Distribution Committee (1914) und dessen Vorsitzender bis 1932. Warburg war ein wichtiges Mitglied des \*American Jewish Committee und beteiligte sich aktiv an dessen Politik gegenüber dem NS-Regime. Er förderte die jüdische Siedlung in \*Palästina, aber auch die jüdischen Ansiedlungsbestrebungen in \*Biro-Bidschan.

**Warburg, Max (1869-1949)**

Bankier und jüdischer Verbandsfunktionär in Deutschland; Teilhaber des Bankhauses Warburg; 1919 Delegierter bei der Versailler Friedenskonferenz; 1919-1933 Mitglied in verschiedenen Gremien der Reichsbank; 1933 Mitbegründer des \*Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau und Vorsitzender des Haushaltsausschusses der \*Reichsvertretung. 1938, nach der \*Arisierung des Bankhauses, Auswanderung in die USA.

**Warenhäuser**

Die verhältnismäßig vielen von Juden in Deutschland gegründeten, erfolgreichen Warenhäuser (u.a. Tietz, Wertheim, Schocken) waren bereits vor der Machtergreifung Objekt antisemitischer Hetze. Nach 1933 wurden Propaganda und Aktivitäten gegen sie intensiviert. So wurden die Warenhäuser zur Zielscheibe der \*Boykottbewegung und der \*Arisierung. Einzelhändler und „revolutionäre“ nationalsozialistische Kreise beklagten dagegen auch die Fortsetzung der Tätigkeit der Warenhäuser unter „arischer“ Leitung. Bibl.: Uhlig, Warenhäuser; Genschel, S. 44 ff.; Barkai, Boykott, S. 45 f.

**Wassermann, Sigmund (1889-1959)**

Bankier; ab 1919 Teilhaber des Bankhauses A.E. Wassermann in Bamberg; aktives Mitglied im \*Hilfsverein der deutschen Juden und Kuratoriumsmitglied an der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums; 1929 Mitbegründer der \*Jewish Agency, 1933 der \*Paltreu; Mitarbeiter im \*Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau; 1938 wanderte Wassermann nach Holland aus und 1941 über Portugal in die USA.

**Weil, Alfred (1873-1942)**

1941-1942 Vorsitzender der jüdischen \*Gemeinde Frankfurt/Main; 1942 nach \*Theresienstadt deportiert.

**Weiler, Otto (unbekannt-1965)**

Beamter, Kaufmann und \*Jurist; Stadtrat in Ludwigshafen und dort bis 1933 Beamter; Syndikus des Verbandes bayerischer israelitischer \*Gemeinden (\*Landesverbände jüdischer Gemeinden) und Mitglied des Rates der \*Reichsvertretung; Auswanderung in die USA.

**Weinberg, Arthur (1860-1943) und Carl (1861-1943) von**

Brüder; Teilhaber der väterlichen Leopold Cassella-Farbenwerke, Frankfurt. Die Brüder Weinberg waren Pioniere der chemischen Industrie in Deutschland und wurden 1908 geadelt. Die Fusion mit anderen deutschen Farbstoff-Fabriken Ende 1925 führte zur IG Farben AG, die bis Ende 1932 wegen des hohen Prozentsatzes jüdischer Teilhaber Ziel heftiger Angriffe seitens der NSDAP war. Arthur von Weinberg wurde 1942 nach \*Theresienstadt deportiert, wo er ein Jahr darauf starb; sein Bruder Carl wanderte 1938 nach Italien aus.

**Weißer Jude**

\*Judenfreund

**Weissmann, Fred S. (1889-1968)**

\*Jurist und Kommunalpolitiker; geboren in Offenburg; Oberregierungsrat in Baden; Innen- und Erziehungsministerium in Karlsruhe; 1933 Berufsverbot; 1935-1939 Vorsitzender des Oberrates der Israeliten in Baden (\*Landesverbände jüdischer Gemeinden); Vorsitzender der Israelitischen \*Gemeinde Karlsruhe, Vorstandsmitglied im \*CV, Mitglied des Ausschusses für Rabbinerfragen in der \*Reichsvertretung; Mitglied und Präsident der \*Bne Brith-Loge Karlsruhe. Im November 1938 wurde er ins \*Konzentrationslager Dachau gebracht. Er wanderte 1939 nach England aus und 1940 weiter in die USA.

**Weizmann, Chaim (1874-1952)**

Chemiker, jüdischer Politiker, erster Staatspräsident Israels; in Rußland geboren, studierte in Deutschland und lehrte an den Universitäten Genf und Manchester. Er war Mitarbeiter von Theodor \*Herzl und vertrat den „praktischen Zionismus“ im Gegensatz zu Herzls „politischem Zionismus“. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Verfassung und Veröffentlichung der \*Balfourdeklaration 1917. Weizmann stand an der Spitze der zionistischen Delegation zur Friedenskonferenz von Versailles, die das \*Mandat für Palästina bestätigte. 1920 nahm er an der Konferenz von San Remo teil, die das Mandat an Großbritannien übergab. 1920-1931 und 1935-1946 war er Präsident der Zionistischen Weltorganisation (\*Zionismus) und Vorsitzender der \*Jewish Agency seit deren Gründung 1929; von 1948 bis zu seinem Tod war er der erste Präsident des Staates Israel.

**Weltsch, Robert (1891-1982)**

\*Zionistischer Denker und Publizist; ab 1919 Chefredakteur der \*Jüdischen Rundschau bis zu ihrer Zwangsschließung im November 1938. Sein berühmtester Artikel dort war der demonstrative Protest infolge des antijüdischen \*Boykotts vom 1. April 1933: „Tragt ihn mit Stolz den Gelben Stern“. Wegen seiner mutigen Äußerungen wurde das Erscheinen der Jüdischen Rundschau von \*Goebbels zeitweise verboten. Weltsch war als tschechoslowakischer Staatsbürger vor Verhaftung relativ sicher und konnte sich daher freier betätigen als andere. 1938 wanderte er nach \*Palästina aus, 1946-1978 lebte er in England. Dort von 1955-1975 im Vorstand des Leo \*Baeck-Instituts; ab 1956 erster Herausgeber des Leo Baeck Institute Year Book. Seine letzten Jahre verbrachte er in Jerusalem.

**Weltverband für religiös liberales Judentum**

= World Union for Progressive Judaism; Sitz in London; in ihm war auch die \*Vereinigung für liberales Judentum vertreten.

**Werkleute, Bund Jüdischer Jugend**

Die sich aus den höheren Schichten des deutsch-jüdischen Bürgertums rekrutierende Jugendbewegung der Werkleute wurde infolge der Auflösung der



\*Kameraden am 15.5.1932 ins Leben gerufen. Er war der größte der drei aus den Kameraden entstandenen Jugendvereine. Die anderen beiden waren die Freie deutsch-jüdische Jugend (von den Behörden kurz danach aufgelöst) und das \*Schwarze Fähnlein. Im Jahr 1933 änderte der Verein seinen Namen von „Werkleute, Bund deutsch-jüdischer Jugend“ auf „Werkleute, Bund Jüdischer Jugend“. Dies markierte gleichzeitig seinen ideologischen Wandel zum \*Zionismus. Seine Mitglieder beteiligten sich im Rahmen des \*Hechaluz an \*Hachschara und an der \*Alija, gründeten zionistische \*Kibbuzim in \*Palästina und überführten ihre Leitung dorthin. 1938 lösten sie ihre Organisation in Deutschland auf. Bibl.: Maoz, Werkleute; Rheins, German Jewish Patriotism; ders., The Schwarzes Fähnlein; Schatzker, Jewish Youth Movement.

#### **Wiener, Max (1882-1950)**

\*Rabbiner, Religionsphilosoph; geboren in Oppeln/Oberschlesien; Studium an der \*Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, 1925-1939 Dozent dort; 1909-1912 Rabbiner in Düsseldorf, 1912-1926 in Stettin, 1926-1939 in Berlin; 1927-1930 Mitherausgeber des Jüdischen Lexikons; ab 1929 Delegierter der „World Union for Progressive Judaism“; 1929 Mitglied der \*Jewish Agency; ab 1933 Mitglied im Präsidialausschuß des \*Kulturbundes deutscher Juden; Wiener wanderte 1939 in die USA aus.

#### **Winterhilfe, jüdische**

Bis Herbst 1935 beteiligten sich die Juden aktiv und passiv am allgemeinen \*Winterhilfswerk (WHW). Durch die \*Nürnberger Gesetze wurden sie im Zuge der gesellschaftlichen Ausgrenzungspolitik am 15.10.1935 aus dem WHW ausgeschlossen. Infolgedessen gründete der \*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau bei der \*Reichsvertretung die selbständige jüdische Winterhilfe. Zweck und Arbeit der jüdischen Winterhilfe unterschieden sich wesentlich von den totalitären Methoden und Zielen des allgemeinen WHW. Nach der Auflösung der meisten jüdischen Vereine und Organisationen in Folge der \*Kristallnacht wurde auch die jüdische Winterhilfe 1939 in die \*Reichsvereinigung eingegliedert. Sie betätigte sich im Rahmen der einzelnen \*Gemeinden (\*Kultusvereinigungen). So wie vor 1939 veranstaltete sie erfolgreich freiwillige Sammlungen und diente vor allem der Überwindung der sich ständig verschärfenden wirtschaftlichen und seelischen Not der Juden (vgl. „Seelische Winterhilfe“ im Jahr 1941, ◀537▶). Die jüdische Winterhilfe war dabei auch ein Ausdruck der Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft. Bibl.: Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe, S. 161-165; Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe, S. 399-406.

#### **Winterhilfswerk des deutschen Volkes (WHW)**

In der durch die Weltwirtschaftskrise verschärften Not entstanden im Winter 1931-1932 Organisationen zur Unterstützung von Erwerbslosen und Bedürftigen mit Geld, Lebensmitteln, Nahrung, Kleidung und Heizmaterial. Getragen wurde das WHW gemeinsam von privaten Wohlfahrtsverbänden (Deutsches Rotes Kreuz, Paritätischer Wohlfahrtsverband, \*Deutsch-Israelitischer Gemeindebund, Arbeiterwohlfahrt usw.) und staatlichen Fürsorgestellen. Die NSDAP organisierte schon vor 1933 konkurrierende Winterhilfsmaßnahmen; am 13. September 1933 wurde mit Aufrufen von Hitler und \*Goebbels das erste nationalsozialistische Winterhilfswerk eingeführt. Das WHW unterstand faktisch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, dem mit einem Sammlungsmonopol ausgestatteten führenden Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege. Die noch nicht gleichgeschalteten Organisationen spielten darin nur eine untergeordnete Rolle. Das WHW war Kernbestandteil der

nationalsozialistischen Sozialpolitik und diente der Selbsterhaltung und Stabilisierung des Regimes. Druck und Überwachung sollten die gesamte Bevölkerung zur aktiven Beteiligung am WHW zwingen. Juden waren ab Herbst 1935 von den Leistungen des Winterhilfswerks ausgeschlossen.

\*Winterhilfe, jüdische

### **Wirtschaftshilfe, jüdische**

\*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

\*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau

### **Wischnitzer, Mark (1882-1955)**

Historiker; lehrte an verschiedenen wissenschaftlichen Instituten inner- und außerhalb Deutschlands; 1922-1927 Generalsekretär des \*Hilfsvereins der Juden in Deutschland, 1938 Auswanderung über Spanien, Portugal, die Dominikanische Republik in die USA. Dort wieder an verschiedenen wissenschaftlichen Instituten tätig, u.a. an der Yeshivah University in New York.

### **Wise, Stephen S. (1874-1949)**

Reformrabbiner und führender zionistischer Funktionär in den USA; Mitbegründer der zionistischen Organisation in Amerika; Mitarbeiter von Theodor \*Herzl und später von Chaim \*Weizmann. 1919 Mitglied des \*Comité des Délégations Juives bei der Friedenskonferenz in Versailles; Mitbegründer des \*American Jewish Committee und dessen langjähriger Präsident und Ehrenpräsident. Er arbeitete in der \*Jewish Agency und nach der Machtergreifung in der \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich. Im Rahmen des \*Jüdischen Weltkongresses kämpfte er weltweit für die Rechte der Juden, besonders gegen ihre Verfolgung durch das NS-Regime; im Zweiten Weltkrieg engagierte er sich gegen die Passivität der Roosevelt-Regierung und der Alliierten angesichts der \*Endlösung. Bibl.: „Wise“ in EH III, S. 1607 f.

### **Wochenfest**

\*Schawuot

### **Wohlfahrtspflege, jüdische**

Zur Geschichte der modernen jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland vgl. \*Hilfsverein der deutschen Juden und \*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Über diese modernen Organisationen hinaus bestanden in den jüdischen \*Gemeinden Hunderte von traditionellen lokalen Wohltätigkeitsvereinen wie etwa \*Bikkur Cholim, \*Chewra Kaddischa, \*Krankenhilfsverein Misch'enes Chaulim, von denen die meisten bis zur „\*Endlösung“ weiterarbeiteten. Nach 1933 entstanden die reichsweiten Einrichtungen \*Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, \*Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe, sowie die jüdische \*Winterhilfe. Nach der \*Kristallnacht wurden alle jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen in Deutschland aufgelöst und der im Februar 1939 entstandenen \*Reichsvereinigung eingegliedert. Letztere war von da an bis zu ihrer Auflösung im Juli 1943 die alleinige durch das Gesetz anerkannte Vertreterin der jüdischen Wohlfahrtspflege. Bibl.: FJGV, S. 435-524; Elkin, Continuity and Change in Social Work 1933-1945.

### **Wolff, Leo (Leopold) (1882-1955)**

\*Jurist und jüdischer Gemeindefunktionär in Deutschland; 1910 Amtsrichter in Bochum, 1910-1922 Amtsgerichtsrat in Berlin; Vorstandsmitglied des \*Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; 1924-1927 Vorsitzender der Jüdischen \*Gemeinde Berlin (als Vertreter der \*Liberalen); 1922 Mitgründer und bis 1938 Vorsitzender des Preußischen \*Landesverbandes Jüdischer Gemeinden; 1933-

1938 Mitglied des Präsidiums und des Präsidialausschusses der \*Reichsvertretung. Wolff wanderte 1939 nach England aus.

**Wollenberg, Hans Heinrich (1893-1952)**

Redakteur und Filmjournalist; Leiter des ersten Filmarchivs in Deutschland, 1934-1938 Redakteur des \*Schild, 1938 Auswanderung in die Tschechoslowakei, 1939 nach England.

**Woyda, Bruno (1900-1968)**

Ingenieur, Gemeindefunktionär; 1929-1939 Geschäftsführer der jüdischen \*Reformgemeinde zu Berlin; ab 1925 im Preußischen \*Landesverband jüdischer Gemeinden tätig; 1933-1938 Mitglied in verschiedenen Gremien der jüdischen \*Gemeinde in Berlin. 1939 nach Inhaftierung im \*Konzentrationslager Sachsenhausen Auswanderung nach England.

**Wurm, Theophil (1868-1953)**

Ab 1933 Landesbischof in Württemberg, führender Sprecher der \*Bekennenden Kirche und der kirchlichen Opposition im Dritten Reich. Bekannt durch sein entschlossenes Auftreten gegen das \*Euthanasie-Programm. Anders als Erzbischof von \*Galen setzte sich Wurm in den Jahren 1941 bis 1944 mit mutigen Protestschreiben an Landes-, Reichsminister und direkt an Hitler nachhaltig gegen die Massendeportationen und -vernichtung der Juden ein. Bibl.: Schäfer/Fischer, Landesbischof Wurm.

**Z**

**Zeire Misrachi**

Hebr., Misrachi-Jugend; Jugendbewegung der religiösen zionistischen \*Misrachi-Bewegung.

\*Brith Chaluzim Datiim (Bachad)

\*Brith Hanoar schel Zeire Misrachi

**Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau (ZAHA)**

Wird meist einfach als Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau bezeichnet. Der ZAHA wurde im April 1933 als zentrale Körperschaft für jüdische Sozialarbeit gegründet. An ihm waren die \*Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, der \*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die \*Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe der Juden in Deutschland, die jüdische \*Künstlerhilfe, die \*Zionistische Vereinigung für Deutschland, das \*Palästina-Amt, die jüdische \*Gemeinde Berlin, der \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der \*Jüdische Frauenbund und die \*Agudas Jisroel beteiligt. Schon 1933 wirkte der ZAHA als Koordinierungs- und Ausführungsorgan der \*Reichsvertretung; mit 1. April 1935 wurde er auch formal als Fachabteilung in diese eingegliedert und ging im Februar 1939 in die Reichsvereinigung ein. Das Presseorgan des Zentralausschusses erschien von 1933 bis 1939 jährlich: 1933-1935 unter dem Titel: „Arbeitsberichte des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau bei der Reichsvertretung“, 1936-1939 als „Arbeitsberichte der Reichsvertretung“. Bibl.: Lotan, Zentralwohlfahrtsstelle; „Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau“ in EH III, S. 1627 f.

**Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau**

\*Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau (ZAHA)

**Zentralstelle für deutsche Ansiedlung**

Eigentlich: „Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina“; Sitz in London und Jerusalem; sie unterhielt die Siedlungsgesellschaft „Rural and

Suburban Settlement Co.“ (\*Rassco). Rassco wurde 1935 für die landwirtschaftliche Ansiedlung mittelständischer Immigranten, v.a. aus Deutschland, gegründet. Ihre Siedlungen stellten in der vorwiegend kollektiv strukturierten landwirtschaftlichen Siedlungsbewegung der Juden in Palästina eine besondere Synthese von Privatinitiative und kooperativen Prinzipien dar. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von der \*Jewish Agency eine Baugesellschaft unter dem Namen Rassco gegründet, sie errichtete städtische Siedlungen für Neueinwanderer.

### **Zentralstelle für jüdische Auswanderung**

**1. Bei der \*Reichsvertretung:** Sie wurde im Dezember 1937 vom Wanderungsausschuß der Reichsvertretung geschaffen, in dem alle in der Reichsvertretung zusammengeschlossenen Wanderungsorganisationen vertreten waren, um die einheitliche und planvolle Förderung der Einzel- und Gruppenauswanderung zu leiten, wobei die verschiedenen Auswanderungsorganisationen ihre Selbständigkeit behielten.

**2. In Wien:** Am 26. August 1938 von Josef \*Bürckel gegründete und von \*Eichmann geleitete Stelle zur Durchführung der Zwangsauswanderungspolitik gegenüber den österreichischen Juden. Ihre Gründung war eine wichtige Stufe zur Sicherung der Vormachtstellung des \*SD im Kompetenzstreit der verschiedenen NS-Behörden um die Judenpolitik. Dasselbe Konzept wurde unmittelbar nach der \*Kristallnacht von Eichmann und \*Heydrich auch für Deutschland vorgeschlagen und am 24. Januar 1939 in der

**3. \*Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin** verwirklicht. Bibl.: Anderl, Zentralstellen für jüdische Auswanderung; Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 108, Nr. 120, Anm. 15; Reichsvertretung, Arbeitsbericht 1937, S. 15; „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ in EH II, S. 1215 f.

### **Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe**

Gegründet am 29. März 1933; sie war zuständig für Berufsumschichtung (\*Umschichtung) und die Selbsthilfe einzelner Berufsgruppen (\*Ärzte, \*Juristen; für Künstler vgl. jüdische \*Künstlerhilfe); arbeitete im Rahmen des \*Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau und wurde am 1. April 1935 als Teil desselben in die \*Reichsvertretung der deutschen Juden eingegliedert.

### **Zentralverband jüdischer Handwerker Deutschlands**

Wurde 1909 gegründet und hatte 17 Ortsgruppen. Selbsterklärter Zweck (FJGV 1932/33): „Förderung des Handwerkes unter den Juden durch Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses, Bekämpfung der Vorurteile gegen den jüdischen Handwerkerstand, Aufklärung durch Wort und Schrift, gegenseitige Unterstützung durch Zuführung von Arbeit.“ Publikationsorgan: „Der jüdische Handwerker“, erschien monatlich; Auflage im Oktober 1935: 3.600 Exemplare (\*Presse, jüdische).

\*Reichsverband des jüdischen Mittelstandes

### **Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens**

\*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

### **Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden**

Die traditionelle jüdische Wohltätigkeit wurde innerhalb der einzelnen \*Gemeinden zumeist von Vereinen geleistet. Im Rahmen der Professionalisierung dieser ehrenamtlichen \*Wohlfahrtspflege Anfang des 20. Jahrhunderts wurde 1917 die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden gegründet und 1926 gesetzlich anerkannt. Ihre Träger waren unter anderem die Mittel- und örtlichen Stellen der jüdischen Wohlfahrtspflege (Landes- und Provinzialwohlfahrtsverbände). Die

Zentralwohlfahrtsstelle wurde am 1. April 1935 mit dem \*Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau zu einer Abteilung der \*Reichsvertretung der deutschen Juden. Unter dem NS-Regime wuchs ihre Bedeutung durch die steigende Verarmung der jüdischen Bevölkerung. Sie unterstützte unter anderem verschiedene jüdische Sozialeinrichtungen in- und außerhalb der Gemeinden. Auch nach der Auflösung aller jüdischen Organisationen nach der \*Kristallnacht führte sie ihre Arbeit im Rahmen der Reichsvertretung und der Reichsvereinigung fort (vgl. Kulka, Deutsches Judentum I, Nr. 120A und Anm. 26 dort) und arbeitete bis 1945 für die in Deutschland verbliebenen Juden.

Die Organisation veröffentlichte 1929-1938 zusammen mit der \*Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge, der Organisation der jüdischen \*Arbeitsnachweise (1929-1935) und mit der Abteilung für Wirtschaftshilfe der Reichsvertretung (1935-1938) das gemeinsame Organ „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik“ (\*Presse, jüdische). Die letzte Nummer erschien im Oktober 1938. Bibl.: Elkin, Continuity and Change in Social Work 1933-1945; Lotan, Zentralwohlfahrtsstelle.

### **Zertifikat(e)**

Maßnahme der britischen Mandatsregierung (\*Mandat) zur Einschränkung der jüdischen Einwanderung nach \*Palästina. Folgende Zertifikate berechtigten zur Einwanderung:

1. Arbeiterzertifikate. Die Anzahl der Zertifikate wurde durch die britische Verwaltung Palästinas bestimmt; ihre Verteilung erfolgte über die \*Jewish Agency und die \*Palästina-Ämter, welche als Voraussetzung für den Erhalt eines Zertifikats eine ausreichende Vorbildung in einem den wirtschaftlichen Bedürfnissen Palästinas angemessenen Beruf und die Kenntnis der hebräischen Sprache forderten.
2. Jugend-Zertifikate für Jugendliche zwischen 15-17 Jahren.
3. Handwerkerzertifikate, wurden an ausgebildete Handwerker mit einem Mindestkapital von 250 englischen Pfund ausgegeben.
4. Verwandtenzertifikate, wurden auf Anforderung von in Palästina lebenden Angehörigen erteilt.
5. Zertifikate für Personen außerhalb der bestehenden Immigrantenquoten:
  - a) Kapitalistenvisum; es wurde durch das British Passport Office an Personen mit einem Mindestkapital von 1.000 englischen Pfund erteilt (viele der vermögenden deutschen Emigranten kamen nach 1933 im Rahmen des \*Ha'avara-Abkommens nach Palästina);
  - b) Zertifikate für Personen mit gesichertem Lebensunterhalt (z.B. Waisenkinder, Studenten, Schüler, für deren Lebensunterhalt gesorgt war);
  - c) Zertifikate für Personen in religiösen Berufen;
  - d) Zertifikate für Spezialarbeiter auf Anforderung durch lokale Unternehmer in Palästina.

Die Erteilung der Zertifikate wurde, insbesondere in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, ungeachtet der sich verschlimmernden Lage der Juden in Europa, immer weiter eingeschränkt, bis die britische Regierung mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die legale \*Alija fast zum völligen Stillstand brachte. Bibl.: „Jischuw“, EH II, S. 674-677 und „White Paper of 1939“, EH III, S. 1581.

### **Zionismus**

Nationalbewegung des jüdischen Volkes mit dem Ziel der Rückkehr der Juden ins Land Israel (\*Palästina). Der Zionismus betrachtet die über die Welt verstreuten Juden

als ein Volk und versteht daher die „Judenfrage“ vor allem als eine nationale und politische Frage. Die Spannungen mit der Umwelt könnten daher nur durch die Schaffung eines eigenen Territoriums überwunden werden. Aus dieser Erkenntnis heraus sollte Palästina als geschichtliches Herkunftsland der Juden aufgebaut werden. Die \*Zionistische Weltorganisation (ZWO) wurde 1897 von Theodor \*Herzl auf dem 1. \*Zionistenkongreß in Basel geschaffen und besteht bis heute. Wichtige Stationen auf dem Weg zur Gründung des Staates Israel waren: 1917 die \*Balfourdeklaration, das britische \*Mandat ab 1920 und, in Folge des UN-Beschlusses vom 29. November 1947, die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel am 15. Mai 1948. Neben den allgemein zionistischen Landesverbänden gehörten zur ZWO auch Sonderverbände mit besonderer religiöser, sozialer und politischer Ausrichtung. In Deutschland bildete der Zionismus in seinen Anfängen eine kleine, gut organisierte, von seinen Gegnern im deutschen Judentum scharf bekämpfte, aber auch geachtete Minderheit. Nach 1933 erlebte die \*Zionistische Vereinigung für Deutschland einen beträchtlichen Aufschwung und gewann immer größeren Einfluß, besonders auf die jüdische Jugend. Die zionistische Idee und Tätigkeit erschienen nun in- und außerhalb Deutschlands als reale Alternative für die Zukunft der Juden, was sich auch in der steigenden Anzahl zionistischer Vertreter in den \*Gemeinden und den politischen Gremien der \*Reichsvertretung und der \*Reichsvereinigung ausdrückte. Der Antagonismus der jüdischen Gegner verlor in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre an Schärfe.

Vom NS-Regime (besonders von \*Gestapo und \*SD) wurden die auf Betonung nationaler jüdischer Identität und die Vorbereitung für die \*Auswanderung nach Palästina gerichteten, zionistischen Aktivitäten aus pragmatischen Gründen den assimilationistischen Bewegungen vorgezogen (\*Vereinsleben, jüdisches), trotz der scharfen Ablehnung der politischen Ziele des Zionismus. Diese Einstellung führte Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre sogar zur praktischen Unterstützung der Organisation der illegalen \*Alija nach Palästina. Ungeachtet seiner unbeschränkten Förderung der Auswanderung lehnte das NS-Regime die Schaffung eines souveränen Judenstaates kategorisch ab. Es fürchtete, dieser könne nach seiner Aufnahme in der Völkerbund für die Juden anderer Länder, insbesondere Deutschlands, den Status einer geschützten nationalen Minderheit (\*Minderheitenschutz) fordern. Bibl.: Böhm, Zionistische Bewegung; Laqueur, History of Zionism; Vital, Zionist Revolution I-II.

## **Zionisten**

\*Zionismus

\*Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD)

## **Zionistenkongresse**

Höchstes beschließendes Organ der \*Zionistischen Weltorganisation (\*Zionismus), wird von allen steuerzahlenden Mitgliedern (\*Schekel) der Landesorganisationen in allgemeiner, geheimer und direkter Wahl gewählt und wählt seinerseits das Aktionskomitee und die Exekutive der Zionistischen Weltorganisation. Der erste Zionistenkongreß, mit dem die Bewegung ins Leben gerufen wurde, fand 1897 in Basel statt. Während der NS-Zeit fanden folgende Zionistenkongresse statt:

18. Kongreß: 21.8.- 4.9.1933 in Prag

19. Kongreß: 20.8.- 4.9.1935 in Luzern

20. Kongreß: 3.8.-16.8.1937 in Zürich

21. Kongreß: 16.8.-25.8.1939 in Genf.

In der Kriegszeit wurden keine Kongresse abgehalten. Der erste Kongreß nach dem Zweiten Weltkrieg fand vom 9.12.-24.12.1946 wieder in Basel statt.

### **Zionisten-Revisionisten**

Die Union der Zionisten-Revisionisten wurde 1925 von Ze'ev \*Jabotinsky im Rahmen der Zionistischen Weltorganisation (ZWO) als oppositionelle Partei zur zionistischen Exekutive gegründet. Sie erstrebte den Judenstaat in den historischen Grenzen \*Palästinas zu beiden Seiten des Jordans und bekämpfte die Mandatsmacht (\*Mandat) England auch mit Hilfe ihr nahestehender Untergrundorganisationen durch Terroraktionen, um sie zum Verlassen des Landes zu bewegen. Die Zionisten-Revisionisten traten für jüdischen Selbstschutz, besonders in der eigenen Jugendorganisation \*Betar, ein und kämpften für „Wirtschaftsfrieden“ und gegen „Klassenkampf“.

Das 1933 zwischen der \*Jewish Agency und dem NS-Regime vereinbarte \*Ha'ava-ra-Abkommen wurde von den Revisionisten aufs Schärfste abgelehnt, weil sie darin eine Schwächung der weltweiten \*Boykottbewegung gegen das Dritte Reich sahen. Die Verschärfung der Konflikte mit der ZWO führte 1935 zur Schaffung einer selbständigen Weltorganisation, der „\*Neuen Zionistischen Organisation“, zu deren Präsident \*Jabotinsky gewählt wurde. Nach der Gründung des Staates Israel kehrte die Neue Zionistische Organisation zur Zionistischen Weltorganisation zurück. Zur Tätigkeit der Zionisten-Revisionisten im Dritten Reich vgl. \*Staatszionistische Organisation.

### **Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD)**

Die ZVfD war der für Deutschland 1897 gegründete Verband der \*Zionistischen Weltorganisation mit Sitz in Berlin. Sie war in Gruppenverbände, Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften gegliedert. Zu ihren Tätigkeitsgebieten gehörten: zionistische Politik, hebräische Kulturarbeit, Frauen-, Jugend-, Gemeinde- und Palästinaarbeit. Ihr Publikationsorgan war die \*Jüdische Rundschau mit einer Auflage von 37.200 Exemplaren im Jahr 1935. Der von Anfang an bestehende Gegensatz zwischen der ZVfD und assimilatorischen Gruppen, wie dem \*CV und v.a. dem \*Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF), erlebte in den ersten Jahren des NS-Regimes aufgrund des Aufschwungs der zionistischen Bewegung eher eine Verschärfung. Der Konflikt wurde auf verschiedenen Ebenen ausgetragen und erreichte seinen Höhepunkt im Juni 1934 mit dem Verbot der ZVfD an ihre Mitglieder, gleichzeitig dem RjF anzugehören (vgl. Zeittafel, 6. Juni 1934). Nach dem Erlass der \*Nürnberger Gesetze im Jahre 1935 verloren diese innerjüdischen Gegensätze jedoch zunehmend an Bedeutung. Als selbständige Bewegung wurde die ZVfD nach November 1938 aufgelöst. Sie setzte ihre Arbeit für die \*Auswanderung jedoch im Rahmen des \*Palästina-Amtes in Verbindung mit der \*Reichsvereinigung fort. Zum besonderen Charakter der ZVfD innerhalb der zionistischen Bewegung und ihrer Bedeutung für das deutsche Judentum unter dem NS-Regime vgl. \*Zionismus. Bibl.: Lichtheim, Geschichte des deutschen Zionismus; Weltsch, Deutscher Zionismus.

### **Zionistische Weltorganisation**

\*Zionismus

### **Zwangsarbeit**

Die deutschen Juden wurden ab 1939 auf unterschiedliche Weise, getrennt von nicht-jüdischen Arbeitern, zur Zwangsarbeit herangezogen. Unter den Millionen von Zwangsarbeitern, die während des Krieges aus den besetzten Ländern nach Deutschland gebracht wurden, waren zunächst auf ausdrückliches Verbot Hitlers

keine Juden. Erst während der letzten Kriegsjahre überführte das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS auch Juden aus den \*Konzentrationslagern nach Deutschland, wo sie zur Sklavenarbeit in der deutschen Kriegsindustrie, Landwirtschaft, zu Grabungsarbeiten und zur Räumung in zerbombten Städten herangezogen wurden (vgl. auch Zeittafel, 7. März 1941). Bibl.: Gruner, Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit jüdischer Deutscher 1938/39; ders., Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden 1938-1943; Herbert, Fremdarbeiter; Kwiet, Forced Labour of German Jews in Nazi Germany. In „Zwangsarbeit“, EH III, S. 1640-1646 wird der Einsatz der deutschen Juden zur Zwangsarbeit in Deutschland nicht erwähnt.





## Allgemeines Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AJY	American Jewish Yearbook
BA	Bezirksamt
BDM	Bund Deutscher Mädel
BK	Bekennende Kirche
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BPP	Bayerische Politische Polizei
BVP	Beauftragter für den Vierteljahresplan (*Göring)
CJR	Contemporary Jewish Record
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
DAD	Deutscher Arbeitsdienst
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DC	Deutsche Christen
DDAC	Der Deutsche Automobilclub
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DIGB	Deutsch-Israelitischer Gemeindebund
DVO	Durchführungsverordnung
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EH	Enzyklopädie des Holocaust (Deutsche Ausgabe, 1993)
EJ	Encyclopaedia Judaica
EJE	Encyclopaedia Judaica Eschkol
EJL	The Encyclopedia of Jewish Life Before and After the Holocaust
EK	Eisernes Kreuz
ENS	Enzyklopädie des Nationalsozialismus
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
FJ	Feldjäger
FJGV	Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrts- pflege in Deutschland 1932-1933
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Geschichte und Gesellschaft
GLDR	Das Große Lexikon des Dritten Reiches
GPU	Gosudarstvennoje Polititscheskoje Upravlenije („Staatliche Politi- sche Verwaltung“) = Politische Geheimpolizei der Sowjetunion
HJ	Hitlerjugend

HZ	Historische Zeitschrift
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IMT	International Military Tribunal (= Internationaler Militärgerichtshof)
IKG	Israelitische Kultusgemeinde
IRG	Israelitische Religionsgemeinde
IRK	Internationales Rotes Kreuz
JBV	Jüdische Buchvereinigung
JKG	Jüdische Kultusgemeinde
JL	Jüdisches Lexikon
JLZ	Jüdisch-Liberale Zeitung
JNBI	Jüdisches Nachrichtenblatt (Berlin)
JR	Jüdische Rundschau
JSS	Jewish Social Studies
JV	Jungvolk
JWH	Jüdisches Winterhilfswerk
KdF	Kraft durch Freude
KJVD	Kartell jüdischer Verbindungen Deutschlands
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschland
KL	Konzentrationslager
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD-O	Kommunistische Partei Deutschlands–Opposition
KZ	Konzentrationslager
LBI	Leo Baeck Institute
LBIB	Leo Baeck Institute Bulletin
LBiy	Leo Baeck Institute Year Book
LJ	Lexikon des Judentums
Lk	Landkreis
MBliV	Ministerialblatt der inneren Verwaltung
MdR	Mitglied des Reichstags
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSBDT	Nationalsozialistischer Bund Deutscher Technik
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSD	Nationalsozialistischer Deutscher
NSDÄB	Nationalsozialistischer Deutscher Ärzte-Bund
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDFB	Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Studentenbund
NSFK	NS-Fliegerkorps
NSGKDF	Nationalsozialistische Gemeinschaft Kraft durch Freude

NS-Hago	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OA	Oberabschnitt
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht
OP	Oberpräsident
OPB	Ortspolizeibehörde
Pg	Parteigenosse
PhL	Philo Lexikon
PL	Politische Leitung; Politischer Leiter; Parteileitung
PO	Politische Organisation (der NSDAP) oder Parteiorganisation
Polleiter	Politischer Leiter
PVO	Polizeiverordnung
RB	Regierungsbezirk
RD	Reichsdeutscher
RDB	Reichsbund Deutscher Beamter
Rderl.	Runderlaß
Reg.	Regierung
Reg. Bez.	Regierungsbezirk
RFSS	Reichsführer SS
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RHD	Rote Hilfe Deutschland
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RLB	Reichsluftschutzbund
RM	Reichsmark
RM(d)I	Reichsminister(ium) des Innern
RMVuP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RP	Regierungspräsident
Rr	Regierungsrat
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RV	Reichsvertretung der deutschen Juden (bis Februar 1939), danach: Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
RVt	Reichsvertretung der Deutschen Juden/RVt der Juden in Deutschland
RVe	Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
RWM	Reichswirtschaftsministerium
SA	Sturmabteilung der NSDAP

SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SJV	Sozialistischer Jugendverband
SKH	Sammlung-Kulka-Hildesheimer: Rekonstruiertes Archiv der Reichsvertretung und Reichsvereinigung (YV-Archives)
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffeln der NSDAP
StdF	Stellverteter des Führers
StMd (Innern)	Staatsminister des (Innern)
SWCA	Simon Wiesenthal Center Annual
UA	Unterabschnitt
UB	Unterbezirk
UJE	The Universal Jewish Encyclopaedia
URO	United Restitution Organisation
VB	Völkischer Beobachter
Vfg	Verfügung
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vg	Vereinigung; Volksgenosse
V-Mann	Vertrauensmann
VO	Verordnung
WHW	Winterhilfswerk
WIZO	Women's International Zionist Organisation
WJC	World Jewish Congress
WK	Weltkrieg
WL/L	Wiener Library/London
WL/T	Wiener Library/Tel Aviv
WO	Weltorganisation
YIVO	Yidisher Visnshaftlekher Institut
YV	Yad Vashem
YVS	Yad Vashem Studies
ZAHA	Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau
ZK	Zentralkomitee
ZO/ZOG	Zionistische Ortsgruppe
ZVfD	Zionistische Vereinigung für Deutschland
ZV	Zentralverein = Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)
ZWdJ	Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden
ZWO	Zionistische Weltorganisation

## Abkürzungsverzeichnis der Archive und Quellenpublikationen

AP Op	Archiwum Panstwowe w Opolne (Oppeln)
AP Stet	Archiwum Panstwowe w Szczecinie (Stettin)
BArch	Bundesarchiv, Berlin
BArch-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg
BA Ms	Bistumsarchiv Münster
BDC	Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv, Berlin
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
CZA	Central Zionist Archives, Jerusalem
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem
CDJC	Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris
FfZ Hbg.	Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
GLA Ka	Generallandesarchiv Karlsruhe
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin
HStA Dü	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HStA Ha	Hauptstaatsarchiv Hannover
HStA Wei	Hauptstaatsarchiv Weimar
HStA Wi	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IWM	Imperial War Museum, London
JNUL	Jewish National and University Library, Jerusalem
LA Me	Landesarchiv Merseburg
LA Sch	Landesarchiv Schleswig
LA Sp	Landesarchiv Rheinland-Pfalz, Speyer
LHA Ko	Landeshauptarchiv Koblenz
LHA Ma	Landeshauptarchiv Magdeburg
LHA Schw	Landeshauptarchiv Schwerin
OA Mos	Osobyi Archiv Moskva (Sonderarchiv Moskau)
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
SKH	Sammlung Kulka Hildesheimer, Yad Vashem Archives, Jerusalem
StA Abg	Staatsarchiv Augsburg
StA Am	Staatsarchiv Amberg
StA Au	Staatsarchiv Aurich
StA Ba	Staatsarchiv Bamberg
StA Br	Staatsarchiv Bremen
StA Bü	Staatsarchiv Bückeburg
StA Da	Staatsarchiv Darmstadt
StA Det	Staatsarchiv Detmold

StA Go	Staatsarchiv Gotha
StA Ha	Staatsarchiv Hamburg
StA L	Staatsarchiv Ludwigsburg
StA La	Staatsarchiv Landshut
StA Lei	Staatsarchiv Leipzig
StA Mü	Staatsarchiv München
StA Ms	Staatsarchiv Münster
StA Nü	Staatsarchiv Nürnberg
StA O	Staatsarchiv Oldenburg
StA Os	Staatsarchiv Osnabrück
StA Sig	Staatsarchiv Sigmaringen
StA Wü	Staatsarchiv Würzburg
StdA Bay	Stadtarchiv Bayreuth
StdA Kiss	Stadtarchiv Kissingen
StdA Ma	Stadtarchiv Mannheim
StdA Ms	Stadtarchiv Münster
StdA Wo	Stadtarchiv Worms
ThHStA W	Thüringische Hauptstaatsarchiv Weimar
YVA	Yad Vashem Archives, Jerusalem
Berghahn	Berghahn, Volker: Meinungsforschung im „Dritten Reich“: Die Mundpropaganda-Aktion der Wehrmacht im letzten Kriegshalbjahr, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1 (1967), S. 83-119.
Boberach	Boberach, Heinz (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, 17 Bde. und Register, Herrsching 1984 (Register 1985).
Brommer	Brommer, Peter (Hrsg.): Die Partei hört mit. Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes und der SS aus dem Großraum Koblenz. Bd. 1: 1937-1941, Koblenz 1988.
Brommer	Brommer, Peter (Hrsg.): Die Partei hört mit. Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes, der SS, der Gestapo und sonstiger Parteidienststellen im Gau Moselland. Bd. 2: Teil 1: 1941-1943, Teil 2: 1943-1945, Koblenz 1992.
Bayern	Broszat, Martin u.a.: Bayern in der NS-Zeit, Bde. I-VI, München und Wien 1977-1983.
Heyen	Heyen, Franz Joseph: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus, vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard/Rhein 1967.

- Kirchliche Lage Witetschek, Helmut u. Walter Ziegler, Helmut Prantl, Klaus Wittstadt (Hrsg.): Regierungspräsidentenberichte. Die Kirchliche Lage in Bayern 1933-1943, 7 Bde., Mainz 1966-1981.
- Klein, Kassel Klein, Thomas (Hrsg.): Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte, Bd. 1-2, Darmstadt und Magdeburg 1985.
- Klein, Hessen-Nassau Klein, Thomas (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936, 2 Teilbde., Köln und Wien 1986.
- Kuropka Kuropka, Joachim (Hrsg.): Meldungen aus Münster 1924-1944. Geheime und vertrauliche Berichte... in Münster und Umgebung, Regensburg 1992.
- Mlynek Mlynek, Klaus (Bearb.): Gestapo Hannover meldet... Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937, Hildesheim 1986.
- Ribbe Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin 1933 bis 1936, Teilband I, Der Regierungsbezirk Potsdam (bearbeitet von Sibylle Hinze), Köln-Weimar-Wien 1998.
- Sauer Sauer, Paul (Bearb.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime. 1933-1945, 2 Bde., Stuttgart 1966.
- Schadt Schadt, Jörg (Bearb.): Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, Stuttgart 1976.
- Steinwascher Steinwascher, Gerd (Bearb.): Gestapo Osnabrück meldet... Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936, Osnabrück 1995.
- Thévoz, Quellen Thévoz, Robert u. Hans Branig, Cécile Lowenthal-Hensel (Hrsg.): Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten, Bd. 2: Quellen, Köln und Berlin 1974.
- Wildt Wildt, Michael (Hrsg.): Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995.





## Literaturverzeichnis<sup>1</sup>

- Abel, Karl Dietrich*: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968.
- Ackermann, Josef*: Heinrich Himmler als Ideologe, Göttingen 1970.
- Adam, Uwe Dietrich*: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972.
- Adam, Uwe Dietrich*: Persecution of the Jews. Bureaucracy and Authority in the Totalitarian State, in: *LBIY* 23 (1978), S. 139-148.
- Adam, Uwe Dietrich*: Wie spontan war der Pogrom, in: *Pehle*, Judenpogrom 1938, S. 74-97.
- Adelson, Alan u. Lapidés, Robert* (Hrsg.): Lodz Ghetto. Inside a Community under Siege, New York 1989.
- Adler, Benjamin Benno*: Esra. Die Geschichte eines orthodox-jüdischen Jugendbundes zur Zeit der Weimarer Republik, Diss., Univ. Amsterdam 1992.
- Adler, H.G.*: Theresienstadt 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgesellschaft; Geschichte, Soziologie, Psychologie, Tübingen <sup>2</sup>1960.
- Adler, H.G.*: Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente, Tübingen 1958.
- Adler, H.G.*: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
- Adler-Rudel, Shalom (Salomon)*: Auswanderungsproblem, in: *LBIB* 10 (1967), S. 159-215.
- Adler-Rudel, Shalom (Salomon)*: The Evian Conference on the Refugee Question, in: *LBIY* 13 (1968), S. 235-273.
- Adler-Rudel, Shalom (Salomon)*: Fürsorge für das Volk. Anfänge einer neuen jüdischen Sozialpolitik in Deutschland 1919-1933, in: *Strauss/Grossmann*, Gegenwart im Rückblick, S. 106-112.
- Adler-Rudel, Shalom (Salomon)*: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974.
- Adler-Rudel, Shalom (Salomon)*: Ostjuden in Deutschland 1880-1940, Tübingen 1959.
- Akademie der Künste* (Hrsg.): Geschlossene Vorstellung. Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933-1941, Berlin 1992.
- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (*ADAP*), Serie C (1933-1937), 6 Bde., Göttingen 1971-1981; Serie D (1937-1941), 13 Bde., Baden-Baden und Göttingen 1950-1970; Serie E (1941-1945), 8 Bde., Göttingen 1969-1979.

---

<sup>1</sup> Siehe auch die von Silvia Noll zusammengestellte Bibliographie zur Orts- und Regionalgeschichte der Juden in Deutschland unter dem Nationalsozialismus in der CD-ROM-Gesamtausgabe.

- Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler, Teil I 1933/34, bearb. v. *Karl-Heinz Minuth*, 2 Bde., Boppard am Rhein 1983.
- Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, 4 Bde., 1933-1939, Mainz 1968-1981.
- Alexander, Gabriel E.*: Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Berlin zwischen 1871 und 1945, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 20 (1991), S. 287-314.
- Allen, William Sheridan*: Die deutsche Öffentlichkeit und die „Reichskristallnacht“ – Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: *Peukert/Reulecke*, *Die Reihen fest geschlossen*, S. 397-411.
- Allen, William Sheridan*: „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935, Gütersloh 1966.
- Alltagsgeschichte der NS-Zeit. Neue Perspektive oder Trivialisierung. Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, München 1984.
- Almanach des Schocken Verlags auf die Jahre 5694-5699, Berlin 1933-1939.
- d'Alquen, Gunter*: Die SS–Geschichte, Aufgaben und Organisation der Schutzstaffeln der NSDAP, Berlin 1939.
- Altmann, Alexander*: The German Rabbis 1910-1939, in: *LBIY* 19 (1974), S. 31-49.
- Altmann, Alexander*: Studies in Jewish Religious and Intellectual History, hrsg. von *Siegfried Stein u. Raphael Loewe*, University of Alabama 1979.
- Aly, Götz*: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995.
- Aly, Götz u. Heim, Susanne*: Staatliche Ordnung und organische Lösung. Die Rede Hermann Görings „über die Judenfrage“ vom 6. Dezember 1938, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 378-404.
- Aly, Götz u. Heim, Susanne*: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991.
- Aly, Götz u. Roth, Karl-Heinz*: Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984.
- American Jewish Yearbook*, Philadelphia 1933-1945.
- Anderl, Gabriele*: Emigration und Vertreibung, in: *Weinzierl/Kulka*: *Vertreibung und Neubeginn*, S. 167-337.
- Anderl, Gabriele*: Die „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, XXIII (1994), S. 275-299.
- Angress, Werner T.*: Auswandererlehrgut Gross-Breesen, in: *LBIY* 10 (1965), S. 168-187.
- Angress, Werner T.*: Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich, Hamburg 1985.
- Angress, Werner T.*: Die Judenfrage im Spiegel amtlicher Berichte 1935, in: *Büttner*, *Das Unrechtsregime*, S. 19-43.

- Anordnungen des Stellvertreters des Führers, München 1937 (Vertraulich).
- Arbeitsberichte, vgl. Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Arbeitsberichte.
- Arbogast, Christine*: Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite, 1920-1960, München 1998.
- Armbrüster, Georg, Kohlstruck, Michael u. Mühlberger, Sonja* (Hrsg.): Exil Shanghai 1938-1947, Jüdisches Leben in der Emigration, Berlin 2002.
- Arendt, Hannah*: Eichmann in Jerusalem, München 1986.
- Arendt, Hannah*: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955.
- Arndt, Ino u. Boberach, Heinz*: Deutsches Reich, in: *Benz*, Dimensionen des Völkermords, S. 23-65.
- Arndt, Ino u. Scheffler, Wolfgang*: Organisierter Massenmord an den Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Ein Beitrag zur Richtigstellung apologetischer Literatur, in: *VfZ* 24 (1976), S. 105-135.
- Aronson, Shlomo*: Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971.
- Aschenauer, Rudolf* (Hrsg.): Ich, Adolf Eichmann, Leoni am Sternberger See 1980.
- Aschheim, Steven E.*: Culture and Catastrophe. German and Jewish Confrontations with National Socialism and Other Crises, New York 1996.
- Aschheim, Steven E.*: Brothers and Strangers. The East European Jews in German and German-Jewish Consciousness, 1800-1923, Madison 1982.
- Atlass, Robert*: Der jüdische Sport in Deutschland vor und nach 1933, unveröffentlichtes Manuskript in der Ball-Kaduri Sammlung, Yad Vashem Archives, Jerusalem.
- Auerbach, Hirsch Benjamin*: Die Geschichte des „Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands“, 1919-1938, Tel-Aviv 1972.
- Avni, Haim*: Latin America and the Jewish Refugees: Two Encounters, 1935 and 1938, in: *Laikin-Elkin, J. u. Merks, G.* (Hrsg.): The Jewish Presence in Latin America, Boston 1987, S. 45-70.
- Avni, Haim*: Spain, Franco and the Jews, Philadelphia, 1982.
- Avni, Haim*: The Zionist Underground in Holland and France and the Escape to Spain, in: *Gutman, Yisrael u. Zuroff, Efraim* (Hrsg.): Rescue Attempts during the Holocaust, Yad Vashem, Jerusalem 1977, S. 555-590.
- Badt-Strauss, Bertha*: Drei unvergeßliche Frauen, in: *LBIB* 1 (1958), S. 103-107.
- Baeck, Leo*: Festschrift zum 80. Geburtstag von Leo Baeck am 23. Mai 1953, London 1953.
- Baeck, Leo*: Gedenken an zwei Tote, in: *Weltsch*, Deutsches Judentum, S. 307-314.
- Baeck, Leo*: Letters from War-Time Berlin, in: *LBIY* 5 (1960), S. 351-356.
- Bajohr, Frank*: „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: *Wojak/Hayes* (Hrsg.), Arisierung im Nationalsozialismus, S. 15-30.

- Bajohr, Frank*: „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-45, Hamburg 1997.
- Bajohr, Frank*: Unser Hotel ist judenfrei. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2003.
- Bajohr, Frank*: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001.
- Bajohr, Frank*: „Verfolgung aus gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden und die deutsche Gesellschaft“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), S. 629-652.
- Bajohr, Frank u.a.* (Hrsg.): Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne, Hamburg 1991.
- Bajohr, Frank; Eder, Angelika; Lorenz, Ina u. Meyer, Beate*: Die Deportation der Hamburger Juden 1941-1945, Hamburg 2002.
- Baker, Leonard*: Hirt der Verfolgten. Leo Baeck im Dritten Reich, Hamburg 1985.
- Baldwin, Peter* (Hrsg.): *Reworking the Past. Hitler, the Holocaust and the Historians' Debate*, Boston 1990.
- Ball-Kaduri, K.J.*: Berlin wird judenfrei. Die Juden in Berlin in den Jahren 1942-1943, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 22 (1973), S. 196-241.
- Ball-Kaduri, K.J.*: The Central Jewish Organizations in Berlin during the Pogrom of November 1938, in: *YVS* 3 (1959), S. 261-281.
- Ball-Kaduri, K.J.*: Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbericht, Frankfurt/M. 1964.
- Ball-Kaduri, K.J.*: The National Representation of Jews in Germany. Obstacles and Accomplishments at its Establishment, in: *YVS* 2 (1958), S. 159-178.
- Ball-Kaduri, K.J.*: Testimonies and Recollections about Activities organized by German Jewry during the Years 1933-1945 (Catalogue of Manuscripts in Yad Vashem Archives), in: *YVS* 4 (1960) S. 317-339; 7 (1968), S. 205-218.
- Ball-Kaduri, K.J.*: Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934-1939, Tel-Aviv 1967.
- Ball-Kaduri, K.J.*: Zum Leben der Juden in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden* 10 (1973), S. 33-38.
- Bamberger, Fritz*: Leo Baeck, The Man and the Idea. Leo Baeck Memorial Lectures No. 1, New York 1958.
- Banach, Jens*: Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945, Paderborn 1998.
- Bankier, David*: The German Communist Party and Nazi Antisemitism, 1933-1938, in: *LBIY* 32 (1987), S. 325-340.
- Bankier, David*: German Society and the Deportation of German Jews 1941-1943, in: *Michael* 13 (1983), S. 53-68.

- Bankier, David*: German Society and National Socialist Antisemitism 1933-1938, Diss., The Hebrew University of Jerusalem 1983 (hebr. mit engl. Zusammenfassung).
- Bankier, David*: The Germans and the Final Solution. Public Opinion under Nazism, Oxford 1992.
- Bankier, David*: Jewish Society through Nazi Eyes 1933-1936, in: Holocaust and Genocide Studies 6, 2 (1991).
- Bankier, David*: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995. (Deutsche Übersetzung von „The Germans and the Final Solution“.)
- Bankier, David*: Otto Strasser und die Judenfrage, in: LBIB 60 (1981), S. 3-20.
- Bankier, David* (Hrsg.): Probing the Depth of German Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews, 1933-1941, Jerusalem 2000.
- Barkai, Avraham*: Der CV im Jahre 1933: Neuaufgefundene Dokumente im Moskauer „Sonderarchiv“, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 233-246.
- Barkai, Avraham*: German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933-1939, in: LBIY 35 (1990), S. 245-266.
- Barkai, Avraham*: German-Speaking Jews in Eastern European Ghettos, in: LBIY 34 (1989), S. 247-266.
- Barkai, Avraham*: Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Hamburg 1988.
- Barkai, Avraham*: „Schicksalsjahr 1938“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: *Pehle*, Judenpogrom 1938, S. 94-117.
- Barkai, Avraham*: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt/M. 1987.
- Barkai, Avraham*: „Wehr dich!“ Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938, München 2002.
- Barth, Boris*: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933, Düsseldorf 2003.
- Bauer, Yehuda*: American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939-1945, Detroit 1981.
- Baumann, Ursula*: Suizid im „Dritten Reich“. Facetten eines Themas, in: *Grüttner, Michael; Hachtmann, Rüdiger u. Haupt, Heinz-Georg* (Hrsg.): Geschichte und Emanzipation, Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt/M. 1999, S. 482-516.
- Baumgärtner, R.*: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzungen der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977.
- Beckmann, Joachim*: Kirchliches Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland 1933-1944, Gütersloh 1948.
- Behr, Stefan*: Der Bevölkerungsrückgang der deutschen Juden, Frankfurt/M. 1932.

- Bein, Alexander*: Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems, 2 Bde., Stuttgart 1982.
- Bein, Alexander*: Der moderne Antisemitismus und seine Bedeutung für die Judenfrage, in: VfZ 6 (1958), S. 340-360.
- Bein, Alexander*: Theodor Herzl. Eine Biographie, Frankfurt/M. 1983.
- Bender, Sara*: The Jews of Bialystok during the Second World War 1939-1943, Jerusalem 1994. Dissertation, hebr. mit engl. Zusammenfassung.
- Ben-Dror, Graciela*: The Catholic Church and the Jews. Argentina 1933-1945, Jerusalem 2000 (hebr.).
- Ben-Elissar, Eliahu*: La Diplomatie du III<sup>e</sup> Reich et les Juifs 1933-1939, Paris 1969.
- Bennathan, E.*: Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: *Mosse, Werner E. u. Paucker, Arnold*, Entscheidungsjahr, S. 87-131.
- Bennecke, Heinrich*: Hitler und die SA, München und Wien 1962.
- Benz, Wolfgang* (Hrsg.): Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991.
- Benz, Wolfgang* (Hrsg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München <sup>2</sup>1989.
- Benz, Wolfgang*: Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufmann, in: VfZ 29 (1981), S. 615-630.
- Benz, Wolfgang u.a.* (Hrsg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik, Tübingen 1988.
- Benz, Wolfgang* (Hrsg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte, München 1990.
- Benz, Wolfgang u. Wetzel, Juliane*: Die Solidarität für Juden während der NS-Zeit, Berlin 1996.
- Beradt, Charlotte*: Das Dritte Reich des Traums, Frankfurt/M. 1981.
- Berding, Helmut*: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988.
- Berg, Nicolas*: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003.
- Berghahn, Volker R.*: Meinungsforschung im „Dritten Reich“: Die Mundpropaganda-Aktion der Wehrmacht im letzten Kriegshalbjahr, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1967, S. 83-119.
- Berghahn, Volker R.*: Der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.
- Berglar, Peter*: Walther Rathenau, Bremen 1970.
- Bergmann, Werner*: „Sind die Deutschen antisemitisch? Meinungsumfragen von 1946-1987 in der BRD, in: *Bergmann/Erb*, Antisemitismus, S. 108-130.
- Bergmann, Werner u. Erb, Rainer* (Hrsg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990.
- Bering, Dietz*: Der Name als Stigma. Antisemitismus im deutschen Alltag 1812-1933, Stuttgart 1987.

- Bernett, Hajo*: Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938, Schorndorf 1978.
- Bernett, Hajo*: Die jüdische Turn- und Sportbewegung als Ausdruck der Selbstbefriedigung und Selbstbehauptung des deutschen Judentums, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 223-229.
- Bessel, Richard*: Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984.
- Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Hrsg. von *Werner Röder u. Herbert Strauss*, 3 Bde., München 1980-1983.
- Birnbaum, Max P.*: Staat und Synagoge 1918-1938. Eine Geschichte des Preußischen Landesverbandes Jüdischer Gemeinden, Tübingen 1981.
- Blackwell, Carolyn*: German Jewish Identity and German Jewish Response to National Socialism 1933-1939, Ann Arbor 1988.
- Blasius, Dirk u. Diner, Dan*: Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt 1991.
- Blasius, Dirk*: Zwischen Rechtsvertrauen und Rechtszerstörung. Deutsche Juden 1933-1945, in: *ders. u. Dan Diner* (Hrsg.), Zerbrochene Geschichte, S.121-137.
- Blau, Bruno*: Das Ausnahmerecht der Juden in Deutschland 1933-1945, Düsseldorf<sup>3</sup>1965.
- Blau, Bruno*: Die Juden in Deutschland von 1939-1945, in: *Judaica* 7 (1951), S. 270-284.
- Blau, Bruno*: The Last Days of German Jewry in the Third Reich, in: *YIVO Annual* 8 (1953), S. 197-204.
- Blumenfeld, Kurt*: Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus, Stuttgart 1962.
- Boas, Jacob*: Countering Nazi Defamation—German Jews and the Jewish Tradition, 1933-1938, in: *LBIY* 34 (1989), S. 205-226.
- Boas, Jacob*: German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933-1938, in: *LBIY* 29 (1984), S. 3-25.
- Boas, Jacob*: Germany or Diaspora? German Jewry's shifting perceptions in the Nazi Era (1933-1938), in: *LBIY* 27 (1982), S. 109-126.
- Boas, Jacob*: The Jews of Germany. Self-perceptions in the Nazi Era as reflected in the German Jewish Press, 1933-1938, Diss., University of California, Riverside 1977.
- Boberach, Heinz* (Bearb.): Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchengemeinden in Deutschland 1934-1944, Mainz 1971.
- Boberach, Heinz u.a.* (Hrsg.): Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP, Teil I. (Serie: Texte und Materialien zur Zeitgeschichte 3/1), München 1991; Teil II 1995.



- Boberach, Heinz* (Hrsg.): *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944*, Neuwied und Berlin 1965.
- Boberach, Heinz* (Hrsg.): *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*, 17 Bde. u. Register, Herrsching 1984 (Register 1985).
- Boberach, Heinz*: *Quellen für die Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Judenverfolgung. Analyse und Kritik*, in: *Büttner*, *Die Deutschen und die Judenverfolgung*, S. 31-49.
- Boberach, Heinz* (Hrsg.): *Regimekritik, Widerstand und Verfolgung in Deutschland und den besetzten Gebieten: Meldungen und Berichte aus dem Geheimen Staatspolizeiamt, dem SD-Hauptamt, der SS und dem Reichssicherheitshauptamt 1933-1944*, [microfiche] Teil I, Reichsgebiet mit an- und eingegliederten Gebieten; Teil II, Besetzte und angegliederte Gebiete (1939-1945), München 1999, Erschließungsband, München 2003.
- Bock, Gisela*: *Krankenmord, Judenmord und nationalsozialistische Rassenpolitik*, in: *Bajohr*, *Zivilisation und Barbarei*, S. 285-306.
- Bock, Gisela*: *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*, Opladen 1986.
- Böhm, Adolf*: *Die zionistische Bewegung*, 2 Bde., Tel-Aviv <sup>2</sup>1935-1937.
- Boelcke, W.A.* (Hrsg.): *Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium*, Stuttgart 1966.
- Boelcke, W.A.* (Hrsg.): *„Wollt ihr den totalen Krieg?“ Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1930-1943*, Stuttgart 1967.
- Bohrmann, Hans u. Toepser-Ziegert, Gabriele* (Hrsg.): *Presseanweisungen der Vorkriegszeit*, München 1985-1987.
- Borinski, Anneliese Ora*: *Erinnerungen 1940-43*, Maayan-Zwi 1970.
- Borut, Jacob*: *Antisemitism in Tourist Facilities in Weimar Germany*, in: *YVS* 28 (2000), S. 7-50.
- Bosdorf, Ulrich u. Jamin, Mathilde* (Hrsg.): *Überleben im Krieg*, Hamburg 1989.
- Boyens, Armin*: *The World Council of Churches and its Activities on behalf of the Jews in the Nazi Period*, in: *Kulka/Mendes-Flohr*, *Judaism and Christianity*, S. 453-469.
- Bracher, Karl Dietrich*: *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln <sup>4</sup>1972.
- Bracher, Karl Dietrich u.a.* (Hrsg.): *Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*, Düsseldorf 1992 (Bonner Schriften zu Politik und Zeitgeschichte, Bd. 23).
- Bracher, Karl Dietrich; Sauer, Wolfgang; Schulz, Gerhard*: *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, 3 Bde., Frankfurt/M., Berlin und Wien (1960), <sup>4</sup>1974.

- Brackmann, Karl-Heinz; Birkenhauer, Renate*: NS-Deutsch: „Selbstverständliche“ Begriffe und Schlagwörter in der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen/Niederrhein 1988.
- Brakelmann, Günter; Rosowski, Martin*: Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie, Göttingen 1989.
- Bramstedt, Ernest K.*: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925-1945, Frankfurt/M. 1971.
- Brandenburg, Hans-Christian*: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1968.
- Brechtken, Magnus*: „Madagaskar für die Juden.“ Antisemitische Idee und politische Praxis, München 1997.
- Breitman, Richard*: The Architect of Genocide. Himmler and the Final Solution, New York 1991. Deutsch: Der Architekt der „Endlösung“. Himmler und die Vernichtung der Europäischen Juden, Paderborn 1996.
- Breitman, Richard; Kraut, Alan M.*: American Refugee Policy and European Jewry 1933-1945, Bloomington 1987.
- Brenner, Hildegard*: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek 1963.
- Brenner, Michael*: The Jüdische Volkspartei–National Jewish Communal Politics during the Weimar Republic, in: LBIY 35 (1990), S. 219-243.
- Brenner, Michael*: The Renaissance of Jewish Culture in Weimar Germany, New Haven-London 1996.
- Breuer, Mordechai*: Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich 1871-1918. Sozialgeschichte einer religiösen Minderheit, Frankfurt/M. 1986.
- Bridenthal, Renate; Grossmann, Atina u. Kaplan, Marion* (Hrsg.): When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany, New York 1984.
- Brodnitz, Friedrich* (Hrsg.): Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend. Aus der Arbeit des Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände 1933-1936, Berlin 1937.
- Brodnitz, Friedrich S.*: Die Reichsvertretung der deutschen Juden, in: *Tramer*, In Zwei Welten, S. 106-113.
- Bronsen, David* (Hrsg.): Jews and Germans from 1860 to 1933. The Problematic Symbiosis, Heidelberg 1979.
- Broszat, Martin u.a.*: Bayern in der NS-Zeit, Bde. I-VI. München und Wien 1977-1983.
- Broszat, Martin*: Hitler und die Genesis der „Endlösung“, in: VfZ 25 (1977), S. 739-775.
- Broszat, Martin*: Nach Hitler. Vom schwierigen Umgang mit der deutschen Geschichte, hrsg. von *Hermann Graml u. Klaus-Dieter Henke*, München 1986.
- Broszat, Martin*: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: *ders.* u.a., Bayern in der NS-Zeit, Bd IV, S.691-709.
- Broszat, Martin*: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: VfZ 18 (1970), S. 393-409.
- Broszat, Martin*: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969.

- Broszat, Martin; Frei, Norbert* (Hrsg): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge, München 1989.
- Brothers, Eric*: On the Anti-Fascist Resistance of German Jews, in: LBIY 32 (1987), S. 369-382.
- Browder, George C.*: Sipo and SD, 1931-1940. Formation of an Instrument of Power, Diss., Ann Arbor 1977.
- Browder, George C.*: Die Anfänge des SD. Dokumente aus der Organisationsgeschichte des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, in: VfZ 27 (1979), S. 299-324.
- Browder, George C.*: Foundations of the Nazi Police State. The Formation of Sipo and SD, Lexington 1990.
- Browder, George C.*: Hitler's Enforcers: The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution, New York 1996.
- Browder, George C.*: The SD. The Significance of Organization and Image, in: *Mosse, Police Forces in History*, S. 205-230.
- Browning, Christopher R.*: Ganz normale Männer. Das Reservepolizeibattalion 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek 1993.
- Browning, Christopher R.*: Die nationalsozialistische Ghettoisierungspolitik in Polen 1939-1941, in: *ders.*, Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1988, S. 37-65.
- Browning, Christopher R.*: The Path to Genocide. Essays on Launching the Final Solution, Cambridge 1992.
- Browning, Christopher R.*: Referat Deutschland, Jewish Policy and the German Foreign Office (1933-1940), in: YVS 12 (1977), S. 37-73.
- Brüggemeier, Franz; Kocka, Jürgen*: „Geschichte von unten. Geschichte von innen“. Kontroversen um Alltagsgeschichte, Fernuniversität Hagen 1985.
- Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart* (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politischen und sozialen Sprache in Deutschland, 8 Bde., Stuttgart 1972-1997.
- Buber, Martin*: Die Stunde und die Erkenntnis. Reden und Aufsätze 1933-1935, Berlin 1936.
- Buber, Martin*: Das Ende der deutsch-jüdischen Symbiose, in: Jüdische Weltrundschau Jg. 1 (1939), Nr. 1. (Nachdruck in: *Buber, Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden*, Köln 1963.)
- Buchbender, Ortwin; Sterz, Reinhold*: Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945, München 1982. [Juden: S. 168-173]
- Buchholz, Marlis*: Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941-1945, Hildesheim 1987.
- Buchheim, Hans*: Die organisatorische Entwicklung der Ludendorffbewegung und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, [Band I], S. 356-370.

- Buchheim, Hans*: Die organisatorische Entwicklung der politischen Polizei in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, [Band I], S. 294-307.
- Buchheim, Hans*: Die SS – das Herrschaftsinstrument, Befehl und Gehorsam, in: *Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick*: Anatomie des SS-Staates, S. 15-212.
- Buchheim, Hans; Broszat, Martin; Jacobsen, Hans-Adolf; Krausnick, Helmut* (Hrsg.): Anatomie des SS-Staates, 2 Bde., Freiburg/Br. 1965.
- Burger, Reiner*: „Jüdisches Nachrichtenblatt“ (1938-1943). Historischer Kontext, Entwicklung, Inhalte, Diplomarbeit, Katholische Universität Eichstätt 1996.
- Burleigh, Michael* (Hrsg.): *Confronting the Nazi Past. New Debates on Modern German History*, London 1996.
- Burleigh, Michael*: *Death and Deliverance. „Euthanasia“ in Germany, 1900-1945*, Cambridge 1994.
- Burleigh, Michael; Wippermann, Wolfgang*: *The Racial State. Germany 1939-1945*, Cambridge 1991.
- Burrin, Philippe*: *Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord*, Frankfurt/M. 1993.
- Busch, Eberhard*: *Juden und Christen im Schatten des Dritten Reiches. Aufsätze zu einer Kritik des Antisemitismus in der Zeit der Bekennenden Kirche*, München 1979.
- Büttner, Ursula*: Die deutsche Bevölkerung und die Judenverfolgungen 1933-1945, in: *Büttner*, Die Deutschen und die Judenverfolgung, S. 67-88.
- Büttner, Ursula* (Hrsg.): *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, Hamburg 1992.
- Büttner, Ursula u.a.* (Hrsg.): *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, 2 Bde., Hamburg 1986.
- Büttner, Ursula*: *The Persecution of Christian-Jewish Families in the Third Reich*, in: *LBIY* 34 (1989), S. 267-289.
- Camp, Lothar de la*: *Das Abendland hat sich seinen Untergang selbst bereitet*, in: *Hauschild-Thiessen*, Die Hamburger Katastrophe, S. 228-239.
- Carlebach, Julius*: *The Foundations of German-Jewish Orthodoxy*, in: *LBIY* 33 (1988), S. 7-91.
- Carlebach, Julius*: *Orthodox Jewry in Germany: The Final Stages*, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 75-96.
- Carroll, James*: *Constantine's Sword. The Church and the Jews: A History*, Houghton Mifflin 2001.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (Hrsg.): *125 Friedhofschändungen in Deutschland 1923-1932: Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit*, Berlin <sup>2</sup>1932.
- Cesarani, David* (Hrsg.): *The Final Solution. Origins and Implementation*, London 1996.

- Cochavi, Yehoyakim*: Cultural and Educational Activities of the German Jews 1933-1941 as a Response to the Challenge of the Nazi Regime, Diss., The Hebrew University Jerusalem 1986 (hebr. mit engl. Zusammenfassung).
- Cochavi, Yehoyakim*: Georg Kareski's Nomination as Head of the Kulturbund – The Gestapo's First Attempt – and Last Failure – to Impose a Jewish Leadership, in: LBIY 34 (1989), S. 227-246.
- Cochavi, Yehoyakim*: Kultur und Bildungsarbeit der deutschen Juden 1933-1941. Antwort auf die Verfolgung durch das NS-Regime, in: Neue Sammlung, 26 (1986), Nr. 3.
- Cohen, Ascher u.a.* (Hrsg.): Comprehending the Holocaust. Historical and Literary Research, Frankfurt/M.-Bern-New York-Paris 1989.
- Cohen, Michael J.*: Palestine, Retreat from the Mandate. The Making of British Policy, 1936-1945, London 1978.
- Cohen, Susan Sarah* (Hrsg.): Antisemitism. An Annotated Bibliography, Bd. 1-3: New York 1987-1994; Bd. 4-14: München 1997-2001.
- Cohn, Benno*: Einige Bemerkungen über den deutschen Zionismus nach 1933, in: *Tramer*, In Zwei Welten, S. 43-54.
- Cohn, Norman*: Warrant for Genocide. The Myth of the Jewish World Conspiracy and the Protocols of the Elders of Zion, London 1967.
- Cohn, Werner*: Bearers of a Common Fate? The „Non-Aryan“ Christian „Fate Comrades“ of the Paulus Bund, 1933-1939, in: LBIY 33 (1988), S. 327-366.
- Colodner, Salomon*: Jewish Education under National Socialism, in: YVS 3 (1959), S. 161-185.
- Comité des Délégations Juives* (Hrsg.): Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933, (Paris 1934) Nachdruck, Frankfurt/M. 1983.
- Contemporary Jewish Record, New York September 1938 – Dezember 1941.
- Conway, John S.*: Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933-1945, ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge, München 1969.
- Cornwell, John*: Pius XII. Der Papst, der geschwiegen hat, München 1999.
- Czech, Danuta* (Hrsg.): Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945, Hamburg 1989.
- Dahm, Volker*: Anfänge und Ideologie der Reichskulturkammer. Die „Berufsgemeinschaft“ als Instrument kulturpolitischer Steuerung und sozialer Reglementierung, in: VfZ 34 (1986), S. 53-84.
- Dahm, Volker*: Das jüdische Buch im Dritten Reich. Teil 1: Ausschaltung der jüdischen Autoren, Verleger und Buchhändler. Teil 2: Salman Schocken und sein Verlag, Frankfurt/M. 1979, 1981.
- Dahm, Volker*: Jüdische Verleger, 1933-1938, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 237-282.
- Dahm, Volker*: Kulturelles und geistiges Leben, in: *Benz*, Juden, S. 75-267.

- Dahrendorf, Ralf*: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.
- Davidowicz, Lucy*: Der Krieg gegen die Juden 1933-1945, Wiesbaden 1979.
- Daxner, Michael*: Die Private Jüdische Waldschule Kaliski in Berlin, 1932-1939, in: *Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 249-258.
- Deuring, Gotthold; Licht und Wiegandt (Hrsg.)*: Hawa Naschira. Auf! Laßt uns singen, Hamburg 2001.
- Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, 7 Bde., Nachdruck, Frankfurt/M. 1980.
- Diamant, Adolf*: Zerstörte Synagogen vom November 1938. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 1978.
- Dickinson, John K.*: German and Jew: The Life and Death of Siegmund Stein, Chicago 1967.
- Diehl, Katrin*: Die jüdische Presse im Dritten Reich. Zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung, Tübingen 1997.
- Diehl-Thiele, Peter*: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933-1945, München <sup>2</sup>1971.
- Diels, Rudolf*: Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo, Stuttgart 1950.
- Dierker, Wolfgang*: Die Religionspolitik des SD. Studien zur Ideologie und Praxis des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (Diss.), Bonn 2000.
- Diner, Dan*: Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, München 1999.
- Diner, Dan*: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/M. 1987.
- Dipper, Christof*: Der deutsche Widerstand und die Juden, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 349-380.
- Dirks, Christian*: Die „Juni-Aktion“ 1938 in Berlin, in: *Meyer, Beate; Simon, Hermann, Juden in Berlin 1938-1945*, S. 33-43.
- Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945, Frankfurt/M. 1963.
- Döscher, Hans-Jürgen*: „Reichskristallnacht“. Die November-Pogrome 1938, Frankfurt/M. 1988.
- Domarus, Max* (Hrsg.): Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, 2 Bde., Wiesbaden <sup>2</sup>1973.
- Drobisch, Klaus*: Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939, Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993).
- Drobisch, Klaus; Goguel, Rudi; Müller, Werner* (Hrsg.) u. *Dohle, Heinz* (Mitarb.): Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945, Frankfurt/M. (Lizenz, Berlin-Ost) 1973.
- Dülfker, Jost*: Deutsche Geschichte 1933-1945. Führerglaube und Vernichtungskrieg, Stuttgart 1992.

- Dunker, Ulrich*: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938, Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977.
- Düwewell, Kurt*: Jewish Cultural Centers in Nazi Germany. Expectations and Accomplishments, in: *Reinharz/Schatzberg*, The Jewish Response.
- Düwewell, Kurt*: Der jüdische Kulturbund Rhein-Ruhr 1933-1938, in: Köln und das rheinische Judentum, Festschrift Germania-Judaica 1959-1984, Köln 1984.
- Dwork, Deborah*: Children with a Star. Jewish Youth in Nazi Europe, New Haven 1991.
- Eckert, Rainer*: Berichtswesen im Faschismus. Abriß der Berichterstattung von Gestapo, Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Regierungs- und Oberpräsidenten sowie Generalstaatsanwälten und Oberlandesgerichtspräsidenten unter Berücksichtigung der vorliegenden Quelleneditionen, in: Bulletin Faschismus/Zweiter Weltkrieg 1990, S. 67 ff.
- Eckert, Rainer*: Gestapo-Berichte. Abbildungen der Realität oder reine Spekulation? in: *Mallmann/Paul*, Die Gestapo, Bd. I, S. 200-215.
- Edelheim-Muehsam, Margaret T.*: Die Haltung der jüdischen Presse gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung, in: *Weltsch*, Deutsches Judentum, S. 353-379.
- Edelheim-Muehsam, Margaret T.*: The Jewish Press in Germany, in: LBIY 1 (1956), S. 163-176.
- Edelheim-Muehsam, Margaret T.*: Reactions of the Jewish Press to the Nazi Challenge, in: LBIY 5 (1960), S. 308-329.
- Eichmann, Adolf*: Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht, hrsg. von Rudolf Aschenauer, Leoni 1980.
- Eilers, Rolf*: Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Erziehung im totalitären Staat, Köln und Opladen 1963.
- Eitner, Hans J.*: Hitlers Deutsche. Das Ende eines Tabus, Gernsbach 1990.
- Elkin, Rivka*: Continuity and Change in Social Work and Welfare Activities of German Jews under the Nazi Regime, 1933-1945, Diss., The Hebrew University Jerusalem 1998 (hebr. mit engl. Zusammenfassung).
- Elkin, Rivka*: Das Jüdische Krankenhaus in Berlin zwischen 1938 und 1945, Berlin 1993. (Reihe Deutsche Vergangenheit, Stätten der Geschichte Berlins, Band 77)
- Eloni, Yehuda*: Zionismus in Deutschland von den Anfängen bis 1914, Gerlingen 1987.
- Encyclopaedia Judaica (EJ)*, 16 Bde. und Jahrbücher, Jerusalem 1972 ff.
- Encyclopaedia Judaica Eschkol (EJE)*, 10 Bde. (nicht abgeschlossen), Berlin 1928-1934.
- Endelman, Todd M.* (Hrsg.): Jewish Apostasy in the Modern World, New York und London 1987.
- Engel, David*: Patriotism as a Shield. The Liberal Jewish Defence against Antisemitism in Germany, in: LBIY 31 (1986), S. 147-171.
- The Encyclopedia of Jewish Life Before and During the Holocaust (EJL), 3 Bde., Yad Vashem/Jerusalem 2001.

- Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden (EH), 3 Bde., Berlin 1993.
- Enzyklopädie des Nationalsozialismus (ENS), hrsg. von *Wolfgang Benz; Hermann Graml, u. Hermann Weiß*, München 1997.
- Eppstein, Paul*: Möglichkeiten und Grenzen der Gruppenwanderung, in: *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik*, NF 7 (1937), Nr. 5, 1-8.
- Eppstein, Paul*: Vierzig Jahre jüdische Arbeitsvermittlung in Deutschland. Zur Aufhebung der jüdischen Arbeitsnachweise, in: *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik* NF 7 (1937), Nr. 6, S. 1-7.
- Eppstein, Paul*. Geschichtliche Tragik. Zuschriften und Würdigungen, in: *Jüdische Sozialarbeit* 5, 6 (1959).
- Erel, Shlomo*: Neue Wurzeln. 50 Jahre Immigration deutschsprachiger Juden in Israel, Gerlingen 1983.
- Ermer*: Die Preußische Geheime Staatspolizei, in: *Reichsverwaltungsblatt* 57 (1936), S. 237-238.
- Eschwege, Helmut* (Hrsg.): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, Berlin 1966.
- Eschwege, Helmut*: Resistance of German Jews against the Nazi Regime, in: *LBIY* 15 (1970), S. 168-180.
- Ettlinger, Shmuel*: Antisemitismus in der Neuzeit, Tel Aviv 1978 (hebr.).
- Ettlinger, Shmuel* (Hrsg.): Nation and History. Studies in the History of the Jewish People, 2 Bde., Jerusalem 1984 (hebr.).
- Fabian, Hans-Erich*: Zur Entstehung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, in: *Strauss/Grossmann*, Gegenwart im Rückblick, S. 165-180.
- Faulhaber, Michael*: Judentum, Christentum, Germanentum. Adventspredigten gehalten in St. Michael zu München 1933, München o.J. [1934].
- Feilchenfeld, Werner; Michaelis, Dolf; Pinner, Ludwig*: Haavara – Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972.
- Feinberg, Anat*: Jewish Fate in German Drama 1933-1945, in: *LBIY* 29 (1984), S. 57-71.
- Feinberg, Nathan*: The Activities of Central Jewish Organizations following Hitler's Rise to Power, in: *YVS* 1 (1957), S. 67-83.
- Feinberg, Nathan*: The Jewish Campaign against Hitler on the Rostrum of the League of Nations, Tel-Aviv 1957 (hebr.).
- Feinberg, Nathan*: Jewish Political Activities against the Nazi Regime in the Years 1933-1939, in: *Grubsztein, Meir* (Hrsg.), Jewish Resistance during the Holocaust (Yad Vashem Conference), Jerusalem 1971, S. 74-100.
- Feingold, Henry L.*: The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust 1934-1945, New Jersey 1970.
- Fest, Joachim C.*: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München (1963), <sup>4</sup>1975.



- Fest, Joachim C.*: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M. (1981), <sup>7</sup>1997.
- Fink, Carol u.a.* (Hrsg.): German Nationalism and the European Response 1890-1945, Oklahoma-London 1985.
- Fischer, Albert*: Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“. Der „Wirtschaftsdiktator“ und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln 1995.
- Fliedner, Hans Joachim*: Die Judenverfolgung in Mannheim 1933-1945, Stuttgart 1971.
- Fraenkel, Daniel*: On the Edge of the Abyss. Zionist Policy and the Plight of the German Jews, 1933-1938, Jerusalem 1994 (hebr.).
- Fraenkel, Ernst*: Der Doppelstaat, Frankfurt/M. und Wien 1974.
- Fraenkel, Ernst* (Hrsg.): Philo Zitatelexikon. Worte von Juden; Worte für Juden, Berlin 1936.
- Franzen, Wilhelm*: Die Polizei im neuen Staat, Marburg 1935.
- Freeden, Herbert*: Bleiben oder gehen. Die Diskussion über die Auswanderung in der jüdischen Presse in Nazideutschland, in: LBIB 70 (1985), S. 33-54.
- Freeden, Herbert*: Das Ende der jüdischen Presse in Nazideutschland, in: LBIB 65 (1983), S. 3-21.
- Freeden, Herbert*: Hinter den Kulissen des Kulturbunds, in: LBIB 5 (1958), S. 8-13.
- Freeden, Herbert*: Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1987.
- Freeden, Herbert*: Jüdisches Theater in Nazideutschland, Tübingen 1964.
- Freeden, Herbert*: Kultur „nur für Juden“. „Kulturkampf“ in der jüdischen Presse in Nazideutschland, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 259-272.
- Frei, Norbert*: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933-1945, München (1987), <sup>4</sup>1996.
- Freimark, Peter; Jankowski, A.; Lorenz, I.S.* (Hrsg.): Juden in Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung, Hamburg 1991.
- Friedlander, Fritz*: Jewish Education in Nazi Germany, in: LBII 3 (1958), S. 187-201.
- Friedländer, Günter*: Jüdische Jugend zwischen Gestern und Morgen, Berlin 1938.
- Friedlander, Henry*: The Deportation of the German Jews. Post-War German Trials of Nazi Criminals, in: LBIB 29 (1984), S. 201-226.
- Friedlander, Henry*: Jüdische Anstaltspatienten in NS-Deutschland, in: *Götz, Aly* (Hrsg.), Aktion T4 1939-1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstrasse 4, Berlin 1987, S. 34-44.
- Friedlander, Henry*: The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution, Chapel Hill 1995 (Deutsch: Friedlander, Henry: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997).
- Friedländer, Saul*: The Demise of the German Mandarins. The German University and the Jews, 1933-1939, in: *Jansen*, Aufgabe der Freiheit, S. 69-82.

- Friedländer, Saul*: Nazi Germany and the Jews. Bd. I: The Years of Persecution, 1933-1939, New York 1997 (Deutsch: Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung, München 1998).
- Friedländer, Saul*: Pius XII. und das Dritte Reich, Reinbek 1965.
- Friedländer, Saul* (Hrsg.): Probing the Limits of Representaion. Nazism and the „Final Solution“, Cambridge, Mass. 1992.
- Friedmann, Adolf*: Das Leben Theodor Herzls, Wien 1919.
- Fröhlich, Elke*: Die kulturpolitische Pressekonferenz des Reichspropagandaministeriums, in: VfZ 22 (1974), S. 347-381.
- Fuchs, Richard*: The „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ in the period of Nazi rule, LBIY 12 (1967), S. 3-31.
- Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1932-1933 (FJGV). Hrsg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, bearb. von *Bella Schlesinger*, Berlin 1934.
- Funke, Manfred* (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976.
- Fusser, Andreas*: Der Wirbel um den Westwall. Eine Zeitungsserie für „Die Rheinpfalz“, 1987. <http://www.andreas-fusser.de/archiv/westwall.htm> (28.08.2002).
- Gaertner, Hans*: Probleme der jüdischen Schule während der Hitlerjahre, in: *Weltsch*, Deutsches Judentum, S. 326-352.
- Galnoor, Itzhak*: The Partition of Palestine. Decision Crossroads in the Zionist Movement, Albany 1995.
- Gamm, Hans-Jochen*: Der Flüsterwitz im Dritten Reich, München 1963.
- Gassert, Philipp*: Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933-1945, Stuttgart 1997.
- Gay, Peter*: In Deutschland zu Hause... Die Juden der Weimarer Zeit, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 31-43.
- Gay, Peter*: Weimar Culture. The Outsider as Insider, New York 1968.
- Geigenmüller, Otto*: Die politische Schutzhaft im nationalsozialistischen Deutschland, Würzburg 1937.
- Geisel, Eike*: Das Büro Hinkel, in: *Akademie der Künste Berlin* (Hrsg.): Geschlossene Vorstellung. Der jüdische Kulturbund in Deutschland 1938-1941, Berlin o.J., S. 298-307.
- Geisel, Eike*: Premiere und Pogrom, in: *Jüdischer Almanach* 1 (1992), S. 35-44.
- Geisel, Eike; Broder, Heinrich M.* (Hrsg.): Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933-1941, Berlin 1992.
- Der gelbe Fleck*. Die Ausrottung von 500.000 deutschen Juden. Mit einem Vorwort von Lion Feuchtwanger, Paris 1936.
- Gelber, Yoav*: New Homeland. Immigration and Absorption of Central European Jews 1933-1948, Jerusalem 1990 (hebr.).

- Gelber, Yoav*: The Reactions of the Zionist Movement and the Yishuv to the Nazis' Rise to Power, in: *YVS* 18 (1987), S. 41-101.
- Gellately, Robert*: Allwissend und allgegenwärtig? Entstehung, Funktion und Wandel des Gestapo-Mythos, in: *Mallmann/Paul, Die Gestapo*, S. 47-70.
- Gellately, Robert*: Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany, Oxford 2001. (Deutsch: Gellately, Robert: Hingschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Stuttgart 2002).
- Gellately, Robert*: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945, Paderborn (1993), <sup>2</sup>1994.
- Gellately, Robert*: The Gestapo and German Society. Political Denunciation in the Gestapo Case Files, in: *The Journal of Modern History* 60 (1988), S. 654-694.
- Genschel, Helmut*: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.
- Gerlach, Christian*: Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden zu ermorden, in: *Werkstatt Geschichte* 18, 6. Jg. (1997), S. 7-44.
- Gerlach, Wolfgang*: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin 1987.
- Gillis-Carlebach, Miriam*: Aus der Vorgeschichte der Hochdeutschen-Israelitischen Gemeindegemeinschaft zu Altona ca. 1583-1843, in: *Freimark, Peter u.a.* (Hrsg.): Juden in Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung, Hamburg 1991, S. 15-35.
- Gilman, Sander*: The Rediscovery of the Eastern Jews. German Jews in the East 1890-1918, in: *Bronsen, Jews and Germans*, S. 338-363.
- Glanz, Rudolf*: Geschichte des niederen jüdischen Volkes in Deutschland, New York 1968.
- Goebbels, Joseph*: Die Tagebücher. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil 1: 1923-1941, Teil 2: Diktate 1941-1945, München 1993-1998.
- Goldhagen, Daniel Jonah*: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.
- Goldhagen, Erich*: Weltanschauung und Endlösung. Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht, in: *VfZ* 24 (1976), S. 379-405.
- Goldschmidt, A.*: Der deutsche Distrikt des Ordens Bne Brith, Berlin 1933.
- Goodman, Jean*: The Mond Legacy, London 1982.
- Göppinger, Horst*: Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“: Entrechtung und Verfolgung. München 1990.
- Gordon, Sarah*: Hitler, Germans and the „Jewish Question“, Princeton 1984.
- Goren, Haim* (Hrsg.): Germany and the Middle East. Past, Present, and Future, Jerusalem 2003.

- Gottlieb, M.: The Anti-Nazi Boycott Movement in the United States: An Ideological and Sociological Appreciation, in: *Jewish Social Studies* 9 (1979), S. 481-513.
- Gottlieb, M.: The First of April Boycott and the Reaction of the American Jewish Community, in: *American Jewish Historical Quarterly* 67 (1968), S. 517-533.
- Götz von Olenhusen, Albrecht: Die „nichtarischen“ Studenten an den deutschen Hochschulen. Zur nationalsozialistischen Rassenpolitik 1933-1945, in: *VfZ* 14 (1966), S. 175-206.
- Grab, Walter: Jüdische Integration und Identität in Deutschland und Österreich 1848-1918, Int. Symposium, Tel Aviv 1984.
- Graf, Christoph: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preussischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983.
- Graml, Hermann: Rassismus und Lebensraum. Völkermord im Zweiten Weltkrieg, in: *Bracher, Deutschland 1933-1945*, S. 440-451.
- Graml, Hermann: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988.
- Grasman, Peter: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933-1945, München und Wien 1976.
- Grass, Konrad; Koselleck, Reinhart: Emanzipation, in: *Brunner/Conze/Koselleck, Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 153-197.
- Graupe, Heinz Mosche: Die Entstehung des modernen Judentums. Geistesgeschichte der deutschen Juden 1650-1942, Hamburg 1969.
- Greif, Gideon: Wir weinten tränenlos.... Augenzeugenberichte des jüdischen „Sonderkommandos“ in Auschwitz, Köln 1995.
- Greive, Hermann: Between Christian Anti-Judaism and National-Socialist Antisemitism. The Case of German Catholicism, in: *Kulka/Mendes-Flohr, Judaism and Christianity*, S. 169-179.
- Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983.
- Greive, Hermann, Theologie und Ideologie: Katholizismus und Judentum in Deutschland und Österreich 1918-1935, Heidelberg 1961.
- Grenville, John A.S.: Die „Endlösung“ und die „Judenmischlinge“ im Dritten Reich, in: *Büttner, Das Unrechtsregime II*, S. 91-121.
- Groehler, Olaf: Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR, in: *ders./Herbert, Zweierlei Bewältigung*, S. 29-40.
- Gross, Leonard: *The Last Jews in Berlin*, New York 1982.
- Groß, Walter: Rassenpolitische Erziehung, in: *Schriften der Deutschen Hochschule für Politik*, Reihe 1, Heft 6, Berlin 1934.
- Gross, Walter: The Zionist Students' Movement, in: *LBIY* 4 (1959), S. 143-164.
- Das Große Lexikon des Dritten Reiches (GLDR). Hrsg. von *Christian Zentner und Friedemann Bedürftig*, München 1985.

- Grossmann, Kurt*: Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933-1945, Frankfurt/M. 1969.
- Grüber, Heinrich*: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln 1968.
- Gruchmann, Lothar*: „Blutschutzgesetz“ und Justiz, in: VfZ 31 (1983), S. 418-442.
- Gruchmann, Lothar*: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1987.
- Gruner, Wolf*: Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit jüdischer Deutscher 1938/39, in: Arbeitsmarkt und Sondererlaß, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 8, Berlin 1990, S. 137-155.
- Gruner, Wolf*: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943, Berlin 1997.
- Gruner, Wolf*: Lesen brauchen sie nicht zu können. Die „Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ von Mai 1938, Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 305-341.
- Gruner, Wolf*: Poverty and Persecution: The Reichsvereinigung, the Jewish Population, and Anti-Jewish Population in the Nazi State, 1939-1945, YVS 27 (1999), S. 23-60.
- Gruner, Wolf*: Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933-1945, in: *Rürup*, Jüdische Geschichte, S. 229-266.
- Gruner, Wolf*: Terra incognita? Die Lager für den „jüdischen Arbeitseinsatz“ (1938-1943) und die deutsche Bevölkerung, in: *Büttner*, Die Deutschen und die Judenverfolgung, S. 131-160.
- Gruenewald, Max*: Der Anfang der Reichsvertretung, in: *Weltsch*, Deutsches Judentum, S. 316-325.
- Gruenewald, Max*: Education and Culture of the German Jews under Nazi Rule, in: *The Jewish Review* 5 (1948), S. 56-83.
- Gutman, Yisrael* (Hrsg.): *The Historiography of the Holocaust Period*, Jerusalem 1988.
- Gutman, Yisrael*: Jewish Resistance—Questions and Assessments, in: *ders.*, *Historiography of the Holocaust Period*, S. 641-677.
- Gutman, Yisrael*: *The Jews of Warsaw. Ghetto, Underground, Revolt*, Bloomington 1982.
- Gutman, Yisrael* (Hrsg.): *The Nazi Concentration Camps. Structure and Aims. The Image of the Prisoners. The Jew in the Camp*, Jerusalem 1984.
- Gutman, Yisrael* (Hrsg.): *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933-1945*, Jerusalem 1979.
- Gutman, Yisrael; Zuroff, Efraim* (Hrsg.): *Rescue Attempts during the Holocaust*, Jerusalem 1997.
- Gutteridge, Richard*: German Protestantism and the Jews in the Third Reich, in: *Kulka/Mendes-Flohr*, *Judaism and Christianity*, S. 227-249.
- Gutteridge, Richard*: *Open thy Mouth for the Dumb. The German Evangelical Church and the Jews 1879-1950*, Oxford 1976.

- Hachmeister, Lutz*: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998.
- Hagemann, Jürgen*: Die Presse-Lenkung im Dritten Reich, Bonn 1970.
- Hagemann, Walter*: Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenföhrung, Hamburg 1948.
- Hahn, Hugo*: Die Gründung der Reichsvertretung, in: *Tramer*, In Zwei Welten, S. 97-105.
- Hahn, Hugo*: Der Vortrupp, in: Der Morgen IX, Nr. 6 (Dezember 1933), S. 386-388.
- Hale, Oron James*: Presse in der Zwangsjacke, 1933-1945, Düsseldorf 1965.
- Hamburger, Ernest*: Jews, Democracy and Weimar Republic, New York 1973.
- Hamburger, Ernest*: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968.
- Hamburger, Ernest*: Jüdische Parlamentarier in Berlin 1848-1933, in: *Strauss/Grossmann*, Gegenwart im Rückblick, S. 56-85.
- Hamburger, Ernest u. Pulzer, Peter*: Jews as Voters in the Weimar Republic, in: LBIY 30 (1985), S. 3-66.
- Hamburger, Wolfgang*: The Reactions of Reform Jews to the Nazi Rule, in: *Strauss/Grossmann*, Gegenwart im Rückblick, S. 150-164.
- Harder, Matthias*: Der Reichsverband Jüdischer Kulturbünde in Deutschland, in: *Akademie der Künste Berlin* (Hrsg.): *Geschlossene Vorstellung*. Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1938-1941, Berlin o.J., S. 246-256.
- Hassell, Ulrich von*: Die Hassell Tagebücher 1938-1944, Berlin 1988.
- Haug, Wolfgang Fritz*: Antisemitismus in marxistischer Sicht, in: *Strauss/Kempe*, Antisemitismus, S. 234-255.
- Hauschild-Thiessen, Renate* (Bearb.): Die Hamburger Katastrophe vom Sommer 1943 in Augenzeugenberichten. Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 38 (1993).
- Hayes, Peter*: Big Business and „Aryanization“ in Germany 1933-1939, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 3 (1994), S. 254-281.
- Heer, Hannes*: Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: *ders.*, Tote Zonen. Die deutsche Wehrmacht an der Ostfront, Hamburg 1999, S. 11-40.
- Heiber, Helmut*: Der Fall Grünspan, in: VfZ 5 (1957), S. 134-172.
- Heiber, Helmut* (Hrsg.): Reichsföhrer! Briefe an und von Himmler, Stuttgart 1968.
- Heiber, Helmut*: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966.
- Heim, Susanne*: „Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein“. Die Zwangsemigration der Juden 1933 bis 1938, in: *Jungfer*, Arbeitsemigration und Flucht, S. 48-81.

- Heim, Susanne, Aly, Götz*: Staatliche Ordnungen und „organische Lösung“. Die Rede Hermann Görings „Über die Judenfrage“ vom 6. Dezember 1938, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 378-404.
- Helmreich, Ernst Christian*: The Arrest and Freeing of the Protestant Bishops of Württemberg and Bavaria, September/October 1934, in: *Central European History* 2 (1969), S. 159-169.
- Helmreich, Ernst Christian*: The German Churches under Hitler. Background, Struggle and Epilogue, Detroit 1979.
- Helmreich, Ernst Christian*: Jewish Education in the Third Reich, in: *Journal of Central European Affairs* 15 (1955), S. 134-147.
- Henke, Josef*: Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme–Rückführung–Verbleib, in: *VfZ* 30 (1982), S. 557-620.
- Henschel, Hildegard*: Aus der Arbeit der jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941-43. Gemeindegarbeit und Evakuierung von Berlin 16. Oktober 1941–16. Juni 1943, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden* 9 (1972), S. 33-52.
- Herbert, Ulrich*: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, Frankfurt/M. 1995.
- Herbert, Ulrich*: Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: *Diner, Ist der Nationalsozialismus Geschichte?*, S. 189-236.
- Herbert, Ulrich*: Best. Biografische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.
- Herbert, Ulrich*: „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung in den frühen zwanziger Jahren in Deutschland, in: *Bajohr u.a., Zivilisation und Barbarei*, S. 115-144.
- Herbert, Ulrich* (Hrsg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt/M. 1998.
- Herbert, Ulrich*: Von der „Reichskristallnacht“ zum „Holocaust“, in: *ders., Arbeit, Volkstum, Weltanschauung*, S. 59-78.
- Herbert, Ulrich*: Weltanschauungseliten. Ideologische Legitimation und politische Praxis der Führungsgruppe der nationalsozialistischen Sicherheitspolizei, in: *Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien* 9 (1997), Potsdam 1997, S. 4-18.
- Herbert, Ulrich u.a.*: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur, hrsg. von *Ulrich Herbert, Karin Orth u. Christoph Dieckmann*, Göttingen 1998.
- Herbert, Ulrich*: Von der Gegnerbekämpfung zur „rassischen Generalprävention“. „Schutzhaft“ und Konzentrationslager in der Konzeption der Gestapo-Führung 1933-1939, in: *ders., Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 60-86.
- Herbst, Ludolf*: Das nationalsozialistische Deutschland 1933 bis 1945. Die Entfesselung der Gewalt, Rassismus und Krieg, Frankfurt/M. 1996.

- Herf, Jeffrey*: Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich, Cambridge 1984.
- Hermelink, Heinrich*: Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933-1945, Tübingen und Stuttgart 1950.
- Hermann, Hans-Walter* (Bearb.): Das Schicksal der Juden im Saarland 1920 bis 1945, in: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, hrsg. von der *Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz*, Bd. 6, Koblenz 1974, S. 259-491.
- Herrmann, Angela Verse*: Die „Arisierungen“ in der Landes- und Forstwirtschaft 1938-1943, Stuttgart 1997.
- Herrmann, Klaus*: Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933-1934, Köln 1969.
- Herzberg, Arno*: Jewish Press under the Nazi Regime – Its Mission, Suppression and Defiance – A Memoir, in: *LBIY* 36 (1991), S. 367-388.
- Herzberg, Arno*: Last Days of the German Jewish Press, in: *Contemporary Jewish Record* 5 (1942), S. 145-153.
- Herzig, Arno u.a.* (Hrsg.): Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus, Hamburg 1992.
- Hefß, Rudolf* (Hrsg.): Anordnungen des Stellvertreters des Führers. Zusammenstellung aller bis zum 31. März 1937 erlassenen und noch gültigen Anordnungen des Stellvertreters des Führers, München 1937.
- Heuer, Renate* (Hrsg.): *Bibliographia Judaica*. Verzeichnis jüdischer Autoren deutscher Sprache, 3 Bde., München und Frankfurt/M. 1981-1988.
- Heydrich, Reinhard*: Wandlungen unseres Kampfes, München 1935.
- Heydrich, Reinhard*: Aufgaben und Ausbau der Sicherheitspolizei im Dritten Reich, München 1937.
- Heyen, Franz Josef*: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus, vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard/Rhein 1967.
- Hilberg, Raul*: Die Aktion Reinhard, in: *Jäckel/Rohwer*, Der Mord an den Juden, S. 125-136.
- Hilberg, Raul*: Die Vernichtung der europäischen Juden, erweiterte Ausgabe, 3 Bde., Frankfurt/M. 1990.
- Hilberg, Raul*: Täter, Opfer, Zuschauer, Frankfurt/M. <sup>2</sup>1992.
- Hildebrand, Klaus*: Das Dritte Reich, München (1979), <sup>4</sup>1991.
- Hildebrand, Klaus*: Innenpolitische Antriebskräfte der nationalsozialistischen Außenpolitik, in: *Funke*, Außenpolitik des Dritten Reiches, S. 223-238.
- Hildebrand, Klaus*: Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich, in: *Hirschfeld/Kettenacker*, „Führerstaat“, S. 73-96.
- Hildesheimer, Esriel*: Cora Berliner. Ihr Leben und Wirken, in: *LBIB* 67 (1984), S. 41-70.



- Hildesheimer, Esriel*: Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Tübingen 1994.
- Hillgruber, Andreas*: Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: VfZ 20 (1972), S. 133-153.
- Hillgruber, Andreas*: Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung, in: *Jäckel/Rohwer, Der Mord an den Juden*, S. 213-224.
- Hillgruber, Andreas*: Der Krieg im Osten und die Vernichtung der Juden, in: „Unternehmen Barbarossa“ – der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Hrsg. von *Gerd R. Überschär u. Wolfram Wette*, Paderborn 1984, S. 219-236.
- Himmler, Heinrich*: Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hrsg. von *Bradley F. Smith u. Agnes F. Peterson*, Berlin 1974.
- Himmler, Heinrich*: Reichsführer!... Briefe an und von Himmler, hrsg. von *Helmut Heiber*, Stuttgart 1968.
- Himmler, Heinrich*: Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation, München 1936.
- Hiob, Hanne u. Koller, Gerd* (Hrsg.): „wir verreisen...“ in die Vernichtung. Briefe 1937-1944, Hamburg 1993.
- Hirschberg, Alfred*: Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: *Schoeps, Wille und Weg*, S. 12-29.
- Hirschberg, Erich*: Die Kameraden. Ein Weg ins Judentum, in: *Der Morgen* 9 (1933/34), S. 339-347.
- Hirschfeld, Gerhard u. Kettenacker, Lothar* (Hrsg.): Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981.
- Hirschfeld, Gerhard* (Hrsg.): *The Policies of Genocide. Jews and Soviet Prisoners of War in Nazi Germany*, London 1986.
- Hitler, Adolf*: *Mein Kampf*, 2 Bde., München <sup>259/260</sup>1937.
- Hitler, Adolf*: Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. von *Werner Jochmann*, Hamburg 1980.
- Hitler, Adolf*: Reden und Proklamationen, 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, hrsg. von *Max Domarus*, 4 Bde., München 1965.
- Hitler*. Reden, Schriften Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom *Institut für Zeitgeschichte*, 5 Bde., München 1992-1998.
- Hitler, Adolf*: *Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924*, hrsg. von *Eberhard Jäckel, Axel Kuhn*, Stuttgart 1980.
- Hitler, Adolf*: *Hitler. Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928*, hrsg. von *Gerhard L. Weinberg*, Stuttgart 1961.
- Hitlers politisches Testament*. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945, Hamburg 1981.
- Höhne, Heinz*: *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Frankfurt/M. 1969.

- Hofer, Walter*: Stufen der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: *Strauss/Kempe, Antisemitismus*, S. 172-185.
- Hoffmann, Christhard u. Schwartz, Daniel*: Early but opposed – supported but late; two Berlin seminaries which attempted to move abroad, *LBIY* 36 (1991), S. 267-304.
- Hollstein, Dorothea*: Antisemitische Propaganda. Die Darstellung des Juden im nationalsozialistischen Spielfilm, München 1983.
- Hollstein, Dorothea*: „Jud Süß“ und die Deutschen. Antisemitische Vorurteile im nationalsozialistischen Spielfilm, Frankfurt/M. 1971.
- Honigmann, Peter*: Die Austritte aus der Jüdischen Gemeinde Berlin 1873-1941, Frankfurt/M.-Bern u.a. 1988.
- Honigmann, Peter*: Jewish Conversions – A Measure of Assimilation? A Discussion of the Berlin Secession Statistics of 1770-1941, in: *LBIY* 34 (1989), S. 3-39.
- Horch, Hans Otto* (Hrsg.): Judentum, Antisemitismus und europäische Kultur, Tübingen 1988.
- Hornshoj-Moller, Stig*: „Der ewige Jude“. Quellenkritische Analyse eines antisemitischen Propagandafilms. Göttingen 1995.
- How Popular was Streicher?, in: *Wiener Library Bulletin* 11 (1957), Nr. 5/6.
- Huber, Heinrich* (Hrsg.): Dokumente einer christlichen Widerstandsbewegung. Gegen die Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen 1941, München 1948.
- Hurewitz, Jacob Coleman*: The Struggle for Palestine, New York 1976.
- Hüttenberger, Peter*: Heimtückefälle vor dem Sondergericht in München 1933-1939, in: *Broszat u.a., Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 435-526.
- Informationsblätter siehe Reichsvertretung.
- Internationaler Militärgerichtshof*. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 42 Bde., Nürnberg 1947-1949.
- Irgun Olej Merkas Europa* (Hrsg.): Die letzten Tage des deutschen Judentums, Tel Aviv 1943.
- Der Israelit, 1933-1938.
- Jäckel, Eberhard*: Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz, Stuttgart 1996.
- Jäckel, Eberhard*: Die Entschlußbildung als historisches Problem, in: *Jäckel/Rohwer, Der Mord an den Juden*, S. 9-17.
- Jäckel, Eberhard; Kuhn, Axel* (Hrsg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.
- Jäckel, Eberhard*: Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart (1986),<sup>2</sup>1988.
- Jäckel, Eberhard*: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart (1969),<sup>4</sup>1991.

- Jäckel, Eberhard; Rohwer, Jürgen: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985.
- Jacoby, Fritz: Die nationalsozialistische Herrschaftübernahme an der Saar, Saarbrücken 1973.
- Jamin, Mathilde: Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Hirschfeld/Kettenacker, „Führerstaat“, S. 329-360.
- Jansen, Christian: Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der Juden nach Madagaskar, München 1997.
- Jansen, Christian u.a. (Hrsg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und Bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995.
- Janowsky, Oscar: The Jews and Minority Rights (1898-1919), New York 1933.
- Jarausch, Konrad H.: Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt/M. 1984.
- Jarausch, Konrad H.: Jewish Lawyers in Germany, 1848-1938 – The Disintegration of a Profession, in: LBIY 36 (1991), S. 171-190.
- Jeggle, Utz: Judendörfer in Baden-Württemberg. Untersuchungen des Ludwig Uhland Instituts der Universität Tübingen, Bd. 23, Magstadt 1969.
- Jellonnek, Burkhard: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz, Paderborn 1990.
- The Jews in Nazi Germany. A Handbook of Facts regarding their present Situation. Issued by the *American Jewish Committee*, New York 1933.
- Jochmann, Werner: Die deutsche Bevölkerung und die nationalsozialistische Judenpolitik bis zur Verkündung der Nürnberger Gesetze, in: *ders.*, Gesellschaftskrise, S. 236-254.
- Jochmann, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945, Hamburg 1988.
- Johnson, Eric A.: Nazi Terror: The Gestapo, Jews and Ordinary Germans, London 1999.
- Jonka, Karol: The Expulsion of Polish Jews from the Third Reich in 1938, in: Polin 8 (1994), S. 255-281.
- Juden in Berlin. Ein Lesebuch. Mit Beiträgen von *Annegret Ehmann, Rachel Livne-Freudenthal, Monika Richarz, Julius H. Schoeps, Raymond Wolf*, Berlin 1988.
- Juden unterm Hakenkreuz. Dokumente und Berichte zur Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten 1933 bis 1945. Ausgewählt und zusammengestellt von *Hans-Dieter Schmid, Gerhard Schneider und Wilhelm Sommer*, 2 Bde., Düsseldorf 1983.
- Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914-1918. Ein Gedenkbuch, hrsg. vom *RjF*, Berlin 1932.
- Jüdisches Lexikon (JL), 5 Bde., Berlin 1927-1930.
- Jüdisch-Liberale Zeitung (LZ), 1933-38.
- Jüdisches Nachrichtenblatt (JNBl.), Berlin 1938-1943.

- Jüdische Rundschau (JR), Berlin 1896-1938.
- Jungfer, Eberhard u.a.* (Hrsg.): Arbeitsimmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa, Berlin 1993. (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 11)
- Kampe, Norbert*: Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1987.
- Kann, Robert A.*: Public Opinion Research. A contribution to historical method, in: *Political Science Quarterly* 73 (1958), S. 374-396.
- Kaplan, Marion A.*: *Between Dignity and Despair, Jewish Life in Nazi Germany*, New York/Oxford 1998.
- Kaplan, Marion A.*: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des jüdischen Frauenbundes 1904-1938, Hamburg 1981.
- Kaplan, Marion* (Hrsg.): *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945*, München 2003.
- Kaplan, Marion A.*: *The Making of the Jewish Middle Class. Women, Family and Identity in Imperial Germany*, New York 1991.
- Kaplan, Marion A.*: *Sisterhood Under Siege. Feminism and Antisemitism in Germany, 1904-38*, in: *Bridenthal/Grossmann/Kaplan, Women in Weimar and Nazi Germany*, S. 174-196.
- Kater, Michael H.*: *Everyday Anti-Semitism in Prewar Nazi Germany. The Popular Bases*, in: *YVS* 16 (1984), S. 129-159.
- Kater, Michael H.*: *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders, 1919-1945*, Cambridge/Mass. 1983.
- Kater, Michael H.*: *Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der Nationalsozialistischen Machtergreifung*, in: *Schieder, Faschismus als soziale Bewegung*, S. 25-67.
- Kater, Michael H.*: *Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik*, Hamburg 1975.
- Kater, Michael H.*: *Die mißbrauchte Muse. Musiker im Dritten Reich*, München 1998.
- Katz, Jacob*: *Jews and Freemasons in Europe 1723-1939*, Cambridge/Mass. 1970.
- Katz, Jacob*: *Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700-1933*, München 1989.
- Katz, Jacob*: *Zur jüdischen Sozialgeschichte. Epochale und überepochale Geschichtsschreibung*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 20 (1991), S. 429-436.
- Kaul, Friedrich Karl*: *Der Fall Herschel Grynszpan*, Berlin 1965.
- Kaznelson, Siegmund*: *Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk*, Berlin<sup>2</sup>1959.
- Kelmann, Herbert C. u. V. Lee Hamilton*: *Crimes of Obedience: Towards a Social Psychology of Authority and Responsibility*, New Haven 1989.

- Kellermann, Heinz*: Der „Bund“ [Deutsch-jüdischer Jugend], in: *Schoeps, Wille und Weg*, S. 30-45.
- Kempner, Robert M.W.*: Die Ermordung von 35.000 Berliner Juden. Der Judenmordprozeß in Berlin schreibt Geschichte, in: *Strauss/Grossmann, Gegenwart im Rückblick*, S. 180-205.
- Kershaw, Ian*: Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktion auf die Judenverfolgung, in: *Broszat, Bayern in der NS-Zeit II*, S. 281-384.
- Kershaw, Ian*: German Popular Opinion and the „Jewish Question“, 1939-1943. Some further Reflections, in: *Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 365-388.
- Kershaw, Ian*: German Popular Opinion during the Final Solution: Information, Comprehension, Reactions, in: *Cohen, Ascher u.a. (Hrsg.), Comprehending the Holocaust*, S. 145-158.
- Kershaw, Ian*: Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998; Hitler 1936-1945, Stuttgart 2000.
- Kershaw, Ian*: Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999.
- Kershaw, Ian*: The Nazi Dictatorship. Problems and Perspectives of Interpretation, London <sup>4</sup>2000 (Deutsch: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1994, <sup>3</sup>2002).
- Kershaw, Ian*: The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich, in: *LBIY 26* (1981).
- Kershaw, Ian*: Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933-1945, Oxford 1983, S. 224-277, 358-372.
- Killanin, Michael Moris u. John Rodda*: The Olympic Games. 80 Years of People, Events and Records, London 1976.
- Kirwin, Gerald*: Allied Bombing and Nazi Domestic Propaganda, in: *European History Quarterly 15* (1985), S. 341-362.
- Klee, Ernst*: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, Frankfurt 1985.
- Klee, Ernst*: „Die SA Jesu Christi“. Die Kirche im Banne Hitlers, Frankfurt/M. 1989.
- Klee, Ernst; Dressen, Willi; Riess, Volker (Hrsg.)*: „Schöne Zeiten“. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt/M. 1988.
- Klein, Thomas (Hrsg.)*: Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936, 2 Teilbde., Köln und Wien 1986.
- Klein, Thomas (Hrsg.)*: Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte, 2 Teile, Darmstadt und Marburg 1985.
- Klein, Peter (Hrsg.)*: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997.

- Klemperer, Victor*: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945, 2 Bde., Berlin 1995.
- Klepper, Jochen*: Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, Stuttgart 1983.
- Kley, Stefan*: Hitler and the Pogrom of November 9-10, 1938, in: *Yad Vashem Studies* 28 (2000), S. 87-112.
- Klönne, Arno*: Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen, München 1995.
- Kober, Adolf*: Jewish Communities in Germany from the Age of Enlightenment to their destruction by the Nazis, in: *JSS* 9 (1947), S. 195-238.
- Koellreuter, Otto*: Volk und Staat in der Weltanschauung des Nationalsozialismus, Berlin 1935.
- König, Joel*: David. Aufzeichnungen eines Überlebenden, Frankfurt/M. 1979. (Originalausgabe: „Den Netzen entronnen“, Göttingen 1967).
- Koonz, Claudia*: Courage and Choice among German-Jewish Women and Men, in: *Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 283-294.
- Kosmala, Beate u. Claudia Schoppmann* (Hrsg.): Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941-1945, Berlin 2002.
- Köttgen, Arnold*: Polizei und Gesetz, in: *Reichsverwaltungsblatt* 59 (1938), S. 173-179.
- Kotze, Hildegard von; Krausnick, Helmut* (Hrsg.): „Es spricht der Führer“. Sieben exemplarische Hitler-Reden, Gütersloh 1966.
- Krach, Tillmann*: Jüdische Rechtsanwälte in Preußen. Über die Bedeutung der freien Advokatur und ihre Zerstörung durch den Nationalsozialismus, München 1991.
- Krakowski, Shmuel*: The Fate of the Jewish POW in Soviet and Polish Armies, in: *Cohen, Ascher; Cochavi, Yehoyakim; Gelber, Yoav* (Hrsg.), *The Shoah and the War*, New York 1992, S. 217-231.
- Kramer, David*: Jewish Welfare under the Impact of Pauperisation, in: *Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 173-188.
- Krausnick, Helmut Festschrift*: Miscellanea, Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, hrsg. von *Wolfgang Benz* u.a., Stuttgart 1980.
- Krausnick, Helmut*: Judenverfolgung, in: *Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, Anatomie des SS-Staates*, S. 283-448.
- Krausnick, Helmut u. Wilhelm, Hans-Heinrich*: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981.
- Krüger, Arndt*: Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung, Berlin 1972.
- Krüger, Arndt*: Das Verhältnis der Juden zu den Olympischen Spielen von 1936, in: *Menora* 5 (1994), S. 331-347.
- Kruglov, Aleksandr I.*: Die Deportation deutscher Bürger jüdischer Herkunft durch die Faschisten nach dem Osten 1940-1945, in: *Zeitschrift für Geschichte* 32 (1984), S. 1084-1091.

- Kube, Alfred*: Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.
- Kudlien, Fridolf*: Ärzte im Nationalsozialismus, Köln 1985.
- Kühne, Thomas*: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg und die „ganz normalen Deutschen“. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkrieges. 1. Teil in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 580-662, 2. Teil in: Archiv für Sozialgeschichte 40 (2000), S. 440-486.
- Kulka, Otto D.*: Die deutsche Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und die Endlösung, in: Historische Zeitschrift 240 (1985), S. 599-640 (erw. engl. Fassung in: *Gutman*, Historiography, S. 1-51).
- Kulka, Otto D.* (Hrsg., unter Mitarbeit von *Birkenhauer, Anne*; *Hildesheimer, Esriel*): Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. I, Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997.
- Kulka, Otto D.*: The German Population and the Jews: State of Research and New Perspectives, in: *Bankier, David* (Hrsg.): Probing the Depths of German Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews, 1933-1941, Jerusalem 2000, S. 271-281.
- Kulka, Otto D.*: Ghetto in an Annihilation Camp. Jewish Social History in the Holocaust Period and its Ultimate Limits, in: *Gutman*, Nazi Concentration Camps, S. 315-332.
- Kulka, Otto D.*: The „Jewish Question“ in the Third Reich. Its Significance in National Socialist Ideology and Politics and its Role in Determining the Status and Activities of the Jews, 2 Bde., Jerusalem 1975 (Bd. 1: hebr. mit engl. Zusammenfassung; Bd. 2: Dokumente, deutsch).
- Kulka, Otto D.*: Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte, in: VfZ 32 (1984), S. 582-624.
- Kulka, Otto D.*: Popular Christian Attitudes in The Third Reich to National Socialist Policies towards the Jews, in: *Kulka/Mendes-Flohr*, Judaism and Christianity, S. 251-267.
- Kulka, Otto D.*: „Public Opinion“ in National Socialist Germany and the „Jewish Question“, in: Zion Quarterly for Research in Jewish History 40 (1975), S. 186-290 (hebr. mit engl. Zusammenfassung, Dokumentation in Deutsch S. 260-290; gekürzte engl. Fassung mit zusätzlichem Material, in: The Jerusalem Quarterly 1982, Nr. 25, S. 121-144; Nr. 26, S. 34-45), nochmals abgedruckt in: *Marrus*, The Nazi Holocaust, Bd. 5, S.115-150.
- Kulka, Otto D.*: The Reichsvereinigung and the Fate of German Jews, 1938/9-1943. Continuity or Discontinuity in German-Jewish History in the Third Reich, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 353-363.
- Kulka, Otto D.*: Singularity and its Relativization. Changing Views in German Historiography on National Socialism and the „Final Solution“, in: *Baldwin*, Reworking the Past, S. 146-170.

- Kulka, Otto D. u. Mendes-Flohr, Paul R. (Hrsg.):* Judaism and Christianity under the Impact of National Socialism, Jerusalem 1987.
- Kulka, Otto D. u. Rodrigue, Aron:* The German Population and the Jews in the Third Reich. Recent Publications and Trends of Research on German Society and the „Jewish Question“, in: YVS 16 (1984), S. 421-435.
- Kupisch, Karl:* Die Bekennende Kirche und die Judenfrage, in *ders.*, Durch den Zaun der Geschichte, Berlin 1964, S. 371-398
- Kuropka, Joachim (Hrsg):* Meldungen aus Münster 1924-1944. Geheime und vertrauliche Berichte ... in Münster und Umgebung, Regensburg 1992.
- Kwiet, Konrad:* Forced Labour of German Jews in Nazi Germany, in: LBIY 36 (1991), S. 389-410.
- Kwiet, Konrad:* Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung, in: *Benz*, Juden, S. 545-959.
- Kwiet, Konrad:* The Ultimate Refuge–Suicide in the Jewish Community under the Nazis, in: LBIY 29 (1984), S. 135-167.
- Kwiet, Konrad u. Eschwege, Helmut:* Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945, Hamburg 1984.
- Lamm, Hans:* Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich. Diss., Erlangen 1951.
- Landauer, Georg:* Der Zionismus im Wandel dreier Jahrzehnte, Tel Aviv 1957.
- Landes, David:* The Jewish Merchant. Typology and Stereotypology in Germany, in: LBIY 19 (1974), S. 11-23.
- Laqueur, Walter Zeev:* The German Youth Movement and the „Jewish Question“, in: LBIY 6 (1961), S. 193-205.
- Laqueur, Walter Zeev:* The History of Zionism, London 1972.
- Laqueur, Walter Zeev:* The Terrible Secret, London 1980.
- Latzel, Klaus:* Deutsche Soldaten–nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis–Kriegserfahrung 1939-1945, Paderborn 1998.
- Lauber, Heinz:* Judenpogrom „Reichskristallnacht“. November 1938 in Großdeutschland, Gerlingen 1981.
- Lautmann, Rüdiger:* Seminar Gesellschaft und Homosexualität, Frankfurt/M. 1977.
- Lederer, Zdenek:* Ghetto Theresienstadt, London 1953.
- Leibfried, Stephan:* Stationen der Abwehr. Berufsverbote für Ärzte im Dritten Reich 1933-1938, und die Zerstörung des sozialen Asyls durch die organisierten Ärzteschaften des Auslandes, in: LBIB 62 (1982), S. 3-39.
- Lestchinsky, Jacob:* Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums, Berlin 1932.
- Levine, Herbert C.:* A Jewish Collaborator in Nazi Germany. The Strange Career of Georg Kareski, in: Central European History 8 (1975), S. 251-281.
- Levine, Herbert:* Hitler’s Free City. A History of the Nazi Party in Danzig, 1925-1939, Chicago 1973.



- Levine, Herbert C.:* The Jewish Leadership in Germany and the Nazi Threat in 1933, in: *Fink, German Nationalism*, S. 181-206.
- Lewy, Günter:* Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965.
- Lexikon des Judentums (LJ).* Hrsg. *J.F. Oppenheimer, E. Bin Gorion, E.G. Löwenthal, H.G. Reissner*, Gütersloh <sup>2</sup>1971.
- Lichtenstein, Erwin:* Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Tübingen 1973.
- Lichtheim, Richard:* Die Geschichte des deutschen Zionismus, Jerusalem 1953.
- Liepach, Martin:* Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik, Tübingen 1996.
- Limberg, Margarete v. u. Rübsaat, Hubert:* Sie durften nicht mehr Deutsche sein. Jüdischer Alltag in Selbstzeugnissen 1933-1938, Frankfurt/M. 1990.
- Lipski, Józef:* Diplomat in Berlin, 1933-1939, New York 1968.
- Lipstadt, Deborah E.:* The American Press and the Persecution of German Jewry – The Early Years 1933-1935, in: *LBIY* 29 (1984), S. 27-55.
- Longerich, Peter:* Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.
- Longerich, Peter* (Hrsg.) unter Mitarbeit von *Dieter Pohl:* Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945, München 1989.
- Longerich, Peter:* Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München 1992.
- Longerich, Peter:* Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.
- Lösener, Bernhard:* Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung. Aufzeichnungen, in: *VfZ* 9 (1961), S. 262-311.
- Loewenberg, Paul:* The Kristallnacht as a Public Degradation Ritual, in: *LBIY* 32 (1987), S. 309-323.
- Löwenstein, Karl:* Minsk – Im Lager der deutschen Juden, Bonn 1961.
- Loewenstein, Kurt:* Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie, in: *Mosse, W./Paucker, Entscheidungsjahr*, S. 1-403.
- Loewenstein, Leo:* Die Linie des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, in: *Schoeps, Wille und Weg*, S. 7-11.
- Lohalm, Uwe:* Fürsorge und Verfolgung. Öffentliche Wohlfahrtsverwaltung und nationalsozialistische Judenpolitik in Hamburg 1933 bis 1942, Hamburg 1998.
- Lotan, Giora:* The Zentralwohlfahrtsstelle, in: *LBIY* 4 (1959), S. 185-207.
- Lowenstein, Steven M.:* The Struggle for Survival of the Rural Jews in Germany. The Case of Bezirksamt Weissenburg, Mittelfranken, in: *Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 115-124.

- Lowenthal, E.G.* (Hrsg.): *Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch, im Auftrag des Council of Jews from Germany, London und Stuttgart 1965.*
- Lowenthal, E.G.*: *Das war das Ende der jüdischen Presse in Deutschland*, in: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland* 8, Nr. 30 (Oktober 1953).
- Lowenthal, E.G.*: *In the Shadow of Doom—Post-War Publications on Jewish Communal History in Germany*, in: *LBIY* 11 (1966), S. 306-335; 15 (1970), S. 223-242; 23 (1978), S. 283-308; 29 (1984), S. 419-468.
- Lozowick, Yaacov*: *Hitlers Bürokraten: Eichmann, seine willigen Vollstrecker und die Banalität des Bösen*, Zürich 2000.
- Lozowick, Yaacov*: *Malicious Clerks. The Nazi Security Police and the Banality of Evil*. Diss. (hebr. mit engl. Zusammenfassung), Jerusalem 1995.
- Lozowick, Yaacov*: *Documentation: „Judenspediteur.“ A Deportation Train*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 6, 3 (1991), S. 283-292.
- Lübbe, Hermann*: *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift* 236 (1983), S. 579-599.
- Luchterhand, Elmer*: *Knowing and not Knowing. Involvement in Nazi Genocide*, in: *Thompson, Our Common History*, S. 251-272.
- Ludwig, Emil*: *The Davos Murder*, London 1937.
- Lüdtke, Alf*: *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.
- Lüdtke, Alf* (Hrsg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt 1989.
- Magill, Stephen*: *Defense and Introspection. The First World War as a Pivotal Crisis in the German Jewish Experience*, Los Angeles 1977.
- Maier, Clemens*: *Das Jüdische Nachrichtenblatt (1938-1943). Ein jüdisches Presseerzeugnis im Kontext nationalsozialistischer Verfolgung*, Magisterarbeit am Fachbereich für Geschichts- und Kulturwissenschaften, Friedrich-Meineke-Institut, Berlin 2001.
- Maierhof, Gudrun*: *„Selbstbehauptung im Chaos“. Jüdische und weibliche Selbsthilfe im nationalsozialistischen Deutschland*, Diss. Universität/Gesamthochschule Kassel 2000.
- Mallmann, Klaus u. Paul, Gerhard* (Hrsg.): *Bd. I: Die Gestapo. Mythos und Realität*, Darmstadt 1995; *Bd. II: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa*, Darmstadt 2000.
- Mammach, Klaus*: *Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, 1933-1939*, Frankfurt/M. 1974.
- Manoschek, Walter* (Hrsg.): *„Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung“. Das Judenbild in den Soldatenbriefen, 1933-1944*, Hamburg 1995.
- Maoz, Eliyahu*: *50 Jahre „Kameraden-Bewegung“*, in: *„MB“ (Mitteilungsblatt), Wochenzeitung des Irgun Olej Merkaz Europa*, Tel-Aviv, 27.5.1966, S. 6.
- Maoz, Eliyahu*: *The Werkleute*, in: *LBIY* 4 (1959), S. 165-182.

- Marcus, Ernst*: The German Foreign Office and the Palestine Question 1933-1939, in: YVS 2 (1958), S. 179-204.
- Margaliot, Abraham*: Between Rescue and Annihilation. Studies in the History of German Jewry 1932-1938, Jerusalem 1990 (hebr.).
- Margaliot, Abraham*: The Dispute over the Leadership of German Jewry, in: YVS 10 (1974), S. 129-148.
- Margaliot, Abraham*: Emigration–Planung und Wirklichkeit, in: Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 303-316.
- Margaliot, Abraham*: The Political Reaction of German Jewish Organizations and Institutions to the Anti-Jewish Policy of the National-Socialists 1932-1935, Diss., Hebrew University Jerusalem 1971 (hebr. mit engl. Zusammenfassung).
- Margaliot, Abraham*: The Reaction of the Jewish Public in Germany to the Nuremberg Laws, in: YVS 12 (1977), S. 75-107.
- Margaliot, Abraham u. Cochavi, Yehoyakim* (Hrsg.): History of the Holocaust. Germany, 2 Bde., Jerusalem 1998 (hebr.).
- Markel, Richard*: Brith Haolim. Der Weg der Alija des Jung-Jüdischen Wanderbundes (JJWB), in: LBIB 9 (1966), S. 119-189.
- Marrus, Michael* (Hrsg.), The Nazi Holocaust. Historical Articles on the Destruction of European Jews, 9 Bde., Westport and London 1989.
- Marrus, Michael R.*: The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century, New York 1985.
- Marßolek, Inge u. René Ott*: Bremen im Dritten Reich. Anpassung–Widerstand–Verfolgung, Bremen 1986.
- Martin, Bernd u. Schulin, Ernst* (Hrsg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981.
- Marx, L.*: Otto Hirsch. Ein Lebensbild, in: LBIB 6 (1963), S. 295-312.
- Maschmann, Melitta*: Fazit. Mein Weg in der Hitlerjugend, München <sup>5</sup>1983.
- Mason, Timothy W.*: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975.
- Matheson, Peter* (Hrsg.): The Third Reich and the Christian Churches, Grand Rapids, Michigan 1981.
- Matthäus, Jürgen*: Deutschtum and Judentum under Fire. The Impact of the 1<sup>st</sup> World War on the Strategies of the CV and the Zionistische Vereinigung, in: LBIY 33 (1988), S. 129-148.
- Matzerath, Horst*: Bürokratie und Judenverfolgung, in: Büttner, Die Deutschen und die Judenverfolgung, S. 105-130.
- Matzerath, Horst*: Oberbürgermeister im Dritten Reich, in: Hirschfeld/Kettenacker, „Führerstaat“, S. 228-254.
- Maunz, Theodor*: Gestalt und Recht der Polizei, Hamburg 1943.
- Maurer, Trude*: Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Pehle, Judenpogrom 1938, S. 52-73.

- Maurer, Trude*: Ausländische Juden in Deutschland, 1933-1939, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 189-210.
- Maurer, Trude*: The East European Jew in the Weimar Press. Stereotype and Attempted Rebuttal, in: *Studies in Contemporary Jewry* 1 (1984), S. 176-198.
- Maurer, Trude*: Ostjuden in Deutschland, 1918-1933, Hamburg 1986.
- Mayer, Arno J.*: Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“, Reinbek 1989.
- Mayer, Paul Yogi*: Equality–Egality. Jews and Sport in Germany, in: *LBIY* 25 (1980), S. 221-241.
- Meier, K.*: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches, Göttingen 1968.
- Meier-Cronemeyer, Hermann*: Jüdische Jugendbewegung, in: *Germania Judaica* VIII, Nr. 1/2, 3/4 (1969), S. 74-78, 96-110, 105.
- Meiring, Kerstin*: Die Christlich-Jüdische Mischehe in Deutschland 1840-1933, Hamburg 1998.
- Mendes-Flohr, Paul*: From Mysticism to Dialogue. Martin Buber's Transformation of German Social Thought, Detroit 1988.
- Mendes-Flohr, Paul*: Jüdisches Kultur- und Geistesleben, in: *Meyer*, Deutsch-jüdische Geschichte, Bd. IV, Kap. VI.
- Merkl, Peter*: Political Violence Under the Swastika. 581 Early Nazis, Princeton 1975.
- Merritt, Anna J. u. Richard L.* (Hrsg.): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945-1949, Urbana 1970.
- Merritt, Anna J. u. Richard L.* (Hrsg.): Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949-1955, Urbana 1980.
- Meyer, Beate*: Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung–Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Jüdische Gemeinde zu Berlin 1938-1945, in: *dies. u. Hermann Simon*, Juden in Berlin, S. 291-337.
- Meyer, Beate u. Simon, Hermann*: Juden in Berlin 1938-1945, Berlin 2000.
- Meyer, Beate*: „Jüdische Mischlinge“ Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999.
- Meyer, Beate*: Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden, in: *Kosmala*: Überleben im Untergrund, S. 273-296.
- Meyer, Michael A.* (Hrsg.): Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 4: Aufbruch und Zerstörung 1918-1945, München 1997.
- Meyer, Michael A.*: Judaism within Modernity. Essays on Jewish History and Religion, Detroit 2001.
- Meyer, Michael A.*: Jewish Political Leadership in Nazi Germany, in: *ders.*, Judaism within Modernity, S. 183-205.
- Meyer, Michael A.*: Response to Modernity. A History of the Reform Movement in Judaism, Oxford 1988.

- Meyer, Michael A.:* The Thought of Leo Baeck: A Religious Philosophy for a Time of Adversity, in: *Modern Judaism* 19 (1999), S. 107-117.
- Meyhöfer, Rita:* Gäste in Berlin? Jüdisches Schülerleben in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Hamburg 1996.
- Michael, Robert:* Theological Myth, German Anti-Semitism and the Holocaust. The Case of Martin Niemöller, in: *Holocaust and Genocide Studies* 2 (1987), S. 105-122.
- Michelberger, Hans:* Berichte aus der Justiz des Dritten Reiches: Die Lageberichte der Oberlandesgerichtspräsidenten von 1940-1945 unter vergleichender Heranziehung der Lageberichte der Generalstaatsanwälte, Diss., Tübingen 1989.
- Michman, Dan:* „Judenräte“ und „Judenvereinigungen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft; Aufbau und Anwendung eines verwaltungsmäßigen Konzepts, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 46,4, Berlin 1998, S. 293-304.
- Milton, Sybil:* The Expulsion of Polish Jews from Germany. October 1938 to July 1939 – A Documentation, in: *LBIY* 29 (1984), S. 169-199.
- Mlynek, Klaus:* Gestapo Hannover meldet ... Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937, Hildesheim 1986.
- Moll, Martin* (Hrsg.): „Führer-Erlasse“ 1939-1945, Stuttgart 1997.
- Möller, Horst:* Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984.
- Mommsen, Hans:* Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“, München 2002.
- Mommsen, Hans:* Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966.
- Mommsen, Hans:* Cumulative Radicalization and Progressive Self-Destruction as Structural Determinants of the Nazi Dictatorship, in: *Ian Kershaw u. Moshe Lewin* (Hrsg.): *Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison*, Cambridge 1997, S. 75-87.
- Mommsen, Hans:* From Weimar to Auschwitz, Oxford 1991.
- Mommsen, Hans:* Die Funktion des Antisemitismus im „Dritten Reich“. Das Beispiel des Novemberpogroms, in: *Brakelmann/Rosowski*, *Antisemitismus*, S. 179-192.
- Mommsen, Hans:* Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938, in: *VfZ* 10 (1962), S. 68-87.
- Mommsen, Hans:* Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung der Judenfrage“ im Dritten Reich, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 381-420.
- Mommsen, Hans:* Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewußt? in: *Pehle*, *Judenpogrom 1938*, S. 176-200.
- Mommsen, Hans u. Obst, Dieter:* Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933-1943, in: *Mommsen/Willems*, *Herrschaftsalltag*, S. 374-485.
- Mommsen, Hans u. Willems, Susanne* (Hrsg.): *Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte*, Düsseldorf 1988.

- Morgenthaler, Sibylle*: Countering the Pre-1933 Nazi Boykott against the Jews, in: LBIY 36 (1991), S. 127-149.
- Morsch, Günter*: Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/7, Frankfurt/M.-Berlin-Bern 1993.
- Moser, Jonny*: Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich. Diskriminierung und Terror durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse, in: *Pehle*, Judenpogrom 1938, S. 118-131.
- Moses, Siegfried*: Weltanschauliche Unterschiede im deutschen Judentum, in: LBIB 8 (1965), S. 346-351.
- Mosse, George L.*: Jewish Emancipation. Between Bildung and Respectability, in: *Reinharz/Schatzberg*, The Jewish Response.
- Mosse, George L.*: Culture, Civilization and German Anti-Semitism, in: *Judaism* 7 (1958), S. 256-266.
- Mosse, George L.*: Die deutsche Rechte und die Juden, in: *Mosse, W./Paucker*, Entscheidungsjahr, S. 183-246.
- Mosse, George L.*: German Jews beyond Judaism, Bloomington, Ind. 1985.
- Mosse, George L.*: The Image of the Jew in German Popular Culture. Felix Dahn and Gustav Freytag, in: LBIY 2 (1957), S. 218-227.
- Mosse, George L.*: Der nationalsozialistische Alltag. So lebte man unter Hitler, Königstein/Ts. 1978.
- Mosse, Werner E.*: The German-Jewish Economic Elite 1820-1935. A Socio-Cultural Profile, Oxford 1989.
- Mosse, Werner E.*: Terms of Successful Integration – The Tietz Family 1858-1923, in: LBIY 34 (1989), S. 131-161.
- Mosse, Werner E. u. Paucker, Arnold* (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923, Tübingen 1971.
- Mosse, Werner E. u. Paucker, Arnold* (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1966.
- Muckermann, F.*: Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen, bearbeitet und eingeleitet von *Nikolaus Junk*, Mainz 1973.
- Müller, Hans*: Katholische Kirche und Nationalsozialismus, München 1963.
- Müller, Ingo*: Hitler's Justice. The Courts of the Third Reich, Cambridge, Mass. 1991.
- Müller, Klaus-Jürgen*: Zur Struktur und Eigenart der national-konservativen Opposition bis 1938. Innerpolitischer Machtkampf, Kriegsverhinderungspolitik und Eventual-Staatsstreichplanung, in: *Schmaedecke/Steinbach*, Widerstand, S. 329-344.
- Müller, Norbert* (Hrsg.): Europa unter dem Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion, Berlin 1991. [S. 239: Brief über die Ermordung von aus Deutschland deportierten Juden im Ghetto Minsk, 23.12.1941]

- Müller-Claudius, Michael*: Der Antisemitismus und das deutsche Verhängnis, Frankfurt/Main 1948.
- Müller-Hill, Benno*: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945, Reinbek 1984.
- Munk, Michael L.*: Austrittsbewegung und Berliner Adass Jisroel-Gemeinde 1869-1939, in: *Strauss/Grossmann*, Gegenwart im Rückblick, S. 130-149.
- Nadav, Daniel u. Stürzbecher, Manfred*: Walter Lustig, in: *Hartung von Doetinchem, Dagmar u. Winau (Hrsg.)*: Zerstörte Fortschritte, Berlin 1989, S. 221-226.
- Nazis Against the World – The Counter-Boycott is the only Weapon against Hitlerism's World Threat to Civilization. Issued by the *League to Champion Human Rights*, New York 1934.
- Neuhäusler, Johann*: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, München <sup>2</sup>1946.
- Neuss, Wilhelm*: Kampf gegen den Mythos des 20. Jahrhunderts. Ein Gedenkblatt an Clemens August Graf von Galen, Köln 1947.
- Die nichtjüdischen Nichtarier in Deutschland, in: CV-Zeitung 20, Nr. 1 (Beiblatt), 16. Mai 1935.
- Nicosia, Francis R.*: Revisionist Zionism in Germany (I) – Richard Lichtheim and the Landesverband der Zionisten-Revisionisten in Deutschland, 1926-1933, in: LBIY 31 (1986), S. 209-240.
- Nicosia, Francis R.*: Revisionist Zionism in Germany (II) – Georg Kareski and the Staatszionistischen Organisation, 1933-1935, in: LBIY 32 (1987), S. 231-267.
- Nicosia, Francis R.*: The Third Reich and the Palestine Question, London 1985.
- Nicosia, Francis R. u. Stokes, Lawrence D.* (Hrsg.): Germans against Nazism, Oxford 1990.
- Niederland, Doron*: The Emigration of Jewish Academics and Professionals from Germany in the First Years of Nazi Rule, in: LBIY 33 (1988), S. 285-300.
- Niederland, Doron*: Emigration-Patterns of German Jews 1918-1938, Diss., The Hebrew University Jerusalem 1988. (hebr. mit engl. Zusammenfassung).
- Niemöller, Wilhelm*: Die evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes, Bielefeld 1956.
- Niemöller, Wilhelm*: Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche, Bielefeld 1948.
- Niethammer, Lutz* (Hrsg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialstruktur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. I, Berlin-Bonn 1983.
- Niethammer, Lutz*: Juden und Russen im Gedächtnis der Deutschen, in: *Pehle*, Der historische Ort des Nationalsozialismus, S. 114-134.
- Niethammer, Lutz*: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Frankfurt/M. 1985.
- Niewyk, Donald L.*: The Jews in Weimar Germany, Baton Rouge and London 1980.
- Niewyk, Donald L.*: Solving the „Jewish Problem“ – Continuity and Change in German Antisemitism 1871-1945, in: LBIY 35 (1990), S. 335-370.

- Nipperdey, Thomas u. Rürup, Reinhard*: Antisemitismus, in: *Brunner/Conze/Koselleck, Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 129-153.
- Noakes, Jeremy*: The Development of Nazi Policy toward the German-Jewish „Mischlinge“ 1933-1945, in: *LBIY* 34 (1989), S. 291-354.
- Noakes, Jeremy*: Oberbürgermeister und Gauleiter im Dritten Reich, in: *Hirschfeld/Kettenacker, „Führerstaat“*, S. 194-227.
- Noakes, Jeremy*: Wohin gehören die „Judenmischlinge“? Die Entstehung der ersten Durchführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen, in: *Büttner, Das Unrechtsregime*, Bd. II, S. 69-89.
- Noakes, Jeremy u. Pridham, Geoffrey* (Hrsg.): *Nazism 1919-1945. A Documentary Reader*, 4 Bde., Exeter 1983-1998.
- Noam, Ernst u. Kropat, Wolf-Arno* (Hrsg.): *Juden vor Gericht 1933-1945. Dokumente aus hessischen Justizakten*, Wiesbaden 1975.
- Noelle, Elisabeth u. Neumann, Ernst Peter*: *Jahrbuch für öffentliche Meinung 1947-1955*, Allenbach 1956.
- Nolan, Mary*: The Historikerstreit and Social History, in: *New German Critique* 44 (Spring/Summer 1988), S. 51-80.
- Nolte, Ernst*: *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus*, München (1963), <sup>6</sup>1984.
- Nolzen, Armin*: The Simulation of „Popular Anger“. The Nazi Party and the Violence against Jews 1933-1939, in: *YVS* 31. 2003, S. 245-285.
- Norden, Günther van*: Die Barmer Theologische Erklärung und die Judenfrage, in: *Büttner, Das Unrechtsregime*, S. 315-330.
- Norden, Günther van*: Die Evangelische Kirche und die Juden im Dritten Reich, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1 (1989), S. 38-49.
- Nowak, Kurt*: „Euthanasie“ und Sterilisierung im „Dritten Reich“, Weimar 1980.
- Obenaus, Herbert u. Sybille* (Hrsg.): „Schreiben wie es wirklich war!“ Die Aufzeichnungen Karl Dürkefäldens aus der Zeit des Nationalsozialismus, Hannover 1985.
- Obst, Dieter*: „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt/M.-New York-Bern-London 1991.
- Ofer, Dalia*: *Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939-1944*, New York 1990.
- Olenhusen, Albrecht Götz von*: Die „nicht arischen“ Studenten an den deutschen Hochschulen. Zur nationalsozialistischen Rassenpolitik 1933-1945, in: *VfZ* 14 (1966), 175-206.
- Ophir, Baruch Z. u. Wiesemann, Falk* (Hrsg.): *Die Jüdischen Gemeinden in Bayern 1918-1945*, München 1979.
- Ophir, Baruch Z.* (Hrsg.): *Pinkas Hakehillot, Encyclopaedia of Jewish Communities from their foundation till after the Holocaust, Germany, Bd. I (Bavaria; hebr.)*, Yad Vashem, Jerusalem 1972.



- Orlow, Dietrich*: The History of the Nazi Party, I: 1919-1933, Pittsburgh 1969; II: 1933-1945, Newton Abbot 1973.
- Orth, Karin*: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999.
- Ostrowski, Siegfried*: Vom Schicksal jüdischer Ärzte im Dritten Reich. Ein Augenzeugenbericht aus den Jahren 1933-1939, in: LBIB (1963), S. 313-351.
- Ottenheimer, Hilde*: The Disappearance of Jewish Communities in Germany, 1900-1938, in: Jewish Social Studies 3 (1941), S. 189-206.
- Padfield, Peter*: Himmler. Reichsführer-SS, London 1990.
- Parteitag der Freiheit. Reden des Führers und ausgewählte Kongreßreden am Reichsparteitag der NSDAP, 1935, München 1936.
- Passelecq, Georges u. Suhecky, Bernard*: L'Encyclique Cachée de Pie XI. Une occasion manquée de l'Eglise face à l'antisémitisme, Paris 1995.
- Pätzold, Kurt*: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus 1933-1945, Berlin (Ost) 1975.
- Pätzold, Kurt* (Hrsg.): Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Leipzig 1983.
- Pätzold, Kurt*: Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: *Eichholz, D.; Grossweiler, K.* (Hrsg.), Faschismus-Forschung, Positionen, Probleme, Polemik, Berlin u. Köln 1980, S. 181-208.
- Pätzold, Kurt u. Runge, Irene*: „Kristallnacht“. Zum Pogrom 1938, Köln 1988.
- Paucker, Arnold*: Jewish Self-Defence, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 55-66.
- Paucker, Arnold* (Hrsg.): Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany 1933-1943, Tübingen 1986.
- Paucker, Arnold*: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg <sup>2</sup>1969.
- Paul, Gerhard* (Hrsg.): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, Darmstadt 2000.
- Paul, Gerhard u. Mallmann, Klaus-Michael* (Hrsg.): Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1995.
- Paul, Gerhard*: Josef Bürckel – Der rote Gauleiter, in: *Smelser, Ronald; Syring, Enrico u. Zitelmann, Rainer* (Hrsg.), Die braune Elite II, Darmstadt 1993, S. 51-65.
- Paul, Gerhard*: „Kämpfende Verwaltung“. Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes als Führungsinstanz der Gestapo, in: *Paul/Mallmann*, Die Gestapo, S. 42-81.
- Paul, Gerhard u. Mallmann, Klaus-Michael* (Hrsg.): Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995.
- Paul, Gerhard*: „Von Judenangelegenheiten hatte er bis dahin keine Ahnung.“ Herbert Hagen, der Judenreferent des SD aus Neumünster, in: Geschichte und

- Biografie, Jüdisches Leben... Festschrift für Erich Koch, Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 33/34 (1998), S. 63-78.
- Pehle, Walter H.* (Hrsg.): Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt/M. 1990.
- Pehle, Walter H.* (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988.
- Peiser, Jacob*: Die Geschichte der Synagogengemeinde zu Stettin, Würzburg <sup>2</sup>1965.
- Peukert, Detlev*: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.
- Peukert, Detlev u. Reulecke, Jürgen* (Hrsg.): Die Reihen fest geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags im Nationalsozialismus, Wuppertal 1981.
- Pfundtner-Neubert* (Hrsg.): Das neue deutsche Reichsrecht, Berlin 1933-1945.
- Philo Lexikon (PhL), Berlin <sup>3</sup>1936.
- Pierson, Ruth*: Embattled Veterans. The Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, in: LBIY 19 (1974), S. 139-154.
- Pikarski, Margot*: Jugend im Berliner Widerstand. Herbert Baum und seine Kampfgefährten, Berlin (Ost) 1978.
- Pingel, Falk*: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978.
- Pinkas Hakehillot*, Encyclopaedia of Jewish Communities from their foundation till after the Holocaust, Germany, Bd. I (Bavaria) Hrsg: *Baruch Zvi Ophir* u.a. (hebr.), Yad Vashem, Jerusalem 1972; Bd. II (Württemberg, Hohenzollern, Baden) Hrsg: *Joseph Walk* u.a. (hebr.), Yad Vashem, Jerusalem 1986; Bd. III (Hesse, Hesse-Nassau, Frankfurt), Hrsg: *Henry Wassermann* u.a. (hebr.), Yad Vashem, Jerusalem 1992.
- Pinner, Ludwig*: Vermögenstransfer nach Palästina 1933-1939, in: *Tramer*, In Zwei Welten, S. 133-166.
- Pinson, Koppel S.*: The Jewish Spirit in Nazi Germany, in: *Menorah Journal* 26/3 (Oct.-Dec. 1936), S. 228-254.
- Plant, Richard*: Rosa Winkel. Der Krieg der Nazis gegen die Homosexuellen, Frankfurt am Main/New York 1991.
- Plum, Günter*: Staatspolizei und innere Verwaltung 1934-1936, in: *VfZ* 13 (1965), S. 208-222.
- Pohl, Dieter*: Holocaust. Die Ursachen, das Geschehen, die Folgen, Freiburg 2000.
- Pohl, Dieter*: Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944, Frankfurt/M. 1993.
- Poliakov, Léon*: Geschichte des Antisemitismus, Frankfurt/M. 1988.
- Poliakov, Léon u. Wulf, Joseph* (Hrsg.): Das Dritte Reich und die Juden, Berlin 1955.
- Poppel, Stephen*: Salman Schocken and the Schocken Verlag, in: LBIY 17 (1972), S. 93-113.

- Poppel, Stephen*: Zionism in Germany 1897-1933. The Shaping of a Jewish Identity, Philadelphia 1977.
- Porath, Yehoshua*: The Palestinian Arab National Movement: 1929-1939. From Riots to Rebellion, London 1977.
- Prinz, Arthur*: The Role of the Gestapo in Obstructing and Promoting Jewish Emigration, in: YVS 2 (1958), S. 205-218.
- Prinz, Michael u. Zitelmann, Rainer* (Hrsg.): Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991.
- Prochownik, Gertrud*: Die jüdische Arbeitsvermittlung in Berlin, in: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, 7 NF (1937), S. 7-15.
- Pulzer, Peter*: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966.
- Pulzer, Peter*: The Jews and the German State. Political History of a Minority 1848-1933, Oxford 1992.
- Rauschning, Hermann*: Gespräche mit Hitler, Zürich 1940.
- Rebentisch, Dieter*: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Stuttgart 1989.
- Reichmann, Eva G.*: Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden, in: *Mosse, W./Paucker*, Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, S. 511-612.
- Reichmann, Eva G.*: Deutsche Judenheit 1933, in: *dies.*, Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz, Heidelberg 1974, S. 48-62.
- Reichmann, Eva G.*: Diskussionen über die Judenfrage 1930-1932, in: *Mosse, W./Paucker*, Entscheidungsjahr, S. 503-531.
- Reichmann, Eva G.*: Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt/M. 1956.
- Reichmann, Eva G.*: Unsere Stellung zum Palästina-Problem, in: CV-Zeitung, 3.8.1933.
- Reichmann, Hans*: Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: Leo Baeck: Festschrift, S. 63-75.
- Reichmann, Hans*: Der drohende Sturm. Episoden aus dem Kampf der deutschen Juden gegen die nationalsozialistische Gefahr bis 1933, in: *Tramer*, In Zwei Welten, S. 556-577.
- Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Activities of the Zentrallausschuss der Juden in Deutschland, American Joint Distribution Committee, European Executive, Paris [1937].
- Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Arbeitsberichte 1933-1939 (1933-1935 Arbeitsberichte des Zentrallausschusses für Hilfe und Aufbau; 1936-1939 Arbeitsberichte der Reichsvertretung).
- Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Ein Jahr Hilfe und Aufbau, Berlin 1934.
- Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Informationsblätter, 1933-1938 (1933-1935 hrsg. vom Zentrallausschuß der Juden für Hilfe und Aufbau).

- Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Jüdische Winterhilfe. Richtlinien und Geschäftsanweisung. Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Berlin 1936.
- Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Rechenschaftsbericht der jüdischen Winterhilfe. Erstattet von der Zentralwohlfahrtsstelle bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Berlin 1935/36, 1936/37, 1937/38.
- Reinhard, Otto*: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.
- Reinharz, Jehuda*: Deutschtum and Judentum in the Ideology of the Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1914, in: *Jewish Social Studies* 36 (1974), S. 19-39.
- Reinharz, Jehuda*: Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882-1933, Tübingen 1981.
- Reinharz, Jehuda*: Hashomer Hazair in Germany (I) 1928-1933, in: *LBIY* 31 (1986), S. 137-208.
- Reinharz, Jehuda*: Hashomer Hazair in Germany (II) Under the Shadow of the Swastika, 1933-1938, in: *LBIY* 32 (1987), S. 183-229.
- Reinharz, Jehuda*: Hashomer Hazair in Nazi Germany, 1933-1938, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 317-350.
- Reinharz, Jehuda*: Ideology and Structure in German Zionism 1882-1933, in: *Jewish Social Studies* 42.2 (1980), S. 119-146.
- Reinharz, Jehuda* (Hrsg.): Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses, Hannover-London 1987.
- Reinharz, Jehuda*: The Zionist Response to Antisemitism in Germany, in: *LBIY* 30 (1985), S. 105-140.
- Reinharz, Jehuda u. Schatzberg, W.* (Hrsg.): The Jewish Response to German Culture, Hannover 1985.
- Reissner, H.G.*: The American Anti-Nazi Boycott, in: Jubilee Volume dedicated to Curt J. Silbermann, New York 1969, S. 69-70.
- Reissner, Hans*: Der „Blau Weiss“. Zwischen Deutschland und Palästina, in: *Der Morgen* 9 (1933/34), S. 347-353.
- Reissner, H.G.*: The Histories of „Kaufhaus N. Israel“ and of Wilfried Israel, in: *LBIY* 3 (1958), S. 227-256.
- Reitlinger, Gerald*: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945, Berlin 1983.
- Rempel, G.*: Hitler's Children. The Hitler Youth and the SS, Chapel Hill/London, 1989.
- Rendtorff, Karl Heinrich u. von Kortzfleisch, Siegfried*: Kirche und Synagoge. Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden, Darstellung mit Quellen, 2 Bde., Stuttgart 1967.
- Reppen, Konrad*: 1938–Judenpogrom und katholischer Kirchenkampf, in: *Brakelmann/Rosowski*, Antisemitismus, S. 112-146.

- Reppen, Konrad*: German Catholicism and the Jews 1933-1945, in: *Kulka/Mendes-Flohr, Judaism and Christianity*, S. 197-226.
- Reuband, Karl-Heinz*: Gerüchte und Kenntnisse vom Holocaust vor Ende des Krieges. Eine Bestandsaufnahme auf der Basis von Bevölkerungsumfragen, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Frankfurt-New York 2000, S. 196-233.
- Reulecke, Jürgen, Golovchansky, Anatoly* u.a. (Hrsg.): „Ich will raus aus diesem Wahnsinn“. Deutsche Briefe von der Ostfront 1941-1945, Wuppertal 1991.
- Reutter, Lutz-Eugen*: Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich. Die Betreuung durch den St. Raphaels-Verein, Hamburg 1971.
- Rheins, Carl Jeffrey*: Deutscher Vortrupp. Gefolgschaft deutscher Juden 1933-1935, in: *LBIY* 26 (1981), S. 207-229.
- Rheins, Carl Jeffrey*: German Jewish Patriotism 1918-1938, Diss., Ann Arbor 1980.
- Rheins, Carl Jeffrey*: The Schwarzes Fähnlein, Jungenschaft 1932-1934, in: *LBIY* 23 (1978), S. 73-197.
- Rheins, Carl Jeffrey*: The Verband nationaldeutscher Juden 1921-1933, in: *LBIY* 25 (1980), S. 243-268.
- Rhodes, Anthony*: The Vatican in the Age of the Dictators (1922-1945), London 1973.
- Ribbe, Wolfgang* (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin 1933 bis 1936, Teilband I, Der Regierungsbezirk Potsdam (bearbeitet von Sibylle Hinze), Köln-Weimar-Wien 1998.
- Richarz, Monika* (Hrsg.): Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780-1945, München 1989.
- Richarz, Monika* (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, Stuttgart 1982.
- Richarz, Monika*: Tödliche Heimat. Zur neueren Ortsgeschichte der Juden, in: *Geschichte im Westen. Halbjahres-Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte* 3 (1988), S. 198-202.
- Rinott, Chanoch*: Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany, in: *LBIY* 11 (1974), S. 75-95.
- Ritter, Ernst* (Hrsg.): Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichten-Sammelstelle im Reichsministerium des Inneren: Lageberichte 1920-1929, Meldungen 1929-1933, Microfiches, München 1979.
- Röcher, Ruth*: Die jüdische Schule im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1942, Frankfurt/M. 1992.
- Rogge-Gau, Sylvia*: Widerstand von Juden im Alltag und in den nationalsozialistischen Lagern, in: *Peter Steinbach u. Johannes Tuchel* (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1944, S. 513-525.
- Röhm, Eberhard u. Thierfelder, Jörg* (Hrsg.): *Juden-Christen-Deutsche* (Bd. 1) 1933-35, (Bd. 2) 1935-38, (Bd. 3) 1938-41, Stuttgart 1990, 1992, 1995.

- Roon, Ger van*: German Resistance to Hitler. Count von Moltke and the Kreisau Circle, London 1971.
- Rosen, Chaim*: National-Conservative Opposition in the „Third Reich“ and their Attitude towards the Anti-Jewish Policy and the „Final Solution“ 1938-1945, Diss., The Hebrew University Jerusalem 1997 (hebr. mit engl. Zusammenfassung).
- Rosenberg, Alfred*: Das politische Tagebuch 1934/25 und 1939/40, hrsg. von *Hans-Günther Seraphim*, München 1964.
- Rosenkranz, Herbert*: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945, Wien u. München 1978.
- Rosenstock, Werner*: Exodus 1933-1939, in: *Weltsch*, Deutsches Judentum, S. 380-408.
- Rosenthal, Erich*: Trends of the Jewish Population in Germany 1910-1939, in: *Jewish Social Studies* 6 (July 1944), S. 233-274.
- Roth, Claudia*: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns, München 1997.
- Rückert, Adalbert* (Hrsg.): NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, München 1977.
- Rürup, Reinhard*: Das Ende der Emanzipation. Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung“ bis zum Zweiten Weltkrieg, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 97-114.
- Rürup, Reinhard* (Hrsg.): Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995.
- Rürup, Reinhard* (Hrsg.): Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, Berlin 1987.
- Rürup, Reinhard* (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979, Berlin 1979.
- Sabrow, Martin*: Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994.
- Sandt, Rita van de*: Martin Bubers bildnerische Tätigkeit zwischen den beiden Weltkriegen, Stuttgart 1997.
- Safrian, Hans*: Die Eichmann-Männer, Wien 1993.
- Safrian, Hans*: Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt/Main 1995.
- Sänger, Fritz*: Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich, Weisungen, Informationen, Notizen, 1933-1939, Wien 1975.
- Sauder, Gerhard* (Hrsg.): Die Bücherverbrennung, München 1983.
- Sauer, Paul* (Bearb.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime. 1933-1945, 2 Bde., Stuttgart 1966.
- Sauer, Paul*: Otto Hirsch (1885-1941) – Director of the Reichsvertretung, in: *LBIY* 32 (1987), S. 341-368.

- Schäbitz, Michael*: Flucht und Vertreibung der deutschen Juden 1933-1941, in: *Beate Meyer u. Hermann Simon*, Juden in Berlin 1938-1945, S. 51-74.
- Schacht, Hjalmar*: 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1951.
- Schaadt, Jörg* (Bearb.): Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, Stuttgart 1976.
- Schäfer, Gerhard und Fischer, R.* (Hrsg.): Landesbischof Wurm und der nationalsozialistische Staat, 1940-1945, Stuttgart 1968.
- Schatzker, Chaim*: The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period (I) Youth in Confrontation with a New Reality, in: LBIY 32 (1987), S. 157-181.
- Schatzker, Chaim*: The Jewish Youth Movement in Germany in the Holocaust Period (II) The Relations between the Youth Movements and Hechaluz, in: LBIY 33 (1988), S. 301-325.
- Schatzker, Chaim*: Martin Buber's Influence on the Jewish Youth Movement in Germany, in: LBIY 23 (1978), S. 151-163.
- Scheffler, Wolfgang*: Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin <sup>2</sup>1964 (ergänzte Neuauflage).
- Scheffler, Wolfgang*: Wege zur „Endlösung“. in: *Strauss/Kampe*, Antisemitismus, S. 186-214.
- Schellenberg, Walter*: Aufzeichnungen. Die Memoiren des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler, München 1979.
- Schewick, B. van*: Katholische Kirche und nationalsozialistische Rassenpolitik, in: *K. Gotto u. K. Repgen* (Hrsg.), Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus, Mainz 1980, S. 83-100.
- Schieder, Wolfgang* (Hrsg.): Faschismus als soziale Bewegung, Hamburg 1976.
- Schieder, Wolfgang u. Sellin, Volker* (Hrsg.): Sozialgeschichte in Deutschland, Göttingen 1985.
- Schiratzki, Selma*: The Rykestrasse School in Berlin. A Jewish Elementary School during the Hitler Period, in: LBIY 5 (1960), S. 299-307.
- Schleunes, Karl*: The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews 1930-1939, Urbana, Illinois <sup>2</sup>1990.
- Schmaedecke, Jürgen u. Steinbach, Peter* (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985.
- Schmelz, Usiel O.*: Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften 8 (1982), S. 31-72.
- Schmidt, Peter W.* (Hrsg.): Judenfeindschaft und Schule in Deutschland 1933-1945, Weingarten 1988.
- Schmuhl, Hans-Walter*: Rassismus unter den Bedingungen charismatischer Herrschaft. Zum Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung gesellschaftlicher Minderheiten im Dritten Reich, in: *Bracher u.a.*, Deutschland 1933-1945, S. 182-197.

- Schneider, Wolfgang* (Hrsg.): „Vernichtungspolitik“. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid in Deutschland, Hamburg 1991.
- Schoeps, Hans Joachim*: „Bereit für Deutschland!“ Der Patriotismus deutscher Juden und der Nationalsozialismus. Frühe Schriften 1930 bis 1939. Eine historische Dokumentation, Berlin 1970.
- Schoeps, Hans Joachim*: Der Deutsche Vortrupp – der Ort geschichtlicher Besinnung, in: *Schoeps, Wille und Weg*, S. 46-56.
- Schoeps, Hans Joachim*: Rückblicke. Die letzten dreißig Jahre und danach, Stuttgart 1956.
- Schoeps, Hans Joachim* (Hrsg.): *Wille und Weg des deutschen Judentums*, Berlin 1935.
- Scholder, Klaus*: Judaism and Christianity in the Ideology and Politics of National Socialism, in: *Kulka/Mendes-Flohr, Judaism and Christianity*, S. 183-195.
- Scholder, Klaus*: *Die Kirchen und das Dritte Reich*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1977, Berlin 1985.
- Scholl, Inge*: *Die weiße Rose*, Frankfurt/M. 1952.
- Schoenbaum, David*: *Hitler's Social Revolution*, New York 1967.
- Schoenberger, Gerhard*: *Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933-1945*, Frankfurt/M. 1982.
- Schoppmann, Claudia*: *Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität*, Pfaffenweiler 1991.
- Schorsch, Ismar*: *German Judaism. From Confession to Culture*, in: *Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 67-73.
- Schorsch, Ismar*: *Jewish Reactions to German Antisemitism 1870-1914*, New York 1972.
- Schottländer, Rudolf*: *Antisemitische Hochschulpolitik. Zur Lage an der Technischen Hochschule Berlin 1933/34*, in: *Rürup, Wissenschaft und Gesellschaft*, S. 445-453.
- Schulin, Ernst*: *Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit*, Göttingen 1979.
- Schultheis, Herbert*: *Juden in Mainfranken 1933-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Würzburger Juden*, Bad Neustadt/Saale 1980.
- Schulze, Winfried* (Hrsg.): *Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie*, Göttingen 1994.
- Das Schwarzbuch – Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933*, hrsg. vom *Comité des Délégations Juives*, Paris 1934.
- Schweder, Alfred*: *Politische Polizei. Wesen und Begriff der politischen Polizei im Metternichschen System, in der Weimarer Republik und im nationalsozialistischen Staate*, Diss. jur., Berlin 1937.
- Schwersenz, Jizchak u. Wolff, Edith*: *Jüdische Jugend im Untergrund. Eine zionistische Gruppe in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Mit einer historischen Einführung von Shaul Esh*, in: *LBIB 12* (1969), S. 1-100.
- Seidler, Horst u. Rett, Andreas*: *Das Reichssippenamt entscheidet. Rassenbiologie im Nationalsozialismus*, Wien/München 1982.



- Seligmann, Avraham*: An Illegal Way of Life in Nazi Germany, in: LBIY 37 (1992), S. 327-361.
- Shepherd, Naomi*: Wilfried Israel. German Jewry's Secret Ambassador, London 1984.
- Sherman, A.J.*: A Jewish Bank during the Schacht Era. M. M. Warburg & Co., 1933-1938, in: *Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 167-172.
- Shirer, William*: Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934-1941, hrsg. von *Jürgen Schebera*, Leipzig 1991.
- Silbergleit, H.*: Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich, Bd. I: Freistaat Preussen, Berlin 1930.
- Silberner, Edmund*: Die Kommunistische Partei Deutschlands zur Judenfrage, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 8 (1979), S. 283-334.
- Simon, Ernst*: Aufbau im Untergang. Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand, Tübingen 1959.
- Simon, Ernst*: Martin Buber and German Jewry, in: LBIY 3 (1958), S. 3-39.
- Simon, Ernst Akibah*: Chajim Nachman Bialik. Eine Einführung in sein Leben und sein Werk, mit einigen Übersetzungsproben und Gedichtanalysen, Berlin 1935.
- Simon, Hermann*: Heinrich Stahl, Vortrag gehalten zur Gedenkfeier der Jüdischen Gemeinde zu Berlin am 22.4.1993, Berlin 1993. (Schriften der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“)
- Smith, A.L. Jr.*: Life in Wartime Germany. Colonel Ohlendorf's Opinion Service, in: *The Public Opinion Quarterly* 36 (1972), S. 1-7.
- Sofksy, Wolfgang*: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager, Frankfurt/M. 1993.
- Sorkin, David*: The Transformation of German Jewry, 1780-1840, New York-Oxford 1987.
- Spohr, Werner*: Das Recht der Schutzhaft, Berlin 1937.
- Stahl, R.*: Vocational Retraining in Nazi Germany in 1933-1938, in: *JSS* 1 (1939), S. 169-194.
- Stasiewski, Bernhard*: Die Stellung Joseph Kardinal Schultes zum Nationalsozialismus, in: *Die Kirche und ihre Ämter und Stände. Festgabe für Kardinal Frings*, Köln 1960, S. 570-599.
- Steffens, Manfred*: Freimaurer in Deutschland. Bilanz eines Vierteljahrtausends, Frankfurt/M. 1966.
- Stein, Leonard*: The Balfour Declaration, London 1940.
- Steinert, Marlis L.*: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf u. Wien 1970.
- Steinwascher, Gerd* (Bearb.): Gestapo Osnabrück meldet... Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936, Osnabrück 1995.
- Steinweis, Alan E.*: Hans Hinkel and German Jewry, 1933-1941, in: LBIY 38 (1993).

- Sterling, Eleonore*: Judenhaß. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815-1850), Frankfurt/M. 1969. (Ursprünglicher Titel: Er ist wie du. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland 1815-1850, München 1956).
- Stern, Frank*: The Whitewashing of the Yellow Badge. Philosemitism and Antisemitism in West Germany 1945-1952, Oxford 1991.
- Stern, Fritz*: Dreams and Delusions. The Drama of German History, New York 1987.
- Stern, Fritz*: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern 1963.
- Stern, Joseph Paul*: Hitler. Der Führer und das Volk, München 1978.
- Stern, Selma*: Jud Süß. Ein Beitrag zur deutschen und zur jüdischen Geschichte, München 1973.
- Steur, Claudia*: Theodor Dannecker. Ein Funktionär der „Endlösung“, Tübingen 1997.
- Stillschweig, Kurt*: The Jews of Germany as a National Minority, in: *Historia Judaica* XI (1949), S. 53-76.
- Stillschweig, Kurt*: Zur neuen Geschichte der jüdischen Autonomie, in: *Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums (MGWJ)* 83 (1939), S. 509-532.
- Stokes, Lawrence D.*: The German People and the Destruction of the European Jews, in: *Central European History* 6 (1973), S. 167-191.
- Stokes, Lawrence D.* (Hrsg.): Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984.
- Stokes, Lawrence D.*: Otto Ohlendorf, the Sicherheitsdienst and Public Opinion in Nazi Germany, in: *Mosse, G.*, *Police Forces in History*, S. 231-261.
- Stolzfus, Nathan*: Resistance of the Heart. Inter-marriage and the Rosenstrasse. Protest in Nazi Germany, New York 1996.
- Storek, Henning*: Dirigierte Öffentlichkeit. Die Zeitung als Herrschaftsmittel in der nationalsozialistischen Regierung, Opladen 1972.
- Stöver, Bernd*: Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.
- Strauss, Herbert*: Jewish Autonomy within the Limit of National Socialist Policy – The Communities and the Reichsvertretung, in: *Paucker*, *Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 125-152.
- Strauss, Herbert*: Jewish Emigration from Germany-Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: *LBIY* 25 (1980), S. 313-361, and (II), in: *LBIY* 26 (1981), S. 343-409.
- Strauss, Herbert u. Grossmann, Kurt* (Hrsg.): Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn, Heidelberg 1970.
- Strauss, Herbert u. Kampe, Norbert* (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1984.
- Streim, Alfred*: The Tasks of the SS-Einsatzgruppen, in: *Marrus*, *The Nazi Holocaust*, Bd. III, S. 436-455.

- Streim, Alfred*: Zur Eröffnung des allgemeinen Judenvernichtungsbefehls gegenüber den Einsatzgruppen, in: *Jäckel/Rohwer, Der Mord an den Juden*, S. 107-119.
- Suchy, Barbara*: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus, in: *LBIY 28* (1983), S. 205-239, 30 (1985), S. 67-103.
- Sykes, Christopher*: *Crossroads to Israel*, London 1967.
- Szanto, A.*: Economic Aid in the Nazi Era. The Work of the Berlin Wirtschaftshilfe, in: *LBIY 4* (1959). S. 208-219.
- Szold, Henrietta*: *Five Years of Youth Immigration into Palestine 1934-1939*. Published by the Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine, Jerusalem 1939.
- Tal, Uriel*: Aspects of Consecration of Politics in the Nazi Era, in: *Kulka/Mendes-Flohr, Judaism and Christianity*, S. 63-95.
- Tal, Uriel*: On Modern Lutheranism and the Jews, in: *LBIY 30* (1985), S. 203-213.
- Talmon, Jacob L.*: *The Myth of the Nation and the Vision of Revolution*, London 1980.
- Tenenbaum, Joseph*: The Anti-Nazi Boycott Movement in the United States, in: *YVS 3* (1959), S. 141-159.
- Thalmann, Rita*: Jüdische Frauen nach dem Pogrom 1938, in: *Paucker, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, S. 295-302.
- Thamer, Hans-Ulrich*: Das Dritte Reich. Interpretationen, Kontroversen und Probleme des aktuellen Forschungsstandes, in: *Bracher, Deutschland 1933-1945*, S. 507-531.
- Thamer, Hans-Ulrich*: *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945*, Berlin 1986.
- Theilhaber, Felix A.*: *Der Untergang der deutschen Juden*, Berlin (1911), <sup>2</sup>1921.
- Thévoz, Robert, Branig, Hans u. Lowenthal-Hensel, Cécile* (Hrsg.): *Die Geheime Staatspolizei in den preussischen Ostprovinzen 1934-1936. Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten*, 2 Bde., Köln und Berlin 1974.
- Tietz, Georg*: *Hermann Tietz. Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser*, Stuttgart <sup>2</sup>1966.
- Tomaszewski, Jerzy*: The Situation of the Jews in Germany in Spring 1933 as Reflected in Reports of the Polish Republic Legation and Consulate General in Berlin, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 139-140 (1986), S. 131-142.
- Toury, Jacob*: Die Entstehungsgeschichte des Austreibungsbefehls gegen die Juden der Saarpfalz und Badens (22./23. Oktober 1940–Camp de Gurs), in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, University of Tel Aviv*, 10 (1986), S. 431-464.
- Toury, Jacob*: From Forced Emigration to Expulsion–The Jewish Exodus over the Non-Slavic Borders of the Reich as a Prelude to the „Final Solution“, in: *YVS 17* (1986), S. 51-91.
- Tramer, Hans* (Hrsg.): *In Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel Aviv 1962.

- Tramer, Hans*: Jüdischer Wanderbund Blau-Weiss. Ein Beitrag zu seiner äußeren Geschichte, in: *LBIB* 5 (1962), S. 23-43.
- The Trial of Adolf Eichmann*, 9 Bde., Jerusalem 1992-1995.
- Treue, Wilhelm* (Hrsg.): Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: *VfZ* 3 (1955), S. 184-210.
- Treue, Wilhelm* (Hrsg.): Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938), in: *VfZ* 6 (1958), S. 175-190.
- Trunk, Isaia*: *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972.
- Tuchel, Johannes*: Gestapa und Reichssicherheitshauptamt. Die Berliner Zentralinstitutionen der Gestapo, in: *Mallmann/Paul, Gestapo*.
- Tuchel, Johannes*: Konzentrationslager, Boppard am Rhein 1991.
- Tuchler, Kurt*: Ordnung in der Auflösung, in: *Tramer, In Zwei Welten*, S. 128-132.
- Ueberhorst, Horst*: Spiele unterm Hakenkreuz. Die Olympischen Spiele von Garmisch-Partenkirchen und Berlin 1936 und ihre politischen Implikationen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“*, 2.8.1986, S. 3-15.
- Uhlig, Heinrich*: *Die Warenhäuser im Dritten Reich*, Opladen 1956.
- Unger, Aryeh L.*: The Public Opinion Reports of the Nazi Party, in: *The Public Opinion Quarterly* XXIX (1965), S. 565-582.
- The Universal Jewish Encyclopaedia (UJE)*, 10 Bde., New York 1939-1943.
- Unna, Mosche*: Die Anfänge der religiösen Kibbuzbewegung in Deutschland, in: *LBIB* 78 (1987), S. 71-122.
- Vital, David*: *The Zionist Revolution, I-II*, Oxford 1975-1977.
- Volk, Ludwig*: Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: *Stimmen der Zeit* 177 (1966), S. 173-195.
- Völker, Karin*: The B'nai B'rith Order (U.O.B.B.) in the Third Reich (1933-1937), in: *LBIY* 32 (1987), S. 269-295.
- Volkov, Shulamit*: Das geschriebene und das gesprochene Wort. Über Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus, in: *Volkov, Jüdisches Leben und Antisemitismus*, S. 54-75.
- Volkov, Shulamit*: *Die Juden in Deutschland 1780-1918*, München 1994.
- Volkov, Shulamit*: *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990.
- Volkov, Shulamit u. Stern, Frank* (Hrsg.): Sozialgeschichte der Juden in Deutschland. Festschrift zum 75. Geburtstag von Jacob Toury, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 20 (1991), S. 13-21.
- Vollmer, Bernhard*: *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo und Regierungsberichte 1934-1936*, Stuttgart 1957.
- Vollnhals, Clemens*: Jüdische Selbsthilfe bis 1938, in: *Benz, Juden*, S. 314-411.

- Volz, Hans*: Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin-Leipzig 1935.
- Wagner, Hans*: Die Überführung jüdischer Betriebe in deutschen Besitz, Diss., Heidelberg 1941.
- Walk, Joseph*: Die Befreiung jüdischer Schüler vom Biologieunterricht in Nazi-Deutschland, in: *Yalkut Moreshet*, Heft 15 (1972), S. 167-174 (hebr.).
- Walk, Joseph*: Jüdische Erziehung als geistiger Widerstand, in: *Paucker*, Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 230-248.
- Walk, Joseph*: Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich, Frankfurt/M 1991.
- Walk, Joseph*: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945, hrsg. vom LBI, Jerusalem 1988.
- Walk, Joseph* (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg und Karlsruhe 1981.
- Walk, Joseph*: The Torah va'Avodah Movement in Germany, in: *LBIY* 6 (1961), S. 236-256.
- Walter, Dirk*: Antisemitische Kriminalität und Gewalt in der Weimarer Republik, Berlin 1998.
- Warburg, G.*: Six Years of Hitler. The Jews Under the Nazi Regime, London 1939.
- Wassermann, Henry* u.a. (Hrsg.): Bibliographie des Jüdischen Schrifttums in Deutschland 1933-1943, München 1989.
- Wasserstein, Bernard*: Britain and the Jews of Europe 1939-1945, London 1979.
- Wawrzyn, Heidemarie*: Vaterland statt Menschenrecht. Formen der Judenfeindschaft in den Frauenbewegungen des Deutschen Kaiserreiches, Marburg 1999.
- Wehler, Hans-Ulrich*: Königsweg zu neuen Ufern [...] oder Irrgarten der Illusionen? Die westdeutsche Alltagsgeschichte: Geschichte „von innen“ und „von oben“, in: *Brüggemeier/Kocka*, „Geschichte von unten. Geschichte von innen“, S. 17-47.
- Wehr, Gerhard*: Der deutsche Jude Martin Buber, München 1977.
- Weinreich, Max*: Hitler's Professors, New York 1946.
- Weinzierl, Erika u. Kulka, Otto D.*: Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien 1992.
- Weisbrod, Bernd*: Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 43 (1992), S. 392-404.
- Weiss, Aharon*: The Historiographical Controversy concerning the Character and Function of the Judenrat, in: *Gutman*, Historiography of the Holocaust Period, S. 679-696.
- Weiß, Hermann* (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M. 1998.
- Weiss, Yfaat*: Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität, 1933-1940, München 2000.
- Weiss, Yfaat*: Die deutsche Judenheit im Spiegel ihres Erziehungswesens 1933-1938, in: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte* 3 (1991), S. 248-265.

- Weiss, Yfaat: „Ostjuden“ in Deutschland als Freiwild. Die nationalsozialistische Außenpolitik zwischen Ideologie und Wirklichkeit, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 215-232.
- Weiss, Yfaat: Schicksalsgemeinschaft im Wandel. Jüdische Erziehung im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938, Hamburg 1991.
- Weissmann, Georg: Die Durchsetzung der jüdischen Minderheitsrechte in Oberschlesien 1933-1937, in: Bulletin des LBI 22 (1963), S. 148-198.
- Welch, David: Nazi Propaganda and the German Cinema 1933-1945, Oxford 1983.
- Welch, David: Propaganda and Indoctrination in the Third Reich. Success or Failure?, in: European History Quarterly 17 (1987), S. 403-422.
- Welch, David: The Third Reich. Politics and Propaganda, London 1993.
- Weltsch, Robert: An der Wende des modernen Judentums. Betrachtungen aus fünf Jahrzehnten, Tübingen 1972.
- Weltsch, Robert: Die deutsche Judenfrage. Ein kritischer Rückblick, Königstein/Ts. 1981.
- Weltsch, Robert: Deutscher Zionismus in der Rückschau, in: Tramer, In Zwei Welten, S. 27-42.
- Weltsch, Robert (Hrsg.): Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke, Stuttgart 1963.
- Weltsch, Robert: First of April, in: World Jewry 1 (1958), S. 11-12.
- Weltsch, Robert: A Goebbels Speech and a Goebbels Letter, in: LBIY 10 (165), S. 280-286.
- Weltsch, Robert: Ja-Sagen zum Judentum. Eine Aufsatzreihe der Jüdischen Rundschau zur Lage der deutschen Juden, Berlin 1933.
- Wendt, Bernd Jürgen: Der „Holocaust“ im Widerstreit der Deutungen, in: Herzig u.a., Verdrängung und Vernichtung, S. 29-74.
- Werner, Fritz: Das Judentumsbild der Spätjudentumsforschung im Dritten Reich. Dargestellt anhand der Forschungen zur Judenfrage, Bd. I-VIII, in: Cairos 13 (1971), S. 181-194.
- Wetzell, Juliane: Auswanderung aus Deutschland, in: Benz, Juden, S. 413-498.
- Whiting, Charles: Heydrich. Henchman of Death, London 1999.
- Wiehn, E. (Hrsg.): Oktoberdeportation 1940. Gedenkschrift und Dokumentation zur Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden nach Gurs und anderen Vorstationen von Auschwitz, Konstanz 1990.
- Wiener, Max: Jüdische Religion im Zeitalter der Emanzipation, Berlin 1933.
- Wiesemann, Falk: Juden auf dem Lande. Die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern, in: Peukert/Reulecke, Die Reihen fest geschlossen, S. 381-396.
- Wiesemann, Falk: Judenverfolgung und nichtjüdische Bevölkerung, in: Broszat, Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, S. 427-486.
- Wiesemann, Falk u. Ophir, Baruch: Die Jüdischen Gemeinden in Bayern. Geschichte und Zerstörung, München 1979.

- Wildt, Michael*: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
- Wildt, Michael* (Hrsg.): Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995.
- Wildt, Michael*: Violence against Jews in Germany 1933-1939, in: *Bankier*, Probing the Depth of German Antisemitism, S. 181-209.
- Wilhelm, Hans-Heinrich*: The Holocaust in National Socialist Rhetoric and Writings, in: *YVS* 16 (1984), S. 95-128.
- Wilhelm, Hans-Heinrich*: Wie geheim war die Endlösung?, in: Krausnick Festschrift, S. 131-148.
- Winkler, Heinrich August*: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: *Martin/Schulin*, Juden als Minderheit, S. 271-289.
- Wippermann, Wolfgang*: Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit, Bd. 1: Die nationalsozialistische Judenverfolgung, Frankfurt/M. 1986.
- Wippermann, Wolfgang*: Die Berliner Gruppe Baum und der jüdische Widerstand, Berlin 1981.
- Wistrich, Robert S.*: Hitler and the Holocaust, London 2001.
- Wistrich, Robert S.*: Wer war wer im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1993.
- Witetschek, Helmut; Ziegler, Walter; Prantl, Helmut u. Wittstadt, Klaus* (Hrsg.): Regierungspräsidentenberichte. Die Kirchliche Lage in Bayern 1933-1943, 7 Bde., Mainz 1966-1981.
- Witte, Peter*: Zwei Entscheidungen in der „Endlösung der Judenfrage“. Deportation nach Lodz und Vernichtung in Chelmo, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 1995, S. 38-68.
- Wojak, Irmtrud*: Eichmanns Memoiren. Ein kritischer Essay, Frankfurt/M. 2001.
- Wojak, Irmtrud u. Hayes, Peter* (Hrsg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt/M. 2000.
- Wolffsohn, Manfred*: Zum Widerstand gegen Hitler. Umriß eines Gruppenporträts deutscher Retter von Juden, in: Tradition und Neubeginn, Köln 1975, S. 391-407.
- Wyman, David S.*: Paper Walls. America and the Refugee Crisis 1938-1941, New York 1986.
- Yahil, Leni*: Jews in Nazi Concentration Camps in Germany Prior to the World War II, in: *Gutman*, Nazi Concentration Camps, S. 69-100.
- Yahil, Leni*: Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998.
- Yahil, Leni*: Madagascar – Phantom of a Solution for the Jewish Question, in: Jews and Non-Jews in Eastern Europe 1918-1945, hrsg. von *Bela Vago u. George L. Mosse*, Jerusalem 1974, S. 315-334.
- Yisraeli, David*: The Third Reich and the Transfer Agreement, in: *Journal of Contemporary History* 6 (1971), S. 129-148.

- Zariz, Ruth*: Escape before the Holocaust. Migration of German Jews 1938-1941, Tel Aviv 1990 (hebr.).
- Zariz, Ruth*: Officially Approved Emigration from Germany after 1941: A Case Study, in: *YVS* 18 (1987), S. 275-291.
- Zechlin, Egmont*: Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.
- Zeman, Z.A.B.*: Nazi Propaganda, London <sup>2</sup>1973.
- Zimmermann, Michael*: Die Deportation der Juden aus Essen und dem Regierungsbezirk Düsseldorf, in: *Bosdorf/Jamin*, Überleben im Krieg, S. 126-142.
- Zimmermann, Michael*: Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma, Essen 1989.
- Zimmermann, Moshe*: Die deutschen Juden 1914-1945, München 1997.
- Zimmermann, Volker*: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945), Essen 1999.
- Zipfel, Friedrich*: Gestapo und Sicherheitsdienst, Berlin 1960.
- Zipfel, Friedrich*: Gestapo und SD in Berlin, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 9/10 (1961), S. 263-292.
- Zipfel, Friedrich*: Der Kirchenkampf in Deutschland 1933-1945, Berlin 1965.
- Zittel, Bernhard*: Die Volksstimmung im Dritten Reich im Spiegel der Geheimberichte des Regierungspräsidenten in Schwaben, in: *Zeitschrift des Historischen Vereins von Schwaben*, 66 (1972), S. 1-58.
- Zur, Yaakov*: Between Orthodoxy and Zionism. Religious Zionism and its Opposition (Germany 1896-1914), Ramat Gan 2001 (hebr.).





## Bildnachweise

BArch, Koblenz (Abb. 1: R 58/995; Abb. 2: R 58/995; Abb. 6: R 58/3968; Abb. 13: R 58/991).

EJ (Abb. 23: Bd. 12, S. 1275; Abb. 24: Bd. 12, S. 1275).

Jewish National and University Library, Jerusalem (Abb. 19).

Jüdisches Museum Berlin (Sammlung Herbert Sonnenfeld, Abb. 9: 343 f/21; Abb. 10: 212/15; Abb. 14: 304/4; Abb. 15: 230/3; Abb. 30: 106/33).

Martin Buber Archiv, JNUL (Abb. 11; Abb. 15).

Staatsarchiv Gotha (Abb. 3: Landratsamt Worbis Nr. 56, Bl. 1; Abb. 4: Landratsamt Worbis Nr. 56, Bl. 5; Abb. 5: Landratsamt Worbis Nr. 56, Bl. 42; Abb. 8: Landratsamt Worbis Nr. 56, Bl. 16).

Staatsarchiv Würzburg (Abb. 28: Gestapo Würzburg 18876).

Stadtarchiv Bad Kissingen (Abb. 26: Beck, Hans-Jürgen und Walter, Rudolf; Jüdisches Leben in Bad Kissingen, S. 34; Abb. 27: a.a.O., S. 34).

Stadtarchiv Mannheim (Abb. 32; Abb. 33).

Yad Vashem Archives, Jerusalem (Abb. 7; Abb. 16; Abb. 17; Abb. 18; Abb. 20; Abb. 21; Abb. 22; Abb. 25; Abb. 29: Simon Drückheimer Sammlung; Abb. 31; Abb. 34).



## Namensindex

- Aber, Felix 652  
Abraham, Adolf 322  
Abraham, Ernst 472  
Abraham, Jenny 474  
Abraham, Leo 474  
Abt, Willy 652  
Adam, Harald 538  
Adler, Alexander 54, 652  
Adler, Anna 497  
Adler, Karl 652  
Adler-Rudel, Salomon 653, 657, 682,  
736, 769, 776  
Aigner, Josef Friedrich 435  
Alterthum, Martin 655  
Altmann, Friedrich (Fritz) 655  
Alt-Stutterheim, von 46  
Appelbaum, Rechtsanwalt 106  
Apt, Rudolf 97, 656  
Arlosoroff, Chajim (Viktor) 658  
Arnheim, Kurt 166  
Asam, Bürgermeister 210  
Augapfel, Julius 660
- Bab, Julius 661  
Bacharach, Moses 128  
Baeck, Leo 240, 590, 607, 646, 655, 662,  
681, 698, 723, 731, 740, 747, 748, 762,  
771, 775  
Baerwald, Eduard 662  
Baerwald, Leo 78, 662  
Balleis, Peter 205  
Ballin, Albert 662  
Balzer 516  
Bamberger, Fritz 663  
Bamberger, Margarete 481  
Bartz 534  
Baruch, Hermann 493  
Baruch, Kurt 493  
Bäselsöder, Lehrer 52  
Bauer, Fritz Max 663  
Baum, Marianne 497  
Baum, Herbert 663, 714, 723  
Baum, Israel 463, 507  
Beck, F. A. 391  
Becker, Fritze 493  
Becker, Oberfeldjäger 110  
Becker, Rosa 471  
Becker, Salamon 493  
Behrend(t), Ernst 664  
Behrmann, Josef 134, 135  
Beisenherz 346  
Benario, Rudolf 118  
Berg, Dr. 501  
Bergmann, Grete 92  
Bergner, Elisabeth 70  
Berliner, Cora 664, 665, 813  
Bernecker, Walter 497  
Bernheim, Wilhelm 245  
Bernstein, Otto 97  
Bertram, Adolf 469, 588  
Bialik, Chajim Nachman 665  
Birnbaum, Max P. 666  
Blau, Julius 667  
Blühm 212  
Blum, Sally Albert 427  
Blumenfeld, Kurt 667  
Blumenfeld, Paul 244  
Blumenthal, Familie 447  
Blumenthal, Moses 128  
Bodenheimer, Alfred 440  
Böhm, Adolf 667  
Bohm, Karl 442  
Borchers, Dr. 494  
Borgstedt 314  
Borochow, Bär 668  
Brandmüller 459  
Brandstätter, Jakob 271  
Brandt, Bruno 484  
Braun, Rosa 474  
Braun, Gottlieb 474  
Bretzfelder, Nathan 48, 119  
Brinkmann 280  
Broch, Rabbiner 54  
Brodnitz, Friedrich 669  
Brodnitz, Julius 667, 669, 708  
Brönner, Josef 271  
Buber, Martin 82, 596, 670, 707, 731  
Bullit, William Christian 520  
Bürckel, Josef 670, 671  
Burg, Josef 668, 671

Bus-Fekete 244  
Buthut, Alwine 544  
Buthut, K. 544  
Buxbaum, Samuel 128

Callmann, Rudolf 671  
Capell, Hans 671  
Carlebach, Joseph 652, 671, 771  
Chitrik, Hella 244  
Cohn, Benno 673  
Cohn, David 454  
Cohn, Ilse 673  
Cohn, Kurt 362, 673  
Cohnen, Dennis M. 261  
Corvey, Erich 497

Daches, Nachmann Moses 98  
Daniel, Leopold 529  
Dannenbaum, Sally 109  
David, Meyer 484  
Davidsohn, Ludwig 322  
De Haas, Philipp 674  
Decker, Dr. 336  
Degenhardt, Wilhelm 346  
Dehler, Thomas 343  
Deller, Hugo 157  
Dienemann, Max 239, 676  
Dillenberger, Rudolf 464, 577  
Dingebauer, Otto 346  
Dingfelder, Hermann 498  
Dobberstein 132  
Dodeles, Ethel 120  
Donnerstag, Max 412  
Dorfner 171  
Dreifuß, Jenny 439

Eberhardt, Bella 508  
Eberlein, Kurt 213  
Eckmann 533  
Eckmann, Julius 230  
Ehrmann, Salomon 676  
Eichhorn, Wilhelm 112  
Eichmann, Adolf 258, 633, 642  
Eisner, Jizchak Jahuda (Issy) 679  
Elbogen, Ismar 239  
Elk, Max 679  
Emden, Jakob 514  
Emmerich, Otto 319

Ephraim, Dr., Rabbiner 48  
Ephraim, Menachem 680  
Eppstein, Paul 646, 657, 680  
Eschelbacher, Max 681

Faber, Eberhard 341  
Faulhaber, Michael v. 77, 78, 120, 243,  
258, 507, 594, 682, 683  
Feck 346  
Feitler, Nanette 439  
Feuchtwanger, Lion 53  
Feuchtwanger, Ludwig 282, 683  
Feuchtwanger, Sigbert 683  
Feyler, Rechtsanwalt 389  
Finke, Pfarrer 157  
Fischer, Otto 107  
Flörshiem, Gustav 442  
Fluths, Erich 189  
Forck, Elisabeth 473  
Fraenkel, Ernst 238, 684, 710  
Franke, Erika 497  
Franke, Joachim 496  
Fränkel, Religionslehrer 234  
Frankenstein, Dr. H. 78  
Frankfurter, David 610, 684, 692  
Frantz, Major 451  
Frei, Bernhard 237  
Frei, David 237  
Frei, Gertraud 237  
Freier, Recha 685  
Frey, Frieda 471  
Frey, Wilhelm 471  
Frick, Wilhelm 192, 586, 598, 604, 605,  
611, 624, 678, 685  
Friedenthal, Hans 686  
Friedländer, Max E. 499  
Friedrich der Große 501  
Friedrich, Geistlicher Rat 90  
Friedrich, Karl 387  
Frisch, Fritz 292  
Fritsch, Theodor 78  
Fritsch, Werner Freiherr v. 280, 618  
Fuchs, Hermann Richard 686  
Fuchs, Johann 271  
Funk, Walter 616

Galen, Clemens August Graf v. 687  
Gallien 157

Gerhold, Emma 472  
 Gillmann, Pfarrer 326  
 Glaserfeld, Bruno 279, 280, 689  
 Glässer, Feldjäger 110  
 Goebbels, Joseph 16, 20, 169, 241, 393,  
 398, 542, 587, 617, 622, 623, 639, 646,  
 648, 663, 678, 683, 689, 690, 697, 699,  
 710, 716, 738, 775, 776  
 Goetz, Georg 690  
 Golda, Karl 489  
 Goldmann, Nachum 690  
 Gordon, Juda Löb 690  
 Göring, Hermann 19, 45, 288, 324,  
 329, 357, 372, 377, 378, 389, 596, 600,  
 616, 619, 626, 639, 690, 753, 785  
 Gottschalk, Julius 691  
 Grau, Wilhelm 691  
 Grohé, Josef 691  
 Grollmann, Wilhelm 346  
 Gronemann, Sammy 691  
 Grüber, Heinrich 691  
 Grün, Iwan Jacob 691  
 Grünewald, Max 691  
 Grynszpan, Herschel 304, 317, 318,  
 331, 332, 335, 339, 340, 343, 364, 376,  
 692  
 Guggenheimer, Dr. 49  
 Gumprich, L. 432  
 Gustloff, Wilhelm 189, 192-194, 196,  
 610, 684, 692  
 Guthmann, Georg 168  
 Gutmann, Leopold 207  
  
 Haas, Eduard 491  
 Hagen, Herbert 283, 759  
 Hahn, Dr. 168  
 Hähn, Richard 484  
 Hähnlein 281  
 Harmanus 472  
 Haus, J. 233  
 Heine, Heinrich 127  
 Heine, Adolf 315  
 Heines, Edmund 46  
 Heller, Flora 474  
 Heller, Pfarrer 513  
 Henckels, Paul 393  
 Henschel, Moritz 695  
 Hermann, Georg 76  
  
 Herrmann, Curt 425  
 Herrmann, Fritz 335  
 Herrnsstadt-Oettingen, Edith 123  
 Herzfeld, Ernst Salomon 231, 695  
 Herzfeld, Julius Ernst 696  
 Herzl, Theodor (Benjamin Seev) 665,  
 696, 703, 707, 775, 777, 781  
 Heß, Rudolf 116, 170, 591, 599, 601,  
 603, 605, 678, 696  
 Hettmann 424  
 Heumann, Lehrer 503  
 Heydrich, Reinhard; auch C. [Chef]  
 208, 214, 245, 260, 278, 284, 286, 587,  
 593, 596, 612, 615, 624, 626, 627, 635,  
 638, 639, 643, 664, 671, 673, 688, 690,  
 696, 697, 711, 717, 745, 749, 758, 779  
 Himmeler, Heinrich 65, 165, 196, 229,  
 495, 529, 534, 545, 587, 588, 593, 594,  
 596, 597, 616-618, 637, 646, 650, 697,  
 715, 744, 745, 758  
 Hinkel, Hans 176, 690, 717  
 Hirsch, Isak 536  
 Hirsch, Otto 82, 83, 596, 681, 697, 698,  
 715, 727, 747, 748  
 Hirsch, Samson Raphael 685, 734, 739  
 Hirschberg, Alfred 97, 698  
 Hirschfeld, Franziska 471  
 Hirschfeld, Julie 323  
 Hitler, Adolf 17, 45, 60, 104, 147, 159,  
 164, 165, 180, 189, 209, 227, 262, 335,  
 382, 386, 399, 435, 485, 494, 500, 506,  
 529, 539, 544, 587, 591, 596, 598, 610-  
 613, 617- 619, 623, 627, 631, 634, 636,  
 637, 649, 661, 678-680, 685, 687, 692,  
 696, 697, 716, 724, 729, 731, 735, 749,  
 751, 753, 761, 763, 773, 776, 778  
 Hochdorf, Saul 120  
 Hoffmann, Jacob 699  
 Hofmann 295  
 Hofsäss, Heinrich 120  
 Hohenstein, Rosa 120  
 Hollaender, Sally 130  
 Hölling 346  
 Holz, Karl 480  
 Hoosmann 48  
 Horovitz, Abraham 699, 715  
 Horovitz, Jacob 112, 652, 699  
 Hugenberg, Alfred 113

Hurwitz, Nathan 316  
 Husemann, Franz 420

Illgen, Arthur 497  
 Intriligator, David 668, 700  
 Israel, Ilse 474  
 Israel, Wilfried 700

Jabotinsky, Wladimir Zeev 80, 293,  
 370, 665, 701, 768, 782  
 Jacobson, Jacob 124, 688, 701  
 Jadamowitz, Hildegard 497  
 Jäger, Vernehmungsstellenleiter 111  
 Jakobowitsch 171  
 Joachim Albrecht, Prinz von Preußen  
 358  
 Johannes, Karl 326  
 Johst, Hanns 502  
 Josephsthal, Georg (Giora) 277, 703  
 Jospe, Alfred 703  
 Jung, Franz August 202  
 Jurzmann (Wurzman), Julius 442

Kaerkes 233  
 Kahn, Bernhard 186, 709  
 Kälter, Franz 132  
 Kalthoff, Pfarrer 385  
 Kannotz (Kanowitz), Siegfried 709  
 Kantorowicz, Ernst 82, 709  
 Kareski, Georg 185, 224, 236, 239, 241,  
 704, 705, 710, 762  
 Katzenstein, August Felix 168, 475  
 Katzenstein, Conny 167  
 Katzenstein, Isaak 128  
 Katzenstein, Jakob 128  
 Katzenstein, Salli 475, 710  
 Katzenstein, Willy 710  
 Kaufmann, Jehuda (Karmon, Jehuda)  
 711  
 Kaufmann, Theodore N. 451, 639, 710  
 Kaznelson, Siegmund 711  
 Klebe, Jakob 128  
 Klebe, Sally 128  
 Klee, Alfred 705, 713  
 Klüsener, Wilhelm 346  
 Knaupp-Burgheim, Dr. 344  
 Knieschke 167

Kober, Adolf 196, 294, 666, 713, 740,  
 765  
 Koch, Stadtpfarrer 329  
 Kochmann, Sara 497  
 Koeppen, Maria 472  
 Kommel, Pfarrer 179  
 König, Karl 497  
 Königsberger, Rechtsanwalt 48  
 Koppel, Louis 716  
 Kornblum, Julius 465  
 Köster, Heinrich 346  
 Kowalsky, Max 387  
 Kozower, Philipp 646, 716  
 Krauß, Werner 434  
 Krebs, Elise 512  
 Kreitmayer, Franz 244  
 Kübel, Pfarrer 342  
 Kübler 202

La Guardia, Fiorello Henry 227, 229,  
 231  
 Lammers, Hans Heinrich 471  
 Landau, Dr., Rechtsanwalt 130  
 Landau, Eugen 719  
 Landauer, Georg 719  
 Landecker, Berthold von 493  
 Landenberger, Leopold 719  
 Laupheimer, Friedrich Elias 720  
 Lazarus, Paul Pinchas 229, 720  
 Leeser, Kurt 389  
 Lefo, Gustav 439  
 Lefo, Luise 439  
 Lehmann, Else 497  
 Leikham 51  
 Lenz, Pfarrer 235  
 Leschnitzer, Adolf 596  
 Lesser, Elli 98  
 Levinger, Heinrich 431, 722  
 Levy, Alfred 314  
 Levy, Salomon 201  
 Lewin, Otto 509  
 Lewin, Reinhold 722  
 Lewinsky, Frieda 423  
 Lewinsky, Hermann 423  
 Liebermann, Max 499, 722  
 Lilienthal, Arthur 722  
 Lindau 256  
 Lindner, SS-Mann 474

Lipperheide 346  
 Lippmann, Leo 722  
 Lipsky, Louis 723  
 Loewy, Hildegard 507  
 Lohmiller, Landgerichtsrat 427  
 Lorenz, Max 393  
 Löwenberg, Ernst 723  
 Löwenherz, Joseph 646, 723  
 Löwenstein, Hermann 420  
 Löwenstein, Karl 723  
 Löwenstein, Leo 285, 723, 743  
 Löwenthal, Bernhard 271  
 Lowinsky, Wilhelm und Wanda 498  
 Lubinski, Georg (Giora Lotan) 723  
 Ludendorff, Erich 724, 766  
 Lustig, Walter 394, 724, 748

Maack, Maria 472  
 Macdonald, James 186  
 Mack, Julian W. 724  
 Mai, Moses 256  
 Maimonides, Moses 725  
 Mann, Heinz 504  
 Mannaberg, Hans 496  
 Marahrens, August 383, 472  
 Marian, Ferdinand 434  
 Marley, Lord 726  
 Marum, Ludwig 726  
 Marx, Karl 343, 698, 703  
 Maschkowski, Willi 120  
 Mathias, Ernst 465  
 Maur, Meinhard 127  
 Maybaum, Ignaz 726  
 Mayer, Bernhard Albert 727  
 Mayer, Richard 270  
 Mayr, Maximilian 210  
 Meiser, Hans 383, 389, 472  
 Melchett, Lord 727, 731  
 Mendel, Max 388  
 Mendelssohn, Moses 727  
 Menken, Wilhelm 346  
 Meyer, Franz (Eliaser) 727  
 Meyer, Gerhard 497  
 Meyer, Gustav 472  
 Meyer, Hanny 497  
 Meyer, Senta 727  
 Meyer, Staatsbeamter 99  
 Meyer-Michael 127

Michael, Marie 472  
 Michels 172  
 Mikoleitschak 346  
 Misch, Georg 502  
 Mittel, Emanuel 211  
 Mond, Dr. 191  
 Mond, Familie 727, 731  
 Moritz, Eustach 134  
 Moses, Siegfried 731  
 Motulski, Hermann 180  
 Munk, Esra 731, 749  
 Munk, Michael 732, 828  
 Munwes, Arkade 484  
 Münz, Berta 315  
 Mussolini, Benito 539

Naumann, Max 73, 135, 184, 770  
 Neuberger, Josef 732  
 Neufeld, Siegbert Izchak 732  
 Neumair 157  
 Neumann, Helmut 507  
 Neumann, Helmuth 243  
 Neumark, Manass 732  
 Neumeyer, Alfred 252, 733  
 Niemöller, Martin 78  
 Nietzsche, Friedrich 127, 244  
 Nussbaum, Leo 3, 10, 132, 734  
 Nußbaum, Nathan 128

Odenheimer, Moritz 471  
 Offenbacher, Martin 490  
 Oppenheim, Issak 128  
 Oppenheim, Siegfried 128  
 Oppenheimer, Bernhard 271  
 Ortenau, Dr. 345  
 Osborn, Max 735  
 Ostwald, Josef 322

Paech, Gustav 507  
 Peel, Lord Robert 226, 237, 259, 616,  
 669  
 Pfeiffers 302  
 Philipp, Henry 112, 737  
 Pitz, Kriminaldirektor 448  
 Pius XI. 179, 511, 614, 628, 713  
 Pius XII. 511, 512, 629, 645, 713  
 Plaut, Max 737  
 Pollack, Sally 234



Pollak, Grete 112  
 Prenzlau, Herta 484  
  
 Rabin, Israel 740  
 Rackl, Michael 539  
 Rath, Ernst vom 304, 306, 320, 332,  
 335, 339, 340, 364, 371, 388, 623, 692  
 Rathenau, Walter 197, 663, 741, 742  
 Rayer, Adam 202  
 Reichmann, Hans 672, 743  
 Remmicke, Martin 484  
 Reuter, Uhrmacher 474  
 Riedesel, Hilfsprediger 412  
 Ringsdorff, Sara 472  
 Röhm, Ernst 194, 597, 750, 751  
 Roosevelt, Franklin D. 278, 542, 655,  
 682, 711, 777  
 Rose 432  
 Rose, Richard 315  
 Rose, Rudolf 315  
 Rösel, Isak 750  
 Rosenau 75  
 Rosenberg, Alfred 78, 254, 346, 637,  
 642, 691  
 Rosenblüth, Martin Michael 701, 750  
 Rosenfeld 75, 394  
 Rosenheim, Jacob 700, 750  
 Rosenow 135  
 Rosenthal, Walter 295  
 Rosenzweig, Franz 721, 735  
 Rothe, Hans 181  
 Rothfeld, David 464  
 Rotholz, Lotte 507  
 Rott, Pfarrer 472  
 Rugullis 194  
 Rust, Bernhard 225  
 Rüttinger, Feldjäger 110  
  
 Saalheimer 97  
 Sabatzky, Kurt 362, 752  
 Sahlmann, Kurt 539  
 Salinger, Lothar 507  
 Salm, Franziska 471  
 Salomon, Adolf 752  
 Salomon, Felix (Falk) 752  
 Salter, Günther 279, 280  
 Samuel, Dr. 475  
 Samuel, Clara 167, 752  
  
 Sauckel, Fritz 178, 645  
 Schaal, Berichterstatter 491  
 Schachnowitz, Selig 752  
 Schacht, Hjalmar 138, 143, 149, 317,  
 324, 325, 361, 372, 587, 598, 616, 678,  
 753  
 Schäfer, Feldjäger 110  
 Scharff, Klara 439  
 Schaumann, Werner 497  
 Schelasnitzki, Siegfried 189  
 Schierenbeck, Margarethe 472  
 Schilffarth, Pfarrer 347  
 Schlesinger, David 323  
 Schlesinger, Moses 755  
 Schmidt, Erna 442  
 Schmidt, Rudolf 127  
 Schmitt, Otto 134  
 Schneider 245, 816  
 Schneidler, Josef 273  
 Schocken, Hermann 98, 755  
 Schocken, Salman 755  
 Schoeps, Hans Joachim 675, 755  
 Schönberger, Ida 474  
 Schönfeld, Heinrich 270, 271  
 Schorsch, Emil 65, 755  
 Schreiner, Otto 112  
 Schröder, Anna 472  
 Schröder, Maria 472  
 Schwarz, Gerhard 535  
 Schwarz, Simon 403  
 Schweizer, Moritz 168  
 Schwerdt 201  
 Seggel, Hermann 388  
 Seidel 270  
 Seitz, Babette 201  
 Seligsohn, Julius 715, 748, 771  
 Selz, Otto 48  
 Sieger, Max 315  
 Silberthau, Ernestine 442  
 Simon, Ernst Akiba 731, 760  
 Simon, Siegfried 282  
 Singer, Kurt 760  
 Spier, Gustav 336  
 Sprenger, Jakob 111  
 Stahl, Alois 134, 135, 762, 769  
 Stahl, Heinrich 247, 273, 297, 762  
 Steeg, Ludwig 547  
 Stehle 245

Stein, Hartwig 513  
 Stein, Hugo 762  
 Stein, Nathan 763  
 Steinberg, Leo 424  
 Steinbrink, Werner 496, 497  
 Steinmüller, Gottfried 134, 135  
 Stern, Gerson 763  
 Stern, Harry 763  
 Stern, Heinrich 121, 763  
 Stern, Isidor 465  
 Stöhr 111  
 Sträter, Josef 346  
 Straus, Heinrich 237  
 Strauß 343  
 Strauß, Eugen 124  
 Strauß, Josef 276  
 Strauss, Louis 84  
 Strauss, Olga 439  
 Strauss, Otto 439  
 Strauss, Sigmund 439  
 Streicher, Julius 51, 56, 93, 123, 216,  
 291, 570, 621, 622, 678, 681, 763  
 Süskind, Albert 196  
 Swarsensky, Bernhard (Hardi) 764  
 Swarsensky, Manfred Erich 764

Tannenwald, Klara 508  
 Tannenwald, Lina 508  
 Tannenwald, Lothar 508  
 Teutsch, Hans 766  
 Thimme, Magdalene 473  
 Thon, Helene Hanna 767  
 Tiesler, Paul Heinrich 493  
 Tiesler, Rosa 493  
 Tietz, Ludwig 743, 767  
 Traub, Michael 98, 228  
 Trumpeldor, Josef 665, 768  
 Tschernoff, Joseph 98  
 Tshertok, David 768  
 Türkischer, Markus 120

Ullmann 343  
 Ullrich, Rudolph 134  
 Unna, Isak 769, 771  
 Ury, Lesser 499

Vogt, SS-Führer 55  
 Voll, Leonhard 109

Vötter, Charlotte 497  
 Vötter, Hans-Georg 497

Wagner, Adolf 773  
 Wagner, Robert 194  
 Walder, Johann 137  
 Waldmann, Moses 773  
 Waldstein, Henni 466  
 Walter, Gotthilf 774  
 Walther, Irene 497  
 Warburg, Felix M. 186, 726  
 Warburg, Max M. 274  
 Wassermann, Sigmund 774  
 Weber 346  
 Wehner 346  
 Weil, Feldjäger 110, 480  
 Weil, Alfred 774  
 Weiler, Otto 171, 355, 774  
 Weinberg, Arthur v. 775  
 Weinberg, Carl v. 775  
 Weinig 211  
 Weinmann, Julius 198  
 Weinstein 202  
 Weissmann, Fred S. 775  
 Weizmann, Chaim 662, 663, 775, 777  
 Weltsch, Robert 457, 588, 668, 705,  
 738, 775, 782  
 Wendriner, Ida 506  
 Wesse, Richard 497  
 Wesse, Susanne 497  
 Westermann, Ewald 500  
 Wetterhahn, Hermann 128  
 Wiener, Max 776, 843  
 Wiesenfelder 234  
 Wilde 346  
 Windischmann, Helene 271  
 Wischnitzer, Mark 777  
 Wise, Stephen S. 656, 777  
 Wolf, Dr., Rabbiner 97  
 Wolf, Hauptwachtmeister 128  
 Wolfertseder 209  
 Wolff, Leo (Leopold) 777  
 Wollenberg, Hans Heinrich 778  
 Woyda, Bruno 778  
 Wurm, Theophil 383, 472, 646, 647,  
 778, 836  
 Wurzman (Jurzmann) Julius 443

Zeidler, Grete 474  
Zentz, Regierungsrat 510  
Zwick, Hermine 427

## Ortsindex

- Aachen 83, 84, 129, 152, 173, 181, 189,  
190, 233, 327, 357, 441, 507, 547, 723  
Adelsdorf 417  
Adlkofen 331  
Afrika 374, 410, 661  
Ägypten 299, 725, 727, 737, 752, 764  
Ahrensbrück 484  
Aichach 210  
Akaba, Golf von 237  
Albaxen 323  
Albersweiler 301  
Alexandria 230  
Allenstein 70, 131, 132, 144, 170, 194,  
448  
Allgäu 490  
Altenmuhr 198, 281  
Altenrüthen 234  
Altreich 283, 289, 299, 309, 367, 368,  
372, 374, 380, 381, 398, 421, 476, 477,  
618, 634, 645, 648, 655, 691  
Alzenau 55, 84, 94, 119, 245, 265, 276  
Alzey 408  
Amberg 171, 282, 329, 332, 341, 788  
Amerika 197, 199, 210, 263, 283, 289,  
299, 335, 384, 390, 403, 431, 433, 434,  
440, 443, 477-479, 488, 506, 520, 524,  
530, 640, 642, 652, 653, 655, 656, 661-  
663, 666, 667, 669, 671, 679, 682, 690,  
691, 699, 702, 703, 705, 709, 710, 716,  
719, 721-724, 727, 730, 732, 734, 735,  
738, 740, 743, 750, 755, 760, 763, 764,  
774-777  
- Mittelamerika 374, 661  
- Nordamerika 77, 237, 248, 368, 374,  
416, 661  
- Südamerika 248, 289, 344, 374, 429,  
434, 661, 702, 726  
Ammetzove/Togo 472  
Anröchte 128, 261  
Ansbach 50, 52, 53, 55, 56, 105, 156,  
202, 209, 212, 229, 233, 244, 260, 263,  
277, 281, 291, 296, 329, 342, 385, 388,  
392, 393, 402, 409, 415, 417, 424, 429,  
431, 433, 435, 442, 445, 461, 466, 473,  
474, 481, 490, 492, 498, 506, 508, 510,  
514, 525, 529, 533, 534, 536, 539, 545  
Antwerpen 297, 397  
Argentinien 289, 299, 677, 683, 696,  
701, 727, 733, 764  
Arnsberg 47, 49, 159, 165, 190, 420  
Arnschwang 245  
Arnswalde 149  
Aschaffenburg 55, 56, 64, 119, 233,  
256, 268, 270  
Asien 374, 468, 697  
Atteln 319  
Aufenau 157  
Aufseß 261, 334, 390, 447  
Augsburg 85, 124, 151, 157, 164, 201,  
205, 243, 344, 386, 403, 416, 425, 460,  
462, 474, 481, 485, 490, 492, 503-506,  
509, 514, 519, 521, 522, 533, 664, 789  
Aurich 70, 148, 191, 229, 691, 788  
Auschwitz 489, 523, 539, 621, 635, 637,  
640, 644-646, 650, 660, 664, 671, 680,  
709, 710, 715, 716, 752, 757, 766  
Auschwitz-Birkenau 637, 640, 645,  
649, 650, 660, 680, 716  
Australien 261, 299, 374, 652, 661  
  
Bad Brückenau 206, 508, 518, 521, 540,  
541  
Bad Ems 108, 720  
Bad Homburg 156  
Bad Kissingen 48, 119, 163, 237, 291,  
332, 333, 393, 416, 427, 575, 576, 680  
Bad Kreuznach 195  
Bad Lippspringe 333  
Bad Nauheim 221, 241, 428, 431  
Bad Neustadt 49, 90, 109, 134, 211,  
402, 412, 462, 493, 524, 526, 531  
Bad Neustadt/Aisch 524  
Bad Neustadt/Saale; siehe  
Neustadt/Saale  
Bad Oeynhausien 435, 534  
Bad Reichenhall 345  
Bad Wörishofen 151

Baden 120, 191, 266, 269, 286, 332, 415, 421, 439, 461, 581, 582, 589, 636, 637, 671, 675, 752, 753, 760, 762, 775, 790  
 Baltische Staaten 429, 431, 635, 736  
 Bamberg 105, 165, 210, 212, 229, 234, 244, 282, 343, 417, 430, 431, 435, 463, 474, 493, 528, 664, 774, 788  
 Baranowitschi 451  
 Barby/Elbe 512  
 Barmen-Wuppertal 526  
 Basel 228, 260, 663, 712, 781, 782  
 Bayer. Gmain 345  
 Bayern 53, 165, 209, 210, 227, 252, 253, 281, 286, 287, 354, 356, 421, 433, 455, 520, 583, 611, 703, 719, 720, 753, 773, 790  
 Bayreuth 156, 388, 442, 521, 752, 789  
 Bebra 113  
 Bechhofen 296  
 Belgien 79, 88, 116, 186, 228, 374, 397, 691, 723  
 Belgisch Kongo 299  
 Belzec 664, 680  
 Bentheim 507  
 Bergzabern 301, 302  
 Berlin 45, 54, 60, 63-66, 68, 70, 72, 78, 79, 85, 87, 90, 95-98, 103, 115, 117, 120, 123, 124, 127, 130, 132, 135, 141, 146, 148, 151, 158, 159, 163, 166, 167, 177, 178, 180, 183, 184, 186-189, 191, 192, 197, 199, 204, 208, 214, 221, 222, 226, 229-231, 233, 235-240, 242, 245-248, 252, 258, 261, 265, 266, 269, 273, 277-279, 282, 283, 285, 287, 288, 291-293, 297, 300, 304, 313, 324, 325, 331, 344, 347-355, 366, 369, 370, 377, 379, 381-383, 393-396, 400, 408, 412, 413, 418, 419, 421-426, 429, 432, 433, 436, 437, 440, 443, 446-450, 452, 460, 461, 465, 468, 470, 471, 472h, 475, 482, 484, 485, 489, 491, 496, 497-499, 502, 505, 507, 511, 515, 520, 525, 527, 534, 535, 541, 543, 545-548, 550, 563, 564, 579, 586, 587, 589, 590, 592, 601, 602, 610, 612, 613, 618, 626, 635, 638, 642-648, 650-656, 660-664, 666, 671-675, 677, 679, 680, 684-693, 695, 697, 698, 700-705, 707, 710, 711, 713, 716, 717, 719, 721-724, 726, 730-732, 734-736, 738, 740, 742, 748-750, 752, 755, 758-760, 762-764, 767, 769, 771, 774, 776-779, 782, 785, 788, 790  
 Berlin-Charlottenburg 121, 352, 484  
 Berlin-Grunewald 484  
 Berlin-Köpenick 475  
 Berlin-Schöneberg 167, 664, 689  
 Berlin-Spandau 147, 352, 547  
 Berlin-Wilmersdorf 130  
 Berncastel 139  
 Berun 531  
 Bialystok 451  
 Bielefeld 87, 102, 105, 123, 133, 154, 161, 162, 175-177, 313, 314, 321, 322, 328, 419, 424, 427, 433-437, 441, 452, 453, 456, 458, 470, 478, 485, 488, 512, 513, 580  
 Birkenau bei Neu Berun 531  
 Birkenau; siehe Auschwitz-Birkenau  
 Biro-Bidschan 263, 666, 667, 724, 726, 774  
 Blankenbach 119  
 Böchingen 270  
 Bocholt 49, 126  
 Bochum 47, 165, 777  
 Bochum-Langendreer 47  
 Bodenmais 220  
 Böhmen; siehe Reichsprotektorat Böhmen und Mähren  
 Bolivien 299, 689  
 Bonn 59, 415  
 Borgentreich 322  
 Bornich 151, 156  
 Bösingfeld 154, 504  
 Brakel 437, 513  
 Brandenburg 421, 790  
 Brasilien 140, 299, 434, 683, 698, 702  
 Braunschweig 93, 94, 421, 485, 753  
 Bremen 65, 210, 225, 251, 257, 270, 333, 422, 423, 448, 471-473, 485, 652, 720, 788  
 Bremen-Lesum 472  
 Breslau 45, 46, 129, 138, 142, 149, 177, 199, 254, 255, 262, 288, 421, 426, 432, 437, 441, 448, 468, 485, 586, 652, 662, 674, 676, 679, 684, 695, 703-705, 709,

711, 720-722, 727, 739, 740, 742, 749, 755  
 British-Guayana 274  
 Brockhagen 316, 317  
 Bromberg 516, 664, 774  
 Brommer 278, 325, 385, 400, 536, 789  
 Brüssel 491  
 Bublitz 504  
 Buchenwald 323, 339, 616  
 Bückeberg 313, 788  
 Bulgarien 197  
 Burghaslach 230  
 Burglengenfeld 387, 429, 530, 539  
 Busenberg-Erlenbach 302  
 Butzbach 195, 207, 467  
  
 Calais 497  
 Castrop-Rauxel 346  
 Cham 211, 245, 249, 335  
 Charlottenburg; siehe Berlin-Charlottenburg  
 Chelmno 642, 673, 680  
 Chemnitz 77, 358, 448, 586, 673, 704  
 China 374, 395  
 Christburg 132  
 Coburg 56, 212  
 Crailsheim 510  
 CSR 369, 374; siehe auch Tschechoslowakei  
 Cuba 397  
 Dachau, Stadt 157, 234, 355, 498, 586, 587, 720  
 Dachau 118, 282, 329, 340, 683, 775  
 Dahn 403  
 Dänemark 240, 395, 663, 690  
 Danzig 221, 222, 229, 235, 236, 248, 262, 267, 299, 308, 309, 374, 375, 381, 396, 399, 400, 440, 674, 690, 691, 694, 728, 729  
 Darmstadt 103, 422, 485, 788, 790  
 Davos 189, 192, 684, 692  
 Delitzsch 331  
 Dessau 485, 655  
 Detmold 164, 176, 188, 313, 321, 323, 436, 503, 720, 788  
 Dettelbach 443  
 Deutschland, Nordwest 723, 737  
 Deutschland, Süd 441, 444, 767  
 Deutschland, West 79, 193, 441, 692  
 Diez 151, 156  
 Dillingen a.d. Donau 344  
 Dinkelsbühl 50, 212, 281, 282, 510  
 Dominikanische Republik 777  
 Donauwörth 85, 344, 403  
 Dortmund 47, 102, 159, 165, 181, 190, 191, 437, 441, 716  
 Dresden 96-98, 182, 358, 363, 432, 446, 447, 465, 485, 506, 656, 671, 687, 705, 721, 724, 746, 755  
 Duisburg 181, 732  
 Düren 47, 48, 139, 315  
 Düsseldorf 49, 99, 129, 167, 187, 193, 222, 306, 356, 387, 388, 420, 444, 448, 475, 499, 662, 681, 724, 732, 776, 788  
  
 Ebermannstadt 212, 269, 334, 390, 392, 425  
 Ebersdorf 401  
 Ecuador 299  
 Eichenberg 119  
 Eichenhausen 134, 135  
 Eichstätt 140, 335, 536, 539, 801  
 Eicks 190  
 Eisleben 496  
 Elbing 194, 732  
 Ellingen 532  
 Elsaß 461, 546  
 Emden 466, 514  
 England 197, 200, 237, 263, 283, 287, 335, 344, 362, 374, 394, 395, 397, 401, 407, 418, 432, 445, 523, 524, 530, 622, 653, 654, 656, 661, 671, 674, 676, 681, 683-685, 687, 698-700, 703, 710, 719, 721, 722, 726, 731, 732, 734, 740, 743, 750, 752, 755, 763, 775, 778, 782  
 Eperies/Ungarn 465  
 Erbdorf 388  
 Erez Israel; siehe Palästina  
 Erfurt 125, 178, 404, 491, 494, 495, 499-501, 551, 763  
 Erkelenz 535, 537  
 Erlangen 50, 78, 118, 233, 234, 445  
 Erlenbach 302  
 Ermsland 227  
 Eschwege 57, 109, 664, 714, 760

Essen 168, 181, 231, 475, 497, 695, 696,  
 710, 752  
 Essen-Steele 168  
 Ettal 265  
 Euerbach 402, 498  
 Europa 240, 374, 386, 397, 438, 446,  
 468, 476, 494, 500, 527, 530, 535, 627,  
 639, 642, 674, 694, 697, 703, 759, 780  
 Euskirchen 139  
 Evian 239, 278, 288, 289, 366, 368, 682

Feuchtwangen 263, 296  
 Finnland 374  
 Fischach 157, 201, 403, 507  
 Fischhausen 180  
 Flatow 493  
 Floß 388  
 Forchheim 462, 463, 474, 475, 493, 520  
 Forsthaus bei Echzell 472  
 Franken 51, 75, 89, 156, 297, 300, 330,  
 410, 763  
 Frankfurt/Main 63, 64, 77, 107, 109,  
 112, 118, 126, 151, 156, 168, 180, 227,  
 230, 280, 397, 401, 410, 421, 441, 448,  
 461, 485, 491, 535, 542, 629, 637, 656,  
 660, 662, 667, 670, 676, 684, 685, 692,  
 698-701, 709, 730, 749, 750, 752, 760,  
 770, 771, 774  
 Frankfurt/Oder 70, 130, 149, 348, 350,  
 691, 726  
 Fränkische Alb 543  
 Frankreich 65, 79, 88, 96, 117, 263, 278,  
 283, 374, 394, 397, 407, 446, 491, 581,  
 622, 635, 636, 638, 640, 661, 677, 685,  
 689, 691, 692, 720, 723, 733-735, 737,  
 738, 751, 773  
 Freiburg 254, 255, 681, 721, 788, 801,  
 831  
 Freudenberg 282  
 Freystadt 254  
 Friedberg 195, 202, 203, 207, 210, 221,  
 235, 241, 428, 430, 431, 448, 467, 482,  
 487, 518, 521  
 Frielendorf 115  
 Fritzlar 123  
 Frohlinde-Schwerin 346  
 Frohnhausen 420  
 Fulda 111, 330, 592

Fürth 58, 96-98, 118, 164, 173, 212, 252,  
 330, 343, 392, 409, 410, 416, 417, 433,  
 442, 443, 481, 485, 498, 508, 525, 526,  
 529, 531  
 Furth i.W. 335

Garmisch-Partenkirchen 264, 335, 608  
 Gartnisch 176  
 Gausersheim 302  
 Gefell 207  
 Geiselbach 84, 265  
 Geldern 389, 416  
 Gelnhausen 104, 157, 249, 280  
 Gelsenkirchen 181, 734  
 Genf 242, 267, 671, 674, 690, 707, 775,  
 781  
 Germersheim 302, 410  
 Gladenbach 156  
 Glashütten 388  
 Gleiwitz 353, 586  
 Glogau 465  
 Godesberg a. Rhein 382  
 Goldbach 233, 270, 271  
 Golkowitz 465  
 Gollnow 46  
 Gotha 331, 339, 423, 789  
 Göttingen 481, 482  
 Grainau 265  
 Grajewo 423  
 Granada 230  
 Griechenland 60, 374, 500, 685  
 Groß-Bressen 199  
 Groß-Gaglow 140  
 Grünstadt 336  
 Gudensberg 124  
 Gumbinnen 131, 144, 170, 194  
 Günzburg 401, 404, 416, 425, 490  
 Gunzenhausen 52, 75, 198, 202, 203,  
 212, 281, 532  
 Gütersloh 102, 105, 792, 795, 819, 822,  
 832  
 Guttentag 254

Haaren 319  
 Hagenbach 269, 334, 390  
 Haigerloch 245, 336, 337  
 Halberstadt 392, 484, 755  
 Halle/Westf. 105, 158, 176, 316

Halle/Sachsen 170, 521  
 Halle-Merseburg 358, 523  
 Hamburg 66, 177, 244, 250, 251, 286,  
 387, 397, 421, 425, 435, 479, 484, 485,  
 629, 650, 658, 662, 671, 679, 691, 698,  
 700, 701, 720-723, 726, 727, 737, 749,  
 767, 774, 788, 789  
 Hameln 140, 164, 176, 178, 188  
 Hameln-Pyrmont 164, 176, 188  
 Hamm 49  
 Hammelburg 432, 445, 463  
 Hammeln 443  
 Hanau 57, 92, 111, 146, 275, 276  
 Hannover 51, 53, 65, 99, 121, 122, 127,  
 142, 143, 150, 168, 169, 178, 421, 692,  
 755, 788, 790  
 Harburg 101, 153, 403  
 Harburg-Wilhelmsburg 101, 153  
 Hechingen 144, 336  
 Heidelsheim 471  
 Heidenheim 52, 202  
 Heiligenstadt 234  
 Heilsberg 194  
 Heldenbergen 430  
 Heldensleben 544  
 Herb 261  
 Herchen 447  
 Herford 102  
 Herne 390, 391  
 Herne-Castrop-Rauxel 391  
 Herrlingen 82, 83, 385  
 Herrlingen bei Ulm 82  
 Hersbruck 536, 538  
 Hessen 66, 75, 92, 103, 112, 286, 421,  
 720, 727, 753, 773, 790  
 Hessen-Nassau 53, 54, 57, 86, 89, 92,  
 100, 112, 156, 205, 222, 331, 421, 461,  
 790  
 Heustreu 211  
 Hildesheim 251, 790  
 Höchstädt a.d.Aisch 233  
 Hof 210, 233, 281, 389  
 Hof/Saale 442  
 Hofgeismar 320  
 Hofheim a. Main 234, 533  
 Hofheim-Burgreppach 533  
 Hohenstein 97, 120  
 Holland 88, 96, 228, 240, 344, 357, 362,  
 374, 395, 397, 423, 640, 654, 660, 661,  
 685, 700, 709, 713, 720-722, 732, 760,  
 774  
 Honnef 122  
 Hopsten 451  
 Horn i./L. 323  
 Hornhausen 391  
 Horst Wessel (-Stadt) 352  
 Hörstein 55  
 Hösbach 270  
 Höxter 318, 441, 456, 483, 513  
 Hünfeld 100, 146  
  
 Ichenhausen 401, 404, 416, 425, 507  
 Idar-Oberstein 228  
 Innsbruck 441, 448  
 Ismaning 430  
 Isselhorst 317  
 Italien 280, 374, 407, 410, 423, 612,  
 622, 775  
 Izbica 490  
  
 Japan 429, 431, 433, 434, 520, 613  
 Jerusalem 200, 217, 237, 560, 646, 653,  
 663, 670, 671, 677, 688, 691, 701, 711,  
 712, 719, 727, 730, 740, 755, 760, 775,  
 778, 788, 789  
 Jesberg 475  
 Johannsburg 132, 144, 180  
 Jugoslawien 680, 685  
  
 Kadeltschhofen 202  
 Kahl a.M. 119, 245  
 Kaiserslautern 106, 292, 403  
 Kamen 191  
 Kapstadt 224  
 Karlsbad 440, 441  
 Karlsruhe 120, 123, 181, 191, 194, 255,  
 268, 269, 295, 345, 437, 439, 448, 485,  
 601, 721, 762, 763, 775, 788  
 Kassel 53, 54, 57, 58, 86, 89, 92, 100,  
 104, 109, 111, 113-115, 120, 123, 136,  
 146, 155, 157, 172, 173, 194, 228, 320,  
 426, 471, 721, 731, 774, 790  
 Kattersmauendorf 484  
 Kattowitz 450, 485, 489, 653, 674



Katyn 515-520, 522-525, 527, 532, 583,  
 647, 710, 711  
 Kempten 112, 490  
 Kenya 274  
 Kesselbrink 478  
 Kiel 159, 432, 440, 450, 709  
 Kiessling 495  
 Kirchheimbolanden 302  
 Kitzingen 55, 409, 411, 443, 530  
 Kitzingen-Gerolzhofen 409, 411  
 Kleinwallstadt 207  
 Koblenz 90, 118, 136, 169, 175, 326,  
 440, 485, 536, 788, 789  
 Kochem 278, 325, 385  
 Köln 49, 86, 91, 99, 117, 122, 131, 143,  
 152, 160, 179, 181, 193, 194, 196, 197,  
 230, 344, 408, 415, 420, 421, 434, 438,  
 448, 449, 454, 485, 488, 491, 545, 547,  
 644, 652, 660, 671, 691, 705, 713, 721,  
 752, 790  
 Köln-Bickendorf 197  
 Kolumbien 299  
 Königsberg 70, 131, 144, 152, 153, 170,  
 174, 180, 194, 198, 412, 421, 440, 448,  
 485, 497, 705, 722, 731, 734, 752  
 Königshofen 272, 277, 445  
 Königshofen-Hofheim 272, 277  
 Konitz 132  
 Korlin 484  
 Kottbus 262, 743  
 Krefeld 99, 181  
 Kreuzburg O/S. 254  
 Kreuznach 136  
 Kröffelbach 156  
 Krombach Eichenberg 119  
 Krumbach 196, 243, 282, 490  
 Kuba 299, 762  
 Kurhessen 194, 266, 330  
 Kusel 302  
 Küstrin 130  
  
 Lage/Lippe 154  
 Lahr 337, 411  
 Landau i.d. Pfalz 270  
 Landsberg 254  
 Landshut 48, 466, 492, 789  
 Langenbogen/Mansfeld 500  
 Laudenbach 119  
  
 Lauf 43, 266, 291, 543  
 Leimersheim 302  
 Leipzig 92, 244, 263, 358, 360, 363,  
 406, 407, 413, 414, 419, 421, 426, 437,  
 440, 450, 471, 485, 497, 499, 502, 506,  
 655, 671, 673, 704, 705, 722, 752, 789  
 Lemberg 120, 448, 449  
 Lemgo 321, 503  
 Lengerich 451  
 Lettland 374, 394, 454, 734, 736  
 Libau 454  
 Liberia 299  
 Liegnitz 129, 142, 149, 177, 448  
 Lindau (B.) 490  
 Lindenfels 436  
 Linz 485, 522  
 Lippe 164, 176, 188, 594, 710  
 Lippe-Detmold 154  
 Lippstadt 172, 175  
 Lisberg 430  
 Lissabon 434, 700  
 Litzmannstadt; siehe Lodz  
 Lodz 489, 641, 675, 689, 791  
 Lohe 473  
 London 92, 96, 185, 186, 217, 248, 261,  
 268, 274, 289, 335, 368, 379, 381, 394,  
 517, 643, 662, 696, 701, 702, 707, 711,  
 775, 778, 787, 788  
 Lörrach 332, 444  
 Lottstetten 296  
 Lübbecke 154, 316, 525  
 Lübeck 119, 467, 652, 671, 720  
 Ludwigshafen a. Rh. 93, 256, 270, 344,  
 393, 403, 410, 774  
 Lüneburg 101, 153  
 Luxemburg 117, 374  
 Luzern 605, 781  
  
 Madagaskar 214, 263, 635, 680, 723,  
 724  
 Magdeburg 66, 157, 161, 174, 327, 358,  
 391, 392, 473, 480, 512, 544, 722, 788,  
 790  
 Magdeburg-Anhalt 358  
 Mähren; siehe Reichsprotectorat Böh-  
 men und Mähren  
 Mainberg 489  
 Majdanek 649, 680, 715, 725

Malwischken 133  
 Mandschukuo 374  
 Mannheim 213, 255, 268, 269, 295,  
 345, 387, 410, 439, 440, 680, 691, 721,  
 769, 771, 789  
 Marburg 78, 420, 755  
 Marienburg 132  
 Mariendorf (Berlin) 497  
 Marienwerder 131, 144, 170  
 Marktbreit 411  
 Markttheidenfeld 460  
 Marktredwitz 545  
 Maßbach 393  
 Maxdorf 347  
 Mayen 198  
 Mechernich 190  
 Mecklenburg 77, 266, 365, 421  
 Meiningen 257, 336  
 Meißen 506  
 Melsungen 172  
 Memelland 384  
 Memmingen 490  
 Mengede 346  
 Merseburg 170, 327, 788  
 Merxheim 136  
 Metz 450  
 Mexiko 299  
 Miltenberg 55  
 Minden 87, 102, 105, 123, 133, 154,  
 161, 162, 164, 176, 188, 318, 328, 452,  
 454, 457- 459, 476-479, 483, 486, 509,  
 510, 534, 710  
 Minsk 484, 641, 689, 736  
 Mistelgau 388  
 Mittelfranken 50-53, 55, 56, 75, 105,  
 156, 202, 209, 212, 229, 233, 244, 260,  
 263, 277, 281, 291, 296, 329, 342, 385,  
 388, 392, 402, 409, 415, 417, 424, 429,  
 431, 433, 435, 442, 445, 461, 466, 473,  
 481, 490, 492, 498, 506, 508, 510, 514,  
 525, 526, 529, 533, 534, 536, 539, 545  
 Mönchengladbach 99  
 Moringen 177  
 Mosbach 338, 387  
 Moschin 497  
 Moskau 258, 304, 435, 501, 788  
 Muggendorf 338, 347  
 Mühlhausen 417  
 Mühlheim/Ruhr 48  
 München 48, 65, 77, 78, 92, 103, 137,  
 141, 163, 164, 173, 192, 196, 199, 200,  
 203, 205, 207, 209-211, 213, 220, 233,  
 239, 243, 252, 253, 258, 263, 269, 281,  
 282, 328, 330, 341, 354, 389, 402, 421,  
 425, 427, 430, 431, 436, 440, 441, 447,  
 448, 466, 485, 490, 498, 499, 521, 523-  
 525, 537, 587, 603, 616, 617, 619, 634,  
 644, 662, 664, 679, 682, 683, 691, 703,  
 705, 721, 722, 733, 735, 767, 788-790  
 München-Thalkirchen 430  
 Münster 49, 102, 125, 138, 213, 230,  
 235, 317, 412, 418, 420, 432, 444, 445,  
 451, 455, 464, 465, 467, 471, 482, 504,  
 521, 687, 788-790  
 Münster-Stadt 235  
  
 Nassau/Lahn 295  
 Naugard 46  
 Nemmersdorf 546  
 Neubeuern 345  
 Neuburg 85, 112, 201, 344, 403  
 Neuhaus 319, 462  
 Neuhof an der Zenn 209  
 Neukirchen 128  
 Neukölln (Berlin) 496, 497  
 Neumarkt 159, 329, 341, 473, 480, 493  
 Neustadt an der Aisch 51, 52, 209,  
 296, 544  
 Neustadt an der Saale 49, 51, 90  
 Neustadt an der Waldnaab 388  
 Neustadt an der Weinstraße 270, 403  
 Neustettin 423, 485  
 Neustrelitz 501  
 Neu-Ulm 202  
 Neuweiler 272  
 Neuwied 118, 798  
 New York 115, 186, 227, 696, 697, 702,  
 707, 777  
 Niederbayern 48, 50, 201, 209, 220,  
 244, 292, 329, 340, 388, 390, 409, 466,  
 490, 492, 508, 547  
 Niederlande 190  
 Niederlausitz 262  
 Niederschlesien 262, 684  
 Nieder-Weidel 202  
 Niederwerra 402

Norderney 191  
 Nordheim 418  
 Nördlingen 474, 490, 507, 524  
 Nürnberg 51, 53, 58, 93, 96-98, 118,  
 159, 162-164, 173, 198, 209, 212, 227,  
 252, 277, 281, 282, 291, 330, 342, 343,  
 360, 383, 389, 390, 392, 409, 410, 415-  
 417, 431, 433, 437, 442, 443, 466, 473,  
 474, 480, 485, 490, 498, 506, 508, 514,  
 515, 519, 521, 525, 526, 535, 536, 538,  
 539, 606, 613, 621, 652, 681, 703, 719,  
 733, 763, 789  
 Nürnberg-Maxfeld 41  
  
 Obbach 402  
 Oberammergau 213, 282  
 Oberbieber 118  
 Ober-Erlenbach 428, 448, 487  
 Oberfranken 51, 526  
 Oberhausen 47, 129  
 Oberpfalz 48, 50, 201, 209, 220, 244,  
 292, 329, 340, 388, 390, 409, 466, 490,  
 492, 508, 547  
 Oberpleis 454  
 Oberschlesien 61, 128, 129, 149, 163,  
 216, 229, 232, 238, 242, 248, 254, 262,  
 523, 664, 665, 674, 728, 734, 776  
 Oberstdorf 507  
 Oberstedten 156  
 Oberthulba 445, 463  
 Oberwestern 84  
 Ochsenfurt 528  
 Odenbach 302  
 Offenbach/Main 113, 402, 676  
 Oldenburg 472, 674, 720, 753, 789  
 Oppeln 127, 129, 142, 149, 162, 177,  
 262, 437, 485, 662, 776, 788  
 Oppershofen 202, 210  
 Osnabrück 127, 140, 155, 504, 789, 790  
 Osterode a.H. 99  
 Österreich 75, 112, 266, 267, 283, 301,  
 374, 416, 618, 633, 654, 670, 677, 699,  
 711, 735, 736, 764  
 Osteuropa 489, 591, 594, 653, 654, 659,  
 670, 683, 697, 702, 709, 728, 735, 750,  
 761  
 Ostfriesland 222  
 Ostgebiete 491, 519, 640  
  
 Ostland 474, 641, 736  
 Ostmark (Österreich) 220, 301, 302,  
 367-369, 372-374, 376, 380, 389, 396,  
 398, 413, 441, 618, 655, 736  
 Ostpreußen 131, 144, 170, 194, 222,  
 231, 421, 546, 660  
  
 Paderborn 176, 177, 320, 453, 465, 512  
 Palästina 54, 62, 66, 71-73, 80, 81, 85,  
 88, 91, 96, 98, 115, 122, 135, 140, 146,  
 150, 160, 165, 168, 171, 180, 182-186,  
 197, 199, 200, 202, 203, 208, 210, 214,  
 215, 217, 218, 225, 226, 228, 236, 237,  
 240, 242, 246, 248, 252, 259, 261, 274,  
 277, 287, 299, 344, 356, 362, 363, 368,  
 374, 379, 381, 394, 395, 400, 416, 434,  
 501, 556, 592, 610, 616, 630, 635, 652-  
 655, 658, 661-663, 667, 669-671, 673,  
 676, 679, 681, 683-686, 691-698, 700-  
 703, 706, 709-712, 717, 719, 720, 723,  
 725-727, 730-732, 734-737, 740, 744,  
 750, 752, 755, 760, 762, 763, 767-769,  
 774-776, 778, 780-782  
 Pankow 146, 147, 163  
 Pappenheim 533, 706  
 Paris 185, 186, 222, 230, 248, 304, 308,  
 330-332, 343, 371, 376, 390, 413, 590,  
 609, 623, 635, 673, 677, 692, 697, 698,  
 701, 702, 709, 722, 788  
 Passau 244  
 Petershausen 498  
 Pfalz 84, 93, 106, 201, 212, 256, 262,  
 269, 292, 301, 343, 389, 393, 403, 410,  
 421, 581, 582, 670, 719, 760, 788  
 Pfersee 205  
 Philippinen 274  
 Pillkallen 133  
 Pirmasens 207, 229, 302, 344, 403  
 Pleizenhausen 326  
 Pless/Oberschlesien 471  
 Polen 98, 120, 197, 262, 263, 298, 309,  
 360, 374, 394, 398, 399, 413, 414, 416,  
 417, 430, 433, 453, 454, 512, 516, 517,  
 519, 521, 522, 545, 546, 566, 623, 631-  
 633, 635, 653, 660, 661, 692, 702, 724,  
 734, 735, 750, 755  
 Pömben 318  
 Pommern 46, 75, 107, 421, 708, 790

Pommern-Grenzmark 46  
 Portugal 224, 374, 433, 488, 491, 640,  
 726, 759, 774, 777  
 Portugiesisch Ost- und Westafrika 299  
 Posen 97, 448, 662, 664, 673, 674, 676,  
 679, 695, 732, 750  
 Potsdam 429, 437, 440, 448, 790  
 Prag 96, 185, 188, 447, 629, 643, 646,  
 696, 702, 708, 711, 722, 766, 781  
 Prenzlauer Berg (Berlin) 352  
 Pretzfeld 335, 425, 520  
 Preußen 70, 358, 520, 521, 586, 594,  
 605, 660, 679, 680, 685, 720, 756, 763,  
 764  
 Proskon 423  
  
 Quirrenbach bei Oberpleis 454  
  
 Rastorf 504  
 Rauenthal/Rhg. 295  
 Rawitsch 466  
 Recklinghausen 47, 48, 125, 138  
 Regensburg 48, 50, 201, 209, 220, 244,  
 292, 329, 340, 388, 409, 466, 473, 480,  
 490, 492, 493, 508, 547, 752, 790  
 Reichenberg 437  
 Reichsprotektorat Böhmen und  
 Mähren 379, 542, 629, 633, 677, 708,  
 711, 749  
 Rest-Tschechoslowakei; siehe Tsche-  
 choslowakei  
 Rexingen 261  
 Rheinland 75, 306, 353, 421, 610, 691,  
 695, 711, 719, 788  
 Rheinpfalz 115, 415  
 Rheinprovinz 48, 420, 421  
 Riga 450, 454, 473, 474, 477, 478, 641,  
 671, 689  
 Rödelheim bei Frankfurt/M. 107  
 Rodheim 428  
 Rosbach 447  
 Rosenberg O/S. 254  
 Rosenheim 345, 700, 750  
 Rostock 315, 366, 538  
 Rotenburg 113, 173  
 Rothenburg/T. 525, 532  
 Rülzheim 302  
 Rumänien 197, 259, 263, 374, 617, 734,  
 735  
 Rußland 60, 96, 263, 394, 405, 416,  
 429, 431, 433, 434, 447, 467, 477, 478,  
 486, 489, 494, 496, 510, 523, 530, 532,  
 580, 583, 613, 635, 636, 638, 639, 641,  
 655, 658, 666, 678, 680, 702, 709, 710,  
 714, 734, 735, 738, 742, 768, 775, 784  
 Rütten 234  
 Rybnik 465  
 Rzeszow 497  
  
 Saarbrücken 192, 221, 521, 704  
 Saarburg 497  
 Saargebiet 116, 262, 601, 602, 671, 751  
 Saarland 433, 602, 728, 752  
 Sabbenhausen 503  
 Sachsen 263, 266, 286, 358, 421, 589,  
 655, 705, 752, 753  
 Sachsen-Anhalt 266, 655  
 Salzburg 203, 208, 437, 448, 660  
 Samland 180  
 Sandberg 42, 412, 526  
 Scheinfeld 230  
 Schillehnen 133  
 Schiltberg 210  
 Schleiden 83, 84, 190  
 Schlesien 138, 254, 331, 421, 469  
 Schleswig-Holstein 251, 266, 421, 467,  
 671  
 Schmalkalden 104, 113  
 Schmidmühlen 387  
 Schneidemühl 227, 634, 675, 703, 760  
 Schöllkrippen 84, 94, 95, 119  
 Schonungen 494  
 Schopfloch 281  
 Schrimm 427  
 Schwäbisch Gmünd 82  
 Schwabach 195, 292, 510, 513  
 Schwaben 85, 92, 112, 151, 201, 252,  
 344, 354, 386, 390, 403, 416, 425, 462,  
 474, 481, 490, 492, 503, 504, 506, 509,  
 514, 518, 519, 521, 522, 524, 533, 773  
 Schwaighofen 202  
 Schwandorf 292, 429  
 Schweinfurt 48, 119, 402, 531-533,  
 537, 542  
 Schweiz 96, 196, 268, 296, 374, 442,  
 499, 501, 508, 610, 640, 677, 684, 690,  
 692, 702, 723, 752, 763

Schwerin 101, 440, 485, 537, 538, 541,  
 692, 788  
 Seehausen 473  
 Sendelbach 536, 538  
 Shanghai 400, 434  
 Siegburg 448, 454  
 Siegkreis 454  
 Sigmaringen 144, 789  
 Simmern 70, 137, 175, 326, 385  
 Skandinavien 344  
 Sobibor 680, 760  
 Sommerkahl 95  
 Sontheim/N. 385  
 Sowjetunion; siehe Rußland  
 Spanien 60, 203, 205, 230, 433, 488,  
 491, 640, 726, 733, 759, 777  
 Speyer 84, 93, 106, 201, 212, 256, 269,  
 292, 301, 343, 393, 403, 410, 592, 788  
 Springe 169  
 St. Goarshausen 156  
 Stadtsteinbach 342  
 Stalingrad 479, 515, 516, 519, 522, 535,  
 583, 647  
 Stanislawow, Stanislaw, Stanislau 545  
 Steinach 163, 237  
 Steinach an der Saale 237  
 Stettin 46, 106, 107, 133, 250, 321, 364-  
 366, 423, 424, 485, 634, 675, 679, 704,  
 721, 759, 776, 788  
 Straubing 48, 329, 341  
 Strausfurt 494  
 Streitberg 347  
 Striegau 254  
 Stuhm 132  
 Stuttgart 82, 83, 181, 224, 233, 243,  
 255, 274, 384, 385, 400, 401, 421, 437,  
 521, 546, 652, 663, 698, 721, 790  
 Südafrika 224, 248, 739  
 Südafrikanische Union 299  
 Sudetengau 380, 421, 648  
 Südeuropa 379  
 Suhl 178  
 Sulzbürg 329, 480  
  
 Tauroggen 132  
 Thalmässing 234  
 Thannhausen 196, 282  
  
 Theresienstadt 504, 506, 508, 525, 531,  
 536, 547, 641, 644-647, 649-651, 660,  
 662, 664, 681, 686, 689, 691, 695, 701,  
 702, 709, 710, 716, 722, 723, 730, 732,  
 752, 760, 762, 766, 774, 775  
 Thorn 448  
 Thüringen 266, 358, 404, 421, 500, 753,  
 767  
 Tichau 489  
 Titting 513  
 Treblinka 647, 680, 767  
 Treuburg 133  
 Treuchtlingen 212, 532, 533  
 Trier 139, 162, 340, 463, 491, 676, 789  
 Trinidad 299  
 Troppau 437, 448  
 Tschechoslowakei 197, 228, 296, 394,  
 399, 619, 622, 654, 691, 693, 711, 778  
 Türkei 60  
  
 UdSSR; siehe Rußland  
 Uffenheim 51  
 Ukraine 531, 740  
 Ulm 124, 202, 460  
 Ungarn 197, 374, 410, 538, 540, 541,  
 542, 649  
 Unna 191, 693, 769, 771  
 Unsleben 134, 211, 412  
 Unterfranken 50, 55, 56, 64, 95, 119,  
 252, 256, 268  
 Untermässing 204  
 Unterreichenbach 272  
 Untersteinbach 342  
 Urspringen 460, 464, 577, 578  
 Uruguay 299  
 USA; siehe Amerika  
  
 Vaals 190  
 Varel 466, 504  
 Vatikanstadt 534  
 Venezuela 299  
 Versmold 316, 317  
 Viechtach 292  
 Vilbel 482  
 Vlotho 102  
  
 Waischenfeld 204, 404  
 Waldmohr 201, 256

Waldshut 296, 297  
 Wannbach 334, 390  
 Warburg 176, 186, 274, 457, 459, 726,  
 774  
 Warschau 394, 477, 478, 489, 580, 689,  
 695, 702  
 Washington 227  
 Wehrda 128  
 Weiden 201, 409, 490  
 Weilheim 338  
 Weimar 339, 432, 448, 485, 494, 497,  
 521, 686, 718, 788, 790  
 Weißenburg/Bayern 530, 532, 533  
 Weissensee 494  
 Wertheim 45, 774  
 Werther 316, 317  
 Wesel 193  
 Weser-Ems 266  
 Westfalen 47, 49, 125, 175, 306, 316,  
 421, 525, 710, 711  
 Wettelsheim 532  
 Wien 75, 103, 219, 367, 369, 373, 380,  
 381, 395, 413, 448, 537, 622, 646, 660,  
 667, 670, 693, 696, 708, 723, 726, 732,  
 736, 750, 779, 789, 790  
 Wiesbaden 107, 126, 134, 145, 151,  
 156, 180, 229, 295, 410, 485, 535, 660,  
 713, 720, 721, 788  
 Wilhelmshaven 148, 191, 228, 229,  
 466, 504  
 Wilhermsdorf 296  
 Windsbach 474  
 Windsheim 51  
 Winniza 527, 583  
 Wohnbach 235  
 Wolfhagen 114  
 Wolfratshausen 425  
 Wormditt 132  
 Worms 407, 408, 789  
 Wuppertal 167, 181, 472  
 Wuppertal-Elberfeld 167  
 Württemberg 59, 63, 82, 83, 221, 255,  
 256, 261, 286, 297, 300, 384, 400, 421,  
 438, 510, 646, 698, 732, 753, 778, 790  
 Württemberg-Hohenzollern 384, 400  
 Würzburg 50, 55, 56, 64, 119, 220, 234,  
 256, 268, 276, 296, 402, 416, 418, 423,  
 427, 443, 445, 460, 485, 508, 518, 521,  
 528-531, 533, 534, 537, 540-542, 721,  
 732, 789  
 Zeckendorf 431  
 Zeckern 233  
 Zempelburg 493  
 Zentralamerikanische Republik 299  
 Ziegenhain 115  
 Zürich 240, 781, 823, 832  
 Zweibrücken 115, 403

## Sachindex

Vorbemerkung zum Sachindex:

Das Sachregister enthält Angaben aus den folgenden Teilen des Buches: Vorwort, Einleitung, Dokumente samt Anmerkungen, Zeittafel und historisches Glossar. Dokumentenköpfe wurden nicht berücksichtigt, da diese Angaben bereits in der „Liste der Dokumente“ erscheinen.

- Abhören ausländischer Sender 269, 409, 543
- Abrißgeschädigte (im Zusammenhang mit der Neugestaltung Berlins) 354
- Abtreibung, Abtreibungsmittel 351, 402
- Achduth – Vereinigung gesetzestreuer Juden Deutschlands 98, 652-653, 677, 688, 699, 715, 769; siehe auch Gemeindeorthodoxie
- Achenbach (Auktionshaus) 499
- Adass Jeschurun 652, 660
- Adass Jisroel 652, 660, 732, 830
- Adolf Frank (Warenhaus); siehe Warenhäuser, jüdische
- Agudas Jisroel 122, 150, 180, 200, 227, 248, 252, 653, 676, 681, 685, 693, 700, 708, 712, 733, 735, 750, 772, 778
- Agudas-Jugend (Noar Agudati) 653, 708, 733
- Agudas Noschim 98, 653
- Aktion 1005 532
- Aktionen gegen Juden; siehe Ausschreitungen, antijüdische; siehe auch Kristallnacht; Einzelaktionen
- Alija, Alijah 91, 98, 135, 160, 168, 182, 199, 208, 215, 218, 226, 231, 240, 274, 277, 344, 362, 367, 374, 381, 400, 653-655, 661, 668-669, 671, 685, 693-694, 700-701, 703, 708, 711-712, 719, 723, 726, 736, 776, 780-781, 826
- Alijat Hanoar, Alijat Noar; siehe Jugendalija; siehe auch Alija
- Allgemeine Zionisten 654
- Altersgliederung der Juden in Deutschland 373, 396, 398, 401, 665
- Altersheime, Siechenheime, jüdische 161, 385, 393, 474, 476, 504, 691, 695
- Altes Testament 72, 77, 78, 127, 156, 210, 220, 233, 243, 329-330, 338, 343, 376, 485, 507, 530, 594, 657, 682-683, 712
- Altreu – Allgemeine Treuhandstelle 655, 693
- Altsoldaten 86, 91, 597-598, 655
- American Jewish Congress 656, 723-724, 774, 777
- American Joint Reconstruction Foundation; siehe Joint Distribution Committee (Joint)
- Amtsbürgermeister
- Amtsbürgermeister Brakel 513
  - Amtsbürgermeister Halle 317
  - Amtsbürgermeister Vermold 316-317
  - Amtsbürgermeister Werther 317
- Amtsgericht 94, 112, 160, 177, 180, 191, 242, 419, 429, 438, 443
- Amtsgericht Fürth 443
  - Amtsgericht Hamburg 177
  - Amtsgericht Leipzig 419
  - Amtsgericht Norden 191
  - Amtsgericht Alzenau 94
  - Amtsgerichtsgefängnis; siehe Gefängnis
- Änderung von Familiennamen und Vornamen; siehe Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen von Juden
- Angestellte: 64, 68, 111, 137, 164, 225, 245, 306, 313-315, 321, 354, 530, 547
- Angestellte, jüdische 88-89, 242, 247, 372, 394, 536, 588, 590, 618, 657
- Anmeldung jüdischen Vermögens; siehe Vermögen von Juden
- Anmeldung jüdischer Versammlungen; siehe Überwachung jüdischer Organisationen und Versammlungen
- Vermögensverfall; siehe Besitz der abgeschobenen Juden
- Anwälte, jüdische; siehe Juristen, jüdische
- Apotheker, jüdische 379, 589, 600, 612, 627
- Araberkonflikt 201, 218, 226, 362, 610, 653, 669, 694, 768
- Arbeiter(schaft) 62, 70, 88, 94, 96, 114,

- 117, 144-145, 158, 161, 205, 269, 294, 313, 321, 324-325, 329, 339, 341, 360, 365, 395, 434, 470, 472, 478, 494, 507, 519, 522, 531, 540, 542, 547, 588, 590, 626, 776
- Arbeitseinsatz von Juden; siehe Zwangsarbeit von Juden
- Arbeitsfront; siehe Deutsche Arbeitsfront
- Arbeitsgemeinschaft der jüdisch liberalen Jugendvereine 656, 722
- Arbeitsgericht
- Arbeitsgericht Berlin 450
  - Arbeitsgericht Köln 449
  - Arbeitsgericht Velbert 424
- Arbeitslager 380, 482, 531, 753
- Arbeitslosigkeit 46, 64, 282, 313, 321, 323, 500
- Arbeitsnachweise, jüdische 168, 608, 656-657, 680
- Arier, arisch 61-63, 69, 72, 84, 88-90, 94, 105, 107, 116-117, 124, 126, 129, 134, 136-137, 140-141, 144, 147-149, 154, 159-161, 170-171, 173, 175-177, 187-188, 191, 198, 201, 204, 206-207, 209, 212-213, 215-216, 225, 228-229, 242-243, 245, 249, 251, 253, 255-256, 272, 277, 281, 300, 314, 316, 320, 326, 333, 339, 341-345, 349-350, 358, 362, 371, 377, 391, 393, 402, 408, 414, 430, 437, 447-448, 453-459, 461-462, 467, 477-478, 481, 486, 498-499, 505, 509-510, 513, 530, 592-594, 600-601, 603-605, 607-608, 628, 630-632, 637, 643-644, 646, 657-659, 677, 689, 697, 706, 724, 729-730, 733, 741, 745, 774
- Ariergesetzgebung 70, 91, 222, 235, 595, 657-658, 675, 679, 686, 741, 745, 768
- Arierparagraph 78, 124, 126, 588-589, 592, 600-601, 603-605, 608, 612, 620, 657-658, 688, 713, 740
- Arisierung 65, 88, 169, 173, 178, 188, 201, 215, 234, 241, 243, 245, 249, 255-256, 272, 276-277, 279, 281, 288, 291-292, 294, 296-297, 299, 313, 315-316, 320, 335, 339, 341-342, 350, 352-353, 358, 376-377, 390, 398, 402, 428, 438, 457, 463, 480, 485, 546, 607, 618-620, 624, 657-659, 668, 767, 773-774
- Ärzte, jüdische 49, 154, 251, 264, 266, 278, 290, 300, 331, 339, 344-345, 350, 359, 364, 370, 379, 425, 433, 498, 529, 588-589, 595-596, 601, 609, 621, 627, 636, 643, 659, 668-669, 686, 689, 709, 724-725, 748, 760, 767, 779
- Aschkenas 659, 716, 759
- Assimilanten 62, 69-70, 72-73, 91, 141, 146, 166, 169, 171, 183-184, 188, 190, 199, 208, 226-227, 229, 231, 233, 236, 241, 246, 248, 254-255, 260, 267, 283-285, 301, 349, 359, 362-364, 367, 369, 374-375, 494, 602, 607, 614, 659-660, 670, 672, 675, 725, 743, 746, 758, 761, 770-771, 781-782
- Assimilation 60, 68, 183, 246, 258, 267, 602, 653, 659-660, 703, 705, 721, 727, 729, 735, 743, 757, 770
- Atlantikwall 516
- Attentatspläne, jüdische 279
- Aus Natur- und Geisteswelt (Verlagsprogramm) 502
- Ausgehverbot für Juden 406, 422, 428, 442
- Auslandspässe; siehe Kennzeichnung jüdischer Pässe
- Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben 169, 215, 248, 304, 334, 350, 352, 357, 359, 361, 377, 390, 399, 623-624, 638, 658, 690
- Ausschreitungen, antijüdische 45, 53, 60, 66, 76, 92, 97, 99, 102, 109-110, 114, 118-119, 133, 138, 147-149, 151-152, 154-155, 160, 162, 164, 172, 192, 209, 211, 217, 231, 267-268, 275-276, 300, 302, 305, 334, 358, 408, 418, 428, 480, 586, 604, 618-619, 632, 662, 678, 698-699, 713-714, 751; siehe auch Kristallnacht; Einzelaktionen
- Aussiedlung; siehe Deportation von Juden
- Austrittsgemeinde; siehe Austrittsorthodoxie
- Austrittsorthodoxie 73, 223, 239, 627, 652-653, 655, 660, 688, 698, 700, 714, 732, 735, 747, 765, 767, 770, 772
- Auswanderung 19, 60, 66, 71-74, 76, 80-81, 83-85, 88, 91, 96, 115, 137, 143, 146, 160, 164-165, 168-173, 175,



- 178, 180-182, 184, 186, 190-191, 221, 224-227, 231, 234, 236-237, 239-241, 243-248, 250, 252-253, 256, 258-261, 263-265, 273-274, 277, 281, 284, 286-287, 289, 291, 293-294, 296, 299, 301-302, 308, 323, 325, 329, 337, 339-340, 342, 344, 348, 351, 355-356, 359, 361-375, 377-378, 380-382, 384-390, 392, 395-397, 400-401, 403-404, 407, 409-410, 413, 416-417, 420-421, 423-424, 426, 428-429, 431-434, 438, 442-443, 445, 461, 466-467, 474, 488, 506, 591-592, 596, 602, 610, 612, 616-617, 619, 622, 626-629, 631, 635, 638, 640, 652-655, 657, 660-661, 663-667, 669-671, 673-674, 677, 679-681, 683-685, 690-694, 697-702, 704, 709-713, 715-717, 721, 723-724, 726-727, 731-732, 734, 736, 742, 744-751, 755-756, 759-760, 762-765, 769, 771, 773-774, 777-779, 781-782
- Auswanderungsberatungsstelle 355, 359, 361, 363, 368, 388-389, 397, 410, 416, 420
- Auswärtiges Amt  
- Auswärtiges Amt Deutschland 217, 434, 511, 635, 645, 724  
- Auswärtiges Amt der USA 227
- Ausweisung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit 298, 301, 303-304, 356, 360, 363, 374, 394, 396, 398, 400, 415, 623, 629-630, 674, 692, 694, 736, 747, 751; siehe auch Ostjuden
- Ausweisung von Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit 247, 618, 736
- Autonomie, jüdische 60-62, 82, 666, 679, 728, 765
- Autoren, jüdische 53, 426, 499, 502, 590, 592, 661, 663, 690-691, 696, 763
- Badeanzeiger Norderney (Zeitung) 191
- Bäder; siehe Kurorte und Bäder; Badeverbote für Juden in öffentlichen Schwimmbädern
- Badeverbote für Juden in öffentlichen Schwimmbädern 53, 55, 116, 145, 151, 210, 264, 592, 662, 718
- Balfourdeklaration 630, 662-663, 669, 775, 781
- Bar Kochba (Sportverein) 57, 96, 126, 663, 725
- Baseler Programm 662-663, 696
- Bauern 109, 127, 134, 159, 181, 191, 201, 204, 210, 249, 252, 255, 274, 339, 346, 432, 443, 498, 519, 529, 540, 681
- Baum-Gruppe 496, 507, 643, 663, 665, 714, 723
- Bayerische Politische Polizei 55, 93, 142, 203
- Bayerisches Israelitisches Gemeindeblatt 356, 664, 683
- BDJJ; siehe Bund deutsch-jüdischer Jugend
- BDM; siehe Bund Deutscher Mädel
- Beamte, jüdische 242, 355, 382, 587-588, 592, 602, 606, 609, 614, 625, 657, 659, 774
- Beamte 51, 64, 66, 69, 72, 99, 144, 147-149, 155, 170-171, 252, 295, 307, 319, 353, 357, 467, 469, 479, 482, 500-501, 648
- Beerdigung von Juden 143-144, 198, 201, 245, 256, 285, 430
- Beirat der Reichsvertretung der Juden in Deutschland; siehe Reichsvertretung der Juden in Deutschland
- Bekennende Kirche 78, 106, 125-126, 154, 156, 165, 222, 232, 235, 246, 250, 260, 321, 331, 347, 383, 412, 468, 471-472, 597, 599, 602, 611, 646, 664, 671, 712, 778; siehe auch Kirchen
- Benutzung von Bürgersteigen 457, 459
- Benutzung von Schlaf- und Speisewagen 379, 470, 626
- Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke (B.SIEHEW.) 178; siehe Simson-Werk unter Firmen, jüdische
- Bernheim-Petition 128, 216, 590, 665, 728
- Berufsumschichtung 62, 69-70, 76, 79-80, 83, 143, 146, 164-165, 168, 173, 186, 224-225, 234, 240, 241, 248, 253, 340, 348, 355, 612, 657, 665, 680, 693-694, 705-706, 717, 734, 746, 748, 754, 768-769, 771, 779; siehe auch Hachschara
- Besitz der abgeschobenen Juden 490, 498, 535, 539, 545

- Betar (Jüdische Jugendbewegung);  
siehe Herzlia
- Bezirksamt 51, 48, 85, 120, 201-202,  
207, 270, 282, 302, 344
- Bezirksamt Augsburg 201
  - Bezirksamt Bad Brückenau 207
  - Bezirksamt Bergzabern 302
  - Bezirksamt Dinkelsbühl 282
  - Bezirksamt Donauwörth 85
  - Bezirksamt Landau in der Pfalz 270
  - Bezirksamt Landshut 48
  - Bezirksamt Neustadt/Aisch 51
  - Bezirksamt Neu-Ulm 202
  - Bezirksamt Pirmasens 344
- Bezirksbürgermeister 163, 354, 542
- Bezirksbürgermeister des Verwaltungsbezirks Pankow 163
  - Bezirksbürgermeister Horst-Wessel-Stadt 542
- Bezirksgemeinden 365
- B.G. Teubner (Verlag) 502
- Bibel 72, 127, 156, 168, 220, 338, 501,  
727, 765, 767; siehe auch Altes Testament
- Bikkur Cholim 244, 665, 673, 716, 777
- Binnenwanderung bis Kriegsausbruch  
71, 77, 79, 137, 170, 175, 178, 181,  
209, 221, 227, 234, 236, 250-254, 256,  
262-262, 274, 277, 281, 294, 296, 325,  
329, 339, 344, 348, 404, 409, 665-666
- Binnenwanderung nach Kriegsausbruch  
406, 410, 415, 417, 426, 431,  
433, 451, 467, 632, 665-666, 765
- Blau-Weiß (Jüdische Jugendbewegung) 666-667, 673, 686, 719, 732,  
738, 750, 764
- Bleistiftfabrik Eberhard Faber 341
- Blut und Boden 123, 511
- Blutbeschuldigung; siehe Ritualmord
- Blutschutzgesetz; siehe Nürnberger Gesetze
- Bne Akiva 667, 708, 730
- Bne Brith (U.O.B.B.) 51, 57, 97, 131,  
181, 227, 231-232, 267, 375, 605, 614,  
656, 662, 667, 685, 691, 698, 706, 723,  
732, 752, 755, 758, 763, 769, 775
- Bolschewismus 20, 51, 205, 220, 386, 447-  
449, 454, 462, 464, 494, 496, 516-521,  
527, 529-530, 541, 638, 710-711, 714
- Bombengeschädigte 526, 528, 540
- Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 502
- Botschaften
- ausländische Botschaften in Danzig 308
  - deutsche Botschaft in Washington 227
  - Botschafter der USA 520
- Boycott, antijüdischer 26, 45, 46, 48,  
49, 50, 51, 55, 56, 58, 64-65, 69, 72,  
75, 84-87, 89, 94, 99-103, 106-109,  
114, 116-119, 129, 133, 137-139, 143,  
147-148, 153, 165, 169-171, 176, 192,  
211, 213, 235-236, 243, 248, 275-276,  
279, 288, 361, 457, 587-589, 595, 600,  
658-659, 668, 676, 678, 691, 702-703,  
714, 742, 751, 759, 767, 769, 773-775
- Boycottbewegung gegen das Dritte Reich 50, 70-71, 74, 77, 80, 96-97,  
107, 139, 153, 173, 185, 246, 341, 375-  
376, 655-656, 665, 668, 678, 701-702,  
731, 753, 762, 777, 782
- Brentano Bad (Frankfurt/Main) 145;  
siehe auch Badeverbote für Juden in öffentlichen Schwimmbädern
- Brith Chaluzim Datiim (Bachad) 668,  
671, 700, 708, 730, 778
- Brith Hano'ar schel Ze'ire Misrachi  
668, 778
- Brith Haolim 669, 693
- Brith Hechajal 669
- Britisches Mandat in Palästina 71, 91,  
143, 200, 215, 218, 226, 237, 242, 246,  
252, 259, 287, 356, 362, 610, 616, 653-  
654, 662, 669, 701, 726, 736, 775, 780-  
782
- Büchersammlung der NSDAP 444
- Bund Deutscher Mädel (BDM) 191,  
664, 670, 698
- Bund deutsch-jüdischer Jugend (BDJJ)  
86-87, 93, 122, 184, 284, 670, 675-676,  
706, 708, 737, 749, 776
- Bund gesetzestreuer jüdischer  
Gemeinden Deutschlands (Halberstädter  
Verband) 670, 693, 720, 732,  
735, 743, 755, 765, 772; siehe auch  
Freie Vereinigung für die Interessen  
des orthodoxen Judentums
- Bund gesetzestreuer jüdischer Lehrer  
Deutschlands 670, 705

- Bund jüdischer Frontsoldaten Österreichs 267
- Bund Jüdischer Jugend; siehe Werkleute
- Bürgerbräukeller (München) 417-418, 634
- Bürgermeister 133-134, 151, 198, 210, 220, 236, 256, 281, 321, 327, 418, 447, 462, 472, 479, 495
- Bürgermeister von New York 227, 229
- Bürgertum, liberales 15, 22, 153, 161, 216, 250, 324, 339, 365, 375-376, 465, 516, 535, 609
- Büro Grüber 671, 691, 715, 746, 748
- C. (Chef); siehe Heydrich, Reinhard
- C.G. Boerner (Auktionshaus) 499
- Central British Fund for German Jewry 653, 672
- Centralverein (CV) 46, 51, 57- 59, 62, 73, 84, 91, 97-98, 104, 106, 115, 117, 121, 122, 184, 199, 208, 223-224, 227, 229, 231, 241, 279, 284-285, 348, 359-360, 362, 364, 370, 590, 614, 656, 659, 664, 669-675, 679, 684, 695-698, 705, 710, 716, 723, 733, 741-743, 746, 752, 754, 762-764, 767, 770-771, 777-779
- Chanukka 97, 102, 182, 672-673, 727
- Chewra Kaddischa 144, 284, 355, 417, 652, 665, 673, 684, 716, 777
- Christkönigsbote (Zeitschrift) 85
- Christkönigsgesellschaft 85
- Coga-Cuza-Regierung (in Rumänien) 259, 263, 617
- Comité des Délégations Juives 590, 665, 673-674, 707, 724, 729, 777
- Council for German Jewry 217, 261, 274, 368-369, 674
- CV; siehe Centralverein (deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, ab 1935 der Juden in Deutschland)
- CV-Zeitung 61, 74, 76-78, 238, 239, 241, 349, 669, 672, 674, 698, 738, 743, 754
- DAF; siehe Deutsche Arbeitsfront
- Dampfer Stuttgart (Emigrantenschiff) 224
- Deportation von Juden, Massendeportation 20-21, 26, 149, 214, 241, 366, 406, 413, 416, 424, 426, 439, 446, 448, 449, 451, 455, 464, 466-467, 469, 471-480, 482, 484, 486, 488, 490, 492-493, 495, 498, 503-508, 513-514, 525, 528-530, 533, 543, 577, 591, 621, 627, 633-637, 640-647, 649-654, 657, 660-662, 664-667, 671, 673, 677, 679-683, 686-687, 689, 691-693, 695, 698, 701-702, 704, 706, 708-711, 713-716, 722-724, 726, 729-730, 732, 76, 744, 747-748, 752, 755-756, 759-760, 762, 765-767, 774-775, 778
- Deutsche Arbeitsfront 137, 145, 169, 223, 325, 354, 595
- Deutsche Botschaft 227
- Deutsche Christen; siehe Glaubensbewegung der Dt. Christen
- Deutsche Reichsbahn 265, 379, 418, 470, 474, 477, 626
- Deutscher Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden (DV) 608, 659, 675, 755, 757
- Deutschjuden, Deutschjudentum, Nationaldeutsche 68, 72-73, 76, 91, 93, 115, 122, 135-136, 141-142, 146, 150, 177, 183, 184, 283-285, 608, 659, 670, 675, 732, 747, 757, 770, 772
- Deutsch-jüdische Arbeitsgemeinschaft 676
- Deutsch-jüdische Jugendgemeinschaft (DJJG) 606, 708
- Deutschlandlied 136
- Deutschnationale Volkspartei 500
- Dolchstoß (legende) 513, 714, 724
- Dominikaner 426
- Donauzeitung 220
- Ehape; siehe Einheitspreisgeschäfte
- Einheitsgemeinde, jüdische; siehe Achduth
- Einheitspreisgeschäfte 64, 69, 101-103, 213, 676-677
- Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden 407-410, 414, 436-437, 443, 452-453, 456, 460, 481-484, 486, 603, 633-635, 637-638, 644-645, 677
- Einsatzgruppen 491, 633, 639, 678, 710, 761

Einsatz jüdischen Vermögens; siehe  
 Vermögen von Juden  
 Eintopfsonntag 175-176, 251  
 Eintopfspenden 307, 357  
 Einzelaktionen gegen Juden 46, 47, 48,  
 49, 51-52, 54-57, 70, 71, 75, 86, 89, 94-  
 95, 99-102, 105, 109-111, 114, 118-119,  
 121-122, 128-129, 131-132, 134-139,  
 141, 143-149, 151-156, 159, 162-164,  
 169, 172-173, 175-177, 180, 189-190,  
 192, 194-195, 207, 209, 211-213, 217,  
 220, 231, 233, 240, 250, 255, 268, 270-  
 271, 274-276, 278, 280, 284, 294-296,  
 298, 301-302, 309, 334, 344, 349, 358,  
 392-393, 402-403, 408, 411-412, 416-  
 418, 428, 438, 452-453, 474, 480, 543,  
 586, 588, 594, 597, 599-601, 603-605,  
 607, 610, 619, 622, 626, 632, 634, 662,  
 668, 678, 684, 686, 688, 692, 698-699,  
 703, 711, 713, 717-718, 733-735, 741-  
 742, 751-753, 755, 759, 761, 763, 767,  
 773; siehe auch Ausschreitungen,  
 antijüdische  
 Einzelhandel 169, 268, 352-354, 377,  
 410  
 Eisenbahn; siehe Öffentliche  
 Nahverkehrsmittel  
 Eiserne Front 208  
 Emanzipation der Juden 61, 494, 587,  
 666, 672, 675, 679, 692, 703, 727, 734,  
 756, 773  
 Emigranten 60, 62-63, 70-71, 76, 79-80,  
 85, 88, 91, 95-96, 124, 130, 141, 146,  
 151, 159, 186, 196, 203, 247, 289, 308,  
 342, 381, 388-389, 392, 394, 416-417,  
 424, 430, 432-433, 442, 445, 459, 545,  
 591, 594, 596, 601, 612, 617, 623, 653,  
 655, 659-661, 669-671, 673, 677, 679,  
 682-683, 692, 697, 700, 726, 731, 746,  
 753, 763, 768, 780  
 Endlösung der Judenfrage (wird nicht  
 in den Dokumenten selbst, sondern  
 in den Anmerkungen der Herausgeber  
 erwähnt) 17, 63, 446, 449, 451,  
 486, 491, 503, 506, 508-510, 512, 514,  
 519, 529-532, 535, 540-542, 606, 638-  
 639, 642, 549, 660-661, 664, 666, 673,  
 675, 677, 679-680, 683, 687, 689-691,  
 696-697, 703, 706, 711, 714-715, 717,  
 725, 730, 733, 741, 745, 754, 759-761,  
 766, 777  
 Entartete Kunst 499, 616, 619, 722  
 Erntedankfest 681, 754  
 Erschießung von Juden 48, 118, 412,  
 451, 454, 470, 474, 477-478, 491, 500,  
 510, 522, 639, 646, 650, 672, 678, 680,  
 714, 761  
 Erwachsenenbildung, jüdische 82, 127,  
 168, 249, 287, 356, 596, 653, 670, 679,  
 681, 690, 694, 709, 717, 721, 731, 756,  
 760, 764, 771; siehe auch Mittelstelle  
 für jüdische Erwachsenenbildung  
 Erwerb jüdischen Eigentums; siehe  
 Besitz der abgeschobenen Juden  
 Erziehung, jüdische 57, 168, 262, 267,  
 351, 372, 443, 591, 603, 605, 615, 623,  
 670, 689, 694, 705, 707, 712, 729-731,  
 746, 748, 756, 759, 766, 772; siehe  
 auch Schulwesen, jüdisches;  
 Erwachsenenbildung, jüdische  
 Esra 653, 681, 696, 708, 733, 740  
 Esras Noschim 681, 708  
 Eugen Pongs (Auktionshaus) 499  
 Euthanasie 451, 455, 464, 465, 632, 636,  
 639, 682-683, 687, 778  
 Evakuierung von Juden; siehe Depor-  
 tation von Juden; siehe auch Bin-  
 nenwanderung nach Kriegssaus-  
 bruch  
 Evangelische Kirche; siehe Protes-  
 tantische Kirche  
 Evian-Konferenz 239, 278, 288-289,  
 366, 368, 621, 682  
 Ewige Jude, Der (Film); siehe Filme,  
 antisemitische im Dritten Reich  
  
 Feldjäger 107, 109-110  
 Filme (außer Filme, antisemitische) 70,  
 103, 147, 231, 331, 393, 398, 434-435,  
 607, 682, 717, 719, 778  
 Filme, antisemitische im Dritten Reich:  
 - Der Ewige Jude 440-441, 617, 627,  
 683, 736  
 - Die Rothschilds 437-438, 440, 683  
 - Jud Süß 434-438, 441, 636, 683  
 Finanzamt 215, 219, 318, 389, 479  
 Firma Adolf Heine 315; siehe Firmen,  
 jüdische

- Firma Berta Münz 315; siehe Firmen, jüdische
- Firma Koch 315; siehe Firmen, jüdische
- Firma Schmidt und Jüngling 276
- Firma Sponsel; siehe Firmen, jüdische
- Firmen, jüdische (außer Warenhäuser, jüdische und Verlage, jüdische) 57, 88, 92, 107, 173, 198, 201, 228, 232, 236, 256, 268, 300, 353, 371, 471, 595, 658, 668
- B.S.W. (Simson-Werk) 178
  - Eisfeld, Schuhgeschäft 211
  - Firma Adolf Heine 315
  - Firma Bertha Münz 315
  - Firma Koch 315
  - Firma Sponsel 275
  - Geschäft Ehrenfeld 110
  - Geschäft Fleischmann 212
  - Geschäft Louis Mosberg 314
  - Geschäft Salberg 110
  - Jüdische Handelsbank "Iwria" 704
  - Schuhhaus Klein 212
  - Möbelfabrik Lindheim 212
  - Tuchgeschäft Mantel 296
  - Münstermann, Barbiergeschäft 128
  - Schocken Konzern 755
- Flaggengesetzgebung 96, 116, 120, 126, 160, 602, 606, 683, 733
- Flugblätter 158, 165, 307, 357, 408, 435, 468, 532, 535, 542, 596
- der NSDAP 139
- Frankfurter Volksblatt 107
- Frankfurter Zeitung 108, 232
- Frauenbund, jüdischer 98, 167, 653, 664, 684, 700, 705-706, 752, 758, 769, 778
- Frauenchewra; siehe Israelitische Frauenchewra
- Freie deutsch-jüdische Jugend 684, 708-709, 757, 776
- Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums 685, 772; siehe auch Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands
- Freiheitskampf (Zeitung) 516
- Freiheitspartei 279, 280
- Freikorps 500
- Freimaurer 51, 85-86, 104, 106, 127, 131-134, 136, 138, 142-144, 146, 148-149, 151, 153, 155-156, 159, 161-162, 165, 167, 169-170, 172-175, 180-181, 187, 193-196, 198, 207, 216, 263-264, 269, 282, 291, 332, 335, 425, 605, 642, 667, 685, 758, 766
- Friedhofsschändungen 52, 151, 154, 156, 189-190, 233-234, 243, 302, 321-322, 330, 392-393, 403, 425, 430-431, 445, 678, 686, 698, 754
- Frontkämpfer, jüdische; siehe Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
- Frontsoldaten 167, 486, 489, 663, 744
- Führer (Hitler, Adolf) 65, 79, 103, 105, 140, 154, 162, 177, 180, 195, 202, 220, 243, 262, 267, 280, 329, 331, 340, 342, 382, 386, 393, 399, 418-419, 424-425, 440, 445, 477-478, 480, 485, 494, 496, 500-501, 513, 521, 531, 536, 538-539, 638
- Führerreden 262, 267, 382, 386, 399, 485
- Fuldaer Bischofskonferenz 469
- Fürsorge, jüdische 63, 144, 294, 348, 355, 367, 369-370, 377, 385, 395-396, 625, 653, 661, 687, 694, 700; siehe auch Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden
- Galerie Gurlitt 499
- Galut(h) (Diaspora) 218, 230, 653-654, 681, 687, 701, 727, 730, 736, 739
- Gasthäuser; siehe Gaststätten
- Gaststätten 70, 75, 89, 127, 131, 161, 172, 202, 242, 251, 262, 265, 442, 444, 453, 456, 459, 482, 626
- Gauamt 151, 163, 205, 263, 330, 436
- Gauleiter 46, 56, 89, 93, 107, 111, 123, 139, 291, 299, 358, 480, 523, 621, 670-671, 689, 691, 763, 773
- Gefängnis 94, 165, 181, 268, 282, 297, 333, 336, 387, 410, 501, 529, 534, 611, 619, 684, 735, 757
- Geheime Staatspolizei (Gestapo); siehe Gestapo
- Geheimes Staatspolizeiamt (Gestapa); siehe Gestapa
- Geistliche 78, 90, 125, 132, 179, 203, 230, 243, 258, 260, 307, 326, 329, 331, 334, 337, 347, 383, 389, 411, 468, 489, 512, 522, 539, 592; siehe auch Kirchen; Pfarrer; Pastor; Kaplan
- Geltungsjuden 221, 345, 368, 374, 472,

- 526, 536, 539, 649-650, 661, 687, 689, 730, 741
- Gemeinde, jüdische;
- Israelitische Gemeinde 77, 687, 700, 720, 733
  - Israelitische Religionsgemeinde 98, 687, 727
  - Israelitische Kultusgemeinde 281, 291, 342, 355, 363, 373, 380, 683, 700, 723, 764
  - Israelitische Kultusvereinigung 442-443, 687
  - Jüdische Gemeinde 48, 54, 87, 92-93, 105, 112, 133, 145, 167, 168, 174, 178, 273, 359, 399
  - Synagogengemeinde 98, 130, 143-144, 168, 174, 247, 251, 253-254, 273, 276, 315, 347, 367, 374-374, 381, 384, 387, 399, 415, 613, 687, 700, 713, 718, 720, 735, 749, 764-765
- Gemeinde, israelitische; siehe Gemeinde, jüdische
- Gemeindeblatt der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt 688
- Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden 687
- Gemeindeblatt der jüdischen Gemeinde (zu) Berlin 349, 687, 738
- Gemeindeorthodoxie 735, 737, 771; siehe auch Achduth
- Gendarmerie 123, 128, 210, 302, 392
- Gendarmerie Hösbach 272
  - Gendarmerie Schöllkrippen 94-95
  - Gendarmerie Abteilungsbereich Wittlage 141
- Generalfeldmarschall (Göring, Hermann) 288, 324, 329, 372, 377-378
- Genfer Abkommen 128, 163, 254-255, 267
- Genisa 291, 333
- German Jewish Aid Committee; siehe Council for German Jewry
- „Germany Must Perish“; siehe Kaufmann, „Germany Must Perish“
- Gerüchte 65, 97, 104, 113, 139, 230, 262, 267, 280, 293, 318, 334, 353, 426, 433, 451, 453, 455, 464, 478, 482, 491, 510, 520, 524, 528, 531-533, 537
- Gesamtarchiv der deutschen Juden 124-125, 688, 701
- Geschäft Ehrenfeld; siehe Warenhäuser, jüdische
- Geschäft Fleischmann; siehe Firmen, jüdische
- Geschäft für Berufskleidung Louis Mosberg; siehe Firmen, jüdische
- Geschäft Salberg; siehe Warenhäuser, jüdische
- Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen von Juden 206, 266, 293, 300, 371, 419, 427, 442, 472, 475, 595, 604, 622, 626, 634
- Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen, (...Kultusgemeinden) 265, 270, 273, 289, 301, 347, 354, 369, 618, 627
- Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden; siehe Mietverhältnisse mit Juden
- Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre; siehe Nürnberger Gesetze
- Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich; siehe Gewerbeordnung
- Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 49, 145, 588, 590, 592, 595, 602, 657-659, 740, 742, 768
- Gestapa 18-19, 45, 63, 68, 70-72, 79, 91-92, 106, 123, 136, 177, 183-185, 224, 227, 229-230, 232-233, 240, 279, 293, 313, 322, 328, 344, 377, 389, 408, 422, 460, 480, 484, 590-591, 594, 596-598, 600-602, 608, 611, 614, 626, 632, 634, 678, 684-685, 688, 714, 744, 758, 768, 770
- Gestapo 15-16, 18-19, 53, 58, 63-65, 68-72, 78, 82, 84, 89, 91, 99-100, 105-106, 111, 114, 116-117, 124, 130, 141, 146-148, 152, 162, 171, 177-178, 184-185, 188, 191, 197, 209-210, 220, 223, 229-30, 232-234, 236, 238, 264, 270, 276, 280, 285, 289, 298, 301, 305-306, 313-314, 322, 325, 328, 330, 334, 341, 343-344, 362, 377-378, 389, 392, 402-403, 407, 409-410, 413, 415-416, 422-423, 428, 433, 439, 448, 454-455, 465-466, 471-472, 475, 478, 484, 489, 491-493, 4965-496, 498, 507, 512-513, 543, 590, 594, 596-601, 605-607, 609, 611, 614-615, 622-623, 632-633, 640-641, 643-

- 647, 658, 660, 662, 664, 670-671, 676, 681, 683, 685, 687-688, 690, 696-697, 704, 708, 710, 716-717, 732, 741, 743, 745-746, 749, 756, 758-759, 762, 766, 768, 771, 781
- Gewerbeordnung 131, 290, 350, 359
- Ghetto 76, 160, 227, 251, 440, 489, 513, 531, 545, 644, 646, 651, 675, 686, 689, 701-702, 730, 766
- Glaubensbewegung der Deutschen  
Christen 78, 125, 156, 234, 347, 382-383, 509, 675, 689, 712; siehe auch Kirchen
- Glaubensjuden 221, 245, 247, 290, 367, 372, 421, 631, 687, 689, 741
- Gleichschaltung 15, 65, 78, 194, 592, 686, 689, 706, 771, 776
- Gnadenerlass 419
- Gottesdienst, christlicher 90, 210, 222, 235, 326, 383, 411, 464, 468-489
- Gottesdienst, jüdischer 86-87, 128, 133, 162, 182, 207, 399-400, 460, 656, 703, 761, 767
- Greuelpropaganda, jüdische 50, 77, 107, 177, 179, 375, 668, 691
- Großdeutsches Reich, Groß-Deutschland 278, 289, 339, 379, 486, 488, 655, 691, 711, 723
- Grundbesitz, jüdischer 137, 169, 174, 232, 254, 277, 335, 341, 350, 372, 380, 390, 422, 428, 438, 479-480, 643
- Gruppenemanzipation; siehe Emanzipation der Juden
- Ha'avara (-Abkommen) 215, 219, 247, 259, 262, 274, 413, 592, 682, 692-693, 701, 767
- Habonim Noar Chaluzi 57, 282, 693, 709, 711, 723
- Hachschara 60, 62, 70, 76, 83, 140, 164, 185, 202, 225-226, 240-241, 244, 248, 285-286, 355, 634, 693-695, 708, 769, 776; siehe auch Berufsumschichtung
- Hakenkreuz 48, 402, 465, 477-479, 602
- Hakenkreuzfahne 96, 116, 163, 602, 684, 733
- Hakoach 693, 725
- Halacha 284, 589, 652-654, 693, 714, 716, 724-725, 734, 739, 741-742, 749, 752-53, 770
- Halberstädter Verband; siehe Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands
- Halbjuden; siehe Mischlinge
- Handwerksbetriebe, jüdische 192, 249, 354, 372, 380, 398, 734, 746, 779
- Hans W. Lange (Auktionshaus) 499
- Hansa 112; siehe auch Kaufhaus Wronker; siehe Warenhäuser, jüdische
- Hansabad Bremen 210; siehe auch Badeverbote für Juden in öffentlichen Schwimmbädern
- Hansestädte 421
- Hapo'el Haza'ir 694
- Haschomer Haza'ir (Schomer) 694
- „Hatikwah“ (Palästinafilm); siehe Filme
- Hauptstelle für jüdische Wanderungsfürsorge 661, 694, 750, 780
- Hausangestellte 161-162, 167-168, 170, 191, 206-207, 414, 608
- Hausbesitzer 326, 330, 391, 398, 481 - jüdische 95
- Hausgehilfinnen; siehe Hausangestellte
- Hebräergebete; siehe Gottesdienste, jüdische
- Hebräisch (Iwrit) 57, 60, 61, 62, 64, 67, 72, 87, 135, 168, 174, 177-178, 184, 190, 226, 253, 291, 333, 631, 639, 659, 690, 694-695, 717, 721, 755, 759, 768-769, 780, 782
- Hechaluz 57, 60, 62, 83, 135, 202, 277, 286, 668, 693, 695, 703, 708-709, 711, 723, 768, 776
- Heimeinkaufsvertrag 644, 695
- Heimtückegesetz 467, 500-501
- Herzlia, nationale Jugend 370, 665, 696, 701, 708, 762, 768, 782
- Hetze; siehe Greuelpropaganda, jüdische; siehe auch Boykottbewegungen gegen das Dritte Reich
- HIAS; siehe Hebrew Immigrant Aid Society
- HICEM; siehe Hebrew Immigrant Aid Society
- Hilfsverein der deutschen Juden 81, 294, 397, 661, 697, 774, 777
- Hebrew Immigrant Aid Society 294, 368, 381, 407, 413, 696-697, 702

- Hirtenbriefe 213, 464-465, 587, 687  
 Histadruth 695, 698  
 Hitlerjugend 90, 95, 107, 116, 144-145, 147, 169, 230, 269, 275, 284, 301, 304-305, 324, 387, 393, 399, 431, 664, 670, 678, 698-699, 716, 761; siehe auch Jungvolk  
 HJ; siehe Hitlerjugend  
 Hochschule für die Wissenschaft des Judentums; siehe Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums  
 Hohe Feiertage, jüdische 86, 166, 297, 594-595, 699, 703, 750, 764; siehe auch Rosch Ha-Schana, Jom Kippur und Shavuoth  
 Homosexualität 194, 699  
 Höxtersche Zeitung 424
- ICA; siehe Jewish Colonization Association  
 illegale Ausreise (auch illegale Auswanderung, auf illegalem Weg, illegale Alija) 294, 374, 508, 654, 685, 723, 725, 781; siehe auch Auswanderung  
 Industrie- und Handelskammer 263 - IHK Berlin 352, 354  
 Informationsblätter der Reichsvertretung der Juden in Deutschland 621, 669, 700  
 Inschutzhaftnahme; siehe Schutzhaft  
 Israelit, Der (Zeitschrift) 670, 700, 738  
 Israelitische Allianz 267  
 Israelitische Beerdigungsbrüderschaft; siehe Chewra Kaddischa  
 Israelitische Frauenchewra 417  
 Israelitischer Frauenverein 98, 122, 168, 700, 706  
 Israelitischer Waisenverein 417  
 Israelitisches Familienblatt 349, 700-701, 727, 738
- Jabotinsky-Gruppe; siehe Jabotinsky, Wladimir (Vladimir) Zeev  
 Jazzmusik, jüdische 444  
 Jesuiten 125, 132, 464, 766  
 Jesuitenorden 125  
 Jewish Agency for Palestine 200, 217, 274, 287, 654, 666, 669, 676, 681-682, 690, 698, 701, 724, 736, 750, 767, 774-777, 779-780, 782  
 Jewish Colonization Association (ICA, JCA) 140, 186, 199, 368, 662, 667, 697, 700-701  
 Jewish Representative Council for the Boycott of German Goods and Services 668, 702, 731; siehe auch Boykottbewegung gegen das Dritte Reich  
 Jewish Telegraphic Agency (J.T.A.) 702, 705, 738  
 Jiddisch 67, 177, 268, 659, 665-666, 695, 702, 717, 735, 768, 772-773  
 Joint Distribution Committee (Joint) 186, 368, 381, 397, 399, 407, 702, 709, 774  
 Jom Kippur 297, 607, 633, 662, 699, 703, 713, 728, 750, 772; siehe auch Hohe Feiertage  
 Journalisten, ausländische 308  
 J.T.A.; siehe Jewish Telegraphic Agency  
 Jud Süß; siehe Filme, antisemitische im Dritten Reich  
 Judenabzeichen; siehe Judenstern  
 Judenaktion, Aktion, Aktion(en) gegen Juden; siehe Kristallnacht  
 Judenbewegung 79, 92, 120, 124, 130, 135, 141, 146, 150-151, 159, 207, 703  
 Judenboykott; siehe Boykott, anti-jüdischer; siehe auch Einzelaktionen gegen Juden  
 Judenfrage 20, 52, 59, 62, 72, 89, 90, 93, 102, 108, 114, 118, 121, 123-126, 138, 140, 144, 152, 153, 154, 158, 161, 164, 166-167, 169-170, 172, 175, 179, 180, 187-188, 194, 198, 202, 210, 213-214, 216, 220, 225-226, 246, 248, 250-252, 260, 264, 273, 279, 300-301, 318, 324-325, 328, 331-333, 337, 341, 344, 351, 357, 362, 364-366, 375-377, 379, 386, 390, 396, 399, 432, 446, 451, 454, 477, 486, 491, 503, 506-510, 514-515, 519, 524-525, 529-532, 535-537, 540-543, 545, 554, 589, 618, 627, 637, 639, 642, 648, 679, 690-691, 696-697, 703, 745, 752-754, 758-760, 781  
 Judenfreund, judenfreundlich 52, 95, 100, 104, 114, 124, 128, 161, 163, 170, 202, 249, 318, 326, 353, 383, 385, 452,



- 465, 471, 473, 641, 704, 775; siehe auch Judenknecht; Weißer Jude
- Judenhäuser 302, 326, 330, 391, 403, 418, 430, 447-448, 454, 463, 467, 626, 630, 637, 642, 689, 704, 711, 729
- Judenkenner, Der (Zeitschrift) 188, 601, 704
- Judenknecht 134, 135, 147, 275, 329, 354, 458, 704; siehe auch Judenfreund
- Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit 112, 215, 242, 247, 292, 301, 308, 335, 348, 350, 357, 370, 382, 533, 616, 618, 628, 638, 676, 718, 750-751; siehe auch Ostjuden
- Judenproblem; siehe Judenfrage
- Judenstern 20, 26, 163, 175, 178, 216, 232, 266, 277, 452-454, 456-463, 465-468, 473, 477, 479, 481, 485-486, 504, 509, 514, 536, 539, 547, 639, 642, 666, 690, 704, 713, 729
- Jüdische Aktion 704
- Jüdische Buchvereinigung (JBV) 76, 704
- Jüdische Handelsbank "Iwria" GmbH 704, 710
- Jüdische Lehrervereine in Deutschland 670, 704
- Jüdische Nothilfe 705
- Jüdische Rundschau 89, 349, 356, 705, 728, 738, 782
- Jüdische Telegraphenagentur; siehe Jewish Telegraphic Agency
- Jüdische Volkspartei (JVP) 121, 705
- Jüdischer Centralverein; siehe Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)
- Jüdischer Frauenbund 167, 653, 664, 684, 700, 705-706, 752, 758
- Jüdischer Frauenbund (-verein) für Palästinaarbeit 98, 653, 706, 769
- Jüdischer Jugendbund 87, 102, 282, 652, 667, 670, 706, 708, 757
- Jüdischer Nationalfond 57, 182, 380, 667, 671, 692, 706, 711-712, 755, 768
- Jüdischer Pfadfinderbund (Deutschlands) (JPD) 87, 93, 694, 706-707, 709, 764
- Jüdischer Pfadfinderbund Makkabi-Hazair-Brith-Hazofim 707
- Jüdischer Schulverein 132, 254, 707, 755-756
- Jüdischer Turn- und Sportverein 707, 761
- Jüdischer Verlag, Berlin; siehe Verlage, jüdische
- Jüdischer Weltkongreß 235, 690, 707
- Jüdisches Nachrichtenblatt (JNBl) 349, 351, 625-626, 628, 631, 634, 690, 707, 717, 738, 747
- Jüdische Winterhilfe (JWH) 59, 166, 175, 178-179, 182, 207-208, 223, 228, 249, 251, 253, 287-288, 297, 342, 363, 367, 384-385, 395, 442, 607, 609, 708, 776-777
- Jüdisch-Konservative Vereinigung 652, 699, 704, 715
- Jüdisch-liberale Zeitung 704, 771
- Jugendalija 182, 240, 274, 362, 654-655, 661, 671, 685, 700-701, 708, 711, 719
- Jugendorganisationen, jüdische 57, 71, 86-87, 89, 92-93, 116, 122-123, 165, 168, 188, 226, 287, 595-596, 599, 605, 653, 656, 670, 676, 684, 708, 730, 743-744, 761, 770-771
- Jungvolk 169, 230, 432, 698; siehe auch Hitlerjugend
- Juristen, jüdische 45, 48-49, 106, 113, 121, 124, 130, 184, 222, 242, 252, 278, 298, 300, 343, 350, 364, 370, 382, 426, 439, 463, 586-588, 598, 600, 602, 605, 607, 609, 614, 622, 625, 636, 655, 657, 662-663, 667-669, 671-673, 683-684, 686-687, 691-692, 695-699, 703, 709-710, 713, 716, 719, 722-724, 726, 731-733, 737, 742-743, 760, 762-764, 766, 774-775, 777, 779
- JWH; siehe Jüdische Winterhilfe
- Kameraden (Jüdischer Jugendbund) 684, 709, 752, 757, 776
- Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes 64
- Kampflieder, antisemitische 90, 92, 123
- Kantoren, jüdische 98, 355, 652, 709, 752
- Kaplan 166, 213, 243
- Katholische Kirche und Bevölkerung 75, 77, 85, 90, 93, 102, 105, 112, 115, 125, 127, 132, 137-138, 146, 152, 157, 165, 166, 167, 170, 179, 195, 204-205, 213, 220, 222, 227, 233, 243, 246, 249-252, 258, 270, 274, 298, 307, 318, 321,

- 323, 325, 326-327, 329, 331, 337, 343, 376, 398, 400, 421, 426, 435, 453, 455, 461, 464-465, 469-471, 488-489, 509, 511-514, 518, 520, 527-528, 533-534, 537, 587, 589, 592, 605, 671, 682-683, 687, 712-713, 726, 746, 748; siehe auch Kirchen
- Katholischer Frauenbund 201
- Katholisch-Nationalkirchliche Bewegung 179-180
- Katyn (Massaker von) und Judenmord 20, 515-525, 527, 532, 647, 710-711
- Kaufhof AG 87, 110-112
- Kaufmann, „Germany Must Perish“ 451, 489, 639, 710
- Kennkartenzwang 419, 621
- Kennzeichen; siehe Judenstern
- Kennzeichnung der Juden; siehe Judenstern
- Kennzeichnung der jüdischen Geschäfte 163, 175, 178, 216, 232, 277, 288, 292, 350, 364, 620, 711
- Kennzeichnung jüdischer Pässe 217, 294, 300, 371, 623
- Keren Hajessod (K. H.) 228, 380, 711-712, 719, 750
- Keren Hajischuw 200, 653, 712
- Keren Hatora(h) 653, 712
- Keren Kajemeth Lejisrael (KKL); siehe Jüdischer Nationalfonds
- Kettenbriefe; siehe Flugzettel
- Kibbuz 654-655, 668, 693-695, 698, 700, 703, 712, 719, 730, 757, 776
- Kieler Zeitung 516
- Kinder- und Jugendauswanderung 240, 344, 557, 654, 661, 685, 711, 719; siehe auch Jugendalija
- Kinderverschickungen 361, 661
- Kino 70, 103, 230, 351, 434-435, 441, 453, 456, 458-459, 480, 607, 624, 683; siehe auch Filme, antisemitische im Dritten Reich
- Kirchen 15, 20, 59, 63, 74, 78, 102, 105, 106, 125, 127, 132, 140, 146, 153, 155, 157, 179, 194, 202-205, 210, 213, 220, 222, 225, 230, 232, 234-235, 243, 246, 251-253, 258, 260, 274, 298, 307, 318, 320-321, 323, 326-327, 329-331, 334, 337-338, 341-342, 347, 357, 365, 375, 382-383, 385, 388, 398, 400, 408, 411, 426, 453, 461, 464-465, 468-469, 472-473, 478, 501, 503, 507, 510-514, 516, 518, 522, 525, 527, 529, 534, 539, 588-589, 592-594, 597, 599, 602, 611, 614, 628, 638-639, 646-647, 657, 664, 671, 675, 682-683, 689, 696, 698, 712-713, 730, 737, 746, 758, 764, 778
- Kirchenkampf 455, 713
- Kirchenminister 382, 472
- Kitzinger Gußwerk 530
- Klebes & Mussgüller (Metallwarenfabrik) 50
- Kleinpreisladen 101
- Klosteraufhebung 455
- Kneipen; siehe Gaststätten
- Kol Nidre 607, 662, 713
- Kölner Dom 527
- Kommunismus; Kommunisten; Kommunismus und Juden 49, 51, 52, 58, 66, 69, 85, 102, 118, 146, 158, 165, 186, 188-189, 204-205, 208-209, 222, 324-325, 327-328, 394, 408, 447, 449, 464, 494, 496, 507, 517, 530, 591, 600, 613, 643, 663-664, 678, 714, 726, 757, 786
- Kommunistische Partei Deutschlands 118, 146, 165, 188, 222, 507, 786
- Konfessionell gebundene Bevölkerung; siehe Kirchen
- Konfessionsjuden; siehe Glaubensjuden
- Kongresse, zionistische 183, 185, 228, 230, 240, 605, 671, 696, 711-712, 725, 781-782
- Konservativismus, jüdischer 652, 714
- Konsulate 217, 308, 420
- Generalkonsulat von Großbritannien 401
  - Generalkonsulat Nordamerikas 401
  - Konsulat der Dominikanischen Republik 344
  - Konsulate der neutralen Staaten 497
  - Konsulat Polens 360
  - Konsulat der USA 443
- Kontribution und Schadenersatzpflicht; siehe Sühnegesetze (gegen Juden nach Novemberpogrom)
- Konvertiten 65, 153, 155, 179, 201, 203, 205-206, 221-222, 227, 235, 239, 246, 266, 435, 466, 468, 472, 493, 512, 613, 628, 631, 671, 687, 713, 715, 730, 733, 738, 746, 748; siehe auch Proselyten

- Konzentrationslager 118, 120, 149, 155, 157, 165, 177, 234, 237, 240, 280, 282, 293, 322-323, 329, 337, 339-340, 350, 355, 362, 371, 409, 411, 472, 523, 526, 535, 539, 546, 586-588, 595, 597, 615-618, 620-621, 623, 630, 632, 635, 641, 645, 651, 655-656, 660, 663, 671, 673, 676, 680, 683, 687, 691-692, 698-699, 709, 715-716, 718, 720, 722, 726, 737, 743, 747, 751, 755, 757, 760, 775, 778, 783; siehe auch Vernichtungslager
- Konzerte 70, 76, 83, 131, 244, 356, 391, 624, 717; siehe auch Kulturleben, jüdisches
- Koscher 716, 753; siehe auch Schächten
- KPD; siehe Kommunistische Partei Deutschlands
- Kranken- und Beerdigungsbruderschaft; siehe Chewra Kaddischa
- Krankenbehandler; siehe Ärzte, jüdische
- Krankenhilfsverein Misch'enes  
Chaulim; siehe Misch'enes Chaulim
- Kreisbauernführer 100, 209
- Kriegsehrenkreuz (Erster Weltkrieg) 130
- Kriegsgefangene 417, 420, 430, 442, 453, 470, 516-517, 519, 543, 640
- Kriminaldirektor 448
- Kristallnacht, Reichskristallnacht, Novemberpogrom, Judenaktion, Aktion gegen die Juden 17, 208, 223, 225, 241, 248, 291, 298, 300, 304, 306, 309, 313, 320, 324-325, 327-328, 330-335, 337-342, 344-345, 347, 353, 355, 357-358, 364, 366, 375, 377, 379, 385-386, 388, 390, 394, 396, 399-400, 419, 452, 464, 477, 521, 527-528, 531-533, 540, 569, 575, 615-616, 622-625, 629, 655, 658, 661, 664, 672-674, 676-678, 680, 683, 685, 687-688, 690, 692, 694-695, 698-701, 703, 705-709, 713-718, 722, 728, 731-733, 736-738, 740, 743, 745, 747-749, 751, 754, 756-759, 761, 763-765, 767, 769-773, 776-777, 779-780
- Kulturabend; siehe Kulturleben, jüdisches
- Kulturbund deutscher Juden 70, 76, 105, 117, 122-123, 127, 131, 142, 165, 169, 174, 181, 188, 192-193, 196, 223-224, 228, 233, 244, 249, 251, 253-254, 268, 287-288, 297, 351, 354, 356, 370, 395, 397, 442, 592-593, 603, 610, 640, 653, 661, 669, 679, 681, 690, 697, 704, 708-710, 716-718, 721-722, 727, 731, 735, 738, 740, 745, 760-761, 771-772, 776; siehe auch Kulturleben, jüdisches
- Kulturleben, jüdisches 105, 158, 268, 287, 356, 372, 665, 679, 766; siehe auch Kulturbund deutscher Juden
- Kultusgemeinde, israelitische; siehe Gemeinde, jüdische
- Kultusvereinigung, jüdische; siehe Gemeinde, jüdische
- Kundgebungen, antijüdische; siehe Einzelaktionen gegen Juden
- Kunstaustellungen 83, 624; siehe auch Kulturleben, jüdisches
- Kunstgut; siehe Rückführung des Kunstgutes aus jüdischem Besitz
- Künstler, jüdische, 70, 117, 122, 127, 177, 254, 431, 499, 503, 616, 718, 761; siehe auch Kulturleben, jüdisches
- Künstlerhilfe jüdische 97, 595, 717-718
- Kurgäste, jüdische 240-241, 290, 358, 398, 616; siehe auch Kurorte und Bäder
- Kurorte und Bäder 119, 163, 206, 240-241, 265, 290, 358, 398, 616, 662, 718
- KZ; siehe Konzentrations- und Vernichtungslager
- Land der Verheißung; siehe Filme
- Landarbeiter 365, 768
- Landbevölkerung 69, 72, 90, 119, 144, 150, 170, 211, 227, 250, 275, 326, 331, 376, 436, 510; siehe auch Bauern
- Landes- und Provinzialverbände für jüdische Wohlfahrtspflege; siehe Wohlfahrtspflege, jüdische
- Landeskirchliche Gemeinschaft 501; siehe auch Kirchen
- Landesverbände jüdischer/ israelitischer Gemeinden 46, 125, 193, 720
- Landesverband der bayerischen israelitischen Gemeinden 281, 355, 362
- Landesverband Groß-Berlin 275
- Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden 125, 286, 587, 662, 666-

- 667, 680, 699, 710, 713, 719, 722, 763, 777-778
- Landgericht 45, 112, 343, 389, 443
- Landrat, Landräte 46, 83, 104, 229, 272, 344, 395, 391, 436, 460, 474, 519
- Landwirte; siehe Bauern
- Laubhüttenfest; siehe Sukkot
- Lebensmittelkarten; siehe Einkaufszeiten und Versorgungsbeschränkungen für Juden
- Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums 662-663, 679, 687, 699, 720-721, 726, 732, 737-738, 740, 742, 752, 774, 776
- Lehrer 52, 145, 211, 225, 329, 337-338, 343, 472, 494
- Lehrer, jüdische 87, 132, 143, 145, 178, 234, 336, 355, 403, 433, 443, 475, 589, 614, 652, 670-671, 676, 679, 685, 691, 705, 710-711, 721, 723, 726, 734, 737, 739-740, 752, 755
- Lehrerseminare, jüdische 671, 721, 740, 756
- Lehrhaus, jüdisches 83, 282, 284, 356, 652, 663, 670, 681, 683, 691, 698, 707, 720-721, 731, 735, 755, 760
- Levante-Messe (Tel Aviv) 722
- Liberales Judentum; siehe Reformjudentum
- Liberalismus 15, 54, 61, 69, 216, 250, 365, 375-376, 654, 743
- liberale Kreise 62, 223, 282, 285, 339, 465, 516, 652-656, 662, 688, 690, 704-705, 715, 720-722, 735, 739, 743, 760, 763, 766, 770-771
- liberales Bürgertum 22, 339, 465, 516, 757, 770
- Lichtspiele, Lichtspieltheater; siehe Kino
- Lied vom Sturmsoldaten; siehe Lieder, antisemitische
- Lieder, antisemitische 90, 92, 123, 204
- Lied vom Sturmsoldaten 90
- Liquidierung (von Menschen) 297, 516
- Logen, jüdische; siehe Bnei Brith (U.O.B.B.)
- Luftangriffe 432, 515, 518, 521, 523, 526-528, 531-533, 537, 540, 647, 783
- Machasikei Hadas 724
- Machsikei Hatorah 724
- Madagaskar-Plan 214, 262, 635, 680, 723-725
- Makkabi 185, 287, 598, 599, 633, 686, 707, 725,-726, 764-726, 764
- Makkabi Haza'ir 726, 764
- Makkabia, Makkabiade 725
- Makkabikreis; siehe Makkabi
- Makkabi-Weltverband; siehe Makkabi
- Mandatsregierung; siehe Britisches Mandat in Palästina
- Marranen (Marannen) 726
- Marxismus 15, 51, 52, 91, 118, 178, 189, 216, 327, 494, 611, 696, 714, 726
- Massenkundgebungen; siehe Einzelaktionen
- Midrasch 673, 727-728, 737, 739
- Mietverhältnisse mit Juden 108, 264, 326, 330, 362, 391
- Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden 398, 414, 463, 479, 630, 729
- Mindener Tagblatt 509
- Minderheitenschutz 60, 74, 128, 160, 163, 216, 229, 232, 235, 238, 242, 248, 254, 262-263, 267, 299, 615, 617, 665, 673-674, 728, 734, 752, 781
- Misch'enes Chaulim 716, 777
- Mischehen 56, 63, 79, 112, 124, 141, 161, 176, 206, 322, 343, 393, 414, 447, 456-457, 459, 461-462, 485-486, 504, 508-509, 525-526, 536, 543, 604, 606, 626, 628, 630-631, 633, 639, 643-644, 646, 651, 713, 715, 724, 729-730, 741, 746, 748
- privilegierte Mischehen 456-457, 461, 526, 630, 633, 636, 639, 644, 729-730, 738
- Mischlinge 56, 62-63, 74, 112, 176, 206-207, 224, 228, 246, 266, 282, 290, 335, 393, 399, 414, 421, 425, 427, 431-432, 436, 459, 463, 486, 496, 502, 505, 536, 538-539, 543, 545, 589, 606-608, 610, 614-615, 617, 626, 635, 638, 646-648, 650, 687, 693, 713, 729-730, 734, 741, 745-746, 773
- Misrachi 53, 256, 652, 667-668, 671, 679, 693, 699, 709, 720, 730-731, 735, 740, 778
- Mißhandlungen 53, 55, 75, 97, 137, 139, 157, 313, 316, 318, 333, 412, 586,

- 676, 716; siehe auch Einzelaktionen gegen Juden
- Mittelstand 69, 72, 360, 479
- Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung 127, 287, 356, 596, 653, 670, 681, 709, 721, 731, 756, 760
- Möbelfabrik Lindheim; siehe Firmen, jüdische
- Morgen, Der (Zeitschrift) 731
- Münchener Abkommen 296-297, 376, 629
- Mundpropaganda; siehe Propaganda
- Münstermann Barbiergeschäft; siehe Firmen, jüdische
- Namen, jüdische; siehe Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen
- Nationalfonds, jüdischer; siehe Keren Kajemeth Lejisrael
- Nationalkirchliche Einung; siehe Glaubensbewegung der Deutschen Christen
- Nationalsozialismus 15, 17-19, 22, 46, 58-59, 61, 66, 69, 75, 77-78, 84, 86-88, 90-91, 94-96, 112-113, 136, 145, 148, 154, 158, 160-163, 177-179, 183, 203-305, 214, 216, 219-221, 223, 225, 229, 232, 235, 239, 246, 251, 258, 283-284, 294, 307, 325, 327-328, 338, 343, 357, 365, 375, 383, 391, 398, 447, 453, 473, 503, 509, 511-513, 525, 528, 534, 594, 597, 601-602, 605, 628, 655-659, 661, 663-665, 667-670, 672-673, 675-676, 679-681, 683, 691-694, 697-698, 701-705, 707-709, 712, 714-715, 718, 722-723, 725-728, 731-738, 740-743, 745, 747-748, 750-751, 753-754, 757, 760-765, 769-771, 773-774, 777, 780-782
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 15-16, 45, 47, 51-52, 55-56, 58, 61, 64, 69-70, 72, 74, 82, 85-90, 94, 97, 100, 102, 104, 106-108, 112, 114, 116, 118, 120, 123-126, 130, 123-133, 135, 137-139, 147-152, 154-155, 158-159, 163-164, 169-170, 174-175, 177, 180, 185-186, 189, 195-196, 198, 205, 209, 216-217, 220, 224, 228-230, 232, 234, 236, 241, 245, 250-252, 258, 264, 275, 278-280, 283, 291-292, 297-298, 301, 305, 307, 318, 324-325, 328-329, 331, 333, 335, 337, 341, 349-350, 352-352, 357-259, 361, 365-366, 384, 387-388, 391, 394, 410-411, 413-414, 417, 419-420, 425, 440, 444, 453, 462, 469, 479-480, 500, 503, 509, 512-513, 517, 522, 524, 532, 534, 540, 544, 547, 586-588, 593, 598-601, 603, 605-606, 610, 612-613, 621, 626, 633, 640, 642, 668, 670, 677-678, 684-685, 689, 691-692, 696, 714, 716, 724, 733, 742, 744, 751, 758, 761, 763, 775-776
- Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB) 225, 343, 376
- Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 166, 176, 211, 251, 307, 334, 357, 500, 638, 776
- National-Zeitung 260
- Neue Welt, Die 75
- Neue Zionistische Organisation; Neuzionistische Weltorganisation; siehe Zionisten-Revisionisten
- Neujahrsfest; siehe Rosch ha-Schana; siehe auch Hohe Feiertage
- Nichtangriffspakt, deutsch-russischer 404, 631
- Nichtarier 60-63, 65, 69, 72, 85, 88, 106, 114, 117, 124, 141, 145, 184, 201, 204, 224-225, 227, 236, 246, 288, 315, 383, 421, 458-459, 469, 486, 588-590, 592-593, 595-600, 602-605, 608, 630, 657-659, 671, 690, 697, 715, 717, 733, 737, 739-741, 745-746
- Nichtarische Christen; siehe Reichsverband der nichtarischen Christen (Paulusbund)
- Noar Agudati; siehe Agudas Jisroel
- Nordland-Verlag 495
- November-Aktion, Novemberaktion; siehe Kristallnacht
- Novemberpogrom; siehe Kristallnacht
- NSBO 55, 89
- NSDAP; siehe Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- NS-Frauenschaft 137, 149, 430
- NS-Hago 64-65, 103, 107, 109, 133, 786
- NS-Kurier (Zeitung) 546
- NSLB; siehe Nationalsozialistischer Lehrerbund
- NS-Schlesische Tageszeitung 129

- NSV; siehe Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
- Nürnberger Gesetze 17, 56, 61, 63, 158-164, 168-176, 180, 187, 190, 204-206, 215, 220, 224, 228, 235, 240, 251, 262, 268, 280, 284, 288, 290, 309, 370, 375, 391, 421, 423, 427-428, 456, 459, 490, 505, 588, 601-602, 604, 606-608, 611, 615-616, 628, 631, 657-659, 667, 684, 687, 697, 703, 706, 715, 725, 728-730, 733, 741-742, 744-746, 748, 751-752, 759, 773
- Oberbürgermeister 99, 313, 414, 453, 460, 481, 495, 547
- Oberdonau-Zeitung 517, 520
- Öffentliche Nahverkehrsmittel (Beschränkungen für Juden) 265, 379, 418, 453, 456, 470-471, 478, 626
- Olympische Spiele Berlin 92, 117, 126, 190, 192-193, 200, 203, 608, 610, 612, 734
- Omnibusse; siehe Öffentliche Nahverkehrsmittel
- Organisation Gewerbetreibender 64
- Orinoco (Emigrantenschiff) 397
- Ort-Gesellschaft zur Förderung der Arbeit 286, 734
- Orthodoxie, jüdische 61-62, 98, 112, 150, 180, 184, 200, 223, 227, 239, 248, 282-285, 369, 607, 621, 652-653, 655, 660, 667, 670, 676-677, 680-681, 685, 688, 693, 699-700, 703, 705, 712, 714-715, 720-722, 724-725, 730-732, 734-735, 737, 739-740, 742-743, 747, 750, 752, 755-756, 758, 765-767, 770-772
- Ortspolizei 55, 100, 114, 132, 150, 198, 390, 392, 415, 479, 639, 786
- Ortsbauernführer 134, 191, 420
- Österreichische Legion der SA 735; siehe auch SA
- Ostfriesische Tageszeitung 191
- Ostjuden 79, 111-112, 122, 143, 186, 193, 200, 255, 375, 381, 394, 409, 434, 591, 595, 602, 638, 656, 702, 705, 735-736, 745-747, 770
- Ostwall 433
- Palästina 54, 57, 60, 62, 66, 71, 73, 80-81, 85, 88, 91, 96, 98, 115, 122, 135, 140, 146, 150, 160, 165, 168, 171, 180, 182-186, 197, 199-203, 208, 210, 214-215, 217-218, 225-228, 231, 236-238, 240, 242, 246, 248, 252, 259, 261, 274, 277, 283, 285, 287, 299, 344, 356, 362-364, 368, 374, 379-381, 394-395, 400, 416, 434, 501, 592, 610, 616, 630, 635, 652-655, 658-659, 661-663, 667, 669-671, 673, 676, 679, 681-686, 691-698, 700-703, 706, 709-712, 717, 719-720, 722-723, 725-727, 730-732, 734-737, 740, 744, 750, 752, 760, 762-763, 767-769, 774-776, 778-782; siehe auch Auswanderung
- Palästina-Amt der Jewish Agency in Deutschland 287, 652, 661, 671, 673, 697, 701, 717, 719, 736, 778, 782
- Palästina-Kommission 54
- Palästina-Konferenz 379, 381
- Palästina-Mandat; siehe Britisches Mandat in Palästina
- Paltreu (Palästina-Treuhandstelle) 692, 736, 774
- Papst; siehe Pius XI; Pius XII (Pacelli) 179, 511-512, 614, 628-629, 645
- Päpstliche Enzyklika („Mit brennender Sorge“) 232, 614, 628, 683, 713
- Partei; siehe NSDAP
- Parteidienststellen; siehe NSDAP
- Parteiführer; siehe NSDAP
- Parteigenosse (Pg.) 64, 72, 86, 88, 90, 97, 102, 106-107, 111, 116, 118, 138-139, 147, 163-164, 176-177, 179, 186, 193, 195, 198, 252, 306, 318, 325, 329, 337, 349, 354, 387, 411, 417, 469, 503, 512, 517, 547, 601, 603, 626, 668; siehe auch NSDAP
- Parteiorganisation; siehe NSDAP
- Parteitag 89, 158, 164, 220, 613
- Parteiuniform 544, 600
- Passafest; siehe Pessach
- Pässe 217-219, 268, 300, 371, 389, 416, 420, 424, 493, 617, 623; siehe auch Kennzeichnung jüdischer Pässe
- Passauer Bistumsblatt 220
- Pastor 365; siehe auch Kirchen
- Paulusbund; siehe Reichsverband der nichtarischen Christen
- Peel-Bericht 237-238, 240, 242, 259, 616, 669

- Pessach 132-133, 727, 736-737, 749-750, 754
- Pfarrer, Stadtpfarrer 78, 90, 157, 165, 167, 179-180, 202, 205, 210, 235, 326, 329, 342, 347, 383, 385, 388, 451, 461, 469, 473, 501, 513, 522, 713, 715, 746; siehe auch Kirchen
- Pfarrernotbund 78, 592, 712, 737; siehe auch Kirchen
- Pg.; siehe Parteigenosse
- Plakate, Schilder und Transparente, antijüdische 46, 48, 55, 59, 64-65, 86, 89-90, 100-101, 104, 106, 108, 114, 129, 132-133, 137-139, 143, 145, 148-149, 154, 157, 162, 190, 207, 265, 270, 275, 288, 329, 345, 358, 387, 604, 608, 662, 737, 754, 765, 767
- Plünderungen 147, 278, 296, 305, 313, 320, 334-335, 341
- PO; siehe Parteiorganisation
- Pogrome, antijüdische; siehe Ausschreitungen, antijüdische; siehe auch Kristallnacht
- Politische Kirchen; siehe Kirchen
- Polizei 56, 92, 94, 108, 110, 114, 117, 118, 123, 124, 130, 135, 138, 145, 147, 148, 149, 150, 152, 156, 165-166, 173, 176, 191-192, 195, 198, 203-204, 206, 208, 216, 223-224, 231-232, 242, 276, 278, 281, 288, 290, 295, 298, 301, 305, 317-318, 329, 332, 334, 336, 340, 343, 347, 371, 387, 389-390, 392, 415, 453, 456, 458, 461, 467-469, 474, 479, 481, 484, 490-491, 493, 503, 534, 538, 599, 606, 612, 616-618, 621, 624, 632-633, 636-637, 639-640, 647-648, 679, 697, 710, 756-757
- Polizeipräsident, Polizeipräsidium 45-47, 49, 53, 66, 97, 133, 167, 292, 484, 587, 635, 643
- Positiver Parochialverein 167
- Präsidialausschuß der Reichsvertretung der deutschen Juden; siehe Reichsvertretung der deutschen Juden
- Presse- und Rundfunkpropaganda, antijüdische; siehe Propaganda, antijüdische
- Presse, jüdische 72, 74-75, 77, 96, 107-108, 117, 126, 148, 151, 154, 171, 194, 210, 213, 220, 228-232, 238, 240-242, 245, 249, 253, 259, 294, 307-308, 324-325, 331, 348, 351, 356, 361, 432, 440, 448-450, 470, 500, 515-518, 520, 522, 524, 537-538, 541-543, 546, 563, 586, 606, 609, 611, 616, 625, 654, 658, 664, 668, 674, 681, 683, 687-690, 696, 700-702, 705, 707, 716-717, 727, 731, 737-738, 741, 747, 754, 758, 761-762, 771, 779-780
- Pressefreiheit 213
- Preußische Geheime Staatspolizei 65, 596; siehe auch Gestapo
- Preußische Politische Polizei 45; siehe auch Gestapo
- Preußische Zeitung 180
- Privilegierte Mischehen; siehe Mischehen
- Propaganda
- Antijüdische 64, 71, 86, 89-90, 104, 113, 131, 133, 138-139, 141, 143, 148, 156, 161, 180, 188, 194, 198-199, 202, 211, 213, 216, 224, 226, 228-229, 241, 244, 249-251, 258, 287, 326, 331, 335, 365, 417, 432, 440, 448, 450, 452, 489, 515, 523-524, 538, 601, 616, 659, 689, 692, 703, 711, 714, 722, 735, 738-739, 742, 748-750, 764-765, 774
  - feindliche, antideutsche 89, 198, 243, 324, 327, 441, 789, 796; siehe auch Greuelpropaganda, jüdische
- Proselyten 179, 201, 203, 205-206, 239, 246, 435, 715, 733, 738; siehe auch Konvertiten
- Protestantische Kirche 77-78, 102, 106, 125, 153-157, 165, 167, 194, 202-203, 227, 230, 258, 260, 274, 321, 323, 326, 329, 335, 337, 342-343, 347, 376, 382-383, 388-389, 421, 469, 471-472, 493, 504, 509, 588, 592-593, 646, 671, 691, 712-713, 746, 748, 797; siehe auch Kirchen
- Protestkundgebungen; siehe Einzelaktionen, antijüdische
- Protokolle der Weisen von Zion 738
- Purim 190, 255, 727, 739
- Quäker-Büro 739, 746, 748
- Rabbiner 48, 54, 65, 78, 87, 97, 105, 112, 168, 196-197, 229, 281, 355, 652, 655, 660, 662, 671, 674, 676-677, 679-681,

685, 691, 698-699, 703, 713, 720, 722, 726, 731-732, 734, 738-740, 747, 750, 752, 755, 764, 769-771, 774, 776

Rabbiner-Hirsch-Gesellschaft 739

Rabbinerseminar 284, 652, 676, 679, 699, 720-722, 726, 739-740; siehe auch Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums

Rabbinerverbände 281, 654-655, 662, 699, 739-740, 771

Radio 120, 264, 267, 269, 308, 317, 331, 341, 361, 409, 440, 448, 500, 515-518, 524, 536-538, 541, 543, 629; siehe auch Rundfunkgeräte

Raphaelsverein 421, 683, 740, 746, 748

Rassco („Rural and Suburban Settlement Co.“) 779

Rasse- und Bekenntnisjude 442-443, 481, 490, 508, 529, 545

Rasse(n)gesetz 16, 56, 63, 82, 163, 171, 201, 205, 238, 391, 400, 450, 472, 536, 588, 594, 606, 610, 612, 617, 658, 672, 679, 684, 686-687, 713, 728-730, 733-734, 739-740, 745, 752-753, 768; siehe auch Nürnberger Gesetze

Rassenschande 54, 95, 109, 112, 121, 124, 129, 138, 141, 142, 144, 148-149, 152-154, 157, 159-160, 162, 165, 171, 176-177, 181, 187, 190, 204, 206, 213, 243, 268, 282, 295, 330, 389, 391, 410, 423, 443, 490, 498, 504, 536, 538, 606, 611, 615, 662, 699, 715, 729, 733, 741, 751, 757, 764

Rat der Reichsvertretung der deutschen Juden; siehe Reichsvertretung der deutschen Juden

Räumungszone 415; siehe auch Binnenwanderung nach Kriegsausbruch

Reaktion 15, 59, 113, 258, 340, 365, 376

Rechtsanwälte, jüdische; siehe Juristen, jüdische

Reclams Universal-Bibliothek 502

Reformjudentum 62, 223, 239, 282, 285, 607, 652-653, 655-656, 662, 670, 673, 676, 679, 688, 690-691, 693, 703-705, 713, 719-722, 726, 732, 735, 738-740, 742-743, 755, 760, 762-764, 766, 770-771, 774-775

Reichsangehörigkeit; siehe Reichsbürgergesetz

Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände 719, 743

Reichsarbeitsministerium 69, 72, 599, 626, 640

Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände 185, 667, 669, 707, 743, 757

Reichsausschuß jüdischer Sportverbände 185, 287, 599, 663, 686, 725, 754, 761

Reichsbankpräsident (Schacht, Hjalmar) 149, 152-153, 587, 598, 627, 753

Reichsbanner 208

Reichsbund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands (Halberstädter Verband); siehe Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) 57, 62, 71, 73, 86, 91, 92, 99, 104, 106, 115, 117, 119, 122, 140, 150, 160, 167, 180, 184, 193, 199-200, 224, 227, 231, 248, 285, 348, 364, 590, 597-598, 611, 613, 615, 655, 659, 670, 675, 684, 686, 693, 723, 741, 743-744, 749, 757, 760-761, 769, 778, 782

Reichsbürgergesetz; siehe Nürnberger Gesetze

Reichserziehungsministerium 351

Reichsfinanzministerium 592, 648, 686

Reichsflagge 24, 120, 126, 163, 602, 684; siehe auch Flaggengesetzgebung

Reichsfluchtsteuer 215, 592, 596, 744

Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei (Himmler, Heinrich) 223, 495, 545, 597-598, 612, 616, 697, 744

Reichsinnenministerium 19, 59, 70, 76, 108, 145, 154, 192, 208, 398, 529, 587, 598-599, 604, 678, 685, 745

Reichsjugendführung 57, 71, 95, 116, 224, 591, 595, 708, 743-744

Reichskanzler (Hitler, Adolf) 45, 52, 79, 103, 140, 154, 160, 586-587, 598-599, 668

Reichskirchenministerium 382

Reichskommissar

- Reichskommissar Hinckel 222; siehe auch Reichskulturwalter
- Reichskommissar für Altmaterialverwaltung 646



- Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes 670
- Reichskommissar für die besetzten Gebiete Belgien und Frankreich 691
- Reichskommissariat Ostland 736; siehe auch Ostland
- Reichskriegsministerium 235, 618
- Reichskristallnacht; siehe Kristallnacht
- Reichskulturkammer 176, 372, 393, 593, 595, 603, 624, 689
- Reichskulturwalter (Hinkel, Hans) 227, 241, 614
- Reichsorganisation polnischer Juden in Deutschland 633, 745-747
- Reichsparteitag 58, 158-159, 164, 205, 220, 279, 291, 440, 606, 613, 733
- Reichspräsident 124, 142, 586-588, 598-600, 686, 722, 724, 744
- Reichspropagandaministerium 65, 153, 169, 180, 190, 224, 241, 244, 287, 351, 393, 398, 587-588, 623, 626, 689, 697, 717
- Reichsregierung 58, 59, 91, 94, 123-124, 140, 144, 194, 223, 260, 265, 286, 331, 398, 587, 598, 655
- Reichsschrifttumskammer 502, 595, 639, 683
- Reichssicherheitshauptamt (RSHA) 18, 412-413, 419, 422-423, 425-426, 429, 432, 437, 440, 443, 446-450, 452, 465, 468, 470-471, 482, 484-485, 488-489, 491, 496, 499-500, 503, 505, 507, 515, 520, 525, 527, 531, 535, 541, 543, 545, 632-634, 637, 641-642, 644, 648, 671, 677, 681, 695, 723-724, 745, 749-750, 759, 786
- Reichssippenamt 505, 688
- Reichssportführer 92, 116-117, 287, 598-599
- Reichsstatthalter 178, 591
- Reichstag 158, 162, 173, 196, 279, 357, 386, 399, 513, 586, 593, 606, 610, 614, 627, 670, 684-685, 691, 697, 724, 726, 753, 756, 763
- Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung; siehe Reichsverband der nichtarischen Christen (Paulusbund)
- Reichsverband der Juden in Deutschland 286, 289, 293, 403, 720, 745
- Reichsverband der jüdischen Kulturbünde; siehe Kulturbund deutscher Juden
- Reichsverband der nichtarischen Christen (Paulusbund) 63, 204, 224, 227-228, 236, 246, 288, 383, 421, 614, 671, 715, 733, 737, 739, 741, 745
- Reichsverband des jüdischen Mittelstandes 192, 746, 779
- Reichsverband jüdischer Legitimisten Österreichs 267
- Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland 193, 255, 394, 409, 736, 745-746, 770; siehe auch Ostjuden
- Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 74, 208, 223, 241, 247, 283, 289, 294, 369, 377, 380-381, 395, 403, 406-407, 413, 417, 422-423, 431, 433, 488, 525, 619, 625-638, 640, 643-648, 652-654, 660-662, 664-666, 672-673, 675, 680-682, 694-695, 697-698, 705-708, 714-718, 720, 722-724, 731, 733, 736-738, 744-745, 747-749, 756, 760, 762, 765-766, 771-772, 776-778, 780-782
- Reichsvertretung der deutschen Juden (Reichsvertretung der Juden in Deutschland) 7, 62, 73-74, 79, 82, 90-91, 123, 125, 132, 183, 185, 199, 225, 236, 238-240, 254, 259-260, 262, 265, 274, 283, 286-287, 289, 294, 297, 301, 355, 362, 367, 369-370, 373-374, 586-588, 590-591, 593, 596, 603, 605, 607, 612, 617, 619, 621, 623, 625, 627-628, 630-631, 652-653, 655, 657, 660-662, 664-665, 667, 669-673, 675, 677, 679-680, 682, 685, 687-688, 691-692, 694, 696-700, 703-708, 710, 713, 715-723, 727-728, 731-733, 735, 737-738, 741, 743, 745-751, 757, 760, 762-763, 769-772, 774-776, 778-781
- Beirat der Reichsvertretung 664, 696, 727, 762
- Rat der Reichsvertretung 238-239, 259, 612, 664, 667, 677, 687, 720, 733, 741, 747, 763

- Präsidialausschuß der Reichsvertretung 671, 715, 737, 760
- Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände 719, 743
- Reichswanderungsamt 420
- Reichswirtschaftsministerium 52, 64, 69, 72, 100, 103-104, 108, 114, 138, 143, 153, 212, 264, 290, 352-353, 372, 380, 590, 594, 598, 600, 608, 618-621, 624, 634, 692, 753
- Reichszentrale für jüdische Auswanderung 627, 779
- Reisepässe für Juden 189, 217, 389, 493, 623; siehe auch Kennzeichnung jüdischer Pässe
- Religionsgemeinde, jüdische; siehe Gemeinde, jüdische
- Religionsgesetz, jüdisches; siehe Halacha
- Religionsunterricht, christlicher 220, 225, 330, 343, 376; siehe auch Altes Testament
- Revisionisten; siehe Zionisten-Revisionisten
- Ring-Bund jüdischer Jugend 284, 670, 676
- Ritualmord 132, 234, 596, 667, 737, 739, 749-750, 754, 764
- RjF; siehe Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
- Röhm-Affäre 84, 194, 500, 597, 750-751
- Römisches Abkommen 728
- Rosch ha-Schana 86, 291, 293, 699, 703, 728, 732, 750, 764; siehe auch Hohe Feiertage, jüdische
- Rotes Kreuz 201, 517, 531, 651, 776
- Rothschilds, Die (Film); siehe Filme, antisemitische im Dritten Reich
- RSHA; siehe Reichssicherheitshauptamt
- Rückauswanderung 85, 292, 661, 750-751
- Rückführung des Kunstgutes aus jüdischem Besitz 446
- Rückwanderung 66, 70-71, 85, 88, 96, 103, 115, 121, 199, 203, 594, 601, 617, 751
- Rundfunk; siehe Radio
- Rundfunkgeräte (Abgabe) 406, 409, 422, 633
- Ruter & Co. (Kartonagen- und Lederwarenfabrik) 50
- SA 45-48, 53, 56, 64, 69, 71, 84, 90, 92, 94-95, 102, 107, 110-111, 113-115, 129, 133, 138-139, 148, 155, 157, 161, 164-165, 179, 204, 217, 298, 304, 321, 323, 334, 419, 586, 591, 597-598, 678, 716, 726, 735, 750-752, 757, 761
- Saarabstimmung 95, 104, 113, 115-116, 119, 120, 126, 601-602, 728, 751
- Sabbat 275, 464, 595, 656, 752, 760
- Sammelarbeitslager; siehe Arbeitslager
- SAP; siehe Sozialistische Arbeiterpartei
- Schächten, Schächtverbot 99, 197, 589, 653, 716, 749, 753
- Schadensersatzpflicht; siehe Sühnegesetze (gegen Juden nach Novemberpogrom)
- Schawuot 754, 777
- Schekel(-Aktion) 183, 230, 754, 781
- Schiffe 224, 362, 397, 407, 410, 413, 416, 431, 434; siehe auch Auswanderung; Öffentliche Nahverkehrsmittel
- Schild, Der (Jüdische Zeitung) 738, 754
- Schild, Der (Jüdischer Sportverband) 184, 190, 200, 226, 287, 598-599, 743-744, 761
- Schilder, antijüdische; siehe Plakate, Schilder und Transparente, antijüdische
- Schocken, Kaufhaus; siehe Warenhäuser, jüdische
- Schocken, Konzern; siehe Firmen, jüdische
- Schuhgeschäft Eisfeld; siehe Firmen, jüdische
- Schuhhaus Klein; siehe Firmen, jüdische
- Schulverein, jüdischer 132, 254, 707, 755-756
- Schulwesen, jüdisches 62, 66, 73, 76, 82-83, 93, 111, 127, 131-132, 134, 143, 145, 151, 210, 212, 225-226, 234, 254, 262, 264, 292, 336, 342, 351, 393, 401, 403-404, 406, 433, 443, 595-596, 599, 605, 611, 615, 620, 625-626, 629, 631, 638, 644, 665, 679, 681, 703, 721, 740, 748, 756, 764-765, 771-772

Schutzhaft 47-50, 52, 54, 85, 88, 105, 117-118, 120, 130, 141-142, 147, 149, 153-154, 157, 160, 165, 180, 189, 204, 209, 234-235, 276, 295, 315, 332-333, 336-338, 344, 390, 409, 411, 415, 443, 460, 465, 471, 473, 481, 498, 504, 507-508, 526, 533, 535, 586, 615-616, 632, 641, 688, 699-700, 741, 751, 756-757

Schutzjuden 399, 757

Schutzpolizei; siehe Polizei

Schwarze Fähnlein, Das 57, 86, 95, 116, 659, 670, 675, 684, 709, 757, 770, 776

Schwarze Front 127

Schwarze Korps, Das (Zeitschrift) 758

Schweinfurter Zeitung 541

Schwesternverband der Bne Brith-Logen; siehe Bne Brith

Schwimmbäder; siehe Badeverbote für Juden in öffentlichen Schwimmbädern; Brentano-Bad; Hansabad Bremen

SD; siehe Sicherheitsdienst

SD-Hauptamt; siehe Sicherheitsdienst

SD-Oberabschnitt; siehe Sicherheitsdienst

SD-Unterabschnitt; siehe Sicherheitsdienst

SD-Hauptaußenstelle; siehe Sicherheitsdienst

SD-Außenstelle; siehe Sicherheitsdienst

Sefardim 659, 726, 759

Sender; siehe Radio

Selbstmorde (von Juden im Dritten Reich) 21, 75-76, 234, 292, 295, 297, 320, 336, 345, 385, 403, 410, 439-440, 466, 474, 490, 492, 503, 505, 507, 514, 529, 636, 673, 675, 723, 759, 767

Sicherheitsdienst (SD) der SS 15, 16, 18, 19, 20, 72, 74, 79, 209, 214, 216-217, 219, 222, 232, 236, 238, 258, 283, 294, 300-301, 305, 307, 314, 323, 371, 374-375, 378, 400, 412, 414, 478-479, 491, 494, 511-512, 543, 593-594, 598, 614-615, 618, 630-631, 633, 640, 645, 649, 658, 660, 667, 671, 673, 676-678, 682-683, 685, 688, 696-697, 704, 713, 724, 738, 743, 745, 759-761, 779

Sichtvermerkzwang; siehe Kennzeichnung jüdischer Pässe

Siddur 760

Simchat Tora 166, 760, 764

Simson-Werk; siehe Firmen, jüdische

Sonderbehandlung 485, 539

Sondergericht 120, 387, 498, 501

Sowjetjuden 394; siehe auch Abschiebung von Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit

Sowjetparadies, Das (Ausstellung) 496, 643, 663, 714

Sowjetunion 20, 51, 263, 433, 447, 486, 496, 532, 613, 635-636, 638-639, 641, 666, 678, 680, 709-710, 714

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 208-209, 269, 279-280, 284, 327, 375, 663, 696, 726, 758

Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) 189

Spanische Flüchtlinge 203

SPD; siehe Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Sperre; siehe Verhinderung der Auswanderung von Juden 474

Sportvereine, jüdische 71, 83, 91, 96, 99, 116, 117, 119, 126, 142, 169, 184, 253, 287, 293, 417, 663, 693, 707-708, 725, 743, 754, 761, 771-772

Sprachkurse 60, 168, 174, 190, 356, 694, 769

SS 17-18, 54-56, 64, 69, 71, 90, 92, 107, 109-111, 137, 138, 204, 217, 223-224, 232, 258, 283, 304, 317, 377, 454, 474, 491, 495, 501, 520, 525, 529, 538, 541, 545, 583, 593, 597-598, 612, 616-618, 633, 647, 651, 677-678, 681, 697, 716, 726, 744-745, 757-758, 760-761, 783

St. Louis (Emigrantenschiff) 397

St. Raphaelsverein; siehe Raphaelsverein

Staatsangehörigkeit; siehe Reichsbürgergesetz

Staatsjugendtag 87, 761

Staatskommissar 70, 181, 592, 717

Staatspolizei; siehe Gestapo

Staatspolizeileitstelle; siehe Gestapo

Staatspolizeistelle, Stapostelle; siehe Gestapo

Staatszionist, Der (Zeitschrift) 762

Staatszionistische Organisation 75, 142, 146, 185, 223, 236, 238-239, 301,

- 370, 622, 659, 665, 669, 701, 705, 710, 762, 772, 782
- Staatszionistische Vereinigung 241, 293, 368, 749, 762
- Stadtpräsidium (Berlin) 353
- Stahlhelm 104, 146, 744, 796
- Standesamt 56, 112, 125, 206, 493
- Standesverein, ärztlicher 344
- Stapo; siehe Gestapo
- Statistik 78-79, 97, 208, 245, 247, 372, 395, 421, 664, 686
- Statistisches Reichsamt Berlin 246
- Stellvertreter des Führers (Heß, Rudolf) 86, 116, 170, 591, 599, 601, 603, 605, 620, 696, 795
- Sterilisation 152, 179, 591, 710
- Straßenbahnen; siehe Öffentliche Nahverkehrsmittel
- Stürmer, Der 101, 105, 130, 133, 141, 147, 152, 154, 157, 171-172, 180, 188, 191, 210, 216, 227, 231, 244-245, 250-251, 269, 383, 596, 735, 737-739, 741, 750, 758, 763-765
- Stürmerkasten 101, 138, 155, 180, 202, 244, 269, 764
- Sudetendeutsche (Frage) 269, 328, 619, 622, 751; siehe auch Tschechische Krise
- Sühneleistung der Juden 324, 368, 372, 414, 624, 690; siehe auch Kristallnacht
- Sukkot 166, 297, 681, 699, 720, 760, 764; siehe auch Hohe Feiertage
- Synagoge 48, 55, 75, 82, 94, 99-101, 111, 122-124, 128, 131-134, 139, 144, 149, 154-157, 162, 171, 180, 182, 196-197, 207, 210, 229, 231, 240, 256, 263, 268-270, 273, 276, 280-282, 291-292, 294, 296-297, 300-302, 305, 307, 309, 313-323, 327-330, 333-334, 339-340, 357, 361-362, 365, 371, 376, 382, 399-400, 460, 464, 521, 527-529, 605, 609, 620-621, 629, 652, 662, 686, 694, 699, 703, 709, 716, 754, 760, 763-764, 767, 769
- Synagogengemeinde; siehe Gemeinde, jüdische
- Tafeln, antijüdische; siehe Plakate, Schilder und Transparente, antijüdische
- Talmud 19, 167, 464, 665, 671, 681, 693, 699, 707, 712, 723, 739, 756, 765-766
- Talmud-Tora-Schule 671, 723, 756, 765-766
- Talmud-Tora-Verein 766
- Talsperren 521, 523, 647
- Tannenbergbund 127, 140, 724, 766
- Tarnung von jüdischen Geschäften; siehe Arisierung
- Taufe von Juden 153, 205-206, 246, 342, 347, 383, 466, 512, 715; siehe auch Konvertiten
- Terrorakte, arabische (in Palästina); siehe Unruhen in Palästina
- Theater 70, 76, 181, 268, 356, 393, 624, 717; siehe auch Kulturleben, jüdisches
- Thora 20, 94, 150, 180, 681, 720, 767
- Tierärzte, jüdische 379, 627
- Todt (Organisation) 545
- Transfer von Vermögen; siehe Ha'avara
- Transparente, antijüdische; siehe Plakate, Schilder und Transparente, antijüdische
- Treblinka 647, 680, 767
- Trennungsothodoxie; siehe Austrittsothodoxie
- Tschechische Krise 340; siehe auch Sudetendeutsche
- Tuchgeschäft Mantel; siehe Firmen, jüdische
- Überwachung jüdischer Organisationen und Versammlungen 54, 58, 63-64, 66-72, 74, 79, 86-87, 90-93, 99, 117, 119, 121-124, 126, 130, 135-136, 144, 148, 152, 168, 171, 174, 177, 181, 186, 193, 206, 218, 222-224, 230, 251, 256, 287, 422, 591, 594, 597-598, 601, 606, 614-617, 620, 623, 656, 672, 677, 686, 688, 690, 695, 697, 699, 702-703, 708, 714, 717, 737, 745, 758, 768, 771
- Umschichtung; siehe Berufsumschichtung
- Umschulung; siehe Berufsumschichtung
- Umsiedlung der Juden; siehe Deportation von Juden
- Unabhängiger Orden Bnei Brith (U.O.B.B.); siehe Bne Brith (U.O.B.B.)

- Union österreichischer Juden 267
- Unruhen in Palästina 210, 218, 226, 252, 362, 610, 653, 669, 768
- Untermensch, Der (Zeitschrift) 495
- Untermenschen 388, 496
- UWO; siehe Warenhäuser, jüdische
- Vatikan 179-180, 258, 511, 592, 645, 649, 655, 712; siehe auch Papst
- Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands 709, 769
- Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit 98, 168, 653, 706, 769
- Verband nationaldeutscher Juden 73, 135, 177, 183-184, 608, 659, 675, 732, 747, 757, 770, 772
- Verband orthodoxer Rabbiner Deutschlands 655, 739
- Verein jüdischer Händler und ambulanten Gewerbetreibender 770
- Verein polnischer Staatsbürger jüdischen Glaubens 193, 255, 394, 409, 633, 745-747, 770; siehe auch Ostjuden; Reichsverband ostjüdischer Organisationen in Deutschland
- Verein zur Abwehr des Antisemitismus 770
- Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands 720, 739, 771
- Vereinigung für das religiös-liberale Judentum 223, 239, 285, 722, 743, 763, 766, 770-771; siehe auch Reformjudentum
- Vereinigung nichtarischer Christen; siehe Reichsverband der nichtarischen Christen
- Vereinigung traditionell-gesetzestreuer Rabbiner Deutschlands 739
- Vereinsleben, jüdisches 53, 57, 63, 66, 68, 72, 83, 86, 90, 92, 95, 97, 100, 105-106, 112, 115-116, 119, 121, 122-123, 126-127, 130-131, 134, 136, 141, 143-144, 146, 148, 150, 152, 166, 168, 174, 180, 182, 187, 192, 196, 208, 223, 228, 231, 244, 248, 251, 273, 289, 293, 297, 299, 342, 347, 354-355, 358-359, 366, 370, 381, 384, 386, 388, 392, 395, 397, 404, 409, 415, 417, 442, 445, 597, 601, 606-607, 614, 623, 761, 764, 768, 771, 781
- Vergasung 454, 640, 644, 650
- Verhinderung der Auswanderung von Juden 381, 474, 640; siehe auch Sperre
- Verlage, jüdische 105, 241, 626, 683, 711, 750, 772
- Jüdischer Verlag Berlin 707
  - Philo Verlag 669, 672, 717
  - Schocken Verlag 755, 772
- Vermietung von Wohnungen an Juden; siehe Mietverhältnisse mit Juden
- Vermögen von Juden 86, 92, 221, 232, 252, 273-274, 293, 296, 299, 361-362, 382, 396, 399, 416, 422, 484, 592, 620, 629, 742
- Anmeldung jüdischen Vermögens 269, 273-274, 277, 288, 300, 359, 363-365, 371, 380, 382, 396, 619, 621, 628
  - Einsatz jüdischen Vermögens 269, 372, 379-380, 390, 625, 637, 685
  - Verwertung jüdischen Vermögens 416, 430, 433, 442, 445, 479, 490, 493, 591, 641, 643
- Vermögensabgabe auswandernder Juden 274, 296, 361, 380, 387-388, 659, 692, 744
- Vermögensabgabe; siehe Sühneleistung der Juden
- Vermögensverfall; siehe Besitz der abgeschobenen Juden
- Vernichtungslager 489, 532, 635-637, 642, 649-650, 660, 664, 666, 673, 680, 686, 689, 693, 695, 697, 715-716, 725, 729, 757, 760-761, 776-767, 772; siehe auch Konzentrationslager; Endlösung
- Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben; siehe Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben
- Versammlungstätigkeit, jüdische; siehe Vereinsleben, jüdisches
- Versammlungsverbot für Juden 223, 228, 231, 355, 614
- Verschickung; siehe Deportation von Juden
- Versicherung 136, 179, 243, 262, 268, 270, 314-317, 321, 624
- Versöhnungstag; siehe Jom Kippur; siehe auch Hohe Feiertage
- Versteigerung jüdischer Kunstgegen-

- stände 499; siehe auch Rückführung des Kunstgutes aus jüdischem Besitz  
 Vertrag von St. Germain 267  
 Vertrag von Versailles 673, 724, 775, 777  
 Verwertung jüdischen Vermögens; siehe Vermögen von Juden  
 Viehhandel, jüdischer 53, 55, 72, 83, 84, 90, 100, 104, 109, 116, 118, 127, 134, 139, 169, 175, 181, 191-192, 195, 202, 209, 212, 222, 228, 230, 237, 239, 245, 249, 255-256, 261-262, 265-266, 270-272, 282, 292, 302, 316, 333, 386, 413, 498, 510, 520, 592, 602, 773  
 Vierjahresplan 325, 352, 372, 424, 612-613, 61, 626-627, 645, 690, 753  
 Vierteljude; siehe Mischlinge  
 Volksaufklärung; siehe Propaganda, antijüdische; Reichspropagandaministerium  
 Völkerbund 186, 235, 240, 267, 309, 590, 593, 610, 655, 665, 669, 674, 690, 728, 781  
 Völkischer Beobachter, Der (Zeitung) 491  
 Volksküchen 399  
 Volks-Telegraphen-Agentur 96  
 Volljude 206, 224, 246, 288, 459, 461, 466, 498, 502, 505, 509, 512, 617, 687, 729-730, 733-734, 745, 773  
 Vornamen, jüdische; siehe Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen von Juden
- Wahrheit, Die (Zeitung) 146  
 Wandergewerbeschein 115, 239, 264, 290, 350, 364  
 Warenhäuser und Geschäfte, jüdische 45-46, 64-65, 69, 72, 99, 102-107, 109-110, 116-118, 121, 129, 131, 137-138, 144, 151, 153-154, 159, 164-165, 170, 173, 177,  
 - Kaufhaus Ehrenfeld 110  
 - Kaufhaus Epa 102, 137  
 - Kaufhaus Hertz 213  
 - Kaufhaus Klein 109,  
 - Kaufhaus Oppel 46-47  
 - Geschäft Saalberg 110  
 - Kaufhaus Schocken 262, 755  
 - Kaufhaus Sichel 109  
 - Kaufhaus Tietz 49, 87, 112  
 - Kaufhaus Uhlfelder 137  
 - Kaufhaus Ury 210  
 - Kaufhaus Wronker 112,  
 - Kaufhof AG 87, 110-112,  
 - UWO 358  
 - Warenhaus Adolf Frank 94,  
 - Wertheim 45, 774  
 Wehrdienst; siehe Wehrpflicht, allgemeine  
 Wehrgesetz 136, 141, 603-604  
 Wehrmacht 113, 136, 235, 258, 306,-307, 415, 423, 442, 444, 489-490, 500, 527, 538, 541, 590, 598, 602, 610, 618-619, 629, 635, 642, 678, 786, 789  
 Wehrpflicht, allgemeine 140, 184, 601, 601-604, 609, 611  
 Weihnachtsansprache 1942 des Papstes (Pius XII) 511-512, 645  
 Weihnachtsgeschäft 94, 102, 105-107, 112, 116, 212-213, 594, 600  
 Weinmüller (Auktionshaus) 499  
 Weißer Jude 503, 704, 775; siehe auch Judenfreund  
 Weltanschauliche Gegner 15, 258, 365, 594, 642, 685, 696, 714, 745, 758  
 Weltkunst (Kunstzeitschrift) 499  
 Weltverband für religiös-liberales Judentum 775; siehe auch Reformjudentum  
 Werkkreis des jüdischen Jugendbundes; siehe Werkleute  
 Werkleute 86-87, 93, 102, 122, 184, 227, 284, 613, 655, 670, 675-676, 694, 706, 708-709, 737, 749, 757, 775-776  
 Wertheim (Kaufhaus); siehe Warenhäuser, jüdische  
 Westfälische Neueste Nachrichten 509  
 Winterhilfe, jüdische (JWH); siehe Jüdische Winterhilfe  
 Winterhilfswerk des deutschen Volkes (WHW) 59, 87, 166, 175, 178, 204, 251, 287, 607, 776-777  
 Wirtschaft „Zum Goldenen Stern“ 202  
 Wirtschaft Kampeter 172  
 Wirtschaftshilfe, jüdische 375, 603, 680, 718, 777-780  
 Wirtshäuser; siehe Gaststätten  
 Wissenschaftler, jüdische 426, 521, 680, 755  
 Witze 22, 164, 177, 445

Wochenfest; siehe Schawuot  
 Wochenschau 446, 449-450, 452, 470, 491, 683  
 Wohlfahrtsamt 322, 330, 380, 718  
 Wohlfahrtspflege, jüdische 25, 57, 80, 93, 175, 239, 249, 273, 284, 294, 359, 365, 367, 385, 393, 395, 398-399, 629, 631, 653, 687, 705, 716, 719, 748, 764, 771, 776-777, 779, 780, 784; siehe auch Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden  
 Wohlfahrtswesen 330  
 Wohnungsamt 495, 500  
 Wohnungsinteressenten (an freigewordenen jüdischen Wohnungen) 330, 390-391, 404, 415, 430, 448, 454, 463, 467, 475, 479, 481, 495, 506, 530, 630, 637  
 Wohnungsnot 330  
  
 Zahnärzte, jüdische 351, 379, 595, 601, 627  
 Zeire Misrachi 53, 668, 579, 709, 778; siehe auch Misrachi  
 Zensur 213, 251, 356, 728, 737  
 Zentralausschuß (der deutschen Juden) für Hilfe und Aufbau (ZAHA) 76, 93, 208, 240, 287, 589, 603, 653, 669, 672, 680, 694, 697, 699-700, 702, 718, 734, 738, 747, 766-777, 774, 776-780  
 Zentralstelle für deutsche Ansiedlung 740, 778  
 Zentralstelle für jüdische Auswanderung 219, 286, 301, 367-368, 373, 381, 395, 617, 622, 661, 677, 749, 779  
 Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe 587  
 Zentralverband jüdischer Handwerker Deutschlands 746, 779  
 Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; siehe Centralverein  
 Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden 93, 397, 603, 665, 743, 763, 777-779, 787; siehe auch Wohlfahrtspflege, jüdische  
 Zentrum 202, 319, 391  
 Zertifikate 143, 200, 238, 259, 287, 364, 654, 661, 669, 692, 780  
 Zigeuner 416  
 Zionismus 53, 57, 60, 62, 68-69, 72, 73, 76, 81, 83, 91, 115, 136, 142, 146, 150, 159, 164-166, 168-169, 180, 182, 193, 200, 214, 238, 267, 284, 351, 364, 381, 630, 653, 662-663, 666, 669, 672, 677, 696, 701, 709, 712, 730, 736, 770, 775-776, 780-782  
 Zionistenkongresse 183, 185, 228, 230, 240, 605, 671, 696, 711-712, 725, 781-782  
 Zionisten-Revisionisten 80, 142, 146, 185, 224, 267, 659, 665, 692, 701, 704, 710, 732, 749, 762, 782  
 Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) 57, 62, 98, 122, 142, 146, 150, 159-160, 164, 166, 168-169, 182, 185, 193, 223, 231, 241-242, 259, 286, 299, 348, 356, 363-364, 590, 597, 615, 652-653, 655, 666-667, 671, 673, 679, 685-686, 690, 692, 703, 705, 709, 713, 716, 719, 721, 727, 731, 737, 741, 744, 746, 750, 752, 762, 766, 768, 773, 778, 781-782  
 Zionistische Weltorganisation 665, 696, 781-782, 788  
 Zivilarbeiter 520-521  
 Zivilbevölkerung, polnische 304, 419, 523, 632, 644, 666  
 Zollfahndungsstelle 466  
 Zucker & Co. (Schreibwarenfabrik) 50  
 ZVfD; siehe Zionistische Vereinigung für Deutschland  
 Zwangsarbeit von Juden 395, 398, 446, 450, 455, 545, 547, 635, 637, 643, 645, 647-650, 723, 730, 782-783

## Schriften des Bundesarchivs (Auswahl)

Boris Barth

### **Dolchstoßlegenden und politische Desintegration**

Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933

X/625 Seiten mit 10 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1615-7

Lutz Budraß

### **Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918–1945**

IX/976 Seiten mit 41 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1604-1

*„... wird erst mit dieser materialreichen Studie der Grundstein für die wissenschaftliche Diskussion über einen in der Forschung zum Verhältnis von Industrie und Rüstung bislang vernachlässigten Industriezweig gelegt.“*

*Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*

Christoph Cornelißen

### **Gerhard Ritter**

Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert

X/757 Seiten mit 11 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1605-X

*„Christoph Cornelißen hat eine kritische, aber faire Biografie geschrieben, die dem Wirken Ritters in hohem Maße gerecht wird und einen wichtigen Beitrag zur Selbstaufklärung der deutschen Geschichtswissenschaft leistet.“*

*DIE ZEIT*

Eberhard Demm

### **Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik**

Der politische Weg Alfred Webers 1920-1958

X/III/584 Seiten mit 32 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1605-X

*„... eine höchst informative und vielschichtige Biografie, die für wissenschafts-, kultur-, geistes- und zeitgeschichtlich interessierte Leser ergiebig ist.“*

*Süddeutsche Zeitung*

Ulrike Gutzmann

### **Von der Hochschule für Lehrerbildung zur Lehrerbildungsanstalt**

Die Neuregelung der Volksschullehrerausbildung in der Zeit des

Nationalsozialismus und ihre Umsetzung in Schleswig-Holstein und Hamburg

XIII/684 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1609-2

*„... Gutzmanns Buch ... beeindruckt durch eine Materialfülle, die es für jeden, der sich mit der Thematik befasst, unverzichtbar macht.“*

*Archiv für Sozialgeschichte*



Klaus Kempster  
**Die Jellineks 1820–1955**

Eine familiengeschichtliche Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum  
VIII/631 Seiten mit 11 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1606-8

*„Klaus Kempsters Studie bietet einen wichtigen Beitrag zur politischen, sozialen und kulturellen Geschichte Österreichs und Deutschlands, einen wichtigen Beitrag zur Sozial- und Bürgertumsgeschichte und nicht zuletzt auch einen wichtigen Beitrag zur Wissenschafts- und Rechtsgeschichte.“*  
Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Heike Kreutzer  
**Das Reichskirchenministerium im Gefüge der  
nationalsozialistischen Herrschaft**

IX/390 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1610-6

*„... schließt die Arbeit eine langjährige Forschungslücke und bietet einen soliden, unverzichtbaren Ausgangspunkt für zukünftige Studien über die nationalsozialistische Kirchen- und Religionspolitik.“*  
Historische Zeitschrift

Sigrun Mühl-Benninghaus  
**Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des  
Zweiten Weltkriegs**

Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze  
XVII/213 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1601-7

*„Mit der vorliegenden Arbeit ist es der Autorin gelungen, anhand von umfangreichem neuem Archivmaterial nicht bloß Zahlen und Fakten aneinanderzureihen, sondern ... ein vielschichtiges Bild zu zeichnen.“*  
Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte

Walter Naasner (Hrsg.)  
**SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung**

„Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt ...“ und weitere Dokumente  
X/394 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1603-3

*„Die Quellensammlung ist klar gegliedert, sorgfältig ediert und mit hilfreichen Sachanmerkungen versehen. Sie vermittelt ein klares Bild eines eher wenig beachteten, aber keineswegs unwichtigen historischen Themas.“*  
Annotierte Bibliografie für die politische Bildung

Andrea Süchting-Hänger  
**Das „Gewissen der Nation“**

Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen  
1900 bis 1937

XI/440 Seiten mit 20 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, ISBN 3-7700-1613-0

*„... eine detailreiche Studie, die sich kenntnisreich mit den bekannten Thesen zur politischen Entwicklung der Weimarer Republik aus frauenhistorischer Sicht auseinandersetzt.“*  
Neue Politische Literatur